

Bibliothek

Deutscher Geschichte

unter Mitwirkung von

D. Gutschke, E. Mühlbacher, W. Manitius,
J. Jastrow, Th. Lindner, V. v. Kraus, G. Egelhaaf, W. Ritter, R. Koser,
K. Th. Seigel, A. Fournier

herausgegeben von

H. v. Biedineck-Südenhorst



Stuttgart 1890

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung
Nachfolger

Deutsche Geschichte

im Zeitraum der

Gründung des preußischen Königthums

Von

H. v. Bwiedineck-Südenhorst

Erster Band

Vom westfälischen Frieden bis zum Tode des großen Kurfürsten



Stuttgart 1890

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung

Nachfolger

Alle Rechte vorbehalten.



Druck der „Union“ Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Dunm
Steuer
4-22-40
40619
20.

Vorwort.

Dem Grundgedanken entsprechend, welcher für die Anlage der „Bibliothek deutscher Geschichte“ aufgestellt wurde, habe ich versucht, eine Erzählung der Begebenheiten und eine Schilderung der Lebensverhältnisse unseres Volkes in der Zeit von 1648—1740 zu bieten, welcher jedermann genügen soll, der sich eingehend mit den Schicksalen der Deutschen zu beschäftigen wünscht, ohne in die wissenschaftliche Einzelforschung einzudringen. Das Werk hat dem Geschichtsfreunde, nicht dem Fachgelehrten zu dienen; es beruht daher auf einer, wie ich glaube, entsprechend ausgedehnten Benützung der gedruckten Litteratur, enthält jedoch mit wenigen Ausnahmen keine neuen Ergebnisse aus noch unbekanntem archivalischen Quellen. Häufiger als andere Geschichtsschreiber beziehe ich mich auf die Erzeugnisse der deutschen Publizistik jenes Zeitraumes, auf Zeitungen und Flugschriften, indem ich aus ihnen die Strömungen in den politischen Ansichten festzustellen bemüht bin und zugleich ein lebendiges Bild der geistigen Bewegung überhaupt hervorzurufen hoffe. Soweit es in dem gegebenen Rahmen möglich ist, wird die Entwicklung unseres Kulturlebens in meiner Darstellung berücksichtigt, und zwar nicht nur in zusammenhängenden Erörterungen, sondern auch in vielfach zerstreuten, an die Ereignisse sich anschließenden kürzeren Mitteilungen. Die vielleicht vielen auffallende Ungleichmäßigkeit in der Behandlung der Feldzüge und Gefechte rührt eben daher, daß ich durch ausführlichere Besprechung einzelner Leistungen den Stand der Kriegskunst in den Hauptabschnitten jener an kriegerischer Thätigkeit so reichen Zeit kennzeichnen zu können glaube, so daß auch dem Laien der Fortschritt augenfällig wird. Dazu ist ein gewisses Maß von Detail unbedingt erforderlich und nur mit Heranziehung desselben kann auch das Interesse für diese Äußerungen der nationalen Kraft geweckt und wach erhalten werden, was ich zu den unerläßlichen Aufgaben nationaler Geschichtsschreibung rechne.

Was die litterarischen Hinweise und Beziehungen betrifft, deren ich nicht ganz entbehren zu können glaube, so habe ich zu bemerken, daß ich nur an jenen Stellen davon Gebrauch mache, wo mir die Begründung einer Behauptung angezeigt erscheint. Eine Zusammenstellung aller Werke, welche ich zu meinen

Studien herangezogen habe, wird man aus den Anmerkungen nicht entnehmen können; ich finde es nicht für notwendig, auf litterarische Erscheinungen aufmerksam zu machen, deren Berücksichtigung selbstverständlich ist.

Da an meinem Aufenthaltsorte nicht besonders große Bücherschätze aufgespeichert sind, war ich vielfach auf die Benützung fremder Bibliotheken angewiesen. Ich kann es nicht unterlassen, den Vorständen der k. k. Universitätsbibliothek in Wien, der königlichen Staatsbibliothek in München und der königlichen öffentlichen Bibliothek in Dresden für die mir gewährte freundliche Unterstützung meinen besten Dank auszusprechen.

Ich darf mich kaum der Erwartung hingeben, daß meine Arbeit allseitig Befriedigung hervorrufen wird; aber ich darf hoffen, daß jeder meiner Leser, in dem ein echtes deutsches Herz schlägt, die Teilnahme an den Leiden und dem Glücke unseres Volkes mitempfinden lernt, welche mich erfüllt, während ich mich in die Wandelungen seines Geschickes vertiefe; ja ich hoffe, mit diesem Buche zur Verallgemeinerung der Ueberzeugung beitragen zu können, daß heute die Beurteilung der deutschen Politik nicht mehr von landesüblichen Vorurteilen und besonderen Standpunkten abhängt, sondern daß alle darin übereinstimmen, die deutsch fühlen und denken.

Graz in Steiermark, Januar 1890.

Gans von Bwiedineck-Südenhorst.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1
Erstes Buch.	
Der Zustand des Reiches nach dem westfälischen Friedensschlusse.	
Erster Abschnitt. Die staatsrechtlichen Verhältnisse	7—31
Die Landeshoheit. — Stellung der Parteien zum Kaisertum. — Chemnitz „Dissertatio de ratione status.“ — Pufendorfs (Ronzambano) „Bericht von dem Zustande des H. R. Reiches deutscher Nation“. — Die Casa d’Austria und das Reich. — Leibniz als Gegner Pufendorfs. — Einfluß der religiösen Spaltung auf die Reichsverfassung. — Das Normaljahr. — Die Abstimmung nach konfessionellen Kurien.	
Ehrenrechte, Geschäfte, Einkommen des Kaisers. — Das Kurfürstenkollegium.	
— Die neue pfälzische Kur Böhmen.	
Der Reichsfürstenrat. — Alte und neue Fürsten. — Geistliche Fürsten. — Die Grafenkollegien. — Reichsstädte. — Corpus Evangelicorum. — Corpus Catholicorum. — Kammergericht und Reichshofrat. — Die Kreisverfassung.	
— Kreisanschlag und Reichsmatrikel.	
Entwicklung der Landesverwaltungen. — Pufendorfs und Sedendorfs Ansichten über die Aufgaben der Regierungen. — Begriff der „deutschen Freiheit“.	
Zweiter Abschnitt. Die wissenschaftlichen und moralischen Folgen des Dreißigjährigen Krieges	32—64
Einfluß der durch den Krieg geschaffenen materiellen Verhältnisse auf das deutsche Kulturleben. — Der Wohlstand Deutschlands vor dem Kriege. — Der Krieg in der Vorstellung der Zeitgenossen. — Die soziale und wirtschaftliche Stellung der Truppenführer. — Bezahlung und Verpflegungskosten der Truppen. — Schadenberechnung in einzelnen Landschaften und Städten. — Bewegung in der Bevölkerung. — Statistische Nachweise. — Folgen des Menschenmangels.	
Sittliche Entartung. — Schwankungen der Lebensmittelpreise. — Verfall des Bauernstandes. — Güterbewegung. — Zunahme der Abhängigkeit der Bauern von den Grundherren.	
Gewerbliches Leben. — Mangel an Arbeitskräften. — Verkehrshindernisse.	
— Zölle. — Rückgang des Seehandels. — Das Schulwesen. — Verminderung der Volksschulen. — Verrohung der Studentensitten. — Die gelehrten Gesellschaften. — Verwälschung von Sprache und Sitte. — Rationale Regungen in der Poesie. — Johann Rist. — Roscherosch.	
Verhärfung der religiösen Gegensätze. — Unterdrückung evangelischer Minoritäten in katholischen Ländern: in den Alpenländern, in Schlestien.	
Unverdroffenheit bei Wiederaufnahme der Arbeit.	

Zweites Buch.

	Seite
Erster Abschnitt. Die Friedensezekution	67—92
Schwierigkeiten bei der Ratifikation der Friedensinstrumente. — Protest des Papstes. — Schweden besteht auf der Ueberwachung der Ausführung der Friedensbestimmungen. — Anberaumung von Exekutionshandlungen in Nürnberg. — Kaiserliches Edikt vom 2. März 1649. — Letzte Akte der in Münster und Osnabrück versammelten Abgeordneten.	
Vorbereitungen in Nürnberg. — Zusammentritt der Gesandten. — Stellung Spaniens und Frankreichs zum Reiche. — Frankenthal. — Einfluß der inneren Zustände Frankreichs auf den Gang der Verhandlungen. — Die Fronde. — Turenne und General von Erlach. — Uebergewicht Schwedens. — Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken fordert Zahlung der Kriegsschädigung und Durchführung der Restitutionen vor dem Rückzuge der Truppen.	
Der Krieg in Flandern. — Der Kaiser verzögert die Verhandlungen. — Eingreifen der reichsständischen Deputation. — Der Interimsrezeß (14. September 1649). — Zurückziehung und Entlassung der Truppen. — Schwierigkeiten dabei. — Die Rebellion in Schweinfurt. — Das Nürnberger Friedensmahl.	
Pfalz betreibt die Räumung von Frankenthal. — Provisorische Erfassungsansprüche. — Der Friedensrezeß-Hauptrezeß (26. Juni 1650). — Piccolominis Abschiedsfezt. — Auflösung der Versammlung in Nürnberg.	
Zweiter Abschnitt. Der große Kurfürst	93—144
Allgemeine Charakteristik Friedrich Wilhelms von Brandenburg. — Seine Jugend. — Regierungsantritt. — Sturz und Tod Adams von Schwarzenberg. — Waffenruhe mit Schweden. — Entlassung der unverlässlichen Truppen. — Ordnung der Verhältnisse in Preußen und der Beziehungen zu den Generalstaaten. — Brandenburg und die westfälischen Friedensverhandlungen. — Des Kurfürsten Vermählung mit Henriette von Oranien. — Annäherung an Schweden. — Das „Bedenken“ vom Juni 1647. — Die „dritte Partei“. — Erfolge des Friedensschlusses für Brandenburg. — Die Pommerische Angelegenheit. — Grenzkommission in Stettin. — Die ersten Verwaltungsreformen. — Georg Friedrich von Waldeck. — Hebung der Einkünfte. — Der Jülichse Krieg. — Verschärfung der ständischen Opposition in den Marken und in Kleve-Berg. — Lothringens Einfall in Köln. — Die Bremische Frage. — Bemühungen um eine Union der protestantischen Stände. — Abmachungen mit den Braunschweigern, mit Frankreich.	
Karl Gustav von Schweden. — Ausbruch des nordischen Krieges. — Brandenburgs Bündnis mit den Staaten. — Rüstungen. — Karl Gustavs Vertrag mit dem Kurfürsten.	
Der Feldzug in Polen 1656. — Die Schlacht bei Warschau. — Ihre Bedeutung für Brandenburg. — Vertrag von Labiau (20. November 1656). — Vertrag von Wehlau (19. September 1657). — Kampf mit der ständischen Opposition in Preußen. — Der Kurfürst in Königsberg. — Reformen in den rheinischen Landen.	
Dritter Abschnitt. Reichs- und Landesgeschichtliches bis zum Regierungsantritt Leopolds I.	145—204
Unruhen in Lüttich. — Rheinischer Rezeß vom 21. März 1651. — Räumung von Frankenthal. — Kriegszustand im Elsaß. — Einberufung des Reichstages nach Regensburg. — Reichstagspolizei. — Sessionsstreitigkeiten. — Wahl Ferdinands IV. zum römischen König in Augsburg. — Eröffnung des Reichstages. — Das „Votum decisivum“ der Städte. — Bestrebungen der Reichsgrafen. — Beratung über die Zusammensetzung der Reichsdeputationen. — Sonderrechte der Kurfürsten. — Brandenburg übernimmt die Führung der protestantischen Opposition im Fürstentrate. — Bergeliche Intervention zu	

Gunsten der österreichischen Protestanten. — Reichstagsabschied vom 17. Mai 1654. — Wahlen in die Reichsdeputation. — Reichstagsschluß.

Tod Ferdinands IV. — Erzherzog Leopold. — Königswahl in Ungarn. — Fortgang des Krieges in Flandern. — Gefangennahme des Herzogs von Lothringen. — Johann Philipp von Mainz und Johann Christian von Boyneburg. — Ferdinand Maria von Baiern. — Frankreich und Schweden betreiben seine Kandidatur für die Kaiserwürde. — Einfluß der Kurfürstin Adelheid. — Das Bistum Münster. — Bernhard von Galen. — Seine Fehde mit der Stadt Münster. — Bündnis zwischen Köln, Trier, Münster und Pfalz-Neuburg (15. Dezember 1654).

Ferdinands III. letzte Lebenszeit. — Auersperg. — L'Isola. — Allianz mit Polen. — Des Kaisers Tod. — Charakteristik Leopolds. — Streitigkeiten über das Reichsvikariat. — Die Kaiserwahl. — Frankreichs Agitation gegen Leopold. — Mainz kandidiert die Erzherzoge Leopold Wilhelm und Ferdinand von Tirol. — Eröffnung des Wahltages in Frankfurt. — Unterhandlungen Frankreichs mit den rheinischen Kurfürsten. — Brandenburg nähert sich Oesterreich. — Allianz gegen Schweden. — Brandenburg tritt für die Wahl Leopolds ein. — Neue Bemühungen um den Kurfürsten von Baiern. — Leopolds Einzug in Frankfurt. — Konflikt zwischen Baiern und Pfalz. — Verhandlungen über die Wahlkapitulation. — Einfluß des großen Kurfürsten darauf. — Wahl und Krönung Leopolds I. — Stimmung im Volke.

Gründung des Rheinbundes. — Einleitende Schritte. — Münster und die Staaten. — Teilnahme der Braunschweig-Lüneburger und Hessen-Kassels. — Abschluß der Allianzverträge mit Frankreich.

Drittes Buch.

Erster Abschnitt. Kämpfe im Norden und Osten 207—254

Bruch zwischen Schweden und Brandenburg. — Einfall der Schweden in Dänemark. — Des großen Kurfürsten Manifest an die „Ehrlichen Deutschen“. — Einmarsch der brandenburgisch-österreichisch-polnischen Armee in Pommern. — Karl Gustav belagert Kopenhagen. — Frankreich tritt für Schweden ein. — Das Haager Konzert. — Der Pyrenäische Friede. — Verhandlungen in Oliva. — Tod Karl Gustavs von Schweden. — Friedensschlüsse.

Wiedereinsetzung der Stuarts in England. — Polnische Thronkandidaturen. — Erweiterung des Rheinbundes. — Brandenburgs Beziehungen zur Pfalz. — Vergebliche Ausschreibung eines Deputationstages.

Zustände in Oesterreich. — Fortsetzung der Gegenreformation nach dem westfälischen Frieden. — Böhmen. — Die Erbländer. — Die Familie Rákóczy in Oberungarn. — Drohende Haltung der Pforte. — Vorschläge für einen neuen Türkenkrieg. — Achmed Köprülü kriegertische Absichten.

Eröffnung des immerwährenden Reichstages in Regensburg. — Der Fürstenverein. — Beratung über die Türkenhilfe. — Haltung des Rheinbundes. — Vorschläge zur Wehrhaftmachung des Reiches. — Der Kaiser verlangt vom Reichstage persönlich Hilfe.

Feldzug von 1663. — Fall von Neuhausel. — Aufstellung von drei Armeen im Frühjahr 1664 gegen die Türken. — Kämpfe an der Drau und Mur. — Die Türken nehmen Sérinvár. — Schlacht bei St. Gotthard. — Friede von Bâsvár. — Ungarische Rebellion.

Zweiter Abschnitt. Die Nachtentfaltung Frankreichs 255—307

Ludwigs XIV. Selbstregierung. — Kampf gegen die Korruption. — Heeresorganisation. — Kräftigung des äußeren Ansehens des französischen Königtums. — Lothringen. — Einmischung in deutsche Angelegenheiten. — Die Erfurter Fändel. — Erste Annäherung zwischen Frankreich und Branden-

rg. — Eintritt des Kurfürsten in den Rheinbund. — Krieg zwischen England und den Generalstaaten. — Der Bischof von Münster tritt als Gegner der Generalstaaten auf. — Aussöhnung zwischen Pfalz-Neuburg und Brandenburg. — Veränderungen im Hause Braunschweig-Lüneburg. — Herzog Johann Friedrich tritt zum Katholizismus über. — Ehegeschichte Georg Wilhelms und Ernst Augusts. — Erbfolgestreit nach dem Tode Christian Ludwigs. — Streit um das Wildfangrecht zwischen Pfalz und Mainz. — Beendigung des holländisch-münsterischen Streites durch Brandenburgs Vermittelung. — Defensivtraktat zwischen Schweden und Brandenburg. — Magdeburg. — Bremische Angelegenheiten. — Defensivallianz zwischen Dänemark, den Generalstaaten, Lüneburg-Celle und Brandenburg (25. Oktober 1666). — Beilegung des Streites um Bremen.

Ludwigs XIV. Einfall in die spanischen Niederlande. (Erster Raubkrieg.) — Das Devolutionsrecht. — L'Hôlas „Bouclier d'etat“. — Seine Bemühungen für eine Koalition gegen Frankreich.

Veränderungen in der Politik des Wiener Hofes. — Fürst Wenzel Lobkowitz. — Der geheime Vertrag mit Frankreich (19. Januar 1668). — Die Tripelallianz zwischen England, Holland und Schweden (23. Januar 1668). — Wirkungen des Devolutionskrieges in Deutschland. — Auflösung des Rheinbundes in zwei neue Allianzen. — Abdankung Johann Kasimirs von Polen. — Wahl des Königs Michael. — Der Limburger Bund. — Vertrag zwischen Frankreich und Brandenburg (31. Dezember 1669). — Folgen des Achener Friedens. — Sturz des kaiserlichen Ministers Fürst Auerberg. — Neugestaltung der geheimen Konferenz. — Finanzwesen unter dem Grafen Ludwig Eizingendorf. — Streitigkeiten zwischen dem Erzbischof und der Stadt Köln. — Unterwerfung der Stadt Braunschweig. — Oldenburgische Erbfolge.

Dritter Abschnitt. Ludwigs XIV. Angriff auf Holland und das Reich. (Zweiter Raubkrieg)

308—384

Die Politik der Generalstaaten. — Zerfall der Tripelallianz. — Frankreichs Einfall in Lothringen. — L'Hôlas versucht eine Wendung in der Haltung des Wiener Hofes zu erzielen. — Beziehungen deutscher Fürsten zu Frankreich. — Schwierige Lage des großen Kurfürsten. — Die öffentliche Meinung in Deutschland gegen Frankreich. — Patriotische Schriften. — Leibniz' politische Thätigkeit. — Aufenthalt in Paris. — Neue Allianz zwischen Brandenburg und den Staaten (Herbst 1671). — Einmarsch der französischen Heere in Holland. — Brandenburg rüstet zu Gunsten der Staaten. — Verhandlungen mit dem Kaiser. — Widerstand der Holländer und Seeländer. — Ermordung der de Witt. — Diktatur Wilhelms von Oranien. — Montecuccolis Kriegsplan. — Vormarsch der brandenburgischen und österreichischen Armee an den Rhein (Herbst 1672). — Eingriffe der Wiener Regierung. — Der große Kurfürst trennt sich von Montecuccoli. — Winterfeldzug in Westfalen gegen Turenne. — Waffenstillstand mit Frankreich. — Vertrag von Boffem (16. Juni 1673). — Turenne rückt nach Thüringen. — Umschwung in den Wiener Regierungskreisen durch Hoher und L'Hôlas. — Bündnis des Kaisers mit Kurfachsen. — Musterung in Eger. — Feldzug am Main. — Vereinigung der kaiserlichen Armee mit Oranien. — Gefangennahme Wilhelms von Fürstenberg. — Polemit darüber. — England trennt sich von Frankreich. — Friede von Westminster (19. Februar 1674). — Neue Rüstungen Ludwigs XIV. — Feldzug am Rhein. — Gefecht bei Singheim. — Brandenburg tritt wieder in den Kampf gegen Frankreich (1. Juli 1674). — Der Kurfürst entscheidet sich zur Rheinarmee zu stoßen. — Der Krieg in den Niederlanden. — Schlacht bei Seneffe. — Die Kaiserlichen gehen über den Rhein. — Turenne hält sich an der

Lauter. — Rückzug der Kaiserlichen über den Rhein. — Uebergang bei Straßburg. — Schlacht bei Enzheim. — Anmarsch des Kurfürsten. — Bournonvilles Jögern. — Turenne gelingt der Rückzug. — Die Verbündeten richten sich zur Ueberwinterung im Oberelsaß ein. — Tod des Kurprinzen Emil. — Turenne greift von Süden an. — Ueberfall bei Mühlhausen. — Schlacht bei Türkheim. — Die Verbündeten räumen das Elsaß. — Urteile der Zeitgenossen darüber. — Sturz des Ministers Lobkowitz.

Vierter Abschnitt. Vom schwedischen Krieg bis zum Friedensschluß 385—440

Einfall der Schweden in Brandenburg. — Der Kurfürst entschließt sich, den Kampf mit ihnen aufzunehmen. — Die Generalstaaten sagen ihre Unterstützung zu. — Der Feldzug in der Mark (Sommer 1675). — Schlacht bei Fehrbellin. — Eindruck der Schlacht bei den Zeitgenossen. — Nationaler Aufschwung der deutschen Publizistik. — Fortsetzung des Krieges am Rhein. — Montecuccoli übernimmt das Kommando. — Turennes Manöver am rechten Rheinufer. — Schlacht bei Sasbach. — Turennes Tod. — Rückzug der Franzosen. — Belagerung von Trier. — Schlacht an der Konzerbrücke. — Triers Fall. — Die Verbündeten zerstreuen sich. — Tod des Lothringers. — Montecuccoli gegen Condé. — Die Kaiserlichen räumen zum zweitenmal das Elsaß.

Des großen Kurfürsten Angriff auf Pommern. — Verwirrung in Schweden. — Feldzug von 1676. — Die Dänen in Schonen. — Schlacht bei Lund. — Karl von Lothringen am Rhein. — Belagerung und Fall von Philippsburg. — Feldzug von 1677. — Französische Siege in den spanischen Niederlanden. — Vormarsch Draniens und Karls von Lothringen. — Condé nimmt Freiburg. — Belagerung von Stettin. — Beginn der Friedensverhandlungen in Nymwegen. — Fall von Stettin. — Die Generalstaaten verständigen sich mit Frankreich.

Brandenburgs Siege gegen Schweden. — Rügen. — Stralsund. — Der Krieg in Preußen. — Zug über das Kurische Haff. — Flucht der Schweden. — Der Friedensschluß zu Nymwegen (5. Februar 1679). — Brandenburg wird preisgegeben. — Der Kurfürst sieht sich zu Unterhandlungen mit Frankreich und zu Räumung von Pommern genötigt. — Friede von St. Germain (29. Juni 1679).

Viertes Buch.

Erster Abschnitt. Die Reunionen 441—473.

Oesterreichs Reichspolitik. — Dänemarks Absichten auf Hamburg. — Ludwig XIV. zieht die Konsequenzen des Nymweger Friedens. — Die elsässischen Reichsstädte. — Die Reunionsklammern in Metz und Breisach. — Protest des Reichstages. — Brandenburgs Zurückhaltung. — Die erste brandenburgische Flotte in See. — Die Kolonien in Afrika.

Versuche einer Reorganisation der Reichskriegsverfassung. — Ludwigs XIV. Unternehmung gegen Straßburg. — Ueberrumpelung der Stadt. — Rechtfertigung der Uebergabe. — Rückwirkung auf das Ansehen des Kaisers. — Freiherr von Strattman und Walbeck. — Die Lagenburger Allianz (10. Juli 1682). — Türkengefahr. — Oesterreich will den Krieg mit Frankreich. — Brandenburgs Opposition verhindert denselben. — Jenas Erklärung im Reichstage. — Allgemeine Rüstungen.

Zweiter Abschnitt. Der Türkentrieg von 1683 und seine Folgen 474—542

Fehler der österreichischen Regierung in Ungarn. — Treiben der Jesuiten. — Der kleine Krieg in Siebenbürgen. — Kuruzzeneinfälle. — Ludwig XIV. unterstützt den Aufstand in Oberungarn. — Emerich Tököly. — Seine Verbindung mit Helene Zinz. — Kara Mustafa. — Capraras Sendung nach Konstantinopel. — Die Umgebung des Kaisers beharrt noch im Herbst 1682

auf dem Kriege mit Frankreich — Die Pforte beschließt den Krieg in Ungarn.

Oesterreich sucht neue Allianzen. — Marg Emanuels von Baiern Verlobung mit Erzherzogin Marie Antonie. — Papst Innocenz XI. unterstützt den Kaiser. — Allianz mit Polen. — Mißerfolg der französischen Agitation.

Oesterreichs Finanzlage. — Leistungen der Erbländer. — Unpatriotische Haltung der Kirchenfürsten. — Karl von Lothringen übernimmt den Oberbefehl. — Heerschau bei Rittsee. — Der Feldzugsplan.

Anmarsch des türkischen Heeres. — Rückzug der kaiserlichen Truppen nach Wien. — Gefecht von Petronell. — Ungarns Anteil am Kriege. — Abreise des Kaisers von Wien. — Befestigung und Verteidigungsmittel der Residenz. — Ernst Altdiger von Starhemberg. — Beginn der Belagerung. — Angriffsrichtung der Türken. — Die Verbindung mit dem Herzog von Lothringen. — Die Berichte des Residenten Kuniz. — Die letzten Momente der Belagerung. — Karls von Lothringen Vorbereitungen für den Einsatz. — Anmarsch der Baiern und Sachsen. — Das polnische Heer. — Bedeutung der polnischen Hilfe. — Sobieskys Annäherungen. — Kriegsrat in Tulln. — Unfähigkeit Kara Mustafas. — Aufstellung des christlichen Heeres. — Die Entschlußschlacht. — Anteil der Polen. — Beute. — Sobieskys Einzug in Wien. — Ankunft des Kaisers. — Begegnung mit Sobiesky. — Gefecht bei Parkany. — Einnahme von Gran. — Eindruck der christlichen Siege. — Brandenburgs Haltung gegen Frankreich.

Feldzug von 1684. — Erster Versuch der Belagerung von Ofen. — Mißlingen desselben. — Krieg in den Niederlanden. — Fall von Luxemburg. — Der zwanzigjährige Waffenstillstand.

Dritter Abschnitt. Das brandenburgisch-österreichische Bündnis 543 — 588

Allgemeines Mißtrauen in die Friedensliebe Ludwigs XIV. — Dessen kirchenpolitische Maßnahmen. — Aufhebung des Edikts von Nantes. — Rückwirkung derselben auf die Beziehungen zu Brandenburg. — Aufnahme der vertriebenen Hugenotten durch den großen Kurfürsten. — Baron Fridag in Berlin. — Annäherungsversuche des Kaisers. — Vertrag über die Türkenhilfe (Februar 1686). — Der Schwibuffer Kreis. — Revers des Kurprinzen. — Abschluß der Allianz. — Ausmarsch des brandenburgischen Corps.

Feldzug in Ungarn 1685. — Belagerung und Erstürmung von Neuhäusel. — Schlacht bei Tata. — Einstellung der Feindseligkeiten. — Tököly in türkischer Gefangenschaft. — Feldzug von 1687. — Angriff auf Ofen. — Einschluß der Festung durch das österreichisch-brandenburgische und das bayerische Belagerungscorps. — Entschlußversuche Suleimans. — Der Sturm, 2. September 1686. — Vormarsch der Verbündeten bis Tolna. — Fall von Szegebin. — Caraffas tyrannisches Gebaren in Oberungarn. — Feldzug von 1687. — Schlacht bei Mohács (12. August). — Einmarsch in Siebenbürgen. — Vertrag von Blasendorf. — Reichstag in Preßburg. — Krönung des Erzherzogs Joseph als König von Ungarn. — Erfolge des Jahres 1688. — Einnahme von Belgrad durch Marg Emanuel von Baiern. — Hulbigung von Siebenbürgen. — Aussterben der Simmernschen Linie des pfälzischen Kurfürsten. — Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg. — Ansprüche Ludwigs XIV. für Philipp von Orleans. — Hamburger Unruhen. — Dänischer Friedensbruch. — Brandenburgische Vermittelung. — Der Augsburger Bund (9. Juli 1686). — Ludwigs XIV. Forderung nach definitiver Anerkennung der Reunionen. — Versuch einer Einigung der katholischen Mächte unter Frankreichs Führung. — Opposition des großen Kurfürsten. — König Jakob II. von England. — Katholische Reaktion. — Die Nachfolge im Erzbistum Köln. — Candidatur Wilhelms von Fürstenberg. — Draniens Abmachungen mit Brandenburg. — Letzte Tage des großen Kurfürsten. — Sein Tod (29. April 1688).

Einleitung.

Es gibt kein Volk, dessen Geschichte sich in großartigeren Verhältnissen bewegt, als das deutsche. Schon sein Heldenzeitalter verlebte es unter allen Himmelsstrichen der alten Welt, in den verschiedenartigsten Beziehungen zu den anderen Völkern, die vor ihm die Weltbühne betreten haben; so neu und eigenartig sind diese Beziehungen, daß es nicht immer einfach ist zu entscheiden, wo die Deutschen als Herren, wo als Mietlinge das Schwert geführt haben, wenn dieses auch überall gefürchtet war. Nicht aus fest besiedelten Landschaften entwickeln sich ihre ersten Staaten, nicht aus einem eng begrenzten Gemeinwesen wächst ein neues politisches Gebilde hervor, das den Stempel ihrer Art trägt — sie überstürzen sich in Eroberungen, schaffen Reiche in kaum zu übersehender Zahl, Stämme und Staaten vergehen und versinken, nicht selten, ohne eine Spur zu hinterlassen. Sorglos, planlos, übermütig wird an Kraft vergeudet, was nie mehr zurückgewonnen werden kann. Und als dann aus dem Gewirre der völkerzehrenden Wanderzeit ein Staatsgefüge mit nationalem Gepräge hervorgeht, da werden ihm Aufgaben gestellt, die es nicht zu bewältigen vermag. Es soll die Vermittlung zwischen der antiken und der christlichen Lebensanschauung leiten, soll die gefunden Reste überreicher südlicher Kultur an die kalten und öden Küsten der Nordmeere verpflanzen, soll lernen und befehlen zugleich, den eigenen Ungefüg, die eigene zügellose Begehrlichkeit und die neidische Feindschaft aller derer auf einmal bekämpfen, die es bald mit, bald wider Willen in der bisher eingenommenen Stellung und Macht gekränkt und verkürzt hat. Was immer die Welt bewegt, das regt auch das deutsche Volk in allen Tiefen auf und entfremdet es seinem Berufe, endlich sein Haus mit Muße zu bestellen, seine Einrichtungen zu prüfen

und zu bessern, sich ein stattliches und dauerndes Regiment zu besorgen. Zur Zeit, da die Nachbarn sich dazu schon mit Eifer schickten und mit mehr oder weniger Glück dem Ziele zustrebten, da besinnt es sich erst, daß es so manche günstige Gelegenheit versäumt und vieles nachzuholen habe. Der Ruf nach Reform der Reichsverfassung ertönt, die ersten Versuche dazu werden eingeleitet, der Friede im Innern soll im Zusammenhange mit den Grundlagen einer sicheren Wehr nach außen hergestellt werden — da erfaßt die Geister mit einemmal eine ganz andere Bewegung, der Kampf um die Freiheit des Glaubens entbrennt, die Verschiedenheit des Bekenntnisses zerreißt und spaltet die Nation und läßt die einzelnen Teile in dem Bestreben, sich in ihrer religiösen Ueberzeugung unabhängig zu erhalten, alle Vorteile nationaler Einheit und Zentralisation vergessen. Die politische Reform war durch die konfessionelle Entzweiung für immer unmöglich gemacht, an die Stelle der allmählichen Umbildung des mittelalterlichen Staates mußte eine völlige Neubildung treten, dieser aber die Auflösung des alten Reichskörpers notwendig vorausgehen. — Es mag vielleicht manchem reizvoll erscheinen, sich den Entwicklungsgang des deutschen Staatswesens unter einem protestantischen Kaisertum, allenfalls unter protestantischen Habsburgern, auszugestalten. Die Geschichte hat mit dieser Variante nichts zu thun. Sie muß aber die Thatsache feststellen, daß von dem Augenblicke an, als die neue Lehre in einem großen Teile des Volkes feste Wurzeln geschlagen hatte, als gerade die kräftigeren und zäheren Stämme für immer mit dem Papsttum gebrochen und die Idee der evangelischen Freiheit mit germanischer Treue und Hingebung erfaßt hatten, die Aufrichtung eines starken Reichsregimentes unter katholischer Führung unmöglich geworden war. Die Erhaltung der Glaubensfreiheit war an die Macht der evangelischen Fürsten und an die Dymnacht des Kaisers gebunden. Das große Gewicht konfessionellen Eifers fiel in die Waagschale politischer Bestrebungen, der Partikularismus, der ohnehin an den starken dynastischen Gefühlen der Deutschen eine mächtige Stütze hatte, fand nun einen noch kräftigeren Rückhalt an der Anhänglichkeit an einen neuen Glauben, der Volk und Fürsten verband.

Während für Frankreich und England schon im sechzehnten Jahrhundert die Entscheidung im Kampfe der religiösen Parteien gefallen war, hatten sich dieselben auf dem Boden des römischen Reiches deutscher Nation in derselben Zeit vergeblich gemessen. Der Augsburger Friede war kein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand gewesen, welcher unhaltbare Zustände schuf, die Gelegenheit zu stets neuen Verwicklungen bestehen ließ und in jeder der streitenden Parteien die Hoffnung auf einen endlichen Sieg noch immer lebendig erhielt. Der große deutsche Krieg, das schwerste Unheil, das je ein lebenskräftiges Volk über sich kommen sah, brach mit der

elementaren Gewalt einer geschichtlichen Notwendigkeit unaufhaltsam herein, er mußte bis zur äußersten Erschöpfung, bis an die Grenze der Vernichtung geführt werden, sein Verlauf mußte den Nachweis liefern, daß der Deutsche des Deutschen nicht Herr werden konnte, weil keiner sein Anrecht an die Freiheit seines Gewissens preiszugeben vermochte. Soviel auch an fremden Interessen dabei ins Spiel kam, so sehr auch die Selbstsucht aller Arten von Potenzen sich zuletzt in den Vordergrund drängte, der letzte Grund des den Zeitgenossen fast endlos erscheinenden Ringens blieb doch die Unlösbarkeit des Widerspruches zweier Weltanschauungen, die sich gerade im deutschen Volke am schroffsten offenbaren mußte, weil es diesen Widerspruch am tiefsten empfunden und am gründlichsten erörtert hat. Das Ende war die Erhaltung beider Richtungen, war die widerwillige, aber notgedrungene, gegenseitige Anerkennung der Existenzberechtigung der darum streitenden Glaubensgenossenschaften.

Die Gewissensfreiheit war für die Mehrzahl — und nur diese kann bei solchen schweren Erschütterungen in Betracht kommen — gerettet, der Staat schritt unrettbar dem Verfall zu. Der westfälische Friede besiegelte für immer das unbehinderte Nebeneinanderbestehen der verschiedenen Formen des Christentums in der deutschen Nation, er setzte das Geltungsgebiet dieser Formen für eine Zeitfolge fest, die sich noch heute jeder Schätzung entzieht; was sich an Bewegungen und Bestrebungen, an diesem Zustande zu ändern, seit zwei Jahrhunderten bemerkbar gemacht hat, das hat niemals eine andere als ganz vorübergehende Bedeutung erlangt. Aber das politische Leben der Deutschen war vollkommen unklar geworden. Sicher war nur die Aufhebung jedes festen inneren Bandes zwischen den Reichsgliedern, das äußere war anscheinend wohl erhalten aus dem Sturme hervorgegangen. Die Nation war sich ihres Verlustes an Einheit kaum bewußt, sie war im großen und ganzen weit entfernt davon, zu ahnen, daß sie nun vor einer fast noch größeren Aufgabe stand, als der der religiösen Gliederung, daß sie nun alle Leiden einer allmählichen Zersetzung ihres alten Staatskörpers vor sich hatte, daß sie die Pein der Demütigung tragen mußte, die dem Kranken und Hinfälligen vor dem in Gesundheit erblühenden Nachbar nie erspart bleibt, daß sie sich fast zu Tode mühen mußte, um ihre Selbständigkeit vor der Begehrlichkeit dieser erbsüchtigen, bald roh zugreifenden, bald gleisnerisch schleichenden Nachbarn zu bewahren und daß ihr endlich keine Rettung blieb, als in heroischem Aufschwunge, wenn auch mit begreiflicher Beklemmung, die letzte Barade, die ihr von dem einst so stolzen Gebäude ihres Reiches geblieben war, selbst niederzureißen und zu zerschellen, damit sie Raum erhielt für ein neues und besser schützendes Dach. — Dies ist der Inhalt einer Epoche im Leben unseres Volkes, die mit dem westfälischen Frieden beginnt

und bis in unsere Tage reicht. Das Erstehen des neuen Kaisertums, des Kaisertums der Hohenzollern wird ein Markstein von ähnlichem geschichtlichen Werte sein. Das Ziel dieses Buches aber ist nicht so weit gerichtet, sein Inhalt wird sich nur auf einen Teil dieser Epoche zu erstrecken haben, und zwar auf jenen ersten Teil, in welchem die Auseinanderlösung der Reichsglieder immer deutlicher zu Tage trat, während gleichzeitig die Elemente der politischen Neugestaltung aus ihrem Keime erwachsen, sichtlich erstarkten und ihre Widerstandskraft in unverkennbarer Weise bekundeten.

Erstes Buch.

Der Zustand des Reiches nach dem westfälischen Friedensschlusse.

Erster Abschnitt.

Die staatsrechtlichen Verhältnisse.

Den Zustand des Reiches uns vor Augen zu stellen, wie es aus dem dreißigjährigen Kriege und aus den zu Münster und Osnabrück zustande gebrachten Friedensschlüssen hervorgegangen ist, wird unsere erste Aufgabe sein. Wir werden ihr einige Zeit und Aufmerksamkeit widmen müssen, da von der richtigen Erkenntnis der politischen und wirtschaftlichen Lage, der sozialen und geistigen Strömungen eines Zeitalters das Verständnis der Ereignisse desselben abhängt, und wenn es auch selbstverständlich ist, daß historische Verhältnisse nicht bleibend, sondern in einer steten Wandlung begriffen sind, so muß doch zugegeben werden, daß gewisse Abschnitte im Völkerleben den Erzähler geradezu darauf hinweisen, in einem längeren Stillstande das Zuständliche zu untersuchen, das Gewordene zu betrachten und die nebeneinander auftretenden Erscheinungen der Beobachtung zu unterziehen, welche in der Verfolgung der nacheinander eintretenden Ereignisse die Aufmerksamkeit weniger in Anspruch genommen haben. Es wird sich dabei ohnehin nicht vermeiden lassen, daß auf vorhergehende und nachfolgende Entwicklungsstufen Rücksicht genommen wird, so daß auch die Beziehung zu den „öffentlichen Handlungen“, welche ja in erster Linie den Gegenstand geschichtlicher Darstellung bilden, stets aufrecht erhalten wird.

Daß gerade die Zeit, mit welcher unsere Erzählung beginnt, zu einer weiter ausgebreiteten Umschau über kulturelle Gebiete besonderen Anlaß bietet, wird kaum geleugnet werden; hat sich doch auch die Litteratur schon vielfach mit diesem Gegenstande beschäftigt und nachdrücklich betont, daß der richtige Blick für die ökonomische Geschichte Deutschlands an dem Studium der Ergebnisse des dreißigjährigen Krieges geschärft werden müsse. Bevor wir uns jedoch der traurigen Aufgabe unterziehen, die wirtschaftliche Bilanz des Jahres 1648 festzustellen, ist es geboten, daß wir die staatliche Form, zu der das deutsche Volk in derselben Zeit gelangt war, etwas näher ins Auge fassen. Die gleichlautenden Artikel VIII der beiden zu Münster und Osnabrück vereinbarten Friedensinstrumente, welche

zusammen unter dem Namen des westfälischen Friedens benannt werden, verleihen den von alters hergebrachten Rechten und Freiheiten der Reichsstände neuerdings verfassungsmäßige Gültigkeit und bestätigen denselben ihren Besiz an Ländern, politischen und kirchlichen Rechten. Sie bekräftigen aber weiter das Stimmrecht in allen Beratschlagungen über Reichsangelegenheiten, namentlich das Recht, Gesetze zu geben und zu deuten, Kriege zu erklären, Steuern auszufschreiben, Verbungen und Einquartierungen zu verordnen, Reichsfestungen zu erbauen oder vorhandene zu besetzen, Frieden und Bündnisse zu schließen, so daß ohne Zustimmung der Stände in allen diesen Angelegenheiten keine Regierungshandlung möglich ist. Außerdem sind die einzelnen Stände berechtigt, unter sich und mit Auswärtigen, zu ihrer Erhaltung und Sicherheit Bündnisse aufzurichten, mit der Beschränkung, daß dieselben nicht gegen Kaiser und Reich, gegen den gemeinen Landfrieden und gegen diesen neu geschlossenen Frieden gerichtet sein dürfen. Eine lange Reihe von einzelnen Verfassungsfragen, die Einrichtung der Reichstage, eine beständige Wahlkapitulation, die Ächtserklärung, die Ergänzung der Kreise, die Erneuerung der Reichsmatrikel u. a. sollte auf einem längstens in sechs Monaten einzuberufenden Reichstage zum Austrag kommen. Durch die erwähnten positiven Bestimmungen ward das Friedensinstrument zugleich ein Verfassungsgefese, gleich der goldenen Bulle, dem Maximilianischen Landfrieden, der Reichskammergerichtsordnung, der Wahlkapitulation Kaiser Karls V. und deren späteren Erneuerungen, im unmittelbaren Anschluß an den Passauer Vertrag und den Augsburger Religionsfrieden, deren Aufrechthaltung ausdrücklich anerkannt wurde.

„Man hält insgemein davor,“ sagt J. J. Moser, der große Staatsrechtslehrer des alten Reiches, in seiner Abhandlung „Von der Landeshoheit derer Teutschen Reichsstände“ (1773), „daß die Landeshoheit durch diesen Friedensschluß allererst einen festen Grund und ihre Bestätigung erlangt habe. Wann man aber auch behaupten will, daß durch diesen Frieden nur dasjenige ausdrücklich anerkannt und bestätigt worden sei, wozu die Reichsstände schon vorhin ein vollkommenes Recht gehabt hätten; so lauft es doch am Ende im Hauptwerk auf eines hinaus. Vorher konnte noch darüber gestritten werden: ob die Reichsstände die Landeshoheit haben? ob alle sie haben? ob alle sie in gleichem Grade in Absicht auf den Kaiser und das Reich haben? Nun ist es ausgemacht.“ Das Ideal, welches Bogislaus Philipp von Chemnitz in seiner „Ratio status“ für die deutsche Reichsverfassung aufstellt, ist zwar nicht vollständig erreicht, die wesentlichsten Punkte seiner Forderungen finden sich jedoch in dem neuen Grundgefese erfüllt, das nicht etwa nur durch den Druck der fremden Mächte zustande gekommen ist, nicht den Tendenzen der deutschen Fürsten allein entsprochen hat, sondern sich geradezu auf die öffentliche Meinung, auf die Wünsche der Besten des Volkes, die sich überhaupt mit staatsrechtlichen Fragen beschäftigten, stützen konnte. Chemnitz war nicht der erste und einzige politische Schriftsteller, welcher in der möglichsten Einschränkung der kaiserlichen Autorität das sicherste Mittel zur Rettung der deutschen Freiheit, d. h. der Selbständigkeit des deutschen Staatswesens, erkannte. Die protestantische Publizistik des Dreißigjährigen Krieges hatte den Feldzug gegen die „habsburgische Monarchie“ weit tapferer und ausdauernder

geführt, als so mancher evangelische Reichsstand, und auf diesem Gebiete waren die Katholiken durchaus nicht geneigt, für die kaiserliche Dynastie in die Feuerlinie zu rücken. Das katholische deutsche Fürstentum hatte wohl der Casa d' Austria, des habsburgischen Gesamthauses bedurft, um sich vor dem wiederholten Ansturm der evangelischen Mächte zu schützen, Maximilian von Baiern hatte in der Schlacht am weißen Berge die Großmachtsstellung der deutschen Linie gerettet, nicht nur, um sich dadurch den Kurhut zu erwerben, sondern weil er diese österreichische Großmacht für die Erhaltung seiner Religion notwendig fand; aber er war der schärfste Gegner des aufstrebenden Kaisertums gewesen, als es unter Eggenberg-Wallensteinscher Führung den Versuch gemacht hatte, die alten Traditionen wieder aufzunehmen und die großen, wie die kleinen, die weltlichen, wie die geistlichen Territorialherren mit Gewalt niederzuhalten. Die katholischen Reichsfürsten hatten den Friedländer gestürzt, der geglaubt hatte, mit seiner Armee aus dem Jesuitenjüngling von Ingolstadt einen Ottonen oder Stauffer machen zu können, sie hatten sich die Mitwirkung Frankreichs gerne gefallen lassen, als es galt, den etwas zu selbstthätig gewordenen frommen Ferdinand in die Schranken zurückzuweisen, deren ihr eigenes Interesse nicht entbehren konnte. Der Katholizismus hat sich nie nach einem mächtigen Kaisertum deutscher Nation gesehnt, weil es neben einem mächtigen Kaiser keinen mächtigen Papst geben kann. Niemand hat dieser Ueberzeugung deutlicheren Ausdruck gegeben, als Urban VIII. Und ähnlich, wie dieser, fühlten auch die Herren von Köln und Trier, Mainz und Bamberg; auch sie wußten den Wert der deutschen Libertät zu schätzen, sie wußten, daß es seine schöne Seite hatte, die Schranken und Fesseln einer Wahlkapitulation in Händen zu haben und für diese Handhabung gute Honorare in Rechnung bringen zu können. So kam es, daß die Verbündeten der Ferdinande sich in dem Federkriege gegen die Ansprüche der kaiserlichen Majestät sehr kühl verhielten.

Was in staatsrechtlichen Ausführungen in den zahlreichen Flugschriften des Dreißigjährigen Krieges, namentlich in den gegen den Prager Frieden gerichteten,¹⁾ angesammelt war, das verband Chemnitz in seinem vielgenannten Traktat zu einem systematischen Angriffe gegen die Politik der Habsburger und ihre Stellung im Reiche. Es wird heute kaum mehr angezweifelt, daß jener Hippolithus a Lapide,²⁾ unter dessen Namen die „Dissertatio de ratione status in Imperio nostro Romano-Germanico“ zuerst 1640 erschien, ein Pseudonym für Bogislaus Philipp von Chemnitz war, wiewohl es nicht ausgeschlossen ist, daß er Vorarbeiten seines Vaters Martin Chemnitz, des pommerischen Kanzlers, benützt hat. Bogislaus Philipp hatte die Universitäten von Rostock und Jena besucht, war aber 1627 in niederländische, dann in schwedische Kriegsdienste getreten und hatte es bis zum Hauptmann gebracht. Er war dann wieder zu den Studien zurückgekehrt und wahrscheinlich schon zur Zeit des Prager Friedens schriftstellerisch thätig gewesen. Nächst der „Dissertatio“, die wohl das größte Aufsehen unter allen gleichzeitigen Staatschriften erregt hat, ist seine Geschichte der schwedischen Feldzüge in Deutschland, die er als schwedischer Historiograph ge-

¹⁾ S. Siggrath, Die Publizistik des Prager Friedens. Halle. 1880.

²⁾ Friedr. Weber, Hippolithus a Lapide. Spbels histor. Zeitschr. XXIX. Bd. S. 254—306.

liefert hat, sein bedeutendstes Werk; es gehört zu den verlässlichsten Quellenchriften über den Dreißigjährigen Krieg. Die „Dissertatio“ selbst ist von einem leidenschaftlichen Patriotismus getragen, der die Heftigkeit seiner Anfeindung des Hauses Habsburg teilweise entschuldigt. Man muß sich vergegenwärtigen, welchen Eindruck das Restitutionsedikt, das Verfahren gegen Magdeburg, die Nichtachtung des Religionsfriedens, die Vergewaltigung der böhmischen, österreichischen und innerösterreichischen Protestanten, die seit 1629 als Exulanten im Reiche umherirrten und vielfach das Gnadenbrot der Schweden aßen, die Achtung des Kurfürsten von der Pfalz, endlich das üble Hausen der Fremden im Reiche, der Spanier und Italiener auf ein Gemüt hervorrufen konnte, das für die Ehre seiner Nation empfänglich war, um die Stärke des Hasses zu begreifen, der sich gegen die vermeintlichen Tyrannen, die Unterdrücker des christlichen Glaubens, gegen die nach der Universalmonarchie strebende, mit dem Papst im Bunde stehende spanisch-österreichische Macht kehrte. Es läßt sich im neunzehnten Jahrhundert schwer nachempfinden, wie schmerzlich religiöser Druck wird und welchen Grad von Erregung er hervorzurufen vermag; wir müssen die letztere, deren Vorhandensein sich auffallend genug bemerkbar macht, bei der Beurteilung der Stimmung jener Zeit trotzdem in Rechnung bringen und uns vor allem gegenwärtig halten, daß eine vollkommene Trennung politischer und religiöser Begriffe damals ganz undenkbar gewesen wäre. Auch Hippolithus a Lapide findet es ganz selbstverständlich, daß die Staatsraison, wenn sie in einen offenen Widerspruch mit dem Dienste Gottes gerät, sich dem letzteren unterzuordnen habe. Die Verschiedenheit der Ansprüche, welche die Religion an den Staat stellt, der Umstand, daß den mannigfachen Formen der Religionsverfassung nicht ebensoviele Staatsverfassungen entsprechen können, hat keine Bedenken gegen den so nachdrücklich aufgestellten Satz in ihm rege gemacht. Er ist überzeugt, daß die größtmögliche Unabhängigkeit der einzelnen Reichsglieder das Mittel sei, die religiösen und politischen Interessen in Einklang bringen zu können, in ihr erkennt er die wesentlichste Eigenschaft der deutschen Reichsverfassung, welche er im Gegensatz zu dem Monarchisten Reinkingf folgendermaßen zu definieren sucht: „Wir halten die eigentliche Staatsverfassung oder Regierungsform des Reiches für aristokratisch, jedoch dergestalt, daß die nähere Verwaltung gewisser einzelnen Regierungsgeschäfte und besonderer Angelegenheiten gewissermaßen auf monarchischem Fuße geschehe. Hierdurch verfällt dann unseres Erachtens diese Regierungsart in diejenige Gattung der Aristokratie, welche wir mit dem in dieser Bedeutung üblichen lateinischen Kunstworte Principatus bezeichnet haben. Denn es behauptet hier eine Person unter den Häuptern des Staats als Princeps einen Vorzug an der Würde und an Ansehen vor den übrigen Mitgenossen der Staatsverwaltung. Diese Person vom höchsten Range führt den alten römischen Titel eines Kaisers, sie stellt jedoch durchaus nicht dasselbe vor, was in anderen Staaten der Monarch ist.“ Die Souveränität oder Majestät steht nicht bei dem Kaiser, sondern allein bei der auf dem Reichstage versammelten Genossenschaft der Reichsglieder. Der Kaiser ist nicht im Besitze der Superiorität, denn er muß die Oberherrschaft und höchste Gewalt des gesamten Reiches oder aller Reichsstände über sich anerkennen, er hat, als ein Minister des Reiches, die

Vollstreckung dessen zu besorgen, was der Reichstag beschlossen hat, er untersteht dem Reichsgesetze, sein Richter ist der Pfalzgraf bei Rhein, nicht ihm allein wird die Hulldigung geleistet, sondern Kaiser und Reich gemeinsam; vergeht sich der Kaiser gegen die Reichsgesetze, so verpflichtet die Treue gegen das Reich dessen Glieder, dem Haupte gewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. In Religionsjahren entscheidet die Gesamtheit der Reichsstände, ihr ist sogar der Religionsfriede unterworfen, der ganz entfallen wird, wenn sich die Reichsglieder auf einer allgemeinen Kirchenversammlung oder sonstwie über die Religion und deren Ausübung vergleichen. Das Recht des Krieges und Friedens hat die Reichsversammlung, die oberste Gerichtsbarkeit übt das Reich durch das Kammergericht, die Gerichtsbarkeit des Reichshofrates ist eine Anmaßung. Das Recht der Bewilligung und Einnehmung der Steuern, die Ernennung der höchsten Reichsbeamten, ja sogar die diplomatische Vertretung gebührt dem Reiche, so daß von allen Souveränitätsrechten kein wesentliches vom Kaiser allein ausgeübt werden kann. Die Verwaltung des Reichsstaates, mithin auch die wahre Majestät oder Hoheit gehört dem gesamten Reichskörper zu; weder der Kaiser allein, noch die gesamten Kurfürsten, noch beide gemeinsam sind souverän, sondern lediglich alle Reichsstände zusammen genommen.

Nicht in derselben Entschiedenheit und Schroffheit, aber in demselben Sinne hatten selbst anerkannte Staatsrechtslehrer, wie Vinnäus,¹⁾ die deutsche Verfassung erklärt und ihre Ansicht war von den fremden Mächten mit Vorliebe angenommen worden. Schon die einleitenden Schritte zu den westfälischen Friedenshandlungen hatten den französischen Gesandten Gelegenheit gegeben, sich darauf zu beziehen.

Die Grafen d'Avauz und Servien hatten eröffnet, sie könnten das Endziel der Beratungen ohne die Teilnahme der Reichsstände nicht absehen und es war ein Sieg dieser Anschauung gewesen, als der Kaiser die Forderung Schwedens, die Vertreter sämtlicher Stände nach Münster und Osnabrück zu berufen, anzunehmen sich genötigt sah. Er versuchte seine Stellung noch durch eine Klausel zu retten, welche seine, sowie der Kurfürsten gewohnheitsmäßig bestehende Reservatrechte zu schützen suchte; als die kaiserlichen Diplomaten sich bei der Begründung dieser Forderung auf die Grundsätze des alten römischen Staatsrechtes und auf die justinianischen Gesetze beriefen, mußten sie sich von den Schweden in einer Replik höhrend fragen lassen: ob unter der beizubehaltenen alten Weise allenfalls die Zeiten des Kaisers Tiber mit verstanden sein sollen? Ohne stichhaltige Begründung konnte die ganze Klausel nicht aufrecht erhalten werden und es blieb die Anerkennung der vollen Souveränität jedes einzelnen Reichsstandes, die nur durch Beschlüsse des Reichstages, nicht aber durch irgend eine kaiserliche Handlung beschränkt werden konnte, bedingungslos als Reichsgesetz bestehen. Für die Zusammenfassung und Geschäftsführung des Reichstages selbst war es wenigstens in formeller Hinsicht als ein Fortschritt zu betrachten, daß die Stimme der reichsunmittelbaren Städte mit denen der übrigen Stände auf ganz gleiche Stufe gestellt und ihr ein „decisiver“ Charakter zuge-

¹⁾ De jure publico libri IX. (1629—45.)

prochen wurde. Da die Trennung der Kurfürsten und der anderen fürstlichen Stände zu zwei für sich beratenden und stimmenden Kollegien bereits zur Gewohnheit geworden war, so mußte die Konstituierung des dritten selbständigen Kollegiums, der freien Städte, die notwendige Folge davon sein. Diese Körperschaft genoß nicht die volle verfassungsmäßige Gleichstellung mit dem kurfürstlichen und fürstlichen Kollegium, ihr Votum wurde erst eingeholt, wenn die beiden letzteren sich bereits über ihre Abstimmung geeinigt hatten; wenn es abweichend war, so wurde die Frage darüber vor den Kaiser gebracht. Gelang es diesem, eine Einigung zustande zu bringen, so war dies schön und gut, gelang es ihm nicht, so mußte die ganze Angelegenheit aufgeschoben und seinerzeit einer anderen Reichsversammlung vorgelegt werden. Es gab überhaupt kein Mittel, die Reichsglieder zu irgend einer Entscheidung zu zwingen, die Mehrheit der Stimmen galt bei allen wichtigen Vorlagen weder in den einzelnen Kollegien noch in der schließlichen Zusammenfassung der Kollegialstimmen. Das westfälische Friedensinstrument hat diesen Gegenstand zu keinem Schlusse gebracht, sondern ihn, wie die meisten übrigen schwebenden Verfassungspunkte, einem künftigen Reichstage überlassen, der sozusagen den Charakter eines konstituierenden haben sollte. Zu dieser Konstituierung aber kam es niemals und es blieben die in Osnabrück offen gelassenen Fragen größtenteils ohne Beantwortung bis zur Auflösung des Reiches, also durch ein und ein halbes Jahrhundert.

Welche Form besaß denn nun eigentlich das aus den fünfjährigen Verhandlungen hervorgegangene Staatswesen der deutschen Nation? Darüber hat sich niemand klarer und aufrichtiger ausgesprochen, als der Begründer des deutschen Staatsrechtes, der würdigste Nachfolger des Hugo Grotius auf dem Gebiete des Naturrechtes, Samuel von Pufendorf, in seiner Schrift: „Severins von Monzambano gründlicher Bericht von dem Zustande des H. R. Reiches deutscher Nation.“¹⁾ Nachdem er die Einrichtungen des Reiches, den Ursprung der Reichsstände, die Wahl und die Macht des Kaisers besprochen und sich die Gewißheit verschafft hat, daß weder die Eigenschaften einer Demokratie, noch die einer Aristokratie, noch die einer Monarchie an dem Reichskörper zu erkennen seien, bleibt ihm nichts übrig, als festzustellen, daß Deutschland ein irregulärer Körper sei, „desgleichen in der ganzen Welt nicht anzutreffen ist. Nachlässiger Leichtsinnetlicher Kaiser, Ehrgeiz der Fürsten, Meutereien der Pfaffen, Aufruhr der Stände und daraus entstandene innere Kriege haben das reguläre Reich in eine so unzierliche Form gebracht, daß es nicht einmal ein *Regnum limitatum* mehr ist, obgleich die äußere Gestalt desselben noch einige Merkmale davon anzeigt. In einem *Regnum limitatum* darf niemand seine Gerechtfame und Freiheiten mit der Macht des Königs vergleichen, in Deutschland wird jedoch kein einziger Stand zugeben, daß seine Länder mehr dem Kaiser als ihm zugehören. Das Reich ist auch kein System unter sich verbundener Einzelstaaten, sondern ein getrenntes Wesen, ein Mittel Ding zwischen *Regnum* und Konföderation. Dies führt zu immerwährenden innerlichen Zerrüttungen, indem bald der Kaiser darnach trachtet,

¹⁾ Ueber die Veranlassung der Entstehung desselben folgen Andeutungen in der biographischen Skizze Pufendorfs w. u.

das Reich wieder in die vorige Ordnung zu bringen, die Stände aber darüber aus sind, sich bei ihrer Freiheit zu erhalten. Und wie man einen Stein von der Höhe des Berges wohl sehr leicht herabrollen, aber nicht ohne große Mühe wieder auf den Gipfel bringen kann, so kann auch Deutschland nicht ohne große Unruhe und allgemeine Konfusion wieder reformiert und reguliert werden.“ Pufendorf sieht voraus, daß nach Austragung der Streitigkeiten zwischen Kaiser und Ständen „Deutschland in Wahrheit einem Corpus oder System etlicher ungleich verbundener Gesellschafter ähnlich sehen wird“ — ein Ausspruch, der von dem scharfen und weitgehenden Blicke des großen Politikers Zeugnis gibt. Er findet es überhaupt schwierig, auf Grund des westfälischen Friedens und der Wahlkapitulation Leopolds I. ein Recht ausfindig zu machen, das den Reichsständen an der höchsten Gewalt noch fehle. Sie haben das Recht des Lebens und des Todes über ihre Unterthanen, sie machen Gesetze, welche vom gemeinen Rechte abweichen, sie genießen die Religionsfreiheit, erheben alle Einkünfte aus ihren Ländern, machen Steueranlagen, schließen Bündnisse unter sich und mit Ausländern, wenn sie nur nicht gegen Kaiser und Reich gerichtet sind, sie verteidigen sich durch die Waffen, weisen Injurien mit Gewalt zurück, errichten Festungen in ihren Ländern — und dies alles aus eigener Macht und Gewalt, nicht aber anstatt des Kaisers. Wenn man nun zwischen dieser landesherrlichen Hoheit und dem Summum Imperium noch einen Unterschied machen will, so kann man für das letztere keine besondere Eigenschaft mehr ausfindig machen, am wenigsten aber behaupten, daß über dieser Landeshoheit noch für eine Monarchie Platz wäre. Das Lehenverhältnis, welches noch besteht, ändert nichts an der Macht der Stände, sondern nur an der Art sie zu haben, und da die Lehen erblich sind, so hat dies Verhältnis mehr den Charakter eines solennen Gebrauches als den einer Abhängigkeit.

Welch tiefen Blick Pufendorf in das innerste Wesen des deutschen Staates gethan hat, lehrt uns sein Urtheil über Oesterreich. Was man bis dahin unter dem „Haus Oesterreich“ verstanden hatte, läßt sich in staatsrechtlichen Begriffen schwer festsetzen. Es war die Dynastie und ihr Besitz in seiner Gesamtheit. Erst im Verlaufe des Dreißigjährigen Krieges hat man zwischen Spanien und dem deutschen Teil der Casa d’Austria genauer unterschieden, das Verhältnis der europäischen Mächte, wie es um die Mitte des Jahrhunderts sich darstellte, gab keinen Raum mehr für jene großartige Form einer Monarchie, welche durch Karl V. angestrebt und sozusagen populär gemacht worden war. Nun war Frankreich dazwischen getreten und hatte allfälligen Gelüsten der Habsburger, in Europa Vorsehung zu spielen, für immer jede Hoffnung auf Befriedigung geraubt. Man gewöhnte sich daran, die spanischen Umtriebe für minder gefährlich, ihre Ansprüche als abgethan anzusehen und den Länderverband der deutschen Habsburger als ein unabhängiges und selbständiges politisches Gebilde anzuerkennen. Pufendorf gibt ihm geradezu einen staatlichen Charakter. Das Haus Oesterreich hat nach seiner Meinung nicht nur deshalb so lange Zeit die Kaiserwürde inne, weil es den „Splendeur“ derselben aus eigener Tasche bestreiten könne, sondern auch aus dem Grunde, weil es seinen Staat auf eine besondere Art also eingerichtet hat, daß es sich mit leichter Mühe vom römischen

Reiche absondern und eine eigene „Republique“ konstituieren kann, wenn geschehen sollte, daß ein anderer zur kaiserlichen Würde erhoben würde. Denn es hat sich dieses Haus solche Privilegien zuwege gebracht, daß es in seinem Belieben steht, die Autorität eines Kaisers anzuerkennen oder nicht. Wenn aber der „Staat Oesterreich“ sich vom Reiche trennt, so würde das letztere geschwächt und verstümmelt, ja noch mehr: es könnten auch andere Reichsglieder, welche sich die Kraft zur Selbsterhaltung zutrauen, in gleicher Weise vorgehen, ihnen würden dann auch die geringeren folgen, welche des ungleichen Standes überdrüssig werden, und schließlich müßte Deutschland die Gestalt und Form wie Italien bekommen. Pufendorf führt zum Beweise, daß seine Ansicht keine erdichtete sei, die Sonderstellung Böhmens an, welches mit dem übrigen Deutschland fast nichts zu schaffen habe, als nur bei Erwählung eines Kaisers, und gibt eine Auseinandersetzung des österreichischen Privilegs und der eigentümlichen Form der Investitur eines österreichischen Fürsten mit seinen Erbländern, welche es deutlich zum Ausdruck bringt, daß der Kaiser mit demselben als seinesgleichen, aber nicht als mit einem Unterworfenen verkehre. Böhmen mit seinen inkorporierten Ländern Mähren und Schlesien gehöre nicht einmal zu einem Reichskreise, es stehe daher eher in einem Bundesverhältnisse, als in einem staatlichen Zusammenhange mit dem Reiche.

Den Weg, welchen Oesterreich schließlich zu nehmen habe, konnte Pufendorf voraussehen, die Zukunft des Reiches selbst blieb ihm völlig unklar. Er erblickt in der Erhaltung des durch den westfälischen Frieden geschaffenen Zustandes die günstigste Lösung, hat wohl fromme Wünsche wegen Errichtung einer Reichsmiliz und eines gemeinsamen Auftretens aller Reichsglieder gegen äußere Feinde, aber über die Art der Erreichung dieses Zieles verbreitet er sich nicht und einen weiter entwickelten staatlichen Organismus vermag er für das deutsche Volk nicht zu denken.¹⁾ Die Gefahr, unter die drückende Herrschaft eines von einer gewaltigen Militärmacht gestützten katholischen Kaisers zu kommen, war für die deutschen Protestanten zu groß gewesen, als daß sie es nicht für einen großen Erfolg jener

¹⁾ Heinrich von Treitschke, der seinen großen Vorgänger auf dem Gebiete der politischen Publizistik in zwei Artikeln der preuß. Jahrbücher (1875, 6. und 7. Heft) gewürdigt hat, kann eine, wenn auch gerade nicht vorwurfsvolle, doch Bewunderung ausdrückende Bemerkung darüber nicht zurückhalten, daß Pufendorf-Severinus eine deutsche Macht, die dem Hause Oesterreich hätte die Spitze bieten können, nicht gefunden, von der großen Zukunft der Hohenzollern nichts geahnt hat, obwohl der große Kurfürst zur Zeit, da der Ronzamban erschien, schon seine und der Deutschen Ehre gegen Polen und Schweden siegreich verfochten und mit Waldeck den Plan einer Reichsreform erwogen hatte. „So langsam reisten Gottes Saaten; auch Pufendorf sollte erst nach langen Jahren, hart geschüttelt durch schwere Erfahrungen, das Wesen der jungen deutschen Großmacht verstehen lernen.“ Wenn wir Treitschke auch zugestehen wollen, daß dies Verständnis so weit vorgeschritten war, als es in jenen Tagen überhaupt für menschliches Auffassungsvermögen reichen konnte, so muß doch auch darauf hingewiesen werden, daß der Geschichtsschreiber Friedrich Wilhelm I. keinen Anlaß gefunden hat, seine im Severinus ausgesprochenen Ansichten von der Form des deutschen Reiches und dessen Entwicklung zurückzunehmen oder zu verbessern. Daß von Brandenburg die Begründung eines neuen deutschen Staatswesens ausgehen werde, dürfte Pufendorf auch aus den Errungenschaften seines kurfürstlichen Gönners noch nicht gefolgert haben.

Zeit betrachten sollten, diese Gefahr voraussichtlich für alle Zukunft beseitigt zu sehen.

Die Ansichten Pufendorfs, anfangs von den meisten Theoretikern zurückgewiesen, haben doch in kurzer Zeit die größte Verbreitung gefunden, zu Ende des Jahrhunderts können sie immerhin als die herrschenden angesehen werden. Wir werden sie bei Gelegenheit einer die Reichsverfassung sehr nahe berührenden Unterhandlung unter den deutschen Mächten auch von entschieden katholischer Seite anerkannt finden. Gegen ihre logischen Folgerungen konnten auch die gewundenen Erklärungen eines Leibniz nicht aufkommen, der sich in der Opposition gegen Pufendorf gefiel, ohne daß sie einen besonderen Grund oder eine bestimmte Absicht gehabt hätte. In den Bemerkungen „*Contra Severinum de Monzambano*“¹⁾ wirft er dem Verfasser desselben zwar mangelhafte Definitionen der staatsrechtlichen Begriffe vor, aber er muß ihm doch in den wesentlichen Punkten seines Urteils über die „*Respublica Germanica*“ Recht geben, er muß zugestehen, daß das R. römische Reich ein unregelmäßiger Staat ist, in welchem der Fall sehr leicht eintreten kann, daß über die wichtigsten Dinge kein Beschluß zustande kommt. Und in seinem „*Bedenken welchergestalt Securitas publica interna et externa im Reich auf festen Fuß zu stellen*“ entwirft er ein Bild der deutschen Verfassung, welches an Trostlosigkeit auch nicht viel zu wünschen übrig läßt. Schon in Friedenszeiten sieht er zahlreiche „*Hauptgefährlichkeiten*“, welche Abhilfe verlangen. „*Was unsere Republik aber auf einmal stürzen kann, ist ein innerlicher oder äußerlicher Hauptkrieg, dagegen wir ganz blind, schläferig, bloß, offen, zerteilt, unbewehrt und notwendig entweder des Feindes oder, weil wir bei jegiger Anstalt solchem selbst nicht gewachsen, des Beschützers Raub sind.*“ Noch sei man ja nicht einmal darüber einig, was jeder Reichsstand im Kriegsfall zu leisten habe, seit mehr als hundert Jahren bemüht sich jeder einzelne, seinen Beitrag möglichst herabzumindern. Würde man aber selbst über diesen Punkt völlig einig werden und jeder Verpflichtete das Seinige an Geld und Mannschaft pünktlich leisten, so ist es noch immer fraglich, wie die verschiedenen Kontingente behandelt, ob sie unter einem einheitlichen Kommando stehen oder einzeln vor den Feind geführt werden sollen. „*Sollten sie nicht zusammengestoßen sein, noch unter einem Haupt und governo stehen, wie schläferig wird mancher auf den Notfall mit den Seinen umgehen, wie leere papierene Kompanieen, was für Soldaten wird's abgeben, die in einem jeden Land sich häuslich niederlassen, bürgerlich einrichten, wackere Kerls hinterm Ofen sein, und wenn mans beim Lichte beseht, auf einen Ausschuß hinauslaufen werden.*“ Zu einer ordentlichen Kriegsführung gehöre eine fortbauernde, mit weitgehenden Befugnissen ausgerüstete Leitung, ein „*cousilium perpetuum*“, ein stehendes Heer, „*miles perpetuus*“ und eine leistungsfähige Kriegskasse „*perpetuum aerarium*“, durchweg unerreichbare Dinge. Denn es läßt sich nicht erwarten, daß die Reichsstände selbst über die vollkommensten Entwürfe einig werden würden. „*Der eine fürchtet die Religion, der andere die Polizei, der dritte sorgt, es möchten die*

¹⁾ Leibniz' Historisch-politische und staatswissenschaftliche Schriften. Herausg. von Dnno Kloppe. I. Bd. (Hannover 1864.)

Mächtigen durch eine solche Verfassung die übrigen zu unterdrücken suchen . . . denn nicht wenige Stände im trüben Wasser fischen, des Reiches Zerrüttung gerne sehen, eine richtige Justiz, eine prompte Exekution wie das Feuer scheuen, hingegen gegenwärtige Konfusion lieben, darin jeder factiones machen, seinen Gegenteil aufhalten, Urteil und Recht eludiren, an Fremde sich hängen und ohne Verantwortung leben kann, wie er will.“ Eine wirkliche Besserung dieser Verhältnisse sei nur von einer Allianz hervorragender deutscher Fürsten mit dem Kaiser zu erwarten, also in einer Form, die von den Reichseinrichtungen bereits vollständig absteht.

Selbst jene Staatsrechtslehrer, welche dem Kaisertum eine weit größere Bedeutung beilegten, als Chemnitz und Pufendorf, wie Lampadius,¹⁾ konnten den Niedergang des Reiches nicht leugnen. Es blieb sich ja schließlich so ziemlich gleich, ob man berechtigt war, das Kaisertum auf das römische Imperium zurückzuführen oder nicht, ob der Investiturstreit oder die Einrichtung des kurfürstlichen Kollegiums den ersten Anstoß zur Schwächung der Zentralgewalt gegeben hatte, ob der überwiegende Teil der Souveränität beim Kaiser oder bei den Reichsständen zu suchen war, ob die Reichsständschaft auf dem Territorialbesitz oder auf Gewohnheit und kaiserlicher Verleihung beruhte — die Hauptsache blieb unangefochten, daß alle Bedingungen eines gesunden und entwicklungsfähigen Staatswesens fehlten und daß aufrichtige, ehrliche Patrioten kein Vertrauen in das Reich mehr haben konnten.

Das Uebergewicht des Landesrechtes über das Reichsrecht ist vor allem in der Ordnung der religiösen Angelegenheiten, welche das Osnabrücker Friedensinstrument bietet, zur Anerkennung gebracht. Es gibt keine reichsrechtliche Grundlage für die Religionsübung, das Recht zu reformieren wird weder dem Kaiser, noch dem Reichstage, noch beiden gemeinsam zugestanden, der Zwang von Majoritätsbeschlüssen ist in Religionsfachen ausdrücklich aufgehoben, während er in politischen Fragen zweifelhaft sein konnte. Eine allgemeine Freiheit der Religionsübung in dem Sinne, daß jedem Unterthan die Entscheidung für seine Person nach seiner eigenen Ueberzeugung zustehen würde, war von den Evangelischen zwar angestrebt, von den Katholiken jedoch standhaft verweigert worden; nur die weltlichen Reichsstände erfreuten sich derselben. In dieser Beziehung blieb man auf dem Boden des Passauer Vertrages und des Augsburger Religionsfriedens von 1555 stehen, beschränkte jedoch das Reformationsrecht der Stände durch die Einführung des Normaljahres, welches jeder weiteren reformatorischen Thätigkeit ein Ende setzte und die religiösen Verhältnisse im Reiche für die ganze Zeit seines weiteren Bestandes stetig und unerrückbar gemacht hat. Die Scheidung in ein katholisches und in ein protestantisches Deutschland wurde mit aller Schärfe durchgeführt und damit ein Zustand befestigt, welcher in der Zeit, als die Toleranzidee herrschend wurde, bereits so eingewurzelt war, daß diese Idee namhafte Verschiebungen der beiderseitigen Machtgebiete nicht mehr hervorzurufen vermochte.

¹⁾ Ueber ihn handelt Adolf Köcher im 53. Bande der Sybelschen histor. Zeitschrift: Jakob Lampadius. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ideen des 17. Jahrh.

Einen Fortschritt gegenüber dem Augsburger Frieden bezeichnete die Gleichstellung der Augsburger Konfession und der reformierten Lehre, welche sogar die Bedeutung des Normaljahres insofern beschränkte, als für diese beiden unter dem gemeinsamen Namen der Protestierenden begriffenen Religionsparteien ein Zurückschrauben auf die Verhältnisse von 1624 nicht zum Gesetze erhoben wurde. Für die Zukunft war ebenfalls jeder Gewissensdruck auf lutherische oder reformierte Unterthanen ausgeschlossen, da weder ein Religionswechsel der Dynastie noch ein Wechsel in der Landesherrschaft die Unterthanen bemüßigte, sich ein neues Bekenntnis aufdringen zu lassen; doch war es jeder einzelnen Gemeinde freigestellt, der Religion des Landesherrn zu folgen, wenn sie dazu geneigt war. Für die Länder aber, in welchen am 1. Januar 1624 ein katholischer Fürst regierte, gab es keine Wahl — sie mußten katholisch werden oder bleiben. Von den kaiserlichen Erbländern erhielten nur Schlesien und Niederösterreich etwas günstigere Bedingungen — in allen übrigen blieben die Erfolge der Gegenreformation unangetastet. Wo in der entscheidenden Zeit die Evangelischen geduldet waren, da sollten sie auch ferner geduldet und ihnen Hausandacht, Privatunterricht der Kinder gestattet werden, wo diese Duldung jedoch nicht nachweisbar war, durfte der Landesherr die evangelischen Unterthanen zur Auswanderung zwingen. Darüber hinaus ging jedoch das Recht des Landesherrn niemals; es wurden im Gegenteil Bestimmungen für die Auswanderung getroffen, welche die Absicht unverkennbar erscheinen lassen, daß durch die Maßregel jeder materielle Schaden der gezwungenen Exulanten ferngehalten werden sollte. Das Entscheidungsjahr 1624 war auch für die geistlichen Güter maßgebend, soweit über dieselben nicht schon zur Befriedigung berechtigter Ersatzansprüche verfügt worden war. Jene Religionspartei, welche sich am 1. Januar gedachten Jahres des Besitzes von unmittelbaren Erzbistümern, Bistümern, Prälaturen, Abteien, Stiftungen und aller Art von Einkommen daraus erfreut hatte, sollte in diesem Besitze ungestört bleiben, „bis die Religionszwistigkeiten durch göttliche Gnade behoben sein werden“. Eine Aenderung in diesem Verhältnisse sollte überhaupt nicht mehr eintreten können, der Religionswechsel des besitzenden Reichsstandes hatte den Verlust der Güter zur Folge, an denen von nun an die Religion als unlösliche Tabularschuld haftete. Mit ängstlicher Sorgfalt werden für die verschiedenen Formen kirchlichen Besitzes Bestimmungen getroffen, welche jeder der beiden Konfessionen ihre Rechte darauf genau vorzeichneten, den evangelischen Besitzern reichsunmittelbarer Bistümer oder Stifter wurde eine eigene Bank im Reichstage zwischen den weltlichen und geistlichen Fürsten aufgerichtet, in gemischten Kapiteln wurden die Kanonikate dort und dahin verteilt, Einkünfte, Zinsen, Zehnten und Pensionen jeder Partei ziffermäßig zugesprochen, so daß nach menschlichem Ermessen darüber kein Streit entstehen sollte.

Der Gewinn der Evangelischen war dabei kein allzugroßer, die Mehrzahl der Bistümer verblieb den Katholiken, darunter verliehen ihnen die drei rheinischen Kurien ein drückendes Uebergewicht, welches mit der Zahl und dem Vermögen ihrer Einwohner in keinem Verhältnisse stand. Im kurfürstlichen Kollegium standen den drei evangelischen Fürsten, unter welchen sich die der Hälfte ihres Gebietes beraubte Pfalz befand, fünf katholische Stimmen gegenüber, so daß

eine lokale Vertretung der evangelischen Interessen im Kurfürstentrate vollkommen aussichtslos bleiben mußte; die Wahl eines evangelischen Kaisers war ein für allemal unmöglich, die Leitung der kurfürstlichen und fürstlichen Versammlungen dauernd den Händen der Erzbischöfe von Mainz und Salzburg anvertraut — also von einer wirklichen und aufrichtig gemeinten Parität der beiden Religionsverwandten keine Rede; insbesondere aber waren für die fürstlichen Familien des Reiches, die zum alten Bekenntnisse hielten, viel mehr materielle Vorteile geboten, als für die evangelischen, die Zahl der katholischerseits zu vergebenden Pfründen war unvergleichlich größer als die den Protestanten zugewiesenen. Bitter macht mit Recht darauf aufmerksam, daß man in diesem Umstande wohl den Hauptgrund für die Erscheinung zu suchen habe, daß seit dem westfälischen Frieden in keinem reichsständischen Hause mehr Uebertritte von der katholischen zu einer evangelischen Kirche stattgefunden haben, während für das Gegenteil zahlreiche Beispiele angeführt werden können, bei welchen die zeitliche Entlohnung nicht ausgeblieben sei. Die Lage der protestantischen Stände wäre eine unerträgliche gewesen, wenn man dem Stimmenverhältnisse der beiden Konfessionen in den verfassungsmäßigen Versammlungen den gewöhnlichen Wert beigelegt, d. h. der Majorität das unbedingte Entscheidungsrecht eingeräumt hätte. Das durchzusetzen waren die katholischen doch nicht stark genug gewesen, ja sie hatten dem bereits erwähnten §. 52 des V. Artikels von Osnabrück nicht einmal besonderen Widerstand entgegengesetzt, der für Religionsangelegenheiten und alle Reichstagsgegenstände, in welchen die konfessionellen Parteien entgegengesetzter Meinung waren, die Abstimmung nach Einzelstimmen aufhob. Ein neuer Beweis, daß die katholischen Stände nicht mehr Interesse an der Erhaltung eines gesunden Reichsverbandes hatten, als die evangelischen; sonst hätten sie mit den größten Opfern in anderen Richtungen die Aufnahme einer Bestimmung in das Friedensinstrument verhindern müssen, durch welche ein gewisser Grad von Anarchie im deutschen Staatswesen zum Gesetze erhoben wurde. Als man einmal für die Religionsfachen die bequeme Auskunft gefunden hatte, eine Entscheidung darüber einfach zurückzuweisen und jedem Teile das Recht zu geben, das er zu behaupten vermochte, lag es sehr nahe, die lästige Steuergesetzgebung in derselben Weise zu behandeln. Auch dadurch konnte ja nur das Reich leiden, der einzelne nicht, und deshalb waren beide Parteien gerne geneigt, die Frage, ob in Steuersachen Majoritätsbeschlüsse möglich seien, als eine offene zu erklären.

Die äußere Stellung, die „Dignität“ und Würde des Kaisers wurde durch die neue Verfassungsurkunde in keiner Weise beeinträchtigt, dem römischen Kaiser blieb nicht nur die so hoch gestellte „Präcedenz“ vor allen christlichen Monarchen gesichert, er erfreute sich auch einer so großen Zahl von Rechten und Gerechtigkeiten, daß es schwer fällt, bei so viel Macht an dem Begriffe der Ohnmacht dieses „Imperator semper Augustus“ festzuhalten. Vier stattliche Quartbände hat der unermüdete Johann Jakob Moser mit der Aufzählung und Erklärung aller dieser Befugnisse angefüllt, welche fast hundert Jahre nach dem westfälischen Frieden noch unangetastet geblieben waren. Da gab es ein Recht des Kaisers, Doctores Theologiae zu ernennen, Fest- und Feiertage anzuordnen, Titel und Wappen zu geben und zu bessern, Privilegien zu bestätigen und zu kassieren,

„Muratoria, Protectoria, Conservatoria und Salveguarden zu erteilen“, ein Kriegs- und Kameralrecht, Blutbann und Asylrecht, Gesandtschafts- und Lehen-, Justiz- und Polizeirecht, endlich auch ein Einkommen von 12—20 000 Gulden sogenannter Stadtsteuern, welche von den Reichsstädten zu Martini entrichtet werden mußten. Ueber die Höhe der einzelnen Beiträge gab es stets Streit, bald waren von diesem, bald von jenem Kaiser irgend einer Stadt einige hundert Gulden nachgesehen worden, Erhöhungen aber hatten trotz der großartigen Veränderungen im Geldwerte seit Jahrhunderten nicht stattgefunden; dagegen war vieles durch Verpfändung verloren gegangen. Besoldungen und Tafelgelder des Obersthofmeisters standen unter Leopold I. mit den Einkünften des Kaisers auf gleicher Höhe. Die Reichstagsbewilligungen der sogenannten Römermonate galten nur für bestimmte Verteidigungszwecke, mit den Bedürfnissen des Kaisers und seines Hofes standen sie in gar keiner Verbindung. Es war daher unter den Gründen, welche bei jeder Thronerledigung für die Wiederwahl eines Habsburgers geltend gemacht wurden, stets einer der schwerwiegendsten, daß gar kein anderes Fürstenhaus imstande sein würde, die Lasten der Kaiserkrone zu tragen. Maximilian I. konnte 1507 dem Reichstag eine Rechnung vorlegen lassen, aus welcher sich ergab, daß er schon eine Million Goldgulden um des Reiches willen ausgegeben, aber nur 400 000 Gulden davon wieder einbekommen habe. Karl des Fünften Minister Granvella warf dem Landgrafen von Hessen vor, der Kaiser könne von seinem Reichseinkommen nicht einmal die Küchenbedienten bezahlen. Sehr kläglich führte Kaiser Rudolf II. den schlechten Zustand der kaiserlichen Kasse den Reichsständen zu Gemüte, indem er ihnen zuschrieb, „es werde den Kurfürsten, Fürsten und Ständen wohl unverborgen sein, was Ihre Kaiserliche Majestät zu Erhaltung ihres Kaiserlichen Standes und Autorität, mehrenteils aber in des Heiligen Reichs Sachen, auf Bottschaften, Commissiones, Tagleistungen und Erhaltungungen der Reichsräte und anderen dergleichen Notwendigkeiten jährlich aufwenden müssen, da hingegen Ihre Kaiserliche Majestät dazu, außer deren (an) gemeinen Reichsversammlungen erhandelten (und aber an andern ihre gebührende Ort gehörig und gewendet sein) sonst einig Einkommen und Ergögligkeit im Reich, wie etwa bei ihren Vorfahren vor Alters gewesen, nicht haben, sondern alle solche Ausgaben nur blösklich von dem Ihren nehmen und dargeben müssen. Daher dann auch erfolget, daß Ihre Kaiserliche Majestät noch immer je mehr und tiefer in Schulden geraten und zu dem vorigen Obliegen, Sich auch mit diesen Ausgaben dermaßen erschöpfen und zurückwerfen, daß die mit Erhaltung Ihres Standes und darauf erlaufenden Unkostens schwerlich mehr gefolgen könnten.“ Die Bitte an den Reichstag, er möge auf eine „Hilfe zur Stabilierung der kaiserlichen Autorität gutherzig bedacht sein und sich dazu mitleidentlich und willfährig finden lassen“, blieb jedoch gänzlich erfolglos; die seit Friedrich III. mehrfach wiederholten Bemühungen, die alten Stadtsteuern wieder zu Recht zu bringen, führten nur zu endlosen Verhandlungen mit den verpflichteten Städten, welche sich zu den erbärmlichsten Lügen und Entstellungen erniedrigten, um dem Reichsoberhaupt die wenigen hundert Gulden, welche sie ihm schuldeten, vorenthalten zu können. Auch die „Ehrungen“ zu besonderen Gelegenheiten, Krönungen, Reichstagen zc., die sonst bisweilen sehr ansehnlich gewesen waren, hatten sich

in den letzten Zeiten auffallend vermindert, die vielgerühmte Judensteuer war zu einem silbernen, vergoldeten Becher von 24 Mark mit einem Beutel von 400 Goldgulden zusammengeschmolzen; Laudemien, Strafgeder, Konfiskationen, Lehenvergebungstagen kamen sehr unregelmäßig ein, nur die Portofreiheit der kaiserlichen Briefe und das Recht der Wiener Hofbibliothek auf ein Gratisexemplar von allen auf der Frankfurter Messe ausgebotenen mit kaiserlichem Privileg versehenen Büchern blieb unberührt. Was die deutsche Krone an wertvollen Rechten, Regalen, Zöllen einst wirklich besessen hatte, das war längst als Geschenk oder erzwungenes Opfer in die Taschen der Herren Stände gewandert. Wo es sich um Veraubung der Krone, um Besteuerung des Kaisers — denn dies war die beliebteste Form der Reichssteuer — handelte, da war alles einig unter den Ständen, weltlich und geistlich, Fürsten und Städte, katholisch und evangelisch. Auf der Bestellung eines Reichspfennigmeisters aber bestanden sie und noch 1658 wurde dem Kaiser in der Wahlkapitulation aufgetragen, er solle darauf sehen, daß die Prääsidenten und Räte des Reichshofrates ihre Besoldungen richtig und ohne Abgang aus der Hofkammer und aus den „bei dem Reiche eingehenden Mitteln“ zugezahlt erhielten.

Eine Veränderung von großer Bedeutung ging durch den Friedensschluß mit dem kurfürstlichen Kollegium vor, welches nicht mehr aus der „heiligen Siebenzahl“, sondern aus acht Mitgliedern bestand. Die goldene Bulle hatte die pfälzische Linie des Wittelsbachischen Hauses mit der ersten Kurwürde bedacht, weil einerseits die rheinischen Fürsten von den ersten Zeiten des deutschen Königtums her den größten Einfluß auf die Wahl auszuüben pflegten, andererseits Karls IV. Verhältnis zu den bairischen Herzogen nicht danach beschaffen war, den Kaiser zu einer besonderen Bevorzugung der letzteren zu veranlassen. An Versuchen, an Stelle der Pfälzer im kurfürstlichen Kollegium zu treten, hatte es bairischerseits nicht gefehlt, das Erlöschen der pfälzischen Hauptlinie im 16. Jahrhundert hatte besonderen Anlaß dazu geboten, die religiöse Parteistellung konnte jedoch damals die katholischen Baiern nicht aufkommen lassen und Pfalz-Simmern trat 1559 ungestört das Erbe der Kurwürde an. Das böhmische Abenteuer Friedrichs V. eröffnete seinem Vetter von München einen unerwartet kurzen Weg zum lang ersehnten Triumphe. Die Achtung des Pfalzgrafen war auf besonderes Drängen Maximilians erfolgt, unter Umständen, welche die Rechtmäßigkeit dieses Schrittes sehr zweifelhaft erscheinen lassen. Der Kaiser hatte selbst ursprünglich nicht die Absicht, das ganze pfälzische Haus seines Kurrechtes zu berauben, er wollte Maximilian nur persönlich die Kurwürde übertragen und bei der 1623 erfolgten Investitur wurde thatsächlich die Erbllichkeit derselben in der Wilhelminischen Linie des Hauses Wittelsbach nicht ausgesprochen. Erst in den Prager Frieden von 1635 hatte man einen Satz aufgenommen, welcher auch den Kindern des Pfalzgrafen das Kurrecht absprach und ihnen nur eine zu angemessenem Unterhalte hinreichende Dotation aus den pfälzischen Gebieten in Aussicht stellte. Dem entgegen hielt der Sohn des Geächteten, Pfalzgraf Karl Ludwig, in wiederholt veröffentlichten Manifesten seinen Anspruch auf die gesamten Rechte und Lande der pfälzischen Kur aufrecht, indem er sich auf das für die weltlichen Kurfürstentümer geltende Erstgeburtsrecht, auf die Richtigkeit der gegen seinen

Vater gerichteten Ahtserklärung und auf die Aeußerungen Kaiser Ferdinands II. berief, durch welche dieser selbst zugegeben habe, daß die Religion und das Interesse des österreichischen Hauses die wahre Ursache gewesen sei, warum die Kur der Pfalz genommen und Baiern gegeben worden sei. Auf dem Kongreß zu Osnabrück erschienen Karl Ludwigs Gesandte unter Führung des Joachim Camerarius, um sich als die berechtigten Vertreter des Kurfürsten von der Pfalz zu erklären, der gegenwärtig durch die Gewaltthätigkeit seines Veters von der Besitznahme des ererbten Landes abgehalten werde. Baierns Stärke auf dem Friedenskongreß beruhte in der engen Verbindung mit Frankreich, welches sich in der pfälzischen Sache anscheinend vollkommen passiv verhielt, seinem Alliierten jedoch den Besitz der Oberpfalz und der erblichen Kurwürde garantiert hatte. So blieb Schweden allein die Sorge, diese Angelegenheit in einen befriedigenden Stand zu bringen. Adler Salvius erklärte im Januar 1646 dem kaiserlichen Gesandten Crane mit aller Entschiedenheit, die Krone Schweden müßte im Interesse der evangelischen Religion und im Auftrag der Stände des Reiches auf der Restitution des Pfalzgrafen beharren; er wies darauf hin, daß Baiern selbst schon den Weg hierzu in der Errichtung einer achten Kurwürde angedeutet habe. Als der Graf von Trautmannsdorff darauf eine Besprechung mit Kur-Köln und Baiern einleitete, um die Grundlagen für die Verhandlungen in der pfälzischen Sache festzustellen, erklärte der bairische Gesandte, sein Herr sehe ein, daß die völlige Ausschließung des Pfalzgrafen nicht durchführbar sein werde, er glaube daher, es sei am zweckmäßigsten, die Errichtung einer achten Kur ins Auge zu fassen, jedoch so, daß Baiern den Vorrang behalte und die Pfalz an achte Stelle komme. Ueber diesen Antrag wurde nun mehr als ein Jahr hindurch verhandelt, Schweden brachte noch wiederholt den Vorschlag auf eine Abwechslung in der Ausübung der Kurwürde zwischen beiden Wittelsbachischen Häusern vor, es ergab sich sogar der merkwürdige Fall, daß gerade die fremden Mächte die Abänderung der goldenen Bulle als unmöglich erklärten; endlich wurden die bairisch-österreichischen Anträge jedoch von den reichsständischen Kollegien zum Beschlusse erhoben und die Errichtung einer achten Kurwürde für die Pfalz zur Thatsache. Wenn die bairische Dynastie ausstürbe, sollte die Oberpfalz samt der alten Kurwürde an die Pfalz zurückfallen und die achte Kurwürde wieder zu bestehen aufhören.

So gab es denn nach dem westfälischen Frieden außer den drei geistlichen Kurfürsten noch fünf weltliche, zwei katholische, den König von Böhmen und den Herzog von Baiern, drei protestantische, den Herzog von Sachsen, den Markgrafen von Brandenburg und den Pfalzgrafen.

In Sachen der böhmischen Kur blieb es vorläufig noch bei den bestehenden Gewohnheiten, wonach dieselbe eigentlich nur bei den Wahlhandlungen mitzuwirken hatte, jedoch weder bei der Feststellung der Wahlkapitulation beigezogen, noch auf Reichs- und Kollegialtagen in das kurfürstliche Kollegium zugelassen wurde. Noch während der Regierung Leopolds I. trat jedoch in dieser Hinsicht eine wesentliche Aenderung zu Gunsten des Hauses Oesterreich ein. Das Direktorium im Kurfürstentkollegium verblieb Mainz, dessen Erzbischof als Reichskanzler die erste und vornehmste Stelle unter den Reichsfürsten einnahm. Dieser war

der eigentliche Vorstand der Reichskanzlei, der von ihm ernannte Reichsvicekanzler führte in seinem Namen die Geschäfte und hatte in wichtigen Fragen an ihn zu berichten.

Das Reichsfürstenkollegium bestand aus den Vertretern jener fürstlichen Häuser, welche nicht durch die Kurwürde ausgezeichnet waren, doch hatten die meisten Kurfürsten unter irgend einem Titel auch eine oder mehrere Stimmen im Fürstenrate.¹⁾ Oesterreich führte gewöhnlich nur eine Stimme, machte jedoch bei verschiedenen Gelegenheiten geltend, daß ihm drei Stimmen gebühren, weil das Gesamtthaus unter Ferdinands I. Söhnen in drei Linien geteilt gewesen sei, auch drei Regierungen (die österreichische, innerösterreichische, tirolische) eingesetzt habe, deren Vereinigung zur Zeit des westfälischen Friedens noch nicht vollzogen war. Thatsächlich war auf dem Kongresse Oesterreich-Tirol durch einen eigenen Gesandten, den Grafen von Wolfenstein, Burgund, damals noch im Besitze der spanischen Linie der Habsburger, ebenfalls durch eine Stimme vertreten.

Baiern hatte von 1508 bis 1545 für die beiden Linien von München und Landshut zwei Stimmen innegehabt;²⁾ nach der Vereinigung beider Herzogtümer war es wieder auf eine zurückgekommen, ohne sich jedoch des einmal erworbenen Rechtes formell begeben zu haben. Da Baiern nunmehr in das kurfürstliche Kollegium eingetreten war, hätte es eigentlich seine Vertretung im Fürstenrate verlieren sollen, es verblieb jedoch darin, offenbar in Folge der Anschauung, daß die Kurwürde an der Oberpfalz hing und das Herzogtum Baiern in der neu geschaffenen, aus der Teilung einer alten Kurwürde hervorgegangenen Kurstimme nicht inbegriffen war. Außerdem verfügte der Kurfürst, wie wir sehen werden, noch über eine zweite Stimme im Fürstenrate wegen des Besitzes von Leuchtenberg.

Die vielfachen Teilungen der Pfalz brachten es mit sich, daß die pfälzischen Wittelsbacher über fünf Stimmen verfügten, und zwar für Lautern, Simmern, Neuburg, Zweibrücken und Beldenz.

Die Albertinische Linie des Hauses Sachsen hatte nur die Kurstimme für sich, im Fürstenrate gab sie gemeinsam mit Sachsen-Weimar die Stimme der Grafschaft Henneberg ab. Die Ernestinische Linie dagegen gebot über die Stimmen von Weimar, Eisenach, Roßburg, Gotha und Altenburg.

¹⁾ Die Auffindung eines Systems, nach welchem die Führung der Stimmen im Fürstenrat geordnet worden sein könnte, hat die deutschen Staatsrechtslehrer vielfach beschäftigt. J. J. Moser glaubte in dem faktischen Verhältnisse des Reichstages von 1582 den Schlüssel für die Uebung in den folgenden Reichstagen gefunden zu haben und ihm folgte man bis in die neueste Zeit. Waldemar Domsde widerspricht dieser Ansicht in seiner Untersuchung über die „Virilstimmen im Reichsfürstenrat von 1495—1654“ („Untersuchungen z. deutschen Staats- und Rechtsgeschichte“, herausg. von Gierke, XI 1882) und findet das Ergebnis, wie es sich 1654 darstellt, aus dem Bestreben erklärt, geschlossene Gebiete für je eine Stimme in Anrechnung zu bringen und das früher gültige Prinzip, wonach das Stimmrecht ein den Gliedern fürstlicher Familien zustehendes persönliches Recht war, zu beseitigen. Eine vollkommen sichere, alle Erscheinungen erklärende Grundlage scheint uns damit jedoch noch nicht geboten zu sein.

²⁾ Domsde nimmt nur für 1526 zwei Stimmen an und glaubt, daß die auf den anderen Reichstagen dieser Zeit erscheinende Unterschrift „Wilhelm und Ludwig, Gebrüder, Herzoge in Baiern“ nur eine Stimme bedeutet habe.

Brandenburg hatte die bis 1571 von der Linie Brandenburg-Küstrin geführte Stimme verloren, dagegen erschienen die beiden brandenburgischen Markgraffschaften in Franken, Baireuth und Onolzbach selbständig vertreten.

Braunschweig besaß vier Stimmen: Wolfenbüttel, Jelle, Grubenhagen und Calenberg, Württemberg zwei (für Stuttgart und Mömpelgard), Hessen zwei (für Darmstadt und Kassel), Baden drei (für Baden, Durlach und Hochberg), Mecklenburg zwei (für Schwerin und Güstrow), Pommern zwei, von welchen Schweden die Stimme für Vorpommern, Brandenburg die für Hinterpommern erhielt. Sachsen-Lauenburg hatte eine Stimme, für Holstein-Glückstadt stimmte Dänemark, ihm reihten sich Holstein-Gottorp, Anhalt, Lothringen und Arenberg mit je einer Stimme an, die Stimme von Leuchtenberg wurde von Baiern versehen, Savoyen machte von der ihm gebührenden damals keinen Gebrauch mehr. Zu diesen alten weltlichen Stimmen des Fürstenrates traten infolge des Friedens die Stimmen der neuen weltlichen, vorher geistlichen Gebiete: Herzogtum Bremen mit Verden unter Schweden, die Fürstentümer Halberstadt, Minden und Camin unter Brandenburg, das Herzogtum Magdeburg (zunächst selbständig administriert) ebenfalls unter Brandenburg, Fürstentum Raseburg unter Mecklenburg, Hersfeld unter Hessen-Marburg. Die alten Herzogtümer Jülich, Cleve und Berg blieben in Osnabrück unvertreten, Sachsens Anspruch darauf wurde nicht anerkannt, weshalb auch nach erfolgtem Vergleiche zwischen den prätenbierenden Häusern die Stimme, welche nach dem Territorialrechte auf diese Länder entfallen mußte, nicht mehr aufgerufen, d. h. nicht ausgeübt wurde, um den Streit mit Kurachsen nicht neuerlich anzuregen. Die Gesandten der säkularisierten Gebiete nahmen im Reichstage auf einer eigenen, neu errichteten Bank zwischen den geistlichen und weltlichen Fürsten Platz.

Die Besitzer der vorher aufgezählten Länder und Träger der damit verbundenen Reichstagsstimmen waren die alten Mitglieder des Fürstenrates, welche besondere Vorrechte genossen und sich einer gewissen kollegialen Behandlung von seiten der Kurfürsten bei allen nicht streng formellen Handlungen erfreuen konnten. Ihnen wurden nach lange vergeblich gebliebenem Bemühen teils auf dem nächsten Reichstage (1653—54), teils noch später neue fürstliche Familien angereicht, die ihre Würde der besonderen Gnade des Kaisers verdankten. Dies waren die Fürsten von Hohen-Zollern, Eggenberg, Lobkowitz, Salm, Dietrichstein, Nassau-Hadamar und Nassau-Siegen, Piccolomini, Nassau-Dillenburg, Auersberg, Ostfriesland, Fürstenberg, Portia, Schwarzenberg, Waldeck, Liechtenstein. Wenn es dieselben dahin gebracht haben, daß ihnen der Eintritt in den Fürstenrat gestattet wurde, so konnten sie doch eine Gleichstellung mit den alten Fürsten niemals erreichen. Ihre Besitzungen waren zum größten Teile nicht reichsunmittelbar, sondern auf österreichischem Boden gelegen, ihre Reichsstandschaft nur durch künstlich ausfindig gemachten Scheinbesitz begründet, mehr erschlischen als erworben, daher auch ohne eigentliche Bedeutung. ¹⁾

¹⁾ Pusendorf nimmt mit Chemnitz an, Kaiser Ferdinand II. und seine Nachfolger haben durch die Einführung neuer Stimmen die Macht der alten Fürsten brechen und allmählich den Reichstag in Abhängigkeit vom Hause Oesterreich bringen wollen. Der Versuch sei jedoch miß-

Im Fürstenrate saßen noch immer die Vertreter von 33 geistlichen Besitzungen, die Erzbischöfe von Salzburg, welche im Direktorium mit Oesterreich abwechselten, und Besançon, der Hoch- und Deutschmeister, die Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstätt, Speyer, Straßburg, Konstanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freisingen, Regensburg, Passau, Trient, Brixen, Basel, Lüttich, Osnabrück, Münster, Lübeck und Chur, die Äbte und Präbste von Fulda, Rempten, Elwangen, Berchtoldsgaden, Weissenburg, Brüm, Stablo (Stabell), Corvey und der Großprior des Johanniterordens. Die merkwürdigste Einrichtung setzte der westfälische Friede hinsichtlich des Bistums Osnabrück fest, welches von dem katholischen Bischofe Franz Wilhelm von Wartenberg und dem evangelischen Administrator Gustav Gustavson, einem natürlichen Sohne Gustav Adolfs, angesprochen wurde. Der letztere ließ sich mit 80000 Thalern abfinden, ersterer behielt das Bistum bis zu seinem Tode. Nach ihm sollte dann Ernst August von Braunschweig-Lüneburg oder einer der Nachkommen des Herzogs Georg mit einem von den katholischen Kapitularen zu wählenden Bischofe so abwechseln, daß immer nach dem Tode des Vertreters der einen Partei der Vertreter der anderen zur Regierung käme. — Lübeck war ein vollkommen evangelisches Bistum, welches als Besitz des Hauses Holstein angesehen wurde, ohne jedoch in ein weltliches Fürstentum verwandelt zu werden oder im Herzogtum Holstein aufzugehen, wie z. B. Camin in Pommern.

Als letzte gaben im Fürstenrate die vier Bänke der reichsunmittelbaren Grafen und Herren ihre Stimmen ab und zwar das wetterauische, schwäbische, fränkische und westfälische Kollegium. Von denselben war das wetterauische einheitlich evangelisch, das schwäbische fast ausschließlich katholisch, die beiden letzten gemischter Religion mit evangelischer Majorität. — Für die Konstitution der Reichstage war es von Einfluß, daß der westfälische Friede den seit nahezu zwei Jahrhunderten geführten Streit über den Wert der reichsstädtischen Stimmen formell entschied und ihnen nicht nur das *Votum consultativum*, sondern ein *Votum decisivum* beilegte. Dadurch war das dritte Kollegium des Reichstages, das der Reichsstädte, den beiden ersten insoferne gleichberechtigt geworden, als die Verhandlungsgegenstände (Propositionen) ihnen zu selbständiger Beratung vorgelegt und die Beschlüsse des kurfürstlichen und fürstlichen Kollegiums bekannt gegeben werden mußten, damit sie sich darüber äußern konnten. Dieses Verfahren wurde die *Re- und Korrelation* genannt und auf dieser beruhte das Zustandekommen eines Reichstagschlusses. Die Frage, ob zwei Kollegien das dritte überstimmen könnten, ob bei einem Gegensatz zwischen dem kurfürstlichen und fürstlichen Abstimmungsergebnisse die Reichsstädte den Ausschlag geben könnten, wurde zu Osnabrück nicht aufgeworfen. Der Reichstag von 1653/54 hat sich dagegen mit der verfassungsmäßigen Stellung der Reichsstädte vielfach beschäftigt, ohne es zu einer Entscheidung in allen Punkten zu bringen, so daß die Verhandlungen darüber auf dem späteren immerwährenden Reichstage nie beendet wurden.

lungen, weil die Kaiser nicht so leicht unmittelbare Güter, wie fürstliche Titel hätten vergeben können. Auch sei es den neuen Fürsten im Kollegium schlecht genug ergangen, denn sie hätten sich müssen hohnen lassen, „daß sie aus reichen Grafen zu armen Fürsten wären worden.“

Evangelisch waren die Städte: Lübeck, Worms, Speyer, Frankfurt, Goslar, Mühlhausen, Nordhausen, Dortmund, Friedberg, Weßlar, Regensburg, Nürnberg, Ulm, Eßlingen, Reutlingen, Nördlingen, Rotenburg, Hall, Heilbronn, Memmingen, Lindau, Schweinfurt, Rempten, Windsheim, Leutkirchen, Wimpfen, Weißenburg, Giengen, Alen und Bopfingen. (Hamburg vermochte seine Reichsunmittelbarkeit gegenüber den landesherrlichen Ansprüchen der Herzöge von Holstein nicht durchzusetzen, Bremens Reichsstandschaft wurde nahezu 100 Jahre lang von Schweden bekämpft.)

Katholisch waren: Köln, Aachen, Rotweil, Ueberlingen, Gemünd, Weil, Wangen, Isny, Pfullendorf, Offenburg, Gengenbach, Zell, Buchhorn, Buchau.

Gemischt: Augsburg, Dünkelsbühl, Biberach, Ravensburg und Kaufbeuren, für welche eigene Verordnungen hinsichtlich der Vertretung beider Konfessionen in den städtischen Behörden erlassen wurden.

Im reichsstädtischen Kollegium waren die Evangelischen ihrer Majorität sicher, nicht so aber im Fürstenrat, noch weniger im kurfürstlichen Kollegium. Das letztere bot auch wenig Gelegenheit, eine Verschiebung des Stimmenverhältnisses anzubahnen, da anders, als in Folge eines neuen Bürgerkrieges die Katholiken ihre Stimmenmehrheit wohl nie aufgegeben hätten. Anders steht es mit der Frage, ob durch eine Revision der Woten im Fürstenrate, wo lange Zeit 55 Katholiken gegen 45 Evangelische standen, nicht eine evangelische Majorität hätte erzielt werden können. Es war dazu nicht einmal ein Angriff auf die selbständig gezählten Stimmen der Abteien und Probsteien notwendig, die mit demselben Rechte, wie die Grafen, auf eine oder zwei Bänke hätten verwiesen werden können: es bedurfte nur einer geschickten Teilung der evangelischen Dynastien und Territorien, um deren Stimmen entscheidend zu vermehren. Doch hätte dieselbe Praxis jedenfalls auch von den Katholiken in Anwendung gebracht werden können und der Verfassungskampf wäre dann wieder auf einen Punkt gedrängt worden, wo abermals nur die Waffen eine Entscheidung herbeiführen konnten. Da es nun überhaupt nicht im Interesse der Stände lag, die Bedeutung des Reichstages so hoch zu erheben, daß daneben die landesherrliche Gewalt zurücktreten mußte, so wurden gar keine besonderen Anstrengungen gemacht, das Stimmenverhältnis zu ändern. Man zog es vor, in allen wichtigen Angelegenheiten die Abstimmung in den Kollegien ganz außer Kraft zu setzen und an deren Stelle die konfessionell-politischen Parteien treten zu lassen.

Seit dem Augsburger Frieden war die Scheidung der Reichsstände in ein Corpus Evangelicorum und ein Corpus Catholicorum, welche sich schon auf den Reichstagen während der Reformationszeit von selbst ergeben hatte, gesetzlich begründet; durch den westfälischen Frieden wurde ausdrücklich bestimmt, daß in allen Fällen, in welchen die evangelischen Reichsstände eine von den katholischen abweichende Meinung hätten, eine Ueberstimmung ausgeschlossen sei, es möge sich dabei um was immer für Angelegenheiten handeln. Die beiden Corpora wurden dann — ohne Rücksicht auf die Zahl ihrer Vertreter — vollkommen gleich angesehen, auch in Konventen und Kommissionen die Zahl der Mitglieder beider Parteien gleichgestellt. Es ist einleuchtend, daß zur Erreichung von Beschlüssen nur der Weg des Vergleiches offen stand.

Unsere Zeit, welche sich an die parlamentarische Tyrannei schon so gewöhnt hat, daß sie sich Verhandlungen ohne Abstimmung mit Majoritätszwang kaum vorstellen kann, vermag den Wert dieser Einrichtung schwer zu würdigen, weil sie die Erhaltung der Staatseinheit zur Erreichung der wichtigsten Staatszwecke notwendig erachtet und diesen zuliebe die Unterwerfung der Minderheiten verlangt. Unser Staatsbegriff hat sich jedoch historisch aus der Landeshoheit der alten Reichsverfassung entwickelt und wird heute erst dem gesamten Reichsverbande unterlegt.

Was die beiden Zentralbehörden des Reiches, das Kammergericht und den Reichshofrat betrifft, so wurden hinsichtlich der Zusammensetzung des ersteren im westfälischen Frieden zwar Neuerungen angeordnet, sie kamen jedoch nicht zur Ausführung. Die Zahl der Beisitzer sollte auf fünfzig, die der Präsidenten auf vier vermehrt werden, sie wurde aber niemals erreicht, weil die Beiträge der Stände zur Bezahlung derselben, die sogenannten „Kammerziele“, nicht ausreichten. Der Kammerrichter, welcher vom Kaiser ernannt wurde, war katholisch, sowie einer der beiden Präsidenten, welche ebenfalls der Kaiser zu bestellen hatte; außerdem gab es gewöhnlich dreizehn katholische und zwölf protestantische Beisitzer. In den Senaten, welche die anhängigen Prozesse zu verhandeln hatten, mußten die beiden Konfessionen stets in gleicher Zahl stimmen. Der Reichshofrat wurde durch den Frieden erst als ein dem Kammergerichte gleichstehendes, oberstes Reichsgericht anerkannt. Dasselbe bestand aus dem Reichsvicekanzler und achtzehn Räten, aus welchen auch der Präsident und Vizepräsident genommen wurden. Von ihnen, die der Kaiser ernannte und bezahlte, mußten nur sechs der evangelischen Religion angehören. Außer seiner richterlichen Bestimmung hatte der Reichshofrat auch eine politische Stellung. Der Kaiser war in allen Regierungssachen auf seine Mitwirkung angewiesen und mußte ihn neben dem geheimen Ratskollegium oder dem Hofkriegsrat, die keine Reichsinstitute waren, anhören. Die Reichshofratsordnung Ferdinands I. vom 3. April 1559 wurde provisorisch in Wahlkapitulationen und auf Reichstagen anerkannt und blieb in Kraft, da neuere Reichsgesetze darüber nicht zustandekamen.

Von jenen Reichsständen, welchen es mit der Herstellung eines verfassungsmäßigen Lebens in Deutschland ernst war, wurde zu Osnabrück auf die Bedeutung der Kreise hingewiesen. Die Evangelischen brachten im Fürstenrat die Erklärung ein, „es werde zur Erhaltung des Ruhestandes hochdienlich sein, daß die Kreise wieder in gute Ordnung und Verfassung gebracht, auch männiglich verpflichtet werden möge, zur Erhaltung des Landfriedens, ohne einige Einrede und Respekt, gegen jeden Störer mitzuwirken, inmassen dagegen kein Bündnis noch dergleichen angezogen werden soll. Sobald im Reich eines oder andern Orts sich Unruhe ereignen sollte, müssen die Kreise samt und sonders verbunden sein, gute Aufsicht zu haben und sich Angesichts nach Befindung zu armieren, wie auch die Ursache der entstandenen Empörung zu erkundigen und Fürwendung zu thun, daß die Unruhe in Zeiten gestillet und abgestellt werde. Gegen solche Kreisverfassung können und mögen keine kaiserliche oder andere gerichtliche Inhibitiones ausgelassen, oder müßten, Kraft dieses Friedenschlusses, an und für sich ungiltig und nichtig sein.“ Es ist sehr bemerkenswert, daß man damals

noch für notwendig fand, die Thätigkeit der Kreise gegen Uebergrieffe von seiten des Kaisers sicher zu stellen, während es sich doch sehr bald herausgestellt hat, daß das Gedeihen der Kreisverfassung nur von dem guten Willen und dem Einvernehmen der im Gebiete eines Kreises begüterten größeren Fürsten abhing. Es wäre viel wichtiger gewesen, die Reichsinstitutionen vor dem Partikularismus zu schützen und auf Mittel zu sinnen, die Idee der Zusammengehörigkeit, wenn auch in den engeren Grenzen des Kreises lebendig zu erhalten.

In den Friedensinstrumenten selbst wurde jedoch der Kreise keine besondere Erwähnung gethan, mit Ausnahme dessen, daß sie für die Exekution des Friedens verantwortlich gemacht werden. Die Idee einer allgemeinen und durchgreifenden Reform der Kreisverfassung blieb lebendig, sie wurde sowohl auf dem nächsten Reichstage, als auch bei der Abfassung der Wahlkapitulationen angeregt und zur Besprechung gebracht, ohne daß es jedoch je zu einem ernstlich gemeinten Beschlusse gekommen wäre. Infolgedessen war auch der Zustand der einzelnen Kreise ein sehr verschiedener: der österreichische und burgundische waren überhaupt nie zu einer Verfassung gelangt, da in denselben nur ein Reichsstand von Bedeutung das Haus Oesterreich regierte und sich dieses mit niemand zu vergleichen hatte, sondern die Leistungen, welche in den anderen Kreisen aus einem Uebereinkommen der Kreisstände hervorgingen, nur mit den Ständen seiner eigenen Länder festzustellen hatte. Im bairischen Kreise bestand ein ähnliches Verhältnis, da das Herzogtum Baiern, nunmehr Kurbaiern immer die entscheidende Stimme haben mußte. Denn von weltlichen Herren kam nur noch Pfalz-Neuburg in Betracht, dessen Interessen selten auf eine andere, als die schon von Baiern eingeschlagene Richtung hinweisen. Salzburg, Freisingen, Passau ordneten sich selbstverständlich dem einstigen Haupte der Liga unter, und was bedeutete neben solcher Macht die Reichsstadt Regensburg oder der Fürst von Lobkowitz, der hier wegen der Herrschaft Sternstein Sitz und Stimme hatte. Im kurrheinischen Kreise herrschten die drei Erzstifter, während Pfalz sich daraus zurückgezogen hatte, im oberrheinischen ging Hessen seine eigenen Wege, ohne sich um seine Mißstände zu kümmern, im niedersächsischen verhinderte die Eifersucht zwischen Brandenburg (wegen Magdeburg) und Schweden, dann Braunschweig (wegen Bremen), welche beide das Direktorium, das Recht der Ausschreibung, in Anspruch nahmen, ein gedeihliches, inneres Leben. Ähnlich stand es in Obersachsen, wo sich Sachsen und Brandenburg gegenüberstanden. Franken und Westfalen erfreuten sich geordneter Kreisverhältnisse, Schwaben litt an einem Uebermaße von ziemlich gleich unbedeutenden Mitgliedern, denen keine tonangebende Macht, als welche doch auch Württemberg damals nicht angesehen werden konnte, gegenüberstand. Auch herrschten fortwährend Klagen wegen ungerechter Verteilung der Lasten. Zu den Reichssteuern leistete für je eine Million: der österreichische Kreis 306 390 fl. 20 kr., der oberländische, burgundische, schwäbische, westfälische und niedersächsische je 156 360 fl. 15 kr., der fränkische 113 481 fl. 25 kr., der kurrheinische 105 654 fl. 25 kr., der oberrheinische 101 411 fl. 30 kr., der bairische 91 261 fl. 5 kr.¹⁾ Ganz anders gestaltete sich jedoch das Verhältnis

¹⁾ J. J. Moser, Staatsrecht. XXVI. Bb. S. 305.

der Leistungen nach der Reichsmatrikel. Je sechzig Römermonate — der gewöhnliche Normalanschlag bei Kriegsbewilligungen — betragen für den schwäbischen Kreis 842 080 fl., für den oberrheinischen 832 320 fl., für den westfälischen 599 280 fl. für den niedersächsischen 565 200 fl., für den obersächsischen 540 240 fl., für den fränkischen 493 920 fl., für den kurrheinischen 420 000 fl., für den bairischen 408 960 fl., für den österreichischen 284 880 fl., für den burgundischen 219 360 fl. Doch diese Summen waren alle nur graue Theorie, die blühende Praxis ließ sie stets in den verschiedenartigsten „Moderationen“ zu Tage treten, so daß sie schließlich kaum mehr wahrnehmbar waren. Trotzdem verging auf den Kreistagen die schönste Beratungszeit stets mit Klagen der Gesamtheit und der Einzelnen über zu hohen Anschlag, über unverhältnismäßige Beschwerung. Wirklich drückend wurde die Besteuerung in Kriegszeiten, namentlich durch die enormen Summen, welche auf die Verpflegung durchziehender oder kantonierender Truppen aufgewendet werden mußten. Das Kreismilitär- oder Defensionswesen hat in der an den Dreißigjährigen Krieg sich anschließenden Periode große Veränderungen erlitten, welche sich an die Umgestaltung des Kriegswesens überhaupt notwendigerweise anschließen mußten. Der Uebergang von den letzten Erscheinungsformen des Feudalheeres zum stehenden Heere, dem vielberufenen „Miles perpetuus“, machte sich auch in der Organisierung der Kreisfontigente geltend, deren wir bei Betrachtung der militärischen Verhältnisse dieser Zeit zu gedenken haben werden. Die Notwendigkeit für die Sicherung der Kreisterritorien selbstthätig einzugreifen, da das Reich dieselbe in so vielen Fällen nicht zu gewähren vermochte, zwang einzelne Kreise, besonders die an Frankreich grenzenden, zu einem größeren Aufwande für das Militärwesen, wodurch die Frage der Matrikularbeiträge immer mehr in den Vordergrund trat, ohne daß man behaupten könnte, dieselbe böte ein allzugroßes Interesse. Ist es doch immer derselbe Reichsjammer, der sich dabei vernehmlich macht, sei es auf Reichs- oder Kreistagen. Daneben gab es aber noch eine Reihe sehr wichtiger innerer Angelegenheiten, in welchen die Kreise die Gesetzgebung und zum Teile auch die Exekutive besaßen, die sogenannten „Polizeisachen“. Hier handelte es sich aber nicht nur um die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, um Sanitätsgesetze, Kleider- und Wirtshausordnungen, sondern um das Gewerbewesen, die Ueberwachung von Ein- und Ausfuhr der wichtigsten Lebensbedürfnisse, die Anlage und Erhaltung der öffentlichen Straßen, den Postverkehr und ähnliche Aufgaben der Wirtschaftspolitik, in welche die Kreise eingriffen, wenn sie hierzu Veranlassung fanden. Diese letztere trat den verschiedenen Verhältnissen der Kreise nach auch ganz unregelmäßig und verschiedenartig ein. In jenen Kreisen, in welchen sich einzelne Fürstenthümer abgeschlossene, lebenskräftige Staaten schufen, wurden in diesen und nicht in den Kreisverbänden die wirtschaftliche Entwicklung durchgeführt; hinsichtlich der beiden rheinischen, des schwäbischen und fränkischen Kreises, wo dies nicht der Fall war, würden die Kreisakten gewiß höchst erwünschte Einblicke in die Meinungen und Grundsätze auf ökonomischem Gebiete und manchen interessanten Beitrag für die Kenntnis der Verwaltungsgeschichte gewähren, wenn uns das betreffende Material schon entsprechend erschlossen wäre. Die Hebung dieses Schatzes, den schon Moser erkannt hat, steht jedoch erst kommenden Geschlechtern bevor.

Da das Reich, wie wir gesehen haben, in der Verfassung, die ihm der westfälische Friede gegeben hatte, ein höchst unvollkommener Organismus blieb, der eine nur sehr beschränkte Lebensfähigkeit entfalten konnte, die Kreise aber nur aushülfsweise in die Regierung eingriffen, so waren von nun an, mehr als bisher, die staatlichen Leistungen in die Hand der einzelnen Landesregierungen gelegt. Nur innerhalb der territorialen Grenzen konnte sich der neue, wir können sagen moderne Staatsbegriff herausbilden, nur hier jene Verwaltungsform entstehen, welche an Stelle der aus dem Feudalismus hervorgegangenen Einrichtungen trat, die sich den neugeschaffenen Verhältnissen gegenüber nicht mehr ausreichend erwiesen. Am weitesten vorgeschritten waren die Städte, und zwar nicht nur die reichsunmittelbaren, sondern auch viele, welche die Landeshoheit eines geistlichen oder weltlichen Fürsten in irgend einer Form anerkennen mußten. Das städtische Zusammenleben hatte längst die Ueberzeugung befestigt, daß Sicherheit der Person und des Besizes, Förderung der Gütererzeugung und Verteilung und infolge derselben allgemeine Wohlfahrt nur durch Gesetze und Verordnungen erreicht werden kann, zu deren Vollstreckung eigene Behörden bestellt werden, welche dem Gemeinwesen verantwortlich sind. In den Städten hatte nach schweren Kämpfen und Erschütterungen eine naturgemäße, soziale Gliederung sich befestigt, aus derselben war eine Regierung hervorgegangen, welche von den anzustrebenden Zielen und den zu wählenden Mitteln bestimmte Vorstellungen besaß, welche sich die Wechselwirkung zwischen Recht und Pflicht vor Augen hielt. Hier fanden sich also Einrichtungen, welche von den größeren Staaten zum Vorbilde genommen werden konnten und thatsächlich auch genommen wurden. Es wird kaum als willkürliche Annahme bezeichnet werden können, wenn wir behaupten, daß die staatsrechtliche Theorie, welche in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts zur herrschenden ward, nicht bloß auf der Uebertragung von Grundsätzen und Normen der antiken Welt auf die neuen Verhältnisse beruhte, sondern zum guten Teile aus der lebendigen Erfahrung hervorging, die sich aus der Entwicklung der städtischen „Republiken“ schöpfen ließ. Nicht nur Pufendorf läßt dies in seiner Einleitung zur Sitten- und Staatslehre mehrmals erkennen, auch des Freiherrn Veit Ludwig von Sedendorf¹⁾ „Deutscher Fürstenstaat“, weist in den Forderungen, welche an eine gute Landesregierung gestellt werden, auf das von den Städten gegebene Beispiel hin.

Ueber die Ziele jeder guten Regierung spricht sich Pufendorf aus: „Dies soll aller hohen Regenten Generalregel sein, daß sie sich des Volkes Wohlfahrt vor allen Dingen angelegen sein lassen. Denn zu dem Ende ist ihnen die Regierung anvertraut, daß sie dadurch den Zweck, dessenwegen alle Republiken angelegt sind, erhalten sollen. Und dannenhero müssen sie fest beglaubet sein, daß sie an keinem Dinge einen Privatvorteil haben können oder dürfen, wenn solcher nicht zugleich den gemeinen Staatsnutzen befördert . . . Zur innerlichen Beruhigung einer Republik ist von nöten, daß deren sämtlicher Unterthanen Wille und Begierden dermaßen in eine richtige Harmonie gebracht und in guter Leitung be-

¹⁾ Lebenslauf und litterarische Thätigkeit desselben werden in einem folgenden Kapitel behandelt werden.

halten werden, als es etwa dem gemeinen Wesen am zuträglichsten und ersprießlichsten zu sein scheint. Zu dem Ende hat die hohe Obrigkeit nicht allein zulängliche Gesetze vorzuschreiben, sondern auch allenthalben über gute Zucht und Sitten zu halten, damit sich die Unterthanen nicht sowohl aus Furcht vor der Strafe, als aus einer löblichen Gewohnheit den Gesetzen gemäß bezeugen lernen. Und wird dieser Zweck hierdurch nicht wenig befördert, wenn sich die hohen Regenten ernstlich angelegen sein lassen, daß die christliche Religion in ihren Landen rein und lauter gelehrt und daneben in den öffentlichen Schulen solche Lehrsätze getrieben werden, welche mit dem Hauptabschehen der Republik übereinstimmen und demselben nicht zum Nachtheil gereichen.“

Die allgemeine Wohlfahrt ist der Zweck des Staates, den zu erreichen die Gesetze bestimmt sind. Die wahrhaft christliche Gesinnung befördert die Erreichung dieses Zweckes, dessen Erkenntnis die Schule vor allem zu befestigen hat. Dies ist der Standpunkt der vorgeschrittenen Lehre vom Staat — fast ein volles Jahrhundert vor dem sogenannten Zeitalter der Aufklärung. Sedendorff wendet diese Ansicht im besondern auf die deutschen Verhältnisse an, indem er mit unverhohlener Freudigkeit und einem gewissen Stolze versichert: „Wir wissen, gottlob, in deutschen Landen von keiner solchen Macht, welche von einem einzigen Menschen im Lande, der sich für den obersten hielte und die meiste Gewalt mit oder ohne Recht hätte, über die anderen alle zu seinem Nutz und Vorteil, nach seinem Willen und Belieben allein geführt und ausgeübt würde, wie etwa ein Herr über seine eigenen Knechte und Mägde zu gebieten pflegt, und ihnen bald dieses, bald jenes, was ihm in seinem Hause Nutzen bringt, oder wozu er Beliebung trägt, erschafft. Sondern es ist die landesfürstliche Regierung in den deutschen Fürstentümern und Landen, wie fast in eines jeden rechtmäßig und wohl bestellten Polizei, nichts anderes, als die oberste und höchste Botmäßigkeit des ordentlichen, regierenden Landesfürsten oder Herren, welche von ihm über die Stände und Unterthanen des Fürstentums, auch über das Land selbst und dessen zugehörige Sachen zu Erhaltung und Behauptung des gemeinen Nutzens und Wohlwesens im geist- und weltlichen Stande und zu Erhaltung des Rechtes gebraucht und verführet (verwendet) wird.“ „Daraus ist leicht zu er-messen, daß die Unterthanen im Lande nicht Sklaven und mit Leib und Gut so bloßhin ihrem Herrn eigentümlich ergeben seien, sondern daß sie regiert und in Gehorsam gehalten werden wie freigeborene und unter seinem rechtmäßigen Regiment zu ihrer Leibes- und Seelenwohlfahrt versammelte Leute, von einer christlichen und an göttliche, natürliche und des Reiches Rechte angewiesene Obrigkeit von Rechts wegen geschützt und in acht genommen werden sollen.“ Die Unterthanen können von der Obrigkeit verlangen, in ihrer Religion erhalten zu werden, wie es die Reichs-satzungen feststellen, sowie daß der Landesherr Jedem über seine Klage durch Verhör und Bescheid zu seinem Rechte ver helfe und ihn darin schütze. Der Landesherr hat nur die gewohnheitsmäßig von alters her bestehenden Steuern und Zinsen von den Gütern der Unterthanen einzuheben, im übrigen ist er an die Bewilligungen der Reichs- und Kreistage oder der Stände des eigenen Landes gebunden, kann auch, wenn besondere Verträge seines Vorfahren mit den Landständen bestehen, in allen darin bezogenen Angelegenheiten nicht

mehr Leistungen fordern, als über welche man sich verglichen hat. In den meisten Ländern wird dieser Vergleich bei Gelegenheit der Erbfuldigung erneut und dadurch das Verhältnis zwischen der fürstlichen Obrigkeit und den verschiedenen Kategorien der Landstände vertragsmäßig bestimmt.

So war denn in der Anschauung der Zeitgenossen für die Idee der absoluten Fürstengewalt noch kein Raum gegeben. Noch beruhte die „deutsche Freiheit“ theoretisch auf den durch das Lehenssystem hergebrachten Rechten der Landbesitzer und der städtischen Gemeinwesen. Aber die Erhaltung dieser Rechte ist ebensowenig Selbstzweck wie die landesherrliche Gewalt; der gemeine Nutzen und das Wohlergehen aller kann sie beschränken. Und gerade dann, wenn der Landesfürst im Interesse des letzteren seine Regierung einrichtet, gewinnt er an Macht und Befugnis, auch in fremde Rechtsphären einzugreifen. Sedendorff spricht ihm die Gesetzgebung in den Angelegenheiten der öffentlichen Wirtschaft zu. Er hat darauf zu sehen, „daß keinem Unterthanen die Notdurft zu seinen Lebensmitteln außer sonderbarer Strafe und Verhängnis Gottes und sein Selbstverschulden mangle, sondern er seine Nahrung in guter Ordnung und ohne ungebührliche Hinderung, durch fleißige Arbeit und rechten Brauch des Seinigen haben möge,“ er hat für den notwendigen Austausch des Gutes zu sorgen, den Ex- und Import zu regeln, das Gewerbe mit den Mitteln zur Verrichtung seiner Arbeit zu versehen, für die Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Zweige der notwendigen gewerblichen Thätigkeit zu sorgen, ja im allgemeinen jeden Stand bei seiner Beschäftigung zu erhalten. „Zu diesem Ende ist in etlichen Landesordnungen die gemeine Satzung, daß ein jeder Stand bei seiner hergebrachten Nahrung bleiben, der Adel zum Exempel seiner Güter sich nähren, die Bürger der Kaufmannschaft und Handwerks, auch Brauens und Schenkens sich gebrauchen, und der Bauersmann dem Ackerbau obliegen soll, doch alles nach Maße des alten Herkommens und jedes Orts Gelegenheit.“

Damit erhält der Begriff des „Standes“ eine Richtung auf Beruf und Stellung zur Gesamtwirtschaft des Staates, welche ihm während der Herrschaft des reinen und unverfälschten Feudalismus vollkommen ferne geblieben war. Der Staatszweck wird zur Handhabe für die Landesfürsten, ihren Wirkungskreis immer mehr zu erweitern und die verfassungsmäßige Beschränkung desselben durch die Stände zu beseitigen. Die Ausgestaltung dieser Tendenz bildet den Grundzug des inneren Staatslebens in dem Abschnitte deutscher Geschichte, welchen dieses Buch zu behandeln hat. Wir werden ihr in allen Teilen des Reiches ausnahmslos begegnen.

Zweiter Abschnitt.

Die wirtschaftlichen und moralischen Folgen des Dreißigjährigen Krieges.

Bei jenen Völkern, in deren geschichtlichem Leben die innere Gesetzmäßigkeit das Uebergewicht über die äußeren Einwirkungen hat, werden wirtschaftliche Umwälzungen oder Stauungen meistens von politischen Veränderungen begleitet sein. Es soll mit dieser Ansicht durchaus nicht jener Geschichtsauffassung das Wort geredet werden, durch welche die Preistabellen der Markthallen und die Kurse der Fruchtbörsen zu Hauptquellen für die Erkenntnis und Erklärung aller politischen Veränderungen erhoben werden sollen, wir sind im Gegenteil jederzeit zu der Versicherung bereit, daß wir auch noch andere Triebfedern der menschlichen Handlungen anerkennen als den Hunger und die geschäftliche Kalkulation — unsere Ueberzeugung geht dahin, daß der jeweilige Zustand eines Volkes eine Einheit darstellt, welche aus dem Zusammentreffen der verschiedensten Elemente entsteht, daß die Wechselwirkung zwischen sozialen Verhältnissen und politischen Ideen in jedem Zeitalter eine unverkennbare ist, daher auch zur Erklärung des Thatsächlichen in dieser oder jener Richtung die entsprechenden Erscheinungen der anderen herangezogen werden müssen. Es liegt uns ferne, in bestimmten Handlungen einzelner Menschen, für welche nur ihr Wille verantwortlich ist, die Folgen ökonomischer Prozesse suchen zu wollen, wir gedenken auch nicht den Verfall des deutschen Reiches mit der Abnahme der Pferdezahl oder der Weizenproduktion in Verbindung zu bringen, es möge uns jedoch schon jetzt die Andeutung gestattet sein, daß die Darstellung der durch den großen Krieg geschaffenen materiellen Verhältnisse nicht nur den Schlüssel zum Verständnis des deutschen Kulturlebens in den darauf folgenden zwei Jahrhunderten gibt, sondern daß sie uns auch die Wandlung der politischen Anschauungen und staatlichen Einrichtungen begreiflicher machen wird, als sie sich aus der politischen Geschichte allein ergeben würde.

„Biel ist über die Verwüstungen des Krieges geschrieben worden, aber noch

fehlt die große Arbeit, welche aus allen Territorien die erhaltenen statistischen Notizen zu einem Bilde zusammenstellte. Wie ungeheuer die Arbeit sei, sie muß doch unternommen werden, denn erst aus unwiderleglichen Zahlen wird die volle Größe des Unheils verständlich. Was bisher von Einzelheiten bekannt wurde, berechtigt kaum zu einer ungefähren Schätzung der Einbuße, welche Deutschland an Menschen, Nutztieren und produktivem Vermögen erlitten hat.“ So sprach sich Gustav Freytag vor fast 30 Jahren aus und obwohl die Forschung seither nicht gerade müßig gewesen ist, sind wir von einer einigermaßen ausreichenden Darstellung der wirtschaftlichen Folgen des Krieges heute noch so weit entfernt als jemals. Dazu sind die Vorarbeiten noch viel zu wenig systematisch getrieben worden, zum Teile fehlt es auch in einzelnen Landschaften an ausreichenden Materialien. Es wird aber gewiß sehr viel erreicht sein, wenn nur einmal aus den heute noch gänzlich unbeachtet und unbearbeitet liegenden Quellen die wichtigsten Daten zusammengestellt und gleichzeitig Anhaltspunkte gegeben sind, um die Maß-, Gewichts- und Preisangaben vergleichen und auf eine einheitliche Grundlage bringen zu können. Wir werden Gelegenheit haben, einzelne musterhafte Detailarbeiten zu nennen, sie sind aber noch so selten, daß ihre Ergebnisse zwar als Beispiele verwendet werden können, die Aufstellung von allgemein gültigen Gesetzen und Folgerungen aber noch nicht gestatten. In dieser Richtung steht den Geschichts- und Altertumsvereinen ein weites Feld der Thätigkeit offen, die jedoch immer erst dann eine die Wissenschaft wirklich fördernde sein wird, wenn die sich zur Verfügung stellenden Arbeitskräfte auf ein bestimmtes Ziel gelenkt und zur Lösung zusammenhängender Aufgaben angeeifert werden.

Wie in deutschen Landen der Wohlstand vor dem Kriege verbreitet, welche große Zahl wertvoller Güter in allen Gegenden vorhanden war, darüber geben uns heute noch die Sammlungen unserer Museen Aufschluß. Man stelle nur einmal eine Berechnung darüber an, wie vieles von all dem schönen Hausgerät Jahreszahlen bis etwa 1630 trägt und wie spärlich sich die Erwerbungen der späteren Jahrzehnte zusammen finden. Und was wir heute als Kunstschätze der Barockzeit bewundern, das stand eben fast ausschließlich in den Prachträumen fürstlicher Residenzen und adelicher Schlösser, das bürgerliche Wohnhaus und die Bauernstube jener Zeit bieten uns nur sehr wenig mehr, das des Aufbewahrens würdig befunden worden wäre. Die Spätrenaissance hingegen war in den besten und geschmackvollsten Mustern allerwärts vertreten. Diese schön gegliederten Kasten, geschnitzten Truhen, zierlich gebauten Stühle mit gepreßten Lederüberzügen standen in den Häusern der Kaufleute und Handwerker, der wohlhabende Bauer konnte sich den Luxus eines vertäfelten Zimmers gewähren, dessen bewunderte Reste sich jetzt in die Wohnung eines Börsenspekulanten oder Eisenbahnunternehmers flüchten, und die prächtigen Lederbände mit reicher Handvergoldung und eiselierten oder getriebenen Schließen und Ecken, die uns Bücherliebhaber in eine gelinde Ekstase versetzen, standen auf den schönsten stilgerechten Regalen in den Studierzimmern der Professoren, Magister, Licentiaten, Hof- und Kammerräte, Syndici und Stadtschreiber. Und was es an Gold- und Silbergeschmeide, an Ketten, Ringen, Beckern, Gürteln, an kunstvollen Kästchen, an Geweben, Geschirren, Gläsern, Waffen gab — wer hätte das nicht schon auf irgend einem jener

echten oder nachgebildeten Holzschnitte gesehen, die nicht etwa der Einbildungskraft des Schöpfers entsprungen sind, sondern eine schöne Wirklichkeit wiederzugeben bestimmt waren. Und in diese hatte der Krieg mitten hineingegriffen, ein Krieg, für welchen es gottlob an ununterbrochener Dauer und Zerflörung keinen Vergleich gibt. Weder der Krieg der beiden Rosen in England, noch die Religionskriege in Frankreich haben ähnliche Folgen nach sich gezogen, denn einerseits erfreuten sich diese beiden Nationen noch nicht annähernd des Reichthums der Deutschen vor dem Kriege und andererseits blieb aller Raub im Lande und wurde wieder rechtmäßiger Besitz der eigenen Landsleute.

Was der Krieg in deutschen Landen bedeutete, das hat ein ungenannter Schriftsteller im Jahre 1641 in ein System gebracht und in einem Büchlein von 80 Seiten beschrieben. Es führt den Titel: „Der Krieg selb; Das ist, Zwar einfalte, aber gründliche vnd eigentliche Beschreibung der vberauß schweren landstraaff, des Kriegs, sampt desselben eigenschafften vnd fruchten. Darin klärllich vnd umbständlich angezeigt wird, was dem Krieg vorher gehen für merckliche wahrnehmungszeichen. Item was der Krieg seye an ihm selb: vnd was auff denselben gemeinlich folgen für vnvermeidliche vbel. Mängklichem zur heilsamen wahrnung, vnd guter nachrichtung gestellt.“ Darin heißt vor allem anderen: „Die schwerste unter allen Strafen und Plagen, damit Gott der Herr die Menschen um ihrer Sündenbosheit willen heimsucht und straft, ist der Krieg. Ein schwere Straf ist Pestilenz, da die Menschen, welche heut gewesen frisch und gesund, morgen sind todt und ein Leich. Noch ein schwerere Straf ist der Hunger, wann nämlich der Mensch mit guten Zähnen übel beißen, am Hungertuch nahen, und aus Hunger elendig verschmachten und ausdörren muß. Aber noch weit ein schwerere Straf ist der Krieg, wann nämlich der Mensch fällt in die Hand der Menschen, und durch das Schwert ohn alle Gnad dem muß lassen sein leben, der ihm dasselb nicht hat geben und der es ihm auch nicht wieder kann zustellen.“ Aber nicht der Tod in der Schlacht ist das Schrecklichste im Kriege, sondern weit mehr noch werden die Menschen von den Uebeln gepeinigt, welche den Krieg zu begleiten pflegen. Die Zeichen in der Luft, im Wasser und auf der Erde, welche den Krieg anzeigen, brauchen uns nicht weiter zu beschäftigen, auch nicht die Ursachen, warum die Soldaten gemeinlich „so böß sind und den Himmel verlieren“, aber sehr bezeichnend für die Auffassung der Zeit sind die Vorgänge, welche der Verfasser als notwendige Folgen einer Einquartierung anführt.

„An denen Orten, da die Soldaten einquartiert werden, da müssen die guten Leut von ihnen so viel oder mehr leiden, als von den öffentlichen Feinden: denn Krieg ist Krieg, es sei Feind oder Freund. Der Bürger und Bauer muß den Soldaten erhalten, ihm unter und über Speiß und Trank geben, und wo sie es nehmen, da heißt es: Wirt hol' Wein, Bub schenk ein, Soldat sauf aus, Bauer gib Geld aus. Die guten Leut müssen weichen aus ihren Bettern, und die Soldaten darin liegen lassen. An diesen Orten muß man geben große, unerträgliche Kontributionen, Steuern und Auflagen, nicht nur den Soldaten zum monatlichen Sold, sondern den Obersten, Hauptleuten, ihren Offizieren zu einer Verehrung; was das arme Volk wohl hätte gebraucht zu ihrer Nothdurft, muß es

geben solchen Leuten zu ihrem Ueberfluß, daraus zu praxieren und zu dominieren. Wer nichts zu geben hat, der muß zum Land hinaus, und mag vielen so gut nicht werden, daß sie entweichen oder ausreißen können, sie müssen bleiben, kontribuieren, Speis' und Geld geben, und sollten sie es aus den Steinen entschlagen, da muß Alles heran, was man hat, und ist doch bei den unerfättigten Soldaten kein vergüt haben. An den Orten, da man Soldaten einnehmen muß, treiben die rauhen Buben unerhörte Insolenzen, Pressuren und Mutwillen, sie johlen, schreien, singen, springen und tanzen, als wenn sie taub und unsinnig wären, schonen weder Kranken noch Kindbettern, spielen durch ganze Nacht, und verspielen, was sie aufbringen mögen . . . Hat einer ausgeblutet und nichts mehr zu geben, will es der Soldat nicht glauben, er braucht Gewalt und allerlei Marter, mehr Geld zu erpressen und zu erzwingen, und wird der Armen in den Hospitalen, Spitalen und Siechenhäusern nicht geschonet, sie werden ausgeplündert und in ander Weg geplagt . . . Thut sich dann dessen ein arm Mensch bei den Offizieren oder Kommandanten beklagen, da wird ihnen der Bescheid, welchen die Priester dem Juda gegeben: Was geht das uns an? da sieh du zu! Hättet ihr es ihnen sonst gegeben, so hätten sie es nicht nehmen müssen! Scher' dich von hinnen, oder ich will dich peitschen oder auf den Esel setzen lassen, und ist da abermals kein Gnad zu finden. Will sich dann einer mit Gewalt ihnen widersetzen, da wird er mit Worten und Werken also empfangen und abgewiesen, daß ihm besser gewesen, er hätte es bleiben lassen."

So war der Krieg, wie ihn Mansfeld und Wallenstein organisiert, Schweden, Sachsen, Hessen, Baiern und Kaiserliche gelehrt nach- und ausgebildet hatten. Immer maßloser waren die Forderungen der über das ganze Reich verbreiteten Armeen geworden, immer schwieriger hatte die Bevölkerung von Städten und Dörfern, Schlössern und Stiftern den sich überstürzenden Ansprüchen genügen können, immer grausamer war die Methode der Erpressung geworden, je mehr der Vorrat zusammenschmolz, aus dem geschöpft werden mußte. Was an Bargeld und Kleinodien vorhanden war, floß allmählich in die Taschen des Kriegsvolks und einiger Spekulanten. Die Inhaber der hohen und niederen Kommanden wurden Kapitalisten, trieben Güterhandel und speicherten Schätze auf, oder sie verpraßten und verspielten das Gewonnene an geriebene Gesellen, die aus dem allgemeinen Unglück noch ihren Vorteil zu schlagen verstanden. Doch die Bereicherung einzelner stand noch in keinem Verhältnisse zur Verarmung der Gesamtheit. Was die Landwirtschaft und das Gewerbe hervorzubringen vermochte, konnte den Verbrauch und die Vernichtung nicht ausgleichen. Der große Menschenverlust und die Vermehrung und Ergänzung der Heere entzog der produktiven Arbeit die Kräfte, die Unsicherheit von Besitz und Erwerb machte selbst den Fleißigsten arbeitscheu und zu der Verschleuderung und leichtsinnigen Vergeudung der Werte gesellte sich die sinnloseste Zerstörung durch Brand, Zerstümmerung.

Die Bezahlung der Truppen bewegte sich seit Beginn des Krieges in immer höheren Beträgen und dabei steigerte sich in fast noch auffallenderen Verhältnissen ihr Bezug von Lebensmitteln und Fourage. Noch waren nicht fünfzig Jahre ins Land gegangen, seit der einfache Söldner sich mit der alten

karolinischen Tage von vier Gulden, der Doppelsöldner mit acht Gulden begnügen mußte, für die er seine volle Verpflegung selbst zu leisten hatte. Die ersten Soldansätze Wallensteins waren auch noch nicht viel höher gegangen, nur war die Verpflegung dazu getreten. Einige aus verschiedenen Teilen des Kriegsschauplatzes herrührende Mitteilungen mögen die Steigerung der letzten Jahrzehnte veranschaulichen.

Die Verpflegsliste für die während des Winters 1641—42 im Weimariſchen dislozierte kurbairische Artillerie, welche unter Bedeckung von zwei Hagenbachschen Regimentern stand, weist folgende Posten monatlicher Sölde und Fourageportionen auf: Herr Generalfeldzeugmeister von Mercy 1400 Gulden, 100 Pferde, ein Obrister 800 Gulden, 40 Pferde, zwei Obristlieutenants je 300 Gulden, 24 Pferde, ein Oberkommissär 300 Gulden, 24 Pferde, ein Oberhauptmann 200 Gulden, 18 Pferde, ein Ingenieur 200 Gulden, 12 Pferde, neun Stückhauptleute, ein Minierhauptmann, ein Adjutant je 100 Gulden, 12 Pferde, ein Sekretarius 90 Gulden, 10 Pferde, ein Schultheiß 240 Gulden, 30 Pferde, drei Feldzeugwarte je 80 Gulden, 10 Pferde, drei Oberfeuerwerkmeister je 60 Gulden, 6 Pferde. Ein Zeugdiener erhielt 30 Gulden, ein alter Büchsenmeister 15, ein junger 12, ein Schmiedmeister 18, ein Schmiedgefelle 9, ein Artilleriefuhrknecht (deren es 500 gab) 7 Gulden. Die Artillerie allein forderte monatlich 16 436 Gulden in barem Gelde, 1855 Verpflegs-, 810 Fourageportionen. Mit Inbegriff der in Regensburg bewilligten 120 Römermonate hatten die drei Teile des Fürstentums Weimar zusammen 441 145 $\frac{1}{2}$ Gulden zu entrichten.¹⁾ Vor dem Kriege gehörten dem Obersten eines Regimentes, der jedoch damals als selbständiger Kommandant eine weit höhere Stellung einnahm, 400 Gulden, dem Oberstlieutenant 100, einem Hauptmann 40, einem Büchsenmeister 8 bis 16 Gulden, für die Stellung eines Generalfeldzeugmeisters finden wir zu Anfang des Jahrhunderts auch schon 1200 Gulden berechnet, jedoch mit dem Zusatz „für seine Leibsbefoldung und etliche im Artilleriestaat nicht vorgesehene Staatspersonen“ und vor allem ohne Verpflegung. In welchem Umfange die letztere aber verlangt wurde, darüber werden wir einige Beispiele sprechen lassen. Für zwei schwedische Regimentsstäbe und 800 gemeine Knechte, welche im März 1641 in Zeitz lagen, berechnete man jedem Knechte täglich 2 Pfund Brot, 2 Pfund Fleisch oder statt derselben 1 $\frac{1}{2}$ Groschen, 2 Feldmaß Bier, zur Verpflegung der Stäbe alle 10 Tage 168 Reichsthaler, zum Solde alle 10 Tage 336 Thaler. Das kurfürstlich sächsische Regiment Gersdorff verlangte in derselben Stadt 1644 für einen gemeinen Reiter täglich 2 Pfund Brot, 2 Kannen Bier und wöchentlich 12 Groschen am Gelde, ein Rittmeister erhielt wöchentlich 15, ein Lieutenant 6, ein Kornett 5, die Chargen je 1 Thaler. Für jedes Pferd wurden in der Woche 3 Viertel Haber und 50 Pfund Heu gebraucht.²⁾ Weit mehr verlangten die Schweden in Böhmen. Einer Rechnung des gräflich Gallasschen Burggrafen in Reichenberg zufolge machte die wöchentliche Verpflegsliste für einen Kapitän und einen Lieutenant im Jahre 1640

¹⁾ D. Riis im Jahrb. für Nationalökonomie 14. Bd.

²⁾ Rott, Zeitz im Dreißigjährigen Kriege. Nach Mitteilgn. d. Thüring.-Sächs. Ver. Bd. 12.

33 Gulden 27 Kreuzer aus und dem gemeinen Mann wurden 14 Pint Bier zuerkannt. Danach ist es begreiflich, daß die Kosten der Einquartierung von Kaiserlichen und Schweden im genannten Jahre daselbst 69 234 Gulden 39 Kreuzer betragen, wozu noch das Erträgnis einer schwedischen Plünderung vom 9. Mai 1640 mit 20 114 Gulden 16 Kreuzer kam.¹⁾ Als im März 1647 ein Teil der königsmärkischen Völker im Anhaltischen untergebracht werden mußte, berechnete man als Verpflegungsgelder für den Rittmeister 117 Thaler 12 Groschen, für den Lieutenant 42 Thaler 12 Groschen, für den Corporal 16 Thaler, für jeden „Einspännigen“ 5 Thaler 12 Groschen im Monat. Die Compagnie von nur 52 Mann führte 72 Pferde; für diese brauchte man 65 Thaler Hafer, „Heu und Streu die Notdurft nach der Kammerordnung“. Gegen Zahlung dieser Summen sollten die Offiziere von ihren Wirten jedoch weder Essen, Trinken noch Zehrung zu fordern haben, die Reiter nichts als Salz, Holz und Licht, „dabei sie sich doch mit ihren Wirten (wegen) Holz und Licht vertragen.“ Eine „Ausrechnung“ vom Mai 1648 bestimmte dem Obersten an Barzahlung 200 Reichsthaler und 66 Reichsthaler „Servis“, dem Oberstlieutenant 100 — 24, dem Rittmeister 105 Reichsthaler 12 Groschen — 12 Reichsthaler, als „Servis“ wurde „Salz, Effig, Licht, Holz und Liegerstadt“ aufgeführt.

Gleichzeitig machte der an den Pfalzgrafen Karl Gustav von Schweden entsendete Anhaltische Geheimrat und Oberstlieutenant Christian Ernst Knoche die Meldung, es seien neuerdings 4000 Mann schwedischer Truppen in Wismar gelandet worden, deren Ausrüstung der alte Kriegsmann bewunderte, obwohl ihm vor den Kosten graute, die dieses neue Volk den deutschen Fürsten verursachen würde. „Ich muß bekennen, ich habe dergleichen alte, wohlmundirte, wohlberittene Reiter bei den Schweden noch nicht gesehen. Des Herrn Pfalzgrafen fürstlicher Etat wird nicht fürstlich, sondern königlich formiret, es fehlen aber dazu noch für zwölf Wagen jeden mit sechs bespannte Pferde, so aber vor fünf Wochen nicht 'raus kommen können, weil der Hofmeister erstlich vor acht Tagen sie aus Oldenburg und Ostfriesland abzuholen abgereiset, und wann diese Völker solange allhier und bei uns verbleiben sollten, dürften wir beiderseits die letzte Delung bekommen, doch wird der Allerhöchste der Bedrängten Seufzer zu rechten Zeit erhören und den Seinigen Hilfe und Rettung schaffen.“²⁾ Die eben geschilderten Anforderungen der Schweden waren noch die allermäßigsten, da sie gegenüber religionsverwandten und verbündeten Fürsten gestellt wurden, in feindlichen, namentlich katholischen Ländern gingen dieselben viel weiter und entbehrten jeder Regelung. Die Städte und Märkte von Mähren und Schlesien mußten davon zu erzählen. Sie wurden meistens zuerst gebrandschatzt und zur Kontribution gezwungen, dann erst geplündert. Leipzig zahlte 1643 an Oberst Dörfling 6000 Gulden, 1647 an Königsmarck 5000 Gulden vor der Plünderung, nach dem Frieden hatte es noch eine Schuldenlast von 108 136 Gulden, Sglau zahlte 1645 an Torstenson 30 000 Thaler Brandschatzung, 68 000 Gulden

¹⁾ Mitt. d. Ver. für Geschichte d. Deutschen in Böhmen. III.

²⁾ Krause, Urkunden, Aktenstücke und Briefe zur Geschichte der Anhalt. Lande und ihrer Fürsten unter dem Drucke des dreißigj. Krieges. IV 2.

Kontribution, 20 000 Gulden Servis und lieferte 30 000 Ellen Tuch; Trebitsch hatte 1621—23 an die Kaiserlichen 322 288 Gulden gezahlt, was für die Schweden aufging, erklärten die Bürger nicht mehr berechnen zu können; Trübau setzte seinen Schaden vor dem Schwedeneinfalle mit 381 604 Gulden, nach demselben mit 723 679 Gulden an (dabei rechnete man den Mezen Getreide zu 1 Gulden, Hafer zu 30 Kreuzern, ein Pferd zu 20, ein Kind zu 10, ein Schwein zu 2, ein Schaf zu 1 Gulden), in Proßnitz begnügte sich Torstenson mit 1500 Thalern, die Stadt war aber verbrannt worden; Troppau hat bis 1636 an die kaiserlichen Armeen 1 100 000 Thaler, an Geschenken an die Offiziere noch eine Million gezahlt, zu der sich noch die Kosten der Durchmärsche gesellten, der Schwedenschaden konnte nicht mehr festgestellt werden, er bedeutete den Verlust aller noch vorhandenen beweglichen Habe.¹⁾ Wer wird danach Logaus Verse nicht berechnigt finden:

„Was werden doch um ihren Krieg für Dank die Schweden haben?
Wir wünschen, daß Gott ihnen gibt soviel, als sie uns gaben.“

Die Kaiserlichen und Spanier machten es übrigens noch weit ärger, ihr Verfahren in Kontributionsangelegenheiten war ein kürzeres und ausgiebigeres. Ein einziger Durchmarsch des Grafen Anhalt mit 800 Reitern kostete der Herrschaft Dillenburg in Nassau 50 000, der Herrschaft Siegen 80 000 Gulden. Nach einer dem Kaiser vorgelegten genauen Berechnung hatten die Herrschaften Wiesbaden-Idstein, Weilburg und Gleiberg, das Westreich abgerechnet, bis zum Schlusse des Jahres 1625 an Kriegskosten 1 744 910 Thaler tragen müssen. Als der spanische Infant 1634 bei Friedberg vorüberzog, mußten sofort 90 000 Pfund Brot und eine große Quantität Brei geliefert werden. In der Nähe von Anspach fanden die Fußsoldaten in Hecken und Sträuchen die beiden Viehherden von Wehrheim, in 450 Stück Rindvieh bestehend, diese wurden am andern Morgen gewaltsam mit fortgeführt, dabei alle Dorfschaften ausgeplündert. „Das vereinigte kaiserlich-bairische Heer stand 1646 auf den Feldern von Dehrn und mußte sich zu einem Kriegslager auf längere Zeit einrichten. Es half den Bewohnern der Grafschaft Hadamar nichts, daß Johann Ludwig kaiserlicher Plenipotentiarius auf dem Friedenskongresse zu Münster war; die Krieger, an allem Mangel leidend, fielen in die Dörfer ein und raubten, was sie vorfanden. Nirgends wurde auch nur ein Kroppen, Kessel und anderes Küchengeschirr gerettet; Geld, Leinwand, Kleidungsstücke wurden geraubt; Wagen, Karren, Pflüge, Thore, Bänke, Kisten und Kasten ins Lager gebracht, um bei dem Kochen und Wachtfeuer verbrannt zu werden. Die Früchte wurden ausgedroschen und verzehrt, das Vieh aus den Ställen fortgetrieben und geschlachtet; die Bienenstöcke ausgedämpft und ihres Inhaltes entleert und überall eine solche Verwüstung zurückgelassen, wie es diese Gegend weder früher, noch später je wieder erlebt hat.“ Man verzeichnete in den Ortschaften von Hadamar einen Abgang von 532 Stück Rindvieh, 308 Schweinen, 3239 Malter Früchten und 341 Wagen

¹⁾ Wolny, Nähren. d'Elvert, Gesch. von Iglau und Beiträge z. Gesch. d. böhm. Länder. 4. Bd. Biermann, Gesch. v. Troppau und Jägerndorf.

Heu.¹⁾ Frankenthal in der Pfalz soll in 22 Jahren 118 Millionen an Geld und Gut eingebüßt haben.

Eine Schadenberechnung des Hans Bücker von Schelton in Schlesien wies für die Jahre 1632—37 an Verlust der Herrschaft von 20 577 Gulden, seiner Unterthanen von 41 304 Gulden nach. Außerdem gingen bei dem Durchzuge der Polacken verloren: 70 Schock Fische, die sie in vier Tagen aufgezehrt haben, 70 Döfse, 1400 Schafe, 4 Reitz, 6 Kutschentroffe, 16 Wagenrosse, 5 drei- und zweijährige Fohlen, 6 junge, abgewöhnte Füllen, 89 Melkkühe, 60 junge, gelte Kühe, 30 abgewöhnte Kälber.²⁾ Eine sehr genaue Aufzeichnung der Kontributionen, welche die kleine Stadt Hainau in den Jahren 1627—1642 gezahlt hat, ergibt eine Gesamtsumme von 142 000 Reichsthalern, wovon auf das Jahr 1627 allein über 40 000 entfallen. Naturallieferungen an Brot, Bier, Kindern und Hafer gingen nebenher und 1642 folgte eine Plünderung durch die Schweden, infolge welcher die Stadt einige Wochen hindurch „wüste“ stand.³⁾

Die Stadt Konneburg verlor bei dem Rückzuge Banders und Guebriants von Regensburg am 26., 27. und 28. März 1641 allein 50 000 Gulden und 1400 Stück Rindvieh.⁴⁾

Speier hat im Dreißigjährigen Kriege ungerechnet der Verluste der Einzelnen 2 319 250 Gulden eingebüßt, ein Verlust, der in dieser einst so wohlhabenden und volkreichen Stadt den Anfang des Verfalles bezeichnete, der durch das Verfahren der Franzosen im orleanischen Krieg zum äußersten gesteigert wurde.⁵⁾

Herzog Christian von Zelle gab seinen Schaden schon am Schlusse des Jahres 1626 auf 7 Millionen Thaler, sein Bruder Friedrich schlug den seinigen auf dem Fürstentage zu Mühlhausen noch zehnmal so hoch an: die Stadt Lüneburg zahlte von 1638—1650 an Kontributionen 500 000 Thaler, nachdem sie schon 1636 zur Abwendung der Plünderung an den schwedischen Obersten Stammer hatte 36 000 Thaler entrichten müssen. Göttingen schätzte schon 1629 seinen Kriegsschaden auf 523 000 Thaler. Goslar 1632 auf 219 522 Thaler und 1634 auf 324 000 Thaler. „Die fruchtbaren Landschaften von Kalenberg (Hannover) und Göttingen glichen einer Einöde; es fehlte an Pflügen zum Umreißen des Ackers, an Korn zur Aussaat, in manchen Gegenden an Menschen zur Bestellung; selbst an Holz zum Wiederaufbau der eingäscherten Häuser zeigte sich Mangel, da die Schweden die Waldungen des Solling abgetrieben, das Holz die Weser hinabgestößt und in Bremen an holländische Händler verkauft hatten.“⁶⁾

Wenn die Herren Generale, Kommissäre und Offiziere vor allem auf Geld und Kleinodien ausgingen, die Mannschaften sich mit allem Hausrat beluden, dessen sie habhaft werden konnten und an Brot, Fleisch und Bier, was vorhanden war, verzehrten, so hatten sich die Weiber, die den Heeresabteilungen nachzogen,

¹⁾ Keller, Die Drangsale des nassauischen Volkes in den Zeiten des Dreißigj. Krieges.

²⁾ Zeitsch. d. Ver. f. Gesch. und Altertum Schlesiens. Bd. 10.

³⁾ Ebenda. Bd. 2.

⁴⁾ Hecht, Der dreißigj. Krieg. Plauen 1855.

⁵⁾ Mitt. d. hist. Ver. f. d. Pfalz II.

⁶⁾ Hauser, Deutschland nach d. dreißigj. Kriege.

auch ihr besonderes Requisitionsgebiet gewahrt. Thomas Wallinger aus Billingen schreibt in seinem Tagebuche über das Hausen der Schweden im Breisgau 1633: „Diweil sie nun keinen Widerstand, und in Sicherheit vermerket zu sein, haben sie sich angefangen, lustig zu machen, hübsche Kleider zu tragen, Gastereien und Tänze anzustellen, Hochzeiten zu machen, deren bei 360 von den Priestern und Prädikanten zusammengegeben worden, ohne welche man nicht weiß, so für sich selbst mit den Soldaten sind hinweggezogen. — Da aber die liebliche Frühlingszeit hergedrungen und die grünen und wohlschmeckenden Kräutlein herfürgekommen, sind alsbald die schändlichen Soldatenweiber in alle Gärten und Krautgärten haufenweise eingefallen, sobald sich nur ein grün Blättlein hat sehen lassen, gleich abgeschnitten, auch alle schönen Krautgärten durchsucht, nicht allein ihre Körbe und Säcke mit guten Kräutern und Salat erfüllet, sondern sich auch auf den Markt gesetzt, viel verkauft und fast zu Grund gehen lassen. — Weiteres, die Diener, Lakaien und anderes Lumpengefindel sind mit Wagen, Karren und Rosß hinaus in alle Gärten und Matten gefahren, nicht allein das schöne Gras ohnzeitig in allen Orten abgemähet und abgeschnitten, sondern auch an den Gütern alle Thüren versprengt, alle Schlösser, die eisernen Bänder von den Thüren geschlagen, alle eisernen Gatter ausgehoben, alle Gartenhäuser übel verderbt und zugerichtet und sobald etwas von Obst hat angefangen zeitig zu werden, sind die Soldaten rottenweise hinaus in alle Gärten gelaufen, die Mauern und Zäune niedergerissen, auf die Bäume gestiegen, das unzeitige Obst heruntergebrochen, wo sie es übel angekommen ganze Nester, auch gar die Bäume herniedergerissen. — Ebenmäßig ist es zugegangen in der Stadt Freiburg, da man alle Keller, Kornkästen visitiert, für einmal hat man begehrt den dritten Teil Weins oder Früchte, für das andre Mal hat man begehrt den halben Teil Weins und Früchte, für das dritte Mal hat man wiederholt alles Mehl aus den Mühlen, das Brot aus den Backhäusern genommen.“ Aehnliche Berichte kommen in allen Gegenden vor, und wenn man auch von den Uebertreibungen absteht, die bei Kriegsschilderungen selten ausbleiben, so bleibt des Unheils noch immer genug. Man kann sich bisweilen des Gedankens nicht entschlagen, wie es denn möglich war, daß im letzten Jahrzehnte des Krieges noch überhaupt so viele Menschen auf deutscher Erde ernährt werden konnten, die zur Produktion nicht nur nichts beitrugen, sondern sie vielmehr störten und verhinderten. Zu den Zahlungen reichte das Bargeld ohnehin längst nicht mehr aus, Gegenstände aus Edelmetall, welche sich in öffentlichem oder Privatbesitz vorfanden, mußten dazu verwendet werden. In Kremser (Mähren) verlor die Morizkirche ihr ganzes Gold und Silber, die Muttergottespfarrkirche ihren mit 15 000 Gulden bewerteten Schatz, ihre drei Glocken mußten mit 500 Gulden ausgelöst werden. In einer „Spezifikation, was von gemeiner Stadt Reg (Niederösterreich) aus eigenem Seckel dargegeben worden“, finden sich u. a. folgende Posten: „Eine in und außen vergoldete Monstranze Augsburger Prob, jedes Lot nicht höher als zu 40 Kreuzer angenommen 222 Gulden 70 Kreuzer; ein hoher in und außen vergoldeter Kredenzbecher 31 Gulden 40 Kreuzer, 4. Becher, eine Kanne, 5 Kelche, zusammengeschmoltes Bruchsilber 74 Gulden 40 Kreuzer.“ Auch unter den Beiträgen einzelner Bürger finden sich neben Bargeld viele Becher, Schalen, Gürtel

und Silbergürtel. Diese Art der Zahlung war durchaus nicht vereinzelt, sie wird in den Berichten nur deshalb nicht immer hervorgehoben, weil der Verkehr in Gold- und Silbergeschirren, die ja eine stehende Form des Vermögens darstellten, bei der Leistung von Abgaben in jener Zeit überhaupt sehr häufig war. Was auf diese Weise an Kunstwerten für immer verloren gegangen ist, das wird sich niemals auch nur beiläufig feststellen lassen. Ein Rückschluß auf den Reichtum Deutschlands vor dem Kriege und auf die Verbreitung kunstgewerblicher Gegenstände ist naheliegend. Die großartige Produktion unserer Tage hat gewiß noch nicht so viel wertvolles Gerät in die entlegensten Orte geschafft, als die beutegierigen Handlanger aller Parteien des großen Krieges darin vorgefunden haben.

Das an Kriegsakten ungewöhnlich reiche Archiv der genannten Stadt Neß¹⁾ bietet noch viele Daten, die nicht nur lokalgeschichtliche Bedeutung haben, sondern ein Bild von dem gewohnheitsmäßigen Verfahren der siegreichen Soldateska der letzten Kriegsjahre geben. Von seiten der städtischen Kommune wurde um 2992 Gulden Wein verabsolgt, welcher Betrag eine höchst anständige Quantität vorstellt, da der Eimer mit 3—4 Gulden in Rechnung gezogen wurde. Nicht nur der schwedische Kommandant, S. fürstliche Gnaden Landgraf Friedrich von Hessen, sondern auch seine Offiziere fanden ein so besonderes Wohlgefallen an dem leichten und gesunden Traubensaft Niederösterreichs, daß sie demselben nicht nur während ihrer Anwesenheit kräftigst zusprachen, sondern ihn auch zur weiteren Verforgung mit sich nahmen, als sie aus dem Lande scheiden mußten. Besonders eindringlich spricht von den Leiden der Einwohner das „Auszügl was auf die schwedischen Kriegsvölker aufgangen von Georg Oberhammer“, der als der wohlhabendste Bürger der Stadt galt. Wir können davon nur einige, aber sehr aufklärende Posten anführen:

Verzeichnis was Rittmeister Moriz Khlueg und Johann Reichhardt von Hornberg Leutnant von 23. März anno 1645 bis den 5. October in Küchenweis so ich Georg Oberhammer auf das geringste angib und auch schätzen thue . . .	573	Gulden	—	Kreuzer
172 Meßen Korn zu Futter hergeben müssen . .	172	"	—	"
156 Eimer roten Wein austrunken zu 3 Gulden 12 Kreuzer	499	"	12	"
82 Eimer weißen Wein austrunken zu 3 Gulden 12 Kreuzer	262	"	24	"
Mehr noch laut 4 Zetteln weggeführt worden 42 Eimer	134	"	24	"
Mehr hat Rittmeister Marol 16 Eimer Wein hinweggeführt, die Zettel aber nicht mehr geben wollen	51	"	12	"

¹⁾ Sehr verdienstvoll ausgenützt in dem Aufsätze von Puntschert: Kriegsschäden in Neß und Umgebung während des Schwedeneinfalles im Jahre 1645. Blätter d. Ver. f. Landesf. Niederösterreichs. N. f. Bd. 14, 15.

Mehr hat Rittmeister Moriz zu unterschiedlichen Malen so er herkommen und wieder weg verreist ist, in Weissem und Rotem wegverführt 7 Eimer	22	Gulden	34	Kreuzer
Rittmeister Moriz wie er zum erstenmal mitgenommen in Bettgewand und Zinngeschirr	32	"	—	"
Mehr sein Reitknecht Jacob und ein ander Knecht jedem ein Kleid machen lassen, für das auch bezahlt	11	"	—	"
Mehr nahm Rittmeister Moriz aus meiner Truhe 41 Stück Reichsthaler	61	"	30	"
Mehr hat Leutenant Hornberg seinen Kameraden aus meinem Keller 4 Eimer Wein	12	"	48	"
Mehr Handschuh, Wehrgehäng, Strümpf, Spanner, auch Pulverhorn und was sie sonst weggenommen so viel wir wissen und gesehen haben bei	85	"	—	"
4 Roß samt dem Geschirr	245	"	—	"
2 ganze Wägen und 1 Kalesche	96	"	—	"
3 Reitfattel samt allem Zugehör und 2 Fuhrfattel	28	"	—	"
1 silberne Kanne so von Langheim angenommen	76	"	—	"
Korn scheint weg verführt worden 400 Meßen .	400	"	—	"
Mehr wie ich ohne einzige Ursachen und Verbrechen sondern aus Gewalt 3 Nacht und 4 Tag auf dem Rathhaus in Arrest gelegen und über 26 Officier und gemeine Reiter in meinem Haus gehabt . . . zur Entlassung des Arrest geben müssen	300	"	—	"

Die Summe der Ranzion und Kontribution beträgt für Oberhammer 3927 Gulden 9 Kreuzer, für einen anderen Bürger Christian Hachel 2715 Gulden 27 Kreuzer. Letzterer hatte einen Auditor Namens Hensius bei sich, der mit seinem Diener vom 23. März bis 5. August 65 Eimer von dem besten alten Wein ausgetrunken hat. Dieser bedeutende Mann ließ sich auch ein Wehrgehänge „verehren“, das dick mit gutem Golde gestickt, mit grünem Samt gefüttert, auch mit gutem Silber im Gewicht von 21 Lot beschlagen war. Herr Rittmeister Khlueg zeigte sich bei Hachl auch als Kunstmäcen, denn er nahm 3 Stück große Gemähe (Gemälde) und Landschaften mit. Ein Oberstlieutenant nahm eine von Doppeltaffet gefärbte Bettdecke darauf mit Gold gestickt von schwarzem Atlas genähter doppelter Adler. Selbst eine deutsche Landkarte und eine „hungarische Cronica“ fand den Beifall der Schweden, welche auch für das Geschmeide der Tochter des Hauses, als Silbergürtel, Perlenaufsätze, Demantringe (60 Gulden), Türkise, Saphire, Rubine zc. so große Vorliebe faßten, daß sie sich von denselben nicht trennen konnten.

Dies sind typische Details, die gewiß in jeder Stadt Deutschlands, die von Kriegsvölkern überzogen wurde, zu verzeichnen sein könnten, wenn wir überall so genaue Aufschreibungen vorfinden würden.

Eine besonders geeignete Grundlage für die Berechnung der wirtschaftlichen

Ergebnisse des Dreißigjährigen Krieges bieten die Berichte über Visitationen und Schätzungen in einigen thüringischen Gebieten.¹⁾ In den Ämtern Jena und Burgsdorf gab es 1640 bei 2763 Einwohnern (7941 im Jahre 1867), 250 wüste Häuser, 4339 wüste Acker; Schweine fehlten gänzlich, an Fahrnissen fanden sich 4 Wagen, 33 Karren, 53 Pflüge; in 64 weimarischen und gothaischen Ortschaften 2079 Familien (7237 im Jahre 1867), 2001 bewohnte, 1790 unbewohnte Häuser, 5753 bestellte, 34 852 unbestellte Acker; nach einer Zählung von 1642 in 88 anderen weimarischen Orten 6959 Einwohner, 1744 bewohnte, 2226 unbewohnte Häuser (32 498 Einwohner und 5892 Häuser 1867), 14 783 bestellte, 44 291 unbestellte Acker. In 138 Ortschaften wurden vor dem Kriege beiläufig 7761 Familien gezählt, im Jahre 1867 in demselben Gebiete 14 089. Die Vermehrung beträgt daher nur 81,54 Prozent, die Bevölkerung hat sich in 250 Jahren noch nicht verdoppelt. Mit Zugrundelegung einer Amtsbeschreibung der Grafschaft Henneberg von 1659 läßt sich für 13 Ämter folgende vergleichende Tabelle aufstellen:

	Schleusingen	Suhl	Fischberg	Rühn- dorf	Sand	Hens- hausen	Ilmenau
1631 Familien:	1498	1726	943	584	798	267	492
1649 "	509	695	96	119	103	159	300
1659 "	854	1167	252	268	270	301	341
1867 "	3355	2914	1350	1033	1096	760	1149
	Themar	Reiningen	Rappfeld	Wafungen	Frauen- breitungen	Kalten- nordheim.	
1631 Familien:	1059	967	1565	617	360	750	
1649 "	298	424	245	198	48	170	
1659 "	440	492	552	359	151	326	
1867 "	1354	1963	1889	1149	715	1350	

Es ergibt sich für die Zeit von 1631—1659 ein Abgang an Familien von 50,35 Prozent, an Wohnhäusern von 54,44 Prozent; für die Zeit von 1659—1867 ein Zugang an Familien von 241,32 Prozent, an Wohnhäusern von 127,01 Prozent.

In der Zeit von 1631—1867 stellt sich demnach heraus eine Vermehrung der Familien um 69,77 Prozent, der Wohnhäuser um 23,86 Prozent.

Die Gegenden, von welchen diese Angaben gemacht werden können, darf man als sehr geeignet für die Berechnung bezeichnen, denn sie sind durchaus nicht unter besonders ungünstigen Verhältnissen gestanden, einige davon waren sogar auffallend günstig behandelt, wie z. B. Weimar, welches in der ganzen Kriegszeit keine Einquartierung und keine Plünderung zu erleiden hatte. Man kann daher die hier gewonnenen Verhältniszahlen als ziemlich normal ansehen und einige Schlussfolgerungen daraus ziehen. Vor allem muß die rasche Zunahme in dem ersten Jahrzehnte nach dem Frieden auffallen, sie bleibt selten unter 100 Prozent, übersteigt diesen Satz jedoch häufig. In dieser Zeit kehrte

¹⁾ D. Riis in den Jahrb. f. Nationalökonomie. 14. Bb.

eben viel flüchtiges Volk in die Heimat zurück, die Landleute, welche sich in die Städte geflüchtet hatten, bezogen ihre Wohnstätten wieder, der kolossale Soldatentrost, der ein Nomadenleben geführt hatte und nirgends gezählt worden war, mußte sich — wenn auch nur allmählich und widerstrebend — endlich doch wieder festsetzen. Es ist daher aus den Angaben über Einwohnerzahlen, welche aus dem Friedensjahre oder den nachfolgenden zwei Jahren stammen, während welcher die meisten „Völker“ noch unter Waffen standen, nicht die richtige Verlustziffer an Menschen überhaupt zu entnehmen, man muß sich zu diesem Zwecke auf Zählungen von 1655—60 stützen.

Zum Beweise, daß die im Weimarischen und Hennebergischen gewonnenen Verhältniszahlen auf keinen Fall den Durchschnittsverlust an Menschen und bewohnbaren Gebäuden überragen, mögen hier noch einige Daten aus den verschiedensten deutschen Ländern Berücksichtigung finden.

Aus Mecklenburg wird uns berichtet, daß in den Ämtern Jvenack und Wredenhagen 1639 ungefähr $\frac{1}{7}$, 1703 noch nicht $\frac{2}{3}$, im Amt Stavenhagen 1648 nicht $\frac{1}{16}$, 1703 noch nicht $\frac{7}{8}$ der Bevölkerung vor dem Kriege vorhanden waren.¹⁾ In Greifswald waren schon 1629 450 Häuser ohne Einwohner, 65 waren ganz zerstört, 59 nur von Armen bewohnt. In Belzig (Brandenburg) waren von 200 Häusern 4 bewohnt. Berlin zählte 1661 nur 300 Bürger; Göttingen stellte vor dem Kriege 1000 wehrfähige Bürger, 1634 wohnten daselbst samt den Witwen noch 500;²⁾ 1647 konnte der welfische Gesandte in Osnabrück behaupten, daß in Braunschweig-Lüneburg 100 Städte, Flecken und Dörfer abgebrannt seien. Freiberg in Kursachsen enthielt von seinen 1700 Häusern, die es früher hatte, 1640 kaum noch 500, in Chemnitz war noch der vierte Teil übrig, Grünberg in Hessen verlor die Hälfte seiner Bewohner, in den folgenden Jahren mußten die Beamten und der Rat gegen 140 Häuser niederreißen lassen, weil sie lange unbewohnt gewesen und dadurch unbrauchbar geworden waren. In der Umgegend aber sind 15 Ortschaften ganz verschwunden, von welchen man jetzt hier und da Spuren, besonders Ueberreste der Kirchen findet.³⁾ In Frankfurt starben von 1625—46 zusammen 34678 Menschen und nur 20204 Kinder wurden in derselben Zeit geboren. Aus der Statistik von Willstett in Baden ist zu ersehen, daß 1634 auf 27 Geburten 36 Todesfälle, 1635 auf 12 Geburten 71 Todesfälle, 1637 auf 6 Geburten 38 Todesfälle, 1638 auf 1 Geburt 20 Todesfälle, 1639 auf 1 Geburt 18 Todesfälle kamen.⁴⁾ In Schwandorf in der Oberpfalz standen nach dem Ausgange des Krieges $\frac{1}{3}$ der Häuser menschenleer, alle umliegenden Dörfer waren ganz oder teilweise ausgebrannt. Grund und Boden galt wegen Mangels an Gespannen und Händen für wertlos, so daß noch die Sage geht, ein Hofgut zu Nadermoos habe damals seinem Käufer einen Laib Brot und etliche Gulden gekostet.⁵⁾ In

¹⁾ Jahrb. d. Ver. f. mecklenburg. Gesch. 6. Jahrg. 1841.

²⁾ Inama-Sternegg, Die wirtschaftlichen Folgen des dreißigj. Krieges. Raumer, histor. Taschenbuch 1864.

³⁾ Archiv f. hessische Geschichte. Supplem. 1.

⁴⁾ Häuser.

⁵⁾ Verhandlungen d. hist. Ver. d. Oberpfalz, N. F. Bd. 14 u. 16.

Tirfchenreuth war die Bevölkerung nach dem Kriege auf die Hälfte vermindert, mit 100 Gulden konnten Güter gekauft werden, welche man heutzutage mit 15—20 000 Gulden bezahlen müßte. Ein Vermögensnachweis von 9 Bewerbern um das Bürgerrecht ergibt 1650, daß 3 fast gar kein Vermögen, 4 nur 40—50, 2 noch 70—100 Gulden besaßen. Im Markte Hilpoltstein, wo sich 1652 203 steuerpflichtige Besitzer befanden, wurde am 10. November 1648 ein Inventar der noch geretteten Habe aufgenommen. Es wies 4 1/2 Simern Korn, 13 1/2 Weizen, 47 Dinkel, 19 1/2 Gerste, 25 Haber, 4 Malz, 34 Pferde, 2 Füllen, 44 Ochsen, 105 Rühе, 2 Kalbenrinder auf. Württemberg besaß 1634 313 000 Einwohner, 1641 480 000, 1645 65 000. In Gaiuau (Schlesien) lebten 1633 noch 500 Bürger, 1636 in 74 Häusern 100 Personen, 1645 die Ratsmitglieder mit 56 Bürgern. Vor dem Kriege waren 230 Häuser bewohnt, 1642 nur 120 und diese waren so wertlos, daß Christoph Hofmann sein Haus in der Mönchgasse um ein paar Stiefel umtauschen wollte. Böhmen ernährte 1615 150 000 ansässige Untertanen, 1631 waren noch 85 000, 1637 noch 53 000, 1645 noch 30 000 steuerfähige Grundholden vorhanden.¹⁾ Hormayrs Angabe, daß das Königreich vor dem Kriege von 3 Millionen, nach demselben von 780 000 Menschen bewohnt gewesen sei, ist nicht authentisch, sie dürfte jedoch auf einer ziemlich richtigen Schätzung beruhen. Mähren zählte schon 1429 2 Millionen Einwohner, 1713 hatte es erst wieder 1 030 000, 1754 971 762 Christen und 19 000 Juden, 1760 845 762 Einwohner; Otmütz konnte 1630 eine Volkszahl von 30 000 aufweisen, 1650 hatte es 1675 Einwohner, von 97 adelichen und geistlichen Häusern waren 36, von 623 bürgerlichen 236 eingerissen, von 656 Vorstadthäusern keines übrig: Jglau hatte 1617 13 000 Einwohner, darunter 7—800 Tuchmacher, nach dem Schwedeneinfalle 1647 381 selbständige Familien.²⁾

Wie bitter der Menschenmangel in manchen Gegenden empfunden wurde, beweist der von Hormayr mitgeteilte Beschluß des Kreistages in Franken,³⁾ wonach jeder Mann zwei Weiber nehmen, die (katholischen) Geistlichen heiraten und kein Mann unter 60 Jahren ins Kloster gehen durfte. Ganz unberechenbar ist der Verlust an Haustieren, wir haben darüber nur sehr unvollständige Nachrichten, aber auch diesen wenigen nach ist die Behauptung nicht ungerechtfertigt, daß höchstens der fünfte Teil der vor dem Kriege vorhandenen erhalten blieb. Bei dem gänzlichen Mangel an Arbeitskräften konnte es daher nicht ausbleiben, daß in sehr vielen Gegenden Hungersnot ausbrach. Die Aufzeichnungen in Chroniken und Tagebüchern enthalten davon wahrhaft grauenvolle, herzbrechende Schilderungen. J. J. Rapiers historischer Schauplatz der Stadt Heidelberg (Frankfurt 1733) berichtet aus der Pfalz: „Der grausame und unerhörte Hunger nahm mit den Jahren mehr und mehr zu, sonderlich in dem Jahr 1637, da er in der Pfalz und um Worms herum so erschrecklich hart, daß er mit keiner Feder kann beschrieben werden. Dieses Elend vermehrte sich

¹⁾ Kroneß. Handbuch d. österr. Gesch. III 541.

²⁾ d'Elwert, Beiträge. 4. Bd.

³⁾ Auch im fränkischen Archiv 1790 erwähnt.

noch mehr durch die einquartierten Soldaten, als welche unter dem Vorwand rückständiger Kontributionen dem armen Mann alle Lebensmittel, sonderlich die überbliebenen Früchte des Weinstocks, ohne Gnade hinwegnahmen, und mußten die armen Leute, die nicht vor schwarzem Hunger ihren matten Geist aufgeben wollten, sich vom Gras, Kraut, Wurzeln, dürren und grünen Baumblättern, ohne Brot, Salz und Schmalz ernähren, und dies war noch ziemlich erträglich. Viele waren froh, wenn sie nur Ochsen-, Rüh-, Pferd-, Schaf- und andere Häute bekommen und solche verzehren konnten; ja der grausame Hunger trieb sie noch zu anderen Dingen, wovor auch die menschliche Natur einen Abscheu und Ekel zu haben pflegt: daß sie nämlich Hunde, Katzen, Ratten, Mäuse, Frösche und andere Tiere, den bitteren Hunger damit zu stillen, gegessen; auch schonte man derjenigen Tiere nicht, die schon etliche Wochen lang an den Wegen, in den Pfützen und Wassern gelegen und einen entsetzlichen Gestank von sich gaben, und hatte man sich also über die Menge Mäuse und Frösche nicht zu beschweren, weil der arme Mann sie aller Orten fleißig aufsuchte und verzehrte. . . . Um das Pferdefleisch haben sie einander auf den Tod geschlagen und wohl auch ermordet. Die verhungerten Leute schlugen gar einander tot und verzehrten die Ertöteten hernach, durchsuchten die Gottesäcker, brachen die Gräber auf, erstiegen Galgen und Rad und nahmen die Toten zur Speise hinweg. . . . Unweit Worms hat man eine Anzahl Bettler gefunden und verjagt, welche die vorübergehenden Menschen grimmig angefallen, erwürgt und bei einem Feuer unter freiem Himmel gekocht und begierig gefressen, wie in den Häfen noch übrige Hände, Arme und Füße ein unfehlbares Zeichen davon ausliefern konnten."

Was an einzelnen Fällen von Kannibalismus aus Gegenden erzählt wird, wo sonst die freundlichsten und lebensfreudigsten Menschen wohnten, ist zu ekel-erregend, als daß wir davon noch Beispiele anführen möchten. Auch weiter nördlich, im Nassauischen, brachte der besonders kalte Winter des Jahres 1636 bis 1637 die ärgsten Greuel während dieses unheilvollen Krieges hervor. In Hadamar dienten nicht nur Gras und Blätter zur Speise, es wurden, wie in der Pfalz, auch Ratten und Mäuse verschlungen, Menschenfleisch verzehrt. „Die gräßliche Familie offenbarte in diesen Zeiten der entsetzlichen Not die wärmste Teilnahme, und der Graf und die Gräfin wetteiferten miteinander, der Not zu steuern und den Mangel zu stillen. Es waren besondere Tage festgesetzt, an denen unter die Einwohner Brot verteilt wurde, täglich erhielen von der herrschaftlichen Tafel Gaben der Liebe, und Körbe voll Speise wurden auf das Land an die Kranken und Schwachen geschickt. Es geschah, daß Massen von Hilfesuchenden, welche der Ruf von auswärts hierher gelockt hatte, sich um das Schloß herumdrängten und, beinahe dem Hungertode preisgegeben, in Verzweiflung die Worte „Brot, Brot“ ertönen ließen, die aber niemals ohne Speise entlassen wurden. Besonders waltete die Gräfin Ursula wie ein Engel der Liebe unter den Unglücklichen. Sie sendete den Armen, Unmündigen, Waisen und Kranken Speise von ihrem Tisch und Teller zu, ja, man sah sie nicht selten in Begleitung eines einzigen Dienstmädchens unvermerkt das Schloß mit einem Korbe am Arme verlassen, und in ärmlichen Hütten, Scheunen, im Hospitale, gleichviel,

ob sie von der Pest angesteckt waren, oder nicht, Speise bringen, dem Mangel feuern und Trost spenden.“ —

Es hat lange und grausame Kriege zu allen Zeiten gegeben, in der Geschichte jedes Volkes und Staates treten Momente ein, in welchen alles was durch Arbeit und die Sparsamkeit an Gütern erzeugt und gesammelt wurde, dem Raube und der Plünderung ausgesetzt ist — aber es gibt kein ähnliches Beispiel der Kulturvernichtung, wie es der Dreißigjährige Krieg im deutschen Reiche geliefert hat; es kommt nicht mehr vor, daß ein ganzes Volk in allen seinen Teilen gleichmäßig so schweren Verlusten ausgesetzt worden sei, daß es der Zahl nach auf die Hälfte seines Bestandes gebracht, aus einem Zustande des Reichthums, der Ueppigkeit und Fülle, wie er im Anfange des Jahrhunderts unzweifelhaft geherrscht hatte, zur Armut, zum Mangel an dem Notwendigsten gelangt wäre. Die Besserung konnte nur sehr langsam eintreten. Zuerst erhobte sich die Landwirtschaft, sie lieferte in kurzer Zeit so viele Produkte, daß bei wohlgeordnetem Verkehre ein Mangel an Lebensmitteln nirgend hätte fühlbar werden sollen. Die glückliche Lage und Beschaffenheit unseres Landes hat es der Mutter Natur ermöglicht, die harte Krise zu überstehen und auch bei geringer Bearbeitung des Bodens so viel Früchte hervorzubringen, als das Leben der übriggebliebenen Menschen erforderte. Drückend war für den Grundbesitzer vor allem der niedere Preis seiner Erzeugnisse. Die geringe Bevölkerung der Städte und die durch den Rückgang der gewerblichen Thätigkeit bedingte, geringe Konsumtionskraft derselben offenbart sich sehr augenfällig in den Preisen, die sich fast während der ganzen zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts konstant erhalten. Erst kurz vor dem Schlusse des Jahrhunderts tritt eine Steigerung ein. ¹⁾

In Schwaben hatte der Scheffel Korn 1606—1629 durchschnittlich $6\frac{2}{3}$ Gulden gekostet; während des Krieges hatte der höchste Preis 12, der niederste 5 Gulden betragen. Von 1648—58 stellte sich der Mittelpreis auf 5 Gulden, der höchste auf 6, der niederste auf $1\frac{1}{3}$. In Altenburg kostete dieselbe Menge Korn, welche vor dem Frieden zwischen 30 und 100 Neugroschen geschwankt hatte, nach demselben zwischen 26 und 84. ²⁾ In Sachsen kam der Weizen, der vor dem Kriege 26—27 Groschen wert war, 1648 auf 10—12, 1652 auf 20, 1656 auf 12, 1657 auf 8, 1659 auf 11—15 Groschen. In Braunschweig betrug die Miete für 3 Acker 3 Schillinge, in Freising erhielt man ein Gut, das früher mit 2000 Gulden bezahlt wurde, um 70—80, in Hessen eine ansehnliche Hofraite um 50 Gulden. Die Produktion blieb daher fortwährend beschränkt, man bebautete nur die ergiebigsten Grundstücke, da man des geringen Viehstandes wegen auch nur sparsam düngen konnte. Im Norden blieb in den vier ersten Jahrzehnten nach dem Kriege noch ein Drittel des Bodens un bebaut. Der Waidbau war in Thüringen von 9000 Ackern schon 1629 auf 675 herabgegangen; der Weinbau, der noch im 16. Jahrhunderte bis an die Küste der Ostsee ausgebehnt gewesen war, hörte in vielen Gegenden, selbst in Altheffen, Simburg, im Oberamt Ulm, gänzlich auf. Die Schafzucht mußte der rück-

¹⁾ Langethal, Geschichte der deutschen Landwirtschaft.

²⁾ Langethal.

gängigen Bewegung der Tuchmanufaktur folgen.¹⁾ Der geringe Verkehr, die Tendenz der kleinsten Verwaltungsgebiete, sich wirtschaftlich abzuschließen, brachte es mit sich, daß der Güteraustausch immer unvollkommener wurde und häufig in nahe liegenden Landschaften ganz entgegengesetzte Zustände herrschten. Als die Schweden 1651 aus der Oberpfalz abzogen, verschleuderten sie die aufgehäuften Getreidevorräte, so daß man dort das Mästel um einen Reichsthaler verkaufte, während in Altbaiern der Teuerung nicht gesteuert werden konnte, in Landshut das Mästel mit 7 Gulden verkauft wurde. Viele Bürger von Weiden kamen dadurch wieder zu großem Wohlstande.²⁾ Ein großer Nachteil für die Landwirtschaft war die Vermehrung des Wildstandes und der reisenden Tiere in Deutschland. In Sachsen hatten sich von 1640—46 die Wölfe derart vermehrt, daß sie in Rudeln zu 15—20 Stück in Dörfer und kleinere Städte einbrachen, trotzdem Kurfürst Johann Georg I. während seiner fünfundvierzigjährigen Regierung 3543 Wölfe und 203 Bären erlegt hatte. Wolfsjagden waren sehr gewöhnlich. 1846 wurde den Bauern von Tirschenreuth erlaubt, zur Abtreibung der Wölfe von den Herden Waffen zu tragen. In Mecklenburg sind 1655 zahlreiche Unfälle durch tolle Wölfe nachgewiesen.

Diese Verhältnisse übten die nachteiligsten Folgen auf die soziale Stellung des Bauernstandes aus. Es muß hier betont werden, daß die Abhängigkeit der deutschen Bauern von den Grundherrschaften, welche selbst nach den Bauernkriegen noch lange nicht so drückend, als in Frankreich, geschweige in den slavischen Ländern geworden war, durch den großen Krieg auf einmal erschreckend zunahm. Der Willkür der großen Gutbesitzer war in den meisten Ländern keine Schranke gesetzt. Viele Güter gingen in den Besitz des Offiziersadels über, der jedenfalls an Kapitalkraft alle übrigen Stände überragte. Diese neuen Herren kannten keine Rücksicht mit den armen Unterthanen, welchen sie nicht durch jahrhundertlanges Zusammenleben nahestanden. Die Rechtsverhältnisse, an welchen die erbgeessenen Familien nicht gerüttelt hatten, wurden nun mit Hilfe gewandter römischer Juristen, die um gutes Geld für alle zweifelhaften Geschäfte zu haben waren, zu Gunsten der Herren umgestaltet, freie Höfe wurden „entsezt“ oder „gelegt“. Im Jahre 1621 hatte es noch 12 000 ritterchaftliche Bauern gegeben, 1755 nur mehr 5000. Auch die Fronen wurden übermäßig gesteigert, namentlich die Jagdfronen in Folge der enormen Ausdehnung der Wildgehege. Wen sollte es wundern, daß der Bauer, welcher unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Bedingungen arbeitete, der bei größter Anstrengung kaum sein Leben fristen, jedoch nichts ersparen konnte, der vergebens nach Rechtsschutz und nach einer wohlwollenden Anerkennung seiner Leistungen durch die Regierungen verlangte, schließlich apathisch wurde und häufig seine reblichen Bemühungen als aussichtslos aufgab. Hatte schon die Auflaffung der zahlreichen militärischen Verbände, die Abbauung der Regimenter eine übermäßige Zahl von Landstreichern bedrohlichster Art geschaffen, so trug er nun häufig selbst noch zur Vermehrung der Vagabunden bei. Die Intelligenz war auf dem flachen Lande in einem höchst

¹⁾ Inama-Sternegg.

²⁾ Verhandlungen des hist. Ver. der Oberpfalz. N. F. 7. Bd.

bedauerlichen Rückgange begriffen, der Aberglaube aber nahm immer mehr zu. Die Hexenprozesse blühten in Stadt und Land.¹⁾ Das Betteln war längst keine Schande mehr, der Krieg, der selbst die ehemals wohlhabendsten Menschen in kurzer Zeit dazu gezwungen hatte, brachte das unehrenvollste Gewerbe zu Ehren. Glücklich konnte sich derjenige preisen, der sich durch Taglohn seinen täglichen Lebensbedarf verdiente. An die Stelle der Pferde, die der Krieg dahingerafft, trat der Mensch — als Schubkarrenzieher.²⁾

Daß das Gewerbe in den Städten nicht besser daran war, braucht nach dem Gesagten kaum bemerkt zu werden. Der Export hatte fast gänzlich aufgehört, der einheimische Bedarf konnte leicht gedeckt werden, weil sich jedermann möglichst einschränkte und Einkäufe so lange als thunlich verschob, da man überall an Geld Mangel litt. Die Arbeitslöhne waren selbst in Beziehung auf die niederen Preise der Lebensmittel noch immer sehr gering, sie betrug kaum mehr als den zwanzigsten Teil der jetzt geltenden. Der Menschenverlust wirkte besonders schädlich auf den Bergwerksbetrieb. Die Gruben und Werke verfielen, da die noch übrigen Bergarbeiter der Religion wegen auswandern mußten; sie gingen größtenteils nach Sachsen, wo sie zur Hebung dieses Produktionszweiges wesentlich beitrugen. Gottesberg bei Schweidnitz blieb 100 Jahr lang unbenützt, Steiermark verlor an Eisenarbeitern, in den Tauern wurde der Betrieb so mancher Gold- und Silberzeche eingestellt, weil die Kräfte dazu fehlten. Mit dem Niedergange des Gewerbes und der Kunstindustrie Deutschlands, die im 16. Jahrhundert für so viele Gegenstände wohl keine Konkurrenz zu scheuen gebraucht hatte und nur von der italienischen übertroffen war, ging der Aufschwung der französischen Industrie parallel und zwar nicht zum geringsten Teile durch den Umstand, daß ihr in Deutschland ein ausgedehntes Absatzgebiet erschlossen wurde. Von den großen und kleinen Höfen weltlicher und geistlicher Fürsten, aus den Adelsfamilien, in welchen sich der Raub der Herren Generale und Oberste aller Nationen und Konfessionen endlich doch abgelagert hatte, floß das Geld, das die Unterthanen steuerten, in die Kassen der Pariser Fabriken, welche die Mode für den ganzen Kontinent diktierten. So ergänzte der wirtschaftliche Triumph Frankreichs den politischen, so ward Deutschlands Unglück die Ursache der Bereicherung des westlichen Nachbarn, der es verstanden hatte, sich seinen Staat um nahezu drei Jahrhunderte früher zu sichern, als die Deutschen. — Ein ungemein beliebtes Mittel, dem Verkehre nach und nach alles Kapital zu entziehen, war in den Zöllen gegeben, die während des Krieges mit der größten Willkür vermehrt und erhöht worden waren. Auch in der Art der Bemessung des Zolles hatte der Krieg eine wichtige Veränderung hervorgebracht, indem er sich nicht mehr nach dem Gewichte, sondern nach dem Geldwerte der Waren richtete. Der Garnzoll, welcher in Oßätz vor dem Kriege 11 Pfennige betrug, wurde jetzt mit 16—18 Kreuzern bezahlt; steirische Sensen, wovon das Faß in den obersteirischen Hämern durchschnittlich 100 Gulden kostete, kamen durch Zölle und Mauten, die sie auf dem Wege nach Schlessien zu passieren hatten, auf 126 Gulden. Unter diesen Um-

¹⁾ Znama-Sternegg.

²⁾ Riuz, Jahrb. f. Nationalökonomie. 14. Bd.

ständen war für denjenigen, der sich irgendwelcher Maut- und Zollfreiheit zu erfreuen hatte, die beste Gelegenheit zu einträglichen Geschäften gegeben. Sie wurde von den kaiserlichen Ministern in Wien, die Lächer und Wein in Ungarn um Spottpreise aufkauften und mit Regierungspässen zollfrei über die Grenze brachten, gebührend ausgenützt.¹⁾

Das unbarmherzige Schicksal, welches über die deutsche Nation herein gebrochen war, wie der Sturmwind in das Land, hat auch jenem stolzen Gemeinwesen den Todesstoß versetzt, dessen Blüte besser als irgend eine andere Einrichtung die Größe der deutschen Macht im Mittelalter bezeichnet hatte. Wer die Geschichte der Hanse nicht kennt, der versteht die Bedeutung unseres Volkes noch nicht zu schätzen, der weiß nicht, daß demselben kein Ziel zu weit, keine Aufgabe zu groß ist, daß es gleichzeitig zu den ersten Handelsvölkern der Welt gehören und die Idee des Humanismus geistig verarbeiten, den Dänenkönigen Trotz bieten und dem römischen Papste die angemaste Weltherrschaft bestreiten konnte. Wie sah es wohl noch in der Themse aus, als in Danzig Tag für Tag 400—500 Schiffe ein- und ausliefen, als die Kaufleute von Soest, Dortmund und Dsnabrück ihre Kontors in der Warägerstadt Nowgorod eröffneten? Es ist wahrlich keine Neuerung, wenn sich die deutsche Nation heute wieder unter die Seefahrenden zu rechnen beginnt, wenn sie ihren Anteil am Weltverkehre noch rechtzeitig zu sichern unternimmt; sie setzt am alten Stamme, den der Sturm entlaubt, doch nicht gebrochen, junge Reiser an, sie nimmt sich wieder, was ihr vor zweihundert Jahren die glücklicheren Nachbarn abgenommen, nunmehr sie zum Bewußtsein gekommen ist, daß sie es wohl vermag. Damals war es auch die unglückselige Religionspaltung, welche die großen Handelsplätze an den deutschen Nordküsten verhinderte, die sich ergebenden günstigen Konstellationen auszunützen. Die evangelischen Bürger von Lübeck und Rostock konnten sich nicht dazu verstehen, um den Preis einträglicher Geschäftsverbindung mit Spanien zu Schergen an den Religionsgenossen in Holland zu werden, sie konnten den glänzenden Versprechungen, mit welchen die kaiserlichen Jesuiten sie von der Sache Dänemarks und Schwedens abzuwenden versuchten, kein Vertrauen entgegenbringen und damit war wohl die letzte Gelegenheit, dem alternden Handelsbunde neues Leben einzuhauchen, versäumt. Die 1641 versuchte Erneuerung des Bundes von zehn Städten blieb erfolglos. Lübeck, das 1629 schon 96 Schiffe verloren hatte, konnte sich vor dem Verfall nicht mehr bewahren, seine großen Handelshäuser fallierten und rissen die kleineren mit sich; Danzig, das noch 1619 eine Getreideausfuhr von 102 981 Last nachzuweisen vermocht hatte, führte 1655 nur 11 361, 1659 aber nur mehr 542 Last aus. Was soll erst von Magdeburg, von Köln und Braunschweig und anderen alten Verkehrsmittelpunkten gesagt werden, die in dem großen Kriege fast zu Ruinen geworden waren? In Aachen gab es statt 160 000 Einwohner noch 25 000, in Augsburg 1635 statt 80 000 noch 16 432, 2216 Wohnungen standen leer, von 6000 Warchentwebern waren noch 500 geblieben. Die Fugger, das altbewährte Welthaus,

¹⁾ Schönborn, Ursachen des Geldmangels nach dem Dreißigj. Kriege. Jahrb. f. Nationalökonomie. N. F. 9. Bd. 4/5.

hatte noch zu guter Zeit einen Teil seines Kapitals in Sicherheit gebracht; sie hatten die Handelsgeschäfte, die nichts mehr eintrugen, aufgegeben und waren große Grundbesitzer geworden. Der deutsche Handel war vorläufig auf das bescheidenste Maß zurückgedrängt und während Holland und England sich die Perlen der überseeischen Welt aneigneten, war die deutsche Flagge verschwunden und vergessen. —

Nicht minder als der materielle Zustand hatte auch das geistige Leben der Deutschen durch den großen Krieg gelitten. Wie hätte auch in diesem wüsten Kampfe um die Erhaltung der notwendigsten Lebensbedingnisse, um Brot und Dach, die Beschäftigung mit den idealen Gütern der Menschheit eine wesentliche Stelle einnehmen können? Trotzdem aber kam es zu keinem Erlöschen derselben. Am meisten litt wohl die im 16. Jahrhundert zu so überraschender Blüte gediehene Volksschule in Stadt und Land, deren Lehrer selbst unter die Soldaten gegangen oder — verhungert waren. Mit großer Mühe nur gelang es, im Laufe der nächsten Jahrzehnte die notwendigsten Schulen wieder in Gang zu bringen — der Stamm humanistisch gebildeter Schulhalter aber, von denen nicht wenige die deutschen und italienischen Universitäten besucht hatten, war für immer verloren. Abgebante Feldweibel und Trompeter, rohe und unwissende Gesellen, traten an die Stelle jener populären Gelehrten, die ihren Horaz in die Trinkstube mitnahmen und bei vielen Kannen guten Weines den Nachbarn Oben interpretierten. — Die Gymnasien und Universitäten waren schlecht besucht, von ersteren viele sogar ganz geschlossen worden. Aber es war doch eine ganz eigentümliche Erscheinung, die nur auf deutschem Boden beobachtet werden konnte, daß es viele junge Leute gab, die den Doppelberuf des Soldaten und Studenten in recht praktischer Weise zu vereinen verstanden. Sie machten im Sommersemester einen Feldzug mit und verdienten an Bestallung, Donativen und etwas Beute, die doch nicht ganz auszubleiben pflegte, so viel, daß sie wieder im darauffolgenden Wintersemester sich auf einer Universität fortbringen konnten. Daß das ohnehin schon mit Rohheiten aller Art reichlich ausgestattete akademische Leben bei diesem Wechsel nicht viel gewinnen konnte, ist einleuchtend; wenn es überhaupt noch möglich war, so hat das Sausen, wie es in den Heeren des Dreißigjährigen Krieges geübt wurde, die gewiß schon stattlichen Leistungen der Humanisten des 16. Jahrhunderts noch überboten. Dieses, sowie der häufige Gebrauch des Degens, der die in der Trunkenheit verschleuderten Injurien wieder wettzumachen hatte, haben sich damals auf den Universitäten eingebürgert. In den Kreisen der Professoren war keine Spur von geistigem Aufschwunge zu entdecken, doch ein Uebermaß von Pedanterie, ermüdendem Schwallst in Rede und Schrift und ein hoher Grad von Eigensinn und Hochmut. Es sind nur wenige so erfreuliche Ausnahmen zu finden, wie uns eine bereits in Busendorff entgegengetreten ist, mit dem wir uns noch eingehender zu beschäftigen haben werden. Lebhafterer Gedankenaustausch, wenn auch nicht in sehr anziehender Form, machte sich in den gelehrten Gesellschaften geltend, die mitten unter den Stürmen des Krieges ihr Dasein fortgeführt hatten. So namentlich die „Fruchtbringende Gesellschaft“, welche von 1641—1649 noch 175 neue Mitglieder aufnahm, zu welchen deutsche und schwedische Kriegshäupter zählten, wie der Pfalzgraf und

spätere Schwedenkönig Karl Gustav, Wrangel, Königsmarck, Kaspar Cornelius Montaigne, Oktavio Piccolomini, Herzog von Amalfi u. a.¹⁾ Es zeugt von einer verblüffenden Naivität, wenn wir sogar unter Korrespondenzen, welche mitten im Kriegsgetümmel geschrieben wurden, von Kontributionen, Einquartierungen und ähnlichen Unannehmlichkeiten handelten, den sanftklingenden Mitgliedernamen der Gesellschaft begegnen. So hat auch der Oberstlieutenant E. Knoche („Der Weichende“) bei Gelegenheit seiner bereits erwähnten Mission in Strelitz (1648) die Interessen derselben gewahrt und neue Mitglieder gewonnen. Während er gerade mit den schwedischen Kommandanten darüber verhandelte, wie viel Fleisch, Brot und Bier jeder Reiter zu bekommen habe, den sein Fürst Ludwig von Anhalt-Köthen zur Verpflegung ins Land bekäme, schrieb er an diesen („den Nehrenden“): „Der Herzog (Ludwig zu Brieg und Liegnitz, der auf der Brautwerbung zu Schwerin war), er, Hohberg und Logau geben stattliche, treffliche Redner, tragen herzliche Begierde in die Fruchtbringende Gesellschaft eingenommen zu werden. Könnte und wollte der höchstgeehrte Nehrende sie damit begnaden und würdigen, würden sie nicht allein hochverpflichtet sich befinden, sondern als stattliche Mitglieder sich erweisen. Würde mir nach Ueberschickung der Namen-Wörter Vollmacht gegeben, unter der Fruchtbringenden Gesellschaft Insiegel, sie mit Zugiehung des „Scheuchenden“ (Dloß von der Landen) und „Behaltenden“ (Jürgen Pescatell) einzunehmen, würde es treffliche Freude geben und wohl aufgenommen werden.“ Dazu kam es auch, und die so gewonnenen schlesischen Herren brachten noch eine ganze Reihe fürstlicher Herrschaften aus der Verwandtschaft in die Ehrenbücher der Gesellschaft.²⁾

Wir werden noch Gelegenheit haben, den Charakter der poetischen Erzeugnisse jener Zeit genauer zu kennzeichnen, wir können für jetzt die Stellung derselben in dem Kulturleben unseres Volkes nicht besser als mit den Worten Heinrich von Treitschkes bezeichnen, die er in dem schon einmal bezogenen Essay über Pufendorf³⁾ dafür gefunden hat:

„Durch die völlige Zerstörung seiner alten Gesittung, durch eine beispiellose Verwüstung des Wohlstandes und des sittlichen Lebens hatte das Vaterland der Reformation dem Weltteil die Freiheit des Glaubens gerettet. Mit dem stärksten Volke Europas spielten die Fremden. Jene Sprache, die zu Luthers und Guttens Zeiten zugleich im Glanze reiner Bildung und in der gedrungnen Kraft volkstümlicher Derbheit geprangt, war verwelkt und verschmörkelt, ein widriges Gemisch von Flachheit und Schwulst, von Künstelei und Roheit, so knechtisch, so unfähig, das Edle und Erhabene in einfacher Großheit auszusprechen, daß auf die Frage, welche deutschen Schriften jener Tage wir heute noch lesen können? — die ehrliche Antwort lauten muß: außer einigen Gedichten von Simon Dach, Logau, Paul Gerhard allein die schnurrigen Abenteuer des Simplicissimus und die gespaßigen Predigten Pater Abrahams a Santa Clara! Die Angst und Not der Zeit, die Herrschaft der rohen Gewalt und das Eindringen fremder

¹⁾ Krause. Ludwig, Fürst zu Anhalt-Köthen. III. Bd.

²⁾ Krause, Urkunden V.

³⁾ Preuß. Jahrbücher. 35. Bd., 6. S.

Sitten hatten das Gemütsleben der Nation bis in seine Tiefen verwirrt und gekört. Treue und Glauben war verschwunden, wie der stolze Freimut und die helle Lebenslust der Väter. Häßliche Geldgier beherrschte hoch und niedrig; die prahlerische Hoffart üppiger Verschwendung währte fort mitten in der allgemeinen Verarmung.“

Dennoch fehlte es der Nation auch in ihrem tiefsten Elende nicht an wahrhaft patriotischen Männern, die ihr voll edlen Freimutes und heiligen Eifers die Wahrheit verkündeten und ihre Verkommenheit mit jener väterlichen Strenge laut verkündeten, welche tadelte, weil sie liebt, welche straft, weil sie an die Möglichkeit der Besserung glaubt. Wir wollen zwei der lautesten und eindringendsten Stimmen mit vernehmen, die sich wider die deutsche Schmach erhoben haben. Vor allem jenen braven Hofsteiner Johann Rist, dessen „Friedwünschendes Teutschland“ (1. Ausgabe 1647) ihn nicht zu einem großen Dramatiker gemacht hat, der jedoch um der Ehrlichkeit seiner Gesinnung und seiner nationalen Treue willen gekannt und gewürdigt zu werden verdient.

Wir geben in aller Kürze die Skizze der Handlung und einige besonders packende Stellen:

Teutschland, ein üppiges, in glänzendem Königsstaate prangendes Weib, weist die Vertreter der alten Helldenzeit, König Ehrenfest (Arionist), Herzog Hermann, Fürst Claudius Civilis und Herzog Bedekind (Wittukind) mit frechem Pochen auf ihre modischen Künste und ihre von welschem Wesen erborgte Noblesse, zornig von ihrem Hofe zurück. Darauf apostrophiert sie der Vollstrecker göttlicher Befehle

Mercurius: „Fein mählich, liebes Teutschland, erzürne dich nur nicht so sehr. Ich bin dazu gesendet, daß ich als ein Priester des Allerhöchsten dir die Wahrheit soll sagen und dich vor dem bevorstehenden Unglücke getreulich warnen. Darum höre mir zu. Bist du nicht eine recht eptkurische Verächterin Gottes und seines heiligen Wortes? Deine Zunge hast du gewöhnet zum Fluchen und deine Lippen zum Schmähen, du gehorchest keinem wohlgemeinten Rath mehr. Ja, Teutschland, du bist aufrührisch, streitest wider dein eigenes Haupt mit unmäßigem Fressen und Saufen Tag und Nacht und verdirbst dadurch jämmerlich deine eigenen Glieder. Deine Hände wäschest du im Blute und hast nichts anderes als Krieg im Sinne. Der Unschuldige muß leiden, und die Frommen müssen gequälet werden. Du führst ein üppiges und unzüchtiges Schandwesen. Deine hurische Geilheit ist nicht zu erfättigen, du raubest und stielest heimlich und öffentlich, dein Geiz ist unermesslich, du unterdrückest die Armen und schaffest Recht den Gottlosen. O Teutschland, Teutschland, alle Treu und Kebllichkeit hast du hinweg getrieben und befeißigest dich des Lügens, Verläumdens und Betrügens. Ja, Teutschland, deiner Sünd und Untugend ist so viel, daß sie auch den Sand am Meere weit übertreffen, darum auch dein Fall und Untergang zweifelsohne sehr nahe sein muß.“

Der Friede, das Unglück Deutschlands voraussehend, bricht nach einer Schilderung der erfreulichen Verhältnisse, die unter seiner Regierung geherrscht, in die Worte aus: . . . „Wie willst du dich so jämmerlich betrügen lassen von denen fremden Völkern, welcher Rundschaft und Gegenwart du so sehr liebest!

Du hast schon angefangen, mit ihnen Freundschaft zu machen, aber, was gilt's, es wird dich in kurzer Zeit gereuen! Du setzest eben hiedurch dein prächtiges Haupt in sehr große Gefahr, welches du doch über alles hättest ehren und lieben sollen. Alle deine Glieder werden nicht weniger als das Haupt müssen erhalten und von den Fremden geplaget werden!"

Der Verlauf der Handlung zeigt nun, wie Deutschland von den Fremden, als welche sich Don Antonio (Spanien), Monsieur Gaston (Frankreich), Signor Bartholomeo (Italien) und Herr Karel (Schweden) vorstellen, zuerst schmähslich betrogen und dann überfallen, besiegt und gedemüthigt wird. Ihnen gesellt sich der eigene Sohn Deutschlands, Monsieur „Saufwind“, ein akademischer Geck und prahlerischer Vielwisser, der sich dem Mars verschreibt und mit den Fremden im Bunde die eigene Mutter plündert, da ihm Mars die Freuden des Soldatenlebens, Spielen, Trinken, Verkehr mit lockeren Weibern, hohe Ehren und Würden in Aussicht gestellt hat. Als ihm aber Mercurius das entsetzliche Ende des sündhaften Lebens in abschreckendster Gestalt vorgeführt, als Gegenstück zu der stolzen Hofhaltung eines Generals und mächtigen Kriegsherrn die Ermordung Wallensteins vor Augen gestellt hat, bekehrt er sich, verwünscht den Krieg und sucht den erlösenden Frieden.

Deutschland (geht auf in der Gestalt eines armen, elenden Bettelweibes, mit alten, zerrissenen Lumpen bekleidet): . . . „O wehe mir armseligem Weibe! Ich war bis an die Sterne erhoben, nunmehr aber bin ich schier bis in die unterste Hölle gestürzt. Ich war die allergroßmächtigste Königin der ganzen Welt, nunmehr aber bin ich zu einer Schlawinnen, ja zur elendsten Bettlerinnen worden. Ich hatte Reichthum die Fülle, nun bin ich fast ganz und gar ausgeleert und in die äußerste Armuth versetzt. Ich war mit einer solchen unvergleichlichen Schönheit begabet, daß sich alle Welt an mir vergaffete, nunmehr aber bin ich so häßlich und abscheulich geworden, daß auch die Geringste auf Erden, ja meine eigenen Kinder einen Greuel und Ekel an mir haben. Meine Glückseligkeit war durch alle Theile der ganzen Welt berühmet, nun ist kein Winkel mehr zu finden, da man nicht von meinem Elende und überaus großen Unglückseligkeit weiß zu singen und zu sagen. Wie übel habe ich gethan, daß ich derjenigen Freundschaft gesucht, welche mich aller meiner zeitlichen Wohlfahrt so grausamlich haben beraubet!“ . . .

Doch nicht genug des Elends. Im Gefolge des Wüterichs Mars kommen noch die beiden grimmigen Weiber Hunger und Pest und schlagen das arme „Deutschland“ so jämmerlich, daß es wie tot liegen bleibt. Die Behandlung des von Mars gesendeten Quacksalbers „Ratio status“, des Sinnbildes diplomatischer Kleinkunst und Aftersweisheit, verschlimmert noch den beklagenswerten Zustand des wunden Weibes. Es wehrt sich zwar gegen die Anwendung des Emplastrum Ligae, Unionis, Neutralitatis und Confoederationis, auch das Tränklein Simulationis preist der Meister vergebens, die Pillulae Hypocriticae aber verschluckt es zu seinem noch größeren Schaden, so daß „Friede“ und „Mercurius“ es in trostlosester Hinfälligkeit wiederfinden. Mercurius aber gibt ihm Hoffnung auf Genesung, wenn es Buße thue und wieder einen gottgefälligen Wandel führen wolle. Nicht nur die moralische, sondern auch die nationale Verkommenheit wird „Deutschland“ vorgeworfen, indem Mercurius sagt:

... „Du, du hast deine eigene teutsche Heldensprache, welche an reiner Vollkommenheit, Majestät und Pracht, Zierde und Lieblichkeit ihresgleichen unter der Sonnen nicht findet (wie solches etliche deiner getreuen Fruchtbringenden¹⁾) und dannenhero ewigen Lobes würdigen Kinder und Helben nicht nur erkennet, sondern auch in ihren herrlichen Schriften und Büchern zu voller Genüge erwiesen), ganz spöttisch gehalten, ja gegen die andere Fliedersprachen, welche kaum tauglich sind, ihr das Wasser zu reichen, ganz liederlich verachtet, und also dich selber zu einer schändlichen Schlawinnen dero ausländischen Sprachen gemachet. Die alte teutsche Sitten und Gebräuche, den alten ehrbaren Habit und Kleidung hast du mit großem Ekel verworfen und anders nicht, als was fremd, neu und à la mode heißet, sehen, wissen und hören wollen . . .“

„Teutschland“ geht in sich und fleht in einem wahrhaft rührenden Gebete zu Gott um Frieden, der ihm auch nach einem kurzen Widerstreite zwischen „Gerechtigkeit“ und „Liebe“ mit einer Anspielung auf die in Westfalen im Gange befindlichen Verhandlungen in Aussicht gestellt wird.

Die leidenschaftliche Stimmung, die sich in dieser Dichtung ausspricht und ganz gewaltig wirkende Worte findet, wird auch heute noch nicht ohne Rührung vernommen werden und wir lernen begreifen, daß sich das Volk, das noch einer so scharfen und rückwärtslosen Selbstkritik fähig war, wieder erneuern und erheben mußte. Wir wollen über dieser einen kräftigen Erscheinung nicht übersehen, daß eine ganze Schar speichellederischer Dichterlinge sich auch dazu hergegeben hat, die „schwedischen Freunde“ zu besingen, als sie zum Abschiede aus dem verheerten Lande den armen Einwohnern den letzten Heller aus der Tasche und die letzte Kuh aus dem Stalle nahmen, wir wollen offen eingestehen, daß die jämmerlichen gereimten Phrasen eines Johann Klai, Pfarrers zu Kitzingen und gekrönten kaiserlichen Poeten, mit welchen er das Nürnberger Friedensexekutionsfest²⁾ zu verherrlichen glaubte, weniger erheitern als traurig und abstoßend wirken. Denn er schildert nicht nur seines Vaterlandes Schande mit den Worten:

„Ach Teutschland steht, beweint mit Schaden ihren Schaden
als wollt sie sich ganz im Thränenbade baden.
O Himmelskaiser hilf, hilf, hilf, hilf Erbgott
errette mich aus Not, Tot, Rot, aus Angst und Spott.“

er versteht es auch, die Nachricht von dem über alle Maßen üppigen Bankett, das der Pfalzgraf Karl Gustav den Gesandten und Generalen gegeben hat, in folgenden, von kriechender Heuchelei überfließenden Versen der Nachwelt zu übermitteln:

„Die Zier und Trost der Zeit, ein hohes Haupt der Christen,
Dem sich die Meeresflut und Erd zu Diensten rüsten,

¹⁾ Die Mitglieder der „Fruchtbringenden Gesellschaft.“

²⁾ „Irene, das ist, Vollständige Aufzählung des zu Nürnberg geschlossenen Friedens 1650. Mit vielen feyrlischen Bezeugnissen, Gastmalen, Feuerwerken, Mustren und andern denckwürdigen Begebenheiten. Nürnberg, In Verlegung Wolfgang Endters, des älttern. Nebst Anhang: „Geburtsstag des Friedens.“

Gustav Carl, Graf der Pfalz, den Norden hergesandt
zu stillen Stadt und Dorf, zu stillen Meer und Land,
gab dißfalls auch an Tag, daß freilich ein Gemüthe
zur Einigkeit geneigt, mehr Ehre von der Güte
als von der Gall erjagt; Der hielt ein Friedenmal
in einer Frieden-Stadt, auf einem Frieden-Saal.

Prinz Carol Gustav sprach, zun Ständen: Laßt das Flehen
Und Weinen diesen Tag; Das Taglicht, das wir sehen,
Ist heilig unserm Gott; Bekümmert euch nur nicht;
Deß Herren Friede schafft, daß uns fort nichts gebriecht
an irgend einem Fried; Kommt, eßt mit uns das Fette,
trinkt mit uns süßen Trant; So der und der nichts hätte,
aus Armut zugericht, dem senden wir sein Teil,
An dem Tag widerfuhr dem ganzen Teutschland Heil!“

Die Gemeinheit solcher Gefinnung hüllte sich aber umsonst in das Gewand der Tugend und Weltflugsheit, sie wurde von den Besseren der Nation erkannt und gerichtet. Die äußere und innere Verwelschung, die Mißachtung der heimathlichen Sitte, die knechtische Verehrung alles Fremden, wenn es auch noch so sinnlos war, fand die verdiente Zurechtweisung. Allen voran stritt in diesem ungleichen Kampfe Mosherosch mit den wuchtigen Waffen seines Witzes, seiner berben Satire. Hören wir einige besonders gelungene Stellen aus dem Kapitel „à la mode-Rehrauß“ seines Philander von Sittewald:

Philander wird im Schloß Geroldsseeck im Wasgau vor die dort versammelten Helben Airovest (Ehrenfest, Arivost), Caro (ein Gefolgsmann Tuitschos, Thiustos), Heermann (Arminius), Witikhund, Kallofelß (Cativulcus, ein Oberster des Hundsrück- und Eifeler Landes), Fridmeyr (Viridomarus) und Lüttschmeyer (Indutiomarus) geführt und wegen seiner modischen, welschen Kleidung und aller undeutschen Gewohnheiten seiner landgenössischen Zeitgenossen derb zur Rede gestellt. Zuörderst wirft man ihm vor, daß er sich „Philander“ nennt und nicht einen deutschen Namen beilegt.

„Schäme dich für dem Teuffel, wann du ein ehrlich Teutsche Aber in deinem Leib hast, daß du einen andern Namen, einen Außländischen Namen, und den du vielleicht selbst weder verstehest noch weissest, sollst einem verständlichen bekannten Teutschen Namen vorziehen, oder mit Wältschen Farben anstreichen, mit De und Di füttern wollen!

Wer seinen anererbten Namen
Flücht mit welschem Raß zusammen,
Und wär gern ein Funckerlein;
Der hat Mangel an eim Sparren
Und gehört ins Buch der Narren
Sollt er sonst ein Doctor sein.“

Dann geht es gegen die Güte.

„Wie viel Gattungen von Güten habt ihr in wenig Jahren nicht nachgetragen! jezt ein Gut wie ein Andenhaffen, dann wie ein Zucker-Gut, wie ein

Kardinals-Hut, dann wie ein Schlapp-Hut; da ein Stülz Ellen breit, dort ein Stülz Fingers breit; dann von Geissen Haar, dann von Kameelshaar, dann von Viberhaar, von Affenhaar, von Narrenhaar; dann ein Hut als Schwarzwälder Käf', dann wie ein Schweizer Käf', dann wie ein Holländsch Käf', dann wie ein Münster-Käf'. Und das ist heut die neue närrische Tracht; bald kommt eine andere in Gestalt eines Fingerhuts hernach, die närrischer ist. Und diese alle wollt ihr elende Leute nachmachen? also, daß erscheinet, all euer Reichthum und Mittel seien allein, mit neuen Trachten zu verschwenden, erworben worden.“ — — —

„Solltest du ein Teutscher sein, sprach Herr Friedmeyer, siehe, was für einen Wälschen närrischen Bart hast du dann? und da deine ehrliche Vorfahren (wann du anderst eines Teutschen Mannes Sohn bist) es für die größte Zierde gehalten haben, so sie einen rechtschaffenen Bart hatten, so wollet ihr den Wälschen unbeständigen Narren nach alle Monat, alle Wochen eure Bärt beropfen und beschneiden! ja alle Tag und Morgen mit Eisen und Feuer peinigen, foltern und marteln, ziehen und zeren lassen? Jetzt wie ein Zirkel-Bärtel, jetzt ein Schneckens-Bärtel, bald ein Jungfrauen-Bärtel, ein Teller-B., ein Spitz-B., ein Entenwädele, ein Schmal-B., ein Zucker-B., ein Türcken-B., ein Spanisch-B., ein Italianisch-B., ein Sonntags-B., ein Oster-B., ein Bill-B., ein Spill-B., ein Drill-B., ein Schmutz-B., ein Stutz-B., ein Trutz-B. u. s. w. Und indem ihr euch der rechten Bärt und Knebel schämet, noch gar zu Bengeln werdet.“ — — —

Und König Wittichund sprach: „Was ist das für ein wunderliches Büdens und Ritschen, mit dem Kopf, mit den Händen und Füßen, mit dem ganzen Leib? Du schnappst mit dem Kopf zu den Füßen wie ein Taschenmesser, das man auf und zu thut. Meinst du, daß solches einen teutschen Mann ziere? weißt du, was die Wälschen selbst von ihrem Grammanzen halten, welches du ihnen doch so närrisch nachäffest? meinst du nicht, daß sie deiner Einfalt und doppelten Thorheit lachen? was meinst du, daß wir solches Büdens und Wurzelns allhie achten, die wir gewohnt sind, drein zu schmeissen und zu schlagen als die Blinde, und mehr auf unser Pferd und Vieh achten als auf solche Lumpenpoffen? — — —

„Ihr Teutschlinge! Ihr ungeratene Nachkömmlinge! Was hilft euch solch neue Unart? Altes Wesen her! Alte Geberden her! In Hitze und Frost übet euch, nicht in Schminken und Schmucken. Alte Herzen her! Alt Geld her! — — —

„Von der welschen Weiche kommt es her, daß man sich in Allem also verhalten will, daß man Dank habe vor der Welt. Gott gebe, was die Seele davon trage. Ob ein Ding dem Gemein-Nutz heilsam oder schädlich sei, da fragt ein alamodischer Weichling nichts nach, wann nur seiner Gelegenheit, seinem Ansehen nichts geschieht oder abgeheth. Wann sie nur ihren Namen bei gemeinen und mehrers heillosen Leuten nicht verlieren, da lassen sie Alles gehen und walten; da will und mag sich keiner mit der Mannheit und mannlichen teutschen Tapferkeit bei den Halsstarrigen oder auch bei den Ansehnlichen feindselig machen; da will keiner das Unrecht zu strafen angreifen; da will keiner das Gute mit seinem Exempel zu fördern der Erste werden. Wann es aber zum Dankverdienen, zum Geschenknehmen, zum Lehenbetteln kommt, da will ein

jeder der beste und nächste daran sein, da streitet man mit einander, welcher sich mit schmeicheln hinzu machen oder das gemeine Lob deren im Gewissen sich übel bewußten gewinnen möge! Und merken diese Weichlinge durch Straf Gottes nicht, daß eben dadurch sie ihr Ansehen und rechten Respect bei ehrliebenden Leuten verlieren.

„O pfui dich Teufel, Pfui dich! Was würden solche alamodische Weichlinge erst thun, wann sie von den Feinden des Vaterlands mit hohen Aemtern, mit Centnerischen Geschenken gelockt und gereizt werden sollten? O wehe! da wird man groß Wunder sehen! da wird man groß Meer-wunder sehen und Ihrer viel von den öffentlichen Feinden und Verrätern übertroffen werden, deren die meiste in ihrer Tyrannei weit tapferer und mannlicher als viel alamodische Weichlinge in ihrem Leben und Thun sich verhalten.

„Und o, noch einmal, du alte Mannheit, du alte Teutsche Tapferkeit und Redlichkeit, wo bist du hin verfliegen?“

Im sechsten Gesichte Philanders „Soldatenleben“ wird das Treiben der Schnapphähne und soldatischen Diebsbanden in einer Reihe von Erlebnissen Philanders vorgeführt. Die nächtlichen Ueberfälle auf reisende Kaufleute, Viehherden, Schlösser, kleine Städte, das Rundschafterwesen, die verschiedenen Geheimsprachen, deren sich die Strauch- und Buschritter bedienten, die Martern, durch welche sie den Gefangenen Lösegelder erpreßten, erfahren hier eine beinahe übermäßig detaillierte, ermüdende Schilderung, die sich mit der des „Simplizissimus“ ergänzt. Die achtzig Strophen des „Soldaten Lehrbrief“ geben in einer Nachahmung des gereimten Landsknechts-Reglements Fronspergers eine Auslese von Ratschlägen für ehrliche und brave Kriegsgesellen mit Warnungen vor all den Lastern, deren sich leider nur zu viele ihrer ehrvergeffenen Kameraden nicht entblöden.

Mit den moralischen Folgen des Dreißigjährigen Krieges, wie sie sich in der Hefe des Volkes, in dem unglaublich angeschwollenen Troste der Heere, in den aus ehemaligen Soldaten gebildeten Diebs- und Räubergenossenschaften erwiesen, haben wir uns nicht weiter zu beschäftigen. Lehrreiche Momente würden sich gewiß aus einer vergleichenden Beobachtung der Verbrecherstatistik ergeben, diese liegt aber nicht vor und würde sich nachträglich wohl kaum mehr herstellen lassen. Der hohe Grad der Entartung vieler Menschen ist nur ein Beweis für die Schwere und Tiefe der Wunde, welche der Volksseele durch den gräßlichen Krieg geschlagen wurde. Bis zur äußersten Entmenschung war so manche Natur herabgesunken, Stück für Stück war sie aller Eigenschaften entkleidet worden, welche Sitte, Religion, Humanität hervorgerufen hatten, die nackte Bestialität blieb zurück und äußerte sich in teuflischen Grausamkeiten, in einer viehischen Vernichtungswut, welche uns schauern macht, wenn auch nur der zehnte Teil dessen wahr ist, was uns berichtet wird.

Auch der religiöse Druck hatte während des Krieges Formen angenommen, welche in deutschen Landen seit Konrad von Marburgs Frevelthaten unerhört gewesen waren. Es soll nicht eingehender von dem unermesslichen und — wie die Gegenwart beweist — unerseßlichen Schaden gesprochen werden, welchen die Alpenländer Steiermark und Kärnten durch den jesuitischen Uebereifer Ferdi-

nands II. erlitten haben, als dieser im Jahre des Restitutionsediktes die ehrlichsten und mutigsten Bekenner einer, dem Geistes- und Gemütsleben des Deutschen entsprechenden Religion mit Gewalt dazu zwang, ihre Heimat zu verlassen. Die Anfänge dieser Regierungsmaximen von wahrhaft spanischer Tyrannei fallen allerdings in eine Zeit, welche weit vor dem Ausbruche des großen Krieges liegt, aber es möge zu erinnern gestattet sein, daß die Gegenreformation in Innerösterreich mit dem Jahre 1600 durchaus nicht abgeschlossen war. Die von Bischöfen und Prälaten angeführten „Kommissionen“, deren wesentliches Attribut jedoch in einem oder mehreren Fähnlein geworbener Knechte bestand, welche den Befehlen der Kommission Nachdruck zu verleihen bestimmt waren, hatten zwar die Bürger der offenen Städte und Märkte zur Beichte und Kommunikation zu treiben und ihnen die lutherischen Bibeln zu rauben und zu verbrennen vermocht, die Schlösser des Adels waren ihnen jedoch damals noch verschlossen geblieben. Die evangelischen „Herren“ hatten in den ersten beiden Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts bisweilen noch die Majorität im Landtage und die Regierung wagte es nicht, den Hausgottesdienst derselben zu stören. Eine einzige kräftige Regung der Selbsthilfe hätte in den für die habsburgische Monarchie so gefährlichen Jahren vor der Schlacht am weißen Berge den Protestantismus in Innerösterreich vielleicht retten können — mit den Wallensteinischen Siegen war diese Hoffnung dahingegangen und nun schreckte auch die katholische Aktionspartei vor den härtesten Maßregeln nicht mehr zurück. Ein Geschichtschreiber dieser Richtung wundert sich zwar, daß die Gegenreformation so „unblutig“ gewesen, er hebt rühmend hervor, daß Ferdinand sich den Protestanten als ein „großmütiger Feind“ erwiesen habe. So kann selbstverständlich nur ein Diener jener römischen Kirche sprechen, die niemals ein Herz für das deutsche Volk fassen konnte, dessen Gemütsiefe alle Vergewaltigungsversuche überdauerte. Wie sollte derselbe die Größe des Unglücks begreifen, das einem Volke aus der moralischen Erschütterung erwächst, welche ein erzwungener Religionswechsel mit sich bringt? Wer aber die „Großmut“ kennen lernen will, mit welcher die böhmischen Protestanten von den bewaffneten Handlangern der Jesuiten behandelt wurden, der kann in Pescheks „Geschichte der Gegenreformation“ ein reiche Auslese von Martern und Todesarten finden, denen die unglücklichen Präbikanten ausgesetzt waren. In Schlesien wirkte man hauptsächlich durch scharfe Einquartierungen auf das evangelische Landvolk. Es genügte, sich katholisch zu erklären und einen Beichtzettel zu haben, um davon sofort befreit zu sein. In Glogau wurde die Zahl derjenigen, welche sich um Beichtzettel bewarben, so groß, daß der „Generalseligmacher“ Herr von Dohna nicht genug davon unterschreiben konnte. „Aber je mehr sich die Zahl der Abgefallenen vermehrte, je mehr vergrößerte sich die Angst, Qual und Pein der andern, so beständig vermeinten zu bleiben; denn so viele Soldaten von jenen weggenommen, so viele wurden diesen auf den Hals gelegt; also, daß zuletzt denjenigen, die sich eifrig und beständig erzeugten, wohl ganze Compagnien und mehr einquartiert wurden. Nun war dies nicht Einquartierung, wie sonst gebräuchlich, da der Soldat muß zufrieden sein, wenn der Wirt gibt, was er vermag und soviel er hat; sondern wenn hier ein Mann schon alles gab, was er hatte und was er zu borgen ver-

mochte, half es ihn doch nichts, wenn er nicht dabei zusagte, katholisch zu werden. Inzwischen aber ward er geprügelt, geschlagen, im Haus und auf der Gasse auf- und niedergejagt, daß er Wein, Traktament und Geld schaffen mußte, so lange, bis er bewilligte zu beichten oder einen Beichtzettel zu holen; also, daß auch viele vornehme Leute in dieser Not und solchem Zwang übereilt wurden.“ Doch dies war noch nicht alles, was die Intoleranz damals zu Glogau verübte. „Weil zwar, als der Landshauptmann v. Oppersdorf den Lutheranern die Nicolai-Kirche wegnehmen wollte, diese solchem Unternehmen sich widersezt hatten, so mußten jetzt etliche dafür mit dem Leben bezahlen; denn es wurde zu Glogau eine öffentliche Exekution gehalten und zwei oder drei Bürger, die fürnehmlich sich der Uebergebung der Kirche widersezt hatten, hingerichtet. Bald nach Ersteigung der Stadt setzte man den Pastor Valentin Preibisch gefangen und legte ihm ein Schwert und ein Kreuzifix vor, um entweder den Tod oder den Abfall zu erwählen. Wie dies seine Frau erfuhr, ließ sie ihm er bieten, er möchte doch ja lieber das Schwert erwählen. Er ist auch wirklich standhaft geblieben.“ „Die Bauern wurden in die Städte entboten. Erschienen sie nicht, so ließ man sie durch Soldaten oder andere dienstwillige Helfer gefangen einführen. Man überfiel und holte sie des Nachts aus ihren Betten und trieb sie haufenweise, wie das Vieh, auch in schärfster Kälte ein und erfüllte mit ihnen die öffentlichen Gefängnisse, die Türme, Keller, Ställe, wo Hunger und Durst, Gestank, Kälte und Hitze sie dem Tode nahe brachten. An einigen Orten ging die Barbarei so weit, daß man die Menschen in Abtrittsgruben that, um sie durch diese eigene Qual zu überwinden.“ „Man ließ auch die Ochsen mit reformieren. Wenn die Zeit kam, wo man für jene das Futter holen wollte, so besetzten die Bekehrungssoldaten die Wiesen und ließen keins nehmen. Da entstand nun den ganzen Tag ein fürchterliches Gebrüll in den Ställen, daß den zweiten Tag die Bauern sich gezwungen achteten, einen katholischen Beichtzettel zu holen, weil dann sogleich die Wiesen wieder freigegeben wurden. Als der Erzbischof auf seinen Gründen die Unterthanen durch allerlei Mittel, Gefängnis, Geldstrafen, Eheverbietungen und andere Attentate zu der päpstlichen Religion nicht zwingen konnte, ließ er im Amte Stirol durch seine Beamten dieses vornehmen, daß, wenn die Bauern im Winter sich nicht bekehrten, ihnen im Sommer, da sie nicht in die katholische Kirche gingen und kommunizierten, die Viehtrift verboten ward, also, daß sie etliche Wochen ihr Vieh nicht hintreiben durften. Weil nun das Vieh keine Fütterung hatte und das Geschrei desselben in den Bauernhöfen sehr groß ward, nötigten sie hiemit die Leute zum Abfall.“ Die wenigen Beispiele, welche hier beigebracht wurden, sind die mächtigsten und wenigst aufregenden. Wir wollen durchaus den Schein vermeiden, als beabsichtigten wir, jeder Uebertreibung, die sich etwa in den Mitteilungen der Zeitgenossen findet, sofort mit dem Zeugnisse der vollsten Glaubwürdigkeit Verbreitung zu schaffen. Darum unterlassen wir die Mitteilung einzelner besonders schreiender Fälle von beabsichtigter Grausamkeit und Barbarei in der Ueberzeugung, daß wir die das allgemeine Gebaren bezeichnenden Vorfälle, die zur gewöhnlichen Reformationspraxis gerechnet werden können, mit um so größerer Sicherheit vertreten können.

Das Gland in den evangelischen Kirchengemeinden Schlesiens, denen durch

den westfälischen Frieden „aus besonderer Gnade“ und unter sehr fühlbaren Einschränkungen ein Rest von Religionsfreiheit eingeräumt war, läßt den Teil der Bevölkerung, welcher unter diesen wirklich drückenden Verhältnissen ihrem Bekenntnisse treu blieben, so groß erscheinen, daß man die Ueberzeugungstreue der armen Leute nur bewundern kann, welche allen Versuchungen widerstanden, sich durch den verlangten Abfall von ihrem Glauben die Unterstützung der kaiserlichen Regierung und — der Jesuiten zu erkaufen, die damit gewiß nicht geklagt hätten. Was der Krieg noch übrig gelassen hatte, war ohnehin wenig genug. Die Pfarodie Strehlen, welche heute 7000 Seelen umfaßt, hatte 1650 noch 1400 Kommunikanten, in 5 Dörfern der Ruppertsdorfer Kirchfahrt bestanden 40 kleine Haushaltungen, in 8 Pfarodien gegenwärtig mit 13000 Seelen fanden sich damals etwa 15—1600. Die Pfarrer, welche keine Zehnten von den wüßt liegenden Feldern bekommen konnten, erhielten von den wenigen Zuhörern, die in die Kirchen kamen, je ein Gröschlein nach der Predigt für ihren Lebensunterhalt. Die Lorenzberger Wiedemuth war 1650 ganz verstaucht und verwachsen, daß sie einem dicken Walde weit ähnlicher sah, als einem Acker. Die Pfarrwiesen waren mit großem Holze verwachsen, das Kirchenvermögen fast durchwegs eingebüßt, die Bücher, in denen die ausstehenden Schulden verzeichnet waren, und die sonstigen darüber vorhandenen Dokumente meist verbrannt, die Kirchväter, welche um die Ausleihung wußten, gestorben. Und wenn man auch wußte, wo das Geld ausstand, so nützte es nichts, denn es konnte niemand zahlen. In Lorenzberg fand man bei der Generalvisitation aller Kirchen der Fürstentümer Brieg und Wohlau, welche 1651 auf Anordnung der drei Brüder, der Herzöge Georg, Ludwig und Christian durchgeführt wurde, die ganze Gemeinde samt ihrem Vieh im Pfarrhause einquartiert. Der Pfarrer schildert seine Lage: „Das Pfarrhaus ist sehr baufällig, darinnen nicht mehr als eine Stube, eine Stubenkammer, ein Erker, zwei Hauskammerlein und eine Küche und in derselben ein Badstüblein. In der Stube hat bis auf den heutigen Tag gewohnt der Kretschmer (Schankwirt) mit seinem Gesinde, wie denn auch ein Schneider mit seinem Weib und Kindern; in dem Stubenerker ich und in dem Badstüblein hat der Kirchschreiber gewohnt; weil aber keine Scheune, reverenter kein Stall und der Hof mit einem zerrissnen Zaun umgeben und doch jeder sein Vieh allezeit gehabt, so hat der Kretschmer sein Rindvieh und Roß in der Stubenkammer gehalten, daraus gar ein unlieblicher Geruch wie im Winter also auch im Sommer in die Stube und Erker gekommen, welcher mir zu vielen und schädlichen Hauptflüssen causiret; in der einen Hauskammer hat der Schneider und in der andern Hauskammer, wie auch in der Kirche, welches sehr gefährlich wegen des Feuers, der Kirchschreiber sein Rindvieh bis auf den heutigen Tag gehalten und also allenthalben; will geschweigen von dem Dunst, weil in die vierzehn auch mehr Männer vergangnen Frühling, welche gerodet und andre mehr Arbeit verrichtet haben, in der Pfarrkirche geherbergt, deren unlustigen (!) und sehr schädlichen Dunst ich erdulden müssen, daß ich mehr ungesunde als gesunde Stunden gehabt. Das Dach ist allenthalben durchsichtig; weil der Wind die sehr alten Schindeln hin und wieder abgerissen, kann in dem Erker, wenn es regnet, kein Buch rein gehalten werden und ich auch nicht trocken ruhen, und wenn es diesen Winter

etwan nicht mit Stroh wird gedeckt werden, so möchte es leicht über einen Haufen fallen.“

Den bestehenden Verhältnissen gemäß waren auch die Stolgebühren festgestellt. Eine Leichenpredigt wurde mit 1 Thaler, ein Sermon mit $\frac{1}{2}$ Thaler, eine Kollekte mit $\frac{1}{4}$ Thaler bezahlt.

Mit der Verbesserung dieser Zustände ging es nur sehr langsam vorwärts, in manchen Pfarreien wurden erst 1660 wieder Zehnten gezahlt, 1662 wurde mit der Anlage neuer Kirchenbücher begonnen, da die alten Register fast in sämtlichen Kirchen abhanden gekommen waren.

Wenn wir nun um die Stimmung fragen, die bei solchen Zuständen unter den Bewohnern herrschte, so hören wir von ruhiger Ergebenheit in das harte Geschick, von eingezogenem, schlichtem Leben und redlicher Arbeit. Die Pfarrer klagen zwar auch über einzelne Mißvergnügte, über Flüchen und Schimpfen, das hie und da sowohl gegen die Reformatoren, wie gegen den Papst zu hören sei, im allgemeinen aber heißt es: „Fressen und Saufen gingen nicht im Schwange, dergleichen anzustellen, möchten bei manchem größer Belieben als Mittel sein, es wäre denn, daß bisweilen einer vom Adel etwas anstellte. Es danke jeder Gott, wenn er sein notdürftiges Auskommen hätte. Hoffart und Kleiderpracht verbot sich meist von selbst, es ist ein jeder zufrieden, wenn er eines guten Pelzes genießen kann.“ Von Rockengängen und nächtlichen Buhlschaften wissen die Geistlichen nichts, auch gab es nicht viel Knechte und Mägde zum Umlaufen, denn alles war ernster Arbeit ergeben.¹⁾ Wir hören nichts von Ausbrüchen wilder Verzweiflung, drohender Haltung der Armen gegen die Reichen, deren Besitz ja in vielen Fällen gewiß nicht auf die lauteste Weise zusammengebracht und erhalten worden war. Im Gegenteil überraschen uns Aeußerungen einer Zuversicht und Schaffensfreudigkeit, die im Zusammenhalte mit den thatsächlichen Verhältnissen, die wir ja durchaus nicht erschöpfend darzustellen, sondern nur durch einzelne Beispiele anzudeuten vermochten, das höchste Staunen erregen müssen. Man vernehme, um sich davon zu überzeugen, nur wenige Zeilen eines längeren, zur Feier des Friedensschlusses durch den Druck verbreiteten Gedichtes, das an Stelle eines Zeitungsblattes erschien:

Neuer Aufß Münster vom 25. des Weinmonats im Jahr 1648 abgefertigter freud- und friedensbringender Postreuter.²⁾

Der Friede kömmt Gott lob mit schnellem Flug geflogen
mit ihm kömmt alles Glück und Segen eingezogen,
Er bringet Friedenspost und gülbene Friedens Zeit,
Der Krieg ist nun gestillt, geendet alles Leid.
Spieß, Bogen, Schild und Schwerdt, und Lanzen sind zerschmissen,

¹⁾ Schimmelpennig, Die evangelische Kirche im Fürstentum Brieg. Zeitschr. f. Geschichte und Altertum Schlesiens, 8. Jahrg.

²⁾ Ein Exemplar im Besitze Gustav Freytags, mitgeteilt von Nordhoff in der Zeitschrift für Westfalen. 4. Folge. 8. Bd.

Wo Mars der Landsknechts Gott, die Oberherrschaft hat,
 da herrschet Lasterchwarm, und Tugend hat nicht stadt.
 Drum freuet, freuet Euch ihr hohen Potentaten,
 und alle die ihr müßt den großen Städten rahten,
 Fortan wird Land und Sand (!) und Dörffer nehmen zu,
 Und Herr und Knecht wird sein in angenehmer Ruh.
 Es werden Fürsten nicht in Canzeleien schwitzen,
 der Rath nicht in die Nacht mit schweren Sorgen sitzen,
 und denken, wo doch Raht wol herzunehmen sey,
 Damit beteubet werd deß Krieges Tyranny.

Der Schuster wird sein Gelbt vor Schuh nicht können zahlen,
 Der Schneider wird das Volk umb neue Kleider qualen,
 Der Brauer nimbt nicht ab, der Becker der wird reich,
 Der Kirchner füttert stäts, und feyert keinen Streich.

Ihr Bauren spannet an die starken Acker Pferde,
 Klatscht mit der Peitschen scharff, die Pflugschar in die Erde,
 Sät Hirsche, Heibel, Korn, Hanf, Weizen, Gersten auß,
 Kraut, Neben, Zwiebeln, Köhl, füllt Keller, Boden, Haus.

So klang der Revancheruf der deutschen Nation im Jahre 1648!
 Und so klang er nicht vereinzelt. Der unbekante Dichter dieses Poems hat —
 wenn auch in überschwenglicher Weise — so doch einer allgemein herrschenden
 Empfindung Ausdruck gegeben. Er begegnet sich dabei mit keinem Geringeren,
 als Friedrich von Logau, der im Jahre 1637, als er sein Gut Brodüt nach
 der Verwüstung durch die Wallensteinsche Armee wieder besuchte, dasselbe in
 folgenden Versen begrüßte:

Glück zu, du ödes Feld, Glück zu, ihr wüsten Auen!
 Die ich, wann ich euch seh, mit Thränen muß beschauen,
 Weil ihr nicht mehr seid ihr; so gar hat euren Stand
 Der freche Nord-Gott Mars grundaus herumgewandt.
 Seid aber doch begrüßt, seid dennoch fürgesetzt
 Dem allen, was die Stadt für schön und köstlich schäzet.
 Ihr wart mir lieb, ihr seid, ihr bleibt mir lieb und werth,
 Ich bin, ob ihr verkehret, noch dennoch nicht verkehrt,
 Ich bin, der ich war vor.“ —

Sie hatten ihm alles nehmen können, durch den Niedergang, durch die
 Zerspaltung und Entzweiung des deutschen Volkes gedachten die Fremden ihre eigene
 Größe und Herrlichkeit zu begründen, nur eines hatten sie ihm lassen müssen —
 das deutsche Gemüt. Es war ihm treu geblieben in aller Not und aller Schande,
 es führte ihn, da alles sonst sich von ihm zu wenden begann, zur Natur, zur
 ewig gleich mächtigen Trösterin in allem Leid, und zu seinem Gott. Und hierin
 erwuchs ihm neue Kraft, denn dieses Volk war noch jung und frisch in seinem
 Innern, wenn auch das Antlitz durch Glend und Kummer so manche Falte er-

halten hatte, die ihm den Schein des Alters verlieh. Es war verfehrt und erkrankt, für sein einst so blühendes Leben fehlte es an vielen unerläßlichen Bedingungen — doch es konnte gesunden, und daß es gesundet ist, wenn auch nach langer und harter Arbeit, der härtesten mit sich selbst und den widerstreitenden Elementen seines eigensten Wesens, das ist der sicherste Beweis seiner Stärke. Mitten in dem größten Unglück, von dem die Deutschen betroffen werden konnten, in einem Zustande innerer und äußerer Ohnmacht, der nicht vorübergehend, sondern nahe daran war, als bleibend und notwendig betrachtet zu werden, im Beginne eines Zeitraumes, der immer neue und neue Gefahren aufstürmte und immer mehr Kräfte zu verbrauchen drohte, war auch der Keim neuen Lebens schon entsprossen, unerkannt und ungeahnt gedieh er und trotzte in seiner ursprünglichen Rüstigkeit allen Stürmen, die noch über ihn dahibrausen sollten. —

Zweites Buch.

Erster Abschnitt.

Die Friedensexekution.

Am 24. Oktober 1648 waren die Friedensinstrumente von Münster und Osnabrück als bereits feststehendes Uebereinkommen aller beteiligten Mächte veröffentlicht worden; noch aber war das langersehnte Werk nicht vollendet, es dauerte geraume Zeit, bis es zur Ratifikation kam und es gab während derselben Augenblicke, in welchen ängstlichen Gemüthern um die Verwirklichung der mit so großer Mühe zustande gebrachten Beschlüsse noch ernstlich bange werden konnte. Die geringste Aufregung rief dabei wohl der Protest des päpstlichen Nuntius Chigi vom 26. Oktober und die Bulle des Papstes Innocenz X. vom 26. November hervor, durch welche der Friedensschluß wegen der in demselben enthaltenen Beeinträchtigungen der katholischen Kirche verworfen wurde. Der Papst erklärte mit Hinweis auf die Verwendung von Kirchengütern, Erzbistümern, Bistümern, Prälaturen, Valleien, Kanonikaten, Benefizien u. s. w. zur Entschädigung ketzerischer Fürsten, sowie auf die an vielen Orten gewährte freie Religionsübung die beiden Friedensinstrumente im ganzen, sowie alle die katholische Kirche betreffenden Artikel insbesondere, als null und nichtig, ungültig und ungerecht, verworfen und wirkungslos, so daß weder eine eidliche Verpflichtung auf dieselben bindend sein, noch ein unwiderbringlicher Besitz denselben jemals Gültigkeit verschaffen solle. Daß dieses Aktenstück zu den weisesten und überlegtesten Maßregeln der römischen Kurie gehöre, möchten wir bezweifeln. Heutzutage macht es jedenfalls keinen großartigen Eindruck und es mag wohl sehr aufrichtig gesinnte katholische Geschichtslehrer geben, die es mit Vorliebe verschweigen; damals erregte es den Unmut der Frieden schließenden Regierungen. Der Kaiser ließ die Drucklegung und Verbreitung der Bulle in Wien verhindern, bei den hervorragenden Kirchenfürsten blieb sie unbeachtet, ja diese hatten selbst mitgewirkt, durch einen energischen Schlußsatz im Friedensinstrumente den schon vorausgesehenen päpstlichen Protest ihrerseits als ungesetzlich und wirkungslos zurückzuweisen. Es soll damit durchaus nicht gesagt werden,

daß die katholische Partei im Reiche durch den Friedensschluß befriedigt worden sei; sie war es ebensowenig, als es die evangelische sein konnte, sie wagte aber nicht, die Gemüther ihrer Unterthanen, welche die Beendigung des entsetzlichen Krieges als die Errettung vom vollständigen Untergange durch Gottes Hand priesen, aufs neue durch eine den Frieden gefährdende Handlung zu reizen und zu beunruhigen oder auch nur die Absicht kund zu geben, daß sie die neu geschaffenen Verhältnisse, welche die mühsam gewonnene Grundlage eines Gleichgewichtes der Parteien bildeten, bei der ersten sich ergebenden Gelegenheit wieder umstürzen und einseitig zu ihren Gunsten verändern wolle. So war denn also diese Aktion des Papstes ohne besondere Folgen für den Fortgang der Friedenshandlung. Doch gab es vor der Auswechslung der Ratifikationen in Münster noch allerlei kleine Zwischenfälle, durch welche sowohl Franzosen als Schweden den Termin für die Abrüstung hinauszuschieben trachteten. Die Franzosen verlangten den Verzicht Spaniens auf Elsaß und die Räumung der pfälzischen Stadt Frankenthal von Seite der spanischen Truppen. Erstere Bedingung war gar nicht, die zweite auch nicht sofort zu erwirken, da Spanien in den Friedensschluß bekanntlich nicht einbezogen worden war. Schweden hinwieder bestand auf der Auszahlung der ersten Rate der Kriegsentfchädigung von 1 800 000 Thaler und der Anweisung von weiteren 1 200 000 Thalern. Es bedurfte des einmütigen Vorgehens aller Reichsstände, um den Grafen Drenstierna von dieser Forderung abzubringen und ihn zugleich zu einem Drucke auf Frankreich zu bewegen. Schweden entschloß sich zuerst auf die Ratifikation einzugehen, indem es ja noch immer in den Exekutionsverhandlungen, die zu Nürnberg gepflogen werden sollten, Gelegenheit fand, seine Sonderinteressen gebührend zu wahren. Bis zur gänzlichen Abwicklung der Exekution blieben seine Truppen zum großen Theil auf deutschem Boden.

Am 18. Februar erst fand die Uebergabe der verschiedenen Friedensdokumente¹⁾ statt, sie nahm die Zeit von zehn Uhr vormittags bis fünf Uhr abends in Anspruch. Die erste Szene spielte bei den Schweden, die zweite beim französischen Gesandten, der sich wegen Unwohlseins im Bette befand und ärgerlich war, daß der nordische Alliierte schon vorher und ohne Frankreich zu fragen, die Angelegenheit abgemacht hatte. Das Theatrum Europaeum schildert den Vorgang mit Frankreich in folgender ergötzlichen Weise: „Wie nun die Herren Kaiserlichen hierauf ohnverweilet zu Herren Graf Servient gefahren, sind die Stände denselben alsobald gefolgt, mit deren Empfang und Einführung aber es ziemlich schlecht und zwar dergestalt hergegangen, als wenn sie dies Orts nicht zum besten angesehen oder willkommen wären: indem außer daß sich fast niemand zur Empfangung präsentirt, sondern nur tumultuarie in das gewöhnliche

¹⁾ In den von den Gesandten beigebrachten Schriftstücken gab es Textfehler aller Art, die erst korrigiert werden mußten. Dann wurde wieder verlangt, daß die Gesandten die Korrekturen beglaubigten. Drenstierna war sehr ungehalten, daß die bairische Ratifikation nur auf Papier, statt auf Pergament ausgefertigt war, und er erklärte dies als einen Formfehler. Da meinte der kaiserliche Gesandte Bolmar, „man habe dem armen Herren beim letzten Einfall nicht so viel übrig gelassen, daß er sich Pergament kaufen könne“. Alles lachte und der Zwischenfall war erledigt.

Logiament gangen, man die Abgesandten daselbst wenigstens eine halbe Stund stehen und warten lassen; welches zwar von männlichen hoch empfunden und mit allerhand Scherz- und Schimpfworten gegen die Secretäre und andere Officiere geahndet, teils auch von Hinweggehen geredet, insgemein aber davor gehalten worden, daß solche kalte Empfangung gleichsam eine Revanche der Prävention der Herren Schwedischen Vollmachtträger sein müsse; hat sich aber lieber geduldet, als aus Ungebuld unverrichteter Sache fortgehen und dadurch ‚novas turbas causiren‘ wollen . . . Nach Verlauf angedeuteter Zeit sind ermeldeter Stände Legati endlich in die innere Kammer, allda er ‚podagrá‘ decumbirte, geführt worden, die aber so eng und sehr erfüllet gewesen, daß einer dem andern fast nicht weichen, weniger, was vorginge, hören können.“ Unter diesen Umständen muß es nun ganz besonders merkwürdig ausgesehen haben, als noch jeder einzelne Gesandte vor das Bett Seiner französischen Excellenz trat, ihm einige Komplimente sagte und Abschied nahm, als der Gesandte von Lübeck, wie er dies schon bei Drenstierna gethan hatte, im Namen der Reichsstädte einen langatmigen Protest gegen den Oldenburgischen Wesezoll vorbrachte. Endlich war auch diese Formalität vorübergegangen und es wurde die Freude darüber durch eine dreimalige Salve aller Posten und durch ein lustiges Kanonieren von den Stadtmauern ausgedrückt, welches am 20. Februar seine Wiederholung fand. Das eigentliche Friedensfreudenfest zu Münster fand Sonntag den 21. d. M. statt. Der kriegerische Geschmack der Zeit fand auch dabei seinen Ausdruck, denn abgesehen von den Festpredigten der evangelischen und einer Prozession der katholischen Geistlichkeit bestand das Fest in einer ganz unglaublichen Pulververgeudung. Nachmittags erlustigten sich eine Stunde lang 21 Fähnlein bewaffneter Bürger und Soldaten am Salvenschießen, wozu noch zwölf Kanonen, die vor dem Domhof aufgestellt waren, den Grundbaß brüllten; abends fand ein großartiges Feuerwerk statt, bei welchem sich selbstverständlich wieder ein fortwährendes Krachen ergab. Vom St. Lambertsturm flog ein Drache auf, vom Domhof ein 16 Fuß langer und 12 Fuß breiter doppelt gekrönter Adler, der „nach beschehener Anzündung oben an der Krone sehr zierlich operirt und endlich mit großem Krachen und einem hellen Glanz in die Luft gangen.“ Außerdem wurde auch die Sprengung einer ganzen Festung künstlich dargestellt und eine Front mit den Worten „Vivat Pax“ abgebrannt, die in den 25 000 versammelten Zuschauern begeisterten und wohl aus vollem Herzen kommenden Wiederhall fanden.¹⁾

Trog der erfolgten Ratifikation des Friedens sollte das arme Deutschland noch nicht so bald von der Last der Einquartierung all des fremden Kriegsvolkes befreit werden. Die Konferenz schwedischer und kaiserlicher Generale zu Prag hatte die Frage der Abdankung und Zurückziehung der Truppen nicht zu Ende führen können; man erwartete ihre Lösung, wie schon erwähnt, von neuer-

¹⁾ Es wurde nach dem Feste sofort ein Flugblatt ausgegeben: „Ausführliche Erzählung des zu Münster gehaltenen freudenreichen Jubels und Triumph über den lang erwünschten edlen theuren Friden in Teutschlandt. Auß Münster den 23. Februarij. Getruckt im Jahr 1649. 2 Bl. 4.“

lichen Beratungen, die zu Nürnberg stattfinden sollten. In Münster war man jedoch sowohl auf kaiserlicher Seite, wie auf Seite der am meisten beteiligten Reichsfürsten, namentlich Brandenburgs, darüber einig, daß diese Nürnberger Exekutionshandlungen nur dazu ausgebeutet werden würden, die Schweden möglichst lange im Besitzstande des Krieges zu erhalten. Es wurde daher ein Versuch gemacht, die Exekutionsbedingungen sofort nach der Ratifikation in Münster festzustellen, um danach die Nürnberger Zusammenkunft für überflüssig erklären zu können. Die kaiserlichen Gesandten legten den Schweden ein Exekutionsprojekt vor, welches den im Friedensschlusse enthaltenen Bestimmungen möglichst entsprach und sowohl Orenstierna, wie Salvius hatten sich bereit erklärt, dasselbe zur Grundlage unverweilt einzuleitender Verhandlungen zu machen. Sie begaben sich daher am 26. Februar nach Minden zu einer Besprechung mit dem schwedischen Generalissimus, Pfalzgrafen Karl Gustav, dem Feldmarschall Wrangel und anderen Generalen, die von Kassel, wo sie eine Woche in Saus und Braus gelebt, dahin gekommen waren. Es lag eben nicht im Sinne der übrigen Mächte, daß die Generalität die Diplomaten ablösen und von nun an die Hauptrolle in den Verhandlungen spielen sollte. Die französischen und kaiserlichen Gesandten erklärten, sie seien für den Abschluß der Exekutionsbedingungen genügend bevollmächtigt, dasselbe werde wohl auch von den Schweden gelten. Es werde genügen, wenn der Pfalzgraf zur Erleichterung der Verständigung in der Nähe verweile und einen militärischen Delegirten nach Münster sende, wo die Sache abgethan werden solle. Diese Ansicht zu vertreten, begab sich der brandenburgische Gesandte Graf Wittgenstein und eine Deputation reichsstädtischer Gesandten nach Minden. Sie erreichten jedoch ihren Zweck nicht, der Pfalzgraf erklärte rundweg, er habe Befehl, keinen Mann abzudanken, bevor nicht die auf die Amnestie und die religiösen Beschwerden bezüglichen Punkte des Friedens erfüllt seien. Danach werde er sich halten und im übrigen gerne bereit sein, die möglichste Beschleunigung in der Zurückziehung der Truppen eintreten zu lassen, sofern man sich nur auch mit der Herbeischaffung des Geldes beeilen wolle. Denn mit allgemeinen Versicherungen sei da nicht gedient, man müsse das Geld vor Augen sehen, dann erst könne man die Soldaten damit ab danken. Es werde daher bei den von der Generalität schon festgesetzten Verhandlungen in Nürnberg verbleiben.¹⁾ Orenstierna und Salvius zeigten sich nach diesen kategorischen Aeußerungen des Generalissimus wesentlich anders gestimmt, sie meinten, ihr Mandat habe durch die Ratifikation des Friedens sein Ende erreicht, sie hätten kein Recht, weitere Beschlüsse zu fassen. Jedenfalls fanden sie keinen Grund, sich des Kaisers oder Brandenburgs wegen in einen Gegensatz zu dem Nachfolger ihrer Königin und zu den an Gut und Einfluß reichen Generalen zu setzen.

Jetzt erst war die Thätigkeit der Diplomaten in den beiden Friedensstädten, die volle vier Jahre ohne Unterbrechung gewährt hatte, völlig abgeschlossen, es ging an ein feierliches Abschiednehmen, dann zerstreute man sich nach den ver-

¹⁾ In diesem Sinne ist auch das in Königs Reichs-Canzley, 1. Th. XXXVI. abgedruckte Schreiben des Pfalzgrafen abgefaßt.

schiedensten Richtungen. Während Karl Gustav mit großem Gefolge und unter fortwährender Belästigung der armen Einwohner durch Bankette, Ballfeste und Freudenbalven, die sie bezahlen mußten, sich nach Nürnberg auf den Weg machte, um die Friedensezekution nach schwedischer Manier in Angriff zu nehmen, blieben nur noch die reichsständischen Gesandtschaften in Münster zurück, um die Bedingungen für die Räumung des Reichsbodens richtig zu stellen. Sie mußten jedoch bald die Erfahrung machen, daß die Macht hierzu nicht bei ihnen stand, sondern daß Schweden die Diktatur mehr als je in Händen hatte.

Der Kaiser gab seinerseits am 2. März d. J. durch ein eigenes Edikt den formellen Abschluß der Friedenshandlung den kreisaußschreibenden Fürsten bekannt und stellte darin die allgemeine Norm auf, daß man sich hinsichtlich der Ausführung des Friedens in allen Punkten, die im Friedensinstrument besprochen sind, nach dem Wortlaute desselben, in allen anderen nach den allgemein geltenden Gesetzen zu richten habe, so daß mit Ausnahme der Religionsfachen, für welche das Normaljahr 1624 eingesetzt war, die Wiederherstellung des vor dem Kriege Bestandenen anzustreben sei. Die Kreisdirektoren werden aufgefordert, gegen alle Personen, welche sich weigern, die Restitutionen durchzuführen, zu denen sie dieser Bestimmung zufolge verpflichtet sind, nach der Reichsereketionsordnung vorzugehen, oder — wenn es Privatpersonen sind, — sie zur Haft zu nehmen und exemplariter zu bestrafen. Hierbei können sie sich auch der im Reiche noch zerstreut befindlichen kaiserlichen und reichsfürstlichen Truppen bedienen. Auf dieses Edikt stützten sich die reichsständischen Gesandten in ihren wiederholten Aufforderungen an den schwedischen Generalissimus, die „Evakuation der Truppen und Evakuation der Ortschaften“ endlich ins Werk zu setzen. Durch dasselbe, meinten sie, sei der Kaiser den Forderungen des Friedensinstrumentes formell nachgekommen, er habe auch den beschleunigten Gang der Erekution angenommen und damit entfallende jeder Anlaß, noch länger schwedisches Militär im Reiche zu dulden. Man überlegte verschiedene Mittel, durch welche die Abdankung der Regimenter erzwungen werden könnte; so u. a. eine Erklärung an die im schwedischen Dienste stehenden deutschen Soldaten, sie sollten sich die ihnen gebührenden Gelber an bestimmten zu bezeichnenden Orten holen und dann einzeln in ihre Heimat ziehen. Den evangelischen Ständen war es jedoch mit einem so schroffen Auftreten gegen Schweden nicht ernst, dagegen das Mißtrauen gegen die Katholischen, gegen die kaiserliche und bairische Armee noch sehr lebendig.

In einer durch den Gesandten von Sachsen-Altenburg, Herrn von Thumbhörn, veranlaßten Besprechung der Friedenskommissäre evangelischer Konfession wurde festgestellt, daß man von katholischer Seite durchaus nicht die erwartete Bereitwilligkeit in der Wiederherstellung der kirchlichen Verhältnisse von 1624 an den Tag lege, es sei auch gar nicht zu erwarten, daß die katholischen Kollegen, obwohl sie dazu verpflichtet wären, ihre Mitwirkung zu der Beseitigung aller die Restitution betreffenden Beschwerden leihen würden, man müsse dies allein in die Hand nehmen.

Ueber die Frage, ob der Konvent zu Nürnberg von den in Münster versammelten Reichsständen durch eine Deputation zu beschicken sei, machten sich in

der Reichsdeputationsfugung vom 15. April verschiedene Meinungen geltend. Kurmainz, Baiern und die beiden städtischen Vertreter, Lübeck und Regensburg, waren dafür. Kur-Sachsen, Kur-Brandenburg, Bamberg und Altenburg dagegen. Unter den von den letzteren aufgestellten fünf Motiven war wohl der dritte Punkt, „daß etwan schädliche Neuerungen causirt werden dürften“ der wichtigste, denn darin verbarg sich die nicht offen ausgesprochene Befürchtung einzelner größerer Reichsstände, es könnten ihre speziellen Interessen durch eine Deputation nicht genügend berücksichtigt werden. Das Reichsgutachten vom 23. April stellte es daher den einzelnen Ständen frei, ob sie sich in Nürnberg durch die in Münster accreditierten oder durch eigene von Haus aus zu bestellende Gesandte vertreten lassen wollten. Dabei wurde jedoch festgehalten, daß der Kongreß zu Münster nicht aufgehoben werden, sondern in Permanenz verbleiben solle, bis die Friedenserzekution zur Thatsache geworden sei. Man wollte offenbar für den Fall, daß sich in Nürnberg unlösbare Schwierigkeiten ergeben würden, vorsehen sein und eine Körperschaft zur Hand haben, welche zur Weiterführung der Verhandlungen bereits berechtigt war. Die in demselben Reichsgutachten wiederholte weitschweifige Aufforderung an den Kaiser, mit allen Mitteln für die endliche Herstellung des Friedenszustandes einzutreten, war von geringerer Bedeutung; ebenso eine erneute Bitte an den schwedischen Generalissimus, von dem man ja wußte, daß er bereits auf dem Wege nach Nürnberg sich befand und nur dort zu verhandeln gewillt war. Die letzte Aufgabe der Reichsstände in Münster war die Zusammenstellung eines genauen Verzeichnisses aller noch ausständigen Restitutionen in sämtlichen Reichskreisen. Die Evangelischen übergaben dasselbe ihrerseits den kaiserlichen Gesandten, welche es mit der Verwahrung übernahmen, es dürfe durch diese Angelegenheit nicht die Beratung über Art und Ordnung der Räumung gestört oder aufgehalten werden. Hierauf rüsteten sich die meisten bis dahin in Münster verbliebenen Diplomaten zur Abreise und es trat zwar nicht formell, aber thatsächlich der Nürnberger Konvent in die Rechte der westphälischen Versammlungen ein.

Der ehrsame Rat von Nürnberg hatte schon am 7. April ein Dekret ausgegeben, in welchem der Bürgerschaft der bevorstehende Zusammentritt des Exekutionskonventes in der einst so blühenden Reichsstadt angezeigt wurde. So sehr war man während der langen Kriegszeit daran gewöhnt worden, fremde Offiziere und Staatspersonen als unerbetene Gäste zu betrachten, die mit dem Hab und Gut von Bürgern und Bauern als ihrem Eigentum zu verfügen pflegten, daß die Väter von Nürnberg es nicht für überflüssig hielten, die Wirte und Gastgeber aufmerksam zu machen, daß man den Herren Exekutionskommissären und ihrem Gefolge ohne Widerrede Wohnung, Essen, Trinken und „sonstige Nothdurft“ reichen möge, da sie es bezahlen würden, die Bürger sollten sich auch gegen die hohen Gäste zuvorkommend benehmen, ihnen auf der Straße ausweichen, in den Kirchenstühlen Platz machen und sich jeder verächtlichen oder hochmütigen Gebärde gegen sie enthalten. Nach 9 Uhr abends durfte niemand mehr ohne „scheinendes Licht“ auf der Gasse betreten, die Kinder, Dienstkleute, Knechte, Mägde sollten abgehalten werden, den Fremden nachzulaufen, sich ihnen beim Betreten der Schenken anzuhängen, ihnen die Gemächer zu verstellen u. s. w.

— Ermahnungen, die recht deutlich auf die unter dem niederen Volke eingeriffene Zuchtlosigkeit hinweisen.

Der Pfalzgraf Karl Gustav war schon Anfang April in Würzburg erschienen und dort vom Erzbischof von Mainz und vom Feldmarschall Wrangel mit festlichen Gelagen gefeiert worden. Als er aber hörte, daß von den gegnerischen Deputierten und den Gesandten der Reichsstände noch niemand in Nürnberg eingetroffen war, zog er wieder nach Schweinfurt zurück, nicht ohne Besorgnis, daß man ein verräterisches Spiel mit den Schweden vorhabe, wozu die Haltung des Kurfürsten von Sachsen und einiger anderen Reichsstände Anlaß zu geben schien. Er verordnete sogar für alle Fälle eine Zusammenziehung seiner in den Winterquartieren zerstreuten Streitkräfte¹⁾ und setzte sich erst wieder gegen Nürnberg in Bewegung, als ihm der militärische Vertrauensmann des Kaisers, Octavio Piccolomini, Herzog von Amalfi, seine Hinkunft angezeigt hatte.

Am 2. Mai kam der letztere in Begleitung vieler Regimentskommandanten und Hofbediensteten und mit einer Leibcompagnie von 40 Reitern, die in blauer, silbergestickter Livree besonders prunkvoll ausgestattet war, in Nürnberg an und nahm beim „wilden Mann“ am alten Weinmarkt, wo seinerzeit Wallenstein gewohnt hatte, seinen Aufenthalt. Sein Gefolge hatte über 300 Pferde bei sich, während das des Pfalzgrafen, welcher am 4. Mai seinen Einzug hielt, deren 500 zählte. Zur Begleitung Karl Gustavs gehörten außer dem Feldmarschall Wrangel der Pfalzgraf von Heidelberg, der Landgraf von Hessen, zwei Pfalzgrafen von Sulzbach, der Markgraf von Baden, ein Herzog von Holstein und eine stattliche Zahl von Grafen und Generalen. Piccolomini ließ sich mit der ersten Visite, auf welche der schwedische Generalissimus wartete, acht Tage Zeit, endlich bequemte er sich am 11. Mai nachmittags dazu, seinen Besuch durch drei kaiserliche Oberste in feierlichem Aufzuge ansagen zu lassen, worauf die Erwiderung am nächsten Tage um dieselbe Stunde erfolgte. Gleichzeitig traten von kaiserlicher Seite die Reichshofräte Freiherr von Blumenthal und von Lindenpür, von schwedischer der Kriegsratspräsident Erskine und Graf Benedikt Oxenstierna zu den ersten Unterhandlungen zusammen. Außer den genannten hatten sich auch schon die bairischen Abgeordneten Generalwachtmeister Royer und Dr. Deyel, der französische Resident, Herr d'Avancourt, und viele kurfürstliche und reichsständische Gesandte in Nürnberg eingefunden. Es war sehr schwierig, für die Teilnahme derselben an den Beratungen eine entsprechende Form zu finden. Der Kurfürst von Mainz sah die beantragte Konstituierung der drei Reichskollegien als nicht zulässig an, da man es nicht mit einem verfassungsmäßig vom Kaiser berufenen Reichstage zu thun habe, weshalb der Ausweg eingeschlagen wurde, eine aus beiden Konfessionen und den drei Kollegien zusammengesetzte Deputation von acht Mitgliedern zu bilden, welche die Reichsstände zu vertreten hatte. Zu formellen Schwierigkeiten boten die Nürnberger Konferenzen auch außerdem mannigfaltige Gelegenheiten. So mußte der kaiserliche Gesandte Graf Lamberg unverrichteter Dinge wieder abziehen, weil sein Kreditiv nur für Münster anerkannt worden war und Schweden in Nürnberg nur die Vertreter der beider-

¹⁾ Pufendorf, Rerum Suecicarum Liber. XXI. § 55. 56.

seitigen Heere zum Wort kommen lassen wollte. Aus demselben Grunde wurden auch Blumenthal und Lindenpür nicht mit Piccolomini gleichgestellt, sondern ihnen nur gestattet, als Delegierte desselben mit den schwedischen Delegierten zu verkehren. Als der Rat Bollmar mit dem Anspruche eines kaiserlichen Gesandten in Nürnberg erschien, sprach man ihm schwedischerseits ebenfalls die Berechtigung ab, als solcher an den Verhandlungen teilzunehmen, er durfte nur an Stelle Blumenthals als Delegierter erscheinen. Den ganzen Sommer über gingen die Vorschläge wegen der Vorbedingungen zur Ausführung der Friedenstraktate von einer Partei zur anderen, ohne daß man einen Vereinigungspunkt zu finden vermochte, da namentlich der Umstand für Schweden, Frankreich und die evangelischen Reichsstände sehr bedenklich war, daß Spanien noch immer die pfälzische Stadt Frankenthal besetzt hielt und keine Miene machte, dieselbe freiwillig zu räumen. Spanien stand ja wie früher auf dem Kriegsfuße mit Frankreich und hatte keine Ursache, sich den Ständen des deutschen Reiches gefällig zu zeigen, da es doch von den westfälischen Friedensverhandlungen ausgeschlossen worden war. Auch dem Kaiser hatte es noch nicht verzeihen können, daß er die Interessengemeinschaft der beiden habsburgischen Häuser verleugnet und sich zu einseitigen Friedensverhandlungen herbeigelassen hatte. Frankreich aber sah sich durch die Anwesenheit spanischer Truppen in der Pfalz und in den lothringischen Städten bedroht. Es wäre daher eine sehr bedenkliche Situation entstanden, wenn Frankreich überhaupt in der Lage gewesen wäre, seine äußere Politik in demselben aufstrebenden Stile weiter zu führen, in welchem es dieselbe bis Münster zu erhalten vermocht hatte. Die Regierung der Königin-Regentin war jedoch durch die im Inneren des Königreiches ausgebrochenen Unruhen viel zu sehr beschäftigt, um ihre Interessen auf deutschem Boden mit der gewohnten Energie verfolgen zu können. In die letzten Monate vor Abschluß des westfälischen Friedens fällt die erste Erhebung der Fronde. — Reste der Feudalmacht, unterstützt von dem noch nicht ganz unterdrückten Provinzial-Partikularismus, versuchten dem absoluten durch eine zentralisierende Verwaltung mächtig gewordenen Königtum einige Konzessionen abzurufen. Persönlicher Ehrgeiz und weibliche Eitelkeit war zwar bei dieser Erhebung in höherem Grade im Spiele, als man ohnehin schon bei politischen Parteikämpfen anzunehmen bemüht ist, ein gewisser prinzipieller Inhalt läßt sich in dem Programme der frondistischen Opposition jedoch nicht verkennen. Das Recht des Parlaments von Paris, die Steueredikte zu prüfen und zu bestätigen, war der Ausgangspunkt derselben gewesen, das Recht der Prinzen von Geblüt, die doch noch immer die größten mit besonderen Verwaltungsrechten ausgestatteten Grundherren waren, an der Regierung, namentlich einer vormundschaftlichen, teilzunehmen, bildete einen hervorragenden Punkt ihrer Forderungen, ein dauernder Sieg der Fronde hätte unbedingt ein Wiedererstehen territorialer Gewalten neben dem Königtum zur Folge haben müssen. Noch einmal also näherte sich der innere Entwicklungsprozeß des politisch bedeutendsten Staates romanischer Zunge den eigenartigen Wegen, auf welchen die Deutschen ihrem nationalen Staate zugeführt wurden. Die Gefahr, daß Frankreich auf die Dauer die große Errungenschaft seiner Religionskriege: das starke, einheitliche Königtum, aufs Spiel setzen sollte, war allerdings nicht

groß, denn der Parteikampf, in den es so plötzlich wieder gedrängt wurde, berührte die französische Gesellschaft nicht in ihren Tiefen. Hier galt es nicht, die Freiheit des Gewissens, ein ideales Selbstbestimmungsrecht vor Vergewaltigung zu retten — damit war es längst zu Ende gekommen. Das Hugenottentum, das nach dem Fall von La Rochelle und nach der Auswanderung Rohans noch übrig geblieben war, spielte keine Rolle mehr.

Seitdem das Haus Bourbon zu seiner großen Weltstellung gelangt war und Heinrich II. sich entschlossen hatte, der Macht seines Hauses und dem Frieden seines Vaterlandes eine Messe zu opfern, fehlte dem Protestantismus in Frankreich die dynastische Stütze, ohne welche es im Zeitalter der siegreich emporstrebenden Fürstenmacht keine starke politische Partei geben konnte. Im Volke hatte die Ueberzeugung von der Notwendigkeit evangelischer Freiheit ohnehin niemals jene tiefen Wurzeln geschlagen, wie bei den Germanen. Der neuen Bewegung fehlte es daher an sittlichem Ernste, sie konnte auf die Gestaltung des französischen Staatswesens keine entscheidende Wirkung mehr hervorrufen. Ihr Vorhandensein allein übte jedoch sofort ihren Rückschlag auf die äußere Politik aus. Nur eine starke monarchische Regierung konnte bestimmend auf die Verhältnisse der Nachbarstaaten einwirken. Die Niederwerfung der Hugenotten hatte dem Frieden von Chierasco vorausgehen müssen, durch welchen das Uebergewicht Spaniens in Oberitalien für immer vernichtet und Frankreichs Kräfte zum Eingreifen in den großen deutschen Krieg frei gemacht worden waren. Die Fronde vermochte das Regime Mazarins nicht zu stürzen, aber sie verhinderte den Nachfolger Richelieus, auf die Ausführung der westfälischen Friedensartikel einen ebenso zwingenden Einfluß, wie auf die Aufstellung derselben zu nehmen. Es lag dies nicht eigentlich von vorneherein in der Absicht der Frondeurs, war aber die unvermeidliche Folge ihrer Beziehungen zum französischen Heer und zu Spanien. An der Spitze des bedeutendsten Heereskörpers, über welchen Frankreich verfügte, stand der damals schon berühmte Marschall Turenne, ein Sprosse der Hugenottenfamilie de la Tour d'Auvergne. Sein Bruder, der Herzog von Bouillon, war eines der Häupter der Fronde, ein Mann, der sehr gefährlich hätte werden können, wenn seine Fähigkeiten und sein Mut mit der Vielgestaltigkeit seiner Pläne in Uebereinstimmung gestanden wären. Durch Beziehungen, welche hier nicht zu erörtern sind,¹⁾ war Turenne für die Verbündeten gewonnen worden, indem er zum mindesten einen gewissen Druck auf die königliche Regierung zu Gunsten der Hauptforderungen der Fronde auszuüben gedachte. Die Armee, welche er befehligte, stand in dem Augenblicke des Friedensschlusses in Südwestdeutschland. Das Hauptquartier befand sich in Tübingen, die Artillerie in Schwäbisch Hall, die Garnisonen erstreckten sich vom Hohentwiel bis Speier und Mainz und dazu kamen noch 18 Städte im Elsaß, die ebenfalls von seinen Truppen besetzt waren.²⁾ Nur der geringste Teil derselben bestand jedoch aus Franzosen, den

¹⁾ Man vergl. meinen Aufsatz „Turenne und die Fronde“ in der Zeitschr. für Allgem. Geschichte (Cotta) 1886, Heft VI. u. VII.

²⁾ Die genaue Liste ist von dem schwedischen General-Quartiermeister Cornelius von dem Busch herausgegeben. Flugschrift von 1648.

Kern des Heeres bildeten vielmehr die alten Weimarer Regimenter, welche nach dem Tode des Herzogs Bernhard in ein bestimmtes Vertragsverhältnis zur Krone Frankreichs getreten waren. Untergeordnet war dem Marschall auch der Generallieutenant von Erlach, dem nach dem Siege von Lens das Gouvernement von Breisach anvertraut worden war. Die Stellung Erlachs, der über fünf Regimenter gebot, war jedoch eine ziemlich selbständige, es scheint, daß bei der Begrenzung derselben schon Erwägungen politischer Natur Einfluß genommen hatten, welche es wünschenswert erscheinen ließen, daß Turenne die ganze auf deutschem Boden stehende Armee nicht unbedingt in der Hand habe.¹⁾ Vom General Erlach konnte Mazarin überzeugt sein, daß er, wenn auch eifriger Protestant, doch für Adels- und Parlaments-Intriguen nicht zu gewinnen sein würde. Für den deutschen Protestanten, der in den Anschauungen Bernhards von Weimar herangereift und mit dessen politischen Ideen vollkommen vertraut geworden war, gab es nur ein um jeden Preis anzustrebendes Ziel: daß die beiden habsburgischen Mächte niedergehalten und die von denselben ersehnte katholische Restauration unmöglich gemacht werde. Diese Aufgabe hatte Mazarin längst erkannt und er war mindestens ebenso geeignet, sie zu erfüllen, wie eine frondistische Regierung, die etwa unter spanischem Schutze und jedenfalls mit Preisgebung wichtiger französischer Interessen zustande gekommen wäre.

Der biedere deutsche Schweizer, der, ohne gerade ein besonderes politisches oder militärisches Talent zu sein, doch wegen seiner im ganzen redlichen Haltung und einer gewissen germanischen Mannestreue, die er sich in dieser Blütezeit verkäuflicher Tapferkeit bewahrt hatte, schon während des Krieges unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen konnte, kam merkwürdigerweise in die Lage, eine für das innere Staatsleben Frankreichs und somit auch für dessen auswärtige Politik ausschlaggebende Rolle zu spielen. Mazarin, der mit Hilfe der Herzoge von Orleans und Condé am 6. Januar 1649 den Hof heimlich von Paris nach St. Germain gebracht hatte, fürchtete nichts so sehr, als ein thätiges Eingreifen der Armee Turennes in den im Entstehen begriffenen Bürgerkrieg. Nur wenige Regimenter unter einer so unsichtigen Führung, die noch dazu von dem Schimmer frischen Kriegsruhmes überstrahlt wurde, genügten, um der Parlamentarmee ein Uebergewicht zu geben, dem die Streitkräfte, welche Condé zur Verteidigung der legitimen Regierung vereinigt hatte, nicht entgegenzuwirken vermochte. Es war nun ein glücklicher Entschluß des Kardinals, nicht erst entscheidende Schritte Turennes abzuwarten, sondern sofort Anordnungen zu treffen, welche ihn unschädlich machen mußten.

Schon am 16. Januar erhielt General von Erlach vom Könige die Aufforderung, sich unter Beobachtung der nötigen Vorsicht der Person Turennes zu bemächtigen und das Kommando der Armee zu übernehmen, welcher er als der alleinige Repräsentant des Königs bezeichnet wurde. Erlach seinerseits befann sich über diesen Auftrag nicht lange, setzte sich mit dem Gesandten Servien und dem Pfalzgrafen Karl Gustav in Verbindung, um von diesen nötigenfalls Unterstützung zu erhalten, wenn es zu Gewaltmaßregeln gegen den frondistischen

¹⁾ Gonzenbach, Der General von Erlach, III. Bd.

Marſchall kommen ſollte. Er erklärte ſich außerdem bereit, mit ſeinen Regimentern zum Schutze des Hofes in St. Germain anzurücken. Mazarin ſetzte ihn ſofort in Kenntniß, daß eine derartige Bewegung höchſt unnötig ſei, mit dem Knaben Conti, mit den Herzögen von Elboeuf, Bouillon und dem Marſchall de la Motte gedachten die Königl. von ſelbſt fertig zu werden; dagegen bedurfte man Erlachs am Rheine, um Turenne zu entwaffnen. Und dies gelang wider alles Erwarten vollſtändig und raſch. Am 25. Februar erfuhr Erlach, daß der Marſchall mit einer ſtattlichen Macht an das linke Ufer des Rheins überzugehen beginne, offenbar in der Abſicht, ſich mit derſelben Paris zu nähern und die Entſcheidung in dem Kampfe um dieſe Stadt an ſich zu bringen. Damit handelte Turenne den königlichen Befehlen und den Beſtimmungen der Friedensresolution entgegen. Erlach ſah alſo den Zeitpunkt gekommen, an welchem er berufen war, die Rebellion im Namen des Königs zu unterdrücken. Er erließ am 3. März ein Manifeſt an die Generale und Oberſten der Turenneſchen Armee, in welchem er ihnen den Sachverhalt auseinandertezte und ſie aufforderte, in der Treue für den König feſtzuhalten. Ueber die der Veröffentlichung dieſes Manifeſtes unmittelbar vorhergehenden und nachfolgenden Handlungen fehlen uns die Nachrichten, wir wiſſen nur, daß ſieben deutſche Reiterregimenter unter Führung des Generalmajors Schüz den Marſchall zuerſt verließen und ſich gegen Straßburg und Breiſach in Marſch ſetzten, daß Turenne auch die um Speier und Philippſburg vereinigten Truppen nicht für ſeine Pläne zu gewinnen imſtande war und ſich genötigt ſah, über Kaſſel, wo er die ſchwediſche Generalität begrüßte, nach Holland auf den Weg zu machen.

Die ſogenannte deutſche Armee unter Erlachs Führung wurde, nachdem in Niblemont (26. Mai 1649) ein neuer Vertrag zwiſchen deren Befehlshabern und der franzöſiſchen Regierung abgeſchloſſen worden war, in dem Feldzuge gegen Spanien in der Picardie beſchäftigt, benahm ſich jedoch wegen mangelhafter Bezahlung, ſchlechter Quartiere, mehr noch aber, weil es nach Erlachs Erkrankung und Abgang von der Armee an einer Achtung gebietenden Leitung fehlte, immer zügelloſer, ſo daß nach dem Entſatze von Cambray ihre völlige Auflöſung eintrat. Erlach hat ſelbſt noch den Aufſtand ſeines ſchönen Leibregimentes erleben müſſen, alle ſeine Bemühungen, die franzöſiſche Regierung zur Zuhaltung der Verträge zu beſtimmen und den beſſeren Geiſt in der Armee zu erhalten, waren vergeblich geweſen. Die fronditiſchen Unruhen beraubten den Hof der Macht und der Geldmittel, um die Stellung des Königreiches in allen den kriegeriſchen Verwickelungen, die ſie löſen ſollte, auf ihrer früheren Höhe zu erhalten. Erlach verſah bis zu ſeinem Tode (26. Januar 1650) das Gouvernement Breiſach, nicht ohne auch hier mit Not und Beſchweren aller Art kämpfen zu müſſen. Der Geldmangel wurde ſo groß, daß der General Kanonen nach der Schweiz verkaufen mußte, um die ſtets unwilligen und auſtändiſch geſinnten Garniſonen für kurze Zeit beruhigen zu können. Seine eigenen Vorſchüſſe beliefen ſich auf mehr als 300 000 Livres. Die außerhalb des Gouvernements Breiſach gelegenen, früher zur franzöſiſchen Occupationszone gehörigen feſten Plätze waren nach dem Abzuge Turennes zum Teil von ſchwediſchen Truppen beſetzt worden, zum Teil ihren Landesherrn wieder zu-

gefallen. Ein militärisches Eingreifen Frankreichs in die Ereignisse, welche sich von 1648—1659 jenseits des Rheines zutrug, war aus den angedeuteten Gründen geradezu ausgeschlossen. Diese Thatsache konnte auch auf die Wirksamkeit seiner diplomatischen Missionen nicht ohne Einfluß bleiben. Gab es doch in den Kriegen der Fronde Augenblicke, in welchen spanische Regimenter oder von Spanien bezahlte Armeen, wie die Karls von Lothringen, vor den Thoren von Paris standen und die königliche Familie kaum mehr ein Plätzchen zu finden wußte, wo sie ohne Angst vor Verrat oder Ueberfall ruhig ihr Mittagessen einnehmen konnte. Der große Condé und mit ihm eine Reihe der vornehmsten und reichsten Familien des Landes, in erster Linie die kampfgeübten Huguenotten der Auvergne und Touraine, von Guyenne und Poitou, waren Verbündete von Spanien und vertragsmäßig verpflichtet, die Regierung zum Friedensschlusse mit dieser Macht zu zwingen. Das französische Königtum, wie es Heinrich IV. und Richelieu begründet hatten und Mazarin mit seinen staatsmännischen Kunstgriffen und bewährten italienischen Hausmitteln aufrecht zu erhalten bemüht gewesen war, kämpfte um sein Dasein unter ungünstigen Verhältnissen. Da war denn auch das Gewicht der Worte und Aktenstücke, in welchen die französische Botschaft zu Nürnberg die Meinung ihrer Regierung kundgab, ein anderes geworden, als zu Zeiten der Verhandlungen in Münster.

Als erster Vertreter Frankreichs bei den Friedensezekutions-Beratungen war General von Erlach bestellt worden (8. März 1649); es war dies die größte Auszeichnung und eigentlich die einzige Belohnung, die er für die Rettung der Armee vom königlichen Hofe erhielt, er kam jedoch niemals dazu das neue Amt auszuüben, seine Bethätigung derselben beschränkt sich auf einige Briefe, die er mit den ihm an die Seite gegebenen Herren von Bautorte und Baron d'Avancourt gewechselt hat. Auch Graf Servien nahm Einfluß auf das Vorgehen der Bevollmächtigten in Nürnberg, an seiner und Erlachs Stelle trat dann Heinrich Grouart de la Court an die Spitze derselben.

Das Uebergewicht, welches Schweden durch das Zurücktreten des französischen Einflusses gewann, machte sich in dem Auftreten Karl Gustavs von der Pfalz in einer besonders für die deutschen Reichsstände nicht sehr angenehmen Weise fühlbar. Als ihm eine Deputation derselben unter Führung des kurländischen Gesandten Grafen von Fürstenberg die Bitte vorbrachte, er möge die Abführung der Kriegsvölker bewilligen, bevor die Restitution von Frankenthal durchgeführt sei, sagte er derselben: „Man sei in Nürnberg nicht beisammen, um einen neuen Frieden zu traktieren, sondern den Friedensschluß, so zu Münster gemacht, zu vollziehen: Derohalben den Ständen gebühren wolle, selbst die Hand mit ans Ruder zu legen, solchen Schluß zu seiner Vollkommenheit bringen zu helfen und deswegen keine neuen Traktate auf die Bahn zu führen, fintemalen sie sich ja keiner Uebereilung beschweren dürften, weil sie zu Münster und Osnabrück in die sieben Jahre an diesem Frieden gearbeitet und damit zugebracht, also daß in solchen Jahren sie Zeit genug alles zu bedenken gehabt hätten: an königlich schwedischer und französischer Seite würde man davon nicht um ein einiges Ort weichen, sondern demselben in allen Dingen gebühlich nachleben.“ Den brandenburgischen Gesandten, welcher noch weiter in den Generalissimus dringen

wollte, hat er noch ganz besonders barsch abgewiesen. Im weiteren Verlaufe der schriftlichen und mündlichen Verhandlung wurde von den Reichsständen wiederholt darauf hingewiesen, es könne unmöglich im Sinne des Friedensinstrumentes liegen, daß man wegen mangelnder Restitution einiger einzelnen Orte den Kriegsstand im Reiche aufrecht halte, der den Ständen in den seit dem Friedensschlusse verlaufenen sieben Monaten schon größere Lasten auferlegt habe, als die Kriegsentschädigung, die sie ja doch noch zu bezahlen hätten, ausmache. Der Kaiser erklärte seinerseits, es sei an der Absicht Spaniens, Frankenthal zu restituieren, nicht zu zweifeln, es sei nur der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen, man habe sich auch nicht zu verwundern, wenn Spanien sich den Wünschen der Stände und fremden Mächte nicht besonders willfährig zeige, da man es ja doch von dem allgemeinen Frieden ausgeschlossen habe. Schweden hinwieder blieb dabei, die Restitution und namentlich die der Pfalz, welche auch im Friedensinstrumente zuerst genannt werde, sei die Hauptsache, es gebe auch noch eine ganz stattliche Reihe von Ständen, welche in Religions- und Besizangelegenheiten noch nicht zu ihrem Rechte gelangt seien. Um diese Rechte, um die „*Gravamina causae Dei*“ habe man sich dreißig Jahre „herumgeschmissen“ und nun wolle man sie leichtsinnig preisgeben. Dazu könne Schweden die Hand nicht bieten. Es forderte daher als Ersatz für Frankenthal für sich das Fürstentum Glogau, für Frankreich Ehrenbreitstein, Konstanz oder Heilbronn, außerdem die Zahlung von drei Millionen Thalern in einem einzigen Termin. Das Geld mußte in den hierzu ausgewählten Legstädten bar vorhanden sein und erst dann, wenn sich der Generalissimus überzeugt habe, daß von demselben nichts abgehe, würde er mit der Zurückziehung der Truppen beginnen; für die noch ausstehenden zwei Millionen Thaler müsse Schweden noch ein besonderes Pfand geboten werden. Um sein Vorgehen vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen, veranlaßte Karl Gustav die Herausgabe einer Druckschrift, in welcher alle noch ausstehenden Restitutionen verzeichnet waren.¹⁾ Der größere Teil der angeführten Fälle ist von geringem Belange, die wichtigeren Restitutionen, so die Herstellung des konfessionellen Gleichgewichtes in Augsburg, die Einsetzung der Evangelischen in die ihnen gebührenden Kirchen zu Speier, Kaufbeuern, Regensburg, Homburg v. d. Höhe, Sulzbach, Weiden u. a., waren bereits vollzogen. In der bairischen und hessischen Armee waren nach dem Abzuge der Franzosen namhafte Standesverringerungen durchgeführt worden. Baiern hatte allein sieben Reiterregimenter abgedankt, andere wurden „reformiert“, d. h. aus den Resten früherer Regimenter wurden Compagnien gemacht, die dann mit andern Regimentern vereinigt wurden. Für die Umgestaltung des Kriegswesens war dieser Vorgang, der bisher noch nie in so großem Maßstabe angewendet worden war, von großer Wichtigkeit. Auch in einzelnen kaiserlichen Erblanden, Steiermark, Schlesiens, fanden schon jetzt Truppenentlassungen statt. Die Offiziere, welche noch nicht kriegsmüde

¹⁾ Liste Der noch gar nicht, oder nicht plenarii Restituirten Churfürsten vnd Stände, So viel nemlich deren dñmalen, vnd ohne praejuditz der Ausgelassenen zu specificiren gewesen, Von denen Königl. Herren Schwedischen an das Chur-Rainische Reichs-Directorium, bey der zu Nürnberg angestellten Executions-Consens praesentiret den 11/21 Junii 1649.

und genügend bereichert waren, nahmen in Spanien, Frankreich und Polen Dienste.

So zeigte sich denn zu Beginn des Monates Juli eine auffallend friedliche Stimmung, welche die Hoffnung aufkommen ließ, daß sich die Gemüther der Höchmögenden doch allmählich beruhigen würden. Die Herren Generale und Gesandte luden sich gegenseitig zu stattlichen Banketten und Lustbarkeiten in den Gärten in und um Nürnberg und erfreuten sich ohne Rücksicht auf die Partei, die sie vertraten, an gemeinsamen, tief in die Nacht oder zum lichten Morgen währenden Gelagen. Da brachte die Nachricht von dem Entsatze von Cambray durch die Truppen des Erzherzogs Leopold Wilhelm, welcher das Statthalteramt in den spanischen Niederlanden versah, einen Umschwung der Gesinnung hervor. In Wien behandelte man die Frankenthalsche Angelegenheit auf einmal in ganz anderer Weise, den Franzosen wollte man überhaupt gar keine Entschädigung schuldig sein und die Schweden gedachte man mit der Stadt Glogau allein abzufertigen. Es schien der kaiserlichen Regierung also nicht unpassend, den Gang der Verhandlungen zu verlangsamen und eine Gestaltung der allgemein politischen Lage abzuwarten, aus welcher sich allenfalls noch gewisse Vorteile ziehen ließen. Der kurmainzische Gesandte, Herr Johann Philipp von Borburg,¹⁾ ging auf die Verschleppungstendenz der Kaiserlichen mit großem Wohlgefallen ein. Als die Gesandten von Sachsen-Altenburg, Herr von Thumbshirn, und Sachsen-Koburg, Dr. Carpzow, nach Nürnberg kamen um die Exekutionssache in Fluß zu bringen, kennzeichnete der schwedische Kriegsrat Erskine, der eine große Rührigkeit entfaltete, die Geschäftsführung des Mainzischen Direktoriums mit bitteren Worten: „Da habe es geheißten, es wäre Sonntag, folgenden Tages Posttag, Dienstags hätte er getrunken, Mittwochs wäre etwa ein Fasttag eingefallen, Donnerstags wieder Posttag, Freitags ein Anfang zur Konsultation gemacht und bisfolgenden Tag differiert worden. Daher Se. Fürstl. Durchlaucht, der Herr Generalissimus bewogen worden, solchen übeln Aufschub Sr. Kurfürstl. Gnaden zu Mainz zuzuschreiben, wie dann das Schreiben allbereit abgefaßt gewesen, aber noch zurückgehalten worden. Wann gebührender Maßen vor sechs Wochen zum Werk geschritten worden, wäre jezo die ganze Abdankung und Abführung der Völker ergangen.“ Wenn man nicht bald zu einem Abschlusse käme, stellte Schweden in Aussicht, daß es seine Truppen in den Garnisonen, die sie inne hatten, belassen und die Verpflegsmagazine für den Winter instandsetzen lassen müsse. Wenn übrigens die Stände zur Beschleunigung der Truppenabdankung beitragen wollten, so müßten sie sich mit Schweden wegen der Zahlung abfinden. Der schwäbische Kreis hatte die Mittel beige stellt, um zwölf Regimenter abzuführen, weil aber der Ober- und Niederländische, sowie der westfälische Kreis sich dazu nicht verstehen wollten, mußten sie die ganze Last auf sich nehmen. Die altenburgischen und koburgischen Gesandten trachteten nun durch die reichsständische Deputation auf die kaiserlichen Gesandten Einfluß zu nehmen und Beschleunigung der Friedens-

¹⁾ Meiern, Acta pacis execut. publica führt im Hauptverzeichnisse der in Nürnberg versammelten Gesandten zwar nur den Dr. v. Meel an, den Interims-Reges aber hat Borburg für Mainz unterzeichnet.

erefution immer dringlicher zu verlangen. Man brachte Frankreich dahin, daß es die trierische Feste Ehrenbreitstein in Pfand nehmen wollte, solange Frankenthal in den Händen der Spanier sei. Schweden ging von einer derartigen Forderung ganz ab, da Pfalzgraf Karl Ludwig, welcher persönlich vom 26. bis 29. Juli in Nürnberg anwesend gewesen war, darauf gedrungen zu haben scheint, daß man ihn in der Unterpfalz so rasch als möglich in Besitz setze, wenn auch die Restituierung von Frankenthal vorläufig noch nicht erfolgt sei. Die Verwicklung, in welche Schweden in derselben Zeit mit Sachsen und Brandenburg wegen Gebietsräumungen geriet, mochte es auch veranlassen, den übrigen Reichsständen gegenüber sich zuvorkommender zu zeigen. In dem Interimsrezesse, welcher schon Anfang August zwischen Schweden und den Reichsständen festgestellt war, geschieht von einem Erfaze für Frankenthal keine andere Erwähnung. Am 28. August unterzeichneten die reichsständischen Gesandten das Formulare des Interimsrezesses, in der Erwartung, daß sich dann die kaiserliche Gesandtschaft ebenfalls dazu bemüht sehen würde. Diese aber erklärte, sie dürfe unter keiner Bedingung unterzeichnen, bevor sie dazu nicht eine besondere kaiserliche Ermächtigung erhalten habe. Ein von Karl Gustav einberufener Kriegsrat erklärte, wenn der Rezeß nicht sofort zur Ausführung gebracht werde, müsse man die deutschen Truppen unter den Waffen behalten und für dieselben Winterquartiere verlangen. Nur mit Mühe erlangten die Stände einen Aufschub von acht Tagen, innerhalb welcher der nach Wien entsendete Kurier mit der kaiserlichen Antwort zurückgelangt sein konnte. Man erschöpfte sich damals in Kombinationen, welche Gründe die kaiserliche Regierung bestimmt haben könnten, die Friedenserefution plötzlich in Frage zu stellen und dadurch Verhältnisse zu schaffen, welche für die Reichsstände unerträglich waren und unversehens zu neuen kriegerischen Verwickelungen führen konnten, man ging so weit, zu behaupten, der Kaiser wolle die Stände durch längeres Hinausziehen des für sie so dringend nötigen Friedens müde und widerstandlos machen und dann das ganze Reich mit der Königin von Schweden teilen.¹⁾ Mit so kühnen Plänen that man dem Wiener Hofe fast zu viel Ehre an. Es mag wohl daselbst der Gedanke aufgetaucht sein, die durch die Unruhen in Frankreich geschaffene Situation auszunützen und mit Schweden noch einmal auf eigene Gefahr allein abzurechnen, während die französischen Heere von Spanien und den Frondeurs im eigenen Lande gebunden werden könnten; noch waren aber die Dinge in Frankreich nicht so weit vorgeschritten, als daß man auf die Schwäche seiner äußeren Politik hätte sicher rechnen können. Die Ermägungen der kaiserlichen Staatsmänner hätten vielleicht eine entschiedenere Richtung bekommen, wenn sie ein halbes Jahr später angeregt worden wären, als Mazarin durch die Gefangensetzung Condés den Bürgerkrieg zum Ausbruch gebracht hatte, als Turenne, der furchtbare Gegner in den letzten Feldzügen, durch den Vertrag von Stenay von Spanien abhängig und ein Verbündeter Erzherzog Leopold Wilhelms geworden war. Im September 1649 konnte niemand diese Ereignisse voraussehen. Die Franzosen nahmen sogar in Nürnberg den Mund ziemlich voll, sprachen von „Reassumierung“ des Krieges und daß sie

¹⁾ Pufendorf, *Re. Suec. Liber XXI.* § 85.

v. Zwiedined-Südenhorst, *Deutsche Geschichte 1648—1740.* I.

sofort wieder eine Armee nach Deutschland führen müßten. Der Kaiser begnügte sich daher, seine Bedenken gegen den Interimsrezeß in einem ausführlichen Schreiben (vom 9. September) an Kurbaiern auseinanderzusetzen und darin besonders der Mißstimmung darüber Ausdruck zu geben, daß er und das kurfürstliche Kollegium sich von den Schweden und den anderen Reichsständen in wichtigen Angelegenheiten die Beschlüsse abdringen lassen solle. Die Anschauung im geheimen Räte scheint sich jedoch wesentlich geändert zu haben, als die „Vorstellung der Stände an Ihre Kaiserliche Majestät, die Subscription des Schwedischen Recessus betreffend,“ welche am 14. September von allen drei Kollegien angenommen und sofort an den Kaiser abgefertigt worden war, in Wien anlangte.¹⁾ Dieselbe war in einem so entschiedenen Tone gehalten, daß der schwedische Rat Erskain darüber die Aeußerung machte: „Er glaube nicht, daß jemals dergleichen Schreiben an einen römischen Kaiser abgegangen sei, müsse bekennen, wenn er selbst ein kaiserlicher Rat sei, wolle er sagen, Ihre Kaiserliche Majestät sollten es nicht thun, eben darum, weil es so hart geschrieben sei.“ Gerade die Berufung auf die von Erskain ausgesprochenen Drohungen dürften in Wien jedoch den größten Eindruck gemacht haben. Die Stände versicherten nämlich, die schwedische Generalität („maßen der Kriegsrats-Präsident, Erskain, denen Deputirten expresse bedeutet“) wolle von dem berührten Rezeß keinen Buchstaben weichen, „und dafern sich Euer Kaiserlichen Majestät Gesandtschaft der Subscription halber länger difficultiren sollten, weiter nicht zu tractiren, sondern in continenti davon zu ziehen, und ihre Völker von denen hochbeschwerten Ständen ab und gerade in Böhmen führen zu lassen, zudem die wegen Dero Erbkönigreich und Landen beschehene Vergleichung zu cassiren und allen Schaden und Unkosten . . . zu repetiren, auch auf dem Fall sie wider Euer Kaiserl. Majestät Hochlöblich Erzhaus Oesterreich zu weiterem Krieg necessiret würden, denselben dergestalt auszuführen gemeinet, daß männiglich erfahren sollte, wie sich die Kron Schweden nicht auf solche Maaße tractiren ließe.“ Das klang nicht anders als ein Ultimatum und die Stände ermangelten nicht, den kanzleiüblichen Klag- und Jammerphrasen noch einige Bemerkungen anzufügen, welche ernster genommen werden mußten. Sie wiesen darauf hin, daß das Volk, wenn es sich in seinen Friedenshoffnungen abermals getäuscht sehen sollte, aus „Desparation“ zu Aufständen schreiten könnte. Der Herzog von Amalfi konnte dem Kaiser von der gereizten Stimmung der Bevölkerung aus eigener Erfahrung Kunde geben, denn die Nürnberger hatten vor seinem Hause in nicht mißzuverstehender Weise ihrem Unwillen über die Verweigerung seiner Unterschrift unter den Rezeß Luft gemacht. In dem Beharren des Kaisers bei seiner ablehnenden Haltung sahen die Stände den Anlaß zur Auflösung des Nürnberger Convents „oder vielmehr des Imperii Romani“.

Die Antwort des Kaisers, welcher sich im Schlosse Ebersdorf bei Wien aufhielt, langte am 20. September um elf Uhr vormittags in Nürnberg ein. Der Kurier hatte zu Hin- und Rückreise vier Stunden weniger als sechs Tage gebraucht. Sie enthielt den Auftrag zur Unterzeichnung des Rezeßes, welche auch an dem-

¹⁾ Das Schreiben der Stände, sowie die Antwort des Kaisers sind in Separatausgabe im Druck erschienen. Außerdem bei Meiern, im Theatr. Europ. u. a. a. D.

selben Tage noch erfolgte. Die einbegleitenden Worte, welche den Rückzug der kaiserlichen Regierung zu bemänteln hatten, fielen gegenüber dieser Thatsache nicht ins Gewicht.

Der Inhalt des Interimsrezesses machte zunächst hinsichtlich der Restititionen einen Unterschied zwischen denjenigen, welche in kurzer Zeit „leichtlich abzurichten“ seien, und anderen, welche wegen ihrer Weilläufigkeit nicht in kurzen Terminen expediert werden können. Die ersteren sollten noch während der drei festgesetzten Räumungstermine erledigt werden, für die letzteren nahm man noch eine Frist von drei Monaten in Aussicht. Es wird aber nach den bisher gewonnenen Erfahrungen kaum irgend einer von allen in Nürnberg anwesenden Diplomaten im Ernste an die Einhaltung dieser Frist geglaubt haben. Eine Erweiterung der im Friedensinstrument enthaltenen allgemeinen Exekutionsbestimmungen bestand darin, daß die „kreisauschreibenden Fürsten“ dazu im erhöhten Maße herangezogen wurden. Es wurde denselben nicht nur das Recht eingeräumt, zur Durchführung der Restitutionsbeschlüsse militärische Hülfe in Anspruch zu nehmen, es wurde auch besonders erklärt, daß eine solche Anwendung von Waffengewalt nicht als Friedensverletzung angesehen werden dürfe. Die Exekutionskommissäre beider Konfessionen sollten so lange in Thätigkeit bleiben, bis alle schwebenden Angelegenheiten entschieden seien; was sie im Prinzip als geordnet ansähen, hätten sie sofort den kreisauschreibenden Fürsten zur Durchführung zu übergeben, in allem, was ihnen noch zweifelhaft erschiene, sollten sie durch die Kreisbehörden Erhebungen pflegen lassen. Je zehn oder acht Tage vor einem Räumungstermine mußten in den „Rege-Hauptstädten“ der sieben zur Kriegskostenzahlung verpflichteten Kreise die Gelder zur Behebung durch den schwedischen Generalissimus bereit liegen und zwar vor dem ersten Termine 1 800 000 Reichsthaler, vor dem zweiten und dritten je 600 000 Reichsthaler. Was schon vorher auf Rechnung der Kriegskostenentschädigung von einzelnen Ständen gezahlt, oder was vom Generalissimus im Namen der Krone Schweden gegen eigenhändige Quittung nachgelassen worden war, mußte von den betreffenden Summen abgezogen werden. Zum Zwecke rascher Eintreibung der noch ausstehenden Teilzahlungen stellt Schweden jedem kreisauschreibenden Fürsten über Verlangen Truppen zur Verfügung. Acht Tage nach Abschluß des Rezesses sollte die erste Million behoben und dann sofort mit der Abbanfung der für den ersten Termin bestimmten Regimenter begonnen werden. In gleicher Weise wollte man nach Behebung der zweiten und dritten Million vorgehen. Der Kaiser hatte außerdem 200 000 Reichsthaler zu entrichten, nach der Auszahlung des ersten Drittels mußte Eger, nach der zweiten Rate Währen, nach der dritten Schlessien geräumt werden. Unmittelbar „nach dieses Punktes Richtigstellung und Subscription“ wurden ausgewechselt:

Prag	gegen Augsburg,
Oberpfalz (mit Ausnahme von Weiden)	„ Unterpfalz, Memmingen, Sulzbach,
Donaumörth	„ Albeck, Hornberg, Schiltach,
Rheinschanz	„ Aurach,
Ueberligen	„ Lindau,
Weinau	„ Asperg,
Langenarck	„ Wildenstein,

Zufluchtsorte aus ihre Abdankung zu erzwingen. Denn nur diese verlangten sie. Ihr genannter Wortführer erklärte: „Sie seien zusammengetreten, um ihren ehrlichen Frieden zu verlangen. Da der Abschied abgeschlossen sei und die schwedische Krone keine Feinde mehr habe, so forderten sie ihre Abdankung. Statt ihnen dieselbe zu erteilen, wolle man sie mit Gewalt an Orte hinführen, wo man ihrer mächtig sein könne. Darenin würden sie auf keine Weise willigen, und lieber bis auf den letzten Mann sich halten und wehren und ehrlich sterben, als nach Livland oder irgend einen Ort außer dem römischen Reiche, in dem sie geworben worden, sich abführen lassen. Diese ihre Gesinnung wollten sie sowohl dem Obersten Steineder als auch dem Feldmarschall Wrangel in einem eigenen Gesuche vorstellen.“

Die Bürgerschaft von Schweinfurt versicherten sie der größten Schonung, denn es sei ihnen daran gelegen, ihren ehrlichen Namen unverletzt zu erhalten. Die Versuche, welche der Oberst sowie Syndikus und Rat von Schweinfurt anstellten, sie von der Ausichtslosigkeit ihrer Meuterei zu überzeugen und zur Umkehr zu bewegen, blieben erfolglos, auch der Feldmarschall Wrangel, welcher persönlich herbeikam, um der Sache ein Ende zu machen, richtete durch Worte nichts aus, sondern mußte erst eine gewaltige Truppenmacht, acht Compagnien zu Pferd und elf Compagnien vom „blauen Regiment“ in der Stadt versammeln, ehe die Unglücklichen, welche jedenfalls in ihrem Rechte zu sein glaubten, sich veranlaßt sahen, um Gnade zu bitten. Diese wurde ihnen dann gewährt, 27 Häufelführern jedoch der Prozeß gemacht, welcher für alle mit einem Todesurteil endigte. Die Weiber und Kinder der Verurteilten bestürmten nun den Rat von Schweinfurt mit herzerreißendem Jammer um seine Fürbitte bei dem Feldmarschall, zu welchem sich auch der Bürgermeister, der Syndikus und zwei Stadträte sofort begaben, um ihn um Gnade oder Milderung des Urteils zu bitten. Wrangel erklärte, das Verbrechen der Verblendeten sei ihm in seiner langen Kriegserfahrung noch gar nie vorgekommen, auch ein Zivilrichter würde in diesem Falle strafen müssen und es sei zum abschreckenden Beispiele eine Exekution um so notwendiger, als das Regiment seit 1622 geworben und gegen Moskowiter und Polen mit Erfolg gebraucht worden sei, so daß er sich von demselben einer Rebellion am wenigsten versehen hätte. Am 11. Oktober um zwölf Uhr vormittags wurden alle 27 Verurteilten unter den auf dem Markte zu Schweinfurt errichteten Galgen geführt und die vier Hauptanführer: Hermann Meier aus Westfalen, Georg Krieger aus Berlin, Martin Hätsch aus Hall und Gregor Heffner aus Brix, sofort aufgeknüpft. Die nächsten sieben ließ der Feldmarschall um ihr Leben würfeln; Georg Heß aus Eisenach that den niedersten Wurf: sechs Augen mit zwei Würfeln, er büßte dafür sein Leben ein; alle übrigen wurden begnadigt. Den Tag darnach wurde das ganze Regiment wieder in Eid genommen und marschierte nach Stettin. Auf dem Wege dahin fehlte es wohl nicht an Desertionen, dieselben kamen aber bei allen marschierenden Regimentern vor.¹⁾

Der Abschluß des Präliminarvertrages in Nürnberg wurde von dem Generallieutenant und Pfalzgrafen Karl Gustav zum Anlaß einer großen Festlichkeit genommen, die am 25. September mit dem Friedensmahle im Saale des Rat-

¹⁾ Archiv des hist. Ver. für den Untermainkreis III. 3. 1886.

hauses begann. Schon den Tag vorher hatten Verhandlungen über die Rang- und Sitzordnung stattgefunden, welche bei dieser außerordentlichen Gelegenheit eingehalten werden sollte; trotzdem nahm die Regelung aller einzelnen Präzedenzstreitfälle am Festtage selbst noch so viel Zeit in Anspruch, daß die Tafel, zu welcher schon für zwölf Uhr mittags eingeladen worden war, erst um fünf Uhr nachmittags ihren Anfang nehmen konnte. Die kurfürstlichen Gesandten ließen durch Herrn v. Meel, den Mainzer, die Erklärung abgeben, sie seien zwar berechtigt vor einem Fürsten zu gehen, wenn er auch in Person anwesend sei: „weil aber jezo Alles extraordinarie zugehe und so genau nicht genommen würde, wollten die Herrn Kurfürstlichen an der Tafel nach einander zur rechten Seite sitzen: jedoch ohne alles Praejudiz und Einführung.“ Damit waren aber noch lange nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Von Pfalz war der Kurfürst Karl Ludwig in eigener Person und außer ihm die Räte Curtius und Haam anwesend. Diese wollten auch auf der kurfürstlichen Seite sitzen, wogegen Oesterreich, Salzburg und andere Herren von der geistlichen Bank protestierten. Man fand nun den Ausweg, daß Herr Curtius als englischer Resident erscheinen solle, während man Herrn Haam an die Stelle des hessen-kasselschen setzen wollte. Damit war nun wieder der Hessen-Darmstädter nicht zufrieden und so entschloß sich Haam, statt nach den kurfürstlichen Gesandten unter den fürstlichen Platz zu nehmen, sich hinter seines Herrn Stuhl zu stellen und ihm aufzuwarten. Endlich konnten die 20 längst in Bereitschaft stehenden Trompeter zur Tafel blasen: nach der Rangordnung, voraus die städtischen, dann die gräflichen, fürstlichen und kurfürstlichen Abgeordneten, zum Schluß die fürstlichen Personen selbst und die Vertreter des Kaisers und der Königin von Schweden, betrat man den Saal, der besonders prächtig ausgestattet „und zu diesem Friedensfest mit vielen großen Wandleuchtern, absonderlich aber mit drei großen Kronen, zwischen sechs Festinen oder Fruchtgehängen, welchen 30 Arten Blumen und lebendige Früchte mit Flingergold eingebunden, versehen worden“ war.¹⁾

In den vier Ecken des Saales waren auf erhöhten Plätzen Sänger und Musiker aufgestellt, welche beim Eintritt der Gäste das Gloria anstimmten und während der Tafel schöne geistliche Lieder vortrugen. Beim Herumreichen des Mundwassers, zu welchem fünf große silberne Kannen verwendet wurden, stimmte man das Te Deum laudamus an. „Jede Tafel ist lang gewesen 40 Schuhe, und an der obersten eine ablange Rundung für Piccolomini, Kurfürstliche und Hochfürstliche Durchlaucht, Herrn Generalissimum. Der erste Gang ist bestanden in köstlichen Suppen, Ollipatriden und allerhand gekochten Speisen. Der andre Gang ist gewesen von Gebratenem, Vögeln, Wildpret zc. Der dritte von allerhand Fischen, und der vierte von Pasteten. Jeden Gang sind aufgetragen 150 Speisen, welche alle auf das herrlichste und köstlichste zugerichtet

¹⁾ Der berühmte Maler und Kupferstecher Joachim v. Sandrart hat das Friedensfest in einem Gemälde, das 14 Fuß hoch und 9 Fuß breit war, verewigt. Es befinden sich darauf 50 Porträts der Anwesenden. Wrangel hat das Bild der Stadt Nürnberg zum Geschenk gemacht, der Pfalzgraf Karl Gustav dem Künstler 2000 Gulden dafür verehrt. Es wurde sehr häufig in Stich vervielfältigt. Der beste Stich ist von G. D. Heumann in Meierns „Acta execut. pacis publ.“

worden. Der fünfte Gang ist bestanden in Gartenfrüchten, so theils in den silbernen Schüsseln, theils an den lebendigen Bäumen, mit welchen die ganze Tafel übersezt worden, gehangen. Zwischen diesen Laubwerken sind gestanden etliche Rauchberge, die einen sehr guten Geruch von sich gegeben, daß also nicht nur der Mund mit lieblichster Speise und Trank, sondern auch der Geruch mit angenehmem Duft belustiget, und von allen Anwesenden dergleichen Herrlichkeit nie gesehen worden. Nach diesem hat man das Oberblatt der Tafel stückweis abgenommen und ist der Tisch mit Tellern und Servietten, wie auch mit allerhand in Zucker eingemachten Blumen überstreut, wiederum bereitet gewesen. Darauf ist gefolget der sechste Gang, bestehend in Zuckerverk, Confect und zwei sehr großen Marzipanen auf zwei hohen Marzipanschalen, deren eine jede bei 20 Mark Silbers schwer.“ Als besondere Schaugerichte waren ein Siegesbogen mit lateinischen Inschriften und Götterbildern und ein sechseckiger Berg aufgestellt, auf welchem Südfrüchte den kaiserlichen, Eisberge und Felsen den schwedischen, Blumen den französischen Teil bezeichneten. Daß mit dem Gesundheit- und Umtrinken nicht gespart wurde, wollen wir den verschiedenen Relationen, die über dieses Fest erschienen sind, gerne glauben. Dazu wurde die ganze Nacht aus Stücken geschossen, so daß in den nächstgelegenen Wohnungen die Gefimse von den Wänden fielen. Um ein Uhr nach Mitternacht kam Feldmarschall Wrangel mit 15 Musketieren in den Saal und fing an Salve zu geben. Piccolomini und Karl Gustav gingen sogleich auf den verben Soldatenscherz ein, andere gräfliche und adeliche Personen folgten ihrem Beispiele und knallten nun den Kollegen von der Feder lustig um die Ohren. Sie haben dann ein förmliches Soldatenspiel begonnen, Befehlshaber ernannt, die Obersten zu Musketieren gemacht, sind auf die Burg gezogen, haben dort die Stücke abgefeuert und nach dem Rückmarsche in den Saal sich vom kaiserlichen Oberst Ranz ab danken lassen. „Wornach jedermann nach Hause gegangen,“ berichtet Herr Georg Achatus Heber, herzoglich sachsen-weimariischer Gesandter, „und Gott Lob von einigem Unglück, Un- oder Widerwillen, so diese Zeit durch vorge laufen, nichts gehört worden, dessen man sich doch bei so vielen ehe dessen im Felde gegeneinander gestandenen Leuten und widerwätigen Humoren, auch so trefflich starkem Trunk, sonderlich da die Kriegs-Officiers mit denen Togatis und Pacificis sonst nicht wohl zu stellen pflegen, etlicher maßen bejorget gehabt.“ Für die Armen war noch bei Tage öffentlich gekocht worden, zwei ganze Ochsen wurden auf dem Markte gebraten und verteilt, und ein kunstvoll eingerichteter, vergoldeter Löwe, der an einem Saalfenster aufgestellt war, spie von drei Uhr bis zum dunkelnden Abend weißen und roten Wein aus, den die Leute begierig in allerlei Gefäßen auffingen. „Mittwochs den 26. September,“ erzählt Dr. Carpzow, „war es nicht dahin zu bringen, daß man in publicis etwas gethan hätte.“ Um vier Uhr kam man auf der Stadtbastei zusammen; diesmal fehlte es auch an „gräflichen Fräuleins und adelichem Frauenzimmer aus Böhmen und Oesterreich nicht, so sich in der Stadt aufhielten“. Um acht Uhr wurde in zwei Gezelten gespeist, wohlweislich ohne besondere Sitzordnung, dann gab es ein großes Feuerwerk, das Wrangel in Schweinfurt hatte zurichten lassen. Durch Unvorsichtigkeit eines Jungen ging jedoch die Hütte mit den Feuerwerkskörpern unversehens in die Luft und das Schauspiel fand ein rasches Ende. Man ließ sich jedoch in der Lustbarkeit nicht stören und tanzte bis vier Uhr morgens.

Die Anwesenheit des Kurfürsten von der Pfalz bei dem Friedensfeste hatte politische Bedeutung. Er benützte die Gelegenheit, um den Teilnehmern desselben die Räumung von Frankenthal neuerlich ans Herz zu legen. Man machte den Kaiserlichen auch wiederholte Vorstellungen in dieser Sache, deren Ordnung im Friedensinstrumente der Kaiser auf sich genommen hatte. Herr v. Wollmar und seine Kollegen hüllten sich jedoch in tiefes Schweigen, indem sie vorgaben, daß ihnen von der Entschliessung Seiner Majestät in diesem Punkte noch gar nichts bekannt sei. Aber auch Frankreich, das sich durch den Präliminarrezeß übergangen und überhaupt von Schweden vernachlässigt fand, machte jetzt Anstrengungen, um sich auch noch einen Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten zu wahren. Am 4. Oktober schlossen die Gesandten De la Court, De Bautort und d'Avangour eine besondere Uebereinkunft mit den reichsständischen Vertretern des Nürnberger Kongresses, wonach die Festung Ehrenbreitstein von der kaiserlichen Besatzung geräumt und dem Kurfürsten von Mainz als Reichssequester übergeben werden sollte. Würde Frankenthal innerhalb des nächstfolgenden Jahres von Spanien nicht freigegeben sein, so hätte Mainz die Festung Ehrenbreitstein an Frankreich auszuliefern und dieses würde daselbst eine Besatzung von 400 Mann so lange halten, bis Frankenthal in die Hände des Kurfürsten von der Pfalz übergegangen sei.

Der Kaiser nahm diese Vereinbarung schlecht auf und versagte ihr seine Zustimmung, so daß die Stände den drängenden Franzosen endlich gestehen mußten, ihre Abmachungen hätten ohne kaiserliche Sanction keine bindende Kraft und sie seien nicht in der Lage, den Kaiser zu diesem Schritte zu zwingen. Wie schon erwähnt, gestalteten sich im Winter 1649 auf 1650 die Verhältnisse in Frankreich derart, daß man von dieser Seite eine ernstliche Störung des Friedens nicht zu fürchten hatte, dagegen wurden die Mittel, welche Pfalz ergriff, um zu seinem Rechte zu gelangen, für den kaiserlichen Hof etwas unangenehm. Noch hatte nämlich Pfalz den Verzicht auf die an Baiern abgetretene Oberpfalz samt seiner alten Kurwürde nicht rechtskräftig ausgesprochen und Baiern hütete sich, den von ihm geforderten Verzicht auf Oberösterreich und die darauf haftende Pfandschuld von 13 Millionen an Oesterreich auszustellen, solange Pfalz nicht das Seinige geleistet hatte. Die Stände wurden dabei immer unwilliger, weil sie durch diesen einen Punkt in der Beendigung des Friedenswerkes so lange aufgehalten wurden, und bestürmten den Kaiser, seiner Verpflichtung nachzukommen. Endlich lenkte Dr. Wollmar insofern ein, als er Zugeständnisse des Kaisers in Aussicht stellte, wenn anderseits auch die Stände zur Begleichung des Streitfalles etwas beitragen wollten. Da von einer gewaltsamen Vertreibung der Spanier aus Frankenthal durch kaiserliche Truppen nicht die Rede sein konnte, wurden wieder Ersaherbietungen gemacht. Pfalz sollte die kleine Festung Bensfeld am Rhein unweit Schlettstadt mit der Rheinauer Schanze besetzen und zur Erhaltung seiner Garnison darin monatlich 2000 Reichsthaler Zuschuß erhalten. Das Geld aufzubringen wurde den Ständen zugemutet, denn Wollmar vertrat die Ansicht von: wenn die „Autorität des Kaisers“ wie im Friedensinstrument bei dem Punkte der Restitution Frankenthals in Frage kommt, so mußten die Stände immer dabei einbezogen sein, denn nur durch sie besitze der Kaiser Autorität. Des

lieben Geldes willen, das hier, wie gewöhnlich, die „Autorität“ begründen sollte, stellte der Gesandte des Kaisers Behauptungen auf, die man bisher nur bei einem Hippolytus a Lapide gesucht hatte. Die Stände fanden auch gerade bei dieser Gelegenheit keinen Beruf in sich, ihrer Stellung im Reiche Opfer zu bringen, und lehnten anfangs jede Mitwirkung bei der Befriedigung der Pfalz ab. Es kam zu harten Worten zwischen dem Führer der ständischen Deputierten, dem Mainzer Gesandten v. Meel, und Herrn v. Bollmar und zu abermaligen endlosen Vorschlägen und Schriften, endlich bequerten sich die Stände, im ganzen 45 000 Reichsthaler für die Unterhaltung der benfeldischen Garnison zu bewilligen, bis zu deren Verbrauch der Kaiser die Räumung Frankenthals zu stande bringen müsse — man hatte jedoch wieder die Rechnung ohne den Wirt gemacht: denn nun erklärte Frankreich, es werde nimmermehr darenin willigen, daß Benfeld eine Garnison erhalte und eine Festung bleibe, denn dies widerspreche dem Wortlaute des münsterschen Friedens und es wäre in der That eine offene Verletzung des letzteren gewesen, wenn man den berechtigten Einspruch Frankreichs nicht berücksichtigt hätte. Nun brachten die Stände die Reichsstadt Heilbronn als Ersatz für Frankenthal in Vorschlag, und obwohl der Kurfürst Schwierigkeiten machte und Schadloshaltung für alle noch ferner ihm durch die Spanier widerfahrenden Schädigungen verlangte, kam es doch am Himmelfahrtstage 1650 zu dem Schlusse, daß Kurpfalz die Stadt und Festung Heilbronn so lange mit einer Garnison belegt halten sollte, bis die Spanier aus Frankenthal gewichen sein würden, daß die Garnison von den Reichskreisen Franken und Schwaben mit monatlich 8000 Reichsthalern unterhalten werden solle, wogegen der Kaiser dem Pfalzgrafen für den Entgang des frankenthalschen Kammergutes monatlich 3000 Reichsthaler zahlen mußte. Frankreich nahm zwar noch zweimal einen Anlauf, um den Friedensschluß aufzuhalten, es erklärte die Bezahlung einer Garnison in Heilbronn durch die deutschen Stände für einen Friedensbruch, es weigerte sich, die sogenannten vier Waldstädte im Schwarzwald im richtigen Termin auszuliefern, wurde aber von den zu Schiedsrichtern angerufenen reichsständischen Deputierten tapfer niedergestimmt und nicht weiter berücksichtigt. Im Mai war man auch mit den übrigen Restitutionsakten nach langer und schwieriger Arbeit zu Ende gekommen. Es wurden zwei Listen angelegt, in welchen alle Fälle verzeichnet waren, die entweder während der bekannten drei Räumungstermine oder innerhalb dreier Monate erledigt werden mußten. Die letzteren waren in ihrem Erfolg schon sehr zweifelhaft, die Fälle aber, welche auf keiner der beiden Listen zu lesen waren, konnten so gut als für ewige Zeiten von der Tagesordnung abgesetzt betrachtet werden. So kam man denn endlich am 26. Juni 1650 zu der Unterzeichnung des Friedens-Exekutions-Haupt-Vertrages, welche mit dem ganzen Aufwande von Formalitäten und Sicherungsmaßregeln, mit den durch bombastische Erklärungen schlecht verhüllten Beweisen gegenseitigen Mißtrauens, wie sie in jener Zeit zur Gewohnheit aller hohen und niederen Amtspersonen geworden waren, zu stande gebracht wurde. Die kaiserlichen, schwedischen und reichsständischen Gesandten versammelten sich zu dem Zwecke um 2 Uhr nachmittags nach vorangegangnem Gottesdienst der verschiedenen Konfessionen in der Rittersstube der kaiserlichen Burg, wo die in roten und blauen Samt gebundenen Reinschriften durchgelesen, verglichen und

ausgebessert wurden. Ein schwedischer Sekretär brachte dieselben dann dem Herzog von Amalfi, ein kaiserlicher dem Pfalzgrafen zur Unterschrift. Als sie zurückgekehrt waren, wurde von den Wällen und von einer vor der Burg stehenden Ehrencompagnie Salve geschossen, dann unterzeichneten die Stände und es wurde wieder Salve geschossen, schließlich folgte die Auswechslung der beiden Exemplare, der dazu gehörigen Listen und Ratifikationen und ein abermaliges Schießen. Die schwedischen und kaiserlichen Gesandten reichten sich die Hände, gelobten sich ewige Freundschaft und tranken auf das Wohl der beiden Majestäten, sowie der beiden Bevollmächtigten, Piccolomini und Karl Gustav.

Unter großem Zulauf von Volk wurde nun — es war mittlerweile 7 Uhr geworden — das Te Deum laudamus gesungen, der Nürnberger Magistrat ließ von allen Türmen durch besonderes Patent den Friedensschluß verkünden, die Trompeter und Heerpaufer der beiden Höchstkommmandierenden ritten Fanfaren blasend durch alle Straßen der Stadt und „ist bei diesem Actu eine sehr große Anzahl Volks auf allen Gassen und in allen Fenstern zu sehen gewesen, welche Ihre hierüber habende Freude mit Thränen, auch nachgehends zu Abend mit vielen Freudenfeuern contestiret haben“. Der Rat von Nürnberg aber beging das freudige Ereignis durch Begnadigung und Entlassung von Sträflingen. Der Hauptrezess wiederholte zunächst alle Bestimmungen des Interimsrezesses, erklärte hierauf, daß die noch ausständigen Restitutionen auf Grundlage der beiden Listen durch die gemischten Kommissionen unter Mitwirkung der kreisauschreibenden Fürsten durchgeführt werden sollen, ohne daß sich irgend eine andere Macht, es sei denn über besonderen Wunsch der Kreise, zu militärischen Zwangsmaßregeln einzumischen hätte. Die Repartitionsliste für die an Schweden zu zahlende Kriegsschuld wurde anerkannt, was von den Beträgen der einzelnen Stände noch nicht eingezahlt war, mußte in drei weiteren Terminen, nach welchen sich auch die Truppenbewegungen wieder zu richten hatten, abgeführt werden; für den sich dann noch ergebenden Rest wurde den Schweden ein besonderer Affekurationsplatz eingeräumt. Die Termine liefen von 14 zu 14 Tagen, so daß in sechs Wochen Zahlung und Evakuierung der Truppen abgeschlossen sein sollte. Wegen der Räumung von Hinterpommern und des Stiftes Osnabrück wurde auf die noch nicht beendigten besonderen Verhandlungen und Grenzbestimmungen verwiesen. Das frankenthal-heilbronnische Abkommen war selbstverständlich ebenfalls eingereicht.

Am 2. Juli wurde ein weiterer Exekutionsrezess zwischen Frankreich, dem Kaiser und den Ständen abgeschlossen, wonach bis 7. August alle festen Plätze, die nach dem Friedensschluß nicht mehr der betreffenden Macht gehörten, geräumt sein mußten. Auch hierin war die Auslieferung von Heilbronn an Pfalz wegen der noch ausständigen Räumung von Frankenthal erwähnt und zugleich bestimmt, daß die Festungswerke von Bensfeld und die Rheinauer Schanze im ersten Termine zerstört werden müssen.

Als Affekurationsplatz, welcher in den Händen der Schweden zu verbleiben hatte, bis der letzte Rückstand von den fünf Millionen getilgt war, wurde Bechte im Münsterfchen ausgewählt. Durch die Kriegskostenrepartition ergab sich ein Ueberschuß von 219 145 $\frac{2}{3}$ Reichsthaler. Hiervon erhielt der schwedische Generalissimus, „damit er die Abdankung der Kriegsvölker und Enträumung der festen

Plätze desto füglicher befördere," ein Geschenk von 200 000 Reichsthälern, welche ebenso wie die zu den fünf Millionen noch erforderlichen Gelder in drei Terminen einzubringen waren; der Rest von 19145 $\frac{2}{3}$ Reichsthäler wurde zur Bezahlung der schwedischen Garnison in Bechte auf dritthalb Monat verwendet.

Daß die katholischen und protestantischen Stände zum Schlusse noch unter sich ein Hühnchen pflücken mußten, war unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu vermeiden. Die Protestanten verlangten nämlich zu Handen des Kurfürsten von Sachsen, als des Vorstehenden im Corpus Evangelicorum, ein Exemplar des Friedensrezesses, nachdem schon Mainz das für die Stände im allgemeinen bestimmte Exemplar übernommen hatte. Weil man aber schon wußte, daß Mainz das für Sachsen bestimmte Exemplar nicht nur nicht unterschreiben, sondern gegen dessen Auslieferung protestieren würde, so mußte der schwedische Kriegsratspräsident Erkstein den Mainzer Gesandten beiseite nehmen und unter dem Vorwande, er habe mit ihm zu reden, in den Garten führen. Kurbaiern und Bamberg erklärten, sie erwarteten noch die Instruktion ihrer Herren und könnten nicht unterschreiben. Hierauf übergab der Pfalzgraf Karl Gustav das vielberufene Exemplar dem sächsischen Gesandten Freiherrn v. Drondorff mit einer Ansprache, in welcher er betonte, daß die Königin von Schweden durch diesen Akt die Sicherung der evangelischen Stände des Reiches zu befördern hoffe. Nur der kursächsische und die altenburgischen Gesandten waren während dieser Ansprache zugegen, die anderen hatten sich nur herbeigelassen, im Saale zu bleiben, waren jedoch, um nicht als mitwirkend oder zustimmend betrachtet zu werden, zurückgetreten. Es fehlte nun nichts weiter als das letzte Friedensfest, welches dem Duca d'Amalfi zu veranstalten zutram und auch thatsächlich am 14. Juli, nachdem wieder eine große Zahl von Präzedenzstreitigkeiten und Etiquettefragen gelöst worden waren, von statten ging. Der Jahreszeit entsprechend hatte Piccolomini ein Fest im Freien zu geben beschlossen. Auf dem berühmten Schießplatze der Nürnberger vor dem Hallerthürlein war eine Halle, „eine dreifache Lauberhütte,“ errichtet, in der eine große im Hufeisen gestellte Tafel bereitet stand. Man saß nur an einer Seite derselben, so daß jeder Gast den Ausblick auf den offenen Plan frei hatte, auf welchem nach Einbruch der Dunkelheit ein großartiges Feuerwerk abgebrannt wurde. An der Tafel nahmen nur die Mitglieder des Kongresses und einige höhere Offiziere teil, mehrere fürstliche Personen saßen an einem besonderen Orte mit den Damen zusammen und erschienen erst nach dem letzten Gange im Gezelte, um mit dem Festgeber und dem Pfalzgrafen Gesundheit zu trinken. Während des zweiten und dritten Ganges kam das von Siegmund v. Birken zusammengestellte Festspiel ¹⁾ zur

¹⁾ Siegmund v. Birken, damals noch Betulius oder als Begnißschäfer Floridan sich nennend, hat in einer bei Jeremias Dümmler in Nürnberg 1652 verlegten Geschichtsschrift: „Die Fried-erfreute Teutonie“ eine poetisch ein- oder besser verkleidete Erzählung der Nürnberger Verhandlungen und Festlichkeiten veröffentlicht. Der Kaiser heißt darin Adlerprinz, Piccolomini Filama (Amalfi), Wrangel Granlew, Böhmen Meibohma, Karl Gustav Bagusto u. s. w. In diesem Werke, das auch mit einigen Abbildungen (Friedensmahl, Auswechselung des Hauptrezesses, Feuerwerk u. a.) ausgestattet ist, behauptet er, daß sein Festspiel im öffentlichen Druck erschienen sei. Herr v. Meiern berichtet ebenfalls, daß von den „Deutschen Versen“, welche bei den Aufzügen gesprochen wurden, jeder Gesandte ein Exemplar erhalten habe. Die kaiserlichen, könig-

Aufführung, in welchem die jungen Patrizier Johann Wilhelm Schlüsselfeder, Siegmund Jakob Holkschuber, Johann Hieronymus Löffelholz von Kronberg, Georg Tobias Delhafen von Schöllnbach, Hieronymus Scheurl, Georg im Hof, Christoph Führer von Heimend in Wolkerdorf und Karl Welsler die Hauptrollen spielten. Die Bühne, eine Waldpartie darstellend, wurde durch eine geschickt angebrachte Vorrichtung unvermerkt vor das Tafelzelt geschoben, so daß schon ihr plötzliches Erscheinen Aufsehen erregte. Die Handlung, welche in Beziehungen zu dem darauf folgenden Feuerwerke stand, bildete eine allegorische Verherrlichung des Friedensschlusses, es wechselten die damals gedankenarmen aber wortreichen Reden mit launigen Szenen ab. Ein nackter Amor schoß seine Pfeile auf die an der Tafel sitzenden hohen Herrschaften ab und ein ruhiger Vulkan versicherte, er hätte eben seinen Nebenbuhler Mars mit der Erzeugung des Feuerwerkes betraut, während dessen er einmal ungestört bei seiner Frau Venus verweilen wolle. Das Feuerwerk stellte die Verbrennung des „Kastells des Unfriedens“ durch den auf einer Säule stehenden „Frieden“ dar. Der in einen Feuerwerkskörper verwandelte Cupido fuhr auf einem Seile gerade auf die Figur des Friedens zu und entzündete ein dieselbe erleuchtendes Feuer, von welchem aus eine Rakete das Kastell in Brand steckte. Daneben brannten Tausende von Ampeln, Sternen, Pechpfannen und gab es ein betäubendes Getöse aus 47 Karttaunen, 50 Doppelhaken und 1200 Feuerröhren.

Die Versammlung ging auch nach diesem Feste noch lange nicht auseinander; wohl reiste der Pfalzgraf Generalissimus schon am 23. Juli von Nürnberg ab, Piccolomini blieb jedoch bis zum 7. September, ließ sich von den Vätern der Stadt ein stattliches Bankett in der Burg geben, von den Tuchknappen den seit 1618 nicht mehr aufgeführten Reifentanz vortanzen, nahm an dem großen Schießen zur Feier des Friedensschlusses teil und bei seinem Abschiede den wohlverdienten Dank von hoch und nieder entgegen. Dr. Vollmar wartete den Ablauf aller drei Räumungstermine ab und schloß seine Thätigkeit mit der Eintreibung von 50 000 Gulden, welche ihm der Kaiser aus dem leztbewilligten Römermonate zur Belohnung seiner während der ganzen Friedenshandlung geleisteten Dienste überwiesen hatte. Was die zurückbleibenden Gesandten noch verhandelten, betraf unterschiedliche Restitutionsangelegenheiten, Soldatenerzeffe, Proteste, Gravamina aller Art, jedoch ohne weitergehende Bedeutung. Mit einem summarischen Berichte über alle von ihr vorgenommenen Amtshandlungen schloß im Juli 1651 die zur Durchführung der Restitutionen bestellte Kommission ihre Arbeiten und damit nahm der Nürnberger Konvent sein Ende. Das Reich glaubte hiermit alles gethan zu haben, was es zur Durchführung des westfälischen Friedens schuldig sei, und überließ die noch offenen Streitfragen vorläufig den einzelnen beteiligten Ständen; es war in seinen Forderungen an seine Glieder sehr bescheiden geworden, in seinen Leistungen für dieselben suchte es diese Bescheidenheit noch weit zu übertreffen.

lichen und kurfürstlichen Gesandten erhielten es in rotem Samt mit weißen Bändern gebunden, die übrigen in weißem Taft mit roten Bändern. Diese Schrift finde ich unter Birkens Werken nicht verzeichnet, auch nicht das „Bergnügte, bekriegte und widerbefriedigte Teutschland“, das er ein Jahr danach herausgegeben haben will. Ein Gedicht von Birkens Genossen Johann Klai bot den Text für das Feuerwerk. Dasselbe ist in der schon früher (S. 55) erwähnten Festschrift „Irene“ desselben Verfassers abgedruckt.

Zweiter Abschnitt.

Der große Kurfürst.

Wir wenden uns ab von dem Krankenbette eines siechen Greises, dem soeben das europäische Konsilium ein Tränklein verschrieben hatte, mit dem er für seine alten Tage aufrecht und mühselig am Leben erhalten werden sollte, und eilen an die Seite eines Jünglings, der nun, aus der väterlichen Ob Sorge entlassen, für sich allein sein Weiterkommen suchen und die Mittel zu seiner Fortbildung aufbringen mußte. Er teilte dies Schicksal mit allen den zahlreichen Geschwistern, die den Stolz ihrer großen und einst mächtigen Familie ausmachten. Es gab unter ihnen der rasch herangewachsenen Jungen genug, aber sie waren trotz unverkennbarer Familienähnlichkeit von sehr verschiedener Anlage und oft zweifelhafter Gesundheit. Niemand konnte erraten, wer von ihnen den Preis der Tüchtigkeit erringen, wer den anderen überdauern würde, ja die Zukunft der Familie, ihr Besitz, ihr Zusammenhang war unsicher und gefahrvoll geworden. Jeder mußte zunächst zusehen, daß er selbst es zu was Rechtem bringe, ehe er daran denken konnte, eine Stütze für diejenigen zu werden, die ihm durch die Bande des Blutes und einer gemeinsam verlebten, wechselvollen Jugend verbunden waren. Dem einen aber, den wir meinen, dem war gerade in den Tagen der Trauer und Bedrängnis ein Leiter und Erzieher entstanden, wie ihn das Geschick noch niemals klüger und strenger, kühner und entschlossener einem in der Entwicklung begriffenen Staatswesen gegönnt hatte.

Mit dieser Erscheinung seltenster Art haben wir uns jetzt zu beschäftigen. Wenn wir unserer Aufgabe, die Wandlungen des deutschen Volks- und Staatslebens zu kennzeichnen und zu erklären, gerecht werden wollen, dürfen wir dasselbe nicht mehr vom Standpunkte des Ganzen ins Auge fassen, nicht die Reichsregierung und die kaiserliche Politik wird den fortlaufenden Faden bilden können, an welchen wir die Ereignisse reihen; wir müssen die Wege verfolgen, auf denen jene deutschen Staaten weitergeschritten sind, die von dem neu gewonnenen Selbstbestimmungsrechte Gebrauch zu machen befähigt waren. Erdrückend würde die Last der deutschen Staatengeschichten auf uns ruhen, wenn uns nicht durch die Neugestaltungen der

Gegenwart die richtige Beleuchtung für die Vergangenheit hergestellt worden wäre. Es ist nicht die Aufgabe der Geschichtschreibung, alles Erwähnenswerte in der gleichen Lichtstärke den Blicken künftiger Beschauer auszusetzen, auch ihre Bilder bedürfen des Schattens und der Dämmerung, wenn sie uns verständlich werden sollen. Heute werden wir nicht mehr ängstlich zu erwägen brauchen, bei welchem Staate wir zu verweilen haben, wenn wir nach den Verhältnissen fragen, unter denen die Grundfesten für den neuen Staatsbau gelegt worden sind: das Werden und Wachsen des preussischen Staates ist von nun an der Ausgangspunkt für die deutsche Reichsgeschichte nach dem westfälischen Frieden. Und hier wird uns zugleich die Freude zu teil, in dem Leben und Wirken eines einzigen großen Mannes alles für die Kenntnis seiner Zeit Wesentliche zusammenfassen zu können. Ein Fürst war den Deutschen erstanden, ein rechter Herr und Führer in Krieg und Frieden, wie sie lange, lange Zeit keinen ähnlichen unter sich gesehen. Selbst den erleuchtetsten seiner Zeitgenossen, wie einem Samuel Pufendorf, konnte sich seine Bedeutung nicht in voller Weite erschließen, je mehr das Werk, das er begonnen, seiner Vollendung naht, um so deutlicher erkennen wir seine Größe. Wenn Pufendorf im ersten Buche seiner „Res gestae Friderici Wilhelmi Magni Electoris Brandenburgici“ von ihm behauptet, daß seine Weisheit und Kraft ihn, der an Ruhm alle seine Vorfahren übertraf, unter die berühmtesten Fürsten seines Jahrhunderts eingereiht hat, so haben wir darin nicht etwa eine der damals landläufigen Widmungssphrasen zu erblicken, denn Pufendorf hatte es nicht nötig, sich durch Schmeicheleien Beachtung zu erschleichen, wir haben seinen Ausspruch nicht durch das Gefühl der Verehrung und Liebe zu erklären, welchen der berühmte Geschichtschreiber seinem Schätzer, Wohlthäter und Freunde entgegengebracht hat, wir müssen im Gegenteil hinzufügen, daß hier die bestgemeinten Worte hinter der Wahrheit zurückgeblieben sind, denn Pufendorf hat nur Friedrich Wilhelms Verdienst um Brandenburg und Preußen, um seine Dynastie und um das Volk im Auge, das ein gütiges Geschick in seine Hände gegeben hatte; was das große, gemeinsame Vaterland, was das ganze deutsche Volk ihm schuldet, das konnte er nicht erfassen.

Möge es unserer schlichten Erzählung gelingen, das Gefühl des Dankes zu erregen und festzumurzeln, das in dem Herzen jedes guten Deutschen für ihn lebendig sein muß.

Als Friedrich Wilhelm durch den Tod seines Vaters, des Kurfürsten Georg Wilhelm, am 1. Dezember 1640 zur Regierung kam, stand er im einundzwanzigsten Jahre seines Lebens (geb. 16. Februar 1620), er hatte jedoch von einem Jünglinge nichts mehr an sich, die harte Kriegszeit, in welche seine Jugend fällt, die Erfahrungen, welche er in der Fremde und in der eigenen Heimat gemacht, die Einsamkeit, in der er sich am Hofe seines Vaters befunden, hatten ihn frühe zum Manne gemacht. An wissenschaftlicher Bildung war er nicht reich. Sein Hofmeister Johann Friedrich Calcum von Leuchtmar, der Bruder des Kriegsratsdirektors Gerhard Romilian, und sein Instruktor Jakob Müller hatten nicht allzu viel Kenntnisse an ihn abzutreten, sie legten das Hauptgewicht des Unterrichtes auf die Sprachen und auf die Religion; am meisten Gelegenheit zum Studium mögen dem Prinzen wohl die stillen Jahre in Küstrin geboten haben, wohin er

1627 gebracht worden war, um vor dem Einfall der Dänen gesichert zu sein. Seine Schule war die Welt und der Verkehr mit Männern von Geist und Wissen, wie er sie zuerst auf holländischem Boden kennen lernte. Die Anregung, die er auf diese Weise erhielt, ermunterte ihn zur Selbstthätigkeit und zur Erwerbung von Kenntnissen in der neueren Geschichte, in der Kriegswissenschaft, im Holländischen und Französischen. Es läßt sich schwer begreifen, wie Graf Schwarzenberg, der seinen Vater im Sinne der katholischen und kaiserlichen Partei leitete, den Aufenthalt des Kurprinzen in Holland zugeben konnte, wo er bei jedem Schritte dem gewaltigen Eindrucke ausgesetzt war, den die Tradition der nahezu achtzigjährigen Kämpfe gegen die spanische Tyrannei und unerträglichen Gewissenszwang auf ein jugendliches, heldenhaft angelegtes Gemüt ausüben mußte.

„Die vier Jahre, welche der Kurprinz in den Niederlanden verlebte, sind vor allen entscheidungsvoll für ihn geworden. Der Anblick dieses Freistaates, mit seiner eigenartigen Verfassung, mit seinem hochentwickelten Handelsleben, mit dem blühenden Reichthum seines starken Volkes inmitten eines langjährigen Krieges gewährte dem offenen Blick des jungen Fürsten Anschauungen freierer und größerer Art, wie sie in dem Deutschland jener Tage nirgends zu gewinnen waren, und der Verkehr mit den nahe verwandten Oraniern, dem Prinzen Friedrich Heinrich, dem weltkundigen Johann Moritz, mit manchem der hervorragendsten holländischen Staatsmänner gab seinem früh aufs Ernste gerichteten Geiste eine Reife und Festigkeit, die den Jahren seines Alters weit voraus war.“¹⁾ Hatte schon der Einfluß seiner Mutter Elisabeth Charlotte, der Schwester des Winterkönigs, und seiner Schwester Maria Eleonore, der Gemahlin Gustav Adolfs, ihn zum Anhänger der protestantisch-schwedischen Partei gemacht, so konnte seine Beziehung zu den Oraniern ihn darin um so mehr bestärken, als Friedrich Heinrich die Bedeutung des jungen Mannes sehr wohl erkannte und sich gerne und oft mit ihm beschäftigte. Als der Prinz in Arnheim Hof hielt, kam er auch mit den Ständen von Kleve, der noch immer teilweise bestrittenen Neuerwerbung der Brandenburger, in Verührung, wobei man von klevescher Seite den Wunsch aussprach, daß der Kurprinz mit einer Pfälzerin vermählt und zum Statthalter in Kleve ernannt werden solle. Jetzt erst merkte Schwarzenberg die Gefahr, in welcher seine Politik schwebte, und er drang auf Rückberufung Friedrich Wilhelms nach Berlin. Dort lebte derselbe nun einflußlos, mißtrauisch beobachtet und selbst in dem Bewußtsein, daß man ihn am liebsten für immer unschädlich machen würde. Er konnte den Vertrag von Köpenick nicht hindern, durch welchen sich Brandenburg an die katholischen Mächte band, und mußte zusehen, wie Schwarzenberg an einem Plane arbeitete, durch welchen die schwedische Macht in Deutschland erdrückt und mit ihr die Hoffnung der Protestanten auf Behauptung ihrer staatsrechtlichen Stellung für immer vernichtet werden sollte. Zum Glücke für sein Haus und für Deutschland starb Georg Wilhelm von Brandenburg, der sich durch alle Mißerfolge seiner Regierung in seinen Lieblingsbeschäftigungen, dem Trinken und Jagen, nicht hatte beirren lassen, im Alter von 43 Jahren und überließ Land

¹⁾ Erdmannsdörffer, Deutsche Biographie. 7. Bb.

und Leute einem Berufeneren. Schon bei seinem Regierungsantritte bewies Friedrich Wilhelm, daß er sich jene Ruhe und Zurückhaltung erworben hatte, die es dem Herrscher möglich macht, seine Ideen langsam aber sicher zum Durchbruch zu bringen. Er wußte, daß man einem Staate keine allzu gewagten politischen Sprünge zumuten dürfe, ohne ihn gefährlichen Erschütterungen auszusetzen. Er ließ Schwarzenberg in seinem Amte, versicherte ihn, daß er auf seinen Rat großen Wert lege, handelte jedoch ausschließlich nach seiner eigenen Ueberzeugung. Das Verlangen der märkischen Stände, sie von dem Drucke zu befreien, welchen die in den Festungen liegenden Truppen ausübten, stand im besten Einklange mit seiner Absicht, Brandenburg zunächst neutral zu stellen und es von den gegen den Kaiser eingegangenen Verpflichtungen zu befreien. Am Reichstag zu Regensburg ließ er erklären, er werde in schuldiger Treue gegen Kaiser und Reich verharren und sei bereit, wenn es der Vorteil des Reiches unter allen Umständen erheische, auf einen Teil des pommerschen Erbes zu verzichten. Ueber die Art der Abtretung und über die Entschädigungsfrage wolle er jedoch unmittelbar mit der Königin von Schweden verhandeln. Auf eine so bestimmte, unnahbare Haltung des jungen Hohenzollern war man am kaiserlichen Hofe nicht gefaßt und gedachte, durch die gewöhnlichen Mittel doch zum Ziele zu kommen. Die meisten Kommandanten der brandenburgischen Garnisonen waren kaiserlich gesinnt, sie hatten dem Kurfürsten und dem Kaiser geschworen und nahmen für ihre Truppen die Stellung von Reichsvölkern in Anspruch. Mit ihrer Hülfe sollte Schwarzenberg die Interessen des Kaisers, wenn nötig auch gegen den Willen des Kurfürsten, vertreten. Der einst so mächtige Graf aber folgte seinem irrefeleiteten Herren schon am 14. März 1641 in das Grab. Die Unsicherheit seiner Zukunft, das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber einem Manne von der Willensstärke Friedrich Wilhelms, hatte ihn in Verwirrung und in einen Zustand der Aufregung versetzt, welche die Ursache seines Todes wurde. Der Kurfürst ging nun ohne Säumen an die Verringerung der Besatzungen, deren Geist er wohl kannte. Der getreue Konrad v. Burgsdorf in Küstrin hatte ihm längst den Rat gegeben, die Obersten Rochow, Goldacker und Lubide zu entlassen, wenn er Herr in seinen Landen werden wolle. Sie erklärten jetzt, den Befehlen des Kurfürsten wegen ihrer Verpflichtung gegen den Kaiser nicht Folge leisten zu können. Rochow wollte lieber Spandau in die Luft sprengen, als es dem Kurfürsten übergeben. Graf Martiniß,¹⁾ der als kaiserlicher Kondolenz- und Gratulationsgesandter nach Königsberg kam, sprach von dem reichspatriotischen Eifer, den sein Herr von Brandenburg erwartete, ließ sich jedoch zu irgend welchen Zugeständnissen zu Gunsten des letzteren nicht herbei. Statt dessen knüpfte er Verbindungen mit den Ueberresten der Schwarzenbergischen Partei an, die man erhalten zu können hoffte. Der Rückzug der schwedischen Armee und der Tod Banérs in Halberstadt schienen für den Fortschritt der katholischen Sache sehr günstig, wurden jedoch durch den Tod Arnims, der den Angriff einer vereinigten kaiserlich-sächsischen Armee auf die schwedischen Stellungen

¹⁾ Georg Adam Graf v. Martiniß, der Sohn des durch den Fenstersturz bekannt gewordenen Jaroslaw W. Er hatte eine Gonzaga zur Frau und stand Ferdinand III. persönlich sehr nahe.

im Norden leiten sollte, aufgewogen. Arnim soll die Bedeutung des Regierungswechsels in Brandenburg und die Art Friedrich Wilhelms wohl erkannt haben. Burgsdorf berichtet von einem Ausspruche des greisen Feldherren, den er auf dem Totenbette gethan habe: „sein ganzes Absehen wäre auf den jungen Kurfürsten gerichtet gewesen, dem habe er das ganze Werk in die Hände spielen wollen, aber er sei von dem jungen Herren, seit er Kurfürst geworden, gar sehr despektiert worden.“

Dieser hatte mittlerweile mit dem schwedischen Minister Adler Salvius in Hamburg und mit den schwedischen Generalen Stalhanssch, Siliehöck und Arzel Silie wegen einer Waffenruhe in den Marken zu unterhandeln begonnen und sandte Rumelian v. Leuchtmar in derselben Absicht nach Stockholm. Der Kaiser hoffte dagegen, durch Johann Adolf v. Schwarzenberg, den Sohn des Grafen Adam, für seine Politik neue Anhänger in Berlin zu gewinnen. Der junge Mann war jedoch, so prozig er auch auftrat, dem Kurfürsten nicht gewachsen. Er fand zwar bei einigen Junkern, wie Sebastian v. Waldow und Otto v. d. Marwitz, Neigung zur Gründung einer Partei des Widerstandes gegen die Selbstregierung des Kurfürsten, auch die früher schon genannten Generale hingen ihm an, aber die Mehrheit des märkischen Adels stand fest zum Markgrafen Ernst, dem Sohne des geächteten Jägerndorfers, welchem der Kurfürst die Statthaltertschaft in den Marken übertragen hatte. Bald war die ganze windige Gesellschaft zer Sprengt, Oberst Goldacker nahm bei Piccolomini Dienst, Kochow erhielt seine Entlassung und der junge Schwarzenberg entzog sich den seiner wartenden Anklagen durch die Flucht. Von schwedischer Seite mußte man die Wendung in der Haltung Brandenburgs sehr wohlthätig empfinden, da das Vorrücken der Kaiserlichen doch zum Teil von derselben abhing, und man schloß daher am 14. Juli den Vertrag von Stockholm, in welchem Schweden gegen zeitweise Ueberlassung der festen Plätze Driesen, Landsberg, Kroffen, Frankfurt a. D. und Gardelegen einen zweijährigen Waffenstillstand mit Brandenburg einging. In Regensburg zeigte der Kurfürst den Abschluß dieses Vertrages mit wenigen Worten an. Die Stände hätten die Waffenruhe dringend gewünscht, dieselbe bringe dem Reiche keinen Schaden; wenn die kaiserlichen Heere Pommern angreifen wollten, so seien sie daran nicht gehindert. Der Vertrag wurde jedoch nicht lange gehalten; denn die Schweden erhöhten auch ihre Forderungen gegen Brandenburg, als Leonhard Torstenson seinen Siegeslauf in Deutschland begann.

Des Kurfürsten Plan, an die Stelle der entlassenen Truppen eine ansehnliche Kriegsmacht zu setzen, welche die Unabhängigkeit der Marken in seinem Sinne zu verteidigen geeignet gewesen wäre, scheiterte an der Weigerung der Stände, die Mittel dafür zu bewilligen, sie ließen sich nur zur Erhaltung von 16 Compagnien zu Fuß und 300 Reitern herbei. Die in dieser Frage geführten heftigen Kämpfe rieben die Kräfte des Markgrafen Ernst auf, er verfiel in Wahnsinn und starb im Oktober 1642. Am 4. März des nächsten Jahres erschien endlich der Kurfürst selbst in Berlin. Er hatte mittlerweile die Verhältnisse in Preußen geordnet. Dort wollten die Städte den Regierungswechsel zum Anlaß nehmen, um mit Hilfe Polens eine Selbständigkeit zu erreichen, welche den Besitz des Herzogtums für die Hohenzollern nahezu entwertet hätte; die polnische Regierung

ging auf diese Bestrebungen mit Befriedigung ein und suchte ihrerseits dem Kurfürsten die Belehnung mit Preußen so teuer als möglich zu verkaufen. Sie unter sagte ihm, vor dem Eintritte derselben irgend welche Regierungshandlungen vorzunehmen, verlangte den Belehnungsakt vor dem versammelten Reichstage und behielt sich die Ueberwachung des Hafens von Pillau, sowie die Ernennung der Kommandanten von Pillau und Memel vor. Der Kurfürst stellte diesen Bemühungen nichts als sein Recht, aber dieses mit unerfütterlicher Sicherheit entgegen. Er betonte, daß er nur den König, aber nicht die Republik von Polen als seinen Lehensherren im Herzogtum Preußen anerkenne, er wollte nur mit königlichen Gesandten und nicht mit Kommissarien der Krone Polen verhandeln, und erklärte auf dem Wege nach Warschau, er werde die Stadt nicht eher betreten, als der Reichstag aufgelöst sei. Seine Beharrlichkeit machte alle Anstrengungen der polnischen Stände vergeblich und er erreichte die Belehnung am 8. Oktober 1641 unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen. Die drückendste war wohl die, daß er ohne königliche Genehmigung mit den Feinden der Republik keinen Neutralitätsvertrag abschließen durfte. Auch die Ueberwachung von Pillau und Memel blieb Befugnis der Republik. Der Seezoll blieb noch drei Jahre in Kraft, wurde jedoch nicht von königlichen Verwaltern eingehoben, sondern mit 2500 Gulden abgelöst, 30000 Gulden hatte der Herzog von Preußen an Polen jährliche Subsidien zu zahlen. Durch dies Abkommen war der Widerstand der Städte in Preußen haltlos geworden, die Beschwerden des Adels konnten zum großen Teile behoben, die Verwaltung des Landes in ruhige Bahnen gelenkt werden. Der Kurfürst verfügte über ein zwar nicht großes, aber sicheres Einkommen.

Von Berlin aus nahm er sofort die Verhandlungen mit Schweden wieder auf. Diese verlangten anfangs den Wiederaufbau der Werbener Schanzen, welches Ansinnen der Kurfürst aber zurückwies, weil es ihn in einen Gegensatz zu den Interessen des Reiches brachte. Die Rücksicht auf die drohende Haltung Dänemarks bestimmte Schweden dennoch, am 28. Mai 1643 einen Waffenstillstand abzuschließen, durch welchen die Marken fast uneingeschränkt in die Hand des Kurfürsten kamen; selbst in den von den Schweden besetzten festen Plätzen Landeberg, Driesen, Gardelegen erhielt der Kurfürst wieder die Landeshoheit. Seinem Stammlande hatte Friedrich Wilhelm dadurch einen wesentlichen Vorteil gebracht, die Durchzüge der Truppen, selbst die der kaiserlichen unter Gallas verursachten von nun an nur vorübergehenden Schaden. Der Kurfürst blieb aber bei dieser äußeren Sicherung nicht stehen, er ging eifrig ans Werk, das traurige Los seiner Unterthanen durch Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern, brachte Saatgetreide aus Preußen mit, rief neue Ansiedler in die verödeten Gegenden und beschäftigte sich jetzt schon mit Plänen zur Förderung des Verkehrs, so mit dem Baue eines Spree=Oder=Kanals und der Gründung einer ostindischen Compagnie (1647). Am Rheine hatte der Kurfürst eine dreifache Aufgabe. Er mußte seine kleveschen Besitzungen gegen die immer wieder hervortretenden Uebergriffe von Pfalz=Neuburg und gegen den Druck, welchen die Generalstaaten auf sie ausübten, schützen, er mußte den Widerstand der kleveschen Stände gegen alle von ihnen verlangten Leistungen brechen und die Macht der protestantischen Partei in dieser durch das Zusammenwirken von Spanien, Pfalz=Neuburg und

den geistlichen Kurfürsten so gefährdeten Landschaft durch Anschluß an die Generalstaaten möglichst aufrecht zu erhalten trachten. Der letzte Punkt, obwohl naturgemäß durch die Lebensbedingungen beider Staaten geboten, machte Schwierigkeiten, weil Holland sein politisches Uebergewicht zu einer finanziellen Ausbeutung des Nachbarn zu benützen strebte, die nachgerade unerträglich wurde. Brandenburg hatte sich zwar im Jahre 1636 von der drückenden Verpflichtung, 3000 Mann am Rhein zu Gunsten der Holländer zu erhalten, durch eine Zahlung von 127 000 Gulden befreit, es war jedoch mittelst der sogenannten Hoefyserschen Schuld¹⁾ so tief in die Kreide gebracht worden, daß die Staaten im Jahre 1640 die Domänen des Herzogtums Kleve erequierten und die kurfürstlichen Kassen mit Beschlag belegten. Im Mai 1641 wurde die Exekution zwar aufgehoben unter der Bedingung, daß der Kurfürst sich zu einer jährlichen Ratenzahlung von 50 000 Thalern und zur Verpfändung einer Anzahl Wasser- und Landzölle verpflichtete. Dieser versagte jedoch dieser Abmachung seine Zustimmung und so blieb das Schuldverhältnis Brandenburgs noch weitere 40 Jahre unregelt und gab den Holländern Anlaß, bei jeder passenden Gelegenheit wieder irgendwo eine Schranke anzusetzen, welche des Kurfürsten freie Bewegung in den rheinischen Landen hinderte.

In den Reichsangelegenheiten vertrat der Kurfürst mit Hessen und Braunschweig die weitgehendsten Forderungen der Evangelischen, allgemeine Amnestie, Beseitigung des Prager Friedens, Herstellung des Zustandes von 1618. Auf dem Deputationstage von Frankfurt hatte Dr. Wesenbeck, ein aus der neuen Schule Friedrich Wilhelms hervorgegangener Staatsmann von scharfem Verstande und Takt, den Auftrag, sich von den übrigen Kurfürsten zu sondern und gegen den Krieg, welcher zu Gunsten Dänemarks geführt werden sollte, seine Stimme geltend zu machen.

In der vom 14. Dezember 1644 datierten Instruktion für die nach Münster abgehenden Gesandten, Graf Johann zu Sayn und Wittgenstein, Friedrich v. d. Heiden und Dr. Johann Portmann, bestimmt der Kurfürst zunächst die Grenzen, innerhalb deren sich dieselben hinsichtlich des Zeremoniells zu bewegen haben. Der Kaiser hat den Gesandten des Kurfürsten dieselben Ehren wie denen der Republik Venedig zugestanden, es ist also darauf zu sehen, daß dieselben Empfangsfeierlichkeiten eingehalten werden. Außerdem möge man sich bei Kurköln über den Verlauf des Empfangs erkundigen und auf Gleichheit des Vorganges bei den eigenen Visiten und Revisiten achten. Die erste Aufwartung hat bei den kaiserlichen Gesandten, dann bei den Gesandten der vermittelnden Mächte, des Papstes und der Republik Venedig, zu geschehen. Was die Titelfrage betrifft, so ist der Kurfürst geneigt, dem König von Frankreich den Titel Majestät zu geben, wozu sich Köln und Baiern schon herbeigelassen, wenn ihm hingegen das Prädikat Serenissimus und seinen Gesandten das Recht zugestanden wird, bei den

¹⁾ Die Hoefysersche Schuld war 1614 durch ein Anlehen von 100 000 Thalern = 248 000 holl. Gulden entstanden und durch das Zuschlagen von 1% Maltzergeld und 7% Zinsen 1624 schon auf 359 264 Gulden gesteigert worden. 1641 betrug sie 1 126 955 Gulden. Durch die Vergantung des Bankhalters Hoefysers, der das Geldgeschäft nicht mit eigenen Mitteln allein gemacht, sondern Admiraltätsgelder verwendet hatte, fanden die Staaten Veranlassung, die Schuld aus einer privaten in eine öffentliche zu verwandeln.

Audienzen sich bedecken zu dürfen. Dem Könige von Polen gebe Brandenburg schon als Lehensherren von Preußen den Titel Majestät, es werde ihm aber auch mit Serenissimus erwidert. Dann heißt es weiter:

„Sonsten wollen wir nicht, daß Unsere Gesandten jemand anders als der gekrönten Könige und Unserer vorstehenden Mit-Churfürsten Vd. Gesandten weichen sollen, sondern sie haben sich vielmehr der Congressuum, da zu Unserm und Unserer Mit-Churfürsten Praejudicio etwas vorgehen könnte, zu äußern. Wir wollen auch nicht davor halten, daß sich jemand dergleichen unterfangen werde, ohne (mit Ausnahme) daß die Respublica Veneta unwissend (ohne Wissen) der Churfürsten, von der nächst abgelebten Kais. Majestät Ferdinando II. dergleichen Decret erhalten haben soll, den aber die Churfürsten, sobald sie hiervon Nachricht erlanget, contradiciret, und werden dieselbige auch förders ihre Nothdurft in Acht zu nehmen nicht unterlassen. Diesem Exempel wollen die Herrn Staaten der Vereinigten Niederlande folgen, die doch bei Unsers Groß-Herrn Batern und Herrn Batern Gnaden Christmildesten Angedenkens Zeiten nichts dergleichen praetendiret, dero-wegen sich Unsere Gesandte hierunter in Acht zu nehmen und mit den anderen Churfürstl. Gesandten hieraus vertraulich zu communicieren, dann obwol die Stände des Reichs, sonderlich aber die Herrn Churfürsten, ein gewisses Haupt elegieren und erwählen, so geschiehet doch solches mit einer gewissen Capitulation, in welcher ihnen (sich) die Herrn Churfürsten unterschiedliche Regalia des Reichs vorbehalten, deren ohne Vorbewußt und Einwilligung der Herrn Churfürsten sich kein Römischer Kaiser vor sich gebrauchen können, also, daß sie mit anderer Kronen Ständen und Unterthanen gar nicht zu comparieren; sie haben bei sich einen gekrönten König in Böhmen zu einem Collegen, also daß das Collegium Electorale wol ein Collegium regium in Germania kann genennet werden; um welcher Consideration willen die alten löblichen Churfürsten auch mit gekrönten Königen aemuliret.“ Der Kurfürst vertritt in dieser Ausführung die Grundsätze, welche fast gleichzeitig mit seinem Regierungsantritte die öffentliche Meinung von Deutschland zu beherrschen anfangen. Er stellt sich auf den Boden jener staatsrechtlichen Auffassung, welche die Kraft des Reiches in die einzelnen Glieder verlegte und dem Oberhaupte kaum viel mehr als Ehrenrechte einräumte. Die Hohenzollern hatten diesen Standpunkt bisher nie mit solcher Offenheit als den ihren erklärt; unter den Verhältnissen, welche die Reformation und der Krieg geschaffen, war er notwendig geworden. Daß Friedrich Wilhelm ihn seinen Gesandten zu Gemüte führt, war wohl nicht durch die Rücksicht auf Rang- und Formfragen allein veranlaßt, sondern mit der Absicht geschehen, die Stellung Brandenburgs zum Reiche klar und bestimmt zu kennzeichnen. Der Kurfürst ist daher selbstverständlich dagegen, daß der Kaiser allein mit den auswärtigen Mächten verhandle, Brandenburg kann sich in keinem Fall ausschließen lassen,¹⁾ dagegen

¹⁾ Die Bedeutung der westfälischen Verhandlungen für Brandenburg, namentlich aber die Thatsache, daß die europäischen Verhältnisse durch einen allgemeinen Kongreß geregelt wurden, der allein die Entschädigung für die schon in Aussicht genommene Abtretung Pommerns sichern konnte, hat Erdmannsdörfer in der Einleitung zum dritten Abschnitte IV. Bandes „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg“ sehr richtig hervorgehoben: „Es ist eines von den wesentlichst mitbestimmenden Momenten für die innere

ist er mit der Zulassung der anderen Reichsstände zu den Traktaten einverstanden und glaubt, daß die Verhandlungen sich am zweckmäßigsten nach Kreisen einleiten ließen. Besondere Vorsicht sei bei Abgabe der Vota zu beobachten, denn es können sehr leicht Fragen vorkommen, in welchen der Kurfürst und seine evangelischen Mitstände, für deren Gesamtheit er die Bezeichnung „Stände der augsburgischen Konfession oder protestierende Stände“ allein zulässig erklärt, die Mehrheit der Stimmen nicht anerkennen dürfen. Ueber die Motive und Ursachen des unheilvollen Krieges werde man sich hoffentlich in keine Debatte einlassen. Der Kurfürst ist versichert, daß von seiten der Kaiserlichen dazu keine Veranlassung werde gegeben werden, deshalb sollen seine Räte allen möglichen Fleiß aufwenden, „damit solcher unnöthigen und undienlichen Weitläufigkeit in Zeiten vorgebaut und gleichsam in herba abrumpiret und abgesehritten werde“.

Im Jahre 1645, als Schweden und Dänemark sich abgefunden hatten, als Sachsen die Partei der Kaiserlichen verließ und Baiern sich fester denn je mit Frankreich verbunden fand, wäre vielleicht der Augenblick gekommen gewesen, in welchem Brandenburg hätte an die Spitze einer großen nationalen Bewegung treten können. Johann Gustav Droysen wirft in seiner Geschichte der preussischen Politik die Frage auf, warum damals Friedrich Wilhelm nicht eine große Armee um sich versammelt und den Frieden in Deutschland diktiert hat? Es ist richtig, daß neun Zehntel der schwedischen Armee aus Deutschen bestand und daß viele von denselben bereit gewesen wären, sich auch einmal um einen mächtigen deutschen Feldherrn zu scharen, vorausgesetzt daß er sie bezahlen konnte; es soll auch gewiß nicht bezweifelt werden, daß der junge Kurfürst von Brandenburg, obwohl er damals noch nicht der große hieß, doch schon ein großes Ansehen im Reiche und bei dessen Feinden besaß, daß es der Männer, die ähnlich dachten, wie es Arnim am Totenbett ausgesprochen hat, nicht wenige gab — es konnte aber nicht die Sache eines Hohenzollern sein, die Wege Wallensteins und Bernhards von Weimar zu wandeln; ein Mann, der es mit der Würde eines deutschen Kurfürsten Ernst nahm, durfte doch nicht schließlich von dem Willen der in ihrer Moralität schon sehr herabgekommenen Scharen abhängen, die damals die Geißel ihrer Landsleute bildeten. Auf rechtmäßigem Wege eine genügende Anzahl Truppen aufzubringen, dazu boten die märkischen Stände nicht die Mittel und sie hätten gewiß von ihrem „deutschen Verufe“ nicht überzeugt werden können.

Die Frage der Vermählung des Kurfürsten beschäftigte mittlerweile nicht sowohl ihn als die übrigen Mächte in hervorragender Weise. Die angeblich von Gustav Adolf selbst gewünschte Verbindung seiner Tochter Christine mit dem Brandenburger wäre jetzt, nachdem die Königin die Regierung angetreten hatte, zeitgemäß geworden. Es zeigte sich jedoch auf keiner Seite der rechte Eifer für die Sache. Am meisten war vielleicht Christine selbst dafür eingenommen, ihr unglaublicher

Entwicklung des brandenburgisch-preussischen Staates gewesen, daß seine Neugründung durch den großen Kurfürsten in ihrem Beginne zusammenfiel mit einer großen deutschen Krisis, welche zugleich eine europäische war und nur auf dem Wege allgemeinsten und umfassendster Vereinbarung mitgelöst werden konnte. Dieser Umstand hat dem sich bildenden norddeutschen Staate von Anfang an den Stempel europäischer Zusammenhänge aufgeprägt.“

Dünkel verhinderte sie jedoch, ihre wahre Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Die schwedischen Machthaber verlangten sich natürlich keinen Herren und thaten deshalb nichts, um die Königin zu irgend einer Aeußerung zu ermuntern, obwohl sie wußten, daß sich dieselbe sehr viel mit dem Heiratsprojekte beschäftigte. Der Kurfürst selbst wollte sich vor allem nicht der Möglichkeit aussetzen, daß seine Werbung abgeschlagen werden konnte, und er war niemals gewillt, die Regierung mit der Familie Orenstierna und anderen Sippen zu teilen. Das brutale Auftreten Schwedens gegen Brandenburg in den Verhandlungen zu Münster und Osnabrück zwang den Kurfürsten übrigens, sich auf anderer Seite eine Stütze zu suchen, und da Frankreich trotz aller Hochachtung vor dem Kurfürsten und trotz des Projektes, das Fräulein von Orleans, die reiche Prinzessin von Montpensier, mit demselben zu vermählen, nicht verläßlich schien, so war Friedrich Wilhelm mehr denn je auf die Generalstaaten angewiesen. Im Herbst 1646 fiel die Entscheidung. Der Kurfürst ging an den Rhein. Von seinen Gesandten in Osnabrück erhielt er die Versicherung, daß der Kaiser ganz Pommern preisgegeben hatte und daß Schweden keine Scheu kannte, dem durch die Gemeinsamkeit der Religion und durch Verwandtschaft ihm am nächsten stehenden Fürstenhause sein wohlverbrieftes Erbe vorzuenthalten. Der Kurfürst entschloß sich nun, gleichzeitig mit Pfalz-Neuburg abzurechnen, das sich durchaus nicht zu einer korrekten Einhaltung der Verträge verstehen wollte, und das Bündnis mit Holland neu zu befestigen. Er erklärte dem Pfalzgrafen, daß er nun seinerseits den Provisionalvertrag von 1629 nicht mehr zu halten gedenke, und ließ am 15. November seine Truppen ins Bergische einrücken. Am 23. d. M. fand in aller Stille seine Vermählung mit Luise Henriette, der Tochter Friedrich Heinrichs von Oranien, statt, nachdem er vorher in der Versammlung der Generalstaaten seinen Wunsch nach einer Allianz und die Erwartung ausgesprochen hatte, man werde ihm behülflich sein, einen Teil von Pommern und seine jülich-kleveschen Lande zu erhalten. Während die Herren Staaten die Allianzfrage sehr bedächtlich erwogen, vermittelte der Prinz Statthalter mit Pfalz-Neuburg. Die brandenburgischen Truppen wurden im Dezember aus dem Bergischen zurückgezogen und am 8. April ein neuer Provisionalvertrag geschlossen, in welchem die Teilung der Lande, wie sie 1629 vorgenommen worden war, bestätigt, der Religionszustand von 1612 als „normal“ bezeichnet und ein Abkommen über die Einkünfte der beiden Häusern gemeinschaftlichen Grafschaft Ravensberg getroffen wurde. Der Pfalzgraf versprach auch nochmals, die Stände von Jülich und Berg zu einer Beisteuer von 160 000 Thalern für die Hoefysersche Schuld bestimmen zu wollen.

In Osnabrück führte indes Brandenburg einen hartnäckigen, aber fast absichtslosen Kampf um den Besitz von Pommern. Schwedens Rücksichtslosigkeit kannte keine Grenzen mehr, Orenstierna suchte dem Kurfürsten die Annahme des Friedens durch fortwährende Steigerung der schwedischen Forderungen unmöglich zu machen und für diesen Fall hatte der Kaiser schon zugestimmt, daß Schweden Vor- und Hinterpommern für sich behalten könne. Am 17. Januar 1647 sah sich der Kurfürst genötigt, seine Einwilligung zu der Abtretung von Vorpommern zu geben. Nur mit Mühe konnten die Schweden bewogen werden, auf Kolberg

und die an schwedische Offiziere vergebenen Domänen in Hinterpommern zu verzichten. Drenstierna bestand darauf, daß Schweden auch ein Streifen Landes am rechten Oderufer zugesprochen werden müsse, dessen Breite später zu bestimmen wäre. Die Entfremdung zwischen Frankreich und Schweden erst machte letzteres etwas entgegenkommender. Andererseits sah auch der Kaiser, nachdem ihn Baiern durch den Vertrag von Ulm preisgegeben, nach Unterstützung von anderer Seite aus. Es war ein Augenblick, in welchem Friedrich Wilhelm in seiner neutralen Stellung nicht weiter verharren konnte, sondern die Nötigung empfand, sich einer der beiden großen Parteien, deren Gegensatz den grauenhaftesten Krieg hervorgerufen und ins dreißigste Jahr festgehalten hatte, anzuschließen. Wir sind über den Gedankengang, der den Entschluß des Kurfürsten zur Folge gehabt hat, durch ihn selbst auf das genaueste unterrichtet.

In der zweiten Hälfte des Juni schrieb der Kurfürst jenes berühmte „Bedenken“ nieder, in welchem er alle Erwägungen zusammenfassen und logisch gegliedert sich vor Augen stellen wollte, aus welchen sein Entschluß hervorging, die Anträge der kaiserlichen Partei nicht anzunehmen.

Ueber die Bestimmung des Schriftstückes, welches der Kurfürst eigenhändig aufgezeichnet hat, wurden keine Andeutungen vorgefunden, es ist daher keine allzu weit gehende Vermutung, wenn man sie in dem Bedürfnis sucht, eine wiederholt entwickelte Gedankenreihe in einer bestimmten Form für die eigene Erinnerung und als Begründung seines Vorgehens den Räten gegenüber festzustellen. Es gibt wenige geschichtliche Dokumente, wie dieses, in welchem ein großer Regent seine ureigenste Gedankenarbeit in authentischer und — was die Hauptsache ist — gleichzeitiger Fassung überliefert; denn es geht kaum an, Memoiren oder in späterer Zeit abgefaßte Reflexionen über längst abgeschlossene und durch die Folgen aufgeklärte Thatfachen mit dieser unter dem unmittelbaren Drucke der Verhältnisse entstandenen Selbstaufklärung in Vergleich zu stellen. Für den Ernst und die Gründlichkeit, mit welcher Friedrich Wilhelm sein Regierungsamt versah, gibt es kein sprechenderes Zeugnis als dieses „Bedenken“, mit dessen wichtigsten Teilen wir zur Charakteristik des großen Mannes wesentlich beitragen zu können glauben. Es trägt die Ueberschrift:

„Bedenken, ob ich einige Partie (Partei) jetzt oder ins Künftige annehmen solle, darinnen etliche obstacula (Hindernisse), welche vorgewandt werden möchten, als nämlich, daß man Sich dem Kaiser, dem Reiche Polen und Spanien hiedurch zuwider machen würde und dann, warum man diese Schwierigkeiten aus dem Wege räumen solle und müsse,“

und lautet im wesentlichen:

„Ob ich zwar ungerne zu solchen Extremitäten schreiten wollte, daraus man mutmaßen könnte, daß ich gegen meine Pflicht, mit welcher ich zuvörderst dem Reich, nachmals dem Kaiser als dem Haupt verpflichtet bin, handeln oder dagegen etwas beginnen möchte, insonderheit weil ich bis dato darin beständig verblieben, welches nicht allein Freunde, sondern auch Feinde mir ohne Passion nachsagen müssen, — in was für einem Zustand mein Staat besteht, ist keinem besser bewußt, denn mir selbst, welchen solches auch am meisten angeht, derothalben mir und meinen Landen nichts Zuträglicheres sein kann, als daß Gott der Allmächtige

feinen Segen von oben herabgeben und verleihen wolle, daß die jetzigen General-Friedens-Tractate zu Osnabrück und Münster ehest zu einem glücklichen Schluß und Frieden ausschlagen und gedeihen mögen. Welcher Schluß vielleicht Etlichen gar nahe vor der Thür zu scheinen, mir aber noch wenig Hoffnung machen thut, daher dann das Hoffen und Harren einem schier zu schwer fällt, indem die Unterthanen, Land und Leute von Fremden besessen, verderbet und endlich gar mein Ruin daraus entstehen und folgen wird, daß man mir nicht allein die Lebensmittel entziehen, sondern auch die übrigen Lande, welche mir Gott gegeben, mit Gewalt genommen und keine Consideration . . . nehmen, daraus dann diese Frage entstehet, wie man solches Unheil bei Zeiten verhüten solle. Dieses ist die schwerste Frage, welche wohl bedürfte durch des Salomonis Weisheit erörtert zu werden, glaube auch, daß Salomon und David nie keine so schwere Deliberation vorkommen sei, denn, wenn man betrachtet, wie meine Lande gelegen, auf einer Seite ist die Kron Schweden, auf der anderen der Kaiser und sitze gleichsam mitten zwischen Ihnen innen und erwarte, was sie mit mir anfangen oder thun wollen, ob Sie mir das Meinige lassen oder nehmen wollen. Eine Partei zu wählen ist gefährlich: mit dem Kaiser zu legen und zu heben, ist jetzt zu spät, denn seine Macht fast gar abgenommen hat . . . Gesezt (aber) es hätte der Kaiser noch Mittel, dieses Werk auszuführen (und) ich erwählte seine Partei, dadurch würde ich mir die Krone Schweden, Frankreich und die Staaten zum Feinde verursachen und würden Sie mir endlich auch die Kur Brandenburg nehmen können.

„Nehme ich nun die Schwedische, so mache ich mich dem Kaiser und Spanien wegen der Clevischen Lande zum Feinde, einem Katholischen sich auch zu vertrauen ist nimmermehr ratsam, denn sie selber in öffentlichen Schriften gesezt haben, daß den Regern, wie sie uns nennen, kein Glaube zu halten sei. Weil sie nun vermaßen, daß sie uns keinen Glauben zu halten schuldig sind, wie können wir dann solchen Leuten trauen . . . An Zusagen und Promessen wird es wohl nicht ermangeln, ja an Kaiserlicher und Spanischer Seite werden sie Alles thun, was ich begehren werde, aber es ist zu besorgen nur so lange, als sie meiner werden von Nöten haben und ihre eigene Regel alsdann an mir erfüllen.

„Die Schwedische Partei belangend, so weiß man wohl, wie selbige mich tractirt haben und was ich mich noch ins Künftige zu Ihnen werde zu vermuten haben, und wie weit ich Ihnen trauen solle, kann ich noch nicht wissen, viel Freundschaft habe ich von Ihnen noch nicht empfangen, wie manniglich bekannt . . . derowegen sollte man wohl raten, daß ich in dem Stand, wie ich anjetzt bin, verbleiben und alle Ungewitter über mich ergehen lassen, bin auch wohl versichert, daß die von der alten Welt derselbigen Meinung gleichfalls sein würden. Aber hier heißt es ‚Wo finden wir Brod in der Wüste,‘ und da man mir das Meinige nimmt und den Brodkorb so hoch hängen thut, muß derowegen eine Resolution fassen und halte dafür, daß es besser sei mit denen in Verbündnis zu stehen, welche eines Glaubens, obzwar einige Streitigkeiten, welche aber nicht hinderlich an der Seligkeit sind; denn allein kann ich mich nicht schützen, bin also genötigt (genottreg), diese Schwedische Partei anzunehmen, es sei offensive oder defensive . . . Möchte einer hierwider einwerfen, ob nicht noch so lange damit zu verziehen wäre, eine Alliance abzuschließen, bis man sehe, wo das Werk mit den Tractaten hinaus-

schlagen wollte; hier findet sich die Antwort selbst, ob meine Soldatesca so lange Hunger leiden kann bis zu Ausgang des Schluß und halte ich dafür, das sei nicht möglich, auch könnte hieraus entstehen, daß man mich nachmals nicht sonderlich begehren möchte; sie könnten eine Battaglie gegen den Kaiser erhalten und dann wäre es ganz mit ihm auf einmal gethan, alsdann würde die Consideration, so die Kron nun noch hat, daß sich das Glück wenden möchte, auch aus sein und würden sie alsdann noch mehr leges dem Kaiser und den Kur- und Fürsten vorschreiben. Aus dieser Alliance würde dieses ins Künftige entstehen, daß ich mich considerabel durch eine Armee machen könnte, auch nachmals mit der Landgräfin und ihren Völkern sich conjugiren, da auch endlich Lüneburg und Braunschweig dazu gebracht werden könnten; auch daferne die Krone Schweden gar zu unbillig in ihren Postulatis wäre, könnten wir selbiges vorschreiben, was wir alsdann wollten und würde der Kaiser nachmals erfahren, daß er getreue Kur- und Fürsten im Reich gehabt hätte; hieraus würde man auch schließen, daß solches aus keiner Leichtfertigkeit geschehen, sondern vielmehr aus Liebe gegen dem Reiche und eines jeden Vaterland, denn was wäre dem Kaiser und dem Reiche gebient mit armen von Land und Leuten verjagten Kur- und Fürsten, halte also dafür und schließe auch dahin, daß solche Alliance in Gottes Namen anzufangen wäre, auch künftig bei der Posteriorität genugsam zu verantworten sein würde, aber dieses letztere müßte in aller Geheim negociirt werden und würde nicht dienen, wenn solches auskäme. Zwar möchte man meinen, es wäre besser erst in geheim dieses Werk mit Braunschweig, Lüneburg und der Frau Landgräfin allein zu communiciren, ob selbigen eine solche Conjunction belieben möchte, aber es ist höchlich zu besorgen, daß so etwa von einem oder dem anderen Theil auskommen möchte, dadurch dann die Kron Schweden wieder eine neue Action auf mich wegen der pommerschen Lande nehmen möchte und solche Conjunction nicht gestatten; sondern mit Gewalt verhindern.“

Das Werk mit „Braunschweig und der Frau Landgräfin“ sollte den Kurfürsten nicht lange nach der Abfassung des „Bedenkens“ doch noch mehrfach beschäftigen und zwar unter Umständen, welche Brandenburgs selbständiges Auftreten zu begünstigen schienen. Nach dem plötzlichen Tode Friedrich Heinrichs von Oranien hatte die Krämerpolitik in Holland, die mit Vernachlässigung einer ruhmvollen Tradition den Frieden um jeden Preis durchsetzen wollte, die Oberhand gewonnen. Spanien war dadurch in die Lage versetzt, um so energischer gegen Frankreich vorgehen und dadurch die Katholiken in Deutschland unterstützen zu können. Baiern trat im Pilsener Vertrag vom September 1647 zum Kaiser zurück. Als Folge dieser Veränderungen in der Gruppierung der Mächte machte sich daher eine Annäherung Frankreichs an Brandenburg bemerkbar, welche bis zu dem Antrage führte, der Kurfürst sollte mit französischen Hülfsgeldern in der Höhe von einer halben Million Kronen eine Armee von 12000 Mann zur Verwendung gegen die kaiserlichen Truppen aufstellen. Gleichzeitig machte aber auch der Kaiser bedeutende Anstrengungen, um den Kurfürsten für die Vertreibung der Schweden aus Deutschland zu gewinnen. Daß Friedrich Wilhelm nicht dazu beitragen würde, Deutschland dem Katholizismus auszuliefern, war klar, er fühlte jedoch auch keinen Beruf in sich, für das unverlässliche Frankreich Söldnerdienste zu thun,

es schien ihm richtiger, wenn die deutschen Protestanten ihre Sache jetzt selbst in die Hand nehmen und den Frieden erzwingen würden. Er ließ in Dresden erklären, er wolle durchaus keinen Krieg mehr, sei jedoch bereit, im Bunde mit den evangelischen Mitsländern die Unabhängigkeit ihrer Gebiete zu wahren. Wenn Sachsen, Brandenburg, Braunschweig, Hessen je 5000 Mann aufstellen, könnten sie nötigenfalls auch Magdeburg decken. Nicht nur Hessen, sondern sogar Mainz, wo der erleuchtete Philipp von Schönborn regierte, war für die „dritte Partei“ eingenommen, bei Sachsen jedoch blieb alle Ueberredungskunst Burgsdorfs vergebens. Dort war man noch immer nicht zur Ueberzeugung gekommen, daß der Prager Frieden ein Verrat an der protestantischen Sache gewesen war und daß die alte Vormacht der Protestierenden ihre Stellung durch eine freie und offene That wiedergewinnen müsse. Kursachsen hat es Brandenburg wahrlich nicht schwer gemacht, die Führung der deutschen Protestanten zu übernehmen.

Der Verlauf der Friedenshandlung blieb nach wie vor von den Erfolgen der schwedischen, französischen und spanisch-österreichischen Generale abhängig, der Bestand protestantischer deutscher Reichsgebiete war gesichert, weil man dieselben zur Konstruktion des europäischen Gleichgewichtes nicht entbehren konnte, ihrer evangelischen oder nationalen Gesinnung hatten die Herren Stände fast immer nur dann Ausdruck gegeben, wenn sie um einen Deckmantel für irgend einen diplomatischen Kniff verlegen waren, der ihnen die Einkünfte eines Dorfes oder einer Pfründe sichern sollte. Ein Verdienst des Kurfürsten von Brandenburg war die Gleichstellung des augsburgischen und reformierten Bekenntnisses, für welche er sich mit aller Macht eingesetzt hatte.

Durch den Friedensschluß verlor Brandenburg das Herzogtum Pommern, das ihm nach dem Aussterben der einheimischen Herzoge 1634 angefallen war, fast gänzlich; es blieben ihm davon nur die wertlosesten Teile und um diese mußte es mit Schweden noch jahrelang ringen. Als Ersatz erhielt das Kurhaus die Bistümer Halberstadt, Minden und Ramin als weltliche Fürstentümer sofort, das Erzbistum Magdeburg als Herzogtum nach dem Ableben des Administrators August von Sachsen, jedoch ohne die Ämter Jüterbogk, Quersfurt, Dam und Burg, die an Kursachsen fielen. Was die Ausdehnung dieser neu erworbenen Gebiete betrifft, so stand sie der des verlorenen *Hinterpommern* nicht viel nach; ¹⁾ über das Verhältnis der Bevölkerung läßt sich für jene Zeit wohl kaum ein haltbarer Vergleich anstellen. Dennoch war der Kurfürst bereit, Magdeburg, Halberstadt und Minden nebst zwei Millionen Thaler für Vorpommern zu geben, da es ihm um die Herstellung eines geschlossenen Hauptlandes, um die Erleichterung der Verbindung mit Preußen und um den Seeverkehr zu thun war, von welchem er sich die Hebung des Wohlstandes auch seiner Stammlande versprach. In *Hinterpommern* war Kolberg der einzige brauchbare Hafen. Die Vorteile, welche

¹⁾ *Hinterpommern* mit Ramin umfaßte 361 von den 537 Quadratmeilen des ganzen Herzogtums, Magdeburg 91, Halberstadt 40, Minden 53 Quadratmeilen. Schmoller, Studien über die wirtschaftl. Politik Friedrichs des Großen im Jahr. f. Gesetzgebung . . . N. F. 8. Jahrg. 2. Heft S. 42. Für das Jahr der Einverleibung Magdeburgs berechnet Schmoller Magdeburg mit 101, Halberstadt und Dornburg mit 28, Preußisch-Mansfeld mit 11, Hohenstein mit 8 Quadratmeilen. Ebd. 8. Jahrg. 4. Heft S. 15.

sich aus dem Besitze von Pommern für Schweden ergaben, bedürfen keiner Erläuterung, sie lassen es begreiflich erscheinen, daß man von dieser Seite für den Tauschvertrag keine Neigung hatte, um so mehr als die Hoffnung durchaus nicht aufgegeben war, Hinterpommern unter günstigen Zufällen auch noch einzuheimsen. Vorläufig dehnte Schweden seine Ansprüche, die im Friedensinstrumente nicht mit der nötigen Genauigkeit bezeichnet waren, weil eine Einigung darüber nicht zu erzielen gewesen war, nach Möglichkeit aus. Stettin, Garz, Damm, Golnow, die Insel Wollin samt der Obermündung und dem Frischen Haff waren im Frieden genannt, dazu sollte vom Beginn des königlichen Gebietes bis an das Baltische Meer ein Uferstreifen kommen, über dessen Ausdehnung die Kommissäre beider Mächte sich freundschaftlich zu vergleichen hatten. Schweden verlangte nun nicht nur Stadt und Insel Wollin, sondern auch die gleichnamigen Ämter und die Ämter Kolbzig und Pyritz, der bewußte Uferstreifen aber sollte die Breite einer Meile haben. Im März 1649 sandte der Kurfürst seinen Rat Ewald v. Kleist an die Königin nach Stockholm und ließ ihr vorstellen, daß der pommerische Grenzstreit nur durch Privatinteressen hervorgerufen sei. Alle die Offiziere und Beamten, welche aus den pommerischen Domänen Dotationen bekommen hatten, fürchteten um ihre Besitzungen, wenn das betreffende Gebiet brandenburgisch würde, und deshalb suchten sie die Grenze so weit als möglich nach Osten zu schieben. Je mehr bei Schweden blieb, desto mehr usurpirter Besitz war gerettet. Es hielt daher auch alles, was am Hofe von Stockholm Macht besaß, redlich zusammen, um die Ausbeutung Brandenburgs als für das Staatswohl erforderlich hinzustellen, das Anstandsgefühl scheint den Schweden in jenen Tagen vollkommen abhanden gekommen zu sein. Im Februar 1651 verließ Kleist Stockholm, ohne etwas anderes erreicht zu haben, als die Verweisung auf die in Stettin zusammen tretende Grenzkommission. Der Nürnberger Exekutionstag hatte sich um die pommerische Frage wenig gekümmert. Der Pfalzgraf Generalissimus war zwar ursprünglich geneigt gewesen, Hinterpommern und die Neumark in den dritten Räumungstermin ohne Klausel aufzunehmen, er hatte jedoch von Stockholm Gegenbefehl erhalten, dem er, obwohl er sich dessen schämte, wie Dr. Wesenbeck dem Kurfürsten berichtet, doch nachkommen mußte. Der Hauptrezeß enthielt die Stelle, daß die Räumung von Hinterpommern erfolgen solle, „wenn zuvorderst wegen Entscheidung der Grenzen und anderer geringen Sachen eine völlige Richtigkeit getroffen ist“. Zu den „geringen Sachen“ gehörte die Zahlung des brandenburgischen Anteils für die letzten zwei Millionen und eines angeblichen Kontributionsrestes von 120 000 Thalern, die der Kurfürst nie anerkannt hatte. Wesenbeck unterschrieb den Rezeß nicht. Damit war der Kurfürst jedoch nicht zufrieden; er hätte gegen den ganzen Rezeß protestieren sollen. Wenn er niemand nach Nürnberg gesendet hätte, schreibt Friedrich Wilhelm an seinen Gesandten, wäre es für ihn besser gewesen. Es hätte dann nicht in Anwesenheit, also mit Zustimmung des brandenburgischen Vertreters eine so schädliche und schimpfliche Klausel aufgenommen werden können. „Es ist gewiß eine große Unerkennlichkeit von unseren Mitkur- und Fürsten, daß, da Wir nächst Gott das meiste zu Wiederbringung des Friedens gethan und einem jeden absonderlich nach Vermögen in seinen Anliegen getreulich und fleißig assistirt, sie dennoch die Hand so gar

von uns abgezogen, daß sie nicht allein uns in der größten Ungelegenheit, besonders auch den so theuer erworbenen Frieden in Ungewißheit stecken lassen wollen.“

Die Grenzkommision war Ende März 1650 in Stettin zusammengetreten und hatte neue Spitzfindigkeiten auf schwedischer Seite zu Tage gefördert. Herr v. Lilieström wußte die schönsten Erklärungen für den Ausdruck „litus“ (Ufer) zu geben, und als er damit nicht weiterkam, gab er dem in das Friedensinstrument aufgenommenen Zusätze von der freundschaftlichen Verständigung die weitgehendste Auslegung. Eine im Jahre 1659 unter dem Titel „Cromwells, Drenstirns und Lilieströms geführte Staats-Discursen in Plutons Residenz“ läßt Drenstierna als Professor in der Hölle vor 300 jungen Teufeln Vorlesungen über Politik halten. „Vor diesem Auditorium soll Lilieström eine Disputation ‚de litore‘ halten, weil er vor diesem, als Schweden mit Brandenburg Pommern geteilet, etliche gar feine und dem Teufel nicht unanständige distinctiones litoris vorgebracht.“¹⁾ Als im November 1651 die Grenzlinie bereits abgesteckt war, kam Schweden wieder mit einer neuen Nußanwendung des Begriffes „litus“; es verlangte nämlich alle Lizenten (Zölle und Verbrauchssteuern) in den an dem abgetretenen Ufer gelegenen Hafenplätzen. Brandenburg mußte dieselben schließlich mit Schweden teilen. Erst im Herbst 1652, als der Kaiser bereits anfing, an der Sicherung der Nachfolge seines Sohnes zu arbeiten, fand der Kurfürst von dieser Seite einige Unterstützung. Die Anwesenheit des Kurfürsten in Prag (November 1652) hatte den Beschluß des Kaisers zur Folge, Schweden den Eintritt in den Reichstag zu verwehren und die Belehnung zu verfagen, bis der Grenzstreit mit Brandenburg ausgetragen sei. Am 16. Juni 1653 fand endlich die feierliche Uebergabe von Hinterpommern an Brandenburg in Stettin statt; die schwedische Besatzung verließ Kolberg.

Ein schweres Stück Arbeit war vollbracht, ein anscheinend sehr geringer Erfolg hatte nur unter den schwierigsten Kämpfen und durch die größte Beharrlichkeit und Unerbrotendheit erreicht werden können. Ein Erfolg war es aber doch, daß es dem jungen, auf sich selbst angewiesenen Brandenburger gelungen war, wenigstens ein Stück seines pommerschen Erbes dem raubsüchtigen Schweden aus dem Rachen zu reißen, trotzdem ihm von allen Nachbarn in Wahrheit nicht ein einziger den fargen Besiß vergönnte und trotzdem die Bevölkerung seiner eigenen Erblande so gut wie gar keinen Anteil an dem kühnen Streben ihres Fürsten nahm und für die Verwirklichung desselben nicht die geringsten Opfer bringen wollte.

Schon jetzt hatte es sich erwiesen, daß der Kurfürst seine verlässlichste Stütze nur in der Festigkeit und Unbeugsamkeit seines Willens und in dem treuen Glauben an seine hohe Bestimmung suchen und daß er keiner Einsicht größeres Vertrauen schenken durfte, als der eigenen. Von den Ständen seiner weit auseinander liegenden Gebiete war ihm ein Teil geradezu feindlich gesinnt: in Kleve wäre man lieber holländisch geworden, statt sich nach brandenburgischer Art regieren zu lassen;

¹⁾ Erdmannsdörffer, Urk. u. Aktenstücke IV. 835.

dort galt die jülich-klevische Union als verfassungsmäßiges Grundgesetz, das durch die Erbverträge des Fürsten nicht gestört werden konnte und die Summe aller Verpflichtungen enthielt, welche die Stände überhaupt auf sich genommen hatten; der Abschluß des Hauptrezesses vom 9. Oktober 1649 hatte an den Anschauungen derselben keine wesentliche Aenderung hervorgebracht, am allerwenigsten glaubten sie sich mit der Einhaltung der Zahlungsverprechungen beeilen zu sollen, die sie in demselben gemacht hatten.

In Preußen war der Kurfürst nach der Meinung des Adels und der Städte nichts anderes als der Träger eines von der Majestät der polnischen Krone ausgehenden Amtes, des Herzogtums, welches ihm sehr geringe, eng umschriebene Rechte verlieh, bei deren geringster Ueberschreitung ihnen freistand, König und Reichstag von Polen zur Abstellung ihrer Beschwerden anzurufen. Die märkischen Stände aber hatten noch immer keine Veranlassung gefunden, mehr als 1600 Mann und zu deren Erhaltung mehr als 5000 Thaler monatlich zu bewilligen, sie verwiesen auf die geringen Lasten ihrer Genossen in Mecklenburg, Kursachsen und Lüneburg und fanden, daß sie ihr „unglückliches Fatum billig zu beklagen hätten“. Von allen Landtagen aber wurde betont, daß es nur freiwillige, nicht notwendige Bewilligungen seien, wenn sie in Friedenszeiten zum Unterhalte von Truppen auch nur das Geringste gewährten. Ganz unzureichend waren die Arbeitskräfte, welche dem Kurfürsten in der Bewältigung seiner Regierungslasten zur Verfügung standen; die Beamten, welche noch aus der Zeit Schwarzenbergs vorhanden waren, konnten sich zum großen Teile mit der neuen Richtung der brandenburgischen Politik nicht versöhnen, das Bewußtsein einer patriotischen Pflicht, welche der Beamte auf sich nahm, war in jenen Tagen überhaupt noch nicht erwacht, die Freiheiten und Privilegien der einzelnen ständischen Klassen hatten für die meisten von ihnen größere Bedeutung, als das Wohl des Landes. Es war ja auch ein „sonderbares Recht“ der erbgeessenen Familien, daß sie und nur sie zu den Regierungsstellen Zutritt hatten. Der Kurfürst mußte zunächst das Bollwerk dieser privilegierten Landsmannregierungen durchbrechen und sich aus fremden Elementen ein ihm allein ergebendes und nur von ihm abhängiges Beamtentum schaffen, ehe dasselbe eine wirklich nationale Einrichtung werden konnte; er mußte auch in dieser Richtung einen jener Umwege einschlagen, auf welchem die Deutschen zu ihren schönsten Errungenschaften zu gelangen liebten. Aber er hatte nicht nur die Aufgabe, seinen Mitarbeitern an der Begründung eines geordneten Staates die richtige Stellung in demselben anzuweisen, er mußte dieselben auch aus den Fesseln der Korruption befreien, welche bereits alle Glieder des Staatskörpers umspannt hatten. „Man muß es bekennen: nicht nur in der beklagenswertesten politischen Zerrüttung ging unsere Nation aus dem Elend der dreißig Kriegsjahre hervor; nicht nur unsere intellektuelle Entwicklung lag in der tiefsten Verkümmernung danieder — auch ein tiefer moralischer Verfall zehrte an dem Kern unseres Volkstums. Wie ausgelöscht waren gerade die schönsten und tiefsten Züge unseres nationalen Charakters, die ernste Treue, die opferbereite Hingebung, der unwiderstehliche Zug zur Wahrheit — zweideutig und gewaltsam, selbstsüchtig und ver-schlagen, mit der traurigsten Verwirrung aller Begriffe von Ehre und Recht, ganz erfüllt von engherzigen Vorurteilen, alle innere Wahrhaftigkeit untergraben durch

die Lüge der theologisch-moralischen Phrase inmitten einer äußerst korrumpierten Wirklichkeit — so tritt im großen und ganzen uns das Geschlecht jener Tage entgegen.“¹⁾ Das furchtbare Trinken, das in den höchsten Kreisen zur täglichen Gewohnheit geworden war, und die fast zur Vielweiberei ausgeartete, für hohe Standespersonen geradezu gebilligte und empfohlene Mätressenwirtschaft zerstörten die sittlichen Triebe der leitenden Gesellschaft im Keime und drängten das Pflichtgefühl, wo es sich noch regte, gewaltsam zurück. Dazu kam der Umstand, daß die Beamten ganz unzureichend, fast niemals pünktlich und sehr häufig statt in Geld durch Bezug von Lebensmitteln und Gütererträgen bezahlt wurden. Dadurch war der Veruntreuung Thür und Thor geöffnet, die Verrechnungen wurden schwierig, die Bezüge entzogen sich der Beaufsichtigung.

Der Kurfürst hatte seit seinem Regierungsantritte die Reform der Verwaltung und die Erneuerung und Verbesserung seines Beamtenstandes nicht aus dem Auge gelassen.²⁾ Es war eine der ersten Ueberraschungen für Schwarzenberg gewesen, als diesem eine genaue Uebersicht aller kurfürstlichen Diener, ihres Wirkungskreises, ihrer Bezüge abgefordert worden war. Da hatte sich gefunden, daß die Hälfte der Stellen im geheimen Räte, im Kammergericht, in der Amtskammer und dem Konsistorium gar nicht besetzt war, da der ehrgeizige und habgüchtige Kanzler die Regierung und deren Einkünfte nur mit wenigen hatte teilen wollen. Zur Ergänzung des geheimen Rates waren nun nach und nach die beiden Kalkun-Leuchtmar, der neumärkische Kanzler v. d. Borne, Samuel v. Winterfeld, Sigismund v. Göze, Johann v. Hoverbeck, Erasmus Seidel und Konrad v. Burgsdorf herangezogen worden. Die Prüfung der in die größte Verwirrung geratenen Rechnungen hatte mehrere unredliche Amtsleiter zur Strafe gebracht oder zur Flucht getrieben, an die Spitze der einzelnen Provinzen wurden Statthalter gesetzt, wir haben als solchen in den Marken den Markgrafen Ernst gefunden; ihm folgte Konrad v. Burgsdorf; in Kleve versah anfangs Johann v. Nordprat, dann Johann Moriz v. Nassau dieses Amt; in Preußen konnte erst nach Erlangung der Souveränität die Stelle überhaupt eingeführt werden, Boguslaw Radzivil war ihr erster Vertreter.

Im geheimen Rat zu Köln an der Spree, der die Verwaltung der Marken besorgte, saß der Hofmarschall v. Putlig, der Kommandant von Spandau Georg Ribbeck, der schon genannte Oberkammerherr v. Burgsdorf, Joh. Friedrich v. Löben, Otto v. Schwerin, Thomas v. Knesebeck, Kurt Bertram v. Pful, Philipp Horn; in Kleve dienten Wirich v. Bernsau, Jfind, Daniel Weimann, Johann Portmann; in Preußen waren die Stellen der vier Oberräte, welchen die Vermittelung mit den Ständen oblag, in den Händen von Hans Eberhard v. Tettau, Bernhard v. Königseck, Fabian von Ostau, Ahasverus v. Brandt. Wir werden viele dieser Männer in hervorragenden Stellungen des inneren und auswärtigen Dienstes finden, sie bilden die Grundpfeiler des preussischen Beamtentums, mit dem der Staat auf das engste verwachsen ist: Im ersten Jahrzehnte seiner Regierung wurde die Zentralleitung aller Regierungsabteilungen vom Kurfürsten selbst versehen. Seine jahrelange Abwesenheit von Berlin brachte zwar mannigfache Nach-

¹⁾ Erdmannsdörffer, Graf Georg Friedr. v. Waldeck.

²⁾ Isaacsohn, Geschichte des preuß. Beamtentums II. Bb.

teile mit sich, sie wurden aber dadurch ausgeglichen, daß die Schulung der neuen Räte von einer Stelle ausging, welche das Wesen des zu entwickelnden Staates allein richtig erfaßt hatte und in der Auslegung der Verordnungen unfehlbar war. Trotzdem hatten sich die Verhältnisse während des Krieges und während der schwankenden Zustände in den Exekutionsjahren noch nicht wesentlich bessern können, der alte Schendrian hatte in dem sonst verdienstvollen Burgsdorf einen neuen Vertreter gefunden; die Finanzlage hatte sich kaum gebessert, das Erträgnis aller Einkünfte in den Marken hatte nicht ausgereicht, daß eine dauernde Hofhaltung in Berlin davon hätte bezahlt werden können; es kam vor, daß man beim Berliner Magistrate 15 Thaler ausleihen mußte, damit im Schlosse nur überhaupt gekocht werden konnte. In den Jahren 1651—52 begann der Kurfürst daher mit einer neuen Organisation der gesamten Verwaltung. Es war Herbst 1651 unmittelbar nach dem jülichischen Kriege, mit dem wir uns später zu befassen haben werden, als er zu Kleve mit den fähigsten seiner Räte, mit Johann Moriz v. Nassau, Otto v. Schwerin, Seidel, Ewald v. Kleist, Blumenthal, D. Tornow und Werner Wilhelm Blaspeil, darüber verhandelte. Zu den Genannten und bald an ihre Spitze trat Graf Georg Friedrich v. Waldeck, der, ursprünglich zu einer rein militärischen Stellung bestimmt, doch auch schon sehr wertvolle Beweise seiner staatsmännischen Befähigung gegeben hatte. Er war wohl einer der ersten Männer in Deutschland, die von der Ahnung erfüllt waren, daß die Geschicke der brandenburgisch-preussischen Macht das Schicksal Deutschlands bestimmen würden; ihm schwebte das Ideal einer evangelischen, deutschen Großmacht vor und er wußte, daß sie nur von jenem Hause begründet werden konnte, dessen Besitz bereits vom Rheine bis an die äußersten Gestade des Baltischen Meeres reichte. Wie nahe er mit diesen Gedanken seinem neuen Herren stand, das machte sich bei seinem ersten Auftreten im Räte desselben geltend. Wer die kurze, aber folgenschwere Zeit seines Zusammenwirkens mit dem Kurfürsten mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, der wird gerne zugestehen, daß zu den kraftvollsten Mitarbeitern, deren sich die Hohenzollern bei der Errichtung ihres Staates erfreuen konnten, auch Georg Friedrich v. Waldeck gehört.

Die Grundgedanken der Reform waren: die Umwandlung der bisher vorherrschenden Naturalwirtschaft in Geldwirtschaft. Die Beamten sollen nicht mehr vom Hofe verköstigt, nicht mehr mit Getreide, Futter, Holz und Schmalz, sondern in Geld bezahlt werden. Die Naturallieferung der Domänen, sowie die Bezüge der Beamten entzogen sich jeder Kontrolle, es ging alles auf, was die Güter einbrachten, und doch war die Not an allen Ecken und Enden. Die Domänen sollten nicht mehr vom Hofe aus bewirtschaftet, sondern verpachtet werden. Für die Hofhaltung muß ein fester Ausgabenvoranschlag festgestellt, die Gehälter und Bezüge einer Reihe von Beamten müssen herabgesetzt werden. Eine Zentralkasse vereinigt alle Ueberschüsse der Lokalkassen (Landrenten) und bietet die Mittel zur regelmäßigen Auszahlung der Gehälter. Die Aufgaben des Kabinetts und des Rates sind strenge zu sondern, die Vermittelung zwischen dem Fürsten und dem letzteren hat kein Kanzler, sondern ein Kabinettsrat auszuführen. Die Annäherung des geheimen Rates an die Einrichtung der Ministerien der Gegenwart erweist sich besonders auffallend in der geheimen Rats-Ordnung vom 4. Dezember 1651,

welche außer der Finanzkommission, der Politik und den Kriegssachen, sowie den Regalien noch 19 Departements errichtete, welche selbständig geleitet werden mußten. Zum Direktor des geheimen Rates wurde, nachdem der Kurfürst zur Ueberzeugung gelangt war, daß er bei seinen häufigen Reisen dieses Amt unmöglich selbst versehen könne, am 18. Oktober 1652 Freiherr v. Blumenthal bestellt. Es kann nicht wunder nehmen, daß es mit der Durchführung aller dieser Grundsätze trotz ihrer unbestreitbaren Richtigkeit noch immer gute Weile hatte, daß namentlich die notwendigen ökonomischen Grundlagen für die neue Verwaltung nicht so rasch geschaffen werden konnten, obwohl die Reform der Kammerverwaltung von den tüchtigsten Räten, Waldeck, Schwerin, Blumenthal, Tornow, in Angriff genommen wurde. Sie erstreckte sich auf die Kontrolle der kurfürstlichen Kasse, übernahm die Aufsicht über den Hof- und Zivilstaat, sowie über sämtliche Einnahmen, besonders die Domänen und Regalien. Die Stelle des Amtskammerpräsidenten, sowie die 12 Amtshauptmannschaften wurden als überflüssig aufgehoben, die Einkünfte der einzelnen Renteien in der Hofrentei zu Köln an der Spree gesammelt, die Bedürfnisse für Hofhalt und Behörden bar gedeckt. Das Wichtigste aber, die Erhöhung der Ertragsfähigkeit der Domänen durch Verpachtung derselben, stieß auf große Schwierigkeiten. Es gab zu wenige kapitalsträchtige Unternehmer, welche sich auf so bedeutende Pachtungen hätten einlassen können. Auch befanden sich die Domänen in einem Zustande, welcher die Verpachtung sehr erschwerte. Blumenthal erklärte, man müsse die Rückstände an Arbeitslohn früher zahlen, bevor man an eine Verpachtung des einzelnen Gutes denken könne. Dazu müßten 150 000 Reichsthaler baren Geldes auf einmal vorhanden sein: 50 000 Thaler müsse man für ein Jahr dem Hofhalte widmen können, damit derselbe von den Domänen nichts bedürfe, und 100 000 Thaler müsse man zur Deckung der dringendsten Zahlungen und zur Ausführung einiger Verbesserungen auf die Güter selbst verwenden können. Dann könne man aber auch einen großen Teil der für geringfügige Beträge vergebenen Pfandschaften zurückerhalten und durch dieselben die regelmäßigen Einkünfte erhöhen. 150 000 Thaler waren aber damals eine Summe, die der Kurfürst von Brandenburg, der doch auch einige Tausend Mann Truppen zur Sicherung seiner Lande halten mußte, zur Verbesserung und Ordnung seiner Finanzlage nicht aufzubringen hoffen konnte. Was den Ständen mit äußerster Anstrengung abgerungen werden konnte, das reichte niemals auch nur zur Befriedigung des augenblicklichen Bedürfnisses, das infolge der politischen Lage des Kurstaates ohnehin in stetigem Steigen begriffen war. Ganz erfolglos blieben aber auch in dieser ersten Reformperiode die Bemühungen Friedrich Wilhelms und seiner treuen Diener nicht. Innerhalb fünf Jahren brachte man wenigstens in den Marken eine Steigerung der Einkünfte von 120 000 auf 250 000 Thaler zustande.

Die Zahl der geheimen Räte reichte für die 19 Departements nicht aus. Viele von ihnen mußten diplomatische Missionen übernehmen, welche sie Jahre hindurch von der Heimat fernhielten, andere mußten in der Umgebung des Kurfürsten bleiben, der auch nur selten am Siege der Kontrollverwaltung weilte. So kam es, daß manche Räte regelmäßig drei und im Wege der Vertretung Abwesender noch drei weitere Departements versehen sollten. Es fehlte daher nicht an gerechten Klagen wegen

Ueberbürdung und der Kurfürst sah sich genötigt, zur Ergänzung seines Geheimrates neue Männer heranzuziehen. Als solche begegnen uns von 1653 an Daniel Waimann, Raban von Canstein, Lorenz von Somnitz, Friedrich von Jena, Matthäus von Wesenbeck, Ulrich von Dobrzensky, Christ. von Dohna. Den Löwenanteil der Arbeit hatte Waldeck auf sich genommen. Er besorgte die ganze geheime Korrespondenz, die nach dem Stande der Geschäfte erweitert werden konnte, dazu das politische Referat über Frankreich und Dänemark, mit Putliz und Kleist die gesamte Militärverwaltung, deren Zusammenhang mit der Zentralleitung der Finanzen sich notwendig von selbst ergab. Dafür bezog er — abgesehen von militärischen Bestellungen, die er ab und zu übernahm — einen Gehalt von 4000 Thalern. Die geheimen Räte waren mit 1200 Thalern besoldet. Konrad von Burgsdorf, dessen Entlassung mit dem Beginne der Reformarbeit zusammenfiel, hatte wohl mit dem zehnfachen Betrage sein Auskommen nicht gefunden. Seine Gewohnheiten, die der Schule eines echten Kavaliere des Dreißigjährigen Krieges entsprachen, konnten mit dem Geiste des neuen Beamtentums nicht mehr in Einklang gebracht werden. Die Zeit des Prassens und sorgloser Verschleuderung des Staatsgutes durch Verkauf und Verpfändung war für die Diener der Hohenzollern endgültig abgeschlossen.

Die Umgestaltung der inneren Zustände weit auseinander liegender, verschiedenartig eingerichteter Länder hätte auch in ruhigen und friedlichen Epochen die Thatkraft eines Regenten vollauf in Anspruch zu nehmen vermocht; Friedrich Wilhelm durfte sich ihr nicht ausschließlich widmen, sie begleitete und durchdrang seine politischen Unternehmungen, zu welchen ihn die Vorgänge in den nachbarlichen Gebieten veranlaßten oder sein eigenes kühnes Emporstreben hinführte. Denn er gehörte zu den Naturen, die nicht stillestehen können, deren Kraft mit der Zahl und dem Umfange ihrer Aufgaben wächst, deren Ideenfülle immer mehr zur Geltung kommt, je größere Anforderungen an sie gestellt werden, die Ermüdung und Abspannung überhaupt nicht kennen. Es ist nicht jeder Schritt des Kurfürsten zu billigen, seine Unternehmungen sind nicht immer einer äußeren Notwendigkeit entsprungen, in ihm aber lag die Notwendigkeit des Handelns und Schaffens, in dem er sich selbst erst entwickelte und vervollkommnete. Die Fehler seiner Politik waren die Vorbedingungen seiner Erfolge, denn er verstand es, nichts zu vergessen und alles zu lernen.

Schon der erste Versuch einer selbständigen, von weitgreifenden Absichten geleiteten That, der jülich-sche Krieg, fiel nicht glücklich aus. Noch ist das Geheimnis seiner Entstehung nicht vollständig erhellt, man stimmt jedoch ziemlich allgemein in der Annahme überein, daß er mit den Beziehungen Brandenburgs zu den Niederlanden in Verbindung stand. Dort war nach dem westfälischen Frieden ein neuer Geist zur Herrschaft gelangt. „Die Union hatte in wenigen Jahrzehnten Größeres geschaffen für die Gesittung der Menschheit, als manche langlebige Despotenreiche in vielen Jahrhunderten; doch jetzt erfüllte sich auch an ihr die Wahrheit, daß republikanische Staatsformen nicht ausreichen für das verwickelte Leben eines europäischen Großstaates. Sobald die Anspannung des Kriegs nachließ, traten

die Widersprüche der anarchischen Verfassung grell hervor, der Materialismus des Handels fand nicht mehr ein Gegengewicht an dem Helbentum eines großen Kampfes.“¹⁾ Schon in den Verhandlungen über die Allianz mit Brandenburg, die der Kurfürst in der Ueberzeugung von der Gemeinsamkeit der Interessen aller evangelischen Staaten und von dem Werte seiner Bundesgenossenschaft vertrauensvoll angeboten und begehrt hatte, zeigte sich die Kleinlichkeit der holländischen Staatsweisheit. Nur für die Erhaltung der unmittelbar angrenzenden Gebiete, Kleve, Mark, Ravensberg und Minden wollte Holland im Widerspruche zu den sechs anderen Staaten eintreten, denn es fürchtete die Stärkung der oranischen Macht durch den ihr so nahestehenden Brandenburger. Wilhelm II. hatte zwar der sich gewaltig blühenden Krämeraristokratie den Fuß auf den Nacken und in dem blutigen Haupte Oldenbarnevelts der staatlichen Anmaßung einen Grenzstein gesetzt — sein früher Tod (November 1650) jedoch unterbrach für zwei Jahrzehnte den Einfluß der Oranier auf die Regierung des Freistaates, der dem Eigenwillen der edelmögenden Mynheers von Holland und ihrem Führer, Johann de Wit, unterworfen wurde. Die Rechte des Kurfürsten von Brandenburg als Vormund des nachgebornen Prinzen Wilhelm III. wurden derartig eingeschränkt, daß daraus nicht die geringste politische Bedeutung abgeleitet werden konnte, eine Regierung ohne das Amt des Statthalters übernahm die Geschäfte mit fast uneingeschränkter Macht und wurde durch die Seklusionsakte von 1654 und das sogenannte ewige Edikt von 1667 verfassungsmäßig anerkannt. Für Friedrich Wilhelm, der in dem innigen Zusammengehen mit den Staaten die Grundlage und Stütze seiner äußeren Politik gesucht hatte, waren diese Veränderungen höchst bedenklich und gefahrvoll, es lag daher nahe für ihn, einen Versuch zu machen, um die Republik wieder in sein Interesse und dadurch die noch immer vorhandene oranische Partei zur Herrschaft zu bringen. Wenn eine das evangelische Element in den rheinischen Fürstentümern schwer bedrohende Verwicklung die Generalstaaten zur Einmischung zwang und wenn sich dieselbe bis zu einer militärischen Unternehmung steigern mußte, dann war auch die übermächtige Regierung von Holland auf die Mitwirkung der ausschließlich oranisch gesinnten Offiziere angewiesen und jeder Erfolg des Kurfürsten und seiner verbündeten Truppen hätte das Ansehen der Oranier heben müssen. Diese Erwägungen scheinen für den Kurfürsten maßgebend gewesen zu sein, als er sich zu einem Angriffe auf die pfalz-neuburgischen Länder entschloß. An Veranlassung dazu fehlte es nicht. Der Provisionalvertrag von 1647 war von pfalzgräflicher Seite wiederholt verletzt worden; neuerdings stützte man sich gegenüber den evangelischen Unterthanen von Jülich und Berg auf das durch den westfälischen Frieden eingesetzte Normaljahr 1624, während der Provisionalvertrag das Jahr 1612 als solches bezeichnet hatte. Alle Schritte, welche der Kurfürst kraft des ihm eingeräumten Befugnisses zum Schutze seiner Religionsverwandten unternahm, wurden vom Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm mit Geringschätzung behandelt.

Am 14. Juni 1651 waren 4000 Mann kurfürstlicher Truppen in Jülich und Berg eingerückt, sie wurden vom Grafen Georg Friedrich von Waldeck be-

¹⁾ Treitschke, Die Republik der vereinigten Niederlande. Hist.:polit. Aufsätze N. F. II.

fehligt, welcher vor kurzem als Generalleutenant der Infanterie in brandenburgische Dienste getreten war. Das militärische Uebergewicht, auf welches sich der Kurfürst stützen konnte, nötigte den Pfalzgrafen anfangs zur Nachgiebigkeit. Während sich der Vater jedoch zu Verhandlungen herbeiließ, warb der ehrgeizige Sohn Philipp Wilhelm zur Sicherung der aufs heftigste bedrohten katholischen Religion in den Rheinlanden und zur Züchtigung des frechen Friedensstörers die Hilfe des spanischen Statthalters der Niederlande, des Erzherzogs Leopold Wilhelm in Brüssel und des gerade unbeschäftigten Herzogs Karl von Lothringen, der mit seinen 6000 Mann von ihm ständig unterhaltener oder richtiger von seinen Geschäftsfreunden bezahlter Truppen einen schwunghaften, höchst einträglichen militärischen Hausierhandel betrieb. Sobald der Lothringer sein ritterliches Schwert in die Waagschale warf, konnte der Kurfürst auf einen Erfolg der Waffen nicht mehr rechnen, da die Hoffnung auf einen Umschlag der Gesinnungen in den Generalstaaten vollkommen fehlgeschlagen hatte. Dort wußte man ganz genau, daß ein Krieg den Sturz der neuen Regierung herbeiführen mußte, man war überzeugt, daß man noch reichlich Zeit zum Zuwarten hatte und ließ den Brandenburger die Suppe ausesen, die er sich eingebrockt hatte. In einer persönlichen Unterredung der beiden deutschen Fürsten zu Angerort (22. August) war es auch nahe daran, daß ein gütlicher Vergleich dem Kurfürsten den Weg zu einem ehrenvollen Rückzuge gebahnt hätte. Eine wahrscheinlich von Philipp Wilhelm mit Absicht herbeigeführte Störung durch das Vordringen lothringischer Reiter brachte jedoch einen Umschwung der Lage mit sich. Der alte Pfalzgraf ließ sich von seinem Sohne, der doch all seine Mühe und Kosten nicht umsonst aufgewendet haben wollte, zu einem höchst unanständigen Abbruche der Verhandlungen bestimmen. Der Kurfürst wartete den nächsten Tag drei Stunden lang vergeblich auf freiem Felde auf die Fortsetzung derselben; der Pfalzgraf fand es nicht für notwendig, sein Ausbleiben zu entschuldigen. Nun galt es für Friedrich Wilhelm und den Grafen Waldeck, der sofort von der höchst unfruchtbaren militärischen zu einer um so lebhafteren diplomatischen Thätigkeit überging, den Pfalzgrafen ins Unrecht zu setzen. Dies konnte nur durch die Vermittelung des Kaisers geschehen. Freiherr von Blumenthal, der, selbst in die Geheimnisse der kurfürstlichen Politik nicht zureichend eingeweiht, bis jetzt in Wien die schwierige Aufgabe gehabt hatte, den Hof über die Vorgänge am Rhein zu beruhigen und von der Loyalität Brandenburgs zu überzeugen, hat jetzt um Schlichtung des Streites, der durch die Einführung fremder (der lothringischen) Truppen ins Reich eine den allgemeinen Frieden bedrohende Ausdehnung erhalten hatte. Der Kaiser ging auf diesen Antrag mit großer Befriedigung ein und bestellte sofort eine Kommission für die Regelung des jülich-klevischen Besens. Durch diese konnte Pfalz-Neuburg so wenig als Brandenburg irgend einen Vorteil erreichen, wohl aber konnte die Einmischung des Kaisers zu einer Erneuerung von Ansprüchen führen, die seinerzeit durch das Abkommen zwischen den beiden erbberechtigten Fürsten zurückgedrängt worden waren, und es war klar, daß ein Verlust den Mehrbesitzenden — dies war Pfalz-Neuburg — auch schwerer schädigen mußte. Wolfgang Wilhelm, der Gefahr lief, zu der Rolle des Friedensstörers gedrängt zu werden, konnte daher nichts Besseres thun, als die kaiserliche Kommission

gegenstandslos zu machen, indem er die dargebotene Hand des unangenehmen Nachbarn ergriff und am 11. Oktober einen neuen Vergleich mit Brandenburg abschloß, in welchem der Besitzstand vor dem Kriege wiederhergestellt und die Frage über das Normaljahr einer gemischten Kommission zur Beratung überwiesen wurde. Der einzige Fortschritt, den dieser Vergleich aufweist, bestand darin, daß sich die beiden Fürsten einigten, ihren Ständen den Abschluß von Garantieverträgen mit fremden Staaten zu unterlagen.

So war der Kurfürst ohne große Verluste und ohne Schädigung seiner Ehre aus dem bösen Handel gekommen, der leicht sehr übel hätte ausfallen können. Von seinen größeren Zielen war er weiter denn je entfernt — aber er hatte eine heilsame Lehre erhalten, die schon in nächster Zukunft ihre Früchte tragen sollte.

Zu den nachteiligen Folgen des jülichischen Krieges gehörte auch die Verschärfung der ständischen Opposition in den Marken, noch mehr aber in Kleve-Berg. Die Truppenbewegungen, welche der Krieg mit sich gebracht hatte, gaben den Ständen Veranlassung zu neuen Beschwerden. In den Marken, wo der Kurfürst die Rückstellung eines großen, von Johann Sigmund um 210 000 Reichsthaler verpfändeten Domänenkomplexes und 600 000 Thaler, im Verlaufe von sechs Jahren zahlbar, verlangte, weigerten sich die Stände jeder Bewilligung, so lange nicht die Truppen vermindert und ihre Beschwerden berücksichtigt würden. Der Kurfürst, der sein Land bei der verdächtigen Haltung Schwedens nicht ohne ausreichende Besatzung lassen konnte, mußte die Verhandlungen abbrechen, erst in dem Landtagsrezeß von 1653 ließen sich die märkischen Herren und Städte zu einer Steuer von 530 000 Thalern herbei, wogegen der Kurfürst drückende Bestimmungen wie die folgenden annehmen mußte: Adelige Güter dürfen nicht zu bürgerlichem Besitze werden, der kurfürstliche Fiskus darf in die adeligen Gerichte nicht eingreifen, die Ehegemeinschaft zwischen Adelligen und Bürgerlichen ist neuerdings zu erschweren, das Recht der Leibeigenschaft wird auf alle Kreise, in denen es noch nicht bestand, ausgedehnt. In zweifelhaften Fällen hat der Unterthan nachzuweisen, daß er nicht leibeigen sei. Zu politischen Zugeständnissen aber ließ sich der Kurfürst nicht herbei, die Zügel der Regierung behielt er nach wie vor allein in der Hand. Die Stände von Kleve-Mark aber schritten zu offener Rebellion. Sie stützten sich auf die Privilegien der Unionsakte aller jülich-kleveschen Lande, den Landesherrn glaubten sie nur als den Vollstrecker ihres Willens ansehen zu müssen und schrieben sich das Recht zu, in allen Streitfällen an den Kaiser zu appellieren. Im Jahre 1652 erschienen sie trotz fünf Berufungen nicht im Landtage; hielten aber am 16. September eine Versammlung in Köln und beschloßen, eine Deputation mit ihren Beschwerden an den Kaiser zu entsenden. Die Teilnehmer derselben verpflichteten sich zu gegenseitiger Schadloshaltung, wenn sie darob zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Den in Wesel versammelten Ständen wurde Mitteilung von den Kölner Beschlüssen gemacht, der Protest der dem Kurfürsten treuen Edelleute und Städte nicht beachtet. Im August machte sich die Deputation, die von seiten Kur-Triers und Kur-Kölns lebhafte Unterstützung fand, nach Regensburg auf den Weg. Als sie dort von dem brandenburgischen Residenten die Aufforderung erhielt, sich zuerst

mit ihm zu besprechen, gab ihr Führer, Herr Wylich von Winnenthal, die Antwort, „man solle sie mit solchen Anträgen fernerhin verschonen“. Sie verlangten Schutz des Reiches gegen die Bedrückungen ihres Landesherrn, Abführung aller Soldateska aus ihren Landen, die Beseitigung der Befestigungen, die endliche Austragung des Erbstreites, das Verbot aller unberechtigten Schenkungen, Selbstbesteuerung, und ließen durchblicken, sie würden, wenn ihre Beschwerden nicht behoben würden, bei Holland Unterstützung suchen müssen. Der Kaiser und der Reichshofrat nahmen die hochmütigen Herren recht zuvorkommend auf, man konnte sie ja gegebenen Falls gebrauchen, wenn sich ein Druck auf den unbequemen Brandenburger nützlich erwies. Dieser aber hatte mittlerweile mit den gesetzlichen Vertretern der kleveschen Stände im September 1653 ein vorläufiges Abkommen getroffen. Der Landtag bewilligte 50000 Thaler gegen eine Reihe von Zugeständnissen, worunter sich auch die Bestätigung der Rezeffe durch den Kaiser befand. Bald gaben die Ereignisse am Rhein dem Kurfürsten jedoch die erwünschte Gelegenheit, sich über alle Bedenken hinsichtlich der ständischen Opposition hinwegzusetzen und der gesteigerten Erregung der Gemüter einige kräftige Dämpfer aufzusetzen.

Herzog Karl von Lothringen und der Prinz von Condé, der nach der Sprengung der Fronde zu Spanien in ein freiwilliges Dienstverhältnis getreten war, erschienen im Herbst 1653 mit ihren Truppen auf deutschem Reichsboden, in Lüttich, wo der Kurfürst von Köln Maximilian Heinrich von Baiern das Bistum innehatte. Dieser rief in seiner Bedrängnis die Mitkurfürsten zu Hilfe. Der von Brandenburg war der erste, der sie ihm gewährte, bevor noch von Reiches wegen irgendwelche Vorkehrungen getroffen waren. Der Kaiser handelte bereits seit Jahren mit dem Lothringer um die Räumung der Festen Hammerstein, Landeshut und Homburg, die derselbe noch vom Kriege her besetzt hielt. Herzog Karl verlangte als Entschädigung zu den vielen Millionen, die er bereits angesammelt hatte, noch eine neue Million Thaler. Man hatte gehofft, ihn mit 300000 Thalern abfinden zu können. Auch der Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte durch Blumenthal in Wien die Ansicht vertreten lassen, man möge die Geldentschädigung gewähren. Jetzt zog er sein Botum zurück und verlangte Gewalt gegen den frechen Eindringling, der sofort zum Rückzug blasen ließe, wenn man ihm nur Ernst zeigte. Er überließ dem Kölner seinen eigenen Feldmarschall Otto von Sparr als Befehlshaber seiner Truppen und sandte 700 Reiter aus den Marken zur ersten Unterstützung. Es war nicht viel, aber es genügte, um den Mut der Bedrohten zu heben und den ungebeten Gästen zur Warnung zu dienen. Es gab in Deutschland Männer, die sofort erkannten, daß es sich hier um eine nationale That handelte. Hermann Conrings Anrede an den Kurfürsten in seiner Schrift „Ueber die Grenzen des deutschen Reiches“ beweist dies. In Kleve aber wurde das Aufgebot berufen, Oberstlieutenant Hundebede zum Befehlshaber der Stadt bestellt. Die Stände protestierten sofort gegen diese Maßregel und klagten wider den Kurfürsten beim Reichstage. Der Kurfürst wurde dadurch in der Verfolgung seines Zieles nicht irre gemacht. Er ließ Herrn Wylich von Winnenthal nach seiner Rückkunft von Regensburg durch den Landdrosten von Spaen verhaften und nach Spandau führen. Das war der entscheidende Schritt

und damit wurde der auf die Dauer nicht mehr erträgliche Widerstand gebrochen. Die Schwurgenossen Wylchs versäumten zwar nicht, über Rechtsbruch zu klagen, aber sie hüteten sich wohl, es zu einem persönlichen Zusammenstoß mit den Gewaltträgern des Kurfürsten kommen zu lassen. Dem am 21. November in Kleve berufenen Landtage wurde das Verbot zugestellt, sich mit auswärtigen Mächten zu verbinden; er erklärte, dies gehe wider seine Privilegien — darauf schickte man ihn ohne Schluß nach Hause. Friedrich Wilhelm wußte, daß er nunmehr etwas schärfer auftreten könne, denn an eine Einmischung des Kaisers war jetzt nicht zu denken. In der lothringischen Sache war Brandenburg doch als Schützer der Reichsgrenzen aufgetreten, was Kleve beklagte, hatte Köln gerettet. Die Gefahr war zwar seit der Gefangennehmung Herzog Karls in Brüssel (25. Februar 1654) nicht mehr brennend, aber ein anderes Ereignis veränderte die Beziehung des kaiserlichen Hofes zu den Reichsfürsten wesentlich: der Tod des gewählten römischen Königs Ferdinand IV. (29. Juni). Durch diesen, der eine neue Königswahl notwendig machte, stieg die Freundschaft Brandenburgs wieder hoch im Preise, denn sie bedeutete eine Wahlstimme und es war gewiß nicht anzunehmen, daß man um der Herren von Kleve willen dem Kurfürsten Anlaß zu einer dem Kaiserhose abträglichen Politik geben werde. —

Die jülichische Schlappe hatte den Kurfürsten schon darauf hingewiesen, sich um verlässliche Verbündete im Reiche umzusehen, der Einfall der Lothringer gab den Anlaß, in dieser Richtung einen Schritt nach vorwärts zu machen. Dazu kam nun neuerlich die „Bremische Frage“. Die Stadt Bremen hatte lange Zeit um ihre Reichsfreiheit gekämpft; 1643 und 1648, im westfälischen Friedensinstrument, war sie feierlich anerkannt worden. Der Weserzoll bei Elsfleth brachte sie jedoch in einen heftigen Widerspruch mit Oldenburg, welches die Verhängung der Reichsacht über Bremen erreichte. Diese gab Schweden als benachbartem Reichsstande die Gelegenheit an die Hand, Bremen zur Huldigung zu zwingen. Bremen gab zwar unter dem Eindrucke dieser neuen Gefahr sofort in der Weserzollsache nach, verglich sich mit Oldenburg und wurde enttäuscht; aber Schweden ließ sich dadurch in seinen Feindseligkeiten gegen die Stadt nicht abhalten, Königsmark schritt zur Belagerung der Feste Burg, des bedeutendsten Vorwerkes der Stadt. Für Brandenburg war die Parteinahme zu Gunsten Bremens ausgeschlossen, denn es konnte in kürzester Zeit den Bestrebungen Magdeburgs nach der Reichsfreiheit entgegenzutreten genötigt sein und durfte sich daher in einer so ähnlich gearteten Frage nicht binden. Andererseits aber hatte der neue Beweis schwedischer Unerfättlichkeit und rücksichtsloser Ausnützung seiner augenblicklichen Machtstellung nicht verfehlen können, den norddeutschen Fürsten eine Sicherung der bestehenden Besitzverhältnisse wünschenswert erscheinen zu lassen. Dazu bedurfte es einer Einigung und die Anregung zu dieser sollte von Brandenburg ausgehen. Der Kurfürst verlangte von seinen Geheimräten Ende 1653 ein Gutachten über die Frage, ob und welche Bündnisse Brandenburg eingehen könne? Waldeck antwortete in einem Aktenstück, welches ihn als scharf blickenden und thatbereiten nationalen Staatsmann kennzeichnet. Die Frage muß er unbedingt bejahen. „Allein zu stehen ist nicht dienlich, Bündnisse haben zwar immer für etwas Gefährliches gegolten; aber es ist auch nichts Großes ohne Bündnisse aus-

geführt worden. Die Gefahr ist vor Augen. Ein tapfer Gemüt kann darin nicht bleiben, nicht gewärtig sein, Gnad zu bitten. Man muß Freunde finden, die mit uns zusammenstehen. Vor wenig Jahren haben wenige durch Zusammen-treten mit Gottes Hülfe das Evangelium aus den mächtigen Händen des Papsttums geführt; ein kleiner Hauf hat es gegen alle Gewalt der Widrigen bis noch erhalten. Sollte sich denn niemand finden, so Glauben, Vertrauen, Ehre, Mut und Kräfte hätte? Dem Ansehen und der meisten Meinung nach ist diese Hoffnung vergebens. Wohl an, dem sei denn also: was nicht ist, kann werden! Will niemand mit, so ist es besser, allein bei der Verteidigung von Gottes Kirche, Erhaltung der alten deutschen, mit so vielem Blutvergießen erworbenen Freiheit, Befreiung von schändlicher Unterwürfigkeit, Verteidigung so vieler notleidender Christen unter den Waffen zu sterben, als durch die schändliche Furcht sich gutwillig gegen die Treue, die man dem Vaterland schuldig, denen in den Rücken zu werfen, die E. Churf. Dchl. und aller Evangelischen Untergang suchen.“ Als Mitglieder der anzustrebenden evangelischen Union sieht er Kursachsen, Kurpfalz, Schweden (Bremen, Verden, Pommern), Braunschweig, Magdeburg, Hessen und Mecklenburg an. Die Kreisverfassung bietet die Handhabe, um zu einer ausgiebigen Macht zu gelangen, Brandenburg muß im niederländischen und westfälischen Kreise Einfluß gewinnen und in die (14. Februar 1652 zwischen Schweden, Braunschweig, Hessen-Kassel gegründete) Hildesheimer Allianz eintreten. „Wenn dann Sachsen, wie vermutlich, sich hierzu nicht verstehen wollte, würde Brandenburg unzweifelhaft für das Haupt der anderen Bundesgenossen erkannt, erklärt und beständig gemacht werden.“ Der Kurfürst teilte nicht den Enthusiasmus Walbeds und die gute Meinung, die er noch immer von den evangelischen Mitständen hatte, aber er ging im wesentlichen auf den Unionsplan ein; nur wollte er nicht von vorneherein das evangelische Bekenntnis der Mitglieder zur Hauptfrage machen. Die Annäherung an Köln schien ihm nicht wertlos und nicht ohne Grund rückgängig zu machen. Eine Rechtsverletzung des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, der nach dem Tode seines Vaters die Regierung von Jülich und Berg angetreten hatte, gab ihm Veranlassung, mit den protestantischen Nachbarn innigere Beziehungen anzuknüpfen. Pfalz-Neuburg hatte ohne Mitwissen der zweiten kreisauschreibenden Macht, Brandenburgs, einen Kreistag nach Essen ausgeschrieben, auf welchem die Katholiken in der Mehrheit waren, obwohl in der westfälischen Kreisversammlung 17 Katholiken und 25 Protestanten Sitz und Stimme hatten. Die Gelegenheit wurde benützt, um alle Ämter durch katholische Stände zu besetzen, sich überhaupt als Herren aufzuspielen. Wesenbeck brachte die Beschwerden Brandenburgs über diesen Vorgang bei Braunschweig und Schweden vor. Sie fanden Anerkennung, aber ein weiterer Erfolg war damit noch nicht zu erzielen. In Kassel verständigte sich Wesenbeck mit den Räten Dörnberg und Dauber über gemeinsames Auftreten in allen die Evangelischen betreffenden Reichsangelegenheiten.

Der erste Anlauf zu einer Verständigung über einen bestimmten, vorliegenden Gegenstand wurde in der „evangelischen Präliminarzusammenkunft“ der westfälischen Kreisstände in Minden gemacht. Walbed legte auf dieselbe ein großes Gewicht, weil das Beispiel, welches man da zu geben hoffte, auch auf die benachbarten Kreise wirken konnte. Schweden durchschaute jedoch den Plan und vereitelte durch

sein Fernbleiben von dem Tage jeden Erfolg. Umgekehrt erreichte es jedoch auf den von ihm berufenen Kreistagen zu Hamburg und Lüneburg auch nichts. Dagegen brachte die Begegnung Walbeds mit dem braunschweigisch-cellischen Räte Friedrich Schenk von Winterstädt in Tangermünde eine Annäherung mit sich. Braunschweig stand auf dem damals vielfach empfohlenen Standpunkte, durch die Ausbildung der Kreisverfassung die Macht der größeren Reichsfürsten befestigen zu wollen. Die Kreise sollten in ihren Grenzen das Reich ersetzen, die Kreistage mit allen Rechten des Reichstages ausgestattet werden, dann war die Vorherrschaft der in einem einzigen Kreise begüterten Fürsten sehr wertvoll. Brandenburg war durch die Erstreckung seiner Lande auf drei Kreise (ohne Rücksicht auf das nicht in den Reichsverband gehörende Herzogtum Preußen) auf andere Sicherungen angewiesen. Es hatte in keinem Kreise das entschiedene Uebergewicht, wie Braunschweig im niederländischen, Württemberg im schwäbischen, Baiern im bairischen Kreise und war daher auf weitergehende Vereinigungen angewiesen. Darin lag die Bedeutung dieses im Werden begriffenen Staates, daß er seine Macht über ganz Norddeutschland ausdehnen mußte,¹⁾ in die Kreisgrenzen ließen sich seine Interessen nicht einengen. Für ein besonderes Bündnis zeigte jedoch Braunschweig erst Verständnis, als ihm Schweden auf dem niederländischen Reichstage zu Hamburg in höchst unkluger Weise schroff entgegentrat. Im Juni 1654 kam es in Goslar zu Abmachungen mit den Abgeordneten der drei braunschweigischen Fürsten, nach welchen man hoffen konnte, ein Gegengewicht gegen die Uebermacht katholisch-kaiserlicher Bestrebungen zustande zu bringen. Waldeck konnte damals auf Anerbietungen hinweisen, die Brandenburg von Frankreich erhalten hatte. Mazarin hatte kurze Zeit hindurch die Absicht gehegt, Brandenburg für die Teilnahme an dem Kriege gegen Spanien und die Condés zu gewinnen, es hatte dafür Pfalz-Neuburg preisgegeben. Abraham Wicquefort, der Resident des Kurfürsten in Paris, hatte ziemlich weitgehende Aufträge gehabt. Der Kurfürst nahm sie jedoch nicht allzu bereitwillig entgegen. Ihm erschien es nicht wünschenswert, daß Frankreich als der Urheber des zu gründenden protestantischen Bundes gelte und dessen Protektor werde; darauf hat auch Mazarin die Sache fallen gelassen. Kurze Zeit hindurch zeigte sich Kur-Köln sehr geneigt, mit Brandenburg einen Garantievertrag für die beiderseitigen im Reiche gelegenen Besitzungen abzuschließen, der Erzbischof ließ durchblicken, daß er sich Hoffnungen mache, seinem Hause (Baiern) die Kaiserkrone zu gewinnen und kam Brandenburg mit der Zusage entgegen, er werde die Abhaltung eines westfälischen Kreistages nicht gestatten, so lange die Ansprüche des Kurfürsten auf das Direktorium nicht berücksichtigt würden. Diese freundliche Stimmung Kölns hielt aber nicht lange vor, die naturgemäßen Wirkungen des katholischen Gefühles führten den Erzbischof, sammt seinem Amtsgenossen von Trier und dem Bischof von Münster, dem Pfalzgrafen von Neuburg in die Arme, der sich durch ein Defensivbündnis zu Köln (15. Dezember 1654) gegen Brandenburg sicherzustellen suchte, nachdem letzteres am 24. September in Hannover mit Braunschweig zum Abschluß eines Vertrages gekommen war, welcher die Teilnehmer verpflichtete, sich gegenseitig gegen jede

¹⁾ Erdmannsdörffer, Waldeck.

Schädigung ihrer im Reiche gelegenen Länder zu schützen. Im Falle eines Angriffes hatte Braunschweig 1200 Mann zu Fuß und 300 Reiter zu stellen, Brandenburg 2000 Mann zu Fuß und 600 Reiter. Anderen Reichsständen — und zwar ohne Rücksicht auf das Bekenntnis — sollte der Zutritt zu diesem Bündnisse freistehen, auf dem niedersächsischen Kreistage zu Braunschweig sollte es befestigt werden. Hessen hatte schon vorher seine Bereitwilligkeit zu ähnlicher Hülfeleistung, wie sie Braunschweig zugesagt, zu erkennen gegeben. Am 19. Juli 1655 wurde das braunschweigische Bündnis auf drei Jahre ausgedehnt. Die ganze Bündnisfrage verlor für den Kurfürsten jedoch sehr bald ihre Bedeutung — die Verwickelungen der nächsten Jahre wurden durch das Verhalten von Braunschweig oder Hessen nicht wesentlich bestimmt und die großartige Aufgabe, die Friedrich Wilhelm im Osten zu lösen bekam, zog seine und seiner Feinde Aufmerksamkeit vom Westen ab. Der Herzog von Preußen war berufen, der beste Bundesgenosse des Kurfürsten von Brandenburg zu werden! —

Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken-Kleeburg, den wir als Generalissimus der schwedischen Armee in Deutschland und Gewaltträger der Königin, seiner Base, am Exekutionstage zu Nürnberg verlassen haben, war seit Juni 1654 König von Schweden — nicht durch die Hand Christinens, auf die er lange gehofft hatte, sondern infolge ihres freiwilligen Verzichts auf die Krone. Seine katholischen Verwandten in Polen hatten ihn niemals als rechtmäßigen Erben des Stammlandes anerkannt, König Johann Kasimir ließ die Gelegenheit, den 1635 zu Hunsdorf geschlossenen Waffenstillstand in einen wirklichen Frieden zu verwandeln, wiederholt ungenützt vorübergehen, obwohl Karl Gustav in den ersten Monaten seiner Regierung vielleicht einem diesbezüglichen Antrage zugestimmt hätte und trotzdem Frankreich sich um das Zustandekommen dieses Friedens eifrig bemüht hatte. Polen wollte die Anerkennung des neuen Königs durch Gebietsabtretungen in Livland bezahlt haben, Schweden aber betrachtete einen allfälligen Friedensschluß als eine dem ruhebedürftigen Nachbar erwiesene Wohlthat und beharrte auf der ungeschmälernten Erhaltung seines Besizes an der Ostsee, ja es erging sich mit Vorliebe in dem Gedanken an neue Erwerbungen daselbst, durch welche es seine Einkünfte zu vermehren gedachte. Der Ostseehandel bildete ein Besteuerungsobjekt, das man nicht hoch genug schätzen konnte. Gustav Adolf hatte an der Küste von Mecklenburg und Pommern Zollstationen angelegt und aus den Einnahmen derselben (Zizenten) jährlich bei 1½ Millionen Reichsthaler gewonnen. Einen Teil der pommerschen Zizenten mußte man nun mit Brandenburg teilen, Danzig und Elbing, Pillau und Memel aber waren noch ganz frei. Die Erwerbung von Preußen, namentlich des königlichen (West-) Preußen war für Schweden eine lockende Aussicht. Salvius hatte in Lübeck nicht umsonst erklärt, Schweden müsse Krieg führen, weil es arm sei, bei Karl Gustav fanden solche Ansichten den kräftigsten Wiederhall. Er hatte das Kriegshandwerk unter Torstenson gründlich gelernt, ihm war das Lagerleben und die militärische Umgebung weit angenehmer, als der Hof und seine Freuden — warum sollte er dem Siegeszuge der schwedischen Waffen Einhalt gebieten, warum alle die mißvergünstigten

Offiziere, die nach dem üppigen Leben in Deutschland sich in die schmale Kost und die strengere Sitte der Heimat nicht mehr gewöhnen wollten, müßig gehen und zu lästigen Beförderern des Mißvergnügens werden lassen? Der Krieg mit den Kosaken hatte Polen überdies in Verwirrung versetzt, Rußland, das die Oberhoheit der Kosaken übernommen hatte, machte sich an den Grenzen von Livland und Preußen in sehr unangenehmer Weise bemerkbar. Wenn Polen sich des übermütigen Gastes nicht erwehren konnte, mußte Schweden auf die Selbsthülfe in seinen Ostseeprovinzen bedacht sein, sowie auch Brandenburg schon im Herzogtum Preußen Sicherheitsmaßregeln ergriff. Karl Gustav sah zwar ganz gut voraus, daß sein Handel mit Polen nicht eine Angelegenheit dieser beiden Staaten bleiben werde, er wußte, daß weder der Kaiser, noch Dänemark, noch Holland das Uebergewicht Schwedens an der Ostsee mit ruhiger Ergebung hinnehmen würden, dennoch scheute er nicht vor einem Angriffskriege zurück. Er hatte sich über die Verhältnisse sämtlicher europäischer Staaten eingehend unterrichtet, er kannte die kriegerisch gestimmten Elemente in Ungarn und Siebenbürgen, welche den Wiener Hof niemals zu Atem kommen ließen und jedermanns Hülfe annahmen, wenn es nur zu irgend einer Bewegung an den Hängen der Karpathen kam, er war mit den Gefinnungen der holländischen Machthaber und ihrer Scheu vor Flottenausrüstungen und Truppenwerbungen vertraut, er hielt sich sicher, daß Cromwells streng evangelische Ueberzeugung es nicht zulassen würde, daß Schweden durch das Zusammenrücken katholischer Mächte zu Schaden käme — es war der günstige Augenblick für ein frohes Wagen da. Nächst Dänemark, um dessen Freundschaft er sich vergebens bemüht hatte, war der Kurfürst von Brandenburg bei dem Kriege mit Polen der bedenklichste, einerseits der nützlichste, anderseits der gefährlichste Nachbar. Wenn Brandenburg für Polen eintrat, so war dieses gar nicht zu bewältigen, wenn nicht vorher alles, was Brandenburg-Preußen an Truppen aufbringen konnte, vernichtet, Preußen, Hinterpommern und selbst ein Teil der Neumark besetzt war. Im Falle solcher Bedrängnis würde der Kurfürst aber doch nicht ganz ohne fremde Hülfe geblieben sein, er hätte sich schließlich dem Kaiser in die Arme werfen oder, von Holland zur See und mit Geld unterstützt, sich bis zum äußersten verteidigen müssen. Mochte die Kriegslust und Siegesgewißheit in Stockholm noch so hoch gesteigert sein, solche Ausichten waren doch nicht erfreulich. Man mußte also Brandenburg haben, und Karl X. säumte nicht, dies durch den Grafen Schlippenbach dem Kurfürsten gegenüber eingestehen zu lassen. Man konnte es aber auch haben, wenn man sich anders dazu herbeiließ, die Lebensinteressen des aufstrebenden Staates zu fördern. Da war es nun sehr eigentümlich, daß der König statt mit Anträgen, mit Forderungen seine Werbung einleitete. Schlippenbach erklärte, Schweden verlange die Abtretung von Pillau und Memel, also die militärische und Handels-Herrschaft über das Frische und das Kurische Haff, Brandenburg sollte dann seinerzeit reichlich entschädigt werden. Darauf sandte der Kurfürst einen Vertrauensmann, Johann Ulrich von Dobrzensky, nach Stockholm mit der Versicherung, er sei zu einer Allianz bereit, die Abtretung seiner Hafenplätze aber müsse er ablehnen. Es ist bewunderungswürdig, daß Friedrich Wilhelm damals den einzig richtigen Standpunkt, den er Schweden gegenüber einzunehmen hatte,

so rasch erkannt und sofort gekennzeichnet hat. Waldeck wäre nicht abgeneigt gewesen, sich kopfüber in die schwedische Allianz zu stürzen und dadurch von vorneherein die brandenburgische Politik zu binden. Dem Kurfürsten war es klar, daß er von der Gnade der Schweden nichts zu erwarten habe, und um so weniger, je leichter er sich von ihnen gewinnen lasse. Schweden war ihm und seinen Bestrebungen gefährlicher, als Polen, das bei allem Verdrusse, den es ihm in Preußen anrichten konnte, einem ernstern Widerstande doch nicht gewachsen war. Brandenburg mußte eine selbständige Macht an der Ostsee begründen, welche die Berechtigung ihres Bestandes auch durch sich allein nachzuweisen imstande war. Dies war nur zu erreichen, indem man jedem der beiden Nachbarn soviel abtrotzte, als er sich unter gegebenen Verhältnissen abtrotzen ließ. Der Gegensatz zwischen den beiden Linien der Wasa, die Unmöglichkeit einer dauernden Versöhnung zwischen der protestantischen und katholischen Großmacht im Baltischen Meer beschleunigte das Wiederemporkommen des deutschen Elementes, welches als Kulturträger daselbst erschienen war, das Städteleben und den Großhandel allein begründet, seinen Einfluß jedoch durch Sonderbestrebungen und inneren Verfall nach und nach verloren hatte. Jetzt war es an den Deutschen, sich auch einmal die Uneinigkeit ihrer Nachbarn zu nütze zu machen und durch Klugheit und Thatkraft wiederzugewinnen, was durch Lässigkeit und Mangel an nationalem Ehrgefühl verloren gegangen war. Die vielberufene „treulose“ Politik des großen Kurfürsten — wie wir ihn vom nordischen Kriege an mit Recht nennen können, in welchem er die volle Größe seines Geistes und Charakters zu entfalten Gelegenheit hatte — war eine gerechte Wiedervergeltung jener zahllosen Beweise von Treulosigkeit und Ueberlistungskunst, welche Polen und neuerdings auch Schweden den vertrauensseligen Deutschen gegeben hatten. Freilich, wenn der Deutsche einmal aufhört, der „ahnungslose Thor“ zu sein, wenn er sich selbst mehr vertraut, als den Fremden, und seine Machtphäre dort absteckt, wohin seine Kraft reicht, dann weiß die Welt nicht genug Aufhebens von seiner Falschheit und Rücksichtslosigkeit zu machen, darum verlangt sie von ihm alle Tugenden der Schwäche und des Ehrmangels, die jedes andere Volk als Schande brandmarkt. Zum Heile Preußens und des deutschen Volkes war dieser Hohenzoller Friedrich Wilhelm gerade zu rechter Zeit in die Lage gekommen, wenigstens einigermaßen gut zu machen, was die Sünden der Väter an dem armen Deutschland verbrochen hatten. Mit zäher Ausdauer verfolgte er sein Ziel und erreichte es; für die Krone Polen sein Schwert in die Wagschale zu werfen, konnte ihm nicht in den Sinn kommen; dort hätten seine besten Dienste wenig Anerkennung gefunden, es wäre zu naheliegend gewesen, dieselben als Pflichten des Lehensmannes zu erklären und mehr als je auf die Hoheit über Preußen zu pochen. Wenn man seine Hilfe begehrte und den Preis derselben aussprach, dann war es noch immer an der Zeit, auch mit der Republik sein Geschäft zu machen, aber stets mit Beachtung des richtigen Verhältnisses von Leistung und Lohn.

In Schweden wurde die sichere und gemessene Haltung des Kurfürsten mit Mißbehagen aufgenommen, sein Antrag, die Vermittelung zwischen beiden Mächten übernehmen zu wollen, unerwidert gelassen. Karl Gustav war bereits davon unterrichtet, daß der Kurfürst sich um ein Bündnis mit den Generalstaaten be-

mühte, deren Ostseehandel aufs höchste gefährdet war, wenn Memel und Pillau in die Hände der Schweden kamen. Die Hochmögenden aber glaubten noch zu warten zu können, Brandenburg schien ihnen immer sicher zu sein. Am Kaiserhofe freute man sich über die Verlegenheiten, die aus dem nordischen Kriege für Brandenburg erwachsen konnten, und war emsig bestrebt, Schwedens Mißtrauen gegen den Kurstaat zu verstärken; die neuen Verbündeten im Reiche fühlten sich nicht veranlaßt, sich in die Verwickelungen des Nachbarn einzumischen, das Herzogtum Preußen hatten sie ihm ja nicht garantiert.

Das Verhältnis Schwedens zu Brandenburg war noch gänzlich ungeklärt, als im Juli 1655 die Feindseligkeiten in Livland begannen und die schwedischen Truppen durch Pommern an die polnische Grenze rückten. Die Forderungen, welche Karl Gustav unter der Einwirkung der ersten Siege seines Feldmarschalls Wittenberg von Stettin aus an Brandenburg richtete, waren so „schimpflich und ungleich“, daß der Kurfürst die Unterhandlungen abbrechen ließ. Er hatte sich mittlerweile schon stattlich gerüstet und war noch fortwährend bemüht, sein Heer auf eine achtunggebietende Stärke zu bringen. Am 5. August war endlich doch ein Bündnis mit den Staaten zustande gekommen, nachdem die letzteren in den Absichten Schwedens auf Pillau und Memel die große Gefahr für ihre Handelsgeschäfte erkannt hatten. Die erste Bedingung des Vertrages mit Brandenburg ging deshalb auch dahin, daß die Zölle in Preußen nicht erhöht werden dürfen. Dafür verpflichteten sich die Staaten, alle Länder des Kurfürsten zu schützen und — wenn angerufen — in 3 Monaten 4000 Mann zu stellen oder 16 000 Thaler monatlich Subsidien zu zahlen. Der Kurfürst hatte für die Staaten im Bedarfsfalle 2000 Mann zu stellen. Die Annäherung zwischen Holland und Brandenburg hatte für letzteres sofort die günstige Wirkung, daß die kleveschen Stände nicht von neuem ausarten konnten. Die Werbungen hatten unter diesen wieder neue Aufregungen hervorgerufen, da sie aber keine Stütze an Holland fanden, gaben sie nach und bewilligten das Dringendste. Der Kurfürst zeigte sich seinerseits wieder entgegenkommend, er entließ Winnenthal auf Bitten seiner Freunde gegen eine Kaution von 200 000 Thalern aus der Haft. Auch in Preußen machte die Nähe der Gefahr die anfangs sehr widerwilligen Stände willfährig, man bewilligte dem Kurfürsten die Einhebung einer Accise, welche 600 000 Thaler trug, und verschob die Erledigung der Beschwerden bis zur Durchführung des Defensionswerkes. Der Schutz, den Friedrich Wilhelm dem Herzogtum bot, war aber auch ausreichend. Ende August standen in Preußen 7000 Mann Miliz und 4000 Mann geworbener Truppen, 8000 Mann waren marschbereit in den Marken, weitere 4000 aus den westlichen Ländern im Anzug; 36 holländische Schiffe wurden in der Ostsee erwartet.

Der Kurfürst stellte seine Politik auf die reale Grundlage einer bedeutenden Kriegsmacht und dies blieb von nun an preußische Art.

Das polnische Preußen, vom Hauptlande verlassen, das Karl Gustav siegreich durchzog, schloß sich, während der Schwedenkönig auf dem Marsche von Warschau nach Krakau sich befand, dem Kurfürsten an und einigte sich mit dem Herzogtum zu gemeinschaftlicher Verteidigung. Aber es kam zu keiner energischen Rüstung. Danzig, Thorn, Elbing zögerten, mit dem Kurfürsten abzuschließen. Auch die

Staaten ließen auf ihre Hilfe warten. Frankreich wollte nichts unternehmen, „was Schwedens Bedenken erregen würde,“ und der Protektor von England hatte kein Verständnis dafür, daß ein deutscher evangelischer Staat auch noch andere Aufgaben zu lösen habe, als den Papismus zu bekämpfen. Er setzte den Anschluß Brandenburgs an Schweden in dem Kampfe gegen das katholische Polen als selbstverständlich voraus. Der Kaiser ließ durch den Grafen Starhemberg die Lage des Kurfürsten in Preußen erkundschaffen und dem letzteren Hilfe in Aussicht stellen, wenn er dagegen seine Stimme bei der Kaiserwahl verpfänden würde. Ernstliche Zugeständnisse konnten die brandenburgischen Unterhändler Bonin und Löben in Wien doch nicht erreichen.

Im November 1655 kam es nun zu der seltsamen Erscheinung, daß die Truppen Karl Gustavs, der mit dem Kurfürsten im freundschaftlichsten Briefwechsel stand und ihn mit stets neuen Anerbietungen umwarb, in das Gebiet des Herzogtums Preußen einrückten, einen großen Teil desselben besetzten und bis einen Marsch vor Königsberg vorrückten. Thorn und Marienwerder waren bereits in ihrer Macht. Die brandenburgische Armee aber stand in bester Verfassung und ohne noch angegriffen worden zu sein, in einer Linie von Tilsit bis an die Weichsel. Der Kurfürst gestattete den einzelnen Abteilungen kleine Streifpartien zur Sicherung der Verpflegung, aber keine größeren Unternehmungen. Waldeck wollte den in seiner Flanke sich hinziehenden schwedischen General Magnus de la Gardie mit Uebermacht angreifen, der Kurfürst verwehrte es ihm. Der König mußte in seinem Siegeszuge vor dieser brandenburgischen Armee doch Halt machen, er durfte sich jetzt, da ganz Polen auf war, um den Kampf aufzunehmen, nicht in einen Krieg in Preußen einlassen, wo ihm 25 000 Mann deutsche Truppen gegenüberstanden. Es blieb ihm keine Wahl als das Bündnis mit Brandenburg. Der Vertrag von Königsberg (17. Februar 1656) war das Ergebnis dieser Erwägung. Schweden verpflichtete sich darin, das Herzogtum Preußen zu räumen, während Brandenburg die noch von ihm besetzten Orte im polnischen Preußen aufgab. Karl Gustav versprach, die Stände des letzteren in Gnaden aufzunehmen und die nach Königsberg geflohenen polnischen Unterthanen unbehelligt zu lassen. Dagegen trat Preußen, das von seinem Lehensherrn preisgegeben und sich selbst überlassen worden sei, in einen neuen Lehensverband zu Schweden, jedoch ohne Tribut und ohne daß den Ständen des Herzogtums der Appell an den König von Schweden zugestanden wäre. Die Huldigung sollte erst nach Verlauf eines Jahres stattfinden. Der Kurfürst mußte dem Könige, wenn er „in dem während des Krieges gewonnenen polnischen oder preußischen Gebiete wegen dieses Vertrages angegriffen werde“, 1000 Mann zu Fuß und 500 Reiter stellen; schwedisches Kriegsvolk erhielt freien Durchmarsch durch das Herzogtum, schwedische Kriegsschiffe durften sich bis auf Kanonenschußweite den Häfen nähern. Das Bistum Ermeland wurde als schwedisches Lehen mit Preußen verbunden. — Beide Teile haben durch diesen Vertrag nicht das erreicht, was sie beabsichtigten — sie blieben auf halbem Wege stehen. Preußen war mit Vermeidung offenen Krieges in den Bereich der schwedischen Macht gezogen, es hatte in Karl Gustav einen neuen Oberherrn annehmen müssen; im Falle eines für Schweden ungünstigen Ausgangs des noch mit Polen fortzuführenden Krieges sah sich der Kurfürst den heftigsten

Angriffen auf seine ohnehin nicht sehr sichere Stellung im Herzogtum ausgefetzt, dessen Stände stets bereit waren, mit Polen gemeinsame Sachen zu machen, wenn es sich um Herabminderung der herzoglichen Rechte handelte. Darauf mußte sich Friedrich Wilhelm jedoch längst gefaßt gemacht haben, als er mit Schweden überhaupt zu unterhandeln begann. Ein wirklicher Vorteil war von Brandenburg für den Augenblick nicht erreicht ¹⁾ — aber auch Karl Gustav konnte sich keines großen Erfolges rühmen. Von den 25 000 Mann brandenburgisch-preussischer Truppen konnte er auf 1500 zählen und auch auf diese nur unter bestimmten Voraussetzungen. Wenn der Kurfürst seine Kriegsmacht noch ferner zusammenzuhalten vermochte, blieb das stark besetzte Preußen immer ein Hindernis in seinen strategischen Kombinationen und die brandenburgische Armee eine sehr drohende Gefahr. Daß er ohne weitere und wertvollere Zugeständnisse an den Kurfürsten seine großen Pläne kaum durchsetzen werde, mochte Karl Gustav wohl schon damals erkannt haben. Der Kurfürst selbst aber, der sich nur nach langen, sorgenvollen Erwägungen, nach längerem unsicheren Schwanken zu dem Vertrage hatte bestimmen lassen, ergriff die nächste sich darbietende Gelegenheit zur Herbeiführung neuer Gestaltungen. Er sicherte seine rheinischen Besitzungen durch eine Allianz mit Frankreich (14. Februar 1656) und trug sich mit ernstern Gedanken über einen Feldzug gegen den Pfalz-Neuburger, der, als Schwager des Königs von Polen, Brandenburgs Kräfte im Westen binden wollte. Unthätig konnte er ja seine Truppen auf die Dauer nicht stehen lassen, die großen Anstrengungen, welche ihre Erhaltung erforderte, durften doch nicht umsonst aufgewendet sein. Sie waren es auch nicht.

In Polen nahm der Widerstand gegen die Eindringlinge im Frühjahr 1656 eine unerwartete Ausdehnung an; jene Großen, welche sich so hastig an den Sieger herangebrängt hatten, verließen ihn nach den ersten Unglücksfällen. Der König verließ Warschau am 15. April und ließ Wittenberg mit einer schwachen Besatzung zu dessen Verteidigung zurück. Sein Bruder Pfalzgraf Johann Adolf hielt bei Nowydwor an der Mündung des Bug in die Weichsel mit dem Reste des Heeres, während Karl Gustav nach Preußen eilte, um seinen neuen Lehensmann aufzubieten. Dieser blieb aber sehr kühl und beschränkte sich vorläufig darauf, neuerdings seine Vermittelung zwischen Schweden und Polen anzutragen. Der König ließ ihm sagen, wenn der Kurfürst ihn jetzt verlasse, so sei es möglicherweise sein (des Königs) Untergang, gewiß aber der des Kurfürsten. Dieser mochte das letztere kaum begreifen; denn schon wurde Warschau belagert und der Großfürst von Rußland bedrohte Finnland. Polen stellte sich seinerseits sehr entrüstet über die verräterische Haltung des preussischen Lehensherzogs, die polnischen Flüchtlinge in Königsberg gerieten in Aufregung und Aufstand. Sie

¹⁾ Die Ansicht Erdmannsdörffers, der Königsberger Vertrag bedeute einen Rückschritt, eine Niederlage des Kurfürsten (Einleitung zu dem Abschn. „Der nordische Krieg bis zum Vertrag von Königsberg“ im VII. Bande der „Urkunden und Altentstücke“) kann ich nicht teilen, sie scheint auch nicht zu der späteren treffenden Bemerkung zu passen: „Der Vertrag war für den Augenblick der Ausweg aus einer schwierig komplizierten Lage, mit geringer Aussicht auf dauernde Geltung.“

mußten mit Gewalt zu Paaren getrieben werden. Unter dem Drucke solcher äußeren Verhältnisse kam ein neuer Vertrag zwischen Schweden und Brandenburg, das Bündnis von Marienburg (25. Juni) zustande, welches den Königsberger Vertrag wesentlich erweiterte. In dem offiziellen Teile des Vertrages verpflichtete sich der Kurfürst, mit 4000 Mann Schweden zu Hülfe zu kommen, wenn es in Preußen, Groß- und Klempolen angegriffen würde, Schweden hatte 6000 Mann zu stellen, wenn der Kurfürst in Preußen und Ermeland angegriffen würde. Ein Nebenartikel enthielt das Versprechen des Kurfürsten, im laufenden Jahre mit seiner ganzen Kriegsmacht den Schweden zu Hülfe zu kommen. Als Ersatz der Kriegskosten und „Satisfaktion“ überließ ihm Schweden die Palatinate Posen, Kalisch, Sierasz und Lencicz mit voller Souveränität. Der erste Plan einer Teilung Polens war nahe der Durchführung und der große Kurfürst sicherte sich für diesen Fall seinen Anteil mit Zurücksetzung anderer wichtiger Fragen, wie der preussischen Souveränität, die ja dann doch nicht ausbleiben konnte. Karl Gustav hatte dem Kurfürsten das Kommando der brandenburgischen Armee belassen und seine Einwilligung gegeben, daß der Kurfürst dem Könige von Polen nochmals seine Vermittelung antrage. Mittlerweile waren die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz immer gefahrdrohender geworden. Am 1. Juli mußte Wittenberg in Warschau kapitulieren. Der König von Schweden rückte in Eilmärschen mit den Ersatztruppen an die Weichsel, um seinen Bruder bei Nowydwor zu decken. Der Kurfürst wartete noch die letzte Antwort Johann Kasimirs auf seinen Vermittelungsantrag ab. Sie lautete ablehnend. Am 14. Juli ließ Friedrich Wilhelm marschieren, am 28. erfolgte die Vereinigung seiner Truppen mit den schwedischen.

Karl Gustav hatte, ehe er sich nach Preußen gewendet, in Warschau eine Besatzung von 2500 Mann unter dem Befehle seines Feldmarschalls Wittenberg zurückgelassen. Der Rest seiner durch den Winterfeldzug hart mitgenommenen Armee stand in dem besetzten Lager von Nowydwor. Dasselbe lag, dem Orte dieses Namens gegenüber, am rechten Ufer des Narew und bestand aus zwei Teilen: dem Lager des Pfalzgrafen Adolf Johann in der Gegend von Modlin, dessen strategische Bedeutung durch wiederholt — auch in unseren Tagen — erneuerte und verbesserte Befestigungen anerkannt ist, und dem etwa 3000 Schritte weiter östlich errichteten kleineren Lager des Grafen Douglas. Auf der zwischen Zakroczym und Nowydwor befindlichen Weichselinsel befand sich ein Kastell, welches vom Oberstlieutenant Anderson erbaut und bis 1660 gehalten wurde.

Bei Nowydwor und Zakroczym waren Brücken über den Narew und die Weichsel geschlagen. Seit 4. Juni waren in den beiden Lagern unter den Befehlen des Pfalzgrafen Adolf Johann, des Vizeadmirals C. W. Wrangel und des Generals Douglas 188 Compagnien Reiter in 35 Eskadrons, 13 Compagnien zu Fuß in drei Eskadrons (Regimentern) und 20 leichte Geschütze vereinigt. Die Stärke dieser Truppen wird zwischen 6000 und 10 000 Mann geschätzt, wobei — wie aus dem Folgenden hervorgehen wird — die erstere Zahl wahrscheinlich die richtigere ist. Seit der Annäherung der litauischen Armee unter Gonsiewski hatten die

Schweden bei verschiedenen Ausfällen aus dem Lager durch den polnischen Obersten Schönberg noch namhafte Verluste erlitten. Als Karl Gustav mit 4000 Mann am 8. Juli nach Nowydwor gelangt war, wußte er bereits von der am 1. Juli erfolgten Kapitulation der Besatzung von Warschau: 400 gesunde und 1400 kranke Soldaten waren nach Thorn abmarschirt, Wittenberg und seine Offiziere mußte der König von Polen auf Verlangen seiner Umgebung gefangen halten. Für Schweden war es bis jetzt vor allem wichtig, sich vor einer zweiten Einschließung in Nowydwor zu schützen und die Verbindung mit Preußen aufrecht zu erhalten. Der König, Douglas und Prinz Bogislaw Radziwill ritten nun mit 3000 Pferden den Narew aufwärts und sicherten Pultusk, Ostrolenka und Tykoczyn, bevor noch Gonsiewski, der zwischen Bug und Narew streifte, den letzteren überschritten hatte. Schon am 19. Juli aber standen 10 000 Litauer vor Ostrolenka und bedrohten dadurch die Rückzugslinie der Schweden. Die brandenburgische Armee war am 19. in Plonsk, nördlich von Zakroczym angelangt und blieb dort stehen, um den Erfolg der letzten Vermittelungsvorschläge des Kurfürsten abzuwarten. Dieser hatte in einer Unterredung zu Nowydwor mit Karl Gustav vereinbart, mit dem Angriffe auf die litauische Armee bis zum Fallen der stark angeschwollenen Gewässer zu warten. Nach dem Falle von Ostrolenka mußte jedoch sofort gegen Gonsiewski etwas unternommen werden, Wrangel, Waldeck und der König wendeten sich mit ihrer ganzen Reitermacht gegen die Litauer, die sich sofort wieder über den Narew retteten.

Am 27. Juli war der Kurfürst mit seiner Armee bis Zakroczym angekommen, die letztere wurde vom Schwedenkönige besichtigt und dann in einem Kriegsrathe zu Nowydwor der Vormarsch beschlossen. Noch glaubten die beiden Kriegsführenden, daß die beiden Armeen, welche zu ihrer Bekämpfung von Johann Kasimir aufgestellt worden waren, die litauische und die sogenannte Kronarmee, durch die Weichsel getrennt seien und vermeinten, die erstere zurückwerfen zu können, ehe noch die im Anzuge befindlichen 20 000 Tataren völlig herangekommen wären. Um 6 Uhr abends begann der Uebergang der verbündeten Truppen über den Narew, am 28. vormittags war er vollendet und sofort setzten sich die beiden Heere an der Straße längs der Weichsel gegen Jablonna in Bewegung. Die eingehendsten Untersuchungen ¹⁾ der über die Schlacht vorhandenen Berichte haben folgende Zusammensetzung der Heere ergeben:

¹⁾ Ich begründe meine Erzählung auf die ausführliche, sachmännische Darstellung des Kgl. preuß. Oberstlieutenants August Riese: „Die dreitägige Schlacht bei Warschau“ (Breslau, März 1870, dann Gera, Reifewitz). Die Quellen hat J. G. Droyfen in den Abhandlungen d. Kgl. sächs. Gesellsch. d. Wissenschaften, phil.-hist. Klasse IV. Bd. (1865) kritisch besprochen. Es kann hier nur erwähnt werden, daß ein großer Teil der Relationen, von schwedischer Seite verfaßt, höchst ungerecht die Leistungen der Brandenburger zu verkleinern bemüht war, daß auch Pufendorf und sein Gewährsmann Dahlberg, der als junger Quartiermeister der Schlacht beigewohnt und drei treffliche Zeichnungen von derselben geliefert hat, den Anteil der brandenburgischen Armee nicht richtig zur Anschauung bringen. Ein eigenhändiger Bericht des Kurfürsten, die auf seine Veranlassung in den VII. Band des Theatrum Europ. (2. Aufl.) aufgenommenen Pläne und Schilderungen, sowie eine Reihe französischer und polnischer Berichte haben die Richtigstellung des Thatächlichen ermöglicht.

	Reiter	Fußtruppen	Geschütze
Schweden	8 Nationalregimenter oder Eskadrons (zu je 200 Pferden) 26—27 geworbene Regimenter zus. 37 Eskadrons (zu je 200 Pferden)	10 Nationalregimenter in 8 Brigaden oder 6 Eskadrons	12 Feldgeschütze 3—6pfündig 11 schwere
Brandenburger	70 Compagnien in 24 Eskadrons 4240 Pferde	44 Compagnien 4250 Mann	30 Feldgeschütze 5 Haubitzen
Zusammen	11 650 Reiter und Dragoner ¹⁾	6350 Mann zu Fuß	58 Geschütze.

Die Schlachtordnung, welche schon beim Anmarsche berücksichtigt war, bildete zwei Reiterflügel von ziemlich gleicher Stärke, an welche sich die Infanterie derart angliederte, daß sie vereinigt im Centrum stand, obwohl für dasselbe kein selbständiges Kommando bestand und deshalb in strategischem Sinne von einem Centrum, dem für sich allein Bewegungen und Unternehmungen zugeteilt werden konnten, nicht die Rede war. Jeder der beiden Flügel war in drei Treffen geteilt.

Rechter Flügel, unter dem besonderen Befehle des Königs von Schweden, in dessen Abwesenheit General Douglas befehligte.

Erstes Treffen: Philipp Pfalzgraf von Sulzbach mit 13 Eskadrons.

Zweites " Karl Markgraf von Baden " 10 "

Drittes " Freiherr Heinrich Horn " 11 "

Links anschließend 3 schwedische Brigaden Fußvolk unter Barthold Hartwig v. Bülow.

Diesem zunächst 6 brandenburgische Brigaden Fußvolk unter dem Befehle des Feldzeugmeisters Graf Otto Christoph Sparr.

Erstes Treffen: Graf Johann Volrad v. Waldeck mit 3 Brigaden.

Zweites " Joachim Rüdiger Freiherr v. d. Golz " 3 "

Linker Flügel, unter dem besonderen Befehle des Kurfürsten von Brandenburg, welchen Graf Georg Friedrich v. Waldeck vertrat.

Erstes Treffen: Christ. v. Kannenberg mit 13 brandenb. Eskadrons.

Zweites " Graf Clas Tott " 9 schwed. "

Drittes " General v. Bötter " 10 brandenb. "

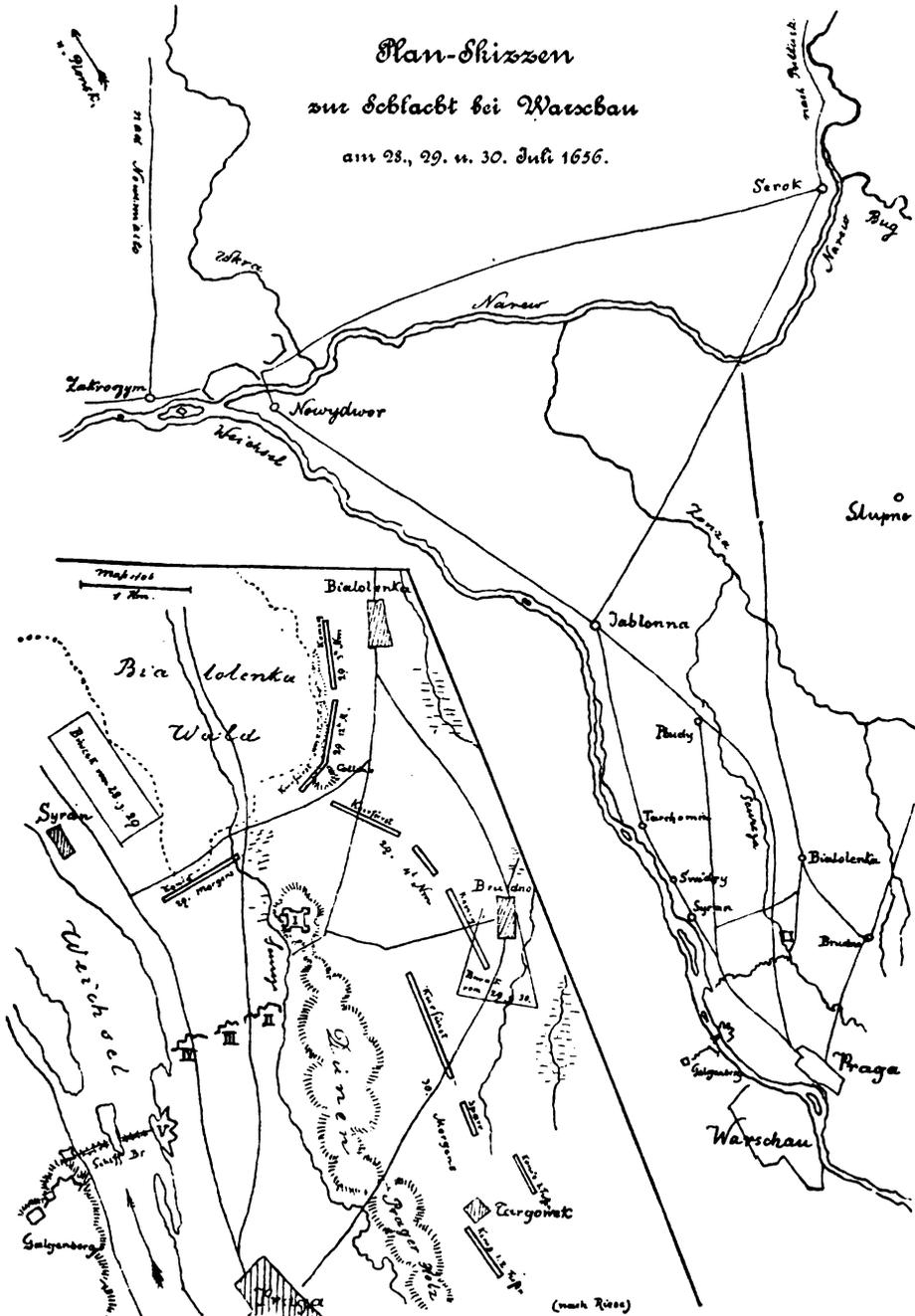
(in schwed. Diensten)

Karl Gustav Wrangel war dem Kurfürsten als Beirat an die Seite gegeben. Es wurde wohl auch behauptet, er habe die Haltung desselben überwachen sollen. Sein Auftreten spricht jedoch nicht für diese Annahme, er gehört sogar zu denjenigen

¹⁾ Man hat die Dragoner, weil sie mit Bajonettflinten bewaffnet waren und auch zum Fußkampf verwendet werden konnten, bisweilen berittene Infanterie genannt. Sie waren nicht in Regimenter gegliedert, sondern bildeten nur Eskadrons. Wenn die Regimenter, wie dies bei den Schweden vor Warschau der Fall war, nur 200 Pferde zählten, erschien in taktischer Hinsicht Regiment und Eskadron gleichbedeutend.

Teilnehmern der Schlacht, die sich am anerkanntesten für die brandenburgische Armee ausgesprochen haben. Die schwedischen Stücke wurden vor dem rechten, die brandenburgischen vor dem linken Flügel geführt. Während des Anmarsches ritt Graf Tott an der Spitze der Avantgarde von 1000 Pferden, die beiden Flügeln entnommen waren.

Ueber die polnische Armee sind die Nachrichten sehr auseinandergehend, die Angaben über ihre Gesamtzahl schwanken zwischen 39 000 und 200 000 Mann. Man kann die Kronarmee auf 40 000, die litauische auf 20—30 000, die Tataren zu 20 000 annehmen. Von einer taktischen Gliederung dieser Gesamtmasse erhalten wir weder nach den polnischen noch nach fremden Berichten ein Bild — es hat eben keine gegeben. Das Aufgebot des Adels setzte sich aus den zuziehenden Edelleuten, deren jeder von mindestens drei bis vier Knechten begleitet war, zusammen. Aus diesen Gläven wurden Schwärme von Reitern gebildet, die jeder militärischen Schulung entbehrten. Es gab schwer gerüstete Husaren und Somarszys, leichter gerüstete Pancernicy oder Arkebusiery und die leichten Wojsks oder Kosaken. Eine stehende Truppe waren die aus dem vierten Teile der königlichen Einkünfte bezahlten „Quartianer“, durchweg adelige leichte Reiter, mit Säbel, Lanze und Gewehr bewaffnet. Bei Warschau wird ihre Zahl zwischen 8000 und 20 000 geschätzt. Geworbener deutscher Truppen soll es 4—6000 Mann daselbst gegeben haben. Die Tataren, fast nackt, mit Schafsfellen um die Schultern, mit Säbel, Bogen und Pfeilen, auch Lanzen bewaffnet, erinnern in ihrem ganzen Gebaren an die Hunnen und Urmagyaren. Sie schwärmten in weiten Bogen um die Feinde, rasten plötzlich heran, machten ebenso schnell kehrt und verstanden es, fliehend ihre Pfeile gegen die Verfolger abzuschießen. Einem ernstlichen Angriffe vermochten sie keinen Widerstand entgegenzusetzen, selbst wenn sie sich in noch so großer Uebersahl befanden. Ihr Aga Suthan Kazy war am 27. bei Johann Kasimir in Warschau erschienen und hatte diesem den Rat gegeben, die Verbündeten in Nowydwor einzuschließen und auszuhungern. Sein Rat war gut, er kam aber zu spät. Die Polen hatten die Zeit, in welcher die Lage der Schweden in Nowydwor eine wirklich sehr bedenkliche gewesen war, vollkommen unbenuzt verstreichen lassen. Jetzt mußten sie die Schlacht annehmen oder Warschau aufgeben. Unter den Heerführern der Polen waren Stephan Czarnieky, Kastellan von Kiew, Verteidiger von Krakau, und Vincenz Corvin Gosiowski, der litauische Feldherr, die einzig bedeutenden. Die beiden Kronfeldherren, der siebenjährige Stanislaus Potocki und Stanislaus Landkoronski, haben sich bei Warschau nicht sehr vorteilhaft bemerkbar gemacht. Czarnieky führte die Kronarmee auf einer durch starke Verschanzungen gesicherten Schiffbrücke unterhalb Warschau auf das rechte Ufer der Weichsel, wo der Angriff erwartet werden mußte. Die Ebene vor Praga ist von dem Scurczabache durchzogen, an dessen rechtem Ufer sich eine sandige Dünenkette erhebt, deren südlichen Teil das sogenannte Prager Holz, ein unebener Wald, bildet. Nördlich der Dünen dehnt sich der auf Lehmboden erwachsene Wald von Bialolenka aus, der an seinem östlichen Rande eine nicht ganz unbedeutende Erdwelle zeigt. Von diesen durch die Bodenbeschaffenheit gebotenen Vorteilen wußten die Polen Nutzen zu ziehen. Sie verlegten ihr Lager in die Ebene zwischen der Weichsel und der Dünenkette und legten etwas unterhalb der Schiffbrücke drei



Erdschanzen an (auf dem Plane II, III, IV), durch welche die Straße von Jablonna nach Praga gesperrt wurde. Auf einer Vorlagerung der Dünenkette errichteten sie am rechten Ufer der Scurcja ein größeres Erdwerk (I), das einen trefflichen Stützpunkt für alle Bewegungen bot, die von der Dünenkette aus über das östlich und nördlich davon liegende Blachfeld gerichtet wurden. Dieses wurde in der

Richtung Targowek-Bialolenka durch einen unzugänglichen Moorbruch begrenzt. Die Aufgabe der polnischen Armee war diesen Verhältnissen gemäß einem Angriffe der Verbündeten gegenüber klar vorgezeichnet. Sie hatten sich an der Weichsel auf die Verteidigung der Schanzenlinie zu beschränken, mit voller Ausnutzung ihrer großen Reitermassen das Blachfeld zwischen Brudno und Bialolenka zu behaupten, den Feind in der Flanke anzugreifen und an die Weichsel zu drängen. Zur Entscheidung konnte schließlich ein Vorstoß von den Schanzen ausgehen. Es scheint, daß dieser Plan auf polnischer Seite auch so lange festgehalten wurde, als man dort noch angriffsweise vorzugehen in der Lage war.

Die Schweden und Brandenburger waren um Mittag des 28. Juli in Jablonna angelangt. Dort machten sie einen längeren Halt, worauf sie den Marsch in südlicher Richtung um drei Uhr nachmittags fortsetzten. Bei Bludy ($\frac{3}{4}$ Meilen von Praga) erhielten sie die erste Nachricht von der Anwesenheit des Feindes, der damals einen vorgeschobenen Posten bei Tarchomin gehabt haben mag. Karl Gustav stellte die bereits beschlossene Schlachtordnung her und sandte den auf 1000 Pferde vermehrten Vortrab unter Tott gegen den Feind. Zwischen fünf bis sechs Uhr abends dürfte der erste Zusammenstoß erfolgt sein, gegen acht Uhr stand Tott, der die Polen siegreich vor sich hergetrieben hatte, vor den Verschanzungen, das Hauptheer aber bei Syran. Tott wurde durch die aus den Schanzen vorbrechenden polnischen Geschwader plötzlich in Gefahr gebracht, aus welcher ihn Karl Gustav selbst an der Spitze von drei bis vier Eskadrons befreite. Der König beschloß, da die Nacht bald hereinbrechen mußte, das Gefecht abzubrechen, was ihm, da die Polen nichts dagegen unternahmen, auch vollständig gelang. Ein starker Angriff auf die verbündeten Truppen, die im Sonnenbrande und auf losem Sandboden den ganzen Tag marschiert waren, wäre denselben um so unangenehmer geworden, als sie durch die Verengung der Ebene bei Syran, wo das Weichselufer sich gegen Osten zieht, in ihrer Aufstellung gehindert waren. Das Bivak der Verbündeten dehnte sich in der Nacht vom 28. auf den 29. zwischen Syran und Swidry aus.

Die erste Aufstellung am frühen Morgen des 29. Juli reichte vom Walde bei Bialolenka bis an die Weichsel, wurde jedoch bald aufgegeben, da Karl Gustav den Entschluß faßte, das polnische Lager von Osten, also von der Dünenkette her anzugreifen. Um neun Uhr begann der Kurfürst mit 30 Reitereskadrons, zwei Brigaden Fußvolk und einigen Geschützen den Flankenabmarsch in der Richtung nach der sogenannten „Colline“, einer vereinzelt Erhöhung am Südrande des Bialolenkawaldes gegenüber der Schanze I. Die „Colline“ war von den Polen besetzt, wurde jedoch bald von den Brandenburgern genommen. Auf ihr wurde nunmehr eine Geschützaufstellung eingerichtet, die dem rechten Flügel des Kurfürsten als Stützpunkt diente, der linke zog sich nach Norden, lehnte sich mit dem Rücken nach dem Bialolenkawalde und hatte das Feld zwischen Brudno und Bialolenka vor sich. Um zwölf Uhr mittags war diese neue Aufstellung vollendet, sie gewährte einigermaßen Schutz gegen Flankenangriffe der Polen, war jedoch nicht ungefährlich, da zwischen dem Flügel des Königs und dem des Kurfürsten eine Lücke entstanden war, in welche die Polen von Schanze I aus vordringen konnten. Karl Gustav hatte unterdessen in seiner ursprünglichen Aufstellung vor den Schanzen II, III, IV ausgehalten und den Kampf den Vormittag über durch die Geschütze hinhalten

lassen. Sehr lästig wurde ihm die Beschießung vom linken Weichselufer her, deren Urheberin die Königin von Polen in höchst eigener Person war. Die üppige Ludovica Maria Gonzaga-Nevers, der es nicht schwer gefallen war, der Frivolität französischer Prinzessinnen am Hofe zu Warschau eine breite Gasse zu bahnen, ergriff die Gelegenheit, mit der Grande Mademoiselle zu wetteifern, die am Tage von St. Antoine von den Wällen der Bastille herab den Marschall Turenne mit einigen Kanonenschüssen begrüßt hatte. Sie hatte bemerkt, daß die Salven vom Galgenberge, wo Tausende von Zuschauern den Gang der Schlacht verfolgten, wirkungslos geblieben waren. Sogleich ließ sie die Pferde ihres Wagens ausspannen und einige Geschütze an das Weichselufer herabführen, von wo die Geschosse gerade die schwedische Schlachtlinie trafen. Gleichzeitig (zwischen elf bis zwölf Uhr vormittags) kamen die Tataren zu ihrem ersten Angriffe dahergebraust. Sie hatten sich in der Nacht bei Slupno, nordöstlich von Jablonna gesammelt, waren nach Bialolenka gekommen und ritten nun um den Wald gleichen Namens herum, in der Absicht, den Schweden in den Rücken zu fallen. Es genügte jedoch, daß Karl Gustav sechs Eskadrons des dritten Treffens kehrt machen ließ und mit denselben den Tataren entgegensprengte, um sie denselben Weg, den sie gekommen waren, augenblicklich wieder zurück zu jagen. Ähnliche Reitervergnügungen wiederholten sich im Laufe des Tages an verschiedenen Punkten; immer erschienen die Tataren im Rücken der Verbündeten, ohne sie aber jemals in ihren Unternehmungen dauernd zu hindern.

Um zwölf Uhr ritt der König von Schweden zu der Stellung des Kurfürsten, um sich persönlich von dem Stande der Dinge zu überzeugen. Er mußte nun wahrnehmen, daß die Brandenburger dem Hauptangriffe der polnischen Macht ausgesetzt waren und sich letzterer nur mit äußerster Anstrengung erwehrten. Daß aber der Kurfürst selbst zum Angriff übergehen und denselben mit Aussicht auf Erfolg gegen die Dünen richten könnte, war auf keinen Fall zu erwarten. So wäre also die Schlacht vollständig zum Stillstand gekommen, wenn man ihr nicht einen anderen Charakter zu geben verstand. Karl Gustav durfte auch seine Truppen nicht allzugroßen Verlusten aussetzen, die bei einem Sturme seines rechten Flügels auf die Schanzenlinie wohl unvermeidlich gewesen wären. Er entschloß sich daher zu einem überraschenden Unternehmen, das in dem Entwurfe wie in der Durchführung gleich bewunderungswürdig ist: er änderte nicht nur bei wärender Schlacht die Aufstellung seiner Gesamtmacht durch eine Umstellung der Flügel, sondern verlegte auch die Richtung seines Angriffes, indem er einen Teil des Schlachtfeldes preisgab und auf einen anderen überging. Als sich der König zwischen zwölf und ein Uhr vom Kurfürsten trennte, war dies bereits beschlossene Sache. Zunächst wurden drei Bataillone Infanterie unter Volrad v. Waldeck vom Flügel des Königs abkommandiert und dem Kurfürsten zur Verstärkung seines rechten Flügels zugesendet. Volrad v. Waldeck versuchte sich durch den Bialolenkawald hindurchzuziehen, er kam jedoch in dem lehmigen Boden nicht weiter und zog um den Südrand des Waldes herum. Dadurch kam er unvermutet in eine äußerst günstige Situation, die er auch entsprechend ausnützte. Die polnischen Quartianer hatten soeben einen gewaltigen Angriff von Schanze I aus auf die vom Kurfürsten besetzte „Colline“ gemacht, während die Tataren seinen linken

Flügel anfielen. Es war klar, daß sich die Quartianer in die Lücke zwischen der königlichen und kurfürstlichen Aufstellung eindrängen wollten, die durch den Sumpf an der Scurza nicht genügend gesichert war, und daß sie hofften, dem Kurfürsten die Verbindung mit dem Könige vollkommen sperren zu können. Die Festigkeit der Brandenburger, die den Doppelstoß einer gewiß fünffachen Uebermacht aushielt, rettete hier das verbündete Heer vor einer Katastrophe. Der Sturm auf die Colline wurde abgeschlagen, die fliehenden Quartianer kamen nun an Wolrads v. Waldeck Bataillonen vorüber, welche Halt machten und die Polen in ein verheerendes Flankenfeuer nahmen.

Währenddessen hatten das zweite und dritte Treffen des königlichen Flügels bereits kehrt gemacht und war nach Norden in den Bialolenkawald abmarschirt. Das erste Treffen hielt den Kampf vor den Schanzen noch eine Zeitlang hin, brach ihn dann ebenfalls ab und folgte den Vorgegangenen, ohne dabei von den Polen sonderlich belästigt zu werden. Karl Gustav hatte wahrscheinlich bei seiner Rückkehr vom Kurfürsten den Wald durchritten und Lichtungen gefunden, welche zum Durchzug benützt werden konnten.¹⁾ Durch diese führte er nun seine ganze Macht und erschien gegen drei Uhr nachmittags samt den Geschützen am linken Flügel des Kurfürsten. Dadurch war nun folgende ganz neue Aufstellung des verbündeten Heeres entstanden: Den äußersten rechten Stützpunkt bildete die „Colline“, an welche sich noch immer die Brandenburger lehnten. Die Linie der letzteren machte einen stumpfen Haken und war gegen Südosten und Osten gerichtet. Der König stand gegenüber Bialolenka, an seinem äußersten linken Flügel hatte er seine 3 Infanteriebrigaden, 23 Geschütze und 3 Reitereskadrons, die 6 brandenburgischen Infanteriebrigaden standen wieder im Centrum. Die Polen, welche sich von den nunmehr ungefährdeten Schanzen gänzlich auf die Dünenkette gezogen hatten, schwärmten über das Blachfeld bis zum Orte Bialolenka und gedachten mit Hülfe der Tataren den linken Flügel der Schweden umfassen zu können. Horn mit 10 Eskadrons des dritten Treffens wendet sich aber nordwärts und treibt die Tataren zum zweitenmal in raschem Anritze zurück. Und nun erfolgte eine merkwürdige Drehung der ganzen Schlachtordnung der Allirten: Karl Gustav griff die vor Bialolenka stehenden Polen an und schlug sie zurück, er folgte ihnen auf dem Fuße und ging an dem brennenden Bialolenka vorüber, durch den Moorbruch in der linken Flanke gedeckt bis Brudno vor. Der Kurfürst machte die Bewegung langsam mit, so daß die „Colline“ den Drehungspunkt (Pivot) abgab. Nach einer Stunde, etwa um vier Uhr nachmittags standen die Verbündeten, mit dem Antlitz nach Südwesten gerichtet, unmittelbar vor der Dünenkette. Es scheint, daß die Polen diese Wendung nicht für ungünstig hielten, sondern sicher zu sein glaubten, daß sie nun erst den Vorteil der Bodenbeschaffenheit ausbeuten könnten. Um vier Uhr sprengten 5000 Husaren die Dünen herab dem Könige entgegen und durchbrachen das erste Treffen, wobei Karl Gustav in persönliche Lebensgefahr geriet. Sein Leibregiment zu Fuß hielt den Anprall aus und brachte die Husaren durch eine Salve zum Stehen und, da sie von ihrem Lager aus

¹⁾ Das zweite Dahlberg'sche Bild in Pufendorfs „Karl Gustav“ zeigt zwei mit Buschwerk bewachsene Unterbrechungen des dichteren Waldes, auf welchen sich zwei Kolonnen hindurchbewegen.

keine Unterstützung fanden, auch zum Rückzuge. „Einen Moment später“ — sagt der Kurfürst — kamen die Quartianer wieder gegen ihn heran; sie waren aber schon ziemlich matt und konnten den Brandenburgern so wenig etwas anhaben, als die zum drittenmal heranbrausenden Tataren.

Um sieben Uhr abends ordnete der König die infolge der raschen Vorwärtsbewegung und fortgesetzten Kämpfe etwas durcheinander geratene Schlachtordnung, um acht Uhr versuchte er einen Vorstoß gegen das Prager Holz, überzeugte sich jedoch bald, daß derselbe an diesem Tage nicht mehr zum Ziele führen könne. Zum zweitenmal machte die Nacht dem Kampfe ein Ende, ohne daß es zu einer Entscheidung gekommen wäre. Die starke Stellung der Polen auf der Dünenhöhe war noch immer ihrer ganzen Ausdehnung nach unerschüttert; die Schanze I am linken Flügel, das Prager Holz am rechten Flügel konnten dem Feinde noch heiße Stunden bereiten und es war nicht ausgeschlossen, daß ihm der Sieg noch am dritten Tage entwunden werden konnte, wenn die polnischen Truppen ihre Schuldigkeit thaten. Bei diesen war aber schon jetzt die moralische Niederlage hereingebrochen. Wo sie immer ihre Waffen mit den Deutschen und Schweden gekreuzt hatten, waren sie im Nachtheile geblieben, alle ihre Angriffe waren zurückgeschlagen worden, die Feinde hatten jeden Punkt, den sie zu nehmen entschlossen waren, wirklich genommen. Die meisten Polen verzweifelten an dem Nutzen ferneren Schlagens, 25 000 machten sich schon am Abende des 29. Juli auf und davon und zerstreuten sich nach allen Richtungen.

Das Bivak, das die Verbündeten vom 29. auf den 30. Juli bezogen, befand sich südlich von Brudno und hatte die Gestalt eines geschlossenen Dreiecks, durch welche die Verteidigung gegen nächtliche Ueberrumpelungsversuche erleichtert wurde. Es war zwar auf polnischer Seite die ganze Nacht über sehr lebhaft, auch umschwärmten die Tatarenhorden das Schlachtfeld, zu etwas Ernstlichem aber kam es nicht. Um vier Uhr morgens des 30. Juli gaben die Schweden den Losungsschuß ab — er wurde vom polnischen Lager her nicht mehr erwidert, die noch anwesenden 50 000 Mann hatten keine besondere Neigung mehr, sich noch weiter mit den 18 000 Gegnern zu messen.

Die Verbündeten stellten sich unbehelligt in der Ebene vor den Dünen auf: am rechten Flügel wieder der Kurfürst mit seinen Reitern, am linken der König, in der Mitte Sparr, dem diesmal ein selbständiges Kommando über die ganze Infanterie anvertraut war. Karl Gustav hielt mit dem ersten und zweiten Treffen zwischen Targowek und den südlichen Ausläufern des Prager Holzes, das dritte Treffen war östlich von Targowek bereit, den Tataren zu begegnen, wenn sie nochmals versuchen sollten, im Rücken der verbündeten Armeen ihr Unwesen zu treiben. Auch der Kurfürst hatte sein drittes Treffen zur Deckung des Rückens der Aufstellung angewiesen. Die Hauptaufgabe fiel dem brandenburgischen Fußvolke unter Sparr zu. Dieser stürmte — nachdem der Kampf vorher durch eine einstündige Kanonade eingeleitet worden war — das Prager Holz. Um 8 Uhr morgens war er im Besitze der Höhe und somit auf dem Wege nach Praga. Da gleichzeitig der Kurfürst mit seinem Reiterflügel die Dünenkette erreicht und die dort aufgefahrenen Geschütze der Polen genommen hatte, so kam die polnische Arme, welche jetzt auf ihrem Lagerplatz zwischen der Dünenkette und

der Weichsel eingekesselt war, in ein arges Gedränge. Am ärgsten ging es natürlich an der Schiffbrücke zu. Viele stürzten sich in die Weichsel. 4000 Litauer versuchten nach Norden auszubrechen und bei Studno über den Moorbruch zu entkommen. Sie wurden von dem dritten Treffen der Brandenburger, welches dort zurückgeblieben war, aufgehalten und fast alle niedergemacht. Der Kurfürst hielt auf der Dünenhöhe und war im Begriffe, die Geschütze auf den unter ihm sich drängenden Menschenknäuel richten zu lassen, als der Pfalzgraf Adolf Johann mit dem Befehle des Königs heraneilte, das Feuer sei einzustellen, damit die Fliehenden nicht zur Verzweiflung gebracht würden. Der Grund für diese Maßregel war der Neid der Schweden über die Erfolge der Brandenburger, die noch im letzten Augenblicke geschmälert werden sollten. Eine eigentliche Verfolgung soll nach des Kurfürsten Aussage durch die vielen Sümpfe und Tümpel verhindert worden sein, es ist aber kein Zweifel, daß der Kurfürst, wenn er nicht aufgehalten worden wäre, sich in den Besitz des Brückenkopfes hätte setzen und dadurch die Verwirrung unter den Polen noch hätte steigern können. Karl Gustav that ebenfalls nichts, um die Flucht der Gegner auszunützen: er schonte seine Truppen, diesmal zu seinem eigenen Schaden, denn seine Zurückhaltung war Ursache, daß die polnische Armee wohl zerstreut aber nicht vernichtet wurde und sich wieder rascher sammelte, als man vermutet hatte. Der hohe Wasserstand der Weichsel gestattete auch den Siegern nicht, sich sofort Warschau zu bemächtigen. Am 31. Juli ergab sich die Hauptstadt freiwillig, und wurde zunächst von den Leibregimentern der beiden verbündeten Fürsten besetzt. Der Kurfürst hatte sein Hauptquartier bis 4. August in Praga. Der Verlust der Schweden und Brandenburger wird auf 700 Tote und Verwundete berechnet; von den Polen lagen 3 — 4000 Leichname auf der Walfstatt, Gefangene gab es nicht. Die Kriegerleute hatten beschloffen, alles niederzumachen, was ihrer Waffe erreichbar war, eingedenk des Verrates, den man an der Warschauer Garnison begangen hatte. „Warschauer Accord“ nannten sie diese Schächterei. Zwölf Geschütze und ein Mörser wurden auf dem Schlachtfelde erbeutet, 27 Geschütze kamen in Warschau hinzu. —

Wir haben bei der Schilderung dieser Schlacht vielleicht etwas länger verweilt, als es die allgemeine Anlage dieses Werkes zu gestatten scheint; es soll daraus auch durchaus nicht gefolgert werden, daß wir uns mit allen Schlachten, die von deutschen Truppen in diesem Zeitraume geschlagen wurden, so ausführlich beschäftigen wollen. Gewiß aber werden wir uns bemühen, an einzelnen, besonders bemerkenswerten, kriegerischen Vorgängen den Fortschritt des Kriegswesens anschaulich zu machen; denn das Kriegswesen, das Auftreten der Völker im Kampfe bezeichnet zutreffender als alles andere die Kulturhöhe, auf der sich ein Volk befindet. Bei keiner anderen Gelegenheit, als im Kriege, in der Anlage und Durchführung einer Schlacht äußert sich das geistige Vermögen eines Volkes und die Kraft der Generationen mit solcher Sicherheit. Was vermögen 80 000 Polen und Tataren gegen 18 000 Germanen, geführt von zwei deutschen Heerführern voll Mut und Kühnheit, Liebe und Verständnis für den Krieg? Wer den Verlauf der Schlacht bei Warschau verfolgt hat, der fühlt sich wohl versucht zu fragen, wann und wo denn wohl die Sage

von der polnischen Tapferkeit und Ritterlichkeit entstanden sei, und doch wäre es ungerecht, den lechischen Slaven diese Eigenschaften absprechen zu wollen. Sie genügen eben nicht, wenn ihnen der überlegene Verstand und die Ausdauer der Deutschen gegenüberstehn. Gegen Türken, Kosaken und Russen mochten die Polen, Litauer und Genossen wohl bisweilen Erfolge erringen, gegen Deutsche niemals, wenn ihnen nicht ganz besonders günstige Umstände zu Hülfe kamen. Welcher Abstand zwischen den ungeordneten, disziplinenlosen Kriegshaufen, über die Johann Kasimir verfügte, und den Schwadronen und Brigaden seiner Gegner, welche im Angesichte des Feindes die schwierigsten Bewegungen ausführten, ohne ihre Ordnung im geringsten zu gefährden. Welche Sicherheit in der Ausführung der Befehle, welches Zusammenwirken der einzelnen Teile, für ein unparteiisches Urteil konnte kein Zweifel bestehen, wo Erhebung und Fortschritt, wo Verfall und Niedergang zu erwarten war. Die Schlacht bei Warschau hat außer ihrer kulturgeschichtlichen noch eine andere große Bedeutung. Seit dem Juli 1656 gibt es eine brandenburgisch-preussische Armee, das Feld vor Praga ist ihre Geburtsstätte, an der „Colline“ und im Prager Holz hat sie ihre Bluttaufe erhalten, Karl Gustav, der Pfälzer, und der große Kurfürst sind ihr zu Paten gestanden. Ein neues Element war geschaffen, um in die Geschichte Deutschlands und der Welt einzugreifen. Trotz der Mißgunst und des Neides der schwedischen Berichterstatter und trotz der Bescheidenheit des großen Kurfürsten konnte es doch nicht verborgen bleiben, daß die 9000 Brandenburger zum Siege bei Warschau mindestens ebensoviel beigetragen hatten als die 9000 Schweden. Der Hohenzoller hatte gezeigt, was er unter seiner „realen Basis“ verstand und was sie für andere bedeuten konnte. Er fand nun auch weiter keine Veranlassung, sie für andere, als seine eigenen Interessen in die Waagschale zu werfen. Der Zumutung Karl Gustavs, er solle mit ihm in das Innere von Polen vorrücken und dem Könige, der nach Lublin geflohen war, eine zweite Schlacht liefern, konnte er nur ablehnend entgegentreten. Er wußte recht gut, daß die abenteuerlichen Kriegszüge des ehrgeizigen Königs keine dauernden Verhältnisse begründen würden, und durfte daher sein und seiner Länder Schicksal nicht an das der schwedischen Eroberungspolitik knüpfen. Seiner Vertragspflicht war er in ausreichender Weise nachgekommen, auch der beschränkteste Schwede konnte nicht leugnen, daß nur das Eingreifen des Kurfürsten den König und sein Heer vor dem Untergange gerettet hatte — zu Weiterem war er nicht verpflichtet, wohl aber konnte die geringste Unvorsichtigkeit alle bisher errungenen Vorteile wieder wertlos machen. Im Augenblicke galt es auch, einer dem Herzogtum Preußen drohenden, sehr ernstern Gefahr zu begegnen. Der russische Zar Alexei Michailowitsch war im Sommer dieses Jahres nach der Einnahme von Smolensk nach Livland gezogen und siegreich bis zur Belagerung von Riga fortgeschritten. Wenn es diesem in den Sinn kam, sich Preußens zu bemächtigen, so war der Kurfürst in der Verteidigung auf sich allein angewiesen. Der Zar suchte zwar zunächst auf gütlichem Wege den Kurfürsten für sich zu gewinnen und meinte ihn zur Anerkennung eines Lehensverhältnisses zu Rußland bewegen zu können. Der Kurfürst antwortete, „er habe sich resolviert, das Herzogtum hinfüro von niemanden zu Lehen zu nehmen“ und suchte durch äußere Beweise von Achtung die feindlichen Absichten des Moskowiters zu beseitigen. Der kräftige Widerstand

Rigas, der den Großfürsten zum Rückzuge zwang, erleichterten die Stellung Brandenburgs einigermassen. Der Zar war durch ein Freundschaftsbündnis mit Brandenburg und durch dessen Erklärung, in allen Kriegen Rußlands mit Polen und Schweden neutral bleiben zu wollen, vollkommen befriedigt.¹⁾ Ein Jahr später versuchte der Kurfürst durch eine eigene Gesandtschaft an den Zaren diesen zum Frieden mit Polen bewegen und zu gemeinschaftlichem Vorgehen gegen Schweden bewegen zu können, es gelang ihm jedoch nicht. Alexei trug sich mit ganz entgegengesetzten Plänen, schloß am 20. Dezember 1658 mit Schweden den Waffenstillstand von Kardis und setzte den Krieg mit Polen bis 1667 fort, in welchem Jahre dann der Kurfürst den Frieden von Andruschow vermittelte.

Die moskowitzischen Anträge an Brandenburg hatten auf die Staaten einigen Eindruck gemacht, die sich allmählich von der Wichtigkeit der Unabhängigkeit Preußens überzeugten. Sie hatten auch mit Wohlgefallen wahrgenommen, daß Karl Gustav nur deshalb sein Unternehmen gegen Danzig hatte scheitern sehen müssen, weil Friedrich Wilhelm ihm seine Mitwirkung versagt hatte. Der Kurfürst war weit davon entfernt, den Schweden die Herrschaft über die Ostsee in die Hände zu spielen und er konnte auch versichert sein, daß in diesem Punkte die Herren Holländer ganz seiner Meinung waren. — Indessen war auch Polen wieder zu Atem gekommen; im September erschien Gonsiewsky am Narew, Czarnocky rückte gegen Lenczyc und Pomerellen vor. Schon war es zweifelhaft, ob Schweden imstande sein werde, Brandenburg in dem Besitze der vier Palatinats zu sichern, die ihm durch den Marienburger Vertrag als Kriegskostenentschädigung und „Satisfaktion“ zugesprochen worden waren. Der Kurfürst stellte jetzt bei seinem Verbündeten den Antrag, man solle ihm die Landeshoheit in Preußen gewähren, wurde damit jedoch sehr kalt aufgenommen; seine Unterhändler, Schwerin und Friedrich von Jena, mußten bei ihrer Anwesenheit in Frauenberg nochmals den alten schwedischen Hochmut in seiner nordisch-herben Form über sich ergehen lassen. Die Machtsphäre der Schweden verengte sich jedoch mit jedem Tage. Gonsiewsky erfocht einen bedeutenden Sieg über die verbündeten Truppen am Lyck, der Kurfürst zog alle seine Truppen zur Deckung des Herzogtums zusammen und ließ auch Derfflinger, der bis jetzt in Driesen gestanden war und zur Deckung der in den Palatinats aufgestellten königlichen Truppen beigetragen hatte, über die Weichsel marschieren. Waldeck, durch Derfflinger verstärkt, schlug darauf unter Mitwirkung einer kleinen Abteilung Schweden unter Steenbock die Litauer bei Philippowo. Der König von Polen suchte eine Annäherung an Brandenburg, wollte jedoch den alten Lehensverband, den Friedrich Wilhelm für aufgehoben erklärt hatte, wieder hergestellt haben. Es war selbstverständlich, daß der Kurfürst dergleichen Anträge gänzlich unbeachtet ließ. Am 1. November äußerte dagegen Karl Gustav zum erstenmal seine Bereitwilligkeit, die Landeshoheit in Preußen an den Kurfürsten abzutreten, wenn dieser sich herbeilasse mit dem Könige gegen Danzig zu ziehen. Friedrich Wilhelm lehnte dies ab. Immer drohender gestalteten sich die Ereignisse für Karl Gustav, Königsmark mit einer Anzahl neu geworbener Truppen wurde durch Sturm an die preussische Küste verschlagen und von den Danzigern

¹⁾ Konvention von Riga 22. Sept. 1656.

gefangen genommen; der Kanzler Erich Drenstierna, ein Gefinnungsgenosse und treuer Mitarbeiter des Königs, starb; Johann Kasimir zog mit 12 000 Mann in Danzig ein. Jetzt war der Gedanke daß Friedrich Wilhelm doch von Polen gewonnen werden und mit diesen gegen Schweden gemeinschaftliche Sache machen könnte, unerträglich; es mußte ihm eine Entschädigung für die verlorenen Palatinat geboten werden. Da der Kurfürst nichts anderes annahm, als die Souveränität in Preußen, so mußte sie ihm endlich zugestanden werden. Es geschah in dem Vertrage von Labiau (20. November 1656). In demselben wurde die gegenseitige Hülfeleistung, wie in Marienburg, neuerlich zugesagt. Auch nach Beendigung des Krieges sollte ein Bündnis zwischen Schweden und Brandenburg die polnischen und preussischen Besitzungen beider Fürsten gewährleisten. Der Kurfürst verpflichtete sich, dahin zu wirken, daß in dem zu gewärtigenden Friedensschlusse das königliche Preußen samt Pomerellen und Kassubien, Semgallen, Samogitien und Livland an Schweden abgetreten werde und verzichtete ohne Entschädigung auf die vier Palatinat. Für alle diese Zusicherungen bestand die Gegenleistung Schwedens in nichts anderem, als in der Anerkennung der Souveränität des Kurfürsten über das Herzogtum Preußen und das Bistum Ermland. Sie erlitt nur eine einzige Beschränkung: der Herzog von Preußen durfte keine Kriegsschiffe halten.

Karl Gustav hatte geglaubt, sich auf das geringste Maß von Zugeständnissen beschränken zu können, der Kurfürst blieb seinerseits ebenfalls auf dem genau umschriebenen Boden des Vertrages stehen: den Krieg mit Polen hatte Schweden allein fortzusetzen. Ja, der Kurfürst hielt sich nicht zurück, seinem Verbündeten den Rat zu erteilen, er solle das polnische Preußen, für dessen Erhaltung bei der Krone Schweden er sich ja soeben zur Kriegshülfe verpflichtet hatte, freiwillig an Polen zurückgeben, so wie er die Palatinat aufgegeben habe. Man wies den Rat in hochmütiger Weise zurück, und im Februar des folgenden Jahres unternahm der König seinen zweiten Zug ins obere Weichselland; 4000 Brandenburger unter Waldeck schlossen sich vertragsmäßig an. Eine Verstärkung dieser Truppe lehnte der Kurfürst ab, ebenso die diplomatische Verbindung mit Georg Rakoczyn II., dem Fürsten von Siebenbürgen, von dessen Hülfe Karl Gustav den günstigsten Einfluß auf den bevorstehenden Feldzug erwartete. Nochmals riet Friedrich Wilhelm zum Frieden; er warnte vor Dänemark und dem Kaiser in anzuerkennender Offenheit. Als der König den Rückzug von Krakau antrat, weil eine Fortsetzung des Kriegs in dieser Richtung ihn vor die Notwendigkeit versetzt hätte, auch kaiserliche Truppen gegen sich im Felde sehen zu müssen, erfuhr er, daß Dänemark am 11. Januar bereits den Krieg angekündigt hatte. Es wollte die Gelegenheit ergreifen, eine Aenderung der Bedingungen von 1645 zu erzwingen und die drückende Herrschaft Schwedens in der Ostsee zu brechen. Karl Gustav war sofort entschlossen, mit ganzer Macht gegen den Friedensbrecher aufzutreten und die Dinge in Polen einstweilen gehen zu lassen, wie sie gingen. Der Kurfürst erklärte dies von vorneherein als Vertragsbruch und kündigte dem Könige an, daß er, von ihm im Stich gelassen, genötigt sein werde, sich mit Polen abzufinden, das sich anschickte an ihm mit ganzer Macht Rache für den Abfall zu nehmen. Neue Anerbietungen, so z. B. den Tausch zwischen dem

Herzogtum und dem königlichen Preußen, ließ der Kurfürst unbeachtet. An seinem Hofe kämpften zwei Parteien, die schwedisch gesinnte unter Walbeds Führung, die kaiserliche, welche durch V'Isola, den Gesandten des Kaisers in Polen, lebhaft unterstützt wurde. Holland, dem das Zusammengehen von Frankreich, England und Schweden gefährlicher zu werden begann, als die ganze habsburgische Macht, verwendete sich bei Friedrich Wilhelm sehr eifrig für den Ausgleich mit Polen, Dänemark wirkte in Warschau darauf hin, daß man in der Frage der Souveränität nachgab. Warum sollte Brandenburg die Hand der Versöhnung zurückweisen, wenn es dabei die Unabhängigkeit Preußens sichern konnte? Zu fürchten war Polen nicht, wo die heftigsten Parteiungen jedes energische Auftreten des Königtums unmöglich machten. Das Aufwallen papistischer Bestrebungen konnte Brandenburg-Preußen zurückdrängen, wenn es stark und frei blieb. Von diesen Erwägungen geleitet schloß der Kurfürst am 19. September 1657 den Vertrag von Wehlau. Er verzichtete nochmals auf die vier Palatinate, wogegen der König von Polen die Lehenshoheit über Preußen aufgab. Die Phrase von einem ewigen Bündnisse, die Versicherung gegenseitiger Hülfeleistung mit 1500 Mann zu Fuß und 500 Reitern schmückte der Vertrag zeitgemäß aus. Ernster gemeint war eine Ergänzungsbestimmung von Bromberg (6. November), wonach sich beide Teile ihre Gebiete versicherten und im Falle der Bedrohung beizustehen versprochen. Polen hatte dann 3000 Mann zu Fuß und 5000 Reiter, Brandenburg 2000 zu Fuß und ebensoviele Reiter zu stellen. Eine Einmischung Oesterreichs war nicht geduldet worden. —

So war also der unbeschränkte Besitz des Herzogtums Preußen für die Kurfürsten von Brandenburg eine Thatfache, solange das Haus Hohenzollern den Kurhut trug. Eine nationale Errungenschaft, deren Tragweite kein Zeitgenosse zu fassen vermochte, war durch die Klugheit und Ausdauer, durch das Selbstvertrauen und die weise Selbstbeschränkung Friedrich Wilhelms gewonnen worden. Die Schmach, welche Jahrhunderte hindurch auf deutschen Fürsten gelastet hatte, die vor einem slavischen Herrn ihr Knie hatten beugen müssen, war für immer von der Nation genommen, die Mark lag nicht mehr an der Spree, sondern an der Memel. Die Aufgabe der kommenden Geschlechter war vorgezeichnet: den Weg von Berlin nach Königsberg für immer frei zu machen, wie der große Kurfürst das Erbe Albrechts von Brandenburg frei gemacht hatte von jeder Belastung durch fremde Rechte.

Was zwei Könige nicht zu hindern vermocht hatten, das konnten füglich die Stände eines Herzogtums auch nicht mehr ungeschehen machen, und man sollte annehmen dürfen, daß sich die Herren wohl oder übel in ihr Schicksal ergeben oder sogar die Befreiung von der polnischen Hoheit mit Freude begrüßt hätten. Es trat aber das Gegenteil ein. Ganz abgesehen von einer nationalen Auffassung der neugeschaffenen Verhältnisse, welche damals geradezu undenkbar war, regte sich auch nicht die leiseste Spur eines Verständnisses für das Gefühl der Unabhängigkeit. Die stolzen Bürger von Königsberg, die weder durch den bestrickenden Reiz der polnischen Litteratur, noch durch die Wohlthaten, welche

eine hochangesehene Großmacht gewährt, nicht durch das Kapital und ebensowenig durch den Anteil an einem Schätze von Kriegsruhm und Ehre verblendet werden konnten, nahmen die Loslösung von Polen weit unwilliger auf, als die Straßburger der Neuzeit die Trennung von Frankreich. Es war die Anhänglichkeit an die polnische Korruption, welche die politische Stellung des Adels bestimmte, und das Mißtrauen des Städtepatriziats gegen jede kräftige Landesregierung, durch welches der Widerstand der Königsberger gegen die Verfassungsänderung hervorgerufen und genährt wurde. Eine Anzahl ständischer Familien hatte sich in den wichtigsten Verwaltungsämtern den ausschließlichen Einfluß gewährt und beutete denselben in der rücksichtslosesten Weise aus. Unter dem Schutze der vielerufenen „Libertät“ wurde der arme Unterthan mehr als in den Reichsgebieten bedrückt und geschunden, sogar die Leibeigenschaft, die durch Herzog Albrechts Testament aufgehoben war, wurde zu Gunsten der Rittergutsbesitzer aufrecht erhalten. Die Verweigerung der zum Schutze des Landes notwendigen Mittel auf den Landtagen hatte die Herzoge genötigt, immer mehr und mehr Domänen zu verpfänden und um Spottpreise zu verpachten. Die Inhaber von Ämtern legten jahrelang keine Rechnung, die Eingänge aus den zahlreichen und wertvollen Gütern waren in einem fortwährenden Schwinden begriffen. Bis jetzt hatte man jedes thatkräftige Einschreiten der Regierung mit dem Appell an den polnischen Oberherrn hemmen können, der stets geneigt war, die Verlegenheiten der aufstrebenden Brandenburger zu begünstigen; das hatte nun ein Ende, der Herzog war weder Vasall, noch — wie die preussischen Stände auseinanderlegten — der Verwalter eines königlichen Amtes, wie sie selbst, sondern ein Alleinherrscher, der weit mächtiger war, als Ihre polnische Majestät in höchsteigener Person. Die Stände wollten das nicht dulden; sie vertraten die Ansicht, daß Polen die Souveränität nicht ohne Zustimmung der Stände von Preußen vergeben konnte und verlangten die Wiederherstellung des alten Verhältnisses oder mindestens eine Stärkung ihres eigenen Einflusses auf die Regierung in demselben Maße, als die Macht des Herzogs gesteigert worden war. Diese Ansicht entbehrte jedenfalls der historischen Begründung. Die Lehensabhängigkeit von Polen war infolge unglücklicher Kriege zu einer Zeit eingeführt worden, da der Begriff von weltlichen Ständen im Ordenslande noch gar nicht vorhanden war. Andererseits hatten auch in neuester Zeit die Stände sich nicht gegen die Uebertragung der Lehenshoheit von Polen auf Schweden gewehrt, die ihnen ja nicht unbekannt geblieben sein konnte. Sie hatten wohl gehofft, mit dem schwedischen Oberherrn ihren Herzog noch besser im Schraubstock erhalten zu können, als bisher! — Als Führer der unzufriedenen Königsberger Bürgerschaft trat der Schöppenmeister Hieronymus Roth von Rothenhof auf, dessen Bruder Jesuit war, unter dem Adel hatten die beiden Kalsstein, der Generallieutenant Albrecht und sein Sohn Christian Ludwig, Oberst und Hauptmann von Dlesko, die größte Bedeutung durch ihre zahlreiche Verwandtschaft, noch mehr aber durch ihr leidenschaftlich-ungestümes Wesen. Christian Ludwig war wegen schwerer Vergehen seiner Hauptmannschaft verlustig erklärt worden und rächte sich nun, indem er in Warschau gegen den Kurfürsten wühlte.

Der erste Landtag des Jahres 1661 verweigerte geradezu die Anerkennung der Souveränität und beschloß, sich an den Reichstag nach Warschau zu wenden.

Der alte Kalkstein verlangte nach einem „Pragerischen Prozeß“ gegen die Räte des Herzogs, die aus den Ständen gewählten „Landräte“. Roth gebärdete sich vor Schwerin, der in des Kurfürsten Namen mit dem Landtage zu verhandeln hatte, so frech, daß ihn Schwerin zur Thür hinausführen mußte. Er schrie, als ob er den Kurfürsten vor sich habe: „Hast du nicht genug daran, Kurfürst, daß du all unser Vermögen weg hast? willst du auch unsere Freiheit haben? Kannst du dich an deiner Vorfahren Stand nicht begnügen und uns den unsern lassen? Wir werden uns nicht verhandeln lassen, unsere Sache ist nur bis zum künftigen Reichstag ausgesetzt, da soll sich alles wohl geben; aller ehrlichen Leute Meinung ist, daß der Kurfürst die Souveränität nicht haben soll.“ Auf einem zweiten Landtage in Bartenstein beleidigte Kalkstein die ganze Versammlung und wurde von derselben ausgewiesen. Es kam dann ein „Bedenken“ zustande, welches die Anerkennung der Souveränität enthielt, vor dem „Schlusse“ jedoch das Aufgeben der Accise und die Abstellung aller Beschwerden in Form einer Kapitulation verlangte. Außerdem sollten keine Werbungen, keine Aenderungen in der Verfassung gestattet werden. Königsberg verwarf das „Bedenken“, es verlangte das Liberum Veto wie auf dem polnischen Reichstage. Der Kurfürst legte nun selbst eine neue „Regierungsverfassung“ vor und erklärte sich bereit, die Accise auf vier Wochen aufzuheben, um dem Landtage die Annahme zu erleichtern. Dieser aber, der im Januar 1662 wieder in Königsberg zusammentrat, wollte davon nichts wissen, er wollte die Verhandlungen so lange hinziehen, bis alle Domänen verkauft und die Regierung ganz und gar wegen Geldmangels wehrlos geworden sei. Die Königsberger verweigerten die verlangte Auslieferung Roths, sowie anderer politischer Verbrecher. Eine von ihnen an den König von Polen gerichtete Klageschrift wurde von diesem angenommen und mit Belobung der Treue der Königsberger beantwortet, als aber der kurfürstliche Resident in Warschau über dieses vertragswidrige Vorgehen Rechenschaft verlangte, wurde alles rundweg abgeleugnet. Denn man war weit davon entfernt, mit Brandenburg in Kriegszustand treten zu wollen. Nochmals verlangte der Kurfürst die Verhaftung Roths und drohte dem Kneiphöfer Räte mit Entziehung aller Rechte; man achtete nicht darauf. Es kam so weit, daß die Bürgerschaft mit fliegenden Fahnen aufzog, um den Truppen des Statthalters Boguslaw Radzwill Troß zu bieten, die wegen mangelnder Bezahlung ohnehin nicht mehr sehr verlässlich waren.

Da auf einmal änderte sich der ganze verwirrt Zustand mit einem Schlage, als der Kurfürst am 18. Oktober 1662 im Hafen von Pillau erschien. Der Empfang in Königsberg war glänzend, die Bürgerschaft unternahm nicht das Geringste zu Roths Schutz, sondern ließ dessen Gefangennehmung ruhig vor sich gehen und sprach am 16. November ihre Unterwerfung und die Anerkennung der Souveränität aus. Die Ruhe und Milde, mit welcher der Kurfürst auftrat, machte ebenso guten Eindruck, als der Anblick seiner Dragoner besänftigend auf die erhitzten Gemüther der bürgerlichen Helden gewirkt hatte, die auf den Einfall der polnischen Konföderierten in Preußen vergebens harrten. Endlich im Mai 1663 kam ein Landtagsabschied zustande, der für den Kurfürsten annehmbar erschien, trotzdem noch immer die Kontribution und die Werbung an die Bewilligung der Stände gebunden war. Am 18. Oktober desselben Jahres fand in

Beisein der polnischen Kommissäre die Huldigung in Königsberg statt, bei welcher die Bürgerschaft ihre Zufriedenheit in unverkennbarer Weise zum Ausdruck brachte. Die polnischen Kommissäre nahmen für den Fall des Aussterbens des kurfürstlichen Hauses die Eventual-Huldigung namens der Krone Polen entgegen.

Auch nach diesem äußerlichen Abschlusse des Verfassungstreites ging der Kurfürst mit der Abstellung aller Mißstände der Verwaltung nur allmählich und vorsichtig zu Werke. Eine besondere Schwierigkeit bot jedesmal die Bewilligung der Accise, gegen welche sich besonders der Ritterstand sträubte, der die Mittel zur Einlösung der Domänen nicht bieten wollte, aus deren Pfandbesitz er so großen Nutzen zog. Die Unzufriedenheit, welche unter einem Teile des Adels noch immer herrschte, gedachte der jüngere Kalkstein zu einer Erhebung zu Gunsten Polens benützen zu können. Bei der Verlassenschaftsabhandlung nach des Vaters Tode war er mit seinen Geschwistern in einen heftigen Zwist geraten und infolge von Anzeigen der letzteren 1670 in Haft genommen worden. Obwohl er zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden war, erließ ihm der Kurfürst doch die Freiheitsstrafe und verhielt ihn nur zu einer Buße von 5000 Thalern. Er entfloh aber nach Warschau und schürte dort in hochverrätherischer Absicht, indem er zugleich die Mitwirkung der preussischen Stände im Falle eines polnischen Einfalles in Aussicht stellte. Der brandenburgische Resident, Herr von Brand, besorgte in sehr geschickter Weise die Festnehmung Kalksteins in seiner Wohnung zu Warschau, von wo er bei Nacht über die Grenze geschafft wurde. Am 7. November 1672 wurde der unverbesserliche und unversöhnliche Feind des Kurfürsten hingerichtet. Von da ab verloren die ständischen Bewegungen in Preußen ihren gefährlichen Charakter; der Besitzstand des kurfürstlichen Hauses wurde durch sie nicht mehr in Frage gestellt.

Auch in den rheinischen Landen hatten sich die Beziehungen zwischen dem Landesherrn und den Ständen zum Besseren gewendet. Die letzteren hatten sich von der Wertlosigkeit ihrer Beziehungen zu Holland überzeugt und die Erfahrung machen müssen, daß sie auch der Kaiser vor den Werbungen und Steuererhebungen während des nordischen Krieges nicht hatte schützen können. Der Kurfürst trug nun auf die unbedingte Annahme eines neuen Rezesses an, durch welchen die Rezesse von 1649 und 1654 aufgehoben werden sollten. Dieser gewährte den Ständen das volle Steuerbewilligungsrecht, das freie Versammlungsrecht, den Ausschluß aller Fremden, d. h. nicht in Kleve und Mark Einheimischen, von den Landesämtern und die freie Verfügung über 12000 Thaler der jährlichen Einkünfte. Dagegen entfiel die Zustimmung zu Werbungen des Landesherrn und zur Einführung von Truppen, sowie die Beeidigung der Beamten auf die Rezesse. Der Statthalter Johann Moriz von Nassau erhielt den Auftrag, diesen Vorschlag im Landtage noch vor der Ankunft des Kurfürsten, die für die letzten Tage des Jahres 1660 in Aussicht genommen war, zur Annahme zu bringen. Trotz einiger Widerstandsversuche der Städte und der Reste der Winnethalschen Partei zeigte sich der Landtag von Duisburg willfährig. Die Ritterschaft war nämlich mit den Städten wegen der Steuermatrikel in Auseinandersetzungen geraten, bei welchen ihr die Unterstützung der Regierung sehr erwünscht war. Die Belastung war eine höchst ungerechte. Während die reichen Einwohner von Kleve nur 5—6 Thaler

zahlten, mußten die ritterschaftlichen Unterthanen, die Bauern, 80 Thaler bezahlen. Der Kurfürst nahm sich der letzteren an und brachte es schließlich zu einer neuen Verteilungsordnung, wonach die Städte ein Viertel, die übrigen Stände drei Viertel der ganzen Steuer aufzubringen hatten. Die Bewilligungen gingen darauf hin ohne besondere Schwierigkeiten von statten. Sie stiegen von 110 000 auf 190 000, im Jahre 1688 schon auf 294 000 Thaler. In Friedenszeiten wurden 10—15 Compagnien als Garnisonen der festen Plätze Lippstadt und Calcar erhalten, nur in Kriegszeiten durfte das Geld auch außerhalb des Landes verwendet werden. Der Kurfürst begann die Reform des Finanz- und Domänenwesens, konnte aber die Verpachtung der großen Güter auch hier wegen Mangels von kapitalstärkigen Pächtern nicht durchführen; erst unter dem König Friedrich Wilhelm I. wurden diese Bestrebungen zur Reife gebracht. Dagegen erfreute sich das Land einer Verbesserung der Gesetzgebung durch eine neue Hofgerichtsordnung (1669), eine Brüchtenordnung (Strafbestimmungen) (1681), die klevisch-märkische Prozeßordnung (1688). Der endgültige Erbvergleich mit Pfalz-Neuburg vom 9. September 1669 brachte auch in die politischen Beziehungen des Landes zu den ihm durch die Union verbundenen Nachbargebieten in eine wohlthuende Stetigkeit. Die Union wurde in dem Sinne aufrecht erhalten, daß die jülich-klevischen Lande jedem dritten Anwerber in gemeinsamer Verteidigung entgegenzutreten hatten, im übrigen wurden die bestehenden Besitzverhältnisse anerkannt, das Direktorium im westfälischen Kreise gemeinsam geführt, der freie Verkehr zu Wasser und zu Lande eröffnet.

Friedrich Wilhelm konnte sich sagen, daß ihm seine Stände das Regieren nicht leicht gemacht hatten. Er hatte es aber gründlich erlernt, diese Kunst auszuüben. Und sie blieb fortan ein kostbares Erbeil seines Hauses.

Dritter Abschnitt.

Reichs- und Landesgeschichtliches bis zum Regierungsantritt Leopolds I.

Der Reichstag, welcher nach den Bestimmungen des westfälischen Friedens schon sechs Monate nach dem Friedensschlusse hätte zusammentreten und alle die Neugestaltung des Reiches betreffenden Fragen hätte erledigen sollen, die sich in Osnabrück mehr oder weniger unlösbar erwiesen hatten, erlitt eine Verspätung von vollen fünf Jahren. Während der Nürnberger Exekutionsverhandlungen war er überhaupt nicht möglich und nach der Beendigung derselben fühlte der Kaiser ebenfalls kein Bedürfnis, den Strom von Anträgen zu entfesseln, welche voraussichtlich zu der Befestigung seiner Macht und zur Erleichterung seiner Aufgaben wenig beitragen würden. Er hatte vor allem nur darauf zu sehen, wie er die Krone am sichersten seinem Hause erhalten könne und dazu bedurfte es wohlüberdachter Vorbereitungen. Der Schutz und Schirm des Reichsgebietes, das — wie an den östlichen — so auch an den westlichen Grenzen mehrfach bedroht war, blieb den Herren der zunächst betreffenden Landschaften überlassen. An der Maas und Mosel, in den Gehängen der Eifel und Mosel konnte Stadt und Land noch nicht zur Ruhe kommen, da hatte zunächst der alte Span zwischen der Bürgerschaft und dem Bischof von Lüttich die Kriegsfackel wieder entzündet, nachdem sie jenseits des Rheines kaum zum Ersticken gebracht worden war. Ferdinand von Baiern, der mit dem Erzstuhle von Köln zugleich den Bischofsitz von Lüttich verband, dem seit des Kreuzfahrers Gottfried Zeiten auch das Herzogtum Bouillon einverleibt war, mußte noch am Ende seiner Tage die unbotmäßige Stadt mit Waffengewalt zum Gehorsam zurückbringen, den sie ihm in der Hoffnung auf französischen Schutz verweigert hatte. Der Bierbrauer Wilmar und der Apotheker Heunet, die hochstrebenden Bürgermeister der alten Frankensstadt, hatten ihrem Landesherrn den Eintritt in die Stadt verwehrt und seinem Kanzler zugerufen: „Sie wären mit ihrem Geschütz schon fertig, den Fürsten mit seinen Leuten scharf genug zu empfangen.“ Der Generalwachtmeister Sparr

kam dem Kurfürsten mit westfälischen Kreis- und einigen noch nicht abgedankten Besatzungsvölkern zu Hilfe und zwang nach kurzer Beschießung die Rebellen zur Uebergabe (Ende August 1649), nachdem dieselben sich überzeugt hatten, daß die königliche Regierung von Frankreich durchaus nicht geneigt war, sich zu den Verlegenheiten, welche ihr die Fronde bereitete, noch eine Verwicklung mit den deutschen Nachbarn auf den Hals zu holen, aus der niemand mehr Gewinn ziehen konnte als das lauernde Spanien. Der Krieg zwischen diesem und der Krone Frankreich wurde so nahe an der deutschen Reichsgrenze geführt, daß ein Ueberschreiten derselben von jeder Partei erwartet werden mußte. Es war ja zu lochend, seine Truppen aus den ausgehungerten Landschaften in die vom Kriege verschont gebliebenen Nachbargebiete zu verlegen, wo sie sich in besser bestellten Winterquartieren erholen konnten. Von dieser Erwägung war auch der Herzog Karl III. von Lothringen geleitet, der reiche Kriegsspekulant, der seine sogenannte Armee möglichst billig zu verköstigen trachtete, wenn er sie nicht gerade für einen seiner wechselnden „Bundesgenossen“ in Verwendung bringen konnte. In den bereits genannten drei Festen hatte er noch immer treffliche Stützpunkte für einen Rückzug auf deutschen Boden in Händen.

Auf dem Nürnberger Exekutionstage wurde daher am 30. Juli 1650 der Beschluß gefaßt, den Kurfürsten von Mainz zu Vereinbarungen zwischen dem nieder- oder kurrheinischen Kreise und dem oberrheinischen wegen gemeinsamer Verteidigungsmaßregeln anzuregen. Der oberrheinische Kreis ging mit gutem Beispiele voran, indem er schon Ende September auf seinem Tage zu Worms festsetzte, daß seine Stände zweitausend Mann nach Maßgabe der Reichsmatrikel zum Schutze des Kreises in Bereitschaft zu stellen hätten. Beratungen mit den kurrheinischen Nachbarn wurden in Aussicht genommen. Diese, welche sich am 19. November zu Frankfurt zusammensanden, gingen auf den Gedanken der gemeinsamen Vorsichtsmaßregeln ein, erklärten jedoch die von den Oberrheinischen beantragte Zahl von zweitausend Mann als zu gering und verlangten, daß auch Franken, Schwaben und Westfalen zur Teilnahme aufgefordert werden sollten. Da die darüber entstandenen Verhandlungen jedoch nach gutem deutschen Reichsbrauche sehr langwierig zu werden versprochen, so schlossen die drei Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier am 21. März 1651 einen Kezeß für sich, in welchem sie sich, sowie auch ihren Kreisgenossen für den Fall einer feindlichen Bedrohung bestimmte Hilfe zusicherten. Die Stärke der einzelnen Truppenabteilungen, zu deren Aufstellung sich die Verbündeten verpflichteten, sollte nach einem eigenen Anschläge bestimmt, nicht nach der Reichsmatrikel berechnet werden, im Kriegsfalle der Oberbefehl demjenigen gebühren, der die Hilfe der anderen angerufen hatte. Diese besondere Abmachung wurde durch den danach, am 12. April, geschlossenen Kezeß der beiden rheinischen Kreise ergänzt, aber nicht aufgehoben. Das besondere Bündnis der drei Kurfürsten blieb bestehen und wurde die Grundlage der späteren rheinischen Allianz.¹⁾ Der Pfalzgraf

¹⁾ Für diese, sowie die folgenden auf die Politik der rheinischen Reichsstände sich beziehenden Partien beziehe ich mich auf die neue archivalische Arbeit Joachims: „Die Entwicklung des Rheinbundes vom Jahre 1658“, Leipzig 1886. Sie läßt an Gründlichkeit, aber auch an Weitwendigkeit nicht viel zu wünschen übrig.

von Neuburg wurde wegen seiner jülichischen Lande dem Kurfürstenbunde beigezogen und griff denselben mit um so größerem Eifer auf, als er sich der Erwartung hingab, er werde die Bundesglieder zu einem gemeinsamen, gewaffneten Vorgehen gegen jede Macht in und außer dem Reiche gewinnen können, welche einen der Verbündeten zu beschweren oder zu bedrohen sich unterstehen würde, also zu seinem Vortheile auch gegen Brandenburg. —

Während die rheinischen Kreisstände in Frankfurt tagten, wo ja auch die Reichsdeputation ihren Sitz hatte, brachte Schweden die Frankenthalsche Angelegenheit zur Sprache. Der Resident Snoilsky legte in langer, von hochmütigen Ausfällen auf das Reich strotzender Rede dar, daß zur Vermeidung neuer Kriegsgefahr vor allem auf die endliche Ausführung der Friedensbedingungen durch die Räumung dieses vielbesprochenen Plazes gedrungen werden müsse. Die Ursache der Verzögerung bildete einerseits die Säumigkeit einzelner Stände in der Zahlung der notwendigen Kontributionsgelder, andererseits der noch immer im schönsten Flor stehende Handel zwischen Baiern und der Pfalz um die ihnen gebührenden Titel und Wappen. Der Kurfürst Karl Ludwig glaubte retten zu müssen, was daran nur irgend zu retten war und hatte dem Kaiser noch einmal zwölf Beschwerdepunkte wegen noch ausständiger Güter und Dotationen übergeben, bis zu deren Beseitigung er die von ihm verlangten Verzichtsurkunden nicht ausstellen wollte. Der kaiserliche Gesandte Dr. Volmar begab sich nunmehr nach Heidelberg, um dem Kurfürsten einen neuen Antrag zu stellen. Der Kaiser sagte ihm die Verleihung des neugeschaffenen Erzschatzmeisteramtes (eines Titels von unbeabsichtigter, aber treffender Ironie!) durch ein besonderes Diplom, sowie die schleunige Räumung und Uebergabe von Frankenthal zu, wenn der Pfälzer dagegen den Verzicht auf das Erztruchsessnamt und die Oberpfalz sofort ausstellen und sein Wappen durch Ausscheidung der auf die Oberpfalz bezüglichen Teile richtigstellen würde. Der Kurfürst war aber hartnäckig und wollte seine Verzichtsurkunde nicht nach Wien schicken, sondern beim Erzkanzler in Mainz hinterlegen, bis Frankenthal in seine Hände übergeben sei, Titel und Wappen aber wollte er führen nach wie vor. Volmar stellte ihm darauf in Aussicht, daß man ihm den Beitrag für seine Garnison in Heilbronn entziehen, auch den Unterhalt der spanischen Truppen in Frankenthal nicht länger bezahlen werde, so daß er neuerlich die Requisitionen der Spanier in der Pfalz zu gewärtigen haben werde.

Am 2. Dezember gab der Kurfürst schließlich die Erklärung ab, er wolle die verlangten Urkunden ausfertigen und übergeben, wenn ihm folgendes zugesagt werde: Die Einräumung von Frankenthal mit Stücken, Munition und Archiv gegen Rückgabe von Heilbronn seinerseits, Zahlung der für die Heilbronner Garnison bestimmten monatlichen 3000 Thaler bis zum Tage des Abzuges, Belehrung der in Wien anwesenden Gesandten mit der Rheinpfalz unter Einbeziehung des Erzschatzmeistertitels, Auslieferung des bairischen Lehensbriefes über die Unterpfalz und Ausstellung eines neuen Lehensbriefes an Baiern nach den Bestimmungen des westfälischen Friedens, Auszahlung der zugesagten Dotationen und zwar von 200 000 Thalern für die Kurfürstin Mutter, von je 100 000 Thalern für die Pfalzgrafen Eduard, Ruprecht und Moriz, von

10 000 Thalern für die verstorbene Prinzessin Henriette und von 100 000 Thalern für den verstorbenen Pfalzgrafen Philipp an den Kurfürsten, dem diese Beträge durch Erbschaft angefallen seien, endlich die völlige Einsetzung in den Besitz der Hälfte der Ämter Weiden und Barkstein und des ganzen Amtes Mleyenstein.

Während nun der Depeschenverkehr wegen dieser Punkte zwischen Wien und Heidelberg fortging, suchte Volmar die Sache mit Frankenthal an ein Ende zu bringen. Er mahnte den noch rückständigen oberrheinischen Kreis um die schuldigen Evakuationsgelder, und zwar diesmal nicht ohne Erfolg, denn bald sah sich der Reichspennigmeister Bleymann in der Lage, die fälligen Beträge den Spaniern und dem Kurfürsten anweisen zu können. Darauf setzte Volmar mit dem spanischen Gesandten in Frankfurt fest, daß die Räumung von Frankenthal am 16. April 1652 erfolgen solle. Zur gegenseitigen Versicherung wurde ein spanischer Oberst nach Heidelberg, ein Oberst aus der pfälzischen Besatzung von Heilbronn nach Stuttgart als Geiseln gestellt — so wenig glaubte man einfache Zusage beachten zu dürfen! Der Kurfürst legte noch ein besonderes Gewicht darauf, daß ihm auch das Archiv in Frankenthal übergeben werde, denn es war das kurpfälzische, welches vor der Einnahme von Heidelberg 1621 nach Frankenthal gerettet worden war, um auch hier sehr bald von den Spaniern mit Beschlag belegt und mit kurzer Unterbrechung (1632—35) durch dreißig Jahre von ihnen zurückgehalten zu werden. Am 16. April erschien der Pfalzgraf mit seinem Hofstaate und 1800 Mann vor der Festung und ließ anfragen, ob der Gubernator, Herr Julius Anton Freiherr von Frangipani, zum Abzuge bereit sei. Dieser erbat sich darauf noch einige Tage Frist, da er noch nicht genügende Versandmittel für sein Gepäck zur Verfügung habe. Es wurden nun die dafür bestimmten Schleppschiffe auf dem Rhein auf sechsundzwanzig gebracht und von den kurpfälzischen Unterthanen und der Stadt Worms täglich siebenzig bis achtzig Fuhrn beigestellt, mit welchen acht Fuder Wein, eine große Menge Munition, Mehl, Kriegszeug und endlich eine kaum glaubliche Anzahl von Weibern, Kindern und unnützem Gesindel herausgeführt wurden.¹⁾ Am 22. April wollte Frangipani abzugsfertig sein. Der Kurfürst, dem er dies hatte melden lassen, erschien am bezeichneten Tage wieder vor der Stadt und harrte mit zweitausend Mann des Ausmarsches. Da kam der spanische Gesandte Pater Sarria eiligst aus der Stadt gefahren und stellte dem Kurfürsten vor, daß die Soldaten, da sie einen großen Sold bekommen hatten, nun alle betrunken seien und großes Unheil beforgt werden müsse, wenn man sie jetzt mit Gewalt aus der Stadt treibe. Erst am Morgen des nächsten Tages konnte der Aufbruch beginnen. Die Obersten Frangipani, Don Pietro und Lucas rückten mit achthundert Mann zu Fuß, zweihundert Reitern und einem Troß, der für sechstausend gebührt hätte, aus der Stadt. Frangipani stieg vor dem Thore vom Pferde, warf seinen Hut auf die Erde, kniete darauf, küßte die Erde, daß ihm der Staub am Munde hängen blieb, und sagte dabei: „Gott wolle diese Erde segnen und ihre Einwohner.“ Dann gab er die Schlüssel der Stadt in eine Schüssel, goß Wein aus einem Glase darauf und trant den Rest auf das Wohl des Kaisers.

¹⁾ Theatr. Europ. VII.

Zu der Bürgerschaft, die er hatte zusammenkommen lassen, wandte er sich mit folgender Rede: „Weil es nunmehr dahin kommen, daß er ausziehen müsse, so wolle er hiermit um Verzeihung gebeten haben, wann er einem oder dem anderen Ueberlast gethan. Sie seien alle Christen, glaubten an einen Gott, wiewohl der Ueberrest sonst different. Und dieweil sie an kein Fegfeuer glaubten, so wäre er ihnen das genug gewesen und hätte sie Gott durch ihn, als eine Rute, gestraft. Doch habe er's nicht für sich, sondern auf Befehl seines Königs gethan.“ Darauf einer aus den Bürgern geantwortet: „Ja, sie erkannten es freilich, daß sie um ihrer Sünden willen genugjam seien gezüchtigt worden: allein sie hofften, Gott würde auch die Ruten einmal ins Feuer werfen, daß ihrer in alle Ewigkeit nicht mehr gedacht werden würde.“ Worauf Herr Frangipani sich gewendet und stillschweigend davongegangen. Das Kriegsvolk, das von den haßerfüllten Blicken der Einwohner verfolgt, sich mit ihm auf den Weg machte, zeigte seine Herabgekommenheit durch Beispiele von Ungehorsam und Frechheit gegen den Befehlshaber, an welchen sich auch die höchsten Offiziere beteiligten, sowie durch fortwährend um sich greifende Desertion. — So ging das letzte Nachspiel des Dreißigjährigen Krieges vorüber. Am 25. April ritt der Pfalzgraf wieder in sein getreues Frankenthal ein, an demselben Tage wurde Heilbronn geräumt und im Rheingau herrschte für kurze Zeit Ruhe.

Dagegen wurde der obere Elsaß im Frühjahr 1652 noch von den Lothringern gepeinigt, die 2344 Reiter und 1163 Mann zu Fuß stark ¹⁾ unter Generalleutenant Baron de Fange daselbst raubten und die gewohnten Grausamkeiten verübten. In Ensisheim stand General Rosen, der alte Weimaraner, mit königlich französischen Truppen, in Dreisach der Königsleutenant und Gouverneur Charlerois, ein Feind Mazarins, wenn auch nicht ausgesprochener Frondeur. Der letztere wurde von Madame Guebriant, der Witwe des bekannten Marschalls, die unlängst von ihrer abenteuerlichen „Ambassade“ aus Polen zurückgekommen, durch List vor den Thoren von Dreisach gefangen genommen und nach Philippsburg gebracht. Die Marschallin, wie sie sich zu nennen liebte, wollte nun „Gouvernante“ von Dreisach werden. Die Offiziere erklärten jedoch, sie wollten dem Könige allein treu bleiben, ohne sich um die Prinzenpartei zu kümmern, unterdrückten eine Meuterei der Soldaten, die gegen sie aufgehetzt waren und verlangten ihren Charlerois zurück, der auch bald von dem Kommandanten von Philippsburg, Grafen Cerny, wieder freigegeben wurde. Die lothringischen Truppen gaben sich — je nach den Schwankungen ihrer Herren — bald für Freunde, bald für Feinde des Königs aus und suchten sich von dem jeweiligen Verbündeten möglichst gut bezahlt zu machen. Im Mai 1652 zogen sie aus dem Elsaß ab und vereinigten sich in Vitry mit ihrem Herzog, der eben seinen ersten Zug nach Paris ins Werk setzte, wo sich Condé und Turenne gegenüberstanden. Bei seinem Anmarsche wußte er wohl selbst noch nicht, von wem er sich seinen Abzug werde abkaufen lassen, denn um ernstliche Kämpfe war es ihm überhaupt nicht zu thun. Die scharfe Wendung, welche die frondistische Bewegung seit dem Beginne des Jahres 1652 genommen hatte, machte

¹⁾ Aus dieser Anzahl waren siebenzehn und zwölf Regimenter gebildet.

sich im Elsaß durch heftigere Fehden zwischen den Truppen Rosens und den Breisachern bemerklich, die erst mit dem Abzuge der Madame Guebriant ihr Ende fanden.

Schon im Frühjahr 1657 hatte man in Wien sich ernstlich mit der Einberufung des Reichstages zu beschäftigen begonnen. Die erste Schwierigkeit ergab sich schon bei der Feststellung der Einladungen. Die Königin von Schweden war mit dem Herzogtum Vorpommern noch nicht investiert, weil die vorauszusetzenden Restitutionen, namentlich Hinterpommerns, noch nicht erfolgt waren. Brandenburg verlangte daher durch einen besonderen Gesandten, Herrn Mathias von Crocowa, daß Schweden Sitz und Stimme im Reichstage so lange verweigert werde, bis es nicht seinen durch den westfälischen Frieden bedingten Verpflichtungen nachgekommen sei. Der schwedische Regierungsrat, Herr von Bärenklau, vertrat am kaiserlichen Hofe die entgegengesetzte Ansicht und erzielte nicht geringe Erfolge, da er in der Lage war, die für Schweden günstige Stimmung bei einzelnen kaiserlichen Räten auch mit den geeigneten Mitteln vorzubereiten. Crocowa meldete dem Kurfürsten ganz aufrichtig, er werde gegen Schweden nicht aufkommen können, wenn er nicht den Reichsvicekanzler Graf Ferdinand Sigmund Kurz und den Reichshofrat Gebhard gewinne, „denn die Leute leben allhier stattdich, und weil von Hof keine Besoldung folget, muß der Unterhalt anders woher genommen werden.“ Bärenklau regalire den Grafen Kurz „parata pecunia“; denn diesen Modum haben die Schweden stattdich praktizieren gelernt, und dadurch sowohl zu Osnabrück als Nürnberg ihre Intention erreicht. „Gott sei es geklagt, daß man die Justiz ums Geld kaufen muß, aber mit Klagen und Querulieren richtet man jetziger Zeit nichts aus, wann einer auch des Salomonis Wiß und Verstand hätte.“¹⁾ Die Einladung an Schweden erfolgte endlich, der Reichstag sollte am 31. Oktober 1652 zu Regensburg stattfinden. Vorher aber wünschte der Kaiser, der sich keiner festen Gesundheit erfreute, in Prag mit den Kurfürsten eine vertrauliche Besprechung abzuhalten, um ihnen die Wahl seines erstgeborenen Sohnes zum römischen König empfehlen zu können. Die Kurfürsten zeigten sich mit Ausnahme Brandenburgs, das anfangs eine ablehnende Haltung einnahm, dem Wunsche des Kaisers nicht abgeneigt, und der Kaiser trat schon am 8. Juni seine Reise nach Prag an, indem er den Umweg über Maria-Zell, den von den Habsburgern stets bevorzugten Wallfahrtsort, nach Linz machte, um dort die Hulbigung entgegenzunehmen. Am 3. Juli erfolgte der Einzug in Prag, wohin sich mittlerweile auch Ferdinand IV., der ja bereits den Königstitel von Böhmen und Ungarn führte, begeben hatte. Ende September begannen die kurfürstlichen Besuche; zuerst kam die Witwe des am 27. September 1651 verstorbenen Maximilian von Baiern an Stelle ihres noch minderjährigen Sohnes Ferdinand Maria, dann der Pfälzer, Mainz, Trier, endlich Sachsen, und dadurch fühlte sich auch Brandenburg noch bestimmt, sich dahin zu bequemen. Friedrich Wilhelm wollte seine Stimme für die Königswahl Ferdinands IV. nicht ohne wertvolle Gegenleistungen von seiten des Kaisers

¹⁾ Erdmannsdörffer, Urf. und Altent. IV, S. 893 u. ff.

vergeben, und glaubte durch sein Erscheinen in Prag die Frage im vorhinein entscheiden zu müssen. Schließlich gab die Erwartung den Ausschlag, es werde ihm durch persönlichen Verkehr mit dem Kaiser gelingen, denselben zu entscheidenden Schritten gegen Schweden zu bestimmen. Dies gelang auch. Der Kaiser, der sich wiederholt stundenlang mit dem Kurfürsten unterredete, ließ dem letzteren am Tage seiner Abreise von Prag eine Resolution zustellen, durch welche Schweden die Belehnung mit seinen neuerworbenen Reichsländern, sowie Sitz und Stimme im Reichstage versagt blieb, solange es den Kurfürsten von Brandenburg nicht in den Besitz von Hinterpommern gesetzt hätte.

Was die Zusagen der Kurfürsten betrifft, so waren dieselben keineswegs weitgehend. Man bewegte sich in unverabredeter Uebereinstimmung in den so beliebten „Generalibus“, ohne es zu förmlichen Abmachungen kommen zu lassen. Trotzdem konnte Ferdinand III. immerhin mit Beruhigung den Weg nach Regensburg antreten,¹⁾ denn er hatte die Wahl seines Sohnes gründlich vorbereitet und die Interessen der meisten Kurfürsten an der richtigen Stelle an die seinen gebunden. Am 10. Dezember hielt er seinen Einzug in die reichsfreie Donaustadt, in welcher die deutsche Reichsvertretung bald ihren dauernden Aufenthalt nehmen und ein und ein halbes Jahrhundert „im Ruhestande“ verbringen sollte. Im kaiserlichen Hofstaate, der mehr als dreitausend Personen zählte, befanden sich fünfzig Fürsten und Grafen, sechzig Musikanten, drei Hofnarren, drei artige Zwerge. Alles wurde darauf eingerichtet, um den Winter vergnügt zubringen zu können und während der politischen Beratungen auch der Zerstreuung nicht zu entbehren. An die Eröffnung der Session war ja vorläufig gar nicht zu denken, solange die brandenburgisch-schwedischen Streitigkeiten nicht ausgeglichen waren; denn Schweden ließ durch seinen Gesandten v. Bohlen gegen die Eröffnung ohne seine Zuziehung Protest einlegen und der Kaiser wieder blieb bei der schon in Prag an Brandenburg gemachten Zusage, da es ihm erwünscht war, inzwischen die Königswahl um so eifriger betreiben zu können. Es fanden Zusammenkünfte der Gesandten nach den drei Kollegien statt, ohne daß darüber Protokolle geführt oder Beschlüsse gefaßt werden konnten. Diese geschäftslose Zeit benützten vor allem die verschiedenen neu ernannten Fürsten, um für ihre Zulassung zum Reichsfürstenkollegium zu wirken, auch suchten Herr v. Saß, als Abgesandter der evangelischen Landstände der Fürstentümer Schweidnitz und Jauer, und Herr Rinkhammer für die niederösterreichischen Stände Milde rung der gegen die Evangelischen erlassenen kaiserlichen Mandate zu erlangen. Sie fanden jedoch geringe Teilnahme. Von Sachsen, welches vor allem berufen gewesen wäre, sich ihrer anzunehmen, war man die denkbar kühlste Behandlung der Religions sachen schon gewöhnt, von Kurpfalz aber überraschte es, daß es sich

¹⁾ Die Reise von Prag nach Regensburg währte zehn Tage und ging über Rodtjan, Pilsen, Fürth, Cham, Straubing. Der Kaiser ritt, die Kaiserin wurde in der Sänfte geführt. In dem gräflich Trautmannsdorffschen Schlosse Teinitz erteilte der Kaiser den Abgeordneten des Erzherzogs Leopold Wilhelm, spanischen Generalissimus der Niederlande, die in den deutschen Erbländern gelegenen Lehen. Siehe „Beschreibung Was Anno 1652 auff den Kayserl. Reisen, und in anwesen der Herren Churfürsten zu Praag denkwürdiges vorgangen.“ Augsburg, Andr. Aepger, 1653.

ebenfalls zu keiner Vermittlung herbeiließ und sozusagen im Schlepptau des Kaisers sich bewegte. In der sehr bedürftigen Kasse des Kurfürsten scheinen kaiserliche Geschenke und Anweisungen auf spanische Zahlungen sehr wohlthätig gewirkt zu haben. In der Fastnachtszeit ging es in Regensburg sehr bewegt zu. In einem Opernhause, welches der König von Ungarn, des Kaisers Sohn, hatte errichten lassen, wurde ein großartiges Schauspiel „Lesdemondo, König in Kreta“ aufgeführt, das durch die Maschinerie und Decoration besonderes Aufsehen erregte. Man sah da durch die Luft fliegende Göttinnen, ein fahrendes Schiff, einen tanzenden Drachen, vom Himmel fliegende Furien, mit Zurüstungen, die man bis dahin nur in Paris versucht hatte.¹⁾ Der Herzog von Württemberg, einer der wenigen namhaften weltlichen Reichsstände, welche in Person zum Reichstage erschienen waren, veranstaltete in Gesellschaft vieler Kavaliere und adeliger Frauen eine maskierte Schäferei, die sich in einer langen Reihe offener Wagen vor dem kaiserlichen Hofe „zum Anschauen präsentierte“.

Die voraussichtlich lange Dauer der Reichstagsverhandlungen rechtfertigte es, daß die kaiserliche Regierung eine eigene Polizeiordnung für Regensburg und den Reichstag herausgab, um die Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt zu sichern und das Emporschnellen der Lebensmittel- und Wohnungspreise zu verhindern. Es fanden sich da außer den gewöhnlichen Abmahnungen, Duellverböten und Maßregeln für den Fall von größeren „Numoren oder Gefechten“ auch Bestimmungen wie die folgende: „Es sollen sich auch alle und jede, was Nation, Standes und Würden dieselben seien, ehrerbietig und freundlich gegeneinander verhalten, und keiner den anderen von wegen der unterschiedlichen Sprachen, Sitten und Kleider, noch einiger anderer: sonderlich Religions- und Glaubenssachen willen verachten noch verspotten, oder aber in der Kirche Ungelegenheit anfangen, auch von den Reichssachen, denen es nicht gebühret, nichts Unbedächtiges diskurieren, bei Vermeidung der Straf, so diesfalls nach eines jeden Verbrechen vorgenommen werden solle.“ Die Schlichtung von Streitigkeiten, die Abführung von Unruhestiftern kam den Reichs- und Hofmarschällen, sowie dem Räte der Stadt und den Wachen zu; im Falle eines Auflaufs oder Tumultes durfte niemand blasen oder Lärmen schlagen lassen, ohne des Kaisers Wissen und Bescheid. Das Spiel in den Herbergen und Trinkstuben war nur denen von der Ritterschaft und Adel gestattet; Sperrstunde war zehn Uhr nachts. Von Interesse ist das Gesetz über den Verkauf: „Nachdem sich bei voriger Reichsversammlung (1641) befunden, daß männiglich seinem Belieben nach, im Kaufen und Verkaufen gehandelt oder Vorkauf getrieben, dadurch nur Teuerung verursacht worden; so solle sich niemand, weder von Fremden noch Bürgern unterstehen, den zugeführten Proviant auf der Straße oder sonst vorzukaufen und von Stund an allhier wiederum zu verkaufen, oder

¹⁾ So behauptet nämlich Herr Hiob Ludolff, Kurfürstl. Sächsischer Geheimrat und Verfasser der „Schaubühne der Welt“ (III. Teil), indem er gegen die Behauptung etlicher Schriftsteller (auch des Theatrum Europaeum) auftritt, „daß dergleichen Dinge überhaupt noch nirgendes zur Aufführung gebracht worden seien und sich auf Opernvorstellungen unter Richelieu und Mazarin bezieht, deren letzteren er selbst in Paris angewohnt hat“.

der Zeit an andere Orte zu verführen. Und damit solcher Vorkauf bei männiglich durchaus abgestellt und keineswegs gestattet werde; so ist der Röm. Kaiserlichen Majestät ernstlicher Befehl, Wille und Meinung, daß hinfort keiner, er sei Bürger oder Inwohner allhier, oder aus den umliegenden Fürstentümern und Landen, auch sonst von Hausgesind, auch der Kurfürsten und Stände Diener, gar niemanden ausgenommen, durch sich selbst, oder aber andere derselben Verordnete, nicht allein in der Stadt, sondern auch außerhalb derselben auf fünf Meilen Wegs, des nächsten um die Stadt herum, einigerlei Proviant zum Vorkauf nicht aufkaufen, sondern solcher Proviant, ohne allen Vorkauf, auf die von gemeiner Stadt verordneten, offenen, freien Feilmärkte gebracht werden solle“ bei kaiserlicher Ungnade und Verlust der vorgekauften Lebensmittel. An diese Bestimmung schließen sich die Taxen für Mehl- und Fleischwaren, Zehrungen und Mahlzeiten, Botenlohn, Wohnungen, Fütterung, Stallmiete, Holz u. dgl., deren wir in den wirtschafts- und geschichtlichen Kapiteln noch zu gedenken haben werden. Auch der Säuberung der Stadt, der Herbergen und Gärten schenkte man damals besondere Aufmerksamkeit, der Kehricht durfte nicht länger als eine Woche liegen gelassen werden.

Zur Beschäftigung der versammelten Reichstagsdiplomaten dienten während des Winters ganz besonders die sich immer mehr häufenden Sessionsstreitigkeiten, d. h. die Erörterung von Fragen, wer diese oder jene Stimme im Fürstentum zu führen, wer früher oder später dieselbe abzugeben berechtigt sei. Nicht nur die vom Kaiser erzwungene Einführung der neuen Fürsten, sondern auch die verschiedenen Ansprüche einiger Linien älterer fürstlicher Häuser erregten Schwierigkeiten, welche den Gesandten und Räten die beste Gelegenheit bot, ihre ganze Weisheit und Spitzfindigkeit in Anwendung zu bringen. Als das Frühjahr herankam, und der erwartete Ausgleich zwischen Schweden und Brandenburg noch immer nicht zustande gekommen war, und von der brandenburgischen Abordnung immer neue Fristen zur formellen Reichstagsöffnung verlangt wurden, welche ohne eine gefährliche Entzweiung mit Schweden nicht abgehen konnte, solange man diesem den Eintritt versagte, begann man endlich mit Vorverhandlungen, um die Ungeduld der Stände einigermaßen zu zügeln. Der Kurfürstenrat traf die Vorbereitungen zur Königswahl und der Fürstentum, der davon in Kenntnis war, beschloß, gerade diesen Gegenstand ebenfalls in Besprechung zu ziehen, weil seine Absicht dahin ging, die ausschließliche Befugnis der Kurfürsten zu allen Wahlangelegenheiten auf Grund der Bestimmungen des westfälischen Friedens zu beanstanden. Es wurde zunächst die Frage aufgeworfen, „ob überhaupt bei Lebzeiten eines Kaisers ein römischer König erwählt werden könne“, die Behandlung derselben jedoch als vor den ganzen Reichstag gehörig anerkannt. Die in Aussicht stehende Wahl wollte man nicht hindern, die in der goldenen Bulle begründeten Vorrechte der Kurfürsten bezüglich der Wahlhandlungen selbst nicht antasten, die Ansichten des Fürstentums jedoch in Ansehung der aufzurichtenden Wahlkapitulation sollten den Kurfürsten zur Berücksichtigung vorgelegt werden.¹⁾ Bei diesem Anlaufe blieb es und der wesent-

¹⁾ Die Debatte ausführlich in Mosers Staatsrecht, 7. Band.

lichte Punkt konnte nicht zur Erledigung kommen, da das nötige Einverständnis mit den Kurfürsten dazu fehlte. Man war sich auf dem Reichstage recht gut bewußt, daß durch die Wahl eines römischen Königs, d. h. eines bereits zur Nachfolge berechtigten Anwärters, die Freiheit der Kaiservahl aufgehoben und dadurch nahezu die Erblichkeit der Krone in Kraft gesetzt wurde, aber man beschränkte sich darauf, die Rechte der Stände formell zu wahren und die Ereignisse selbst ihren Lauf nehmen zu lassen, weil zu einer ernstern Opposition die Führung der Kurmächte nicht entbehrt werden könnte. Die Willfährigkeit der letzteren gegen den Kaiser war aber diesmal so groß, daß es den brandenburgischen Gesandten ganz unmöglich wurde, die besonderen Forderungen, welche ihnen der Kurfürst vor der Wahlhandlung selbst durchzusetzen aufgetragen hatte, mit gehörigem Nachdruck geltend zu machen, da von seiten der Mitkurfürsten keine ähnlichen Bedingungen gestellt wurden, so daß es der Führer der brandenburgischen Abordnung, Herr von Blumenthal, für die Interessen seines Herrn nicht zuträglich fand, wenn er allein unter allen Wählern eine schroffere Haltung einnehmen würde. Die Ansprüche Brandenburgs betrafen zunächst die Zahlung einer Summe von 400 000 Thalern, welche aus einer Schuld des Kaisers an Brandenburg im Betrage von 180 000 Thalern entstanden war. Der Kurfürst wollte entweder das bare Geld oder dafür das Fürstentum Großglogau und dazu noch einen Ersatz für Jägerndorf, welches dem geächteten Freunde Friedrichs V. von der Pfalz, dem Markgrafen Johann Georg von Brandenburg, abgenommen und dem Fürsten von Liechtenstein zu Lehen gegeben worden war. Auch die Vorenthaltung von Hinterpommern durch Schweden, welche nunmehr schon durch fünf Jahre hindurch den Verlust der Einkünfte für den Kurfürsten mit sich gebracht hatte, sollte durch eine Zahlung von Reichs wegen entschädigt werden. Kaiserlicherseits erkannte man die Geldschuld an, erklärte jedoch die Einziehung von Jägerndorf als gesetzlich begründet und wollte sich in weiteres, als die Anerkennung einer gewissen Schuldsomme, insbesondere aber auf die Verpfändung von Großglogau, das dem Erzherzog Leopold Wilhelm gehöre, nicht einlassen. Auf diesem Standpunkte blieben die Verhandlungen auch in Augsburg, wohin sich der Hof, die Kurfürsten und die kurfürstlichen Gesandten am 20. Mai begeben hatten. Die Haltung der kaiserlichen Minister wurde eine noch zuversichtlichere, die Rücksicht auf das Reich und die Stände trat, wie Blumenthal dem Kurfürsten mit Bedauern melden mußte,¹⁾ immer mehr in den Hintergrund, je konfusier und charakterloser das Auftreten der Protestanten sich zeigte. Es ist sehr begreiflich, daß man sich aus den Bedenken und dem Zögern Brandenburgs wenig machte, wenn die Tochter Gustav Adolfs so weit ging, in einem eigenhändigen Schreiben an das Kurfürstenkollegium den König von Ungarn zur Wahl zu empfehlen. Der Kurfürst von Mainz nahm die Beharrlichkeit, mit welcher die brandenburgische Abordnung sich der Vornahme der Wahl widersetzte, bevor die Ansprüche ihres Herrn nicht anerkannt seien, so übel, daß er zum Freiherrn von Blumenthal mit bedenklichem Kraxen des Kopfes sagte: „Mein Gott, was haben denn Ihr Liebden

¹⁾ Augsburg 28. Mai 1653. Urk. und Aktenst., IV. Band.

(von Brandenburg) vor Räte? Ich kann nicht anders sagen, als daß die Leute, so Derselben zu solchem Argwohn Ursach geben, es nicht gut mit Ihr meinen oder nicht wissen müssen, was Ihr aus dieser Verzögerung vor Schaden und Disreputation entstehen könne.“ Die Räte waren übrigens noch viel nachgiebiger, als es ihr Herr wünschte. Dieser trug ihnen auf, sie sollten sich nicht zur Wahl herbeilassen, wenn nicht auch den Evangelischen in den kaiserlichen Erblanden vorher bessere Sicherheit gegeben werde, er war auch durchaus nicht damit einverstanden, daß man sich bei dieser Königswahl nur mit der Person Ferdinands IV. beschäftigte. Wenn er auch überzeugt war, daß dieser schließlich allein in Betracht käme, so sollten doch auch andere Kandidaten, z. B. Erzherzog Leopold, der Kurfürst von Baiern unter den Kurfürsten zur Besprechung kommen, damit es nicht den Anschein habe, als wenn man ein Erbrecht auf die deutsche Krone anerkennen wolle. Die Gesandten gingen darauf nicht ein und erklärten die Einleitung einer so vollständig aussichtslosen Verhandlung für schädlich. Die Wahl ging, nachdem die Bürgerchaft von Augsburg besonders in Eid genommen worden war, und die fremden Gesandtschaften, Spanien und Polen, die Stadt, wie es die Wahlvorschriften erheischten, verlassen hatten, in der St. Ulrichskirche vor sich. Der Sitte der Zeit gemäß durfte es dabei an Formstreitigkeiten nicht fehlen. Hatte es schon seine Schwierigkeit, „alle die Wähler, die sieben“ (nimmeh acht), wenn sie persönlich anwesend waren, ihren altererbten und vermeintlichen Rechten gemäß, an die richtigen, ihnen gebührenden Plätze zu bringen, so steigerten sich die Zweifel und Verlegenheiten noch, wenn Kurfürsten und kurfürstliche Gesandte zusammentrafen. Blumenthal konnte es nicht durchsetzen, daß er dem Könige das Zepter vortragen durfte, was jedenfalls zu dem Rechte des Brandenburgers, als des Reiches Erzkämmerer, gehörte, weil an Stelle des abwesenden Erzkämmerers der anwesende Erbkämmerer, ein Graf von Hohenzollern (von der Hedinginger Linie) trat, sowie der Truchseß von Zeil den minderjährigen Baier, dem der Reichsapfel zuerkannt worden war, der Erbmarschall von Pappenheim aber Sachsen, dem das Reichsschwert zu tragen oblag, zu ersetzen befugt waren. Weit ernster gestaltete sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen Brandenburg und Pfalz über die Vorgänge nach der Wahl, wovon Blumenthal dem Kurfürsten folgende Mitteilung macht: „Der andere Streit vor dem Altar war dieser, weil Ihre Kaiserliche Majestät, wann Sie in dero Kaiserlichem Habit zum Altar kommen, unter dem Gebet dero Kaiserliche Krone abthun. Als nun solches geschehen, ist Kurpfalz geschwinde und also, daß man nicht urteilen können, zu was Ende Sie es gethan, vom Altar herunter und zu Ihrer Kaiserlichen Majestät gegangen, deroelben die Krone abzuheben. Als nun ich, der von Blumenthal, solches gesehen, bin ich auch alsofort mit dazu getreten, also daß ich mehremelte Kaiserliche Krone noch zugleich mit angriffen und nebst Ihrer Kurfürstlichen Durchlaucht zu Heidelberg dieselbige auf das dazu bereitete, samtene Kissen niedergesetzt habe. Das haben Ihre Kurfürstliche Durchlaucht zu Heidelberg sehr übel empfunden und vermeinet, daß Ihr dadurch ein Affront geschehen wäre. Ich habe aber sustinieret, daß solches Euer Kurfürstlichen Durchlaucht, als einem Erzkämmerer in alle Wege gebührete, weil dieselbe Ihrer Kaiserlichen Majestät Kleider und den Kaiserlichen Habit anlegen

müßten, maßen dann von mir in der Sakristei dem Herkommen nach geschehen wäre. Ihre Kaiserliche Majestät haben zu Verhütung eines mehreren scandali an solchem Ort, und nachdem Sie von mir, Blumenthaln, verstanden, daß ich hierin in keinerlei Weise weichen, sondern gegen Ihrer Kurfürstlichen Durchlaucht Willen die Krone Ihrer Kaiserlichen Majestät wieder aufsetzen würde und müßte, dero Ministros zu Ihrer Kurfürstlichen Durchlaucht geschickt und Sie dahin disponieren lassen, daß Sie gewichen sind und von wegen Eurer Kurfürstlichen Durchlaucht Ihrer Kaiserlichen Majestät ich die Krone nach Vollendung des Gebets wieder aufgesetzt habe.“ Die eigentlichen Krönungsfeierlichkeiten wurden in Regensburg abgehalten, und zwar die Königskrönung Ferdinands IV. vom 15. bis 18. Juli, die Krönung der Kaiserin Eleonore, welche am 1. Juni in Regensburg einer Prinzessin genesen war, Gemahlin Ferdinands III., am 4. August. Bei letzterer gab es wieder allerlei Mißhelligkeiten, welche sogar die Abreise einiger Reichsfürsten nach sich zog. Die Fürsten wollten nicht zugeben, daß ihre Kinder und Schwestern denjenigen nachgehen sollten, welche die Hofämter bedienen, die Grafen waren ungehalten, weil die Hofdamen vor ihren Gemahlinnen den Vorrang haben sollten. Bei der Königskrönung übte Kurpfalz zum erstenmal sein Erzschatzmeisteramt durch Auswerfen von Münzen aus. Zum Erzschatzmeister ernannte er den Grafen Ludwig von Sinzendorf und dessen Nachkommen.

Mittlerweile hatte am 30. Juni die förmliche Eröffnung des Reichstages durch Verlesung der kaiserlichen Proposition stattgefunden, nachdem, wie wir schon im ersten Abschnitte dieses Buches erzählt haben, die Uebergabe von Hinterpommern an Brandenburg erfolgt und diese leidige Restitutionsangelegenheit beendet worden war. Hinsichtlich der Geschäftsordnung des Reichstages wurden zuerst Aenderungen von den Vertretern der Reichsstädte angestrebt. Diese verlangten, schon zu den Re- und Korrelationen zwischen Kurfürstenkollegium und Fürstenrat zugezogen zu werden, da sie sonst ihr „*Votum decisivum*“ nicht in Anwendung bringen könnten, das ihnen der Friede von Osnabrück zugestanden hatte. Viele Reichsstände waren damit einverstanden, andere aber erklärten sich in diesem Punkte ohne Instruktion und machten mit Recht geltend, daß eine vollkommene Gleichstellung der Städte mit den beiden höheren Kollegien den ersteren in allen Fällen die Entscheidung in die Hand gebe, in welchen Kurfürsten und Fürsten verschiedener Ansicht sind. Dadurch würden die wohl-erworbenen Rechte der höheren Kollegien verletzt, was unmöglich im Sinne des westfälischen Friedens gelegen sein könne. Die Kurfürsten beantragten daher, die Städte sollten das Recht haben, in besonderer Versammlung die Proposition zu beraten, mit den Voten der beiden anderen Kollegien sollten sie jedoch erst dann bekannt gemacht werden, wenn sich dieselben schon über eine Meinung verglichen hätten, wenn also die erste Relation und Korrelation schon vorhergegangen sei. Dadurch würde die Freiheit ihres Votums in keiner Weise beeinträchtigt, dasselbe werde, wenn es mit dem der Kurfürsten und Fürsten nicht übereinstimme, dem Kaiser unverändert vorgelegt werden.¹⁾ Und dabei blieb es

¹⁾ Chur- und fürstl. den Reichs-Städten in puncto deren voti decisivi gethane endliche Erklärung. 17. Sept. 1653. Bei Meiern, Acta comitialia Ratisbonnensia. I. Teil. Viertes Buch, §. XIII, Nr. III.

auch, trotzdem die Städte sich noch wiederholt in streitigen Fällen darüber beschwerten, daß die Bestimmung des westfälischen Friedens, welche ihnen das „*Votum decisivum, non minus quam caeteris Statibus Imperii*“ einräumte, nicht erfüllt sei. Eine noch einschneidendere Aenderung der Verfassung suchten die Grafen durchzusetzen, die bis jetzt durch vier Kuriatstimmen im Fürstenrat vertreten waren. Sie verlangten die Errichtung eines vierten Kollegiums, zu welchem auch die Prälaten zu ziehen wären. Darüber ist aber nicht verhandelt worden; die Führer und Leiter der Bewegung unter den Grafen entschlossen sich vielmehr, an die Stelle des beabsichtigten gräflichen Kollegiums einen Grafenverein treten zu lassen, der alle zur Session im Reichstage berechtigten Familien umfassen und ähnliche Einrichtungen erhalten sollte wie der 1602 für die Wetterauischen Grafen aufgerichtete Verein. Er bezweckte die möglichste Erhaltung der noch vorhandenen reichsgräflichen Häuser durch Unterstützung und Versorgung der Witwen und Unmündigen durch den Verzicht auf Verkauf von Land und Leuten, die den in der Konföderation begriffenen Familien eigentümlich gehört haben, Einführung eines eigenen Schiedsgerichtes für Streitigkeiten unter den Mitgliedern, namentlich der Präzedenzstreitigkeiten u. a. Es scheint auch hieraus nichts geworden zu sein, dagegen benützte der Kaiser die Erhebung des Freiherrn Anton von Oldenburg in den Reichsgrafenstand dazu, um in dem betreffenden Diplome die verfassungsmäßige Stellung des Grafen genau zu kennzeichnen.¹⁾

Als die Arbeiten des Reichstages in offiziellen Sitzungen beginnen konnten, wurden aus der großen Zahl von Gegenständen, welche der westfälische Friede der Beratung der Stände vorbehalten hatte, eine kleine Anzahl hervorgefucht, welche zunächst zur Behandlung gelangen sollte. Sachlich von größter Wichtigkeit war die Reform des Justizwesens, also in erster Linie des Kammergerichtes, auf welches der Reichstag hervorragenden Einfluß zu nehmen hatte. Die Vorberatung dieser Reform wurde der ständigen Reichstagsdeputation übertragen. Die Zusammensetzung dieser selbst aber bildete die Veranlassung zu weitföchtigen Verhandlungen, in welchen sich die zwei scharf gesonderten politischen Parteien unter den deutschen Ständen gegenübertraten. Die eine derselben stützte sich auf die im westfälischen Friedensinstrumente ausgesprochene Absicht, eine völlige Gleichstellung der katholischen und evangelischen Stände anzustreben, durch welche jedes Uebergewicht der Katholiken beseitigt werden sollte. Ausdrücklich war bestimmt, daß in den Reichsdeputationen, welche die Aufgaben des Reichstages vorzubereiten und bei Ermangelung desselben sogar zu lösen hatten, beide Bekenntnisse vollkommen gleichmäßig vertreten sein mußten. Damit stand jedoch die Gewohnheit im Widerspruch, daß auch die Deputationen in zwei Kollegien, dem kurfürstlichen und fürstlichen, dem sich die Städte angeschlossen, berieten. Im Fürstenrat war die Gleichheit der Bekenntnisse leicht herzustellen, nicht aber im kurfürstlichen Kollegium. Die Durchführung des westfälischen Friedens führte in diesem Falle mit Notwendigkeit zu einem Eingriffe in die Vorrechte der Kurfürsten, und für diese traten nicht nur die in der Mehrheit sich befindenden

¹⁾ Diplom vom 15. Juli 1653 bei Meiern, Acta, 6. Buch, §. XX, Nr. I.

katholischen Stimmen, sondern auch die Protestanten ein. Sachsen, welches nur mit Mühe bewogen worden war, den ihm von alters her gebührenden Vorſitz im Corpus Evangelicorum wieder anzutreten, welchen in Osnabrück Altenburg innegehabt hatte, verwahrte ſich mit aller Entſchiedenheit dagegen, daß den Kurfürſten gegen ihren Willen irgend welche Neuerungen aufgezwungen und an ihrer Sonderſtellung, auf welcher das Weſen der Reichsverfaſſung beruhe, gerüttelt werden könnte. Die evangelischen Kurfürſten würden ſchon ſelbſt dafür ſorgen, daß die ungleiche Zahl beider Religions-Verwandten in ihrer Körperſchaft dem evangelischen Weſen keinen Nachtheil bringen ſollte. Pfalz zeigte ſich nicht ganz abgeneigt, auf die von den evangelischen Fürſten verlangte Einrichtung der Deputation einzugehen, Brandenburg aber hielt ſich, ſolange Blumenthal die Richtung der Brandenburgiſchen Politik auf dem Reichstage beſtimmte, auf ſeiten der Mehrheit der Kurfürſten. Blumenthal war der Meinung, daß Brandenburg wegen ſeiner Vereinzelung und ſeines Gegenſatzes zu vielen proteſtantiſchen Ständen der Verbindung mit dem Kaiſer nicht entraten könne und deſhalb eine zuwartende und den Beſtrebungen der katholiſchen Ständemehrheit nicht gerade feindliche Haltung einzunehmen habe. Gegen dieſe Politik aber bereitete ſich gerade während des Reichstages eine ſehr mächtige Gegenbewegung am kurfürſtlichen Hofe ſelbſt vor, die ſchließlich zu einem unverleugbaren Bruche führen mußte. Graf Waldeck begann auf die Reichspolitik des Kurfürſten Einfluß zu nehmen und vertrat dabei Anſichten, welche den von Blumenthal verfochtenen unvermittelt entgegenſtanden. Er ſuchte den Kurfürſten wieder auf die Bahnen zu lenken, die er früher ſelbſt als die durch das Weſen der brandenburgiſchen Macht beſtimmten erkannt hatte, und die notwendig zur Führung der kleineren evangelischen Länder führen mußten, er verſicherte ihn, daß man in denſelben auf Brandenburg gerechnet habe, ſich ihm willig habe anſchließen wollen, ſo daß der Kurfürſt mächtiger als jeder andere Reichsfürſt auf dem Reichstage erſchienen wäre, und daß man nun mit Befremden und Bedauern wahrnehme, wie Brandenburg ſich von den kaiſerlichen Miniſtern beſtimmen laſſe.¹⁾ Waldeck fand bald die Zuſtimmung des Kurfürſten und Anfang November 1653 wurden die in Regensburg tagenden Herren durch die Thatſache überrascht, daß Brandenburg die Verbindung mit dem Kaiſer gelöſt habe und nun bereit ſei, die Inter-eſſen der proteſtantiſchen Fürſten auch gegen die Wünſche des Kaiſers in entſchiedener Weiſe in Schutz zu nehmen. Blumenthals Gegenvorſtellungen blieben völlig unberückſichtigt, ſeine Anſuchen bei den altbefreundeten Räten in Berlin, durch welche er biſher die Reichspolitik Brandenburgs geleitet hatte, wurden in einer Weiſe beantwortet, die ihm über die Bedeutungsloſigkeit ſeiner eigenen Anſicht bald keinen Zweifel mehr übrig ließ. Auch die wiederholt verlangte Abberufung konnte er nicht erreichen, er mußte gegen ſeine Ueberzeugung den Willen ſeines Herrn bis zum Schluſſe der Verhandlungen, die ſich bis in das Jahr 1654 hineinzogen, zum Ausdruck bringen. In der Deputationsfrage pflichtete Brandenburg nicht der radikalen Auffaſſung des Fürſtenrates bei, daß die Beratung in zwei Kollegien zu entfallen habe und nur „viritim“ abzuſtimmen

¹⁾ Erdmannsdörffer, Waldeck, S. 113 u. ff.

sei. Der Kurfürst ermahnte die evangelischen Fürsten und Stände in einem Schreiben vom 10. Dezember 1653, das Begehren wegen Aufhebung der Kollegialberatung bei den Deputationstagen fallen zu lassen, wogegen er in allem anderen für ihre gerechten Begehren einstehen wolle. Namentlich hielt er an der Forderung der Parität beider Bekenntnisse im kurfürstlichen Kollegium fest und stellte selbst den Antrag auf Errichtung einer neunten evangelischen Kur, als dieser jedoch keinen Anklang fand, auf abwechselnde Führung von zwei Stimmen durch je einen evangelischen Kurfürsten, so daß den vier katholischen Stimmen (mit Ausschluß Böhmens) vier protestantische gegenüberstehen würden. Die kurfürstliche Regierung setzte über Verlangen Blumenthals ganz klar und bestimmt auseinander, in welchen Punkten sie die bisherigen Vorrechte der Kurfürsten für unantastbar halte und in welchen sie geneigt sei, den Fürsten Zugeständnisse zu machen.¹⁾

Zur ersten Klasse wurde gezählt, daß am Hofe des Kaisers die Kurfürsten die erste Stelle einzunehmen haben, daß sie allein den Kaiser und den römischen König erwählen, daß sie denselben mit einer Kapitulation auf ihren Namen belegen, daß sie allein ihre Zustimmung zu Zollbefreiungen zu geben haben, daß sie das Recht haben, wenn es die Wohlfahrt des Reiches erheischt, sich unter sich zu versammeln, auf den „gemeinen Tagen“ aber ein besonderes Corpus zu bilden und auf den Deputationstagen vollzählig vertreten zu sein. Daran dürfe auch in Zukunft nichts geändert werden. In die zweite Klasse wird gestellt: 1. die Gültigkeit der Beschlüsse kurfürstlicher Kollegialtage für alle Reichsglieder; 2. die Entscheidung der Frage, ob ein römischer König zu wählen sei; 3. die Abfassung der Wahlkapitulation ohne jede Rücksicht auf die Wünsche und „Gegen-erinnerungen“ der Fürsten; 4. die Revision einer schon vollzogenen Königswahl, also auch der Ferdinands IV.; 5. das Recht der Aichtserklärung; 6. die Direktion der Miliz; 7. die „Machung“ neuer Fürsten; 8. die Bestallung des Reichshofrates; 9. die Exekution des Friedensschlusses nach den Bestimmungen der Kapitulation; 10. die Gleichstellung der Boten beider Konfessionen im Fürsterrat. Die Punkte 5—10 seien sofort preiszugeben, und auch hinsichtlich 1—4 wäre ein Vergleich mit den Fürsten nicht ausgeschlossen.

Die auffallendste Aenderung wies die brandenburgische Politik in der Reichssteuerfrage auf. Hier handelte es sich darum, ob Mehrheitsbeschlüsse auch für die gegenstimmenden Stände bindend seien. Blumenthal hatte diesem Prinzip nicht widersprochen und der alten Praxis gehuldigt, den Beschluß von hundert Römermonaten anzuerkennen, wenn der Kaiser dagegen Brandenburg seine Leistung an dieser Steuer nachsehen würde. Waldeck verlangte dagegen die Zurückweisung aller Mehrheitsbeschlüsse. „So viel mein particulier anlangt,“ schreibt er an Blumenthal, „kann mir ein Zelt zum Palast, ein Fähnlein zum Schatten dienen und mein Degen, nächst Gott, meine Freiheit bis ins Grab erhalten. Aber ein Kurfürst kann nicht ein freier Kurfürst sein, wann er ein Tributarius ist, wenn er durch andere sich läßt die Mittel, davon er sich selbst helfen sollte, herausvotieren.“ Dem Kurfürsten hält er vor, er werde auf diesem Wege, „aus

¹⁾ Urf. und Aktenst. VI, S. 400 u. ff.

einem Kurfürsten, so einem Könige gleich, ein Untertan werden, ein schätzbare Herr, geringer an Macht und Mitteln als ein böhmischer oder polnischer Landstand.“ Für notwendige Auslagen werden sich die Reichsfürsten ohnehin stets bereit finden, auch könne man dafür eine Mehrheit von zwei Dritteln oder drei Vierteln als genügend anerkennen, es müßten aber dann die Stimmen aller derjenigen ausgeschlossen werden, die nur stimmen und nicht zahlen, und vor allen Dingen muß den Ständen das Aufsichtsrecht über die Verwendung der Steuern eingeräumt werden. Denn bis jetzt ziehen die hohen Beamten des kaiserlichen Hofes den großen Vorteil aus allen Reichsbewilligungen.

An dem entschiedenen Auftreten des brandenburgischen Gesandten, wie es nunmehr von Berlin aus befohlen wurde, kräftigte sich die protestantische Opposition im Fürstenrate, die Frage der Mehrheitsbeschlüsse blieb unentschieden, die hundert Römermonate zahlten nur diejenigen Stände, welche dafür gestimmt hatten oder gegen die der Kaiser Gewalt auszuüben in der Lage war, eine neue Auflage von sechzig Römermonaten, durch welche der Aufwand des Reichstages für den Kaiser bestritten werden sollte, fiel im Fürstenrate gänzlich durch. Siegreich hatte der Kaiser dagegen die Angelegenheit der neuen Fürsten durchgeführt und dem deutschen Reichstage die Gleichstellung einiger seiner Lieblingsdiener mit den ältesten und angesehensten Fürstengeschlechtern des Reiches aufgezwungen. Während der ganzen anderthalbjährigen Dauer des Reichstages hatten die Ansprüche dieser Eggenberg, Dietrichstein, Lobkowitz, Auersperg, Piccolomini den Reichstag in Atem erhalten, wiederholt abgewiesen, ja mit Schimpf und Spott behandelt, waren sie mit höchst unadeliger Dreistigkeit immer wieder aufgetreten und hatten sich den alten Familien von Hohenzollern (Hochinger Linie) und Nassau, denen die Stände bereitwilligst den Sitz in ihrer Mitte einräumten, nicht nur anzuschließen versucht, sondern sogar den Vortritt vor ihnen beansprucht. Der Kaiser hatte keine Empfindung dafür, wie sehr durch diese Vorgänge die deutsche Fürstenwürde herabgesetzt wurde, er gab durch den Eifer, mit welchem er die Entwürdigung derselben betrieb, zu der Behauptung Anlaß, die Habsburger hätten es schon lange vergessen, daß sie selbst deutsche Fürsten seien. —

Auch die Vermittlung, welche die evangelischen Reichsstände wegen ihrer in den kaiserlichen Erblanden neuerlich aufs härteste verfolgten Glaubensgenossen einleiteten, blieb vollständig erfolglos. Das am 12. Mai von sechzehn Gesandten überreichte Interzessions schreiben ¹⁾ stellte sich auf den Standpunkt der einzig und allein aus christlichem Mitleid entspringenden Teilnahme und hielt die Form der „Fürbitte“ streng ein. Die kaiserliche Regierung erkannte wohl sofort, daß sie es nur mit einer Demonstration zu thun habe und daß eine vollwichtige politische Aktion daraus niemals entstehen würde, denn es konnte ihr nicht unbekannt sein, daß von den protestantischen Vormächten Sachsen und Pfalz nur mit Widerstreben zu diesem Schritte gebracht worden waren, und daß sie weit entfernt waren, für die schon in Osnabrück Preisgegebenen auch nur den

¹⁾ Der Wortlaut bei König, Deutsche Reichs-Geschichte I, S. 409.

geringsten Einfluß an wirklicher Macht zu wagen. Wie ernst es dem großen Kurfürsten um diese Sache zu thun war, geht aus folgenden Zeilen eines eigenhändigen Schreibens an Blumenthal hervor: „Die armen Evangelischen kann ich nicht verlassen, sondern will Gottes Gnade höher halten, als des Kaisers und aller Menschen, es gehe mir auch, wie es wolle. Vielleicht weist mir Gott schon, daß ich mich zu viel auf Menschen und dero gute Worte verlassen. Sollt euch also ihrer und des gemeinen Reichs mit allem Ernst annehmen, es wird euch auch an Beifall nicht ermangeln. P. S. Dieses hab' ich nüchtern geschrieben, des Morgens frühe, damit man nicht vermeine, daß ich getrunken habe. Doch von Römisch-Katholischen ist es nicht Wunder, denn ihre Maxime ist, daß sie den Ketzern keinen Glauben halten; ich hoffe, der Kaiser werde die schelmische Regel nicht gelernt haben, auch seinen Jesuiten hierin nicht nachfolgen.“¹⁾ Was hätte aber er allein in der Sache wirken sollen, er, der von allen Reichsfürsten wohl der am meisten angefeindete war, und die evangelische Sache ebensogut am Rhein, wie an der Weichsel zu verteidigen hatte. Würden sich die drei protestantischen Kurfürsten auf dem Wahltage zu Augsburg einmütig dahin erklärt haben, daß sie ihre Stimmen nur dann einem Habsburger erteilen können, wenn er sich zur Duldung ihrer Glaubensgenossen in allen seinen Landen herbeilasse, dann würde man vielleicht auf Seite des Kaisers eine andere Meinung von der „Interzession“ erhalten haben; die Schriftstücke und Audienzreden, an welchen auch Schweden das Seinige leistete, bewirkten nur eine erhöhte Reizbarkeit, sie verschlechterten das Los der Evangelischen, ohne auch nur das Schicksal eines einzigen Predigers zu verbessern.

Das Erstarken der Opposition, welches durch Waldecks Eingreifen in die Reichspolitik hervorgerufen worden war, erregte beim Kaiser den Wunsch nach rascher Beendigung des Reichstages. Er hatte zwar zu den ursprünglich nach Regensburg mitgebrachten 1000 Eimern Wein im August weitere 1500 kommen lassen, man scheint jedoch die Lust, sie in Regensburg zu vertrinken, bald verloren zu haben; denn schon im Januar 1654 erfolgte eine Aufforderung an die Reichsstände, ihre Arbeiten in den Vollversammlungen und in den Deputationen zu beschleunigen, und am 11. Februar die Eröffnung an das Reichsdirektorium, daß der Kaiser am 20. April Regensburg zu verlassen gedenke, daher der Reichsabschied auf alle Fälle vorher fertig zu stellen sei. Der Einwurf, welchen sich der Kurfürst von Brandenburg in einem Schreiben dagegen erlaubte, daß die kaum in Gang gebrachten Verhandlungen plötzlich unterbrochen wurden, da es doch für den Kaiser dormalen unmöglich etwas Wichtigeres geben könne, als die Ordnung im Reiche, wie es der westfälische Friede verlangte, herzustellen, fand eine äußerst gereizte Erwiderung mit dem Hinweis, daß niemand mehr Schuld an der Verschleppung der Beratungen trage, als Brandenburg durch den Protest gegen die Zulassung Schwedens.

Während die Deputation für die Justizreform mit größter Beschleunigung an der Vollenbung ihrer für den Reichsabschied bestimmten Anträge arbeitete, wurde der Reichstag selbst noch in den letzten Monaten seiner Thätigkeit durch

¹⁾ Schreiben vom 12. Juli 1653. Urk. und Aktenst. VI, S. 260—261.

den Einfall der lothringischen und Condéschen Völker in Lüttich und die benachbarten kölnischen, nassauischen und neuburgischen Gebiete gestört. Es kam am 2. März zu einer sehr erregten Szene im Reichstage, als der lothringische Gesandte Fournier im Fürstenrat Platz nehmen wollte, indem Köln, das für Hildesheim und Lüttich im Fürstenrat vertreten war, die Erklärung abgab, es könne nicht mit einem bekannten Reichsfeinde an den Beratungen teilnehmen und müßte, solange dem Lothringer der Zutritt in den Reichstag nicht verwehrt würde, seinerseits die Ratsgänge einstellen. Fourniers Aeußerung, daß es sein Herr an Treue und Affektion für das Reich niemals fehlen lasse, wurde mit allgemeinem Gelächter aufgenommen. Der österreichische Minister Bolmar nahm sich Fourniers an, weil der Herzog von Lothringen damals in spanischen Diensten stand. Die Gefangensetzung des Herzogs, welche zu derselben Zeit, als sich die Gemüther der deutschen Stände seinetwegen erhitzten, schon erfolgt war, schnitt den Zwischenfall ab, der sehr unangenehme Folgen hätte haben können. Für Oesterreich war es nicht sehr angenehm, daß es in allzugroßer Rücksicht für Spanien sich des Mannes angenommen hatte, der nahe daran gewesen zu sein scheint, eine Reihe spanischer Plätze an Frankreich zu verraten. Dies wurde wenigstens in Regensburg als Ursache der Gefangennahme bezeichnet. Am 17. Mai fand die feierliche Verlesung des Reichsabschiedes statt, womit der Reichstag offiziell geschlossen wurde. Er begann mit dem Hinweise auf den westfälischen Frieden, dessen Text ebenso wie der des Nürnberger Friedensrezesses wörtlich aufgenommen wurde und behandelte dann in den §§ 8 bis 169 die Verbesserungen im Justizwesen durch Erneuerung des Reichskammergerichtes.¹⁾ Die folgenden Paragraphen enthalten die Bestimmungen über die Behandlung der durch den Krieg zahlungsunfähig gemachten Schuldner, unter welchen Kurpfalz besondere Begünstigungen erreichte, die Anordnungen wegen endlicher Tilgung der Zahlungen an Schweden und der Räumung der Feste Bechte, welche von ihnen noch immer als Pfand besetzt gehalten wurde, einige Aenderungen in der Kreisverfassung, den Vergleich zwischen den beiden pfälzischen Linien wegen Lautern und Simmern und die Bestätigung des Primogenitur-Rechtes im fürstlichen Hause Hessen. Die noch rückständigen Amnestie- und Restitutions-Angelegenheiten wurden einem Deputationstage zur endlichen Abwicklung übergeben, der am 1. Oktober 1654 zu Frankfurt zusammentreten sollte. Zur Herstellung der Gleichheit beider Bekenntnisse im fürstlichen Kollegium der Deputation wurden außer den bisherigen Mitgliedern derselben (Oesterreich, Burgund, Würzburg, Konstanz, Münster, Baiern, Braunschweig, Pommern, Hessen, Weingarten, Fürstenberg, Stadt Köln und Nürnberg) noch Sachsen-Altenburg, Brandenburg-Kulmbach, Mecklenburg, Württemberg, je ein Vertreter der Wetterauischen Grafen und der Städte Aachen, Ueberlingen, Straßburg und Regensburg berufen. Im kurfürstlichen Kollegium wurde für diesen einzelnen Deputationstag, „keineswegs aber bei einiger anderwertiger Reichsversammlung, kurfürstlichem Kollegial- und Wahltag“ den drei protestierenden Kurfürsten ein viertes „alternierendes Botum“ zuerkannt. Eine Beschrän-

¹⁾ Die Besprechung derselben behalte ich mir für ein besonderes Kapitel über das Rechtswesen am Schluß dieses Bandes vor.

fung des Wirkungskreises der Deputation wurde im § 192 ausgesprochen: „Wenn bei der Ordinari Deputation außer den besagten Materien auch Sachen vorfielen, die ohne Unser (des Kaisers) und der gesamten Kurfürsten und Ständen Verordnung zu keinem Schluß zu bringen, so sollen dieselbe neben allen anderen, welche diesmal wegen Kürze der Zeit völlig zu erledigen nicht möglich gewesen, auf nächstkünftigen Reichstag ausgestellt und verwiesen werden.“ Der Zusammentritt desselben war ausnahmsweise schon jetzt, und zwar genau nach Ablauf von zwei Jahren auf den 17. Mai 1656 festgesetzt, so daß dem gegenwärtigen Reichstagschlusse eigentlich der Charakter einer Vertagung verliehen wurde. Der Reichsabschied blieb nicht unangefochten. Der päpstliche Nuntius, Scipio, Erzbischof von Pisa, veröffentlichte gleichzeitig einen Protest in der Art, wie er durch Chigi dem westfälischen Frieden entgegengesetzt worden war. Aber auch die evangelischen Reichsstände erachteten es für notwendig, sich sofort darüber zu beschweren, daß eine Anzahl von ihnen aufgestellter Punkte im Reichsabschiede nicht berücksichtigt worden war, wie sie es ausdrücklich verlangt hatten, so die Suspension der vor dem Reichshofrate anhängig gemachten Prozesse, solange die Deputationsverhandlungen über die Amnestie- und Restitutionsfachen nicht beendet seien, und die Anwendung des durch den westfälischen Frieden ausgesprochenen Grundsatzes der konfessionellen Gleichstellung auf den Reichshofrat, wozu sich der Kaiser noch immer nicht bequemt hatte. Sie erklärten den Reichshofrat so lange nicht anerkennen zu wollen, als dieses Verlangen nicht erfüllt und den evangelischen Reichshofräten die freie Ausübung ihrer Religion in der kaiserlichen Residenz nicht gewährleistet sei. Da der Kaiser schon am 18. Mai Regensburg zu Schiff verlassen hatte, so konnte ihm dieser Protest nicht mehr persönlich vorgebracht werden; es mußte ihm das betreffende Memorial nachgesendet werden. Bolmar antwortete darauf am 24. Mai im Namen des Kaisers, daß nach Schluß des Reichstages solche Erklärungen unstatthaft und gegen das Herkommen seien, der Kaiser auch keine Veranlassung habe, von seinen gefaßten Resolutionen abzugehen, da das Memorial nicht von allen, sondern nur von einer größeren Anzahl evangelischer Reichsstände ausgegangen sei. Die Replik der Evangelischen vom 27. Mai war im wesentlichen eine Wiederholung des vorangegangenen Protestes.

Das Ende dieses letzten von einem deutschen Kaiser persönlich eröffneten und geschlossenen Reichstages zeigte den Gegensatz der Parteien in derselben Schroffheit, wie vor dem großen Kriege und die Unmöglichkeit, daß mit Außerachtlassung desselben an die Kräftigung und den inneren Ausbau des Reiches Hand angelegt werden könnte. Dem Kaiser war die Frage wichtiger, ob er einem evangelischen Reichshofrate in Wien gestatten dürfe, sich von einem Prediger seines Glaubens Gottesdienst halten zu lassen, als ob er durch eine gerechte Berücksichtigung beider Parteien in den Justizsachen und Staatsprozessen das Vertrauen aller Stände erwerben solle. Die Protestanten sahen sich zurückgesetzt, fürchteten Ueberrumpelungen an allen Orten und trugen vielfach die Ueberzeugung in sich, es müsse nochmals Krieg geführt werden, damit sie die völlige Gleichstellung mit den Katholiken erreichten. Die Führung hatte bereits Brandenburg angetreten, Sachsen auf seine historische Stellung unter den evangelischen Reichsständen freiwillig verzichtet, Pfalz die alte Thatenlust durch den

Verlust an Macht, Ehre und Wohlstand eingebüßt. Wer unter den Protestanten ein patriotisches Herz in sich schlagen fühlte, der richtete seinen Blick voll Hoffnung und Vertrauen nach Berlin und Königsberg.

Raum war Ferdinand III. nach Wien zurückgekehrt und im Begriffe, sich von den Anstrengungen des Reichstages im Genuße des Jagdvergnügens zu erholen, dem er — wie seine Vorfahren — trotz der Neigung zur spanischen Etikette noch immer huldigte, als er von einem schweren Schlage betroffen wurde, der nahezu alle Erfolge seiner vorsichtigen Politik seit dem Abschlusse des westfälischen Friedens wieder zu nichte machte. Der römische König Ferdinand IV. erkrankte an den Blattern und starb nach kurzem Krankenlager infolge unsinniger Behandlungsweise durch die Aerzte am 9. Juli 1654.

Des Kaisers Erbe war nunmehr der erst vierzehnjährige Erzherzog Leopold Ignatius, ein schwächlicher, zart gebauter Knabe von bleicher, bräunlicher Gesichtsfarbe, mit stark hervortretender Unterlippe. Er war, weil man ihm eine andere Beschäftigung nicht zumuten zu können glaubte, für den geistlichen Stand erzogen worden, hatte sich daher bis jetzt nur mit gelehrten Studien statt mit ritterlichen Uebungen beschäftigt, selbst auf der Jagd, wo er bisweilen einen Schuß abgab, fühlte er sich bald müde. Der Venezianer Giustiniani, der bald nach dem Tode Ferdinands IV. einen ausführlichen Bericht über die Verhältnisse am Wiener Hofe an die Signorie erstattete, rühmte ihm einen äußerst lebhaften Geist nach, hielt ihn aber zu Zorn und Verdrießlichkeit geneigt und für sehr ehrgeizig. Ihm die Kronen von Böhmen und Ungarn, sowie die Nachfolge im Reiche zu sichern, werde der Vater nunmehr alle Anstrengungen machen; so leicht es aber, meinte der kluge Diplomat, mit den beiden ersteren gehen werde, eine so schwere Arbeit werde die letztere verursachen.¹⁾ Bezüglich Ungarns sagte Giustiniani sehr richtig voraus, daß die Stände dieses Königreiches von ihrem Wahlrechte gewiß nicht abgehen würden, die Versuche der von einem Teile des hohen Klerus unterstützten Regierungspartei, den Verzicht des Reichstages auf die Wahl und die Anerkennung des Erbrechtes der Dynastie zu erlangen, schlugen fehl; namhafte Schwierigkeiten ergaben sich aber bei der am 16. Juni 1655 vollzogenen Wahl nicht. Zwei Jahre später würde der befürchtete Einfluß des Siebenbürger Fürsten jedenfalls weit fühlbarer geworden sein. Die Krönung in Prag (14. September 1656) nahm kein besonderes Interesse in Anspruch. Dagegen hatte der schon auffallend kränkeltnde Kaiser keine Aussicht, die Wahl seines zweiten Sohnes zum Nachfolger in der Kaiserwürde zu erleben. Die veränderte Stellung Frankreichs gestattete diesem, die Bestrebungen der Habsburger in dieser Angelegenheit in gefährlicher Weise zu durchkreuzen.

Der große Kampf zwischen Frankreich und Spanien neigte sich mehr und mehr zu Gunsten des ersteren, seitdem die Verbindung Condés mit Turenne gelöst und dadurch der Fronde die Aussicht auf das militärische Uebergewicht genommen war. Turenne ist der Träger jener „größeren Energie des militärischen

¹⁾ Fiedler, Die Relationen der Botschafter Venedigs. 1. Bd., S. 397 u. ff.

Prinzips“, welcher Ranke den endlichen Sieg der Franzosen über Spanien zuschreibt. Er allein vermochte das gemeinsame Vorgehen Condés mit Erzherzog Leopold Wilhelm, dem Statthalter der spanischen Niederlande, unschädlich zu machen; ihm war es gelungen, dasselbe Stenay, wo er sich einst die für sein und für Frankreichs Geschicke entscheidende Enttäuschung geholt hatte, dem Könige zurückzuerobern und das hart belagerte Arras trotz Condés Tapferkeit zu entsetzen. Gleichzeitig war auch die Gefahr, welche dem Königtum durch den Abfall des Grafen d'Harcourt gedroht hatte, glücklich beseitigt worden. Dieser, ein entfernter Angehöriger des Hauses Lothringen, der sich von Mazarin vernachlässigt fühlte, war mit dem Gedanken umgegangen, sich des Elsasses, dessen Gouverneur er gewesen, vollständig zu bemächtigen und damit unter den Schutz des deutschen Reiches zu begeben. Nach der Gefangennahme Karls von Lothringen, dessen General, der Graf de la Suse, Belfort an die Königlichen übergab, schwand jedoch auch die Macht d'Harcourts. In Verbindung mit Charlerois behauptete er zwar Breisach, wurde jedoch sehr bald (Frühling 1655) von seinen Soldaten zu einem Ausgleich mit dem Könige genötigt. Das deutsche Reich war nicht in der Lage, von der günstigen Gelegenheit zu einer Wiedergewinnung des Elsasses Gebrauch zu machen, die ihm von einem Franzosen selbst geboten wurde. Dem Kaiser kann daraus kein Vorwurf gemacht werden; er durfte keinen Schritt wagen, der den Frieden ernstlich zu bedrohen geeignet war, und die rheinischen Fürsten sahen in Frankreich das sicherste Bollwerk gegen den vor allem gefürchteten Zuwachs spanischer Macht.

Es ist möglich, daß die Gefangennahme Karls von Lothringen (25. Februar 1654) einen Plan Mazarins durchkreuzt hat, der auf der Verrätereit des Herzogs beruhen sollte; das Patent, durch welches Erzherzog Leopold Wilhelm den Gewaltschritt zu begründen suchte, scheint darauf hinzuweisen. Großen Nachteil hat Frankreich aus der Beseitigung seines unstäten Nachbarn nicht erlitten, es fielen ihm aus der Verlassenschaft desselben die Festen Homburg und Landstuhl in die Hände, während Hammerstein von vereinigten kurkölnischen, trierischen und brandenburgischen Truppen, Frandenstein von Kurpfalz besetzt wurde. Die inneren Verhältnisse waren zwar noch weit von einer allseitigen Beruhigung entfernt. Kardinal Reß, der 1653 nach Vincennes gebracht worden war, weil er etwas unvorsichtig mit einem neuerlichen Abfall zu Condé gedroht hatte, war entflohen und brachte durch seine Agitation in Rom und beim französischen Klerus den letzteren in offene Opposition zu der Regierung. Auch das Parlament hatte mit seiner Vergangenheit noch nicht gänzlich gebrochen, es nahm wiederholt gegen die harten Münzbedikte Stellung, machte krampfhaftige Versuche, sich das Steuerbewilligungsrecht zu wahren, so daß die Regierung sich nur durch die Verbannung der widerstrebenden Elemente zu helfen mußte — aber dieser Widerstand fand keinen Widerhall mehr in der Bevölkerung; der Feudaladel hielt sich ruhig, seitdem seine Führer ihren Frieden mit der Regierung gemacht hatten, und die Massen hatten zu der Bureaucratie längst kein Vertrauen mehr, sie hatten wahrgenommen, daß sie auch für die noblesse de robe nichts anderes als ein Ausbeutungsobjekt bedeuteten, und diese nur um ihre eigenen Vorrechte und Befugnisse, aber nicht um die Freiheit und Rechtsicherheit der Gesamtheit

zu kämpfen geneigt war. Die Ideen, welche die Kammern von St. Louis beim Beginne der frondistischen Bewegung auszusprechen gewagt hatten, waren nicht weiter entwickelt worden. Da Mazarin die Macht behielt, konnte er sich auch über die argen Geldklemmen dieser Jahre hinweghelfen. Fouquet und Servient, die damals in hohen Gnaden stehenden Surintendanten der Finanzen, wußten stets Rat zu schaffen.

Als die blutige Nacht vom 15. auf den 16. Juli 1656 der französischen Armee vor Valenciennes ein klägliches Schicksal bereitet und Condé seine Bedeutung als Bundesgenosse Spaniens glänzend zur Geltung gebracht hatte, da gab es wohl wieder einen Augenblick der bedenklichsten Krise; sie verlief jedoch ohne bleibenden Nachteil, da Spanien aus seiner vereinsamten politischen Stellung nicht herauskam und deshalb die Mittel nicht aufbringen konnte, welche zu einer raschen Ausnützung des Sieges notwendig gewesen wären. Oesterreich that, was es konnte. Es hatte schon im vorhergehenden Jahre den Entschluß gefaßt, seine Armee auf 50 000 Mann zu ergänzen, die alten Regimenter zu Fuß auf 2000, die Regimenter zu Pferd auf 1000 Mann zu erhöhen, Spanien und, um Venedig nicht zu verletzen, auch dieses erhielten Werbeberechtigung in den österreichischen Ländern, zur Aufbringung der nötigen Geldsummen sollen sogar die kaiserlichen Minister zusammen drei Millionen beigeuert haben; 1656 hatte man thatsächlich elf Regimenter Kavallerie mit 8400 Pferden und elf Regimenter zu Fuß mit 33 000 Mann auf den Beinen. Davon wurde im Herbst ein Corps unter General Endefort nach Italien abgeordnet, um die Spanier zu unterstützen, welche von den mit Savoyen und Modena verbündeten Franzosen bereits ziemlich ins Gedränge gebracht und zum Verlassen des von ihnen besetzten Platzes am rechten Ufer des Ticino genötigt worden waren. Durch die Ankunft der bei 6000 Mann starken kaiserlichen Truppen änderte sich dieser Zustand und gewannen die Spanier wieder einzelne vorteilhafte Stellungen. Da gleichzeitig auch der Nachfolger des am 7. Januar 1655 verstorbenen Papstes Innocenz X., Alexander VII., von Reß beeinflusst, eine feindselige Haltung gegen die französische Regierung einnahm und die Opposition des Klerus begünstigte, glaubte Mazarin die Zeit gekommen, um die Friedensverhandlungen in Madrid wieder ernstlich betreiben zu lassen. Sie scheiterten an der Forderung Spaniens, daß Condé wieder in alle seine Würden und Aemter eingesetzt werde und an der ablehnenden Haltung, welche es gegen die von Mazarin geplante Verbindung Ludwigs XIV. mit der mutmaßlichen Erbtochter Philipps IV., Maria Theresia, einnahm. Dafür wurde Frankreich aber reichlicher Ersatz in der Allianz mit England geboten.

Seitdem der Friede zwischen den Generalstaaten und der jungen Puritanerrepublik zum Abschluß gekommen war, warb Spanien und Frankreich gleich eifrig um die Gunst des Lordprotektors. Dieser fand nun, daß die Verbindung mit Frankreich das protestantische England in seiner europäischen Stellung weniger störe, als das Zusammengehen mit den Erbfeinden seines Glaubens; er mußte sich zugleich sagen, daß der übermäßig ausgedehnte Kolonialbesitz Spaniens zahlreiche Angriffspunkte und wertvolle Objekte für kriegerische Unternehmungen bot, die zu dauernden Erwerbungen führen konnten. Den Hugonotten, gegen welche

Mazarin noch keinen ihre Rechte verletzenden Schritt eingeleitet hatte, war die Allianz eine Bürgschaft des freien Religionsbekenntnisses, das die französische Regierung schützen mußte, wenn sie Störungen in ihrer äußeren Politik vermeiden wollte. Daß die französischen Protestanten zu selbständigem Auftreten als mächtige politische Partei nicht mehr befähigt waren, hatte der Verlauf der Fronde erwiesen, aus welchem Cromwell den Schluß zu ziehen berechtigt war, er könne den französischen Glaubensverwandten mehr im Bunde als im Kriege mit ihrer Regierung nützen.¹⁾ Der Vertrag vom 23. März 1657 regelte die Handelsbeziehungen beider Staaten, suchte Verwickelungen infolge allfälliger Besitzstreitigkeiten in den Kolonien, namentlich den nordamerikanischen, durch die Vereinbarung eines Schiedsgerichtes der Stadt Hamburg hintanzuhalten und setzte als Ziel gemeinsamer kriegerischer Unternehmungen die Eroberung von Graveline, Marbyl und Dünkirchen fest. 6000 bewährte, trefflich ausgerüstete und durch ihre seltene Mannszucht zur Kräftigung jedes Heeres beitragende englische Soldaten erschienen in Flandern, um an der Seite Turennes der Großmachtstellung der spanischen Monarchie den Todesstoß zu versetzen.

Dieser Umschwung der Dinge fiel mit der Erledigung des deutschen Kaiserthrones zusammen und gab Mazarin volle Freiheit zur diplomatischen Aktion im deutschen Reiche. Der Kampf gegen das Haus Habsburg konnte nach dem System Heinrichs IV. auf der ganzen Linie aufgenommen werden und der Erfolg schien um so sicherer, da sich die deutschen Verhältnisse zu Gunsten Frankreichs wesentlich gebessert hatten. Der Einfluß des letzteren war nicht mehr auf eine Union der deutschen Protestanten von fragwürdiger Stärke beschränkt, es stand ihm keine durch das Gesamtinteresse des Katholizismus hervorgerufene, von der jesuitischen Diplomatie geführte Liga gegenüber; der westfälische Friede hatte die geistlichen Reichsfürsten von der lange Zeit unwillig ertragenen Beschränkung ihrer Souveränität befreit und diese beeilten sich nun, ihre Macht in vollen Zügen zu genießen. Frankreich fand in diesen rheinischen Kurhöfen ein wunderbares Feld für die Manövrierkunst seiner Staatslenker, von welchen aus der ganze Reichskörper beherrscht werden konnte. Es mußte dem alten Mazarin zur höchsten Befriedigung gereichen, daß sich ihm noch am Ende seiner Tage diese herrliche Gelegenheit ergab, eine große europäische Partie zu spielen und dabei die volle Kraft einer aus schweren Kämpfen siegreich hervorgegangenen zentralistischen Regierung einsetzen zu können.

Die Hand Frankreichs machte sich in den Beziehungen der deutschen Reichsstände schon während der letzten Regierungsjahre Ferdinands III.²⁾ fühlbar. Die Hoffnung, seinem Sohne die Kaiserkrone zu sichern, erleichterte dem kranken Kaiser das Scheiden von dieser Welt nicht. Der Krönung Leopolds als

¹⁾ Brosch, Oliver Cromwell und die puritanische Revolution.

²⁾ Für die Geschichte der Wahl Leopolds I. zum Kaiser, welche hiermit beginnt, sind aus der neuesten Litteratur außer dem schon erwähnten Werke Joachims über den Rheinbund und außer Röchers Geschichte von Hannover und Braunschweig I. zu bemerken: W. Arndt, Zur Vorgeschichte der Wahl Leopolds I. (Hiftor. Aufsätze, dem Andenken Georg Wais' gewidmet). G. Heide, Die Wahl Leopolds I. zum römischen Kaiser (Forschungen zur deutsch. Gesch., 25. Bb.). W. Böhm, Der Rheinbund und seine Geschichte (Zeitschr. für preuß. Geschichte, V.).

römischer König stand die Bestimmung der goldenen Bulle gegenüber, welche die Wahl eines Minderjährigen ausschloß. Dieses formelle Gebrechen gab dem Kurfürsten die allen gleich erwünschte Gelegenheit, die Entscheidung der Frage hinauszuschieben, welche alle Verhältnisse beeinflusste und ihrer Politik eine Bedeutung verlieh, die ihnen ohne Rücksicht auf die Wahlstimme gewiß niemals zukommen konnte.

Die kaiserliche Regierung begann schon im Herbst 1654 mit vorbereitenden Schritten die Wahl eines Habsburgers nach dem Ableben Ferdinands zu sichern. Als Volmar zum Deputationstage nach Frankfurt ging, hatte er Auftrag, mit Kurmainz wegen der Nachfolge im Reich Beziehungen anzuknüpfen. Johann Philipp von Schönborn war jedoch nicht gewillt, sich in dieser Richtung irgendwie zu binden, ja überhaupt nur einen Einblick in seine Pläne und Absichten zu gewähren; denn er hatte den Ehrgeiz, die Aufgabe, welche dem Erzkanzler des Reiches in der Wahlzeit zukam, voll und ganz durchzuführen und die Leitung der deutschen Angelegenheiten in seine Hand zu bringen. Dieser Ehrgeiz war begleitet und unterstützt von einer aufrichtigen patriotischen Gesinnung, welcher die lebhafteste Sorge für die Erhaltung des Friedens entsprang. Dieselbe kann auch seinem Oberhofmarschall Johann Christian von Boppeburg nicht abgesprochen werden, einem äußerst fähigen Staatsmanne, der früher Geschäftsträger der Landgrafen von Hessen bei Christine von Schweden gewesen war und bei der Regelung der aus den Wirrnissen des Dreißigjährigen Krieges entstandenen Streitigkeiten zwischen Pfalz, Hessen, Sachsen, Nassau, Würzburg und Mainz gute Dienste geleistet hatte. Er trat 1656 zur katholischen Kirche über, weil er an die Möglichkeit der Vereinigung beider Konfessionen glaubte und durch politische Annäherung und Betonung der Interessengemeinschaft der Reichsfürsten beider Konfessionen die Annäherung derselben zu erleichtern gedachte. Seine Ideen begegneten sich vielfach mit denen seines kurfürstlichen Herren, so daß es schwierig sein würde, den Anteil jedes einzelnen von ihnen an der Richtung der mainzischen Politik genau zu bestimmen. An Lauterkeit des Charakters nahm er unter seinen Standes- und Berufsgenossen jedenfalls eine ehrenvolle Stellung ein, denn er gehörte bei den zum großen Teile von ihm geführten Verhandlungen mit der Krone Frankreichs zu jenen Persönlichkeiten, welche an die Freigebigkeit des Königs die geringsten Anforderungen gestellt haben. Seine wissenschaftlichen Studien und Bestrebungen erhoben sich weit über das von der Mode seiner Zeit verlangte Maß, sie gediehen bis zum vollen Verständnis des Begriffes innerer Freiheit, die er in den letzten Jahren seines Lebens allen äußeren Würden und Ehrenstellen vorzog.

Johann Philipp lenkte die Aufmerksamkeit Oesterreichs von sich ab, indem er die Verbindung zwischen Köln und Brandenburg als besonders gefährlich für die Interessen des Kaiserhauses darstellte und Volmar den Rat erteilte, vor allem anderen diese beiden zu befriedigen. Sich selbst hielt er vorläufig im Hintergrunde, um die Reime, die in der rheinischen Allianz bereits gelegt waren, in der Stille heranreifen zu lassen. Als man in Wien wahrgenommen hatte, daß mit Mainz vorläufig zu keinem Ziele zu kommen sei, hielt man sich an Baiern. Hier war überhaupt die größte Gefahr zu suchen, die dem Hause

Oesterreich in der Wahl Sache erstehen konnte, denn nur in dem Kurfürsten von Baiern vermochte man einen ernst zu nehmenden Nebenbuhler zu erblicken. Ein protestantisches Kaisertum war auf dem Boden der alten Reichsverfassung überhaupt undenkbar, man war daher auf einen weltlichen, katholischen Fürsten angewiesen und deren gab es außerhalb der Familien Habsburg und Wittelsbach keinen, der auf dem deutschen Kaiserthron hätte Platz nehmen können. Die Zeit der Grafenandidaturen war vorüber, die Habsburger waren jedenfalls nicht geneigt, sich einen Herren als Kaiser gefallen zu lassen, der nach Art ihres Ahnherrn Rudolf ohne Residenz und Hofstaat im Reiche herumgezogen wäre. „Repräsentation“ war ein Begriff geworden, ohne welchen man sich die Fürstlichkeit nicht mehr denken konnte. Geld und Truppen mußte das Haupt des Reiches selbst aufzubringen in der Lage sein, denn die Stände waren gewohnt, ihm dieselben erst dann zur Verfügung zu stellen, wenn die feindlichen Einbrüche und Ueberfälle schon vorüber waren. Die katholische Linie des Hauses Wittelsbach war unter Maximilians mehr als fünfzigjähriger Regierung reich und mächtig geworden, sie hatte den habsburgischen Nachbarn aus den ärgsten Nöten geholfen, dem Auftreten der evangelischen Wittelsbacher aus der Pfalz gleichzeitig ein jähes Ende bereitet und sich auf Kosten der gedemüthigten Verwandten Macht und Ansehen erworben. Ihr Besitz im Reiche war einer der zusammenhängendsten, den bairischen Kreis beherrschten sie vollständig. Wenn Maximilians Sohn den Mut hatte, nach der Kaiserkrone zu greifen, so war die Hoffnung Habsburgs eine sehr geringe; denn man war seiner selbst unter den Freunden überdrüssig geworden und die Gegner, vor allen Frankreich und Schweden, hatten es als die einzige wahre und dauernde Garantie des mühsam zustande gebrachten Friedenswerkes bezeichnet, daß die Kaiserkrone aufhöre, ein angemastetes Erbstück der Casa d'Austria zu sein. München wurde daher im Jahre 1655 das Reiseziel vieler Diplomaten. Im März erschien daselbst Graf Schlippenbach, um im Auftrage Karl Gustavs die Stimmung des Hofes zu untersuchen und Anträge zu stellen. Er holte sich eine „derbe Abfertigung“. Gleich nach ihm suchte Mazarin durch den Landgrafen Georg Christian von Hessen-Homburg eine ernste Verbindung mit dem Kurfürsten anzuknüpfen; jedoch ohne Erfolg. Frankreich besaß dessenungeachtet einen großen Vorsprung vor allen anderen Mächten, denn es hatte ihm ein nicht zu unterschätzender geheimer Agent in der Person der jungen Kurfürstin die eifrigsten Dienste freiwillig angeboten. Abtheil von Savoyen, 1652 dem zwar nur um einige Tage jüngeren, aber in seiner körperlichen und geistigen Entwicklung zurückgebliebenen Kurprinzen Ferdinand Maria angetraut, war sehr bald in einen scharfen Gegensatz zu ihrer Schwiegermutter Maria Anna von Oesterreich getreten, welche nicht nur die Regierung des Kurstaates allein zu besorgen gedachte, sondern auch in der Einrichtung des Hofes ihren Willen zum obersten zu machen gesonnen war. Abtheil war ihrem Gemahl zwar nicht gerade abgeneigt, aber sie spottete über sein Knabenhaftes und ungeschicktes, etwas läppiſches Wesen. Als Verwandte ihrer Schwiegermutter waren ihr die Habsburger insgesammt verhaßt. Sie war darüber empört gewesen, daß sie bei Gelegenheit des kaiserlichen Besuches in München dem eben gekrönten römischen König hatte die Hand und den Mantelsaum küssen müssen; die Herab-

lassung, mit welcher sie von der Kaiserin behandelt worden war, hatte sie im Innersten verwundet und sie machte ihrem Groll in den Worten Luft: „Je suis plus qu'elle; sie ist ja doch nur eine Gonzaga!“ Als sie den Tod Ferdinands IV. ihrer Mutter meldete, setzte sie, auf die künftige Kaiserwahl anspielend, hinzu: „Wolle Gott, daß sie einen dazu machen, den ich mir wünsche, und der, wie ich sicher bin, auch Euer Königl. Hoheit nicht unangenehm sein würde.“¹⁾

Der Kurfürst war sehr nachsichtig gegen seine Gemahlin, die er zärtlich liebte, er hat in dem Ertragen ihrer gereizten Stimmung jedenfalls große Geduld gezeigt, einen herrschenden Einfluß auf seine politische Haltung gestattete er ihr aber auch dann nicht, als er nach dem Ende der mütterlichen Vormundschaft die Regierung selbst antrat.

Trotzdem sah man von Wien aus mit einem gewissen Bangen auf die Richtung, welche die Dinge am bairischen Hofe nahmen, und wollte nichts versäumen, den Kurfürsten von einer Annäherung an Frankreich fernzuhalten. Graf Ferdinand Kurz, der Reichsvizekanzler, ein Bruder des bairischen Ministers, Grafen Maximilian Kurz, welcher an der Seite der alten Kurfürstin die österreichischen Interessen mit den bairischen zu vereinen verstanden hatte, wurde in besonderem Auftrage nach München entsendet. Er lenkte die Aufmerksamkeit des Kurfürsten auf den bevorstehenden Kampf zwischen Schweden und Polen und sprach die Ueberzeugung des Wiener Hofes aus, daß eine Niederlage des letzteren mit großen Gefahren für den Katholizismus verbunden sein werde. Der Kaiser sehe sich daher zu Rüstungen genötigt und fordere Baiern auf, seinem Beispiele zu folgen und ihm zugleich für die Nachfolge im Reiche Bürgerschaften zu geben. Ein um die Kaiserkrone entbrennender Streit müsse notwendig eine Schwächung der katholischen Macht mit sich bringen. Aus den Gegenäußerungen der Räte und den vertraulichen Mitteilungen seines Bruders konnte der kaiserliche Vertrauensmann entnehmen, daß die bairische Politik zwar nicht mehr in so sicheren Händen war, wie unter der Kurfürstin Mutter, daß die klugen Ratsschläge des Grafen Maximilian Kurz aber auch bei Ferdinand Maria ausschlaggebend blieben und der Kurfürst selbst nicht der Mann sei, seines Hauses Glück auf eine Karte zu setzen und die Gefahren eines Gegenkönigtums für dasselbe heraufzubeschwören. Mit den Schweden ließ sich der Kurfürst nicht drohen, er fand, daß er wegen der polnischen Verwickelungen noch nicht zu rüsten brauche, auch ließ er sich zu einer bestimmten Erklärung, daß ihm Erzherzog Leopold zum Nachfolger Ferdinands III. genehm wäre, nicht herbei, er versicherte jedoch, „er sei nicht gesinnt, aus seines Vaters Fußstapfen zu treten“.

Wenige Wochen nach dem Reichsvizekanzler kam der Vetter von Pfalz-Neuburg zu Besuch nach München und setzte auseinander, kein anderes als das Haus Baiern sei imstande und daher auch berufen, den Frieden im Reiche durch die Annahme der Krone dauernd herzustellen. Denn Frankreich und Schweden wollten Oesterreich nicht länger bei der Kaiserwürde belassen und wenn Baiern sich derselben nicht annehme, könne es noch dazu kommen, daß Schweden, dessen

¹⁾ Heide, Kurfürstin Adelsheid von Baiern. (Zeitschr. für allg. Gesch. 1886, 5.)

Macht durch den Feldzug in Polen noch gewachsen sei, sich derselben bemächtigte. Er unterrichtete den Kurfürsten auch von dem Bestande der rheinischen Allianz und forderte ihn zum Eintritt in dieselbe auf. Ferdinand Maria wollte von Verhandlungen wegen der Krone vorläufig noch nichts wissen und äußerte die Besorgnis, man wolle ihn durch diesen Vorschlag „mit dem Haus Oesterreich in die Haare bringen“; als er jedoch einmal die Frage aufwarf, ob man ihn denn als Kaiser „manutenieren“ wolle, glaubte Pfalzgraf Philipp Wilhelm doch den Schluß ziehen zu dürfen, daß der Kurfürst mit dem Gedanken an die Krone noch nicht ganz abgeschlossen habe. Dem Eintritte in die Allianz zeigte sich Ferdinand Maria nicht ganz abgeneigt; er verlangte eine Vorkonferenz in Frankfurt und die Herbeiziehung anderer, auch protestantischer Reichsstände. Durch diesen Vorschlag glaubte Graf Ruz einen längeren Aufschub in der Allianzfrage zu erreichen, die ihm, der österreichisch gesinnt war, durchaus nicht unbedenklich erscheinen mochte; vor allem, weil über Absicht und Ziel derselben noch wenig Bestimmtes verlautet war. Sie befand sich aber gerade damals in einem bedeutungsvollen Entwicklungszustande und ging einer Zukunft entgegen, von welcher der Pfalz-Neuburger selbst noch keine genaue Vorstellung haben konnte. Die erste Erweiterung des 1651 geschlossenen Bundes war durch den Zutritt des Bischofs von Münster erfolgt. Wir können von dieser Thatsache nicht Erwähnung thun, ohne von den jüngsten Geschicken dieses reichsten und mächtigsten aller Bistümer Kenntnis zu nehmen. Nach dem Tode des Erzbischofes Ferdinand von Köln, der zugleich Bischof von Münster gewesen war, hatte sich die überwiegende Mehrheit des Kapitels geeinigt, dem Bistume ein selbständiges Haupt zu geben und den als Archidiacon im westlichen Münsterlande und Gesandten des Erzbischofes wiederholt mit Erfolg verwendeten Kanonikus Christoph Bernhard von Galen zu dieser Stellung zu erheben (14. Nov. 1650). Die Wahl wurde von dem Domdechant Bernhard von Mallinckrodt angefochten, weil das Kapitel nicht von ihm zur Wahl berufen worden war, wozu er vermöge der Stiftsversammlung berechtigt gewesen wäre. Das Kapitel war zu seinem nicht ganz korrekten Vorgange jedoch gedrängt gewesen, weil Mallinckrodt die Wahl absichtlich hinausgeschoben hatte, um indessen für seine eigene Kandidatur thätig sein zu können. Papst und Kaiser anerkannten die Wahl Bernhards von Galen, der ehrgeizige Domdechant aber ließ sich dadurch nicht von seiner Opposition gegen den Bischof abhalten, sondern führte dieselbe mit einer Leidenschaftlichkeit fort, welche, nachdem es schon zu ärgerlichen Störungen des Gottesdienstes gekommen war, dessen Exkommunikation zur Folge hatte. Der gegen ihn verhängten Haft entzog sich Mallinckrodt durch die Flucht und fand Aufnahme bei einem Bürger der Stadt Münster. Darauf forderte der Bischof die Auslieferung Mallinckrodts, diese wurde ihm jedoch unter dem Vorwande verweigert, die Exkommunikation Mallinckrodts sei durch den päpstlichen Nuntius Sanfelici in Köln aufgehoben worden. Als Bischof Bernhard den Nuntius von den Verhältnissen genau unterrichtet und in Kenntnis des aufreizenden und eines Priesters unwürdigen Benehmens des Domdechanten gesetzt hatte, nahm Sanfelici seinen Erlaß wieder zurück und der Bischof konnte im Bewußtsein seines Rechtes mit aller Schärfe gegen Mallinckrodt und seine Gesinnungsgenossen in der Stadt

vorgehen, deren Erzeße immer bedenklicher wurden. Der alte Münsterer Geist des Widerstandes gegen landesherrliche Gewalt, der seiner Zeit das Wiedertäuferthum begünstigt hatte, regte sich wieder und riß die Bürgerschaft zu einem Kampfe hin, der nicht als die notwendige und unter allen Umständen zu billigende Verteidigung eines verletzten Rechtes erklärt werden darf, sondern einer eigensinnigen Rechthaberei in einer Angelegenheit von sehr zweifelhafter Bedeutung entsprang. Der Bischof kündigte nämlich der Stadt seinen Entschluß an, zur Verhütung weiterer Unordnungen und der öffentlichen Parteinahme für den exkommunizierten Dombekant eine Besatzung bischöflicher Truppen in die Stadt legen zu wollen. Die Stadt verweigerte ihm, ihre Thore bischöflichen Truppen zu öffnen, da dem Räte der Stadt allein das Besatzungsrecht zustehet. Damit war der Krieg zwischen Stadt und Bischof erklärt. Galen versuchte zuerst eine Ueberrumpelung und als diese mißlang, machte er Vorbereitungen zur ersten Belagerung von Münster. Die Stadt war darauf nicht vorbereitet, hatte auch nicht genügend Zeit gefunden, sich um auswärtige Hülfe umzusehen, und schloß daher den Vertrag von Schönefliet (25. Februar 1655), durch welchen das Besatzungsrecht beiden Gewalten vorläufig gemeinsam eingeräumt, die Entscheidung der Frage jedoch dem Landtage vorbehalten wurde. Den Münsterern war es mit der Zuhaltung des Vertrages jedoch nicht Ernst; sie riefen die Vermittlung des Kaisers an, stellten das Verlangen als reichsfrei erklärt zu werden, machten sich mit großem Eifer wehrhaft, führten Geschütz auf die Wälle der Stadt, verbrannten die Vorstädte und glaubten so weiteren Gewaltmaßregeln des Bischofs entgegensehen zu können. Der Urheber des Streites, Herr von Mallinckrodt, war, als er wieder einmal die Stadt besuchen wollte, von bischöflichen Reitern gefangen genommen und darauf in der Burg Ottenstein festgehalten worden, da er allen Ausgleichsversuchen, zu welchen sich Bernhard von Galen sogar persönlich herbeigelassen hatte, mit Spott, Hohn und Vorwürfen begegnete. Er blieb bis zu seinem Tode (1664) in Haft, wurde jedoch so nachsichtig als möglich behandelt, durfte jagen und Besuche empfangen, wandernde Studenten traktieren und beschenken, ja man ließ ihn auch gewähren, wenn er sie dann aufforderte, sie sollten der Welt erzählen, in welchem schlechten Zustande er sich befinde.

Der Bischof hatte schon im Herbst 1654 Beziehungen mit Köln, Trier und Pfalz-Neuburg angeknüpft und um Beistand gegen Angriffe auf sein Gebiet, auch von Schweden aus, ersucht; er war seinerseits bereit, der schon bestehenden Allianz beizutreten. Sein Antrag führte zu Unterhandlungen in Köln, während welcher auch die Zuziehung von Brandenburg und Mainz beraten, vorläufig jedoch abgelehnt wurde, so daß der Reichstag vom 15. Dezember 1654 als Bundesmitglied nur Kur-Köln (mit Lüttich), Kur-Trier, Münster und Pfalz-Neuburg aufweist. Die Bundesmacht wurde mit 7859 Mann zu Fuß und 1970 Reitern festgesetzt, bei Vereinigung der Kontingente sollte derjenige das Direktorium führen, der die Hülfe verlangt hatte, ihm stand jedoch ein aus vier Vertretern der Alliierten gebildeter Kriegsrat zur Seite. Zur Aufnahme neuer Bundesmitglieder war die Zustimmung aller Alliierten erforderlich. In einem Nebenrezeß, dessen Wortlaut jedoch nicht erhalten ist, soll die Bundesmacht, der man nur nach außen ein größeres Ansehen zu geben versucht hatte, auf 3600 Mann

zu Fuß und 850 Reiter herabgedrückt und die Erhaltung des katholischen Glaubens noch als besonderer Zweck bezeichnet worden sein. Der Kaiser wurde von dem Hauptreffe in Kenntnis gesetzt, den er als mit der Reichsverfassung in keinem Widerspruche stehend billigte, und Mainz erhielt von Köln die Aufklärung, es handle sich nur um eine Erweiterung der Teilnahme an dem Frankfurter Reffe von 1651. Mainz, dem es gewiß nicht unbekannt geblieben war, daß die Eifersucht von Köln und Münster seine Zuziehung zu dem Kölner Bündnis verhindert hatte, ging nichtsdestoweniger auf diese Form der Angliederung ein und mußte durch ein sehr kluges Verfahren die Leitung der ganzen Allianzangelegenheit doch wieder in seine Hände zu spielen. Eine Konvention vom 11. August 1655 brachte auf Grund der kurrheinischen und der Kölner Allianz eine neue Verbindung zustande, deren Führer Boyneburg wurde. Neben ihm brachten sich nur noch der Pfalzgraf von Neuburg und der Günstling des Erzbischofs von Köln, Graf Franz Egon von Fürstenberg, zur Geltung, der damals schon in den intimsten Beziehungen zu Mazarin stand. Der Kardinal begnügte sich jedoch nicht mit diesen, er trat durch zwei seiner gewandtesten diplomatischen Agenten, Wignancourt und Gravel, in unmittelbare Verbindung mit den rheinischen Kurfürsten und ließ ihnen durch diese, sowie durch den Landgrafen Christian von Homburg den Anschluß Frankreichs an die Allianz antragen. Diese Aktion erhielt durch den Tod des Kaisers bald eine ganz besondere Bedeutung.

Ferdinand III. war seit dem plötzlichen Verluste des erstgeborenen Sohnes ohne Lebensmut, seine Kräfte nahmen ab und „ein altes Leiden“ bereitete ihm gesteigerte Beschwerden. Er nahm an den Regierungsgeschäften noch Anteil, wurde jedoch in seinen Entschlüssen fast ausschließlich von seinem ersten Geheimrate und ehemaligen Obersthofmeister des verstorbenen römischen Königes, Johann Weithard Fürst von Auersperg, Burgherren von Wels und Herzog von Münsterberg, geleitet, der den Kaiser von allen anderen Einflüssen abzusperrern bemüht war. Erzherzog Leopold Wilhelm, früher Statthalter der spanischen Niederlande, Bischof von Passau und Erzbischof von Olmütz, Hoch- und Deutschmeister, war die einzige Persönlichkeit am Hofe, welche Auersperg an Ansehen beim Kaiser überragte, er liebte jedoch die Ruhe, gab sich gerne den Freuden der Tafel hin und ließ den Günstling gewähren. Dieser beharrte auf der Idee der Interessengemeinschaft mit Spanien, er brachte diesem die so notwendige Hilfe in Italien und suchte Frankreich in seinem schwedischen Bundesgenossen zu schädigen, indem er dem Uebergewichte Karls X. in Polen ein Ende zu machen suchte. Franz Paul de V'fola, ein Burgunder von Geburt, ehemals Advokat zu Besançon, dann kaiserlicher Resident bei Karl I. von England, war seit 1656 am polnischen Hofe thätig, die französische Vermittelung zu vereiteln und ein Bündnis zwischen Polen, Dänemark und Oesterreich zustande zu bringen. Der Anschluß Georgs II. Rákoczzy von Siebenbürgen an Karl X. und sein Einfall in Galizien war eine neue Veranlassung für Oesterreich, für die Erhaltung des Königreiches Polen in seinem bisherigen Bestande einzutreten, denn die Vergrößerung der Macht des ehrgeizigen Siebenbürgers mußte Gefahren für Ungarn und den Frieden mit den Türken hervorrufen. Die wiederholten Gesandtschaften, welche Johann Kasimir nach Wien richtete, brachten endlich einen Vertrag mit

dem Kaiser zustande, durch welchen der letztere verpflichtet wurde, Hülfstruppen in der Stärke von 16 000 Mann zu stellen, welche dem Könige von Polen so lange zur Verfügung stehen sollten, als er ihrer bedürfen würde. Die Besoldung dieser Truppen wurde durch Verpfändung des Salzgefäßes auf 10 Jahre im Gesamtbetrage von 300 000 Gulden und 100 000 Dukaten sichergestellt. Das kaiserliche Korps wurde von einem polnischen Generalkommissär begleitet, durfte aber nur unter dem Befehle des Königes, nie unter dem eines polnischen Feldherrn stehen. Die von den Kaiserlichen genommenen Plätze erhielten auch kaiserliche Besatzung, die Stärke der Feldarmee durfte jedoch durch diese Besatzungen nicht geschmälert werden. Die Allianz wurde offengehalten für Dänemark, Holland, Moskau, die Tataren, etliche Kurfürsten und Fürsten des römischen Reichs, darunter in erster Linie den Brandenburger, wenn er von Schweden sich abwenden und wieder unter die polnische Lehenshoheit treten würde.

Der Kaiser unterzeichnete den Vertrag am 30. März schon im schwerkranken Zustande. Die Geburt eines Sohnes, des Erzherzogs Ferdinand, am 11. Februar hatte ihn nicht aufzuheitern, sein Siechtum nicht aufzuhalten vermocht. Seine geistliche Umgebung erkannte die Größe der Gefahr, als die weltlichen Räte noch an ein vorübergehendes Unwohlsein glaubten und veranlaßten die nötigen Schritte. Nachdem Ferdinand seinem Bruder Leopold Wilhelm die Vormundschaft über seine unmündigen Kinder übertragen und seinen letzten Willen erklärt hatte, starb er nach langer Agonie am Ostermontage, den 2. April 1657, zwischen 4 und 5 Uhr morgens. In der vorhergehenden Nacht war in der Burg, gerade unter der Wohnung des Kaisers, Feuer ausgebrochen, doch glücklich gedämpft worden, ohne daß es notwendig geworden war, den Sterbenden zu übertragen.

Dem Beschlusse einer am 6. April unter dem Voritze des ältesten geheimen Rates, Grafen Ferdinand Kurz, abgehaltenen besonderen Konferenz zufolge trat Erzherzog Leopold als gekrönter König von Böhmen und Ungarn sofort ohne Regentschaft persönlich die Regierung an. Sein Oheim Leopold Wilhelm erhielt das Recht, im geheimen Ratskollegium die Beschlüsse zu formulieren, auch sollte er die böhmische Kurstimme vertreten können. Leopold vollendete erst in zwei Monaten das 17. Lebensjahr, er war aber ernster, fleißiger und gewissenhafter als viele großjährige Regenten. Alle Zeitgenossen rühmen seine Tugenden, er blieb ihnen auch sein ganzes, langes Leben hindurch treu und besaß sich eines geradezu musterhaften Wandels. Battista Nani, unter den klugen venezianischen Diplomaten einer der klügsten und unterrichtetsten, ein feiner Menschenkenner und wahrheitsliebender Historiker, urteilt von ihm schon 1658: „Er ist unermüdetlich in Geschäften, aufmerksam im Rat, höchst geduldig bei den Audienzen, scharfsichtig im Unterscheiden, läßt seine Neigungen nicht merken, weiß die Absichten anderer zu erkennen und seine Minister anzuspornen.“ Auch Nanis Nachfolger, Sagredo und Molin, betonen die Fähigkeiten und vortrefflichen Charaktereigenschaften des jungen Monarchen, trotzdem behielt Giustiniani recht, der schon in dem Wesen des Knaben erkannt hatte, daß ihm gerade die Eigenschaften fehlen, durch welche Fürsten groß werden können. Es ist nichts Bedeutendes an dem Manne, niemals eine mächtige Regierung, kein Aufflackern eines Helden-

geistes, aber auch kein überraschender Gedanke im diplomatischen Getriebe, viel gute Meinung und — keine Kraft. Er war ein Meisterstück jesuitischer Erziehung, so daß ihm selbst die Kennzeichen einer bestimmten Nationalität zu fehlen schienen. Thatsächlich sprach er lieber italienisch als deutsch und dieses nach Art eines Fremden, der es aus Büchern und Schriften erlernt hat. Von der gewinnenden Leutseligkeit der deutschen Habsburger und der volkstümlichen Verbundenheit seiner mittelsächsischen Großmutter war ihm nichts geblieben, als etwa die Freude am Kegelschieben, das dem Herzog von Gramont in Frankfurt Veranlassung zu Sarkasmen gegeben hat. Der Jesuit Reibhardt, der ihn erzogen und größeren Einfluß auf ihn gewonnen hatte, als sein Onkel, der beschränkte Graf Portia, war mit Erfolg bemüht gewesen, ihn zu seinem Orden in ein festes Verhältnis zu bringen: Leopold hatte sogar das Gelübde abgelegt, gewisse Ordensvorschriften sein ganzes Leben hindurch zu befolgen; außerdem hatte er aber auch anregend auf seinen Geist gewirkt und ihm Geschmack an wissenschaftlicher Lektüre und Musik beigebracht. Leopold verstand es aber nicht, sein Wissen zur Geltung zu bringen, denn er sprach wenig; auch sein Gesichtsausdruck, der von der übermäßig großen Unterlippe beeinflusst war, trug nicht dazu bei, jenen Persönlichkeiten, die nur in flüchtigen Verkehr mit ihm traten, eine besonders hohe Meinung von seinem Verstande beizubringen. Systematisch, wie in der Beobachtung aller gottesdienstlichen Handlungen und in der Erfüllung seiner Regierungspflichten, war er auch in der Beziehung zum weiblichen Geschlechte, jener Begriff höfischer Galanterie, der in seinen Tagen zu so allgemeiner Geltung gelangte und in der französischen Gesellschaft der feinsten Ausbildung zugeführt wurde, fehlte ihm gänzlich. Wenn die Keuschheit zu den höchsten Tugenden der Regenten gezählt würde, müßte Leopold gewiß zu den ersten und hervorragendsten gehören. Unter den geheimen Räten stand dem Kaiser in den ersten Jahren seiner Regierung ohne Zweifel der genannte Graf Johann Portia am nächsten, dessen beste Eigenschaft in seiner Abneigung gegen Spanien bestand. Das befehlende, rücksichtslose Auftreten der spanischen Gesandten, wie es unter den beiden Ferdinanden zur Regel gehört hatte, wurde von Leopold nicht geduldet.

Die entgegengesetzte Richtung schlug der Fürst Johann Weiskhard von Auersperg ein, der vorläufig noch die Stellung eines ersten Ministers und Leiters der auswärtigen Angelegenheiten behielt. Sein geschicktester Ratgeber und Diplomat war unstreitig Dr. Bolmar. Nach Auersperg nahm im geheimen Räte Fürst Wenzel Lobkowitz, Präsident des Hofkriegsrates, den ersten Rang ein, beim Kaiser genoß er jedoch mehr Vertrauen, als jener. Adolf Schwarzenberg, der Sohn des einstmals allmächtigen brandenburgischen Ministers Adam Schwarzenberg, Hannibal Gonzaga, der Hofkriegsratsvizepräsident, Ludwig Graf von Sinzendorf, der Kammerpräsident, und Graf Nostitz, der Kanzler von Böhmen, vervollständigen die Liste der Männer, welche beim Regierungsantritte den geheimen Rat, das Ministerium, des Hauses Oesterreich bildeten.

Sobald die Kurfürsten durch eigene Kurier von dem Ableben des Kaisers verständigt worden waren, schrieb der von Mainz als Erzkanzler in Germanien den Wahltag zur Wiederbesetzung des Thrones auf den 14. August d. J. nach Frankfurt aus; in den „unteren Kreisen“, in welchen das sächsische Recht galt, trat der Kurfürst von Sachsen das Reichsvikariat an, in den „oberen Kreisen“ mit schwäbischem und fränkischem Rechte¹⁾ entbrannte ein hartnäckiger Streit um das Vikariat zwischen Baiern und Pfalz. Beide Kurfürsten erließen Patente, worin sie den Antritt ihres Vikariatsamtes ankündigten, beide verlangten vom Reichskammergerichte, daß es in ihrem Namen Zustellungen mache, und daß ihr Titel und ihr Wappen mit dem von Sachsen vereint werde und jeder von ihnen führte einen Vernichtungskrieg gegen alle Schriftstücke, auf welchen sich der andere des hohen Amtes anmaßte, soweit er derselben habhaft werden konnte. Die wahrscheinlich bewußte und absichtlich von keiner Seite angefochtene Unklarheit und Vieldeutigkeit im Texte des Artikels IV des westfälischen Friedens bot beiden Teilen den Stoff zu den ausführlichsten Begründungen ihrer Rechte. Das Haus Baiern war darin „mit der kurfürstlichen Würde“ ausgestattet worden, „welche die pfälzischen Kurfürsten vordem innegehabt, mit allen Regalien, Aemtern, mit dem Range, den Abzeichen und den Rechten, welche zu dieser Würde gehörten, keines ausgenommen“. In Ansehung der Pfalz aber hieß es, „daß dem Pfalzgrafen Karl Ludwig die untere Pfalz mit allen einzelnen geistlichen und weltlichen Gütern, Rechten und Zugehörigkeiten, deren sich vor den böhmischen Unruhen die pfälzischen Kurfürsten erfreut haben, zurückerstattet werde“. Baiern erklärte nunmehr das Vikariat als einen Ausfluß der ihm übertragenen Kurwürde, Pfalz als ein mit dem Besitze der Unterpfalz untrennbar verbundenes Recht. Dem Sinne der goldenen Bulle war die pfälzische Auffassung gewiß angemessener, aber es läßt sich nicht leugnen, daß auch der bairische Anspruch seine kräftigen Stützen in dem Wortlaute des westfälischen Friedens fand. Kur-Sachsen, das von dem Pfälzer zur Anerkennung seines Rechtes angerufen wurde, nahm für Baiern Partei und behauptete, dieses sei von dem verstorbenen Kaiser ausdrücklich und besonders mit dem Vikariat belehnt worden. Dagegen veröffentlichte man nun von pfälzischer Seite einen „kurzen und summarischen Bericht, daß das Vikariat in den Landen des Rheins zc. Kurpfalz zustehe und gebühre“ und führte

¹⁾ Die Grenzen der beiden Vikariate waren durchaus nicht fest bestimmt. Die goldene Bulle spricht dem Pfalzgrafen bei Rhein das Vikariat im Rheinland, in Schwaben und in jenen Ländern zu, in welchen das fränkische Recht gilt („in jure franconico“). Dabei bot nur der Begriff „Schwaben“ einen sicheren Anhaltspunkt für die Bestimmungen des Gebietes, nämlich die Grenzen des ehemaligen Herzogtums Schwaben. Es war nicht einmal sicher, was die goldene Bulle unter fränkischem Rechte verstand, die Annahme, daß das Geltungsgebiet des Schwabenspiegels gemeint war, fand berechnete Ansechtungen. Pfalz versuchte sein Vikariatsrecht über „Oesterreich samt dessen Zubehör“, Baiern, Franken, Schwaben, Ober- und Kur-Rhein samt Burgund und einen Teil von Westfalen auszudehnen. Oesterreich blieb aber immer eigent, auch Baiern hatte schon 1612 erklärt, es müsse die pfälzischen Rechte erst prüfen lassen, bevor es dieselben anerkenne; Mainz hielt sich auch für eigent, ließ jedoch die Vikariatspatente in seinen Landen anschlagen; in Thüringen und Westfalen war die Grenze beider Vikariate ebenfalls unbestimmt, die hennebergischen Landschaften wurden von beiden beansprucht. — J. J. Mosers Staatsrecht, VII. Teil, Kap. 142, 143, mit reichen Literaturangaben.

darin aus, daß wohl Maximilian I., nicht aber dessen Sohn, eine Spezialbelehrung für das Biskariat genommen habe, daß dieselbe jedoch durch den westfälischen Frieden wieder aufgehoben und in den neuen Lehensbrief, dessen an Kurpfalz ausgestellte Kopie der Kaiser noch am 10. März unterzeichnet habe, nicht aufgenommen worden sei. Baiern antwortete mit dem „Kurbaiarischen Gegenbericht, daß das Biskariat, vermöge der Kurwürde, Kurbaiern und nicht Kurpfalz zustehet“ und die auf diese Weise eröffnete Polemik wurde bis 1661 fleißig fortgeführt. Baiern suchte seine Theorie von dem Zusammenhange des Biskariats mit der Kurwürde dadurch zu bekräftigen, daß es auch noch andere Rechte, z. B. das den Pfalzgrafen zustehende „Wildfangrecht“ als mit der Kur verbunden, für sich in Anspruch nahm, während Kurpfalz in der Ausübung des Biskariates so weit ging, ein eigenes Hofgericht an Stelle des durch den Tod des Kaisers suspendierten Reichshofrates zu errichten. Zu militärischen Maßnahmen und einem netten kleinen Feldzuge kam es in den vielberufenen Aemtern Weiden und Parkstein, ohne daß sich die beiden feindlichen Biskare jedoch besonderen Schaden dabei zugefügt haben. Der Streit kam auch nach vollzogener Wahl des Kaisers nicht so bald zu einem Ende. Leopold war auch nicht gefonnen, für alle Zukunft dem Baiern allein das Recht des Biskariates zuzusprechen, er begnügte sich, die in dem verfloffenen Interregnum von Baiern ausgegangenen Akte und Biskariats-handlungen nachträglich für rechtskräftig zu erklären. Im Jahre 1671 begannen unter Vermittlung von Köln und Pfalz-Neuburg Verhandlungen wegen eines Ausgleiches, der darauf beruhen sollte, daß die beiden Wittelsbachischen Kurhäuser das Biskariat gemeinschaftlich durch einen Biskariatsrat zu besorgen hätten, der in keinem der beiden Territorien, sondern in einer freien Stadt (Dinkelsbühl war vorgeschlagen) seinen Sitz haben und von beiden Kurfürsten gleichermaßen besetzt werden sollte. Zwei Jahre wurde an dem Vergleiche gearbeitet, an der Frage des Präsidiums scheiterten alle Vorlagen. Pfalz hatte sich schon herbeigelassen, die Ernennung des Präsidenten, der weder pfälzischer noch bairischer Untertan sein durfte, aber beiden Kurfürsten den Eid zu leisten hatte, an Baiern zu überlassen, wenn man ihr dagegen die Bestellung eines Kanzlers einräume, welcher in Abwesenheit des Präsidenten den Vorsitz übernehme und allen anderen Assessoren stets voranginge. Schon war die Sitzordnung am Ratstische vorgezeichnet, die Abstimmung nach Maßgabe des westfälischen Friedens für Reichstage geordnet, nun handelte es sich nur noch darum, was zu geschehen habe, wenn Vota paria bei Gleichstellung der Religion (also drei katholische Baiern gegen drei protestantische Pfälzer) eintreten. Da beliebte man dem bairischen Präsidenten die Entscheidung anheimzustellen, für den Fall aber, daß der pfälzische Kanzler in Abwesenheit des Präsidenten die Verhandlung leite, sollte diesem nicht zu entscheiden gestattet, sondern die Frage den beiden Herren Reichsbiskaren in Person vorgelegt werden. Das wollte sich Pfalz nicht gefallen lassen, der Kurfürst berief seine Gesandten ab und erst 1724 kam der Vergleich wirklich zustande.

Im Kreise der deutschen Reichsfürsten war beim Ableben Ferdinands III. keiner, der entschlossen gewesen wäre, sich um die Krone zu bewerben, außer dem Könige von Böhmen. Der Gedanke daran mochte wohl so manchen beschäftigen, Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg erwoog ohne Zweifel die

Bedingungen, die etwa seine Kandidatur ermöglichen konnten, doch er mußte sich selbst sagen, daß sie unter allen Umständen ihre großen Schwierigkeiten mit sich brächte, und daß es vielleicht doch aussichtsvoller sei, sich um jenes Diadem zu bewerben, welches die polnische Republik zu vergeben hatte. Es war in Deutschland die Ueberzeugung verbreitet, der zehn Jahre später Pusendorf's „Monzambano“ offen Ausdruck gab, es sei doch nur Oesterreich imstande, jene Reichsgewalt zu handhaben, die man in Münster und Osnabrück über den einzelnen Staatsgewalten zu erhalten für notwendig befunden hatte. Boyneburg hat 1655 einen Traktat „De electione Regis Romanorum“ verfaßt, worin er sich ebenfalls zu dieser Ansicht bekennt und die Wahl Leopolds für notwendig erklärt. Dieser Traktat, der nur handschriftlich erhalten ist, wurde auf dem Wahltage verbreitet, obwohl dessen Verfasser daselbst einige Zeit hindurch ganz andere Interessen zu vertreten hatte. Die Opposition gegen Leopold ging nur von Frankreich aus. Mazarin hatte beschlossen, die neue Kaiserwahl zu einem Angriffsfelde gegen das Haus Habsburg zu machen und säumte nicht, dem Feldzuge eine sehr entschiedene Richtung zu geben, indem er auf die Ausschließung Oesterreichs vom Throne hinarbeitete. Es fehlte ihm nicht an geschickten Diplomaten, nicht an günstigen Verhältnissen, das Geld wollte er aufstreifen, „und wenn er nur das Hemd am Leibe behielte“ — aber die Kandidaten konnte er nicht aus der Erde stampfen, an dem Mangel derselben scheiterte schließlich der ganze Plan. Von Ludwig XIV. selbst war wohl niemals ernstlich die Rede, in den für die Gesandten bestimmten Depeschen geschieht des Vorschlages, dem König von Frankreich auch die deutsche Kaiserkrone zu erwerben, keine Erwähnung, nur in Briefen des Kardinals, welche jedoch die Deutung zulassen, es habe sich dabei nur um eine Einschüchterung gehandelt. Man hatte bisher auf einen Allianzvertrag zwischen Frankreich und England (vom 9. Mai 1657) hinweisen können, in dessen Art. XIV der Lordprotektor sich verpflichtete, für die Wahl Ludwigs thätig zu sein; seitdem jedoch dieser ganze Allianzvertrag als eine Fälschung erkannt worden ist, entfällt auch diese urkundliche Stütze für die Kandidatur des Königs. Baiern und Pfalz-Neuburg waren von vorneherein die einzigen Werkzeuge, welche Mazarin handhaben zu können hoffen durfte. Auf diese beiden ließ er, noch vor der Abordnung der Wahlgesandtschaft, durch Gravel, den Residenten am Deputationstage, und Bagnée die Aufmerksamkeit von Köln und Mainz lenken. Schon am 20. Mai wurden die Anträge Frankreichs durch Köln nach München mitgeteilt, am 10. Juni erfolgte eine direkte Frage wegen der Annahme, welche am 20. d. M. von Baiern dahin beantwortet wurde, es fehle ihm an Geld, um den Aufwand eines kaiserlichen Hofes bestreiten zu können und es finde auch jenen festen Zusammenhang unter den Reichsständen nicht, auf den es sich in dem unausbleiblichen Kampfe mit Oesterreich stützen müßte. Man legte diese Antwort an den rheinischen Höfen vorläufig so aus, daß sich Baiern teuer machen wolle, an eine ernstgemeinte Ablehnung glaubte niemand.

Im Juli erschienen Graf Dettingen und Volmar als Gesandte des Königs von Böhmen an den rheinischen Höfen mit der Absicht, die Stimmung zu erforschen und zugleich entscheidend auf dieselbe einzuwirken. Kurmainz versicherte,

wan wolle beim Hause Oesterreich bleiben. Leopold Wilhelm oder Ferdinand von Tirol seien zur Kaiserwürde geeignet, wenn sie mit Hausbesitz genügend ausgestattet würden, worauf Wolmar erwiderte, sein König wolle eher die römische Krone aus dem Hause lassen, als sich zu einer Teilung des Besitzes herbeilassen. Ein Ausspruch, der das Verhältnis Oesterreichs zum Reiche mit voller Deutlichkeit kennzeichnet. Die habsburgischen Länder müssen in einer Hand vereinigt bleiben, weil sie vom Reiche unabhängig sein sollen. Ob man das Reich werde zwingen können, den Anspruch des Hauses auf die Kaiserkrone anzuerkennen, das werde sich erweisen; niemals aber werde man dem Reiche eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des eigenen Ländergebietes zugestehen, niemals einen anderen, als den durch die Geburt dazu bestimmten Regenten des Gesamthauses zur Annahme der Kaiserkrone berechtigen. Es war für die Entwicklung der österreichischen Verhältnisse, für die Bildung einer österreichisch-ungarischen Monarchie von großer Bedeutung, daß es im Hause Habsburg in zwei Generationen nur fügsame Naturen ohne politischen Ehrgeiz gegeben hat, welche die von Ferdinand II. willkürlich zum Gesetz erhobene Hauspolitik ohne irgend welche Gegenbestrebungen sich einleben ließen. Die jesuitische Erziehung hat darin einen ihrer größten Erfolge erzielt und es wird begreiflich, daß die Sympathie des Hauses für den Orden eine fortbauernde und, wie es den Anschein hat, unzerstörbare ist. Die sogenannte „Gesamtstaats-Idee“ ist eine Folge der Thatsache, daß sich das Haus Habsburg zum Vorkämpfer des Katholizismus gemacht hat, die Vereinigung aller Länder ohne Rücksicht auf deren wirkliches Bedürfnis und ohne Rücksicht auf die alte historische Gemeinschaft der „Erblande“ mit den übrigen Teilen des römischen Reiches zu einer großen politischen Macht in der Hand eines einzelnen Fürsten, dessen die Hierarchie sich jederzeit versichern zu können glaubte, war eine Forderung des katholischen Interesses und den Vertretern desselben konnte es nicht schwer fallen, dieselbe den einzelnen Familiengliedern zugleich als die Grundbedingung ihrer Existenz, ihrer Größe und Bedeutung zu erklären. Da diese andere Bürgschaften ihrer Größe und Bedeutung in sich selbst nicht fanden, war es klug und vorteilhaft, sich auf andere Kombinationen auch gar nicht einzulassen und das eigene, wie das Geschick des Hauses von jenen Bahnen nicht zu trennen, auf welche es durch Ferdinand II. und die Jesuiten gelenkt worden war. Man könnte behaupten, daß das Vorhandensein dieses Zustandes gerade zur Zeit der Wahl Leopolds I. ausschlaggebend war, erst das halbe Jahrhundert der Regierung dieses der Kirche unbedingt ergebenen Mannes, dem die Erblichkeitserklärung von Ungarn gelang und den das Erlöschen der spanischen Linie zum Erben einer Ländermasse machte, unter welcher die Handvoll deutscher Herzogtümer mehr und mehr zu verschwinden schienen, hat der österreichisch-habsburgischen Politik eine feste, schwer zu erschütternde Tradition gegeben.

Ferdinand von Tirol mußte einige Zeit den peinvollen Zweifel ertragen, ob er nicht doch vielleicht ernstlich zur Kandidatur veranlaßt würde, er ließ in Köln und Mainz anklopfen, ohne jedoch einen offenen Antrag zu wagen. Hätte er Entgegenkommen gefunden, so würde ihn vielleicht doch der Glanz der Kaiserkrone geblendet und zur Unbotmäßigkeit gegen das Haupt des Hauses verleitet

haben; aber man beschäftigte sich zu wenig mit ihm, er hoffte dann, wenn er für Leopold Wilhelm einträte, eine angemessene Entschädigung zu erhalten. Für den Deutschmeister verhandelte sein Obersthofmeister Graf Schwarzenberg, der mit Egon Fürstenberg einen vertraulichen Briefwechsel unterhielt. Da sich auch der Papst sehr warm für Erzherzog Leopold Wilhelm verwendete, den Dispens von seinen geistlichen Verpflichtungen bei voller Wahrung seiner Einkünfte in Aussicht stellte, ward man am Wiener Hofe unruhig und der junge König gegen den Oheim gereizt und mißtrauisch.¹⁾ Die Minister setzten alles daran, dem Erzherzoge die Lust zu benehmen, seines Neffen und Mündels Nebenbuhler zu werden, wenn die Neigung dazu je vorhanden gewesen sein sollte, was dem Charakter Leopold Wilhelms kaum zuzumuten ist. Trotzdem seine Ablehnung eine ganz entschiedene war, hat man an den kurfürstlichen Höfen den Schatten seiner Kandidatur noch gelegentlich erscheinen und wirken lassen. Den Kurfürsten von Baiern glaubte man, wenn er sich schon selbst zur Annahme der Wahl nicht bewegen lasse, für Leopold Wilhelm stimmen zu können.

Im August verfügte sich zuerst der Kurfürst von Mainz in die Wahlstadt am Main, ihm folgten auf dem Fuße die Gesandten der Krone Frankreich: der Marschall Herzog von Gramont und der Staatssekretär Marquis Hugo de Lionne, beide typische Erscheinungen in der französischen Diplomatie, jener hochfahrend, übermütig, ungeduldig, dieser gewandt, geistvoll und geschickt, so daß sie sich trefflich zu ergänzen vermochten. Ein Kredit von drei Millionen Livres, den ihnen Mazarin eingeräumt hatte, erleichterte ihr Auftreten. So schnell und glatt, wie man sich die Abwicklung ihrer Geschäfte in Paris gedacht hatte, gingen sie in Frankfurt nicht von statten. Zum ersten erwies es sich, daß Johann Philipp von Mainz weit davon entfernt war, sich auf die Unterstützung Frankreichs zu verlegen und diesem in allen seinen Wünschen zu Diensten zu stehen. Ihm war es vielmehr darum zu thun, dem Erzkanzler des deutschen Reiches eine ganz neue politische Bedeutung zu erwerben, das Zünglein der Wage des europäischen Gleichgewichtes in die Hand zu bekommen. Er trat nämlich noch vor der offiziellen Eröffnung des Wahltages, die durch mangelhafte Vollmachten der sächsischen Gesandtschaft verzögert wurde, mit der Erklärung hervor, er werde sich nur dann binden, sein Votum für Baiern abzugeben, wenn es vorher gelänge, den Frieden zwischen Spanien und Frankreich herzustellen. Nur dann könnten sich das Reich und die Krone Frankreich verpflichten, einem Kaiser aus dem Hause Wittelsbach den Schutz der Reichsgewalt gegen einen Angriff von seiten Oesterreichs zu versichern. Die französischen Gesandten wollten von der Verknüpfung dieser beiden Angelegenheiten nichts hören, sie bemerkten ganz richtig, man sei gar nicht überzeugt davon, daß Spanien überhaupt den Frieden wünsche, höchst wahrscheinlich werde es die Erhaltung der Kaiserwürde bei seinem Hause zu einer Bedingung desselben machen, die Frankreich nie eingehen könne, der spanische Wahltagsgesandte Graf Penneranda werde kaum Vollmacht besitzen, über den Frieden mit Frankreich zu unterhandeln, man müsse also eine Gesandtschaft nach Spanien abordnen und da-

¹⁾ A. Wolf, Lobkowitz. V. Die Kaiserwahl.

durch zwecklos Zeit verlieren. Sie schrieben an Mazarin: „Die Haltung dieses Kurfürsten (von Mainz) ist sehr schwankend, aber geschickt und nur zu geeignet, das Wahlwerk in die Länge zu ziehen und ihn zu einer gewichtigen Persönlichkeit und zum Gegenstand eifriger Umwerbung durch die beiden gegnerischen Parteien zu machen; er wird sicherlich von der einflussreichen Stellung, zu der ihn die Ereignisse erhoben, sich so spät wie nur möglich verdrängen lassen und inzwischen alle möglichen Sachen in Angriff nehmen. Ew. Eminenz wird besser als wir beurteilen können, ob er nicht etwa darauf abzielt, Zeit zu gewinnen zur Bildung einer Majorität für Frankreich, oder ob der wahre Grund seiner veränderten Haltung der ist, den er gegen den Grafen Wilhelm (von Fürstenberg) geäußert, daß, wenn man einmal einen Kaiser aus einem andern als dem österreichischen Hause habe und der Friede noch nicht zustande gebracht wäre, Frankreich denselben dann nicht mehr wollen und nur darauf bedacht sein werde, das Haus Habsburg noch mehr und am Ende gar mit Unterstützung des neuen Kaisers zu bedrängen.“

Auch Kurköln unterstützte seinen mainzischen Kollegen in der Friedensfrage, so daß die französische Gesandtschaft den Widerstand dagegen aufgeben und sich aufs Faktieren verlegen mußte. Mainz ließ sich seinerseits zu einer eiblichen Versicherung herbei: Wenn Spanien sich des Friedens weigere, solle sein Haus das Kaisertum verlieren und wenn dann Baiern keine Lust zeige, sich desselben anzunehmen, so möge es lieber der nächste beste erhalten, als daß man es in den Händen derer lasse, die den Frieden verschmähen. Darauf stimmte Frankreich zu, daß das gesamte Kurfürstenkollegium die Verhandlung über die Friedenspräliminarien einleite, doch mußten dieselben vor Beginn des Wahlgeschäftes beendet werden. Somit war also der Fall gegeben, in welchem das „Reich“ auch ohne Kaiser, vertreten durch seine Kurfürsten, die Rolle eines vermittelnden Souveräns übernahm, auf die politische Lage Europas bestimmenden Einfluß zu nehmen versuchte und die Entscheidung über die Besetzung der Kaiserwürde von den Ergebnissen seiner äußeren Politik abhängig machte. Es war ein Augenblick, in welchem Johann Philipp hoffen konnte, im Reiche mehr zu gelten, als der künftige Kaiser.

Mit Köln, Trier und Pfalz hoffte Frankreich die Wahlangelegenheit als einfaches Geldgeschäft behandeln und abschließen zu können. In Köln rechnete es mit einer Sicherheit, die sich später als höchst unbegründet erwies, auf die beiden Grafen Fürstenberg, denen der Kurfürst in allen Stücken zu Willen war.

Mazarin ließ ihnen die Brevets für das Bistum Metz und die Abtei St. Arnolt mit je 3000 Lire Renten zustellen, in welchen nur die Namen fehlten, die nach der Wahl eingezeichnet werden sollten. Kurtrier erhielt Wechsel, die ebenfalls nach der Wahl einzulösen gewesen wären. Der Pfalzgraf aber gab sich mit dieser Anweisung auf eine schöne Zukunft nicht zufrieden. Gramont und Lionne hatten ihm auf ihrer Reise nach Frankfurt einen Besuch abgestattet und während desselben einen Vertrag abgeschlossen, bei dessen Ratifikation er bereits 60 000 Thaler erhielt, 50 000 wurden am 1. Januar 1658, 40 000 nach der Wahl fällig, wenn Oesterreich von derselben ausgeschlossen sei. Sie glaubten dadurch der pfälzischen Stimme sicher zu sein und gerieten in

Aufregung, als sie durch Egon Fürstenberg erfuhren, daß sich auch der spanische Agent P. August Moel mit klingender Münze nach Heidelberg auf den Weg mache. Zu Verpflichtungen, welche die geängstigten Franzosen dem Pfalzgrafen abzurufen versuchten, ließ sich dieser nicht herbei, er verlangte die Subsidien ohne Verpflichtung, gab jedoch sein Versprechen, für Baiern stimmen zu wollen. Kurfürst Karl Ludwig hat die Praxis, welche man an den Höfen von Trier und Köln etwas versteckter übte, vor den Franzosen ganz offenherzig enthüllt: sich nämlich von beiden Seiten bezahlen, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und schließlich mit den Mächtigen und Unabhängigen zu stimmen. Der Trierische Kanzler Anethan hatte schon von Ferdinand III. 15 000 Gulden erhalten. Graf Dettingen überbrachte ihm neuerlich 6000, dem Kurfürsten 12 000 Thaler, für welche dieser schon am 27. Januar 1658 ein Dankschreiben nach Wien richtete. Damit waren die Vorbereitungen zu künftigen entscheidenden Abmachungen getroffen. Egon Fürstenberg, der vertrauteste Freund der Franzosen, hatte von Wien auch bereits 25 000 Gulden angenommen. In Dresden wirkte außer kleinen Beträgen, die an einzelne Räte von Wien aus bezahlt wurden, vorwiegend spanisches Geld. Baiern und Brandenburg blieben allein unbestechlich, bei ihnen lag schließlich auch allein die Entscheidung.

Es war ein Hauptfehler Mazarins in der Wahlkampagne gewesen, daß er den Kurfürsten von Brandenburg nicht zu beurteilen verstand, ihn geradezu unterschätzte. Und doch ist seine Haltung die allernatürlichste, aus den Verhältnissen sich ergebende. Französische Trinkgelder konnten auf sie freilich keinen Einfluß ausüben. Friedrich Wilhelm und sein Hof ist der einzige unter allen Kurhöfen des Reiches, an welchem bei der Wahl Leopolds keine Geschenke und keine Bestechungsgelder zur Verteilung kamen.

König Leopold hatte nach dem Tode seines Vaters den Vertrag mit Polen sofort gutgeheißen. Sein Resident in Warschau, Franz Paul de l'Isola, der die guten Dienste, welche er bereits Ferdinand III. geleistet hatte, durch eine immer mehr zu Tage tretende besondere diplomatische Begabung zu großen Erfolgen steigerte, suchte Brandenburg von der Notwendigkeit, sich der österreichisch-polnischen Allianz anzuschließen, zu überzeugen. Dies gelang ihm zwar nicht, aber Friedrich Wilhelm war geneigt, darüber mit Oesterreich in Verhandlung zu treten. Der brandenburgische Amtsrat Kittelmann gab im Juni 1657 in Prag die Bedingungen bekannt, unter welchen sein Herr sich mit Oesterreich verbinden und Leopold seine Stimme geben würde. Es waren die Forderungen von 1653: Rückgabe von Jägerndorf oder als Ersatz Großglogau. Die österreichische Regierung benützte zwar diese Annäherung des Kurfürsten, um der Welt glauben zu machen, Brandenburg sei bereits gewonnen, kam aber den Forderungen Brandenburgs in keiner Weise entgegen. Es wurden Vorschläge wegen eines Ersatzes für Jägerndorf gemacht, die Tattenbachsche Herrschaft Reinstein kam zur Sprache, sie hätte jedoch mit 180 000 Thaler abgelöst werden müssen, l'Isola beantragte die Abtretung eines Stückes von Pomerellen an Brandenburg, aber auch über dieses verfügte man in Prag nicht und so kam man auch bei neuerlichen Verhandlungen mit dem brandenburgischen Räte Joh. Friedrich von Löben über ganz allgemeine Vertröstungen nicht hinaus. Als

Löben auf eine Entscheidung drängte und die „dilatorischen Resolutionen“ für eine abschlägige Antwort ansehen zu müssen erklärte, rief Graf Kurz: „Lieber Gott, es geschieht ja alles, was S. Ch. Durchl. begehren und haben wollen, nur daß es ordne et decenter hergehen müsse.“ Die unangenehme Folge der Annäherung an Oesterreich war, daß Brandenburg die gesteigerte Reizbarkeit Karl Gustavs von Schweden fühlen mußte, der nach dem Siege von Friedrichs-ödde über die Dänen um so weniger Rücksicht gegen Brandenburg nehmen zu müssen glaubte, als dieses sich durch den Wehlauer Vertrag mit Polen ausgehört hatte. Sein Gesandter Graf Schlippenbach verließ Berlin; der dänische, Graf Ahlefeldt, drängte zum Abschlusse der Liga mit Oesterreich und Polen. Der Kurfürst mußte jedoch, wenn er mit Schweden völlig brechen sollte, bestimmte Gegenleistungen von seiten Oesterreichs fordern. Dieses wollte lange Zeit nichts davon wissen, erklärte sich durch Schweden nicht beunruhigt und erklärte nur gegen Rakoczyn die Waffen erhoben zu haben. Raimund Montecuccoli, der an Hakfeldts Stelle das österreichische Hülfskorps in Polen befehligte, und de P'Isola suchten den Kurfürsten hinzuhalten, bis die Wahlangelegenheit völlig entschieden und zu Ende geführt wäre. Der schlechte Fortgang derselben aber nötigte Oesterreich doch, in den ersten Monaten 1658 seine Zurückhaltung aufzugeben. Es erklärte sich einverstanden, daß aus 10 000 Oesterreichern, 8000 Polen und 3000 Brandenburgern, die jedoch auf 10 000 gebracht werden sollten, ein Heer unter dem Oberbefehle des Kurfürsten gebildet werde, mit welchem Dänemark gegen Schweden unterstützt würde. Zum Vorrücken der Oesterreicher kam es dessenungeachtet noch nicht, ja das Doppelspiel der Wiener Diplomaten ging so weit, daß Herr von Wolmar, allerdings der geriebenste und keckste unter ihnen, in Frankfurt den Vorwurf gegen Brandenburg schleudern konnte, es wolle Oesterreich in den Krieg gegen Schweden heizen, während dieses dieselbe Absicht mit Brandenburg zu erreichen suchte.

Indessen war Karl Gustav von Fünen über das Eis nach Seeland gegangen, worauf Dänemark in dem Präliminarvertrage von Roskilde am 27. Februar Schonen, Blehingen, Halland, Drontheim und Bornholm an Schweden abzutreten versprechen mußte. Schweden konnte jetzt mit Brandenburg eine ernstere Sprache führen. Wenn die Widerstandskraft Dänemarks thatsächlich gebrochen und der Friedensschluß zwischen den beiden nordischen Kronen unvermeidlich war, dann konnte Brandenburg vor die Wahl gestellt sein, entweder den Kampf mit Schweden fast ohne Bundesgenossen aufnehmen oder sich unter den drückendsten Bedingungen noch einmal an Schweden anschließen zu müssen. Letzteres verlangte bereits freien Paß durch Pillau, Hinterpommern und die Neumark, um den Krieg gegen Polen wieder aufnehmen zu können. So weit durfte es Oesterreich doch nicht kommen lassen. Am 23. März brachte Freiherr von Fernamont die förmliche Genehmigung des Offenstübündnisses von seiten Leopolds.

Die Verhandlungen über die Kaiserwahl hatten einen anderen Charakter angenommen, seitdem die Personenfrage entschieden war. Den ersten Anstoß hierzu hatte das Schreiben Friedrich Wilhelms an den Kurfürsten von Köln vom 21. August 1657 gegeben, in welchem der erstere die Zwecklosigkeit aller gegen

Wahltagcs vom 11. Januar, in welcher Baiern seinen früher gestellten Antrag auf Suspension der Reichsdeputation während des Wahltagcs zurückzog, nachdem es sich überzeugt hatte, daß der Erzkanzler bereits für Leopold entschieden sei. Mainz machte hierauf das Zugeständnis, während der Dauer des Wahltagcs die Deputation zu keiner Sitzung einberufen zu wollen. Die rheinischen Kurfürsten griffen, um den diplomatischen Anstand zu wahren, die Frage der Friedensverhandlung formell wieder auf und veranlaßten die Abfassung eines Gesamtschreibens an Penneranda, in welchem dieser zum Erscheinen in Frankfurt aufgefordert wurde. Er ließ durch P. Saria antworten, er habe dazu weder Auftrag noch Vollmacht seines Königs und werde erst einen Tag vor König Leopold am Wahlorte erscheinen. Als Anfangs März die Abreise König Leopolds von Prag bekannt wurde, bewog Kurmainz den Fürsten Lobkowitz und Herrn von Bolmar, demselben entgegenzureisen und durch ihn bei Penneranda dahin wirken zu lassen, daß er auf die Verhandlung der Friedensbedingungen eingehe. Der Spanier ließ sich endlich dazu herbei, setzte aber durch, daß die Wahl als ein völlig selbständiger Gegenstand durch die Verhandlungen nicht gestört werde, der Friede daher auch nach der Wahl besprochen werden könne. Damit war der ursprüngliche Plan des Mainzers ganz aufgegeben und es war ersichtlich, daß es sich für diesen nur mehr um einen gedeckten Rückzug handelte. Mit einer Reise des Grafen Wilhelm Fürstenberg, der sich im Auftrage von Mainz und Köln nach dem französischen Hofe auf den Weg machte, um die Friedensbedingungen festzustellen, endete dann die ganze Aktion ohne weitere Folgen.

Am 19. März zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags hielt König Leopold in Begleitung seines Oheims Erzherzog Leopold Wilhelm seinen Einzug in Frankfurt, nachdem er an dem Schlagbaume der Stadt auf dem sogenannten Quirinswege außerhalb Sachsenhausen durch zwei Deputierte des Rates und drei städtische Reitercompagnien von dem mainzischen Geleite, das er bis dahin gehabt, übernommen worden war. Außer den vom Obersten Knich befehligten 600 Kürassieren, welchen nur durch die Stadt zu reiten gestattet war, da sie dieselbe sofort wieder verlassen mußten, und außer der Leibgarde-Gatschier-Compagnie von 80 Mann, die von ihrem Hauptmanne, dem Markgrafen Wilhelm von Baden, geführt wurde, bildete den Zug, der in 52 Gruppen zerfiel, über 200 Kutschen und Fuhrwägen mit 1108 Pferden. Die höchsten Würdenträger des kaiserlichen Gefolges waren Johann Hedwig Graf von Nostitz, oberster Kanzler des Königreichs Böhmen, Ernst Graf von Dettingen, geheimer Rat, Johann Adolf Graf von Schwarzenberg, geheimer Rat und Obersthofmeister des Erzherzogs Leopold Wilhelm, Georg Ludwig Graf von Sinzendorff, Hofkammerpräsident, Johann Ferdinand Graf von Porzia, Obersthofmeister des Königs, Heinrich Wilhelm Graf von Starhemberg, Obersthofmarschall, Hans Joachim Graf von Sinzendorff, Hofkanzler, Ferdinand Friedrich Graf von Fürstenberg, Leibgarde-Trabanten-Hauptmann und Gundacker Graf von Dietrichstein, Oberststallmeister. In den nächsten Wochen folgten die Kurfürsten Karl Kaspar von Trier, Johann Georg II. von Sachsen, Maximilian Heinrich von Köln und Karl Ludwig von der Pfalz in Person. Mainz war bereits anwesend, Brandenburg wurde durch den Fürsten Moritz von Nassau, Baiern durch den Grafen Hermann Egon von Fürstenberg vertreten.

Alle diese Herren wetteiferten in Zahl und prächtiger Ausrüstung ihrer Begleitung mit dem König von Böhmen. Der Kurfürst von Sachsen hatte 120 Mann Leibgarde bei sich, dazu 6 Glieder reifiger Knechte, 12 Trompeter mit silbernen Trompeten und anhängenden Fahnen von gelbem und schwarzem Damast und dem in Farben, Gold und Silber gestickten Wappen, 2 Glieder Wallachen mit Atlasröcken, „so mit gülden Schleifen ausgemahlt“, Hosen von Raccaratfarbe (hellrot), schwarzen silber- und goldverzierten Mützen, schwarzen, gelben und roten Federn, eingelegten Rohren auf dem Rücken, silberbeschlagenen Säbeln und Streithämmern. Ihm zur Seite schritten 12 Trabanten und 12 Schweizer in prachtvollen schwarzroten Livreen mit Federbüschen, gefolgt war er von 21 Kavaliern und Kammerjunkern, die ihrerseits wieder 54 reife Knechte mit sich führten. Die Räte und Hofswürdenträger fuhren in Kutschen, deren Zahl mit denen der Bedienten, Köche, Bäcker, Konditoren, Metzger, Fischer, Gärtner, Tapezierer, Silberbewahrer, Apotheker u. s. w. auf 86 mit 274 Pferden stieg. Die zum großen Teile noch aus Fachwerk bestehenden Häuser von Frankfurt müssen bis zu den obersten Stockwerken ihrer hohen Giebel mit Menschen überfüllt gewesen sein, um die große Zahl von Fremden zu beherbergen, die jetzt in der Stadt zusammenströmten, auf welche die Blicke Europas gerichtet waren.¹⁾ Wie aber die für moderne Begriffe ganz unglaubliche Zahl von Wagen und Pferden untergebracht war, davon können wir uns kaum eine Vorstellung machen.

An den zeitgemäßen Festlichkeiten und Gastereien fehlte es nicht, ganz besonders prunkte auch hierin der Kurfürst von Sachsen mit seinem Reichtum. Er verehrte dem zukünftigen Kaiser einen aus Diamanten zusammengesetzten Doppeladler, indem er dabei die zierliche Rede führte: „Daß, gleichwie die unterschiedlich zusammengesetzten Diamanten an gedachtem Adler einen Leib machen, also auch der Gott des Friedens seinen Segen verleihen wolle, daß die vereinigten Herzen der Herren Kurfürsten durch einmütige Wahl dem heiligen römischen Reich deutscher Nation ein friedliebendes Oberhaupt erwählen und geben möchten.“

Die Eintracht und Friedfertigkeit der Herren Kurfürsten wurde schon in den ersten Sitzungen, welchen sie persönlich anwohnten, durch einen sehr eigentümlichen Vorfall gekennzeichnet. Es handelte sich um den vielberufenen Vikariatsstreit zwischen Baiern und Pfalz. Der bairische Mitgesandte Dr. Dergel, ein sehr schneidiger Herr, verlas am 16. Mai eine Rechtfertigungsschrift, in welcher auch von dem Vater des anwesenden Kurfürsten von der Pfalz, von dessen „Verwirkung der Kur“, „Handlung gegen Hand und Siegel“ u. dgl. die Rede

¹⁾ Die Preise der Wohnungen für jene Fremde, welche nicht zu den kurfürstlichen Komitaten gehörten, waren in der vom Kurfürsten von Sachsen als Reichs-Erzmarshall herausgegebenen Polizeiordnung (vom 8. Juni) festgesetzt: eine „beste“ Stube mit Kammer und 2 Betten wöchentlich 3 Gulden, eine mittelmäßige Stube, Kammer und Betten 1 Reichsthaler; eine Kammer allein mit dem Bett 11—12 Bagen, „bei welchen Stuben und Kammern, auch der Boden, das Vorhaus und Küchen, ingleichen Stühle, Tische und Bänke mit eingerechnet sein sollen“. Für die königlichen und kurfürstlichen Gefolgshaften war ein besonderes Uebereinkommen, jebensfalls zu ermäßigten Preisen, vorbehalten. Für eine Mahlzeit mit 4—5 Gängen (Braten, Fisch, Geflügel, Gemüse, Käse, Obst) durften mit „genügendem Wein und Bier“ 8, mit Bier allein 6 Bagen gerechnet werden. (22½ Bagen = 1 Rthlr.)

war. Der Kurfürst fuhr entrüstet auf und hieß ihn schweigen, der Gesandte aber las ruhig weiter; darauf drohte jener, er werde ihm das Tintenfaß an den Kopf werfen, wenn er nicht aufhöre, und als der wackere Doktor demungeachtet in der Verlesung fortfuhr, flog das Pfälzer Tintenfaß thatsächlich — wenn auch nicht an Derels Kopf, aber doch an die hinter ihm befindliche Wand. Derel war nämlich hinter den kölnischen Kanzler Buschmann getreten und dadurch dem tintenspeienden Geschosse ausgewichen. „Gott hat mich sonderbar behütet,“ schreibt er an den Grafen Maximilian Kurzb, daß, „obwohl die kurpfälzische Furie auf mich allein angesehen gewesen, andere benachbarte Weisaffen fast mehreres gelitten haben, denn ich, weil die Färberei bloß über meine Handbözeln, angehabten schwarzen Rock und vor mir gelegene Schriftereien abgelaufen. Hätt' er mich an die Schläf' getroffen, wär' ich wahrscheinlich des Todes gewesen.“ Er hätte aber, versicherte er später, vom Lesen nicht abgelassen, wenn der Kurfürst auch gegen ihn gehauen und gestochen hätte. Karl Ludwig suchte sich zwar vor dem kurfürstlichen Kollegium zu rechtfertigen und meinte, man könne ihm nicht übelnehmen, was er aus einem „rechtmäßigen Schmerzen“ gethan; ¹⁾ das Kollegium erklärte aber trotzdem in einem besonderen Schlusse von demselben Tage, daß dieser Vorgang nicht nur „wider den Respekt und Sicherheit des kurfürstlichen Kollegii laufe, der Gesandte auch wider das Recht und Freiheit des Gesandten offendiret sei“ und sprach die Erwartung aus, daß „Kurfürstliche Durchlaucht ihre Uebereilung erkennen und dem kurfürstlichen Kollegio Reparation geben werde“. Wenn sich künftig ein Kurfürst oder dessen Gesandter einer solchen Thätlichkeit schuldig machen sollte, so sei er während der laufenden Session seiner Stimme gänzlich zu berauben. Von der Vikariatsache dürfe im kurfürstlichen Kollegium überhaupt nichts mehr geredet werden, widrigenfalls dasselbe befugt sei, von der Session aufzustehen und kein Gehör zu geben. Eine von den übrigen Kurfürsten im Namen des Pfälzers abgegebene Erklärung, daß ihm sein Vorgehen leid thue, da er sich überzeugt, daß Baiern den animus injuriandi nicht gehabt, beendete am Tage nach der Krönung Leopolds die mißliche Angelegenheit.

Bei der Verhandlung der Wahlkapitulation erlangte sehr bald der sogenannte Assistenzartikel (XI, später XIII) die größte Bedeutung. Mazarin suchte, nachdem er die Habsburger von der Kaiserwürde nicht zu entfernen vermochte, die Macht des Gesamthauses dadurch zu beschränken, daß er die Vereinigung beider Linien zu gemeinsamer Kriegsführung unter die Kontrolle der deutschen Reichsfürsten stellte, zu deren Beeinflussung der Krone Frankreich genügende Mittel zu Gebote standen. Die Gesandtschaft in Frankfurt ging daher ohne jede Empfindlichkeit wegen des Mißlingens ihrer bisherigen Unternehmungen auf die neue Frage

¹⁾ Die brandenburgische Gesandtschaft fand den Zorn des Kurfürsten von der Pfalz nicht ganz ungerechtfertigt. Sie schrieb darüber nach Hause: „Es ist zwar ein ungewöhnliches Factum, wozu sich J. Krf. D. verleiten lassen; wenn aber auch dagegen alles recht bedacht wird, was sürgangen, so ist es ziemlich scheinbar, es ist gleichwol nicht recht, daß in Collegio Electorale einem der Herren Kurfürsten in Person dergleichen durch das Herz dringende Injurien, wodurch verstorbene Eltern und das ganze Haus gekränkt wird, in faciem gesagt werden; und hätte das Ding von denen anwesenden Kurfürsten wol können verhütet werden.“ Akt. und Urk., 8 Bb.

ein, stellte die guten Beziehungen zu Mainz wieder her und ließ durch dessen Mund ihre eigenen Anträge in das kurfürstliche Kollegium bringen. Gestützt auf einen Satz des westfälischen Friedens beantragte Kurfürst Johann Philipp die Fassung des Artikels XIII der Wahlkapitulation, der das Verhältnis des Kaisers zu den auswärtigen Mächten zu behandeln hatte, in folgender Weise: Der erwählte Kaiser verpflichtet sich, weder im Namen des Reiches, noch seines eigenen Hauses, noch anderer Kronen (Böhmens und Ungarns) den gegenwärtigen und zukünftigen Feinden des Königs und der Krone Frankreich, sowie dessen gegenwärtiger und zukünftiger Verbündeten auf keine Weise und unter keinerlei Vorwand irgendwelche Hilfe zu leisten. In jedem einzelnen Falle des Zuwiderhandelns sollen die Kurfürsten dem Könige von Frankreich und dessen Verbündeten materiellen Schutz gewähren.

Mainz, Köln und Pfalz waren zur Festhaltung dieses Antrages bereits entschlossen, sie rechneten nun auf die Zustimmung Brandenburgs. Der Kurfürst, der sich die Unterstützung Oesterreichs in einem allfälligen Kriege mit Schweden bereits gesichert hatte, stand nun vor zwei Aufgaben, die sich scheinbar widersprachen: er sollte sich einerseits dem künftigen Kaiser gefällig zeigen und eine unerträgliche Demütigung von ihm fern halten, andererseits war die Gelegenheit zu benützen, um auch von den Kurfürsten unter gewissen Bedingungen die Zusage der Unterstützung zu erlangen. Er stellte dem mainzischen Antrage zunächst folgenden gegenüber: Der künftige Kaiser wird sich zu einem friedlichen Verhalten gegenüber den Nachbarmächten, sowie zu unverbrüchlicher Beobachtung der Oesterreich durch den westfälischen Frieden auferlegten Verpflichtungen verbinden, jedoch weder in engeren noch in weiteren Schranken, als sie ihm durch den Artikel „et ut eo sincerior“ jenes Friedensschlusses gesteckt werden. Für diese Fassung wollte auch Trier, Baiern und Sachsen, die entschieden österreichische Partei eintreten. Brandenburg hingegen suchte den rheinischen Kollegen wieder dadurch näher zu kommen, daß er die von der französischen Gesandtschaft offiziell vorgelegten Forderungen der Krone Frankreich unterstützte. Diese verlangten von Oesterreich Genugthuung wegen des Friedensbruches und Zurückberufung der österreichischen Truppen aus Italien, Trennung des Reichsvikariates vom Herzogtum Mantua, Rückgabe des von Spanien an Mantua geschenkten Trino an Savoyen, Belehnung Savoyens mit Montferrat und Widerruf der Aichtserklärung des Herzogs von Modena. In allen diesen Punkten waren wirkliche Reichsinteressen nicht gefährdet, sondern es handelte sich dabei nur um die Stellung Spaniens in Italien, für welche der künftige deutsche Kaiser keine Verpflichtungen zu übernehmen brauchte. Dagegen verlangte der Kurfürst, daß der Wahltag nicht nur die Sicherung des Reiches vor einem Kriege mit dem westlichen Nachbar im Auge behalte, sondern daß er auch daran denke, daß dem Reiche und seinen Gliedern von Norden her Gefahren drohen. Er schrieb in diesem Sinne am 16. April an seine Wahlgesandten: „Dieses aber befremdet Uns nicht wenig, daß, wann von der Sicherheit des Reichs geredet wird, solches bloß und allein auf die rheinischen Kreise restringiert werde und man fast anzeigen wolle, als wenn das Reich allein in denselben bestände. Dahingegen wann Wir schrift- und mündlich auf das allerbeweglichste remonstrieren lassen, in was

Gefahr nicht allein unsere Lande albereit gegenwärtig schweben . . . besondern auch die angrenzenden ober- und niederländischen Kreise dadurch leichtlich in Unglück geraten könnten, solches alles sogar wenig attendieret werde, und man viel nötiger habe, künftigen besorgenden Gefahren am Rhein zu begegnen, als der albereit vorhandenen dieser Orten zu remedieren: nicht anders, als wenn diese Kreise oder aufs wenigste unsere Lande nicht zum Reiche gehörten.“ Sowohl früher, als der Kurfürst sich notgedrungen mit Schweden gegen Polen verbündet, als jetzt, da er mit den Polen sich verglichen habe, finde er bei den Reichsständen nichts als Unwillen und Abneigung; jetzt nehme man gar den „Prätert von der österreichischen Alliance“; aber als er noch in gespannten Beziehungen zu Oesterreich gestanden, sei die Stimmung gegen ihn doch auch keine bessere gewesen. Er selbst aber habe sich allezeit um das allgemeine Wesen und um die Partikularinteressen jedes Hauses angenommen und es müsse ihm daher sehr zu Gemüte gehen, „dergleichen Kalksinnigkeit zu verspüren“. Seine Gesandten weist er an, dahin zu wirken, daß das ganze Kurfürstenkollegium im Namen des ganzen Reichs von dem König in Schweden begehre, keinen Marsch durch des Reiches Lande nach Polen zu nehmen und also das Reich in diesen auswärtigen Krieg nicht zu implizieren. Wird dies einmütig ausgesprochen, so wird es die Schweden gewiß auf andere Gedanken bringen. ¹⁾

Die beiden Texte des Art. XIII standen sich noch unvermittelt gegenüber und es war nicht anzunehmen, daß der Brandenburgische von Frankreich und dessen Alliierten gebilligt werden könne. Friedrich Wilhelm dürfte darüber kaum in Zweifel gewesen sein, er wollte den Vermittlungsantrag, der sich von den Wünschen der Oesterreicher notwendigerweise entfernen mußte, jedoch lieber von anderer Seite einbringen lassen. Dies besorgte Köln, indem es am 13. Mai nachfolgenden Zusatz zu dem brandenburgischen Antrage vorlegte: „Damit das Vaterland deutscher Nation oder wir selbst in eine und andere Ungelegenheit und Krieg nicht eingeflochten werden mögen, wollen wir uns in die Kriege, welche in Italien und dem burgundischen Kreis anjeko geführt werden, in keinerlei Weg weder für uns als römischer Kaiser noch unseres Hauses wegen einmischen, noch wider die Krone Frankreich und dero Bundesverwandte in gemeltem Italia und dem burgundischen Kreis unter einiger Streit- und Kriegsursach keine Hülfe senden, noch sonst auf einige Weiß' Vorschub und Beistand leisten.“ Darauf folgte noch eine Versicherung, daß der künftige Kaiser es als eine seiner ersten Pflichten ansehen werde, für den Frieden zwischen Frankreich und Spanien zu wirken ²⁾. Diesem Antrage stimmten nun die brandenburgischen Gesandten, mit Vorbehalt der Genehmigung von Seite ihres Herrn, auf eigene Faust zu. Die österreichische Partei war darüber nicht wenig erstaunt und aufgebracht; Dr. Dixel schrieb an seinen Hof: „Die Brandenburgischen sind leichtsinnige und betrügliche Leute, die weder Gott noch den Menschen Glauben halten;

¹⁾ Urk. und Akt., 8. Bd. VI. Interregnum und Kaiserwahl.

²⁾ Der Wortlaut bei Heide a. a. O. auf Grund der bairischen Wahlakten. Daß die in den Urk. und Akt. abgedruckte Korrespondenz der brandenburgischen Gesandtschaft über diesen Teil des Wahlgeschäftes so wenig Nachrichten enthält, ist auffallend. Sollte das Schweigen über den kölnischen Zusatz und die Abstimmung darüber ein absichtliches sein?

sie haben den guten (!) König Leopold und andere für ihn Wohlgefinnte schändlich angeführt.“ Es half nichts, daß Sachsen und Baiern sich dagegen sträubten, daß sie sogar einem gegen Brandenburg sehr böswillig gemeinten Zusage des Pfalzgrafen zustimmten, es sei Oesterreich auch zu verbieten, sich an einem Kriege gegen Schweden zu beteiligen: die Majorität von Mainz, Köln, Pfalz und Brandenburg war nur für den kölnischen Text zu haben und dieser allein wurde darauf zum Beschluß erhoben; er bildet mit einigen Erweiterungen und mit der Einschränkung der Nichteinmischungszusicherung auf das „deutsche“ Haus den Inhalt des Art. XIV der schließlich zum Reichsgesetz erhobenen Wahlkapitulation.

Brandenburg setzte es nach dieser zuvorkommenden Haltung gegen die rheinischen Kurfürsten auch ohne Schwierigkeiten durch, daß das Kurfürstenkollegium einer an Polen und Schweden abgehenden Gesandtschaft die Erklärung mitgab, daß Brandenburg der Assistenz aller Kurnächte gewiß sei, falls es von Schweden angegriffen werde.

Den größten Gewinn von dem Frankfurter Wahltag zog demnach der große Kurfürst. Er hatte ein diplomatisches Kunststück geliefert, das von Freund und Feind bewundert zu werden verdiente. Oesterreich hatte er sich verpflichtet, indem er König Leopold die Kaiserwürde sicherte, Frankreich war ihm dafür Dank schuldig, daß das Zusammenwirken beider habsburgischen Linien in Italien erschwert, wenn auch nicht ganz verhindert war; für den Kampf mit Schweden, dessen Ausbruch er täglich erwarten mußte, hatte er sich materielle und moralische Unterstützung erworben.

Oesterreich erlitt durch die Wahlkapitulation eine empfindliche Niederlage. König Leopold und seine Minister waren sich derselben wohl bewußt und machten große Anstrengungen, um eine Abänderung in letzter Stunde zu bewirken. Ersterer schrieb an den Kurfürsten von Baiern: „Wenn auch die Wahl auf mich fallen würde, was könnte dem katholischen Wesen für eine Sicherheit geschafft werden, wenn die Artikel so bleiben, wenn einem römischen Kaiser dergestalt die Hände gebunden werden, daß er fast nicht wissen möchte, gegen wen er sich zu defendieren und wen er zu protegieren hätte, daß er seiner eigenen Hausmacht entfagen und sich verbinden sollte, sich derselben in keiner Weise zu bedienen.“ Bei der zweiten Lesung der Kapitulation im Wahlkollegium verstiegen sich die Oesterreicher bis zu der Drohung, der König wolle abreisen und zuwarten, bis man ihm die Krone wieder antragen werde.¹⁾ Als aber die rheinischen Kurfürsten ihrerseits wieder von der Kandidatur des Pfalz-Neuburgers zu reden begannen, ließ man von dergleichen Bemerkungen sofort wieder ab. Brandenburg, dem darum bangte, daß Oesterreich sich nicht in seinem Unmute von Schweden zu einem Separatvertrage verleiten ließ, trat mit dem Antrage auf Einfügung einer Reciprozitätsklausel für Frankreich hervor, wonach es diesem und dessen Verbündeten untersagt sein sollte, den Feinden des Kaisers und seines deutschen Hauses, des Reiches oder einzelner Stände irgendwie Hülfe, Beistand oder Vorschub zu leisten. Trotz anfänglichen Widerspruches der Mainzer Partei wurde diese Klausel schließlich angenommen und die Wahlkapitulation am 15. Juli von König Leopold mit

¹⁾ Wolf, Lobkowitz.

der Formel genehmigt, er finde sie in Uebereinstimmung mit der goldenen Bulle und mit dem Herkommen. Sie enthielt jedoch auch außer den beiden besprochenen Artikeln noch manche Neuerung von einschneidender Bedeutung für die Reichsverfassung. Die Reichsfürsten wurden (Art. VII) ermächtigt, gegen aufständische und ungehorsame Landstände und Untertanen mit Gewalt vorzugehen und die Hilfe der Nachbarn anzurufen. Der Kaiser durfte Bündnisse mit fremden Nationen und Gewalten nur nach vorher eingeholter Zustimmung der Kurfürsten eingehen, machte er hingegen von seinem Rechte als Reichsstand und Landesherr im Sinne des westfälischen Friedens Gebrauch, so geschah dies „unbeschadet des Reiches“. Die Zustimmung des Kurfürsten durfte nicht schriftlich in „absonderlichen Erklärungen“ eingeholt werden, sondern mußte in einer Kollegialzusammenkunft erfolgen. Sie war auch zur Verhängung der Reichsacht über einen Reichsstand unerlässlich. Das Reich bleibt Wahlreich, der Kaiser darf sich keines Erbrechtes darauf vermessen; er soll den Reichshofrat und den geheimen Rat nur mit Reichsangehörigen besetzen und jede Beeinträchtigung der Reichsämter und ihrer Träger durch die Hofämter hintanhalten. Geschäftssprache im Reiche blieb die deutsche und lateinische. Das Reichsvikariat in Italien wurde neuerlich dem Herzoge von Savoyen zuerkannt. Als Krönungsstadt wurde verfassungsgemäß Aachen bezeichnet; da diese Stadt jedoch erst vor kurzem durch Brand verheert worden war, wurde Köln dafür ausersehen.

Der Wahltag wurde nach Annahme der Kapitulation auf den 18. Juli anberaumt. Sofort ließ der Rat von Frankfurt unter Trompetenschall verkünden, daß sich gemäß den Bestimmungen der goldenen Bulle und der den Kurfürsten geleisteten Eidespflicht am kommenden Tage alle Fremden, wes Standes sie auch sein sollten, wenn sie nicht zum Komitate eines der Kurfürsten gehörten, aus der Stadt zu begeben haben. Diese Verordnung traf auch die Gesandten und die anwesenden Reichsstände, darunter den Erzherzog Leopold Wilhelm, der sich als Hoch- und Deutschmeister in das deutsche Haus nach Sachsenhausen zurückzog. Die französischen und schwedischen Gesandten gingen nach Mainz. Jeder Kurfürst durfte 260, der König von Böhmen 300 Personen bei sich behalten. Am 17. Juli um 12 Uhr mittags wurden die Thore von Frankfurt geschlossen, so daß niemand mehr die Stadt verlassen oder in dieselbe eintreten konnte. Den 18. um 9 Uhr morgens ritten die Kurfürsten vom Römer aus, wo sie sich in ihren schwarzen mit weißem Hermelin ausgefärbten Habit gekleidet und die „Kurhauben“ aufgesetzt, nach der St. Bartholomäikirche. Leopold trug die Krone von Böhmen über der Haube. Vor jedem Kurfürsten ritt sein Erbmarschall, so daß sich folgende Ordnung ergab: Graf von Heusenstein, Kur-Mainz, Herr von Elz, Kur-Trier, Graf v. Salm, Kur-Köln, Graf von Trautmannsdorff, König in Böhmen, Graf v. Pappenheim, Kur-Sachsen, der Rheingraf, Kur-Pfalz, Graf von Fürstenberg als bairischer, Prinz von Nassau als brandenburgischer Abgesandter. In das Konklave nahm jeder Kurfürst vier bis fünf Herren seines Gefolges als Zeugen mit. Nach erfolgter einstimmiger Wahl legte der neu-gewählte „Cäsar Leopoldus“ den Eid auf die Wahlkapitulation ab, wurde von sämtlichen Kurfürsten zum Altare geführt, auf denselben erhoben und vor dem Volke als Kaiser ausgerufen. Nachdem der Gottesdienst beendet war, begleiteten

die Kurfürsten und deren Vertreter, welche jetzt die Reichskleinodien ihren Aemtern gemäß trugen, den Kaiser bis zu seiner Wohnung im sogenannten „Braunfels“.

Die Krönung fand am 1. August ebenfalls in der St. Bartholomäikirche in Frankfurt statt. Der Erzbischof von Köln hatte auf das ihm durch die Wahlkapitulation zugesprochene Recht, daß er die Krönung in Aachen oder Köln vornehmen dürfe, für diesmal verzichtet, nachdem der Wahltag ohnehin schon ungebührlich lange gedauert und den Beteiligten große Kosten verursacht hatte, welche durch die Reise nach Köln nicht noch vermehrt werden sollten. Unter ungeheurem Zudrange des Volkes spielten sich die Krönungsfeierlichkeiten mit allen dazu gehörigen Gebräuchen ab. Auf dem Römerplatze war die Küche errichtet, in welcher der Krönungssohse, der schon einige Tage vorher bekränzt durch die Stadt geführt worden war, gebraten wurde. Daneben floß auf einer Seite aus einem Hohlkasten, der mit dem Doppelabler geziert war, weißer und roter Wein, auf der anderen Seite war ein mächtiger Haufen Haber aufgeschüttet. Als nun der Kaiser von der Kirche zum Römer zurückkam, setzte er sich mit der Krone Karls des Großen auf dem Haupte zum offenen Fenster des Speisesaales, um der Verrichtung der Erzämter zuzusehen. Da bestieg zuerst der Kurfürst von Sachsen, nachdem er mit dem Marschallstabe das Zeichen zum Auftragen der Speisen gegeben, ein prächtig geschirrtes Roß, nahm in die eine Hand ein silbernes Maß, in die andere ein silbernes Streich, ritt zu dem Haberhaufen, füllte das Maß, strich es ab und schüttelte den Haber wieder ab. Der Reichs-Erbmarschall Graf von Pappenheim gab darauf den Haber dem Volke preis, das sich darum aber nur wenig kümmerte, da es seine Aufmerksamkeit anderen Vorgängen zuwandte. Die mutwilligen Jungen aber stießen alte Weiber in den Haufen oder schnitten den Fuhrleuten die Säcke auf, in welche sie Haber gefüllt hatten, so daß schließlich der ganze Haufen verstreut war. An Stelle Kurbaierns ritt der Erb-Truchseß von Zeil in die Küche und holte ein „Spezialichen“ von dem gebratenen Dohsen in einer silbernen Schüssel für die kaiserliche Tafel. Gleichzeitig warfen acht Bäcker Weizenbrote unter das Volk und mit Vorliebe den Männern ohne Unterschied des Standes an den Kopf, ja bis in die Fenster der Häuser, die mit Neugierigen derart besetzt waren, daß einzelne selbst auf den Dachfirsten und Wasserspeiern Platz genommen hatten. Von dem Weine füllte sich, wer immer dazu gelangen konnte, den Gut, doch nur wenigen war es vergönnt, sich damit den Durst zu stillen, denn im Gedränge machte sich jeder, der nichts erhalten hatte, seinen Spas daraus, den Schürfenden zu stoßen, so daß das wahrscheinlich nicht sehr edle Raß verrann. Der Dohse fiel den wachhabenden Soldaten zu. Der Pfalzgraf ritt, so weit es in der drängenden Menge möglich war, unter dieselbe und warf goldene Münzen aus, zwei Grafen Singendorff, die sich von dem neuen Erzschatzmeister, der zum erstenmal seines Amtes waltete, die Erbschatzmeisterwürde erkaufte hatten, folgten ihm mit Silbermünzen, auf welchen der Wahlpruch des Kaisers „Consilio et industria“ zu lesen war. Statt des Kurfürsten von Brandenburg, als des Reiches Kämmerer, reichte der Erbkämmerer Graf von Hohenzollern dem Kaiser das Handbeden mit Wasser und die „Handzwel“.

Kurmainz segnete die Tafel und sprach das Gebet, der Erbschenk von Limburg füllte, da des Reiches Schenk, der König von Böhmen, zum Kaiser erhoben war, den ersten Pokal für die kaiserliche Tafel. Diese stand auf einer dreimal erhöhten Bühne und der Kaiser saß allein an derselben. Auf einem zweiten Tische neben ihm lagen die Reichskleinodien, auf einem dritten standen die Prunkschüsseln, Kannen u. s. w., der sogenannte Tresor. Für die Kurfürsten waren drei Stufen tiefer eigene Tische errichtet, so daß jeder von ihnen allein saß und seinen eigenen Tresor hinter sich hatte. An der wieder um eine Stufe tiefer aufgerichteten Fürstentafel saßen der Bischof von Worms und die Fürsten von Lobkowitz und Kursperg; kein anderer Reichsfürst hatte sich zur Tafel eingefunden. In einer Nebenstube wurden einige Vertreter von freien Städten, und zwar von Aachen, Köln, Nürnberg und Frankfurt, bewirtet.

Zu weiteren festlichen Veranstaltungen kam es nicht mehr, da die meisten Kurfürsten schon in den nächsten Tagen, der Kaiser am 8. August von Frankfurt verreisten. Ein glanzvolles Turnier- und Mitterspiel war schon am 10. Juni auf dem Hofmarke abgehalten worden. Dabei waren die mitwirkenden Herren von deutschem und fremdländischem Adel in Kostümen von Mohren, alten Deutschen, Moskowitern, wilden Männern, Römern, Ungarn und Amazonen erschienen.

In grossem Gegensatze zu dem für das Haus Oesterreich nicht besonders glänzenden Verlaufe des beinahe einjährigen Wahltages standen die publizistischen Erscheinungen, durch welche der neue Kaiser gefeiert wurde. Ein phantastischer Poet glaubte die Gedanken erraten zu haben, mit welchen Leopold zum erstenmal am 12. Juni den Römer in Frankfurt betrat.¹⁾ Er erwartet, „daß die acht Säulen Deutschlands (die Kurfürsten) einen solchen Friedensknoten knüpfen und binden werden, den auch keiner weder mit Goliaths noch Alexanders Schwert wird können aufhauen und wenn er der große Weltbezwinger Alexander selbst wäre!“ Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, Gedanken zu lesen, er leistet noch Großartigeres in der Auslegung von Gebärden, indem er schreibt: „Daß ich nun weiter vermelde, mit was für heroischen Gebärden Dero Kön. Majestät von Dero Kuttschen abgestiegen, und dem Römer zugetreten, ist nicht genugsam zu beschreiben, ja man sollte wetten, Dero Maj. wären schon 20 Jahre in der Kaiserlichen Regierung, so heldenmütig (!) sich Dero Majestät haben sehen lassen und wie Ihro Kais. Majest. die Füße auf die bald untersten Stufen der Stiegen im Römer gesetzt, haben sie so herzhast herumgesehen und die Bürgerchaft angegesehen, mit solchen Gedanken:

Was Ferdinand verließ, uns Leopold, dem Sohne,
 Das sehen wir hier an, bald wird die schöne Krone,
 Die unsre Väter wohl getragen, uns zum Teil,
 Das Volk steht willig dar, zu wünschen Glück und Heil.

¹⁾ „Gedanken des Durchl. Großmächt. Fürsten und Herrn, Herrn Leopolds Abnotirt von Mercurio und in Parnasso Apollini überliefert. Im Jahr 1658.“ München, St. Bibl. Cur. 368/55.

Ein anderer läßt Merkur im Namen der sieben Planeten dem römischen Kaiser zur dritten Krone Glück wünschen: ¹⁾

Sonne, du brennendes Auge der Erden,
 Sonne, du Fackel, du feuriges Licht,
 Fahre mit deinen geflügelten Pferden,
 Richte nach Frankfurt dein helles Gesicht,
 Den Römer bestrahle,
 Die Häuser abmale
 Durch Schatten, das Land
 Mit Frieden besegne,
 Mit Golde beregne,
 Leopold, Kaiser, erhebe die Hand.

Zu besonderer Kühnheit erhebt sich die dritte Strophe:

Jezzo dem Türken das Herze vergehet,
 Aller Mut fallet, die Hoffnung ist aus,
 Solchen die Zeitung das Leben auswehet,
 Kraftlos er lauert im türkischen Haus.
 Er wirfet die Pfeile
 Vom Tische, mit Eile
 Den Säbel er legt
 Erblasset zur Erden,
 Er spricht: was will werden?
 Leopold, nunmehr ein Kaiser, sich regt.

Auf der Rückreise wurde der Kaiser in Würzburg vom Erzbischofe von Mainz, in München vom bairischen Hofe glänzend gefeiert; in Nürnberg besuchte er, als hervorragender Bücherfreund, in Begleitung seines Oheims die Bibliothek, welche unter der Verwaltung des protestantischen Predigers Johann Michael Dilher stand. Es war dies die erste Gelegenheit, die sich dem Kaiser zu einem längeren Gespräche mit einem Lutheraner bot, und er soll deshalb sehr erstaunt gewesen sein, in demselben einen in so vielen Wissenschaften erfahrenen Gelehrten zu finden, denn er war, wie ein dem Kaiser sehr nahe stehender Cavalier verriet, bis dahin der Meinung gewesen, die Lutheraner wüßten gar nichts. ²⁾ Dilher hatte sich bei der Vorzeigung hebräischer Bücher anheischig gemacht, in sechs Stunden das Lesen und Schreiben im Hebräischen zu lehren, worauf der Kaiser bemerkte, wenn er Zeit hätte, so möchte er Dilher darin gerne auf die Probe stellen.

Mazarin hatte sich für seine gegen das Haus Habsburg gerichtete Politik zwei Eisen warmgestellt: das eine, die Wahl eines von Frankreichs Wohlwollen und Unterstützung abhängigen Kaisers, hatte sich nicht verwenden lassen; um so

¹⁾ „Durch Gottes gnädigste Disposition Gütiges Absehen der sieben Planeten.“ München, St. Bibl. Eur. 368/44.

²⁾ Nach Dilhers eignen Relation in Ludolffs Schaubühne der Welt, III. Teil.

größere Aufmerksamkeit wendete er dem zweiten zu: der Bildung einer mit Frankreich innig verbündeten Partei im Reiche. Den Kern dazu fand er in der Allianz der rheinischen Fürsten bereits vor. Um die Erweiterung derselben hatte sich im Sommer 1656 der Bischof von Münster bemüht, der die Generalstaaten beizuziehen wünschte. Sein Vorschlag war von Mainz sehr lebhaft aufgegriffen und unterstützt, im Haag anscheinend günstig aufgenommen worden. Thatsächlich legten die hochmögenden Herren jedoch keinen Wert auf das Projekt, seit der Schlacht bei Warschau war Brandenburg weit höher zu schätzen und deshalb hüteten sie sich, durch eine Annäherung an eine Partei, in welcher Pfalz-Neuburg eine hervorragende Rolle spielte, die guten Beziehungen zum großen Kurfürsten zu gefährden. Sie zeigten zunächst keine besondere Eile in der geschäftlichen Behandlung des Antrages, er wurde von der Generalität an die Provinzen geleitet (März 1657). Ehe diese jedoch zu einer Meinungsäußerung gelangten, veränderte sich die Situation, indem sich die Interessen der rheinischen Ligisten mit denen der Staaten mehrfach kreuzten. Zunächst entstand ein Streit um die Hoheitsrechte und die Gerichtsbarkeit in der Grafschaft Ravensstein zwischen den Staaten und dem Pfalzgrafen; dann aber nahmen die Staaten gerade gegen den Urheber des Bundesprojektes, den Bischof von Münster, eine Stellung ein, welche diesem wenig Vertrauen in sein eigenes Werk einzulösen vermochte. Als sich nämlich Stadt und Bischof über das Besatzungsrecht in Münster auch nach dem ersten Vertrag von Schönebiet nicht einigen konnten, und die von der Bürgerschaft erwartete, für sie günstige Entscheidung des Reichshofrates ausblieb, kam es zu einer Fortsetzung des Münsterschen Krieges. Bischof Bernhard erhielt Hilfe von den rheinischen Ligisten und konnte mit 5300 Mann vor der unbotmäßigen Stadt erscheinen, um sie zur Anerkennung seines Rechtes zu zwingen. Diese hatte sich jedoch ihrerseits an die Hansestädte und an die Generalstaaten gewendet und letztere hatten sich veranlaßt gefunden, für die Erhaltung der Selbständigkeit von Münster einzutreten. Sie stellten den Bischof vor die Wahl, entweder ihren Vergleichsvorschlag anzunehmen oder 53 Kompagnien zu Fuß und 47 Cornets Reiter für Münster im Anmarsche zu sehen. Da sich die Stadt unter ihrem Kommandanten Obrist-Lieutenant Levin Friedrich von Wittenberg, trotz der heftigen Beschießung von seiten der Belagerer, sehr tapfer hielt, so hatte der Bischof wenig Aussicht auf einen militärischen Erfolg und gab seine Zustimmung zu dem Vergleiche, welchen die Abgeordneten des Domkapitels, der Ritterschaft und der Stadt auf dem Schlosse Geste (Geist) am 21. Oktober zustande gebracht hatten. Darin wurde den Bürgern von Münster samt dem Stadtkommandanten General-Amnestie gewährt, von ihren Völkern durfte die Stadt 300 Mann behalten, mußte jedoch außerdem 500 Mann landschaftlicher Völker in dieselbe aufnehmen, welche insgesamt im Namen des Bischofs, der Landstände und der Stadt zu verpflichten waren. Hielt sich der Bischof in der Stadt auf, so gab er die Parole dem Rat, in seiner Abwesenheit der Rat dieselbe aus eigener Entschließung dem Kommandanten. Die Schlüssel der Stadt behielt bis zur rechtlichen Austragung des Streites der Rat, es mußte jedoch dem Bischofe auf sein Verlangen jederzeit ein Thor geöffnet und bei seinem Eintritte die „schuldige Ehre und Respekt“ erwiesen werden.

Der Vergleich sollte jedoch die Entscheidung in dem noch schwebenden Rechtsstreite nicht beeinflussen.

Eine notwendige Folge dieser Vorgänge war es, daß statt der angestrebten Allianz ein sehr gespanntes Verhältnis zwischen den Staaten und den rheinischen Bündlern eintrat. Dafür mehrten sich die Aussichten nach einer Erweiterung ihres Kreises nach einer anderen Richtung. Schon im September 1656 waren Beitrittserklärungen an die Häuser Braunschweig und Kassel abgegangen. Diese verständigten sich dahin, nur geschlossen vorzugehen und stellten in einer am 2. Dezember abgehaltenen Beratung von Abgeordneten der Regierungen zu Jelle, Hannover, Braunschweig und Kassel fest, daß sie bei den rheinischen Ständen erst die Vorfrage thun wollten, ob sie auch Brandenburg und Schweden in die Vereinigung einzuziehen geneigt wären. Der braunschweigische Agent Heyland gab am 30. Dezember in Frankfurt eine Erklärung in diesem Sinne ab, indem er sich dabei auf die Bestimmungen des Hildesheimer Bündnisses von 1652 bezog, welches beiden Häusern die Verpflichtung auflegte, „eine weitere Ausdehnung allezeit mit den übrigen Alliierten zu kommunizieren.“¹⁾ Am 20. Februar erteilten die Alliierten, nachdem Boineburg lebhaft dafür eingetreten war, den Bescheid, daß sie weitere Aufforderungen zum Eintritte auch an Schweden und Brandenburg richten würden, jedoch ausdrücklich nur „in Hinsicht auf deren im Reiche belegene Lande“. Man erwartete demnach die Beteiligung der Braunschweiger und Hessen an dem Beginne der Beratungen in Frankfurt am 18. März. Am 13. April 1657 kam aber erst die Antwort der Protestanten, welche den Vorschlag enthielt, am 17. oder 18. Juni die Konferenzen in Koblenz zu eröffnen. So zog man die Entscheidung noch auf Monate hinaus, in der Erwartung, daß sich mittlerweile eine Klärung der Verhältnisse mit Schweden und Brandenburg ergeben werde. Auch war es für die protestantischen Reichsstände jedenfalls sehr wichtig, sich die Bedingungen wohl zu überlegen, unter welchen sie mit den Katholiken zu einer gemeinsamen politischen Aktion zusammentreten wollten. Dieselben wurden in einer Zusammenkunft am 2. Juli in Kassel besprochen. Der braunschweigisch-wolfenbüttelsche Kanzler Schwarzkopf beantragte, daß man als Vorbild den Hildesheimer Rezeß nehme und als Hauptzweck der Vereinigung die Vermeidung von Kriegen erkläre. In den Versicherungen dürfe man nicht zu weit gehen, Lüttich hielt er schon für zu entfernt, als daß man dieses, als Nebenbesitz von Köln, einbeziehen könne. Es sei zu erwägen, ob man zur Aufbringung der Bundesmittel Matrikularbeiträge leiste oder einen neuen Anschlag vereinbare, das Oberkommando müsse ein zweifaches, nach den beiden Bekenntnissen, sein. Die Braunschweiger verlangten für jede ihrer Linien eine Stimme im Kriegsrat, ebenso müsse Brandenburg für Halberstadt, Minden und Kleve noch je eine Stimme erhalten. In die schwedischen Verwickelungen wollte man sich nicht einlassen, die brandenburgisch-neuburgischen Streitigkeiten hoffte man durch den Bund ausgleichen zu können. Bei der damals noch bevorstehenden Kaiserwahl glaubte man das Recht des Kaisers über Krieg und Frieden noch einschränken zu können.

¹⁾ Joachim, Entwicklung des Rheinbundes, S. 184, 185.

Schweden und Brandenburg standen dem Bundesprojekte nicht ohne Mißtrauen gegenüber; Schweden fürchtete, das Ganze könne auf eine Unterstützung des Kaisers oder mindestens darauf hinausgehen, Brandenburg in seiner Haltung gegen Schweden eine Stütze zu gewähren. Der große Kurfürst, der sich durch eine Sendung Cansteins an die braunschweigischen und den kasselschen Hof über die Stimmung derselben zu unterrichten gesucht hatte, wollte seinen Eintritt davon abhängig machen, daß die Uneinigkeiten mit Pfalz-Neuburg vorher ausgeglichen würden. Er wußte ja, daß ihm besondere politische Vorteile aus dem Bunde nicht erwachsen würden, da die katholischen Glieder desselben von seinen Ländern nur die Marken in Schutz zu nehmen gesonnen waren.

Frankreich fand die gewünschte Anknüpfung auch nicht so rasch, als es erwartet hatte. Die Versuche Christians von Homburg, Kurmainz zum ersten Schritte gegenüber Frankreich zu bewegen, blieben erfolglos; ein Fortschritt war es, daß die Ligisten beim Deputationstage für die Anerkennung der Beschwerden gegen die Hülfaktion des Kaisers in Italien auftraten. Erst die Thronerlebigung brachte die Angelegenheit in Fluß. Lionne und Gramont entwickelten die Absicht Mazarins, alle Gegner Oesterreichs formell zu einen. Ein Generalrat mit Pfalz-Neuburg an der Spitze sollte die Ausführung der Bundesangelegenheiten leiten und sich dabei von jeder konfessionellen Einseitigkeit fernhalten. In diesen ganz unsicheren Umrissen zeigten sich die Beziehungen zu Frankreich noch im Juli 1657, als die Hauptverhandlung mit Braunschweig und Hessen im Karmeliterkloster zu Frankfurt eröffnet wurde. In den ersten Monaten stellten sich wegen der Erweiterung des Bundes doch wesentliche Meinungsverschiedenheiten heraus. Die Katholiken stellten den Satz auf, es sei überhaupt niemand zuzuziehen, der in einen Krieg verwickelt sei, auch erklärten sie, der Kurfürst von Brandenburg könne Pfalz-Neuburg keine Bedingungen vorschreiben, denn dieses befinde sich ohnehin schon im Bunde. So schien Schweden und Brandenburg prinzipiell ausgeschlossen, ja selbst die Braunschweiger konnten sich kaum mehr als geeignete Bundesglieder betrachten, denn sie waren als niedersächsische Kreisstände durch schwedischen Druck in den Krieg mit Dänemark einbezogen. Es bestand über die Ziele und Aufgaben der zu schließenden Allianz vollständige Unklarheit; die Tendenz, den Frieden zu erhalten, konnte unmöglich genügen, ja sie war sofort ausgeschlossen, wenn das stets kriegsbedürftige Schweden seine Hand im Spiele hatte. Die Sachlage änderte sich, als Johann Philipp von Mainz, nachdem er in der Wahlangelegenheit seinen Frieden mit Oesterreich geschlossen hatte, die Allianz als das geeignetste Mittel erkannte, sich Frankreich wieder notwendig zu machen und seine Politik, die in der Kandidatenfrage ein unverkennbares Fiasco gemacht, wieder zu Ansehen zu bringen. Für ihn lag die Bedeutung des Bundes in dem Anschlusse an Frankreich, es war ihm einleuchtend, daß die rheinischen Reichsfürsten, für deren Haupt er sich hielt, nur dann eine politische Rolle spielen konnten, wenn sie eine reale Macht hinter sich hatten, die Subsidien zahlen und nötigenfalls auch Truppen zur Verfügung stellen konnte. Er mochte sich erinnern, daß die unter den günstigsten Aussichten begründete evangelische Union von 1608 durch den Tod Heinrichs IV. und den Rückzug Frankreichs machtlos geworden war. Johann Philipp bemühte sich,

den französischen Gesandten begreiflich zu machen, daß Frankreich alle Vorteile, die es von der Wahl eines nicht-habsburgischen Kaisers erwartet hatte, durch die Allianz erhalten werde. Mazarins Sekretär Roussereau, der zu Anfang 1658 nach Frankfurt gekommen war, begriff sofort, daß nunmehr die von seinem Herrn ersehnte freiwillige Annäherung eingetreten war und vermittelte deshalb eifrig zwischen Gramont und dem Mainzer, deren Versöhnung endlich bei einem vertraulichen Mahle in dem Trinkspruche Ausdruck erhielt: *Non sit iurgium inter fratres!* (Kein Zank unter Brüdern!) Nun suchten die französischen Gesandten auch auf die Vertreter der anderen Bundesglieder Einfluß zu nehmen; dies gelang dem aufgeblasenen Herzog von Gramont, der die Geringschätzung gegen die deutsche Kleinstaaterei nicht verbergen konnte, zwar sehr schlecht, dagegen machte sich Lionnes Geschmeidigkeit und elegantes Benehmen um so vorteilhafter geltend. Köln war sehr bald mit der neuen Richtung einverstanden. Neuburg folgte; Schweden war im Geheimnis und hegte unausgesetzt bei Frankreich gegen Oesterreich und Brandenburg. Des letzteren Gesandter, Canstein, erhielt nur allmählich Kenntnis von dem Gange der Verhandlungen, man suchte ihn möglichst häufig auszuschließen. Münster stand zwischen zwei Feuern. Mainz machte ihm begreiflich, die deutschen Stände müßten sich von Oesterreich ganz unabhängig machen, mehr „*timore quam amore*“ zu erreichen trachten, nur das Reich könne ihm der Stadt Münster gegenüber zu seinem Rechte verhelfen. Spanien hingegen versprach Vermittelung bei den Staaten und beim kaiserlichen Hofe. Der Bischof sollte 3000 Mann zu Fuß und 2000 zu Roß seiner eigenen Truppen an Spanien leihen, dafür 400 000 Thaler erhalten, sich aber verpflichten, sie in Winterquartiere zu nehmen. So blieb Münster schwankend, Brandenburg und Hessen waren nicht abgeneigt, aber ebenfalls unschlüssig, nur Trier aufrichtig widerstrebend. Braunschweig glaubte in einer Ministerkonferenz zu Magdeburg (5., 6. April 1658) Brandenburg von Oesterreich abwendig machen zu können; als es statt dessen die Nachricht von dem Abschlusse des Bündnisses zwischen Oesterreich und Brandenburg erhielt, wurde es sehr verstimmt und wandte sich mit größerem Vertrauen den Franzosen und Schweden zu.

Als am 17. April die Verhandlungen über einen von Mainz vorgelegten Rezeß aufgenommen wurden, kam Canstein mit einer großen Reihe von Abänderungsvorschlägen. Der Kurfürst fand es vorteilhaft, daß er an den Beratungen teilnehme, er war aber entschlossen, sich für keinen Fall „überschnellen“ zu lassen. Man ließ ihn gewähren, aber selbst die ihm noch am nächsten stehenden glaubensverwandten und durch den Hilbesheimer Bund verpflichteten Braunschweiger und Hessen hatten bereits die Möglichkeit im Auge, auch ohne Brandenburg abzuschließen. Es handelte sich für sie nur noch darum, sich durch die Allianz nicht in den schwedisch-polnischen Krieg hineindrängen zu lassen und den Schein zu vermeiden, als geben sie Brandenburg an Schweden preis. Damit war aber Schweden nicht gedient. Karl Gustav hatte durch die Flensburger Vorgänge, von denen wir später zu berichten haben werden, die Ueberzeugung gewonnen, daß der Krieg mit Brandenburg unvermeidlich geworden sei, er legte großes Gewicht darauf, von den rheinischen Alliierten unterstützt zu werden, und übergab am 11. Juli den Entwurf eines Bundesrezeßes, durch welchen alle Bundesangehörige verpflichtet worden

wären, ihm gegen Oesterreich und Brandenburg Hülfe zu leisten. Für eine so entschiedene Stellungnahme waren weder Mainz noch Köln zu gewinnen, die auf dem Wahltag die Macht fühlen gelernt hatten, welche in dem Zusammengehen der Häuser Habsburg und Hollenzollern damals schon lag. Nur Braunschweig-Wolfenbüttel war ganz auf schwedischer Seite, Hannover, Celle und Rassel hielten merkwürdigerweise noch immer den Zutritt Brandenburgs für möglich und äußerten sich in diesem Sinne, Trier, Neuburg, Münster enthielten sich der Abstimmung.

Rasch und ohne besondere Schwierigkeiten ging dagegen die Einigung mit Frankreich vor sich. Ein von Boineburg und Lionne ausgearbeiteter Vertragsentwurf wurde schon am 11. Juli mit einzelnen Aenderungen von Mainz, Köln, Neuburg, Braunschweig, Hessen und Schweden angenommen. Als Zweck des Bundes wurde die Aufrechthaltung des westfälischen Friedens bezeichnet, sowie die Verteidigung der Rechte und Freiheiten der verbündeten Kurfürsten und Reichsfürsten. Die Einmischung derselben in den noch währenden Krieg zwischen Frankreich und Spanien war ausgeschlossen. Frankreich verpflichtete sich, den Bundesgliedern insgesamt oder jedem einzelnen, falls sie angegriffen würden, mit dem einfachen Anschlag von 1600 Mann zu Fuß und 800 Reitern beizuspringen. Die deutschen Bundesteilnehmer garantierten ihrerseits Frankreich seinen auf dem Friedensschlusse beruhenden Besitz an Ländern und Befazungsrechten und waren bereit, mit einer unter ihnen selbst zu vereinbarenden Truppenzahl ihm in den Landschaften, welche es durch den Frieden erhalten hatte, zu Hülfe zu kommen, wenn es darin von einem Reichsstande oder einem anderen Mitunterzeichner des westfälischen Friedens angegriffen werden sollte. Die französischen Gesandten hatten bei der Feststellung des Textes eine ganz unerwartete Nachgiebigkeit bewiesen; sie hatten über Andrängen Braunschweigs die Beziehung auf die Wahlkapitulation im allgemeinen und auf den Art. XIV insbesondere fallen gelassen, nur um den Abschluß der Allianz nicht zu gefährden, welche sie als die wichtigste Errungenschaft ihrer einjährigen und so kostspieligen Bemühungen in Frankfurt ansahen. Gramont äußerte sich, „das beste Mittel zur Aufrechthaltung des Art. XIV der Wahlkapitulation werde eben die Allianz sein, weshalb sie noch vor der Wahl zum Abschluß gebracht werden mußte“. ¹⁾

Der Vertrag mit Frankreich bezog sich wiederholt auf den Hauptvertrag, welchen die deutschen Reichsstände untereinander abzuschließen hatten, er hätte, wenn letzterer nicht zustande kam, keinen Sinn gegeben und konnte daher auch nur in Gemeinschaft mit diesem unterzeichnet werden. Die Franzosen drängten daher unaufhörlich zum endlichen Abschluß der Verhandlungen, die nach der Abreise der Gesandten aus Frankfurt in den Nachbarorten Mainz und Höchst abgehalten wurden. In denselben wurden noch immer neue Fassungen beantragt,

¹⁾ Gramont hat in seinen „Mémoires“ dem Aufenthalte und der Thätigkeit in Frankfurt eine besonders ausführliche Behandlung gewidmet; seiner sarkastischen und übermütigen Bemerkungen über Kaiser und Kurfürsten wegen wurde das Buch nach seinem Erscheinen (Amsterdam 1716) sehr viel gelesen, die Nachrichten, die es enthält, sind jedoch mit Vorsicht aufzunehmen; denn sie haben stets die Tendenz, die Deutschen lächerlich zu machen. N. Bertram hat dies im 52. Bande der preussischen Jahrbücher selbst zugegeben, sie aber dennoch ohne weitere Kritik zu einem „Beitrag zur Kulturgeschichte des siebzehnten Jahrhunderts“ verwendet.

durch welche Brandenburg befriedigt werden könnte; namentlich war Boineburg erfinderisch; er brachte sogar den Antrag vor, zwei Regente aufzusetzen, in deren einem der Name Brandenburg, in dem anderen der Schwedens ausgelassen werden sollte. Braunschweig wollte schließlich noch dahin wirken, „daß die Verbündeten betreffs Pommerns und der Mark mit dem polnischen und andern Kriegen nichts zu schaffen haben wollten, jedoch zum Beistande bereit wären, wenn der König von Schweden ohne sein eigenes Verursachen in Bremen und Verden angegriffen werden würde, wodurch sie denn zugleich zu verhindern vermeinten, daß Schweden seinerseits eine Feindseligkeit gegen Minden, Halberstadt oder auch die übrigen westfälischen Lande Brandenburgs unternahme, da es sonst Anlaß gäbe, dort angegriffen zu werden“. Canstein, dem die Braunschweiger und Hessen begreiflich zu machen suchten, daß der Kurfürst von Brandenburg diese Fassung annehmen könne, wies diese Zumutung sehr entschieden zurück und betonte den Mangel an Rücksicht, der darin liege, wenn man überhaupt abzuschließen gedenke, ohne daß man die Meinung desjenigen, den man zum Beitritte eingeladen, vernommen und erwogen habe. Am 12. August verließ Canstein und die brandenburgische Gesandtschaft Frankfurt, an demselben Tage schlossen Mainz, Köln, Braunschweig und Hessen-Kassel zu Höchst mit den Gesandten von Schweden und Frankreich ab. Trier und Münster hatten sich bereits zurückgezogen, beide mit der Motivierung, daß sie sich nur zur Erhaltung des Friedens verbünden wollten, daß aber die Zuziehung Schwedens und Brandenburgs, die thatsächlich vor dem Kriege standen, dieses Ziel gänzlich unerreichbar mache. Pfalz-Neuburg schloß sich nachträglich den Höchst Beschlüssen an.

Die Unterzeichnung der Verträge fand am 15. und 16. August in Frankfurt und Mainz statt; nur Hessen zögerte bis zum 23. und 24. d. M., da sich der Landgraf rechtzeitig erinnerte, daß er vom Dreißigjährigen Kriege her noch eine Subsidienschuld bei Frankreich einzufassen habe und die Gelegenheit besonders geeignet hielt, von Gramont und Lionne eine bindende Zahlungszusage zu erpressen. Seine Räte mußten darob sehr harte Worte vernehmen und wurden mehrmals barsch angelassen: ob sie denn gar nicht wüßten, wie man mit einem großen Könige umzugehen habe. Der Landgraf sei schlecht beraten, wenn man ihm zumute, dem Könige den Fuß auf die Kehle zu setzen. So wurde einige Tage hin und her gestritten, beratschlagt und an Erklärungen gefeilt; die Hessen erreichten nichts weiter als ein Zahlungsversprechen der Gesandten unter Vorbehalt nachfolgender Genehmigung durch den König.

Der erste Artikel der „Verbündnis, so zwischen etlichen Kur- und Fürsten des H. Röm. Reichs in Frankfurt den 14. August des 1658sten Jahrs geschlossen worden“ enthält zunächst die Versicherung, daß diese Vereinigung zu keines Menschen Offension, am allerwenigsten gegen Kaiser und Reich, sondern allein auf die Erhaltung der einem jeden zustehenden Rechte, besonders aber der deutschen Freiheit und des beständigen Genußes des westfälischen Friedens gerichtet sei. Die Konföderierten ohne Unterschied der Religion wollen keiner auswärtigen Macht zu irgend einer Feindseligkeit Ursache geben, sie wollen unter sich beständige Freundschaft erhalten und allfällige Streitigkeiten durch „rechtliche Mittel“ beilegen. Sollte dennoch ein Konföderierter den anderen angreifen, so müsse dem

Angegriffenen auf dessen erstes Ansuchen die schuldige Bundeshülfe geleistet, gleichzeitig jedoch auf einen gütlichen Ausgleich hingewirkt werden. „Wobei denn dies absonderlich verglichen, obwohl die Alliierte weder im gegenwärtigen polnischen Krieg, noch in die zwischen J. R. Maj. in Schweden und R. D. zu Brandenburg oder beiderseits Konföderierter schwebende Differenz sich einzumischen gemeint, daher auch dahingestellt sein lassen, was man in Polen, Preußen, Pommern und der Mark Brandenburg gegeneinander feindlich fürlaufen möchte; wann jedoch Ihre Königl. Majestät von der Krone Polen oder Ihrer Kurf. Durchlaucht zu Brandenburg und dero Konföderierten in dero in dem niedersächsischen und westfälischen Kreise gelegenen Ländern angegriffen und Ihrer Majestät aus anderen Quartieren marschierende Völker dahin thätlich verfolgt werden sollten, daß auf solchen Fall die sämtlichen Alliierten Ihrer Königl. Majestät zu Schweden auf die in diesem Rezeß verglichene Maß und Weise, ohne einige Exzeption oder Respekt, welcher Teil sonst außerhalb besagten niedersächsischen oder westfälischen Kreisen pro aggressore oder invasore zu halten sein möchte, wirkliche Hülfe und Assistenz zu leisten schuldig sein sollen.“ Im Falle aber Schweden eine in den genannten Kreisen gelegene brandenburgische Landschaft zuerst angreifen und im Verlaufe des Krieges von dorthier in seine Territorien verfolgt werden sollte, seien die Alliierten zu keiner Hilfsaktion verpflichtet.

Der in den Art. 2, 3, 4 näher bestimmten gegenseitigen Hülfeleistung im Falle eines gegen ein Bundesmitglied gerichteten Angriffes soll die Reichs-erzekutionsordnung, sowie die im westfälischen Frieden beschlossene Generalgarantie auf keine Weise hinderlich sein, noch sie „zurückstellen“. Das einfache Bundeskontingent, welches fortwährend in Bereitschaft gehalten werden mußte, belief sich auf 4700 Mann zu Fuß und 2370 Reiter. Die Bestimmungen wegen des Oberkommandos waren ziemlich weitläufig, doch gingen sie im wesentlichen darauf hinaus, daß derjenige Reichsfürst das Recht des Kommandos habe, dessen Land angegriffen wurde oder in dessen Gebiete der Krieg geführt wird. Bei der Bestellung des Kriegsrates erwiesen sich die Katholiken ganz besonders zuvorkommend, denn sie gestatteten jedem einzelnen Bundesfürsten, also auch vier Braunschweigern die Ernennung je eines Kriegsrates, so daß die Protestanten über die doppelte Anzahl verfügten. Für den Eintritt anderer Reichsfürsten in den Bund ohne Rücksicht der Konfession wurde Einmütigkeit der Bundesgründer verlangt; die Dauer des Bundes auf drei Jahre festgesetzt. Kam es zur Aktion, so trat eine Verlängerung über diese Zeit von selbst für die Dauer der Aktion ein; sonst verabredete man, ein halbes Jahr vor Ablauf zur Beratung der Frage der Erneuerung wieder in Frankfurt zusammenzutreten. Eine von den Gesandten sämtlicher alliierten Fürsten unterzeichnete Anzeige der geschlossenen Allianz wurde an den Kaiser gerichtet; an Kurpfalz, Württemberg, Bamberg, Hessen-Darmstadt und Paderborn erging die sofortige, „einmütige“ Einladung zum Beitritte.

Eine für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärung findet sich in einer vom 11. August 1658 aus „Friedburg“ datierten Flugschrift: „Was hat Frankreich bey dem Wahl-Tag gethan? Antwort: Frankreich hat bey währendem Deputation

und Wahl-Tag des Deutschlands Fried und Ruhe gesucht, befördert, erhalten, befähiget.¹⁾ Diese Antwort stützt sich auf sechs Gründe:

- 1) Der Krone Frankreich aufrichtige Fried- und Freundschaftshaltung mit den Ständen des Reichs, wie auch dero inniglich Begehren, daß die empfangene Verletzung mit gutem Rat künftiger Sicherheit ergänzt werde.
- 2) Die Zurückhaltung ihrer Waffen, aus Lieb der deutschen Ruhe und Verhütung der Ständen unschuldiges Leiden.
- 3) Die nähere Vereinigung mit den Ständen um beständigen Friedens willen.
- 4) Seine bisher gehabte Geduld in wählender Verletzung, seine sorgliche Vorsichtigkeit, neben der deutschen Ruhe auch seine Sicherheit zu haben.
- 5) Des allerchristlichsten Königs friedliebendes Gemüt, so er behalten, indem er erstlich von seiner billigen Klage über die Verletzung nichts hat anhören wollen.
- 6) Seine treuherzige (!) Erinnerung der Kurfürsten Rat, den Frieden Deutschland zu erhalten.

Der Geist dieser jedenfalls von Frankreich subventionierten Denkschrift ist schon aus diesen sechs Gründen ohne Schwierigkeit zu erkennen; es ist daher nicht nötig, die weiteren Ausführungen einer Beachtung zu würdigen, in welchen der Gedanke, Frankreich habe nur aus Wohlwollen und Großmut das deutsche Reich mit der verdienten Züchtigung verschont, bis zum Ekel breitgetreten wird. Mit besonderer Genugthuung wird auch der Wahlkapitulation Erwähnung gethan, welche dem Einflusse der französischen Gesandten zuzuschreiben sei, und daran reiht sich folgende Erklärung: „Bei diesem ist höchstgedachter Gesandten Wachsamkeit nicht geblieben, sondern zu mehrerer Versicherung des Friedens haben sie sich bemüht mit teils Kur- und Fürsten des römischen Reichs eine nähere Verbündnus wider alle, die den Münsterischen Frieden und das Deutschland wollen beunruhigen, aufzurichten, ist auch unneulich einhellig gemacht, beschlossen und von allen Bundesgenossen unterschrieben worden, welche Vereinigung gleichsam ein Außenwerk und Vormauer ist des in der Kapitulation eingebrachten Artikels, der Kron Frankreich und des deutschen Friedens Sicherheit betreffend.“

So verstanden es die Franzosen, die Gründung des ersten Rheinbundes durch ihre Söldlinge auszubeuten. Das Ziel, das sich Heinrich IV. gesteckt, als er die Union der deutschen Protestanten gefördert, war weit überholt. Damals trat Frankreich als Schirmer der deutschen Gewissensfreiheit auf, es ließ dem Widerstande der evangelischen Reichsstände gegen die um die Alleinherrschaft kämpfende katholische Allianz seine Unterstützung, weil durch dieselbe das Haus Habsburg ein für Frankreich unerträgliches Uebergewicht erlangt hätte. Jetzt handelte es sich um die Lockerung der Reichsverfassung durch Ausnützung der im westfälischen Frieden geschaffenen Verhältnisse und um die Begründung einer dauernden Abhängigkeit einzelner Reichsglieder von Frankreich. Die späteren Erfolge Ludwigs XIV. schließen sich unmittelbar an diese diplomatische Vorarbeit an. Katholiken und Protestanten reichten sich die Hände, um das Uebergewicht des aufstrebenden Nachbarstaates zu befestigen. Und sie thaten dies zum größten

¹⁾ München, St. Bibliothek. J. Publ. Cur. 194 und Cur. 368/54.

Teile im guten Glauben, der deutschen Freiheit dadurch einen Dienst zu erweisen, vollkommen frei von dem Schuldbewußtsein einer reichsverräterischen That. Sie glaubten nichts gegen das Reich zu unternehmen, wenn sie gegen das habsburgische Kaisertum Stellung nahmen. So unnational war dieses geworden. Kein Kurfürst hatte das Gefühl, daß er in dem Könige von Böhmen und Ungarn einen Mann seinesgleichen vor sich habe, wenn er auch noch so ängstlich die Parität im Ceremoniell zu wahren bemüht war. Der Kaiser selbst fühlte sich unter den Reichsständen fremd, die spanischen, italienischen, ungarischen Herren seines Hofes, vor allen aber die Patres der vollkommen international organisierten Gesellschaft Jesu standen ihm viel näher; er war nicht gewohnt im Reiche zu leben, der Aufenthalt daselbst bedeutete ihm nichts als eine Summe von lästigen Geschäften und Auslagen. Wer unter den Nachfolgern hat noch wie der erste Maximilian an „seinem Augsburg“ gehangen, sich am Rheine zu Hause gefühlt? Gerade die neue Allianz beweist es, daß nicht der konfessionelle Unterschied allein die Habsburger von einem mächtigen Teile ihrer Reichsgenossen trennte. In Mainz und Köln, in Düsseldorf und Münster war man so gut katholisch, als in Wien; aber das Bewußtsein dieser Zusammengehörigkeit war nicht wirksam genug, um den Mangel landsmannschaftlicher Verbindung auszugleichen. Dem Volke ward die Wandelung weit weniger auffällig, als den Fürsten, bei ihm verlor das Kaisertum nicht an Bedeutung, weil es mythischer wurde. Die zur Regierung berufenen Stände aber hätten ihre besonderen Interessen niemals so schroff dem Gesamtinteresse entgegenstellen können, wenn die oberste Gewalt im Reiche von einem nationalen Fürstenhause getragen worden wäre. Da es an diesem fehlte, muß man auch die Verirrungen der Rheinbündler milder beurteilen, als man es gewöhnt ist. Ein Volk bedarf, wenn es sich selbst achten soll, auch eines eifrigen Wahrers seiner Ehre. Darf es uns wunder nehmen, daß in jenen Tagen die Deutschen bisweilen sich selbst vergessen haben und ihrer Vergangenheit unwürdig geworden sind, wenn ihre Kaiser es verlernt hatten, sich selbst als Volksangehörige zu fühlen und die Krone der Sachsen und Stauffer für nichts weiteres als ein notwendiges Attribut der Glorie der Casa d'Austria anzusehen?

Drittes Buch.

Erster Abschnitt.

Kämpfe im Norden und Osten.

Karl Gustav von Schweden verfiel in den Fehler aller großen Unternehmer und Eroberer, er entbehrte der Tugend der Mäßigung und verlor die Fähigkeit, seine eigenen Kräfte und die seiner Gegner richtig zu beurteilen. Hätte er sich nach dem ersten Feldzuge gegen Dänemark mit einem Frieden begnügt, der diese Macht aus der Allianz mit Polen löste und ihr die Möglichkeit einer selbständigen kriegerischen Aktion benahm, im übrigen aber die Lebensinteressen des Königreiches nicht verletzte, so hätte er wieder freie Hand gegen Polen und Brandenburg gewonnen. Der Rothschilder (Roeskilder) Frieden verlangte jedoch im zweiten Artikel, daß Dänemark in Zukunft auf jede Allianz verzichte, welche etwa gegen Schweden gerichtet sein könnte und im dritten, daß es „keiner fremden, feindlichen Drlogsflotte, wessen dieselbe auch sein kann, verstatte, durch den Sund oder Belt in die Ostsee zu gehen“. Auf diese Weise sollte Dänemark selbst beitragen, sich in dauernder Abhängigkeit von Schweden zu erhalten und auf jeden Versuch verzichten, durch die Unterstützung von England oder Holland zur Wiederanerkennung seiner Gleichberechtigung in der Ostsee zu gelangen. Außerdem war es klar, daß die anderen Seemächte auf das Recht, ihre Flotten in das Baltische Meer zu senden, nicht für immer verzichten und daher alles anbieten würden, um Dänemark zum Widerstande gegen Schweden zu reizen. Nun war die Absicht Karl Gustavs freilich darauf gerichtet, das baltische Reich, das schon seinem großen Vorfahren vorgeschwebt hatte, zu verwirklichen, des größten Theiles der Küsten sich zu bemächtigen, alle wichtigen Häfen in seine Gewalt zu bringen und damit die schwedische Alleinherrschaft in der Ostsee zu begründen — dann mußte er aber doch in gewissen Abstufungen vorgehen. Es war doch nicht politisch klug, sich mit Polen, Dänemark und Brandenburg gleichzeitig in Kriegszustand zu versetzen, zugleich die Freundschaft der bisher so verlässlichen Engländer auf eine allzuharte Probe zu stellen und Holland, das die Verteidigung seiner Handelsinteressen in der Ostsee so lässig als möglich betrieben hatte, durch den äußersten Druck zu einem thatkräftigen Aufschwunge zu zwingen. Schweden

war zur Großmacht geworden, indem es sich zum Anwalt der Glaubensfreiheit im deutschen Reiche gemacht und gewissermaßen politische Vogteirechte erworben hatte, die von allen evangelischen Kleinstaaten anerkannt und gefördert werden mußten, welche auf den Schutz Schwedens angewiesen waren. Seit 1648 war der konfessionelle Bann doch zum Teile wenigstens gelöst, die Gefahr einer Ueberwältigung der deutschen Protestanten durch eine katholische Liga war keine unmittelbar drohende, die politischen Interessen der deutschen Kleinstaaten waren in den Vordergrund getreten; der Thatsache des rheinischen Bundes gegenüber, welcher beide Richtungen vereinte, konnte Schweden das Gewicht seines Protectorates nicht mehr in seiner früheren Wirkung erhalten.¹⁾

Den empfindlichsten Verlust erlitt die Stellung Schwedens aber durch das Brandenburg des großen Kurfürsten. Dieses hatte sich trotz der mehrfachen Gegenätze mit Schweden als eine Macht zu behaupten verstanden, die in allen deutschen Angelegenheiten entweder den Ausschlag gab oder doch wenigstens nicht übersehen werden konnte. Brandenburg war mit Karl Gustav gegangen, es hatte sich aber auch nicht gescheut, mit Oesterreich gegen ihn Stellung zu nehmen, es hatte die Unabhängigkeit von Preußen ganz gegen den Willen des baltischen Machthabers gewonnen und stand allen Ausbreitungsgelüsten desselben als ein nicht zu umgehendes Hindernis entgegen. Daher lehrte sich die Reizbarkeit Karl Gustavs gegen keinen seiner Gegner so scharf hervor, als gegen Friedrich Wilhelm; keiner war ihm so drückend als dieser, und es ist begreiflich, daß er die völlige Zermalmung des jungen Staatswesens, welches wider Erwarten so unbequem geworden war, als eine der nötigsten Aufgaben seiner Politik erachtete. Aber er hat sich doch auch vor keinem Kriege so gescheut, als vor dem mit Brandenburg, er meinte sich vorher den Rücken vollends decken, Dänemark nochmals niederwerfen, den Generalstaaten den Weg in die Ostsee sperren zu müssen.

Diese Erwägungen fallen in die Zeit der Wahl und Krönung Leopolds. Am 4. Juli hatte der Schwedenkönig die Gesandten des Kurfürsten, Schwerin und Weimann, in Flensburg so schimpflich behandelt, daß Friedrich Wilhelm es für unerlässlich fand, sich mit dem Degen in der Faust Satisfaktion zu suchen. Karl Gustav hatte sich geweigert, die Gesandten zu empfangen, wenn sie nicht vorher den Inhalt ihres Auftrags bekannt geben würden. Sein Zorn kam aber daher, daß er diesen Inhalt doch ahnte, daß er sich hatte überzeugen müssen, Friedrich Wilhelm lehne es unbedingt ab, sein Gefolgsmann zu werden und sich nochmals mit ihm so weit einzulassen, wie er es zu Beginn des polnischen Krieges hatte thun müssen. Nun meinte alle Welt, die schwedischen Regimenter würden den Boden der Marken überfluten, der Kurfürst ließ Berlin belagern, er forderte den Schutz kurfürstlichen Gebietes von den Mitkurfürsten. — Karl Gustav aber ging am 15. August von Kiel aus zur See, ohne daß über die Richtung seiner Fahrt

¹⁾ Eine politische Satire „Schreiben, welches der vorlängst verstorbene Hochgelahrte Herr Don Franciscus de Quevedo, An dem Seiner Heilighen Gesichte Continuatore Philander von Sittenwald . . . überschidet . . .“ spricht von einer „Schwedischen Religions Kappe, welche man bishero fleißig umgehungen, wenn man den . . . Lutheranern und in specie den Herrn Geistlichen, so ihr Vertrauen von Gott ab auf menschlichen Arm gesetzt, eines anbeugen wollen, damit man Geld, Land und Leute bekäme“.

Runde im Lande blieb. Gleichzeitig war General Douglas nach Riga entsendet worden, um sich Kurlands zu bemächtigen, der Pfalzgraf von Sulzbach hatte den Auftrag, Rendsburg zu nehmen, nachdem seine Offiziere noch in den letzten Tagen mit jenen der Rendsburger Garnison auf das freundschaftlichste verkehrt hatten.

Die Gründe des erneuten Ueberfalles ließ Karl Gustav in einer Flugschrift¹⁾ auseinandersetzen, in welcher den Dänen eine Reihe von Unredlichkeiten in der Ausführung des Rothschilder Friedens vorgeworfen wurde. Das größte Gewicht wird darauf gelegt, daß Dänemark die Allianz zur Abschließung der Ostsee für fremde Kriegsschiffe bereits angenommen, später aber wieder rückgängig zu machen gesucht habe. Der Gesandte der Generalstaaten, Beuning, habe nicht nur Hilfeleistung durch eine holländische Flotte, sondern auch Geldunterstützung angeboten, beides habe man in Dänemark angenommen und die Unterhandlungen wegen der Allianz so lange hinauszuschieben getrachtet, bis die Holländer herangekommen seien. Durch eine falsche Auslegung des Rothschilder Friedens sei den schwedischen Kriegsschiffen ihr Durchfahrtsrecht durch den Dresund und Belt und den Kauffahrern die Zollfreiheit streitig gemacht worden; alle Versuche die richtige Auffassung des Textes durch eine nachfolgende schriftliche Erklärung herzustellen, seien an den Ausflüchten, Vorwänden und kleinlichen Hindernissen, deren sich die Dänen bedienten, gescheitert. Die Abtretung von Schonen habe die Uebergabe der Insel Woen (Huen) an Schweden in sich geschlossen; die schwedischen Kommissäre hatten die Insel auch besonders namhaft gemacht, nun wollten die Dänen Woen nicht mehr zu Schonen rechnen, trotzdem staatsrechtliche Belege, wie die Konstitution Christians IV. dafür sprachen. Auch hinsichtlich Drontheims haben die Dänen bei der Uebergabe eine im Frieden nicht vorgesehene, den Schweden nachtheilige Unterscheidung zwischen Amt und Bistum gemacht. Außer diesen Hauptbeschwerden werden noch einzelne Streitfälle von geringerem Belange aufgezählt und schließlich der Vorwurf erhoben, daß Dänemark mit dem Kaiser, mit Polen, Brandenburg und den Staaten in geheimer Verbindung stehe. Einer Aufkündigung des Friedens hätte es nicht bedurft, den Dänen mußte selbst bewußt sein, was friedbrüchige Leute zu erwarten hätten. Der König von Schweden sei nicht aus „unzeitiger Begierde wider die Dänen zu Kriegen aufgezogen, er habe gewaltige Feinde genug vor sich, mit denen er hätte anbinden und seine Tapferkeit exerzieren können, er sei vielmehr durch die höchste Not getrieben worden, sich sobald als möglich aus dem Ungewitter, das des Dänen Consilia erregt hatten, auszuwickeln“. Und da die Rettung nur bei den Waffen gestanden, habe er einen ungetreuen Frieden lieber in einen Krieg verwandeln wollen.

Es war für Dänemark nicht schwierig, auf diese nichtigen Ausführungen zu erwidern und den Schweden entgegenzuhalten, daß sie nichts anderes im Sinne hätten, als Dänemarks Selbständigkeit vollkommen zu vernichten. Und es war keine besonders geistreiche Replik, wenn der König von Schweden darauf antwortete, die Dänen hätten schon längst seinen und seiner Reiche Untergang

¹⁾ Expositio causarum quibus S. R. M. Sueciae bellum, a Rege Regnoque Daniae sibi illatum, etiam post pacem Rotschildiae initam, continuare coacta fuit. Deutsche Uebersetzung im Theatr. Europ. VIII, S. 771 ff.

gesucht. Der bedauernswerte Karl Gustav, er war überall der Angegriffene, Verfolgte! Eine im darauffolgenden Jahre erschienene Flugschrift konnte mit Recht sagen: „Wenn die Schweden sich noch so sehr bemühen, so können sie doch mit dem dicken Nebel ihrer Fingentorum die Sonne der Wahrheit nicht verdunkeln; denn es ist ihnen unmöglich zu negiren, daß der König von Dänemark durch die Uebergabe seiner Lande und Festungen in die Hände der Schweden solche Versicherungen geleistet hat, daß er den Frieden halten mußte, wenn er auch nicht wollte und der König von Schweden es niemals notwendig gehabt hätte, wenn schon an der Erfüllung des Rothschilder Friedens wirklich etwas gefehlt habe, dasselbe durch Waffengewalt zu erzwingen.“¹⁾

Der Plan Karl Gustavs, Kopenhagen zu überrumpeln und die durch volles Vertrauen auf den Frieden sicher gemachten Garnisonen der noch in den Händen der Dänen befindlichen festen Plätze durch unvorhergesehenes, brutales Losschlagen zu erschrecken und widerstandsunfähig zu machen, mißlang und dadurch war auch der Erfolg des ganzen Feldzuges höchst zweifelhaft geworden. Denn jetzt mußte Brandenburg handeln. Der Kurfürst war der erste, der aus den Nachrichten, die von Hamburg und Glückstadt kamen, die Sachlage richtig erkannte; schon am 26. August erfolgte die Einladung an Montecuccoli und Czarneci „zu einer Kavalkade nach Holstein“ und gleichzeitig erschien auch das Manifest des Kurfürsten an den „Ehrlichen Deutschen“, in welchem er die Behandlung seines Gesandten in Flensburg anzeigte und das Vorgehen Schwedens als ein mit Absicht zum Kriege reizendes darstellte. Brandenburg beruft sich auf die Zustimmung aller deutschen Patrioten, denen der ihm angethane Schimpf nicht gleichgültig sein könne, es schlägt einen warmen Ton nationaler Empfindung an, der sich von den Phrasen der rheinischen Reichsverbesserer wesentlich unterschied. „Ehrlicher Deutscher!“ hieß es da, „dein edles Vaterland war leider bei den letzten Kriegen unter dem Vorwande der Religion und Freiheit gar zu jämmerlich zugerichtet und an Mark und Bein dermaßen ausgezogen, daß von einem so herrlichen Corpore schier nichts übrig verblieben, als das bloße Skeleton. Wem noch einig deutsch Blut um sein Herz warm ist, muß darüber weinen und seufzen. Wem sein Vaterland lieb ist, muß die unglücklichen Zeiten beklagen: Wir haben unser Gut, wir haben unser Blut, wir haben unsere Ehre und Namen dahingegeben und nichts damit ausgerichtet, als daß wir uns schier zu Dienstknechten um fremde Nationen berühmet und des uralten hohen Namens fast verlustig, und diejenigen, so wir vorhin kaum kenneten, damit herrlich gemacht haben. Was sind Rhein, Weser, Elbe und Oberstrom nunmehr anders, als fremder Nationen Gefangene? Was ist die Freiheit und Religion mehr, als daß andere damit spielen? Summa, Alles verlor sich mit dem trefflichen Pommern, mit anderen so stattlichen Ländern!“ Der Kurfürst von Brandenburg habe mit dem König von Schweden gegen Polen, die Vormauer der Christenheit kämpfen müssen,

¹⁾ Ein Privat-Schreiben, Welches Ein guter Freund von dem andern inständig begehret hat. Worinnen remonstrirt . . . daß die Röm. Kayf. . . . auch Königl. Pohlische Mayst. . . . dann S. Churf. Durchl. zu Brandenburg, wohl und mehr befugt, Ihr Königl. Mt. zu Schweden . . . zu bekriegen. . . . Vnd ist solch Schreiben datiret zu Wahrburg den 1. Augusti des 1659 Jahrs. Königl. Bibl. zu München. J. publ. E. 328/1.

„weil Gewalt und Not keine Maße gelitten,“ er habe aber immer auf den Frieden hingearbeitet. Dafür sei er, als durch den dänischen Krieg ein großer Umschwung in den polnischen Verhältnissen hervorgerufen worden, vom Könige von Schweden im Stiche gelassen und mit Krieg bedroht worden, wenn er sich ihm nicht vollends unterwerfe.

„So gedenke ein jeder,“ schließt die Flugschrift, „wer nur kein schwedisch Brot essen will, was er an einer Seite bei dem allmächtigen Gott zu verbitten und mit ihm und seinen Geboten kein Gespötte zu treiben: an der anderen Seite aber, was er für die Ehre des deutschen Namens zu thun habe, um sich gegen sein eigen Blut und sein vor allen Nationen dieser Welt berühmtes Vaterland nicht zu vergreifen. Mir, du ehrlicher Deutscher, sind die Dinge wohlbekannt und habe sie dir daher wollen kommunizieren, damit man dich mit anderen Berichten nicht länger äffen und ohne Grund der Wahrheit ewig blind herumleiten möge! Adieu! Bedenke, daß du ein Deutscher bist!“

Am 17. September fand die Vereinigung der alliierten Reiterregimenter bei Wittstock statt. Es führte ins Feld:

Brandenburg	92 Compagnien zu Roß, zusammen	9000 Mann,
	15 „ Dragoner, „	3000 „
	49 „ zu Fuß, „	4000 „
	42 Geschütze	
Oesterreich	20 „	10—11000 „
Polen		4— 5000 „

Als die Spitzen der Reitergeschwader die Grenzen von Holstein überschritten, zog der Pfalzgraf von Sulzbach 3000 Reiter vor Rendsburg zusammen, in der Meinung, den Platz bald überwältigen und zu seinem Stützpunkte machen zu können. Als er aber nicht so bald zu seinem Ziele kam, gab er die Belagerung auf und ging bis Frederiksöbde (Fridericia) zurück, wo er mit den 19 schwedischen Regimentern in Verbindung trat, welche unter dem Kommando des Grafen Georg Friedrich von Waldeck in Fünen vereinigt waren. Waldeck hatte den brandenburgischen Dienst im Mai 1658 verlassen, weil er die Allianz mit Oesterreich bekämpfte und für die wechselvolle Politik des Kurfürsten kein Verständnis hatte. Daß er sofort zu den Gegnern seines bisherigen Herren überging, wurde ihm übelgenommen, trotzdem er als Reichsfürst seine Beziehungen schließen und lösen konnte, wie es ihm behagte. Seine brandenburgischen Güter und Dotationen wurden ihm jedoch auf längere Zeit gesperrt. Die polnischen Reiter streiften bis Kolbing und Horsens, der Kurfürst hatte sein Hauptquartier in Flensburg, der König von Schweden lag vor Kopenhagen, das er nicht zu überumpeln vermocht hatte, war jedoch seit dem 6. September im Besitze von Kronenburg, während eine holländische Flotte von 35 Orlogschiffen unter Jakob von Wassenaar, Herren von Opdam, mit zahlreichen Transportschiffen für die Verproviantierung von Kopenhagen, heransiegelte. Karl Gustav rechnete mit Bestimmtheit darauf, daß England noch im letzten Augenblicke den Angriff der Holländer auf seine Flotte verhindern werde. Der Tod Cromwells (3. September) hatte jedoch diese Hoffnung vernichtet, für den Augenblick war England zu kräftigem Eingreifen in die Welthandel nicht befähigt. Der König mußte die Holländer

herankommen lassen. Am 8. November fuhren sie durch den Sund, ohne daß ihnen das Doppelfeuer aus Kronenburg und Helsingfors erheblichen Schaden zufügte, und griffen die schwedische Flotte unter Wrangel an, der sich nach Landscrona zurückziehen mußte, als acht dänische Schiffe zur Unterstützung der Holländer herangekommen waren. Cpdam erreichte abends die Insel Boen, die Transportschiffe kamen ungehindert nach Kopenhagen, das so gut als gerettet war; denn Karl Gustav mußte die Belagerung in eine Beobachtung verwandeln, da er sich fast eine Stunde weit von den Wällen der Stadt zurückzog.

Inzwischen hatte Friedrich Wilhelm mit dem Schwiegervater Karl Gustavs, Friedrich III. Herzog von Holstein-Gottorp, dem im Rothschilber Frieden die Souveränität über Schleswig zuerkannt worden war, abgerechnet. Er mußte Gottorp übergeben, behielt dagegen das Gebiet von Tönningen an der Eidermündung.

Am 23. Dezember vertrieben die Brandenburger 2000 Schweden von der Insel Alsen und sicherten sich dadurch die Stellung im Schleswigischen; größere Erfolge konnten nicht erzielt werden, weil sich der holländische Admiral zu keiner Unterwerfung herbeiließ. Er war ein Anhänger de Witts und fürchtete einen Gegensatz zu England, der nur den Draniern zu gute kommen konnte. Der Kurfürst hätte in Seeland gelandet und wäre seinem Waffengenossen von Warschau an den Leib gegangen, wenn er über die nötige Zahl von Kriegsschiffen zur Unterstützung der Landung verfügt hätte. Der Krieg in Preußen nahm nach dem ersten kühnen Anlaufe durch die Einnahme von Thorn einen sehr matten Fortgang. Die Polen bekliffen sich daselbst eines Raubsystemes, durch welches sie die Schweden besser als durch die Waffen zu überbieten verstanden.¹⁾

Im Beginne des Jahres 1659 strebte Karl Gustav mit allen Kräften danach, sich Kopenhagens zu bemächtigen. Er zog alle Truppen aus Seeland und Schonen vor der Stadt zusammen und versuchte trotz mehrfacher mißglückter Rekognoszierungen dennoch einen Generalsturm von der Land- und Seeseite aus (8.—11. Februar). Sein Plan war, die Hauptsturmkolonnen auf dem Eise bei Kalebo direkt gegen das königliche Zeughaus und die Batterie vorgehen und

¹⁾ Darüber beklagt sich die „Supplication An die Friedens-Göttin dero mit Krieges-Laft hart belegten Underthanen, In Pohlen, Preußen, vnd Andern mit dieser Plage verfolgten Christen. Getruckt im Jahr Christi, 1658.“ Da heißt es: „Der Mars, so jezund um den Mittel des Friedliebenden Deutschlands herumgeheth, wie eine Rahe um den Brei, hat unsere Wohnungen zu Mördergruben gemacht, daß uns selbst grauset, in ein Haus zu gehen, nur zu sehen, wo wir vor diesem geseffen haben . . . Das Pohlen, welches voll gewibelt von Juden, ist nunmehr so entblöset, daß fast kein Jude noch Christe mehr zu schauen, und ist denen Juden ihr Schachern so vertheuert und gesalzen worden, daß sie jeko in der Christenheit herumlaufen und gaußen (klaffen) wie die Hunde, ob sie vielleicht bald wieder in ihr Gehege können gelangen:

Jude, merke, Mars abkaufet
Sonder Geld und sonder Gut,
Mars, wenn Jude nicht entkaufet,
Nimmt den Juden Geld und Mut.

o Friede reinige Pohlen von dem Sauerteig der Soldaten und räume das Land denen vertriebenen Einwohnern wieder, vor allen Dingen aber beseligte die Pohlen mit Geduld, daß sie nicht so lange möchten warten, bis ihnen ein anderer, der es auch so herzlich meinte, und aus Freundschaft eilte, ihnen dieselbe von der Hand zu nehmen. München, St. Bibl. Cur. 368/75.

gleichzeitig das Thor der Feste Christianshafen sprengen zu lassen, in welches er selbst mit der auf der Insel Amak vereinigten Reiterei eindringen wollte. Dreimal wurde die Nacht zur Ausführung dieses Planes benützt und die Aufmerksamkeit der Dänen durch blinden Lärm an anderen Orten von der Angriffsstelle abzulenken versucht. Die ersten über das Eis heranschleichenden schwedischen Regimenter waren mit weißen Hemden bekleidet, damit man ihre dunklen Linien auf dem Eise nicht wahrnehmen sollte. Die Wachsamkeit und Tapferkeit der Dänen aber vereitelte auch die kühnsten Stürme der Schweden, welche große Verluste erlitten — es fiel der Reichszeugmeister Graf Erich Steinbock, General Bavafor und 4 Oberste — und sich endlich unverrichteter Dinge wieder in ihr Lager zurückziehen mußten.

Durch diese Erfolge hob sich der Mut der Bevölkerung von Kopenhagen, welche zum Widerstande bis aufs äußerste entschlossen und durch die Ankunft isländischer Schiffe mit reichlichem Proviant in den Stand gesetzt war, diesem Entschlusse treu zu bleiben. Der König von Dänemark konnte an den Kurfürsten von Brandenburg, mit welchem er am 21. Januar einen neuen Allianzvertrag geschlossen hatte, im Anschluß an den Bericht über die den Schweden vor den Thoren seiner Residenz zugefügte Niederlage die Aufforderung richten, er möge nunmehr, „da bei der ganzen schwedischen Armee überall keine geringe Alteration hieraus entstanden,“ seinerseits auch zu einem erneuten Angriffe vorgehen.

Eine zweite militärische Unternehmung der Schweden zielte auf eine Beunruhigung der brandenburgischen Stellungen in Schleswig und Jütland. General Würtz wollte Dömitz am Einfluß der Elbe in die Elbe nehmen und von da gegen Magdeburg vordringen, sich dort, sowie im Bremischen verstärken und mit frisch geworbenen Truppen den Herzog von Gottorp in Tönningen aus seiner Verbannung befreien. Von der Westküste Jütlands aus wäre man dann zum Entfasse Fridericias vorgegangen. Der weitschichtige Plan scheiterte aber schon vor den Mauern von Dömitz, das nicht genommen wurde. General Würtz zog dann über Colberg nach Preußen.

Der Rückgang der schwedischen Waffenerfolge erregte große Besorgnisse in Paris. Mazarin war der Meinung, daß die Macht des nordischen Mitgaranten des westfälischen Friedens aufrecht erhalten werden müsse. Die Vereinigung von Brandenburg und Oesterreich schien ihm große Gefahren im Gefolge zu haben; denn wenn es dem Kurfürsten gelang, im Bunde mit Dänemark die Schweden zu beschäftigen und niederzuhalten, so konnte Kaiser Leopold trotz der Wahlkapitulation seine Absicht zur That machen, mit 10000 Mann in Flandern und neuerlich mit 6000 Mann in Italien den Spaniern unter die Arme zu greifen. Man hatte nicht ohne Verdruß wahrgenommen, daß die Bemühungen des französischen Agenten Blondel in Berlin nicht vermocht hatten, den Kurfürsten von dem Kriege gegen Schweden abzuhalten. ¹⁾ Friedrich Wilhelm hatte sich begnügt,

¹⁾ Blondel (François Blondel, Seigneur de Croisettes, ein namhafter Gelehrter, Directeur de l'académie d'Architecture, Schriftsteller in verschiedenen Zweigen der Mathematik und Physik) wird in seiner Eigenschaft als Diplomat von Droyßen trefflich geschildert (Forsch. zur deutschen Gesch., IV. Bd., S. 27 u. ff.). „Das eminente Selbstgefühl des Gelehrten, Staatsmannes und Franzosen, verbunden mit einer gewissen Ungebuld des Wirkenwollens und einer

in einem ausführlichen Schreiben an Ludwig XIV. die Gründe auseinanderzusetzen, welche ihn zu diesem Kriege nötigten. Als sich Frankreich mehr und mehr genötigt sah, einen schärferen Druck auf die Politik Brandenburgs auszuüben, bediente sich Mazarin des Rechtsgelehrten Dr. Johann Frischmann, früher Rat des Herzogs von Württemberg in Mömpelgard, dann französischer Resident in Straßburg, eines sehr fähigen und schneidigen, dabei aber auch übermütigen und prahlerischen Publizisten, der sich durch offen zur Schau getragene Vorliebe für Schweden ein Amt oder eine stattliche Pension von dieser Seite zu verdienen hoffte. Es wurde ihm aufgetragen, den Kurfürsten zu versichern, sein Engagement mit Oesterreich solle nichts an seiner Freundschaft mit Frankreich ändern; wenn jedoch der Kaiser sich wirklich verleiten lasse, den Spaniern Hülfstruppen zu senden, dann möge sich der Kurfürst erinnern, daß er den Münsterer Frieden garantiert habe und dürfe den kaiserlichen Truppen auf keinen Fall den Durchzug durch seine Staaten gestatten. Außerdem habe er den Kurfürsten über das Vorgehen Englands zu beruhigen und ihm die Vorteile nahezu legen, die aus einem Separatfrieden mit Schweden für Brandenburg entspringen würden. — Frischmann war noch nicht am Ziele seiner Sendung angelangt, als der Kurfürst ein Schreiben an Mazarin richtete, in welchem er dem Vorwurfe entgegentrat, als ob er sich von den Maximen seines Hauses entfernt habe. Er führt darin auch Beschwerde darüber, daß ihm Frankreich zwar wiederholt Subventionen versprochen, aber keine habe zukommen lassen. Seine Freundschaft für Frankreich sei dieselbe geblieben, sie werde jedoch von seiten Schwedens nicht begünstigt. Der Kardinal solle deshalb eine fernere Unterstützung der letzteren verhindern. Der einzige Zweck der Alliierten sei die Rettung des Königs von Dänemark.¹⁾ Nach Mazarins Ansicht sollte diese Rettung jedoch ohne Schädigung Schwedens erreicht und dessen Niedergang unbedingt aufgehalten werden. Er wirkte in diesem Sinne in England und brachte, nachdem sich das Parlament zu derselben Ansicht bekannt hatte, das sogenannte erste Haager Konzert zustande, durch welches sich Frankreich, England und die Staaten ver-

nicht kleinen Dosis Eitelkeit, machte Herrn Blondel nicht eben zu einem um so besseren Diplomaten; bald berichtete er, wie seine Argumentationen den Kurfürsten verwirrt hatten, dann wieder glaubt er ein Erröten der Scham auf des Kurfürsten Gesicht zu bemerken; selbst Thränen fehlen nicht unter den pittoresken Wirkungen seiner Beredsamkeit.“ . . . Er schmeichelte sich stets, den Kurfürsten zu übersehen, „qui est certainement très généreux, mais qui a aussi ce faible, de ne voir que par les yeux des ministres.“ Die Beziehungen zu Oesterreich und Dänemark durchschaute er lange nicht, als sie aber offenkundig wurden, verstieg er sich zu einer Drohung, die nicht einmal im Sinne seiner Regierung lag, „que la France ferait la paix entre la Pologne et la Suède à l'exclusion de l'Electeur“. Blondel scheint, getragen von der verbreitetsten Charaktereigenschaft seiner Landsleute, der Eitelkeit, sich auch der Hoffnung hingeeben zu haben, durch die Anknüpfung eines intimen Verhältnisses zu einer — jedenfalls sehr hochstehenden Persönlichkeit des Hofes, seiner Mission einen besonderen Reiz zu verleihen. Dies geht aus einer Aeußerung Christof von Brands bei der Gelegenheit der Auswahl eines französischen Gesandten am brandenburgischen Hofe zu Ende 1659 hervor, nachdem Blondel inzwischen in Konstantinopel vorübergehend beschäftigt gewesen war. Brand meinte, Blondel würde dem Kurfürsten „genehm sein“ trotz des Vorganges im Garten zu Königsberg, den man für bloße Galanterie gehalten habe.

¹⁾ Urk. und Aktenst. II, S. 197.

pflichteten, dahin zu wirken, daß die Dinge im Norden wieder auf den Standpunkt des Friedens von Rothschild mit Anschluß des Artikels III gebracht würden (21. Mai 1659). De Witt wollte auf den Zustand zurückgehen, der 1645 zu Brömsebro geschaffen worden war, er setzte es jedoch nicht durch.

Am 19. April waren 24 englische Schiffe unter Montague im Sund erschienen, um der Vermittlung Nachdruck zu verleihen, die Generalstaaten beschloßen ihrer ersten Flotte unter Wassenaar-Opdam, die sie für gefährdet hielten, ein zweite unter de Ruyter nachzusenden, dieselbe wurde jedoch durch ungünstige Bitterung vierzehn Tage am Auslaufen verhindert.

Mazarin ließ auch den rheinischen Bund sein Stückchen spielen: er mußte rüsten; zugleich wurde die Nachricht verbreitet, daß französische Truppen im Anmarsch an den Rhein seien, um das Bundeskontingent zu verstärken.

Friedrich Wilhelm blieb trotz dieser Vorgänge fest entschlossen, gemeinsam mit Dänemark den Schwedenkönig zu einem für beide Teile annehmbaren Frieden zu zwingen. Seine größte Sorge verursachte ihm der Zweifel, ob Dänemark aushalten werde, bis ein entscheidender Schlag gegen Karl Gustav gelungen sei. Den Feldzug begann er seinerseits mit der Belagerung von Fridericia, das schon am 30. Mai von den Schweden aufgegeben wurde. Die bald darauf versuchte Landung in Fünen gelang jedoch trotz großer Anstrengungen nicht, weil sich Admiral Wassenaar weigerte, die zur Landung nötige Unterstützung durch seine Kriegsschiffe zu leisten. Doch wurde unter heftigem Feuer der schwedischen Batterien die Insel Fanö, südlich von Middelbart auf Fünen genommen und dadurch ein wichtiger Stützpunkt für eine künftige Unternehmung gegen Fünen gewonnen.

Die englische Flotte hatte noch keinen Eingriff in den Stand der Dinge am Sund versucht. Ruyter war ebenfalls angekommen, hatte jedoch die Weisung erhalten, vorläufig noch ruhig zu stehen, weil im Haag neue Konferenzen begonnen hatten. Am 24. Juli entstand daraus das zweite Konzert, in welchem die Mächte ihren Entschluß ausdrückten, den Feindseligkeiten im Norden ein rascheres Ende zu machen. Die Könige von Dänemark und Schweden sollten binnen vierzehn Tagen Frieden schließen, wer „recusant“ sei, werde durch gemeinsame Gewalt zum Frieden gezwungen werden. Mazarin ließ durch Frischmann dem Kurfürsten in dessen Hauptquartier Wiborg (Jütland) den Vorschlag machen, er möge sich dem Haager Konzerte anschließen. Der Kurfürst setzte in einem Schreiben aus Fanö vom 22. Juni dem Könige von Frankreich auseinander, daß er sich nur mit einem allgemeinen Frieden einverstanden erklären könne, während die vermittelnden Mächte nur den Separatfrieden zwischen Dänemark und Schweden begünstigen. In ähnlichem Sinne hatte er sich mündlich zu Frischmann ausgesprochen, es jedoch abgelehnt, dem Agenten eine schriftliche Erklärung zu geben. Man war mit diesem, der sich dem Kurfürsten und seinen Räten gegenüber wiederholt anstößig benahm und seine Sympathie für Schweden niemals verleugnete, nicht einmal über die Sprache einig geworden, deren man sich in Schriftstücken zu bedienen habe, die an ihn zu richten gewesen wären. Der Kurfürst weigerte sich, sie in französischer Sprache abfassen zu lassen. Frischmann rächte sich über die abweisende Behandlung, die er im brandenburgischen Hauptquartier erfahren, durch die Veröffentlichung einer Schrift in Frankfurt,

in welcher er in höchst entstellender Weise Tafelgespräche des Kurfürsten mittheilte, um denselben verächtlich und lächerlich zu machen. So hatte denn die Sendung dieses ebenso geschickten, als hoshaften Publizisten¹⁾ das Verhältnis Brandenburgs zu Frankreich keineswegs günstiger gestaltet und die gleichzeitige Verhaftung des ehemaligen brandenburgischen Residenten in Paris, Wicquefort, hatte nicht minder verstimmend auf den Kurfürsten gewirkt.

Eine neue Verwickelung der ohnehin schon äußerst schwierigen Verhältnisse ergab sich aus dem Verlangen des Kaisers, daß nunmehr ein Angriff auf Schwedisch-Pommern unternommen werden solle. Man hoffte in Wien dadurch dem im Werke begriffenen französisch-spanischen Friedensschlusse ein neues Hindernis entgegenstellen zu können. Brandenburg war nicht gesonnen, bedingungslos auf den Vorschlag einzugehen; es verlangte die Zusage einer Hilfe, wenn Pfalz-Neuburg in Kleve einfielen, sowie daß im Falle eines französischen Angriffes auf Reichsgebiet die kaiserlichen Truppen in Pommern nicht unter die Zahl von 12000 Mann sinken dürften. Endlich sollte beim Friedensschlusse Pommern an Brandenburg fallen. Der Kaiser veranlaßte Ende September den Einmarsch in Pommern, ohne daß Brandenburg genügende Zusagen erhalten hätte.

Karl Gustav war in große Aufregung versetzt, nicht durch diesen Schritt des Kaisers, sondern mehr noch durch die Haltung der Seemächte, die ihn trotz des neuen Angriffes in der Erreichung seines Zieles in Dänemark aufhielten. Er verhehlte seinen Unwillen nicht und behandelte namentlich die Holländer mit der größten Verachtung. Seine beste Hoffnung setzte er jetzt auf Frankreich, welchem er den Einmarsch in deutsches Gebiet eindringlichst empfahl, da von demselben die weitere Aktion der Rheinbündler abhing. In den Zeiten schwedischen Bedrängnisses war auch Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg bei seinem Vetter von Zweibrücken wieder zu Gehör gekommen. Schon Ende 1658 war sein Gesandter Ernst von Kautenstein in Stockholm erschienen und hatte dem Könige eine Allianz mit dem Pfalzgrafen angetragen, welche auf eine Erneuerung des Krieges in den rheinischen Ländern des großen Kurfürsten abzielte. Philipp Wilhelm verlangte eine Garantie seines bisherigen Besitzes von Frankreich, damit dieses ins Feld zu rücken habe, sobald er von überlegenen brandenburgischen Streitkräften angegriffen würde.²⁾ Diese Garantie suchte Schweden von Mazarin zu erwirken; der Antrag wurde jedoch anfänglich ziemlich kühl aufgenommen und nur zu Drohungen gegenüber Brandenburg benützt. Der Kurfürst hatte sich persönlich an Mazarin gewendet, um den Einmarsch in Pommern zu rechtfertigen und nachzuweisen, daß darin keine Verletzung des westfälischen Friedens liegen könne; als der brandenburgische Gesandte in Paris, Herr von Brandt, durch eine schwere Krankheit längere Zeit verhindert war, die Sache seines Herren am Hofe zu vertreten, suchte der Kurfürst den Marschall

¹⁾ Frischmann ist der Verfasser von fünf Broschüren, die sich in sehr scharfer und zugleich origineller Form und mit viel Geist mit dem Frankfurter Wahltag beschäftigten. Ausführliches darüber bei Droysen a. a. D. (Forschungen).

²⁾ Dr. Oskar Krebs, Beiträge zur Geschichte der Politik der Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm und Philipp Wilhelm von Neuburg in den Jahren 1630 bis 1660.

Turenne zu bewegen, daß er dem Kardinal die Notwendigkeit der Operationen in Pommern vom militärischen Standpunkte klar mache.

Mazarin war aber eben auf dem besten Wege, dem Kriege in Pommern ein rasches Ende zu bereiten — durch ein seit langem vorbereitetes Ereignis, das sich in den Pyrenäen abspielen sollte. Spanien war seit dem Fall Dünkirchens überzeugt, daß es Frieden schließen müsse und Mazarin fand keinen stichhaltigen Grund, denselben zu verweigern, wenn die Hauptbedingung — die Vermählung der spanischen Infantin mit Ludwig XIV. — zugestanden wurde. Er glaubte dagegen der Wiederaufnahme Condés in sein Vaterland mit Beibehaltung des größeren Theiles seiner früheren Würden keine besonderen Schwierigkeiten mehr bereiten zu sollen. Wenn Condé die Gnade seines Königes annahm, war seine Opposition ohnehin gebrochen und alle die verschiedenen noch immer nicht erstickten Keime neuer feudaler Erhebungen verloren ihre wesentlichste Nahrung: die Beziehung zu einem mit dem Königtum im Kampf befindlichen Mitgliede der königlichen Familie. Mazarin brachte den jungen König dahin, seine Neigung für Maria Macini, die trotz des Widerspruches ihres Oheims den französischen Thron zu besteigen gehofft hatte, dem Vaterlande zum Opfer zu bringen und sich die spanische Braut gefallen zu lassen.

Seit dem 13. August 1659 wurde auf einer Insel des Flüsschens Bidassoa über die Friedensbedingungen verhandelt. In fünfundzwanzig Stunden wurden sie zustande gebracht. Frankreich verzichtete auf jeden italienischen Besitz mit Ausnahme Pinerolos, das ihm als Einfallsthor für die Zukunft dienen sollte; auch Catalonien, mit Ausschluß von Roussillon, Conflans und Cerdagne ging an Spanien zurück. Karl IV. von Lothringen wurde auf freien Fuß gesetzt, sein Land wurde ihm mit Ausnahme von Barrois, Moyenvic, Clermont und Stenay, die von Frankreich behalten wurden, zurückgestellt. Die Festungswerke von Nancy mußten geschleift werden. Die Franche-Comté blieb bei Spanien, Artois mit Arras, Thionville, Landrecus und Avesnes bei Frankreich. Spanien anerkannte die Erwerbung des Elsaß und zog seine Besatzung aus Jülich zurück. So war der Kamm der Pyrenäen die Grenze der beiden Mächte geworden, im Osten hatte sich Frankreich an den Rhein vorgedrängt und Lothringen wehrlos gemacht. Von den Niederlanden hatte es bereits wertvolle Stücke an sich gebracht und feste Plätze gewonnen, auf welche es seine ferneren kriegerischen Unternehmungen stützen konnte. Der Sieg war ein großer und vollständiger, die Regierung des großen Ludwig hatte in der Ausbeutung desselben eine kaum zu bewältigende Aufgabe. — Acht Tage nach dem Abschlusse des Friedens hob General de Souhes, welcher vor Stettin lag, die Belagerung des Platzes auf, über dessen künftige Besatzung zwischen Oesterreich und Brandenburg bereits Meinungsverschiedenheiten entstanden waren. Die Oesterreicher zogen sich hinter die Oder zurück. Der Feldzug in Pommern hatte für sie keinen Zweck mehr. Brandenburg, das von Oesterreich zu diesem Unternehmen gezwungen worden war, sollte jetzt sehen, wie es mit Schweden fertig ward.

Karl Gustav hätte aus dem Rückzuge der Oesterreicher größeren Vorteil ziehen können, wenn er nicht gleichzeitig auf einem anderen Teile des Kriegsschauplatzes eine empfindliche Niederlage erlitten hätte. Zwei Korps unter den

dänischen Feldmarschällen Oeverstein und Schack, aus dänischen, holländischen, brandenburgischen, polnischen und einer kleinen Abtheilung kaiserlicher Truppen bestehend, zusammen 9860 Mann zu Fuß und Ross waren, nachdem die Generalstaaten den Admiral Ruyter ermächtigt hatten, ihnen die notwendige Unterstützung zur See zu gewähren, an zwei Punkten der Insel Fünen, bei Middlefart und Cartemünde gelandet. Vor Nyborg am Belt stellte sich ihnen am 24. November der schwedische Kommandierende, Markgraf von Sulzbach, an dessen Seite Feldmarschall Stenbock focht, entgegen. Sie waren in der Minderzahl, verfügten jedoch durchaus über alte, erprobte Regimenter, die sich mit äußerster Tapferkeit schlugen. Die schwedische Reiterei fand nur an der brandenburgischen unter Generalmajor v. Quatt herzhaften Widerstand, gegen die Dänen und Polen blieb sie siegreich, dagegen konnte sie gegen das Fußvolk, hinter welchem sich die zurückgetriebenen Reitergeschwader der Allirten wieder sammelten, nicht aufkommen, sie wurde fast gänzlich zersprengt. Ruyter beschloß hierauf Nyborg und zwang die dahin geflohenen Reste der schwedischen Armee zur Waffenstreckung. Die Allirten waren Herren von Fünen. Eine kleine dänische Abtheilung behielt die Insel besetzt, während sich die übrigen wieder nach Jütland, Holstein und Mecklenburg in die Winterquartiere legten.

Unter Vermittelung Frankreichs begannen jetzt die Friedensverhandlungen im Kloster Oliva bei Danzig. Bei denselben fiel Brandenburg die Aufgabe zu, die Vereinsamung Dänemarks zu verhindern und darauf zu dringen, daß nicht an Stelle eines allgemeinen Friedens Separatabmachungen gesetzt werden. In diesem Bestreben wurde Brandenburg jetzt am eifrigsten von den Generalstaaten unterstützt, wo sich die Befürchtung geltend machte, Dänemark könne, wenn Polen und der Kaiser sich mit Schweden abfinden, ganz der Gewalt Schwedens überlassen bleiben. Das holländische Volk war über die zögernde und ängstliche Politik seiner Lenker ungehalten, es war sich bewußt, daß seine Flotten in der Ostsee eine traurige Rolle gespielt und die besten Freunde der Staaten im Stich gelassen hatten. De Witt sah sich genöthigt, dieser Stimmung Rechnung zu tragen und suchte daher immer engere Annäherung an den Kurfürsten, dem er sogar die Wiederanerkennung der Dranischen Rechte in den Staaten in Aussicht stellte.

Brandenburg entwarf anfangs folgendes Programm des abzuschließenden Friedens: Die Verhältnisse zwischen Schweden und Dänemark werden auf den Stand gebracht, in welchem sie sich vor dem Rothschilder Frieden befanden, Schweden tritt Pommern an Brandenburg ab und behält keinen einzigen Platz im königlichen Preußen.¹⁾ An die Aufrechthaltung dieser Punkte war nicht zu denken: die Forderung wegen Pommern wurde bald auf die Erhaltung der darin von den Allirten besetzten Plätze beschränkt. Als die Neigung der Polen zu einer geheimen Verständigung mit Schweden immer offenkundiger wurde und die Aussicht, das Zugeständnis Polens zur Behauptung der Obermündung zu erlangen, schwand, ließ sich Friedrich Wilhelm zum Verzicht auf alle und jede neue Erwerbung herbei (20. Februar 1660). Drei Tage darauf starb ganz

¹⁾ Diarium Europ. 1660, 9. Januar.

unerwartet Karl Gustav von Schweden, kaum achtunddreißig Jahre alt, zu Gothenburg, wo er Reichstag gehalten, am Flecktyphus. Für Brandenburg-Preußen war dies ein Ereignis von großer Tragweite. Es ist nicht anzunehmen, daß der stürmische Charakter und Ehrgeiz dieses Fürsten die Entwicklung und Erstarkung des Staates des großen Kurfürsten ohne neuerliche Störungen hätte geschehen lassen. Wenn er der Bundesgenosse Ludwigs XIV. geworden wäre, hätte sich die schwedische Herrschaft an der Obermündung wahrscheinlich länger erhalten. Denn kriegerischer Geist und Kühnheit, das Geschick, mit geringen Mitteln große Unternehmungen einzuleiten, kann dem Könige nicht abgesprochen werden. In der Bethätigung dieser Eigenschaften konnte er sich nicht auf seine ererbten Lande beschränken, deren Regierung er ohnehin mit den durch große Privilegien ausgezeichneten Reichsständen zu teilen hatte, er war auf auswärtige Kriege angewiesen, um Schwedens Großmachtstellung, die der künstlichen Nahrung bedurfte, zu erhalten. Zweimal hatte er die schwedischen Fahnen bis an die Hänge der Karpathen getragen, er würde sich bei geeigneter Weltlage nicht scheut haben, sie nochmals an die Donau zu führen! Brandenburg wäre dann zu einem Ringen auf Leben und Tod genötigt gewesen, dessen Ausgang sich jeder Berechnung entzieht.

Für den Augenblick wurden die Beziehungen der Mächte bei den Friedensverhandlungen wenig geändert. Die schwedischen Reichsstände, welche das Erbrecht Karls XI., sowie die Vormundschaft der Königin anerkannten, waren zwar sehr geneigt, ihrem Lande den Frieden wiederzugeben, beschloßen aber trotzdem neuerliche Rüstungen, um sich nicht zu unwürdigen oder nachtheiligen Bedingungen zwingen lassen zu müssen. Polen beharrte dabei, „daß auch nach dem Tode des schwedischen Königs die Traktaten nicht im mindesten aufgehoben werden dürfen und um Separation zu verhüten, mußten die brandenburgischen Gesandten nebst den Kaiserlichen sich darein fügen“. Sie machten es so eilig, behauptet das Diarium der brandenburgischen Gesandtschaft, daß sie nicht einmal um ihres eigenen Interesses willen einen Aufenthalt gestatteten, geschweige daß sie sich um den Vorteil anderer kümmerten; zur Besprechung des dänischen Punktes wollte der Großkanzler Lubomirsky nicht mehr als eine halbe Stunde zugestehen.

Für Dänemark war die Haltung Hollands entscheidend, dessen Eifer seit dem Tode Karl Gustavs wieder sehr abgekühlt war. Die feinen Handelsgeschäften gefährlichen baltischen Pläne des verstorbenen Königs wurden ja doch so bald nicht wieder aufgegriffen. Ruyter ließ sich durch den französischen und englischen Gesandten bewegen, die Stellung von Landscrona, wo die schwedische Flotte eingeschlossen war, zu verlassen. Dadurch bekam Schweden wieder das Uebergewicht zur See und Dänemark mußte gewisse Forderungen, die es nach dem Siege von Nyborg aufgestellt hatte, fallen lassen.

Der Friede, welcher am 23. April 1660 in Oliva von den Gesandten Schwedens, Polens, Brandenburgs und des Kaisers unterzeichnet wurde, enthielt die Renunziation des Königs von Polen auf alle Rechte in Schweden, indem nur dem regierenden Könige Johann Kasimir gestattet wurde, sich für seine Person des Titels und Wappens eines Königs von Schweden zu bedienen, jedoch nicht gegenüber Schweden selbst, ferner die Abtretung von Livland diesseits

der Düna an Schweden, während die herzogliche Familie von Kurland wieder in ihr Land einzusetzen war und Semgallen bei Polen zu verbleiben hatte. Schweden trat an Polen Marienburg und Elbing¹⁾ ab, wogegen ihm alle in Pommern, Mecklenburg, Holstein und Schleswig entrissenen Plätze wieder überlassen wurden. Hinsichtlich Brandenburgs renunzierte Schweden allen mit ihm aufgerichteten Verträgen, besonders den vom Jahre 1656. Brandenburg stellte alle in Pommern, Mecklenburg, Holstein und Schleswig eroberten Orte an Schweden zurück. Des Friedens zwischen Schweden und Dänemark wurde im 32. Artikel Erwähnung gethan und dabei den geheimen Bestimmungen von Rothschilde Geltung zugeschrieben.

Am 27. Mai wurde äußerlich unabhängig, aber doch in notwendigem, innerem Zusammenhange mit den Beschlüssen von Oliva den Feindseligkeiten zwischen den beiden nordischen Königreichen durch einen unter Vermittelung des französischen Gesandten Terlon zustande gebrachten Vertrag ein Ende gemacht, welcher den Namen des Friedens von Kopenhagen oder des nordischen Friedens trägt. Darin war die Abtretung von Blekingen, Schonen, Halland samt der Insel Ween neuerlich bestätigt, Bornholm, sowie Drontheim der Krone Dänemark zugesprochen und im übrigen der frühere Stand hergestellt. Die Kriegsschiffe beider Mächte hatten sich im Sund gebührend zu begrüßen, wenn mehr als fünf Kriegsschiffe einer der beiden Staaten oder Truppen in größerer Zahl als 1200 den Sund zu passiren hätten, so mußte dies drei Wochen vorher in Helsingburg oder Helsingör angezeigt werden. Den Gedanken an die Alleinherrschaft im Baltischen Meere mußte Schweden aufgeben.

Mit dem Hause Holstein-Gottorp war schon am 12. Mai 1658 unter englischer und französischer Vermittelung ein Vergleich geschlossen worden, demzufolge das Herzogtum Schleswig aus der Lehenshoheit von Dänemark gelöst und in den freien Besitz der gedachten Linie gesetzt wurde. Das Bistum Schleswig wurde ebenfalls zur Hälfte den Holsteinern zugeschrieben. Dieser Vertrag wurde nunmehr bestätigt. Nur wegen Aufhebung der bisherigen gemeinschaftlichen Regierung über Prälaten, Ritterschaft und Städte wollte man sich noch vergleichen. Friedrich III. von Holstein-Gottorp war am 16. August 1659 gestorben; ihm folgte zuerst Herzog Johann, dann (1566) sein Sohn Christian Albert, bisher Bischof von Lübeck, in der Regierung von Schleswig. Das Bistum Lübeck bekam des letzteren Bruder August Friedrich, denn das Domkapitel von Lübeck hatte 1647 mit Herzog Johann einen Vertrag errichtet, daß nach ihm und seinem Bruder noch sechs Bischöfe aus dem Hause Gottorp gewählt werden mußten.²⁾

Der große Kurfürst allein hat in dem nun abgeschlossenen Kriege deutsche

¹⁾ Elbing gehörte als Pfand für die Summe von 400 000 Thaler seit dem Wehlauer Traktat Brandenburg. Letzteres war mit Polen übereingekommen, daß die faktische Uebergabe nicht an Polen, sondern an Schweden geschehen solle. Das Friedensinstrument enthielt jedoch nichts darüber. Brandenburg hatte dem Drängen des österreichischen Gesandten de l'Isola nachgegeben und diesen Streitpunkt fallen gelassen. Der Prinz von Condé erbot sich, die 400 000 Thaler an Brandenburg zu bezahlen, wenn er oder sein Sohn Enghien König von Polen werden würde.

²⁾ Raßen, Verhandlungen zwischen dem Könige zu Dänemark und dem Herzogl. Gottorfischen Hause 1658—1684. N. Archiv für Schleswig-Holstein und Lauenburg, 3, 4.

Interessen vertreten. Oesterreich hatte für die Erhaltung der katholischen Dynastie in Polen die Waffen ergriffen und sich daselbst eine Partei zu schaffen versucht, mit deren Hilfe eine habsburgische Kandidatur bei nächster Erledigung der Krone zu ermöglichen gewesen wäre. Auf den Nebenweck, Frankreichs Einfluß entgegenzutreten und dessen Verbündeten Schweden zu demütigen, um dadurch die Widerstandslust Spaniens zu nähren, wurde bereits hingewiesen. Brandenburg hatte die Souveränität Preußens zu verteidigen, die Freiheit der Ostsee zu wahren. Die Zukunft des deutschen Handels hing damit aufs innigste zusammen. Von Dänemark hatte derselbe keine Vergewaltigung zu befürchten, um so mehr aber von Schweden, das darauf ausging, sich aus dem Ostseehandel eine reichlich fließende Einnahmsquelle zu sichern. Mit dieser wollte es die militärische Macht erhalten, durch welche sein Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten gestützt wurde. — Es fehlte nicht an Ratgebern, welche den Anschluß Brandenburgs an Schweden verlangten und darin die nationale Wohlfahrt und Freiheit gesichert wähnten. Sie waren dafür eingetreten, Brandenburg solle den Kampf zwischen Schweden und Dänemark in der Weise ausnützen, daß es sich einige Vorteile aneigne, die bis jetzt von Dänemark ausgebeutet wurden.¹⁾ Der große Kurfürst ging darauf nicht ein; er verzichtete auf die Mitwirkung eines Mannes, der ihm bei der Festigung seiner Regierung, bei der Reform der Verwaltung seiner Länder die besten Dienste geleistet hatte; er ließ den Grafen Walbeck zu den Schweden ziehen; er selbst aber kämpfte für Dänemark. Denn er sah scharfer und weiter als Walbeck. Brandenburg mußte vor allem anderen selbst an die Stelle Schwedens an der deutschen Ostseeküste treten, wenn es seine nationale Sendung erfüllen sollte. Und darum war sein Platz, seitdem es in Preußen seine Selbständigkeit behauptet und bei Warschau seine Kräfte erprobt hatte, zumeist im Lager der Gegner Schwedens.

¹⁾ Gustav Schmoller hat in einem Vortrage, den er im Vereine für Geschichte der Mark Brandenburg hielt, auf ähnliche Bestrebungen hingewiesen. 1658 wurde dem großen Kurfürsten von unbekannter Hand eine Denkschrift eingereicht, in welcher derselbe aufgefordert wird, die augenblicklich günstige Lage der politischen Verhältnisse zu benutzen, um das von den Dänen zur Beherrschung des Elbhandels gegründete Glückstadt einzunehmen und sich zum Großadmiral des Deutschen Reiches zu machen. Man verstand damals unter Admiralität eine Genossenschaft von Rauffahrern, die sich zu gegenseitigem Schutze, zu gemeinsamer Wahrnehmung ihrer handelspolitischen Interessen und zu einheitlicher Behandlung des Strafrechtes auf ihren Schiffen sammelten. Die Machtstellung der Dranier beruhte darauf, daß sie es verstanden hatten, die Leitung der verschiedenen Admiralitäts-Kollegien der Niederlande zu gewinnen, dieselben gleichsam zu verstaatlichen und nun an dem Einflusse und an den großen Einnahmen teilzunehmen, welche diesen Kollegien aus den für ihre Zwecke erhobenen Seezöllen, aus den Pfringelberrn, aus der Befugnis, kaufmännische Schulden zu machen, Truppen zur Bedeckung der Schiffe zu halten u. s. w. von Rechts wegen erwachsen. Der Verfasser der Denkschrift hatte im Sinne, für Deutschland etwas Aehnliches zu schaffen; er nahm mit derselben einen Plan wieder auf, der im Jahre 1627 von Wallenstein aufgestellt war, nur mit dem gewaltigen Unterschiede, daß damals die protestantischen deutschen Seestädte durch Gewalt und Verführung mittels der zu gründenden Admiralität in das österreichisch-spanische Bündnis herübergezogen werden sollten, während jetzt, nach dem Wegfalle der religiösen Rücksichten, derselbe Gedanke den deutschen Seestädten, deren Selbständigkeit in ihren inneren Angelegenheiten er gar nicht berührte, unabsehbare Vorteile in Aussicht stellte. Ueber die Aufnahme der Denkschrift beim Kurfürsten ist nichts bekannt geworden.

Das siebente Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts weist in seinem Beginne große Ereignisse auf, welche den Eintritt neuer europäischer Verhältnisse anzeigen. Wenige Wochen nach den Friedensschlüssen von Oliva und Kopenhagen landete Karl II. in Dover, am 26. August, genau zwölf Jahre nach dem Barrikadentag, hielt Ludwig XIV. mit seiner Gemahlin, der Infantin Maria Theresia von Spanien, seinen Einzug in das festlich geschmückte Paris unter dem Jubel der Bürgerschaft; an der Spitze der Prinzen von Gebürt und des hohen Adels von Frankreich ritt der große Condé. Am 8. März 1661 starb Kardinal Mazarin, die Alleinherrschaft des großen Ludwig konnte ihren Anfang nehmen.

Karl Stuart war vor seiner Abreise von Holland noch von der Gesandtschaft des Kurfürsten von Brandenburg begrüßt worden, an deren Spitze Johann Moriz von Nassau stand, und hatte derselben die Erklärungen aufrichtigsten Dankes und herzlichster Freundschaft für den Kurfürsten gegeben. Dieselbe Gesandtschaft, der auch Rat Weimann angehörte, folgte ihm nach England, ordnete daselbst durch den Vertrag vom 17. Mai 1661 die Beziehungen beider Fürsten in Angelegenheit der Vormundschaft über den jungen Prinzen von Oranien, als dessen Oheim Karl von England die Mitvormundschaft führte, und schloß am 26. Juli d. J. eine Allianz zwischen England und Brandenburg, in welcher letzterem sein ganzes Ländergebiet garantiert wurde. Außerdem wurden ihm handelspolitische Vorteile eingeräumt, und machte man sich gegenseitig die Zusicherung, daß alle Erleichterungen, welche Holland und Dänemark erreichen würden, auch jedem der beiden Staaten zuzukommen hätten. Diese freundschaftliche Haltung Englands hätte nicht nur für Brandenburg, sondern für die protestantischen Reichsstände überhaupt höchst wertvoll werden können, wenn sie dauernd und verläßlich gewesen wäre. Mit einem festen Rückhalte an England hätte der große Kurfürst den Kampf gegen den französischen Einfluß sofort aufnehmen können. Nur zu bald aber mußte man wahrnehmen, daß Karls II. Charakter keine Bürgschaft für eine selbstbewußte und gleichmäßige Politik bot. Er ließ sich von Ludwig XIV. zu der Vermählung mit der Infantin von Portugal bewegen und damit begann seine Abhängigkeit. Der pyrenäische Friede hatte den Gegensatz zwischen Frankreich und Spanien ja nicht auszutilgen vermocht. Ludwig XIV. betrachtete das Opfer, welches ihm Philipp durch die Einwilligung zur Heirat seiner Tochter gebracht hatte, nur als eine erste Abschlagszahlung des Tributes, den er von Spanien noch ferner einzuheben gedachte. In Spanien fühlte man diese Gesinnung des Nachbarn sehr bald; die Unterstützung, welche er Portugal angedeihen ließ, mußte jeden Zweifel beseitigen. Die Ehe Karls II. (geschlossen 1662) galt daher als eine Feindseligkeit Englands gegen Spanien. Noch deutlicher wurden jedoch die Beziehungen des ersteren zu Frankreich, als Karl mitten im Frieden die Festung Dünkirkchen um 500 000 Pistolen an Ludwig überließ. Frankreich und Schweden waren ihrerseits damit beschäftigt, auf die in Aussicht stehende Erwählung eines Nachfolgers für Johann Kasimir von Polen Einfluß zu bekommen. Frankreich stellte im Einverständnisse mit der Königin die Kandidatur des Herzogs von Enghien, Condés Sohn auf und suchte Schweden für dieselbe zu gewinnen. Der schwedische Gesandte in Paris, Graf Tott, ließ sich zur Abfassung eines Vertrages herbei, welcher ein gemeinsames Vorgehen

beider Kronen in der polnischen Wahlangelegenheit vereinbarte. Die vormundtschaftliche Regierung versagte diesem Vertrage jedoch die Ratifikation, wahrscheinlich über Veranlassung des Reichsrates Grafen Björentkluu, welcher es verhindern wollte, daß Schwedens Politik von Frankreich völlig ins Schlepptau genommen wurde.¹⁾ Darin jedoch waren beide Mächte einig, daß Brandenburg verhindert werden müsse, für Oesterreichs Interessen thätig zu sein, welches den polnischen Feldzug doch nur in der Erwartung unternommen hatte, sich in der Republik eine Partei zu schaffen und durch dieselbe die Erhebung eines österreichischen Prinzen (Erzherzog Karl Josef) zu erwirken. Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg glaubte ebenfalls in der polnischen Krone einen Ersatz für die ihm entgangene Kaiserkrone finden zu können, er fand aber damals noch wenig Anklang und stand mit Brandenburg noch in einem viel zu feindseligen Verhältnisse, um von diesem eine Unterstützung seiner Bewerbung ansprechen zu können.

Die braunschweigischen Höfe hatten noch während des nordischen Krieges Versuche gemacht, den Kurfürsten der rheinischen Allianz zu nähern. Die Bestimmung des Kurfürsten über den Ausgang der Allianzverhandlungen in Frankfurt hatte den ehrlichen Bemühungen der Braunschweiger gegenüber, ihm ihr Vertrauen zu bezeigen, nicht lange standgehalten, und er hatte sich deren Anläufe, als Friedensvermittler aufzutreten, gefallen lassen. An den meisten deutschen Höfen herrschte über die Absichten Frankreichs und die Macht, welche diesem bereits zur Verfügung stand, gänzliche Unkenntnis. Die Braunschweiger glaubten ganz ernstlich daran, daß es ihnen noch möglich werden könne, Frankreich zu Gunsten der Erhaltung des Friedens auszunutzen zu können, ohne das Wohl des Reiches und die deutsche Freiheit zu schädigen, während von französischer Seite alles darauf angelegt war, die Rheinbundfürsten zu widerstandslosen Werkzeugen der weitausgreifenden französischen Politik zu machen. Sie waren sich des Gegenseitigen nicht bewußt, der trotz der freundlichen äußeren Beziehungen bereits zwischen Frankreich und Brandenburg bestand, sie sahen nichts Widersprechendes darin, wenn sie einerseits Brandenburg in die rheinische Allianz einzubeziehen suchten, und andererseits den Vorschlag des Herrn von Mauberoche aufgriffen, sich um eine Subvention Frankreichs zu bewerben, mit der sie 5—6000 Mann Truppen unter dem Befehle eines ihrer Prinzen aufstellen könnten. Der Friede von Oliva beseitigte diesen Plan, den Frankreich anfangs mit Begierde ergriffen hatte,²⁾ er unterbrach aber die Verhandlungen mit Brandenburg nicht, die nunmehr zu einer Garantie des Friedens führen sollten, obwohl der Gesandte Frankreichs in Frankfurt, Gravel, nicht aufhörte, die Verbindung Brandenburgs mit dem Kaiser vor den Augen der rheinischen Alliierten zu verdächtigen. Der Kurfürst setzte dem Herrn von Gladebeck, der im November 1661 von Celle nach Berlin gesendet worden war, um dort nochmals für den Rheinbund Stimmung zu machen, sehr deutlich auseinander: Er sei weder kaiserlich, weder spanisch, weder französisch, weder schwedisch, sondern einzig und allein gut reichisch und würde

¹⁾ Grauert, Ueber die Thronentsagung des Königs Johann Kasimir von Polen und die Wahl seines Nachfolgers. Sitzungsber. der Wiener Akad. der Wissensch., VI. Bd., S. 342 u. ff.

²⁾ Röcher, Geschichte von Braunschweig und Hannover 1648—1714, I. T., S. 290 u. ff.

für dessen (des Reiches) Freiheit alle seine consilia und actiones dirigieren. Er wäre dem Kaiser zu nichts in der Welt obligiert als pro salute Imperii und dessen Defension und wenn der Kaiser diese Stunde etwas dagegen anfangen würde, so wäre er der ärgste Feind des Kaisers, was er diesem klärllich sagen und schreiben lassen. Sein Bündnis mit dem Kaiser sei ihm durch die Lage seiner Staaten geboten, die bei jedem Angriff Schwedens auf die österreichischen Erblande in Mitleidenschaft gezogen würden, darum wolle er lieber mitspielen als zusehend das Seinige verlieren. Seitdem er mit Schweden hätte brechen müssen, wäre auch Frankreich gegen ihn verstimmt, hätte den Neuburger an sich gezogen und am Heidelberger Hofe gegen die brandenburgischen Beziehungen intrigiert. Sollten sich etwa die deutschen Fürsten von den Kronen vorschreiben lassen, ob und mit wem sie sich zu verbinden hätten? Der König von Frankreich wollte alle consilia in dem Römischen Reich dirigieren und möchten doch die deutschen Fürsten selbst bei sich erwägen, in was für Esklavität sie sich und ihre Nachkommen stürzten.

Wer sonst im Reiche hat das Interesse desselben richtiger erkannt, wer konnte sich rühmen, patriotischer zu denken? Das war eben der große Zug in der Politik Friedrich Wilhelms, daß er die Machtstellung seines Hauses in untrennbare Beziehung zu der Weltstellung Deutschlands brachte, daß er die nationale Tradition der Hohenzollern begründete.

Es half wohl nichts, daß Herr von Gläbebeck gegen die Ansicht Verwahrung einlegte, die Braunschweiger gedächten die Herrschaft im Reiche in die Hände fremder Kronen zu spielen. Der Kurfürst wußte selbst, daß sie dies nicht wesentlich thaten und auf dem besten Wege dazu waren. Er konnte vorläufig nur zuwarten und die Dinge reifen lassen. So, wie sie standen, war sein Eintritt in die Allianz nicht geraten.

Zur Pfalz, auf welche der Kurfürst in der Audienz mit Gläbebeck hingewiesen und die er ebenfalls in den rheinischen Bund einbezogen haben wollte, hatten sich Annäherungen ergeben. Sie waren aus der Scheidungsgeschichte des Pfalzgrafen hervorgegangen, die in ihrem Verlaufe zu einer politischen Frage wurde. Karl Ludwig hatte sich 1650 mit Charlotte von Hessen, der Schwester des Landgrafen Wilhelm von Kassel, vermählt. Sie war eine herrschsüchtige, eigenwillige, unangenehme Frau, die keine Gelegenheit veräumte, ihrem Manne, der ja selbst nicht zu den sanften und verträglichen Naturen gehörte, das Leben sauer zu machen. Er ertrug seine häuslichen Leiden, die wiederholt — so besonders auf dem Regensburger Reichstage 1654 — recht offenkundig geworden waren, bis ihn eine ernste Neigung zum Kampfe gegen das drückende Eheband reizte. Luise von Degenfeld, welche als Hofräulein der Kurfürstin zur Leidensgenossin des schlecht behandelten Gatten geworden war, ließ sich zu einem Briefwechsel mit diesem herbei, der bald zur Vermittelung ernster Gefühle dienen mußte. Der Pfalzgraf war entschlossen, ihr die Rechte seiner Gattin zu geben; er erklärte die Ehe mit Charlotte für aufgelöst und verband sich 1658 mit Luise, welcher er den Titel einer „Kaugräfin“ verlieh und einen eigenen Hofhalt in Schwetzingen einrichtete. Charlotte sollte sich in ihre hessische Heimat zurückbegeben. Sie wich aber nicht vom Plage und auch das Haus Hessen war

durchaus nicht geneigt, den eigenmächtigen Scheidungsprozeß des Kurfürsten anzuerkennen. Nachdem die ersten Vermittlungsversuche gescheitert waren, wurden die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg zu denselben herangezogen. Der letztere war dazu um so mehr veranlaßt, als seine Schwester Hedwig Sophie als Gattin Wilhelms regierende Landgräfin von Hessen-Kassel war. Friedrich Wilhelms schonendes Auftreten scheint sehr wohlthuend auf den Pfalzgrafen gewirkt zu haben und dessen Vertrauen neigte sich noch mehr dem Brandenburger zu, als dieser in einer anderen Streitsache, die zwischen Pfalz und Köln wegen der Lehenshoheit über den Grafen Friedrich von Wied entbrannte, zu seinen Gunsten beim Kaiser und beim Kurfürsten von Köln eintrat. Als äußerer Ausdruck dieses Vertrauens erscheint der Abschluß eines Defensivbündnisses (Kleve, 6. Mai 1661), in welchem sich die beiden Kurfürsten Unterstützung auf allen Reichsversammlungen, im Falle eines ungerechten Angriffes schnelle Hülfe zusagten und Pfalz insbesondere Brandenburg den unge störten Besitz von Kleve, Mark und Ravensberg gewährleistete.¹⁾ Ein Nebenrezeß formulierte die zu leistende Hülfe für Brandenburg mit 100 Mann zu Roß und 300 Mann zu Fuß, für Pfalz mit 250 Mann „guter, tüchtiger, geworbener und bewehrter Musquetir“. Die Ehehändel des Pfalzgrafen führten jedoch bald wieder zu einer Lockerung des neubegründeten guten Verhältnisses. Friedrich Wilhelm hatte sich redlich bemüht, ein Ausgleichsoperat zustande zu bringen, welches beiden Teilen gerecht werden konnte, er hatte jedoch die unbedingte Annahme desselben von beiden Seiten verlangt. Der Geiz Karl Ludwigs, der seiner rechtmäßigen Gemahlin nicht 8000 Thaler jährlich für ihren Unterhalt auszusahlen geneigt war, verhinderte den Abschluß der peinlichen Angelegenheit. Nach dem Tode des Landgrafen Wilhelm (16. Juli 1663) kehrte Charlotte freiwillig nach Kassel zurück. Damit war Karl Ludwigs dringendster Wunsch erfüllt, und er hatte um so weniger Grund zur Nachgiebigkeit, so daß die Verhandlungen noch Jahre hindurch fortgingen.²⁾

Die rheinische Allianz machte sich in den Reichsangelegenheiten zuerst geltend, als es sich darum handelte, den Deputationstag wieder ins Leben zu rufen. Derselbe war — wie erwähnt — während des Wahltages zwar nicht aufgehoben, ja nicht einmal förmlich unterbrochen — sondern nur dadurch außer Thätigkeit gesetzt worden, daß der Kurfürst von Mainz sich herbeigelassen hatte, von der Einberufung von Sitzungen abzustehen. Für den 1. Oktober 1658 hatte der Erzkanzler jedoch die Wiederaufnahme der Sitzungen in Frankfurt angeordnet. Die kaiserliche Regierung ließ sich, wie es in dem Schreiben an Kurmainz vom 14. August heißt, die Kontinuation der Reichsdeputation gefallen, nahm jedoch das Recht der Berufung für sich in Anspruch und bezeichnete, um dieses Recht auch thatsächlich auszuüben, Nürnberg als Sitzungsort, weil die raschere Verbindung mit dem Wiener Hofe auch dem Geschäftsgange förderlich sein werde.³⁾ Damit trat man auch den Anmaßungen des Kurfürsten von Mainz

¹⁾ Urk. und Aktenst. XI, Bd. 2.

²⁾ Luise von Degenfeld beschenkte den Pfalzgrafen mit dreizehn Kindern. Trotzdem ist das Geschlecht der Raugrafen und Raugräfinnen schon in der zweiten Generation erloschen.

³⁾ Lönborp, Acta publica, VIII, S. 415.

entgegen, der eine Wechselwirkung zwischen der rheinischen Allianz und der Reichsdeputation herzustellen und sich mit Hilfe der letzteren eine Art Nebenregierung im Reiche einzurichten bestrebt war. Der Kaiser wendete sich nun auch offen gegen die Allianz. Er erklärte in dem Advokatorial-Mandat vom 14. Oktober 1658 den Krieg gegen Schweden für eine zum Schutze von Reichsteilen, namentlich des Herzogtums Holstein beschlossene Unternehmung und unterfagte den Reichsangehörigen den Dienst unter schwedischen Fahnen mit Beziehung auf den westfälischen und den allgemeinen Landfrieden. Dies war zugleich ein Wink an die Alliierten, sich nicht durch Schweden zu einer Parteinahme bestimmen zu lassen. Ganz unumwunden äußerte er sich jedoch in dem Schreiben an den Bischof von Bamberg (22. Januar 1659): „Er könne nichts anderes finden, als daß durch dies Allianzwesen die dazu getretenen Stände, indem ein jeder ohne Not und einigen Nutzen sich in kostbare Verfassung setzen muß, vollends energiert, die Kronen dagegen in ihren kriegsbegierigen Anschlägen nur mehr gestärkt und veranlaßt werden, den einen hier, den anderen dort zu opprimieren.“¹⁾ Der Deputationstag sollte nach einer neuen Anordnung vom 30. Januar 1657 in Regensburg zusammentreten. Dagegen traten Mainz und Köln auf, letzteres berief sich darauf, daß Frankfurt vermöge Reichstagsbeschlusses als Sitzungsort für den Deputationstag bestimmt sei, daher in der Berufung an einen anderen Ort eine Verfassungsverletzung liege.

Nachdem diese Frage ein volles Jahr hindurch den Anlaß zu einem lebhaften Depeschenwechsel zwischen Kaiser, Reichsständen und Kreistagen gegeben, der Deputationstag in Frankfurt ein Kumpf geblieben und der in Regensburg überhaupt nicht eröffnet worden war, verlangten Bayern und Salzburg die Einberufung eines Reichstages. Sie waren dazu um so mehr berechtigt, als der Reichstag 1654 überhaupt nicht geschlossen, sondern auf zwei Jahre vertagt worden war und von Rechts wegen am 17. August 1656 seine Thätigkeit wieder hätte beginnen sollen. Der Kaiser war von diesem Schritte jedoch nicht sehr erbaut, er fürchtete, daß die auf Frankreich und Schweden sich stützende Opposition auf dem Reichstage an Macht gewinnen und seine äußere Politik noch mehr werde beeinflussen wollen. Er ging erst dann auf den Vorschlag ein, als ihm durch den mittlerweile zum Ausbruche gelangten Türkenkrieg die Reichshülfe unentbehrlich geworden war, welche nur von einem Reichstage bewilligt werden konnte.

Erst am 8. Februar 1662 erfolgte die Ausschreibung nach Regensburg für den 8. Juni. Es war die letzte, die überhaupt erfolgt ist, denn dieser Reichstag wurde zum immerwährenden.

Der Südosten des Reiches bot nach dem westfälischen Frieden ein wesentlich anderes Bild, als das, welches wir in den letzten Kapiteln vom Nordosten zu entwerfen versucht haben. Das Grundgesetz alles organischen Lebens, daß jedes Werden von einem Vergehen begleitet sein muß, erfüllt sich auch in der Geschichte

¹⁾ Ebenbaselbst, S. 509.

der Völker. Das Gefühl der Wehmut, dieses ewigen Schattens der Freude, das sich in ungezählten Liedern der Menschenbrust entringen hat und das Gemüt um so sicherer beherrscht, je tieferer Erregung es fähig ist, es kann uns auch dann nicht verlassen, wenn wir in der Darstellung der Völkergeschichte zu günstigen Wendepunkten gelangt sind. Die Freude, mit welcher wir das Leben, das aus Ruinen sprießt, begrüßen, sie wird aufgewogen von dem Schmerze, den wir empfinden müssen, wenn wir an dem Aste eines kräftigen Baumes das erste Reis welken und verkümmern sehen. Dem deutschen Volke ist diese Tragik nicht erspart geblieben, es mußte jeden großen Fortschritt seiner Entwicklung mit einem Verluste büßen. Von seinem ersten reckenhaften Sprunge in die romanische Welt beginnend und es weiter verfolgend auf dem Vorstoße gegen Westen, bei der Aufnahme des Christentumes, in seinem kühnen Griffe nach dem römischen Imperium und weiter bis zu der Ausdehnung seiner Macht an den Küsten des Mittelmeeres und der Einbürgerung seiner Söhne an den Pflegestätten antiker Welt- und Kunstanschauung, immer finden wir, wie Liebe sich mit Leide lohnet, wie guter alter Besiß um neuen glänzenden Erwerb preisgegeben werden muß, und wie nahe die Gefahr oft lag, in dem Ringen um heißerstrebt Güter den inneren Zusammenhang zu verlieren.

Niemals war diese Gefahr größer, als nach dem großen Kriege. Noch war der Grundstein zu dem neuen staatlichen Gebäude, das den Deutschen Schutz und Schirm gewähren sollte, nicht so fest gelegt, daß er nicht verrückt und zerschlagen werden konnte, noch wußten die Besten des Volkes nicht, daß und wo es einen solchen Grundstein gab, offen vor ihren Augen aber klasten die Risse des alten Baues und unverborgnen blieb es ihnen, daß die Verbindung seiner Teile immer lockerer wurde. Während die Hohenzollern neues Gebiet dem Reiche verbanden und sich auf dem Boden desselben einen Staat zusammensammerten, der den Deutschen bald mehr frommen sollte, als das wankende Reich, zog Habsburg die südöstlichen Grenzlande von ihrem Mittelpunkte ab und verkettete ihr Schicksal mit dem fremder Völker, die wohl vieles zu erwarten und zu verlangen, aber nichts zu bieten hatten, wonach die Deutschen begehren konnten.

Es ist beklagenswert, daß das nationale Königtum der Magyaren sein Ende fand, als es seine Probe in dem Kampfe gegen die Türken bestehen sollte. Ein Bundesverhältnis deutscher Könige mit einem selbständigen Magyarenreiche wäre für beide Teile weit nützlicher gewesen, als die Vereinigung der Kronen Karls des Großen und des heiligen Stefan auf einem Haupte, das auch der vielberufenen Wenzelskrone noch einigen Raum bieten sollte. Ein einiges Ungarn unter einem Corvinen hätte dem Vordringen der Osmanen sicherer Einhalt geboten, als die aus aller Herren Ländern zusammengelassenen Scharen, mit welchen die Habsburger die halbkreisförmig zurückweichende Grenze von Siebenbürgen bis Fiume zu verteidigen hatten. Die Deutschen mußten es geschehen lassen, daß der Wall, der vor ihrer Ostgrenze lag, zerbarst und der Erbfeind siegreich durch die Bresche eindrang. Indem die deutschen Habsburger ihre Erbansprüche in Ungarn vertraten, drängten sie die nationale Opposition in das Lager der Feinde. Gerade die kräftigeren und reineren Elemente unter den Magyaren kämpften neben dem Halbmonde, an der Verteidigung des kaiserlichen

Ungarns beteiligten sich die Landesfinder nur lässig und nahezu die ganze Last derselben fiel den deutschen Erbländern zu. Das Interesse des deutschen Reiches hätte es erheischt, daß es mit ganzer Macht den Krieg im Osten geführt hätte. Dagegen stemmten sich aber die religiösen und die mit ihnen verknüpften realen Interessen der protestantischen Fürstenhäuser. Habsburg erzwang die katholische Glaubenseinheit in den Alpenherzogtümern und in den Ländern der böhmischen Krone und machte dadurch jede Annäherung der Reformierten in Ungarn unmöglich. Wohl ist in den Versammlungen des evangelischen Adels von Oesterreich das Wort gefallen, man werde lieber mit dem Türken zusammengehen, als dem Evangelium untreu werden. Es blieb aber bei den Worten und die Anhänglichkeit an das heimische Fürstenhaus siegte über die freilich mit wenig Entschiedenheit geführte Sache der protestantischen Partei. Der internationale Ultramontanismus, der endlich am Wiener Hofe zur Herrschaft gelangte, entfernte die Bevölkerung der alten Reichsländer immer mehr von ihren Stammesgenossen. Der Einfluß der Italiener, Spanier und Wallonen überwog bald den des deutschen Adels. Mit der protestantischen Opposition war auch die Kraft der Stände in den fünf deutschen Herzogtümern gebrochen, in Böhmen und dessen Nebenländern aber, wo Deutsche und Tschechen in dem Kampfe für die Glaubensfreiheit und die territoriale Selbständigkeit gemeinsame Sache gemacht hatten, trat die katholische Reaktion im Namen einer deutschen Regierung auf und aller Unmut und Groll gegen die Unterdrücker nährte die Abneigung gegen deutsches Wesen, welche erst in unsern Tagen zum vollen Ausbruch kommen konnte.¹⁾

Der westfälische Friede schnitt jede Hoffnung auf eine Besserung dieser Verhältnisse ab; die Deutschen in Oesterreich sind schon damals zum erstenmal das Opfer des Friedens geworden. Die Glaubensfreiheit des Nordens war gerettet, die der Oesterreicher wurde preisgegeben und damit war das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität der Deutschen vernichtet. Hatten die evangelischen Stände die günstigen Zeiten des Dreißigjährigen Krieges für sich nicht auszunützen vermocht, so waren sie noch weniger befähigt, sich dem Drucke zu widersetzen, der nach dem Frieden von einer ihres Zieles sehr wohl bewußten Regierung ausging, die sich der zentralistischen Tendenz der Fürstenpolitik mit großer Klugheit zu bedienen wußte. Scharfe Religionspatente ergingen in jenen österreichischen Ländern, in denen noch ein Bruchteil des Adels das Evangelium bekannte, vor allem in Niederösterreich. Am 10. April 1651 wurde den Unkatholischen das Exerцитium religionis strenge untersagt mit Ausnahme der Herren- und Ritterstandspersonen, welchen das Exerцитium über Berufung auf den Münsterschen Frieden gestattet wurde. Die Evangelischen wurden aufgefordert, die Städte zu verlassen. Nur katholische Arme erhielten Almosen, den Evangelischen wurde Taufe und Ehe verweigert, nicht einmal als Taufzeugen wurden sie zugelassen. Die Teilnahme an dem evangelischen Gottesdienst außer Landes

¹⁾ Nach der Schlacht am weißen Berge waren 480 Edelleute ihrer Güter beraubt worden. Der Ertrag von 500 Gütern in Böhmen war 30 Millionen, von 146 Gütern in Mähren bei 5 Millionen. 1630 waren bereits 30 000 Familien ausgewandert. Ad. Wolf, *Geschichtliche Bilder aus Oesterreich*. I, S. 350 ff.

(auf ungarischem Boden) wurde jedoch schon am 4. Januar 1652 durch ein neues Patent unerträglich Bedingungen unterworfen. Die Zahl der Diener, welche von den Landständen auf diesen Reisen mitgenommen werden durften, war genau bestimmt. Umgehungen dieser Bestimmung hatten harte Strafen zur Folge. Angeberei und Spionage erhielten behördlicherseits offene Ermunterung; um das Feilhalten und Essen von Fleisch an Fasttagen ahnden zu können, bedurfte man einer geheimen Polizei unter der dienenden Klasse, deren Moral durch diese Einrichtung wahrlich nicht gehoben wurde. Unkatholische Beamte und Diener mußten entlassen werden, das Halten evangelischer Bücher war strenge verboten.

Die systematische Befehung begann 1652 durch die sogenannten Visitationen, die nach dem Muster der innerösterreichischen Reformations-Kommissionen von 1598 eingerichtet wurden, deren außerordentlich günstiger Erfolg als glänzendes Vorbild dienen konnte. Nur hatte man dort mit den Bürgern und Bauern zuerst aufgeräumt und den Adel so lange gewähren lassen, bis er in der übrigen Bevölkerung keine Stütze mehr finden konnte. In Ober- und Niederösterreich war der protestantische Adel ohnehin schon arg gelichtet, der Rest war ohne Zusammenhalt und ohne Führer. So hatte man in den Landgemeinden um so leichteres Spiel. Zeigte sich aber dennoch Widerstand, so standen einige Compagnien Dragoner bereit, deren bloße Anwesenheit genügte, um die armen Bauern mürbe zu machen.¹⁾ Die Pfarrer hatten Verzeichnisse aller derjenigen Personen anzulegen, die zur österlichen Zeit nicht in die Kirche gingen und keine Beichtzettel aufzuweisen hatten. Denn es war klar, daß viele Uebertritte zur katholischen Lehre nur zum Scheine erfolgt waren, um sich Ruhe zu schaffen und im Besitze der ererbten Güter bleiben zu können. Die Konvertiten führten nun heimlich einen kleinen Krieg mit den Behörden, dem diese nicht immer gewachsen waren. Besonders die Frauen verfielen auf tausend Mittel, die Mandate zu umgehen und die Inquisitoren zu ärgern. Für die Entwicklung des Volkscharakters war dieser Zustand, der sich während mehrerer Generationen erhielt, nicht besonders vorteilhaft, es finden sich so manche unerfreuliche Züge in dem Wesen des Oesterreichers, zu denen in jener Zeit der Grund gelegt worden zu sein scheint.

Die auf dem Landtage versammelten evangelischen Stände von Oesterreich unter der Enns richteten eine jammervolle, aber würdelose Eingabe an den Kaiser, in welcher sie die Rechtsfrage nur beiläufig berührten, von der zu erhoffenden Intercession ihrer Glaubensverwandten am Reichstage zwar Erwähnung thaten, jedoch die Erwartung aussprachen, der Kaiser würde eher aus eigenem gutem Herzen, als über Vermittelung Fremder ihnen etwas gewähren. Dieselbe kindliche Politik, die man heute in nationalen Fragen anwendet! Bald darauf sind 500 hausgejessene Evangelische nach Regensburg gezogen, teils nach Württemberg, teils nach Baden. Aus Innerösterreich waren die gewissenstreuen Mitglieder des Adels schon 1629 ausgewandert, in Böhmen waren sie mit den

¹⁾ Wiedemann, Geschichte der Reformation und Gegenreformation im Lande unter der Enns. V, S. 38 ff.

Schweden wiedergekommen und wieder gegangen, ihre Besitztümer waren längst verkauft, verpfändet und verliehen, die wenigen Einwohner des verödeten Landes hatten dringenderes zu thun, als den aussichtslosen Kampf aufs neue zu beginnen. Denn die Steuerschraube wurde scharf angezogen. Man zahlte nach dem Beschlusse des Prager Landtages von 1652 von jedem vier Eimer haltenden Fasse Braunweiß — oder Pfennigbier 1 Gulden, von jedem Eimer Wein 20 Kreuzer, jeder hausgeseffene Bürger 7 Gulden, der unangeseffene Gewerbsmann 2 Gulden 70 Kreuzer, der Kaufmann 13 Gulden, der Inwohner mit einem Freihof 9 Gulden 20 Kreuzer. Dazu mußte die ganze im Lande liegende Soldateska verpflegt werden, die in dem langen Kriege das Fordern und Eintreiben ihrer Forderungen trefflich erlernt hatte. Auch gab es kleine Nebenumlagen. Zur Wiederaufrichtung der Kirche des heiligen Wenzel in Altbunzlau steuerte jeder Christ 20 Kreuzer, ein erwachsener Jude 4 Gulden 40 Kreuzer, ein Judenzüdling zwischen zehn und zwanzig Jahren 2 Gulden 20 Kreuzer. Die mochten sich wohl schadlos halten! Der Bauer aber, der sich und sein Weib vor den Pflug spannte, weil es kein Zugvieh gab, mußte nicht, woher er den Kreuzer nehmen sollte. Er hatte die Steuern und Kriegsrestanten bis 1639 noch nicht aufgebracht und mußte sich dankbar zeigen, als ihm dazu noch ein Jahr Frist gegeben wurde.

Die Intercessions schreiben, welche von Brandenburg und Schweden wiederholt an den Kaiser gerichtet worden waren, um das Los der Glaubensgenossen zu mildern, blieben selbstverständlich gänzlich wirkungslos. Man scheute sich nicht, den Sekretär der niederösterreichischen Stände, Rückammer, der in Regensburg bei den protestantischen Fürsten und deren Abgesandten Audienz genommen hatte, durch den Hofmarschall festnehmen und zur Justifizierung nach Wien bringen zu lassen.

Böhmen hatte sich auch eine Aenderung seines staatsrechtlichen Verhältnisses zur Dynastie gefallen lassen müssen. Die Kundmachung zur „verneuwerten Landesordnung“ von 1627 erklärte das Königreich als erobertes Land. In der Landesordnung selbst fand das Wahlrecht der Stände keinen Platz mehr. Die Länder der böhmischen Krone wurden zu böhmischen Erbländern, die Aenderung der Landesordnung sogar war dem Könige vorbehalten, der Landtag konnte sich nur über Berufung versammeln und die „Unterredungen“ seiner Mitglieder schlossen sich selbst in den „geringen Sachen“, die noch der Kompetenz des Landtages eingeräumt waren, an einen „Vortrag“ an. Der böhmische Landtag unterschied sich in keiner Weise von den Landtagen der deutschen Erbländer, in welchen man seit dem Beginne des Jahrhunderts zu einer wahrhaften Vertretung der Interessen des großen und mittleren Grundbesitzes, der in der ständischen Verfassung geboten war, nicht mehr gelangte. Nur in einem Punkte fielen die Bestrebungen der Dynastie und der Stände in Böhmen zusammen: in der Lockerung des Verbandes mit dem deutschen Reiche. Böhmen, das durch die goldene Bulle mit den anderen Kurländern gleichgestellt worden war, fehlte in der Kreisverfassung Maximilians I. Die Kurfürsten waren kurzsichtig genug gewesen, diese Sonderstellung anzuerkennen, um dafür dem Könige von Böhmen auch die Zuziehung zu ihren Versammlungen verwehren zu können. Die Stimme, welche der König von Böhmen bei der

Kaiserwahl abgab, war ein einseitiges Recht geworden, welchem keine Pflichten des Königreiches gegen das Reich gegenüberstanden, es war ein Vorrecht des Hauses Habsburg geworden, dessen Stellung zum Reiche Pufendorf vollkommen richtig bezeichnet hat, wenn er behauptete, Oesterreich könne jeden Augenblick ohne Schaden für sich seine Lande vom Reiche trennen, das Reich müsse daher durch Verleihung der Kaiserkrone an Oesterreich den Nachteil abzumenden trachten, der ihm aus einer solchen Lostrennung erwachsen würde. Wir haben gesehen, daß auch Friedrich Wilhelm von Brandenburg diese Anschauung teilte und darnach handelte.

In den deutschen Erbländern mußte das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den übrigen Reichsgliedern auch in steter Abnahme begriffen sein. Das Reich war ihnen ein idealer Begriff geworden, an den sie sich in ihrer Not und Bedrängnis klammerten, ohne dadurch etwas anderes, als herbe Enttäuschung zu erfahren. Für sie gab es keine Berufung an den Wahrer des Reichsrechtes, wenn dasselbe im Widerspruche mit den Ansprüchen des Landesherrn stand; was das Kaisertum noch überhaupt an Machtentfaltung gestattete, das wirkte hier verstärkend auf die Macht der Regierung des Fürsten, der sein Interesse daran fand, seinen Hausbesitz immer mehr vom Reiche abzusondern und daraus ein in sich geschlossenes Ländergebiet zu schaffen. In dieses Streben der Dynastie löst sich doch wohl die sogenannte „Gesamtstaatsidee“ auf, welche die österreichische Geschichtschreibung der zentralistischen Zeit zu konstruieren versucht hat. Ein inneres Bedürfnis zu dieser Staatsbildung ist in den dazu herbeigezogenen Ländergruppen nicht nachweisbar. Hinsichtlich Ungarns wird das ohnehin niemand zu behaupten wagen. Hinsichtlich Böhmens bezieht man sich auf einzelne Äußerungen, welche auf dem böhmischen Wahl Landtage von 1527 gefallen sein sollen. Die Böhmen hatten damals aber nichts anderes im Sinn, als ihr eigenes Reich mit Zuziehung der Alpenländer zu vergrößern, wie es unter König Ottokar versucht worden war; sie gingen so weit, auch Luxemburg für die böhmische Krone in Anspruch zu nehmen.¹⁾ Eine böhmische Großstaatsidee läßt sich bis ins siebzehnte und — wie es den Anschein hat — auch ins neunzehnte Jahrhundert verfolgen, die österreichische Gesamtstaatsidee hatte ihre Anhänger nur in der unmittelbaren Umgebung der Regenten.²⁾ Am allerwenigsten aber war sie in den Herzogtümern Oesterreich, Steiermark, Kärnten, Krain oder im Lande Tirol vertreten, deren Stände, so lange sie überhaupt ein offenes Wort zu sagen wagten, wiederholt ihre Zugehörigkeit zum Reiche betont und Gesandtschaften an den Reichstag abgeordnet hatten, damit ihre inneren Angelegenheiten, die Glaubensstreitigkeiten, ebenso wie die äußeren, der Kampf gegen die Türken, von Reiches wegen behandelt würden.³⁾

¹⁾ Bucholz, Geschichte der Regierung Ferdinands des Ersten. II, S. 409.

²⁾ Wenn Wiedermann in seiner „Geschichte der österreichischen Gesamtstaatsidee 1526 bis 1804“ von einem „österreichischen Reichskörper“ spricht, dem im Jahre 1565 (durch die Ferdinandeische Teilung) „Glieder ausgerenkt worden seien“, so kann er diesen Begriff nicht im staatsrechtlichen Sinne aufgestellt haben; er ist aber auch den Beweis schuldig geblieben, daß derselbe in der Anschauung der Zeitgenossen bestanden habe.

³⁾ Die Instruktion, welche den Gesandten der innerösterreichischen Stände für den Reichs-

Die Gründung des preussischen Staates ist wahrlich auch nicht aus einem Einigungstrieb der Landschaften hervorgegangen, aus welchem er entstanden ist; auch für ihn mochte das Zusammenhalten der hohenzollerischen Hausmacht den ersten Anlaß bieten. Die sleswischen Stände haben wohl weniger Bedürfnis gefühlt, das Herzogtum Preußen gegen Polen und Schweden zu verteidigen, als Böhmen für die Kosten des Krieges in Siebenbürgen und an der kroatischen Grenze aufzukommen. Dort aber hat die Dynastie die nationale Gemeinschaft als ein kräftiges Mittel benützen können, um die Staatsbildung zu fördern, während hier die Entfremdung von den Stammes- und Reichsgenossen die notwendige Vorbedingung des Staatsgedankens sein sollte.

Diese Entfremdung herbeizuführen war die Gegenreformation und die darauf folgende katholische Reaktion vor allem anderen geeignet und berufen. Der geistige Verkehr mit den Reichsländern beschränkte sich infolge derselben auf die Gebiete unbeschränkter Jesuitenherrschaft, also fast ausschließlich auf Bayern. Der Besuch protestantischer Universitäten, durch welchen bis ins 17. Jahrhundert das nationale Band gefestigt worden war, hörte gänzlich auf. Die Hochschulen von Wien, Graz und Prag aber erhielten ihren neuen Charakter dadurch aufgeprägt, daß ihre Behörden öffentlich den Eid auf die unbefleckte Empfängnis der Jungfrau Maria abzulegen hatten.¹⁾ Was sie in wissenschaftlicher Beziehung geleistet haben, das werden wir in einem späteren Kapitel zu erörtern haben, hier aber ist es wichtig festzustellen, daß die, wenn auch schwachen, aber doch nicht zu verkennenden Regungen eines deutschen Nationalbewußtseins, welche sich in der Mehrzahl der Reichskreise geltend machten, an dem österreichischen durch ein volles Jahrhundert fast spurlos vorübergingen.

Ferdinand III. und noch mehr sein Sohn Leopold hatten ihre Hausmacht gerade nach der deutschen Seite hin schon recht sorgsam und künstlich eingefriedet; sie konnten die Regierung derselben mit möglichster Beiseitesetzung aller autonomeren Bestrebungen von Wien, der Hauptstadt dieser Ländergruppe, aus regieren und die ganze verfügbare Kraft derselben auf die Eroberung von Ungarn verwenden. Es wurde politischer Hauptgrundsatz, die Interessen der einzelnen Länder in dem Interesse der Dynastie für immer eingeschlossen zu erklären und in dem Kampfe für die dynastischen Zwecke wurde das wichtigste staatliche Bindemittel, die gemeinsame Armee, gewonnen. In den ungarischen Kriegen Leopolds entstand die einheitliche österreichische Heeresorganisation und damit die wesentliche Grundlage

tag von 1593 ausgestellt wurde, von welchem man eine ausgiebige Türkenhilfe erwartete, begründet das Begehren der Stände damit, daß sie 1) Glaubensgenossen seien, 2) daß sie der deutschen, werten Nation Sprach und Sitten nicht minder als andere des deutschen Landes Völker seien, 3) daß sie samt ihren Rechten und Freiheiten, die ihnen durch „goldene Bullen“ konfirmiert wurden, in des Reiches Schutz genommen seien, „daher diese gehorsamsten Lande nach Gott dem Allmächtigen zu keinem anderen auf dieser Erden, denn zu der Röm. Kais. Mt., Ihrer Fürstl. Durchlaucht, Ihrem gnädigsten Herrn und Landesfürstlichen Gubernator (Erzb. Maximilian), und dem heiligen Römischen Reich beständigen alles und gehorsamsten Trost, Hoffnung und Zuversicht thun setzen und stellen.“ (Die weitere Inhaltsangabe nach den Kriegsakten des Steierm. Landesarchives in Zwiabineds Kriegsbüchern aus der Zeit der Landstürme, VII. An der Grenze.)

¹⁾ Wiedemann, a. a. O. Krones, Geschichte der Universität Graz, S. 28.

des „Staates“. Sie allein ist es bis zum heutigen Tage geblieben. Die „kaiserliche Armee“ nannte sich zwar nach dem Oberhaupte des römischen Reiches deutscher Nation, sie diente aber dem Oberhaupte des Hauses Habsburg deutscher Linie, dessen Ländermacht unter dem Namen der ältesten Stammlande, der Herzogtümer Oesterreich, zusammengesetzt wurde.

Der neue Türkenkrieg hing mit dem schwedisch-polnischen Kriege zusammen. Der Fürst von Siebenbürgen, Georg II. Rákóczy, hatte das Beispiel seines klugen Vaters aus den Augen gelassen, als er sich durch Karl Gustav von Schweden bestimmen ließ, als Bundesgenosse desselben in Polen einzufallen; denn von seiten der Pforte war ihm dieser Kriegszug ausdrücklich verboten worden. Die Familie Rákóczy hatte nach dem Tode Bethlen Gabors die Herrschaft über Siebenbürgen und Oberungarn unter Zustimmung des Sultans erlangt, die Sympathie des Kaisers konnte sie niemals erwerben, da ein magyarisches Fürstentum der endlichen Vereinigung aller Teile des Königreichs Ungarn in den Händen des Königs aus dem Hause Habsburg hinderlich im Wege stand. Oesterreich duldete dasselbe ohne Zweifel nur so lange, als ihm dies die Verhältnisse geboten. Es wäre also immerhin eine bedenkliche Politik gewesen, sich einseitig an den Kaiser anzuschließen. Die Traditionen des Zapolya, Bethlens und Georgs I. sprachen entschieden dagegen. Ein Ausfluß unbegreiflichen Uebermutes aber war es, sich mit der Türkei in Widerspruch zu setzen, indem man den Kaiser als Verbündeten Polens angriff. Die ungarische Nationalpartei, welche auch im kaiserlichen Ungarn, ja selbst unter den höchsten Kirchenfürsten (Kardinal Pazmány) mächtige und einflußreiche Anhänger zählte, glaubte die Bestrebungen Siebenbürgens, sich von der Türkei unabhängig zu machen, unterstützen zu sollen, sie war aber gewiß nicht einig darüber, wie selbst nach einem glücklichen Türkenkriege die Ansprüche des gekrönten Königs und eines selbständigen Fürsten von Siebenbürgen, der auch in den oberen Theißgegenden eine wohlbegründete Hausmacht besaß, in Einklang gebracht werden sollten. Sie war über das plötzliche Losgehen Rákóczys mehr erschreckt als erfreut, wenn sie sich über die volle Tragweite dieses Schrittes auch noch keine Rechenschaft zu geben vermochte.

Der mit überschwenglichen Hoffnungen begonnene Kriegszug, welchen Rákóczy an der Spitze von 18 000 Reitern, 5000 Mann zu Fuß und 6000 Mann walachischen Hülfsstruppen begann, endete mit einer vollständigen Niederlage. Fürst Georg mußte bei König Kasimir, der von den Kaiserlichen unter Hatzfeld unterstützt wurde, demütig um Frieden bitten (Juni 1657) und während er selbst der in Siebenbürgen ausgebrochenen Bewegung durch sein persönliches Auftreten Einhalt zu thun versuchte, wurde der Rest seines Heeres, der noch aus 10 000 Mann unter Johann Kemény bestand, von den Tartaren, die der Sultan gegen ihn aufgeboden hatte, überfallen, teils vernichtet, teils gefangen genommen. Der Sultan befahl den siebenbürgischen Ständen eine neue Fürstenwahl. Sie traf Franz Rhédeny, der sich jedoch bald von Rákóczy zur Abdankung bewegen ließ. Rákóczy unterwarf sich zwar dem Sultan, sein Gnadengesuch fand jedoch keine Berücksichtigung. Den Siebenbürgern wurde die Erhöhung ihres Tributes von 15 000 auf 50 000 Gulden in Aussicht gestellt und in der Person des Achaz Barcsay ein neuer Fürst gegeben. Rákóczy wandte sich jetzt um Hülfe an Ungarn.

Während er noch über die von der Wiener Regierung verlangte Einräumung mehrerer fester Plätze in seinen Gespannschaften Szatmár und Szabolcs verhandelte, zwang die Pforte Barcjay, der sich im Lande keine Achtung zu verschaffen wußte, zum Kriege, den sie jedoch in seinem Namen führte. Die Schlacht bei Gyalu¹⁾ am Számos (22. Mai 1660) führte zur entscheidenden Niederlage Rákóczy's, der schon am 6. Juni in Großwardein seinen Wunden erlag. Die Besatzung von Großwardein, welche nach dem Abzuge des von Rákóczy bestellten Felbherrn Franz Gyulay nicht 1000 Mann stark war, hielt sich gegen 10 000 Türken noch zwei Monate, am 27. August ergab sie sich gegen freien Abzug. Der türkische General, Ali Pascha, war nicht wenig erstaunt, als er in den 300 Abziehenden die ganze Truppenmacht überblickte, die ihm die Ueberwältigung der Festung so lange streitig gemacht hatte. Die Siebenbürger, welche Barcjay nicht als Fürsten anerkennen wollten, riefen jetzt den aus der Gefangenschaft der Tartaren zurückgekehrten Johann Kemény, dem Rákóczy selbst zu weichen geneigt gewesen wäre, zum Fürsten aus (1. Jan. 1661). Barcjay und dessen Bruder wurden enthauptet. Kemény aber konnte sich im Lande nicht halten und floh zu den in Oberungarn stehenden Kaiserlichen. An Barcjay's Stelle erhoben die Türken, nachdem sich von den Sachsen niemand zu ihrem Werkzeuge hergab, den Ungarn Michael Apaffy auf den Fürstenthron.

Die österreichische Regierung befand sich allen diesen Vorgängen gegenüber in einer sehr unangenehmen Lage. Sie mußte durch einen Eingriff in die türkisch-siebenbürgischen Händel den Frieden mit der Pforte zu gefährden fürchten, der seit dem Vertrage von Szitwa-Torok durch keinen allgemeinen Krieg unterbrochen worden war. Andererseits konnte auch das Vordringen türkischer Streitkräfte nach Oberungarn, die Besetzung wichtiger strategischer Punkte durch dieselben nicht gleichgültig hingenommen werden. Die Stände von Oberungarn verlangten Hülfe und diese zu leisten war der König von Ungarn durch seinen Krönungseid verpflichtet. Dabei war aber die Bevölkerung der von den Türken am meisten bedrohten Komitate von einem ganz besonderen Mißtrauen gegen alles, was unter kaiserlicher Fahne kam, erfüllt. Es gab eine Alternative: entweder mit der Pforte weiter zu paktieren, mit ihr über den Besitz Siebenbürgens abzuhandeln und sich um die Wünsche der Bevölkerung überhaupt nicht zu kümmern, oder aber die Sache der siebenbürgischen Freiheit zu der eigenen zu machen und den Krieg mit allen Mitteln zu einer Zeit zu betreiben, da die Türken selbst noch nicht ernstlich daran dachten. Ein kräftiger Entschluß zu einer auf großartigen Rüstungen beruhenden Operation gegen den Erbfeind wäre in Deutschland nicht unpopulär gewesen. Nicht bei den Fürsten, wohl aber im Volke hätte man dafür Begeisterung erwecken können. Die Publizistik jener Tage hat sich mit dieser Idee vielfach beschäftigt und auf die Mittel zur Durchführung derselben hingewiesen. Wallenstein hat nicht ohne kluge Berechnung wiederholt den Türkenkrieg als seine große Lebensaufgabe hingestellt, die er zu lösen gedachte, sobald er den Frieden im Reiche zustande gebracht hätte. Im Jahre 1664 erschien eine neue Ausgabe einer Denkschrift, welche von Simon

¹⁾ Sie erscheint auch unter dem Namen Szamosfalva.

Wolder, einem Pommern, schon 1558 an Kaiser Ferdinand I. überreicht worden war.¹⁾ Darin wurde die Laueit der Deutschen in der Verteidigung ihrer christlichen Brüder gegen die unmenschliche Behandlung durch die Ungläubigen mit harten Worten getadelt. Die Potentaten sollten sich nicht darauf verlassen, daß ihre Länder von den Türken weit genug entlegen seien, und daß sie daher die Kosten eines Krieges sparen könnten, „weil man von Danzig, Stettin (!), Leipzig, Nürnberg, Augsburg zc. bis dahin, wo er (der Türke) zu gebieten hat oder den Christen ob dem Halse sitzet, auf der Post nicht mehr als fünf Tage zu reiten hat“. Den Frieden oder Waffenstillstand pflege er nur bis zu einer besseren Gelegenheit zu halten. „Und wer nicht dem Feind in fremden Landen, oder dem Feuer bei seines Nächsten Haus wehret, dem wird's bei seinem eigenen Haus mit seiner Selbst-Macht viel zu schwer ankommen. Volenti non fit injuria. Dir geschieht nicht unrecht. Du hast's nicht anders haben wollen!“ Die Berechnungen, auf welche Wolder seine Rüstungspläne aufbaut, sind von einer Ueberschwenglichkeit, die wohl auch schon auf die Zeitgenossen erweiternd gewirkt haben mag. „Wie das Volk aufzubringen?“ fragt er, um rasch zur Antwort zu geben: Man zählt in der Christenheit 40 000 Minoritenbrüder-Konvente, ebenso viel der anderen drei Bettelorden. Die übrigen 68 Orden schätzt man zweimal so hoch, also zu 80 000; Kanoniseien, Frauen- und Jungfrauen-Stifter und Klöster auch 40 000, zusammen 200 000; auf je ein Stift oder Kloster könne man 10 Pfarreien rechnen, also 2 Millionen. Jedes Stift, jedes Kloster, jede Pfarre stellt einen Mann, macht 2 200 000 Mann. „Wie Geld aufzubringen?“ Das ist nicht minder einfach. Schätzt man jedes Stift oder Kloster zu 25 Personen und zahlt jede derselben wöchentlich nur einen Pfennig, so gibt das bereits 1 250 000 Gulden. In jeder Pfarre könne man durchschnittlich auf 500 Personen im Alter von über 10 Jahren rechnen. Das wären 1000 Millionen Christen, von denen jeder 52 Pfennige beisteuert. Das wären 250 Millionen Gulden. Dazu von den Gefällen aller Stifter, Klöster und Pfarren je 15 Gulden, macht 33 Millionen und eine halbe Million von den Kirchendienern, daher zusammen 284 750 000 Gulden. Durch eine weitere Besteuerung des Einkommens aller geistlichen und weltlichen Personen, durch Luxus-, Judensteuer u. s. w. würde schließlich die schöne Summe von 854 Millionen Reichsgulden zustande kommen. Damit werden fünf Heerhaufen, jeder zu 500 000 Mann zu Fuß und Roß ausgerüstet, 9 Armaden mit 1400 Fahrzeugen und 200 000 Schiffsleuten. Schließlich berechnet Wolder das nötige Geschütz, die Kugeln und Feuerballen, Blei, Pulver, Mehl, Salz, Schmalz, Handmühlen und Transportschiffe. Da er selbst übrigens die Bemerkung einflücht: „Wollt' Gott, wir brächtens zum zehnten Teil, wollten dennoch mit der Hülff Gottes was Stattliches ausrichten!“ scheint die Absicht seiner Ziffernanätze — abgesehen von der Uebertreibung in der Schätzung der Bevölkerung, der man

¹⁾ Türkischer Untergang. Oder Nächstliches Bedenden . . . Welcher Gestalt . . . der Groß-Türke . . . zu überwinden wäre. Durch Simonem Wolderumm, Pomeranum . . . Ipo auff's neue übersehen, und an vielen Orten gebessert. Im Jahr Christi 1664. (München, St. Bibl.)

häufig begegnet — vorwiegend dahin gegangen zu sein, den Zeitgenossen vor Augen zu stellen, in welchem grellen Widerspruche sich ihre Leistungen und ihr Vermögen befände. Vorschläge zur Aufbringung der Mittel für die Grenzverteidigung wurden auch in Oesterreich vielfach ausgearbeitet.¹⁾ Aber selbst die bescheidensten Ansprüche wurden niemals erreicht. Von den bewilligten Reichshülfen kam nur der geringste Teil thatsächlich dort zur Verwendung, wohin sie bestimmt waren; auf dem weiten Wege von dem einzelnen, Zahlung leistenden Reichsstande bis zu dem Fußknechte oder Büchsenmeister, der in irgend einem elenden Blockhause der zahlreichen „Grenzen“ lag, flossen die Reichsgulden in viele offenkundige und verborgene Kanäle ab, aus welchen sie niemals mehr zum Vorschein kamen. Die armen „deutschen Knechte“ erhielten monate-, jahrelang weder Sold noch Proviant und mußten, wenn sie nicht Hungers sterben wollten, mit ihren Gegnern in sogenannten „Streifpartien“ wetteifern.

Diese Zustände waren in Wien bekannt genug. Der Hofkriegsratspräsident Fürst Wenzel Lobkowitz hatte sich neuerdings durch den mährischen Landeshauptmann Grafen Kottal darüber unterrichten lassen. Er wußte, daß den Ungarn nicht zu trauen und ohne eine große Armee gegen die Türken nichts auszurichten sei.²⁾ Dennoch konnte man sich nicht einmal dazu entschließen, die ganze Armee, welche aus Pommern und Polen zurückkehrte, sofort nach Oberungarn zu werfen. Graf Portia, der damals noch den größten Einfluß beim Kaiser hatte, war gegen den Krieg, den er für aussichtslos hielt. Es kam daher nur zu halben Maßregeln. Der Entschluß Großwardeins wurde nicht versucht, de Souches besetzte jedoch Kaschau und Tokai und gab dadurch den Türken gerechte Veranlassung, über Friedensbruch von seiten der Kaiserlichen zu klagen, einen Gegenangriff in Aussicht zu stellen. Den Fall Großwardeins zuzulassen, war ein unverzeihlicher Fehler, wenn man den Türkenkrieg nicht um jeden Preis vermeiden wollte. Und dies war, ohne auf Ungarn zu verzichten, doch nicht gut möglich.³⁾ Schon im Frühjahr 1661 war man auch noch dazu entschlossen; denn der Paladin und der Primas von Ungarn hatten den siebenbürgischen Ständen bereits nachbarliche Hülfe zugesagt. Graf Niklas Zriny, der Enkel des Helden von Szigeth,

¹⁾ Siehe den „Discurs eines innerösterreichischen Beamten vom Jahre 1593“ in den „Kriegsbildern“.

²⁾ A. Wolf, Lobkowitz, S. 116.

³⁾ Diesem Gedanken gibt eine Flugschrift Ausdruck, die selbständig erschienen ist, sich jedoch auch als Beilage zum 5. Bande des Diarium Europaeum vorfindet: „Der Begerischen Herrn Consiliariorum So zu Grätz versamlet, Meinungen wegen beschehenen Angriffs auf Wardeyn.“ Es werden da Gründe auseinandergelassen, welche für und gegen den Entschluß von Großwardein durch den Kaiser sprechen. Einerseits heißt es, Wardein sei der Schlüssel von Siebenbürgen, mit ihm falle dieses Land für immer den Türken zu, die es mit der Balaschei verbinden und ein Paschalik daraus machen werden, das gewiß 50–60 000 Mann aufzubringen vermag. Andererseits wird behauptet, der Kaiser dürfe den Frieden mit den Türken nicht brechen, bevor er nicht des Friedens in der Christenheit versichert sei. Was kümmere ihn Ragoczy und Siebenbürgen? Die ersteren Gründe werden jedoch schließlich als die zwingenderen erklärt. Der Titel der Flugschrift weist auf eine Abordnung der ungarischen Stände an den Kaiser hin, der sich auf dem Wege nach Italien in Graz aufgehalten hatte. (Bericht des Aloise Molin, Gesandten der Republik Venedig, Fontes rer. Austr., 27. Bd., S. 76.)

seit kurzem Banus von Kroatien und Haupt der magyarischen Unabhängigkeitspartei, baute in größter Hast an einer Festung Zrinovár, welche die türkische Stellung bei Kainscha bedrohte. Montecuccoli erhielt den Auftrag, zur Rettung Siebenbürgens ins Feld zu rücken. Er verfügte über eine Armee von 25 000 Mann gebienter Truppen. Palatin Wesselényi hatte zwar ein ungarisches Hülfskorps von 10 000 Reitern zugesagt, es erschienen jedoch auf dem Sammelplatze nur 150. Montecuccoli urteilte sehr richtig, daß man mit so geringen Mitteln keinen großen Schlag ausführen, sondern nur einen folgenden ernstern Krieg vorbereiten könne.¹⁾ Er verwarf das einseitige Vorgehen gegen Siebenbürgen, wo man die ganze Armee dem Hunger und dem Elend aussetze und legte den Plan vor, es sei ein Corps von 8—9000 Mann unter General Richard Graf Starhemberg nach Oberungarn zu senden, um dort die festen Plätze zu besetzen und den Siebenbürgern, die Johann Kemény führte, als Stütze zu dienen. Er selbst wollte sich mit der Hauptmacht vor Gran legen, dasselbe belagern und nehmen, bevor die Türken mit ausreichendem Entsatze herankommen könnten. War Gran, das langersehnte und umrungene, in kaiserlichen Händen, so war damit ein großer Vorteil für den doch auf die Dauer nicht zu vermeidenden Donaufeldzug gewonnen. Siebenbürgen muß in Ungarn erobert werden, war der Grundsatz, von welchem der Feldmarschall ausging. Dies stand jedoch nicht nach dem Sinne der nationalen Führer im Königreiche, denen die Anwesenheit kaiserlicher Truppen daselbst durchaus nicht erwünscht war. Trotz aller Gegenvorstellungen wurde Montecuccoli gezwungen, nach Oberungarn abzurücken, wo er Ende August Stellung nahm. Als die Türken sich zurückzogen, ging er in Verbindung mit Kemény bis Klausenburg vor, da jedoch auch dort der Gegner die Schlacht nicht annahm, trat er mit Zurücklassung einer Besatzung in Klausenburg wieder den Rückzug an. Kemény unterlag gegen Apaffy in der Schlacht bei Megyes (28. Januar 1662), in welcher er selbst den Tod fand.

Die Pforte sah sich durch diesen Verlauf der ungarisch-siebenbürgischen Wirren nicht veranlaßt, einen besonderen Wert auf die Erhaltung des Friedens zu legen. Schon im April 1662 meldete der kaiserliche Resident Keninger aus Konstantinopel, daß man dort den Krieg in bestimmte Aussicht nehme. Der neu ernannte, kaum dreißig Jahre zählende, aber um so ehrgeizigere Großvezier Ahmed Köprili war entschlossen, die sich gerade bietende Gelegenheit auszunützen, um Siebenbürgen zu einer Provinz des osmanischen Reiches zu machen. In Wien aber hielt Portia noch immer an dem Wahne fest, es werde gelingen, die Türkei zu besänftigen. Keninger und der Spezialgesandte Baron Goës leiteten in Temesvár neue Unterhandlungen ein, während gleichzeitig die ungarische Opposition auf dem Reichstage von 1662 nichts unterließ, um das Ansehen des Kaisers in Ungarn zu untergraben. Die Religionsbeschwerden wurden wieder in den Vordergrund gestellt, die Abberufung der deutschen Besatzungen aus allen ungarischen Festungen²⁾ wurde gefordert, Banus Zriny trat mit

¹⁾ Die ausführlichste Darstellung der „Feldzüge Montecuccolis gegen die Türken, von 1661 bis 1664“ enthält die *Oest. milit. Zeitschr.* 1828, 1—3. Heft.

²⁾ Krones, *Geschichte Oesterreichs*, 3. Band, berechnet sie insgesamt auf 4800 Reiter, 8971 Fußknechte und 40 Compagnien (etwa 6000 Mann).

heftigen Angriffen gegen die Kriegsführung des kaiserlichen Feldherrn hervor und erklärte sich, obwohl Katholik, bereit, im Bunde mit den ungarischen Reformierten die ständische Freiheit wieder zu erkämpfen.¹⁾ Dies konnte auf die Türken nur äußerst ermutigend wirken. Sie erschienen auch im Frühjahr 1663 mit 120 000 Mann, welche der Großvezier selbst kommandierte, in Ungarn. Ahmed Köprili stellte den österreichischen Unterhändlern, die bereits ein Friedensprojekt zustande gebracht zu haben glaubten, unerfüllbare Bedingungen und führte sie, als sie auf dieselben nicht eingingen, gefangen nach Ofen.

Im Reiche hatte, wie wir gesehen haben, die Türkengefahr den Hauptanlaß zur Berufung des Reichstages nach Regensburg gegeben. Dieser wurde am 20. Januar 1663 eröffnet, nachdem die vom Kaiser dazu abgeordnete Kommission, an deren Spitze der Erzbischof von Salzburg stand, ein halbes Jahr auf die Ankunft einer entsprechenden Anzahl von reichsständischen Vertretungen gewartet hatte. Die kaiserliche Proposition sonderte die Beratungsgegenstände in drei Gruppen. Zuvörderst sollte über die in dem gegenwärtig entbrannten Türkenkriege zu leistende Hülfe gehandelt, dann die Sicherung des Reiches gegen äußere Feinde, also die Wehrverfassung in Angriff genommen werden. Erst wenn diese zwei Punkte erledigt seien, sollten alle vom westfälischen Friedensschlusse und dem letzten Reichstage noch unerledigt erübrigenden Angelegenheiten in Verhandlung gezogen werden, so weit dies, ohne den Reichstag über das gewöhnliche Maß zu verlängern, thunlich sei. Schon in der Frage über die Reihenfolge der Beratungsgegenstände zeigte sich die gegen das Reichsregiment gerichtete Opposition. Nicht die rheinische Allianz, sondern eine neue reichsständische Partei, der Fürstenverein, stellte sich an die Spitze derselben. Die Veranlassung zur Gründung desselben lag in dem Bestreben der hervorragenden deutschen Fürstenhäuser, auf Grund der Bestimmung des westfälischen Friedens über die Wahlkapitulation, die Vorrechte des kurfürstlichen Kollegiums zu brechen und einen größeren Einfluß auf die Reichsangelegenheiten zu gewinnen. Die Kurfürsten hatten sich weder 1654 in Regensburg, noch 1658 in Frankfurt herbeigelassen, den Fürsten die Anteilnahme an der Beratung der Wahlkapitulation zuzugestehen, sie hatten ihre Sonderstellung auch auf den Deputationstagen aufrecht erhalten und gemeinschaftliche Beratung mit den Fürsten abgelehnt. Ueber Anregung des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg, der hierzu wahrscheinlich von Frankreich ermuntert wurde, traten im Mai 1659 die drei braunschweigischen Herzöge, die beiden Landgrafen von Hessen und der Herzog von Württemberg wegen einer Einigung zur Wahrung der Rechte des Fürstenstandes mit ihm in Unterhandlung. Da der Deputationstag in Frank-

¹⁾ Die Unbotmäßigkeit der Ungarn, die für sich die größte Freiheit in Anspruch nehmen und nichts bieten wollen, dagegen von ihrem Könige die Einhaltung jeder Verpflichtung eifrigst verlangen, ihren Haß gegen alle Deutschen schildert Aloise Molin in seinem Jtinalbericht von 1661 eingehend. „Conosce la corte,“ schreibt er, „patentemente il genio averso e la natura fiera degli Ungheri.“

furt nicht mehr zustande kam, so fanden die daselbst versammelten Gesandten reichlich Zeit, das Werk zu fördern und brachten am 26. April 1662 einen Rezeß zwischen den genannten Fürsten zustande, der in der Einleitung als eine Abwehr gegen die Eingriffe in die Ehren, Hoheiten und Rechte des gesamten Fürstenstandes bezeichnet wird. Die Verbündeten wollen die bezüglichlichen Bestimmungen des Friedensinstrumentes und der Reichsbehörden von 1654 aufrecht erhalten, gegen die Wahlkapitulation von 1658 protestieren, nichts als Reichsschluß anerkennen, was nicht unter ihrer Mitwirkung, also etwa auf Kurvereinstagen, beschloffen würde; ihre Gesandten sollen sich auf Reichstagen oder anderen Versammlungen über ein gemeinsames Vorgehen besprechen und einigen. Zu einem Nebenrezeß vom 8. Mai wurde ausgemacht, daß jeder der verbündeten Fürsten die Meinung jener Nachbarn, mit welchen er in besonders vertraulicher Beziehung stehe, über den Vertrag auszuforschen habe, daß man Frankreich und Schweden von den Abmachungen verständige und letzteres hinsichtlich seiner deutschen Fürstentümer zum Beitritt einlade. Frankreich war sofort bereit, sich mit dem Fürstenvereine ins Einvernehmen zu setzen, es erkannte in demselben ein neues Mittel, eine Anzahl deutscher Reichsstände direkt zu beeinflussen, ohne sich dabei des Rheinbundes und seines nicht unbedingt verlässlichen Hauptes zu bedienen.

Auf dem Reichstage ging der Pfalzgraf von Neuburg, der jetzt eine selbständige Rolle zu spielen unternehmen konnte, am schärfsten gegen die kaiserliche Regierung ins Zeug. Er wollte die Türkenhilfe verweigern, bis nicht das Grundgesetz über die Wahlkapitulation, das sich der goldenen Bulle an die Seite stellen sollte, beschloffen sei. So weit gingen seine Verbündeten nicht; die Frage, ob überhaupt Hilfe zu leisten sei (*questio an*), wurde ohne Schwierigkeit bejaht. Diese Entscheidung war jedoch nahezu wertlos, da sich eine starke Gruppe von Ständen einigte, Majoritätsbeschlüsse in Sachen der Türkenhilfe nicht weiter anzuerkennen, bis nicht dem Fürstenstande in der Wahlkapitulation sein Recht geworden sei. Die Städte aber bestanden auf der Verbindung der Bewilligung von Türkenhilfen mit der Reform, das hieß bei ihnen so viel als Herabminderung der Matrikularverpflichtung und die Abschaffung des Majoritätszwanges bei Steuerbeschlüssen. Der Rheinbund wählte die zweite Frage über die Art der Hilfe, ob Geld oder Truppen (*questio quomodo*) zu seinem Angriffsobjekt. Frankreich konnte sich naturgemäß nur für die Gewährung von Truppen aussprechen. Die bewilligten Summen standen dem Kaiser bedingungslos zur Verfügung, die Art ihrer Verwendung entzog sich weiteren Einflüssen, jeder eingezahlte Betrag bedeutete einen Machtzuwachs auf seiten des Kaisers. Truppen jedoch konnten jeden Augenblick zurückgezogen werden, man konnte der Kriegführung Schwierigkeiten bereiten und dabei noch den Schein loyaler Opferwilligkeit wahren. Deshalb erklärten die Rheinbundfürsten in beiden oberen Kollegien, sich nur auf Stellung eines Hilfscorps einlassen zu wollen, das einen selbständigen Heeresteil bilden und dessen Führer in den obersten Kriegsrat berufen werden müsse. Der Kaiser mußte dies annehmen, obwohl sich die Mehrheit in allen drei Reichstagskollegien für die Gelbhilfe ausgesprochen hatte. Er konnte die mächtigen Stände ohnehin niemals zu einer Leistung

zwingen, zu welcher sie sich nicht freiwillig erboten. In der Angelegenheit der Wahlkapitulation ließen die rheinischen Kurfürsten ihre Alliierten gänzlich im Stich, sie stimmten dafür, daß als zweiter Beratungsgegenstand die „Reichs-Securität“ festgehalten werde, wie es die kaiserliche Proposition enthielt. Man griff endlich zu dem Auswege, beide gleichzeitig und nebeneinander zu behandeln. Und nun gestaltete der Fürstenverein, dem sich darin auch der Kurfürst von Mainz anschloß, auch die Wehrfrage zu einer Verfassungsfrage. Es sollte sich nicht nur um einige Vorsichtsmaßregeln für künftige Kriegsfälle handeln, wie man am Kaiserhofe gemeint hatte, sondern um die Organisation einer eigentlichen Reichsarmee. Der Antrag der braunschweigischen Höfe ging so weit, die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Reichstage zu überweisen, ihm die Bestellung des Feldobersten und die Ueberwachung der Kriegführung durch eine Reichstagskommission einzuräumen.

Die Forderungen und Absichten der Fürsten fanden auch in der öffentlichen Meinung einige Unterstützung. Man hatte mit dem bisher üblichen Systeme der Geldbewilligung doch zu traurige Erfahrungen gemacht, als daß man nicht eine Aenderung anstreben sollte. Es wurden Stimmen laut, welche die Türkennot ganz richtig daher ableiteten, daß das deutsche Volk an seiner Wehrhaftigkeit so viel eingebüßt habe und nicht mehr imstande sei, ein nationales Heer aufzustellen. Man erinnerte an die Ermahnungen Bribbeck's, der als Gesandter Ferdinands I. in Konstantinopel das Wesen der türkischen Herrschaft, ihre Stärke und ihre Schwäche kennen gelernt hatte. „O Deutschland,“ hieß es, ¹⁾ „willst du das Vaterland schützen und den Sieg erhalten, so muß der Feind geschlagen sein. Mit Stillstehen, Trägheit und Müßiggang wirst du dies nicht erlangen; erheben mußt du dich, die Wehr ergreifen, anlegen, üben, und der Arbeitslosigkeit, Staubes, Durstes und Hungers gewöhnen. Diese Weise, dem öffentlichen Jammer abzuhelfen, wird vielleicht einer sprechen, sei allbereit etlichemal versucht, aber übel gelungen. Das gebe ich nach: aber Lieber, wie hat man's angefangen? mit was für Waffen haben wir gestritten? Mehr mit fremden, als unseren selbsteigenen, mehr mit unerfahrenen, als mit geschickten. Was für Völker, was für Soldaten haben wir geworben? Jrgend alte wohlversuchte, deren Tapferkeit uns aus vieler Erfahrung vorher bekannt? Das halt ich nicht darvor, sondern vielmehr solche, die gar aus anderen Augen gesehen. Man hat weit und breit die Trommel gerührt; auf deren Schall etliche, denen es gefallen, Gewinnes halber versammelt, darunter der dritte Mann kaum jemals einen Harnisch oder Panzer angehabt, oder einen todten Menschen gesehen. Und wie waren die übrigen beschaffen? Verdorbene, verschwenderische Leute, Hurenstecher, Spieler, schuldvertiefte, landverwiesene Streifer waren es, wenige ehrliche ausgenommen. Diese schönen Soldaten hat fast niemand aufbringen können, ohne mit vielen Kosten und großem Verlust der Zeit, und wir verwundern uns noch, daß gegen einen so trefflichen Feind mit solchen Kriegern nichts ausgerichtet

¹⁾ Wohlgemeinter und unvorgreiflicher Discurs, Was bey Allgemeinem jetzigem Reichs-Tag zu Regensburg, vermög der in beschriebener Kaiserlicher Proposition enthaltenen drey Haupt-Puncten, bepläuffig zu diliberiren vorkommen möchte. Gedruckt im Jahr 1663.

wurde. Derohalben werden jetzt andere Soldaten erfordert, nämlich, die in unseren Ländern geboren, aus unseren Landsleuten gelesen, die man nicht aus der Ferne herzubringen oder lange erwarten darf, sondern in Bereitschaft stehen, bei der Hand und in unserer Gewalt. Ferner müssen es nicht nur Kriegsknechte sein, die von ungefähr daher gelaufen kommen, sondern die mit trefflichem Urtheil und Bedacht auserlesen.“ Man nehme sich die türkische Heeresorganisation zum Muster, die Türken seien ja auch nur Menschen, ihre Erziehung und Abhärtung mache sie erst zu so gefürchteten Soldaten.

Unter den Reichsständen war es nur Johann Philipp von Mainz, der in seiner Eigenschaft als Bischof von Würzburg und Herzog in Franken im Fürstentrate den Antrag stellte, es solle ein „gemeines Reichsheer“ zur Verwendung gegen jedermann, der dem Reiche feindlich entgegenrete, in Bereitschaft gestellt werden; der große Kurfürst zeigte sich diesem Vorschlage nicht abgeneigt und verlangte von seinem Gesandten nähere Auskunft darüber.¹⁾ Zu einer ernstlichen Beratung kam es aber nicht, es wurde in den ersten Monaten des Reichstages nur um die Zahl der zu bewilligenden Römermonate gefeilscht, da man die Gefahr nicht für so groß und nahe hielt, als sie wirklich war. Die Sicherheit, mit der man in Wien immer noch auf den Frieden gerechnet hatte, als Ahmed Köprili bereits auf dem Wege nach Ofen war, konnte den Reichsständen nicht unbekannt bleiben, sie hielten das Drängen des Kaisers daher nur für gewöhnliche Reichstagspraktik, durch die man sich nicht in Aufregung versetzen zu lassen brauche. Am 23. Mai gelangte das erste Reichsgutachten zum Abschluß, durch welches 50 Römermonate für die vorausgegangenen Rüstungen und die schon in Ungarn stehende Armee bewilligt wurden; eine Bewilligung für die Zukunft wurde noch nicht beliebt, sondern dieselbe von den Beschlüssen über die Sicherung des Reiches abhängig gemacht. Im Juni 1663 langten jedoch Berichte über die Vorgänge in Ungarn ein, welche keinen Zweifel mehr übrig ließen, daß es sich um einen großen Angriffskrieg gegen Oesterreich handle. Da war es der Kurfürst von Brandenburg, der zuerst die Notwendigkeit beschleunigter Rüstung bei den Reichsständen betonen ließ. Er selbst hatte bisher vom Kaiser die Befreiung von der Türkenhülfe angesprochen, da er seinerseits gegen Schweden und Polen (wegen der Verwickelungen in Preußen) in Kriegsbereitschaft stehen mußte, nun aber zögerte er nicht, auch seinerseits das Werk der gemeinsamen Verteidigung zu fördern. Als der Freiherr de l'Isola an seinem Hoflager erschien, um ihm an der Hand der aus Ungarn eingelaufenen Berichte die Notwendigkeit der Verteidigung der Reichsgrenzen nachzuweisen, säumte der Kurfürst keinen Augenblick, dem Kaiser so viele Truppen zur Verfügung zu stellen, als er entbehren konnte. In der Konvention vom 23. August 1663 verpflichtete er sich zur Stellung von 400 Reitern und 600 Dragonern zur Armee Montecuccolis diesseits der Donau und von 1000 Mann Fußvolk zur Besetzung der Plätze in Schlessien, aus welchen der Kaiser dann die eigenen Truppen ausmarschieren lassen konnte. Thatsächlich bestand das Hülfscorps, mit dessen Führung Herzog August von Holstein-Plön betraut wurde, aus 10 Com-

¹⁾ Urk. und Altentst. XI, 177.

pagnien zu Pferd und 1000 Mann aus dem Goltzischen und Holsteinschen Regimente, deren Verwendung nicht auf Schlessien beschränkt, sondern auch für Mähren und Böhmen zugestanden wurde. Die Hälfte der Fußtruppen konnte auch zu einer Impresa in Ungarn gebraucht werden.

Der Herzog von Holstein wurde im Spätherbst dem Corps de Souches, das bei Kremstier stand, unterstellt, kam jedoch nicht mehr zur Aktion; die Winterquartiere bezog er im Königgräzer Kreise. Der Kurfürst lieferte dem Kaiser auch Pulver und Stückkugeln und trat ihm 100 000 Thaler ab, welche er von Spanien zu fordern hatte. An die evangelischen Fürsten aber richtete er eine ernstliche Mahnung, auf dem Reichstage für die Türkenhülfe zu wirken und nicht um anderer weniger dringender Angelegenheiten willen das Defensionswerk aufzuhalten. Daß er dagegen dem Kaiser nahelegte, die schon so oft angeregte Entschädigung wegen Jägerndorf endlich in Ausführung zu bringen, konnte man ihm in Wien nicht verdenken. De l'Isola war auch mit wohlwollenden Versicherungen und Versprechungen nicht sparsam.

Außer Brandenburg sandten noch Baiern (1000 Mann zu Fuß und 150 zu Pferde), Sachsen (1200 Mann zu Fuß), Mainz (900 Mann zu Fuß) und Salzburg aus eigenem Antriebe eilende Hülfe. Der Rheinbund rüstete sein selbständiges Corps aus. Da jedoch Frankreich darauf bestand, daß seine Truppen mit denen des Rheinbundes sich zu vereinen hätten, zögerte der Kaiser lange Zeit, dieses höchst bedenkliche Anerbieten anzunehmen. Im Dezember rückte Generalleutenant Graf Wolf Julius von Hohenlohe mit den Rheinbundtruppen in der Stärke von 7200 Mann bis Krems an die Donau. Nach längerem Unterhandeln wurden ihm die Winterquartiere bei Pettau in Steiermark und er selbst angewiesen, sich mit dem Banus von Kroatien Niklas Zriny, der vor Kanischa stand, ins Einvernehmen zu setzen.

Diese Zugänge konnten noch immer nicht ausreichen, um einen erfolgreichen Feldzug gegen die große Armee Ahmed Köprilis zu bestehen. Der Kaiser sah sich daher veranlaßt, durch sein persönliches Erscheinen in Regensburg den Reichstag zu einer größeren und rascheren Leistung zu bewegen. Er traf am 22. Dezember 1663 in Regensburg ein, seinem Beispiele folgten viele andere Reichsfürsten, so daß im Februar 1664 die Kurfürsten von Mainz, Trier, Baiern und Sachsen, der Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Straßburg, Speier, Münster, Baderborn, Regensburg, der Abt von Fulda, der Herzog von Württemberg, die Markgrafen von Bayreuth und Baden-Durlach am Sitze des Reichstages anwesend waren. Dieser mußte sich nun endlich zu einem Beschlusse über die Stärke des im laufenden Jahre aufzustellenden Reichsheeres herbeilassen. Brandenburg hatte vorgeschlagen, man solle 60 000 Mann bewilligen und dann erst die Quoten berechnen, welche auf jeden einzelnen Reichsstand nach der Matrikel entfielen. Die Reichsversammlung ließ sich jedoch zu einer so außerordentlichen That nicht hinreißen, sie glaubte das möglichste gethan zu haben, wenn sie das Triplum, d. h. den dreifachen Wormser Anschlag bewilligte. Demnach hatte jeder Kreis sein Kontingent zu stellen, dessen Befehlshaber und Offiziere zu ernennen und dem vom Oberkommando bezeichneten Sammelplaze zuzuführen. Selbstverständlich fehlten in den Kreiscontingenten die Anteile jener Stände, die ihre Truppen

bereits dem Kaiser zur Verfügung gestellt hatten; der kurrheinische Kreis brachte es daher nicht einmal zu einem eigenen Regimente, andere Kreise waren schwächer vertreten, als es ihnen nach ihrer Volkszahl zugekommen wäre. Den Oberbefehl als Reichsfeldmarschall erhielt Markgraf Leopold zu Baden, Hauptmann der kaiserlichen Trabantenleibgarde, zum Generallieutenant wurde Georg Friedrich von Waldeck ernannt, Herzog Ulrich von Württemberg zum General der Kavallerie, Franz Graf Fugger, Kommandant von Ingolstadt, zum Feldzeugmeister und General der Infanterie, Herzog Adolf von Holstein, Markgraf Gustav Adolf zu Baden-Durlach und der bairische General Freiherr von Buch (genannt Bucher) zu Generalwachtmeistern. Sollten Brandenburg und Sachsen ihre Kontingente mit der Reichsarmee vereinigen, so war den Kommandanten derselben je eine Generalwachtmeisterstelle zugesichert. Als Direktoren des Reichskriegsrates hatten der streitbare Bischof von Münster und der Markgraf Friedrich von Baden-Durlach die Reichsarmee zu begleiten. So großartig der Stab zusammengesetzt war, so klein war die Armee, die nach unaufhörlichem Drängen des Kaisers endlich am 20. Juni zu Ungarisch-Altenburg zusammenkam. Sie bestand aus sieben Regimentern zu Pferde und acht Regimentern zu Fuß, zusammen 9—10 000 Mann.

Montecuccoli fühlte sich bei Eröffnung des Feldzuges von 1663 so schwach, daß er dem Zusammentreffen mit dem Feinde im offenen Felde unter allen Umständen ausweichen zu müssen glaubte. Er beschloß daher, eine Centralstellung an der Donau einzunehmen, von welcher aus es ihm gelingen konnte, den Marsch des Großwesirs gegen Wien aufzuhalten und ihm bei den Flußübergängen, die er machen mußte, kleinere Verluste beizubringen. Von Ungarisch-Altenburg aus, das am Einflusse der Leitha in den südlichen Donauarm liegt, der die kleine Schüttinsel bildet, gedachte er diese Aufgabe lösen zu können. Er hatte in der rechten Flanke die Sümpfe des Hansag zur Deckung, links sollte die durch Schanzen, kleine Werke und Blockhäuser besetzte Waaglinie gehalten werden. Vor den von zahlreichen Wasseradern durchschnittenen flachen Schüttinseln lagen die stärkeren Festungen Raab, Komorn und Neuhäusel, deren Einnahme den Türken doch einige Zeit und Anstrengung kosten mußte. Die Donau bot ein sehr brauchbares, leichtes Verkehrsmittel, der Pflanzenwuchs in den Auen hinderte den Feind, sich von der Stärke und Aufstellung der kaiserlichen Truppen ein deutliches Bild zu machen.

Es waren kaum 6000 Mann mit 12 dreipfündigen Kanonen, welche der kaiserliche Oberkommandant bis Mitte Juni in Altenburg zusammenbrachte; alle übrige Mannschaft war in die festen Plätze verteilt. De Souches stand mit 1500 Mann an der mährischen Grenze. Das ungarische Aufgebot sollte sich in zwei Abteilungen am linken und rechten Donauufer sammeln, dem Kommandanten von Neuhäusel, Grafen Adam Forgacs die erste, dem Bischof von Raab die zweite unterstehen. Nachdem die Türken bei Parkan ein siegreiches Gefecht gegen Forgacs geliefert hatten, der sich unvorsichtigerweise zu einem Angriff verleiten ließ, legten sie sich am 17. August vor Neuhäusel und begannen dessen Belagerung. Anfangs September überrumpelten sie einige Posten an der Waag,

worauf die Tataren den Fluß überschritten und einen Raubzug nach Mähren unternahmen. Montecuccoli hatte mittlerweile sein Hauptlager von Altenburg nach Lanschitz (Czeklesz) am nördlichen Donauarm bezogen, konnte aber nach dem Uebergange der Tataren über die Waag dort nicht verweilen, da er einen ernstlichen Offensivstoß in der Richtung der Donau erwarten und deshalb eine gesichrtere Stellung aussuchen mußte. Die richtigste wäre Preßburg gewesen, der Stadtmagistrat verwehrte ihm jedoch den Eintritt. Es gehörte dies zu den fast unglaublichen Erschwerungen, denen die kaiserliche Kriegsleitung durch die Ungarn seit Beginn des Feldzuges ausgesetzt war. So hatte der Landtag die Bedingung gestellt, daß vor Mitte Juli keine kaiserliche Armee auf ungarischem Boden versammelt werden dürfe, weil bis zu diesem Zeitpunkte erst die Landesinsurrektion aufgeboten war. Die Verstärkungen für die vom Feinde unmittelbar bedrohten festen Plätze durften den Landweg nicht nehmen, sondern mußten auf der Donau befördert werden, ohne ans Land steigen oder von dort die Verpflegung beziehen zu dürfen. Und jetzt mußte Montecuccoli aus den Vorstädten von Preßburg, die für sich nicht haltbar waren, abziehen und in Kittsee zwischen Leitha und Donau das Hauptquartier aufschlagen. Er sandte von dort aus den General Sporck mit 2000 Reitern gegen die Tataren, die schon bis Nikolsburg geschwärmt und das Land sengend, raubend und mordend durchzogen hatten. Sporck ließ sich auf einen zu großen Bogenmarsch ein und vermochte die Tataren, die sich mit ihrer Beute eiligst wieder zurückgezogen, trotz großer Anstrengungen nicht mehr zu erreichen. Im Laufe des Septembers wiederholten sich diese Raubzüge; die Tataren ritten bis vor die Thore Preßburgs, wandten sich aber, als sie die Kaiserlichen an der Brücke in Schlachtordnung sahen. Erst danach nahmen die Preßburger einige Compagnien Besatzung auf.

Indessen ging die Belagerung Neuhäufels ihren Weg. Die Verteidiger unter Forgacs' tapferer Führung hielten sich gut, da sie auf Entsatz durch Montecuccoli hofften. Dieser wagte ihn aber nicht. Er hatte nur einige tausend Mann deutscher Truppen als Verstärkung erhalten, die ungarische Insurrektion war zwar auf 11 000 Mann angewachsen, in offener Feldschlacht jedoch kaum zu zählen. Durfte er das Schicksal Wiens auf eine einzige Karte setzen? Klüger war es, die Fehler, welche die Türken begingen, auszunutzen und womöglich den Fortgang des Feldzuges durch Märsche und Wechseln der Positionen hinzuziehen. Die Kriegsführung Ahmed Köprilis war die denkbar schlechteste. Er hatte nichts zu thun, als die Festungsbesatzungen durch Einschließung festzuhalten, gerade auf das schwache Hauptheer loszugehen, dasselbe zu werfen und sich mit Wucht auf Wien zu stürzen. Mit 120 000 Mann gegen kaum 20 000 war das noch kein Heldenthat. Er begnügte sich aber mit der Einnahme von Neuhäufel, dessen Besatzung, da sie drei Stürme ausgestanden und ohne Munition mit fast gänzlich unbrauchbar gewordenen Geschützen hinter offenen Bresten stand, den Grafen Forgacs zur Uebergabe zwang. Diese erfolgte am 27. September. Der Großwesir bewilligte den tapferen Verteidigern freien Abzug nach Komorn in Wehr und Waffen. Er unternahm auch nichts Wesentliches mehr in diesem Herbst, der rasch einen rauhen Charakter annahm, sondern kehrte, als er Montecuccoli mit 11 000 Mann vor sich auf der Schüttinsel fand und Niklas Zriny den

kleinen Krieg an der Waag und Neutra begann, unter Zurücklassung einer Besatzung in dem wieder instandgesetzten Neuhäusel nach Gran zurück, von wo er sein Heer in die Winterquartiere entließ. Dasselbe geschah auf kaiserlicher Seite.

Im Januar 1664 unternahm Graf Hohenlohe von Steiermark aus mit den Truppen des Rheinbundes und in Verbindung mit dem Banus Zriny einen ganz zwecklosen Vorstoß gegen Essek, der die Truppen ermüdete und Geld kostete, ohne daß ein dauernder Erfolg erzielt werden konnte.¹⁾ Während sich seine Truppen wieder auf der Murinsel ins Quartier legten, reiste Hohenlohe nach Regensburg, um dem Kaiser über die verunglückte Unternehmung Bericht zu erstatten. Die Ergänzung und Vermehrung der österreichischen Armee ging jedoch ziemlich gut von statten. Ende Februar zählte man 21 Regimenter zu Fuß mit 36 000 Mann, 14 schwere Reiter- und 4 Dragonerregimenter mit zusammen 15 000 Pferden.

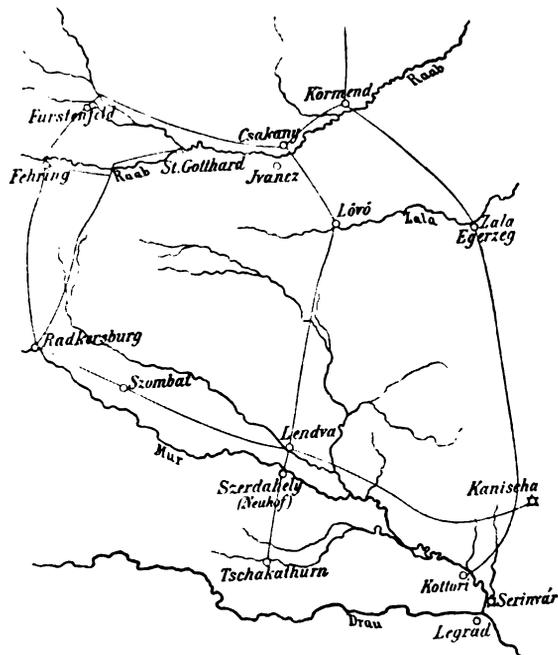
Entgegen der Ansicht Montecuccolis, der das Hauptheer in der Stärke von 50 000 Mann und 124 Geschützen an der Donau vereinigen und mit demselben gerade aus gegen Gran und Ofen vorgehen wollte, bevor die Türken ihre Festungen entsetzen konnten, beschloß man zu Regensburg Ende März, drei selbständige Armeen aufzustellen. Die erste in Oberungarn unter de Souches, der den Rang eines Feldmarschalls erhalten hatte, mit 8500 Mann, sollte den Krieg mit Apaffy zum Scheine führen, da dieser dem Kaiser die Zusage gemacht hatte, seinerseits ebenfalls nur einige Scheinbewegungen zu unternehmen, damit er seinem türkischen Oberherrn gegenüber gerechtfertigt sei. Daneben hatte de Souches aber auch noch den Auftrag, sich Kaschau zu bemächtigen. Eine zweite Armee, bestehend aus kaiserlichen Truppen unter General Strozzi, den Rheinbundvölkern und Baiern, hatte in Gemeinschaft mit Zriny und den Freischaren unter Bathyany, Esterhazy und Draskovich Ranischa zu nehmen. Das Hauptheer unter Montecuccoli in der Stärke von 28 000 Mann sollte die von Radasdy geworbenen leichten ungarischen Reiterregimenter vor sich herschicken, um den Feind bei seiner Aufstellung zu beunruhigen, die auf 15 000 veranschlagte Reichsarmee abwarten, welche man Ende Mai bei Wien zu vereinigen hoffte, und dann an der Donau vorgehen. Es kam aber alles ganz anders.

Als Ahmed Köprili von den Kriegsvorbereitungen an der Waag und Mur erfuhr, sah er sich veranlaßt, seinen Angriff ebenfalls zu teilen, indem er sich offenbar der Hoffnung hingab, er werde der feindlichen Streitkräfte, die an der Mur und Drau vereinigt waren, bald Meister werden und dann geradezu gegen Wien rücken können, zu dessen Belagerung in Belgrad 12 Stück groben Belagerungsgeschützes gegossen wurden. Sein Plan war richtig und hätte bei klarer Verfolgung die Christen in die größte Bedrängnis bringen können; es fehlte dem türkischen Feldherrn jedoch, wie immer, an der Fähigkeit, die Verhältnisse rasch zu erkennen und auszunutzen.

Die Murarmee, welche auf 17000 Mann gebracht worden war, versuchte

¹⁾ Mit diesem berühmten Zuge beschäftigt sich die Flugschrift „Mercurius Seriniano-Hohenloho-Turcius . . . Gedruckt im Jahre nach Christi Geburt 1664.“ Am Ende: J. G. S. v. R.

Ende April die Belagerung von Kanischa, mußte sich jedoch bald überzeugen, daß sie bei ihrer mangelhaften Ausrüstung mit Geschütz dieser Aufgabe nicht gewachsen war. Als daher der Großwesir, nachdem er bei Essek eine neue Brücke hatte schlagen lassen, zum Entsatz von Kanischa heranzog, wurde die Belagerung, während welcher die Armee durch Hunger, Strapazen und Seuchen stark gelitten hatte, aufgehoben und eine Stellung südwärts davon an dem Zusammenflusse der Mur und Drau eingenommen, wo der Banus Briny die Feste Serinvár angelegt hatte, die jedoch nicht vollendet, sondern gegen das Ufer der Mur noch offen war. Der Großwesir, der damals ungefähr 40000 Mann bei sich hatte, nahm sofort die Richtung gegen Serinvár und errichtete auf den vor der Feste liegenden Anhöhen starke Batterien. Die kaiserlichen Allianztruppen,



ungarischen und kroatischen Reiter, durch wiederholte Zuzüge auf 19000 Mann verstärkt, lagen am linken Ufer der Mur, waren jedoch durch einen Morast getrennt. ¹⁾ Ahmed Köprili ließ den Christen Zeit, den veränderten Verhältnissen gegenüber eine vollständig neue Truppenverteilung vorzunehmen. Die Donauarmee, die sich wieder bei Altenburg gesammelt hatte, wurde sofort an die Mur dirigiert, auch die Reichsarmee, deren erste Abteilung Ende Juni bei Wien erschien, hatte dieselbe Richtung einzuschlagen. Das Corps des Rheinbundes, die sogenannte Allianzarmee, erhielt Verstärkung durch französische Truppen, gegen deren Zulassung der Kaiser sich nunmehr nicht länger sträuben konnte. Ein Teil zog durch das Reich nach Wien, ein anderer (26 Reitercompagnien) von Italien nach Marburg an der Drau. Montecuccoli, welchem der Kaiser

¹⁾ Montecuccolis Skizze der Aufstellung ist in einem Facsimile in der österr. milit. Zeitschr. 1828, II. wiedergegeben.

in einem Handschreiben zugestand, daß alles so eingetroffen war, wie er es vorausgesagt hatte, übernahm den Oberbefehl über die nun aus der Mur- und Donauarmee zu bildende Hauptarmee. Niklas Briny, der heftigste Gegner Montecuccolis, verließ das Heer gänzlich. Er war auch mit Hohenlohe in stetem Hader begriffen gewesen, hatte denselben sogar zu einem Angriff auf die türkische Stellung bei Serinvár verleiten wollen, der wahrscheinlich die Vernichtung der christlichen Streitkräfte zur Folge gehabt hätte.

Den ganzen Monat Juni hindurch wurden bei Serinvár kleine Gefechte geliefert, in welchen die Christen meist siegreich blieben. Dennoch verschlechterte sich ihre Lage von Tag zu Tag in Folge des Mangels an Lebensmitteln und Futter. Die gefüllten Magazine an der Donau waren nun vollständig wertlos geworden, der neue Kriegsschauplatz, den niemand hatte wünschen können, entbehrte der Verkehrswege, hatte keine größeren Städte hinter sich; selbst Graz bot wenig Unterstützung, da es auf so großen Bedarf nicht vorgesehen war. Es war Montecuccolis erste Sorge, als er den Oberbefehl übernommen hatte, nach Graz zu gehen und mit den innerösterreichischen Behörden, zu welchen ja damals auch noch ein eigener Kriegsrat gehörte, über die Verproviantierung seiner Armee zu unterhandeln. Es konnte jedoch bei aller Anstrengung nicht mehr als der Bedarf für einen, höchstens zwei Tage auf einmal beige stellt werden. Aus Ungarn war wenig zu erhalten. Kroatien hielt sich, seitdem der Banus der Armee schmollend den Rücken gekehrt hatte, völlig teilnahmslos.

Es wäre unstreitig angezeigt gewesen, die Stellung bei Serinvár sofort aufzugeben und mit der Murarmee an die Raab zurückzugehen, wo man die Verstärkungen, welche von Altenburg und Wien im Anmarsch begriffen waren, schneller zur Hand hatte. Im Kriegsrat wurde auch die Bedeutungslosigkeit Serinvárs anerkannt. Montecuccoli scheint es jedoch nicht gewagt zu haben einen so radikalen Eingriff in die Anordnungen des Hofkriegsrates auf sich zu nehmen. Ein heftiger Sturm der Türken auf die Feste am 30. Juni brachte dieselbe jedoch in die Gewalt des Feindes, der sich nun auch nicht länger scheute, seine zahlreiche leichte Reiterei nach Norden bis Körmend schwärmen zu lassen. Ahmed Köprili sprengte am 7. Juli Serinvár in die Luft, in der Nacht vom 11. auf den 12. Juli setzte er sein Lager in Flammen, am 12. zog er nach Kanischa ab. Sein Heer mochte durch die starken Nachschübe, welche in den letzten Wochen aus Asien und Aegypten angelangt waren, bereits wieder bis auf 120 000 Mann angewachsen sein. Die christlichen Truppen hatten bei Serinvár sehr gelitten, Tausende von Pferden waren wegen Futtermangels unbrauchbar geworden. Hohenlohes Allianzarmee bestand nur mehr aus 1000 Mann zu Fuß und 400 Reitern. Franzosen und Reichstruppen, die sich dem Kriegsschauplatz näherten, weigerten sich, in die von allen Verpflegungsgegenständen entblößte Gegend an der Mur vorzurücken, um nicht kampflös aufgerieben zu werden.

Sobald sich Montecuccoli überzeugt hielt, daß der Abzug des Großwesirs keine Finte war, beschloß er, die Stellung an der Spitze der Murinsel zu verlassen und bei Szerdahely (Neuhof) über die Mur zu gehen. —

Unterdessen hatten auch die Verhältnisse auf dem nördlichen Kriegsschau-

plage eine ernste Wendung genommen. Feldmarschall de Souches hatte Anfang Mai mit 8000 Mann die Feindseligkeiten durch die Belagerung von Neutra eröffnet. Nachdem dies genommen war, erschien er in der gleichen Absicht vor Lewentz. Als der Pascha von Großwardein sich zum Entsatz dieser Festung anschickte, zog de Souches noch das Corps des Generals Heister (2800 Mann zu Fuß, 2100 Pferde) an sich und nahm seinen Rückzug nach St. Benedikt an der Gran. Eine allzu kühne Verfolgung, zu welcher sich der Pascha hinreißen ließ, gab de Souches Gelegenheit, das Gefecht bei Szent-Kereszt (Heiligenkreuz) aufzunehmen und den Türken eine schwere Niederlage beizubringen. Die Folge davon war die Eroberung von Lewentz. Weitere Fortschritte der Waagararmee glaubte der Großwesir nicht dulden zu können, er beorderte daher den Fürsten Ghika der Walachei, Ali Pascha und die Paschas von Ofen, Erlau und Neuhäusel mit 25 000 Mann zur Wiedergewinnung des Platzes. De Souches beschloß, das von einer tapferen Schar unter Hauptmann Neumutt verteidigte Lewentz zu entsetzen und wurde bei seinem Anmarsche durch einen Zufall in eine Schlacht verwickelt, die abermals mit einer vollständigen Niederlage der Feinde endete. Die sächsischen und brandenburgischen Hülfstruppen haben durch die „unglaubliche Resolution“, mit der sie nach des Feldmarschalls eigenem Zeugnisse gefochten haben, zu dem Siege des Christenheeres wesentlich beigetragen. De Souches verfolgte den Feind bis Parkan, nahm diese Feste, warf die Türken vollständig über die Donau, zerstörte die Schiffbrücke über dieselbe und wählte dann eine feste Stellung bei Komorn. —

Ahmed Köprili verbrachte nach seinem Abzuge von Serinvár acht kostbare Tage mit Hin- und Herzügen zwischen Kanischa und dem nordöstlich davon gelegenen Klein-Komorn und der Eroberung dieser ganz unbedeutenden Feste. Er hätte in derselben Zeit bereits jenseits der Raab sein können und wäre in der Lage gewesen, die heranmarschierenden Abteilungen der Reichsarmee, sowie die Franzosen unter Coligny einzeln anzugreifen und zurückzuschlagen. Er scheint aber von allem, was vor ihm sich abspielte, nichts gemerkt zu haben. Am 17. Juli langten seine Vortruppen bei Egerszeg an, am 21. bei Körmend, die Hauptmacht setzte sich an demselben Tage erst von Kanischa aus in Bewegung, wahrscheinlich, ohne über das Ziel ihres Marsches im klaren zu sein. Es läßt sich nämlich nicht annehmen, daß der Großwesir an die Donau marschieren und Raab belagern wollte, denn dies hätte er ungehindert bewerkstelligen können. Montecuccoli wäre nicht in der Lage gewesen, ihn auf dem Marsche mit ausreichender Macht zu beunruhigen. So ging denn die Zeit der größten Gefahr für das christliche Heer glücklich vorüber. Montecuccoli konnte am 22. Juli die Franzosen bei Szombat an der Mur aufnehmen und mit seiner Reiterei an der Raab anlangen, diese überschreiten und am linken Ufer bis Körmend vorgehen, ehe die Türken sich dieser Stadt bemächtigt hatten. Das Fußvolk und der Troß unter Feldmarschall Sparr folgten auf schlechten Wegen, die noch durch langwierigen Regen aufgeweicht waren, in Tagmärschen von einer Meile. Am 28. Juli hatten sie trotzdem und zwar gleichzeitig mit den durch Deutschland herangekommenen 14 französischen Reitercompagnien St. Gotthard erreicht. Noch immer waren die Verpflegungsverhältnisse die denkbar ungünstigsten, es

konnte nicht einmal Brot in genügender Anzahl herbeigeschafft werden. Montecuccoli hat sich nur deshalb so lange an die Mur geklammert, weil ihm diese Wasserstraße noch die sicherste Zufuhr gewährte; es machte Schwierigkeiten, die Proviantkolonnen von Graz aus durch das Raabthal zu dirigieren, ehe die Murlinie ganz aufgegeben war. Die Magazine von Fürstenfeld waren lange nicht so reichlich bestellt, um die nunmehr vereinigte Armee auch nur einen Tag zu erhalten. Durch die unvermeidlichen Requisitionen waren die Bauern schon dermaßen aufgereggt worden, daß sie aus den Gebirgen in größeren Haufen hervorbrachen und kleinere Abteilungen des christlichen Heeres überfielen. Diese Verhältnisse drängten zur Schlacht, der auch der Großwefir nicht länger ausweichen konnte. Der Uebergang über die Raab war ihm bei Rörmend zweimal kräftig verwehrt worden; darauf zog er flußaufwärts nach Zwanz, um bei Szakany das linke Ufer zu gewinnen. Auch hier gelang es nicht; die Türken suchten also noch weiter oberhalb einen günstigen Uebergang; sie standen am 29. Juli bei St. Gotthard; ihnen gegenüber das christliche Heer, welches bereits seine Weisungen zur Annahme des Kampfes erhalten hatte; am 31. Juli schoben sie sich noch eine halbe Stunde über St. Gotthard hinaus und bereiteten sich zur Schlacht. Sie wurde am 1. August geschlagen. Nichts ist so merkwürdig an derselben als die Zusammenstellung des christlichen Heeres, die sich in ähnlicher Vielseitigkeit der Schulter an Schulter kämpfenden Nationen nur sehr selten wiederholt hat.

Von kaiserlichen Truppen, die den rechten Flügel bildeten, waren vereinigt 10 Compagnien Kroaten, 20 Compagnien Dragoner (die Regimente Görzky und Jacque), 62 Compagnien schwere Reiter (die Regimente Montecuccoli, Sporck, Karl von Lothringen, Rappach, Schneidau, Schmied), 64 Compagnien zu Fuß (die Regimente Pio, Spick, Nassau, Kielmannsegg, Tasso, Sparr). Das Centrum bildeten die Reichstruppen unter dem Markgrafen von Baden und Waldeck: das schwäbische, fränkische, bairische, niedersächsische, westfälische, württembergische Regiment zu Fuß, zusammen 35 Compagnien, das niedersächsische, westfälische und fränkische Regiment zu Roß mit zusammen 15 Compagnien; dann die Allianztruppen unter dem Baron von Leyen: 25 Compagnien zu Fuß von Mainz, Basel, Trier, Pfalz-Neuburg, Münster und Pfalz-Zweibrücken, die Allianztruppen unter Hohenlohe 20 Compagnien zu Fuß von Köln, Straßburg, Waldeck, Schwedisch-Pommern, Bremen, Braunschweig, Lüneburg, Hessen. Diese 45 Compagnien waren im Laufe des Feldzuges so sehr zusammengeschmolzen, daß sie nicht mehr als 2 starke Bataillone zu bilden imstande waren. An Reiterei hatten die Alliierten noch 11 Compagnien von Münster, Neuburg, Lüneburg, Pommern, Bremen, Mainz, Trier, Pfalz, Württemberg, welche 4 Schwadronen ausmachten. Das französische Corps, welchem der linke Flügel angewiesen war, bestand aus 80 Compagnien zu Fuß in 4 Bataillonen und 40 Compagnien zu Pferde in 10 Schwadronen; es wurde vom Grafen Coligny als Generallieutenant befehligt, der Marquis de Feuillade und Monsieur de Podewitz waren ihm als *Maréchaux de champ* beigegeben. In der Reiterei dienten viele vornehme Herren, die diesen Türkenkrieg als einen neuen Kreuzzug betrachteten und bemüht waren, durch herausforderndes Benehmen gegen

die Türken ihre ritterliche Gesinnung zu beweisen und die Sitten der mittelalterlichen Gesellschaft nachzuahmen. Die Stärke des gesamten christlichen Heeres kann kaum über 30000 Feldtüchtiger angenommen werden, mit Geschütz waren nur die Kaiserlichen gut versehen; die Reichstruppen und Franzosen führten nur wenige leichte Stücke mit sich. Das türkische Heer wird mit 130000 Mann berechnet, wirklich streitbare Mannschaft dürfte jedoch kaum mehr als 60—70000 vorhanden gewesen sein.

Montecuccoli befiß sich in der Anordnung der Schlacht größter Einfachheit. Sie steht militärisch auf keinem höheren Standpunkte als das Gegeneinanderschlagen der mittelalterlichen Ritterheere. Für das Feuergefecht hat er einige besondere Befehle gegeben; er wollte ein möglichst andauerndes Feuer erzielen und verlangte, daß die einzelnen Glieder der Infanteriemassen sich ablösen sollten, so daß die erste Reihe bereits wieder schußfertig sei, wenn die letzte zur Decharge komme. In ähnlicher Weise sollte auch das Geschützfeuer unterhalten werden. Die Verordnung von kleineren Musketier-Abteilungen zu den Reitereschwadronen — eine Verwertung der Methode Gustav Adolfs — hat bei St. Gotthard keine Bedeutung erlangt. Nicht ohne Berechnung war jedoch die *Ordre de bataille* durchgeführt: Kaiserliche und französische Truppen an den Flügeln, die Reichsvölker, als die am wenigsten schlaggewohnten und schlecht disziplinierten, im Zentrum. Die hohen Herren der Reichsarmee haben dem kommandierenden General daraus einen Vorwurf gemacht und sich beim Reichstage beklagt, daß er ihnen den gefährlichsten Posten angewiesen, sie zur Schlachtbank geführt habe. Sie bewiesen dadurch nur, daß sie keine Kriegserfahrung besaßen oder dieselbe verleugnen wollten. Gerade gegen eine große Uebermacht mußte Montecuccoli die Flügel stark halten; ein einziger glücklicher Stoß nach rechts oder links, wie er dann thatsächlich gegen die Mitte erfolgt ist, hätte die Armee in Gefahr gebracht, weil Unterstützung nur von einer Seite möglich war. Das Zurückweichen des Zentrums aber, das übrigens an der in dessen Rücken gelegenen Hügelkette einen Damm fand, gab den beiden Flügeln die Gelegenheit, von zwei Seiten in die Flanke des vordringenden Feindes einzuhaufen. Und so kam es. Montecuccoli rechnete vor allem darauf, daß sich die Türken beim Uebergange über die Raab Blößen geben würden, wie sie es bei Körmend und Czafany gethan hatten. Leider wurde aber ihr erster Uebergang gar nicht bemerkt. Die Schuld daran trifft jedoch nur die Reichstruppen, deren Kommando infolge Erkrankung des Markgrafen von Baden Graf Waldeck führte.¹⁾

Vor dem Zentrum bog die Raab stark gegen Süden aus, so daß die Reichstruppen ein größeres Terrain, als die beiden Flügel vor sich hatten. Es gelang den Türken, sich am Morgen des 1. August (um 9 Uhr) in den Auen des linken Raabufers festzusetzen, ohne daß sie von den Vorposten des Zentrums

¹⁾ Raachbars „Leben und Thaten des Fürsten Georg Friedrich von Waldeck“ (herausg. von L. Curpe) enthält einen wahrscheinlich auf Aufschreibungen Waldecks beruhenden Abschnitt über den Türkenkrieg, welcher jedoch nur den Marsch von Serinöär bis St. Gotthard, über die Schlacht selbst nichts enthält. Die Erzählung ist lückenhaft und sehr schwer verständlich, da fast gar keine Ortsbenennungen gegeben werden. An Gehässigkeit gegen den kaiserlichen Feldmarschall läßt sie jedoch nichts zu wünschen übrig.

bemerkt wurden. Sie brachten rasch größere Massen Fußvolf und Reiterei hinüber und warfen im ersten Anlaufe die Reichstruppen bis hinter Magersdorf zurück, dessen sich die Janitscharen unter Ismail Pascha von Bosnien bemächtigten. Die Ueberraschung war so groß, daß einzelne Generale an einen allgemeinen Rückzug dachten. Montecuccoli hatte den Fall ohne Zweifel vorausbedacht und behielt seine Ruhe. Er setzte sich selbst an die Spitze von 5 Regimentern und griff die Türken in ihrer linken Flanke an, während der Markgraf von Baden, der sich krank aufs Pferd heben ließ, mit Schwaben und anderen rasch zusammengetriebenen Compagnien sie von rechts anfiel. Bei der Attaque der Kaiserlichen zeichnete sich Prinz Karl von Lothringen durch besondere Kühnheit aus. Die Türken wurden bis in die Auen zurückgejagt, erhielten dann aber Verstärkung vom Großwesir und drangen neuerdings vor. Nun sollten die Franzosen eingreifen. Es bedurfte jedoch der persönlichen Ueberredung Montecuccolis, um Coligny zu bewegen, sich an der Wiedergewinnung eines Bodenabschnittes zu beteiligen, dessen Verteidigung den Reichstruppen zugewiesen war. Feuillade ging mit 1200 Mann zu Fuß und 600 Reitern gegen die Türken vor und brachte das Gefecht zum Stehen. Der größere Teil des verbündeten Heeres befand sich jetzt in dem von der Raab bogenförmig umflossenen Terrain. Eine Zeit hindurch beschränkte man sich auf beiden Seiten darauf, das Feuergefecht hinzuhalten. Montecuccoli erkannte aber, daß der Großwesir einen dritten Hauptangriff in der Richtung der beiden ersten vorbereite und sah die Notwendigkeit ein, demselben zuvorzukommen. General Spordt bildete ein starkes Reitergeschwader und brach mit großer Wucht in die sich eben in Bewegung setzenden türkischen Kolonnen ein. Diese vermochten den Stoß nicht auszuhalten, in heftigem Handgemenge wurden sie an die Raab zurückgetrieben und in die hochgehenden Fluten derselben gedrängt. Einige Geschütze gingen vor und beschossen die am jenseitigen Ufer angesammelten türkischen Reitercharen, die ihren geschlagenen Kameraden keine Unterstützung gewährten, sondern sich in eiliger Flucht ihrem Lager zuwandten. Hiermit endete die Schlacht. Zu einer Verfolgung an das jenseitige Ufer konnte sich der kaiserliche Feldherr nicht entschließen, ob sie möglich gewesen, läßt sich den vorliegenden Schilderungen nach nicht beurteilen. Die Truppen des Zentrums waren wohl zu sehr geschwächt und in ihrer Ordnung gestört, um dabei in erste Linie zu treten, nahezu unberührt aber waren die Flügel. Am rechten hatten die Kroaten und Dragoner einen Umfassungsversuch der Tataren mit Leichtigkeit zurückgewiesen, am linken genügte das Feuer der Franzosen, um die Türken vom Raabiübergange abzuhalten.

Der Verlust Ahmed Köprilis war groß; 14000 Mann guter Truppen hatten im Gefecht oder in den Fluten der Raab ihren Untergang gefunden, unter ihnen Ismail und zwei andere Paschas. 40 Fahnen, 15 Kanonen wurden die Beute der Sieger, welche den Reichs-Feldzeugmeister Graf Franz Fugger, den Obersten Graf Nassau, den Leibgardikapitän Graf Karl Trautmansdorff, den Oberst des schwäbischen Regiments Graf Fugger und andere hohe Offiziere unter den Toten zählten. Am meisten hatten die Niederachsen, Schwaben und Baiern gelitten.

Das türkische Heer war durch die Schlacht bei St. Gotthard moralisch derart geschädigt, daß der Großwesir die Offensive aufgab, obwohl er dem Feinde noch immer um das Doppelte überlegen war. Er zog sich am rechten Raabufer bis Marczaltó und dann hinter den Bakonnerwald nach Stuhlweißenburg zurück. Montecuccoli plante einen Ueberfall des türkischen Nachtrabes in den Sümpfen der Marczal, konnte aber weder Hohenlohe, noch die Franzosen bewegen, ihm hierzu die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Die Haut der kaiserlichen Soldaten allein zu Markte zu tragen, fühlte er auch keinen Beruf, Kühnheit der Entschlüsse war nicht seine Sache. Das verbündete Heer wuchs durch Zuzüge von Altenburg und von dem Corps de Souches bis zu 40000 Mann an, auch wurde ihm von Wien ein Geschützpark von 60 Stücken zugeführt; die Verbindung mit de Souches war hergestellt und die Möglichkeit gegeben, die Offensive an der Donau zu ergreifen, nachdem sich Ahmed Köprili am 28. August nach Gran begeben hatte. Man unterhielt sich jedoch ausschließlich mit der Abhaltung von Kriegsräten, die keinen anderen Zweck hatten, als die Unlust an weiteren Kämpfen, um nicht zu sagen die Feigheit, zu bemänteln. Im September gingen beide kriegsführenden Teile über die Donau und standen sich bis Anfang Oktober an der Neutra gegenüber, während die Unterhandlungen über den Waffenstillstand zu Rasvár begonnen hatten.

Es wäre unrichtig, die Veranlassung zu diesen Unterhandlungen nur in den Heeresverhältnissen zu suchen. Hätte Oesterreich den ernstlichen Willen gehabt, den Krieg fortzusetzen und die Offensive gegen den Großwesir zu ergreifen, so würde eine energische Kriegsleitung schließlich doch auch die Widerstrebenden mitgerissen haben. Um so mehr als gerade die militärisch am weitesten vorgeschrittene deutsche Macht, der Kurfürst von Brandenburg, zu einer namhaften Verstärkung seines Hilfscorps bereit war. Es bedurfte nur einer aufrichtigen Aenderung in dem kleinlichen Standpunkte, den der Wiener Hof bisher in der Jägerndorfer Angelegenheit gegen Brandenburg eingenommen hatte, um letzteres auch noch zu weiteren Anstrengungen zu bewegen. Der Kampf gegen die Ungläubigen, die Ordnung der Verhältnisse in Ungarn und den angrenzenden Gebieten war eine Aufgabe, die das Haus Oesterreich damals unter dem Beifalle und mit Unterstützung seiner Nachbarn hätte durchführen können, wenn es dafür andere Ansprüche von zweifelhaftem Werte fallen gelassen hätte. Weil es aber seine Hände unglücklicherweise überall im Spiele hatte, kam es aus den Verwickelungen niemals heraus und konnte es in keiner Richtung große Ziele mit Energie verfolgen. Im siebzehnten Jahrhundert stand Habsburg der Weg nach dem Balkan offen, damals war der Augenblick günstig, eine große Kulturmission zu erkennen und zu übernehmen. Niemand hätte ihm dieselbe streitig gemacht. Wenn einmal die ganze Welt mit Fingern darauf hinweist, ist es für eine Dynastie zu spät, eine solche Mission ausnützen zu wollen; sie muß sich ihrer aus eigenem Antriebe und auf eigene Verantwortung bemächtigen, bevor sich andere Elemente einmischen können. Die Aussicht auf die spanische Erbschaft und der Wahn, daß die Machtstellung Oesterreichs von seiner Umgebung an den Ultramontanismus, an die Idee der katholischen Glaubenseinheit abhängig sei, verdunkelte den Blick Leopolds I. und seiner Ratgeber, so daß sie unfähig waren,

die natürlichen Interessen des Hauses zu wahren und demselben eine große Zukunft zu sichern.

Die verschiedensten Beweggründe scheinen zusammengetroffen zu sein, um dem Kaiser den Frieden mit den Türken in einem Augenblicke wünschenswert zu machen, da der Krieg doch zum mindesten nicht aussichtslos genannt werden konnte. Man traute Frankreich nicht, denn man hing noch an dem kindlichen Glauben, diesen mächtigen Nachbar von der spanischen Erbschaft gänzlich ausschließen zu können; man bedurfte Zeit und Ruhe zur Heirat des Kaisers mit der Prinzessin Margarete von Spanien, man fürchtete die ungarische Unabhängigkeitspartei, man war des Feilschens und Bettelns beim Reichstage überdrüssig und man wollte Brandenburg nicht verpflichtet sein. In dem wichtigsten und dringendsten Punkte, der Beruhigung Ungarns, wurde durch den Frieden gerade das Gegenteil dessen erreicht, was beabsichtigt war, und im Reiche das Ansehen und das Vertrauen zur Politik des Kaisers schwer geschädigt.

Die Bedingungen, welche der kaiserliche Resident Kenninger schon im August mit dem Großwesir vereinbart hatte, waren — wenn man den Sieg von St. Gotthard auch noch so bescheiden veranschlagt — außer allem Verhältniſſe zu den in diesem Feldzuge angewendeten Mitteln. Die Feindseligkeiten sollten für zwanzig Jahre eingestellt sein, Apaffy blieb Fürst von Siebenbürgen, nach dessen Tode sollte das freie Wahlrecht der Siebenbürger wieder in Kraft treten. Dagegen behielten die Türken Großwardein und Neuhäusel. Serinvár durfte nicht wieder aufgebaut werden und der Kaiser verpflichtete sich, binnen vier Monaten den Großhernn mit einem Geschenke von 200000 Thalern zu begrüßen. Die Komitate Szathmar und Szabolcs, die seiner Zeit an Rakoczyn verliehen worden waren, blieben nun im Besitze des Kaisers.

Von deutscher Seite wurde es am meisten beanstandet, daß die Sicherung der Grenze gänzlich aus dem Auge gelassen worden war, so daß die Gefahr eines türkischen Angriffes nach dem Frieden noch größer geworden war, als vor dem Kriege. Die Ungarn waren beleidigt, weil man sie bei der Festsetzung dieser Bedingungen nicht gehört, die Rechte des jungen Rakoczyn preisgegeben und Siebenbürgen gänzlich dem Einflusse der Türken überantwortet hatte.

Die Unzufriedenheit der Magnaten steigerte sich bis zum Versuche einer Empörung gegen die regierende Dynastie. Der Palatin Wesselény, der Banus Niklas Zriny und nach dem Tode dieser beiden der Bruder des letzteren, Graf Peter Zriny, sein Schwager Frangepani, sein Schwiegersohn Franz Rakoczyn, Franz Nádasdy und Stefan Tököly standen an der Spitze einer Verschwörung, welche mit Hülfe Frankreichs und der Pforte die Lostrennung Ungarns von Oesterreich anstrebte. Wesselény's Plan, den er Ludwig XIV. vorlegte, enthielt den Vorschlag, der König von Frankreich solle die Aufnahme Ungarns in das Deutsche Reich mit Sitz und Stimme seiner Vertreter im Reichstage vermitteln, dafür wollten die Ungarn einen Verwandten oder Sohn Ludwigs XIV. zum Könige wählen. Die Verschwörung mißlang, einerseits weil gerade die bedeutendsten Persönlichkeiten in der Bewegungspartei während der Vorbereitungen starben, andererseits weil Ludwig XIV. gerade damals keine Ursache hatte, mit der Haltung Oesterreichs unzufrieden zu sein und die Pforte keine Lust zeigte,

sich mit den ungarischen Magnaten, deren Eigennuz ihr ja nicht unbekannt war, in abenteuerliche Unternehmungen einzulassen, aus welcher sie eher Nachteil als Nutzen ziehen konnte. Die beabsichtigte Verbindung der Unzufriedenen mit den rheinischen Alliierten, welche durch eine Denkschrift Frangepanis an den Kurfürsten von Mainz eingeleitet werden sollte, wurde durch Verrat des Unterhändlers im Keime unterdrückt. In Steiermark, wohin der Banus von Kroatien die Rebellion ausdehnen wollte, fand sich kein Boden für dieselbe. Mit Ausnahme des Grafen Erasmus Tattenbach, eines ebenso eitlen und prahlerischen, als geistesarmen Mannes, der seine bösen Absichten unter dem Beile des Henkers büßen mußte (1. Dezember 1671), fand sich niemand, der mit den Verschwörern gemeinsame Sache gemacht hätte. Die Person des Landeshauptmannes von Görz, Graf Karl Thurn, dürfte nicht ganz gerechtfertigt in den Prozeß hineingezogen worden sein. In Oberungarn führten die Untersuchungen zu harten Regierungsmaßregeln, welche endlich Mitursache des nächsten Türkenkrieges und der Belagerung von Wien geworden sind.

Zweiter Abschnitt.

Die Wachtentfaltung Frankreichs.

Die beiden großen Kardinäle haben die Idee des Königtums in Frankreich zu voller Klarheit entwickelt, sie haben die der Verwirklichung derselben entgegenarbeitenden Kräfte gebrochen und abgelenkt. Der Versuch, den Feudalstaat neu zu organisieren, ihn mit den Interessen der Beamtenkörperschaften in Einklang zu bringen, war mißlungen. Die ganze Macht einer zentralistischen Regierung war gesammelt, sie lag offen da für die Hand des Königs, der sie danach ausstreckte und die Energie besaß, sie geeint zu erhalten und zu verwenden. Das Leben der Nation drängte zu einer großartigen Bethätigung ihrer reichen Anlage, ihres Temperamentes, ihres Reichtums. Die Weltbühne stand frei und offen, die bisherigen Helden der Aktion waren gealtert und unansehnlich geworden, der junge Nachwuchs noch unreif und dem großen Spiele nicht gewachsen. Die französische Nation, damals in einer Person verkörpert, die alle ihre Vorzüge und Fehler vereinte, die man bewundern muß, ohne sie doch von Herzen lieben zu können, betrat die Szene, um trotz der mannigfachen Gestaltung ihrer Vertretung für volle zwei Jahrhunderte der Mittelpunkt aller Handlungen zu bleiben. Die Größe Ludwigs XIV. erwuchs, wie jede wahre Größe, aus den Verhältnissen; seine Natur zeigte sich für jede Anforderung ausreichend, die diese an ihn stellten. Das Glück, welches seine ersten selbständigen Regentenschritte begleitete, gab ihm das Vertrauen in sein Können und Vermögen, dem allein die frische, fröhliche That entspringen kann. Diese aber ward sein Lebenselement, sein Wirken war ein ununterbrochenes, er bedurfte keiner Ruhepunkte, denn er kannte keine Ermüdung; die Erfüllung seiner königlichen Pflicht war für ihn die Quelle der höchsten Befriedigung; die Wohlfahrt seines Volkes und sein persönlicher Ruhm wurden ihm untrennbare Begriffe; indem er für das Bedürfnis nach dem letzteren rastlos sorgte, erreichte er zugleich die rascheste Förderung der ersteren.

Wir haben bereits beobachten können, wie der junge König die Erfolge des pyrenäischen Friedens auf dem Gebiete des diplomatischen Verkehrs auszu-

nugen verstand, wie geschickt er sich allen Veränderungen der europäischen Lage anschmiegte, wie unverdrossen er an allen Orten sein Eisen warm hielt, wo er Aussicht hatte, eines gebrauchen zu können; die weit größere Leistung aber vollbrachte er während derselben Zeit durch die Herstellung geordneter Zustände in der Verwaltung seines Staates. Mit Fouquet stürzte er in einem einzigen gewaltigen Anlaufe die schmachliche Kapitalistenwirtschaft, durch welche Staat und Volk in unerhörter Weise ausgebeutet wurden. Mazarin selbst hatte des mächtigen und gewandten Generalprokurators und Surintendanten der königlichen Finanzen nicht entraten können, aber er hatte seine Schädlichkeit erkannt und noch vor seinem Tode den König aufmerksam gemacht, daß die Unordnungen, welche durch Fouquets Treiben eingerissen seien, nicht länger ertragen werden können. Als Ludwig sich von der Richtigkeit dieses Ausspruches überzeugt hatte, war er auch schon entschlossen, das Uebel mit der Wurzel auszurotten.

Erscheinungen wie die Fouquets waren damals nur in Frankreich möglich, sie sind uns jenseits des Rheines erst verständlich geworden, seitdem auch hier die öffentliche Wirtschaft durch die großen Geldmächte beherrscht wird. Der große Aufwand des Staates hat das Entstehen solcher Potenzen in Frankreich schon früher befördert; die Regierung hatte die Steuerträger ihren Bankiers preisgegeben und diese den Ueberschuß ihrer mit dem Staate geführten Geschäfte mit den höchsten Beamten und Würdenträgern desselben geteilt, um ihres Raubes auch für die Zukunft sicher zu sein. Das Raubgeschäft ging jedoch unter dem Titel eines wirtschaftlichen Systemes, einer notwendigen Organisation; der schrankenlose Luxus, welchen sich die Geldhändler erlauben konnten, wurde als wirtschaftlicher Erfolg erklärt, an dem sich der hungernde Pöbel zu erfreuen und zu erbauen habe. Fouquet, in dessen ganzem Wesen und Auftreten sich bereits alle Elemente vereinigt finden, die unsere modernen Finanzgrößen charakterisieren, verband mit der Brutalität des Geldprozen auch ein gewisses Mäcenatentum; die Geschichte Corneilles, Molières und Lafontaines berührt sich mit der seinen. Maler und Gartenkünstler danken ihm die Anregung und die Mittel zur Ausführung von Kunstschöpfungen. Das System, das Fouquet zu den äußersten Folgerungen getrieben hatte, schien als die Grundlage der hohen Kulturentwicklung geschätzt werden zu müssen, die sich an den Höfen der französischen Großen und in den Hotels und Landhäusern der Partisans äußerte. Was Geist und Talent besaß, huldigte ihm. Ludwig XIV. aber ließ sich durch diesen Schein nicht blenden, er wollte der König, der Vater eines durch ihn glücklich gemachten Volkes, nicht der angesehenste Genosse einer kleinen Schar von Schwelgern sein; er wußte, daß die unnatürliche Ansammlung des Kapitals, namentlich des beweglichen, nur durch den Diebstahl an einzelnen und an der Gesamtheit entstehen könne, und fühlte sich berufen und gezwungen, als Schützer der Betrogenen und Bestohlenen aufzutreten. Indem er das Kapital auf weitere Kreise zur Verteilung brachte, sicherte er es zugleich vor Schwankungen und Krisen und machte es dem Staate selbst dauernd dienstbar.

Dies war das Werk weniger Jahre. Die Stelle des Generalintendanten wurde abgeschafft, der König erklärte, die Finanzangelegenheiten selbst leiten, alle Ausgaben anweisen zu wollen, redliche und erfahrene Männer sollten ihn

dabei unterstützen. Unter ihnen war Jean Baptiste Colbert, schon zu Mazarins Zeiten ein Gegner Foucquets, aber auch sein Gegensatz in Amt und Leben. Mit ihm konnte der König die Riesenarbeit der Verwaltungsreform durchführen. Sein eiserner Fleiß und sein Scharfblick bereitete die Wege, welche Ludwig mit Entschlossenheit betrat. Beide scheuten keinen Augenblick davor zurück, die unrechtmäßig erworbenen Reichtümer den Blutsaugern der Gesellschaft zu entreißen. Die Partisans, die sich nach der Beendigung der inneren Unruhen sofort wieder zusammengesunden und der Geschäfte bemächtigt hatten, durften sich nicht mit ihrem Raube zurückziehen, sie mußten den Staat durch außerordentliche Zahlungen für die Summen entschädigen, die sie ihm entzogen hatten. Der formale Rechtsgang wurde dabei nicht beachtet; gab es keine besseren Nachweise, so genügte der Aufwand, den einer getrieben, um die Schadenssumme zu berechnen. 70 Millionen wurden ihnen in zwei Jahren, 1662—63, abgenommen. Die Rente, welche den üblichen Zinsfuß überboten hatte, wurde um ein Viertel reduziert, mit dem Gewinne begann Colbert die Schulden zu bezahlen, welche den Staat ungebührlich belasteten. Man war auch damals nicht verlegen, die Notwendigkeit der Staatsschuld zu behaupten, man warf der Regierung vor, sie untergrabe den Wohlstand der Unterthanen, wenn sie die Schuldtitel tilge, die Wohlthaten des Großkapitals fanden die beredtesten Lobredner. Ludwig wollte jedoch nicht begreifen, daß der Wohlstand in der Bereicherung eines geringen Bruchtheiles bestehen müsse, er war überzeugt, daß ein gut geleiteter Staat die Aufgabe des Sammeln und Wiedervertheilens des Kapitals selbst besorgen könne. Die Verletzung einzelner Privatrechte schädigte das öffentliche Rechtsbewußtsein nicht im geringsten, die allmähliche Herabsetzung der Taille, die Erleichterung bei der Erhebung derselben belehrte den Bürger und Bauer, daß der Staat sich ernstlich bemühte, ungerechte Zustände zu beseitigen. Der alte Adel sagte es der Krone Dank, daß sie die neu erkaufte Titel beseitigte, welche den Wucherern, wenn auch keinen Rang und kein Ansehen, aber doch Steuerbefreiung gebracht hatten; er fühlte sich gehoben, da man ihm nicht mehr zumutete, die Geldspekulanten als seinesgleichen anzusehen.

Die Mittel, welche Ludwig durch die Reformen zur Verfügung erhielt, dienten zur Festigung der wichtigsten Einrichtungen. Das Heer wurde ein wahrhaft königliches, seitdem die Offiziere durchweg vom Könige ernannt und aus den königlichen Kassen bezahlt werden konnten, die Festungskommandanten und Gouverneure nicht mehr auf die Einkünfte gewisser Gebiete angewiesen waren, die man ihnen nicht so rasch entziehen konnte, als sie die Partei hatten wechseln können. Für die Hebung des Gewerbes, die Schaffung neuer Produktionszweige, den Austausch der Waren durch eine tüchtige Handelsflotte wurden große Summen aufgewendet. Die Bevölkerung aber wußte, daß dies alles durch den Willen des Königs geschah, der sich mit beispielloser Hingebung den Staatsaufgaben widmete, der ganz und gar im Staate aufging.¹⁾ Denn dies ist die wahre Bedeutung

¹⁾ Der brandenburgische Gesandte Freiherr von Blumenthal schrieb aus Paris vom 2. März 1663: „Der König wohnt den Conseils täglich bei, an die neun Stunden, und arbeitet ordinarie vom Morgen bis um zwei Uhr die Nacht. In Summa: Die Franzosen bekennen

des berühmten „l'état c'est moi“, daß Ludwig XIV. die Möglichkeit einer Trennung seiner persönlichen Interessen und der Frankreichs nicht zugab. Es war ein Grundsatz, der keine allgemeine Gültigkeit erlangen konnte, dessen Adoption seine Nachahmer lächerlich oder verrucht machte, im Munde Ludwigs aber bedeutete er eine großartige Anschauung von dem Verhältnisse zwischen Volk und Fürst. Es war eine notwendige Folge dieser Anschauung, sowie des durch überraschende Leistungen gesteigerten Selbstgefühles, daß Ludwig keine Gelegenheit vorübergehen ließ, die Stellung Frankreichs nach außen in demselben Maße zu stärken, wie es im Innern an Kraft zunahm. Er mußte kein Franzose gewesen sein, wenn er dabei maßvoll und einsichtig geblieben wäre. Die Neigung zum Ungeheuerlichen und Ueberspannten haftet dem ganzen Volke an, wie die Eitelkeit und Unduldsamkeit. Sie ist die Klippe, an der sein Aufschwung noch immer gescheitert ist, durch sie wird es im Glücke unerträglich übermütig, im Unglück würdelos.

Zwei Ereignisse unscheinbaren Ursprungs belehrten die Welt sehr bald, daß der junge König von Frankreich für die Durchsetzung seines Willens kein Opfer scheute, wenn der Glanz seiner Krone dabei in Frage kam. Er verlangte den Vorrang vor allen anderen Königen Europas, obwohl er wußte, daß Spanien dieselbe Stellung beanspruchte, daß die Diplomatie beider Staaten wegen dieser Konkurrenz wiederholt hart aneinandergeraten und die Entscheidung darüber stets hinausgeschoben worden war. Jetzt sollte sie erfolgen. Als im Oktober 1661 ein neuer schwedischer Gesandter, Graf Brahe, seine Antrittsaudienz am großbritannischen Hofe nahm, sollte der Marquis d'Estades als Gesandter des Königs von Frankreich den ersten Platz bei der Auffahrt behaupten. Der spanische Gesandte Baron Batteville erfuhr davon und gab seinen Entschluß zu erkennen, sein Vorrecht um jeden Preis aufrecht zu halten. Beide Teile rüsteten sich, Gewalt zu brauchen, es kam zu einer blutigen Schlägerei, in welcher die Spanier siegten. Ludwig berief seinen Gesandten ab und hätte ohne Zweifel dem eigenen Schwiegervater den Krieg erklärt, wenn dieser nicht vorgezogen hätte, dem Ungestümen nachzugeben. Der Marquis de Fuentes erschien in Paris und mußte eine Erklärung abgeben, aus welcher Ludwig die Anerkennung des Vortrittes seiner Gesandten vor den spanischen für alle Zukunft ableiten konnte. — Der Herzog von Crequi, Gesandter am päpstlichen Hofe, hatte es unterlassen, den Verwandten des Papstes die erste Visite zu machen; diese hegten nun die päpstlichen Gardien gegen den Herzog auf, so daß bei einem Tumulte, der zwischen ihnen und dem französischen Gefolge entstand, nicht nur mehrere Franzosen getötet, sondern auch auf den Herzog geschossen und seine Gemahlin beleidigt wurde. Als der Papst darauf die ihm vorgeschriebene Genugthuung nicht leisten

einmütig, daß sie solch einen arbeitsamen und so große Dinge promittierenden Herrn in geräumiger Zeit nicht gehabt. Vor ungefähr acht Wochen hat er von seinem alten Informatore, dem Guesque de Rhodes, die lateinische Sprache zu lernen angefangen, und solches verursachte ein päpstliches Brevet, darin ein und andere dunkle Worte, über deren Verstand die Ministri dieses Hofes differenter Meinung sind, enthalten waren.“ Nur in Vincennes, wohin sich der König im Herbst auf einige Wochen zurückziehen pflegte, wurde so wenig als möglich von Staatsgeschäften gesprochen.

wollte, ließ Ludwig ohne Umstände Avignon besetzen und Truppen nach Italien rücken, welche bestimmt waren, die im Streite mit dem Papste befindlichen Herzöge von Modena und Parma zu unterstützen. Alexander VII. mußte nachgeben und den Kardinalnepoten Fabian Chigi nach Paris senden, um Abbitte zu leisten.

Für die Deutschen war die Veränderung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Lothringen ein Fingerzeig auf die weitgehenden Absichten des Königs hinsichtlich der Ausdehnung seiner Macht nach Osten. Herzog Karl von Lothringen, der von 1654—59 in Toledo einen unfreiwilligen Aufenthalt zu nehmen veranlaßt worden war, erhielt durch den pyrenäischen Frieden sein Land zurück. Er dankte es dem Uebergewichte Frankreichs, das sich für seine guten Dienste durch die Wegnahme der Herrschaft Bar bezahlt machte. Dieser neue Besitz wurde nicht um seiner selbst willen geschätzt, sondern mehr als Tauschgegenstand, welchen man Lothringen neuerdings gegen Gewährung anderer größerer Vorteile wieder anbieten konnte. Herzog Karl ließ sich auch wirklich herbei, gegen Rückstellung von Bar dem Könige von Frankreich eine sein Herzogtum quer durchschneidende Militärstraße in der Breite einer halben französischen Meile eigentümlich zu überlassen, durch welche die Verbindung von Verdun nach Metz und ins Elsaß hergestellt wurde. Ja er ging noch weiter. Im ersten Aerger darüber, daß die Verbindung seines Neffen und Erben Karl mit der Grande Mademoiselle nicht zustande kam, setzte er den König von Frankreich zu seinem Nachfolger im Herzogtum ein mit der Bedingung, daß die Prinzen von Lothringen als Prinzen von Geblüt den königlichen unmittelbar angereicht würden und daß ihr Erbrecht auf Frankreich nach dem Aussterben des bourbonischen Hauses Anerkennung finde. Der jüngere Karl verwahrte sich gegen diesen Vertrag, verließ Frankreich und nahm die Kriegsdienste des Kaisers. Wir fanden ihn an der Spitze seines Regiments in der Schlacht bei St. Gotthard. Jetzt änderte auch der Oheim wieder seine Gesinnung und erklärte den Vertrag, der von Seite Ludwigs XIV. noch eine besondere Klausel erhalten hatte, für null und nichtig, setzte auch seinen Neffen neuerdings unwiderrücklich zum Erben ein. Frankreich entschädigte sich durch die Besetzung der Festung Masal, der einzigen, welche noch zur Verteidigung des Herzogtums geeignet war. Dieses war somit militärisch bereits vollständig in der Hand Frankreichs und die reale Einverleibung nur eine Frage der Zeit. Die Besetzung von Masal verfehlte nicht in Deutschland Aufsehen zu erregen; es wurde darüber gesprochen und geschrieben, die drohende Gefahr für Lothringen, das doch noch immer als eine Vormauer des Reiches hatte gelten können, ganz gut erkannt. Wer aber hätte etwas Ernstliches dagegen unternehmen können? Nicht nur der eben entbrennende Türkenkrieg verhinderte das Eingreifen von Reichs wegen, sondern weit mehr noch die Stellung Frankreichs zur rheinischen Allianz, deren faktische Anerkennung der Kaiser in seiner Bedrängnis nicht versagen konnte. Die Sache stand doch so, daß die deutschen Rheinbündler ihre Truppen vom Kriegsschauplatz hätten abberufen müssen, wenn dem französischen Hülfscorps der Zuzug als Allianztruppe verweigert worden wäre.

Es boten sich Ludwig XIV. auch neue Anlässe, um Deutschland seine

Macht fühlen zu lassen. Er hatte am 3. Januar 1663 ein neues Bündnis mit Schweden geschlossen; die Kandidatur Condés für den polnischen Thron gewann Aussicht; Holland und Schweden zeigten Neigung zu neuen Erwerbungen auf Kosten des Reiches; vor allem aber das Zerwürfniß zwischen dem Erzbischofe von Mainz und der Stadt Erfurt gab Frankreich Gelegenheit, sich in die inneren Angelegenheiten des Reiches zu mischen. Die Erfurter Händel¹⁾ haben unverkennbare Aehnlichkeit mit den Münsterschen. In beiden Fällen war die Unklarheit der Beziehungen der städtischen und bischöflichen Gewalt zu einander und zum Reiche die Ursache des Streites. Seitdem die Souveränität der Reichsstände einen größeren Rechtsumfang gewonnen hatte, war die Entscheidung über die früher häufig offen gelassene Frage der Souveränität nicht mehr zu vermeiden, die Teilung der Rechte nicht mehr zulässig. Nach dem westfälischen Frieden hatte Mainz nichts weiter als die Einsetzung in die Rechte und Besitzungen, die es vor dem Dreißigjährigen Kriege gehabt, zu fordern. Die Volkspartei, unzufrieden mit dem selbstfüchtigen Regiment des Rates, suchte und fand sehr schnell Fühlung mit dem Erzbischofe und suchte bei ihm Schutz, obwohl die Bevölkerung fast durchweg protestantisch war.

Gestützt auf diese günstigen Verhältnisse glaubte Mainz die Anerkennung als „Landesherr“ leicht erreichen zu können. Es verlangte dieselbe zunächst nur in der Form eines Gebetes, das in allen Kirchen der Stadt jeden Sonntag für den Erzbischof abgehalten werden sollte. Der Restitutionskreß von 1650 verlieh diesem Verlangen die Sanktion des Reiches. Trotzdem weigerte sich die evangelische Geistlichkeit des Gebetes. Die Angelegenheit zog sich jedoch im Verhandlungswege hin, bis Johann Philipp durch einen Erfurter Politiker selbst zu einer ernstern Behandlung derselben angeregt wurde. Magister Volkmann Simprecht, seit fünf Jahren Obervierherr und auf vertrautem Fuße mit dem Erzbischof, wurde bei den Neuwahlen übergangen. Er wollte sich an seinen Mitbürgern rächen und eiferte in Verbindung mit dem kaiserlichen Kommissär Hofrat Freiherrn von Schmidburg den Erzbischof an, die Stadt zum Gehorsam zu zwingen. Diese war jedoch nicht gewillt, sich widerstandslos zu fügen, sie verhandelte mit Ernst von Gotha wegen Erneuerung des Schutz- und Trugbündnisses und verlangte, die sächsischen Fürsten sollten Erfurt, das Propugnaculum der Evangelischen in Thüringen, vor Vergewaltigung schützen. Kursachsen, dessen Eingriff gewiß der wirksamste gewesen wäre, verhielt sich von Beginn an ablehnend; Gotha aber wollte Kurmainz Widerpart halten und stellte jetzt das Ansuchen an die Erfurter, sie sollten auch ihn in das Gebet aufnehmen. Im Jahre 1662 sendeten die Ernestiner den gothaischen Kammerrat und alenburgischen Hofrichter zu Jena, Veit Ludwig von Sedendorff, der sich später als Verwaltungsbeamter und Staatsrechtstheoretiker einen großen Namen gemacht hat, an den mainzischen Hof, um die beiderseitigen Rechte abzugrenzen. Johann Philipps überspannte Ansprüche ließen eine Uebereinkunft jedoch nicht zu, so daß die Ernestiner sich nunmehr mit dem Rate von Erfurt selbst über einen

¹⁾ Alfred Kirchhoff, Die Besitzergreifung Erfurts durch Kurmainz, 1664. (Zeitschr. für preuß. Gesch. VIII.) Hierzu der 6. Abschnitt im XI. Bande der Urf. u. Altentst.

Affekuranzbrief einigten. Der kursächsische Rat Wolf von Wertern, der die Aufgabe hatte, die seinem Herrn verwandten Fürsten von einer zu eifrigen Begünstigung der Erfurter Sache abzuhalten, brachte es durch gütliches Zureden dahin, daß sich die Geistlichkeit zur Leistung des Gebetes herbeiließ, wenn Kurmainz dagegen die städtische Freiheit genügend versicherte. Der katholischen Partei war aber die Gelegenheit, die Unabhängigkeit eines evangelischen Gemeinwesens zu zerstören, gerade erwünscht; die kaiserlichen Kommissäre Goppold und Schmidburg wiesen jede Verständigung zurück und reizten die Bürgerschaft absichtlich zum Widerstande. Baron Schmidburg äußerte sich: „Sie seien nun mit den Erfurtern fertig, in Wien sei der Stylus Curiae ein anderer, als in Bauerngerichten und die Perlen des kaiserlichen Respekts dürfe man nicht vor die Säue werfen.“ Durch solche Worte, welche in den unteren Volksschichten die größte Erbitterung hervorriefen, wurde der Sache des Kaisers ein schlechter Dienst erwiesen. Man ahnte in Wien gewiß nicht, wem man den größten Dienst erwies, als das Schlußurteil der kaiserlichen Kommission vom 2. Mai 1663 die Auflösung des Stadtrates und die Zahlung von 50 Mark Goldes (4800 Thaler) forderte. Das Erfurter Volk geriet darüber in die größte Aufregung und widerstrebte jeder Nachgiebigkeit. Limplrecht wurde gefangen genommen und als die Geistlichkeit darauf aus freien Stücken die verlangte Gebetsformel annahm, verhinderte das Volk durch Abschließung der Kirchen die öffentliche Ablegung des Gebetes. Darauf wurde die Reichsacht über Erfurt verhängt und Kurmainz mit der Vollstreckung derselben betraut. Der kaiserliche Herold wäre infolge eines Mißverständnisses beinahe mißhandelt worden. Am 3. und 4. November 1663 erschienen die Vortruppen des Kurfürsten im Norden des Erfurter Stadtgebietes und töteten zwei unschuldige Zimmerleute. Die Bürgerschaft, die sich zur Verteidigung ihres Rechtes wehrhaft gemacht hatte, überraschte die Mainzer am 8. November durch einen kühnen Ausfall und trieb die ganze kurfürstliche Exekutionsarmee ab. Limplrecht wurde am 30. November hingerichtet. Nun lag die Sache erst im argen.

Der Kurfürst von Mainz bereitete nunmehr eine förmliche Eroberung und Unterwerfung der Stadt vor. Vorsichtigerweise suchte er zuerst den gefährlichsten Gegner, der ihm dabei entstehen konnte, unschädlich zu machen, den Kurfürsten von Sachsen. Dieser ließ sich ohne Schwierigkeit und ohne Bedenken darüber, daß er evangelische Glaubensgenossen in die Gewalt eines katholischen Landesherrn überlieferte, im Vertrage von Torgau zur Unterstützung der Achtsvollstreckung verpflichten, indem er dafür die Zusicherung erhielt, daß ihm und dem Mainzer gleichzeitig gehuldigt werden sollte. Er täuschte sogar Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der die Erfurter Angelegenheit bei Johann Georg in den besten Händen glaubte und von dessen Abmachungen mit Mainz keine Kenntnis erhalten hatte. In Regensburg erreichte der Erzbischof, der dem Kaiser bei der Verhandlung über die Türkenhilfe unentbehrlich war, dessen Zusage, daß er gegen Erfurt vollkommen freie Hand behalte und nun lud er den König von Frankreich als seinen Alliierten ein, ihm gegen die unbotmäßige Stadt Hilfe zu leisten. Einen angenehmeren Antrag konnte Ludwig XIV. nicht leicht erhalten, er war daher auch sofort bereit, ihm ein Hilfscorps von 6000 Mann zu stellen.

Während die kaiserlichen und Reichstruppen nach großen Verlusten noch dem türkischen Heere an der Donau gegenüberstanden, setzte sich der große Patriot Johann Philipp mit einem für den zu erreichenden Zweck unverhältnismäßig großen Heerhaufen in Bewegung, um eine deutsche Stadt zu belagern.

Es war für Brandenburg überaus schwierig, in dieser Angelegenheit den richtigen Weg zu finden. Der Kurfürst mußte leider abermals die Erfahrung machen, daß Kurpfalz für die evangelische Sache nicht mehr zu erwärmen war; da auch die sächsischen Herzöge und Schweden, welches sich als Garant des Friedens und Beschützer der Religionsfreiheit so große Rechte anmaßte, keine Anstalten trafen, den Worten die That folgen zu lassen, so wäre ihm allein die Last der Verteidigung Erfurts zugefallen. Bei den ersten Nachrichten über den Anmarsch der Mainzer und Franzosen erließ er sehr dringende Abmahnungen an Johann Philipp und den Kaiser, indem er drohte, seine in Ungarn stehenden Truppen sofort zurückzuberufen, wenn gegen Erfurt Gewalt gebraucht würde. Johann Philipp ließ ihm darauf durch den Freiherrn von Reiffenberg, Boyneburgs Nachfolger, die Versicherung abgeben, er werde in Erfurt nichts weiter als sein Recht suchen und mit möglichster Milde gegen die Einwohner vorgehen. Friedrich Wilhelm suchte dann durch Herrn von Berlepsch zwischen Mainz, den Ernestinern und der Stadt zu vermitteln; vermochte es aber nicht zu hindern, daß Mainz von den Erfurtern die Auslieferung der Burg und zweier Thore verlangte. Berlepsch machte den Vorschlag, brandenburgisches Militär in die Stadt zu werfen, als die Franzosen schon vor derselben angelangt waren; die Ausführbarkeit war zweifellos. Der Kurfürst ließ sich aber nicht darauf ein; er hat dem Abgeordneten der Stadt, der sich noch in letzter Stunde an ihn wandte, durch Otto von Schwerin die Gründe auseinandersetzen lassen, warum sie auf ihn nicht zählen könnten, wenn sie es auf die Entscheidung der Waffen ankommen lassen wollten. Er riet schließlich selbst zur Annahme der Bedingungen des Mainzers.

Die Uebergabe der Stadt auf Gnade erfolgte am 16. Oktober an Johann Philipp, nachdem das Anerbieten, sich dem König von Frankreich zu Füßen zu werfen und seine Entscheidung abzuwarten, nicht angenommen worden war. Eine kurze und nicht sehr wirksame Beschießung hatte hingereicht, den Kampfesmut der Erfurter abzukühlen; auch die sächsischen Fürsten, denen der Vorwurf nicht geschenkt werden kann, daß sie den Widerstand der Stadt gegen die gutwillige Unterwerfung wesentlich unterstützt haben, wußten für ihre Bundesgenossin nichts zu thun. Der Erzbischof von Mainz war klug genug, keine Rache zu nehmen und jede materielle Schädigung der Bürgerschaft zu vermeiden. Die derselben im Unterwerfungstraktat zugesicherte Gewissens- und Religionsfreiheit wurde nicht in Frage gestellt; dagegen mußten es sich die Erfurter gefallen lassen, daß ihnen der Erzbischof einen Jesuitenkonvent in ihre Gemarkung setzte. — Die Huldigung nahm der Erzbischof am 28. Oktober persönlich entgegen. Nachdem sich die gesamte Bürgerschaft auf dem Markte versammelt hatte, thaten 56 Vertreter derselben ihren Fußfall, worauf der Kurfürst mit abgethanem Hute die Stadt seiner Gnade und Huld versicherte, das Exerцитium Relig. Aug. Confess. für sich und seine Nachfolger frei und ungehindert zu lassen, keinen

Bürger zu bestrafen, sondern die bereits diktierten Strafen fallen lassen zu wollen erklärte. Der Handkuß aller versammelten Bürger währte vier Stunden. Die Verwaltung des Stadt-Regiments wurde den neugebildeten drei Ratskörperschaften übergeben und die Reihenfolge der Ämterverteilung in denselben genau festgesetzt.¹⁾ Mit dem größten Eifer ging Johann Philipp daran, durch Anlage neuer Befestigungswerke Erfurt zu einem Hauptwaffenplaz der Norddeutschlands zu machen. Die französischen Truppen, deren Anführer General Pradel sich recht taktvoll benommen hatte, blieben bis April 1665 in der Stadt und wurden dann von Kaiserlichen abgelöst, als sie — wie wir noch zu erwähnen haben werden — zur Dämpfung eines anderen kleinen Fürstenkrieges in Deutschland verwendet werden sollten.

Die Zurückhaltung des großen Kurfürsten in der Erfurter Angelegenheit hing auch mit seinem Verhältnisse zu Magdeburg zusammen. Er wußte, daß dieses, damals noch in der Hand des sächsischen Administrators, sich ihm einst in ähnlicher Weise entgegenstellen werde, als Münster und Erfurt ihren geistlichen Landesherren. Er hätte jedenfalls gegen seine Ueberzeugung gehandelt, wenn er städtisch-autonomen Bestrebungen gegen die Fortschritte der landesherrlichen Gewalt, die er selbst am meisten gefördert hatte, Vorschub geleistet hätte. Die Magdeburger wären vielleicht in die Lage gekommen, sich auf ihn selbst berufen zu können, wenn sie ihm die Anerkennung der vollen Souveränität über ihr Gebiet verweigert hätten. Außerdem aber war eine Schwenkung der brandenburgischen Politik überhaupt eingetreten, welche dem Kurfürsten nicht mehr völlig freie Hand gegen Mainz und dessen Bundesgenossen gelassen hatte. Friedrich Wilhelm sah die Macht Frankreichs in stetem Wachsen, die Mehrzahl der stimmführenden Reichsstände von der Politik Ludwigs XIV. beeinflusst und nirgends ein ausreichendes Gegengewicht. Seine Erfahrungen mit dem Kaiser waren nicht die besten; das Haus Habsburg hatte sich noch nicht veranlaßt gefunden, sich dem Kurfürsten für dessen Dienste bei der Kaiserwahl und auf dem Reichstage erkenntlich zu zeigen. Auch war vorauszusehen, daß die ungarisch-türkischen Wirren das Interesse des Kaisers längere Zeit in Anspruch nehmen würden. Brandenburg stand vor der Gefahr, vereinzelt zu bleiben, und vor der noch größeren, ohnmächtig zu sein, wenn Frankreich endlich den Zeitpunkt für günstig erachtete, seine ganze Kraft gegen das Reich zu wenden. Daß es so kommen werde, stand dem Kurfürsten fest. Er mußte daher einerseits seine Beziehungen zu Frankreich bessern, andererseits aber in den Rheinbund eintreten, um in demselben den Einfluß Frankreichs wenigstens einigermaßen abzuschwächen und einen Teil der Rheinbundfürsten um sich zu sammeln. In Paris hatte man für die militärische Macht Brandenburgs volles Verständnis, deshalb wünschte Ludwig XIV. dieselbe an sich zu ziehen, zum mindesten sie von der Verbindung mit dem Kaiser zu lösen. Die politische Größe, die reichstreue Gesinnung Friedrich Wilhelms kannte der König von Frankreich nicht; er unterschätzte ihn als diplomatischen Gegner. Daher nahm er seine Annäherung mit Wohlgefallen

¹⁾ Diese, sowie eine Anzahl von staatsrechtlichen Abhandlungen und Mandaten in der Erfurter Sache enthält der XI. Band des Diar. Europ.

auf. Christoph Kaspar von Blumenthal, der Sohn des 1657 verstorbenen Statthalters von Halberstadt, Joachim von Blumenthal, Komtur des Johanniterordens zu Supplinburg und brandenburgischer Hofrat, weilte seit Anfang 1663 in Paris und suchte zunächst um die Erneuerung der französisch-brandenburgischen Allianz von 1656 an, nachdem die Verhandlungen des außerordentlichen französischen Gesandten de Lesseins in Berlin zu keinem Resultate geführt hatten. Diese waren in erster Linie auf eine Einigung über die polnische Königswahl gerichtet gewesen; da jedoch der Reichstag von 1662 die Erörterung der Wahlfrage bei Lebzeiten des Königs als mit der Verfassung im Widerspruche stehend abgelehnt hatte, hatten sie an Dringlichkeit verloren und waren abgebrochen worden. Der Kurfürst zeigte sich ohnehin durchaus nicht geneigt, sich in Ansehung Polens vorzeitig zu binden. De Lesseins gewann die Ueberzeugung, daß der Kurfürst selbst an die Erwerbung der polnischen Krone denke, und Ludwig XIV. pflichtete derselben bei. Blumenthal fand in Paris sehr gute Aufnahme, wurde jedoch bald belehrt, daß der König nur unter der Bedingung auf die Erneuerung des Bündnisses mit Brandenburg eingehen wolle, daß dieses in den Rheinbund eintrete. Darauf war der Kurfürst bereits vorbereitet gewesen, die Instruktion für Blumenthal enthielt die Bewilligung, eine zusagende Erklärung wegen des Eintrittes in die Allianz abzugeben. Als aber von brandenburgischer Seite auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, daß die Allianzartikel aus Anlaß des Eintrittes Brandenburgs einer Umgestaltung unterzogen und namentlich die Punkte geändert würden, welche sich auf sein Verhältnis zu Schweden bezogen, war Ludwig verstimmt und nahe daran, die ganze Aktion mit Brandenburg fallen zu lassen. Auch die Weigerung des Kurfürsten, den Pfalzgrafen von Neuburg in die Garantieartikel des Friedens von Oliva einzuschließen, wirkte hemmend auf die Thätigkeit Blumenthals. Friedrich Wilhelm aber ließ sich dadurch nicht irre machen; er befahl dem Gesandten, der sich nach einer Erholungspause auf deutschem Boden sehnte, ruhig in Paris auszuhalten und namentlich den Verkehr mit Turenne, der ein besonderes Wohlwollen für den Kurfürsten bethätigte, sorgsam zu unterhalten. Gleichzeitig trug er ihm jedoch auf, „sich der Zuneigung des spanischen Gesandten de la Fuentes zu versichern und sich mit ihm in Vertraulichkeit zu setzen“. Im August 1663, als die Sendung L'Isola's nach Königsberg neuen Verdacht wegen der Annäherung Brandenburgs an Oesterreich erregte, sah sich der Kurfürst doch genötigt, sich dem Könige entgegenkommend zu zeigen, er gab den Widerstand gegen Pfalz-Neuburg auf. Auch die Haltung Brandenburgs in Regensburg erregte Wohlgefallen. Als Blumenthal in einer an den König gerichteten Rede zu verstehen gab, „wie der Kurfürst bei den Konsultationen in Regensburg durch seinen Gesandten für Halberstadt sein Votum dahin abgeben lassen, daß weder der Kaiser noch das Reich sich von Frankreich Widriges zu versehen, sondern Ursache hätten, mit demselben in guter Freundschaft zu leben,“ da lächelte der König. Der Kurfürst dürfte bei Lesung des Blumenthalschen Berichtes nicht ermangelt haben, das Lächeln zu erwidern.

Am längsten hat Lionne den Wünschen des Kurfürsten widerstrebt; es kam im Winter 1663—64 noch zu neuen Verwickelungen, sowohl wegen des Ein-

schlusses von Elbing, welches Polen nicht herausgeben wollte, in die von Frankreich zu garantierenden kurfürstlichen Besitzungen, als wegen der in den Traktaten für den Kurfürsten zu gebrauchenden Titel. Blumenthal reiste am 7. März von Paris ab, ohne daß eine Einigung erzielt war, mußte aber schon am 24. Mai, mit einer neuen kurfürstlichen Resolution versehen, die Rückreise dahin antreten. Nach einer Fahrt von 11½ Tagen (auf der „geschwinden Post“ nach Hamburg und von dort zu Schiff) war er an Ort und Stelle und wurde schon am 20. Juni zu Fontainebleau in öffentlicher Audienz empfangen. Nach wiederholten Weiterungen wegen Titel und Unterschrift, in welchen Lionne sich besonders darauf verlegte, dem Kurfürsten möglichst viele Beweise seiner Geringschätzung zu geben, wurden endlich die Verträge und Erklärungen am 1. September ausgetauscht. Sie waren jedoch vom 27. April und 25. Mai datiert.¹⁾

In Ausführung der an Frankreich gegebenen Erklärung wies nun der Kurfürst seine in Regensburg anwesenden Vertreter an, mit den Gesandten der rheinischen Allianzkräfte wegen seines Eintrittes in die Allianz in Verkehr zu treten. Dieselbe begegnete keinen Schwierigkeiten; hauptsächlich deshalb, weil die heftigsten Gegner des Kurfürsten, Schweden und Pfalz-Neuburg, gerade in jenen Tagen Anlaß fanden, sich mit Brandenburg auszuföhnen. Der Kurfürst ließ die Forderungen wegen Abänderungen am Bundesrezeß bis auf einen einzigen Punkt insofgebessen fallen; in diesem aber konnten die Alliierten um so leichter nachgeben, als die Veranlassung desselben, nämlich der Kriegszustand zwischen Schweden und Brandenburg, mittlerweile ohnehin beseitigt war. Es wurde also am 1. April 1665 ein eigener Rezeß über den Beitritt des Kurfürsten von Brandenburg zur rheinischen Allianz aufgesetzt und am 18. November d. J. unterzeichnet, in welchem der Kurfürst als Bundesmitglied erklärt wird, als ob er gleich anfangs den dieser Urkunde vollinhaltlich eingefügten Hauptrezeß, der am 7. Februar 1663 erneuert worden war, mitgefertigt und genehm gehalten hätte. Brandenburg hatte in Ansehung seiner Reichslande (nur auf diese erstreckte sich die Garantie, während Frankreich sie für sich auch auf Preußen ausgedehnt hatte) ein Kontingent von 500 Pferden und 1000 Mann zu Fuß zu stellen. Der erste Punkt des Hauptrezeßes, in welchem die Alliierten erklärten, daß sie für den „gegenwärtigen“ (nordischen) Krieg keine Verpflichtung übernehmen, wurde für Brandenburg außer Kraft gesetzt. Er hatte wohl überhaupt keine Bedeutung mehr — der Kurfürst bestand auf der ausdrücklichen Erwähnung der Ungültigkeit, damit nicht bei einem allfälligen später sich ergebenden Konflikt darauf Bezug genommen werden könne; hauptsächlich aber, um der Rücksicht, die man ihm schulde, gleich bei seinem Eintritte eine entsprechende formelle Anerkennung zu verschaffen.

Die Tage der Allianz waren jedoch bereits gezählt; schon bereiteten sich in und außerhalb des Reiches Ereignisse vor, durch welche sie ihrer Auflösung zugeführt werden mußte. Die Erfurter Exekution hatte bereits den ersten Anstoß dazu gegeben; die Braunschweiger und Schweden waren durch das rücksichtslose, bundeswidrige Verfahren des Mainzers äußerst aufgeregt worden. Die Lüne-

¹⁾ König, Reichsarchiv Part. spec. cont. II. 137—139.

burger sahen sich in die Nothwendigkeit versetzt, zum Schutze ihres Gebietes Truppen aufzustellen und drohten ebenso, wie es bereits Brandenburg gethan hatte, mit der Zurückziehung ihres Contingentes vom Kriegsschauplatze, dessen sie zur „Erhaltung innerlicher Reichsruhe“ bedurften. Ein weiteres Schwanken der Grundlage, auf welcher der Rheinbund entstanden war, brachte der englisch-holländische Krieg hervor.

Die Interessen der beiden Seestaaten kreuzten sich zuerst an der westafrikanischen Küste; die neu gegründete englisch-afrikanische Compagnie, deren Präsident des Königs Bruder, der Herzog von York war, sah sich in ihren Geschäften durch die holländisch-ostindische Compagnie gehemmt. Zwischen diesen beiden Körperschaften bestand schon 1664 ein Kriegszustand, der in England selbst eine wachsende Kriegslust hervorrief. Die Erfolge Cromwells hatten dort die Ueberzeugung hervorgerufen, daß England die Alleinherrschaft über alle Meere jederzeit antreten könne, wenn es nur wolle. Man meinte, der Entscheidungskampf mit Holland, das man ja bereits in der Gewalt gehabt und nur aus höheren politischen Rücksichten begnadigt hatte, sei unvermeidlich, es empfehle sich, ihn zu einer Zeit zu beginnen, da die Republik am wenigsten darauf gefaßt sei. Minister Clarendon, ursprünglich gegen den Krieg, mußte der Gewalt der öffentlichen Meinung um so mehr nachgeben, als er dieselbe ohnehin durch den Verkauf von Dünkirchen an Frankreich gegen sich erregt hatte. England schlug los, als eben de Witt die unter dem Befehle de Ruyters stehende Flotte nach Guinea gesendet hatte, um dort Ordnung zu schaffen. Opdam von Wassenauer war dem Herzoge von York nicht gewachsen, seine Schiffe waren, wenn auch an Zahl den englischen gleich, doch nicht von derselben Qualität. Am 3. Juni 1665 erfocht York, aufs beste unterstützt von Prinz Rupert und Admiral Montague, seither Graf von Sandwich genannt, einen großen Sieg über Wassenauer, der bereits durch eine Musketenkugel gefallen war, als sein Admiralschiff in die Luft flog. Tromp, der als Vize-Admiral das Kommando übernahm, wollte sich durch die englische Flotte durchschlagen, wurde jedoch von der seeländischen Schwadron unter Everts und der friesländischen Schwadron verlassen, so daß eine Wiederaufnahme des Kampfes nicht mehr durchführbar war. Erst durch de Ruyters Rückkehr wurde das Gleichgewicht beider Armaden wieder hergestellt und die westindische Handelsflotte, welche sich vor den Engländern nach Bergen gerettet hatte, glücklich heimgebracht. Der Kampf kam für dieses Jahr zum Stillstand. Während desselben aber änderte sich die politische Situation und ergaben sich Rückwirkungen des Krieges auf die Nachbarstaaten, auch auf das Reich.

Ludwig XIV. stand mit beiden Seemächten anscheinend in gutem Einvernehmen; er hatte 1662 mit Holland ein neues Bündnis geschlossen, er galt aber auch als der Protektor des Stuartschen Königtums. Er wurde von beiden Seiten um Unterstützung angegangen, versprach aber zunächst nur Vermittelung. Während er sich zu dieser in lässiger Weise anschickte, starb sein Schwiegervater Philipp IV. von Spanien (17. September 1665) drei Monate nach der Schlacht von Villa Viciosa, in welcher der in französischen Diensten stehende deutsche General Friedrich von Schomberg als Befehlshaber der portugiesischen Armee

einen glänzenden Sieg über die Spanier davon getragen hatte, der alle Hoffnungen Spaniens auf Wiedergewinnung des Nachbarlandes vernichtete. Der fünfjährige Erbe Karl II. war ein schwächliches Kind, das man nur mit künstlichen Mitteln fortzubringen vermochte. Niemand glaubte ihm eine lange Lebensdauer zuschreiben zu können, man hielt im Gegenteil seinen Tod in naher Aussicht. Die spanische Erbschaft, die nach demselben zur Austragung gelangen mußte, beschäftigte Ludwig XIV. schon damals vor allem anderen, seine ganze Politik war nur eine Vorbereitung für die Entscheidung dieser großen europäischen Frage. Im Hinblick darauf war es ihm höchst wünschenswert, daß sich Holland und England heftig beföhden, die Weiterführung des Krieges schwächte beide Teile und minderte ihre Fähigkeit, sich ihm in den Weg zu stellen, wenn er den ersten Griff nach spanischem Besitze that. Daß dieser zuerst die Niederlande treffen müsse, war ihm bereits klar, ebenso daß er sich darüber mit Holland entzweien werde. Gerade darum aber wollte er es sicher machen. Er entschied sich, den Verpflichtungen nachzukommen, welche ihm das Bündnis von 1662 auferlegte, an England den Krieg zu erklären, dagegen Spanien noch unbelästigt zu lassen. „Mit beiden feindlichen Mächten zugleich Krieg zu führen,“ bemerkt Ludwig XIV. in seinen historisch-politischen Mémoires, „hätte so viel bedeutet, als unter ihnen eine Verbindung hervorzurufen, welche mir unerträglich gewesen wäre. Die Engländer allein waren nicht zu fürchten; aber ihre Unterstützung wäre den Spaniern bei der Verteidigung ihres Gebietes sehr zu statten gekommen; wenn sie ihre Truppen nach Flandern warfen, wäre es mir schwerlich gelungen, dort große Erfolge zu erzielen; der katholische König hätte ihnen einige Hafensplätze ausliefern müssen, aus welchen man sie nicht ohne Schwierigkeit hätte vertreiben können. Und waren die beiden Nationen im Kriege vereint, so mußte auch mit ihnen gleichzeitig Friede geschlossen werden; ich mußte sie entweder immer vereinigt schlagen oder mit beiden wenig vorteilhafte Friedensbedingungen eingehen.“ Wenn er seine Absichten gegen Spanien noch einige Zeit zurückhielt, rechnete der König auch darauf, die Verhältnisse in Deutschland derart gestalten zu können, daß Spanien von dort nur geringe Hilfe erwarten konnte. Der Anstoß zu dieser Umgestaltung kam allerdings von einer Seite, die dem Könige entgegenstand, schließlich vollzog sie sich jedoch in der von ihm gewünschten Richtung.

Bischof Bernhard von Münster hatte bereits in dem Streite mit der Hauptstadt seines weiten Gebietes die ihm feindliche Gesinnung seiner niederländischen Nachbarn kennen gelernt. Sie hatten ihm den Vertrag von 1657 aufgezwungen und die Bürgerschaft von Münster, als sie trotz kaiserlicher Abmahnung und Androhung der Reichsacht (Januar 1660) auf die Anerkennung aller bischöflich-landesherrlichen Rechte noch immer nicht einging, mit Subsidien unterstützt. Dieselben hatten das Unterliegen der Stadt und die Kapitulation vom 26. März 1661, welche der dritten Belagerung folgte, nicht aufhalten können, dem Grolle des Bischofs jedoch neue Nahrung gegeben. Dieser wurde jedoch durch andere Ereignisse zur Erbitterung gesteigert. — Zwischen Münster, Oberyssel und Geldern lag die Grafschaft Borkelo, deren Besitzer den Bischof von Münster als Lehensherren erkannten. Nach dem Tode des letzten Grafen

Jodocus von Brundhorst (Bromhorst) zog Münster 1553 die Grafschaft als heimgefallenes Lehen ein. Ein Graf von Limburg-Styrum jedoch, der ein Geschwisterkind des Grafen von Brundhorst zur Gemahlin hatte, machte Erbansprüche geltend und brachte es dahin, daß die Regierung von Geldern, welche ihrerseits die Gerichtsherrlichkeit über Borkelo beanspruchte, die Sache ihrem Gerichtshofe zu Arnheim zur Entscheidung übergab. Dieser sprach, ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden Erklärungen des Kaisers, im Jahre 1615 den Besitz den Grafen von Limburg zu und die Herren von Geldern setzten dieselben mit Gewalt ein. Während des dreißigjährigen Krieges wurde an diesem Zustande nichts geändert, obwohl Münsters Recht durch einen Spruch des Reichskammergerichtes bekräftigt wurde. Bischof Bernhard aber nahm die Sache 1652 wieder auf und fand als Mitglied der rheinischen Allianz, der er sich 1661 doch angeschlossen, einen Förderer derselben an dem Könige von Frankreich. Sie verknüpfte sich jetzt aber noch mit der Frage der ostfriesischen Schuld. Diese stammte von der Heirat des Fürsten Gundacker Liechtenstein mit Agnes, einer Erbtöchter der Häuser Friesland und Nietberg, welche durch eine Zahlung von 165 000 Thalern abgefertigt werden sollte. Das Geld soll schon einmal zur Absendung bereit gelegen, jedoch 1623 von Mansfeld als Beute eingeheimst worden sein. Das Haus Liechtenstein erhielt nichts, selbst dann nicht, als es einen beim Reichshofrat angestregten Prozeß gewonnen hatte. Mit der Eintreibung des Betrages, zu welchem mittlerweile noch 135 000 Thaler Zinsen gekommen waren, wurde endlich Bernhard von Münster beauftragt. Graf Georg Christian von Ostfriesland, der das Geld nicht aufbringen konnte, wandte sich an die Generalstaaten und diese waren bereit, ihm dasselbe vorzustrecken, wenn er ihnen dafür die Dieler Schanzen auslieferte. Der Bischof kam den Holländern jedoch zuvor, besetzte die Schanzen selbst und gab sie noch immer nicht heraus, als der Graf von Ostfriesland bereits die Zahlung seiner Schuld antreten wollte. Darauf kam es zum offenen Kriege. Die Dieler Schanzen wurden von holländischen Truppen belagert und genommen (4. Juni 1664). Nicht zufrieden mit diesem Erfolge stellten die Generalstaaten dem Bischofe gleichzeitig auch den Auftrag zu, ihnen für die seit 1553 unrechtmäßig aus der Grafschaft Borkelo bezogenen Einkünfte die Summe von $1\frac{1}{2}$ Millionen Gulden zu zahlen. Bischof Bernhards Stimmung war nun ganz danach beschaffen, um den Ausbruch des englisch-holländischen Krieges als eine höchst willkommene Gelegenheit zur Rache an den übermütigen Nachbarn zu betrachten. Er schloß mit England einen Vertrag (21. Juli 1665), der ihn, gegen eine Subsidienzahlung von 300 000 Thalern in den ersten drei Monaten und von 50 000 Thalern in allen weiteren Monaten auf Kriegsdauer, zum Einfall in holländisches Gebiet mit einer Armee von 20 000 Mann zu Fuß und 10 000 zu Roß verpflichtete und rückte noch im September d. J. in das Gebiet der Generalstaaten ein, welche an die Möglichkeit eines Landangriffes gar nicht gedacht und daher ihre Truppen in schlechter Verfassung gehalten hatten. Die Vorteile, welche der Bischof erzielte, waren trotzdem nicht besonders nachhaltig. Er trachtete daher um so eifriger, Bundesgenossen zu gewinnen und richtete sein Augenmerk vorzüglich auf Brandenburg und Pfalz-Neuburg. Zwischen diesen beiden Fürsten, die sich so lange Zeit in erbittertster Feindschaft

gegenüber gestanden sind, war ja endlich eine Verjöhnung zustande gekommen und zwar nicht ohne namhaftes Verdienst Bernhards von Münster.

Philipp Wilhelm von Neuburg lebte, seitdem die polnische Thronfrage in den Vordergrund getreten war, nur mehr in dem Gedanken an seine Kandidatur. Dieser stand jedoch die von der Königin so warm befürwortete Condés entgegen, für welche Frankreich seinen ganzen Einfluß einsetzen zu wollen schien. Als daher Philipp Wilhelm die Ueberzeugung gewann, daß er von Frankreich in der weitgehendsten aller seiner Bestrebungen nicht nur keine Unterstützung, sondern nur Ablehnung und Widerstand erfahren werde, blieb ihm kaum eine andere Hoffnung über, als die, Brandenburgs Zustimmung zu gewinnen. Die ersten Schritte zur Verjöhnung gingen daher von ihm aus, sie wurden durch seine Abgeordneten auf dem Reichstage eingeleitet. Sie fanden den lebhaftesten Anklang beim kaiserlichen Hofe und der Resident des Kaisers im Haag, Friquet, war es, der die Verhandlungen über diesen Gegenstand zwischen dem kleveschen Regierungsrate Werner Wilhelm Blaspeil und dem Gesandten des Pfalzgrafen von Lerodt in Gang brachte. Sie führten lange Zeit zu keinem Ergebnisse, da der Kurfürst noch immer die Ansicht festhielt, er sei eigentlich der allein berechnete Erbe der ganzen kleveschen Verlassenschaft und müsse zum mindesten eine stattliche Vermehrung des an Brandenburg gefallenen Teiles erwirken. Darauf glaubte Pfalz-Neuburg sich nicht einlassen zu können; als aber der Bischof von Münster, in dem Bemühen zwei Bundesgenossen gegen Holland zu erwerben, die Vermittelung in der Weise einleitete, daß er zunächst ein Uebereinkommen über das Direktorium im westfälischen Kreise und in der Religionsfache anbahnte, fand sich Philipp Wilhelm dafür zugänglich und auch der Kurfürst von Brandenburg war bereit, auf diese Sonderabmachung einzugehen. Sie wurde in dem ersten Vertrage zu Dorsten (14. Februar 1665) formuliert. Die zwei weiteren Verträge, welche der Bischof von Münster zu Dorsten vorlegte, eine Defensivallianz zwischen ihm, Pfalz-Neuburg und Brandenburg und eine „Nähere Vereinigung behufs gemeinschaftlichen Vorgehens gegen die Generalstaaten“, kamen jedoch nicht zur Ausführung, weil sich Frankreich mit aller Macht dagegen ins Mittel legte. Ludwig XIV. ließ durch Lessein auf den Pfalzgrafen einwirken, versprach dem Bischofe, er wolle ihm selbst zum Besitze von Borkelo verhelfen und beauftragte d'Estredes, dem Räte Blaspeil zu erklären, sein Herr erblicke in der neuen Vereinigung eine Lockerung der rheinischen Allianz und wolle eine Kräftigung des westfälischen Kreises nicht zugeben.

Um die Zeit dieser noch ziel- und aussichtslosen Bewegungen trat im westfälischen Fürstenhause ein Umschwung ein, der neue Verwickelungen hervorrief. Es ist eine notwendige Folge der im fortwährenden Steigen begriffenen Fürstenmacht und des jede Beschränkung abstreifenden persönlichen Regiments, daß Veränderungen in den regierenden Familien, durch welche sich andere Charaktere zur Geltung brachten, sofort ihren Einfluß ausübten auf die politische Lage, daß innere Wandlungen einzelner Persönlichkeiten, und nicht zum geringsten die Beziehungen zur Frauenwelt, wirkliche Staatsaktionen wurden. Sie drängen sich

dadurch auch der Geschichtsschreibung, die den Zusammenhang der Geschehnisse aufdecken muß, so gebieterisch auf, daß sie von derselben nicht übergangen werden können, so kleinlich sie auch auf den ersten Blick hin erscheinen mögen. Gerade im welfischen Hause tritt dies während der nächsten Jahrzehnte ganz besonders hervor; Familienstandal und Politik verschlingt sich hier zu unlösbarem Geslechte. Wenn wir diesem Umstande in der Erzählung Rechnung tragen, kann uns dabei der Gedanke einigermaßen über den Aufwand an spezialgeschichtlichem Detail beruhigen, daß für den Einblick in das Kulturleben des Zeitraumes nicht unvorteilhaft vorgearbeitet und ein lebendiger Hintergrund für spätere kulturgeschichtliche Schilderungen geschaffen wird. Die Welfen waren in zwei Hauptlinien geteilt, die jüngere braunschweigische und die lüneburgische, seitdem die ältere braunschweigische mit Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel (1634) ausgestorben war. Herzog August besaß Braunschweig und Wolfenbüttel, die zwei älteren Söhne des Herzogs Georg von Celle hatten einer von den Brüdern ihres Vaters mit diesem geschlossenen Uebereinkunft folgend die lüneburgischen Lande in zwei Gebiete geteilt, welche weder vereinigt, noch auch weiter geteilt werden sollten. Der älteste Christian Ludwig vereinigte die Fürstentümer Lüneburg-Celle, Grubenhagen, die Grafschaften Hoya und Diepholz, der zweite Georg Wilhelm war mit dem Fürstentum Calenberg-Hannover ausgestattet. Der dritte Bruder Johann Friedrich war mit seiner Apanage an Celle, Ernst August, der jüngste, an Hannover gewiesen, der letztere noch überdies seit dem westfälischen Frieden Anwärter des Bistums Osnabrück.

Einen von der liebenswürdigen Leichtlebigkeit seiner älteren Brüder, die sich aus den Bahnen der fürstlichen Gewohnheiten ihrer Zeit nicht entfernten, abweichenden Lebensgang nahm Johann Friedrich. Er hielt sich wiederholt und längere Zeit in Rom auf und wurde dort für den Katholizismus gewonnen. Die erste Anregung dazu erhielt er von Christoph von Ranxau, einem Schüler des Helmstädter Gelehrten Georg Calixt, welcher zu den Hauptvertretern der auf die Wiedervereinigung der christlichen Konfessionen abzielenden irenischen Lehre gehörte, die Entscheidung aber führte Lukas Holstenius, Bibliothekar im Vatikan, ein Landsmann und Gesinnungsgenosse Ranxaus, herbei. Von eifrigen Gesprächen und Disputationen über religiöse Fragen war der Herzog zum Studium des mönchischen Lebens übergegangen, „die eifrige Kasteiung und gottselige Verzüdung, die er in Klöstern der strengeren Regel wahrnahm, ergriff sein zu inbrünstiger Andacht neigendes Herz“. Im Minoritenkloster zu Assisi lernte er den später heilig gesprochenen Joseph von Copertino kennen, der für die Bekehrung des jungen deutschen Fürsten ein ganz besonderes Interesse an den Tag gelegt zu haben scheint. Katholische Schriftsteller erzählen, daß die Anwesenheit des Herzogs und eines anderen evangelischen Herren wunderbare Erscheinungen an der Hostie hervorgerufen habe, welche Joseph konsekrieren sollte. Einmal wurde sie zu Stein, das andere Mal soll sich das Kreuz auf der Hostie verdunkelt haben und schwarz geworden sein. Daraus habe der Priester erkannt, daß Ketzer beim Messopfer zugegen sein müßten, welchen besondere Beweise göttlicher Begnadigung zu teil werden sollten. In ekstatischer Weise habe sich Joseph dem Fürsten genähert und diesem schon am zweiten Tage nach diesem Vorfalle das

Bekanntnis, daß er katholisch sei, abgerungen. — Als die fürstliche Familie des Prinzen von seiner Neigung zur katholischen Lehre vernahm und sich zu Schritten entschloß, um seinen Uebertritt zu verhindern, war dieser bereits vollzogene Thatfache; ein nach Rom abgefendeter protestantischer Professor, der den Versuch machen sollte, die evangelische Ueberzeugung Johann Friedrichs wieder zu wecken, mußte sich anfangs sogar vor der Inquisition hüten, später hat er selbst gegenüber den Befehrungsversuchen des Holstenius und Ranzau wenig Widerstandskraft gezeigt. Johann Friedrich hat sich Hoffnung gemacht, den Kardinalshut zu erlangen, es wurde ihm aber ein anderer Konvertit, der Landgraf Friedrich von Hessen-Darmstadt, vorgezogen. Bald nachdem es mit seinen Brüdern, die den Karneval 1652 in Venedig zugebracht hatten, in Perugia zu einer Begegnung gekommen war, trat er den Weg in die Heimat an. Hier begannen nun zwischen den drei braunschweigischen Höfen die Verhandlungen über die Ausübung der katholischen Religion, welche er wenigstens in Beschränkung auf seine Person und ohne jede Berührung der Deffentlichkeit genießen wollte. Georg Wilhelm hätte sich dazu verstehen können, Herzog August von Wolfenbüttel aber und Christian Ludwig von Celle verweigerten sie im vollen Einverständnisse mit ihren Landständen. Sie konnten sich dabei auf ein Gutachten der Helmstädter Theologen, unter denen Calixt selbst war, stützen, welches sich dahin aussprach: „Weil die Vorfahren, vermöge ihres Gewissens und aus dessen Antrieb, als durch Gottes Wort überzeugt, die vorgefundenen Mißbräuche und Profanationen, vornehmlich diejenigen beim Sakrament des Altars und bei der Messe abgeschafft haben, so könne kein evangelischer Fürst dieselben in seinen Landen mit unverletztem Gewissen wieder zulassen oder wissentlich dulden.“ Es nütze nichts, wenn der katholische Gottesdienst auch in einem abgesonderten Gemache abgehalten werde, „an welchem Ort papistische Messe und sacra celebriert werden, daselbst wird auch eine papistische Kirche gestiftet und eingerichtet“. Johann Friedrich mußte sich daher, wenn er auf die Tröstungen seines neuen Bekenntnisses nicht verzichten wollte, dazu bequemen, seinen Aufenthalt wieder in der Fremde zu nehmen. Sein Bruder in Celle ließ sich zur Erhöhung der Apanage von 10 000 auf 13 500 Thaler herbei, Georg Wilhelm würde ihm sogar in seinem Lande die private Religionsfreiheit gewährt haben, wenn es seine Landstände gestattet hätten. Diese beabsichtigten sogar Vorsichtsmaßregeln zur Verhinderung einer Besitzergreifung ihres Landes durch Johann Friedrich, die schon damals in Erwägung gezogen werden mußte. Herzog Christian Ludwig von Celle war kinderlos. Nach seinem Tode mußte einer der beiden jüngeren apanagierten Brüder zur Regierung kommen, da eine Vereinigung beider lüneburgischen Herzogtümer in einer Hand durch das Testament des Vaters, Herzogs Georg, ausgeschlossen worden war. Nur die Frage stand offen, welches der beiden Herzogtümer der nächste Anwärter Johann Friedrich erlangen könne. Die Erträgnisse derselben standen sich nämlich nicht gleich, Celle war entschieden bevorzugt, und deshalb galt vielfach die Meinung, daß dem älteren überlebenden Bruder neuerlich die Wahl freistehen und er sich in den Besitz Celles setzen könne. Dann mußte Johann Friedrich Calenberg-Hannover erhalten. Um sich den Konvertiten fern zu halten, boten die Stände ihrem Herzoge 200 000 Thaler, wenn er auf den

Tausch mit Celle verzichten wolle. Den monatlichen Zuschuß von 1500 Thalern, welchen Georg Wilhelm noch außerdem begehrte, bewilligten sie jedoch nicht und somit fand auch kein Verzicht statt. Dagegen wurde die Frage der Verhehlung des Herzogs seit dem Abfalle Johann Friedrichs vom evangelischen Glauben eine äußerst wichtige.

Georg Wilhelm war bis jetzt nicht gesonnen gewesen, sich die Fesseln der Ehe anzulegen, die ihm in der Fortführung seiner galanten Liebeshändel, die ihm den Aufenthalt in Italien, namentlich in Venedig, so außerordentlich angenehm machten, doch hinderlich werden mußten. Wenn ihm seine Landstände jedoch eine Erhöhung seiner Einkünfte zusagten, wollte er ihnen zu Gefallen zur Gründung einer Familie schreiten. Seine Wahl fiel auf Sophie von der Pfalz, das jüngste (zwölfte) Kind des Winterkönigs, die seit der Wiedereinsetzung ihres Bruders Karl Ludwig in der Rheinpfalz an dessen Hofe zu Heidelberg lebte. Sie hatte eine freudlose Jugend verlebt, von ihrer Mutter wenig Liebes erfahren und war nun Zeugin jener häuslichen Zerwürfnisse zwischen dem von ihr so herzlich geliebten Bruder und seiner unliebenswürdigen hessischen Gattin, von denen wir bereits Erwähnung thun mußten. Die Werbung Georg Wilhelms nahm sie wohlgefällig entgegen, da sie, als einstige Braut Karls von England, es nicht über sich bringen konnte, einem nichtregierenden Fürsten die Hand zu reichen. Das Schicksal gewährte ihr übrigens eine ausreichende Genugthuung für die Beleidigung, welche ihr Karl Stuart zugefügt, ihre Nachkommen traten an die Stelle der Stuarts in England. Der Ehevertrag zwischen Sophie und dem Lüneburger wurde 1656 geschlossen, jedoch geheim gehalten, bis die Verhandlungen wegen der Einkünfte mit den Landständen zum Abschlusse gebracht wären. Mittlerweile zog Georg Wilhelm mit seinem Bruder Ernst August wieder nach Venedig und versank dort bald in den Strudel jener Vergnügungen, die es einem Manne von Ehre nicht gestatten, das Los eines anständigen, sittenreinen Mädchens an das eigene zu fetten. Moralische Bedenken und die Rücksicht auf seine bedenklich gestörte Gesundheit machten es dem Herzoge zur Pflicht, dem in Aussicht genommenen Ehebunde zu entsagen.¹⁾ Er bewog seinen Bruder Ernst August, mit welchem er in seltener Vertraulichkeit und Eintracht lebte, an seine Stelle zu treten und war bereit, ihm auch die Regierung seines Fürstentums zu übertragen und das Gelübde der Ehelosigkeit abzulegen. Als er jedoch die Zustimmung Johann Friedrichs zu jener die Interessen des Gesamthauses nahe

¹⁾ Herzogin Sophie schreibt darüber in ihren Memoiren, deren wir noch an anderen Stellen zu gedenken haben werden: „Cependant le duc d'Hanover à son arrivée à Venise s'estoit accommodé de la première courtisane, qu'il avoit rencontrée, à savoir d'une Grecque qui n'avoit rien de beau que ses habits. Elle l'avoit mit dans un estat fort malpropre pour le mariage. Il ne me voyoit plus, le libertinage de Venise avoit des charmes insurmontables pour luy, les estats de son pays ne s'entendoient pas à augmenter ses finances. Tout cela ensemble le fit repentir de la promesse qu'il m'avoit donnée en paroles et par escrit. Ses lettres se trouvèrent plus froides, il n'arrivoit pas luy-même selon qu'il en estoit convenu, ce qui inquiéta l'électeur: mais moi j'estois trop fière pour en estre touchée.“ (Röckers Ausgabe im IV. Bande der Publik. aus den k. preuß. Staatsarchiven.)

berührenden Abtretung verlangte, wollte dieser selbst seine Stelle an der Seite der Pfälzerin und in der Regierung von Calenberg-Hannover einnehmen. Die derbe Abfertigung, welche Johann Friedrich bei dieser Gelegenheit von seinem älteren Bruder erfuhr, zerstörte das gute Einvernehmen, welches bisher auch zwischen diesen beiden bestanden hatte und wurde der Ausgangspunkt für spätere Verwickelungen. Prinzessin Sophie war bereit, den ihr in Ernst August gebotenen Ersatz anzunehmen, wemgleich ihr Verhältnis zu Georg Wilhelm nicht ohne tiefere Neigung zu diesem geblieben zu sein scheint. Es entstand nun ein höchst eigentümliches Zusammenleben am hannöverschen Hofe, der ja dem jungen Paare zum Aufenthalte dienen mußte. Georg Wilhelm, der sich durch einen Revers zur Ehelosigkeit verpflichtet hatte, um seinem Bruder die Nachfolge in einem der Lüneburgischen Fürstentümer zu sichern, empfand den Schmerz über den Verlust des Eheglückes heftiger, als er selbst geahnt hatte und konnte die Aeußerung wachsender Verehrung, welche er der verlorenen Braut entgegenbrachte, nicht völlig unterdrücken, so daß auch die Eifersucht seines glücklicheren Bruders geweckt wurde. Sophie, deren Herz von den Empfindungen ihres Schwagers nicht unberührt blieb, empfand es als Erlösung aus gefahrdrohenden Verhältnissen, als der Tod des Bischofs von Osnabrück im Jahre 1661 ihrem Gemahle einen selbständigen Landbesitz zubrachte und die Errichtung eines eigenen Hofhaltes ermöglichte. Dennoch war der heikle Zustand, in welchem sie bis dahin gelebt, nicht ohne traurige Folgen für sie geblieben. Ernst Augusts Eifersucht hatte sich bald in Gleichgültigkeit verwandelt; Sophie mußte sich mit der Stellung als Mutter seiner Kinder begnügen; die Liebe, welche er einst der Gattin gezollt, übertrug er auf andere Damen. Daran konnte auch nichts mehr geändert werden, als die Ursache zur Eifersucht vollends verschwand und Georg Wilhelm selbst in neuen Liebesbanden schmachtete. Er lernte in Herzogenbusch am Hofe des Prinzen von Tarent (Herzogs von La Trémouille, vermählt mit Emilie von Hessen) Eleonore d'Orbuse, Tochter eines angesehenen französischen Kavaliere, kennen, deren Schönheit stets von neuem leidenschaftliche Bewunderung in ihm erweckte, so sehr er sich auch bemühte, dieselbe zu unterdrücken, in dem Bewußtsein der schiefen Stellung, welche er in Folge seiner Vergangenheit und der eingegangenen Verpflichtung jeder ehrbaren Frau gegenüber einnehmen mußte. Während er in diesem Kampfe hin und her schwankte und immer mehr die Herrschaft über sich verlor, trat ein Ereignis ein, welches die lange erhaltene Einigkeit der welfischen Herzöge, welcher so manches schwere persönliche Opfer gebracht worden war, in das Gegenteil zu verkehren drohte.

Am 25. März 1665 starb Herzog Christian Ludwig, ohne Erben zu hinterlassen. Während seiner Krankheit war Georg Wilhelm vom Hause fern gewesen und hatte es versäumt, mit dem Bruder die Nachfolge zu regeln. Er hielt sein Optionsrecht für unbestreitbar und glaubte genug gethan zu haben, indem er die Mandate unterschrieb, mit welchen seine Räte nach dem Todesfalle den Regierungsantritt ihres Herrn in Celle und den Nebenländern anzeigen sollten. Johann Friedrich war zufällig in Düsseldorf, als er von der Hoffnungslosigkeit des Zustandes erfuhr, in welchem der Herzog von Celle daniederlag. Er entschloß sich sofort, vielleicht ohne daß er diesen Plan vorher lange vorbereitet

hatte, die Gelegenheit zu ergreifen und sich den Besitz des Herzogtums zu sichern. Der Syndikus des Hildesheimer Domstiftes, Dr. Florian Grube, entwarf ihm ein juristisches Gutachten über die Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche, mit welchem ausgerüstet er sich nach Celle begab, dort die höchsten Beamten und Offiziere für sich gewann und mit Hilfe derselben seinen Regierungsantritt durchsetzte, ohne auf die Proteste der hannöverschen Räte zu achten. Als Georg Wilhelm endlich aus den Niederlanden heimkehrte, fand er sich vor vollzogenen Thatsachen. Ernst August zwar hielt treulich zum Bruder, auch August von Wolfenbüttel stand mit seiner Ueberzeugung auf Georg Wilhelms Seite, erbot sich auch sogleich zur Vermittelung; Gewalt zu brauchen, war er aber nicht gesonnen. Nun meinte Georg Wilhelm, er brauche nichts weiter zu thun, als seine rheinischen Alliierten zur Bundeshilfe aufzufordern, um, gestützt auf eine erdrückende militärische Macht, Johann Friedrich zur Herausgabe der usurpirten Länder oder zu einer hinreichenden Gebietsabtretung zwingen zu können. Es zeigte sich aber, wie gering der innere Zusammenhalt des Bundes war; alle katholischen Rheinbündler nahmen für den Konvertiten Partei, für Georg Wilhelms Rechte mochte nur der Kurfürst von Brandenburg nachdrücklich eintreten, der eben erst Bundesmitglied geworden war.

Die beiden streitenden Brüder rüsteten zum Kriege: die celleschen Stände bewilligten 100 000, die hannöverschen mit großem Widerstreben 70 000 Thaler dafür. Georg Wilhelm gewann jedoch ein gewisses Uebergewicht über Celle, als es ihm gelang, Georg Friedrich von Waldeck, der eben als Generallieutenant der Reichsarmee gegen die Türken im Felde gestanden war, zur Annahme seiner Dienste zu bewegen. Waldecks Ansehen und diplomatische Gewandtheit, die er mit größerer Berechtigung als sein Feldherrntalent in die Waagschale werfen konnte, brachte unter Vermittelung der beiden Kurfürsten von Köln und Brandenburg, von welchen der erstere zu Gunsten Johann Friedrichs, der andere zu Gunsten Georg Wilhelms auftrat, den Vergleichsentwurf zu Hildesheim zustande. Durch diesen sollten vor allem die beiden verschiedenwertigen Erbtheile ausgeglichen werden. Calenberg-Göttingen einerseits und Lüneburg-Celle wurden gleichgestellt. Die Grafschaften Hoya und Diepholz, das Fürstentum Grubenhagen und die Anteile an den sogenannten Kommunionbergwerken, welche von allen Harzfürsten gemeinsam betrieben wurden, sollten nach dem Durchschnitt der Erträgnisse geschätzt und neuerdings geteilt werden. Zur Sicherung des Ausgleiches wurde die Festung Rienburg von Johann Friedrich geräumt und von August von Wolfenbüttel und Ernst August gemeinsam mit 500 Mann besetzt. Die streitenden Parteien durften bis zur Austragung der ganzen Angelegenheit nur 2500 Mann zu Fuß und 300 zu Roß unter den Waffen halten.

Nächst Brandenburg nahm sich Schweden auf das entschiedenste um Georg Wilhelm an, während der französische Gesandte de Lumbres anfänglich für Johann Friedrich Partei nehmen wollte. Die dringenden Vorstellungen des schwedischen Präsidenten von Stade, dem von Seite seiner Regierung die Vermittelung übertragen worden war, änderten jedoch seine Gesinnung. Es kann wohl angenommen werden, daß auch Ludwig XIV. neutral zu bleiben und vor allem eine Einigung auf gültlichem Wege herzustellen gesonnen war, eine Ver-

Schärfung des konfessionellen Gegensatzes mußte den Rheinbund, dessen er noch bedurfte, in seinem Bestande aufs äußerste gefährden. Dagegen war Bernhard von Münster bestrebt, Johann Friedrich ganz auf seine Seite zu ziehen und mit seiner Hilfe den Streit zwischen dem Stifte Corvey, dessen Abt er geworden, und der braunschweigischen Stadt Hörter im Sinne des Katholizismus zu beendigen. Johann Friedrich enthielt sich jedoch sehr sorgsam jeder Begünstigung seiner Religionsverwandten, er stellte die dynastischen Interessen in erste Linie und beschränkte sich auf das Bestreben, im Rahmen derselben seine eigene Macht möglichst zu fördern. Diese Gesinnung erleichterte auch das Einigungswerk, welches Graf Walbeck ganz allein und ohne Teilnahme der offiziellen „Mediatoren“ zustande brachte, nachdem es über die Art der notwendigen Teilungen, über die Gleichstellung der „Commobideten“, welche ebenso wie die „Intraden“ berücksichtigt werden sollten, abermals in Stillstand geraten war. Auf Grund der Punktationen vom 7. August 1665 trat Johann Friedrich das Fürstentum Lüneburg-Celle nebst den Grafschaften Diepholz, Ober- und Unter-Hoya an Georg Wilhelm ab; dagegen übernahm er Calenberg-Göttingen, den calenbergischen und celleschen Anteil an den Kommunionbergwerken und dazu noch das ganze Fürstentum Grubenhagen. Auf diese Weise wurde die möglichste Adäquation der beiden Ländermassen erreicht und das Optionsrecht als überflüssig für alle Zukunft aufgehoben.

Ernst August, der sich in dem ganzen Erbhandel mit Hingebung für Georg Wilhelm verwendet, ja sogar auf eigene Kosten bedeutende Truppenwerbungen gemacht hatte, erhielt von dem in sein Recht eingesetzten Bruder, dessen Erbe er ja doch sein sollte, die Grafschaft Diepholz sofort mit voller Landeshoheit zu eigen. Dafür zeigte sich die Schwägerin gefällig und lud Fräulein Eleonore d'Albreuse als Hoffräulein zu sich nach Jburg. Der Antrag wurde angenommen, Eleonore begnügte sich vorläufig mit dem Titel einer „Frau von Harburg“ und lebte mit dem Herzoge, ohne den Namen und die Rechte seiner Gemahlin erlangen zu können.

Der lüneburgische Erbfolgestreit war noch nicht zu Ende geführt, als auch in einer anderen Gegend des Reiches infolge unklarer Rechtsbestimmungen und deren verschiedenartiger Auslegung ein Krieg zwischen mächtigen Reichsständen zu entbrennen drohte. Es handelte sich dabei um das sogenannte kurpfälzische Wildfangs- und Leibeigenschaftsrecht, wonach es dem Pfalzgrafen zustand, nicht nur in seinem eigenen Gebiete, sondern in einigen gewissen Orten benachbarter Herrschaften die Wildfänge, d. h. Leute, welche ohne ein Freigut zu besitzen doch keinem Herren unterworfen sind, unter seine Gewalt zu stellen, sie zu verzeichnen und ihnen gewisse Abgaben, Zinshühner, Abfahrts- und Todesfallsgelder abzunehmen. Während des dreißigjährigen Krieges war dieses Recht wegen der ungeordneten Verhältnisse in der Pfalz nicht ausgeübt worden; der neue Kurfürst Karl Ludwig jedoch, der in der ängstlichen Wahrung aller dem Pfalzgrafen bei Rhein zukommenden Rechte einen Ersatz für den Verlust der Oberpfalz suchte, hatte sich desselben neuerdings bemächtigt. In ruhigen Zeiten, welche eine gewisse Stetigkeit des Besitzes mit sich bringen und daher die zahlreichen mit der Landarbeit beschäftigten Menschen an die Scholle binden, mochte das pfälzische

Recht kein besonderes Aufsehen erregt haben und den Nachbarn nicht als der Bestreitung würdig erschienen sein. Anders gestaltete sich dies nach dem westfälischen Frieden. Tausende von Menschen, welche während des Krieges heimatlos geworden waren, und so viele andere, die in den entvölkerten Gegenden eine bessere Gelegenheit ihres Fortkommens zu finden hofften, kamen als Fremde in die Rheinlande. Wenn nun Kurpfalz über alle diese, deren Herrenlosigkeit gar nicht feststand, sein Wildfangsrecht in Anspruch nahm, so wurden dadurch die landesherrlichen Rechte jener Reichsstände, die demselben angeblich unterworfen waren, erheblich beschränkt. Schon auf dem Regensburger Reichstage von 1653—54 war die Sache zur Sprache gekommen und eine Kommission eingesetzt worden, welche die Beschwerden der Nachbarn prüfen sollte. Karl Ludwig kümmerte sich um dieselbe nicht und wußte auch ernstliche Schritte des Reichshofrates gegen ihn zu hintertreiben, bis durch die Wahl eines neuen Bischofes von Worms die Verhältnisse sehr zu seinen Ungunsten verändert wurden. Es war nämlich niemand geringerer als Herr Johann Philipp von Schönborn, der zu den Würden eines Kurfürsten und Erzbischofes von Mainz, eines Bischofes von Würzburg und Herzogs in Franken noch die eines Bischofes von Worms erwarb. Wir kennen das Machtbedürfnis und die weitgehenden politischen Bestrebungen desselben und werden es für erklärlich finden, daß er, insbesondere nach dem Gelingen des Streiches gegen Erfurt, keinen Augenblick zögerte, den Kampf gegen die Ausübung des pfälzischen Wildfangrechtes aufzunehmen. Er brachte zunächst einen Bund von Reichsständen zusammen, welche mehr oder minder in der Sache beteiligt waren. Zu diesem gehörten Köln, Trier, Straßburg, der noch immer fehdelustige Herzog von Lothringen, die schwäbische, fränkische und wetterauische Reichsritterschaft. Hierauf legte er die Truppen, die in Erfurt überflüssig geworden waren, im Herbst 1664 in die den pfälzischen Grenzen nahegelegenen Landschaften, ja sogar in Orte, in welchen Worms und Pfalz gemeinsam die Landeshoheit besaßen: dann erst wurde eine Beschwerdeschrift an den Kaiser abgelassen. Damit begann der Federkrieg, der in dieser Streitsache besonders heftig geführt wurde;¹⁾ mit der Besetzung der Stadt Ladenburg durch mainzische Truppen im Mai 1665 wäre nahezu auch ein ernstster Waffengang entstanden, wenn nicht Brandenburg, der Kaiser, Schweden und Frankreich die Vermittelung übernommen hätten. Johann Georg von Celle und Pfalz-Neuburg waren dem Kurfürsten Karl Ludwig mit militärischer Hilfe beigeprungen, während Brandenburg, wiederholt zur Erfüllung seiner Allianzpflichten gemahnt, dieselbe stets hinauszuschieben verstanden hatte. Erst im Oktober 1666 aber wurden die rheinischen Stände wieder des vollen Friedenszustandes teilhaftig, worauf am 17. Februar 1667 ein Kompromiß-Instrument angefertigt wurde, welches die Anerkennung des in Frage stehenden pfalzgräflichen Rechtes

¹⁾ Die Appendices der Bände XII, XIII, XIV des Diar. Europ. enthalten eine Fülle von Aktenstücken und Flugschriften über diesen Gegenstand. Die erschöpfendste Abhandlung „*Justitia causae Palatinae, seu Defensio Juris Regalis Palatini in homines proprios*“ stammt von dem Heidelberger Professor Joh. Friedr. Bödelmann und ist gegen des kurmainzischen Hofrates Joh. Heinrich Böcler „*Vindiciae quorundam Electorum . . . contra Palatinum Wildfangiatum*“ gerichtet.

und eine genauere Bestimmung darüber enthielt, welche Personen als „Fremde“ anzusehen seien. Zugleich trat auch eine Beschränkung der über die Fremden oder Wildfänge auszuübenden Gerechtsame ein.

Neben den Wirren, die — wie wir eben gesehen haben — für Augenblicke die größte Gefahr über Deutschland heraufzubeschwören geeignet waren, gingen die Dinge in Holland neuen Verhältnissen entgegen. Frankreich hatte die Erfahrung machen müssen, daß sich das deutsche Reich nicht durch den Rheinbund regieren lasse, weil dieser selbst durch jede ernste politische Erschütterung in seinem Bestande gefährdet war. Der konfessionelle Gegensatz war zwar gemildert, aber er ließ sich nicht durch den Wunsch des Königs von Frankreich aus der Welt schaffen. Die Hauspolitik der deutschen Fürstenfamilien war außerdem seit dem westfälischen Friedensschlusse so sehr in den Vordergrund gestellt, daß an dauernde Verbindungen deutscher Staaten untereinander und mit einem dritten nicht gedacht werden konnte. Die Möglichkeit eines Ländererwerbes, einer Machtvermehrung war für jeden der jungen Souveräne weltlicher und geistlicher Klasse Grund genug, um mit kühner Verleugnung aller kunstvoll gebauten Haupt- und Nebenrezeffe seinen bisherigen Bundesgenossen Valet zu sagen und sich einem neuen anzuschließen. Es war ein Kampf aller gegen alle um politisches Dasein, ein Ringen nach staatlicher Organisation, bald gefördert, bald gehemmt von den Neigungen und Leidenschaften der einzelnen, ein wechselvolles Drängen und Treiben, in welchem die Reime früheren oder späteren Bergehens, welche die meisten der neuen Gebilde in sich trugen, nicht beachtet werden konnten. Der starke Nachbar, dessen Größe neben all den kleinen für ihn und die Welt um so augenfälliger ward, konnte die Zersekung des Reiches ihren sicheren Weg gehen lassen, er hatte nicht zu befürchten, daß sie durch entgegengesetzt wirkende Elemente aufgehalten werden könne.

Ludwig XIV. beschäftigte sich immer eifriger mit der ersten großen Aktion, welche die Zerbröckelung der spanischen Monarchie einleiten sollte, er fand es daher dringend geboten, die Verwickelungen, in welche Holland geraten war, zu lösen. Es gelang ihm jedoch nicht so leicht, als er gehofft hatte. Die Truppen, die er unter Pradel nach Maastricht geschickt hatte, um die Holländer gegen den Angriff des Bischofs von Münster zu verteidigen, machten sehr geringe Fortschritte, trugen jedoch wesentlich dazu bei, um das Bündnis der Republik mit Frankreich unpopulär zu machen, denn sie führten ein Leben, das nicht nur dem Vermögen, sondern auch der Ehre und Sitte der Bauern unerträglich war. Die Staaten hatten gehofft, von den braunschweigischen Herzögen Hilfe zu erlangen. Georg Friedrichs von Waldeck Eifer für die Beendigung des lüneburgischen Familienzwistes war im innigen Zusammenhange mit den Ausichten, welche ihm der Ratspensionär de Witt für den Fall gemacht hatte, als es ihm gelänge, ein lüneburgisches Corps zu ihrer Verfügung zu stellen. Die Mannschaft war vorhanden, man brauchte sie nur zu vereinigen und dem Bischof von Münster damit in den Rücken zu fallen, um den Zwischenfall sofort zu erledigen. Der Vertrag, der die Aufstellung von 12—14000 Mann bezweckte, war am 19. September geschlossen worden, aber die Lüneburger marschierten nicht. Ernst August und Georg Wilhelm fanden es angesichts verdächtiger Werbungen und Truppenzu-

sammenziehungen, welche Schweden in Bremen und Verden vornahm, nicht geraten, ihre Lande gänzlich von Militär zu entblößen, da auch der Kurfürst von Brandenburg sich über ihr vereinzelt und überstürztes Vorgehen sehr ungehalten gezeigt hatte und nur mit Mühe von energischen Schritten gegen sie abgehalten werden konnte. Keinesfalls aber waren sie geneigt, sich auf den Krieg mit Münster einzulassen, wenn nicht gleichzeitig auch von holländischer Seite her ein kräftiger Vorstoß gemacht würde. Es war nicht unbekannt geblieben, daß spanische Regimente dem Bischof zu Hilfe gezogen waren.

Friedrich Wilhelm von Brandenburg hatte im Herbst 1665 seine Residenz nach Kleve verlegt; er hatte vorausgesehen, daß man seiner dort bedürfen, daß er die Entscheidung in der holländisch-münsterischen Verwickelung in die Hand bekommen würde. In Holland wies mehr und mehr die öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit hin, sich mit Brandenburg ins Einvernehmen zu setzen, man könne sich diese Macht nicht gänzlich entfremden, weil sie die Rechte des jungen Prinzen von Oranien aufrecht halte. Die Zahl der oranisch Gesinnten wuchs, und nicht nur von diesen, von Ludwig XIV. selbst wurde de Witt beauftragt, Brandenburg in das Interesse der Republik zu ziehen. Dasselbe geschah ja auch von Seite Englands, Spaniens, des Kaisers. Friedrich Wilhelm konnte sich jeden Augenblick auch gegen Holland entscheiden und was dann, wenn sich brandenburgische Truppen mit den münsterischen verbanden? — Der Kurfürst erleichterte den Hochmögenden die Annäherung, er verzichtete auf die endgültige Ordnung der Hofyferischen Schuld, auf die Räumung der kleveschen Festungen, auf den sofortigen Bezug des Zollgefälles, das er beanspruchte, erneuerte hierauf die Allianz von 1655 und schritt dann mit großer Entschiedenheit zur Vermittelung mit Münster, die er am 4. Februar 1666 innerhalb von vier Monaten durchzuführen übernahm. Die Kosten für 12000 Mann, welche seine diplomatischen Unternehmungen nötigenfalls zu unterstützen hatten, trug Holland. Er ließ dem Bischof keine Zeit, sich von der drohenden Umklammerung durch Herbeiziehung anderer Vermittler zu retten, drängte ihn von einem Ultimatum zum anderen und zwang ihm so den Frieden zu Kleve vom 19. April 1666 auf, in welchem Münster allen seinen Ansprüchen auf Borkelo entsagte und die Wiederherstellung der Grenzen und Besitzverhältnisse, wie sie vor dem Kriege bestanden hatten, — unbeschadet der Rechte des Reiches — entsagte. Die Generalstaaten verzichteten dagegen auf Kriegsentschädigung und bewilligten dem Bischofe zur Besetzung seiner festen Plätze 3000 Mann Truppen ständig zu halten.

So war es der Kurfürst von Brandenburg gewesen, der den in seinem weiteren Verlaufe mit den größten Gefahren für das Reich drohenden Krieg im Keime erstickte und seine, sowie seiner Bundesgenossen Hand frei hielt, um in einem anderen und wichtigeren Momente eingreifen zu können. Holland hatte in ihm abermals einen treuen und uneigennütigen Freund erkannt und wenn sich auch Herr de Witt alle Mühe gab, die Verdienste des Brandenburgers zu verkleinern und die des Königs von Frankreich zu steigern — das Volk glaubte ihm nicht; es hatte sich in nächster Nähe überzeugt, wie es mit der guten Gesinnung der Franzosen ausfah und was es von diesen zu gewärtigen hatte.

Auch das Verhältnis Brandenburgs zu Schweden hatte sich auffallend verändert. Die Besorgnis des Kurfürsten, daß die vormundschaftliche Regierung die Rachepläne Karls X. aufnehmen, daß sie Polen gegen ihn aufheizen und von Bremen aus seine westfälischen Besitzungen angreifen wolle, war mitbestimmend gewesen für die Allianzen mit England und Frankreich; zur Zeit des holländisch-englischen Krieges bestand sie nicht mehr. Schweden war von Frankreich vernachlässigt, der Traktat wegen der polnischen Königswahl gelöst worden, dagegen hatte Dänemark sich der Unterstützung Frankreichs zu erfreuen. Unter diesen Umständen war die Annäherung an England zur Notwendigkeit geworden und bald nach dem formellen Abschlusse derselben führten die bereits durch zwei Jahre von Georg Lorenz von Krodoow im Namen des Kurfürsten in Stockholm gepflogenen Unterhandlungen zu einem Defensivtraktat zwischen Schweden und Brandenburg (27. März 1666). Ueber die Stadt Bremen, auf welche Schweden seine Hoheitsrechte auszudehnen mehr als je bestrebt war, hatte dabei keine Einigung stattgefunden. Schweden war befriedigt, daß der Kurfürst die Einwendungen gegen die Reichsunmittelbarkeit, welche die Stadt ansprechen zu können glaubte, begründet fand, es hoffte auch noch seine Zustimmung für die Ausübung des schwedischen Besatzungsrechtes zu gewinnen, wenn es ihm dafür Magdeburg preisgab. Der Kurfürst hatte sich aber bereits entschlossen, sich den Besitz dieses wichtigen strategischen Platzes an der Elbe auf eigene Gefahr und ohne fremde Hilfe zu sichern. Er selbst war im Mai 1666 von Kleve nach Holland gereist und hatte mit dem jungen Prinzen von Dranien die staatliche Flotte im Texel besucht. Eine längere geheime Auseinandersetzung mit de Witt überzeugte diesen, daß der Kurfürst noch immer seine eigenen Wege gehe und sich nicht ohne dringende Veranlassung zu Verpflichtungen herbeilasse. Den Plan einer Quadrupelallianz zwischen Holland, Dänemark, den lüneburgischen Herzögen und Brandenburg zum Schutze Bremens und zur Niederhaltung Schwedens lehnte Friedrich Wilhelm ab. Ueber den Prinzen, dem die Staaten von Holland eine neue Leitung seiner Erziehung aufgedrungen hatten, erfuhr er Günstiges, Ueberraschendes. Er fand bei all seiner Jugend einen Ton ruhiger Ueberlegenheit gegen die Unterdrücker seiner Rechte und der ihm in der Republik gebührenden Stellung, welche sowohl in Holland, als bei den Vertretern der auswärtigen Mächte gerechtes Aufsehen erregte. Um so bedeutender konnte der Eindruck sein, welchen der persönliche Verkehr mit dem großen Kurfürsten auf den vielverheißenden Sprossen der Dranier hervorrief.

Während der Reise des Kurfürsten waren seine Truppen von Feldmarschall Sparr aus den kleveschen Landen in die östlichen Provinzen zurückgeführt worden. Gleichzeitig begaben sich die Räte v. Jena und Platen zu dem Administrator von Magdeburg, der in Halle residierte, um ihn mit der Absicht des Kurfürsten vertraut zu machen, Magdeburg zur Aufnahme einer Besatzung zu zwingen, da der Administrator diese notwendige Aufgabe seiner landesherrlichen Thätigkeit noch nicht durchzuführen vermocht hatte. Herzog August war anfangs voll Bedenken und schickte eiligst zu seinem Bruder nach Dresden, um sich dort Rats zu erholen. Die Brandenburger ließen ihm jedoch wenig Zeit zur Ueberlegung, die Nähe der 15 000 Mann starken brandenburgischen Armee übte einen ge-

waltigen Druck auf die Entschliessungen des Administrators aus, dessen persönliche Interessen durch diese Angelegenheit ohnehin nicht sehr nahe berührt wurden. Einige freundliche Verwilligungen Brandenburgs für die Frau und den Sohn Augusts thaten das Ihre, um diesen zu einer Uebereinkunft geneigt zu machen, nach welcher die beabsichtigte brandenburgische Garnison von Magdeburg in des gegenwärtigen und zukünftigen Herren Dienst stehen sollte, während der erstere nur für ein Drittel ihres Unterhaltes aufzukommen hatte. Nun wurden die Vertreter der Stadt zu einer Besprechung nach Wanzleben (an der magdeburgisch-braunschweigischen Grenze) geladen, wo sie von der Abmachung verständigt und beauftragt wurden, sich binnen drei Tagen über die Forderung des Kurfürsten zu entscheiden. Die Stadt hatte zwar bei der Nachricht von dem Anzuge der brandenburgischen Armee einen Versuch gemacht, sich in Verteidigungsstand zu setzen, doch was konnten die 400 Werkleute, welche sie zur Ausbesserung der Festungswerke anstellte, in wenigen Tagen leisten und woher war Mannschaft zu nehmen, um den kriegserfahrenen Brandenburgern Widerstand leisten zu können? Die Forderungen des Kurfürsten waren übrigens milder, als man sie erwartet hatte. Die Garnison bestand in 1000 Mann, für welche die Stadt nicht mehr als 1200 Thaler monatlich zu bezahlen hatte, für die Soldaten wurden hinter den Wällen Hütten gebaut, die Offiziere erhielten Wohnungen in der Stadt, jedoch ohne „Service“, der Hulldigungsseid war „beiden Herren Prinzipalen“ nach der Formel von 1575 zu leisten. Trotz einigen Widerstrebens des Rates und „Gemurres“ der Bürgerschaft kam die Sache doch schon am 6. Juni im Kloster Bergen zum Abschluß und bald zeigte sich, daß die Herren von Magdeburg lieber mit dem Kurfürsten als mit ihrem Administrator in Beziehung standen. „Sie danken Gott,“ schrieb Sparr an den Kurfürsten, „daß die Sache auf diese Weise beigelegt ist; sie hätten nun nächst Gott einen Herrn, auf welchen sie sich verlassen und der sie schützen könne.“ Die Einmischung des Domkapitels und der Ritterschaft, welche mit der Stadt nie in Einklang gestanden waren, wurde von den brandenburgischen Räten kurzweg abgelehnt, die Besetzung der Stadt sogleich vorgenommen und dann erst hielt Herzog August einen prunkvollen Einzug, um die Hulldigung entgegenzunehmen. Die Brandenburger aber machten sich ungefümt an die Befestigung der Stadt.

Der Kurfürst hatte einen nicht zu unterschätzenden Vorteil in einem Augenblicke erreicht, da keine einzige größere Macht in der Lage war, mit ihm anzubinden. Alle bedurften seiner und machten, nachdem das erste Staunen überwunden war, gute Miene zum bösen Spiel. Nicht minder glücklich verlief auch die bremische Angelegenheit, die während des Sommers und Herbstes 1666 die gesamte europäische Diplomatie in Atem erhielt. Der Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges schien kaum zu vermeiden. Schon im Juli des vergangenen Jahres hatte Schweden den Krieg gegen Bremen beschlossen; die Veranlassung dazu bot die Thatsache, daß der Rat der Stadt, wie der einer freien Reichsstadt, eine Hulldigungs-gesandtschaft an Kaiser Leopold gerichtet hatte. Innere Bewegungen waren bisher der Ausführung der längst beabsichtigten Unternehmung entgegengestanden; nun aber hatte der kriegslustige Teil der vormundschaftlichen Regierung, darunter der Reichskanzler de la Gardie, der Reichsfeldherr Wrangel

und der Admiral Stenbock, den Beschluß durchgesetzt. Der Droß Peter Brahé und der Schatzmeister Gustav Bonde hatten denselben mit ihren einbringlichen Warnungen nicht aufhalten können. Es fehlte aber an Geld, um dem Beschlusse die That folgen zu lassen; als Wrangel das Nötigste für die Angriffsarmee zusammengebracht, war die schwedische Politik schon wieder in ganz anderen, größeren Plänen verirrt. Ein großes Ziel war ihr nicht mehr gesteckt; die Regierung wollte mit dem militärischen Nimbus, der den Staat noch immer umgab, möglichst gute Geschäfte machen. Nicht offenen Krieg und kriegerische Erfolge strebte sie an, sondern Subsidien.¹⁾ Sie bezog deren von England und Frankreich, ersteres verlangte scharfes Auftreten gegen Dänemark, und so schien mit einemmal ein neuer dänisch-schwedischer Krieg in Aussicht zu stehen; dagegen stemmte sich Frankreich, das durch seinen äußerst geschickten Gesandten Pomponne erklären ließ, es würde Dänemark mit seiner ganzen Macht zu Hülfe eilen. Dann wieder wollte sich Wrangel mit dem Bischof von Münster verbinden und in Holland einfallen. Die braunschweigisch-lüneburgische Armee hatte wohl die Aufgabe zgedacht, dieses Vorhaben möglichst zu erschweren. Der Friede mit Münster setzte ihm übrigens selbst das Ziel. Endlich fand es die Regierung für klüger, eine förmliche Neutralitätserklärung für den Krieg der beiden Seestaaten auszustellen und nun hatte Frankreich nichts dagegen, wenn sich Schweden, nachdem alle seine Hoffnungen auf einen schönen Gewinn gescheitert waren, an Bremen schadlos hielt. Entbrannte an der Elbe die Kriegsfackel, so war Deutschland jedenfalls unfähig, sich in den Handel einzulassen, den Ludwig XIV. demnächst mit Spanien und zwar auf dem Boden der Niederlande, die ja noch immer den burgundischen Kreis bildeten, zu beginnen willens war.

Am lebhaftesten setzten sich für Bremen die braunschweigischen Herzöge ein. Sie waren in den Verhandlungen mit Holland über die von de Witt angestrebte Quadrupelallianz am weitesten vorgeschritten, sie nahmen die Vermittelung zwischen den beiden streitenden Theilen in die Hand, riefen aber gleichzeitig die benachbarten hervorragenderen Reichsstände zur Hülfe für Bremen auf und ließen es geschehen, daß Herr von Uffeln, der ihnen als Feldzeugmeister gebient hatte, sich mit mehreren Offizieren in die bereits von Wrangel blockierte Stadt zu werfen versuchte. Die Gefangennahme Uffelns durch die Schweden deckte die Haltung der Braunschweiger vor aller Welt auf. Kaiser und Reichstag nahmen für Bremen Partei, erließen ein Avokatorium an Schweden (18. September) und forderten die mit der Reichskommission betrauten Fürsten, unter welchen sich Kurbrandenburg befand, auf, der gefährdeten Stadt mit gewaffneter Hand Beistand zu leisten. Der Kurfürst von Köln ließ sich sogar durch den Grafen Waldeck zu einer reichspatriotischen That hinreißen, er hielt in Hildesheim eine Besprechung mit Münster ab, brachte Truppen zusammen und forderte ebenfalls den Kurfürsten von Brandenburg auf, sich ernstlich um die Sache anzunehmen. Dieser hatte sich bisher nicht aus der Ruhe bringen lassen, er hatte von dem Eifer Schwedens in der Sache keine allzugroße Meinung und hielt deswegen mit einem offenen Schritte gegen Schweden so lange als möglich zurück. Diese

¹⁾ Carlsohn, Gesch. Schwedens, IV. 9.

Haltung befestigte das Vertrauen auf seine Bundestreue bei der Regierung in Stockholm und wahrte ihm für die letzten Augenblicke der Verwickelung den allergrößten Einfluß. Die Lüneburger und Holländer arbeiteten indessen mit größtem Nachdrucke auf das Zustandekommen der Quadrupelallianz hin; in den Generalstaaten herrschte eine so große Schwedenfurcht, daß alle Anstrengungen der französischen Gesandtschaft, das gefährliche Bündnis aufzuhalten, vergebens waren. Gleichzeitig eröffnete Wrangel die Feindseligkeiten gegen die Stadt durch eine leichte Beschießung und gewaltsame Wegnahme von Schlachtvieh; der Kurfürst von Brandenburg machte ihm daraus die größten Vorwürfe, beklagte sich, daß alles Bemühen, der Krone Schweden in friedlicher und ehrenhafter Weise zu ihrem Rechte zu verhelfen, auf diese Weise vergebens sein müsse, stellte ihm die Gefahren vor, welchen sich Schweden durch den Friedensbruch aussetzte und gab nunmehr auch seine Zustimmung zum Abschlusse des Defensivbündnisses mit Dänemark, den Generalstaaten und Georg Wilhelm von Celle (25. Oktober 1666). Es galt mit beschränkter Haftung für sechs Jahre, d. h. es versprachen sich für diese ganze Zeit die Bundesglieder gegenseitige Unterstützung im Falle eines Angriffes auf alle ihre in Europa gelegenen Lande mit einer bestimmten Truppenzahl oder dem derselben entsprechenden Gelbbetrage, wobei 1000 Mann gleich 10 000 Gulden holl. Währung gesetzt wurden; für die nächsten zwei Jahre aber und, falls nach Ablauf derselben die beim Anschlusse der Allianz maßgebenden Verhältnisse noch bestehen sollten, für weitere zwei Jahre sicherten sie sich gegenseitig „Sukkurs mit aller Macht und gesamter Hand“. Das neue Bündnis enthielt dazu noch die Erneuerung der schon im Vorjahre von den Generalstaaten mit Lüneburg und Brandenburg geschlossenen Verträge auf Bereithaltung von 4000 Mann zu Roß und 8000 Mann zu Fuß. Sollte Lüneburg, wenn es plötzlich angegriffen würde (diese Bestimmung war für den jeden Tag zu befürchtenden Zusammenstoß vor Bremen berechnet), die volle Zahl seines Kontingentes nicht beisammen haben, so waren die Staaten bereit, 2000 Pferde und 4000 Fußknechte alsogleich marschieren zu lassen. Brandenburg hatte sich lebhaft darum beworben, daß ihm das gleiche Zugeständnis gemacht würde, jedoch nicht mehr als das Versprechen eines Zuschusses an Werbefeldern erreichen können. Die Erweiterung des Bundes konnte nur mit Bewilligung aller Teilnehmer stattfinden; nur hinsichtlich Braunschweig-Wolfenbüttel, Hannover und Hessen-Kassel war vorgesehen, daß sie jederzeit, sobald sie sich dazu fertig gemacht, eintreten könnten. Von den übrigen zu gewinnenden Mächten war Schweden, Kurköln und Pfalz-Neuburg besonders namhaft gemacht.

Die Staaten ließen einige tausend Mann gleich nach der Ratifikation des Bundesinstrumentes in Ostfriesland einrücken. Da auch die Verteidigung Bremens den Belagerern die Ueberzeugung verschaffen mußte, daß sie, die noch nicht 10 000 Mann stark waren, der Stadt keinesfalls so bald Herr werden würden, erkannte Wrangel, daß die Lage seiner Armee mit einem Schlage eine höchst ungünstige geworden war. Er konnte jeden Augenblick vom Angriff in die Verteidigung gezwungen werden, und es war der Zeitpunkt, wie Waldeck offen aussprach, wahrlich gekommen, da man die Schweden gänzlich aus dem Reiche werfen konnte. Alle Hoffnung Schwedens ruhte bei Brandenburg; der Kurfürst

allein war noch im Stande, ihnen einen ehrenvollen Rückzug aus der Klemme zu verschaffen, in die sie sich leichtsinnig begeben hatten. Er war dazu bereit und baute ihnen durch die nochmalige Absendung einer Gesandtschaft in das Lager von Bremen goldene Brücken. Denn diese hatte den Auftrag, die Ueberzeugung auszusprechen, die Krone Schweden wolle ja nichts als die Erhaltung des kostbaren Friedens im Reiche und werde nicht anstehen, da das Reich die Freiheit Bremens anerkannt, „die Stadt bei ihren Freiheiten und Rechten in statu quo zu erhalten“. Damit war die Grundlage des Vergleiches gegeben. Bremen verzichtete darauf, den Anspruch auf die formelle Anerkennung seiner Reichsunmittelbarkeit zu erheben und zwar verpflichtete sich die Stadt, damit während des laufenden Jahrhunderts, also bis 1700 zurückzuhalten und nach Beendigung der noch tagenden Reichsversammlung keine Gesandten mehr an die neu einzuberufende zu senden. Sollte aber bis 1700 kein gütlicher Schluß zustande gekommen sein, so trat die Anerkennung ihrer Reichsunmittelbarkeit von selbst ein. Wie gefährlich es war, die Dauer des Reichstages als Grenze für die tatsächliche Ausübung reichsstädtischer Rechte zu bestimmen, konnte Wrangel damals nicht ermessen. Auch auf den niederländischen Kreistagen versprach Bremen die Session weder zu suchen, noch zu begehren. An Reichs- und Kreis-Steuern übernahm die Stadt den vierzehnten Teil des Betrages, welcher bis dahin auf das ganze Herzogtum gelegt war. Besitzstand und Gerichtsbarkeit über die nachbarlichen Landgemeinden (die vier Gohren und das Gericht Barchfeld) blieben, ohne Präjudiz für eine künftige Entscheidung, in dem Stande vor dem Kriege. Wegen der neuerrichteten Festungswerke hatte der Rat an Schweden ein nachträgliches Entschuldigungs- und Gesuchsschreiben zu richten, nur die neuen Befestigungen am Wart- und Raigenturm mußten geschleift werden. In allen übrigen Punkten blieb der Stadesche Rezeß von 1654 in Kraft.

Der Vertrag von Habenhausen (25. November 1666) erhielt, nachdem auch der in der Stadt gegen den schwedischen Rat Speckhans ausgebrochene Tumult gedämpft und der Schaden gutgemacht worden war, die Zustimmung der schwedischen Regierung. Sie hatte keine Ursache darauf stolz zu sein: denn ihre Schwäche und falsche Stellung war vor Europa aufgedeckt worden. Statt ihre Finanzen durch die erwarteten Abfindungssummen oder Kriegssteuern zu bessern, hatten sie dieselben in noch größere Verwirrung gebracht. Die Verwaltung des Königreiches konnte nur mehr durch Vorschüsse auf die Einkünfte der folgenden Jahre gedeckt werden, die Unregelmäßigkeiten in der Bezahlung der Truppen übten einen höchst schädlichen Einfluß auf den Geist des schwedischen Heeres.

Der Seekrieg zwischen England und den Generalstaaten war im Sommer 1666 fortgeführt worden, bei großer Anstrengung beider streitenden Teile ohne ausschlaggebenden Erfolg. Nach einer viertägigen Schlacht, die am 11. Juni begonnen hatte, sah sich Monk, trotzdem er vom Prinzen Rupert kräftig unterstützt worden war, zum Rückzuge an die Themse genötigt. In einer neuen Schlacht am 4. August hatten die Holländer ein ähnliches Schicksal erfahren;

als sie aber bald darauf wieder kriegstüchtig im Kanal erschienen und endlich auch die französische Flotte sich zeigte, verzichtete England darauf, den offenen Kampf nochmals aufzunehmen, es eröffnete Friedensunterhandlungen. Dieselben hätten wohl zum Abschlusse führen können, wenn nicht England gerade damals von einem furchtbaren Unglück betroffen worden wäre: dem Brande von London am 12. September, in welchem 13000 Wohnhäuser in 400 Straßen mit 89 Kirchen eingäschert wurden. Das Parlament bewies zwar seine Unererschrockenheit, indem es gleich darauf zur Fortsetzung des Krieges 1800000 Pfund bewilligte; im Grunde lag darin doch mehr eine Demonstration als eine entschiedene Absicht; der König durfte daher auf die Zustimmung seines Volkes rechnen, wenn er sich um den Frieden bemühte. Der Weg über Frankreich war der naheliegende. Ludwig XIV. hatte den Vorteil, seine Vermittelung und sein Wohlwollen davon abhängig zu machen, daß ihm England völlig freie Hand in den spanischen Niederlanden lasse. Die Verständigung zwischen diesen beiden Mächten war schon angebahnt, als im Mai 1667 der Friedenskongreß zu Breda eröffnet wurde. Jan de Witt aber, dem die Politik Frankreichs von Stunde zu Stunde gefährlicher für die Generalstaaten erschien, der mit der Quadrupelallianz den ersten Versuch gemacht hatte, ein Gegengewicht gegen den Druck, den die Generalstaaten von Paris aus fühlen mußten, zu schaffen, wollte sich auch die Bedingungen eines Vergleiches mit England nicht von dort aus aufdringen lassen und entschloß sich, dieselben von dem Gegner unmittelbar zu erzwingen. Die Ausführung dieses Entschlusses fiel mit Ludwigs XIV. erstem Angriffe auf Spanien zusammen, der mittlerweile ausreichend vorbereitet worden war.

Die Vermählung des Kaisers mit der jüngeren Tochter Philipps IV. hatte Ludwig geschehen lassen müssen, obwohl sie ihm keineswegs genehm war. Er verstand es, aus der Thatsache, die nun vorlag, seinen Vorteil zu ziehen. Man hatte in Spanien die Besorgnis gehegt, der König von Frankreich werde die Prinzessin Margarete Theresia, wenn sie auf ihrer Reise nach Wien französisches Gebiet (in Oberitalien) berühren würde, in seine Gewalt zu bringen suchen, und deshalb noch im letzten Augenblicke einen anderen Weg eingeschlagen. Als die Trauung am 5. September 1666 in der Augustinerkirche zu Wien vom päpstlichen Nuntius vollzogen worden war, trat auf Seite des Hauses Oesterreich eine große Beruhigung ein. Man hielt das Erbrecht der Kaiserin auf die spanische Monarchie im Falle des Ablebens Karls II. für unumstößlich, die Verzichtleistung der älteren Schwester Maria Theresia für vollkommen genügend, um französische Ansprüche beseitigen zu können. Spanien nahm ganz denselben Standpunkt ein. Pater Nidhard, der vertrauteste Ratgeber der Königin Witwe, ließ sich dem französischen Gesandten Erzbischof Embrun gegenüber, der Anerbietungen gegen Portugal zu machen hatte, vernehmen: Spanien wolle gar kein Bündnis, sondern den Frieden mit allen. Nur der Freiherr de P'Isola, der nach der glücklichen Beendigung der österreichisch-spanischen Heirat von Madrid nach London geschickt worden war, stand auf der Höhe der Situation; er kannte die Pläne Ludwigs XIV. gegen die Niederlande, gewann das Vertrauen Karls II. von England und machte ihm Hoffnung auf ein Zusammengehen Oesterreichs mit den Seemächten, wenn diese den Weg der Verständigung fänden, um Frank-

reichs Uebergreifen ein Ziel zu setzen. Die Verhältnisse am Wiener Hofe aber beherrschte er nicht, sie wurden bald in entgegengesetzter Weise beeinflusst.

Am 8. Mai 1667 rückte Ludwig XIV. an der Spitze einer Armee von 60 000 Mann in die spanischen Niederlande ein; er kündigte seinen Schritt der Regentenschaft in Spanien und allen christlichen Fürsten an, indem er zur Begründung desselben eine Schrift beilegte: „*Traité des droits de la Reine Très-Chrétienne sur divers Etats de la monarchie d'Espagne*“, in welcher die auf dem sogen. Devolutionsrecht beruhenden Ansprüche Maria Theresias auseinandergesetzt werden. In Brabant, Antwerpen, Ober-Gelbern, Limburg, Namur, Artois herrschte ein Erbrecht, welches die Kinder einer ersten Ehe gegenüber allen Sprossen späterer Ehen derart begünstigt, daß eine Tochter erster Ehe den Vorzug vor einem Sohne zweiter oder folgender Ehe besaß. Diese privatrechtliche Einrichtung wandte der Sekretär Lurennes, Duhan,¹⁾ von welchem jener Traktat stammen soll, auf das Staatsrecht der genannten Provinzen an. Er ging aber noch weiter; er proklamierte das Grundrecht, welches Ludwig XIV. für die Stellung zu den Nachbarn Frankreichs überhaupt angenommen hatte, nämlich die rechtliche Fortwirkung des historischen Zusammenhanges zwischen dem französischen Königtum und der demselben vorangegangenen fränkischen Monarchie. Es war der Grundsatz der Reunionen bereits ohne Einschränkung aufgestellt, wenn es zum Schluß jenes Manifestes hieß: „*Le roi s'assure que ces peuples (des Pays-Bas catholiques) n'oublieront pas que les rois de France étoient leurs seigneurs naturels avant même qu'il y eût des rois de Castille, et qu'ils aimeront rentrer dans le sein de cette ancienne patrie.*“ In einem zehn Jahre später erschienenen Geschichtswerke²⁾ wird die Macht Frankreichs, die Fülle seiner Hülfsmittel, die günstige Lage, der Reichtum an Naturprodukten und fähigen Köpfen gepriesen. „*Hierzu kommt noch,*“ wird daran geschlossen, „*daß es Frankreich kraft des salischen Gesetzes niemals an einigen Bemäntelungen fehlt, um Krieg mit allen Königreichen und Ländern, die jemals von einem französischen Könige sind beherrscht worden, anzufangen, deren Einwohner, wie die Franzosen meinen, ihnen stets gehorchen müssen, obgleich dieselben von anderen Königen und Potentaten durch Krieg sind erobert worden. Ja, wenn die Franzosen sich eines Landes wieder bemächtigen, so geben sie vor, daß sie nur das Ihrige wieder in Besitz nehmen, welches andere unrechtmäßigerweise gebraucht haben.*“ Auf diesen Standpunkt stellte sich thatsächlich schon 1667 nicht nur der König, sondern ganz Frankreich. Der Parlamentsrat Aubery zog in seiner Broschüre „*Des justes prétensions du Roy sur l'empire*“ Konsequenzen, in welchen er die kühnsten Ideen Ludwigs noch zu überbieten bestrebt war. Er behauptet schlechtweg: „*La plus grande partie d'Allemagne est le Patrimoine et l'ancien héritage des Princes françois. Charles Magne a possédé l'Allemagne en tant que Roy de France et non en tant qu'Empereur.*“³⁾

¹⁾ So Henry Martin. Von anderer Seite wird die Ansicht ausgesprochen, daß der dem Traktat zu Grunde liegende Gedanke zuerst in Brüssel ausgesprochen worden sei.

²⁾ P. Valkenier, Das verwirrte Europa.

³⁾ Ein Auszug aus der Broschüre Auberys erschien noch in demselben Jahre in deutscher Uebersetzung. Ich kann auf die sehr entwickelte Publizistik jener bewegten Zeit an diesem Orte

Es ist für das Wesen der Franzosen höchst bezeichnend, daß sie mit Leichtigkeit ohne die geringsten Bedenken, ohne das leiseste Anflingen des Rechtsgefühles die politisch-historischen Trugschlüsse der Regierungsjuristen als Bekenntnisse ihrer eigenen Ueberzeugung ausgaben. Wenn ein Volk im Vollbewußtsein seiner Kraft von derselben Gebrauch macht und, sein siegreiches Schwert in die Waagschale werfend, den eigenen Willen zum Gesetze für andere erhebt, so wird dies von den Unterworfenen hart genug empfunden werden, es liegt aber in solchem Auftreten nicht jenes Maß absichtlicher Erniedrigung, die aus der Verdrehung und Verstümmelung von festgewurzelten Rechtsbegriffen hervorgeht. Es muß Erbitterung hervorrufen, wenn Gewaltthaten mit dem Scheine einer notwendigen Wahrung von Rechten umkleidet werden, die dem gesunden Menschenverstande widersprechen. Der Uebermut und Dünkel, mit welchem die französische Nation ihre Siegeslaufbahn begonnen hat, entfremdete ihr die Achtung der übrigen, trotzdem sie die Bewunderung für ihre glänzenden Eigenschaften nicht zurückhielten. Die Entfremdung wuchs allmählich, aber sicher, und zeigte sich darin am deutlichsten, daß der endlich mit Notwendigkeit erfolgende Sturz von der erklommenen Höhe bei niemand Mitleid erregte, sondern als verdientes Schicksal mit einer gewissen Befriedigung erkannt wurde.

Die neue, von Ludwig XIV. verkündete Staatslehre fand sofort kräftigen Widerspruch. Während der brabantische Staatsrat Dr. Stockmann, ehemals Professor an der Universität Löwen, in seinem „Tractatus de jure devolutionis“¹⁾ die Anwendung des Privatrechtes einiger Landschaften auf staatliche Verhältnisse in wissenschaftlicher Form für unzulässig erklärte, trat Baron de L'Isola, der sich damals in Brüssel aufhielt, mit einer Staatschrift vor die Welt, in welcher er nicht nur die Unhaltbarkeit des Devolutionsrechtes, sondern überhaupt die allen Staaten gefährliche Politik Frankreichs mit der größten Schärfe bloßlegte. Sie führt den Titel: „Bouclier d'etat et de justice, contre le dessein manifestement decouvert de la Monarchie universelle, sous le vain pretexte des prétentions de la Reyne de France“.²⁾ Es lohnt sich, ihren Inhalt etwas

nicht näher eingehen und muß mich darauf beschränken, nur jene Schriften zu erwähnen, welche die öffentliche Meinung auffallend kennzeichnen, oder von welchen vermutet werden kann, daß sie aus den Kreisen der Diplomatie selbst stammen. Ich habe die Absicht, an anderer Stelle die mir zugänglich gewordene Flugchriftenlitteratur ausführlicher zu besprechen.

¹⁾ Eine „Secunda pars tract. de jure devolut. In qua exploduntur Observationes, quibus eundem tractatum maculare conatus est Anonymus“ enthält das Diar. Eur. XVII. vom Jahre 1668.

²⁾ Welches Aufsehen diese Schrift bei den Zeitgenossen hervorgerufen hat, beweist die Zahl ihrer Ausgaben. Ich kenne deren aus dem Jahre 1667 vier: zwei in 12° zu 220 S., doch in verschiedenen Lettern, eine in 12° zu 251 S. mit der Bemerkung „Nouvelle édition“, eine in 4° zu 190 S. (Separatausgabe aus dem Appendix des Diarium Europ. T. XV. P. I, dazu eine Uebersetzung „Schmidt des Stands und der Gerechtigkeit, Wider das öffentlich entdeckte Vorhaben der allgemeinen Monarchie, Under dem vergeblichen Schein der Königin in Frankreich Praetensionen“, ebenfalls Beilage des Diarium Europ.). Die Ausgabe in 12° vom Jahre 1701 trägt bereits den Namen des Verfassers „Baron de Lisola, Ambassadeur de Sa Majesté Impériale en diversés cours de l'Europe“. Auch der „Traité des droits“ und die Schrift Aubernys erschienen in mehreren französischen und deutschen Ausgaben.

näher ins Auge zu fassen.¹⁾ Er ist in sechs Abschnitte gegliedert, welchen eine Vorrede vorausgeht. In dieser erklärt L'Hôla, er habe anfangs nicht glauben können, daß das Libell über die Rechte der Königin von Frankreich, welches gleichzeitig mit dem Einfall der Truppen ausgegeben wurde, vom französischen Hofe aus autorisiert gewesen sei, die Hinfälligkeit des Inhaltes und des Stoffes und das Indecente der Form hätten seine Zweifel erregt. Da diese Schriften jedoch in feierlicher Weise von den französischen Gesandten an den europäischen Höfen überreicht worden seien, halte er es für seine Pflicht, zur Entkräftung der darin vorgebrachten Gründe beizutragen. Die Nachbarstaaten mögen erkennen, daß alle Vorwände, mit denen man die weitgehenden Absichten Frankreichs verdecken will, nichts anderes sind als falsche Farben, die die Kräfte, welche diese Maschine in Bewegung setzen, verbergen und unvermerkt unter dem Schleier der Gerechtigkeit einen Ehrgeiz bestehen läßt, der mit großen Schritten auf die Universalmonarchie lossteuert. Es ist eine verdrießliche Sache, einen Streit von Herrschern, der durch einen öffentlichen Vertrag feierlich entschieden ist, auf dessen Treue die Christenheit allein ihre Ruhe gründete, auf die Verwendung von Kniffen (*termes de chicane*) zurückführen zu müssen. Aber wie das gute Recht keinen Richter, das gute Gewissen keine Zensur fürchtet, so trete er auch frei in diesen Streit ein, da er alle Gutgesinnten und Vernünftigen auf seiner Seite habe. In dem ersten Abschnitte: „Des fins que la France se propose dans cette guerre et dans ses Libelles“ weist L'Hôla darauf hin, daß die Franzosen den Schritt, den sie durch den Einfall gethan haben, zu beschönigen suchen. Sie wollen der Welt glauben machen, sie hätten nur das ihnen Gebührende genommen, damit diejenigen, welche sie an der Besitzergreifung hindern, als die Friedensstörer erscheinen: „C'est un effet de la bonne opinion qu'ils ont de toutes les autres Nations, qu'ils tiennent pour assez sauvages ou assez simples, pour croire des choses de cette nature, et se vanter puis après dans leurs railleries (selon leur obligeante coutume de tourner en ridicule les plus illustres Nations) qu'ils nous ont pris pour des Allemands.“ Ihre Alliierten, vor allen die rheinischen Fürsten, werden den Franzosen zu Hülfe kommen müssen, wenn ihnen nicht sofort alles überlassen wird, worauf ihre Schriftsteller ein Recht zu haben behaupten. Wenn sie behaupten, daß sie den Krieg vermeiden und sich dem Schiedspruche fremder Fürsten unterwerfen wollen, strafen sie ihre eigenen Worte der Lüge durch ihre Rüstungen, durch die für auswärtige Minister bestimmten Bestechungssummen, durch die Anerbietungen an Schweden, die Intriguen in Polen. Ludwig XIV. habe kein anderes Vorbild als Heinrich IV. und die feste Absicht, die Pläne dieses seines Vorfahren zu verwirklichen. Im zweiten Abschnitte wird nachgewiesen, daß unter allen Umständen ein Friedensbruch vorliege, im dritten, daß dieser Friedensbruch ungerecht wäre, selbst wenn die Rechte des allerchristlichsten Königs die begründetsten wären; der vierte beschäftigt sich mit einer Kritik der Renunziation Maria

¹⁾ Einen brauchbaren Auszug gibt Ferdinand Hainlein in seinem Programmaufsatz „Einige Flugschriften aus den Jahren 1667—1678, betreffend den zweiten Raubkrieg Ludwigs XIV.“ (Waidhofen a. d. Thäia, 1877, 1880, 1882.)

Therusias, welche als rechtmäßig, unwiderruflich, notwendig, dem öffentlichen Wohle förderlich erklärt wird, der fünfte mit dem Satze, daß die Nachfolge in der Herrschaft von Brabant nicht durch Privatgewohnheiten geregelt werden könne, den Schluß bildet ein „Discours de l'interest des Princes Chrestiens en cette guerre et de l'obligation précise des Estats de l'Empire à la garantie du cercle de Bourgogne.“ Frankreich, heißt es da, stellt sich noch immer als den durch die Uebermacht des Hauses Oesterreich Bedrohten dar und ruft alle Welt auf, mit ihm für die Erhaltung des Gleichgewichtes in der Christenheit einzutreten. V'Fola meint, die spanische Monarchie sei niemals so mächtig gewesen, um dem Frieden Europas gefährlich zu werden, er stellt die Behauptung auf, Karls V. Kraft sei durch die Annahme der Kaiserkrone vermindert worden und versucht sich sogar im Lobe der Friedensliebe Philipps II. Diese Partie ist jedenfalls die unglücklichste der ganzen Schrift, sie wird unter den Zeitgenossen manchen Zweifler gefunden haben; um so durchschlagender ist jedoch die Charakteristik Frankreichs und der Franzosen, aus welcher er die Gefährlichkeit derselben ableitet. Frankreich, sagt er, ist ein einiges Königreich mit ungeheueren Hilfsmitteln und hat von keiner Seite etwas zu fürchten. Die Nation selbst ist kriegs- und neuerungslustig, insolgedessen immer bereit sich in alles zu mischen. Die beste Aufklärung über diese Gesinnung des ganzen Volkes gebe das Buch des Herzogs von Rohan „de l'interest des Princes“, dessen Grundsätze von den französischen Schriftstellern angenommen und verbreitet wurden. Sie erklären es als ihr Interesse, „d'entretenir toujours la guerre au dehors, et exercer leur jeune Noblesse aux despens de leurs voisins“. Diesen für sie so nützlichen, der ganzen übrigen Welt aber unbequemen Grundsatz befolgen sie heute und haben ihn immer befolgt. Kriege sind für sie ein Mittel, die Unzufriedenheit des Volkes über die großen Abgaben durch Eroberungen zur Ruhe zu bringen und die Großen des Reiches zu beschäftigen. Sie drängen ihre Vermittelung überall auf und helfen allen Rebellen in ganz Europa. Sie unterstützen den Protestantismus und liebäugeln mit den Katholiken, indem sie sich den Anschein geben, als hänge es nur von ihnen ab, die Sekten zum Gehorsam gegen die Kirche zurückzuführen. Zu ihrem Regierungssysteme gehört es, die auswärtigen Staaten fortwährend gegeneinander zu heizen; Portugal gegen Spanien, Holland gegen England, die deutschen Stände gegen das Reich, die Türken gegen die Christen. Es gibt nur ein Mittel den Frieden zu erhalten, indem man das zu erreichen sucht, was die Franzosen schon besitzen: die Einigkeit. „Leur repos consiste dans notre trouble, cherchons notre sureté dans l'abaissement de leur orgueil.“

Dies Ziel zu erreichen, beschränkte sich V'Fola nicht auf Worte, er beteiligte sich an der Herstellung einer neuen Allianz, welche gegen die weitere Ausnützung der Vorteile gerichtet war, die Frankreich bereits in der Hand hatte.

In denselben Tagen, in welchen die wichtigsten Städte und festen Plätze des südlichen Flandern und Hennegau durch die von Turenne geleiteten französischen Truppen besetzt wurden, holte der Ratspensionär de Witt zu jenem großen Schlage aus, durch welchen er England nötigen wollte, sich an die Seite der Generalstaaten zu stellen. Am 19. Juni segelte der Admiral de Ruyter,

begleitet von Cornelius de Witt als Bevollmächtigter der Staaten, mit 60 Schiffen in die Themsemündung, zertrümmerte die Batterien von Sherniff, fuhr zu den Werften von Chatham und steckte die dort liegenden Kriegsschiffe in Brand. London fühlte sich wehrlos. Der Friede, den man seit Monaten gesucht und erwogen hatte, war eine unabweisbare Notwendigkeit geworden. De Witt that alles, um England die Annahme desselben zu erleichtern. Der Abschluß geschah am 31. Juli zu Breda, und die Stimmung der beiden Völker, die sich kaum noch erbittert bekämpft hatten, war durch die Gewaltthat Ludwigs XIV. in den spanischen Niederlanden so erregt, daß die Annäherung in der auswärtigen Politik beider Staaten nicht ausbleiben konnte. Die Bemühungen de V'Folas um eine Koalition zum Schutze Spaniens waren zum Teile auf diese Stimmung gegründet. Er rechnete um so sicherer darauf, die Seemächte wieder vereinigen zu können, wenn auch der Kaiser und Schweden der Koalition beitraten. Schon vor den letzten Kriegsbegebnissen, unter dem unmittelbaren Eindrucke des Einmarsches der Franzosen in Flandern, hatte der rastlose Diplomat seine Ansichten in eindringlichster Weise gegen Leopold ausgesprochen. Er stellte ihm vor, daß seine eigene Stellung durch den unersättlichen Ehrgeiz des Königs von Frankreich bedroht sein werde, wenn er es ruhig geschehen lasse, daß Spanien durch den Verlust seiner niederländischen Besitzungen geschwächt und gedemütigt werde. „Ich vermag nicht die Mittel Ew. Majestät richtig zu schätzen,“ schrieb er am 18. Mai nach Wien, ¹⁾ „kann nicht beurteilen, ob die Ruhe in Ungarn gewahrt bleiben würde, ob ein Einbruch der Schweden zu fürchten wäre, ob die Fürsten des Reiches dem Entschlusse Ew. Majestät zutreten, oder ob sie sich in den Weg stellen würden. Aber eines wage ich in aller Unterthänigkeit auszusprechen: das Heil des Hauses Oesterreich liegt einzig und allein im mutigen und thatkräftigen Entschlusse. Der Einmarsch der Franzosen in Belgien ist für alle diejenigen, welche mit vorausschauendem Blicke auch die Konsequenzen der Dinge prüfen, nicht anders anzusehen, als der Beginn des Marsches des Feindes vor die Thore von Wien. Daher sind dieselben Heilmittel aufzubieten, wie bei der unmittelbaren eigenen äußersten Gefahr.“ Auf die beruhigenden Darstellungen des französischen Gesandten in Wien, die ihm vorgehalten wurden, antwortete er (22. Juni, 2. Juli): „Gremonville behauptet, der Zug seines Königs sei nicht ein Bruch, bedeute nicht den Krieg: die Sache sei gütlich beizulegen. Das eine Wort zeichnet die Unwahrhaftigkeit dieses Mannes. Ich würde gegen Pflicht und Gewissen handeln, wenn ich nicht dagegen bestimmtes Zeugnis ablegte. Ich stütze mich nicht auf Vermutungen, ich kenne die französischen Anschläge. Wenn meine Voraussagung über sie sich nicht als wahr bewährt, so mögen Ew. Majestät mir das äußerste Leid zufügen, das mich treffen kann, nämlich mir fortan Glauben zu versagen. Und darauf hin erkläre ich, daß alle solche Worte von Mäßigung nur Täuschungen sind, berechnet auf den Zweck, Ew. Majestät und alle anderen Fürsten zurückzuhalten von der Hülfe für Belgien. Erfolgt eine solche Hülfe nicht, so ist es der feste Wille des

¹⁾ D. Kloppe, Der Fall des Hauses Stuart I, 178 (nach einem Akte des R. Staatsarchivs in Wien).

Königs von Frankreich, nicht bloß das ganze Belgien zu nehmen, sondern seinen Glückeslauf zu verfolgen, soweit er kann. Allein da er mehr hochfahrenden als ausdauernden Sinnes und dazu nicht ohne Sorge ist vor inneren Unruhen, so ist es mir unzweifelhaft, daß er innehalten wird, sobald wir ihm gewaffnet entgegentreten. Solange wir dagegen mit Worten und mit Gründen kämpfen, wird er durch Ausflüchte und Wortgezänk unsere Mühen vereiteln. Das ist die Kunst der Bezauberung, die er auf die deutschen Fürsten übt, daß sie meinen, er halte etwas auf ihre Reden, sei geneigt einzugehen auf ihre Vermittelung. Sie schlagen ins Wasser. Das einzige Mittel der Herstellung des Friedens für die Fürsten ist, im Vereine mit Sw. Majestät sich zu waffnen, dann fest und bestimmt zu erklären, daß sie eine Vergewaltigung des Königs von Spanien nicht dulden, und daß, wenn die Königin von Frankreich einen Anspruch zu haben glaube auf den burgundischen Kreis als ein Lehen des Reiches, nicht der Weg der Gewalt zu beschreiten sei, sondern derjenige der richterlichen Entscheidung vor dem Reichskammergericht in Speier."

Das Auftreten de V'folas machte einigen Eindruck auf den Kaiser, er ließ sich auf kurze Zeit zu einer Aktion zu Gunsten Spaniens herbei. V'fola erhielt im August den Auftrag, nach London zurückzukehren und die Gefinnungen des Königs wegen einer Allianz mit dem Kaiser, Holland und Schweden zu erforschen. Der Gouverneur der spanischen Niederlande, Graf Castel Rodrigo, gab dem kaiserlichen Gesandten eine Bedeckung von vier Fregatten mit; denn man fürchtete, der König von Frankreich würde sich des gefaßten Mannes zu bemächtigen trachten. In England fand V'fola den Boden für seine Aufgabe sehr günstig. Der allgemeine Unwille der Bevölkerung gegen den Minister Clarendon, der als eine Hauptstütze des Bündnisses mit Frankreich galt, zwang den König zur Entlassung desselben; V'fola gewann das Vertrauen Karls II. und glaubte sich dessen eher versichern zu können, als der Holländer. Seine Erfolge wurden jedoch bald wieder zweifelhaft, als der Gesandte Ludwigs XIV. die vornehmste Forderung des englischen Hofes nach reichlichen Geldspenden zu befriedigen versprach und Anzahlungen zu leisten begann.

De Witt war noch nicht entschlossen, auf welchem Wege er die Zukunft der Staaten sichern sollte. Für die Bewegung der oranischen Partei war der Sieg über England von Nachteil gewesen, er wurde von der Regierung sofort ausgebeutet, um das Wesen der Erb-Statthaltertschaft durch Einschränkung ihres Geschäftskreises mehr und mehr des Charakters einer fürstlichen Würde zu entkleiden. Das Schicksal des Hauses Dramien schien entschieden, wenn es der Republik gelang, sich eine lange Friedenszeit zu sichern, oder bei den unvermeidlichen Verwickelungen der europäischen Mächte stets die Partei der Sieger zu erraten. Frankreich machte damals neue Anträge auf Teilung der spanischen Niederlande. Holland wünschte jedoch Frankreich nicht zum Nachbar und zog es vor, bei Spanien für eine Befriedigung der Ansprüche Ludwigs zu wirken. In diesem Sinne sprachen sich auch die holländischen Gesandten bei den Konferenzen in London aus. V'fola hielt ihnen mit Recht entgegen, sie sollten es nicht darauf ankommen lassen, daß Spanien die Niederlande selbst preisgebe und den Holländern die Verteidigung ihrer Grenzen allein überlasse.

Während des Winters 1667—1668 trat jedoch ein unerwarteter Umschwung in den Beziehungen der großen Kabinette ein, dessen Grund in Wien zu suchen ist.

Seit dem Tode des Fürsten Portia (1665) war der Fürst Johann Weichard von Auersperg die erste Persönlichkeit am Hofe Leopolds I., erster geheimer Rat, oder auch Prinzipalminister genannt, ein Mann, dessen Eitelkeit seine mittelmäßige Begabung derart beeinträchtigte, daß er nahezu den Eindruck eines beschränkten Kopfes machte. Zieht man in Betracht, daß seine Eigenliebe und unverhüllte Eifersucht gegen alle anderen Männer von Bedeutung im Rate des Kaisers ihn ziemlich allgemein verhaßt machte und daß Leopold selbst keine Neigung für ihn besaß, so kann man es kaum begreifen, daß er doch Jahre hindurch eine so entscheidende Stellung einnehmen konnte. Erklärlich wird es, wenn man bedenkt, daß der fromme Kaiser ihn wie ein Erbstück seines Vaters und älteren Bruders, dessen Erzieher er gewesen war, übernommen hatte und daß er sich der Unterstützung Spaniens erfreute. Der große Einfluß, welchen der erste geheime Rat geltend machen konnte, beruhte hauptsächlich darauf, daß er allein den Verkehr des Kaisers mit den fremden Gesandten vermittelte. Außerdem war er Präsident in vielen der zahlreichen Kommissionen, welchen der Kaiser die Beratung einzelner auswärtiger Angelegenheiten übertrug. Eine so einheitliche Leitung der Geschäfte, wie sie unter Ferdinand II. z. B. Eggenberg gehabt hatte, gab es unter Leopold überhaupt nicht. Für jede wichtige Frage wurde aus den 20—22 Räten eine neue Kommission gebildet, deren Thätigkeit mit der Erledigung der Frage wieder aufhörte.¹⁾

Neben Auersperg stand auch Fürst Wenzel Lobkowitz, Hofkriegsratspräsident und als Nachfolger Portias Obersthofmeister, in großem Ansehen. Er gehörte nicht zu den Freunden Spaniens, galt als unabhängig, klug und selbstbewußt. Als sich der Kaiser durch den Friedensbruch Frankreichs zu Rüstungen veranlaßt sah, war Lobkowitz derjenige von den geheimen Räten, der eine abweichende Meinung vertrat und dieselbe auch dem französischen Gesandten, dem Malteserritter Chevalier Brethel de Gremonville, zu erkennen gab. Als Feind der Jesuiten, die er mit Spott und Hohn behandelte, und empört über die Anmaßung der spanischen Minister und Gesandten, die noch immer das große Wort in Wien zu führen vermeinten, während die Quelle ihrer Macht, die baren Geldmittel, doch schon zur Neige gingen, sah sich Lobkowitz darauf angewiesen, eine Annäherung an Frankreich zu suchen, dessen glänzendes Auftreten und kühnes Vorgehen in der äußeren Politik einen Mann seines Geistes zur Bewunderung hinreißen mußte. Als Gremonville von Paris den Auftrag erhielt, den Versuch einer Verständigung zwischen Frankreich und Oesterreich über die spanische Erbschaft, mit welchem Graf Wilhelm Fürstenberg im Frühjahr abgefallen war, wieder aufzunehmen, setzte er sich zunächst mit Lobkowitz ins Einvernehmen, um über den geeigneten Weg zur Anbahnung der Verhandlungen unterrichtet zu werden.

¹⁾ Großmann, Die Geschäftsordnung in Sachen der äußeren Politik am Wiener Hofe zu Kaiser Leopolds und Lobkowitz' Zeiten. (Forschungen zur deutschen Geschichte XII.)

Lobkowitz wies ihn an Auersperg, der von Fürstenberg unklugerweise umgangen worden war, und hielt sich selbst zur Unterstützung in Reserve. Auersperg zeigte sich schon bei der ersten Unterredung sehr gefügig und war bereit, die Angelegenheit im geheimen Räte vorzutragen. Er glaubte nämlich, des Königs von Frankreich zu bedürfen, um eine Idee, in die er sich verrannt hatte, zur Ausführung zu bringen. Es schwebte ihm vor, er müsse, um den großen Premiers Richelieu und Mazarin vollständig zu gleichen — noch Kardinal werden. Daß er 13 Jahre verheiratet gewesen war, drei Söhne und drei Töchter hatte, schien ihm kein unüberwindliches Hindernis zur Erlangung des Baretts, wenn sich die mächtigsten Monarchen der Christenheit für ihn verwendeten. Der Kaiser hatte bereits das Seine in Rom gethan, nun sollte Ludwig XIV. sein Fürsprecher werden. Gremonville zögerte nicht, dem Fürsten die Berücksichtigung seines Wunsches zuzusagen und dieser brachte den Kaiser ohne Schwierigkeiten dazu, ihm für die Unterhandlungen über die künftige Teilung der spanischen Monarchie unbedingt Vollmacht zu geben (30. August 1667). Das Angebot Lyones, von welchem Gremonville seine Weisungen erhielt, ging dahin, daß Oesterreich Spanien ohne Navarra, die westindischen und kanarischen Inseln, alle spanischen Plätze in Afrika, Sardinien, Sizilien und die Balearen übernehme, während sich Frankreich mit den Niederlanden, der Franche-Comté, Mailand, Neapel und Navarra begnügen wollte. Der Widersinn dieser Teilung und die Absicht, die darin ausgedrückt war, Oesterreich jene Gebiete zukommen zu lassen, die es zu behaupten gar nicht im Stande war, konnte Auersperg und Lobkowitz nicht verborgen bleiben. Sie allein verkehrten in dieser Sache mit Gremonville, kein anderer von den geheimen Räten hatte eine Ahnung davon, was neben ihnen vorging. Italien ganz an Frankreich zu überlassen, schien den beiden Ministern doch unmöglich. Sie bestanden auf Mailand und Neapel. „Was soll uns Indien, was machen wir mit den afrikanischen Festungen? Wie können wir nach Spanien ohne Mailand und Finale?“ rief Lobkowitz und er mußte laut lachen, als ihm Gremonville im Namen seines Königs die Anwartschaft auf die spanischen Schiffe einräumte. Auersperg ließ sich nochmals die Versicherung geben, daß ihn Ludwig XIV. in Rom zum Kardinal nominieren werde, bevor er dem Kaiser die Notwendigkeit auseinandersetze, auf Neapel zu verzichten.

Am Abende des 18. Januar kam Gremonville heimlich, wie bisher, in das Palais Auersperg,¹⁾ wo er auch Lobkowitz vorfand. Sie gingen alle Artikel durch und gerieten bei dem Punkt von Neapel und Sizilien wieder aneinander. Gremonville bestand darauf, weil beide zusammengehörten, Auersperg wehrte sich und wollte Mailand und Neapel. „Streichen Sie den Artikel,“ rief Gremonville aus, „wenn Sie die Ehre ernten wollen, der Kardinal des Friedens und der erste Minister aller Höfe Europas zu sein.“ Nochmals versprach er ihm die Fürsprache seines Königs in Rom. Auersperg wurde das Herz schwer. Er rief immer: „Ach Gott, ach Gott!“ Endlich sagte er Gremonville zu, daß er noch einen Versuch bei dem Kaiser machen wolle. Der

¹⁾ Die Erzählung der Szene nach Adam Wolf, der sich dabei wesentlich auf die von Mignet veröffentlichten Depeschen Gremonvilles stützt.

Gesandte wurde auf dem Nachhausewege von drei Lakaien in spanischen Diensten überfallen und rettete durch seine persönliche Tapferkeit sich und die Abschrift der geheimen Artikel, die er bei sich trug. Die österreichischen Minister überboten sich am nächsten Morgen in Bemühungen, die Zustimmung des Kaisers zu ihren Abmachungen zu erreichen. Lobkowitz begrüßte Gremonville, der zur Audienz kam, mit den Worten: „Ich habe dafür gestimmt, daß Euch Sizilien zugesprochen werde; wenn Ihr nur keine Furcht vor einer sizilianischen Vesper habt.“ Gremonville erwiderte, er müsse auch auf Neapel bestehen. Lobkowitz warf ihm zornig vor, daß Frankreich doch zu streng auf seinen Vorteil bedacht sei, fügte aber milder hinzu, er wolle noch einmal mit dem Kaiser sprechen, wenn sich der Gesandte anheischig mache, den Vertrag noch am selben Tage zu unterzeichnen. Gremonville schwor bei allen Heiligen. Lobkowitz umarmte ihn und sagte: „Sie sollen den Trost haben, noch heute zu unterzeichnen.“ Aber Auersperg war ihm zuvorgekommen. Als Gremonville nach Hause kam, überreichte ihm der Sekretär des Fürsten ein Billet, welches die Worte enthielt: „Im Namen Gottes, Seine Majestät hat auf Neapel verzichtet, um dem Könige von Frankreich gefällig zu sein, und mit der Bedingung, daß der Vertrag ohne Zeitverlust unterzeichnet werde.“

Der geheime Vertrag vom 19. Januar 1668 überließ Frankreich schon jetzt Cambrai, Luxemburg, Douai, Acre, St. Omer, Bergues und Furnes. Sollte Spanien sich weigern, diese Gebiete an Frankreich zu überlassen, so durfte es der Kaiser weder direkt noch indirekt in seinem Widerstande unterstützen. Nur wenn der Krieg in eine andere spanische Provinz übertragen wird, kann Oesterreich Spanien Hilfe leisten. Stirbt die männliche Linie der spanischen Habsburger aus, so erhält Oesterreich: Spanien, Westindien, Mailand, Sardinien, die Balearen und kanarischen Inseln; Frankreich die Niederlande, Franche-Comté, die Philippinen, Navarra, Neapel und Sizilien, die afrikanischen Plätze. Zur Ausführung kamen diese Vereinbarungen niemals. Oesterreich hat sich damals umsonst gedemütigt. Die praktischen Folgen für Frankreich aber beruhten darauf, daß der Kaiser in den nächsten Jahren die Politik Ludwigs XIV. nirgends zu fördern wagte, daß er diejenigen, die seine Bundesgenossen hätten werden sollen, ihrem Schicksale überließ.

Schon in den Vorverhandlungen zur Tripelallianz spielt V'Isola keine nennenswerte Rolle mehr.¹⁾ Er ließ es zwar nicht an Vorstellungen fehlen, die insgesamt dasselbe Ziel vor Augen haben, wie seine Berichte vom Sommer 1667; man nahm jedoch in Wien keine Rücksicht darauf. Die Anregung zu dem Defensivbündnisse zwischen Holland und England ging von dem englischen Residenten zu Brüssel, Sir Temple,²⁾ aus; die zwischen Freundschaftsverse-

¹⁾ Großmann in seinem Aufsatz „Der kaiserliche Gesandte Franz von Isola im Haag 1672—1673“ (Archiv für österr. Gesch. 51 Bb.) glaubt zwar, ihm einen hervorragenden Anteil an dem Zustandekommen beimessen zu können, vermag aber keine Beweise dafür aufzubringen. Großmann nimmt übrigens auffallenderweise von dem geheimen Vertrage vom 19. Januar keine Notiz.

²⁾ Eine Dissertation von Ephr. Emerton „Sir William Temple und die Trippelallianz vom Jahre 1668“ (Berlin 1877) liefert den Nachweis, daß man das Verdienst Temples an dem Allianzwerke überschätzt hat und daß ihm kein anderes beimessen werden kann, als die Idee

rungen und Drohungen wechselnde Haltung Ludwigs gegen die Generalstaaten ließen endlich für de Witt keinen Zweifel mehr übrig, daß er an die Spitze einer Koalition treten müsse, wenn er sich Frankreich nicht bedingungslos überantworten wolle. Karl von England schwankte lange Zeit zwischen Frankreich und den Staaten; er wäre persönlich viel lieber mit Ludwig gegangen, weil dieser auch für seine Klasse sorgte; da aber Frankreich nicht zu bewegen war, ihm einen greifbaren Beweis seines Wohlwollens zu geben, mit welchem er vor dem Parlamente hätte Staat machen können, so glaubte er der allgemeinen Stimmung Rechnung tragen und mit Holland abschließen zu müssen, ohne sich dadurch weiter als für die allernächste Zukunft gebunden zu erachten. Der Inhalt des Vertrages, welcher am 23. Januar 1668 im Haag unterzeichnet wurde, verpflichtete die beiden Seemächte zu nichts weiterem, als bei Frankreich und Spanien für den Frieden zu wirken. Ersteres sollte von weiteren Besitzergreifungen abgehalten, letzteres genötigt werden, die Orte, welche Frankreich durch den Einfall von 1667 in die Hand bekommen hatte, abzutreten. Ueber die Mittel, die zur Beseitigung des Widerstandes auf dieser oder jener Seite aufzuwenden waren, verlautete nichts. Die Akte, durch welche der schwedische Gesandte Graf Dohna die Mitwirkung seiner Regierung bei der Friedensvermittlung in Aussicht stellte, bewegte sich ebenfalls in sehr allgemeinen Ausdrücken. Die Bedeutung der Tripelallianz liegt nicht in ihrer augenblicklichen Wirkung, nicht in dem Aachener Frieden, der ihr folgte, sondern nur in der einen Thatsache, daß die Republik der Generalstaaten dem Könige von Frankreich in einer durch sie hervorgerufenen europäischen Koalition das Mittel gezeigt hatte, dessen sie sich bedienen wolle, um seine zu weit gehenden Vergrößerungspläne zu durchkreuzen. Ludwig XIV. war für den Augenblick ohnehin kaum geneigt, es zu einem allgemeinen Kriege kommen zu lassen, er wollte seine Mäßigung zeigen, aber er war gerade darauf eifersüchtig, daß sein Zurücktreten von weiteren Forderungen als ein durchaus freiwilliges erscheine. In denselben Tagen, in welchen de Witt dem Könige durch die Tripelallianz den Beweis zu liefern versuchte, daß er in ihm seinen Meister im diplomatischen Spiele anzuerkennen habe, ließ Ludwig ein Heer unter Condé in die Franche-Comté einmarschieren. Geschickte Vorverhandlungen mit den städtischen Vertretungen von Dôle und Besançon brachten es mit sich, daß die Provinz innerhalb 14 Tagen fast ohne Schwertstreich in den Händen der Franzosen war. Der König entschloß sich dennoch, sie wieder zu räumen, in der sicheren Ueberzeugung, daß er bei jeder kommenden Gelegenheit nur danach zu greifen brauche, um sie wieder zu haben. Auch die neuen Stellungen in den Niederlanden schienen ihm günstig zur Wiedereröffnung des Krieges. Er stand daher von der Fortsetzung desselben ab, obwohl er überzeugt war, daß seine militärische Kraft die aller seiner gegen ihn verbündeten Nachbarn übertraf.¹⁾ Es war ihm gewiß, daß

de Witts im richtigen Augenblicke erfaßt und vom englischen Standpunkte vertreten zu haben. Emerton, ein Schüler Dropsens, hat das weiter ausgeführt, was sein Lehrer bereits angedeutet hat (Gesch. der preuß. Pol. III, S. 220).

¹⁾ Mémoires historiques et Instructions de Louis XIV pour le Dauphin. Oeuvres II T.

die Tripelallianz von kurzer Dauer sein, daß sie aus inneren Gründen zerfallen werde, „au lieu qu'en m'accomodant promptement, je la dispois dès sa naissance, et me donnois le temps de faire naitre des affaires aux ligués, qui les empêcheroient de se mêler de celles que le temps me pouvoit fournir.“ Er mußte auch, daß er dafür sorgen müsse, den Generalstaaten für immer die Lust zu benehmen, sich ihm in den Weg zu stellen. Der Krieg gegen Holland war beschloffen, als der Friede von Aachen (2. Mai 1668) den Triumph des Großpensionärs zu vollenden schien.

Im Reiche kamen die Verhältnisse durch den Devolutionskrieg in ein leichtes Schwanken, das zwar zu merklichen Verschiebungen der Sonderbündnisse, aber zu keiner allgemeinen Erschütterung führte. Der Reichstag, dessen Fortdauer auf unbestimmte Zeit keinem Widerspruch begegnete, ging über rein formelle Akte nicht hinaus. Von Seite des Kaisers konnte eine Anregung zu einem ernstlichen Eingreifen in die spanisch-französischen Angelegenheiten nicht ausgehen, da er sich die Hände gebunden hatte. Ihm mußte es erwünscht sein, wenn an der vollkommenen Neutralität des Reiches nicht gerüttelt wurde. Als der Gesandte des Statthalters der spanischen Niederlande Reichshülfe für den burgundischen Kreis verlangte, mußte der kaiserliche Prinzipalkommissär zwar zustimmen, er ließ es aber doch ruhig geschehen, daß sich der Kurfürstenrat für eine gütliche Interposition entschied und dadurch weiteren patriotischen Regungen im Fürstentrate jede Bedeutung nahm. Unter den Ständen, die überhaupt im Strome der politischen Bewegung standen und zu einer selbständigen Antragstellung berufen gewesen wären, hat man den Gedanken eines Einschreitens von Reichs wegen wohl erwogen; es wurde in Erinnerung gebracht, daß die Friedensstörung im burgundischen Kreise das Reich vielleicht doch zum Einschreiten verpflichte; man kam jedoch von diesen Erwägungen ab, als man bedachte, daß der Beginn einer Aktion die notwendige Folge nach sich ziehen müsse, daß alle Kreise sich in Verfassung setzen. Was das zu bedeuten hatte, sowohl an Aufwand von Geld und Mühe, als auch an Verdrießlichkeiten und Konflikten, war jedermann einleuchtend. Man glaubte dazu nur im äußersten Notfalle schreiten zu sollen.

Die rheinische Allianz lief mit August 1667 ab, sie ward nicht verlängert. Die Braunschweiger sowohl als auch Brandenburg hatten Herrn Abbé de Gravel, der sich um die Erneuerung annahm, in nicht mißzuverstehender Weise abgesagt. An die Stelle der großen Allianz traten zwei engere Vereinigungen. Die eine umfaßte die katholischen Bundesglieder Mainz, Münster, Pfalz-Neuburg, Köln, die andere Brandenburg, Braunschweig-Lüneburg, Hessen-Kassel, Schweden und wieder Köln. Dieses, das am festesten mit Frankreich verbunden war, suchte sich überall den Weg zur Intrigue offen zu halten. Gegenseitige Hilfeleistung und — über Antrag Brandenburgs — auch Beförderung der Reichsinstanz war als Zweck des Bundes der evangelischen Fürsten erklärt. „Nachdem sich in der Nachbarschaft,“ sagt der Rezes, „eine und die andere gefährliche Motus erzeuget, woraus dem heiligen römischen Reiche gar leicht Ungelegenheit und Nachteil zuwachsen könnte, so wollen die Bundesverwandten allerseits auf dem

annoch währenden Reichstage, soviel an ihnen ist, mit allem Fleiß und Sorgfalt befördern helfen, damit der punctus securitatis imperii bestermassen beobachtet und dabei nichts versäumt werde.“¹⁾

Die katholisch-rheinische Vereinigung brachte es zu einem Kongresse in Köln (Oktober 1667), der gewissermaßen als Gegengewicht gegen den Regensburger Reichstag dienen sollte, sie erreichte aber weiter nichts, als die Absendung von Gesandtschaften zum Zwecke der Friedensvermittlung; der Versuch, die evangelischen Fürsten Norddeutschlands wieder näher an Frankreich zu bringen, hatte keinen Erfolg. Dagegen entschloß sich Holland, bei seinen Verbündeten (aus der Quadrupelallianz) stärkere Rüstungen zu betreiben, um so mehr, als es offenkundig war, daß der Bischof von Münster mit französischem Gelde starke Werbungen anstellte. Im Einverständnisse mit de Witt entwarf Graf Waldeck den Plan einer allgemeinen Koalition gegen Frankreich und berebete die braunschweig-lüneburgischen Herzöge, in Wien und Berlin darauf gerichtete Vorschläge machen zu lassen. Die Instruktion, welche der geheime Kammerrat und Hofmarschall von Hammerstein für seine Unterhandlungen in Wien erhielt, kann im wesentlichen als das Programm Walbeds erscheinen. Während der letzten Monate des Jahres 1667 wurde mit allem Eifer über dasselbe verhandelt, die kaiserlichen Räte nahmen den Antrag der Braunschweiger sehr günstig auf, verlangten jedoch den unbedingten Anschluß an die kaiserlich-spanische Politik ohne Rücksicht auf Holland. Mit Anfang 1668 ließ man die Sache in Wien selbstverständlich fallen, da die Entscheidung bereits zu Gunsten Frankreichs gefallen war.

Nicht viel anders entwickelten sich die Dinge in Brandenburg. Der Kurfürst war anfangs von der Ueberzeugung durchdrungen, es müsse dem Vordringen der Franzosen in den Niederlanden rasch und energisch ein Ziel gesetzt werden. Er wirkte in diesem Sinne bei Kurmainz und Sachsen, er gab den Staaten seine Bereitwilligkeit zu erkennen, Truppen für sie bereit zu halten, wenn sie die Subsidienzahlung wieder aufnahmen und verpflichtete sich, als ihm bis zum Beginne der Aktion 40000 Reichsthaler Subsidien zugesichert wurden, im Frühling 1668 mit 13000 Mann ins Feld zu rücken. Dem französischen Gesandten Marschall Millet trat er mit einer so entschiedenen Schärfe entgegen, daß dieser sich seinerseits wieder zu herben Worten hinreißen ließ.²⁾ Es gab aber einen dunkeln Punkt am politischen Horizont, den Brandenburg nie aus den Augen verlieren durfte, wenn es nicht alle seine Errungenschaften aufs Spiel setzen wollte, und dieser war — Polen. Trotz des Beschlusses des polnischen Reichstages, daß von der Wahl eines Nachfolgers nicht die Rede sein dürfe, solange der Thron besetzt sei, hatten die geheimen Mächenschaften nicht aufgehört. Die Königin war mit Ludwig XIV. über die Wahl Condés oder

¹⁾ Röcher, Geschichte von Hannover und Braunschweig, I, S. 536.

²⁾ Millet machte bei der Tafel u. a. die Bemerkung: „O qu'il est beau, que les électeurs ont le pouvoir d'élire un empereur!“ Der Kurfürst entgegnete: „Mais c'est encore plus beau que l'empereur n'ose pas dire aux princes de l'empire: car tel est nostre plaisir.“ Röcher I, S. 556.

seines Sohnes übereingekommen; unter dem Vorwande einer Unterstützung gegen Türken und Tataren sollte eine französische Armee nach Polen abgehen, eine französische Flotte nach Danzig segeln und in einem nahegelegenen Hafen Stellung nehmen. Wegen des Durchzuges der Truppen wurde mit deutschen Reichsfürsten unterhandelt. Indem Friedrich Wilhelm diese Pläne in Schweden, wo es eine starke antifranzösische Partei gab, bloßlegte, brachte er den Reichskanzler de la Gardie derart in die Klemme, daß er die Feststellung eines Vertrages zu Gunsten der Candidatur des Pfalzgrafen von Neuburg nicht hindern konnte. Der französische Gesandte Pomponne, der alles geleugnet hatte, vermochte die Schweden über die geheimen Umtriebe seines Königs nicht zu beruhigen, mit welchen sie auch Dänemark in Verbindung brachten. In Polen selbst gewann die patriotische Partei wieder an Boden, es wurden Beschlüsse zur Aufrechthaltung der Wahlfreiheit gefaßt, der Kurfürst von Brandenburg als Schützer der polnischen Freiheit geehrt. Der Tod der Königin (10. Mai 1667) raubte Frankreich die beste Vertreterin seiner Interessen. Trotzdem wurden dieselben nicht preisgegeben. Die Garnisonen bedeutender Festungen, wie Thorn und Graudenz, standen schon in französischem Solde. Als nun gegen Ende des Jahres 1667 der Kaiser von der Koalition gegen Frankreich zurücktrat, als England und Holland, jedes für sich, Anstrengungen machten, ein Abkommen mit Ludwig zu treffen, mußte der Kurfürst sich die Frage vorlegen, ob nicht der Fall eintreten könne, daß Ludwig seine burgundischen Ansprüche für den Augenblick aufgebe, um freie Hand in Polen zu gewinnen. Aus einer solchen Wendung der französischen Politik konnten Verwickelungen entstehen, welche Brandenburgs so mühsam errungene feste Stellung wieder von Grund auf erschütterten; Schweden und Polen konnten unter dem Protektorate des großen Ludwig einen Ausgleich auf Kosten des Kurstaates suchen, und es war dann sehr fraglich, ob Holland oder England sich genügend für die Freiheit der Ostsee erwärmten, um sich neuerdings den Angriffen Frankreichs auszusetzen. Brandenburg konnte sich an der Aktion wegen des burgundischen Kreises beteiligen, dann mußte aber die polnische Sache vorher in Richtigkeit gebracht werden. Die einzige Bürgschaft dafür hätte man in Wien geben können. Der Kurfürst fragte sich dort an, ob man mit ihm und Schweden die Candidatur des Pfalzgrafen vertragsmäßig aufstellen und für sie nötigenfalls mit ganzer Macht eintreten wolle. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die kaiserliche Regierung zu einer bindenden Zusage sich hätte bewegen lassen, wenn Auersperg und Sobkowitz damals auch noch nicht in den Banden Ludwigs XIV. gelegen wären. Energisches Eingreifen in komplizierte europäische Verhältnisse gehört nicht zur österreichischen Tradition, demselben müßte ein klares Erfassen bestimmter staatlicher Aufgaben vorausgehen. Konnte und kann man dies in Oesterreich erwarten? Lag sein Vorteil nicht vielmehr darin, bei jeder möglichen Gelegenheit nach kleinen Gewinnsfen auszuspähen? Sollte die Hoffnung, einen österreichischen Prinzen auf den polnischen Thron zu bringen, vorzeitig aufgegeben werden?

Man begegnete den Anträgen des Kurfürsten in Wien mit gewohntem Mißtrauen, man warf ihm vor, im Solde Frankreichs zu stehen, in demselben Augenblicke, da er noch die Möglichkeit eines vollständigen Bruches mit Frank-

reich vor Augen hatte, während die leitenden Minister des Kaisers bereits über die Teilung der spanischen Monarchie mit dem Gesandten König Ludwigs verhandelten. Sobald der Kurfürst sah, daß er von Oesterreich nichts zu erwarten habe, war er entschlossen, mit Frankreich selbst zu paktieren. Die Hand dazu war ihm schon längst geboten. Er wußte, daß man Condé sofort fallen ließ und für Pfalz-Neuburg eintrat, sobald Brandenburg die Versicherung gab, im gegenwärtigen Kriege neutral zu bleiben, kaiserlichen und anderen Truppen den Durchzug nach Belgien zu versagen und endlich selbst zur Vermittelung bereit zu sein. Die Forderung nach Verlängerung der rheinischen Allianz war wohl eine nebensächliche. Der Kurfürst unterzeichnete einen Vertrag dieses Inhalts, den ihm Millet vorgelegt hatte, am 15. Dezember 1667.¹⁾ Es ist unzweifelhaft, daß er dadurch zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens wesentlich beigetragen hat. Sein Zutritt zur Tripelallianz würde dieser einen offensiven Charakter verliehen und Ludwig genötigt haben, sich der Mediation schroffer gegenüberzustellen. Das Kriegswetter wäre dann über Deutschland niedergegangen und Holland hätte den ihm vermeinten ersten Stoß freundschaftlich an die Nachbarn weitergegeben.

Als die polnische Frage durch die Abdikation des Königs Johann Kasimir (16. September 1668) zur Entscheidung gedrängt wurde, gerieten nahezu alle europäischen Mächte in Aufregung; für Pfalz-Neuburg zu wirken, hatte sich außer Brandenburg noch Frankreich und Oesterreich verpflichtet, ersteres that es zum Scheine, ließ es aber ruhig geschehen, daß die Agitation für Condé in leidenschaftlichster Weise durch die in Polen lebenden Franzosen und Französinen fortbetrieben wurde. Oesterreich hatte in der Person des jungen Prinzen Karl von Lothringen einen ihm sehr angenehmen Kandidaten gefunden. Schon damals, da Leopolds erstgeborener Sohn nach kurzem Siechtum gestorben war und bei der Schwächlichkeit des Kaisers, der buchstäblich kaum auf seinen Beinen stehen konnte, an ein Erlöschen der deutschen Linie der Habsburger nicht minder gedacht werden mußte, als an das der spanischen, war das Haus Lothringen ausersehen, die Erbschaft der deutschen Habsburger anzutreten. Die Hand der Erzherzogin Eleonore Marie, der Schwester des Kaisers, sollte dem Herzoge Karl das Recht dazu verleihen. Vergebens erinnerte Friedrich Wilhelm in Wien, daß es ja die kaiserliche Regierung gewesen war, die zuerst den Pfalzgrafen als ihren Kandidaten empfohlen, demselben seit Jahren auf die Unterstützung Oesterreichs Hoffnung gemacht hatte. Man antwortete auf diese Vorstellungen damit, daß man einen Gesandten nach Warschau sandte, einen Grafen Schaffgotsch, welcher sich in der geringschätzigsten Weise gegen Brandenburg benahm und mit den Feinden des Kurfürsten, den preussischen Verrätern Noth und Kaldstein, in Ver-

¹⁾ D. Kloppe bespricht die Wendung der brandenburgischen Politik in folgenden zwei Sätzen: „Brandenburg schien eine Zeitlang gegen Frankreich abgeneigt. Aber einige rechtzeitig gespendete Summen an die Minister des Kurfürsten, Schwerin, Meiners, Jena, führten ihn auf den Weg zurück.“ Abgesehen davon, daß Millet wahrscheinlich mehr Geschenke versprochen, als wirklich gemacht hat, bleibt die Art der Gesandtschaftsreise, die sich hier bloßstellt, höchst charakteristisch. In der Beurteilung des großen Kurfürsten steht Herr Kloppe beiläufig auf dem Standpunkte eines Kammerdieners Ludwigs XIV.

bindung stand. „Man kann mich wohl einmal betrügen,“ sagte der Kurfürst zu Baron Goës, der den Kaiser am kurfürstlichen Hofe vertrat, „aber gewiß nur einmal.“ Auf de Goës' Einrede, „des Kaisers Majestät habe noch niemanden betrogen und verstehe dergleichen Ränke nicht,“ antwortete der Kurfürst: „er wisse wohl, daß der Kaiser redlich sei und sich seiner getreuen Dienste wohl erinnere; er wolle sich nicht darum rühmen, daß er ihm die Kaiserkrone auf das Haupt gesetzt, daß er ihm Ratschläge an die Hand gegeben habe, mit deren Befolgung das Haus Oesterreich in einen besseren Stand gekommen sein würde, als es jetzt sei; aber Graf Schaffgotsch habe selbst gesagt, daß am Hofe zwei Parteien seien und die mächtigere hindere den Kaiser, seinem Worte, das er dem Pfalzgrafen gegeben, nachzukommen; es könne dem Kaiser nicht rühmlich sein, statt einem deutschen Fürsten einen fremden zu befördern.“¹⁾ Der Bruder des Kurfürsten von Baiern, Herzog Johann Friedrich von Hannover, der Herzog von York tauchten auch für Augenblicke mit ihren Bewerbungen auf; es gab eine nicht geringe Partei in Polen, welche den Kurfürsten von Brandenburg allen anderen vorzog und ihn bestimmen wollte, die gewisse „eine Messe“ zu hören. Der Großfürst von Moskau machte ganz imposante Anträge für den Fall, daß man ihn oder seinen Sohn mit der Krone der Jagellonen bedenken würde. Schließlich erhielt sie, da die Intriguen der großen Woiwoden und Stimmführer zu keinem Ende zu führen schienen, ein Pfiast, den die Landboten des allgemeinen Aufgebotes, die Wahlreserve, in einer national-patriotischen Anwandlung ausgerufen hatten, Fürst Michael Wiesnowiecki. Oesterreich suchte seine Niederlage so rasch als möglich zu bemänteln, indem es dem unvermuteten Könige eine Erzherzogin antrug, dieselbe, die den Lothringer zu so hohen Zielen hätte geleiten sollen. Frankreich zeigte sich ebenfalls rasch gesammelt, es hieß sofort, Prinz Condé habe bereits vor einem Jahre auf die Wahl verzichtet, das schöne französische Geld war aber doch vergebens in die Taschen der polnischen Magnaten, in die Schenken und Spielhäuser von Warschau gewandert. Friedrich Wilhelm, dem der Pfalzgraf von Neuburg, einst sein bitterster Feind, das Zeugnis gab, „er allein habe, was er ihm zugesagt, und mehr als das gethan,“ hatte keine Ursache, den verschuldeten, geistig unbedeutenden Fürsten auf dem polnischen Throne zu fürchten. Die widerhaarigen Preußen setzten zwar große Hoffnungen auf diesen Nationalkönig, auch die Polen schrieen herum, der Herzog „in“ nicht „von“ Preußen müsse wieder zum Vasallen der Republik werden; König Michael selbst aber fühlte ein ganz anderes Regen, er ließ dem Kurfürsten sagen, „er verlasse sich einzig und allein auf ihn, da er wohl spüre, daß ihm noch Widerwärtigkeiten möchten gemacht werden.“

Ludwig XIV., der doch selbst fühlen mochte, daß er in Polen kaum an Ansehen gewonnen haben dürfte, daß die österreichische Erzherzogin, welche Wiesnowiecki der ihm angebotenen französischen Prinzessin vorgezogen hatte, doch auch einen österreichischen Einfluß in Polen begründen werde, so gut als dies Marie Gonzaga im französischen Sinne gelungen war, fand sich nunmehr besonders angeregt, Brandenburg noch fester an sich zu ketten. Der Rheinbund

¹⁾ Droysen, Gesch. der preuß. Politik III, S. 264.

war nicht wieder ins Leben zu rufen, im Verlaufe des pfälzisch-mainzischen Bildfangstreites hatte sich eine neue Partei am Rhein bemerkbar gemacht, die zu Oesterreich und Spanien hielt: Kurmainz, Kurtrier, Lothringen, der sogenannte „Simburger Bund“; die Braunschweig-Lüneburger waren Holland eng verbunden — es war ein wirkliches Bedürfnis für Ludwig XIV. geworden, mit dem großen Kurfürsten gutes Einvernehmen zu pflegen. Er trug ihm ein festes Bündnis auf zehn Jahre an, wenn ihm Friedrich Wilhelm beim Tode des Königs von Spanien Beistand leisten wolle und sich verpflichte, der Tripelallianz fernzubleiben. Auf des Kurfürsten Verlangen kam die Bestimmung hinzu, „daß andere Bündnisse beider Teile, soweit sie diesem zuwider, nichts präjudizieren sollten“. Frankreich versprach Brandenburg, ihm wegen Jägerndorfs zu seinem Rechte zu verhelfen, die Rückgabe der fleveschen Festungen bei Holland zu betreiben und — für den Fall der Erledigung des spanischen Thrones — die Festungen Geldern, Venlo und Roermonde. Am 31. Dezember 1669 wurde der Vertrag in Königsberg unterzeichnet, er blieb geheim wie der Wiener.

Durch den Frieden von Aachen waren zwei Mitglieder des ehemaligen Rheinbundes in unangenehmer Weise enttäuscht worden, ohne daß sie es merken lassen durften: Schweden und die Braunschweig-Lüneburger. Beide hatten darauf gerechnet, daß der Krieg mit Frankreich gedeihen und sie dabei gute Subsidien-geschäfte machen würden. Das Landsknechtssystem, das im dreißigjährigen Kriege zu einer großartigen Erwerbsquelle für militärische Unternehmer geworden war, wurde neuestens von kleineren und größeren Staaten selbst ausgebeutet. Von den alten Formen war nur wenig mehr erhalten, der Uebergang vom Landsknechttheere zu den stehenden Territorialarmeen war nahezu vollzogen, von dem alten Wesen aber war eines geblieben, nämlich der Verschleiß und kaufmännische Vertrieb größerer oder kleinerer Truppenkörper. Der Staat trat an die Stelle des Einzelnen, der früher seinen guten militärischen Ruf und seinen Kredit ausgenützt hatte, um im Auftrage dieses oder jenes Potentaten ein Heer zu werben und in der Differenz zwischen den dafür vorgelegten Rechnungen und den wirklichen Zahlungen seinen Gewinn zu suchen. Jetzt ließen sich Könige und Reichsfürsten Subsidien bezahlen, damit sie unter gewissen Verhältnissen sofort mit Truppen zu Verfügung ständen. Nur auf diese Weise konnte Schweden noch ein Heer in solcher Zahl erhalten, als es zur Wahrung seiner Großmachtstellung bedurfte. Ähnliche Verträge hatte Brandenburg geschlossen. Herr Bernhard von Galen war in seinem Münsterlande dem Beispiele gefolgt und auch die Braunschweiger wollten auf Walbeds Rat mit Brandenburg wetteifern, indem sie die Macht ihres Hauses durch die Erhaltung einer Heeresmacht künstlich zu steigern gedachten, welche weit über ihre Kräfte ging. Sie hatten einen Teil ihrer Truppen gegen bestimmte Zahlungen, über welche lange gefeilscht worden war, an die Generalstaaten abgetreten. Der Friedensschluß bereitete dem Geschäfte ein rasches Ende.

Da aber Venedig für seinen Krieg in Kandia warb und die hannoverschen Truppen sich wegen starrer Haltung und wackeren Dreingehens eines guten Reumundes erfreuten, kam ein Angebot von den Handelsherren an der Adria eben zurecht, um die Herzöge Georg, Wilhelm und Ernst August von der Demütigung zu befreien, die Hälfte ihrer Heeresmacht entlassen zu müssen. Unter

dem General Grafen Josias von Waldeck gingen drei Regimenter Fußtruppen mit zusammen 2400 Mann im April 1669 nach Kandia ab, wo sie sich ein Jahr hindurch ganz wacker mit den Türken herumschlugen.¹⁾ Der vielfach besprochene „Verkauf von Landeskindern“, welcher im 18. Jahrhundert in verschiedenen deutschen Landen eine tiefgehende Aufregung hervorgerufen hat, wurzelt in diesen und ähnlichen Unternehmungen. Ganz ohne Unordnungen ging es damals auch nicht ab, sowohl die zur Expedition bestimmten als die von ihr ausgeschlossenen Soldaten erregten in den niederländischen Städten, in denen sie lagen, Tumulte, die nur mit Mühe abgestellt werden konnten. Die öffentliche Meinung hat gegen das Prinzip jedoch nichts einzuwenden gehabt.

Schweden fühlte sich in der neuen Verbindung mit Spanien nichts weniger als wohl, sie war vor allem nicht nach dem Geschmacke de la Gardie's und es wurde selbst von der Gegenpartei schwer ertragen, daß die Zahlungen, zu welchen Spanien sich herbeigelassen hatte, wohl auf dem Papiere standen, jedoch den leeren Kassen der Regierung nicht aufhalfen. Finanzielle Sorgen beherrschten das innere Leben des schwedischen Staatswesens, Reformprojekte überstürzten sich, der rasche Wechsel in der Kammerverwaltung brachte auch die übrigen Angelegenheiten in Verwirrung. Die Sehnsucht nach Bargeld mußte schließlich jede Partei in die Arme desjenigen treiben, der über dasselbe am raschesten verfügte.

Höchst unerquicklich war in der Zeit des Waffenstillstandes, den Ludwig XIV. nach dem Devolutionskriege einzugehen für angezeigt gehalten hatte, die Lage des Kaisers und seines ersten Ministers. Die Politik des Wiener Hofes konnte außer dem Könige von Frankreich niemand begreifen: Spanien wußte sich nicht zu erklären, warum es von Seite Oesterreichs keine Unterstützung gefunden und die Mächte der Tripelallianz, denen V'Isola ganz entgegengesetzte Ansichten ausgesprochen, als ihre Residenten in Wien vernahmen, forschten vergebens nach einem Punkte, von welchem aus sie den Kaiser in die von ihnen eingeschlagene Richtung lenken konnten. Leopold war in seinem Gewissen tief beunruhigt und sah die Ursache des Unbehagens, von dem er sich nicht zu befreien wußte, in der Person des Fürsten Auersperg. Die Stellung desselben war daher schon erschüttert, bevor der Kaiser noch über die persönlichen Beziehungen des Fürsten zu der französischen Regierung aufgeklärt war. Die Augen sollten ihm jedoch bald geöffnet werden. Auersperg hatte den Lohn seiner Bemühungen um den spanischen Teilungsvertrag nicht geerntet. Seine Ernennung zum Kardinal scheiterte an der reblichen Gesinnung des Papstes Klemens IX., dem es widerstrebt, den Verrat eines kaiserlichen Ministers über Wunsch des Königs von Frankreich zu belohnen. Da man in Rom keine Ahnung davon hatte, daß der „fromme“ Kaiser sich selbst so weit in die Gewalt des allerchristlichsten Königs gegeben hatte, gewann der Verkehr zwischen seinem Minister und der Krone Frankreich einen um so gefährlicheren Anschein. Der Papst war überzeugt, daß nur eine Untreue des Fürsten gegen seinen kaiserlichen Herrn Ursache sein könne der eifrigen Verwendung, deren er sich von Seite Frankreichs zu erfreuen hatte.

¹⁾ Ueber die Verwendung deutscher Truppen und deutscher Befehlshaber in den Kämpfen Benedigs mit den Osmanen wird in dem kulturgeschichtlichen Abschnitte noch zu sprechen sein.

Als nämlich in Paris bekannt geworden war, daß der Kaiser den Markgrafen Bernhard von Baden, Fürstabt von Fulda, zum Kardinalat vorgeschlagen habe, schrieb Ludwig XIV. an den Papst, er möge statt des Markgrafen den Fürsten Auersperg wählen, der allein dem Kaiser Ratschläge erteile und in solchem Kredit stehe, daß sich der Kaiser, auch wenn der Markgraf zurückgesetzt würde, die Promotion seines Ministers gefallen lassen würde. Der Papst möge erwägen, daß Auersperg den Frieden zwischen Spanien und Frankreich bewirkt habe, weil er den Kaiser vom Kriege zurückgehalten habe. Würde der Papst dem österreichischen Minister gnädig sein, wolle der König dies so annehmen, als wäre es ihm oder den Seinigen geschehen. Der Papst entschied sich darauf, keinen von beiden zu nehmen, und als der kaiserliche Resident in Rom, Freiherr von Plittersdorf, wegen der Nichtberücksichtigung des kaiserlichen Vorschlages Erkundigungen einzog, sprach Klemens IX. mit großem Unwillen von der Intrigue eines Ministers und wies ihn an den Uditor rotæ, den Kardinal von Hessen, wegen weiterer Aufklärung. Mit dieser versehen, reiste Plittersdorf sogleich nach Wien und berichtete dem Kaiser darüber. Dieser war von dem ganzen Handel sehr unangenehm berührt, blieb aber doch einige Zeit unschlüssig, wie er sich aus der Verlegenheit helfen solle. Denn im Grunde bestand das Vergehen Auerspergs nur darin, daß er sich bei Ludwig XIV. um seine Protektion beworben hatte; daß er das Kardinalat anstrebte, wußte der Kaiser ebensogut, als daß die Unterhandlungen mit Frankreich auf sein eigenes Geheiß stattgefunden hatten. Erst das wachsende Mißtrauen Spaniens, welches dem Kaiser das Verlangen gestellt hatte, Auersperg möge in die Geschäfte, welche Spanien beträfen, nicht mehr eingeweiht werden, scheint ihn bewogen zu haben, Auersperg zu opfern. Der Fürst wurde am 10. Dezember 1669 seines Amtes entsetzt, vom Hofe verbannt und über seine Bitte in Krain interniert, wo er bis zu seinem Tode 1677 auf seinen Gütern lebte. Das Stillschweigen, welches ihm der Kaiser aufgetragen, hat er redlich gehalten und sich dadurch gewiß noch die Achtung und stille Dankbarkeit des Kaisers verdient. Eine Veröffentlichung des spanischen Teilungsvertrages hätte Oesterreich in eine sehr schwierige Stellung gebracht. Man wunderte sich übrigens über die milde Behandlung, welche der vermeintliche Verräter erfuhr. Viele hätten eine Justifizierung nach dem Muster des Wallensteinschen vorgezogen. Es hätten sich dann schöne Gütergeschäfte machen lassen.

Auerspergs Nachfolger konnte nur Lobkowitz sein. Selbst wenn Leopold so scharfsinnig gewesen wäre, dem feinen Plane des Obersthofmeisters auf die Spur zu kommen, der ohne Zweifel schon beim Beginne der Aktion mit Cremonville die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß so heikle und geheimnisvolle Geschäfte gewöhnlich demjenigen an den Hals gehen, der dafür die Verantwortung übernehmen muß, würde er an Lobkowitz gebunden gewesen sein, wenn er ihn nicht gleich vollständig unschädlich machen wollte. Es wäre doch kaum zu umgehen gewesen, den leitenden Minister über die wahren Beziehungen zu Frankreich aufzuklären. Die Ausdehnung des Kreises der Eingeweihten mußte aber des Kaisers Unsicherheit noch vermehren. Lobkowitz beherrschte übrigens den Kaiser weit mehr, als der verunglückte Kardinal; er war fähiger, geschickter. Mit Späßen

verstand er es, sich über eine unbequeme Situation hinwegzuhelfen; auch hatte er die richtige Art, andere auszukundschaften, während er selbst nur scheinbar aus der Reserve trat, in Wahrheit aber nichts verriet.¹⁾ Auch er stand übrigens unter dem Drucke der unnatürlichen Abmachung mit Frankreich, deren Tragweite er nicht ermessen hatte. Ludwig XIV. hatte auch ihm die Schlinge über den Kopf geworfen, in der er sich immer mehr verfangen mußte, jemeher er dagegen ankämpfte. Es ist daher begreiflich, daß das Urteil Gremonvilles über ihn nicht das günstigste ist. Wir erfahren aus demselben, daß Lobkowitz, so großartig er sich sonst aufzuspielen liebte, dem Franzosen gegenüber doch immer die Person des Kaisers in den Vordergrund treten ließ.

In der geheimen Konferenz, jener Auswahl der geheimen Räte, welche in den Fragen der äußeren Politik und der Finanzen ein gemeinsames Gutachten abzugeben hatten, saßen neben Lobkowitz noch Graf Maximilian Johann Lamberg, Fürst Adolf Schwarzenberg, Graf Ludwig Sinzendorf, der Kammerpräsident, Montecuccoli, der Kriegsratspräsident und Johann Paul Hofer, Freiherr von Hohengran, ein Freiburger von Geburt, der aus tirolischen in österreichische Dienste getreten war und das Amt des Hofkanzlers versah, welches von dem des Reichsvizekanzlers losgelöst worden war, um die Angelegenheiten der Reichsregierung von denen der österreichischen Länder zu trennen. Ihre Bedeutung als Organ des zentralistischen Absolutismus gegenüber den autonomen Landesregierungen hatte diese Stelle durch Dr. Mathias Prichelmayr, Freiherrn von Golbegg, erhalten, der die Hofkanzlei unter Ferdinand III. organisiert hatte. Sie hatte den Willen des Kaisers den Landesregierungen zu vermitteln und führte die Geschäfte des geheimen Rates, vertrat also die Dynastie in allen Beziehungen, welche sich zwischen den einzelnen Ländern des Hauses Habsburg (ausgenommen den ungarischen) und dem Träger der böhmischen Königs- und zahlreichen Herzogs- und Fürstentronen verfassungsmäßig ergaben. Seit 1665 unterstand auch Tirol wieder unmittelbar dem Kaiser. Erzherzog Karl Ferdinand, der Gemahl der florentinischen Prinzessin Anna, war 1662 gestorben, sein Bruder Sigismund, Kardinal, Bischof von Trient und Gurk, der seine geistlichen Würden aufgegeben hatte, in der Hoffnung die selbständige tirolisch-habsburgische Linie fortzuführen, war ihm 1665 gefolgt, bevor seine Verlobung mit einer Pfalzgräfin von Sulzbach zur Ehe vorgeschritten war. Leopold war der einzige rechtmäßige Erbe von Tirol und vereinigte wieder, zum drittenmal seit Ferdinand I., alle Besitzungen des Hauses in einer Hand. Außerlich war dadurch die Zusammengehörigkeit der ganzen Ländermasse zum Ausdruck gebracht, an dem inneren Wesen derselben wurde dadurch nichts geändert, sie blieb „ein Konglomerat von einzelnen Staaten, ein Föderativstaat im vollsten Sinne des Wortes.“²⁾ Die Neuerungen, welche in der Verwaltung des Landes eintraten, waren unwesentlich. „Wiederholte Sendung von Regierungs- und Ständedeputationen nach Wien und von Hofdeputationen nach Innsbruck und der Verbrauch von Landesgeldern außer Landes waren die nächsten Folgen. Nicht unmittelbar gestützt und beaufsichtigt vom

¹⁾ Bericht des Marino Giorgio, venetan. Gesandten vom Jahre 1671.

²⁾ Egger, J., Geschichte Tirols, II. Band.

Landesfürsten, konnten die Landesbehörden ihre bisherige Machtstellung und ihr Ansehen gegenüber den Ständen nicht behaupten und waren nur zu sehr in Gefahr, in Schläffheit zu fallen oder eigennützigen Bestrebungen zu huldigen.“ Mit den anderen deutsch-habsburgischen Ländern kam Tirol durch die Personalunion durchaus nicht in engere Verbindung. Eine eigentümliche Auffassung der „Gesamtstaatsidee“ offenbart sich in der Thatfache, daß sich der Kaiser als Erbe der Aktiven der ausgestorbenen Dynastie betrachtete und als solcher auch den Barfuß von 1200 000 Thalern an sich nahm,¹⁾ dagegen die Verpflichtung zur Zahlung der von seinen Vorgängern aufgenommenen Gelder nicht anerkannte, die Schuldsommen nicht zurückzahlte, sondern nur „aus gutem Willen“ verzinst.

Das Finanzwesen blieb, wie unter allen Regierungen, so auch unter Lobkowitz eine Schattenseite der österreichischen Verwaltung. Es gibt kein klareres und richtigeres Urteil darüber, als dasjenige, welches Esaias Pufendorf in seinem Bericht an die schwedische Regierung darüber fällt, den er zum Schlusse seiner Gesandtschaft in Wien über die österreichischen Verhältnisse erstattete.²⁾ Er berechnet das Einkommen des Kaisers auf neun Millionen Thaler Silbermünze,³⁾ wobei er den Ertrag der Kammergüter, Salzwerke, Zölle, des Quecksilbers in Friaul und der Gefälle in Tirol mit drei Millionen ansetzt; „welcher gewißlich eine konsiderable Revenue und damit mehr als geschieht, auszurichten stände, wenn die österreichischen Minister ihren Herren nicht schon von langer Hand her vorgemacht hätten, daß sie sich um die Kammerfachen nicht bekümmern dürften, sondern selbige Sorgen als die mit ihrer Dignität und Grandeur nicht konvenabel und dazu sehr verdrießlich und schwer wären, denen, so darüber bestellet, allerdings und absolute überlassen und also in diesem Stück nur mit fremden Augen sehen müssen, da es doch an sich selbst ein leicht und nur in einer guten Methode und Ordnung bestehendes Werk ist und billig die erste Okkupation eines Herren sein sollte, maßen auch die allerklügsten Consilia ohne Exekution bleiben und nur für gute Gedanken passieren müssen, wenn sie nicht zuvor mit dem Beutel in Rat gestellet und dessen Vermögen wohl überleget worden, zu geschweigen daß sich ein Herr gar oft um weit schlechtere Dinge bekümmern muß, ich auch an dem kaiserlichen Hofe selbst observieret habe, daß man jezuweilen ganz geringe und wenig importierende Sachen im geheimen Rat in des Kaisers Gegenwart debattieren lassen.“ Er weist dann auf die Wirtschaft des Hofkammerpräsidenten Grafen Ludwig Sinzendorf hin, dessen Unredlichkeit im In- und Auslande satfam bekannt war, der aber trotzdem bis 1679 im Amte blieb. Sinzendorf, der mit einem Vermögen von nicht mehr als 20 000 Thalern in des Kaisers Dienst getreten sein soll, kaufte Güter auf Güter und vermochte den verschwenderischen

¹⁾ Wolf, Lobkowitz, S. 212.

²⁾ Esaias Pufendorfs, Königl. schwedischen Gesandten in Wien, Bericht über Kaiser Leopold, seinen Hof und die österreichische Politik 1671—1674. Nach einer Handschrift herausgegeben und erläutert von R. G. Helbig.

³⁾ Diese Angabe stimmt zu der gewöhnlichen Durchschnittsberechnung von 12 Millionen Gulden (bis 1686). Die von Wolf (Lobkowitz, S. 225) aus einem Reller Manuscript gebrachten Ziffern, welche ein Gesamteinkommen von 2½ Millionen ergeben, haben jedenfalls eine andere Bedeutung, als die ihnen von Wolf zugeschriebene.

Aufwand seiner zweiten Frau, einer Herzogin von Holstein, zu bestreiten, der er einen Perlenschmuck im Werte von 60 000 Thalern zum Geschenk machen konnte. Sein Gebaren war wiederholt Gegenstand von Angriffen im geheimen Räte, er wurde zu Reformen und zur Rechnungslegung aufgefordert, Graf Martiniz, der böhmische Oberst-Burggraf, machte den Kaiser auf den bedenklichen Aufwand seines Kammerpräsidenten aufmerksam und gab sich alle mögliche Mühe, dessen Unredlichkeit zu beweisen und den Kaiser zur Entfernung des Schwindlers zu bewegen. Er verzweifelte aber schließlich an einem Erfolge, nachdem, wie Pufendorf erwähnt, auch Lobkowitz von Sinzendorf bestochen worden war. Zu den gemeinsamen Interessen der beiden Minister gehörte auch das an dem Italiener Borri, einem mailändischen Adeligen, der als Alchimist einen großen Ruf erlangte, nachdem er vorher in Rom und Mailand als Stifter einer neuen Religionssekte aufgetreten war. Da er vom päpstlichen Hofe verfolgt und seine Auslieferung verlangt wurde, mußte er Wien verlassen, trotzdem er angeblich den Kaiser vor einer Vergiftung durch Kerzen gerettet haben sollte und eben in der eifrigsten Thätigkeit begriffen war, für Sinzendorf und Lobkowitz Gold zu machen. Sinzendorf erhielt sich im Vertrauen des Kaisers, der die großen Feste des Ministers sogar durch seine und der Kaiserin Gegenwart beehrte, länger als der jedenfalls mit geringerer Schuld belastete Fürst. Erst 1679 wurde ihm während der Anwesenheit des Kaisers in Prag der Prozeß gemacht und festgestellt, daß er an zwanzig Tonnen Goldes dem Kaiser veruntreut habe. Seine Frau brachte es trotzdem dahin, daß ihm zwei Millionen, die er ersetzen sollte, erlassen und auch alle übrige Strafe nachgesehen wurde.

Das Beispiel, welches von deutschen Fürsten in Erfurt, Magdeburg und Bremen gegeben worden war, reizte zur Nachahmung. Wo die Reichsunmittelbarkeit nicht zweifellos war, suchte sich der Schirmherr die Anerkennung der Landeshoheit zu erzwingen. In Köln bot die Bürgerschaft dem Kurfürsten selbst den Anlaß zum Einschreiten. Sie fürchtete eine Ueberrumpelung und begann sich zu rüsten. Die Generalstaaten waren ebenso bereitwillig, das Selbstbestimmungsrecht der ihnen religionsverwandten Kölner zu schützen, wie sie sich ihrer Freunde von Münster lange Zeit angenommen hatten. Es war für sie jedenfalls von großem Werte, wenn im Falle eines vom Rheine her gegen sie beabsichtigten Angriffes die feindlichen Streitkräfte eines so wichtigen Stützpunktes entbehren mußten. Sie überließen der Stadt daher einen Festungsbaumeister, der ihre Werke instandsetzen sollte und einen Obersten, der mit holländischem Gelde ein Regiment warb, welches als Besatzung zu dienen hatte. Der Kurfürst von Köln erhob dagegen Einsprache, erkannte in dieser eigenmächtigen Verbindung mit einer außerdeutschen Macht eine Beeinträchtigung seiner kurfürstlichen Rechte; der Bischof von Münster vertrat den Standpunkt des westfälischen Kreises und erklärte es als eine Verletzung der Kreisverfassung, daß fremde Völker zur Verteidigung eines einzelnen Standes ohne Vorwissen des Kreistages herangezogen würden. Köln ließ sich dadurch nicht abhalten, seine Macht mit Unterstützung der Generalstaaten stetig zu vermehren. Kurköln war dagegen

entschlossen, sich französischer Truppen zur Unterwerfung der Stadt zu bedienen. Die Angelegenheit erhielt einen allgemein-politischen Charakter durch die Beziehungen der kurfürstlichen Regierung zu Frankreich, das eben im Begriffe war, den Feldzug gegen Holland vorzubereiten. Wenn sich französische Truppen der Stadt bemächtigten, waren alle benachbarten Reichsstände gleichermaßen gefährdet. Dessen waren sich sogar jene Freunde Frankreichs bewußt, die sich nicht blind von diesem leiten ließen. Deshalb gelang es noch unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges, dem bedenklichen Zustande in Köln ein Ende zu machen. In dem Vertrage vom 2. Januar 1672, der von dem kaiserlichen Kommissär Marquis de Grana und Bernhard von Münster zustande gebracht wurde, verzichtete Köln auf die staatlichen Truppen und nahm an ihrer Statt die Sicherstellung durch den westfälischen Kreis an.

Rascher und unzweideutiger wurde das Schicksal Braunschweigs, der alten Hansestadt, entschieden. Ihre Sonderstellung war den welfischen Herzögen schon lange höchst unbequem gewesen. Es bedurfte daher nur der Anregung Rudolf Augusts, der 1661 nach dem Tode seines Vaters August die Regierung ohne Teilnahme seiner Brüder Anton Ulrich und Ferdinand Albrecht angetreten hatte, um eine Verständigung sämtlicher braunschweigischen Linien in Ansehung der Unterwerfung der Stadt zustande zu bringen. Innere Zerrwürfnisse, schlechte Wirtschaft und infolge derselben gänzlichcs Unvermögen, etwas Ernstliches zur Verteidigung zu unternehmen, lieferten die Stadt in die Hände des Herzogs, als dieser mit einer von allen Mitgliedern des Gesamthauses gemeinschaftlich aufgestellten Armee vor deren Thoren erschien. Das Kommando dieser Armee¹⁾ führte Walbeck als Feldmarschall des Herzogs von Celle. Er beschloß die Stadt in den ersten Junitagen 1671 und machte so kräftige Anstalten zur Verrennung, daß die Bürger wohl einsehen mußten, sie könnten unmöglich auf das Einschreiten des Kaisers oder anderer Potentaten, die sie um eilende Hülfe ersucht hatten, warten. Ihre eigene Stadtmiliz betrug nicht mehr als zwei Compagnien mit zusammen 220 Mann. Am 10. Juni nahmen sie im Vertrage von Ribbads-hausen die Landeshoheit des Herzogs Rudolf August an, am 12. d. M. zogen 6000 Mann in die Stadt ein. Georg Wilhelm von Celle erhielt von seinem Braunschweiger Vetter zur Entschädigung die Ämter Dannenberg, Hitzacker, Lüchow, Wustrow und Scharnebeck, Herzog Johann Friedrich von Hannover die Reliquien, welche Heinrich der Löwe aus dem heiligen Lande mitgebracht hatte.

Es wird der Erwähnung nicht unwert sein, daß die braunschweigischen Herzöge vor dem Ueberfalle die Generalstaaten und den König von Frankreich um deren Zustimmung angegangen hatten. Zum Schlusse des Schreibens an Ludwig XIV. findet sich eine Bemerkung, welche die Gemeinsamkeit aller Herrscherinteressen betont. „Dannhero leben wir der zuversichtlichen Hoffnung, es würde niemand sein, der die Sache, die wir behaupten, wird tabeln wollen, weil sie nicht sowohl uns, als alle Könige und Potentaten angeht, denen viel daran gelegen ist, daß man es den Unterthanen niemals ungestraft hingehen lasse, wann

¹⁾ Die Stärke derselben wird im Theatr. Europ. auf 20 000 Mann angegeben. Hier folgt Havemann. Die Zahl dürfte jedoch zu hoch gegriffen sein.

sie sich an den Rechten ihrer Regenten vergriffen haben. Wann aber jemand aus Neid oder Mißgunst etwas zu unserem Schaden und Verfang vorzunehmen sich unternehmen würde, so versehen wir uns zu Euer Königlichen Majestät Billigmäßigkeit, sie werde sich zur Verteidigung einer so gerechten und billigen Sache nicht weniger willfährig erweisen, als sie bisher der Welt dargethan hat, daß sie sich uns, als Dero gute Freunde, hat befohlen sein lassen.“

Am 19. Juni 1667 war mit dem Grafen Anton Günther von Oldenburg ein altes deutsches Dynastengeschlecht ausgestorben. Drei Linien des Hauses Holstein, welches oldenburgischen Ursprunges war, stritten sich um das Erbe: die dänische, welche Friedrich III. von Dänemark selbst vertrat, die von Bloen unter Herzog Joachim Ernst und die von Gottorp unter Herzog Christian Albert. Ein natürlicher Sohn des Grafen Anton Günther, der den Namen eines Grafen von Oldenburg führte, wurde mit einigen Allodialherrschaften und der Statthaltertschaft in Oldenburg abgefunden. Fürst Johann von Anhalt, ein Schwestersohn des Erblassers, sollte die Herrschaft Jever erhalten. Zwischen Dänemark und Bloen war der Handel bald geschlossen, Joachim Ernst ließ sich mit einigen Domänen in Holstein abfertigen; der Herzog von Gottorp hingegen rief die Vermittelung des Kaisers an. Der dadurch herbeigeführte Prozeß wurde 1676 dahin entschieden, daß Christian Albert eine Hälfte der Grafschaft in Besitz zu nehmen habe. Da die gemeinschaftliche Regierung Schwierigkeiten ergab, ließ sich endlich auch das Haus Gottorp zu einem Gebietstausche und einer Geldentschädigung herbei, wonach Dänemark im Alleinbesitze von Oldenburg und Delmenhorst blieb.

Dritter Abschnitt.

Ludwigs XIV. Angriff auf Holland und das Reich.

(Zweiter Raubkrieg.)

Der Egoismus der Dynastien war das staatsbildende Element des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts. Mit mehr oder minder glücklicher Hand rafften einzelne Fürsten und fürstliche Häuser die durch den Zusammenbruch des Feudalstaates der organischen Vereinigung entbehrenden Gebiete zusammen. Wo die nationale Zugehörigkeit und religiöse Gesinnungsgemeinschaft die Angliederung der Teile beförderte, da ging der neue politische Prozeß rascher von statten, seine Wirkung war eine tiefgehende und deshalb dauernde. Die Zeitgenossen gaben sich davon jedoch keine Rechenschaft, die im Augenblicke zur Aeußerung gelangende Macht war der einzige Prüfstein des Wertes der neu entstehenden Staaten. In dem Kampfe aller gegen alle, der die notwendige Folge dieses Prozesses sein mußte, konnte nur der energische Wille des einzelnen große Erfolge erringen. Die ganze Entwicklung drängte zur absoluten Regierung, zur Entfaltung großer militärischer Kraft, zur Begründung einer persönlichen Anhänglichkeit des einzelnen an das Fürstenhaus, das seine Geschicke „nächst Gott“ allein bestimmte. Einen entgegengesetzten Weg hatte allein die holländische Republik eingeschlagen; was in ihr an monarchischen Einrichtungen erinnerte und sie befähigt hatte, den Kampf um ihr Dasein glücklich zu bestehen, war unter dem Einflusse Johann de Witts vernichtet worden. Es ist sehr denkwürdig, daß sich auch in diesem Staatsmanne die größte Klugheit und Scharfsichtigkeit mit einem politischen Idealismus verband, der den erwähnten Eigenschaften Hohn zu sprechen scheint. Er glaubte an die siegreiche Gewalt des Handelsgewistes und der auf demselben beruhenden höheren Einsicht, er hielt es für möglich, einem Volke den Genuß des Reichthumes und überstürzten Erwerbtes sichern zu können, ohne von ihm namhafte Opfer an persönlicher Freiheit zu verlangen. Die zweite Ausgabe von De la Courts „Interess von Holland“ enthält zwei Kapitel aus

der Feder de Witts, in welchen er die Grundanschauungen, von welchen seine Regierung geleitet war, zum Ausdruck bringt. „Daß Gott uns Frieden mit Spanien gegeben und unseren letzten Statthalter hinweggenommen, bevor sein Erbe erwachsen war, das sind die größten Segnungen gewesen, um die je die holländischen Eingewohnten Gott den Herrn bitten konnten. Damit sind sie in Wahrheit ein freies Volk geworden; ihr Leib, Gut und Ehre hängt nicht mehr von einem Menschen und seinem Belieben ab; frei wählen sie ihre Obrigkeiten, und diese regieren allein nach dem Interesse ihrer Städte, ihrer Provinzen, des ganzen Staates; außerdem ist jeder vollkommen sein eigener Herr.“ Das ist das Ideal der Freiheit vom kaufmännischen Standpunkte: die Freiheit, andere auszubeuten und sich die Taschen zu füllen, die Freiheit, das Uebergewicht des Besitzes jeden fühlen zu lassen, der in minder glücklichen Verhältnissen lebt, die Freiheit, dem wirtschaftlich Schwächeren alles abzutrozen, wonach man Verlangen trägt, dies aber stets nur als eine berechnete Forderung, als Wahrung der eigenen Interessen zu erklären; für sich selbst den unbedingten Schutz alles Erworbenen zu verlangen und jedermann zuzumuten, daß er mitverpflichtet sei, diesen Schutz zu gewähren, das Haus des Nachbarn jedoch mit großer Gelassenheit der Plünderung zu überlassen, sobald man das Seinige in Sicherheit hat. Dazu gesellt sich naturgemäß der Geldstolz und die damit verbundene Meinung, daß um Geld alles feil sei. Der Ratspensionär von Holland brauchte nur zu winken und deutsche Fürsten mit braven deutschen Knechten zogen heran, um das Geld der Edelgroßmögenden mit ihren Knochen zu verteidigen. Man zahlte sie dann möglichst schlecht und war trotzdem sicher, sie bei nächster Gelegenheit wieder mieten zu können. Denn Geld kann alles — Geld kann auch den Frieden erkaufen, den man vor allem braucht, damit die Kommerzien gedeihen.

Der Uebermut des Reichthums verblendete die Herren von Holland, die auf de Witts Staatskunst ihr ganzes Vertrauen setzten; sie wollten nicht sehen, was alle Welt sah, daß sich ein furchtbares Gewitter über ihren Häuptern zusammenzog. Denn Ludwig XIV. war nicht danach geartet, sich von den Kräthern zu Amsterdam die Grenze seiner Macht abstecken zu lassen; er durfte sich, wenn er sich wirklich für den geheiligten Vertreter der fürstlichen Autorität, für den Verfechter der absoluten Monarchie hielt, vor den diplomatischen Kunststücken, mit welchen ihn de Witt zu schrecken vermeinte, nicht zurückziehen, er mußte diesen Dünkel brechen, da er sich ihm selbst in aufdringlicher Weise fühlbar gemacht hatte. Zwei Erwägungen bestimmten seinen Entschluß, den Krieg gegen die Staaten zu führen: die eine, daß seinen Bemühungen um das in Aussicht stehende spanische Erbe von Holland aus stets neue Hindernisse in den Weg gelegt werden würden, die zweite, daß der Rimbus, der ihn bereits vor dem eigenen und vor den fremden Völkern umgab, Schaden leiden müsse, wenn er für die Unterbrechung des Devolutionskrieges durch die Aufrihtung der Tripelallianz nicht Rache nähme. Welche von den beiden die stärkere Triebfeder gewesen, darüber zu rechten, können wir uns füglich erlassen. Da uns ein Wort des Königs über seine Gesinnung gegen Holland nicht zur Verfügung steht, so mag dieselbe wohl durch den Ausspruch seines Gesandten Pomponne gekennzeichnet werden. Er erwiderte den Vorschlag de Witts für einen Teilungsvertrag, der nach dem Erlöschen des

spanischen Königshauses in Kraft treten sollte, mit der abwehrenden Bemerkung: „In einem Falle, der in einem Augenblicke die Oberfläche der Welt verwandeln wird, gebühre es nicht Kaufleuten, die selber Usurpatoren sind, entscheiden zu wollen über die Interessen der ersten Monarchen der Christenheit.“ Derselbe Gedanke findet sich in jenem Punkte des Vertrages von Dover wieder, der von dem gemeinschaftlichen Vorgehen der Könige von England und Frankreich gegen die Republik handelt. „Beide Könige,“ heißt es, „haben den Stolz der Generalstaaten zu beugen und die Macht einer Nation niederzuschlagen beschlossen, die sich so oft gegen die Gründer und Urheber dieser Republik des schwärzesten Unthankes schuldig gemacht und sich zur Schiedsrichterin der Könige zu erheben wagte.“

Karl II. war das erste von den Gliedern der Tripelallianz gewesen, welches die Sache, für welche er — wie wir gesehen haben — niemals eine ernstliche Sympathie fühlte, preisgab. Er hegte die Hoffnung, ein ebenso mächtiger Monarch wie sein Vetter von Frankreich werden und das lästige Parlament abschütteln zu können, wenn er wieder katholisch würde und auch die Engländer dem Katholizismus zurückzugeben vermöchte. Wenn ihm Ludwig XIV. dazu die Mittel gewährte — zwei Millionen Livres sollten dazu gezahlt und 6000 Mann Truppen für den Notfall zur Verfügung gestellt werden — so war er gerne bereit, sich an seiner Seite und unter seiner Verantwortung an den frechen Mynheers zu rächen, die ihm jenen unerwünschten Besuch in der Themse abgestattet hatten. Auch die Absichten Frankreichs auf die spanische Monarchie wollte er fördern. Die Schwester Karls II., Henriette von Orleans, hatte den Vertrag zwischen beiden Kronen bei einem Besuche in Dover (1. Juni 1670) zum Abschlusse gebracht; als sie bald darauf starb, ging die Vermittlerrolle auf eine andere Dame, Louise de Kerouel, über, welche die Prinzessin Henriette nach Dover begleitet und die Aufmerksamkeit des Königs in hohem Grade erregt hatte. Bald danach nahm sie als Herzogin von Portsmouth eine hervorragende Stellung am Hofe von Whitehall ein. Sie sowohl, als das französische Geld, welches sich in Strömen nach London ergoß, machten Stimmung für den Krieg gegen Holland. Die protestantischen Minister, denen der Vertrag von Dover wegen des Planes der Katholisierung Englands nicht mitgeteilt werden konnte, unterzeichneten einen zweiten Vertrag vom 31. Dezember 1670, in welchem der Beitrag für die religiöse Revolution vom Throne aus mit den Kriegssubsidien vereint erscheint, so daß sich dieselben auf volle fünf Millionen beliefen.

Ein Jahr später wurde auch Schweden reif, um sich die volle Abhängigkeit von Frankreich abkaufen zu lassen. Pomponne, der die Verhältnisse der ihrem Abschlusse entgegengehenden vormundschaftlichen Regierung von seinem früheren Aufenthalte in Stockholm her genau kannte, mußte die Angelegenheiten Frankreichs noch einmal daselbst vertreten. Der Reichskanzler und Graf Tott standen ihm zur Seite, den Widerstand Björnklaus und Gyllenstiernas zu überwinden. Schweden verpflichtete sich, 16 000 Mann aufzustellen, in den Krieg jedoch nur dann einzutreten, wenn der Kaiser oder eine andere Macht sich Hollands annehmen sollte. Dafür erhielt es im Friedensfalle 400 000, im Kriegsfalle 600 000 Reichsthaler Subsidien. Ein Rückversicherungsvertrag mit England sollte Schweden, das sich selbst schon zum Kriegsführen wenig geeignet fühlte,

gegen feindliche Angriffe sicherstellen. Pomponne war noch vor dem Abschlusse des Bündnisses, der erst erfolgte, als die Franzosen schon in den Niederlanden einmarschirt waren, nach Paris zurückgerufen worden, um des verstorbenen Lionne Stelle im auswärtigen Amte zu ersetzen. Sein Nachfolger Chaffan empfing von dem Zustande Schwedens den ungünstigsten Eindruck. „Schweden ist so schwach,“ schrieb er, „durch seine Armut, durch die schlechte Verwaltung seiner Finanzen, die Gleichgültigkeit bei den Regierenden, die Schlawheit bei einer Regierung, die ihrem Ende nahe ist, die Ungewißheit über die andere, welche unter einem jungen Könige, dessen Gunst jeder an seinem Plaze zu gewinnen strebt, beginnen soll — daß das Reich nicht in der Lage ist, sich auf einen Krieg einzulassen. Schweden ist schwächer, als man es sich vorstellen kann, nach den Begriffen, die man noch von seinem blühenden Zustande hat, in welchen man es in unseren Tagen gesehen.“¹⁾

Eine seltene Erscheinung in der Geschichte der vielbesprochenen Tripelallianz ist die, daß über ihre Erweiterung, über den Beitritt anderer Mächte zu einer Zeit verhandelt wurde, da sie nur mehr äußerlich bestand und ihre Begründer sie bereits aufgegeben hatten. Zu ihren eifrigsten Anhängern zählte noch immer der Freiherr de V'Isola, der von London nach dem Haag zurückgekehrt war. Er hatte den Gouverneur der spanischen Niederlande, Grafen Monterey, bewogen, den Generalstaaten für die Zahlung der von Spanien übernommenen Subsidien für Schweden eine Hypothek zu geben, er verwendete sich angelegentlich um den Eintritt des Kaisers in die Allianz. Man gab ihm scheinbar nach und bevollmächtigte ihn zu Unterhandlungen, die jedoch bald wieder abgebrochen wurden. Der Wiener Hof war zufrieden, wenn er sein Verhältnis zu Frankreich möglichst lange im Dunkeln erhalten konnte. Ludwig XIV. erschwerte dem Kaiser seine ohnehin höchst peinvolle Lage durch den Einfall in Lothringen.

Herzog Karl war durch die Tripelallianz mächtig aufgereggt worden; er wußte, daß man seinen westlichen Nachbarn die Krippe etwas höher stellen wollte, und glaubte sofort die wichtige Lage seines Landes ausnützen zu können, um in dem allgemeinen Gedränge auch für sich einen Gewinn zu erzielen. Seine Einmischung in den pfälzischen Wildfangstreit hatte ihm den Anlaß zu Werbungen gegeben. Nun trat er in Beziehungen zu den Staaten und sammelte immer mehr Kriegsvolk, um es zu rechter Zeit den Meistbietenden zu überlassen, wie es seine Art war. Ludwig XIV. wollte sich von dem alten Abenteuerer in seinen großen Unternehmungen nicht stören lassen und beschloß, seiner Herrschaft ein rasches Ende zu bereiten. Schon stand ein Heer unter Marschall Crequi bei Metz, das auch einem mächtigeren Gegner als dem Lothringer gewachsen gewesen wäre. Am 26. August 1670 ritten 2000 französische Reiter über die Grenze, besetzten Pont à Mousson und Nanzig, woraus sich der Herzog selbst eine Viertelstunde vorher gerettet hatte, der herzogliche Palast wurde verriegelt, der Herzogin gestattet, ihrem Gemahl zu folgen, den Einwohnern des Landes aber in einem königlichen Mandate erklärt, sie hätten den König von Frankreich als ihren Herrn anzusehen und sich um ihre alten Herzöge nicht mehr zu kümmern. Es war

¹⁾ Gejer-Carlsohn, Geschichte Schwedens IV.

ein verblüffender Gewaltstreich von großer Tragweite: die Grenze Frankreichs war jetzt erst in Wahrheit an den Rhein vorgeschoben, das Bollwerk an den Vogesen, welches den Besitz des Elsasses für Frankreich zu einem stets gefährdeten machte, war verschwunden, der lose Verband, in welchem das alte fränkische Herzogtum zum deutschen Reiche stand, aufgehoben. König Ludwig suchte zunächst die rheinischen Fürsten wegen ihrer eigenen Sicherheit zu beruhigen, indem er jede Absicht auf ein weiteres Vorrücken von Lothringen aus leugnete, am Reichstage ließ er auf die Klage des Herzogs durch seinen Bevollmächtigten Gravel erklären, daß der Herzog die Bedingungen des pyrenäischen Friedens nicht eingehalten und sich in gefährliche Verbindungen gegen den König eingelassen habe. Das Reich hat zum Schutze seiner Grenzen zunächst die noch immer von lothringischen Truppen besetzte kleine Festung Homburg zu erlangen gesucht, für deren Rückerstattung an den Herzog 140 000 Thaler zu bezahlen waren. Der Kurfürst und das Kapitel von Trier leisteten für diesen Betrag Bürgschaft, worauf die lothringische Garnison Homburg verließ und dieses von kurtrierischen Völkern besetzt wurde. Auch Bitsch wurde mit Zustimmung des Herzogs dem Schutze des Reiches unterstellt und durch eine kurmainzische Garnison verwahrt. Die Gesandtschaft des Grafen Gottlieb Windischgrätz, den der Kaiser an den französischen Hof abordnete, um im Namen des Reiches die Rückerstattung des Herzogtums Lothringen an seinen rechtmäßigen Besitzer zu verlangen, blieb erfolglos.¹⁾

Die Brutalität dieses Ueberfalles gab der Politik des Kaisers für einen Augenblick eine andere Richtung. P'Isola wurde (Juli 1671) ermächtigt, den Generalstaaten über die Absicht des Kaisers wegen eines Schutz- und Trutzbündnisses Eröffnungen zu machen, welches für den Fall eines Angriffes Ludwigs XIV. auf Holland in Kraft treten sollte. Als Gremonville darüber in Wien Aufklärung verlangte, verlegte man sich aufs Leugnen. Lobkowitz spielte vor dem Hofe Komödien, welche Spanien und anderen Feinden Frankreichs beweisen sollten, daß er nicht französisch gesinnt sei, beeilte sich aber sogleich wieder, den König von Frankreich seiner Verehrung und Ergebenheit versichern zu lassen. Die Königin-Witwe von Spanien, Schwarzenberg, Montecuccoli arbeiteten damals schon an dem Sturze des Fürsten, dieser half sich aber dadurch, daß er den französischen Gesandten in unmittelbaren Verkehr mit dem Kaiser brachte. Leopold wurde dann sehr verlegen, wurde blaß, wußte nicht, was er sagen sollte, und war sehr zufrieden, wenn ihm Lobkowitz doch wieder einige passende Worte in den Mund legte. Zu bestimmten Zusicherungen für Frankreich konnte Gremonville dennoch nicht gelangen, der Staatskanzler Hoher, an welchen er gewiesen wurde, wenn Lobkowitz es für angezeigt fand, sich für einige Zeit von der Leitung der Geschäfte zurückziehen, zeigte sich wenig zugänglich und war stets mit neuen Ver-

¹⁾ Ueber den Verlauf dieser Gesandtschaft berichtet eine Flugschrift „Conférence infructueuse de Windischgrätz ou violence de la France à retenir la Lorraine“, zugleich mit deutscher Uebersetzung „Treuherzige Warnung an Alle Christliche Potentaten und Stände Europae Ueber die vom Aller Christlichsten König in Frankreich bisherige gewaltsame Borenthaltung des Herzogthums Lothringen . . . Anno 1672.“ Sie enthält eine kurze Darstellung der Rechtsverhältnisse, welche durch den pyrenäischen Frieden hergestellt wurden und erhebt die heftigsten Anklagen gegen Ludwig XIV.

tragsentwürfen bereit, wenn der Franzose auf die Annahme seiner Vorschläge drängte. Erst am 1. November 1671 wurde der Vertrag unterzeichnet, in welchem Oesterreich versprach, sich in keinen Krieg einzumischen, der außerhalb des deutschen und des spanischen Reiches geführt würde, und den von Frankreich angegriffenen Mächten keinen anderen Beistand als den einer freundlichen Vermittelung zu leisten. Lobkowitz rühmte sich gegen den französischen Gesandten, er habe durch diesen Vertrag Ludwig XIV. die Erwerbung der sieben niederländischen Provinzen ermöglicht, er hoffe jetzt auf beständige Freundschaft zwischen Frankreich und Oesterreich, und wolle dem Könige ein ebenso treuer Diener sein, als dem Kaiser.

L'Isola erhielt bald danach (30. Dezember) die Weisung, sich in den Verhandlungen mit Holland nicht zu übereilen. Er sah sich dadurch veranlaßt, nochmals seine Meinung über die Notwendigkeit einer Aenderung der kaiserlichen Politik auszusprechen. Das Memorial, in welchem er das ausführte, ist ein schönes Denkmal von den Fähigkeiten dieses Mannes.¹⁾ Es gibt keine treffendere Auseinandersetzung der politischen Lage Europas vor dem Einbruche Ludwigs in die Niederlande, als dieses Schriftstück. L'Isola erörtert zuerst die Gründe, welche den Kaiser abhalten könnten, sich für Hollands Rettung zu verpflichten; der Gegensatz, in welchem er dadurch zu einzelnen mächtigen Reichsfürsten geraten könne, die beständige Türkengefahr, die Unruhen in Ungarn werden in Betracht gezogen und zugleich anerkennt er die Richtigkeit der Politik, welche ruhig zusehen wolle, wie sich zwei mächtige Großstaaten gegenseitig abmatten und aufreiben. Dagegen widerspreche es, behauptet er, der Ehre des Kaisers, sich bei Entscheidung einer Sache von europäischer Wichtigkeit nicht zu beteiligen. Der König wolle nur die spanischen Niederlande erobern und den Rhein seinem ganzen Laufe nach in seine Gewalt bringen; dazu müsse er das Haupthindernis zur Erreichung dieser wüsten Pläne, die Holländer, beseitigen. Lasse man dies geschehen, so hindere den König nichts mehr, das kurfürstliche Kollegium zu zwingen, daß es den Dauphin zum römischen Könige wähle. Es sei sicher, daß, wenn man die Holländer nicht unterstütze, dieselben trotz Macht und Geld unter der feindlichen Macht zusammenbrechen oder den Frieden durch Bedingungen erkaufen werden, die dem Kaiser und Reich nur schädlich sein können. Liege dem Kaiser daran, diese beiden Mächte zusammenzuheften, so gewähre er dem Feuer wenigstens Nahrung und unterstütze den schwächeren Teil, um beide im Gleichgewicht zu erhalten, denn sonst würden die Kräfte Frankreichs nicht aufgerieben, sondern, durch neue Siege vermehrt, nur fürchtbarer werden. Wenn es eine Hoffnung gäbe, durch Mäßigung und Konnivenz Frieden und Freundschaft mit Frankreich zu erhalten und zu befestigen, so könnte es vielleicht nicht gut scheinen, die französische Indignation und Waffen von freien Stücken herauszufordern, sondern bei eigener Sicherheit das übrige sich selbst und der göttlichen Vorsehung zu

¹⁾ Es ist sehr erfreulich, daß sich die archivalische Forschung neuerdings der Aufgabe zuwendet, über de L'Isolas Wirksamkeit neues Material zu sammeln. Leider konnten „Die Berichte des kaiserlichen Gesandten Franz v. L'Isola aus den Jahren 1655—1660. Mit einer Einleitung und Anmerkungen versehen. Herausgegeben von Dr. Alfred Francis Pribram“ (Archiv für österr. Gesch. 70 Bd.) für unsere Darstellung nicht mehr benützt werden.

überlassen; aber es sei offenbar, daß Frankreich durch keinerlei ihm geleistete Dienste und aufrichtige Pflege der Freundschaft, noch durch gezeigtes Vertrauen sich verpflichtet fühle, sondern daß es nur seinem Ehrgeiz fröne und alles auf die Ausführung ungeheurer Pläne setze. Durch seine Sanftmut vermehre der Kaiser nur die französische Frechheit, und man werde nur verachtet. Frankreich werde sich dann alles erlauben und im Reiche nach Belieben schalten und walten. Durch keine Bemühung könne der Krieg mit demselben noch abgewendet werden, außer wenn man ihm die kaiserliche Autorität selbst und die Kaiserkrone freiwillig anbieten wollte. Es sei daher besser, den doch unabwendbaren Krieg fern von den Erbländern und auf fremde Kosten und Gefahr in der Gesellschaft der Spanier und Holländer zu führen, als ihn nach Unterdrückung jener im eigenen Lande zu erwarten. Und wie wenig man sich auf die französischen Freundschaftsversicherungen verlassen könne, das zeigen nicht nur die früheren Erfahrungen, sondern auch die allerneuesten: die schändliche Verletzung der pyrenäischen Traktate, die man nicht vergessen könne, der gegen alle Treue und Glauben vollführte Raub der spanischen Niederlande, die Unterstützung der Portugiesen gegen die Spanier trotz gegenteiliger Versprechungen, die unerhörten Präntensionen zur Anstiftung neuer Kriege. Keiner habe treuere Freundschaft mit Frankreich gehalten als der Kaiser, der alle guten Gelegenheiten, die Gott ihm zur Rache für die erlittene Unbill geboten zu haben schien, von sich gewiesen und weder die Minderjährigkeit der französischen Könige, noch die französischen Unruhen für sich benutzte. Ja er habe sogar das ihm ungerechterweise entrißene Elsaß, trotzdem es bei den inneren Unruhen in Frankreich leicht wiederzugewinnen gewesen wäre, nicht haben wollen, um das gegebene Wort nicht zu brechen. Den Dank dafür habe man auf dem Frankfurter Wahltag gesehen, auf dem der König den Acheron bewegt habe, um die Kaiserkrone für sich zu gewinnen, oder sie wenigstens einem feindlichen Hause zuzuwenden. Mit allen möglichen Freundschaftsbezeugungen und Versicherung eines ewigen Friedens habe der König dann den Kaiser abgehalten, den spanischen Niederlanden zu Hilfe zu eilen; nur neue Anschläge und die Untergrabung der kaiserlichen Autorität im Reiche seien darauf gefolgt. V'Sola bespricht dann den Einfall in Lothringen, deutet auf Anschläge gegen Straßburg und die elsässischen Vogteistädte hin und fährt fort: „Durch den ohne Veranlassung unternommenen Angriff auf Holland¹⁾ habe Frankreich Gott und die Welt gegen sich aufgebracht und die unwiderleglichsten Beweise seines unerfättlichen Ehrgeizes gegeben. Es verletzte die Protestanten und erfüllte das ganze Reich mit Argwohn, daher sei jetzt die beste Gelegenheit, die kaiserliche Partei zu stärken und alle Glieder unter dem Haupte zu vereinigen, da es die Sache eines jeden und diese Vereinigung das einzige Mittel sei, die allen drohende Knechtschaft abzuwenden. Alle sähen auf den Kaiser als auf das von Gott gesetzte Haupt; sehe man ihn stark und willens, die ge-

¹⁾ Großmann, dessen bereits citiertem Aufsatze wir diese Stelle aus V'Solas Remoriale entnehmen, setzt die Zeit der Abfassung desselben in den Februar 1672, also vor die Kriegserklärung vom April d. J. V'Sola nimmt also, sofern wir den Text Großmanns als richtig anerkennen wollen, den Angriff auf Holland als unmittelbar und zweifellos bevorstehend voraus.

meinsame Sache zu verteidigen, so werde alles ihm zufließen und Gut und Blut für ihn einsetzen. Andernfalls aber werde jeder für sich sorgen, und der Kaiser werde verlassen und allein jeder Beleidigung ausgesetzt sein.“

Es ist nicht ganz sichergestellt, daß der Kaiser dieses Schriftstück und die Berichte P'Nolas wirklich zu Gesicht bekommen hat; es ist daher auch nicht gestattet, die Frage aufzuwerfen, warum er sich nicht für den Rat seines tüchtigsten Diplomaten entschieden hat. Lobkowitz und Hoher wurden von den Gründen desselben nicht überzeugt. Hoher stellte denselben sogar weiterschweifige Erwägungen entgegen, welche alle gegen ein Bündnis mit Holland sprechen sollten. Es trat dieselbe Erscheinung hervor, der wir in Wien wiederholt begegnet sind und noch so häufig begegnen werden: man hat dort für eine kräftige Initiative niemals Verständnis gehabt. Der Gedanke, das Kaisertum volkstümlich zu machen, indem man der natürlichen Regung der Gemüter gegen rücksichtslose Unterdrückung fremder Rechte entsprach und mit einer gewissen Frische einen Weg einschlug, der ja den eigensten Interessen ebenfalls entsprach, dieser Gedanke hat bei den Räten der habsburgischen Kaiser niemals verfangen. Die Schritte, die ihnen von den Ereignissen später abgenötigt wurden, hätten, freiwillig und im richtigen Zeitpunkt eingeleitet, große Wirkung thun müssen. Man kam immer zu spät. Eindruck machte nur der Hinweis P'Nolas auf eine Gefahr, die der römischen Kaiserwürde durch die Fortschritte der französischen Politik erwachsen könnte. Nicht die Ehre und Sicherheit des Reiches war ein Gegenstand der Sorge, nur der äußere Glanz des Hauses, das Attribut, durch welches den Habsburgern die erste Stelle unter den christlichen Fürsten gebührte!

Die Verhältnisse im Reiche waren damals für Oesterreich günstiger als seit langer Zeit. Die kurmainzische Opposition war gänzlich verstummt. Johann Philipp trat jetzt mit ähnlichem Eifer wie früher für die Regierung des Reiches durch einen von ihm geleiteten Fürstenbund, für die Stärkung des kaiserlichen Einflusses ein. Er brachte 1669 die Gründung eines neuen Kurvereins zum Vorschlag, in welchem neben den Kurfürsten einzelne mächtige Reichsfürsten Sitz und Stimme erhalten, vor allem aber auch Böhmen vertreten sein solle, damit Oesterreich die Leitung des neuen Vereines in die Hand bekommen könne. Er fand jedoch keine Teilnahme für diesen Plan, der die fürstlichen Häuser ohne Zweifel in harte Gegensätze gebracht hätte. Die Beratung der Reichskriegsverfassung, die nahezu abgeschlossen war, führte zu einem neuen Antrage: Den Reichsständen solle nur mit Einwilligung des Kaisers oder der Kreisobersten gestattet sein, Truppen zu werben. Kurmainz wollte diese Bestimmung zu einem wesentlichen Punkte der Kriegsverfassung machen, und dadurch wurde diese selbst wieder in weite Ferne gerückt. Oesterreich war bereit, sich mit seinen „Erbkronen und Erblanden“ der Kriegsverfassung anzuschließen und einer Matrikularleistung zu unterwerfen; dafür sollten diese aber in die Reichsgarantie aufgenommen werden, d. h. das Reich sollte für die Erhaltung aller habsburgischen Länder in die Waffen treten. In diesem Antrage lag ohne Zweifel eine Beschränkung der den Reichsständen durch den westfälischen Frieden gewährten Souveränität, welche die Mehrzahl im Fürstenrate sich nicht gefallen zu lassen gesonnen war. Noch widerwärtiger erschien den Fürsten aber die Weigerung des Kaisers, den Reichstags-

beschluß von 1667 zu genehmigen, wonach die Reichsstände berechtigt wurden, von den Landständen ihrer Territorien zur militärischen Bedeckung und Sicherstellung derselben Steuern einzuhoben. Die Partei der „Extendisten“ in beiden Kollegien, welche auf der Extension des § 180 des Reichsabschiedes von 1654 in dem angedeuteten Sinne beharrten, lehnte jede weitere Mitwirkung an den Beratungen ab, so daß das Reichsdirektorium selbst erklärte, unter solchen Umständen werde man auf das Zustandekommen der Reichskriegsverfassung verzichten müssen. Die Extendisten, zu welchen Baiern, Köln, Pfalz-Neuburg gehörten, beschloßen, sich durch das so beliebte Auskunftsmittel einer Allianz zu helfen. Sie wollten sich gegen die Unterthanen, die sich der Steuerleistung widersetzen würden, „mit der That und mit Zuziehung der fremden kompaciszierenden Kronen“ unterstützen. Der Kurfürst von Brandenburg trat der Allianz bei, bestand jedoch darauf, daß die Zuziehung der fremden Kronen aus dem Entwurfe gestrichen werde. Dies hinderte jedoch nicht, daß man die Allianz der Extendisten von seiten der kaiserlichen Regierung als eine Gefahr für das Reich erklärte. Von der Reichskriegsverfassung war dann nicht mehr die Rede, und man unterhielt sich wieder mit „Prologen“ und „Epilogen“ zur Wahlkapitulation. Daß Oesterreich die Majorität, welche ihm der Anschluß von Kurmainz im Kurfürstenkollegium und dadurch auch auf dem Reichstage gewährte, dazu ausnutzen wollte, die 1648 begründeten Verhältnisse im Reiche wieder teilweise umzugestalten, war ebenfalls die Folge seiner politischen Kurzsichtigkeit. Hatte man an dem Vorabende eines Krieges, der die Ruhe des Reiches und den vielbegehrten Frieden notwendig erschüttern mußte, nichts Besseres zu thun, als den Kampf gegen die bereits bestehende und größtenteils gefestigte Fürstenmacht wieder aufzunehmen, deren man doch bei jeder kriegerischen Verwicklung so dringend bedurfte? Es war doch einleuchtend, daß man die widerstrebenden Elemente unter den Reichsständen auf diese Weise den Franzosen in die Arme trieb. Köln und Baiern waren durch die Fürstenberge im französischen Sinne geleitet, der Kurfürst von der Pfalz vermählte seine Tochter Elisabeth Charlotte dem Herzog von Orleans, Münster und Pfalz-Neuburg hatten ihre bekannte Stellung nicht verändert, die Welfen wurden auf das eifrigste von Frankreich umworben. Bei ihnen hatte schon ein Herr von Gourville vorgearbeitet, der, als Verbannter bei Georg Wilhelm von Celle freundlich aufgenommen, sich bei seinem Könige durch freiwillige diplomatische Leistungen wieder zu Gnaden bringen wollte. Georg Wilhelm und Ernst August, von Graf Waldeck geleitet, hatten sich jedoch von seinen Versprechungen noch nicht bewegen lassen, dem Vertrage mit Holland zu entsagen, nur Johann Friedrich gab die offene Absicht zu erkennen, in den Subsidien-Bannkreis des Königs von Frankreich zu treten, und arbeitete dem von England aus vorgeschlagenen Anschluß der Braunschweiger an die Tripelallianz entgegen. Als ihm Gourville die Sache zu wenig eifrig betrieb, rief er die Vermittelung Condés und der Prinzesse Palatine an, denen er durch seine Vermählung mit Henriette von der Pfalz verwandt geworden war. Erst Wilhelm von Fürstenbergs Sendung an Brandenburg, Köln, Münster, Pfalz-Neuburg und Hannover, um diese Mächte für den Eintritt in das englisch-französische Offensivbündnis zu bestimmen, brachte ihn den ersehnten Subsidien um einen Schritt näher. Leider stand jedoch dem

Gelingen der Fürstenbergischen Aktion der Streit zwischen Braunschweig und dem Bischof von Münster wegen der Besetzung der Stadt Hörter im Wege. Johann Friedrich war doch zu sehr Welfe, um sich in einer das Gesamthaus treffenden Gefahr von demselben gänzlich loszusagen. Erst nach der Beilegung des Streites um Hörter (15. April 1671), und nachdem die Unterstützung, welche die Generalstaaten der Stadt Braunschweig angetragen hatten, auch die Verbindung zwischen den Staaten und seinen Brüdern zu lockern begann, ließ er sich dazu bestimmen, einen Neutralitätsvertrag für sich allein mit Frankreich abzuschließen, in welchem er sich verpflichtete, weder für Holland, noch für einen mit ihm verbündeten Reichsfürsten Partei zu ergreifen, dem Könige von Frankreich freien Durchmarsch einzuräumen und nach Kräften jedem Bündnis gegen den König entgegenzuarbeiten. Dafür erhielt er 10000 Thaler monatlich für zwei Jahre oder für die Dauer des Krieges.¹⁾ Somit war Hannover an die Seite Frankreichs gefesselt.

Wie schwierig wurde es unter den geschilderten Umständen für Brandenburg, jene Politik zu treiben, die — wie der Kurfürst oft erklärte — weder österreichisch noch französisch, sondern deutsch sein sollte. Von Seiten Frankreichs fehlte es nicht an lockenden Anträgen und Schmeicheleien. Ludwig XIV. hatte ihm das Kompliment machen lassen, nicht das Reich, von dessen Haltung der Kurfürst seine Entschlüsse abhängig machen wollte, spreche, sondern er sei es, der das Reich sprechen mache. Dies hielt den Kurfürsten nicht ab, sehr kühl zu bleiben. Anfang 1671 machte Wilhelm Fürstenberg, der Kölner Minister, auch bei ihm Versuche, eine Verständigung anzubahnen. Friedrich Wilhelm war zu einer Einigung der westfälischen Kreisstände im Sinne der Abwehr fremder Eingriffe in das Reich geneigt. Graf Verjus-Crécy, ein französischer Unterhändler, der sich anfangs nicht erstaunt genug zeigen konnte, daß Brandenburg zögere, sich dem Triumphzuge seines Königs anzuschließen, trat schließlich mit der Forderung hervor, der Kurfürst solle unbedingt Neutralität zusagen. Der Kurfürst schrieb darüber an Schwerin: „Ich sehe, daß Verjus auf eine kategorische Erklärung dringen wird, mich durch die Neutralität zu binden, daß ich nicht freie Hand behalte. Was neutral zu sein ist, habe ich schon von diesem erfahren; ich habe geschworen, mein lebenlang nicht neutral zu sein, ich würde mein Gewissen damit beschweren.“²⁾ Verjus mußte seinem Könige schließlich berichten, der Kurfürst sei vorläufig außer stande, sich zu entscheiden.

Die Verhandlungen über die Wehrhaftmachung des westfälischen Kreises, über die Aufstellung einer Kreisarmee von 15000 Mann, mit welchen man stark genug gewesen wäre, den Versuch von Grenzverletzungen im ersten Anfange aufzuhalten, erwiesen sehr bald die ganz verschiedenartige Auffassung, von welchen die einzelnen Stände dabei geleitet wurden. Brandenburg war ehrlich gesinnt, die Neutralität des Kreises zu wahren, Pfalz-Neuburg zeigte Neigung, sich ihm in diesem Sinne anzuschließen, Münster und Köln aber wollten die Leitung der Kreistruppen, unter welchen sich auch 6000 Brandenburger befunden haben würden,

¹⁾ Köcher, Die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Hause Braunschweig-Lüneburg in der Epoche der Trippelallianz. Zeitschr. des hist. Vereins für Niedersachsen, 1886.

²⁾ Droysen, Gesch. der preuß. Politik.

allein in die Hand bekommen, um eine Aktion gegen Frankreich verhindern zu können. Es war zu auffallend, daß letzteres die Kreisrüstung lebhaft betrieb, daß von Paris aus gleichzeitig an den Kurfürsten die Anfrage gerichtet wurde, ob er Ruhrort und Duisburg am Rhein für einige Zeit an Frankreich abzutreten geneigt sei. Im Herbst 1671 sprach man sich gegen den Gesandten des Kurfürsten in Paris, Herrn von Crodom, ziemlich unumwunden aus. Louvois gab sein Mißfallen über die Haltung Brandenburgs zu erkennen, weil dies die Werbungen Kölns zu Gunsten Frankreichs nicht billige und sagte: „Der König werde seine Freunde zu beschützen wissen; er habe erst im Frühling den Krieg beginnen wollen, nötigenfalls werde er sogleich aufbrechen; der König habe 150 000 Mann, damit werde er wohl Krieg führen können, wo und wie er wolle.“

Was man vor allem vermuten sollte, daß sich Holland auf das angelegentlichste um den Beistand des Kurfürsten beworben hätte, davon war nichts zu bemerken. Die Furcht vor einer Wiedererhebung des Hauses Oranien beherrschte die Leiter der holländischen Politik noch immer: wenn Brandenburg für die Republik unter Waffen trat, wenn es darauf drang, daß in den Generalstaaten für eine genügende Landesverteidigung gesorgt werde, daß man die Reste einer tüchtigen Miliz sammle und zum Grundstock einer eigenen Armee mache, dann konnte der oranische Geist, der tief im Volke, besonders aber in den alten Soldaten wurzelte, zur hellen Begeisterung für den Nachkommen des Befreiungshelden aufflammen. Dazu machte sich auch der Geiz der Handelsleute geltend, die für Kriegsrüstungen keinen Aufwand machen wollten. Balkeiner klagte, daß man die erfahrensten Offiziere nicht mehr anstellen wollte, da man sie um geringe Summen an das Land fesseln konnte, während man sie später mit großen Kosten doch wieder zu gewinnen trachten mußte, daß man die Festungen und Magazine in Trümmer gehen lasse, schlechte Ingenieure unterhielt, weil sie billig waren, daß man kein Geld hatte, die 8000 Lüneburger anzuwerben, die bereits im Lande gewesen waren, aber doch 5000 Thaler auf ihre Abdankung verwendete. Dagegen ließ man nicht nach, in Saus und Braus zu leben. Statt daß sich Obrigkeit und Bürger mit der alten einfachen Tracht von starkem Zeuge „ohne Posamenten und Schnüren“ begnügten und mit Speise und Trank, welche im Lande wachsen, den Körper gesund und den Geist stark erhielten, „ist man bezaubert durch die schändliche und unbeständige französische Mode, worin man ihnen wie Affen und Meerkatzen nachfolgt und für ein Muster annimmt, was zu Paris und Montpellier von dem wollüstigen Frauenzimmer und Hofschneidern wird erdichtet und ausgefunden“. Für modische Kleider, Schleckereien und Weine sende man viele Millionen baren Geldes alljährlich nach Frankreich, damit dessen König um so eher im stande sei, ihrer Freiheit den Todesstoß zu versetzen.

Als sich die Staaten kurz vor dem Ausbruche des Krieges im Januar 1672 doch entschlossen, Herrn von Amerongen nach Berlin zu senden, um mit dem Kurfürsten über eine Defensivallianz zu verhandeln, blieben dessen Erbietungen weit hinter dem zurück, was der Kurfürst verlangen mußte, wenn er sich nicht selbst die größten Verlegenheiten bereiten wollte. Außer den 3000 Mann, zu deren Stellung ihn die noch immer in Kraft bestehende Quadrupelallianz verpflichtete, sollten weitere 16000 Mann kommen. Für diese wollten die Staaten

die Hälfte der Werbegelder und Löhnungen zahlen, wenn es zum Kriege kam. Ueber die Rückgabe der kleveschen Festungen, welche Holland noch immer besetzt hielt, wußte Amerongen keine Auskunft zu geben, ebensowenig brachte er einen annehmbaren Antrag zur raschen Regelung des Hofpferschen Schuldverhältnisses. Gleichzeitig erklärte der Franzose St. Geran, der alles aufbot, um hinter den Gegenstand der Abmachungen mit Amerongen zu kommen: „Der König, sein Herr, werde jeden für einen Feind halten, der den Holländern beistehe, er werde keine dritte Partei dulden, sondern eine solche als ihm feindlich ansehen und behandeln.“ Hält man dazu, daß gerade in jenen Tagen sich wieder eine starke Bewegung gegen Brandenburg in Polen bemerkbar machte, daß der Prozeß Ralkstein in Preußen die Gemüter in und außer dem Herzogtume heftig erregte, so muß man es begreiflich finden, daß die brandenburgischen Räte zur größten Vorsicht rieten und vor Holland warnten, das für seine eigene Sicherheit keine Opfer bringen wollte und gewiß nicht anstand, den Bundesgenossen im Stiche zu lassen, wenn sich ihm eine Gelegenheit bot, selbst den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Friedrich Wilhelm selbst wollte die Allianz mit den Staaten. Er hatte von den ersten Zeiten seiner Regierung an stets den größten Wert auf das Zusammengehen mit jenen Mächten gelegt, welche die evangelische Freiheit in Europa gerettet und sich für deren Erhaltung verpflichtet hatten. Nachdem Schweden seine große Sendung verkannt, die Wege Gustav Adolfs verlassen und eine ausschließlich eigennützige Zwecke verfolgende Politik angenommen hatte, blieb Holland in natürlicher Interessengemeinschaft mit den norddeutschen Protestanten, von denen es niemals etwas zu befürchten, aber alle Unterstützung zu erwarten hatte, wenn es das Seinige that, um sie unabhängig und leistungsfähig zu erhalten. Friedrich Wilhelms Selbstgefühl als deutscher Fürst empörte sich gegen den wachsenden Hochmut Ludwigs XIV. und die Geringschätzung, mit welcher das ganze französische Volk auf das Reich herabsah. Er sah voraus, daß der Fall Hollands die Stände des Reiches, welchen der König jetzt vorspiegelte, daß er für ihre Freiheit und Sicherheit besorgt sei, zu dessen Vasallen machen werde. In seinem Namen erklärte Sanstein dem Herzoge von Celle, bei welchem der Kurfürst am ehesten unter allen seinen Genossen eine Uebereinstimmung der Gesinnung erwarten durfte: „Seine kurfürstliche Durchlaucht sei nicht gesonnen, sich bei einer Niederlage der Staaten, ohne das Schwert zu ziehen, in die Bastille schleppen zu lassen; denn nichts Geringeres lasse die Sprache, die St. Geran in Berlin geführt habe, erwarten; in den Augen der Mit- und Nachwelt werde es als eine unvergeßliche Schwachheit erscheinen, die Freiheit nicht bloß Deutschlands, sondern der ganzen Christenheit so preisgegeben zu haben.“¹⁾ —

¹⁾ Es ist schwer zu begreifen, wie Adam Wolf die Haltung des großen Kurfürsten als Grund anführen konnte, „warum Oesterreich nicht mit Frankreich brechen wollte“ (Lobkowitz, S. 374), um so mehr, da Wolf selbst ein Schreiben des österreichischen Gesandten in Berlin, Freiherrn von Goës, mitteilt, aus welchem hervorgeht, daß der Kurfürst als Vorbedingung einer Annäherung an Oesterreich aufstellte, daß dieses mit Frankreich nicht verbündet sei, sondern freie Hand habe. Brandenburg war frei, es hat zu einer Zeit die Anträge Ludwigs XIV. abgelehnt, da sich Oesterreich schon zum zweitenmal Frankreich gegenüber gebunden, zur Neutralität

Die vier Jahre zwischen dem Devolutions- oder ersten Raubkriege und dem holländischen oder zweiten Raubkriege riefen in Europa eine aufgeregte Stimmung hervor, welche nur mit der beim Ausbruche des dreißigjährigen Krieges verglichen werden kann. Es war ein Zustand fortgesetzter und immer gesteigerter Spannung, welche durch stets neue Kombinationen und Mutmaßungen über den Stand der diplomatischen Aktion auf ihrer Höhe erhalten wurde. Sie spiegelt sich in der Tageslitteratur, welche sich in hervorragender Weise mit politischen Fragen beschäftigte. Daß Pufendorfs Mozambano gerade 1667 erschienen war, trug nicht wenig dazu bei, die Erörterung derselben anzueifern. Unter den Deutschen tritt dabei ein Freimuth und eine so ernste nationale Gesinnung zu Tage, wie man sie neben den gleichzeitigen Ergießungen eines kriechenden Servilismus nicht zu suchen gewohnt ist. Die Satire bleibt uns oft unverständlich, sie sinkt auch vielfach zum verben Späße herab, der uns geschmacklos und flach erscheint. Daß das innere Leben der Tageschriftsteller jedoch von einer warmen Liebe zum Vaterlande erfüllt war, tritt allseitig unverkennbar zu Tage. Wenn man nun in Betracht zieht, daß die meisten Flugschriften nicht etwa nur dem Drange nach Mitteilung ihr Entstehen verdanken oder auf Kosten irgend eines an den Weltvorgängen unmittelbar Beteiligten gedruckt wurden, sondern litterarische Handwerkszeugnisse waren, die in den Handel gebracht wurden, also auch geschäftliche Erfolge erzielen sollten, so ist der Schluß gestattet, daß dieses Gefühl auch in den Herzen des Lesepublikums in Stadt und Land Widerhall gefunden hat.

Aus der nicht geringen Zahl dieser Büchlein, welche nicht für die Gelehrten bestimmt, sondern an jene Bevölkerungsklassen gerichtet waren, welche sich heute gute Journale und Revuen halten, können wir nur einzelne Beispiele hervorheben, welche die Zeitströmung kennzeichnen.

Die eindringlichsten Ermahnungen erhebt jener Autor, der sich unter dem Titel eines an die Reichsfürsten abgesandten französischen Wahrfagers vorstellt.¹⁾ Er ruft ihnen zu:

„Stehet auf ihr Todten, kommt zum Gerichte, der Franzos laßt die Todten-Posaun blasen: der Freiheit letzten Tag laßt der Franzos dem Niederländischen Reich und dem ganzen Europa ansagen . . . Augen haben die Reichsfürsten und sehen nicht, theils werden sie von des Goldes Strahlen verblendet, theils, ob sie schon das Schwert rücken oder ihr Haupt trugig emporheben, werden sie doch in Ansehung des Franzosens gleich wie von Gorgone erschreckt, und so stumm, als ob sie in einen Felsen verkehret wären, . . .

„Derwegen thue ich euch ihr Könige und Reichsfürsten (welche sich an dem unlängst untergehenden Niederland mit Beistand nicht versündigen wollen) zum Urtheil, so ihr euch selbst sprechen möcht, berufen. Euer nächster Nachbar

verpflichtet hatte. Daß Friedrich Wilhelm in den Verhandlungen mit Oesterreich auf die endliche Regelung der Jägerndorfer Angelegenheit zurückkam, kann man ihm doch nicht als unpatriotisch auslegen. War es patriotischer, daß das zehnmal reichere Oesterreich eine angemessene Entschädigung versagte?

¹⁾ Zu denen H. Römischen-Reichs Fürsten Abgesandter Französischer Wahrfager. Gedruckt im Jahr, 1671.

wird der Franzos, weilen, nachdem er Lothringen, so zwischen ihm und euch bisher gemittelt, hinweggenommen, offenen und freien Paß hat bis zum Rhein-
strom. Der Pfalz-Graf trägt nicht groß Leid wegen der Lothringer, weilen
seine Armee bei dem Ingelheimischen Thal unlängst den Kürzeren gezogen hat.
Den Mainzer bei Franzosens Ankunft stehet frei zu weichen oder zu gehorchen.
Der Hef, den die Rheinfeldische Hoffnung vergeblich tröstet, wird beide vielleicht
vor unser Geld besetzte Schlösser bald hergeben müssen. Der Trer wird in
der Ebensteinischen Warte lauern. Der von Cölln, in dem er seines Raths
nicht leben mag, was wird er dem Franzosen abschlagen? welchen der von Gulich
schon längst seine Freiheit gekauft hat. Nimm wahr, daß der König aus Frank-
reich den Rheinstrom ohne Schwert, ja mit Eurer selbsteigenen Hilfe bald unter
sein Gebiet bringen wird. Auf der anderen Seite des Rheinstromes wird zwischen
dem Haus Oesterreich und Baiern, in des Stieffohns Vater unterhandelt und
die Ja-Herren bewilligen, der alte Widerwillen remoriret. . . .

„Erwacht doch einmal und wisset Euch den Schlaf aus den Augen, berat-
schlagend eilends, greift mannhafst zum Gewehr, damit ihr nicht wieder hinter
das Licht geführt werdet. . . . Ach, wie verstarret sind Eure Gemüter, wie tödtlich
und lothringisch ist des Reiches Krankheit! Dünket dann noch etlicher aus Euch
groß fein, eines solchen Königs Freundschaft zu suchen, wann er die Unvorsich-
tigen in sein Garn bringet und Euch, ihr Reichsglieder, von dem Haupt mit
Gewalt abreißet, nachmals zerfleischt, und Euch selber wider einander hezet. . . .
In dem Königl. Hofe, in dem Lager, in Gegenwart des Königs selbst, haben
Eure Legaten mit eigenen Ohren die Wahrheit unter Schimpf und Scherz singen
und sagen hören. Eben auf solche Manier, die sich vor Zeiten die Römischen
Soldaten bei des obstiegender Kaisers Wagen im Singen und Wahrsagen ge-
brauchten. Als der Römische Kaiser mit Namen Caesar die Franzosen über-
wunden hat, wurde bei öffentlichem Triumph also ausgerufen: Ihr Stadtleute
nehmet Euere Frauen in acht, wir bringen einen kahlköpfigen Ehebrecher, der
das Geld, was er hier entnommen, in Frankreich hat verschwendet. Meines
Königs Szepter thue ich unterthänigst respectieren, was aber an ihm verwerflich
ist, mag ich nicht verschweigen. Gott sei davor, daß ich, was von bemeldtem
Kaiser ausgerufen worden sollte sagen: Aber dieses fürchte ich, daß er jenes
Gut und Geld, so er vor etlichen Jahren in Deutschland gelassen, nicht neben
gewöhnlichem Interesse, sondern mit Bucher, nicht allein in Silber oder Gold,
sondern vielmehr an Eurer Haut und Köpfen suchen wird. Warum rufe ich
Euch abermals zum Gerichte? bedenket wohl, ob meine Worte anzunehmen, oder
zu verwerfen sind. Erinnet Euch, ihr alte Deutsche, dessen, was Linius ge-
sprochen hat: daß der Franzosen erstes Treffen etwas mehr ausgibt als der
Männer, das letzte aber weniger als der Weiber. Laßt Euch nicht abschrecken
von unserer großen Kriegsrüstung, so nur der Franzosen Uebermut zubereitet:
als da sind die mit Silber und Gold gemachten Kleider, die mit Federbusch
ausstaffierten Hüthen, die versilberten und verguldeten Degen und dergleichen
Kinderspiel mehr. Sie können doch vor der Deutschen Macht nicht bestehen und
machen sie nur somit begierig auf die Beute, wie des Darii Soldaten des
Alexander Volk.“

Eberhard Wassenberg, ein katholischer Schriftsteller aus Kleve, der sich des schönen Titels eines königlich polnischen Historiographen erfreute, spricht in seiner „französischen Gold-Grube, denen Römischen Reichs-Ständen eröffnet und verschlossen“ (1672) die in Regensburg versammelten Herren also an: „Wir sehen fast mit Erstaunen, wie unser benachbartes Frankreich wegen selbst erdichteter, vermeinter und angenommener hoher Majestät die stolzen Pfauenfedern aufblase, wie es sich vor lauter Hochmut anbeten lasse, gleich als wenn es in der Welt allein Hahn im Korb wäre: daher es dem Europa als ein schreckender Blix vor Augen steht; so gar hat sich diese Königin der Welt (aus französischem Gehirn) in sich selbst verliebt, daß sie mit erhobenem Kopfe und aufgerichtetem Halse schwänzend einhergehet und auf mancherlei Weise ihren Kizel und Mutwillen ausübet; von ihrem unererschöpften Reichtum und Vermögen muß die Pracht der kostbaren Gebäude, der Glanz so vieler Präparatorien und Vorrats, der reiche Weiberschmuck, die übermäßigen und wohl ausgedachten Kleidertrachten und Gastereien reden; ja der starke Festungsbau und Gegenwehr, so man zu Wasser und Land emsig anstellt, die mächtig ausgerüsteten Schiffsflotten und die goldenen Pfeile, welche durch aller Potentaten Reiche fliegen, müssen von der goldenen Zeit des Frankreichs und von dessen Ophirischen Schiffahrten zeugen. Und zwar thut dies Alles dasjenige Frankreich, welchem sicherer, wenn es nur den Namen der Burgundischen Fürsten hören nennen, die Haut geschauert, deren Feldzeichen und Losung, welche bis Lüttich erschallt, auch die französischen Könige vernehmen können, . . . daselbe Frankreich, welches aus jährlichen Renten kaum 8 Millionen zu heben hatte, welche doch jetzt über 60 Millionen gestiegen sind. Und hierdurch ist nun dieses unruhige und ehrgeizige Volk dahin gebracht worden, daß es sich unterstehet, die ganze Welt nebst dem Meer und großen Ozean zu übermeistern und sich unterthänig zu machen; wird auch nicht eher Frieden habe, als bis ihm die Flügel beschnitten werden.“ Wie aber, fragt er, sind ihm denn die Flügel so schnell gewachsen, mit denen es sich aufgeschwungen? Die Macht kommt nicht allein von der Fruchtbarkeit des Landes, nicht von der Geschicklichkeit seiner Beamten, viel weniger von der angeborenen Tapferkeit dieser Nation, „welche vielmehr in allen Wollusten, Ueppigkeiten eroffen, zärtlich erzogen und genährt, der Arbeit feind und zuwider und, wie alte Scribenten diesfalls Zeugnis geben, zum Kriege so geschickt ist, wie der Esel zum Harzenschlagen“. Wo es die Deutschen ernst genommen, sind die Franzosen stets von ihnen geschlagen und überwunden worden. Sie bedienen sich vieler Vorteile, Ränke und politischer Kunststücke, um sich über die anderen Völker zu erheben, befördern jeden Streit unter den Nachbarn und mischen sich ungerufen in alle fremden Angelegenheiten. Das Wichtigste aber sei es, daß sie so großen Reichtum erwerben. Dieses kommt davon her, daß sie es verstehen, ihre Erzeugnisse, vor allem Wein, Brantwein, Salz und Modeartikel außer Landes zu verkaufen. Aus ganz Europa werden die jungen Leute nach Frankreich gesendet. Diese gewöhnen sich an französische Sitten und Unsitten und wollen, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, nichts anderes mehr gebrauchen, als was aus Frankreich stammt. „Keine Speise will uns mehr schmecken, wenn sie nicht von einem französischen Koch bereitet oder zum wenigsten auf französische Manier abgewürzt

ist; ja, es wollen fast die Männer nicht mehr ihren Weibern und die Weiber ihren Männern gefallen, wo sie nicht auf französische Mode ausgeputzt sind; daher auch an unseren fürstlichen Höfen so viele französische Nachtreterinnen, Aufwärterinnen und Hoffartmeisterinnen gefunden werden, welche dem Pfauen- oder Frauenzimmer die Haare und anderen Hauptschmuck in ziemliche Positur zu legen gelernt haben. Was folgt aber endlich daraus? Eine allmähliche Verwüstung aller Familien, äußerste Armut unserer Lande, Zertrennung der Kriegsdisziplin und Einführung aller Laster, deren heutzutage das Römische Reich ganz voll ist, wie auch ein unehrliches Gewerbe; so gar, daß ich fast sagen möchte, es sei in Deutschland nichts mehr von alter deutscher Treue, Redlichkeit und Sitten übrig. . . . Eben die Macht, vor der wir uns fürchten, erwerben wir selbst den Franzosen; als die wir auch zu dieser großen Feuersbrunst, welche täglich weiter um sich frißt, nicht nur Zunder, Holz und Stroh tragen, sondern auch in großer Menge Del darein gießen. . . . Wir Narren machen selbst aus unserem Holz solche Kriegsinstrumente, mit welchen sie unsere Mauern darniederreißen und ersteigen; und wenn sie solche unsere Blindheit sehen, müssen sie billig selbe verlachen, weil sie durch unser unbesonnenes Vorgehen glücklich, reich und stolz sind und der ganzen Welt, vornehmlich aber Spanien und Deutschland, nicht wenig zu schaffen machen.“

Die Goldgrube, welche sich Frankreich bei den guten Deutschen eröffnet hat, muß wieder geschlossen werden, die Reichsstände sollen die Freiheit des Handels für Frankreich nicht aufheben, aber beschränken. So gut als die Franzosen können die Deutschen alles in ihrem eigenen Lande verfertigen, was sie zum Leben bedürfen, und jene dürfen sich nicht darüber beklagen, wenn ihre Einrichtungen zum Muster genommen werden. Die Fürsten sollen durch Ermäßigung der Zölle dahin bringen, daß man selbst mit einheimischen Erzeugnissen Handel treiben könne. Holland, England, Dänemark werden den Franken-, Mosel- und Rheinwein viel lieber trinken, als den französischen. „Laßt uns doch endlich,“ so schließt Wassenberg, „ihr Stände des Heil. Römischen Reichs, ihr Deutschen und Spanier, ihr Engelländer und Dänemärker, ihr Schweden, Livonier und Pruteni die Augen aufthun, laßt uns unsere alten deutschen Sitten wiederum hervorsuchen, laßt uns unnötigen Ueberfluß abschaffen, als die wir selbst in unserem Lande genug haben, was unsere Notdurft oder auch Ergötzlichkeit erfordert, damit wir uns also hinfort dem listigen Frankreich nicht zur Beute und Raub geben, und, wenn wir selbst auf unser aller Nutzen sehen, und es mit einander halten, unsere Schätze mit dem phantastischen Spiel- und Kinderwerk der Frau Mode nicht vertauschen. Denn, wenn wir also die französische Goldgrube verriegeln, können wir Frankreich, welches jetzt als eine gewaltige Sündflut uns zu überschwemmen sucht, leichtlich nach unserm Gefallen im Zaum halten, unser christliches Regiment bei Frieden erhalten und die ganze Welt in erwünschte Sicherheit setzen.“ Ein Verzeichnis der beanstandeten Exportartikel Frankreichs, welches seinen Ausführungen angeschlossen ist, soll den Reichsständen Gelegenheit geben, ihre Beratung auf bestimmte Gegenstände zu lenken.

Die Ansicht, daß man, um Frankreichs Uebermacht zu brechen, zunächst

die Quellen seines Reichtums verstopfen müsse, hat mehrfache Verbreitung gefunden. Wir begegnen derselben auch in einer Flugschrift, welche den Titel führt: „Der stolze Melcher, Sambt einer Besprednuß Von das Franços Krieg mit der Holland, Welches Durch Veranlassung eines Saphoyers der sridenssatten und gern-kriegenden Teutschen Jugend zum Meßtram verehret wird.“¹⁾ Dieselbe ist gegen diejenigen jungen Leute gerichtet, die sich in französischen Kriegsdiensten Ruhm und Geld zu verdienen hofften, und schildert das Elend, in welches die fremden Söldner in Frankreich geraten. Der Vater des „stolzen Melcher“, der diese Erfahrungen machen mußte und in einem erbärmlichen Zustande als verllorener Sohn in das heimatliche Dorf zurückkehrte, will von dem in der Fremde Verkommenen im rechten deutschen Bauernstolz nichts wissen, er soll ihm nicht mehr über die Schwelle kommen. „Ich bin die Tage meines Lebens,“ ruft er, „keinem Krieger hold gewesen, und du leichtfertiger Schelm hast dich dessenungeachtet mitten unter ihre Diebszunft, und was das allerärgste ist, unter die Welschen begeben, dein eigen deutsches Vaterland zu bekriegen, seine feierliche Ruhe zu zerstören, seine Freiheit zu unterdrücken, seine Inwohner zu ruiniren“ u. s. w. Erst die Aufzählung aller Mühsal und Schmerzen, mit denen der Sohn seinen Leichtsinn gebüßt, stimmt ihn milder und bewegt ihn, denselben wieder aufzunehmen. Politische Gespräche eines Junkers und des Pfarrers, die der aufregenden Szene zwischen Vater und Sohn anwohnen, geben dem Verfasser Gelegenheit, die landläufigen Meinungen auszusprechen zu lassen. Der Junker sieht es als eine ausgemachte Thatsache an, „daß Deutsche niemals anders als durch Deutsche überwunden werden können; das wissen die Franzosen und derowegen sehen wir aus des Savoyers und Schweizlers Relation, daß sie zu unseren Zeiten um unser Geld, das wir um französische Waaren und mit unnötigen kostbaren Reiskosten nach Frankreich hinein vernarren, unsere Mannschaft von den Niederdeutschen erkaufen.“ Der Pfarrer aber sieht in dem Kriege Frankreichs gegen Holland eine gerechte göttliche Strafe für den Uebermut der durch ihren überfließenden Reichtum hochmütig gewordenen Holländer. Franzosen und Holländer werden sich in diesem Kriege gegenseitig abmatten und demütigen, viel Gefindel, das zu Hause nicht gut thut, wie man an dem stolzen Melcher ein Beispiel habe, werde dabei umkommen und so „das Unkraut der Nationen ausgejätet werden“.

In einer schwungvollen Rede vertrat eine weit thatkräftigere Gesinnung, als sie der Verfasser des „stolzen Melcher“ besaß, ein anderer Litterat. Er ließ nämlich „Deutschland“ vor dem Reichstag eine Ansprache halten, aus welcher echte nationale Begeisterung hervorklingt.²⁾ „Es müsse der Tag verloren sein, daran Ich Deutschland geboren bin, wie ich weitaus war eine Herrscherin, welche allen Herrschenden Furcht und Schrecken einjagte, eine Ueberwinderin des Welt-

¹⁾ Die Schreibung soll den Dialekt des Savoyers kennzeichnen, den er auch in der Erzählung stets beibehält.

²⁾ „Gemüthes-Rede Deutsch-Landes, Worin selbiges beßwegen sonderlich, daß die Gemüther derer Stände des heil. Röm. Reichs nicht sein zusammenhalten, seinen Untergang Ihme selbst gleich als im Wilde zuworher darstellet.“

kreises und eine Fürschreiberin der Gesetze allen Völkern. . . . Es müsse die Nacht verloren sein, in welcher Ich von Helden empfangen; durch Helden fortgepflanzt. . . . Es müssen die Tage verloren sein, in welchen Ich Deutsche zur Welt gebracht, ach leider Deutsche: Es müssen die Nächte verloren sein, es müssen verloren sein die unglücklichen Zeichen der Gestirne und dieselben Einflüsse, wann Ich, nachdem Ich so viele Helden zur Welt gebracht . . . aufs Neue wiederum bin schwanger geworden und durchaus keine solchen Söhne geboren habe, welche ihrer Urahnväter wert zu schätzen! O du König Ehrenfest, o du König Webedind! o ihr streitbare Herzoge und königmäßige Herrn der Schwaben . . . was würdet Ihr, wann Ihr wieder von den Todten auferstehen und sehen solltet, was massen die Gestalt des Reiches sich verändert habe, wenn Ihr auch ferner sehen solltet, derer Deutschen Gemüter, wie daß dieselben (es bleiben mir die Worte schier darüber im Munde stecken) also überaus furchtsam sind, wie es so kaltfinnig Ding um derselben Ratschläge sei, wie es so unordentlich mit Ratschlag halten unter denselben dahergehe, wie man aus selbigerer Verursachung unter denselben so viel Krickel-Krumes und hier und dort an Knoten anstoßendes Wesen mache, um dieses oder jenes Ding zu Ende zu bringen, was würdet Ihr wohl anders sagen, als daß dergleichen Leute nicht wert seien, daß sie den Namen der Deutschen führen sollen.“ „Der Herr von Fürstenberg habe ja schon ausgesprochen, er beklage es, als Deutscher geboren zu sein! und ein anderer habe von den Deutschen gesagt: Der Frosch schreit den Ochsen an, wenn er fürchtet, von ihm getreten zu werden, selbst auf die Gefahr hin, zu bersten; wenn die Deutschen jegiger Zeit aber das Hahnengeschrei nur einmal gehört haben, so zittern und beben sie vor dem königlichen Namen der Franzosen.“ Der Autor verlangt daher allgemeine Wehrhaftmachung und Rüstung und daß man sich den König von Frankreich zum Beispiel nehme und mit Klugheit zu erreichen suche, was man mit den Waffen nicht erzwingen kann. Wenn die Reichsfürsten einmütig zusammentreten und sich bereit zeigen, die deutsche Freiheit zu beschirmen, so wird man sich nicht an sie heranwagen und sie werden es nicht notwendig haben, ihrer eigenen Sicherheit wegen bei Frankreich um Allianzen zu betteln.

Ein angeblicher Franzose, der beweisen will, daß es auch sanftmütige Köpfe in Frankreich gebe, unterzog in einem Büchlein „Das Entlarfte Frankreich“ die französische Politik und ihre journalistischen Verteidiger einer scharfen Kritik. Er meint, daß man d'Aubery, den Verfasser der „justes pretensions du Roy sur l'empire“, ziemlich allgemein für einen Narren erkläre, daß L'Hola dem litterarischen Vorkämpfer des Revolutionskrieges „den Kompaß verrückt habe“ und findet, daß alle Welt die Versuche der Franzosen, ihre Rechtsansprüche auf fremde Länder zu begründen, belache, „weil unser Geschwätz mehr dunkel als trefflich, mehr erdichtet als wahr ist“. Es sei viel anständiger, sich einfach auf die Gewalt zu stützen, in welcher man den anderen überlegen sei, „und lasset uns doch nur nicht treten in den Disputir- und Federstreit, in welchem wir nicht mögen aufkommen.“

Mit der Tripelallianz beschäftigen sich die ziemlich einfältigen „Bedenkenden über die Triple Allianz“ (1671) und „Das Große Kriegs-Spiel, Aufgesetzet

von einem Franzmann, Anzugehen Mit allerley Nationen In Europa.“ (Aus dem Holländischen übersezt und gedruckt im Jahre 1668) in der beliebten dialogischen Form, dem sich auch die Satyre „Das französische Traplier-Spiel“¹⁾ (1671) bebieht. Darin treten als sprechende Personen: der Franzos, Graf Serin (Briny) Frangipani, Tettenbach (Tattenbach) „das protestirende Ungarn“, Monsieur Gremontville, der römische Kaiser, die Serinische Partei, die französische Partei in Polen, Danzig, Ragoki, Getreue Ungern, Graf von Sternberg und nahezu alle in den letzten Jahren in Aktion getretenen europäischen Mächte bis zur Stadt Erfurt und dem Münsterischen Kapitel auf, und jeder wurden mehr oder minder beißende Bemerkungen in den Mund gelegt, die sich gegen die Falschheit und Verlogenheit der Franzosen wenden.

Dem Holländer, der mit seinem Triple-Spiel großthat, erwidert der Franzose: „Ich habe nimmer im Sinn, mit euch Kaufleuten zu spielen, ihr gehet zu genau auf die Lage (?) und wollet auch des Kapitals versichert sein, und so ihr etwas verlieret, so esset ihr 3 Tage nach einander lauter Stockfisch. Spielet nur fort Triple-Partei, ich werde noch den Tag erleben, daß ihr euch selbst untereinander die Karten um die Köpfe schmeißet, oder durch andere Spieler ausgefordert und einander nicht werdet helfen können. Dies zu erlangen, werde ich gewiß möglichst suchen und hoffe die härtesten Köpfe sollen mir das Spiel bezahlen.“ —

In eine höchst merkwürdige Beziehung zu dem holländischen Kriege Ludwigs XIV. trat Leibniß. Dieser war eben trotz seiner Jugend (er stand erst im 27. Lebensjahre) durch Boineburgs Vermittelung zum Rat des Oberrevisionskollegiums in Mainz ernannt worden, als er schon in alle die Mainzer Kurmacht beschäftigenden politischen Angelegenheiten eingeweiht wurde. Er wohnte mit seinem Gönner Boineburg der im Juli 1670 zwischen Mainz und Trier verabredeten Konferenz in Schwalbach bei und arbeitete dort das erste „Bedenken, welchergestalt Securitas publica interna et externa im Reich auf festen Fuß zu stellen“ aus. Das zweite Bedenken von der Sekurität des Reiches, eine Fortsetzung und Ergänzung, entstand im November desselben Jahres, nachdem Frankreich den Ueberfall von Lothringen, der im ersten Bedenken nur als Eventualität erörtert wird, bereits zur Ausführung gebracht hatte. „Das Römische Reich,“ beginnt Leibniß seine Staatschrift,²⁾ „ist ein Land, so vor sich selbst bestehet, und in dessen Macht ist, glücklich zu sein, wenn es will; denn es weder dem Lande an Leuten zur Beschüzung, noch den Leuten an Land zur Unterhaltung mangelt. Die Leute sind herzlich und verständig, das Land groß und fruchtbar genugsam, als daß die Menge der Waaren der Kunst und Verstand, die Kunst zu verarbeiten und Menge zu verföhren den Waaren nicht reicht. — Gleichwohl aber gibt nichts desto minder die tägliche Erfahrung, daß Deutschland oder, welches ich anjeko vor eines nehme, das Römische Reich bei weitem nicht

¹⁾ Traplierkarten hießen die italienischen Karten; welches besondere Spiel hier gemeint ist, vermag ich nicht zu enträtseln; dadurch geht aber die Anspielung, die offenbar in dem Titel liegt, verloren.

²⁾ Leibniß Werke. Herausgegeben von Dnno Klopp, I. Reihe, I. Bd.

in solchem Flor und Stande sei, als zu sein in seinen Kräften ist. Denn, den Schaden zu geschweigen, so es in diesem letzten Krieg gelitten, den nichts als die Zeit verbessern kann, so sind doch gleichwohl auch der Mängel viel, die ein großes Teil unseres Uebelstandes machen, und wir Niemand als uns selbst zu danken.“ Als solche führt er an „die übel eingerichteten Commerciens und Manufacturen, das grundverderbte Münzwesen, die Ungewißheit der Rechte und Saumseligkeit der Prozesse, die nichtswürdige Erziehung und unzeitige Reisen unserer Jugend, der (überhand genommene Indifferentismus cum in fidei, tum in moralibus et politicis rebus, und der folglich einreisende)¹⁾ Atheismus; die gleichsam mit einer fremden Pest angesteckten Sitten, der Religionen verbitterte Zwistigkeiten“. Die Hauptaufgabe aber liegt in der Wehrlosigkeit der Nation gegen äußere Feinde, in der Unzulänglichkeit der Kriegsverfassung.²⁾ Die Anlehnung einzelner Reichsstände an die Tripelallianz könne dafür keinen hinreichenden Ersatz bieten; schon deshalb nicht, weil man sich auf die Hauptmacht derselben, Holland, nicht verlassen kann. Das Reich muß durch eine Allianz der Reichsstände untereinander verstärkt werden, die sich in nichts weiteres, als was das Reich angeht, zu mischen hat. Der Kaiser als solcher hätte nichts dabei zu thun, er kann jedoch für seine Hausmacht der Allianz angehören. Frankreich darf durch dieselbe nicht zu Feindseligkeiten gereizt werden, sondern soll von ihnen zurückgehalten werden. Man braucht sich deshalb auf eine Garantie des burgundischen Kreises oder Lothringens nicht einzulassen, könnte sich aber die Sicherheit der Rheingrenze von Frankreich selbst garantieren lassen. Die neue Allianz solle eigentlich nur eine Verbesserung der nicht mehr bestehenden rheinischen Allianz bilden, durch die man ja auch nur den Schutz Deutschlands und die Erhaltung des Friedens beabsichtigt habe. Mit dieser Andeutung will Leibnitz die frühere Politik seiner Brotherren in den Augen der Nation rechtfertigen, er kommt dadurch aber in eine sehr schwer zu entwirrende Gedankenkollision. Man soll Frankreich mit der neuen Allianz in ein gutes Verhältnis bringen, ja es sogar zu einer Garantie der Rheingrenze veranlassen, indem man auf die wachsende Macht des Kaisers, auf die Veränderung seines Charakters aufmerksam macht, der nicht mehr so friebliebend und zurückhaltend wie ehedem sei. Wenn nun der König von Böhmen, Herzog von Oesterreich und Graf von Tirol selbst Mitglied der Allianz wurde, mußte sich dieses Drohen mit der Macht des Kaisers sehr eigentümlich ausnehmen! Es läßt sich auch nicht leicht ermessen, wie man sich davor hüten sollte — was Leibnitz ausdrücklich verlangt — daß es nicht das Ansehen habe, als ob man *Rempublicam* in *Republica* (Boineburg macht es noch deutlicher: *Imperium* in *Imperio*) stiften wolle. Er sieht ein, daß die Beratungen der verbündeten Reichsstände nichts anderes als einen zweiten Reichstag abgeben würden, will dieselben daher möglichst vermieden wissen. Die Hauptsache ist ihm die Aufstellung eines Bundesheeres von 20000 Mann, welches dadurch entsteht, daß jedes Mitglied der Allianz 1000 Mann

¹⁾ Das Eingeklammerte ist Zusatz von Boineburgs Hand.

²⁾ Die weitere Ausführung dieses Punktes wurde bereits im ersten Buche (§. 15) kurz angedeutet.

(600 zu Fuß, 400 zu Pferd) zu stellen hat. Die Stände, welche dessen nicht vermögend sind, treten zusammen und haben dann bei den Beratungen eine gemeinsame Stimme. In der Anpreisung der Folgen dieser neuen politischen Organisation entwickelt Leibniz eine überraschende Ueberschwänglichkeit. „Gewißlich,“ meint er, „wer sein Gemüt etwas höher schwingt und gleichsam mit einem Blick den Zustand von Europa durchgehet, wird mir Beifall geben, daß diese Allianz eines von den nützlichsten Vorhaben sei, so jemals zu allgemeinem Besten der Christenheit im Werk gewesen. Das Reich ist das Hauptglied, Deutschland das Mittel von Europa. Deutschland ist vor diesem allen seinen Nachbarn ein Schrecken gewesen; jezo sind durch seine Uneinigkeit Frankreich und Spanien (?) formidabel geworden, Holland und Schweden gewachsen. Deutschland ist das pomum Eridos, wie anfangs Griechenland, hernach Italien. Deutschland ist ein Ball, den einander zugeworfen, die um die Monarchie gespielt, Deutschland ist der Kampfplatz, darauf man um die Meisterschaft von Europa gefochten. . . . Alsdann werden unsere Sachen ein anderes Ansehen haben. Ganz Europa wird sich zur Ruhe begeben, in sich selbst zu wüthen aufhören und die Augen dahin werfen, wo so viel Ehre, Sieg, Nutzen, Reichthum mit gutem Gewissen, auf eine Gott angenehme Weise zu erjagen. Es wird sich ein anderer Streit erheben, nicht wie einer dem andern das Seinige abdringen, sondern wer am meisten dem Erbfeind, den Barbaren, den Ungläubigen abgewinnen und nicht allein sein, sondern auch Christi Reich erweitern könne. . . . Alsdann wird jenes Philosophi Wunsch wahr werden, der da dies riete, daß die Menschen nur mit Wölfen und wilden Tieren Krieg führen sollten, denen noch zur Zeit vor Bezähmung die Barbaren und Ungläubigen in etwas zu vergleichen.“

In dem ziemlich geschwägigen zweiten Teile des Bedenkens, der an Widersprüchen noch reicher ist, als der erste, wird nur das Eine richtig vorausgesagt, daß Ludwig XIV. nicht daran denke, das Reich zu überfallen, sondern daß seine große Kriegsrüstung nur gegen Holland gerichtet sei. Kein Haß sei so stark als der aus der Freundschaft geborene. „Wie schwer ein Monarch, dessen ganze Felizität in der Gloire und Weide des Gemütes bestehet, verdauen könne, daß einige kauf- oder doch sonst bürgerliche zusammengetretene Leute und Deputierte etlicher Handelsstädte ihm Grenzen seiner Siege setzen und, wie ihrem wallenden Oceano einen Damm vorschieben und gleichsam sagen dürften: Hier sollen sich legen deine stolzen Wellen! das kann ein jeder bei sich selbst und niemand besser als ein Edelmann abnehmen, der von einer Gemeine benachbarten Bauern affrontiert wird.“

Daß Frankreichs Endziel aber trotzdem dahin gehen werde, „von Innen oder von Außen die Meisterschaft in Deutschland zu haben“, gibt Leibniz zu und kommt daher wieder auf die schon in Schwalbach beantragte Allianz zurück, durch welche die deutschen Stände (im engeren Sinne) sowohl Oesterreich als auch Frankreich an sich fesseln können. Als eine unerläßliche Pflicht der Deutschen stellt er dann schließlich die Hebung des Wohlstandes und der Pflege der nationalen Eigenart hin. Er will, daß die Einfuhr französischer Waren durch Reichsbeschluß herabgesetzt werde: „Man darf nicht sagen, es sei unmöglich. Nein, nein! Die Erfahrung hat etlichemal gewiesen, daß nichts als Ernst und Nachdruck erfordert wird, auch inveteratissima mala abzuschaffen.“

Das „Bedenken“ hat keinen praktischen Erfolg gehabt und konnte keinen haben, weil es nur theoretisch erfunden war und auf die thatsächlichen Verhältnisse keine Rücksicht nahm. Der Boden, auf welchem Leibniz entstand, war nicht der günstigste für eine richtige Beurteilung der bewegenden Kräfte im Reiche. Im Grunde können wir in dem Projekte nichts weiter als eine geistreiche Umgestaltung der alten Mainzer Reformpläne erblicken, deren Unbrauchbarkeit doch längst erwiesen war. Es zeigt sich mehr politische Methode als politische Auffassung in dem Versuche, eine eigentliche Verfassungsreform dadurch zu umgehen, daß man nicht an die Stelle, sondern neben den alten Reichsorganismus eine neue politische Organisation setzen wollte, die einen Theil der Aufgaben der ersteren und zwar denjenigen, der die Machtstellung der einzelnen Glieder am nächsten berührte, zu übernehmen hatte. Die Nichtachtung der Stellung, die sich damals Brandenburg bereits errungen hatte, ist allein schon ein vollgültiger Beweis dafür, daß Leibniz's Gedankengang sich nur in den von Johann Philipp und Boineburg ausgelegten Bahnen bewegte. Von diesen beiden Persönlichkeiten war auch der zweite Versuch des jungen Mannes beeinflusst, auf die Gestaltung der europäischen Politik persönlich einzuwirken.

Die orientalische Frage, welche, wie wir gesehen haben, in den Gemüthern der Deutschen noch immer eine gewisse Begeisterung für einen großen Glaubenskrieg, für eine Erhebung der gesamten Christenheit gegen den Erbfeind zu erregen vermochte, wurde auch von den anderen Staaten nicht aus dem Auge gelassen.¹⁾ Daco von Verulam hat sich mit ihr beschäftigt, Ludwig XIII. wurde es nahe gelegt, sich als den Nachfolger Ludwig des Heiligen anzusehen und ein Gottesstreiter zu werden. Herman Conring hat seine Sammlung von Schriften über den Türkenkrieg dem französischen Diplomaten Gravel gewidmet und dabei auf den Beruf seines Königs hingewiesen, der Erlöser der Christenheit vom Türkenjoch zu werden. „Das Höchste,“ sagt er, „erwartet der Erdkreis von Ludwig. Das Geschick ist mit ihm. Er wird seine Flotte vor Konstantinopel legen. Warum sollte er nicht erreichen, was einst Balduin mit geringerer Macht vollbrachte?“ — Diese Idee nahm Leibniz wieder auf, nur wendete er sie in einer anderen Richtung an. Ludwig XIV. soll Egypten erobern. Eine Andeutung darüber findet sich schon im Schwalbacher „Bedenken“; in einem Gedichte, welches die Wahl Lothars von Metternich zum Koadjutor von Mainz feiert (15. Dezember 1670), verkündigt der Flußgott Rhein den anderen Flüssen Europas den Frieden der christlichen Völker und den gemeinsamen Kampf gegen Osten, in welchem der Kaiser Leopold zu Lande, Ludwig XVI. zur See die Ungläubigen angreifen wird, im Oktober 1671 trug Leibniz dem Herzoge Johann Friedrich von Hannover seine Gedanken vor und verlangte, daß der Herzog sie dem Könige von Frankreich mitteilen solle, zu Ende desselben Jahres arbeitete er die umfassende Denkschrift in Briefform „De propositione Egyptiaca“ aus, welche durch Boineburg an den König gesendet worden. Man glaubte in Mainz durch die Anregung, welche Ludwig XIV. auf diese Weise erhielt, den Krieg gegen Holland

¹⁾ Weitläufig handelt darüber Onno Klopp in der Einleitung zum zweiten Bande der Werke von Leibniz, welcher die verschiedenen Schriften über das ägyptische Projekt enthält.

noch verhindern zu können; das Begleitschreiben hob hervor, „daß die vorge-schlagene Unternehmung die Holländer, obschon indirekt, mit mehr Sicherheit und Wirksamkeit zu Grunde richten werde, als durch den großen Erfolg eines offenen Krieges vernünftigerweise sich erwarten ließe.“ Pomponne legte die Schriften dem Könige vor, worauf dieser nach Mainz antworten ließ, er wolle die weiteren Eröffnungen, welche der Autor in Aussicht gestellt hatte, gerne entgegennehmen. Infolgedessen trat Leibnitz am 19. März, obwohl damals das Bündnis mit England bereits bekannt geworden und der Krieg an die mit Frankreich verbündeten Staaten offiziell angezeigt worden war, die Reise nach Paris an. Dort hörte man ihn an, fühlte sich wohl von der Auffassung der erhabenen Sendung des allerchristlichsten Königes durch den jungen deutschen Gelehrten angenehm berührt, dachte aber auch nicht einen Augenblick ernstlich an die Ausführung seiner Pläne. Als die französische Armee bereits auf dem Boden Hollands stand und sich anschickte, von dem nahezu machtlosen Lande Besitz zu ergreifen, schrieb Pomponne an den Marquis von Feuquierès, der bei Kurmainz accreditiert war: „Je ne vous dis rien sur les projets d'une guerre sainte; mais vous savez qu'ils ont cessé d'être à la mode depuis St. Louis.“ Am 3. Juni 1673 schloß der französische Gesandte Mointel einen neuen Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und der Pforte und damit war die große Idee für einige Zeit außer Kraft gesetzt.

Leibnitz blieb drei Jahre in Paris. Er hat uns über die politischen Ergebnisse seines Aufenthaltes, über den Verkehr mit den Ministern, über die Einzelheiten der Aufnahme jenes Projektes, das er in eine neue Fassung ¹⁾ brachte, nichts mitgeteilt; sein lebhafter Geist wurde sehr bald durch neue Anregungen auf andere Gedanken gebracht, die weit fruchtbarer wurden, als seine dilettantischen Anläufe zu einer staatsmännischen Thätigkeit, zu der er entschieden nicht berufen war. ²⁾

Der einzige deutsche Fürst, welcher sich mit der öffentlichen Meinung in Deutschland, die eine nationale Politik verlangte, in voller Uebereinstimmung befand, war Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Er schloß, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Freiheit und Unabhängigkeit des Reiches am Niederrhein verteidigt werden müsse, noch im Herbst 1671 einen neuen Allianzvertrag mit den Generalstaaten. Derselbe war der Wesenheit nach nur ein Mietvertrag, durch welchen 12—16000 Mann brandenburgischer Truppen für den Bedarfsfall den Staaten zur Verfügung gestellt wurden. Mehr war, solange

¹⁾ De expeditione Aegyptiaca regi franciae proponenda Leibnitii justa dissertatio.

²⁾ Bei Klopp a. a. O. kann man auch eine erschöpfende Erörterung der Frage finden, ob Napoleon Bonaparte von dem Projekte Leibnizs Kenntnis hatte und durch diese zu dem Feldzuge in Egypten veranlaßt wurde, was Thiers und Michaud behauptet haben. Klopp hält es für sehr wahrscheinlich, daß Bonaparte vor dem Zuge nach Egypten mit einer der Denkschriften bekannt geworden sei, von welchen zuerst Michaelis in dem Briefwechsel zwischen Leibnitz und Ludolf Hübner 1755 und nach ihm Eberhard im „Pantheon der Deutschen“ 1795 gesprochen hatten. Eine englische Broschüre hat erst die Aufmerksamkeit in diese Richtung gelenkt. Bonaparte erhielt 1803 eine Abschrift des „Consilium Aegyptiacum“ aus dem Archive von Hannover durch den General Mortier.

de Witt und die aristokratische Partei das Staatsruder führten, nicht zu erlangen. Der Kurfürst mußte dabei auf jeden Vorteil für seine eigene Stellung verzichten. Holland weigerte ihm sogar noch die Herausgabe seiner Kleveschen Festungen, die es in Pfand hatte, obwohl dieselben für den strategischen Aufmarsch einer brandenburgischen Streitmacht an der westlichen Grenze von großer Bedeutung waren. Man täuschte sich auf Seite der Hochmögenden noch immer über den Ernst der Lage und glaubte, den König von Frankreich noch immer rechtzeitig mit Geld und schönen Worten beschwichtigen zu können. Erst das Fehlschlagen der Sendung de Groot's machte einen tieferen Eindruck. Als dieser am 4. Januar 1672 um Aufklärung über die großartigen Rüstungen in Frankreich bat und im Namen der Regierung von Holland Gehorsam und Entwaffnung versprach, erwiderte ihm der König trocken: Er werde seine Rüstungen vollenden und dann den Gebrauch davon machen, der ihm angemessen erscheine. Schon am 22. Februar erfolgte hierauf die Bestätigung des Verteidigungsbündnisses zwischen den Staaten und Spanien, und auch mit Brandenburg wurden neuerdings Verhandlungen begonnen. Der Kurfürst war bereit, ein Heer von 24000 Mann aufzustellen, verlangte jedoch, daß die Republik drei Fünftel des Werbegeldes und der Unterhaltungskosten trage. Sie hätte danach an Werbegeld 294000 Thaler und 100000 Thaler Monatslohn bezahlen müssen,¹⁾ wozu sie jedoch keineswegs geneigt war. Amerongen setzte zwar eine Erhöhung des Werbegeldes durch, für welches schließlich 208000 Thaler von Holland zugestanden wurden, die fortlaufende Beitragsquote blieb jedoch 80000 Thaler monatlich. Es gehörte bei solchem Feilschen der ganze starke Patriotismus des Kurfürsten dazu, damit er die ungeheuren Lasten eines Krieges auf sich nahm, den er sehr gut vermeiden konnte. St. Geran bot ihm im Namen des Königs von Frankreich für die Neutralität die Kleveschen Festungen und 200000 Thaler jährlich.

Ludwig XIV. hatte unterdessen ein Heer aufgestellt, das an Zahl alle christlichen Heere übertraf, die in diesem Jahrhunderte ins Feld gerückt waren. Man zählte 146000 wehrhafte Soldaten, mit dem Troß 300000 Menschen,²⁾ welche in vier Armeen verteilt wurden. Die erste Armee, welche 39000 Mann zu Fuß und 13000 zu Pferd stark war, führte Turenne, obwohl sich der König und der Herzog von Orleans mit dem Titel eines Generalissimus dabei befanden. Die zweite unter Condé zählte 42000 Köpfe, der Rest verteilte sich unter den Marschall Créquy, welcher ein Beobachtungskorps in Flandern befehligte, und den Grafen Franz Heinrich von Luxemburg, der französische Hülfstruppen dem Bischofe von Münster zuführte und sich an die Spitze dieser aus Franzosen und Deutschen vereinigten Heersäule zu stellen hatte. Der Ausbruch des Königs von St. Germain erfolgte am 27. April unter großem Zulaufe des Volkes. Die Tage vorher, an welchen der größte Teil der Truppen vorausgegangen war, herrschte in Paris ein Getümmel und Geschrei, „daß es schien, als wolle ganz Paris davonlaufen“. Dem Könige folgten 40 Halbkartaunen und die Kriegskasse, die auf 80 Karren verladen war. Der Hauptbestand derselben war bestimmt, für den

¹⁾ Peter, Der Krieg des großen Kurfürsten gegen Frankreich, 1672—75. Halle 1870.

²⁾ Baldenier, S. 180.

Notfall in Sedan in Bereitschaft gestellt zu werden. Der Marsch der ersten Armee ging über Montevil, Laon, Rocroi nach Maastricht. Diese Festung war eine der stärksten. Prinz Wilhelm von Oranien, welcher am 25. Februar zum Generalkapitän der staatlichen Armee gewählt worden war, hatte sie mit 8500 Mann besetzt und rechnete auf einen hartnäckigen Widerstand daselbst. König Ludwig war jedoch nicht der Meinung, sich mit langwierigen Belagerungen aufzuhalten; er hatte sich auf den Rat Turennes hin entschlossen, den Angriff gleichzeitig an der Maas und am Rhein vorzunehmen, daher Maastricht vorläufig nur zu blockieren und mit der Hauptarmee voraus dem Rhein zuzueilen. Am 15. Mai ergab sich Masseyk nach kurzer Beschießung, darauf wurde Kriegsrat gehalten, in welchem Condé nochmals für die Belagerung Maastrichts eintrat, Turenne jedoch überzeugend nachwies, daß man damit nur den Holländern Zeit gebe, ihre Verteidigung vorzubereiten und die Vereinigung mit dem brandenburgischen Heere zu bewerkstelligen. Die beiden großen Armeen des Königs und Condés setzten sich also gegen den Rhein in Bewegung und betraten kölnisches Gebiet, wo schon längst Magazine für Proviant und Kriegsmaterial angelegt waren. In Neuß begrüßte der Kurfürst von Köln seinen hohen Verbündeten, worauf dieser längs des Rheines nach Norden vorrückte. In wenigen Tagen, vom 3. bis zum 7. Juni, ergaben sich die vier festen Plätze, durch welche die Generalstaaten die Rheinlinie gesichert glaubten: Rheinberg, Drifoy, Durink und Wesel. Am 9. Juni ergab sich Reis und Emmerik, am 11. ging Condé bei Tolhuys unfern der Iffelmündung über den Rhein. Der junge Herzog von Longueville wurde dabei erschossen. Condé selbst erhielt zwei Schüsse in den linken Arm, worauf Turenne den Oberbefehl über die Condésche Armee übernahm und den General Wurz zum Rückzug nötigte, welcher — nach der schmachvollen Flucht des Generals Montbas — die Verteidigung der Landschaft Bethan zwischen Wal und Lek versucht hatte. Der Prinz von Oranien hatte die Iffelinie nicht aufgeben wollen, trotzdem er vergeblich auf namhafte Verstärkungen aus Amsterdam wartete; der Verlust der Rheinfestungen aber, welche niemand vorausgesehen hatte, machte seine Stellung unhaltbar, er mußte bis nach Rhenen in der Provinz Utrecht zurückgehen, um die Hauptstadt zu decken.

Der Eindruck, welchen die französischen Siege in Europa hervorriefen, war ein verblüffender. Man hatte ja von den großartigen Rüstungen des Königs auch große Erfolge erwartet, man wußte das militärische Vermögen Turennes und Condés zu schätzen, aber auch die ruhmwürdigen Leistungen der Niederländer gegen Spanien waren noch im guten Gedächtnis der Menschheit. Daß sich jetzt holländische Kapitäne fanden, welche feste Plätze, denen monatelanger Widerstand zugetraut wurde, mit Besatzungen von 4—700 Mann nach 24stündiger Beschießung ergaben, war unerhört und schien unglaublich. Auf französischer Seite dagegen schien der Feuergeist der Chevalerie Franz I. in den vornehmsten Formen wieder erwacht zu sein. Der gesamte stolze Adel des Königreiches, der noch vor kurzem mit leichter Hand an dem Throne der Bourbonen gerüttelt hatte, leistete jetzt dem großen Ludwig Heeresfolge, der, obwohl selbst kein Feldherr und vielleicht nicht einmal von besonderer persönlicher Vorliebe für den Krieg erfüllt, doch alles Verständnis für die Kriegskunst seiner begabten Feldherren hatte, eines

kühnen Entschlusses und freudigen Wagens fähig war und, trotzdem er die Leitung der militärischen Unternehmungen stets erprobten Kräften überließ, sich selbst durch geschicktes Eingreifen in einem gutgewählten Augenblick doch den Anschein eines gewaltigen Kriegsherrn zu geben verstand. Es war nur ein Schauspiel, aber es konnte seinen Effekt nicht verfehlen, wenn man vernahm, wie sich der Graf von Guiche an der Spitze von 2000 Kürassieren in die Fluten stürzte, um die am anderen Ufer aufgestellten Holländer zu attackieren, wie dann — kaum nachdem die ersten Kolonnen das jenseitige Ufer gewonnen hatten — der König seinem Hofstaate die Erlaubnis gab, ihnen zu folgen, und nun die Herzoge von Bouillons, von Soubise, von Vivonne und Coassin, die Grafen de Saulx, d'Aubeterre, de Bionne, de Nesle, de Beaumont, de Béringhen, de Nantouillet, d'Aubuffon und viele andere Freiwillige den Strom in Schlachtordnung durchritten, als ginge es durch ein Kornfeld. Als sich die durch so glänzendes Beispiel angeeiferte Armee darauf durch den fruchtbaren Landstrich des Bethan vorschob, als zwei Monate nach dem Aufbruche von Paris das Lilienbanner bereits auf den Türmen von Utrecht wehte und gleichzeitig auch die harten Friesländer sich kaum mehr der andrängenden Münsterschen Truppen zu erwehren vermochten, da schien es vielen, daß es gegen diese Macht überhaupt keinen Widerstand mehr gebe und sich den Befehlen des unüberwindlichen Königs dessen ohnmächtige Nachbarn zu fügen hätten.

Nur Einer stellte sich gerade jetzt gegen ihn in Waffen: der Kurfürst von Brandenburg. Am 6. Mai, da sich die französischen Heeresäulen bereits gegen den Rhein heranzogen, hatte er den neuen Vertrag mit den Generalstaaten abgeschlossen, der ihn verpflichtete, für sie ins Feld zu rücken. Für 220 000 Thaler Werbegeld mußte er zwei Monate nach Empfang derselben 20 000 Mann, 16 Reiterregimenter, 12 Regimente zu Fuß und 10 Geschütze in den westfälischen Kreislanden bereithalten. Von den übrigen evangelischen Fürsten des Reiches fand keiner Veranlassung, sich der aufs äußerste bedrohten Glaubensgenossen anzunehmen. Celle und Osnabrück verhielten sich sehr zurückhaltend, der Kurfürst von Sachsen war zwar Ende März in Potsdam gewesen und hatte sich mit dem Vorgehen seines Mitkurfürsten ganz einverstanden erklärt, ließ sich aber zu keinerlei Zugeständnissen herbei. Johann Philipp, der große Patriot von Mainz, fand es aussichtslos, gegen 150 000 Franzosen etwas unternehmen zu wollen, er war der Meinung, nun sei es an der Zeit, sich zur Friedensvermittlung anzutragen und ließ sich in diesem Sinne durch seinen Neffen Schönborn in Paris und Wien vernehmen.

Der Kurfürst von Brandenburg glaubte unter diesen Umständen am ehesten noch am Wiener Hofe auf Unterstützung seiner Politik rechnen zu können. Er war gewiß, daß dort auch Spanien in demselben Sinne wirken müsse und daß man die Mißachtung der kaiserlichen Autorität von seiten Frankreichs, welches den Reichsboden ohne Erlaubnis des Kaisers mit seinen Heeren durchzogen hatte, nicht stillschweigend hinnehmen könne. Daß die Gefahr nahe lag, König Ludwig werde nach völliger Niederwerfung der Generalstaaten auch an das Reich unerfüllbare Forderungen stellen, ja er könne sich sogar wichtiger deutscher Plätze am Rheine für immer versichern wollen, durfte der kaiserlichen Regierung doch auch einleuchtend sein.

Der Gedanke, Oesterreich und Brandenburg würden, wenn sie einig seien, die Angelegenheiten des Reiches allein am besten besorgen und die Nation vor dem Nachtheil behüten, der ihr aus der Mangelhaftigkeit ihrer politischen Organisation erwuchs, ist damals von Friedrich Wilhelm zum erstenmal zum Ausgangspunkt eines Bündnisantrages gemacht worden. Er hat sich als unreif erwiesen. Der Kurfürst konnte nicht wissen, daß Oesterreich in dem Glauben, die besondern Interessen seines Hauses am vorteilhaftesten durch ein Uebereinkommen mit Frankreich zu wahren, auf die Wahrung der Reichsinteressen verzichtet hatte. Sein Vertrauen in die Ehrlichkeit der österreichischen Politik hat ihn in eine Lage gebracht, aus welcher er mit einer empfindlichen Einbuße an Ansehen hervorging. Er würde den Staaten mehr genützt und sich weniger gefährdet haben, wenn er seine Truppen statt mit denen des Kaisers mit Wilhelm von Oranien hätte zusammenwirken lassen. Dies war zwar durch die Abdrängung der holländischen Armee vor der Pyrenäenlinie sehr erschwert, im Verlaufe des Feldzuges aber doch ausführbar geworden, wie die Darstellung der Kriegführung des Oraniers noch beweisen wird.

Die Anbahnung des Einverständnisses mit dem Kaiser besorgte der Schwager des Kurfürsten, Fürst Johann Georg von Anhalt, welcher Ende Mai in Wien erschien unter dem Vorwande, alte Lehenbriefe zu erneuern. Er fand die günstigste Aufnahme, der Kaiser war über die großen Fortschritte der Franzosen in großer Bestürzung und litt jedenfalls unter dem Selbstvorwurfe, durch den geheimen Vertrag über die spanische Erbschaft zu denselben wesentlich beigetragen zu haben. Er fühlte sich durch den Antrag Brandenburgs sehr erleichtert, denn er bot ihm Gelegenheit, scheinbar für das Reich und für Spanien einzutreten, ohne an Frankreich geradezu wortbrüchig zu werden. Das Recht, für die Freiheit und Unabhängigkeit des Reiches einzutreten, hatte er sich ja in den beiden Verträgen von 1668 und 1671 vorbehalten, Lobkowitz mochte zusehen, wie er es fertig brachte, Frankreich nicht zu sehr zu kränken und dennoch mit Brandenburg ins Feld zu rücken. Der Minister, damals noch ziemlich sicher in seiner Stellung, war keinen Augenblick verlegen, diese Aufgabe zu lösen. Es bedurfte dazu keines weiteren Mittels, als der nötigen Frechheit, um Brandenburg über die wahren Absichten Oesterreichs vollkommen zu täuschen. Lobkowitz stand sie zu Gebote; er sprach sich zu Anhalt voll Freude darüber aus, daß der schläfrige Wiener Hof durch den Kurfürsten aufgerüttelt und wieder in einen guten Ruf gebracht werde, den französischen Gesandten Grémonville aber versicherte er im vorhinein, die kaiserlichen Truppen würden nur Scheinbewegungen machen und Frankreich nicht ernstlich belästigen. Am 12. Juni war der Vertrag mit Brandenburg schon entworfen, er stellte den beiden sich verbündenden Mächten die Aufgabe, die Bestimmungen des westfälischen, olivischen, pyrenäischen, rheinischen und Aachener Friedens aufrecht zu erhalten, unter keinerlei Vorwand Bündnisse gegen Kaiser und Reich, gegen den Eid, mit dem jeder dem Kaiser und Reich verwandt sei, zu gestatten. Zu diesem Zwecke hatte jede der beiden Mächte 12000 Mann bis 30. Juli an einen vom Kurfürsten vorzuschlagenden Sammelplatz zu stellen, deren Oberbefehl dem Kurfürsten selbst zugestanden wurde. Der Zutritt zu dem Bunde wurde allen deutschen Fürsten, außer diesen aber auch der Krone Spanien und Dänemark offen gelassen.

Die förmliche Ausfertigung fand am 23. Juni in Berlin statt, am 7. Juli unterzeichnete der Kaiser, nachdem Anhalt zum zweitenmal nach Wien gekommen war.

Hätte Oesterreich mit aufrichtigem Sinne diesen Vertrag schließen können, so wäre es durch den Kurfürsten zu einer wahrhaft nationalen Politik mitgerissen worden; die unglückselige Verquickung des Hauses Habsburg mit allen möglichen Interessen an allen Ecken und Enden Europas, die Anwartschaft auf Spanien und seine Nebenländer haben ihm jedoch niemals gestattet, sich seinen Pflichten als Vormacht Deutschlands voll und ganz hinzugeben. Mit dem großen Kurfürsten begann es in dem Augenblicke, da dieser ihm wirklich einen großen Dienst erwies, ein Känkepiel, welches der Jesuitenschule, aus welcher der Kaiser und seine Minister hervorgegangen waren, zwar alle Ehre machte, die Anhänglichkeit der deutschen Patrioten an den Kaiser jedoch nicht zu fördern vermochte.

Der Kurfürst von Brandenburg aber hatte eines erreicht — er hat durch sein Auftreten für die von ihrer stolzen Höhe sinkende Republik der vereinigten Niederlande und besonders dadurch, daß er den Kaiser zur Waffenergreifung für sie veranlaßt hatte, demjenigen, welcher allein imstande war, den gänzlichen Fall des Vaterlandes aufzuhalten, Mut und Hoffnung gegeben, er hat seinen Neffen Oranien, den die verräterischen Mynheers lange genug vor brandenburgischem Einflusse fernzuhalten gesucht hatten, vor der Verzweiflung bewahrt in einem Augenblicke, da fast niemand mehr an die Freiheit Hollands glaubte, als dieser Jüngling, den die Tradition einer Familie trotz aller dagegen angewendeten Erziehungskünste zum Helden gemacht hat. Als General v. Bönning im Juli nach Holland kam, um den Staaten über die Vorkehrungen ihrer Verbündeten zu berichten, da stand es schlecht genug um die Angelegenheiten der Republik. Die große französische Armee stand nur mehr wenige Stunden von der Hauptstadt entfernt, die englische Flotte, welche de Ruyter nicht zu besiegen vermocht hatte, lag landungsbereit vor der Maasmündung. Die Truppen des Bischofs von Münster und des Marschalls Luxemburg waren nahezu Herren von ganz Friesland geworden, nur Grönningen hielt sich noch. Der Prinz von Oranien bekleidete seit dem 2. Juli die Stelle des Statthalters, in der seine Ahnen ihre Großthaten vollbracht hatten, aber neben ihm bestand noch die alte Regierung. Jan de Witt gab die Zügel der Regierung nicht aus den Händen, obwohl er bereits durch einen Mordanschlag auf das ihm bevorstehende Schicksal vorbereitet sein konnte. Ihm war es noch immer nicht um die Ehre und Unabhängigkeit seines Vaterlandes, sondern nur darum zu thun, daß nicht das Haus Oranien die Macht in den Generalstaaten an sich bringe. Er glaubte sogar an einen heimlichen Bund des Prinzen mit Ludwig XIV. und glaubte die oranischen Bestrebungen am sichersten zu durchkreuzen, wenn er Holland freiwillig dem Könige von Frankreich vor die Füße lege. Peter de Groot, der Sohn des Hugo Grotius, erschien als Gesandter der Generalstaaten bereits am 27. Juni an dem Hoflager des Königs in Duisburg, um diesem die gesamten Generalitätslande, das waren die nicht zu den sieben alten Provinzen gehörigen Gebiete, darunter Maastricht, Breda, Venlo, Herzogenbusch, samt einer Kriegskostenzahlung von zehn Millionen Gulden anzutragen, wenn er dagegen die sieben Provinzen in ihrer Freiheit und gegenwärtigen Verfassung

belasse. Der König war von diesen Anerbietungen noch nicht befriedigt, obgleich bei Annahme derselben neben den spanischen Niederlanden und den Generalstaaten noch ein französisches Niederland entstanden und die Bedrohung des westfälischen Kreises eine dauernde geworden wäre, er verlangte noch außerdem den Hafen von Delfzyl und zehn Dörfer für England, die Stadt und Grafschaft Neurs für Köln, dessen Lehensmann der Prinz von Oranien sein sollte, und das ganze Land zwischen Rhein, Leck und den spanischen Niederlanden für sich selbst. Als die Staaten von Holland diese Forderungen vernahmen, war nur Leyden, Dortrecht, Delft und Gonda der Ansicht, daß man die Unterhandlungen noch fortsetzen könne; Amsterdam dagegen, Rotterdam, Alkmaar, Briel, Harlem und die anderen Städte erklärten, sie wollten sich lieber bis zum Aeußersten verteidigen, als diese Bedingungen anzunehmen. Ebenso hochherzig erklärten sich die Staaten von Seeland, die ihr volles Vertrauen in den Prinzen setzten, und noch lieber mit England als mit Frankreich sich vergleichen wollten. Diese kräftige Gesinnung und das heldenhafte Beispiel, welches die Friesen durch die Verteidigung von Gröningen und der Pässe von Leeuwarden gaben, teilte sich bald den übrigen Gemeinden mit. Eine mächtige Erregung ging durch das Land. „Der allgemeine Auflauf der Bürger und Landleute,“ sagt Waldenier, „nahm seinen Anfang an allen Orten zugleich eben auf solche Weise, wie die Geschichte meldet, daß der allgemeine Bildersturm zu einer und derselben Zeit seinen Anfang ehemals in Holland sollte genommen haben. Ein jeder gedachte, daß er zur Erhaltung seines Guts und Bluts ebensowohl mitzorgen müsse, als die Regenten, und daß die Zeit einmal nach langem Warten erschienen, dasselbe insgesamt zu bewahren, was die Regenten verlieren möchten; ein jeder sagte ungeschweht seine herzliche Meinung öffentlich heraus, gedenkend, daß man nach der Rede des Kaisers Tiberii in einer freien Republik auch eine freie Zunge haben müsse. Ein jeder fing an zu spekulieren und zu disputieren über die wahrhaftigen Ursachen ihres Verderbens, einige gaben dem Prinzen von Orange und seinen Abhängenden die Schuld, andere der sämtlichen staatlichen Regierung, die meisten aber dem Pensionario de Witt und dessen Bruder Cornelius, Landdrosten von Pütten, einige aber lästerten alle diese Beschuldigten.“ Die Erregung der Bürgerschaft in den Staaten Holland und Seeland führte zu einer Reihe von Aufständen und Gewaltthätigkeiten gegen die herrschende Partei, ihr fielen am 20. August die Brüder de Witt, welche als die Führer derselben nicht mit Unrecht am meisten gehaßt wurden, zum Opfer. Das Ansehen des Prinzen und die Anhänglichkeit des Volkes an ihn steigerte sich von Tag zu Tag, so daß nach der Ermordung des Ratspensionärs und seines Bruders die Diktatur des Oraniers allgemein anerkannt war.

Die Verteidigung des von den Franzosen noch nicht besetzten Landes wurde zunächst jenem Elemente überlassen, dem das niederländische Volk in einem Jahrhundert alten Kampfe seine Wohnsitze abzuräumen verstanden hatte. Dieselbe Gewalt, die so oft seine Kulturen verwüßet und Tausende hinweggerafft hatte, sollte ihm nun das Rettungswerk vollbringen helfen. Durch die geöffneten Schleusen ergoß sich das Meer über die fetten Fluren des Landes, ein Wassergürtel, der von Muiden bis Gorkum reichte, verband die Zuydersee mit der

Maas und machte dem weiteren Vordringen der französischen Armee ein Ende. Hinter diesem natürlichen Festungsgraben wollte man ausharren, bis der Kurfürst von Brandenburg zum Entsatze heranzog. Denn nur an ihn und seine sieggewohnten Regimenter dachte das schwer bedrängte Volk, er allein konnte der Helfer in der Not sein. Leider waren die Nachrichten, welche Pöllnitz brachte, nicht so günstig, als die Staaten erwarten zu können glaubten. Die nie gesehnen Erfolge der Franzosen hatten die Verhältnisse derart geändert, daß die ursprünglich ins Auge gefaßte Vereinigung der brandenburgischen mit der holländischen Armee nicht mehr ausführbar war. Der Kurfürst ließ im Haag erklären, daß er selbst mit 30 000 Mann sich nicht der Gefahr aussetzen dürfte, von den feindlichen Truppen, die alle festen Punkte an der Mosel und am Rheine inne hatten, eingeschlossen zu werden, nur in Verbindung mit dem Kaiser könne sein Eingreifen den Staaten von Nutzen werden, ja es sei dringend geboten, auch die Mitwirkung anderer benachbarter Fürsten, besonders der Braunschweiger und des Königs von Dänemark abzuwarten, ehe man einen Angriff auf die französischen Stellungen wagen dürfe. Der Prinz erklärte sich schließlich einverstanden, daß man von Seite der deutschen Verbündeten den Marsch gegen Köln ins Auge fasse. Die Franzosen mußten sich dadurch sehr beunruhigt fühlen und einen Teil der Kräfte, mit welchen sie sonst die Belagerung der holländischen und friesischen Städte fortsetzen konnten, zur Deckung ihrer Rückzugslinie an die Maas und Mosel werfen.

In den Konferenzen, welche schon im Juni und Juli wegen des strategischen Aufmarsches in Wien abgehalten worden waren, hatte Montecuccoli, welcher über besonderen Wunsch des Kurfürsten und wohl auch wegen seiner Kriegserfahrung und Geschicklichkeit zum Befehlshaber der österreichischen Truppenabteilung ausersehen war, seinen Feldzugsplan in dieser Weise auseinandergesetzt, er wolle in der Richtung nach Frankfurt a. M. marschieren, sich am Rhein befestigen, den Franzosen durch Sperrung des Stromes die Lebensmittel abschneiden, sich dann mit den spanischen Truppen vereinigt bei Maastricht festsetzen, um den in Holland stehenden Franzosen den Rückzug nach Frankreich zu verlegen.¹⁾ Montecuccoli war nächst dem Baron de V'Isola der eifrigste Vertreter eines energischen Vorgehens gegen Frankreich, er hatte im Räte des Kaisers wiederholt darauf hingewiesen, daß die Absichten Ludwigs XIV. nicht bloß auf Holland gerichtet seien, daß er seine 30 000 Pferde noch in Deutschland zu verwenden gedenke. Er wollte mit großer Vorsicht handeln, sich auch vom Kurfürsten zu keinem übereilten Vordringen verleiten lassen, aber den Franzosen dadurch um so gefährlicher werden. „Andare con pié di piombo e man di ferro!“ war seine Losung. Und da seinen Ansichten in den Kriegsräten, welche in Anwesenheit des Kaisers gehalten wurden, nicht widersprochen wurde, ging er mit dem Entschlusse zur Armee ab, „wegen der Schwäche seiner Mittel die Franzosen zwar nicht direkt anzugreifen, ihnen aber doch in indirekter Weise kräftigst Abbruch zu thun.“

¹⁾ Großmann, Raimund Montecuccoli. Ein Beitrag zur österr. Geschichte des siebzehnten Jahrhunderts. Archiv für österr. Gesch., 57. Bd.

v. Zwiabened-Edenhörst, Deutsche Geschichte 1648–1740. I.

Zu den Mitteln, welche von den Verbündeten bis zum September aufgebracht waren, paßte der Plan des klugen Italieners am besten, es hätte sich nur darum gehandelt, ihn unverrückt festzuhalten, um einen nachhaltigen Erfolg zu erzielen. Brandenburg hatte alles in allem nicht mehr als 20 000 Mann aufgestellt, von welchen eine Hälfte in den westfälischen Festungen lag, während die andere sich mit den kaiserlichen Truppen, die auch nicht mehr als 15 000 Mann betrug, bei Halberstadt vereinigte. In den Besprechungen der beiden Heerführer zu Halberstadt, die am 12. September begannen, beantragte der Kurfürst zuerst eine Vorrückung an die Weser. Montecuccoli machte dagegen geltend, daß man sich in diesem Falle auf einen Zusammenstoß mit Turenne gefaßt machen müsse, dessen Macht er auf 35 000 Mann schätzte. Das war ein großer Irrtum. Turenne war mit 12 000 Mann bei Wesel über den Rhein gegangen und hatte bei Essen eine Beobachtungsstellung eingenommen, in welcher er selbst weit mehr gefährdet war als die deutschen Verbündeten.¹⁾

Die Lage der französischen Armee war von dem Augenblicke an, als sich im Reiche eine, wenn auch mäßige, Heeresmacht in Bewegung setzte, nicht ganz ungefährlich. König Ludwig befürchtete nicht mit Unrecht einen Einfall in Lothringen und beorderte daher den Prinzen von Condé nach Metz, um mit 18 000 Mann das Elsaß zu bewachen. Der Herzog von Duras stand an der Maas, um entweder Condé oder Turenne zu Hilfe zu kommen, wenn einer von ihnen durch die Verbündeten angegriffen würde. So waren also bereits drei große Heereskörper vom holländischen Boden abgezogen und genötigt, an der ganzen Linie von Wesel bis Straßburg Wache zu halten. Ein Durchbrechen dieser Linie und darauffolgendes rasches Vorgehen konnte zu einem Zusammenwirken mit dem Prinzen von Oranien führen. Dies war das Ziel des Kurfürsten. Vielleicht hatte auch Montecuccoli etwas Ähnliches im Auge, aber er hielt den Zeitpunkt für einen so entschiedenen Angriff noch nicht gekommen, zweifelte an dessen Gelingen und wollte nach seinem schulgerechten System der Kriegführung erst gründliche Vorbereitungen für den Feldzug des nächsten Jahres treffen. Seine Ansicht ging dahin, vorläufig an das linke Ufer des Mains zu gehen und von dort rheinabwärts gegen Koblenz zu rücken, sobald man Verstärkungen an sich gezogen und Braunschweig zur Allianz gebracht hätte. So weit nach Süden auszuweichen, verweigerte jedoch der Kurfürst, er bestand darauf, daß die Richtung auf Koblenz festgehalten werde, verständigte durch die Sendung des Herrn v. Krosigk den Prinzen von Oranien von diesem Beschlusse und verlangte von diesem, er solle mit einem ansehnlichen Corps vorbrechen und sich mit der vereinigten brandenburgisch-kaiserlichen Armee vereinigen. Diese setzte sich am 17. September in Bewegung, zog die Leine hinauf und an die Werra, von da in das Thal der Fulda und kam, immer besorgt, nicht mit Turenne zusammenzutreffen, statt nach Koblenz nach Wezlar. In der Nähe dieser Stadt, in Dubenhofen, wurde am 8. Oktober abermals Kriegsrat gehalten. Zu diesem erschien Montecuccoli schon mit wesentlich veränderter Absicht. Während er in Halberstadt noch seinen eigenen, schon in Wien verfochtenen Feldzugsplan durchzusetzen

¹⁾ Ramsay, Histoire du Vicomte de Turenne. T. II.

bemüht gewesen war, war er jetzt durch bestimmte Aufträge, die er von Wien erhalten, gebunden.

Ludwig XIV. hatte am 7. August ein verbindliches Schreiben an den Kaiser gerichtet, in welchem er ihm nochmals Frieden und Freundschaft antrug, wenn er nichts Feindliches gegen ihn vornehmen wolle.¹⁾ Durch Gremonville und Lobkowitz war Leopold bestimmt worden, diesem Verlangen nachzukommen und dahin gebracht, daß er am 10. und 11. September Weisungen an Montecuccoli erließ, „er habe die Ruptur so viel möglich zu koitieren und nichts vorzunehmen, was dieselbe verursachen könnte“. Nur wenn Turenne zuerst angreife, könne er thun, was die „ragion di guerra“ erfordere, von ihm dürfe keine Feindseligkeit ausgehen. Die in Halberstadt gefaßten Beschlüsse waren dem Kaiser noch viel zu kriegerisch, er fand es, wie ein zweites Reskript vom 24. September befragt, sehr gefährlich, den Franzosen die Zufuhr von Lebensmitteln auf dem Rheine abschneiden zu wollen, sie könnten es auch übel nehmen, wenn von kaiserlicher Seite Holland und Spanien zum weiteren Widerstande ermuntert würden. Die Verhandlungen mit Holland solle daher nur der Kurfürst von Brandenburg führen. Auch dieser aber sollte von Montecuccoli nach Möglichkeit abgehalten werden, zum Angreifer zu werden, denn der Kaiser habe dem Könige von Frankreich in einem eigenhändigen Schreiben die Versicherung gegeben, „daß er mit diesem Feldzug nichts wolle, als die Ruhe und Beschützung des römischen Reiches und Manutenierung des westfälischen, flevischen und aachischen Friedens“.

Montecuccoli hat das Widersinnige dieser Anordnungen sofort eingesehen. „Wenn wir weiter nichts haben thun wollen, als den Franzosen ohne Hinderung gestatten zu thun, was sie wollen, wozu wurde dann die Armee hinausgesendet?“ schrieb er am 3. Oktober in einem Privatbriefe nach Wien; er war aber nicht der Mann, kaiserliche Befehle zu übersehen und etwa auf eigene Verantwortung die „Ruptur“ mit den Franzosen herbeizuführen, sondern begnügte sich damit, dem Kaiser begreiflich zu machen, alles, was er bisher unternommen habe, stimme vollständig zu den Absichten Seiner Majestät. Mit dem Marsche gegen Koblenz hatte es jetzt natürlich sein Ende gefunden, der kaiserliche General erklärte dem Kurfürsten rundweg, er könne sich dazu nicht verstehen, weil sein Herr mit Frankreich nicht brechen wolle. Es werde daher am besten sein, man warte am Main so lange, bis man die rheinischen Kurfürsten zum Beitritte gewonnen habe.

Der Kurfürst glaubte offenbar nicht an den Ernst der Worte Montecuccolis, sondern meinte in denselben nur die bekannten Ausflüchte eines vorsichtigen Feldherrn erblicken zu dürfen; sonst hätte er sich schon damals von den kaiserlichen Truppen trennen und zur Politik auf eigene Faust zurückkehren müssen, so verzeifelt auch seine Lage war. Seine Hoffnung, daß er durch das Erscheinen eines kaiserlichen und brandenburgischen Heeres im Reiche den Mut und patriotischen Eifer der Fürsten wecken werde, war fehlgeschlagen. Die Defensivallianz zwischen dem Kaiser, Dänemark, Brandenburg, Braunschweig und Hessen-Kassel, welche am 22. September zu Braunschweig abgeschlossen worden war, hatte so gut als gar keinen Wert, solange Frankreich nicht unmittelbar angriffsweise

¹⁾ Großmann a. a. D.

gegen einen der erwähnten Staaten vorging. Trat doch auch der Bischof von Münster, der seit Monaten an der Seite Frankreichs die Generalstaaten bekriegte und Friesland für sich zu erobern suchte, einem zweiten Defensivbündnis bei, welches der Kaiser mit Mainz, Trier, Sachsen und Baireuth am 10. Oktober schloß, und das ebenfalls eine gegenseitige Versicherung ihres Besitzstandes enthielt. Durch alle diese Verträge wurde der König von Frankreich nicht gehindert, die Freiheit der Niederländer gänzlich zu vernichten. Wo blieb dann der westfälische Friede? Und was sollten etwa die 20—30 000 Mann, welche durch die Kontingente der Allianzstaaten zusammenkamen, gegen die 100 000 Franzosen, welche nach der Unterwerfung Hollands gegen Deutschland geführt werden konnten, ausrichten?

Friedrich Wilhelm entschloß sich, die Vereinigung mit den österreichischen Truppen aufrecht zu erhalten, weil er sich zu selbständigem Vorgehen zu schwach hielt; er mußte sich insolgedessen auch den strategischen Anordnungen Montecuccolis fügen. So machte das Wiener Kabinett den Kurfürsten, der nach dem Wortlaute des Bündnisses die Führung haben sollte, zu dem Gehorchenden, den Kriegszug zu einem Scheinmanöver. Es trat ein, was Lobkowitz dem französischen Gesandten Gremonville vorausgesagt hatte: „man werde den Kurfürsten nicht allein handeln lassen, er sei wie ein losgelassenes Pferd, dem man die Zügel anlegen müsse; seit der Wegnahme der deutschen Festungen konnte der Kaiser das Bündnis mit Brandenburg nicht mehr zurückweisen; Ludwig XIV. möge nur verhindern, daß Turenne über den Rhein gehe; das Erscheinen einer französischen Armee auf deutschem Boden werde einen Krieg entflammen, dessen Folgen unabsehbar wären.“ Als die beiden Armeen bei Bergen nächst Frankfurt a. M. ihr Lager bezogen hatte, erschien Krofzig von Holland zurück. Dranien erwartete noch immer die Annäherung der Verbündeten aus Westfalen, die Ausweichung nach Süden kannte er nicht. Amerongen, der als Gesandter der Staaten dem Kurfürsten ins Feld gefolgt war, erhob jetzt seine mahnende Stimme, der Kurfürst solle seinem mit den Staaten geschlossenen Vertrage keine einseitige Auslegung geben, seine Pflicht sei es, gegen die von französischen Truppen besetzten Gebiete vorzurücken. In einer Konferenz am 25. Oktober verlangte er zum mindesten den Uebergang über den Rhein, Aufstellung zwischen Rhein und Mosel, Besetzung von Lahnstein, Nassau, Dieß, Limburg. Ein Schreiben Draniens erklärte seine Bereitwilligkeit, nachdem er von dem beabsichtigten Rheinübergange bei Koblenz Kenntnis erhalten, mit seiner Armee durch Maastricht vorzubringen und dort die Annäherung der Verbündeten zu erwarten. Kurtrier gestattete jedoch den Rheinübergang nicht, Mainz beschwerte sich über die Belästigung seiner Lande durch die kaiserlichen und brandenburgischen Truppen, es bot abermals seine Vermittelung zum Frieden an. Da Turenne sich geweigert hatte, die Verbündeten anzugreifen, zeigte sich der König nicht abgeneigt, auf Verhandlungen einzugehen.

Die bescheidensten Beweise von Energie auf deutscher Seite hätten auf diese Stimmung günstig wirken müssen; denn auch das Zusammenwirken Condés und Turennes war noch nicht so bald zu gewärtigen, da Condé nur wenige tausend Mann beisammen hatte. Der Herzog von Lothringen war im Anzuge zu

den Verbündeten. Montecuccoli aber zwang den Kurfürsten, über den Main zu gehen.

Oranien hatte am 7. November in Bergen op Zoom über 20 000 Mann Revue gehalten und war durch spanisches Gebiet nach Maastricht aufgebrochen. Die Bewegung mußte so rasch vor sich gehen, daß sie nur von der Reiterei ausgeführt werden konnte. Mitte November stand der Prinz, an dessen Seite damals schon Georg Friedrich von Waldeck als Feldmarschall thätig war, mit 11 500 Pferden vor Maastricht, 10 000 Spanier stießen mit ihm zusammen. Amerongen hatte davon schon 24. November Bericht erhalten; der Kurfürst zeigte sich sofort bereit, den Rheinübergang doch zu erzwingen und dem Prinzen entgegenzugehen. Montecuccoli, der mittlerweile an einer Rheinbrücke oberhalb Mainz hatte arbeiten lassen, erklärt jedoch alle Vorschläge des Kurfürsten für unausführbar. Die Rheinbrücke wurde wieder abgebrochen, da sie durch starken Eisgang in Gefahr kam, auch eine Unternehmung des Generals v. d. Goltz gegen den von den Franzosen besetzten Brückenkopf von Neuwied mißlang. Jetzt beschloß der Kurfürst, am 15. Dezember nach Westfalen abzumarschieren. Die kaiserlichen Truppen, um zwei Regimenter geschwächt, die nach Freiburg gingen, folgten ihm.

Während dieses höchst beschwerlichen Wintermarsches, durch welchen selbst die geringen Vorteile, welche durch die vorhergehenden Bewegungen erreicht worden waren, wieder preisgegeben wurden, wartete Oranien vergeblich auf die Annäherung der „Reichsarmee“ bei Maastricht. Es war für den Kurfürsten peinlich und beschämend, daß er sein Wort nicht einlösen konnte. Die holländischen Subsidien blieben aus, da der Vertrag von seiten Brandenburgs nicht eingehalten war. Oranien hielt drei französische Armeen in Schach, konnte aber doch keine namhaften Erfolge erzielen. Der von Monterey vorgeschlagene Angriff auf Charleroi gelang nicht, da der französische Kommandant, Graf Montal, der den Platz zum Schutze des vorhin bedrohten Tongern verlassen hatte, auf Befehl Louvois' zurückkehrte, die Linie der Belagerer zur Nachtzeit durchbrach und die Verteidigung von Charleroi wieder mit hinreichenden Kräften aufnahm. Der Prinz mußte zurück, um so mehr als gerade jetzt Marschall Luxemburg neue Anstrengungen machte, sich auch des Gebietes von Holland zu bemächtigen. Das wider Erwarten nach heftiger Kälte einbrechende Tauwetter rettete Amsterdam und brachte sogar die am weitesten vorgedrungenen französischen Reitergeschwader in Gefahr.

Unterdes waren brandenburgische Truppen unter Spaen in kölnisches und münsterisches Gebiet eingefallen. Bischof Bernhard, dem die Holländer durch einen kühnen Handstreich soeben das feste Roevorden abgenommen hatten, sollte gezwungen werden, Frankreich zu verlassen und den Verbündeten einige feste Plätze in seinem Lande als Pfand zu übergeben. Montecuccoli durchkreuzte durch unzeitgemäße Verhandlungen mit dem Bischofe die Pläne des Kurfürsten, so daß nach der Ankunft der verbündeten Truppen in Westfalen weder die Unternehmung gegen Köln, welche der Kurfürst doch niemals ganz außer Augen gelassen hatte, noch die Besetzung des Stiftes Münster und die sich daraus ergebende Vereinigung mit der holländischen, von Karl v. Rabenhaupt befehligten

Armee in Friesland rechtzeitig zustande kam. Turenne aber scheute auch das Ungemach eines Winterfeldzuges nicht, um das für die französische Armee so gefährliche Zusammenwirken der brandenburgischen und staatlichen Truppen zu verhindern. Er setzte es gegen die Ansicht Louvois' beim Könige durch, daß er die Erlaubnis erhielt, den Rhein überschreiten zu dürfen. Während er für den Einfall in Westfalen eine entsprechende Heersäule bei Wesel zusammenstellte, berieten die Verbündeten im Hauptquartier des Kurfürsten zu Bielefeld im Ravensbergischen, was sie im Falle eines Angriffes zu unternehmen hätten. Ueber Vorschlag des Generals v. Pöllnitz wurde am 20. Juni beschlossen, dem Feinde zuvorzukommen, eine Kavalkade in münsterisches und kölnisches Gebiet zu veranstalten, Dortmund und einige kleinere Festungen zu besetzen und an Lebensmitteln, was nur immer möglich sei, zu verbrauchen und wegzuführen, um den Franzosen den längeren Aufenthalt mit größeren Truppenmassen daselbst unmöglich zu machen. General Rabenhaupt in Drenthe wurde davon verständigt und aufgefordert, Anfang Februar einen Einfall ins Münsterische zu machen.

Montecuccoli hatte zu diesen Beschlüssen noch seine Zustimmung gegeben, beim Kriegsrat in Bielefeld war er zum letztenmal mit dem Kurfürsten, zu welchem er während des ganzen unglücklichen Feldzuges immer in den besten persönlichen Beziehungen geblieben war, zusammengetroffen. Am 1. Februar verließ er das Heer wegen Krankheit, nachdem er den Befehl an den Herzog von Bourbonnoille abgegeben hatte. Dieser verfügte noch über 9000 Mann, welche er am 2. Februar dem Kurfürsten bei Lippstadt zuführte, wo bereits 14000 Brandenburger mit 30 Geschützen marschbereit standen. Am 4. Februar gedachte man gegen Dortmund vorzurücken. Schon war aber auch Turenne in unangenehmer Nachbarschaft. Er hatte am 27. Januar mit 16000 Mann den Rhein übersezt und war in Eilmärschen bis an den Hellweg, den strategisch wichtigen Höhenzug am rechten Ufer der Ruhr, vorgegangen.

Am 4. Februar standen die Verbündeten bei Soest, Turenne vor Unna, das er in Brand schießen ließ. Sonntag den 5. d. M. erwartete der Kurfürst mit Zuversicht die Schlacht. Der staatliche Gesandte Amerongen berichtet von der freudigen Stimmung, die sich des ganzen Heeres bemächtigt hatte und von „angesehenen und bequemen Worten“, mit welchen der Kurfürst seine Offiziere und Soldaten zum bevorstehenden Kampfe aufmunterte. Turenne fühlte jedoch kein Bedürfnis, seinen Gegnern die besondere Gefälligkeit zu erweisen, den Angreifer abzugeben. Er marschierte statt geradeaus gegen Soest links ab an die alte Landwehre „am Birkenbaum“, welche ihm zur Deckung von Dortmund die besten Dienste leisten konnte. Den Mut, Turenne in dieser Stellung anzugreifen, hatte der Kurfürst nicht. Es ist schwierig zu entscheiden, welche Beweggründe ihn im letzten Augenblicke abgehalten haben, eine frische und fröhliche Feldschlacht zu wagen, durch welche er das bereits im Sinken begriffene Ansehen seiner Armee mit einem Schlage wieder heben konnte. Pusendorf erzählt, daß die Generale Pöllnitz, Dohna und d'Espence ihm im letzten Augenblicke die Gefahr einer Niederlage so schrecklich vorstellten, daß er schwankend ward und den Angriff um einen Tag verschob. Dadurch habe Turenne Zeit gewonnen, eine unangreifbare Stellung einzunehmen. Diese Nachricht stimmt aber mit den übrigen

Berichten nicht. Die Wahrheit ist, daß Turenne viel besser und rascher manövierte als der Kurfürst und daß dieser die Verantwortung für den Erfolg eines Angriffes nicht auf sich allein nehmen wollte. Die große Kälte und der hartgefrorene Boden machten es unwahrscheinlich, daß die Deutschen ihr Uebergewicht an Reiterei ausnutzen konnten. Man fürchtete das Stürzen der Pferde bei einer Attacke. Es ist übrigens auch möglich, daß sich der Kurfürst auf die Mitwirkung der Kaiserlichen nicht ganz verlassen zu können glaubte. Er würde gewiß nicht geschwankt haben, wenn ein Karl Gustav an seiner Seite kommandiert hätte. Trotzdem ist die Unterlassung des Angriffes weder aus militärischen, noch aus politischen Gründen leicht zu erklären. Eine vernichtende Niederlage war doch nicht zu erwarten, eine kleine Schlappe aber hätte so großen Schaden nicht gebracht, als der klägliche Verlauf des Feldzuges ohne ernstliche Aktion.

Nachdem der Kurfürst noch bis zum 7. Februar auf einen Vorstoß Turennes gewartet hatte, zu welchem dieser jedoch gar keine Veranlassung hatte, zog er nördlich nach Hamm ab, um die Zusammenwirkung mit der holländischen Armee unter Rabenhaupt zu erleichtern. Diese traf jedoch gar keine Anstalten zu einem Einfälle ins Stift Münster. Rabenhaupt ließ sich vernehmen, die Reiterei sei durch die Gewaltmärsche nach Charleroi und von dort zurück für einige Zeit unbrauchbar geworden, Oranien wartete auf einen besonderen Boten des Kurfürsten, der mit ihm die nächsten Vornahmen vereinbaren sollte. Er vereinigte seine Truppen in Alphen und verhinderte den Marschall Duxenburg, Unterstützungen an Turenne abzugeben. Dieser hatte unterdes die Brigade Feuillée bereits an sich gezogen und dadurch eine Stärke erreicht, welche einen Angriff des Kurfürsten auf ihn nicht mehr gestattete. Nach nutzlosen Vorpostengefechten und Plänkelleien bei Hamm gingen die Brandenburger nach Lippstadt zurück, die Kaiserlichen nach Paderborn. Der Kurfürst ward sich jedoch sofort darüber klar — und dabei bewährt sich wieder im Mißgeschick die Stärke seines Geistes — daß er den Krieg gegen Frankreich, den er so unglücklich geführt hatte, für den Augenblick am besten ganz aufgebe. Er durfte es nicht darauf ankommen lassen, auf seinem Rückzuge von Turenne angefallen und geschlagen zu werden, er mußte sich freiwillig vom Kriegsschauplatz entfernen, bevor man ihn dazu zwang. Schon am 20. Februar ermächtigte er den schwedischen Obersten Wangelin und den Bischof von Paderborn, mit Turenne Unterhandlungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Pöllniz wurde nach dem Haag, Crocowa nach Wien entsendet, um die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes darzulegen. Der Entschluß des Kurfürsten erregte Staunen und Bestürzung, in Holland sogar Erbitterung und Hohn. In Wien war man auf das allerunangenehmste von dem Rücktritte des Kurfürsten von der Allianz berührt, welchen man als notwendige Folge der von ihm mit Frankreich eingeleiteten Verhandlungen ansehen mußte; man hatte bis jetzt so gut Verstecken spielen, sich den Anschein geben können, man folge nur widerwillig dem Drängen des Brandenburgers. Frankreich gegenüber war es verdienstvoll gewesen, die stürmische Angriffspolitik des Kurfürsten zu hemmen, dem Reiche gegenüber warf man sich in die Brust, daß man zum Schutze seiner Grenzen das Aeußerste gethan und so „vigorös“ in die Waffen getreten sei. Wie sollte man beide Zwecke ohne den Kurfürsten verfolgen können? Man bot daher an

Versprechungen alles mögliche auf, um diesen über die nächste Zukunft zu beruhigen. Es war sehr weise von ihm, daß er sich dadurch auf seinem Wege nicht irre machen ließ, er hatte mittlerweile wohl das Narrenseil kennen gelernt, an welchem ihn Oesterreich während des Feldzuges herumgeführt hatte. Doch gab er bereitwillig die Versicherung, daß er nichts vornehmen wolle, als wozu ihn die Not selbst treibe, und daß er, es komme wie es wolle, in getreuer Devotion gegen kaiserliche Majestät verharren werde.

Als Turenne von dem Antrage des Kurfürsten auf Waffenruhe vernahm, war er davon einigermaßen überrascht; er sah des Kurfürsten militärische Lage günstiger an als dieser selbst, denn er hatte durchaus nicht die Absicht gehabt, die Weser zu überschreiten. Er kam daher allen Wünschen des Kurfürsten bereitwillig entgegen, verhinderte die kölnischen und münsterischen Truppen sich in der Grafschaft Mark festzusetzen, stellte seinerseits die Feindseligkeiten ein und berichtete sofort an seinen König über den Stillstandsantrag. Ludwig XIV. konnte über die plötzliche, unerwartete Wendung der brandenburgischen Politik nur erfreut sein; in so günstiger Lage, daß er durch demütigende Bedingungen das gewünschte Abkommen vereiteln und den Kurfürsten zum äußersten Widerstande reizen konnte, befand er sich nicht. Er zeigte sich daher sehr entgegenkommend und beharrte nur in einem Punkte auf seinem Willen, daß nicht um Waffenruhe, sondern um einen vollständigen Frieden verhandelt werde. Der Kurfürst vergab sich bei diesen Verhandlungen, welche vom Pfalzgrafen von Neuburg eingeleitet und später von Stratmann und Meinders in Versailles geführt wurden, nicht das Geringste, er ließ wiederholt Aeußerungen fallen, daß er vollkommen Herr seiner Beschlüsse sei und nichts anzunehmen gedente, was ihm unwürdig erscheine. Man wußte am französischen Hofe auch ganz genau, daß sowohl der Kaiser als auch die Staaten sich eifrigst bemühten, den Kurfürsten bei der Allianz zu erhalten.

Am 10. April gab Ludwig die Bedingungen des Friedens mit Brandenburg in St. Germain bekannt: er war bereit, alles brandenburgische Land, das er in seiner Gewalt hatte, sogar die kleveschen Festungen, mit Ausnahme von Wesel und Nees herauszugeben, wenn der Kurfürst mit Frankreich, England, Köln und Münster Frieden halten, den Staaten die fernere Unterstützung versagen und seine Armee am rechten Ufer der Weser halten wolle. Die zur Begutachtung dieses Angebotes berufenen Räte des Kurfürsten waren in ihren Meinungen geteilt: Friedrich von Jena, Somnitz und Canstein empfahlen die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit den Staaten, indem sie auf den Nachteil hinwiesen, welchen das allgemeine Interesse der Freiheit und Unabhängigkeit Europas durch den Rücktritt Brandenburgs von den Verteidigern derselben erleiden müßte. Schwerin, Plumenthal und Meinders waren für den Frieden mit Frankreich. Sie betonten, daß Brandenburg vor allem für sich zu sorgen habe. Auf die niederländischen Versprechungen sei nichts zu geben, die Subsidienzahlungen seien nach wie vor ungewiß, die Reichsstände gegen Brandenburg mißgünstig gestimmt, vom Reiche daher keine Unterstützung zu erwarten und deshalb der weitere Kampf nur mit Opfern für Brandenburg verbunden. In diesem Sinne entschied der Kurfürst und war sofort entschlossen, die Annäherung

an Frankreich zu einer vollständigen zu machen und dafür auch eine Entschädigung in Geld zu verlangen, damit ihm die Mittel verblieben, seine Armee auch ferner noch auf einem Achtung gebietenden Stande zu erhalten. Er mutete Ludwig XIV. sogar zu, ihm seine deutschen Bundesgenossen Köln und Münster preiszugeben und ihm zu gestatten, daß er den Krieg gegen dieselben allein fortführen dürfe. Davon konnte nun freilich nicht die Rede sein, dagegen gestand der König zu, dem Kurfürsten als Ersatz für die holländischen Gelder 300 000 Livres sofort und 500 000 Livres in zehn halbjährigen Raten zahlen zu lassen. In Boffem bei Löwen, wo sich der König bei der Wiedereröffnung des Feldzuges gegen die Staaten aufhielt, wurde der Vertrag am 16. Juni von Meinders abgeschlossen. Für den Fall, als das Reich von irgend einer Seite einen Angriff erfahren sollte, blieb es dem Kurfürsten unbenommen, seinen Pflichten gegen das Reich in militärischer Hinsicht nachzukommen. Friedrich Wilhelm legte auf diese Bestimmung großes Gewicht, er hielt sie allen Vorwürfen, die man ihm von Wien aus machte, entgegen und versicherte den Gesandten Drasser, der mit den letzten Anerbietungen der Staaten nach Berlin gekommen war, er werde sich auf ihrer Seite wieder einfinden, wenn die Verhandlungen wegen eines allgemeinen Friedens zu keinem Ende führen und Hoffnung vorhanden sein werde, die Sache der Niederlande wieder mit Erfolg zu verteidigen. Das Bewußtsein, daß er allein im verfloffenen Jahre das Aergste von ihnen abgewendet hatte, dennoch nicht die für den guten Fortgang seiner Unternehmungen notwendige Unterstützung gefunden habe, machte ihn im Verkehr mit den Holländern besonders gereizt und zu heftigen Vorwürfen geneigt. Diese wurden jedoch ohne erregten Widerspruch hingenommen, denn man hoffte auch auf staatlicher Seite zuversichtlich auf baldige Verständigung mit Brandenburg.

Frankreich erzielte zu Beginne des Feldzuges einen größeren Erfolg durch die Einnahme von Maastricht (30. Juni), dagegen machte England vergebliche Anstrengungen, sich den Eingang in den Zuidersee zu erzwingen und eine Landung zu bewerkstelligen. Die Admirale de Ruyter und Tromp schlugen sich von Juni bis August wiederholt erfolgreich mit den beiden königlichen Flotten und behaupteten das Uebergewicht der Holländer zur See. Dies ermutigte die Staaten, die harten Friedensbedingungen, welche man auf dem Kongresse zu Köln zustande gebracht hatte, abzulehnen. Ludwig XIV. wollte noch immer die sogenannten Generalitätslande zwischen Maas und Schelde behalten, Karl II. verlangte „Sicherheitsplätze“ an der Scheldemündung, Münster und Köln rechneten darauf, daß man ihnen die Provinz Oberyssel überlasse. Der Prinz und die Staaten waren jedoch nicht geneigt, auch nur eine dieser Bedingungen anzunehmen. Schweden, welches sich der Hoffnung hingegeben hatte, durch die Friedensvermittlung seinen immer mehr im Schwinden begriffenen Einfluß auf die europäischen Verhältnisse wieder heben zu können, sah sich auch darin getäuscht und näherte sich nunmehr Brandenburg, dem es das Trugbild der dritten Partei im Reiche, mit welchem schon so viel gekunkert worden war, als Lockung vorhielt. Schweden war um so mehr auf Brandenburg angewiesen, als es ihm auch nicht gelungen war, in

Polen wieder festeren Fuß zu fassen. Die Niederlagen, welche König Michael Wisniowicki von den Türken erlitten hatte, das Vordringen der letzteren bis Demberg, die inneren Zerwürfnisse der Republik hatten den Kaiser veranlaßt, sich des polnischen Wesens etwas ernster anzunehmen, wozu er von seiner Schwester Eleonore Maria, die an den Polenkönig vermählt worden war, dringend aufgefordert wurde. Er hatte auch Schweden eingeladen, sich an einem Bündnis zur Unterstützung Polens zu beteiligen, und dieses sofort zugesagt, wenn ihm dafür einige „Sicherungsplätze“ in Preußen zugestanden würden. Friedrich Wilhelm hatte sich darauf hin beeilt, dem Könige Michael seine Hilfe für den bevorstehenden neuen Türkenkrieg zu gewähren und ihm ein noch größeres Corps, als er bis dahin unter Dönhoff in Polen stehen hatte, zur Verfügung zu stellen. Die vom Rheine zurückkehrenden Regimenter wurden zum Teile nach Pommern und Preußen verlegt, um die Bevölkerung zu beruhigen und schwedische Hilfe überflüssig erscheinen zu lassen. Da also auf dieser Seite gegen Brandenburg kein Vorteil zu erringen war, so dachten die schwedischen Regenten daran, sich des anscheinend vereinsamten Kurfürsten zu bedienen, um mit ihm gemeinsam das Friedensvermittlungsgeschäft durchzuführen, von welchem immerhin einiger Gewinn zu erwarten war. Der Kurfürst blieb jedoch den schwedischen Anträgen gegenüber anfänglich ziemlich kalt und nahm erst dann darauf Rücksicht, als sich seine Beziehungen zu Frankreich wieder verschlimmerten. Dies trat schon wenige Monate nach dem Frieden von Boffem ein.

König Ludwig von Frankreich legte diesem Frieden eine andere Bedeutung bei, als er in der Meinung des Kurfürsten hatte; er durchschaute die Politik des letzteren nicht. Friedrich Wilhelm hatte, wie das seine Art war, einer für ihn gefährlichen und peinlichen Situation mit einer raschen That ein Ende machen wollen, um sich für die Zukunft vollkommen freie Hand zu wahren und seine Macht bei günstiger Gelegenheit ungeschwächt wieder in die Waagschale werfen zu können. Der König ließ sich täuschen, er glaubte Brandenburg für die weitere Dauer des Krieges kaltgestellt zu haben und sich in seinem Auftreten in Deutschland weniger Beschränkung als früher auflegen zu müssen. Eine richtige Ausnutzung des Abkommens mit Brandenburg wäre darin bestanden, wenn er den deutschen Boden gänzlich geräumt und seine ganze Kraft auf die Niederwerfung Hollands verwendet hätte. Es war sehr zweifelhaft, ob die ultramontane Partei am Wiener Hofe, deren Führung der päpstliche Nuntius besorgte, in Verbindung mit den Franzosenfreunden, an deren Spitze Lobkowitz stand, nicht eine Parteinahme für das protestantische Holland verhindert hätte. Die Gefährdung der Stellung des Hauses Oesterreich im Reiche gab diesmal den Ausschlag für die kaiserliche Politik und Ludwigs XIV. Uebermut allein war es, der den Widerstand des Reiches herausforderte. Es lag für Frankreich keine Nötigung vor, Turenne rheinaufwärts an den Main zu senden, nachdem die brandenburgischen Truppen durch braunschweigisches Gebiet bis nach Halberstadt zurückgegangen waren, ja zum Teile auf dem Marsche nach Polen und Preußen sich befanden. Die Reste des kaiserlichen Heeres standen in Böhmen, eine andere Militärmacht aber gab es im Reiche nicht. Statt aber thatfächliche Beweise dafür zu geben, daß er auf deutschem Boden nichts suche, reizte der König die ohnehin schwer zu er-

regenden Reichsstände durch überflüssige Forderungen und ließ seine Regimenter immer tiefer in das Innere des Reiches vordringen.

Turenne war mit seiner Armee von Westfalen bis Thüringen vorgegangen, dann aber zu Anfang Juni nach Wezlar gerückt und hielt die Maingegend besetzt, als Gravel beim Reichstage zu Regensburg am 18. Juni ein Memorial seines Königs überreichte, in welchem dieser die Bedingungen bekannt gab, unter welchen er bereit sei, seine Truppen aus dem Reiche zu entfernen. Hatte er schon vorher eine Versicherung der Reichsstände verlangt, daß der Kaiser sich an dem Kriege nicht mehr beteiligen werde, so stellte er jetzt die Forderung, eine Anzahl von Fürsten solle sich verpflichten, „daß sie sich dem Kaiser entgegensetzen wollten, wenn er seine Armee aus Böhmen entweder wider Seine Majestät und dessen Alliierte oder den Staaten zum Besten würde fortrücken lassen“, und zwar wählte er sich als bewaffnete Bürgen für die Neutralität des Kaisers den König von Schweden, die Kurfürsten von Mainz, Köln, Baiern und Brandenburg, den Herzog von Hannover, den Bischof von Münster und den Pfalzgrafen von Neuburg. Diese Herren sollten also die Vormünder des unter Kuratel gesetzten Reichsoberhauptes sein, sie sollten ihn in der Ausübung eines Rechtes hindern, welches der westfälische Friede jedem einzelnen Reichsstande gewährte, nämlich Bündnisse mit fremden Mächten zu schließen.¹⁾ Damit war auch den gebuldigten und eigennütigen deutschen Reichsständen zu viel zugemutet, sie fanden keine Veranlassung, sich mit diesem Antrage zu beschäftigen und ließen ihren schon früher gefaßten Beschluß bestehen, wonach der Kaiser an die ihm in der Wahlkapitulation auferlegte Verpflichtung erinnert werden sollte, das Reich mit aller Macht zu beschützen und nicht zu gestatten, daß fremdes Volk auf dem deutschen Reichsboden einquartiert werde. Die Antwort, die Frankreich verdiente, erhielt es trotzdem von den deutschen Ständen nicht, deren eine nicht geringe Zahl ja noch immer die Sicherung der deutschen Freiheit von ihm erwartete; um so entschiedener trat jedoch der Kaiser selbst auf.

Es wurde immer deutlicher, daß die österreichische Politik einen neuen Weg einschlagen werde. Lobkowitz und Gremontille verloren im Laufe des Sommers 1763 Ansehen und Einfluß beim Kaiser, während Spanien wieder in die alte bevorzugte Stellung einzurücken begann. Der Marquis de los Balbassos, als ständiger, und Don Pedro Ronquillo, als außerordentlicher Gesandter, legten Leopold die Absicht ihrer Regierung vor, mit Frankreich zu brechen, wenn der Kaiser sich seinerseits herbeilasse, ebenfalls zu Gunsten des durch den Frieden von Aachen ausgesprochenen Besitzstandes in den Niederlanden die Waffen zu ergreifen. Nicht nur Leopolds Schwester, die Königin-Witwe von Spanien, unterstützte diese Bemühungen, sondern auch seine Stiefmutter, die Kaiserin-Witwe Eleonore, welche durch ihre Klugheit und ruhige Ueberlegung sich einen gewissen Einfluß auf den Kaiser bewahrte. Sie wünschte ihre zweite Tochter,

¹⁾ Dieser Punkt wird in dem „Schreiben eines reichsfürstlichen Staatsrates an seines Herrn Deputierten auf dem Reichstage zu Regensburg“ (Diarium Europ. T. XXVIII, p. 11) hervorgehoben. Das Schriftstück enthält außerdem eine treffliche Zergliederung und Kritik des französischen Memorials.

die Erzherzogin Maria Anna, auf den spanischen Thron zu bringen und hat sich wohl aus diesem Grunde veranlaßt gesehen, die Annäherung Oesterreichs an Spanien zu befördern.¹⁾

Nicht geringen Anteil an der Wendung in den politischen Anschauungen des Kaisers haben auch Hoher und P'fola genommen. Der Hofkanzler besorgte damals schon nahezu ausschließlich die auswärtigen Geschäfte, Lobkowitz war auf seine Stellung als Obersthofmeister beschränkt. P'fola hatte im Mai drei Schreiben an Hoher gerichtet, in welchen er von der Situation im Haag eingehenden Bericht gab. Er stellte dar, daß die Staaten jetzt auch ohne den Kaiser zum Frieden gelangen könnten, daß Dranien es aber vorziehe, den Krieg fortzuführen, wenn er auf die Hilfe des Kaisers rechnen könne. Sie müßte aber rasch und bestimmt zugesagt werden. Der Kaiser verhandelte mit Hoher allein in Lagenburg über seine Lage. Am 31. Mai ging eine Antwort an P'fola ab, in welcher der Kaiser seinen festen Entschluß aussprechen ließ, trotz des Abfalles des Kurfürsten von Brandenburg bei der gemeinsamen Sache auszuhalten. Er müsse jetzt wegen der Unsicherheit der Reichsstände, namentlich Baierns, 30000 Mann aufstellen, dies könne er jedoch nur dann thun, wenn ihm die Staaten Subsidien zahlten.²⁾

Leopold selbst faßte den Entschluß, den Krieg gegen Frankreich zu führen, mit schwerem Herzen. Sein Biograph, E. G. Rinkh,³⁾ erzählt von einer feierlichen Beteuerung, welche der Kaiser in Maria-Zell nach Empfang des heiligen Abendmahles gethan habe: er bezeuge, daß er aus keinem Ehrgeiz, mehr Land und Leute zu gewinnen, seine Armee wegschicke, Gott wisse, daß er zufrieden sei und zu diesem Kriege gezwungen werde, und möge ihn daher für das Blut, das vergossen werden wird, nicht zur Verantwortung ziehen. Der Reichshofratspräsident Fürst Johann Adolf von Schwarzenberg, der Obersthofmeister der Kaiserin Eleonore, Graf Albert Sinzendorff und der Bizetkanzler Hoher suchten den Kaiser der Gegenwirkung der französischen Partei ganz zu entziehen, indem sie ihn noch vor der bevorstehenden Hochzeitsfeier zu einer Reise nach Böhmen bewogen, um das bei Eger stehende Heer zu besichtigen.

Cremonville versuchte vergeblich, sich noch vorher beim Kaiser Gehör zu verschaffen und konnte es nicht verhindern, daß die letzten Forderungen, welche von Oesterreich an Frankreich gestellt wurden, in der auf der Reise beschlossenen Fassung eine Bestimmtheit annahmen, die dem durch Lobkowitz' Schmeicheleien verwöhnten Könige allerdings als Beleidigung vorkommen mußte. Der Kaiser verlangte Räumung des deutschen Reichsbodens, Herausgabe der deutschen Festungen, Rückstellung Lothringens an den vertriebenen Herzog, ein Schiedsgericht wegen der von beiden Seiten angesprochenen Städte im Elsaß, Friedensschluß mit Holland.

Am 22. August fand in Eger die Musterung statt, zu welcher auch der

¹⁾ Morosinis Finalrelation von 1074, bei Fiedler. (Fontes rer. Aust. XXVII. p. 147.)

²⁾ Ein Auszug des Kais. Reskriptes bei Klopp I, S. 337.

³⁾ Leopolds des Großen Röm. Kayfers wunderwürdiges Leben und Thaten. 2. Aufl. Köln 1713.

Kurfürst von Sachsen, Johann Georg II. mit dem Kurprinzen Johann Georg III., dem Herzog Christian zu Sachsen-Galle und dem Herzog Moritz von Sachsen-Weitz eingeladen worden war. Es sollte hier Gelegenheit geboten werden, ein Bündnis zwischen dem Kaiser und Sachsen zu besprechen, nachdem die Willfährigkeit des Kurfürsten schon in seiner Haltung als Kreisoberster zum Ausdruck gekommen war. Das Bündnis kam zustande. Sachsen verpflichtete sich, 3000 Mann Hülfsstruppen dem Befehle Montecuccolis zu unterstellen und erhielt dafür 40000 Thaler vom Kaiser sogleich ausbezahlt. Zu den geheimen Bedingungen gehörte es, daß Kursachsen nicht verbunden sein sollte, zur Wiedererlangung der klesischen Festungen mitzuwirken, welche Sachsen trotz des brandenburgisch-neuburgischen Vergleiches noch immer beanspruchte. Würden solche Plätze vom Kaiser besetzt, so dürfe er sie nicht sogleich an Brandenburg oder Pfalz-Neuburg ausliefern, sondern bis zur Erlangung eines gütlichen Austrages zwischen Brandenburg und Sachsen sequestrieren lassen.¹⁾ Im Verkehr mit den sächsischen Gästen erwies Leopold besondere Liebenswürdigkeit, er speiste mit ihnen, was eigentlich gegen die Hofordnung verstieß, an einem Tische und trank ihnen zu. Der Kurprinz soll eine besondere Verehrung für den Kaiser gefaßt haben. Ein Flugblatt „Delineatio oder eigentlicher Abriß und Entwurff der Kayserlichen Battaglia“²⁾ mit erklärendem Texte gibt die Stärke des von Montecuccoli befehligten kaiserlichen Heeres mit 31000 Mann an, 9 Regimenter zu Fuß zu je 2500 Mann, 9 Kürassierregimenter zu je 900 Pferden, das Dragonerregiment Götz zu 1000 Pferden und 36 Geschützen. In den kaiserlichen Erblanden blieben noch 27950 Mann zurück.

Schon am 26. August rückte das kaiserliche Heer von Eger über die Senke zwischen dem Fichtelgebirge und dem Böhmerwalde ab und erreichte am 1. September Nürnberg. Die drei Hauptkolonnen wurden von Bournonville, Montecuccoli und Karl von Lothringen befehligt. Die Aufgabe des kaiserlichen Heeres konnte keine andere sein als die, an den Niederrhein zu gelangen und dort die Verbindung mit Spanien und den Staaten herzustellen. Spanien hatte den Krieg an Frankreich bereits erklärt und den Kaiser von Eger aus, wo er in der Jesuitenkirche zum letztenmal um göttlichen Beistand in seiner schwierigen Entscheidung gebetet hatte, die Genehmigung für ein Bündnis mit den beiden genannten Mächten gegeben, welches L'Isola am 30. August im Haag abschloß. Erhaltung des westfälischen und des Nacher Friedens war der Zweck desselben. Holland zahlte monatlich 45000, Spanien 50000 Thaler für das kaiserliche Heer. Gremonville erhielt seine Pässe und reiste noch vor der Ankunft des Kaisers von Wien ab.³⁾ Er wartete noch einige Tage in Ruffdorf in der

¹⁾ Fritsche, Zur Geschichte der Kämpfe der Deutschen mit Frankreich 1673 und 1674, insbesondere die Teilnahme der kursächs. Truppen an denselben. (Progr. des Gymnas. in Plauen i. B. 1877.)

²⁾ Beilage zum Diarium Europ.

³⁾ Das „Decret an Hn. Grafen Albert von Zinzendorf die Commission Hn. Gremonville zu hinterbringen daß er seine Abreise von Wien und vom Kayserl. Hof nehme“ (Diar. Europ. T. XXVIII. Appendix 16) wirft dem französischen Gesandten noch besonders seine Unterstützung des letzten ungarischen Aufstandes vor.

Hoffnung, es könne die französisch gesinnte Partei am kaiserlichen Hofe doch noch Oberwasser erhalten; die Sinnesänderung des Kaisers blieb jedoch aus, der einst so mächtige Gesandte mußte nach Frankreich zurückkehren, wo er sich in eine ihm vom Könige verliehene Abtei in der Normandie zurückzog, um nie mehr wieder auf der politischen Bühne zu erscheinen.

Turenne hatte vorhergesehen, daß das Wiedererscheinen des kaiserlichen Heeres im Reiche dem Kriege eine gefährliche Wendung geben mußte. Er war schon früher mit der Absicht gegen Böhmen vorgerückt, um das Hervorbrechen Montecuccolis aus diesem Lande zu verhindern und hätte vielleicht keine Scheu davor gehabt, diesen in Böhmen selbst anzugreifen, wenn er sich hätte darauf verlassen können, von Louvois genügend unterstützt zu werden. Bei der Eifersucht, welche diesen jedoch gegen den größten Feldherrn des Königs erfüllte, schien es ihm zu gewagt, die Verbindung mit seinem Lande gänzlich außer Acht zu lassen. Er stellte sich daher die Aufgabe, den Kaiserlichen den Uebergang über den Main und den Marsch an den Rhein zu verwehren, indem er gleichzeitig auch die Straßen in das Elsaß flankierte, welches Ludwig XIV. selbst für das Ziel der kaiserlichen Armee hielt. Bei Rothenburg a. d. Tauber glaubte er es zum Schlagen zu bringen. Montecucoli wich ihm jedoch durch ein meisterhaftes Manöver aus. Während er mit einem Teile seiner Truppen eine Schlachtordnung bildete, schob er den andern nach Norden vor, bis er den Main bei Marktbreit berührte, wohin er dann auch den Rest nachzog, ohne daß Turenne es hindern konnte. Bei Ochsenfurt standen sich die beiden Feldherren eine Woche hindurch gegenüber, führten Geschüßkämpfe und Vorpostengefechte auf, ohne daß sie ernstlich aneinander geraten wären. Man nahm es Montecucoli sehr übel, daß er damals nicht angriff,¹⁾ er erreichte sein Ziel jedoch auch ohne Schlacht durch strategische Bewegungen, in welchen er sich diesmal selbst dem größten Strategen seiner Zeit überlegen zeigte. Er bog abermals nach Norden aus, erreichte Anfang Oktober Hanau und war nun im Begriffe, bei Frankfurt über den Main zu gehen und Turenne im Rücken zu fassen. Er hatte einen großen Bogen um ihn beschrieben und konnte ihn durch ein glückliches Gefecht von seiner Rückzugslinie abschneiden. Turenne setzte sich dieser Gefahr nicht aus, sondern zog sich nach Philippsburg zurück. Einer Vereinigung der verbündeten Armeen stand jetzt nichts mehr im Wege. Schon am 24. Oktober waren die Spanier und Holländer über die Maas gegangen, am 4. November berührten sich ihre Spizen mit den Kaiserlichen zwischen Andernach und Bonn und den Tag darauf begann der dreiundzwanzigjährige Prinz von Dranien mit 50 000 Mann Verbündeten die Belagerung der Residenz des Kurfürsten von Köln, aus welcher dieser unter Thränen geflohen war. Die Armee des Marschalls Luxemburg räumte alles staatliche Gebiet am rechten Rheinufer, Frankreich hatte genug zu thun, wenn es die Linie von Maastricht bis in das Elsaß, die durch die Eroberung

¹⁾ Die Erklärung, daß Montecucoli von Lobkowitz den Befehl erhalten habe, nicht anzugreifen (neuestens auch von Montecuccolis Biographen Campori aufgenommen), hat eine altentmässige Bestätigung noch nicht erfahren. Es ist auch kaum anzunehmen, daß sich Montecucoli damals von Lobkowitz noch ähnliche Befehle habe geben lassen.

von Trier (7. September) eine wichtige Stütze erhalten hatte, mit genügenden Streitkräften besetzte. Für Bonn konnte nichts geschehen, es ergab sich am 12. November, die französische Besatzung zog nach Maastricht, die kurfürstliche nach Köln. Der Prinz von Oranien war gewillt, die errungenen Vorteile rasch weiter zu verfolgen, Luxembes Armee durch einen ersten Vorstoß von Frankreich abzuschneiden. Montecuccoli ließ sich auf diese ihm allzu kühn erscheinende Unternehmung nicht ein, er verließ die Armee und setzte abermals Bournonville zu seinem Stellvertreter ein. Als sich Oranien dann gegen den Marschall Luxemburg warf, konnte sich derselbe noch unter die Kanonen von Maastricht retten und den Angriff der Verbündeten abwarten. Es kam nicht mehr dazu. Die Verbündeten bezogen die Winterquartiere und ließen Luxemburg nach Charleroi zurückweichen.

Ludwig XIV. hatte ohne Schlacht eine große Niederlage erlitten, das Unternehmen gegen die Staaten war vollkommen gescheitert, an Erwerbungen auf dem Boden der sieben Provinzen nicht mehr zu denken. Trotzdem oder richtiger gerade aus diesem Grunde war ein günstiger Fortgang der im Oktober wieder begonnenen Friedensverhandlungen in Köln nicht zu erwarten. Ludwig XIV. konnte sich nicht in den Zustand vor dem Kriege zurückversetzen lassen, ohne die äußersten Anstrengungen zur Abwendung dieser Schmach versucht zu haben. Schweden, welches das Vermittlungsgeschäft noch immer mit einigem Eifer betrieb, besaß das Ansehen nicht, um mit seinen Vorschlägen Eindruck zu machen. Es stellte sich bald heraus, daß man es noch auf die Waffen ankommen lassen wollte; die Verhandlungen wurden sehr lau geführt, bis ihnen ein von kaiserlicher Seite ausgeführter Gewaltstreich ein Ende machte.

Der Baron de P'Isola, welcher vom Haag aus nach Lüttich gereist war, um das Kapitel zur Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung zu vermögen, vertrat den Kaiser auch auf dem Kongresse zu Köln. Er war es, der in Wien auf die fortwährenden gefährlichen Umtriebe des Prinzen Wilhelm von Fürstenberg, Dombachant von Köln und Besitzer der Einkünfte von drei oder vier wohlbestellten französischen Abteien, hinwies und dazu drängte, denselben unschädlich zu machen. Er konnte mit Recht in Aussicht stellen, daß Kurfürst Maximilian Heinrich, wenn er nicht mehr den Verheßungen dieses Mannes ausgesetzt sei, der sich seines Vertrauens und seiner Freundschaft ausschließlich bemächtigt hatte, der Verbindung mit Frankreich abwendig zu machen sein dürfte. Man beschloß in Wien die Verhaftung des Fürsten, während er in seiner mehrfachen Eigenschaft als Reichsfürst, als Oberst eines französischen Regiments und als Bevollmächtigter des Kurfürsten von Köln vollkommen sicher und jeder Gefahr entrückt zu sein glaubte. Mehrere Offiziere des kaiserlichen Regiments de Grana, welches ein Thor der Stadt Köln besetzt hielt, führten die Gefangennehmung aus. Sie wußten, daß der Fürst sich nach dem Mittagmahle zu der ihm sehr befreundeten Gräfin von der Mark zu begeben pflegte und dann von deren Behausung in das Stift St. Pantaleon fuhr, wo der Kurfürst, seit er von Bonn vertrieben war, Wohnung genommen hatte. Auf diesem Wege überfielen am 14. Februar 1674 etwa neun oder zehn Bewaffnete, unter welchen sich auch der Vetter des Marquis de Grana, Graf Bagnasco und der Oberstlieutenant Obizzi befanden,

die Kutsche des Fürsten. Nach einem kurzen, aber lebhaften Gefechte mit den Leuten desselben, die sich zur Wehre setzten, gelang es ihnen, mit dem Gefangenen vor das Thor zu gelangen, wo er von einer Fahne Reiter und einem Fähnlein Fußvolk in Empfang genommen, zuerst nach Bonn und dann nach Wien abgeführt wurde. V'Isola, der sich in Lüttich eine Krankheit zugezogen hatte, erlebte noch das Gelingen des Handstreiches, den er empfohlen hatte, starb aber in demselben Jahre am 28. Dezember zu Wien.

Die Gefangennahme Fürstenbergs erregte ungeheures Aufsehen. Frankreich und Schweden fühlten sich durch die Nichtachtung der Unverletzlichkeit eines Gesandten vor allen betroffen. Ludwig XIV. richtete durch Gravel eine Note an den Reichstag zu Regensburg (28. Februar 1674), worin er den Kaiser des Wortbruches beschuldigte. Dieser habe nämlich, da wegen der Besetzung Kölns durch das Regiment Grana schon früher Bedenken geäußert wurden, in Regensburg besondere Versicherungen wegen der Freiheit der Bevollmächtigten abgegeben. Die deutschen Fürsten mögen sich vorsehen, wie es mit ihrer Freiheit in Zukunft bestellt sein werde, nachdem man einmal mit der Vergewaltigung eines einzelnen von ihnen den Anfang gemacht habe. Am Schlusse des Schriftstückes läßt sich der König vernehmen, er wolle sich versichert halten, daß, je mehr seine Feinde durch allerhand gehässige Mittel den Frieden zu verhindern sich bemühen, er aber hingegen nur absonderlich denselben zu erhalten sich angelegen sein lasse, sie von allen friedliebenden Potentaten desto mehr gehaßt, die Gerechtigkeit seines Vorgehens und seiner Waffen aber desto mehr werde gepriesen werden. Die Entrüstung König Ludwigs konnte in Wien keinen großen Eindruck machen, wo man sehr gut wußte, daß Louvois den Kommandanten von Maastricht, d'Estades, aufgefordert hatte, V'Isola, der als kaiserlicher Gesandter zum Kongreß nach Köln reiste, vor den Thoren von Lüttich gefangen nehmen, wenn nötig, auch niedermachen zu lassen. Daß der Anschlag mißglückt war, konnte nicht als Beweis für die Achtung Frankreichs vor völkerrechtlichen Gesetzen gelten. Esaias Pufendorf verlangte im Namen der Krone Schweden, welche den Kongreß zu Köln veranstaltet hatte, Satisfaktion wegen Verletzung der Gesandtenfreiheit, Rückstellung Fürstenbergs an den Ort, wo ihm Gewalt geschehen und Bestrafung der Offiziere, welche ihm dieselbe angethan haben. Die kaiserliche Regierung trat hierauf in ihrer Antwort an Schweden als Urheberin der Gefangennehmung offen hervor, erklärte, daß sie den Prinzen Wilhelm niemals als einen Gesandten des Kurfürsten von Köln angesehen habe, noch ansehen werde, da der Kurfürst persönlich am Kongreßorte anwesend gewesen sei, Prinz Wilhelm aber als niederösterreichischer Vasall die Eigenschaft nicht besessen habe, um als Vertreter einer seinem Lehensherrn feindlichen Macht angenommen zu werden. Er sei im Gegensatz zu seinen Pflichten gegenüber dem Reiche ein Hauptansteller dieses Krieges, ja sogar Oberst über ein französisches Regiment gewesen und habe somit den kaiserlichen Avokatorien den Gehorsam verweigert.

Die öffentliche Meinung nahm in Deutschland entschieden für den Kaiser Partei. Von fünf verschiedenen Flugschriften, welche in demselben Jahre den Vorfall behandelten, findet nicht eine ein Wort der Anklage gegen den Kaiser,

alle bemühen sich eifrigt, die Gefangennehmung des verräterischen und leichtfertigen Fürsten zu rechtfertigen. In einer derselben ¹⁾ heißt es:

„. . . Die Franzosen sagen erstlich, daß durch diese That aller Völker Recht sei geschwächt worden, hierob hat sich ganz Europa nicht wenig zu erfreuen, daß denen Franzosen dieses Völker-Recht wieder in ihren Sinn zurückkommen, so bei ihnen also vertilget gewesen, daß sie sich nicht mehr unter die Völker haben zählen lassen wollen, sondern ihnen eingebildet, daß sie über die Völker gesetzt worden. O! das sind die rechten Bestätter und Vertheidiger dieses Rechtes, welches von ihnen so vielmalen zertreten, verachtet und geschwächt worden! Können sie denn wohl glauben, daß ihnen dieses Recht dienen möge, welches sie mit so viel abscheulichen Thaten schändlich bematelt haben.“

Als Beispiele französischer Völkerrechtsverletzungen werden angeführt: die Gefangennehmung des polnischen Prinzen Casimirus, die Festnehmung des Kurfürsten von der Pfalz (als er aus England nach Deutschland reisen wollte) in Calais, die Vergiftung Bernhards von Weimar, die Anstiftung oder wenigstens Guttheißung der ungarischen Rebellion, der Ueberfall des Lothringers, die gewaltthätige Besetzung elsässischer Städte, die Besetzung des Gebietes von Trier. Frankreich mußte, wenn es von Völkerrechtsverletzung sprechen wollte, erst beweisen, daß Fürstenberg sein Gesandter war und daß er nichts gegen die Sicherheit und die Würde des Kaisers unternommen habe. Fürstenberg hat die durch den Marquis de Grana bereits eingeleitete Vereinbarung des Kurfürsten von Köln mit dem Kaiser rückgängig gemacht, er hat dafür gewirkt, daß nach dem 1671 erwarteten Tode des Kaisers Böhmen an den künftigen römischen König, wozu er den König von Frankreich machen wollte, fallen solle, er war durch Prinz und Frangipani von dem Vorhaben verständigt, hat es aber nicht dem Kaiser, wozu er verpflichtet, sondern dem König von Frankreich anvertraut, er hat Vorder- und Oberösterreich mit den Seinen schon im Geiste verschlungen gehabt.

Nicht weniger entschieden sprechen sich auch die „Gedanken über Prinz Wilhelms von Fürstenberg gefängliche Annehmung“ und die „Lettre d'un Gentilhomme flamand à un Chevalier Anglois de la Chambre des Communes du Parlement, au sujet de l'Emprisonnement de Monsieur le Prince Guillaume de Furstenberg“ aus; die meisten dieser Schriften erschienen in mehreren Sprachen.

Als die deutschen Truppen unmittelbar außerhalb der Thore von Köln auch eine französische Geldsendung mit 80000 Thalern wegnahmen, wurde auch dies von den französischen Kongreßvollmächtigten als Verletzung ihrer Freiheiten erklärt und von den Schweden angekündigt, daß sie nunmehr weitere Verhandlungen als aussichtslos ansehen und daher nach Hause zurückzukehren wünschten. Sie thaten gut daran, denn die Aussicht auf eine friedliche Ausgleichung der vorhandenen Gegensätze schwand immer mehr, dagegen wuchs die Hoffnung, Frankreich den Frieden mit den Waffen in der Hand diktiert zu können, da seine Bundesgenossen es im Stiche ließen. England hatte den An-

¹⁾ Gerechte, Nuzliche Vnd Zu Erhaltung Ihero Kayserlichen Mayestatt Höchsten Gewalt, Zu Des Reichs Ruhe-Stand, Vnd Zu Beförderung Des Fridens, Nothwendige Gefangenschafft Des Prinz Wilhelmen von Fürstenberg. Durch Christoph Gangwolffen. Anno 1674.

fang gemacht. Dort war der Einfluß Ludwigs XIV. auf die innere Politik der Regierung mit zunehmendem Mißtrauen beobachtet worden. Ihm wurde die Heirat des Herzogs von York mit einer katholischen Prinzessin, Marie Beatrice von Modena, zugeschrieben. Das Parlament, welches durch die Taktik auf das entschiedenste gegen die Duldung des Katholizismus protestiert hatte, erblickte darin eine Herausforderung. Als im Oktober 1673 nach den großen Seeschlachten, in welchen England stets im Nachteile geblieben war, neue Geldforderungen an das Parlament gestellt wurden, verweigerte es diese. In heftiger Weise machte sich der Unwille gegen die französische Allianz laut. Am 26. November schilderte Colbert, der Frankreich am englischen Hofe vertrat, die Lage als aussichtslos, da es dem Könige an Energie gebreche und das Ministerium sich durch Nachgiebigkeit gegen das Parlament zu erhalten versuchen werde. Ludwig XIV. berief Colbert ab und sendete an dessen Stelle den Hugenotten Ruignyn; er bestimmte 10 000 Livres zur Bestechung von Parlamentsmitgliedern und schenkte der Herzogin von Portsmouth, Louise de Kerouel, der Maitresse Karls II., eine Herrschaft in Berry. Damit konnte aber der Umschwung in der öffentlichen Meinung Englands nicht mehr aufgehalten werden. Die Haltung Spaniens gab den Ausschlag. Es ließ dem Könige von England mit besonderem Nachdrucke das Bündnis, das es mit den Staaten eingegangen, verkünden und beifügen, daß es die Feinde der Republik als seine eigenen ansehen müsse. Dies bedrohte den Handel Englands mit Spanien, der in die Hände der Holländer gelangen mußte, wenn England bei der französischen Allianz beharrte. Spanien selbst legte den Friedensantrag der Republik vor, der König erschien in feierlicher Sitzung des Parlaments, legte ihm diesen Antrag vor und ersuchte um seinen Rat in der Frage, ob er ihn annehmen dürfe oder nicht. Das Parlament bat um Fortsetzung der Verhandlungen mit Holland, als deren Ergebnis der am 19. Februar 1674 abgeschlossene Friede von Westminster erscheint. Holland gestand England nichts weiter als das Vorrecht des Flaggenrufes und 800 000 Kronen Kriegsentschädigung zu, dafür mußte Karl II. den Artikel annehmen, welcher die Unterstützung der gegenseitigen Feinde verbot.

Dem Beispiele Englands folgte der Bischof von Münster, der unter Vermittelung des Freiherrn von P'Isola am 22. April mit den Staaten auf Grundlage des kleveschen Vertrages Frieden schloß. Sein General Nagel hatte sich zwar noch den ganzen Winter recht wacker mit den Holländern unter Rabenhaupt geschlagen, der Kampf wurde aber aussichtslos, als die Franzosen ihre Hülfstruppen unter dem Marquis de Bellefonds zurückzogen, und der Kurfürst von Brandenburg, der sich damals dem Kaiser wieder zu nähern begann, eine ganz besondere Vorliebe dafür zeigte, seinen unruhigen Nachbar aufs Korn zu nehmen und ihm alle die Sorge und Beunruhigung heimzuzahlen, die er selbst durch den Bischof erfahren hatte. Auch Kurköln, das sich am schwersten von Frankreich trennte und sogar den abenteuerlichen Plan erwogen hatte, den Krieg am Niederrhein auf eigene Faust fortzuführen, machte am 4. Mai seinen Frieden mit den Staaten und trat, ebenso wie Mainz, wo nach dem am 12. Februar 1673 erfolgten Tode Schönborns Karl Heinrich von Weilstein-Mitternich zur Regierung gelangt war, dem spanisch-österreichisch-holländischen Bündnisse bei.

Die französischen Truppen gaben alle Eroberungen in den Niederlanden und sämtliche Rheinfestungen auf, in Grave am linken Maasufer bargen sie ihr schweres Geschütz, um es bei günstiger Gelegenheit wieder zu verwenden oder wenigstens ungefährdet zurückzuführen. Die Niederlande waren wieder frei, die großen Erfolge, welche König Ludwig im ersten Kriegsjahre errungen, mit einem Schlage preisgegeben. Gerade diese Preisgebung aber ist der glänzendste Beweis von dem starken Geiste und der großen Einsicht des Königs. Er wollte und konnte sich, ohne sich selbst aufzugeben, einen Frieden nicht abtrotzen lassen, solange er im Nachtheile war, Frankreich mußte der Welt vorher beweisen, daß es sich auch gegen eine Uebermacht zu verteidigen verstand. Vor allem mußte der Besitz von Lothringen gerettet werden. Der Friedenskongreß war hauptsächlich deshalb nicht in Fluß gekommen, weil der Kaiser die Zuziehung eines Bevollmächtigten des Herzogs von Lothringen verlangte. Ludwig XIV. weigerte sich, einem solchen die Pässe ausstellen zu lassen. Er zog es vor, den Kampf mit drei großen Mächten allein und ohne Bundesgenossen aufzunehmen. Dies erforderte aber die Vereinigung seiner Kräfte, die Aufstellung einer Streitmacht in einem Bereiche, welcher noch die Verbindung der einzelnen Teile untereinander ermöglichte, also den Rückzug hinter Maas und Rhein. Drei Armeen wurden gebildet, welche er zusammen auf 100 000 Mann zu bringen hoffte, ungeachtet der kleinen fliegenden Corps an den Küsten und in den durch Spanien gefährdeten Pyrenäenlandschaften. Vierundvierzig Millionen Livres mußten aufgebracht werden, um den bevorstehenden Feldzug bestreiten zu können. Das Geld begann sehr knapp zu werden. Ludwig aber wußte, was Frankreich zu leisten vermochte, wenn seine Ehre auf dem Spiele stand. — Die stärkste Armee war die des Prinzen Condé, welche sich auf Maastricht und Charleroi stützte und die Aufgabe hatte, einen Vorstoß gegen Paris zu parieren, der von der Kühnheit des Prinzen von Oranien immerhin erwartet werden konnte. Frankreichs schwächste Seite ist seine nördliche Grenze, die so nahe der Hauptstadt ohne nennenswerte natürliche Stützpunkte dahinfließt. Dort muß einer Ueberrumpelung vorgebeugt werden, dort durfte sich, solange Paris keine Festung ersten Ranges war, ein vorsichtiger Feldherr keiner Uebermacht entgegenstellen. Ein einziger Fehler, eine verlorene Schlacht konnte das Schicksal des Königreiches für lange Zeit bestimmen. Es war daher vollkommen richtig, daß Condé, welchem auch die aus den niederländischen Festungen gezogenen 16 000 Mann unter Bellefonds untergeordnet wurden, über 40 000 Mann kommandierte. Die zweite Armee am Rheine hatte militärisch größere Aufgaben zu vollbringen, aber sie war keinen plötzlich hereinbrechenden Gefahren ausgesetzt. Und hier hatte der König seinen Turenne, dessen Umsicht und Talent die geringere Anzahl seiner Truppen auszugleichen vermochte. Er war durch sein Ansehen bei Freund und Feind, wie durch die glückliche Verbindung von Kühnheit und Kaltblütigkeit eine Macht für sich. Ihm konnte der König die schwersten Lasten aufbürden, er trug sie willig und verlässlich. Ludwig behielt sich selbst die dritte Armee vor, um auf der einen oder anderen Seite den Ausschlag zu geben. Vorerst unternahm er den Einfall in die Franche-Comté, um einem von spanischer Seite geplanten Angriffe von dieser Seite zuvorzukommen. Der Herzog von Noailles, Gouverneur von Burgund,

hatte schon im Februar mit 11000 Mann den Feldzug eröffnet und sich einiger wichtiger Plätze bemächtigt. Spanien war außer Stande, Truppen in die Grafschaft zu bringen, da ihm die Schweizer die Pässe verweigerten. Es mußte sich darauf beschränken, seinen Getreuen durch den Prinzen von Baudemont, der als italienischer Reisender verkleidet in das Land kam, eine moralische Stütze und einen Feldherrn zu geben, der die Verteidigung mit den vorhandenen Kräften durchführte, bis vom Oberrhein her eine kaiserliche Armee zu Hilfe kommen konnte. Baudemont entsetzte das belagerte Arbois und fand in der Bevölkerung gute Aufnahme. Als sich jedoch König Ludwig selbst mit 20000 Mann und schwerem Geschütz Ende April nach Burgund begab, konnte die Widerstandskraft und die Anhänglichkeit der Bewohner für die spanische Herrschaft gegen die Uebermacht nicht aufkommen, Besançon wurde mit Sturm genommen, Dole mußte sich nach tapferer Verteidigung ergeben, ebenso Salins, so daß nach zwei Monaten das Land in den Händen des Königs war, welcher schon bei seiner Ankunft den Entschluß in einem Manifeste kundgegeben hatte, die Grafschaft, deren Einwohner er für seine „natürlichen Unterthanen“ erklärte, für immer seinem Reiche einzuverleiben.

Der große Vorteil einer einheitlichen Leitung der gesamten Kriegführung machte sich auf Seite Frankreichs um so mehr geltend, als der Mangel derselben gerade in diesem Jahre die Gegner schwächte. Der einzige Feldherr, welcher sich Turenne einigermaßen gewachsen gezeigt hatte, Montecuccoli, wurde vom Oberbefehl ferngehalten. General de Souches hatte es durch seine Anhänger am kaiserlichen Hofe dahin gebracht, daß ihm ein selbständiges Kommando zugesagt worden war. Von ihm mochten wohl die Vorwürfe ausgehen, welche Montecuccoli in Wien aus seinem Verhalten bei Ochsenfurt gemacht wurden, wo er Turenne angeblich aus einer verzweifelten Lage hatte entwichen lassen. De Souches, ein Franzose von Geburt, der zuerst unter Stahlhands den Schweden gebient hatte und nach einem Zerwürfniß mit demselben, dem ein Duell gefolgt war, im kaiserlichen Heere Dienste genommen hatte, war ein Mann von geringen Kenntnissen, aber neidisch und rachsüchtig.¹⁾ Im Türkenkriege von 1664 waren ihm einige kühne Handstreich gelungen, sein Verdienst war jedoch durch die Unbrauchbarkeit der türkischen Generale in ein allzu helles Licht gesetzt worden. Seine Fähigkeiten hielten jedenfalls mit seinem Ehrgeize nicht gleichen Schritt. Montecuccoli lehnte es ab, eine ihm nebengeordnete Stellung anzunehmen, er blieb zu Hause, wozu ihn Krankheit und Familienangelegenheiten berechtigten, De Souches erhielt das Kommando der Armee, welche Montecuccoli im verfloffenen Jahre nach Bonn geführt hatte, Bournonville über die an den Mittel- und Oberrhein entsendeten Regimenter, der Herzog von Lothringen führte das von ihm aufgestellte Corps in eigener Person. De Souches hatte ungefähr 21000 Mann, Bournonville 6000, Lothringen und Caprara, der anfangs von Bournonville getrennt operierte, zusammen 7000 Mann.²⁾

¹⁾ Campori, Raimondo Montecuccoli, S. 462 u. ff.

²⁾ Isaacsohn, Der Krieg des Jahres 1674 und das Verhältnis des Wiener Hofes zu demselben. Inaug.-Dissert. Berlin 1870.

Am Rhein hatten die Feindseligkeiten am 26. Februar mit der Wegnahme der pfälzischen Feste Germersheim durch die Franzosen begonnen. Sie hatten es verhindern wollen, daß Germersheim, wie es vom Kurfürsten von der Pfalz zugefagt war, eine kaiserliche Besatzung erhielt. Der Angriff auf einen Reichsstand, der sich gar nicht im Kriegszustande mit Frankreich befand, führte zwar zur Kriegserklärung des Reiches an Frankreich, dieselbe hatte aber keinen Einfluß auf den Gang der militärischen Ereignisse, denn es vergingen Monate, ehe auch nur einige tausend Reichstruppen beisammen waren. Den Krieg in der Pfalz führte zuvörderst Caprara mit einigen kaiserlichen Regimentern und den sächsischen Truppen. Sie zwangen Turenne, Germersheim wieder aufzugeben. Die Stadt wurde vorher durch die Sprengung der Festungswerke beinahe gänzlich zerstört.

Inzwischen war der Herzog von Lothringen aus seinen Winterquartieren bei Frankfurt aufgebrochen, um in sein Herzogtum zu gelangen. Den Weg dahin mußte er, da er den freien Durchzug durch Württemberg nicht erhielt, über Ulm nehmen, von wo er sich nach Rheinfelden wandte. Dort beabsichtigte er über den Rhein und weiter in die Franche-Comté zu gehen, um Besançon zu entsetzen und den König zum Rückzug zu zwingen. Sobald er dies erreicht hätte, wäre ein Einbruch nach Lothringen von Süden her nicht unmöglich gewesen und Turenne dadurch im Rücken angegriffen worden. Turenne sorgte jedoch beizeiten dafür, daß sich der Lothringer dem mühevollen Marsche durch die Berge nicht aussetzen brauchte. Er nahm bei Häfingen, nordöstlich von Basel, Stellung, um dem Herzog, wenn er von Rheinfelden durch das Birsthal nach Delémont vorrücken würde, in die Flanke zu fallen. Der Herzog wagte jedoch den Rheinübergang gar nicht, da ihm die Stadt Basel ihre Brücke nicht zur Verfügung stellte, sondern hielt sich am rechten Rheinufer auf und suchte in Verbindung mit Caprara bei Kehl festen Fuß zu fassen. Turenne, dem die Bewachung des ganzen Elsaß oblag, der außerdem die Verbindung zwischen den österreichischen Waldstädten und Burgund zu unterbrechen, ja sogar die Vorgänge bei der Armee de Souches' zu beobachten hatte, war in steter Bewegung und entfaltete eine bewundernswerte Umsicht und Wachsamkeit. Er hatte nur wenige Reiterregimenter zur Verfügung, litt an Fußvolk Mangel und wartete mit banger Sorge auf den Fall von Dole, nach welchem ihm der König Verstärkung versprochen hatte. Würde man im Mai auf deutscher Seite in Eile ein Corps von 12—15 000 Mann vereinigt und damit einen kräftigen Vorstoß bei Straßburg gewagt haben, so war es sehr zweifelhaft, ob sich Turenne im Elsaß halten konnte. Er gibt selbst in seinen Berichten an den König der Besorgnis Ausdruck, daß die Kaiserlichen das linke Rheinufer gewinnen werden. Straßburg, meint er, werde, sowie Köln, auch nur so lange französisch sein, als königliche Truppen in ihrer Nähe stehen. Sobald eine starke kaiserliche Armee vor ihren Thoren steht, wird die Neutralität ihr Ende finden und Straßburg ein Waffenplatz der Kaiserlichen werden. Philippsburg und Dreisach werden die Gegner ruhig liegen lassen und cernieren, der Weg nach Lothringen wird ihnen offen stehen.¹⁾ Die Rüstungen auf kaiserlicher Seite gingen aber elend von statten,

¹ Grimoard, T. II, S. 500 u. ff.

erst Anfang Juni brachte Bournonville die ihm unterstellten Regimenter, welche theils am Niederrhein überwintert hatten, theils bei Frankfurt gesammelt worden waren, zu einer feldmäßigen Ausrüstung und konnte daran denken, sich mit Caprara und Lothringen zu vereinigen. Die beste Gelegenheit war aber damals schon verfäunt. Turenne war von dem Falle von Besançon unterrichtet, der König hatte ihm geschrieben, Dole dürfte bald folgen und es sei keine Notwendigkeit mehr vorhanden, die burgundische Pforte zu bewachen, da Montmorency Luxemburg mit 3000 Mann bei Besançon stehe und einem Einbruche des Lothringers genügenden Widerstand entgegensetzen könne. Turenne zog über Straßburg nach Norden. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß Bournonville sich am Neckar mit Caprara und Lothringen vereinigen wolle, und beschloß, den letzteren noch vorher zu einem Kampfe zu zwingen. Er ließ am 11. Juni bei Philippsburg eine Brücke über den Rhein schlagen und überschritt sie am 14. mit 9500 Mann. Die Absicht, welche der Marschall mit dieser Unternehmung verband, war trotz des angriffsweisen Vorgehens doch nur eine defensive. Es schien ihm vorzuziehen, den Gegnern noch Schaden zuzufügen, bevor sie selbst nach ihrer Vereinigung über den Rhein kommen und ihn angreifen würden. Die Stärke seiner Verteidigung lag immer in der Kühnheit der Offensive. Er konnte selbstverständlich nicht daran denken, sich am rechten Rheinufer zu behaupten, aber er machte sich durch einen kräftigen Stoß für einige Wochen Luft.

Lothringen und Caprara waren, nachdem sie vergeblich mit dem Räte von Straßburg wegen des Rheinüberganges verhandelt hatten, gemächlich dem Neckar zumarschirt. Am 15. Juni lagerten sie bei Eppingen. Turenne erreichte Hoerberg. Die Verbündeten setzten am frühen Morgen des 16. Juni ihren Marsch nach dem Neckar fort und langten gegen 8 Uhr bei dem Städtchen Sinsheim an der Elsenz an. Turenne war ihnen hart auf der Ferse, hätte aber nicht verhindern können, daß sie unmittelbar hinter Sinsheim den Wald gewonnen und sich, durch denselben gedeckt, weiter nordwärts gezogen hätten. Die Gegend hinter Sinsheim bot jedoch eine so überaus günstige Position, daß Caprara den Vorschlag machte, sich hier freiwillig dem Marschall zu stellen. Das rechte Ufer der Elsenz erhebt sich ziemlich steil und bildet rechts von der Straße nach Heidelberg eine Hochfläche, an die sich der bereits erwähnte Wald anschließt. Die Verbündeten besetzten Sinsheim und legten Schützen in die zahlreichen Gärten, welche das Städtchen umgaben, und in die alte Abtei, die am Fuße der Anhöhe lag und mit ihren Mauern einen trefflichen Verteidigungspunkt abgab, der den rechten Flügel einer Aufstellung auf der Hochfläche deckte. Links hatte dieselbe starke Böschungen, die angesichts des Feindes kaum bewältigt werden konnten. Ein einziger Hohlweg führte auf die Hochfläche, welche die Form eines Dreiecks bildete, dessen Grundlinie der Wald war. Herzog Karl, obwohl kein Freund des Schlagens, wenn man demselben ausweichen konnte, ließ sich von Caprara zur Annahme des Kampfes bestimmen, in welchem alle Vorteile auf Seite der Verbündeten vereinigt zu sein schienen. Ungünstig war für letztere nur das Ueberwiegen der Reiterei in ihrer Gesamtmacht, während Turenne nahezu 5000 Mann zu Fuß besaß. Trotzdem war es ein Wagnis, daß der Marschall, als er zwischen 8 und 9 Uhr morgens den Feind in Schlachtordnung vor sich

sah, den Angriff beschloß. Er führte ihn, nachdem Stadt und Abtei Sinsheim genommen waren, vollkommen frontal durch, was nur dadurch möglich wurde, daß die Verbündeten die Vertikalität nicht ausnützten und namentlich den Hohlweg, der von Hecken eingeschlossen war und prächtige Deckungen für Schützenwärme bieten konnte, nicht verteidigten. Die französische Reiterei, deren rechter Flügel vom Marquis de St. Abre geführt wurde, kam bis auf die Hochfläche und hielt dort, von den links vorrückenden Schützen Turennes gedeckt, drei Attacken der Gegner aus. Als dieselben sahen, daß sie die Franzosen nicht zu werfen vermochten, zogen sie sich in den Wald zurück und suchten zwei Straßen in der Richtung nach Heidelberg und nach Wimpfen zu erreichen. Sie wurden bei ihrem Rückzuge von den französischen leichten Reitern vielfach beunruhigt.

Turenne hatte große Verluste, man sprach von 1000—1500 Mann erlitten, unter ihnen befand sich der General de St. Abre und sein Sohn Rochefort und zehn hohe Offiziere, vier Obersten, 22 Kapitäns u. s. w., so daß der Sieg jedenfalls sehr teuer erkauft war. Die Kaiserlichen haben sich nach Turennes eigenem Urteil sehr gut geschlagen. Es war aber immerhin von Wichtigkeit, daß Turenne in seiner gefährlichen Situation bei dem ersten ernstesten Zusammenstoße mit dem Feinde das Schlachtfeld behauptet hat; die Kühnheit seines Angriffes bewies, daß er von der Entschiedenheit seiner Kriegsführung nichts eingebüßt hatte und daß seine Truppen an Tapferkeit und Ausdauer den höchsten Anforderungen entsprachen. Sie hatten in 4 Tagen 30 französische Meilen zurückgelegt, waren am Morgen des Schlachttages noch 6 Stunden marschiert und hatten dessenungeachtet ohne Rast im Angesichte des Feindes einen Flußübergang und den Sturm auf einen geschlossenen Ort durchgeführt. Der Ruhm des ersten Degens der Monarchie hatte neuen Glanz gewonnen, die Scharte des Rückzuges im verfloßenen Jahre war ausgewetzt. Man wird aber den moralischen Wert dieses Sieges sehr hoch anschlagen müssen, wenn man Turennes Angriff bei Sinsheim rechtfertigen will,¹⁾ der strategische Erfolg konnte kein sehr bedeutender sein. Die Verfolgung der im Rückzuge begriffenen Verbündeten endete am Neckar. Turenne durfte ihnen nicht weiter folgen, konnte ihre Vereinigung mit Bournonville am 18. Juni nicht hindern, noch daran denken, mit seiner geringen Macht, die er mit allen Nachschüben aus dem Elsaß kaum auf mehr als 16000 Mann zu bringen vermochte, das rechte Rheinufer zu behaupten. Denn die Gefahr, daß de Souches von der Mosel in das entblößte Elsaß einfiel, war ohne Zweifel vorhanden, wenn man die Fähigkeiten dieses Generals nicht noch niederer ansetzen will, als sie sich thatsächlich erwiesen. Man drängte daher von Paris aus auf die Verteidigung des Elsaß am linken Rheinufer, solange die

¹⁾ Clausewitz findet als Resultat des Gefechtes bei Sinsheim nur den „Namen eines Sieges“. (Hinterl. Werke IX, S. 154 und 162.) Oberst Neuber, „Turenne als Kriegstheoretiker und Feldherr“, bekämpft diese Ansicht mit mehr Heftigkeit als Geist. Die Polemik über die Bedeutung dieses Kriegseignisses begann schon in dem Jahre seines Geschehens. Siehe „Remarques sur la Relation que le Gazettier de Paris a faite en ses Nouvelles du 4. et du 7. de Juillet . . .“ (eingeschaltet samt deutscher Uebersetzung im Diar. Europ. XXIX, S. 225).

burgundische Armee nicht auf dem Hauptkriegsschauplatz zur Verwendung gelangen konnte. Turenne ging daher bei Philippsburg wieder über den Rhein zurück und erschien erst am 3. Juli in der Pfalz, nachdem de Souhes, der sich bis zum 22. Juni an der Roer aufgehalten hatte, über Aachen nach Lüttich vorgerückt war. Er fand Bournonville in einer äußerst vorteilhaften Stellung zwischen Mannheim und Ladenburg, wo er sich durch Befestigungen vorbereitet hatte, den Anmarsch der noch zu erwartenden Reichstruppen abzuwarten. Turennes Ankunft am Neckar genügte jedoch, um bei dem österreichischen Feldherrn den Glauben an seine eigene Widerstandsfähigkeit zu vernichten. Er verließ seine Verhaue und ging eiligst bis Frankfurt und hinter den Main zurück, indem er die gesamte Pfalz der Rücksichtslosigkeit der Franzosen überließ, welche die ihnen gewährte Frist nach Kräften ausnützten. Es begann nun die systematische Verheerung des unglücklichen Landes, das sich kaum von den Drangsalen des Dreißigjährigen Krieges zu erholen begonnen hatte. Es hatte schon im verfloffenen Jahre durch Baubrun gelitten. Karl Ludwig war damals neutral geblieben und hatte gehofft, dadurch von seinem Lande, für dessen wirtschaftliche Erstarkung er väterlich sorgte, die Schrecknisse des Krieges fernhalten zu können. Leider mußte er die Erfahrung machen, daß Ludwig XIV. die Souveränitätsrechte eines deutschen Kurfürsten nur so lange beachtete, als es ihm vorteilhaft war. Er verlangte, daß der Pfälzer, mit welchem sein Haus in verwandtschaftliche Verbindung getreten war, sich ihm bedingungslos anschließe. Als Karl Ludwig dies mit seiner Stellung als Reichsfürst nicht vereinbar fand und sich entschloß, mit dem Kaiser ein Bündnis zu schließen, freute sich der König, jenen seine Kraft fühlen zu lassen. Er billigte daher Turennes Verhalten, durch die Verwüstung der Pfalz dem kaiserlichen Heere den Aufenthalt am Rheine zu vermehren.

Zu den Folgen der Schlacht bei Sinsheim gehörte auch der Wiederbeginn der brandenburgischen Feindseligkeiten gegen Frankreich, die durch den Frieden von Boffem nur für einige Zeit unterbrochen worden waren. Der Kurfürst befand sich in einer ganz unhaltbaren Stellung, aus welcher er sich selbst je eher je lieber zu befreien suchte. Das Ausbleiben der zugesicherten französischen Zahlungen erleichterte ihm den Rückzug von Frankreich. Schon im Herbst 1673 war er dazu entschlossen gewesen. Er schrieb an Schwerin: „Ich gestehe, daß der französische Dominat unerträglich ist, Frankreich wird dadurch viele Freunde verlieren. Wenn Frankreich mit den Reichsständen und Reichsstädten so tyrannisch verfährt, so begehre ich Eure Gedanken, wie man sich hierin verhalten und ob man zusehen soll, daß ein Stand des Reiches nach dem anderen über den Haufen geworfen werde“ und jendete die Wechsel auf Danzig, welche man ihm statt baren Geldes von Paris angewiesen hatte, zurück, indem er dabei bemerkte: „Ich bin recht darüber erfreut, denn weil Sie Ihr Versprechen nicht halten, so bin ich auch nicht schuldig, dem meinen nachzukommen. Wann Verjus anher kommen wird, werde ich ihm die Wahrheit sagen; der König will mit mir andere Traktaten machen, viel Summen Geldes geben und hat die Mittel nicht, das Wenige, so versprochen, zu zahlen; wie reimt sich das? Ich sehe, daß es auf lauter Betrügerei an gesehen, ich werde meine mesures auch danach nehmen

und danke Gott, daß ich Ihnen nicht obligiert bin.“¹⁾ Er gab dieser Gefinnung auch gegen den französischen Gesandten sofort Ausdruck, wies darauf hin, daß er beim Friedensschluß nachdrücklichst auch die Beendigung des Krieges mit den Staaten empfohlen habe, und daß er in dem Augenblicke, als das Reich einem Angriffe durch den König von Frankreich ausgesetzt sei, seinen Verpflichtungen als Reichsfürst nachkommen werde. Die Anträge, welche Verjus brachte, wurden nicht beachtet, dagegen am 10. Dezember ein neuer Vertrag mit Schweden als Erneuerung der Allianz von 1666 eingegangen, der vornehmlich die Sicherung von Preußen, Livland und Esthland gegen Polen bezweckte, wo nach dem Tode des Königs Michael (1673) und Sobieskis Siege gegen die Türken Wandlungen der äußeren Politik zu erwarten waren. Die Absicht, welche der Kurfürst mit dem Abschluß dieser Allianz verband, war aber wesentlich die, einen Druck auf die Generalstaaten zu üben, damit sie die früheren Beziehungen zu ihm wieder aufnahmen. Es war ja ganz und gar außerhalb der brandenburgischen Politik gelegen, in einem Nationalkriege gegen Frankreich stille zu sitzen oder gar irgend einer Frankreich günstigen Aktion sich anzuschließen. Die öffentliche Meinung in den kurfürstlichen Ländern war um so mehr für den Krieg, als die großen Militärkosten auch ohne denselben schwer genug zu ertragen waren. Der Kurfürst konnte aber nicht daran denken, seine Truppenmacht zu verringern. Auch die hervorragendsten Generale, vor allem Derfflinger, waren der bewaffneten Neutralität sehr abgeneigt und warteten mit Sehnsucht auf den Augenblick, da sie wieder gegen die Franzosen marschieren würden. Die ersten Versuche jedoch, die Staaten wieder zu Gelbleistungen für die brandenburgische Armee zu gewinnen, worum es sich in erster Linie handelte, hatten wenig Erfolg. Isaak Bauer von Achthoven, der im Februar 1674 die Unterhandlungen in Berlin namens der Staaten einleitete, versprach nichts weiter, als daß die Unterhaltung für die Hälfte des auf nur 12000 Mann veranschlagten brandenburgischen Kontingentes gezahlt werden sollten. Nicht einmal Werbegeber wurden bewilligt. Spanien und Oesterreich hatten auch nicht die Absicht, Brandenburg als gleich berechtigtes Mitglied in das Bündnis treten zu lassen, sie wollten es auf dieselbe Stufe wie Braunschweig-Lüneburg stellen und Hülfstruppen von ihm annehmen. Der schlechte Fortgang des Feldzuges war die Veranlassung, daß man sich von allen Seiten gefügiger zeigte. Nur der lebhafteste Wunsch, die bewährten brandenburgischen Truppen recht bald verwenden zu können, wirkte dem Hochmut entgegen, dem man so gern volle Befriedigung gewährt hätte. Dazu kam der unerwartete Ausgang der Königswahl in Polen. Oesterreich hatte die Kandidatur des Prinzen Karl von Lothringen, der sich mit der Königin-Witwe vermählen sollte, auf das eifrigste betrieben; die Wahl des Kronfeldherrn Johann Sobieski, dem der mittlere polnische Adel und die Truppen die größte Anhänglichkeit bewahrten, war gleichbedeutend mit einem völligen Rückgang des österreichischen Einflusses im Polenreiche. Brandenburg durfte nicht einer polnisch-schwedisch-französischen Allianz in die Arme getrieben

¹⁾ Orlich, Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst. Berlin 1836. Originalbriefe und Beilagen XVIII.

werden. Es war ja doch auch im deutschen Reiche ein Umschlag der Stimmung nicht ausgeschlossen, wenn Frankreich auf brandenburgische Vermittelung hin sich etwa doch noch zu einzelnen Zugeständnissen hätte bewegen lassen. In Holland wirkte der neue Ratspensionär Jagel mit großem Eifer für die Befriedigung der ohnehin so mäßigen Forderungen des Kurfürsten. Am 1. Juli wurde der neue Bündnisvertrag abgeschlossen, durch welchen Brandenburg sich verpflichtete, 16 000 Mann gegen Frankreich ins Feld zu stellen. Für die Hälfte des Kontingentes zahlten die Staaten und Spanien gemeinsam die Unterhaltungskosten, außerdem 200 000 Thaler Werbegeld. Im Falle eines feindlichen Angriffes auf brandenburgisches Territorium mußten die Verbündeten dem Kurfürsten mit der gleichen Truppenzahl Hilfe leisten, bis der Feind vertrieben sei. Der Friede durfte nur gemeinsam geschlossen werden.

Der Kurfürst machte von dem Entschlusse, seiner Pflicht als Reichsstand zu entsprechen und den Feind vom deutschen Boden abzuhalten, sowohl dem französischen Gesandten Verjus, als auch durch seinen Bevollmächtigten, Herrn von Brand, in Stockholm Mitteilung. Dort war der Marquis de Feuquières aufs eifrigste bemüht, die Regierung zu einer Aktion zu Gunsten Frankreichs zu bringen. Schweden, das sich auf dem oberländischen Kreistage zu Leipzig von seinen Verpflichtungen für das Kreiskontingent mit dem Hinweise auf seine Stellung als Friedensvermittler losmachen zu können vermeinte, suchte Frankreich möglichst zu schrauben. Es verlangte 1 200 000 Thaler Subsidien jährlich, wenn es seine Armee auf den Kriegsfuß setzen sollte. Feuquières ließ sich in seinem Eifer zu einem Schritte hinreißen, der ihm hinterher viel Spott eingetragen hat. Er nahm am 27. August eine feierliche Audienz beim Könige und erging sich dabei in den heftigsten Ausfällen gegen Brandenburg. „Der Kurfürst werde zwar in Frankreich nichts erobern können,“ schloß er seine Rede, „er könnte aber, indem er Frankreich zu schaffen gibt, die Gelegenheit finden, welche er allezeit gesucht hat, etwas gegen Schweden vorzunehmen. Der König könne dieses Vorhaben jedoch leichtlich hintertreiben, wenn er seine Armee gerade auf ihn losgehen lasse.“¹⁾ Mit solchen und ähnlichen hochtrabenden Worten suchten die meisten Franzosen ihren Aerger zu verbergen; nur von Turenne wird erzählt, daß er durch die Kriegserklärung Brandenburgs sehr ernst gestimmt worden sei. Als ihn einer seiner jüngeren Verwandten um die Ursache seiner Betrübnis befragte, antwortete er: „Je viens de recevoir une faceuse nouvelle, le Marquis de Brandenbourg, s'est déclaré contre le roi,“ und auf die Bemerkung des Offiziers: „Que cela fait-il au Roi quand un Marquis se déclare contre lui?“ erwiderte er: „Mon cousin, c'est un Marquis cela, qui peut envoyer plus de quarante mille hommes contre le Roi.“

Der Kurfürst hatte ursprünglich die Absicht gehabt, seine Truppen zur niederländischen Armee stoßen zu lassen, sie waren deshalb dem Oberbefehle des Marschalls von Derfflinger unterstellt worden, da der Kurfürst selbst, der keine

¹⁾ Der Inhalt der Rede des Gesandten wurde in einer Flugschrift „L'ambassadeur en colère, représenté par la lettre d'un Hollendais“ (samt der deutschen Uebersetzung im Diar. Europ. T. XXXI. Appendix) scharf kritisiert.

Aussicht hatte, die Operationen der Spanier und Niederländer leiten zu können, sich doch nicht seinem Neffen Dranien unterordnen konnte. Letzterer hatte auf die Mitwirkung der Brandenburger gerechnet und sie vor allem zur Bewältigung des von den Franzosen festgehaltenen Waffenplatzes Grave verwenden wollen. Die Spanier waren damit einverstanden gewesen, daß die lüneburgischen Hülfsvölker zu Bournonville, die Brandenburger zur Armee Draniens stoßen sollten, der bereits die Stellung eines Generalissimus der vereinigten staatlichen und spanischen Heereskörper eingenommen hatte. Der Kurfürst änderte jedoch seinen Entschluß, als Turenne seine ersten Erfolge am Rhein erzielt hatte und in Ausnutzung derselben während des Juli die Pfalz von Weinheim bis Heidelberg zu verwüsten begonnen hatte. Karl Ludwig von der Pfalz rief alle Reichsfürsten zum Schutze seines unglücklichen Landes auf, er stellte Turenne wegen seiner grausamen Kriegsführung persönlich zur Rede,¹⁾ und auch von Seiten des Kaisers gingen dringende Aufforderungen nach Berlin, der Kurfürst möge seine Macht mit der des Herzogs von Bournonville vereinigen, der es nicht gewagt hatte, den französischen Mordbrennern entgegenzutreten. Friedrich Wilhelm, der seine Rüstungen auf alle mögliche Weise beschleunigte, ging darauf ein und sagte Dranien seinen Anmarsch ab, weil es ihm richtiger schien, seine Pflicht als Reichsfürst zur Abtreibung des Feindes von deutschem Boden zu erfüllen, als einen Angriff auf Frankreich auszuführen. Er setzte dem Prinzen auseinander, daß sie auch am Niederrhein leichtes Spiel haben müßten, wenn am Oberrhein ein kräftiger Stoß ausgeführt werde und schrieb ihm am 25. Juli: „Ohne ist's nicht, daß die Gefahr anigo im Reich die größte und also auch die Hilfe am nötigsten, und wenn dem gemeinen Feinde ein merklicher Abbruch geschieht, so kömmt's den Staaten doch auch zu statten.“ Alle Gegenvorstellungen des Prinzen und Jagels blieben unberücksichtigt, so daß sich ersterer endlich dazu verstehen mußte, auch ohne den erwartenden ausschlaggebenden Zuzug die Operationen zu beginnen.

Noch bedurfte es aber wochenlanger Bemühungen, um den kaiserlichen General de Souches zu bestimmen, über die Maas zu gehen, sich mit den Verbündeten zu vereinigen und an einer gemeinsamen Aktion gegen Condé teilzunehmen, um diesen zur Räumung der spanischen Niederlande zu zwingen. Erst am 31. Juli konnte Dranien an der Spitze von 60 000 Mann gegen Condé vorrücken, der mit 50 000 Mann bei Charleroi eine vorzüglich befestigte Stellung eingenommen hatte. Ein Angriff auf dieselbe erwies sich bald als aussichtslos; in einem am 10. August abgehaltenen Kriegsrate wurde daher beschloffen, an dem französischen Lager vorüber nach Mons und in den französischen Hennegau zu marschieren. Wollte Condé dies verhindern, so mußte er seine günstige Stellung aufgeben und dem Heere der Verbündeten die Spitze

¹⁾ Ob er an Turenne eine Herausforderung zum Duell habe ergehen lassen, ist nicht völlig sichergestellt. In den pfälzischen Archiven ist darüber nichts zu finden, weil man die Angelegenheit als mit der Etikette in Widerspruch stehend später wieder vertuschen wollte; Häußer (Geschichte der Pfalz II, S. 633) hält sie jedoch in dem Wesen des Kurfürsten für begründet.

bieten. Am 11. August zog man von Seneffe (nordwestlich von Charleroi) aus, voran die Kaiserlichen, im Zentrum die Holländer, nach ihnen Montereij mit seinen Spaniern. Zur Deckung des nachfolgenden Wagenzuges war eine Reitermasse von 4000 Pferden unter dem Prinzen von Baudemont zusammengestellt worden, welche noch unweit Seneffe hielt, als die ersten Kolonnen bereits weit entfernt waren. Condé überfiel dieses Reitercorps mit seiner gesamten Kavallerie, nahm Seneffe und schlug auch die zur Unterstützung Baudemonts zurückkehrenden Spanier und Niederländer. Durch diesen Erfolg kühn gemacht, wollte Condé nunmehr die Niederlage der Verbündeten vollständig machen und auch das Zentrum derselben sprengen. Dies gelang ihm jedoch nicht. Die Verbündeten nahmen bei La Fay, wohin de Souches bereits vorgerückt war, eine zweite, ihnen weit günstigere Stellung ein und schlugen die wiederholten Angriffe der Franzosen kräftigt zurück. Den Erfolg des Tages schrieben sich beide Teile zu; Condé, obwohl er nach Einbruch der Dunkelheit wegen der Ermüdung seiner Truppen den Kampf abbrechen und in das alte Lager zurückkehren mußte, die Verbündeten, obwohl sie im Verlaufe des Tages zweimal geworfen worden waren, ihre ganze Bagage und 3000 Gefangene verloren hatten. Der Prinz von Dranien blieb bis nach Mitternacht auf dem Schlachtfelde stehen, führte das Heer darauf noch vor Tagesanbruch nach Marimont und erwartete daselbst am 12. August einen neuerlichen Angriff Condés. Dieser erfolgte aber nicht, die Verbündeten konnten ungehindert bis Mons rücken und dessen Belagerung einleiten.

Auf beiden Seiten war man sehr geschwächt. Eine im Anhang zu einer Relation über die Schlacht herausgegebene Verlustliste schreibt den Verbündeten neben zahlreichen vornehmen Offizieren 4—5000 gemeine Soldaten und Reiter, den Franzosen über 6000 an Toten zu.¹⁾ Unter den Verwundeten befand sich auch der Graf von Waldeck.

Das Ergebnis der Schlacht war ein namhafter Vorteil auf französischer Seite, denn die verbündete Armee war außer stande, ihre Absicht, den Kampf auf französisches Gebiet zu tragen, auszuführen. Sie mußte die arg mitgenommenen spanischen Truppen in die Festungen legen und fast den ganzen Train frisch beschaffen. De Souches, dessen Truppen sich zwar gut geschlagen hatten, der aber durch sein sprödes Verhalten gegen den Schlachtplan des höchstkommandierenden Prinzen von Dranien Haupturheber der großen Verluste gewesen war, suchte sich von der Vereinigung mit diesem loszumachen. Er verlangte in Verbindung mit Montereij neuerdings von dem Kurfürsten von Brandenburg, daß dieser sich auf den niederländischen Kriegsschauplatz begeben solle. Dieser blieb jedoch dabei, die Entscheidung des Kriegsjahres in Elsaß und Lothringen zu suchen. Als Dranien sich deshalb auf die Eroberung einer niederländischen Festung zu beschränken beabsichtigte, war es wieder de Souches, der

¹⁾ Das Diar. Europ. enthält eine „Relation Auß dem Kayserlichen Feld-Lager gegen Binsch über zwischen Mariemont und Mons den 12. Augusti“. Ferner eine „Relation der Schlacht bey Seneffe, wie die Franzosen aufgeben“ nebst einer „Liste der gefangenen Officiere und Soldaten in dem Schloß Traisignies“ und eine „Abschrift Eines von dem Prinzen von Dranien an den Hoch Mögend . . . abgangenen Schreibens sub dato 14. Augusti“; mit einem (jedoch sehr wertlosen) Schlachtplane und einer Liste der Toten und Verwundeten.

durch seine wahrscheinlich absichtliche Saumseligkeit auch die Belagerung Dubenardes so lange hinausschob, bis Condé mit einer durch Verstärkungen auf 50 000 Mann gebrachten Armee zum Entsatz herankam und auch diese Unternehmung aufgegeben werden mußte (21. September). Nicht nur der Prinz erklärte jetzt, er wolle nichts mehr mit de Souches zu thun haben, selbst seine eigenen Offiziere, der Marquis de Grana und der Prinz von Baudemont wollten nicht mehr unter ihm dienen, so daß der Kaiser sich bemüßigt sah, de Souches abuberufen und durch den Grafen Spord zu ersetzen. Der einzige Erfolg, den man in den Niederlanden danach noch erreichte, war die Eroberung des französischen Waffenplatzes Grave durch Dranien (26. Oktober). Die Kaiserlichen bezogen dann die Winterquartiere im Bistum Lüttich.

Indessen hatte der Herzog von Bournonville das Hülfscorps des Bischofs von Münster unter dem Markgrafen von Baden und die Lüneburger unter dem Herzog von Holstein-Plön mit seinen Kaiserlichen vereinigt und somit die rheinische Armee auf 28 000 Mann gebracht, zu welchen noch 2500 Kurpfälzer und 4000 Sachsen, fränkische und oberrheinische Kreistruppen gezogen werden konnten. 48 Geschütze standen ihm zur Verfügung. Nach langen, mühevollen Beratungen der Kriegshäupter wurde endlich der Beschluß gefaßt, an das linke Rheinufer zu gehen und Turenne anzugreifen, während man der bereits im Anmarsch befindlichen brandenburgischen Armee die Aufgabe stellte, an den Oberrhein zu gehen, bei Straßburg in das Elsaß einzubringen und Turenne im Rücken zu bedrohen. Als am 1. September die Verbündeten die Brücke bei Mainz überschritten, hielt Louvois das Elsaß bereits für verloren und ließ an Turenne den Befehl ergehen, sich sofort nach Lothringen zurückzuziehen, um das Königreich selbst vor einem Einfall zu schützen. Turenne aber kannte seine Gegner besser, er wußte, daß er ihnen nur einige Schwierigkeiten zu bereiten brauchte, um ihren Vormarsch aufzuhalten und die Opposition im Kriegsrat wieder zu entfesseln, welche nach alter bewährter Methode zuerst das rechte Rheinufer gänzlich vom Feinde säubern wollte, ehe am linken etwas zu unternehmen sei. Der Kurfürst von der Pfalz verlangte die Belagerung Philippsburgs, das ihm vor allem so bedrohlich vor der Nase lag, der Lothringer wollte in sein Land vordringen und eine Insurrektion der Einwohner gegen die französische Besatzung hervorrufen. Turenne nahm vorwärts der Lauter zwischen den Vogesen und dem Rheine, in der Richtung von Bergzabern auf Rheinzabern, eine Stellung ein, deren Zentrum sich in Winden befand. Er hatte zwar nur 20 000 Mann den 35 000 Bournonvilles entgegenzusetzen, sie genügten jedoch vollkommen, um das der Verteidigung günstige Terrain auszunutzen. Deshalb weigerte sich der Marschall, der Anordnung Louvois' Folge zu leisten; er schrieb an den König: Wenn er das Elsaß räume, so erfülle er nur die sehnlichsten Wünsche seiner Gegner, ohne ihnen die geringste Mühe zu verursachen. Er gebe dadurch Philippsburg und Breisach auf, öffne den Gegnern den Weg in die Freigravenschaft, nach Lothringen, ja bis in die Champagne. „Je connais la force des troupes Impériales, les Généraux, qui les commandent, le pais où je suis, je prends tout sur mois, et je me charge des événements.“

Er behielt recht. Raum hatten die bis in die Gegend von Speier vor-

gedrungenen Verbündeten von seiner festen Stellung durch eine Refognoszierung Capraras Kenntniss erlangt, als sie auch schon wieder auf dem Rückwege nach Worms begriffen waren und möglichst schnell das rechte Rheinufer zu erreichen suchten, obwohl der Kurfürst von Brandenburg fest darauf rechnete, daß der ihm mitgeteilte Operationsplan auch wirklich eingehalten werde. Es hätte sich nur darum gehandelt, zwei bis drei Wochen gegenüber Turenne auszuhalten und ihn so lange an der Lauter zu umklammern, bis die Brandenburger von Straßburg nach Norden rücken konnten, und der Feldzug wäre gewonnen worden. Dann hätte Turenne sich doch schleunigst über die Vogesenpässe an die Mosel zurückziehen müssen, wenn er nicht von einer doppelten Uebermacht und von zwei Seiten angegriffen werden wollte. Der Kurfürst von der Pfalz gestattete aber den Verbündeten nicht, daß sie sich Proviant und Fourage aus pfälzischem Gebiete holten, nachdem das Land um Speier vollständig ausgezogen war, und drohte mit der Annäherung an Frankreich, wenn man seine Lande nicht respektierte. Bournonville, der den Feldzugsplan mit Brandenburg vereinbart hatte, war an der Ruhr erkrankt, Hermann von Baden führte an seiner Statt den Oberbefehl und trug fröhlich dazu bei, dem Unverstande, der Feigheit und dem einseitigsten, thörichtesten Egoismus unter den kriegführenden Reichsfürsten zum Siege zu verhelfen.

Dennoch war die Verlegung des Angriffspunktes von der Lauterlinie nach der Rheingegend bei Straßburg die beste Leistung der verbündeten Armeen im ganzen Feldzuge. Sie wurde mit solcher Raschheit ausgeführt, daß Turenne sie nicht hindern konnte, sondern den Rheinübergang geschehen lassen mußte. Er hatte zwar, sobald er die neue Unternehmung durchschaut hatte, ein Corps von 4000 Mann unter Baubrun nach Straßburg vorausgeschickt um die Rheinschanze besetzen zu lassen. Baubrun ließ sich jedoch durch Verhandlungen, welche der Straßburger Magistrat eingeleitet hatte und durch energisches Eingreifen der waffenfähigen Straßburger Bürgerschaft aufhalten, bis der Vortrab der Verbündeten unter Caprara am 25. September herangekommen war und rasch 300 Mann in die Sternschanze warf. Die Bürger, welche bei der Annäherung des deutschen Heeres voll Hoffnung waren, sich der drohenden Umklammerung durch die Franzosen erwehren zu können, waren jetzt entschlossen, die ihnen durch die Not aufgezwungene Neutralität aufzugeben und nahmen sofort 500 Reiter Capraras in ihre Mauern auf. Der Magistrat, in welchem die französische Gesinnung die Oberhand hatte, konnte das nicht verhindern und ließ es bei einer Entschuldigung bewenden, die an Turenne gesandt wurde. Als Baubrun noch einen Versuch machte, sich der Sternschanze zu bemächtigen, ließen die Straßburger Artilleristen ihr grobes Geschütz in die vorgehenden französischen Reihen spielen und nötigten sie dadurch zum Rückzuge. Turenne mußte eine Stellung bei Wanzenau nördlich von Straßburg einnehmen.

Vom 27. bis 30. September ging die ganze Armee Bournonvilles, der die Führung bereits wieder übernommen hatte, über den Rhein, mit Ausnahme der Sachsen und eines oberrheinischen Bataillons. Die sächsische Reiterei unter Reidschütz war schon Anfang August von Frankfurt aus heimgezogen, die Infanterie unter Schweidnitz machte den Marsch bis Straßburg mit, weigerte sich

jedoch dann standhaft, ohne besonderen Befehl des Kurfürsten an den weiteren Unternehmungen der Verbündeten teilzunehmen. Johann Georg hatte sich nur dazu herbeigelassen, die Franzosen vom Reichsboden zu vertreiben, in ihrem eigenen Lande, wofür er auch das Elsaß erklärte, wollte er sie nicht angreifen.¹⁾ Bournonville legte die Sachsen daher nach Kehl und in die Sternschanze, um die Bewachung dieser Punkte zu besorgen. Im März 1675 ging das ganze sächsische Kontingent in die Heimat zurück.

Bei Straßburg standen am 1. Oktober

Braunschweig-Lüneburger	7 000 M. z. F.,	5 000 Reiter,	44 Geschütze,
Münsterische	2 000 " " "	2 000 " "	6 " "
Kaiserliche und Lothringer	5 700 " " "	7 500 " "	8 " "
Würzburger	500 " " "	—	—
Oberhein. u. fränk. Kreistruppen	2 000 " " "	—	—

Zusammen . . 17 200 M. z. F., 14 500 Reiter, 58 Geschütze.

Turenne hatte 12 000 Mann zu Fuß, 10—11 000 Reiter, 30 Geschütze²⁾ zur Verfügung. Er befand sich nach dem Aufmarsche der Verbündeten im Südwesten von Straßburg in einer sehr unerquicklichen Lage, besonders dann, wenn Bournonville bis an das Gebirge vorging und die ganze Breite des Rheinthales beherrschte, wie Turenne selbst es bei Winden gethan hatte. Die Verbündeten beherrschten dann das ganze Oberelsaß und konnten jeden Augenblick in die Franche-Comté oder nach Lothringen einbrechen. Ganz unhaltbar aber wurde seine Stellung, wenn die brandenburgische Armee herankam und in Verbindung mit Bournonville gegen ihn operierte. Er konnte dann auf dieselbe Weise von zwei Seiten gefaßt werden, wie es ihm schon an der Lauter bestimmt gewesen war. Nur das große Selbstvertrauen, das ihn in den schwierigsten Fällen nie verließ, und die auf Erfahrung begründete Geringschätzung seiner Gegner lassen es begreiflich erscheinen, daß Turenne die Partie im Elsaß noch nicht verloren gab. Gerade die entgegengesetzten Eigenschaften machten sich auf deutscher Seite geltend. Bournonville wurde die Angst vor dem Genie des ihm gegenüberstehenden Feldherrn und vor der Ueberlegenheit der französischen Kriegskunst und Waffentüchtigkeit nicht los, solange er sich ins offene Feld wagen sollte. Mengstlich klammerte er sich an die Wälle von Straßburg und streckte nur zaghaft seine Fühler gegen die Ill und Breusch aus, statt daß er sich sofort an der ganzen Breuschlinie (bis Altdorf und Molsheim) festgesetzt hätte. Er konnte es um so leichter thun, als ihm die Straßburger Stiftsherren die von ihrer Mannschaft besetzte Feste Dachstein übergeben hatten. Turenne rechnete, daß er die Hälfte seiner Truppen daran setzen durfte, wenn es ihm gelang, das Elsaß zu behaupten. Bournonville sah, wie alle die kleinen militärischen „Kapazitäten“ jener Zeit, das höchste Ziel einer weisen Kriegsführung in der „Konservierung der Armee“. Wäre damals der große Kurfürst zur Stelle und Befehlshaber im vollen Sinne des Wortes gewesen, wie anders hätte der Feldzug verlaufen

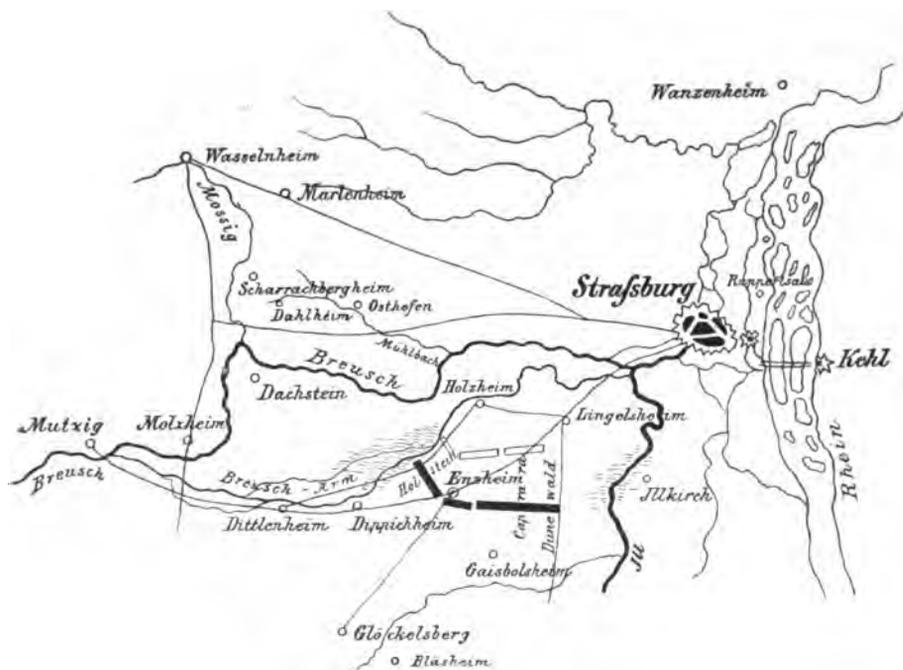
¹⁾ Freilich Versuch, diese Haltung des Kurfürsten zu rechtfertigen, ist wohl eine sehr übel angebrachte Beschönigung einer reichsfeindlichen und ganz unnationalen Politik.

²⁾ Nach Paffenacis sorgfältiger Darstellung der „Schlacht bei Enzheim“ (Halle 1880).

müssen, in welchem die Deutschen alle Vorteile für sich hatten! Aber wie dort im Niederlande de Souches, so war hier Bournonville der Verderber. Einem wie dem anderen floß ja doch welsches Blut in den Adern, und die Deutschen konnten kein Herz zu ihnen haben. Es ist fraglich, ob Montecuccoli kühner vorgegangen wäre, auch er war größer in Märschen als im Schlagen; aber die Fehler Bournonvilles hätte er sich doch kaum zu schulden kommen lassen. Als am 3. Oktober die Armee der Verbündeten sich von Straßburg gegen Dachstein zu bewegte, war Turenne schon im Vorrücken gegen die Breusch begriffen und fest entschlossen, einen Angriff gegen sie zu versuchen und sie vom Oberelsaß, das sie zu sperren beabsichtigten, wieder abzudrängen. Seine Aufgabe war äußerst schwierig, wenn sich die Verbündeten so rasch als möglich an der Breusch verbreiteten, alle Uebergänge besetzten und befestigten, so daß er nicht ohne einen höchst nachteiligen Kampf das rechte Ufer der Breusch erreichen konnte. Er durfte jedoch getrost auf die Ungeschicklichkeit und den Mangel an Umsicht bei seinen Gegnern rechnen, der ihm die Möglichkeit, sie zu einer Schlacht zu zwingen, eröffnete.

Als Bournonville und seine Generale von der Annäherung Turennes vernahmen, beschloßen sie, am nächsten Tage, am 4. Oktober, gegen Holzheim vorzurücken, sich dort in Schlachtordnung aufzustellen und Turenne den Uebergang über die Breusch zu wehren. An die Möglichkeit, daß dieser dann wirklich erfolgen werde, glaubten sie nicht, sie hielten die Aufstellung für eine vollkommen ausreichende strategische Maßregel, um Turenne im Schach zu halten, bis die brandenburgische Armee herangekommen sein werde. In dieser Voraussetzung versäumten sie jedoch das Wichtigste, nämlich die augenblickliche Sicherung ihrer eigenen Stellung, und ließen dem Feinde die Gelegenheit offen, während der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober das rechte Ufer der Breusch zu gewinnen und bei Holzheim aufzumarschieren. Sie mußten infolgedessen an dem genannten Tage die von Turenne beabsichtigte Schlacht annehmen. Trotzdem wäre diese noch immer zu gewinnen gewesen, wenn man alles daran gesetzt und die thatsächlich vorhandene Uebermacht in Anwendung gebracht hätte. Die Verbündeten waren ja in einer so günstigen Situation, daß sie alles gewinnen, aber nur sehr wenig verlieren konnten. Unter allen Umständen war der Rückzug nach Straßburg und die Verbindung mit dem rechten Rheinufer gedeckt, die Ankunft des Kurfürsten von Brandenburg war in den nächsten Tagen zu erwarten und durch dieselbe eine namhafte Verstärkung in sicherer Aussicht. Jeder echte Soldat konnte ohne Bedenken nach Herzenslust schlagen, Bournonville aber hat kaum die Hälfte seiner Armee ins Feuer gebracht!

Die deutsche Aufstellung hatte ihren Mittelpunkt im Dorfe Enzheim, zwischen Breusch und Ill, an der nach Lothringen führenden Straße. Im Orte und in der nächsten Umgebung standen die Reichstruppen, rechts von diesen, gerade vor Geisbolsheim, war eine lange Linie Reiterei, die Lothringer, die Kaiserlichen unter Caprara und Dünwald; links von Enzheim bis zur Straße, welche von Dietenheim nach Holzheim führt, befanden sich die Braunschweig-Lüneburger unter dem Herzog von Holstein-Plön. Ihr linker Flügel war stark nach vorwärts gezogen, so daß er Turennes rechten Flügel zu flankieren drohte.



Ein kleiner Wald deckte den letzteren und um diesen entspann sich daher gleich nach Beginn der Aktion der lebhafteste Kampf. Die Lüneburger gingen mit freudiger Tapferkeit an die schwierige Aufgabe, den Franzosen dies Gehölz zu entreißen, ihnen gegenüber standen die englischen Bataillone Churchill und Monmouth und wehrten ihnen den Eintritt mit Hartnäckigkeit; dennoch machten sie Fortschritte, so daß Turenne aus der Mitte seiner Schlachtreihe die Schwadronen unter Le Roy und Vaubrun heranziehen mußte, um seinem rechten Flügel Luft zu machen. Das war der Augenblick, in welchem Bournonville, der sich bis dahin mit einer Kanonade begnügt hatte, sich von Enzheim aus dem französischen Geschwader entgegenwerfen mußte, um sich selbst zwischen den französischen rechten Flügel und das französische Zentrum einzudrängen. Dann war der Wald von den Lüneburgern genommen, Turenne in der Flanke bedroht und zum Rückzuge gezwungen, bevor er noch seinen linken Flügel in Bewegung setzen konnte. Statt dessen sah der kaiserliche Befehlshaber ruhig zu, wie Vaubrun seine Attacke zur Ausführung und die Lüneburger zum Weichen brachte. Vergeblich verlangte der Herzog von Holstein Unterstützung, Bournonville fand, daß seine Reiterei durch die Gräben und Hecken, welche die Enzheimer Ebene durchzogen, in Unordnung kommen könne. Um aber doch etwas zu unternehmen, veranlaßte er Caprara und Dünenwald zu einem Umgehungsmanöver gegen den linken Flügel der Franzosen.¹⁾ In zwei Kolonnen ritten sie, durch einen Wald

¹⁾ Auf dem Plane in Ramsays Hist. de Turenne, T. II, S. 267 ist Capraras Anritt verzeichnet. Dünenwald muß, da er am äußersten rechten Flügel der Kaiserlichen stand, noch weiter nach Osten ausgegriffen haben. Pastenaci läßt den Angriffspunkt Capraras im unklaren. Er erklärt zwar Ramsays Plan für verfehlt, gibt jedoch keine Aufklärung darüber, wie Caprara

verborgen, in der Richtung nach Lingsheim ab, um dann gegen Holzheim zu schwenken und gleichzeitig das Zentrum und den linken Flügel Turennes im Rücken und in der Flanke anzufallen. Zunächst wurde die Gleichzeitigkeit nicht erreicht, Capraras erste Attacke war bereits abgeschlagen, ehe Dünewald herangekommen war; dann formierten sich die Franzosen mit staunenswerter Schnelligkeit und Sicherheit im Karree, ihre Pikiniere ließen die Reiterei ruhig herankommen und die Pferde an ihrem Lanzenwall anprallen und scheu werden. Caprara warf sich hierhin und dorthin, er vermochte nirgends durchzubringen und das französische Fußvolk nicht zum Wanken zu bringen. Als auch de L'Orge sich gegen ihn wandte, nachdem ihm bereits Foucault und Montgeorges erfolgreich die Spitze geboten, mußte er kehrt machen. Jetzt kam Dünewald heran und packte de L'Orge in der Flanke, aber es war zu spät; bald mußte auch er sich vor einer gewaltigen Uebermacht zurückziehen. Der Stirnangriff, den Bournonville mit dem Reste der Kaiserlichen und der ganzen lothringischen Reiterei hätte ins Werk setzen müssen, blieb aus. Das Gefecht wurde nachmittags abgebrochen, da es den ganzen Tag geregnet hatte und das Terrain immer unbrauchbarer für die Kavallerie wurde. Die Franzosen, welche den Tag vorher und die ganze Nacht auf dem Marsche zugebracht hatten, waren todmüde und kaum mehr weiterer Anstrengungen fähig. Auf seiten der Kaiserlichen war jedenfalls keine Notwendigkeit zum Rückzuge, die Angriffe auf die doch etwas in Verwirrung geratenen Flügel Turennes hätten wiederholt, endlich das Zentrum aus den schützenden Gräben und Straßen von Enzheim auf den Plan herausgeführt werden müssen. Ein Bournonville war aber nicht der Mann, solche Befehle zu erteilen, er würde ihre Ausführung auch kaum haben durchsetzen können. Denn schon begann Mißmut und Verstimmung sich unter den einzelnen Teilen des Heeres bemerkbar zu machen. Nur die deutschen Geschütze, welche den ganzen Tag über fleißig gewesen waren, schossen auch jetzt noch in Macht und Rebel hinaus, als Turenne bereits im Begriff stand, wieder über die Breusch zurückzugehen. Die Verbündeten gingen hinter die Ill, da Bournonville in der Angst lebte, von Straßburg abgeschnitten zu werden.

Somit hatte Turenne seine Absicht, Bournonville vom Gebirge abzudrängen und ihm die Einnahme einer das Oberelsaß beherrschenden Stellung zu verwehren, vollkommen erreicht. Es hatte ihm 3500 Mann gekostet, aber der moralische Erfolg seines kühnen Angriffs wog die Verluste wohl reichlich auf. Ganz Frankreich bejubelte den Sieg und in Deutschland gab es außer den offiziellen Berichterstatern wenige, welche den Versicherungen Bournonvilles, er habe eigentlich die Schlacht gewonnen, Glauben schenkten. Das Schlimmste aber war, daß der gute Geist der Armee und das Gemeingefühl unter den verschiedenen Kontingenten geschwunden waren. Die Lüneburger, welche sich so

Foucault im Rücken angreifen konnte, ohne den ganzen linken Flügel der Franzosen, als auch die Schwabronen de L'Orges umgangen zu haben. Ganz unbegreiflich ist auch, wie Dünewald, der doch, wie Pastenaci selbst erzählt, auf den an die Lingsheim'sche Straße sich lehenden de L'Orge stieß, als er von diesem abgewiesen war, den Lüneburgern zu Hülfe kommen konnte. Er mußte dann zwischen beiden Heeren quer über das ganze Schlachtfeld geritten sein!

tapfer gehalten und viele Leute verloren hatten, klagten laut, daß man sie absichtlich im Stiche gelassen habe, die Protestanten glaubten sich von den Katholiken verraten, eine dem Caprara zugeschriebene Aeußerung ging von Mund zu Mund: „Wir haben die Braunschweigischen wacker eingeeht, wenn die Brandenburger kommen, müssen wir es auch so machen.“ Bournonville aber beschuldigte man in und außerhalb des Heeres ganz offen der Verrätere. Wenn auch dieser Vorwurf nicht gerechtfertigt war, so scheint es doch Turenne an Vertrauenspersonen im Kriegsrathe seiner Gegner wirklich nicht gemangelt zu haben.

Am 3. Oktober war in Heilbronn, wo sich der Kurfürst von der Pfalz im Hauptquartier des großen Kurfürsten eingefunden hatte, der Beschluß gefaßt worden, daß die brandenburgische Armee den Weg nach Straßburg verfolgen und sich mit Bournonville vereinigen solle. Der Plan, Trier zu erobern, war aufgegeben, die Belagerung von Philippsburg den Reichstruppen unter Friedrich von Baden-Durlach überlassen worden. Im Elsaß schien ein mit erdrückender Uebermacht geführter Hauptschlag den Krieg am schnellsten beendigen zu können. Bournonville gab sich das Ansehen, als werde er den Oberbefehl des Kurfürsten, der ihm von Wien aus zugesichert war, freudig anerkennen und sich jedem Entschlusse desselben sofort anbequemen. Am 12. Oktober traf er mit dem Kurfürsten, der vorausgeeilt war, an der Rheinbrücke zusammen und drang dort selbst darauf, daß man Turenne sofort wieder angreife, damit er nicht nach Süden ziehen und den Verbündeten die Winterquartiere in Oberelsaß verderben könne. Tags darauf zog die ganze brandenburgische Armee in trefflichem Stande, der von allen Augenzeugen rühmend anerkannt wurde, über die Rheinbrücke. Am 14. Oktober führte Oberstlieutenant Henning bereits einen glücklichen Streifzug gegen die Franzosen aus.

Turenne stand bei Marlenheim jenseits der Mosig und erwartete die Verstärkungen, die ihm von den Niederlanden zukommen sollten. Man war in Frankreich in großer Aufregung, seit es sicher war, daß der Brandenburger Ernst machen wolle. Schweden war zwar um so mehr auf Frankreich angewiesen, da seine Verbindung mit Brandenburg gelöst und dadurch jeder Grund zur Aufrechthaltung der Neutralität beseitigt war; aber es zögerte noch mit dem verlangten Einfälle in den Marken, und der Kurfürst ließ sich durch Drohungen nicht in seinem Marsche an den Rhein aufhalten. Er war überzeugt, daß ein entscheidender Schlag im Elsaß auch auf die Schweden lähmend wirken müsse. Der Arrièrebann wurde in Frankreich aufgeboden, d. h. der Adel bildete ein Freicorps, das man auf 48 Reiterschwadronen zu bringen hoffte. Marschall Crequi sollte es Turenne in das Elsaß zuführen. Noch aber war von allen diesen Zuzügen bei letzterem wenig zu merken. Er war gefaßt, sobald ihn die Verbündeten ins Gebränge bringen würden, über das Gebirge nach Lothringen zurückzugehen. Er hatte sich in den Besitz der starken Feste Besselnheim gesetzt und dadurch den Weg über Zabern und Pfalzburg freigehalten.

Die Brandenburger waren darüber einig, daß man Turenne sofort angreifen müsse. Auch Bournonville war damit einverstanden, aber er bekam doch wieder Angst vor jeder raschen Bewegung, machte dem Kurfürsten begreiflich, daß der Anmarsch gegen Marlenheim gefährlich sei und man vorher die Dreuß-

linie vollständig besetzen müsse. Statt direkt nach Nordwesten zogen die Brandenburger zuerst nach Bläsheim und Glöckelsberg, wo die Kaiserlichen standen, und verloren kostbare Tage in zwecklosem Hin- und Hermarschieren. Erst am 18. Oktober wurde von Bläsheim und Glöckelsberg aufgebrochen: Bournonville mit den Kaiserlichen zur Rechten, der Kurfürst zur Linken, die Lüneburger in der Mitte. Der Kurfürst hatte die Absicht, mit seinem Flügel so weit als möglich vorzugehen, mit dem Feinde Fühlung zu suchen und ihn zum Kampf zu zwingen, wenn derselbe nur irgend welche Aussicht auf Erfolg gewähre. Er fürchtete nur, daß Bournonville absichtlich zurückbleiben und ihn im Stiche lassen werde, weswegen er seinen Kammerjunker v. Buch, dessen Aufzeichnungen die wichtigste Quelle für diesen Feldzug bilden, in das Hauptquartier des kaiserlichen Befehlshabers abordnete, um über alle Vorgänge in demselben sofort unterrichtet zu sein.

Marshall Derfflinger, der sich bei dem vom Oberstlieutenant v. Sydow geführten Vortrabe befand, ging über die Dreusch und kam bis Dahlheim, ohne den Feind wahrzunehmen. Er war fest entschlossen, nicht Halt zu machen, ehe er demselben an den Leib gerückt war, und war eben im Begriffe, sich des Grünberges bei Scharlachbergsheim zu bemächtigen, als der Herzog von Holstein dagegen protestierte, da ein so eigenmächtiges Vorgehen gegen die Abrede sei. Dies hinderte den Kurfürsten jedoch nicht, trotz eines augenblicklichen Stillstandes alles für den Vormarsch einzuleiten, Brücken über den Mühlbach zu schlagen und Derfflinger auf weitere Rekognoszierung auszusenden. Als ihm darauf Buch die Meldung brachte, die Kaiserlichen seien auch schon über die Dreusch gegangen, also eine Trennung der beiden Flügel nicht mehr zu befürchten, gab er sogar die üblichen Losungsschüsse für den Beginn des Kampfes ab. Bournonville wurde durch dieselben nicht wenig erschreckt, er rief: „Behüte Gott, was will der Kurfürst thun? Er wird machen, daß wir aneinander kommen!“ Mit seinem Mute war es schon wieder an ein Ende gelangt, es half keine Vorstellung von brandenburgischer Seite, er hatte bereits tausend Ausreden, um die Schlacht zu vermeiden. Derfflinger kam zurück und berichtete, Turenne stehe in guter Stellung bei Marlenheim. Man könne ihm der Sümpfe wegen nicht in gerader Richtung beikommen; aber man könne ihm vom Grünberg aus, der einen prächtigen Ausschuß gestatte, in die rechte Flanke kommen und ihn zum Aufgeben seiner Stellung zwingen. Dann sei der Augenblick für den allgemeinen Angriff gekommen. Es war erst 10 Uhr Vormittag, Zeit genug, diese Operationen mit aller Umsicht auszuführen. Bournonville aber verweigerte hartnäckig seine Zustimmung, er fand, daß die Reiterei nach neunstündigem Marsche schon zu ermüdet sei, um anreiten zu können, man könne die Schlacht für den kommenden Tag gründlich vorbereiten, nur diesmal solle man sich nicht übereilen. Die Lüneburger stellten sich zwar dem Kurfürsten zur Verfügung, aber sie traten nicht für die Ansicht desselben mit Entschiedenheit ein.

Als der Kurfürst sah, daß sein Zureden vergeblich war, forderte er den beim Kriegsrate anwesenden spanischen Gesandten Baron von Clervaux zum Zeugen auf, daß es seine Schuld nicht sei, wenn durch die Verzögerung der Sieg verloren gehe, Derfflinger aber entfernte sich mit den zornigen Worten: „Er wolle von der ganzen Sache nichts mehr wissen.“ Die günstige Gelegen-

heit, den Feldzug im Elsaß mit einem kräftigen Schlage zu entscheiden, war dahingegeben. In der Nacht führte Turenne, der selbst die Möglichkeit einer Umgehung und Abdrängung von seiner Rückzugslinie nach Lothringen einsah, die ganze Armee hinter die Höhen von Marlenheim und weiter nach Dettweiler, um sich bei Hagenau, wo seine Magazine waren, eine neue Aufstellung zu suchen. Sybow merkte schon um 4 Uhr morgens den Abzug des Feindes und verständigte den Kurfürsten. Dieser ließ sofort 2000 Reiter und ebensoviel Fußvolf zur Verfolgung aufbrechen, obwohl Bournonville auch jetzt wieder in Angst gerieth und vor einem Hinterhalte Turennes warnte. Aber es war schon zu spät, man konnte die Franzosen nicht mehr erreichen. Diese kamen spät abends nach Dettweiler, wo 40 Schwadronen des Arrièrebanns unter Marschall Crequi sich mit ihnen vereinigten. Turenne setzte sich nun am Zornflusse fest und war bereit, eine Schlacht anzunehmen. Trotz der ungünstigen Verhältnisse war der Kurfürst geneigt, dieselbe zu wagen, Bournonville wollte aber jetzt um so weniger davon wissen. Bis zum 29. Oktober blieben die beiden Heere gegenüber in Bereitschaft, den Brandenburgern gelang die Einnahme von Wasselnheim, aber Turenne ließ sich nicht aus seiner Stellung locken, Proviant- und Futtermangel entstand, Krankheiten brachen bei den Verbündeten aus; sie mußten sich endlich ohne irgend welchen Erfolg zurückziehen. Am 2. November bezogen sie das alte Lager am Glöckelsberge und bei Bläsheim, uneiniger und zwieträchtiger denn je. Turenne aber erhielt gleichzeitig so namhafte Verstärkungen von der flandrischen Armee, daß er den Verbündeten an Stärke nahezu gewachsen war und jeder weiteren Unternehmung derselben mit Beruhigung entgegensehen konnte.

Das Verunglücken der Unternehmung gegen Marlenheim gab dem Verdachte, daß die Befehle der deutschen Heerführer an Turenne verraten würden, neue Nahrung; man wollte bemerkt haben, daß Bournonville vor jeder größeren Aktion unter irgend einem Vorwande einen Trompeter ins französische Lager abfertigte, daß dem Feinde Brand- und Feuerzeichen gegeben würden. Die Stimmung unter den Brandenburgern, die stolz und siegverlangend in diesen Krieg gezogen waren, und nun nicht einmal an den Feind herankommen konnten, sondern hungernd und frierend, ohne Aussicht auf Ruhm und Beute im Bivak liegen oder auf geringfügige Streifpartien ausgehen mußten, ward immer verdrossener, sie wendete sich sogar gegen die Räte des Kurfürsten. Um es vor dem Einbruche des Winters doch noch zu einer erfrischenden That zu bringen, hecften Derfflinger und der Kurfürst den Plan eines Ueberfalles des feindlichen Lagers bei Dettweiler aus; 6000 brandenburgische Reiter, 4000 Musketiere und 14 Geschütze sollten dazu verwendet werden — an demselben Tage jedoch, am 20. November, da man das Unternehmen ausführen wollte, verlegte Turenne seine Infanterie, auf die es zunächst abgesehen war, hinter die Zornlinie an die Motter. Der Kurfürst glaubte nach Wahrnehmung dessen den Plan wieder aufgeben zu müssen. Bournonville hatte am 19. November trotz seiner Einsprache abermals einen Trompeter an Turenne gesendet. Was sollte ihn hindern, an den Verrat desjenigen zu glauben, der bis jetzt alles gethan hatte, um seine besten Absichten zu vereiteln und ihm den Erfolg sozusagen aus den Händen zu reißen?

Der Gedanke, sich von dem kaiserlichen Heere zu trennen und auf eigene Faust oder doch in Verbindung mit Oranien gegen Trier oder in Flandern zu operieren, lag nahe, er wurde in der Umgebung des Kurfürsten wiederholt ausgesprochen; auch die von Schweden drohende Gefahr wurde ihm vorgehalten und Schutz der Marken von ihm verlangt. Zum mindesten solle er die Hälfte seines schönen Heeres zur Verteidigung der Heimat verwenden, Derfflinger mit 10 000 Mann aber im Elsaß belassen. Er konnte und durfte solchen Ratschlägen nicht folgen, um so weniger, als Oranien ihm von einem Abmarsche nach Norden selbst abriet, da in den Niederlanden der Feldzug definitiv für dieses Jahr beendigt war, es also für die Brandenburger auch dort nichts zu thun gab. Gerade deshalb aber, weil Brandenburg gegen Schweden selbst noch die Hilfe seiner Verbündeten in Anspruch zu nehmen gezwungen sein konnte, durfte es sich jetzt nicht einseitig seinen Verpflichtungen entziehen, durfte nicht Anlaß geben, daß das ganze deutsche Heer auseinanderliefe, wozu der Abzug der Brandenburger ohne Zweifel den Anstoß gegeben hätte.

Man mußte sich der vorgeschrittenen Jahreszeit wegen um die Winterquartiere umsehen, für welche das Oberelsaß mit seinen reichen und gut gebauten Städten und Dörfern die beste Auswahl bot. Pfälzer und fränkische Kreistruppen gingen über den Rhein zurück, um bei der Einschließung von Philippsburg verwendet zu werden, zwei kaiserliche Regimenter legten sich vor Breisach an das rechte Rheinufer, um diesen wichtigen französischen Waffenplatz von der Ostseite zu bewachen. Bournonville lag mit seinem Korps zwischen Ensisheim und Basel, General Dünwald erhielt den Auftrag Hüningen, General Werthmüller Landskron zu belagern. Kolmar, Thann und Ruffach waren die Mittelpunkte der brandenburgischen Garnisonen. Der Kurfürst, welchen seine Gemahlin begleitete, nahm im Rathause von Kolmar Wohnung. Er erlitt in jenen Tagen einen schweren Verlust. Der Kurprinz Karl Emil, der zweite Sohn aus der ersten Ehe mit Henriette von Oranien, war aus dem Lager von Bläsheim in schwerkrankem Zustande nach Straßburg gebracht worden, wo er dem Typhus erlag (7. Dezember 1674). Man vermutete, wie so häufig bei diesen Krankheiten, eine Vergiftung. Die Trauer um den tapferen, fröhlichen Jüngling, der sich schon mit seinen 19 Jahren in der Armee einer großen Beliebtheit erfreute, war allgemein. „Mit sonderer Freudigkeit und Eifer,“ heißt es im *Theatrum Europaeum*, „hatte er sich in diese Expedition begeben und sich aufs höchste bemüht, seinem Vater ein gehorsames Herz zu erweisen und zu zeigen, wie er sich des Vaterlandes bekümmerten Zustand zu Herzen nehme.“ Die Straßburger hielten ihm eine solenne Trauerfeier, an welcher sich auch die ganze Studentenschaft beteiligte, dann wurde die Leiche nach Berlin überführt. Turenne gab den Paß über Philippsburg zu diesem Zwecke frei.¹⁾

Am weitesten nach Norden, in der Gegend von Schlettstadt, lagen die Lüneburger, sie hielten die Verbindung mit Straßburg aufrecht. Ein aus brandenburgischen, münsterischen und Reichsvölkern gemischtes Corps von

¹⁾ Diarium Europ. XXXI. Appendix 358 u. ff. Die Leichenfeier in Straßburg und Berlin. (4. Februar 1675.)

8000 Mann unter August von Holstein und Hermann von Baden wurde zur Belagerung von Belfort (Beffort) abgefenbet. Durch dasselbe glaubte man nicht nur vor jedem Ueberfalle aus Burgund gesichert zu sein, sondern auch den Aufständischen in der Franche Comté die Hand reichen zu können. Der Herzog von Lothringen war bereits in sein Herzogtum aufgebrochen, hatte Spinal und Remiremont besetzt.

Als Turenne diese Vorgänge bei den Verbündeten beobachtet und die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß dieselben sich in den nächsten Wochen keiner Feindseligkeit versehen würden, verließ er seine Stellung bei Ingweiler, ließ in Hagenua, Zabern und Lüzelsheim starke Besatzungen zurück und zog mit dem Rest am 29. November nach Lothringen, wo er sich mit dem 13000 Mann starken Corps des Grafen de la Saulx vereinigte. Nirgends war man bestürzt über diesen Vorgang als in Paris, wo man alle schönen Erfolge des Herbstfeldzuges preisgegeben glaubte. Louvois benützte die Gelegenheit, um dem Könige alle die Fehler, die Turenne begangen haben sollte, vorzuhalten. Selbst dessen eigene Offiziere hatten keine Ahnung von den nächsten Plänen des Marschalls. Erst um die Mitte des Dezember, nachdem Turenne seine arg mitgenommenen Truppen wieder etwas in den Stand gesetzt hatte, ging er zur Ausführung einer schon lange von ihm gefaßten, ebenso genialen als kühnen Idee. Er begann einen Winterfeldzug, um die Verbündeten aus ihren Winterquartieren zu vertreiben und sich neuerdings in den Besitz des gesamten Elsasses zu setzen. Er teilte seine 30000 Mann in eine große Zahl von Kolonnen, die sämtlich die Marschbestimmung Belfort erhielten. Trotz starken Schneefalles vereinigten sie sich am 27. Dezember vor dieser Feste. Am 29. d. M. griff er bereits, durch 14 Schwadronen neuerlich verstärkt, die ihm Marschall Duras aus der Freigravität zugeführt hatte, die auf dem Rückzuge von Belfort befindlichen münsterschen, lothringischen und kaiserlichen Truppen an. Die Verbündeten waren schon seit drei Wochen von dem Anmarsche Turennes unterrichtet, sie wußten jedoch nicht, wo er die Vogesen überschreiten werde. Der Geist ihrer Truppen war nicht der beste, da mehrere Corps, darunter das münstersche, keinen Sold erhalten hatten. Ueber die Winterquartiere waren mannigfache Streitigkeiten entstanden, der Kurfürst von Brandenburg wußte nicht, ob er von Bournonville im Falle eines Angriffes unterstützt werden würde, und fürchtete dessen Rückzug über den Rhein. Auch hielt er lange Zeit an der irrigen Ansicht fest, Turenne wolle bei Sennheim aus den Vogesen vordringen und Dreifach entsetzen. Schließlich hatte man sich über Bestimmungen geeint, durch welche eine rasche Vereinigung der ziemlich weit von einander lantonierenden Heeresabteilungen ermöglicht werden sollte. Dennoch waren bei der thatsächlichen Annäherung der Franzosen selbst die dringendsten Anordnungen unterlassen worden.

Der Ueberfall Turennes bei Mühlhausen hatte den Erfolg, daß sich die Kaiserlichen nach schwachem Widerstande und trotz tapferen Eingreifens der lothringischen Reiterei, die sich von Remiremont längst wieder davon gemacht hatte, bis Ensisheim zurückzogen. 18 Standarten ließen sie in den Händen des Feindes. Das kaiserliche Regiment Porcia wurde auf dem Marsche nach Ensisheim abgechnitten und gefangen genommen, viele kleinere Abteilungen

wurden versprengt und in Unordnung gebracht, so daß der Kurfürst von Brandenburg von Kolmar mit einigen tausend Reitern aufbrechen und der kaiserlichen Armee bis Heiligenkreuz entgegengehen mußte, um sie aufzunehmen. Bournonville schob die Schuld des ihm widerfahrenen Unglücks auf den Kurfürsten, weil dieser nicht seinem Räte gefolgt und bis Sennheim vorgegangen war, um Turenne die Schlacht zu bieten. Er vergaß dabei, daß er vor allem seinen überstürzten Rückzug zu rechtfertigen hatte. Ihm war wieder die Angst vor Turenne in den Kopf gestiegen, er hatte eine Verfolgung von seiten desselben erwartet, die ganz unmöglich war. Tadelnswert war vor allem der ganz unglaublich mangelhafte Aufklärungsdienst der dazu beorderten kaiserlichen und brandenburgischen Reiterabteilungen, die bis zum Erscheinen der Franzosen vor Belfort keine Kenntnis von der Richtung ihres Anmarsches gewonnen hatten. Der Kurfürst war deshalb bei Kolmar geblieben, weil er die Möglichkeit annahm, daß Turenne von Remiremont über Markirch nach Thann vordringen könne, um Breisach zu entsetzen. Hätte sich Bournonville, der ja doch das brandenburgische Corps Holstein bei sich hatte, nicht überraschen lassen, sondern rechtzeitig eine Verteidigungsstellung, etwa zwischen Donnemarie und Altkirch eingenommen, so wäre der Kurfürst noch immer rechtzeitig zu einer Hauptschlacht herangekommen.

Am 31. Dezember war die Armee der Verbündeten bei Kolmar vereinigt, nur der Prinz von Homburg stand mit 5000 Brandenburgern bei Weckelsheim vor Breisach, um ein etwa zum Erfasse der Festung heranziehendes französisches Corps aufzufangen. Die darauffolgenden Tage wurde Kriegsrat gehalten, bei welchem die widersprechendsten Ansichten vorgebracht wurden. Die Rollen schienen gewechselt worden zu sein: Derfflinger, der früher am heftigsten nach einer Schlacht verlangt hatte, sprach jetzt zuerst von einem Rückzuge auf das rechte Rheinufer, um die Armee für den Frühjahrsfeldzug zu kräftigen, wenn sich Turenne nicht in kürzester Zeit zu einer Schlacht bereit finden ließe. Er kannte die Stimmung unter den Truppen wie unter den Befehlshabern und mochte sich von denselben nichts Gutes mehr versprechen. Es waren eigentlich auch nur politische Bedenken, welche diesen Schritt widerrieten. Württemberg und Baiern nahmen an dem Reichskriege nicht Anteil, wenn man im Schwarzwald die Winterquartiere nahm, konnte man gewärtigen, daß diese beiden Reichsstände die Truppen mit gewaffneter Hand vertrieben. Man verfiel auch auf den Gedanken, nach Lothringen und Luxemburg einzufallen und Turenne wieder in seinem Rücken zu bedrohen. Daraus hätte sich ein recht niedliches Abfangespiel entwickeln können, wenn Turenne nicht vorzog, in das von seinen Verteidigern entblößte Reich einzufallen. Auch der Rückzug nach Straßburg, ein Ausweichen nach dem Stifte Basel wurde besprochen. Endlich gab der Lothringer den Ausschlag, der darauf drang, man solle im Elsaß aushalten, bis andere Befehle vom Kaiser kämen, und den Markgrafen Friedrich von Baden von Philippsburg zurückberufen.

Turenne half seinen Gegnern übrigens sehr bald über alle Zweifel hinweg, indem er selbst zum Angriff auf sie überging. Man hatte auf seiten der Verbündeten schon am 4. Januar des neuen Jahres Kenntnis von seinem Anmarsche und bereitete sich zur Schlacht auf dem Felde zwischen Kolmar und Türkheim. Die Aufstellung, welche der Kurfürst anordnen wollte, fand an

Bournonville einen heftigen Widersacher; dieser ruhte nicht, bis er nicht wenigstens einen Bach, den Logelbach, zwischen sich und dem Feinde wußte, obwohl ihm vorgestellt wurde, daß derselbe für den Angreifer kein Hindernis biete. Den größten Fehler aber beging er, indem er das befestigte Städtchen Türckheim, welches seinen rechten Flügel schützen sollte, unbesezt ließ. Gerade auf dieses begründete Turenne seinen Angriffsplan. Er ließ, als er am 5. Januar gegen Mittag bis vor die Linie der Verbündeten herangekommen war, den General de L'Orge seine Front vor derselben entwickeln, so daß der Kurfürst, der seinen linken Flügel an Kolmar lehnte, einen direkten Angriff erwarten mußte. Er selbst aber schwenkte links ab und zog, in einer Schlucht vor Beobachtung geschützt, bis in die nächste Nähe von Türckheim, in das seine Truppen eindringen, bevor Bournonville noch eine Ahnung von dem Umgehungsmanöver des Marschalls hatte. Dieses verblüffte durch seine Kühnheit. Wäre es sofort durchschaut worden, so konnte es eine vollständige Niederlage Turennes herbeiführen. Es hätte sich nur darum gehandelt, gegen de L'Orge eine rein defensive Haltung einzunehmen und sich mit allen verfügbaren Kräften gegen Turenne zu werfen, der seine Truppen im Angesichte des Feindes über steile Hänge in das Gefechtsfeld herabführen mußte. Aber auch der Kurfürst durchschaute die Situation nicht. Als Bournonville Unterstützung durch Infanterie verlangte, glaubte der Kurfürst dieselbe nicht entbehren zu können, und der Herzog von Celle, den er aufforderte, einige Bataillone rechts abschwenken zu lassen, um Turenne in der rechten Flanke zu bedrohen, weigerte sich dessen. Das Gefecht um Türckheim wurde daher von beiden Seiten mit ziemlich gleichen Kräften fortgeführt, die Kaiserlichen brachten Turenne durch ein sehr kräftig unterhaltenes Feuer große Verluste bei, sie vermochten aber den Feind nicht mehr aus dem Städtchen zu werfen. Der Kurfürst erschien zwar um 3 Uhr nachmittags in Person bei ihnen und leitete ihre Angriffe, indem er sich mit größter Tapferkeit mitten in den ärgsten Kugelregen begab, ohne auch nur Helm und Kürass anzulegen. Seine Infanterie aber kam erst zu einer Zeit von Kolmar in die Gefechtslinie des rechten Flügels, als die Nacht bereits hereinbrach und die Dunkelheit einen entscheidenden Vorstoß unmöglich machte. Die Schlacht wurde abgebrochen, ohne daß eine der beiden Parteien einen wesentlichen Vorteil errungen hatte. Die Verbündeten hatten ihre Positionen nicht nur behauptet, sondern waren aus denselben sogar vorgerückt; aber Turenne war trotz seiner Verluste nicht geschlagen, er konnte in den folgenden Tagen neue Bewegungen ausführen, durch welche die Aufstellung der Verbündeten neuerdings beunruhigt wurde. Ueberdies herrschte bei den letzteren eine übertriebene Ansicht von der Stärke der Franzosen; man hielt sie für überlegen, obwohl thatsächlich das Kräfteverhältnis vor der Schlacht ein ziemlich gleiches gewesen war und auf französischer Seite die weitaus größeren Verluste eingetreten waren. Es wurde daher der Beschluß des Rückzuges nach Schlettstadt gefaßt. Der Abzug aus den Gefechtsstellungen führte noch zu Mißverständnissen und Irrungen unter den Verbündeten. Der Kurfürst hatte spät abends mit Bournonville vereinbart, man solle nicht zur Nachtzeit aufbrechen, sondern die Bagage voraussenden und, sobald diese einigen Vorsprung gewonnen, bei Tagesanbruch mit den Truppen folgen. Es scheinen jedoch von Bournon-

viele nicht die nötigen Befehle ausgegeben worden zu sein; auch hat sich dieser vielleicht darauf verlassen, daß der Kurfürst selbst alles besorgen wolle; thatsächlich marschierte alles ab, bis auf die Brandenburger, die somit am nächsten Morgen sehr leicht von einer erdrückenden Uebermacht hätten angefallen werden können, wenn nicht der Herzog von Celle um 1/2 Uhr den Kurfürsten, der mit seinen Generalen an einem Wachtfeuer saß, zum Aufbruch aufgefordert hätte. Als der Kurfürst sich überzeugt hatte, daß er gänzlich allein geblieben sei, hatte er den Eindruck, Bournonville habe ihn absichtlich getäuscht und verrätherisch im Stich gelassen. Infolgedessen wurde die Stimmung zwischen den kaiserlichen und den brandenburgischen Generalen eine noch gereiztere, als sie ohnehin schon gewesen war, so daß an ein gedeihliches Zusammenwirken beider Teile kaum mehr zu denken war. Es kam zu einem Wortwechsel zwischen Derfflinger und Bournonville, bei dem man schon an die Degen griff, so daß der Kurfürst selbst den Streit schlichten mußte. Die Kaiserlichen beantworteten die Vorwürfe der Verrätheri, welche ihnen von den Brandenburgern und Lüneburgern zugeschleubert wurden, mit der Behauptung, an dem Mißlingen des Feldzuges trage die Weigerung des Kurfürsten Schuld, auf dem Ochsenfelde zu schlagen, ja selbst der übereilte Rückzug nach Kolmar wurde dem Kurfürsten in die Schuhe geschoben.

So stand man in Haber und Verdruß mehrere Tage bei Schlettstadt, in der Meinung, Turenne würde zu einem neuen Angriff schreiten. Dazu hatte dieser jedoch nicht die geringste Veranlassung. Er wußte, daß ihm die Räumung des Elsaß von den Deutschen keinen Mann mehr kosten würde; denn sie konnten auf dem engen Raume um Straßburg nicht stehen bleiben. Niederelsaß bot ihnen keinen Unterhalt und keine Ruhe, sie konnten ihre Winterquartiere nur mehr jenseits des Rheines suchen. Das Elsaß war für das Reich verloren. Zwischen dem 11. und 13. Januar gingen die Reste der deutschen Armee, die unter dem Jubel der Straßburger Bürger vor drei Monaten über den Rhein gekommen waren, über die Brücke zurück, die jedoch besetzt blieb. Enttäuschung, Elend und Verwüstung ließ man den Landsleuten jenseits des Flusses zurück. Was anders konnten diese, die noch echte und rechte Deutsche waren, nach diesem neuerlichen Mißerfolge thun, als sich in alles schicken, was ihnen der große König in Frankreich zugebacht hatte.

Die kaiserlichen, lothringischen und Reichsvölker überwinterten im Dreisgau und in den dem Schwarzwalde zunächst liegenden Landschaften, die Norddeutschen zogen nach Franken. Allgemeines Staunen erregte die treffliche Haltung und Verfassung der brandenburgischen Truppen noch auf dem Rückmarsch; es waren 22 Regimenter mit vollen 15 000 Mann. Auch aus dieser Thatsache, die in der guten Disziplin und Widerstandsfähigkeit der Märker, in der Anwesenheit ihres von ihnen verehrten und väterlich für sie sorgenden Fürsten hinreichende Begründung fand, schmiedete man Anklagen. Es hieß, der Kurfürst habe den Feldzug nur geführt, um die Verbündeten zu verderben und seine Truppen vor aller Welt in ein glänzendes Licht zu stellen.

Wir wollen durch einige Proben aus der publizistischen Litteratur jener Zeit ein Bild der Meinungen zu erlangen trachten, welche in Deutschland über den so folgenschweren Feldzug des Jahres 1674 verbreitet waren.

Sehr ausführlich behandelt denselben der erste Teil der bekannten „Nugae-somnia“ oder „Schwätz-Gesichter“. ¹⁾ „Man hat uns Schwaben,“ heißt es da, „anfangs für eine dumme Einfalt ausgelegt, daß wir mit Uebersendung des Kontingents etwas behutsam einhielten und nicht gleich, wie einige benachbarte Kreise thaten, anfangs die unsrige Mannschaft zu den ihrigen stießen. Wer aber unsere damals annahende Gefahr etwas reifer überlegen wird, muß hoffentlich gestehen, daß wir verantwortliche Ursachen genug gehabt haben, hierinnen verzögerlich zu sein. Turenne war uns so nahe, daß er innerhalb weniger Stunden mitten in unser Land dringen und nach Belieben herrschen können; wer hätte ihm das geringste nach dem Singheimer Treffen wehren wollen? Man hat ja nur seine Wunder gesehen, wie die Kaiserlichen und Alliierten nach Annäherung des de Turenne an den Neckar ohne einziges Umsehen den Main erwischten, und wann der Turenne noch weiter gerückt wäre, so wollte ich euch versichern, daß sie ihre Retirade bis unter Bonn genommen hätten. Wie sollten dann wir so schlechten Verstandes sein, und zu solcher Zeit, da nicht die geringste Rückhaltung zu vermuten, durch Uebersendung unserer Völker verursacht haben, daß des Turenne Armee gleichen Jagdtanz in unseren Landen gespielt, wie in der Pfalz? . . . ²⁾ Und was hat uns die Uebersendung unseres Kontingents groß geholfen? Wir und die Franken, so doch die ersten gewesen, heben den Dank unseres Gehorsams auf, daß wir die beschwerlichsten Einquartierungen ausstehen müssen. Unsere zusammengeführte Völker gehen ebenso schön voneinander und verlieren sich, daß man in kurzer Zeit nicht einmal innen werden wird, ob einige jemals geschickt gewesen. Allem Ansehen nach wäre weit kluger gehandelt worden, wann wir noch ferner an uns gehalten und sie nicht einmal versandt hätten, so hätten wir uns dieses Krieges nicht einmal theilhaftig gemacht, auch keine Gefahr dessfalls ausstehen dürfen, ja die Völker wären besser zusammengeblieben. Nunmehr haben

¹⁾ Curiosa, nec non politica vagabundi per Europam, vulgo sic dicti Rationis status de praesenti tempore Nugae-Somnia. Das ist: Des in der Europäischen Welt überall zu Hause sich einfindenden so genannten Ratio-Status, Wegen jetziger Zeit Laufften nachdentliche und politisch träumende Schwätz-Gesichter. Diar. Europ. 3 Theile. Einzelnes in der kgl. öffentl. Bibliothek in Dresden.

²⁾ Diese Begründung steht in Verbindung mit dem Schreiben, welches Turenne damals an den schwäbischen Kreis gerichtet hat. Er erklärte darin, in dem gegenwärtigen Kriege würden nur Partikular-, aber keine Reichsinteressen vertreten. Das Reich sei nicht bedroht. Wenn der Kreis darauf bedacht sei, die Ruhe des Reiches aufrecht zu erhalten, so wolle der König von Frankreich seine Truppen vom Kreise fernhalten. Dies Versprechen konnte er leicht geben, denn er war zu einem Einfall in Schwaben doch nicht stark genug. Daß er Bournonville das schwäbische Kontingent einige Zeit entzog, war immerhin ein Vorteil. In einer Flugschrift „Die Entdeckung des unter dem Fuchß-Perzen glanzenden Wolffs-pelzes, Ober: Dulcis fistulae Touranicae anatomen . . . Denen Herren Schwaben zum besten vorgestellt . . . von Einem recht-teutsch Patriotischen Medico“ wird an diesem Briefe scharfe Kritik geübt und den Schwaben vorgestellt, sie sollten sich von den Franzosen, die sie ja doch nur „den unvernünftigen Tieren gleichachten“, nicht abhalten lassen, den bedrängten Nachbarn Hülfe zu bringen.

wir die Feindschaft der Franzosen gleich andern Ständen auch auf unsern Hals geladen und werden so gestalten Sachen, da man ihm überall freien Fuß lassen will, auch die Verheerung unserer Länder gewärtig sein müssen. Was hat uns der Kurbrandenburgische und Lüneburgische Suffkurs geholfen, als daß wir unterschiedliche Hin- und Wiederzüge, endlich gar die Winterquartiere erdulden müssen?

„Warum ist man damals im Elsaß mit so einem schönen Volk und so großer Macht, als kaum bald wieder zusammenkommen möchte, nicht auf den gar schwachen Feind losgegangen? Dasselbst hätte man die Teutsche Tapferkeit können sehen lassen; und uns allerseits von der Bedrängung befreien. Es stunden ja bei den 60 000 Mann der schönsten auserlesenen Völker beisammen, da ja der Turenne kaum 20 000 war, und dennoch hat dieser es so weit gebracht, daß jene, wobei auch die Reichshülfe war, eher über den Rhein waren, als er schier das Elsaß betreten.

„Ich habe von dieser Retirade sowohl, als dem ganzen Elsassischen Feldzuge von unterschiedenen hohen Offizieren wunderlich diskurieren hören, da bald einer dieser Partei, ein anderer der andern schuld gibt. Ich bin zwar über solch einer Sachen, als die ich auch nicht verstehe, zu keinem Richter erkoren, warum man mit einer so starken Macht den Feind, ehe er mehr Stärke bekommen, nicht gleich allsofort in seinen Lagern angegriffen und aufgeschlagen. Viele gaben vor, der Turenne, als ein kluger, alter Soldat, wüßte die Schliche gar zu herrlich in dem Elsaß, daher erwählte er ihm (sich) die von Natur wohlversehensten Dexter, und wußte dabei sein Lager also künstlich zu fortifizieren, daß ihm unmöglich ohne großen Schaden beizukommen gewesen wäre. Hingegen habe ich von anderen gehört, wenn man einmütiglich gewollt hätte, und nicht die mit Gold beladenen Maultiere im Wege gelegen, so hätte man den Feind raisonable genug nicht allein angreifen, sondern auch totaliter schlagen können. Und gesetzt, es wären 4- oder 6000 Mann darauf gegangen (die doch einen Weg wie den andern krepirt), so wäre es doch sowohl vor dem Reiche, als den Armeen weit besser gewesen. Das Reich hätte keine Lamentationes wegen der Winterquartiere, und der Soldat hätte besser seine Monatgelde in Feindes Land machen dürfen. Dieses hätte die renommée Deutschlands erhoben, ja gar ganz Elsaß, benebenst der unüberwindlichen Festung Breisach wieder ruhmwürdig sich unterwerfen können. Mit der Blockierung dieses Orts ist es fast ebenso spöttlich zugegangen, als mit der Belagerung Dudenardes: Wer es nicht glauben will, der lasse ihm (sich) die auf den Gassen laufende Buben in Paris ein Glaubwürdigeres berichten. Schande und Spott haben wir Teutschen schier bei allen Nationen uns zuwege gebracht, daß wir viel Sachen unter Händen nehmen, aber wenig vollführen.

„Meines Bedünkens wäre viel vorsichtiger gehandelt worden, wenn man vorher, ehe man über den Rhein gegangen wäre, überrechnet hätte, ob man auch bei Zusammentretung so vielen Volks genugsame Lebensmittel vor sich finde würde, damit man nicht einstens aus Hungernöth den Rückweg zu suchen wieder gezwungen würde. Aber dies hat man im Anfang nicht nötig erachtet, weil man des Sinnes war, den Feind zu schlagen, und nach der Victorie sich in Burgund zu verteilen, oder ins Feindes Land zu gehen. Der Vorsatz war rühmenswert und wann des brandenburgischen Herrn General Dörfflings Rat gefolget, so

hierauf sehr gedrungen, die Sache hätte einen guten Ausgang gefunden. Jetzt werden die gute, recht arm und elend verlassene Städte Kolmar und Schlettstatt, ja das ganze Elsaß, so sich wegen der herannahenden Erlösung nicht gering gefreut hatten, unvermutlich im Bloßen gesetzt und dem Feind zu völligem Raube übergeben . . . Mein Gott, wenn ich nur gedenke, wie schlecht es bei der Schlacht von Ensheim zugegangen, und wie verwunderlich man denen Kreisvölkern keinen Suffkurs geschicket, so weiß ich nicht was davon zu vermuten sei. Ich habe es selber nicht gesehen, von Hören sage ich's, und weil es mir recht wadere Offiziere von denen zurückmarschierenden Kreisvölkern erzählt, so kann man es gleichwohl so schlechterdings nicht vergessen. Gedachte Offiziere, so das Ihrige dabei genugsam gethan zu haben vermeinten, sagten und vermaßen sich hoch und teuer, wann nur ein einzig Regiment Ordre bekommen, sie zu verstärken, oder aufs wenigste sich nur stellen wollen, als hätte es mit angehen sollen, so hätten sie dem Feind, so schon in Konfusion gebracht, dergestalt in die Flanken gehen können, daß er wenig vom Platz hätte bringen dürfen. Aber keins hat sich rühren, sondern lieber zusehen wollen, wie die Lüneburgischen und Kreis-Völker die Stirn und Nase wider die Mauern stießen. Und wann es wahr ist, was sie von einem Großen gewiß gehört zu haben nachsagten, daß er nach Fragung, wer auf den Feind treffe, und erhaltene Antwort: Die Kreis-Völker, gesprochen haben solle: Lasset die lutherischen Hunde nur wader anbeißen, so kann ich nicht genugsam bei mir überlegen, wie solches bei Ihrer Kaiserl. Majestät und ganzem Reiche zu verantworten sei. Ich habe dieses vor eine gewisse Wahrheit mehr von Katholischen als Lutherischen gehöret, und lasse hierunter keine Partialität hervorleuchten, denn wir Schwaben glauben ja beiderlei . . . O redliches Teutschland, eröffne deine Augen und lege einmal die falsch aufgesetzte Brille ab! Du bist eben das zusammen unzerbrechliche Bund Pfeiler, so lange du standhaftig beisammen verbleibest; lässest du dich aber auflösen, so wird ein jeder ohne große Mühe deine Schwäche beugen und dich zerknirschen können!"

Das Diarium Europaeum lobt die Tapferkeit der kaiserlichen Armee und behauptet, daß diese in der Schlacht bei Türckheim „fast allein“ dem Feinde großen Vorteil abgewonnen habe, so daß man kaiserlicherseits nur mit Widerstreben in den Rückzug über den Rhein gewilligt habe, wogegen eine 1675 erschienene Flugschrift ¹⁾ die Verdienste Brandenburgs in dem abgelaufenen Feldzuge ganz besonders hervorhebt. „Wie viel es mit diesem Zuge (an den Rhein) dem Reich genüget, Ihm selbst aber geschadet, erweist das kürzlich zum Reich wiedergebrachte Elsaß, das wankende Burgund und Frankreich selbst, welches sich schon zu fürchten begann; hingegen die mit großem Unkosten bei anderthalb Jahr in dem Brandenburgischen gelegene starke Armee, der Hazard seiner (des Kurfürsten) eigenen hohen Person, seiner Länder und Unterthanen, der unschätzbare und unersehbare Verlust des Durchl. Kurprinzen, den keine Satisfaktion, kein Interesse zu egalisieren vermag, und die durch den türkischen und grausamen schwedischen Ueberfall zu Grund ruinierte brandenburgische Provinzen.“

¹⁾ „Des H. Teutschen Reichs Allzeit mehr, als sein eigen gesuchtes Interesse . . . Von dem Hochlöblichsten, Treuen und Gerechten Chur-Hause Brandenburg.“

Wie sehr die öffentliche Meinung in dem nun zum Austrag kommenden Kriege Brandenburgs mit Schweden auf Seite des ersteren stand, werden wir noch zu erwähnen Gelegenheit haben. Daß sich der Kurfürst, nachdem das Unternehmen im Elsaß trotz seiner besten Absichten und unleugbaren Opferwilligkeit erfolglos verlaufen war, nicht länger abhalten ließ, im eigenen Lande wieder Ordnung zu machen, hat ihm wohl kein vorurteilsloser Beobachter verdenken können.

Noch vor Beginn des ruhmlosen Winterfeldzuges im Elsaß hatte sich in Wien ein Ereignis abgespielt, welches nicht unerwartet kam, auch auf die österreichische Politik keine unmittelbare Wirkung ausgeübt, trotzdem aber in Europa großes Aufsehen erregt hat: der Sturz des Ministers Lobkowitz. Sein Einfluß war seit dem Frühjahr 1673 gebrochen gewesen, als die Unermüdblichkeit und geistige Ueberlegenheit P'folas den Abfall des Kaisers von der französischen Allianz zustande gebracht hatte. Der Hofkanzler Freiherr von Hofer, der Reichshofratspräsident Fürst Johann Adolf Schwarzenberg und Montecuccoli bestimmten damals die auswärtige Politik des Kaisers. Sie hielten Lobkowitz von dem Verkehre mit den fremden Gesandten möglichst ferne und beschränkten ihn auf sein Amt als Obersthofmeister. Er war zwar im August 1673 mit dem Kaiser in Böhmen gewesen und hatte der Begegnung mit dem Kurfürsten von Sachsen angewohnt. Daß der Bruch mit Frankreich damals schon beschlossene Sache war, erfuhr er jedoch nicht und war nicht wenig überrascht, bei seiner Rückkehr nach Wien Grémonville, den alten Freund und Gesinnungsgenossen, schon entfernt zu sehen. Für einen Mann von Anstandsgefühl und Selbstachtung war der Augenblick gekommen, sich zurückzuziehen. Lobkowitz soll dem Kaiser auch thatsächlich sein Entlassungsgesuch überreicht haben,¹⁾ beharrte jedoch nicht auf der Genehmigung desselben, sondern ließ sich bestimmen im Amte zu bleiben, obwohl sich die Zahl seiner persönlichen Gegner fortwährend vermehrte. Nicht zu den geringsten derselben gehörte die neue Kaiserin Claudia Felicitas, die Tochter des Erzherzogs Ferdinand Karl von Tirol und der florentinischen Prinzessin Anna. Ueber die Beziehungen der letzteren zu dem Grafen Ferrari, der schon bei Lebzeiten ihres Gemahles eine herrschende Stellung am Innsbrucker Hofe eingenommen hatte, waren dem Fürsten, der sich gerne in boshaften Witz und Späßen erging, wiederholt unangenehme Worte entschlüpfte, er hatte sich überhaupt über das liebliche Treiben der Tiroler Herrschaften lustig gemacht und die Ansprüche derselben an die noch immer ausständige Entschädigung für die Abtretung des Elsaß nicht in gewünschter Weise unterstützt. Er war sogar so weit gegangen, dem Kaiser zu seiner zweiten Ehe eine andere Prinzessin vorzuschlagen, als die hübsche, lebenslustige Tiroler Base, dieselbe Neuburgerin nämlich, die später doch noch die Kaiserkrone erlangt hat, und trotzdem glaubte er nach einigen beruhigenden Worten des Kaisers seine Stellung bei demselben beibehalten zu können. Seine grenzenlose Eitelkeit, die ihn ver-

¹⁾ Wolf, Lobkowitz, S. 408 citirt dafür das Raubnitzer Archiv leider ohne Angabe des Datums.

leitete, sich bei allen Damen für unwiderstehlich zu halten, dürfte ihn über seine Situation getäuscht haben. Als die Kaiserin-Mutter, Erzherzogin Anna, im Sommer 1674 selbst nach Wien kam, deren Abneigung gegen ihn ihm wohl bekannt sein mußte, trat er bei verschiedenen Gelegenheiten gegen sie auf. Diese trat daher an die Spitze einer Hofclique, welche darauf ausging, den Fürsten, der ihnen den Platz nicht freiwillig räumen wollte, mit Gewalt von demselben zu entfernen. Graf Zinzendorf, der Obersthofmeister der Kaiserin-Witwe Eleonore, Hoher und Montecuccoli gehörten derselben an. Die beiden letzteren befürchteten von einer neuerlichen Befestigung der Stellung des Fürsten eine Rückkehr zur französischen Politik und waren deshalb für alle Schritte eingenommen, welche die dauernde Entfernung des Fürsten aus der Nähe des Kaisers anstrebten. Die wichtigste Handhabe zu der Anklage gegen Lobkowitz erhielten seine Feinde von dem Sekretär Grémonvilles, Valerius, der in Wien zurückgeblieben war und sich im Besitze von Abschriften der von dem Gesandten an Ludwig XIV. gerichteten Depeschen befand. Dieselben enthielten Mitteilungen über die Verhandlungen und Aussprüche des Fürsten, welche man für hochverrätherisch ansehen konnte. Hoher berichtete darüber dem Kaiser und dieser setzte eine Kommission aus dem Fürsten Schwarzenberg, dem Grafen Max Lamberg, dem Hofkanzler Freiherrn von Hoher und dem Sekretär Abele zusammen, um die Anklage gegen Lobkowitz zu prüfen und Anträge zu stellen. In der Sitzung vom 13. Oktober setzte die Kommission fest, der Fürst habe die Geheimnisse des geheimen Rates kundgegeben, die Fürsten des Reiches vom Kaiser getrennt, die kaiserlichen Beschlüsse nicht ausgeführt, im ganzen alles darauf angelegt, die Macht des Kaisers niederzuhalten und jene des Königs von Frankreich zu erhöhen. Insbesondere wurde ihm der Vorwurf gemacht, daß er 1672 die ernstliche Verwendung der kaiserlichen Truppen gegen Frankreich verhindert und die Trennung von Brandenburg veranlaßt habe. Außerdem wurden wegwerfende Aeußerungen über den Kaiser erhoben und die Bestechung seines Sekretärs Ferri durch Grémonville behauptet. Ueber die vom Kaiser gestellte Frage, ob ein förmlicher Prozeß einzuleiten sei, wurde am darauffolgenden Tage eingehend verhandelt. Die Mehrheit hielt dies nicht für geraten, da in Anbetracht der milden Gesinnung des Kaisers eine genaue Durchführung der zu fallenden Sentenz kaum zu erwarten sei. Hoher erklärte, daß der Prozeß zwar im Interesse des Staates zu wünschen sei, da derselbe jedenfalls genügendes Beweismaterial für eine Verurteilung liefern werde, es könne jedoch der Wunsch des Kaisers mit der öffentlichen Wohlfahrt in Uebereinstimmung gebracht werden, wenn Lobkowitz in Raudnitz interniert und ihm jeder politische Verkehr untersagt werde. Schwarzenberg schlug vor, dem Kaiser zwei Wege offen zu lassen, den Prozeß, der eine Verurteilung nach sich ziehen müsse, und die Entfernung ohne Sentenz. Lamberg und Montecuccoli empfahlen dazu noch eine Geldstrafe von mindestens 100 000 Thalern. Am 16. Oktober unterzeichnete der Kaiser das Verbannungsdekret, am 17. erhielt es der Fürst, als er eben früher als gewöhnlich zu Hofe fuhr, zugestellt. Es lautete: „Ihre K. K. Majestät haben sich aus gewissen und erheblichen Ursachen allergnädigst resolviert und befohlen, daß sich der Fürst von Lobkowitz, Herzog von Sagan, von heut an in den nächsten drei Tagen von hier weg und nach Raudnitz an der Elbe begeben und weiters nicht

nach Hof komme; auch soll er Raudnitz nicht verlassen, sondern dort bis auf weiteren kaiserlichen Befehl verbleiben; er hat sich jeder Korrespondenz zu enthalten und darf sich keines der ihm von Sr. Majestät anvertrauten Aemter mehr annehmen; er hat unter Verpflichtung aller seiner Güter einen Revers auszustellen, daß er dem kaiserlichen Befehle gehorsam nachkommen, sich jeberzeit und an jedem Ort stellen werde, so oft und wohin es der Kaiser befehlen wird, und nichts gegen den Kaiser und Staat vornehme.“ Am 19. Oktober wurde er unter Bedeckung von hundert Dragonern von Wien abgeführt und über Brünn nach Raudnitz gebracht. Seine Papiere und der Betrag von 190000 Gulden, den man bei ihm vorfand, wurden mit Beschlagnahme belegt. Der Kaiser wollte ihm das Geld später zurückgeben, es wurde jedoch für die Armee verbraucht, weshalb er seiner Familie einen Schuldschein darüber ausstellen ließ. Der Fürst hat verschiedene Versuche gemacht, sich durch den P. Emerich Sinelli eine gnädigere Behandlung, Ersatz des konfiszierten Geldes und eine Schuldblosigkeitserklärung zu erwirken, erreichte jedoch nichts. Nach dem Tode der Kaiserin Claudia Felicitas, die am 8. April 1676 starb, und ihrer Mutter, welche ihr am 12. September d. J. folgte, glaubte man an die Rückberufung des Fürsten, er starb aber allein und verlassen schon am 22. April 1677.

In deutschen Landen scheint der Fall des Ministers, der seine Hauptaufgabe darin gesucht hat, sich dem Könige von Frankreich gefällig und willfährig zu erweisen, kein Bedauern erregt zu haben. Eine vielverbreitete Flugschrift: „Der gewonnene Ausgang und plötzliche Fall des vor diesem in höchst ansehnlichen Ehren gewesenen Fürst Lobkowitzens“ entwirft von dem Gestürzten ein höchst unsympathisches Bild. Geiz und widerliche Zudringlichkeit gegen Frauen wird ihm nachgesagt, der Vergleich mit Wallenstein, den man gemacht hatte, entschieden zurückgewiesen. „Der Lobkowitz habe alle Laster des Friedlands, keine aber von seinen Tugenden an sich gehabt. Denn derselbe richtete alle seine Thaten und Sachen dahin, wie er dadurch Ehre und einen großen Namen erlangen möchte . . . Dieser aber war sehr träg und vor allzugroßer Liebe ganz faul, trachtete stets nach der Herrschaft und was ihm sonst hierzu dienen konnte, als absonderlich große Güter. Sonst aber war er sehr karg, geizig, hoffärtig, grausam und ehrgeizig.“

Einen Nachfolger in der ganzen Ausdehnung seiner Geschäfte hat Lobkowitz nicht erhalten. Die Stelle eines Präsidenten des geheimen Rates, auf welche Schwarzenberg gerechnet hatte, wurde nicht mehr besetzt. Der Kaiser gab sich den Anschein, ganz selbständig regieren zu wollen, vielleicht um den Vergleich mit Ludwig XIV. herauszufordern, der ja von Schmeichlern seiner und späterer Zeiten oft genug ausgeführt worden ist. Er blieb aber thatsächlich immer unselbständig, da ihm die Fähigkeit fehlte, sich rasch über die durch die Ereignisse geschaffenen Situationen klar zu werden. Er bedurfte geistiger Hülfe, wenn er sich auch nicht immer an die gegebenen Ratschläge hielt. In Hof- und Personalangelegenheiten mag nach Lobkowitz Graf Lamberg am einflussreichsten gewesen sein; die äußere Politik leitete, da auch V'Isola im Dezember 1674 gestorben war, Höfner.

Vierter Abschnitt.

Vom Schwedischen Krieg bis zum Friedensschluß in Nymwegen.

Am November 1674 hatte der schwedische Reichsfeldmarschall Karl Gustav v. Wrangel in Pommern erhebliche Streitkräfte gesammelt, am 19. Dezember waren 7200 Mann unverhofft und ohne Kriegserklärung in die Uckermark eingerückt. Die Krone Schweden erklärte, daß sie durch Brandenburgs Teilnahme an dem Reichskriege gegen Frankreich die zwischen den beiden Staaten bestehenden Uebereinkünfte für gebrochen erachte und sich zur Aufrechthaltung der Bestimmungen des westfälischen Friedens durch besondere militärische Maßnahmen verpflichtet halte. Sowohl am kaiserlichen Hofe als auch in Regensburg wurden Schriftstücke überreicht, welche die Berechtigung der schwedischen Gewaltschritte gegen Brandenburg rechtfertigen sollten. Brandenburg widerlegte dieselben in einer sehr ausführlichen Verteidigungsschrift,¹⁾ welche mit aller Entschiedenheit jede andere Auslegung des schwedischen Einfalles, als die eines Friedensbruches, zurückwies und damit schloß, daß es kein anderes Mittel, demselben zu begegnen, gebe, als die Waffen. Schweden fuhr dessenungeachtet fort, bei Kaiser und Reich, wie bei den einzelnen Ständen sein Vorgehen zu beschönigen und auszustreuen, „es wäre mit Kurbrandenburg zu keiner Feindseligkeit gekommen und sollte diese Einquartierung in den kurfürstlichen Landen nur eine Veranlassung zur Wieder-
versöhnung sein“. Der Kurfürst habe von der „Einquartierung“ Kenntnis gehabt und dieselbe geschehen lassen, um einen Prätext zum Abzuge von den Alliierten zu haben. Mit ähnlichen Vorspiegelungen wurden auch die Unterthanen in der Mark beschwichtigt und von ernstlichem Widerstande gegen die schwedischen Garnisonen abgehalten. Noch am 14. Januar 1675 antwortete die neumärkische Regierung auf die Anfrage des sternbergischen Kreisdirektors v. Winterfeld, wie er sich den schwedischen Forderungen gegenüber verhalten solle: „Weil man nicht wissen könnte, wie Seine Kurfürstliche Durchlaucht diese

¹⁾ Theatrum Europ. XI. Th. S. 799 u. ff. Diarium Europ. XXXII. Th. Append.
v. Zwiabined-Edenhorsf., Deutsche Geschichte 1648—1740. I.

der Schweden eigenmächtige Einquartierung und geforderte Verpflegung verstehen möchte, also könnten die Herren Räte hierin nichts verordnen, und müsse der Herr Kommissarius darüber Seiner Kurfürstlichen Durchlaucht Statthalter, den Fürsten von Anhalt, zu Räte ziehen.“¹⁾ Johann Georg von Anhalt hatte einen schweren Stand. Einerseits befahl ihm der Kurfürst, alles mögliche zur Verteidigung der Marken aufzubieten. Andererseits durfte er es doch nicht zu Feindseligkeiten kommen lassen, ehe er nicht eine einigermaßen verlässliche Streitmacht zusammengerafft hatte. Er überließ es daher den ständischen Deputierten der betroffenen Landschaften, mit den Schweden selbst über die Bedingungen der Einquartierung zu verhandeln.

Die schwedischen Truppen faßten ihre Bestimmung nicht so freundschaftlich auf, als ihre Regierung vorgab. Sie kamen in einem sehr abgerissenen Zustande in die märkischen Quartiere und suchten sich so schnell als möglich neu auszurüsten. Sie hausten in der Ufermark derart, daß Ende Januar der Unterhalt daselbst schon sehr schwierig wurde. Ein Versuch, ins Havelland vorzugehen, wurde vom Generalmajor v. Sommerfeld, der bis Fehrbellin entgegenrückte, zurückgewiesen, sie gingen daher in die Neumark und nach Hinterpommern. Dort blieben sie bis Ende April, da Wrangel seine ganze Macht bei Stettin vereinigte.

Wie der Kurfürst die Dinge ansah, das besagten die ersten Worte, welche er aussprach, als er auf dem Rückzuge von Kolmar die Nachricht vom Einfall in die Marken erhielt: „Das kann den Schweden Pommern kosten.“ Er dachte nicht einen Augenblick daran, dem Drucke zu weichen, den sie auf ihn ausüben wollten. Daß es ihnen mit dem Kriege nicht sehr ernst war, das war ihm nicht unbekannt — nun sollten sie ihn aber haben. Es war kein freundlicher Augenblick im Leben des Fürsten, das ohnehin schon einer Kette von Sorgen, Anstrengungen, Enttäuschungen und Wagnissen gleich, als sich die berühmten Retter des Evangeliums wie seine Herren und Gebieter in seine Lande legten. Eben war ihm der älteste Sprosse durch eine unerwartete, heimtückische Krankheit in den Tod gerissen worden, ein Feldzug, den er um der Ehre und Selbständigkeit der deutschen Nation willen mit großen Opfern vorbereitet hatte, hatte mit Schande geendet und alle seine Widersacher wiesen auf ihn als den Urheber des Mißlingens, er war schwer geplagt von der Gicht und konnte das Bett nicht verlassen, seine Frau sah ihrer Niederkunft entgegen, die Subsidien blieben aus, mit denen er seine braven Truppen erhalten sollte, auf denen jetzt, wie immer, die Zukunft seines Hauses und seiner Stellung im deutschen Fürstenrate beruhte — doch trotz alledem gab es kein Schwanken und kein Verzagen. Im Gegenteil baute er mit Zuversicht darauf, daß sich ihm die Schweden jetzt selbst in die Hand gegeben hätten, daß ihm die Gelegenheit geboten sein werde, sie für alle Feindschaft und Tücke zu strafen, die sie ihm schon angethan hatten. Von den Brücken, die sie ihm bauten, wollte er nichts wissen; man wäre in Stockholm zufrieden gewesen, wenn sich der Kurfürst nur zu dem geringsten Zugeständnisse, zu einer Reduktion seines Reichskontingentes auf den normalen Stand herbeigelassen hätte. „Nachdem sie mich ganz ruiniert haben,“ äußerte er sich

¹⁾ Die Schweden in der Mark Brandenburg 1675 aus Gf. Lodel (Pastor primarius in Drossen), *Marchia illustrata*. (Zeitschr. für preuß. Gesch. III. S. 628 u. ff.)

in einem Schreiben an Anhalt, „bleibt mir nichts als das Leben in mir, und das will ich lieber verlieren als hängieren und mich nicht revanchieren, es mag ablaufen wie es wolle.“

Es fehlte nicht an Versuchen, den Kurfürsten zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Der neueste Verbündete Schwedens, der Kurfürst von Baiern, glaubte sich dadurch Verdienste sammeln zu können, fand jedoch kein Gehör. Brandenburg konnte seine Genugthuung für die ihm von Schweden zugefügten Vergewaltigungen nicht in Traktaten finden, es gab seinen Mitständen zu erwägen, „ob denn sie und der Kaiser es ruhig geschehen lassen könnten, daß Schweden und Frankreich sich unterstünden, das Instrumentum pacis nach ihrem Bedürfnisse auszulegen, ob diesen beiden gebühre, den Ständen vorzuschreiben, wie weit sie Foedera zu machen oder nicht, mit wie viel oder mit wie wenigem Volk einer dem andern assistieren dürfe oder nicht?“

Friedrich Wilhelms Politik fand nicht die Billigung aller seiner Räte, bewährte Beamte, wie Blumenthal und Jena, empfahlen im Angesichte der von Tag zu Tag wachsenden Bedrängnis der Marken einen friedlichen Ausgleich, auch Johann Georg von Anhalt glaubte vor allzugroßem Vertrauen auf die Hilfe der Verbündeten warnen zu müssen, konnte sich jedoch bald überzeugen, daß der Kurfürst selbst die Sachlage sehr richtig beurteilte, und gab derselben in den schönen Worten Ausdruck: „Nachdem ich Euer Kurfürstlichen Gnaden gnädiges Handschreiben zum öftern mit großer Attention verlesen, so habe ich nicht allein Euer Kurfürstlichen Gnaden heroische und überaus stattliche Sentimenten mit Admiration und höchsten Freuden und Vergnügung daraus ersehen, sondern ich bin auch in meiner allezeit gehabtten Opinion noch mehr dadurch verstärkt worden, daß nämlich Eure Kurfürstlichen Gnaden in den allerschwersten Affairen und wann die Gefahr am größten gewesen ist, den Sachen allemal den besten Ausschlag gegeben haben.“

Der Kurfürst glaubte übrigens nur einer Stütze vollkommen sicher sein zu können und diese war Wilhelm von Dranien. Die Gefahr, daß England die Generalstaaten zur Neutralität zwingen wolle, war gegen Erwarten des Kurfürsten nicht eingetreten. Als Graf Arlington im November 1674 in besonderer Sendung in den Haag gekommen war, um die durch den Krieg gestörten persönlichen Beziehungen zwischen Karl von England und Dranien wieder anzuknüpfen, hatte letzterer schon in der ersten Unterredung erklärt, er wolle selbst gegen Schweden zu Feld ziehen, wenn dieses es wagen sollte, den treuesten Alliierten Hollands anzugreifen. Die Bemühungen des schwedischen Gesandten, durch Arlington zurückhaltend auf den Generalstatthalter zu wirken, waren vergeblich geblieben. Der Graf hat ihm gesagt: „Wenn er auch der beste Drator in der Welt wäre, so würde er sich doch nicht kapabel finden, Seine Hoheit und den Staat von der festen Resolution abzubringen, wenn Schweden etwas anfangen würde, alsbald zu brechen.“ Draniens Meinung hatte, wie wir gesehen, dazu beigetragen, den Kurfürsten von einem voreiligen Abzuge aus dem Elsaß abzuhalten, mit ihm wollte er auch den Plan des bevorstehenden Feldzuges vereinbaren, nachdem die Generalstaaten sich am 3. Februar bereits offen dahin erklärt hatten, ihrem Verbündeten zu Wasser und zu Land gegen die Schweden Hilfe bringen zu wollen.

Auch Dänemark, bei welchem der Kurfürst schon im Herbste vorgearbeitet hatte, ließ sich nicht lange zum Eintritte in das Bündnis mit Schweden nötigen; Christian V. nahm den Antrag, er möge durch einen Einfall in Schoonen die schwedische Macht von den Marken und Pommern abziehen, sehr günstig auf und versprach, sobald Brandenburg den Krieg eröffnet haben werde, in dieser Richtung vorzugehen. Bedenklich war nur das Verlangen nach Subsidien, da es nicht abzusehen war, wer dieselben eigentlich bestreiten sollte.

Die brandenburgischen Truppen hatten in Franken Winterquartiere genommen. Der fränkische Kreis hatte zwar anfangs dagegen protestiert, als aber die Gefahr in Erwägung kam, welche dem westlichen Deutschland durch einen unerwarteten Vorstoß der Turenneschen Armee drohen könne, wenn man dasselbe von Truppen entblöße, hatte man sich das Verweilen der Brandenburger gefallen lassen. Der Kurfürst blieb vom 1. bis 22. Februar in Schweinfurt, mit den Verhandlungen wegen Unterbringung und Verproviantierung seiner Truppen beschäftigt und durch körperliche Leiden am Reiten gehindert. Es drängte ihn, nach Kleve zu kommen, wo ihm Dranien einen Besuch zur Besprechung der politischen Verhältnisse und der nächsten militärischen Vorkehrungen angekündigt hatte. Am 8. März traf er, am 10. der Generalstatthalter daselbst ein. Gleichzeitig hatte sich Graf Waldeck im Auftrage des letzteren nach Wien begeben, um dort den Antrag auf Erhöhung der Stärke der von den einzelnen verbündeten Staaten zu stellenden Kontingente vorzubringen und kräftigt zu betreiben. Die Entsendung eines so erfahrenen und berühmten Kriegshauptes, das zugleich die Doppelstellung eines Reichsfürsten und eines Vertrauensmannes der holländischen Republik einnahm, sollte am kaiserlichen Hofe besonderen Eindruck machen. Die kaiserliche Politik war jedoch wieder einmal in den Zustand des Zuwartens getreten, für ein energisches Auftreten gegen Schweden hatte sich am kaiserlichen Hofe nicht das geringste Verständnis gezeigt. Es nützte dem Kurfürsten nichts, darauf hinzuweisen, daß der schwedische Einfall in seine Lande nur die Folge seiner Reichstreue und der Teilnahme an dem Kriege gegen Frankreich sei, daß es nur an ihm liege, sich durch Zurückziehung seiner Truppen sofort von den bösen Gästen zu befreien, er konnte es nicht durchsetzen, daß man Schweden vom Reichstage suspendierte, auch nicht, daß man sich zu irgend welchen Zusagen für die Bekämpfung derselben herbeiließ, bevor der Krieg mit ihnen vom Kurfürsten nicht thatsächlich begonnen worden sei. Als der Kaiser darauf bestand, daß die unter dem Feldmarschall Grafen Cob¹⁾ in Schlessien versammelten 10000 Mann in sein vertragsmäßig bestimmtes Kontingent einbezogen werden mögen, erklärte Waldeck, daß auch die Generalstaaten nicht einen Mann mehr stellen würden, als wozu sie verpflichtet wären. Infolgedessen konnte man auch bei der Zusammenkunft in Kleve nicht daran denken, den Operationsplan so genau festzustellen, als man beabsichtigt hatte. Wenn davon gesprochen wurde, daß eine Armee von 60000 Mann gegen Vorpommern vorgehen solle, wobei auf 20000 Dänen, 10000 Kaiserliche und die Braunschweiger gerechnet wurde, so geschah dies sehr willkürlich, da man nicht wissen konnte, ob die Verbündeten

¹⁾ Cob von Neubing, früher Krahe genannt, ein luxemburgisches Geschlecht.

diese Truppen auch wirklich zur Verfügung stellen würden. Erst als die Schweden Miene machten, in der Richtung gegen Schlessien vorzugehen, ward der Kaiser wieder zuvorkommender gegen Brandenburg, weil er sonst besorgen mußte, von diesem im Stich gelassen zu werden, wenn Schweden ihm wirklich an den Leib rücken würde. Es erschien daher ein kaiserlicher Bevollmächtigter, der Marchese de Grana, im Haag, um dort anzuzeigen, daß das Cobische Corps angewiesen sei, sich den Befehlen des Kurfürsten zu unterstellen, sobald dessen Truppen in Brandenburg angelangt sein würden.

Mit den Generalstaaten selbst gab es wegen ihres Verhältnisses zu Dänemark noch langwierige Unterhandlungen. Sie hatten sich zwar endlich bereit finden lassen, für die dänischen Werbungen ein Angeld zu leisten, sie ließen sich aber nicht bewegen, den Handel mit Schweden in der Ostsee aufzugeben, worauf Dänemark einen besonderen Wert legte.

Auch von der Ausrüstung einer großen Flotte von 40 Orlogschiffen zur Blockierung der schwedischen Küste wollten sie nichts wissen, sie fanden die Zahl von 18 Schiffen genügend und wollten nicht mehr als die Hälfte davon selbst ausrüsten. Die Verwendung der brandenburgisch-lüneburgischen Truppen bildete ebenfalls einen Gegenstand des Streites. Holland wollte dieselben gegen Frankreich verwendet wissen, die brandenburgischen Herzöge aber befürchteten mit Recht, daß sie von Bremen aus gefährdet werden könnten, wenn ihre Lande von Truppen ganz entblößt würden, und verlangten, daß man ihnen die Kooperation mit Dänemark gestatte. Sie hatten an dem Herzog von Hannover, ihrem katholischen Bruder und Vetter Johann Friedrich, an dem Herzog von Holstein-Gottorp und dem alten Administrator von Magdeburg sehr unangenehme Nachbarn, die jeden Augenblick bereit waren, sich mit Schweden zu „konjugieren“, wenn sich mit diesem gerade ein kleines Geschäft machen ließ.

Friedrich Wilhelm, der auch in Kleve noch immer heftig an der Gicht litt, machte sich, sobald er reisefähig war, selbst nach Holland auf (21. April), um den Besuch des Draniers zu erwidern und die Verhandlungen mit den am nächsten Feldzuge beteiligten Mächten, deren Bevollmächtigte sich im Haag befanden, persönlich zu führen. Es wurde vereinbart, daß die braunschweigischen Truppen gegen Frankreich ins Feld rücken sollten, wenn Dänemark sich herbeilasse, an der deutschen Küste zu landen. Geschehe dies nicht, so könne der Kurfürst nach Bedarf die Braunschweiger zu seiner Unterstützung heranziehen. Die welfischen Herzöge, welchen Johann Friedrich Schonung ihrer Gebiete versprochen hatte, wenn sie nicht gegen Schweden die Waffen erheben, waren bereit, die Neutralität aufzugeben, wenn Brandenburg durch Schweden in Not gerate. Die verbündete Flotte wollte man auf 25 Orlogschiffe bringen, wovon Dänemark 16, Spanien und die Niederlande 9 beizustellen hatten.

Nachdem in dieser Weise notdürftig ein Uebereinkommen angebahnt war, eilte der Kurfürst zu seinem Heere, das sich bereits in Verfassung gesetzt hatte, sofort loszuschlagen zu können. Es war dem Kurfürsten klar geworden, daß er mit einer frischen fröhlichen That seinen Verbündeten vorangehen müsse, wenn er von ihnen etwas Mannhaftes erwarten wollte, der Mißmut über die Länderei und Halbheit im Elsaß lastete noch auf ihm und er wußte, daß es seinen braven

Reitersleuten nicht besser erging. Da gab es eben nur eine Rettung: den Degen in die Faust, an den Feind und ihn geschlagen, wo man ihn fände! So war und ist brandenburgische Art und so geht es den Deutschen immer vom Herzen. Es war auch keine Zeit mehr zu verlieren. Durch den französischen Gesandten Vitry war mit dem Feldmarschall Wrangel abgemacht worden, daß dieser durch das Havelland an die Elbe vorgehen, diese überschreiten und in das Fürstentum Halberstadt einfallen sollte, um dem Herzoge von Hannover die Hand zu bieten. Man war darauf gefaßt, daß sich die brandenburgischen Truppen diesem Vorhaben widersetzen würden, zweifelte jedoch nicht im geringsten daran, daß ihnen die Schweden weit überlegen sein mußten.¹⁾ Jedenfalls dachte man sich den Zusammenstoß mit ihnen erst jenseits, d. h. am linken Ufer der Elbe. Vitry schrieb noch am 9. Juni an seinen König: „Je suis persuadé, Sire, qu'à moins que les confédérés ne joignent un corps considérable de troupes à l'armée de Brandebourg, à quoi je ne vois pas encore beaucoup de disposition, ce Prince sera peu en état de s'opposer aux progrès de celle de Suède.“ Schweden und Hannoveraner hätten sich dann wohl ganz Niedersachsens bemächtigt und die Marken festgehalten. War der Bischof von Münster, mit welchem Frankreich neue Anknüpfungen suchte, zu gewinnen und fielen die 12 000 Mann, welche er leicht aufzubringen vermochte, in den Niederlanden ein, so war es nicht unmöglich, daß die ganze ohnehin nur mühsam zusammengehaltene Allianz in Trümmer gehen würde. Ludwig XIV. rechnete mit Sicherheit auf diese Erfolge der schwedischen Kriegsführung. Wenn Braunschweig und Brandenburg durch dieselbe lahm gelegt seien, war er überzeugt, mit der Condéschen Armee die Spanier und Niederländer, mit der Turenneschen die Oesterreicher und Reichsvölker schlagen zu können. In Kopenhagen, wo man über die französisch-schwedischen Pläne am genauesten unterrichtet war, wirkten dieselben belebend und aneifernd. Christoph v. Brand, welchen der Kurfürst vom Haag aus an den König von Dänemark gesendet hatte, erreichte von demselben das Zugeständnis, den Krieg nicht nur an der schwedischen Küste führen zu wollen, sondern eine Armee bei Hamburg zu vereinigen und mit derselben ins Bremische einzufallen. Bis dies aber zur Ausführung kam, konnten Schweden und Hannoveraner längst ihre Vereinigung vollzogen haben. Der Kurfürst mußte dies unter allen Umständen zu verhindern und mit den Schweden allein und ohne jede Unterstützung fertig zu werden trachten.

Die Schweden hatten den Feldzug in der Mark am 30. Mai mit der Belagerung der Feste Köcknitz eröffnet, welche von dem Befehlshaber Götz noch vor dem ersten Sturme übergeben wurde. Sie bemächtigten sich darauf des ganzen Havellandes, besetzten die „Pässe“ bei Fehrbellin und Kremmen und nahmen Brandenburg, wohin General Waldemar v. Wrangel, der jüngere Bruder des Höchstkommmandierenden Karl Gustav v. Wrangel, am 6. Juni sein

¹⁾ Wir folgen der ausgezeichneten erschöpfenden Arbeit von Wigleben und Haffel „Fehrbellin“, Beilage zum Militär. Wochenblatt 1875, 5. und 6. Heft.

Hauptquartier verlegte. Der Feldmarschall, der von Sicht und Steinschmerzen geplagt und dadurch an rascherem Vorgehen und energischen Entschlüssen verhindert worden war, befand sich am 19. Juni in Neu-Muppin, am 22. in Havelberg. Er hatte 15 000 Mann zur Verfügung, von welchen besonders die Reiterei im besten Stande war. Der Fürst von Anhalt und General v. Sommerfeld suchten den Vormarsch der Schweden mit ihren geringen Kräften nach Möglichkeit aufzuhalten, sie durften sich aber auf Unternehmungen im offenen Felde nicht einlassen, sondern beschränkten sich auf die Verteidigung der Festungen und die Ausfendung von größeren Streifpartien. Sie hatten jedoch aus dem märkischen Adel, den Bauern, Jägern und Heidereitern eine Art Landsturm organisiert, welcher sich durch die Bewachung der Flußübergänge, das Erbauen von Erdwerken und das Ueberfallen kleinerer feindlichen Abteilungen sehr verdienstlich machte. In Berlin standen 5000 Mann, worunter die 1200 Mann starke kurfürstliche Leibgarde, in Küstrin 800, in Spandau 800, in Frankfurt a. O. 150 Mann, 1200 Dragoner waren von Preußen, ein Regiment (Spaen) von Kleve im Anmarsch.

Die Stärke der Schweden war am 21. Juli in und um Brandenburg 11—12 000 Mann unter Walbemar Wrangel, in Havelberg 2500 Mann unter Karl Gustav Wrangel.

Der Kurfürst war mit seiner Armee, die noch 15 000 Mann, darunter 8500 Mann Fußvolf ausmachte, am 21. Juni in Magdeburg angelangt. Er beschloß, nachdem er sich von dem Stande der Schweden überzeugt hatte, in die Mitte ihrer Aufstellung nach Rathenow vorzubrechen und den Uebergang über die Havel zu erzwingen. Es war sein Vorteil, daß die Schweden von seiner Annäherung noch nichts wußten. Um denselben auszunützen, mußte er so schnell als möglich weiter vorgehen. Da dies mit dem Fußvolf nicht möglich war, ließ er dasselbe zum größten Teile unter dem Befehle des Generalfeldzeugmeisters Herzog August von Holstein in Magdeburg zurück und ging mit der Reiterei und einer ausgewählten Abteilung Fußvolf, die auf Wagen gesetzt wurde, allein vor. Es waren nicht mehr als 1200 Mann zu Fuß, 5—6000 Reiter (und zwar die Regimenter Derfflinger, Mörner, Görz, Anhalt, Leibregiment, Kurprinz, Brucksdorff, Oberst Prinz, Homburg und Süde) und 800 Dragoner (Derfflinger und Bomsdorf) mit 14 Geschützen. Der Kurfürst selbst führte den Oberbefehl. Nach ihm war an Rang und Ansehen der Feldmarschall Derfflinger der nächste. Dieser, ein Oberösterreicher von Geburt,¹⁾ hatte im Dreißigjährigen Kriege den Schweden gedient, war 1654 als Generalwachtmeister in kurbrandenburgische Dienste getreten und hatte, wie wir gesehen haben, im polnisch-schwedischen Kriege wichtige Vertrauensposten innegehabt. 1660 hatte er sich auf sein pommerisches Gut Gusow zurückgezogen, weil er mit dem Fürsten von Dessau rivalisierte, war aber 1673 wieder ins Feld gezogen. Er stand, als er bei Fehrbellin

¹⁾ Ueber seine Jugend und Familienverhältnisse hat Ernst Fischer in den „Beiträgen zur Geschichte des kurbrandenburgischen Feldmarschalls Georg Reichsfreiherrn von Derfflinger“ (Berlin 1884, Progr. des Königsstädter Gymnasiums) die vorhandenen Nachrichten zusammengestellt, ohne jedoch viel Positives ermitteln zu können. Daß er ursprünglich ein Schneidergeselle gewesen sei, ist nicht nachweisbar, ja kaum wahrscheinlich.

focht, in seinem 69. Jahre. Der „Prinz von Homburg“, richtiger Landgraf Friedrich von Hessen-Homburg, dessen Name durch die Kleistsche Dichtung für alle Zeiten mit der Geschichte jener Schlacht verknüpft sein wird, war damals bereits 42 Jahre alt, zum zweitenmal vermählt (mit Luise Elisabeth von Kurland, einer Nichte des Kurfürsten) und hatte nur ein Bein, da ihm das zweite bei der Belagerung von Kopenhagen 1659 abgeschossen worden war. Bis zum Tode Karls X. Gustav hatte er ebenfalls den Schweden gebient, nach seiner zweiten Heirat jedoch eine brandenburgische Bestallung genommen. Er war 1672—73 Statthalter in der Mark, sein Regiment, welches er 1672 errichtet hatte, wurde nach dem Bossener Frieden auf zwei Compagnien reduziert, wodurch er sehr verstimmt wurde. Seinen Anteil am elsässischen Feldzuge haben wir bereits zu erwähnen Gelegenheit gehabt, während desselben scheint sein Verhältnis zum Kurfürsten ein ungetrübtes gewesen zu sein.¹⁾ Joachim v. Görzke, v. Mörner, Hennings von Treffenfeld, Lüdtke, durchweg Märker, die ihre engere Heimat, den Boden, welchen ihre Väter urbar gemacht hatten, vom Feinde zu befreien hatten, verdienen nebst Sydow, Runowski, Strauß unter den Befehlshabern genannt zu werden.

In der Nacht vom 22. auf den 23. Juni rückte der Kurfürst von Magdeburg ab, nachdem er während seiner Anwesenheit daselbst eine Verschwörung entdeckt und den von den Schweden bestochenen Stadtkommandanten Schmidt gefangen gesetzt hatte. Wegen des heftigen Regenwetters, durch welches die ohnehin mangelhaften Straßen noch schlechter geworden waren, konnte er am ersten Marschtage nur 6 Meilen bewältigen und mußte in Parchen übernachten. Dort erhielt er die Nachricht, daß am 20. Juni Oberst Wangelin mit seinem Regiment nach Rathenow gekommen sei, ein schwedischer Offizier, der wiederholt zu diplomatischen Missionen am kurfürstlichen Hofe verwendet worden war. Der Kurfürst glaubte aus dieser Bewegung der Schweden entnehmen zu müssen, daß dieselben von seinem Anmarsche bereits unterrichtet seien, und schickte deshalb noch während der Nacht drei stärkere Streifpartien in die Richtung von Rathenow, Plane und Brandenburg aus, um sich über deren Stellung Kenntnis zu verschaffen. Am Morgen des 24. kam ein Herr v. Briesl, dessen Besizung in Bähne unweit Rathenow lag, in das Lager und machte die wertvolle Mitteilung, daß er noch am Abende vorher mit Wangelin getafelt habe und daß dieser von der Nähe des brandenburgischen Heeres keine Ahnung habe. Infolge dessen wurde der Marsch unverweilt fortgesetzt und am Abende war man bereits in Bähne. Um 2 Uhr nachts begann der Ueberfall von Rathenow, der trotz der tapferen Verteidigung der Schweden vollständig gelang. Sämtliche drei Thore wurden ziemlich gleichzeitig genommen, stellenweise die etwas schadhafte Mauern erklettert, das ganze Regiment Wangelin, soweit es nicht niedergemacht war, samt dem Herrn Obersten und der Frau Oberstin gefangen genommen. Um 3 Uhr morgens war der Kurfürst wieder Herr seiner Stadt, sandte die Nachricht davon sofort an Anhalt in Berlin, nach Magdeburg und Halberstadt. Am

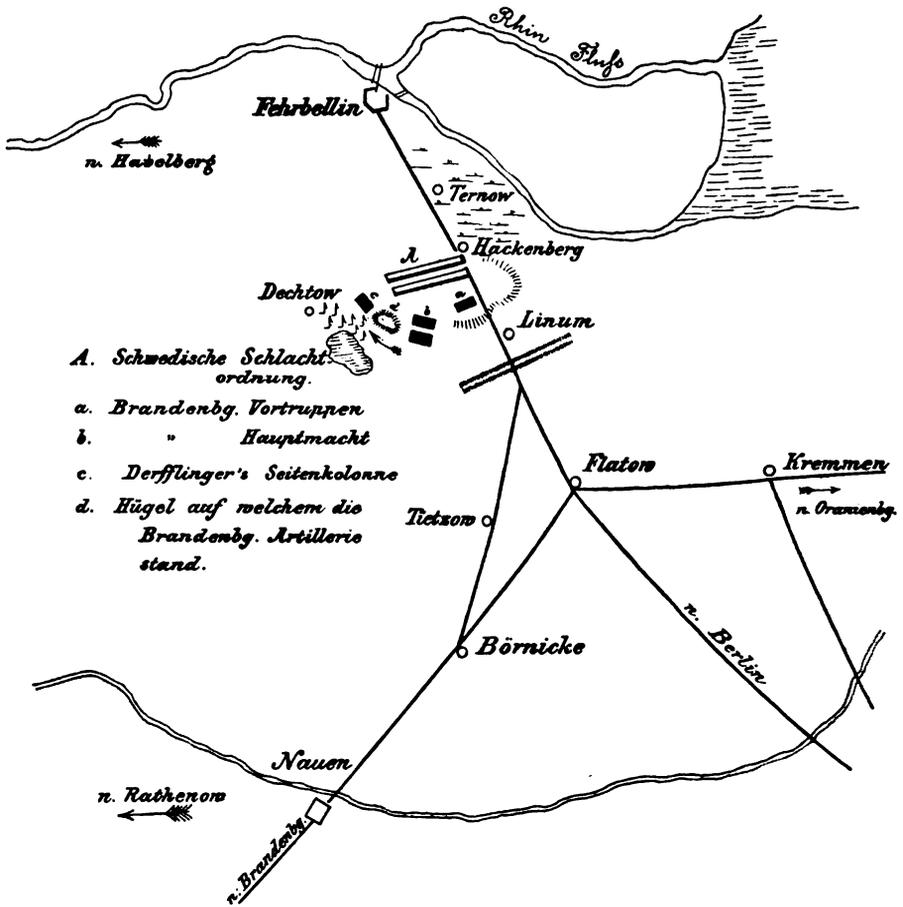
¹⁾ J. Jungfer, Der große Kurfürst und Friedrich von Homburg 1670—1673. Forschungen zur deutschen Geschichte. XXV.

25. wurde gerastet, am 26. gedachte der Kurfürst gegen Brandenburg zu rücken, wohin er auch die in Magdeburg zurückgelassene Infanterie unter dem Herzog von Holstein beorderte.

Generallieutenant Waldemar Wrangel hatte die Absicht, am 25. Juni von Brandenburg aufzubrechen und über Rathenow nach Havelberg zu ziehen, wo er sich mit seinem Bruder vereinigen sollte. Auch der Generalfeldmarschalllieutenant Graf Königsmark war aus dem Bremischen herbeigekommen, wahrscheinlich um mit dem Höchstkommmandierenden Vereinbarungen über gemeinsame Bewegungen zu pflegen. Waldemar Wrangel erfuhr erst auf dem Marsche, daß Rathenow genommen und der Kurfürst mit seiner Armee mitten im Havelland sei. Es blieb ihm wohl kaum eine andere Wahl, als sich so schnell als möglich aus dem Staube zu machen, um nicht gänzlich von seinem Bruder und vom schwedischen Pommern und von Mecklenburg abgedrängt zu werden. Der Marsch durch das Havelland war nicht sehr leicht auszuführen, weil es zwischen den vielen ausgedehnten Sumpfsgegenden, die damals noch nicht trocken gelegt waren, nur sehr wenige Straßen gab, auf welchen man mit Wagen und Pferden fortkommen konnte. Um aus dem havelländischen Luch in die Priegnitz zu gelangen, mußte man den Paß und die Rhinbrücke bei Fehrbellin benutzen, in die Ufermark kam man auch über Kremmen und Dranienburg. Waldemar Wrangel mußte, wenn er nicht seinen Bruder der Gefahr aussetzen wollte, in Havelberg oder Ruppin aufgehoben zu werden, die „Belliner Fähre“ zu erreichen trachten.

Der Kurfürst hatte an alle drei Pässe Streifpartien vorausgeschickt, Dranienburg war schon durch Anhalt besorgt worden, nach Fehrbellin kam Hennings mit 120 Reitern auf schwer zugänglichen, nur den Einheimischen bekannten Wegen, durch den „Zogen“, verbrannte daselbst die Brücke und durchstach den Damm, worauf er wieder zum Kurfürsten zurückkehrte, als dieser am 27. bei Nauen angelangt war. Die Brandenburger waren tags zuvor bis Barnewitz gekommen und hatten $1\frac{1}{4}$ Meilen weiter östlich bei Gohltz die Nachhut der Schweden erreicht. Bei Nauen kamen ihnen die letzteren aber zuvor. Wrangel ließ den Ort nur so lange verteidigen, bis seine Truppen den dahinter liegenden Damm passiert hatten, er hatte durchaus nicht die Absicht, sich zur Schlacht zu stellen und ging daher noch an demselben Tage bis Börnicke. Die beiden Heere waren jetzt kaum mehr eine Meile voneinander entfernt. Am nächsten Tage war, wenn die Brandenburger ernstlich darauf ausgingen, ein Zusammenstoß kaum mehr aufzuhalten.

Der 28. Juni brach an: es regnete in Strömen, die Wege waren schlecht. Um 5 Uhr morgens wurde der Prinz von Homburg mit einer Avantgarde, die aus Kommandierten aller Regimenter in der Stärke von 1500—2000 Mann bestand, auf der Straße nach Fehrbellin vorausgeschickt. Schon um 6 Uhr hatte er den Feind in Sicht. Der Kurfürst ließ ihn wissen, er solle einen Zusammenstoß vermeiden, bis alle Truppen herangekommen wären. Derfflinger meinte, man solle bei Kremmen vorgehen, dann Fehrbellin vor den Schweden zu erreichen suchen und sie dort festhalten. Der Hunger würde sie zwingen, sich binnen zwei Tagen zu ergeben. Friedrich Wilhelm schien dieser Plan aber doch zu unsicher, er sagte: „Er wäre jetzt dem Feind so nahe, und der müsse Feh



oder Federn lassen.“ Der Feldmarschall antwortete: „*Enädigster Herr, ich habe als General meine Ansicht, was ich für das Vorteilhafteste und Sicherste hielt, gesagt, aber wenn Euer kurfürstliche Durchlaucht anderer Ansicht sind, so soll mich das nicht abhalten, meine Schuldigkeit zu thun, wenn auch mehr Gefahr und Wagnis dabei ist.*“

So ging es also vorwärts! Als Wrangel bei Linum angelangt war, sah er ein, daß er den Brandenburgern nicht mehr entkommen könne und sich ihnen stellen müsse, wenn er nicht geradezu die Flucht vor ihnen ergreifen wollte. Er versuchte zuerst eine Schlachtordnung vor Linum, welche durch den Umstand, daß sich ein Graben unmittelbar vor seiner Aufstellung hingezogen hatte, besonders günstig situiert gewesen wäre, zog sich jedoch bald auf das vor dem Orte Hakenberg gelegene niedere Plateau zurück, wo sein linker Flügel durch das Luch (Moor) gedeckt war. Sein rechter Flügel lehnte sich an einen Sandhügel (d), den er durch eine Geschüzaufstellung zu seiner Sicherung hätte verwenden können, merkwürdigerweise jedoch unbenützt ließ, wahrscheinlich um die regelrechte Anordnung des Gefechtes nicht zu stören, welcher zufolge er zwei Treffen bildete, das Fußvolk in die Mitte, die Reiterei an die Flügel nahm und die Geschütze vor das erste Infanterietreffen stellte.

Der Prinz von Homburg hatte schon bei Linum die Absicht Wrangels, sich zu schlagen, erkannt und den Kurfürsten um Dragoner gebeten, da er mit den Kürassieren allein den Angriff nicht einleiten konnte. Die Dragoner waren mit Feuerrohren versehen und mußten in dieser Schlacht auf brandenburgischer Seite die Stelle der Infanterie vertreten. Der Kurfürst schickte ihm sofort Grumbkow- und Derfflinger-Dragoner mit Geschützen, für welche der Prinz sofort eine treffliche Verwendung fand. Er entschloß sich nämlich, ungefümt den rechten Flügel der Schweden zu fassen, ließ die Geschütze auf dem Sandhügel, den Wrangel freigelassen hatte, auffahren und gab ihnen durch die Dragoner, welche abgesehen waren, eine Partikularbedeckung. Die Derfflinger-Dragoner wurden von dem Kapitän v. Rottwitz, der nach der Schlacht zum Major befördert wurde, befehligt. Hinter dem Hügel standen vier Schwadronen Reiter (vom Regiment Anhalt und den Leibtrabanten). Als Wrangel sah, wie die Brandenburger von jenem Hügel aus seine ganze Front bestrichen, ließ er das an seinem rechten Flügel stehende Regiment v. Dalwigk im Sturme gegen den Hügel vorgehen. Das Regiment Anhalt und die Leibtrabanten wichen zurück. Die Schweden gingen mit der Pike gegen die Dragoner vor, da stellte sich Derfflinger, der durch den Reifemarschall Herrn v. Buch auf die den Geschützen drohende Gefahr aufmerksam gemacht wurde, an die Spitze des Regiments Görzke und ritt durch das Döchtower Gehölz um den Hügel herum, ließ dann rechts einschwenken, kam dadurch dem heranstürmenden rechten Flügel der Schweden in die Flanke und jagte sie über das Feld auf ihr Zentrum zurück. Es war 8 Uhr morgens, der Kurfürst selbst erschien auf dem Kampfplatze. Er ging sofort, ohne mit der Zurechtung einer Schlachtordnung Zeit zu verlieren, auf den Angriffsplan des Prinzen von Homburg ein und ließ ein Regiment nach dem andern, wie es auf dem Schlachtfelde erschien, gegen den Feind vorgehen, so daß dieser nicht einen Augenblick zur Ruhe kam.¹⁾ Wrangel mußte den ganzen Stoß mit seinem rechten Flügel aushalten, er scheint es nicht gewagt zu haben, auch den linken Flügel von dem schützenden Moor abzuziehen und ins Feuer zu schicken, damit nicht auch der letzte Teil seines Heeres von der allgemeinen Verwirrung ergriffen, in seinem Zusammenhange gelockert und dadurch der Rückzug unmöglich gemacht würde. Uebrigens fochten die schwedischen Regimenter Wittenberg, Wachtmeister, Bünow, Bülow, Helmsfeld, Dalwigk mit großer Tapferkeit. Sowohl Derfflinger als auch der Kurfürst, die in nächster Nähe des mehrerwähnten Hügel sich aufhielten, kamen wiederholt ins Gedränge des Kampfes. Der alte Derfflinger war in den vordersten Reihen gewesen, als man um die Rettung der Geschütze focht, er war nahe daran, der Uebermacht zu erliegen, als das Regiment Mörner heran-

¹⁾ Die „Abbildung des durch Sonderbarliche Gottliche hulffe und Beistandt so wunderbarlichen, und dergleichen fort nicht erhörten Sieges . . .“, welche Hassel und Witzleben reproduzieren, zeigt auch auf brandenburgischer Seite eine schöne geschlossene Schlachtordnung. Dieselbe stimmt aber nicht mit den ausführlichen Relationen. Der Zeichner, welcher doch sämtliche an der Attaque beteiligten Regimenter auf das Blatt bringen mußte, hat jedenfalls keine andere Darstellungsform zur Anwendung zu bringen gewußt. Der Schlachtplan im *Theatrum Europaeum* ist unklar, weil zu viele nacheinander folgende Aufstellungen neben- und ineinander gezeichnet sind. Dagegen versinnbildlicht er den Rückzug ziemlich gut.

brauste und ihm Luft machte. Sofort wandte sich der schwedische General v. Wachtmeister gegen dasselbe, die beiden Führer trafen zum Einzelkampfe gegeneinander. Wachtmeister hieb den Obersten v. Mörner nieder, er selbst erlitt von einem brandenburgischen Reiter den Tod. Das Regiment Mörner kam ins Weichen. Der Kurfürst sprengte ihm entgegen und rief sie an: „Getrost, tapfere Soldaten, ich, euer Fürst und nunmehr euer Kapitän, will siegen oder ritterlich mit euch sterben!“ Und drauf und dran ging's nochmals auf den Feind! Voran der Kurfürst leuchtenden Auges, ohne Harnisch, im gelben Lederkoller, den Degen in der Faust — und mitten hinein ins Getümmel, bald war er von Feinden umzingelt, neun brandenburgische Reiter mußten ihn heraus-hauen! Bald waren die Schweden geworfen, das Regiment Dalwigk, vom Obersten v. Maltzan befehligt, war vollständig vernichtet.

Um 10 Uhr hatte Wrangel seinen linken Flügel bereits aus der Schlachtordnung gezogen und setzte sich mit demselben gegen Fehrbellin in Bewegung. Die Reste des rechten Flügels folgten. Der Prinz von Homburg war ihnen wieder scharf auf der Ferse, ein Angriff jedoch, den er noch vor Fehrbellin unternahm, mißlang. Er konnte mit seinen abgeheßten Pferden und erschöpften Reitern gegen die völlig ungeschwächten Reiterregimenter des linken schwedischen Flügels, die sich ihm entgegenwarfen, meist nichts ausrichten und mußte den Kampf aufgeben. Der Kurfürst ging seinerseits fast parallel mit den Schweden gegen Fehrbellin vor, ließ die Artillerie noch mehrmals in der Flanke des abziehenden Gegners Stellung nehmen und beschloß die schwedischen Kolonnen. Es war das Aeußerste, was er noch thun konnte, ohne Infanterie konnte er den Platz, den die Schweden doch vor ihm erreichen mußten, am selben Tage nicht stürmen. Bei diesen Verfolgungsgefechten war es, daß des Kurfürsten Stallmeister Emanuel v. Froben von einer Kanonenkugel getroffen wurde, welche über den Hals des Schimmels geflogen war, den der Kurfürst ritt. Die Sage, daß Froben mit dem Kurfürsten das Pferd getauscht und gleich darauf erschossen worden sei, hat keine historische Grundlage.

Jenseits des Schlachtfeldes in Tarnow (Tarnow) schlug der Kurfürst sein Lager auf, hielt ein fröhliches Siegesmahl und besuchte dann die Lagerplätze seiner Truppen, die noch am Schlachttage namhafte Verstärkungen erhielten, indem Oberst Kanne mit seinen 500 Mann Fußvolk herankam, außerdem das Frankenbergische Regiment von 600 Pferden aus Berlin und General Sommerfeld mit 1800 Mann Infanterie anrückten. Man glaubte im brandenburgischen Hauptquartier, daß die Schweden in Folge der Zerstörung der Brücke über den Rhein aus Fehrbellin nicht fortkommen würden, und beabsichtigte sie am nächsten Tage neuerdings anzugreifen. Als am Morgen des 29. Juni Herr v. Buch gegen Fehrbellin ritt, erfuhr er, daß die Schweden noch in der Nacht die Brücke notdürftig hergestellt hatten und der größte Teil ihrer Truppen bereits über den nach Norden führenden Damm abgezogen war. Die Stadt wurde nun von Derfflinger mit Dragonern besetzt, die noch nicht weggebrachten Gepäcks- und Munitionswagen genommen und die abziehende schwedische Nachhut beschossen. Am 30. Juni wurde die Verfolgung bis Wittstock fortgesetzt, am 1. Juli nach einem kurzen Gefechte diese Stadt besetzt, nachdem Waldemar Wrangel mit dem

Reste seiner nicht nur durch die Verluste bei Rathenow und Fehrbellin, sondern auch durch Desertionen immer mehr geschwächten Armee die mecklenburgische Grenze erreicht hatte. Der Generalfeldmarschall Karl Gustav Wrangel war mit seinem Corps schon einen Tag vorher über Wittstodt bis Demmin zurückgegangen, er verließ als ein kranker und durch den unglücklichen Ausgang des Feldzugs in Brandenburg tief gebeugter Mann die Armee, um auf seiner Besizung in Rügen den Niedergang seines Ruhmes zu betrauern. Ein Jahr danach, am 29. Juni 1676 starb er daselbst.

Nachdem die Marken vom Feinde gänzlich gesäubert waren, gönnte der Kurfürst seinen tapferen Reitern, deren Kräfte in den letzten Wochen bis aufs äußerste angespannt worden waren, Ruhe und Erholung. So groß die Freude der Sieger über ihren herrlichen Erfolg auch gewesen sein mag, sie konnten doch im entferntesten nicht ahnen, was sie errungen hatten, was der Tag von Fehrbellin für die ganze Nation bedeutete. Einen Helden gab es wieder, einen Kriegsfürsten so ganz nach dem Herzen der Deutschen. Dieser Markgraf von Brandenburg, der schon seit zwei Jahrzehnten die Augen der Welt auf sich lenkte, dessen Klugheit und Stärke die Macht und den Reichthum der größten Potentaten aufwog, der alle die aufgeblasenen Diplomaten, die ihn zu überlisten und zu umgarnen suchten, wie die Fliegen abschüttelte, den man zehnmal zu vernichten geglaubt hatte und aus allen Gefahren und Verwickelungen immer größer und gebietender hervorgehen sehen mußte, der hatte die Schinder und Würger des langen Krieges, die Geißel von Deutschland, vor welchen man an der Donau und an der Elbe, vom Bodensee bis zu den Küsten der deutschen Meere zu zittern gelernt hatte, mit 6000 deutschen Reitern wie die Betteljungen vor sich hergejagt. Wie im Sturmwind war er gekommen und wo er sie traf, die ungebetenen Gäste, da sausten die deutschen Hiebe auf ihre Köpfe, da gab's kein Halten, sondern nur ein Reißausnehmen, Flucht und Desertion. Nicht eine Hand noch hatte sich zur Hülfeleistung erhoben, nicht ein Mann von allen den verheißungsreichen Verbündeten war dabei gewesen — Brandenburg hatte für sich allein die ganze Arbeit besorgt, die von Rechts wegen dem heiligen römischen Reiche zugekommen wäre. Die junge Armee, die bei Warschau die Taufe erhalten, war über den ungetreuen Paten hergefallen und hatte ihn an den Ohren gezaust, wie es eben gesunder Jungen Art ist, die sich im Gefühle ihrer erwachenden Kraft zu recken und zu strecken beginnen.

Ueber den Erfolg vor Fehrbellin lohnt es sich auch die Stimmen einiger Zeitgenossen zu hören, zunächst der unmittelbar Beteiligten. Der Kurfürst schrieb am 29. Juni an Kaiser Leopold:

Allerdurchlauchtigster zc.

Es hat dem gerechten Gott gefallen, meine Waffen wider die Schweden dergestalt zu segnen, daß ich ihre ganze Armee mit meiner Cavallerie allein, ohne die Infanterie, welche in großer Eil nicht mitnehmen können, in denen besetzten Plätzen angegriffen, sie daraus vertrieben zum Combat forciret und gezwungen, in höchster Confusion sich über den fehrbellinischen Paß zu retiriren, in welchen vielfältigen Attaquen sie über 3000 Mann verloren, ohne die Entlaufenen und Blessirte und 8 Fahnen vom Königlichen Leibregiment, 6 Dragoner-

fähnlein, 2 Standarten, 8 Stücke nebst einem guten Theil der Bagage in meine Hände gerathen.

Die Particularitäten von Allem was vorgegangen geruhen Eure Kaiserliche Majestät Ihro aus dem Beischlusse (einer ausführlichen Relation) allerunterthänigst vortragen zu lassen. Wäre der General-Lieutenant Coob oder auch meine Infanterie bei mir gewesen, hätte kein einziger davon kommen sollen. Ich hoffe, Er werde nunmehr bald bei mir sein, um an dem ferneren, Gott gebe, glücklichen Succes Theil zu haben. Gestalt ich dann, so bald meine Infanterie bei mir angelangt sein wird. Den Feind weiter zu verfolgen, resolviret bin. Indessen verbleibe zc.

Geben im Lager vor Fehrbellin den 29. Juni 1675.

An
die Römische Kaiserliche Majestät.

Friedrich Wilhelm,
Churfürst.

In wenigeren und bescheideneren Worten war der Bericht kaum zu erlebigen. Der Prinz von Homburg schreibt an seine Frau.

Mauen, den 27. Juni.

Meine Engelsbude, wir sind brav auf der Jagd mit den Herren Schweden . . . wo keine sonderbare Straf Gottes über uns kommt, soll keiner davon kommen, wir haben dem Feind schon über 600 todtgemacht, und über 600 gefangen, heut hat Henning wohl über 150 Pferd geschlagen und gehet allereil Lütke mit 1500 Mann dem Feind in Rücken, morgen frühe werden sie ihnen den Morgensegen singen.

Den 29. Juni.

Allerliebste Frau! Ich sage nun E. L. hiemit, daß ich gestern morgen mit einigen Tausend Mann in die Avantgarde commandirt gewesen, auf des Feindes Contenance Achtung zu haben, da ich denn des morgens gegen 6 Uhr des Feinds ganzer Armee ansichtig wurde, der ich dann so nahe gieng, daß er sich mußte in ein Schärmügel einlassen, dadurch ich ihn so lange aufhielt, bis mir J. D. der Kurfürst mit seiner ganzen Cavallerie zu Hilfe kam: sobald ich des Kurfürsten Ankunft versichert war, war mir bang, ich möchte wieder andere Ordre bekommen, und fieng ein hartes Treffen mit meinen Vortruppen an, da mir der Dörffling^o sofort mit einigen Regimentern secundirte, da gieng es recht lustig ein Stunde 4 oder 5 zu, bis endlichen nach langem Gefechte die Feinde weichen mußten und verfolgten wir sie von Linum bis nach Fer-Bellin, und ist wohl nicht mehr gehört worden, denn eine formirte Armee mit einer starken Infanterie und Canonen so wohl versehen, von bloßer Cavallerie und Dragonern ist geschlagen worden . . . ¹⁾

¹⁾ H. Erdmannsdörffer behandelt in seinem in den Preuß. Jahrbüchern (1875) abgedruckten Aufsätze „Zum Andenken an die Schlacht bei Fehrbellin“ auch die Sagenbildung, zu welcher der denkwürdige Tag Anlaß gab, und bespricht die Geschichte vom „Kinde von Fehrbellin“, das der Kurfürst während der ganzen Aktion vor sich auf dem Sattel gehabt haben soll, und vom Stallmeister Froben, dessen Selbstaufopferung ihm das Leben gerettet habe. „In Kleists ‚Prinzen von Homburg‘ erreicht die Sagenbildung und Dichtung ihren Sammel- und Höhepunkt. Der Dichter nahm die bereits vorhandenen sagenhaften Elemente auf, bildete sie weiter, fügte neue hinzu; aber indem er zugleich alles durchleuchtete mit einer die Dinge im Innersten

Die Berichte des Marquis de Bitry an den König und an Condé suchen die Verluste der Schweden möglichst zu verbergen und den ganzen Erfolg des Feldzuges in der Mark auf einen erzwungenen Rückzug zurückzuführen. Richtiger beurteilt die Sachlage trotz seiner Entfernung vom Schauplatz Turenne, der aus dem Lager von Bisphen am 11. Juli an Louvois schreibt: „J'appris hier au soir de divers endroits, que M. l'Electeur de Brandebourg après avoir surpris un régiment de Dragons des Suédois, était entré avec la seule cavalerie et ses Dragons au milieu de leurs quartiers, avait défait beaucoup de troupes, pris du canon et mis l'armée en grande confusion. On ne sait pas encore bien exactement le détail de leur perte; mais toujours ils ne sont plus en état de se joindre avec M. le Duc de Hannover, et leur retraite vers Stétin est un grand changement aux affaires d'Allemagne. On voit bien qu'il paraitrait par-là, que les affaires auraient plus besoin que jamais d'être contenues deçà le Rhin; mais je crois qu'elle puisse tenir les bords du Rhin et en delà, voyant même que toute l'Allemagne changera de pensée, sur-tout Strasbourg.“

Die publizistische Litteratur war durch den Einfall der Schweden in die Mark in lebhaftere Thätigkeit versetzt worden. Die Freunde und Feinde Schwedens bekämpften sich in zahlreichen Flugschriften, doch sind erstere spärlicher vertreten und schlagen, was sonst nicht ihre Art war, einen sehr gemäßigten, versöhnlichen Ton an. So der Verfasser der „Windmacherskunst“. Den Vorwurf, daß es von den deutschen Protestanten undankbar sei, gegen ihre Retter, die Schweden, feindselig aufzutreten, weist der schon früher erwähnte Lobredner des Hauses Brandenburg zurück:

„Eine falsche Einbildung ist es, daß wann die Schweden in Deutschland nicht mächtig bleiben werden, alsdann die Evangelische Religion von den Katholischen periclitiren würde. Sie sind ja in dem vorigen Deutschen Kriege mit den Evangelischen Dertern am allerübelsten umgegangen, und haben Alles darinnen zu Grunde gerichtet, welches in unserer Mark, in Sachsen, Pommern, Braunschweig, Mecklenburg noch unvergessen ist, und haben viele Katholische Dertter, sonderlich Bayern dergestalt verschonet, daß auch kein Soldat einem Bauern ein Huhn hat nehmen dürfen. Alles was sie bei dem Deutschen Frieden begehret und gesucht, ist ja im Geringsten keinem Katholischen zum Nachtheil oder Abbruch, oder der Evangelischen Religion zum Aufnehmen und Versicherung gerichtet, Pommern, Bremen, Verden, Wismar sind Evangelische Dertter gewesen, die Sie von Ihren Religions- und Blutsverwandten zu sich genommen, und wann es Ihnen um Land und Güter nicht mehr als um die Religion wäre zu thun gewesen, hatten Sie damals die Religionsfreiheit in vielen mehr befördern und

erfassenden, tief gegründeten historischen Intuition, schuf er ein geschichtliches Drama im höchsten Sinne, dem unsere Litteratur nur wenig an die Seite zu setzen hat.“ Erwiesen ist, daß der Kurfürst über das Mißlingen des letzten Angriffes Homburgs ungehalten war, daß der Prinz seine Leistung nicht gewürdigt sah und einige Wochen später das Heer verließ, um in Schwalbach den Brunnen zu gebrauchen. Er war aber schon 1676 wieder im Dienste und wurde vom Kurfürsten mit Gütern in Pommern dotiert. Daß des Prinzen persönliche Verhältnisse mit der Handlung im Kleistschen Drama nichts gemein haben, geht aus unserer Erzählung genügend hervor.

erhalten können. Darum sagten jene Schlesiſche Bauersleute von dem alten Herrn Königsmarck nicht übel: Wir gedachten, Er werde den Schlüssel zur Kirche bringen, so hat Er ihn zum Kuhstall gebracht . . .

„Es ist falsch, daß Sie sollten die Deutsche Freiheit haben maintainiren wollen: Wie die Pommerische Abgeordnete bei den Deutschen Friedenshandlungen, da ein jeglicher vor seine Freiheit und Interesse sprechen sollen, Ihre Noth und Anliegen auch fürbringen wollten, wurden sie von Salvio dergestalt versperrt und eingeschlossen, daß sie nicht aus ihrem Logiment gehen, viel weniger nach Münster kommen durften. Eine schlechte Assertion der Freiheit war es, als der Kanzler Döhsenstirn in Stettin den Fürsten aus seinem Zimmer vertrieben und solches vor sich gebraucht hat, oder da Er die Gassen versperren lassen, wann der Fürst ausfahren wollen. Viel weniger konnte Sie darin erhellen, daß Sie zu Dsnabrück hart darauf gedrungen, daß die Herzoge von Mecklenburg von Ihnen ihre Lehen empfangen und also Unterlehnsleute werden sollten. Und haben Sie nicht unseren hochlöblichen Kurfürsten bei seinem letzten Zuge Maack und Weise fürschreiben wollen, ob und wie Er dem bedrängten Deutschen Reiche Hilfe leisten sollte, welches keine Freiheit, sondern eine Zumuthung einer beschwerlichen Servitut war. Ihre Hilfe, die Sie Deutschland geleistet, würde ebenfalls vor sich selbst sehr schlecht gewesen sein. Sie kamen mit 8000 Mann und 6000 Thalern auf den Deutschen Boden, welches gar nicht würde zugereicht haben, wenn sich die Deutschen selbst nicht zu Ihnen gesellet, welche Sie damals vor Ihre Erlöser hielten, und also Deutschland durch Deutschland bekriegten. Sie kamen auch diesmal zerrissen genug in die Mark, darum sagte ein Schwedischer Offizier zu dem andern: Wir meinten uns hier wacker, dem aber der andere eine Ihrem Ausgange gleiche¹⁾ Antwort gegeben: Ich fürchte, wir werden hier auch geschlachtet werden . . . Ob Sie den Deutschen Frieden und Ruhe erhalten, hat osterwähnte Ihre Invasion in unseren Länder gelehret, von welcher offenbar, daß Sie blos Frankreich als des Deutschen Reichs Feinde zu gefallen geschehen: wird aber desto leichter zu ermessen sein, wann man betrachtet, wie vielmal Sie nach dem Friedensschluß demselben zuwider gehandelt haben . . .“

Darauf folgt nun eine Aufzählung aller schwedischen Einfälle und feindlichen Absichten gegen deutsche Lande seit 1650 und ein Hinweis auf die Ungnade Gottes, die sich Schweden sichtlich zugezogen, indem es trotz aller Schätze, die es aus Deutschland heimgeführt, und trotz der hohen Subsidien, die es sich verdiene, herabkommen und mit seinem Königshause viel Unglück erleben müsse.“

In der „Schwätzgeschichte“ anderem Teil lesen wir:

„Wunderlich ist mir zu verstehen, daß der Herr vorgibt, der Schweden Untergang wäre zugleich Deutschlands Ruin; ich kann solches nicht absehen, noch zu des Herren Intention verstehen. Wie gut sie es mit uns Deutschen meinen, ist klar, qualis est actus, talis praesumitur animus. Ich vermerkte aber, der Herr ziele auf die Verlierung der Religion und bildet ihm ein, als könnte ohne der Schweden Hilfe die Gewissensfreiheit nicht erhalten werden. Dies glaube ich ebensowenig, als ich verhoffe, daß wir im Reiche dermaleins einen Religionskrieg

¹⁾ Entsprechende.

zu erwarten haben. Wer sollte ihn verlangen, oder wer sollte Profit dadurch zu überkommen suchen? Niemand mehr als der Papst, dann der Kaiser hat so Länder und Leute genug: daß aber der Kaiser durch Antrieb des Papstes sich in eine solche Weitläufigkeit stecken sollte, ist nicht glaublich, noch vermutlich, zumalen da man gewahr wird, daß die Protestierende das meiste aufsetzen und wagen vor die Kaiserliche Majestät und dem Reiche. Dies sind Altweiber-Einfälle und wird von einigen Schwedischen Favoriten und Vaterlandes-Feinden auf die Bahn gebracht und ist jezo ganz eine andere Beschaffenheit im Reiche als vordem.

Dem Kurfürsten von Brandenburg will man vor übel haben, daß er einige Subsidien von Holland empfahn, und daraus argumentieren, als hätte der Kurfürst diesen Zug aus Eigennuß und nicht aus Liebe gegen dem Vaterlande gethan. Nun möchte ich wohl fragen, zu was Ende bisher so viele Subsidien von Frankreich gezogen? zur Wohlfahrt Deutschlands? Daran zweifle ich gar sehr, vermeine schier mehr zu dessen Schaden, den man wirklich dem Reiche zugefüget. Ich rede hier nicht von Schweden als Schweden, sondern als Herzoge von Pommern und Bischöfe von Bremen, sonsten bewahre uns Gott vor dergleichen sauberen Ländsleuten.

Allein wann man die Sache bei Licht besieht, was können solche wenige Subsidien gegen eine so stark eingerichtete Armee ausrichten? Kur-Brandenburg werde schlecht zu Felde ziehen, wann er seine Soldaten blos von dem Holländischen Gelde, so nicht einmal richtig einlaufet, befriedigen sollte. Wann der Kurfürst so eigennützig wäre, und so sehr auf seinen selbst Profit sehe, warum sollte er die drei Millionen, so Schweden im Namen Frankreichs vor den erlittenen Schaden anerbote, nicht angenommen und sich in Ruhe gesezet haben? Dann durch die drei Millionen hatte er wieder zurecht kommen und seiner Unterthanen Schaden verschmerzen können, aber es sind giftige Stiche, Kur-Brandenburg nur bei dem Reiche und anderen Potentaten schwarz zu machen, ich schäme mich weiters auf diese Materie, die sich selbst widerspricht, zu antworten.“

Sehr lustig behandelt die schwedisch-brandenburgischen Händel die dialogisierte Streitschrift:

SVED, DEVS, Vorgestellet In einem Colloquio Oder Gespräch, Durch Simplicium, Einen einfältigen, doch seiner Obrigkeit getreuen Schlesiſchen Bauern. Gedruckt zu Cosmopolis Anno 1676.

Ein Edelmann, Herr Fidelis, ein lutherischer Theologe Martinus, der Bauer Simplicius und der „Herr aus dem Reich“ Sincerus besprechen die Stellung der Deutschen zu Schweden. Martinus, der sich auf ein damals verbreitetes Wortspiel bezieht, die Schweden seien die besonderen Günstlinge Gottes, ihr Name (SUED, das umgekehrte DEUS) deute das an, vertritt zuerst den Standpunkt, man müsse um jeden Preis den Frieden mit ihnen suchen, denn sie seien die Stützen der evangelischen Religion. Fidelis hält ihm entgegen, daß die Zeiten längst vorüber seien, in welchen die Schweden für den evangelischen Glauben gestritten haben und Defensores Religionis gewesen sind, indem sie jezt nicht sowohl religionem als regionem und pecuniam suchen, von einem papistischen Könige durch viele Millionen Geldes erkaufte sind, einen Glaubens-

genossen anzugreifen. Martinus behauptet, im Falle eines Glaubenskrieges werde sich Gott doch nur der Schweden bedienen können, um die Evangelischen zu beschützen und die Papisten zu schrecken. Fidelis leugnet dies und meint, Gott werde nicht verlegen sein, auch außer den Schweden noch Mittelspersonen zu finden, welche seine Kirche gegen ihre Feinde schützen.

„Wiewohl auch der Herr um einen großen Bauernschritt fehlet, wenn er spricht, Schweden sei ein Schrecken der Papisten: denn gesetzt, sie, die Papisten haben sich vor diesem für Schweden etwas gefürchtet, so ist doch nunmehr diese Furcht gänzlich verloschen, seither ihn die Deutschen so tapfer zu Chor getrieben. Gewißlich, der neulichste Verlust so vieler Plätze und Festungen, die greulichen Ohrfeigen, so sie in Rathenau, bei Fehrbellin, und leiglich für Wolgast bekommen, haben die Schwedische Reputation ziemlich heruntergebracht, und zweifle ich sehr, ob sie jemals so hoch steigen werde, als sie vor diesem gewesen, es wäre dann, daß Gott uns Deutsche wegen unserer vielfach begangenen Sünden strafen wolle.“

Martinus bekennt darauf, daß er nur „Discursus gratia“ den Schweden das Wort geredet; auch er halte sie für Reichsfeinde und verdamme diejenigen, welche ihnen Gunst erweisen. Alle schwedischgesinnte Deutsche seien treu-, ehr- und gewissenlose, meineidige Leute.

Nun wendet aber Simplicius ein, den Krieg gegen Brandenburg könne man Schweden nicht so sehr verübeln. Der Kurfürst sei ja der reformierten Religion zugethan; auch seien die Schweden nur als sogenannte „Krippenreuter“ ins Land gekommen, die bei den hohen Herrschaften als Gäste behandelt werden. Er führt ironisch aus, wie man sie hätte begrüßen und bewirten sollen. Sincerus entgegnet ihm, die Unterthanen des Kurfürsten seien meistens gut lutherisch und trotzdem von den Schweden gepreßt, beraubt und ausgefogen worden. Was er wohl thun wollte, wenn ihm in seiner Abwesenheit ungebetene Gäste ins Haus fallen? Simplicius versichert, „er wolle ihnen den Trunk mit Zaunpfählen, Prügeln, Heugabeln, Mistgabeln, Aexten und Ringen derart segnen, daß sie sich vor Angst bethun sollten.“

Sincerus: Eben also haben es auch J. Kurfürstl. Durchl. zu Brandenburg gemacht, und daher könnt Ihr leicht schließen, daß sie daran recht gethan haben. Damit Ihr aber sehen möget, wie rechtschaffen Ihr Kurfürstl. Durchl. die Schweden als Gäste tractieret, so will ich Euch Eure eigene Rede auslegen. Nachdem Selbe wieder zu Lande gekommen, haben sie am allerersten die Herren Schweden zu Rathenau willkommen geheissen, und weil die Finnen und Lappen so schmutzig ausgesehen, als haben sie Anordnung gethan, daß ihnen die Köpfe stattlich sind gewaschen worden.

Simplicius: Ich würde mich für solch Kopfwaschen bedankt haben, weil ich so eine scharfe Lauge nicht vertragen kann.

Sincerus: Ebenso dachte der Herr Oberst Wangelin auch. Er hätte gern einen Abtritt genommen, allein Ihr Kurfürstl. Durchl. sagten gleichsam: Herr Wangelin, verziehet doch noch ein wenig. Ich kann Euch, als einen so angenehmen Gast, noch nicht von mir lassen. Ich will schon befehlen, daß Ihr nach Würden sollet tractieret werden. Nach diesem hießen auch Ihr Kurfürstl. Durchl.

die Schweden bei Fehrbellin willkommen. Sie sagten gleichsam: Es ist mir leid, daß ich euch so lange allein habe müssen lassen. Ich weiß, daß ihr nach Verdienst nicht seid tractieret worden: denn meine Jungfrau, das ist meine wohl versuchte Armee, ist nicht daheim gewesen und hat den Schlüssel zu den euch billig gebührenden Tractamenten mitgehabt. Drum verziehet doch nur noch ein wenig. Ich will jetzt wieder einbringen, was bisher versäumt worden. Ihr Offizierer, gehet hin zur Armee und saget ihr, daß sie Pommerische und Märdische Büchsen und deutsche Schwerter herbeibringen, damit wir unsere Gäste, die Herren Schweden, rechtschaffen tractieren mögen. Und dieses ist auch geschehen. Denen Herren Schweden aber sind vor diesen Tractamenten die Köpfe so türmisch und verdrehet worden, daß sehr viel derselben sich haben müssen schlafen legen. Die übrigen aber, die sich auch eines grossen Kausches besorgt, haben gar unhöflich ohne einige Dankagung für die gute Herberge hinter der Thür Urlaub genommen und sind so eilig davon geritten, daß auch viel davon gestürzt und die Hälse gebrochen."

Schließlich wird noch über das Wortspiel SUED = DEUS abgehandelt und erzählt, dasselbe sei schon zur Zeit Gustav Adolfs von einem heuchlerischen Poeten erfunden und zu einem abgöttisch-lautenden Gedichte verwendet worden, welches der fromme König nie habe billigen können. „Neulicher Zeit aber hat es ein alberner Phantast, der sich einbildet, er höre Gras wachsen, wieder auf die Bahn gebracht.“ Dem entgegen soll ein Jesuit aus dem richtigen lateinischen Wort Suecus ein Anagramm gemacht haben, in dem es heißt, die schwedische Armee habe in der Marck gehauft ceu sus, als eine Sau und wäre ausgeschlachtet worden ceu sus!

Das Volk aber sang ein „Neues Lied von der glücklichen Victorie, welche Se. Kurfürstliche Durchlaucht zu Brandenburg vom 16. bis 19. Juli (alten Stiles) 1675 zu Rathenow und Fehrbellin wider die Schweden erhalten“, im Ton „Gustav Adolfus hochgeboren“. Das begann:

Hört, was gerechte Sache thut,
Ihr ungerechten Kinder,
Die ihr habt einen frechen Mut
Und geht den Weg der Sünder!
Als Frankreichs großes Geld und List
Verblindet manches Herze,
Daß es gestürzt plötzlich ist
In Schand und argen Schmerze,

Da nahm der Kaiser sich in acht
Und das that auch ingleichen
Des ganzen deutschen Landes Macht,
So keinem pflegt zu reichen;
Der weltberühmte große Held
Von Brandenburg ergriffe
Die Waffen, nahm nicht Frankreichs Geld
Und Holland gab die Schiffe.

Der große Kurfürst ging mit Macht,
Um Frieden zu erlangen,
Er suchte der Franzosen Pracht
Und ihres Trozes Prangen
Zu stürzen durch die Kriegeskunst.
Es wünschte mit Verlangen
Ein jeder Gottes Güte und Gunst
Zu dem, was angefangen.

Bald kam der Schwed aus Mitternacht,
Durch Frankreichs Geld getrieben,
Mit seiner Lapp- und Finnenmacht,
Ließ sehr viel Bosheit üben
In dem Kur- und Brandenburger Land,
Mit Kirchenraub und Plündern,
Es ward hier alles umgewandt,
Weil niemand es konnt' hindern.

Es ward verjaget Mann und Weib,
Das Vieh ward durchgeschossen,
Man macht' es, daß nichts überbleib,
Das vielen sehr verdrossen;
Bis daß zuletzt der große Held
Sich plötzlich eingefunden,
Und seinen Namen in der Welt
Noch höher aufgebunden.

u. f. f.

Da der Kurfürst seiner Feinde Herr geworden war, konnte es für das Reich keine Gefahr mehr haben, die Schweden auch für des Reiches Feinde zu erklären. Am 17. Juli wurde ein Reichsgutachten publiziert, worin die Verpflichtung des Reiches, Brandenburg gegen Schweden zu schützen, anerkannt und der Kaiser aufgefordert wurde, „die denen Kur-Brandenburgischen Landen nächst angelegenen, insonderheit die Ober- und Niedersächsischen Kreise zu schleuniger wirklicher Assistenz allergnädigst zu animieren“. Darauf erließ der Kaiser die üblichen Avokatorien an des Reiches Stände und Unterthanen, welche in schwedischen Diensten standen, und eine besondere Aufforderung zur Rüstung an den niedersächsischen Kreis.

Indessen waren auf dem rheinischen Kriegsschauplatz die Feindseligkeiten wieder eröffnet worden. ¹⁾ Turenne kam gegen Ende Mai mit einigen Verstärkungen von Paris an den Rhein, vereinigte seine Armee von beiläufig 30 000 Mann bei Schlettstadt und rückte von da nach Achenheim, wo er eine Schiffsbrücke über den Rhein schlagen und sie durch eine Schanze am rechten Ufer befestigen ließ. Seine Aufgabe war die Verteidigung des Elsaß, das die Franzosen ebenso durch

¹⁾ Paul Vilmann „Turennes letzter Feldzug“ (Halle 1883) gibt eine gute Uebersicht der Quellen, eine brauchbare Zusammenstellung des „Zustandes“, jedoch teilweise falsche Datierungen. Seine Beurteilungsversuche haben geringe Bedeutung.

die überraschenden Bewegungen ihres genialen Feldherrn, wie infolge der Zerschlagung des Kommandos auf Seiten der Verbündeten zu Beginne des Jahres wieder in ihre Gewalt gebracht hatten. Stadt und Gebiet von Straßburg allein war noch vollständig frei. Die Regierung der Stadt hatte sich jedoch nach dem Rückzuge der Deutschen wieder den Franzosen genähert und am Hofe von Versailles selbstverständlich das freundlichste Entgegenkommen gefunden.¹⁾ Frankreich versprach 30 000 Thaler als Ersatz für den durch seine Truppen auf städtischem Gebiete verursachten Schaden zu zahlen, verpflichtete sich auch, vier Stunden im Umkreise der Stadt keine Kontribution einzuhoben, wogegen Straßburg Neutralität zusagte. Gleichzeitig verhandelte der Syndikus Frid in Zürich über den Eintritt der Stadt und des Bistums Straßburg in die Eidgenossenschaft, eine Idee, welche dort Anklang fand, von Seiten Frankreichs jedoch nicht gebilligt wurde. Vorläufig beschränkte sich die Aktion der Schweizer jedoch darauf, daß sie auf Grund der uralten, zwischen Straßburg und Zürich bestehenden Verträge die Werbung von 600 Mann auf Kosten Straßburgs bewilligten. Als sich die beiden feindlichen Heere im Mai der Stadt näherten, kam der Magistrat in keine geringe Verlegenheit, da die Bürgerschaft in ihrer Mehrheit reichstreu gesinnt war. Er sah sich genötigt, dem General Montecucoli für seine Person und ein Gefolge den Uebergang über die Brücke und die Besichtigung der Festungswerke zu gestatten, that jedoch sein möglichstes, ihn von der Absicht abzubringen, den Rhein mit der kaiserlichen Armee zu überschreiten. Zwischen Straßburger Gärtnern, welche in der Zahl von 300 Mann und bewaffnet aus den Thoren gingen, und Mannschaften des Corps Vaubrun kam es sogar zu einem blutigen Handgemenge; die Schiffe, mit welchen die Franzosen Proviant von Breisach nach Philippsburg zu bringen trachteten, wurden im Weichbilde von Straßburg aufgehalten, und als sie nach längeren Verhandlungen dennoch bei Wangenau an Banbrun ausgeliefert wurden, gab es in der Stadt einen Tumult. Die Schnapphähne, welche in den ausgedehnten Rheinauen den kleinen Krieg gegen die Franzosen führten, beschossen die Schiffsbemannung. — Man versprach Turenne, den Rheinübergang der kaiserlichen Armee nicht zu gestatten, ließ es sich aber nicht nehmen, derselben während des Juni Lebensmittel zukommen zu lassen, was man den Franzosen verweigerte.

Montecucoli war, nachdem sich Bournonville und de Souhes unfähig erwiesen und unpopulär gemacht hatten, der einzige unter den kaiserlichen Generalen gewesen, welchem man die Leitung der Armee anvertrauen konnte. Er hatte sie unter wesentlich günstigeren Bedingungen als früher angenommen: es war ihm der Oberbefehl über die gesamte gegen Frankreich operierende kaiser-

¹⁾ Legrelle, Louis XIV. et Strasbourg. Essai sur la politique de la France en Alsace d'après des documents officiels et inédits. 4. Edition. 1884. Eine fleißige Arbeit, jedoch leider durch jene Einseitigkeit entstellt, von welcher sich die französischen Gelehrten unserer Tage nicht zu befreien vermögen. Legrelle glaubt im Gegensatz zu den Berichten der Zeitgenossen behaupten zu müssen, daß die brandenburgischen Truppen durch das Gefecht bei Türkheim „entièrement démoralisées“ gewesen seien. Die Kaiserlichen aber, welche Legrelle auf Kosten der Brandenburger erhebt, hatten dem Kurfürsten den Vorwurf gemacht, er habe seine Truppen zu sehr geschont, weil gerade sie in der strammsten Haltung die Rheinbrücke überschritten hatten.

liche Heeresmacht zugestanden worden, er hatte die freie Verfügung über die Kriegsstaffe und unterstand nicht dem Hofkriegsrat¹⁾. Die Armee war auf 20 000 Mann herabgekommen, durch neue Werbungen und den Zuzug Sporks, welcher die Reste des Corps De Souches befehligte, mochte sie ungefähr auf 30 000 gebracht worden sein, so daß sich die beiden streitenden Parteien an Stärke so ziemlich die Wage hielten. Um so interessanter gestaltete sich der Feldzug, in welchem sich zwei an Kenntnissen und Erfahrungen, wenn auch nicht an Begabung, ebenbürtige Heerführer gegenüberstanden. Montecucoli entschloß sich, da er bei Straßburg nicht die erwünschte Gelegenheit gefunden hatte, die Feindseligkeiten im Elsaß zu beginnen, zum Rheinübergange bei Speier, der am 1. Juni ausgeführt wurde. Seine Absicht konnte dabei nur dahin gehen, sich im Niederelsaß eine günstige Stellung zu suchen, um den Angriff Turennes abzuwarten oder ihn allmählich durch strategische Bewegungen, in welchen er sich Meister fühlte, von Straßburg abzudrängen. Turenne führte jedoch in derselben Zeit eine der merkwürdigsten Unternehmungen aus, welche die Kriegsgeschichte kennt. Er hatte bei Achenheim unweit Bannfeld seine Armee vereinigt und ließ bei Ottenheim eine Schiffbrücke, deren Bestandteile in Dreifach hergestellt worden waren, über den Rhein schlagen. Da er dabei Opfer an Mannschaft nicht scheute und das Werk trotz der Versuche des Markgrafen Hermann von Baden, ihn daran zu hindern, erzwingen ließ, mußte angenommen werden, daß er gesonnen sei, seine Armee, unbekümmert um das Vorgehen Montecucolis am linken Ufer, auf das rechte Ufer des Flusses zu führen. Montecucoli glaubte es darauf nicht ankommen lassen zu dürfen. Er kehrte am 3. und 4. Juni wieder auf das rechte Ufer zurück, ließ seine Brücke und Philippsburg durch acht Schwadronen unter Dünwald beobachten, und zog Turenne entgegen, der seinerseits am 8. Juni bis nach Willstätt vorgegangen war. Offenburg, das von 2000 Mann Kreisvölkern unter dem Markgrafen von Baden besetzt war, vermochte Baubrun nicht zu nehmen. Montecucoli marschierte nun selbst in der Richtung von Lichtenau nach Offenburg, um sich zwischen Turennes Schiffbrücke und seine Armee einzuschieben und erstere zu zerstören. Turenne mußte deshalb seine Aufstellung verlängern und verlegte den rechten Flügel derselben mit dem Grafen de D'Orge an die untere Schutter. Die Brücke, auf welche die Armee den Rhein übersezt hatte, stand damals noch bei Ottenheim, hinter seinem rechten Flügel. Sie bildete thatsächlich seine einzige Rückzugslinie und obwohl sie nicht nur durch den Feind, sondern auch durch die hochgehenden Wellen des Rheins zerstört werden konnte, hielt er doch seine Stellung am rechten Ufer des Flusses fest und erwartete den Angriff Montecucolis. Clausewitz erklärt dieses Vorgehen aus politischen Erwägungen des französischen Feldherrn, der durch seine kühne Offensive die süddeutschen Reichsstände in Aufregung versetzen und zwingen wollte, ihre Kontingente zum Schutze der Heimat zurückzubehalten, statt sie zum kaiserlichen Heere stoßen zu lassen. Daß er sich dadurch der Möglichkeit einer vernichtenden Niederlage aussetzte, ist unleugbar. „Eine Ausdehnung von

¹⁾ Campori. Auf Grund der nach Modena gesendeten „Avvisi di Vienna“ und verschiedener Korrespondenzen.

anfänglich drei Meilen, später fünf, mit dem Rücken gegen den Rhein dermaßen, daß in den meisten Stellungen kaum eine halbe Meile Land hinter ihm war und nur ein Rheinübergang, der auf einer fragilen Schiffbrücke ganz auf seinem äußersten rechten Flügel eingerichtet war, sogar fünf Tage lang, als die Brücke von Ottenheim nach Altenheim gebracht wurde, ganz ohne Brücke; das ist nach unseren jetzigen Begriffen etwas so Wunderbares, daß man im ersten Augenblicke erstaunt und sich auch später nicht leicht ganz damit ausöhnen kann.“¹⁾ Turenne selbst war sich seines Wagnisses wohl bewußt, er sah sich wiederholt veranlaßt, dasselbe in den Briefen an Louvois und Condé zu begründen, und immer sind es politische Momente, welche er dabei in den Vordergrund stellt. „Je crois,“ schreibt er am 12. Juni von Willstätt aus, „qu'il est avantageux pour les armes du Roi, et pour l'affermissement de ses alliés, que son armée se trouve en deçà du Rhin. Si jamais M. l'Electeur de Bavière a su se déclarer c'est à présent.“ Es war aber nur so vorsichtigen, um nicht zu sagen zaghaften Gegnern wie Bournonville, Montecuccoli und Konforten gegenüber möglich, sich um eines politischen Vorteiles willen einer großen militärischen Gefahr auszusetzen. Turenne war daran schon gewöhnt. Er wußte, daß die kaiserlichen Generale nur mit Widerstreben und in irgend einer Zwangslage angriffen und daß sie während des Kampfes niemals ihre ganze Kraft rücksichtslos in Verwendung brachten, um einen Erfolg zu erzielen. Nur in letzterem Falle aber war Turennes Stellung wirklich gefährlich; Montecuccoli mußte sich entweder durch einen raschen Vorstoß von Rehl stromaufwärts der Brücke zu bemächtigen trachten und dadurch Turenne zum Rückzug auf Breisach zwingen, oder ihn, wie er es später versucht hat, von Norden und Süden einzuengen, immer mehr gegen die Brücke zurückzudrängen und unmittelbar vor derselben zur Schlacht zu nötigen trachten. Zu welchem von diesen zwei Wegen sich aber Montecuccoli entschloß, auf jedem mußte mit Schnelligkeit und Energie vorgegangen und bis zur Entscheidung gekämpft werden. Wurde Turenne geschlagen, so kam er in Situationen, die zur Vernichtung seiner ganzen Armee führen konnten, gelang es ihm jedoch, den Angriff der Kaiserlichen abzuschlagen, so war es ihm mit seinen 25—30 000 Mann noch immer nicht möglich, weit in das Reich einzudringen; im schlimmsten Falle mochte er, wie das Jahr vorher, bis an den Neckar vorgehen. Mittlerweile konnten die Lüneburger, die ja bereits im Anzuge waren, zur Unterstützung der Kaiserlichen herangekommen sein und Montecuccoli in die Lage versetzen, zum zweitenmal angriffsweise aufzutreten. Turenne war ohnehin, wie aus seinen Depeschen an Louvois hervorgeht, wegen des Aufmarsches der Lüneburger sehr besorgt: er fürchtete insbesondere, sie würden sich zwischen ihn und den bei Trier operierenden Crequi eindrängen. —

¹⁾ Dieser Ausdruck des berühmten Kriegshistorikers wird von dem österreichischen Generalstabsoberst Reuber in seinen Studien über Turenne (Wien 1869) zum Gegenstand eines heftigen Angriffes gemacht, der ebenso konfus und unlogisch ist, als sich die Ansichten des Clausewitz stets durch Klarheit und Bestimmtheit auszeichnen. Der Gegensatz zwischen dem unverkennbaren heißen Bemühen des Herrn Reuber, sich dem preussischen Theoretiker „über“ zu zeigen, und dem Unvermögen, irgend einen faßbaren Gedanken verständlich zum Ausdruck zu bringen, wirkt wahrhaft erheiternb.

Montecuccoli ließ sich jedoch selbst durch die herausfordernde Reckheit der französischen Aufstellung von seiner gewohnten Bedächtigkeit nicht abbringen.¹⁾ Nachdem er sich zuerst den linken Flügel Turennes bei Willstädt angesehen und dessen Befestigungen zu bedeutend gefunden hat, um gegen dieselben etwas zu unternehmen, marschirt er in einem großen Bogen um die ganze Aufstellung der französischen Armee herum, so daß er am 18. Juni bei der Abtei Schutter am gleichnamigen Bache gegenüber von Ottenheim stand. Turenne meinte, sein Gegner werde von dort aus die Brücke bei Ottenheim nehmen und ihm den Rückzug abschneiden wollen, deshalb entschloß er sich, die Brücke abzubrechen und bei Altenheim wieder aufstellen zu lassen. Dort befand sie sich so ziemlich hinter dem Centrum seiner Stellung, die von Willstädt bis Ottenheim reichte. Die fünf Tage, während welcher sich Turenne ohne Brücke befand, ließ Montecuccoli völlig unausgenutzt verstreichen, er verhinderte nicht einmal, daß die Franzosen vier Brücken über die Schutter schlugen, von welchen aus sie seine Verbindung mit Offenburg unterbrechen konnten. Die leisesten Anzeichen einer Vorbereitung zum Angriffe von seiten Turennes genügten, um den kaiserlichen Feldherrn in die sichersten und wenig zugänglichen Berggegenden zurückzutreiben. In einem Berichte an den Kaiser schildert Montecuccoli die Lage auf dem Kriegsschauplatz folgendermaßen: „Ich kampiere gegen den Turenne an der Schutter, habe das Gebirg an Rücken. Er aber zwischen seiner Rheinbrücken und Straßburg, und hat den Rhein hinter sich, die Wachten stehen gegeneinander, der Situs ist voll Büschen, Gräben, Morästen und dergleichen, welche Landesbeschaffenheit beide Lager also festmachtet, daß eines das andere nicht attackieren kann.“²⁾ Vorsicht läßt sich im Kriege stets rechtfertigen, denn es lassen sich kaum irgendwelche militärische Bewegungen anführen, die nicht Gefahren herbeiführen könnten. Es kann aber unmöglich die Aufgabe des Kriegsführenden darin bestehen, daß er jede Gefahr vermeide, denn dann thäte er besser, zu Hause sitzen zu bleiben und den ganzen Krieg zu vermeiden. Montecuccoli zog sich von der Schutter wieder nach Offenburg zurück, konnte sich aber auch dort nicht lange aufhalten, da seine Armee an Proviant- und Futtermangel zu leiden begann, obwohl sie auf heimischem Boden und in der nächsten Nähe einer Reihe von wohlhabenden Städten und Landschaften stand. Die Verpflegungseinrichtungen waren beim kaiserlichen Heere so mangelhaft, daß eine einzige nicht vorgesehene

¹⁾ Clausewitz tritt daher mit großer Berechtigung gegen die Ueberschätzung dieses Feldzuges als eines von beiden Seiten mit Meisterschaft durchgeführten strategischen Kunststückes auf, indem er feststellt, daß Montecuccoli aus eigener Initiative so viel als nichts geleistet hat und die kleinen Vorteile, die er schließlich aufweisen konnte, durch Zufall in die Hände gespielt erhielt. „Finden wir,“ schließt er seine Betrachtung, „den Feldzug Montecuccolis eines ausgezeichneten Feldherrn ganz unwürdig, so wird freilich dadurch auch das Maß etwas heruntergesetzt, welches bisher dem Feldzuge Turennes gegeben worden ist; aber wer mit einer schwächeren Streitkraft die Pläne seines Gegners vereitelt, behält immer ein absolutes Verdienst, und wenn wir auf die Natur der Mittel sehen, die der vorsichtige Turenne anwandte, so müssen wir ausagen, daß er seinen Zweck mit einer großen Kunstindustrie erreicht hat. Aber man muß auch gleich hinzusetzen, daß diese Kunst durchaus nur die seiner Zeit war, so daß sie sich in unseren Kriegen ausgenommen haben würde, wie der Galanteriebogen eines Hofmannes unter Ritterschwertern.“

²⁾ Marx, Der Feldzug 1675 in Deutschland. Oesterr. milit. Zeitschr. 1841. I. Heft.

Verschiebung der Truppen schon bedenkliche Störungen in der Zufuhr hervor-zubringen genügte. Man hatte diesmal fast ausschließlich auf Straßburg ge-rechnet, ohne doch die Verbindung mit dieser Stadt gesichert zu wissen. Montecuccoli zog das Heer deshalb auf dem gleichen Wege, auf dem es ge-kommen war, über Urfas, hinter den Renchenbach und an den Rhein zurück, indem er nur ein Corps von 4385 Mann Fußvolk und 2000 Reitern unter dem General Caprara bei Offenburg stehen ließ. Die Reichstruppen unter Hermann von Baden zogen mit der Hauptmacht, entfernten sich dann aber in der Richtung nach Bruchsal, da man zu der Annahme Veranlassung zu haben glaubte, die Besatzung von Philippsburg werde einen Ausfall unternehmen, um den Kaiserlichen in den Rücken zu kommen. Auch schien die Versammlung von 8000 Mann unter Marschall Crequi bei Hagenau nicht unbedenklich. Herzog Karl von Lothringen hatte zwar bei Mainz noch 12000 Mann zur Verfügung,¹⁾ man wagte es aber nicht, dieselben von dort zu entfernen, solange man über die Fortschritte der Schweden und ihren beabsichtigten Vorstoß aus der Mark nicht im klaren war. Es war daher eine große Erleichterung für die Krieg-führung der Verbündeten am Rhein, als die Nachricht von Fehrbellin zu ihnen gelangte. Montecuccoli ließ am 15. Juli ein Siegesfest feiern, welches die durch Entbehrungen und erfolgloses Umherziehen stark gedrückte Stimmung der Truppen wieder verbesserte. Mit dem Zuzuge des Lothringischen Corps brachte er sein Heer auf 22—23000 Mann.

Turenne, ungefähr gleich stark, hatte die kaiserliche Armee auf ihrem Rück-marsche an den Rhein begleitet. Seine Hauptmacht hielt'er im Anfang des Monates Juli bei Freystedt am Rhein beisammen, kleinere Abteilungen sicherten die Brücke bei Altenheim und die Verbindung mit derselben. Heftige Regengüsse hinderten vom 6. bis 15. Juli weitere Operationen und brachten den Franzosen den Nachteil, daß sie über kein trockenes Futter mehr verfügten und durch Krankheiten ge-schwächt wurden. Turenne beschloß deshalb, seine Stellung nach Osten auszu-behnen und sich zwischen Montecuccoli und Caprara zu drängen, um damit auch eine größere Anzahl von Futterplätzen in seine Gewalt zu bekommen. Dadurch begegnete er zugleich der Absicht Montecuccolis, die vorgeschobenen französischen Posten am Renchenbach durch einen Vorstoß Capraras von Offenburg her auf-heben zu lassen.²⁾ Am 24. Juli ging er über den Renchenbach und bis an die Acher vor. Montecuccoli, der befürchten mußte, von Caprara gänzlich abge-schnitten und links überflügelt zu werden, ging ihm am 25. nach Nieder-Sasbach (vor Bühl) entgegen und veranlaßte Caprara, sich auf einem Um-wege durch die Ausläufer des Schwarzwaldes mit ihm bei Bühl zu vereinigen.

¹⁾ Mary berechnet die kaiserlichen Truppen zu Bonn, Bernkastel, Mainz auf 5200 Mann, behauptet jedoch gleich darauf, Lothringen habe 18000 Mann vereinigt, welche Zahl doch erst nach der Ankunft der 13000 Lüneburger erreicht werden konnte.

²⁾ Turennes Absicht geht deutlich aus seinem Schreiben an Condé vom 22. Juli hervor (Grimoard, Lettres, p. 684). Er war sich der gefährlichen Situation, in die er sich begab, wohl bewußt, denn er schrieb: „Ce mouvement qu'une nécessité oblige à faire et qui est difficile, pourra apparemment causer quelque grande action.“ Von dem Plane Montecuccolis für einen „Angriff auf das feindliche Lager“ macht sich Lüttemann zu großartige Vorstellungen.

Auch die Reichstruppen unter Hermann von Baden erhielten Befehl, sich der kaiserlichen Armee zu nähern. Es ist ungewiß, ob Montecucoli geneigt war, sich auf eine entscheidende Hauptschlacht einzulassen, oder ob er sich weiter in den Schwarzwald zurückziehen wollte, um dann vielleicht nochmals einen Vorbruch gegen die Brücke von Altenheim zu versuchen. Turenne zog am 26. Juli seine ganze Armee mit Ausnahme der zum Schutze der am Rhein angelegten Verschanzungen notwendigen Abteilungen bei Albern zusammen und griff am Morgen des 27. den Kirchhof von Nieder-Sasbach an. Er war über die Stellung der kaiserlichen Armee, welche durch die Ankunft Capraras zu einer neuen Ordnung genötigt war, nicht genau unterrichtet, glaubte Nieder-Sasbach stärker besetzt, als es wirklich war, stand daher von dem Angriffe ab und begnügte sich, auf einem davor gelegenen Höhenzuge seine Armee in Schlachtordnung zu stellen.¹⁾ Hätte er mit dem Sturme auf Sasbach Ernst gemacht, so wäre er in die Lage gekommen, die Verwirrung, in welcher sich die kaiserliche Armee am Vormittage noch befand, zu erkennen und sie unter höchst ungünstigen Verhältnissen zur Schlacht zu zwingen. Er durfte sich aber ohne Kenntnis der beim Gegner bestehenden Verhältnisse in kein allzugroßes Wagnis einlassen. Sein Rückzug war unter allen Umständen schwieriger als der Montecucolis. Er war übrigens der Meinung, daß die Kaiserlichen sich zum Abzuge rüsteten und sandte um Mittag eine Meldung an den König ab, daß er eben im Begriffe sei, den Angriff auf die Nachhut des Feindes vorzubereiten.

Von 1 Uhr mittags an beschossen sich die beiden Armeen aus den Geschützen, wobei die französische Artillerie, da sie zu nieder stand, sichtlich benachteiligt war. Montecucoli bedrängte namentlich den rechten Flügel der französischen Stellung, so daß Turenne, begleitet von seinem Artilleriechef St. Hilaire, infolge der Meldungen des Generals Grafen de Roy sich selbst dahin begab, um die Einrichtung einer neuen Batterie zu leiten. Da wurden um zwei Uhr von den Kaiserlichen zwei Schüsse aus Sechspfündern abgegeben, von welchen der erste dem General St. Hilaire die Schulter wegriß, der zweite Turenne mitten in die Brust traf, so daß er, ohne noch einen Laut von sich geben zu können, nach wenigen Augenblicken eine Leiche war. Obwohl Montecucoli von diesem Ereignisse sofort durch einen Ueberläufer, einen ungarischen Feldscher, unterrichtet wurde, that er doch nichts, um daraus Vorteile zu ziehen.²⁾ Und doch hätte ein energischer Angriff wahrscheinlich zu einem schönen Siege geführt, denn zwischen Baubrun und de L'Orge, den beiden unter Turenne dienenden selbständigen Corpskommandanten, kam es an der Leiche des Führers zu einem erregten Disput über den Oberbefehl, der, von den Soldaten beobachtet, die Niedergeschlagenheit derselben nur noch erhöhte. Die Worte, mit welchen der kaiserliche Feldherr die Nachricht von dem Tode seines großen Gegners aufnahm: „Es starb ein Mann, welcher der Menschheit Ehre gemacht hat,“ waren gut ge-

¹⁾ Beaurains Darstellung in der „Histoire des quatre dernières campagnes du Maréchal de Turenne“ läßt keinen Zweifel darüber, daß Turenne ohne Grund den Sturm auf Nieder-Sasbach aufgab. Die Phrase von der Scheu vor unnützem Blutvergießen ist hier ehr schlecht angebracht.

²⁾ Rümtemanns Ansicht, daß dieser keinen Glauben gefunden, entbehrt der Begründung.

sagt, sie hätten ihn aber nicht hindern müssen, auch seinem Rufe als ebenbürtiger Gegner des Gefallenen dadurch Ehre zu machen, daß er sich einmal zu einem kräftigen Entschlusse aufgerafft hätte. Er ließ jedoch den Franzosen Zeit, während des 27. und 28. Juli die Zwistigkeiten zwischen ihren Generalen zu begleichen und sich zum Rückzug vorzubereiten. In seinem Berichte an den Kaiser vom 28. Juli faselt Montecuccoli von Verstärkungen, welche das französische Heer erhalten sollte, daß er daher die Ankunft der Reichsvölker unter dem an Stelle des Markgrafen von Baden berufenen Herzog Julius Franz von Sachsen-Lauenburg, dem letzten sächsischen Astanier, abwarten müsse, ehe er etwas unternehmen könne.

Man hat vielfach Vermutungen darüber angestellt, welchen Ausgang das Gefecht von Sasbach genommen hätte, wenn Turenne nicht gefallen wäre. Es kann zweifelhaft sein, ob letzterer die Absicht hatte, für alle Fälle zu schlagen und wie weit er etwa die Verfolgung des sich vor ihm zurückziehenden kaiserlichen Heeres fortgesetzt hätte, es ist aber außer Zweifel, daß Montecuccoli seinerseits sich jedenfalls nur auf die Verteidigung beschränkt hätte, wahrscheinlich, daß er nur den Rückzug decken wollte, denn es wäre unbegreiflich, warum er den Angriff auf die ihrer Führung beraubten Franzosen unterlassen hätte, wenn er sich vorher sogar mit dem Gedanken getragen hätte, gegen Turenne selbst die Initiative zu ergreifen.¹⁾

Turennes Tod bedeutete für Frankreich, wie Ludwig XIV. selbst bemerkt haben soll, mehr als eine verlorene Schlacht; auf ihm beruhte der Glaube der Nation an ihre kriegerischen Erfolge. Mehr als ein Jahrhundert verging, ehe sie in Napoleon Bonaparte einen Feldherrn von ähnlicher Bedeutung an der Spitze ihrer Heere sah. Die Vorzüge des französischen Wesens waren in ihm mit seltener Vollständigkeit vereinigt. Der Marquis de Quincy nennt ihn²⁾ schlecht und recht „non seulement le plus grand Capitaine de son siècle, mais aussi le plus honnête homme et le meilleur citoyen, généralement aimé et estimé, sur tous les troupes dont il faisait les délices.“ In der Kunst des „strategischen Manövers“ ist er unübertroffen, die Befreiung der Taktik von den schwerfälligen Bewegungen der Landsknechtmassen, welche Gustav Adolf begonnen hatte, hat er verständnisvoll durchgeführt, in der Verwendung der Artillerie mit Rücksicht auf die Terrainverhältnisse wurde er bahnbrechend. Niemals aber hielt er sich pedantisch an sein System, sein erfinderischer Geist überraschte den Gegner stets durch neue Versuche, und weil man ihm mit Recht bei jeder Gelegenheit die kühnsten Unternehmungen zutrauen mußte, bereitete die Angstlichkeit, deren der Feind in seiner Nähe nie Herr werden konnte, seine Siege vor. Was er für das Königtum und für Ludwigs XIV. ersten Aufschwung bedeutete, haben wir bereits zu erwähnen gehabt, es war ein Akt schuldiger Dankbarkeit, daß der König seiner Leiche einen Platz in der Gruft von St. Denis

¹⁾ Campori versucht zwar die Annahme zu rechtfertigen, daß sein Held Montecuccoli bei Sasbach ebenso leicht hätte siegen können, als Turenne, er vergißt jedoch die Ursachen anzugeben, die Montecuccoli verhindert haben, sich diesen in Aussicht stehenden Sieg bei Raubrun und de l'Orge zu holen.

²⁾ Histoire militaire du règne de Louis le Grand, T. 1.

einräumte, wo nur die Könige von Frankreich und die Prinzen von Geblüt bestattet wurden.

Am 29. Juli gingen Vaubrun und de L'Orge, welche sich geeinigt hatten, den Oberbefehl bis zum Eintreffen königlicher Befehle gemeinschaftlich zu führen, in die alte Stellung bei Freistadt zurück, konnten jedoch, da Montecuccoli ihren linken Flügel zu umfassen suchte, nicht stehen bleiben, sondern zogen sich bis Neumühl hinter Willstätt. Als sie auch dort beunruhigt wurden, entschied sich Vaubrun zur Rückkehr nach dem Elsaß. Am 1. August schickte er bereits das Corps de Raune mit acht Bataillonen und sechzehn Schwadronen über die Altenheimer Brücke. Sofort griff Montecuccoli an und errang durch die Reiterattacken unter Dünwald und dem Prinzen von Lothringen namhafte Erfolge. Vaubrun fiel und seine Schwadronen waren bereits in völliger Auflösung begriffen, als Raune, von de L'Orge wieder an das rechte Rheinufer zurückberufen, die Fliehenden aufnahm und dem Vordringen Lothringens ein Ende machte. Montecuccoli hätte nunmehr seine ganze Kraft auf dem linken Flügel zusammenfassen und um jeden Preis den Brückenkopf von Altenheim zu gewinnen trachten müssen. Er ließ jedoch den Franzosen Zeit, sich zu sammeln und an der Schutter neue Befestigungen aufzuwerfen, hinter welchen sie sich noch einige Tage halten konnten. Sie hatten zwar 3000 Mann und eine große Zahl ihrer Generale verloren, dazu vierzehn Standarten und andere Trophäen, geschlagen aber waren sie nicht. Sie hielten am 2. und 3. August in ihrer Stellung aus und erwiderten wirksam das Geschützfeuer, mit welchem Montecuccoli die Zeit ausfüllte. Erst als der Magistrat von Straßburg über erneute Aufforderung dem kaiserlichen Heere den Uebergang über seine Rheinbrücke freigab, sah sich de L'Orge genötigt, an das linke Ufer des Flusses zurückzugehen. Turennes Tod hatte die Stimmung der Straßburger Bürgerschaft derart gehoben, daß der franzosenfreundliche Senat es nicht mehr wagte, die Neutralität in dem Sinne aufrecht zu halten, wie er sich gegenüber Frankreich verpflichtet hatte.¹⁾ Am 4. August stand die französische Armee zwischen Rhein und Ill, am 7. folgten ihr die Kaiserlichen, denen sich auch die Kreisvölker bereits angeschlossen hatten, über den Fluß und lagerten sich zwischen Ill und Breusch. Den Oberbefehl übernahm auf französischer Seite am 14. August der Duc de Duras, welcher die Armee nach Schlettstadt zurückführte, nachdem es Montecuccoli nicht gelungen war, sie zwischen Ill und Rhein einzuschließen. Duras hatte nur 15 000 Mann und mußte sich daher darauf beschränken, sich bei Schlettstadt zu verschanzen und dort auszuharren, bis die versprochenen Verstärkungen und der Prinz von Condé anlangten, welchen der König zum Nachfolger Turennes bestimmt hatte, um das Vertrauen der Truppen durch den Klang dieses berühmten Namens wieder zu heben. Sein Sohn, der Herzog von Enghien, begleitete den Vater, der mit schwerem Herzen

¹⁾ Legrelle a. a. D. spricht von dem Gefechte bei Altenheim als von einem französischen Siege. De L'Orge habe den Straßburgern zu wissen gethan, daß er in der Lage sei, Montecuccoli den Rheinübergang zu verwehren und Kehl zu verteidigen, wenn sie damit einverstanden wären. Es war jedoch zu spät, man sang bereits in Straßburg ein Te Deum für den Sieg Montecuccolis.

den verantwortungsvollen Auftrag seines königlichen Herrn übernahm. Er fühlte sich alt und krank und traute sich selbst keine großen Thaten mehr zu.

Während er auf dem Wege nach dem Kriegsschauplatz im Elsaß begriffen war, fiel an der Mosel ein Ereignis vor, welches die Lage Frankreichs neuerdings wesentlich verschlechterte. Die Vertreibung der Schweden aus der Mark hatte die Beforgnisse der braunschweigischen Herzöge Georg Wilhelm und Ernst August vor einem Einfall in ihre Gebiete zerstreut, sie waren der Aufforderung des Kaisers, den Krieg gegen Frankreich wieder aufzunehmen, bereitwillig gefolgt. Ihre 11 000 Mann sollten den Kern einer Armee bilden, welche die Bestimmung hatte, Stadt und Gebiet von Trier vom Feinde zu befreien. Zu ihnen stießen 2300 Kaiserliche unter dem Marschese de Grana, 2000 Spanier unter Louvigny, 3000 Trierer unter General von Leyen, 3000 Münsterer unter General Granvillier, 2000 Mainzer und die bekannten 6000 Lothringer, welche der bereits einundsiebzigjährige Herzog Karl selbst befehligte. Ihm wurde sogar die Führung der gesamten Macht von 30 000 Mann zugestanden, als sich dieselbe im Anfange des August gegen Trier in Bewegung setzte, um es zu belagern. Am 4. August begannen die Verbündeten den Aufmarsch vor der Stadt, welche eine französische Besatzung unter Vignori verteidigte. Sie hatten sich jedoch kaum in ihren Lagerplätzen eingerichtet und das schwere Geschütz herangebracht, als am 8. d. M. der Anmarsch des Marschalls Crequi gemeldet wurde. Dieser hatte bei Metz eine beobachtende Stellung eingenommen, war dem Herzoge von Lothringen auf seinen Marschmanövern gefolgt, hatte eine Bewegung in das Elsaß gemacht, bei Hagenau demonstriert und war dann wieder an die Saar zurückgegangen. Als die lange befürchtete Ankunft der Lüneburger am Rheine zur Thatsache geworden war, fiel ihm die Aufgabe zu, diese dritte Armee, welche nunmehr gegen Frankreich im Felde stand, an der Mosel festzuhalten, wenn möglich die Eroberung von Trier und ein allfälliges Zusammenwirken der deutschen und lothringischen Truppen mit Dranien oder Montecuccoli zu verhindern. Crequi erhielt daher Verstärkungen von Flandern durch die Brigaden de la Trousse und Surbis, mit welchen er seine Macht auf 15 000 Mann brachte. Mit diesen ging er am linken Ufer der Saar bis Laverne vor, augenscheinlich in der Absicht, Trier zu entsetzen. Die Belagerer, darunter vor allen Herzog Georg Wilhelm und der Marschese de Grana, erkannten die Notwendigkeit, dem Marschall entgegenzugehen und ihn zu schlagen, ehe er selbst den Ueberfall auf ihr Lager versuchen könnte. Man ließ ein schwaches Beobachtungscorps vor Trier zurück und marschierte am 10. August bis an die Konzerbrücke (Konsaarbrücke), welche unmittelbar vor der Mündung in die Mosel über die Saar führt, und lieferte am 11. August die Schlacht, in welcher die Tapferkeit der Lüneburger, welchen ihre Herzöge, selbst der vierzehnjährige Georg Ludwig, mit glänzendem Beispiele vorangingen, zu einem vollständigen Siege führte. Das französische Heer wurde nahezu aufgerieben, da es schließlich von 16 lothringischen Schwadronen in der Flanke gefaßt wurde, so daß sich die Regimenter und Schwadronen auflösten und in kleinen Abteilungen die Flucht ergriffen. 3000 Tote und Vermundete bedeckten das Schlachtfeld, viele hohe Offiziere fielen den Deutschen als Gefangene in die Hände, ebenso 74 Fahnen und Standarten samt dem ganzen Gepäck. Marschall

Crequi entkam nach Saarlouis; da er aber kein Heer mehr zu befehligen hatte und die Wichtigkeit der Erhaltung Triers für die französische Kriegsführung sehr wohl erkannte, schlich er sich in der Nacht vom 14. auf den 15. August in die belagerte Stadt, deren Kommandant Vignori bei einem Ausfalle am 12. vom Pferde gestürzt und tot geblieben war. Unter der Leitung des Herzogs von Holstein-Plöen, dem Oberbefehlshaber der vereinigten braunschweigisch-lüneburgischen Truppen, begann nun die Belagerung von Trier. Nachdem am 24. August das außerhalb der Umwallung gelegene Kloster St. Maximin erstürmt worden war, erfolgte der regelrechte Angriff auf ein Ravelin an der Ostseite, welches am 31. auch bereits von den Belagerern genommen war. Am 2. September begann eine schwere Batterie gegen die Stadt zu spielen, am 3. lag schon ein 10 m langes Stück der Umfassung in Bresche. Nun verfasgten die Truppen dem Marschall Crequi den Gehorsam, wenn er nicht kapitulieren wolle, und fingen an, mit dem Feinde in Unterhandlungen zu treten. Der Marschall verweigerte jedoch den vereinbarten Bedingungen seine Genehmigung und verlangte zehn Tage Bedenkzeit. Wenn innerhalb derselben kein Entschluß käme, wollte er die Stadt übergeben. Herzog Georg Wilhelm ließ sich dazu nicht herbei, sondern drang am 6. September, nachdem ihm das Neu- und Simonssthor von den Meuterern übergeben worden war, in die Stadt ein. Crequi flüchtete in den Dom, zuletzt auf den Turm desselben und beschloß noch von dort aus die eingedrungenen Deutschen, bis ihn ein lüneburgischer Hauptmann herunterholte und vor seinen Herzog brachte. Die Besatzung, die in der Stärke von 1500 Mann mit Seitengewehren aber ohne Pferde abzog, wurde später auf Befehl des Königs dezimiert. Crequi kam als Gefangener zuerst nach Koblenz, wurde jedoch bald nach Frankreich entlassen. Er hatte zwar sein Wort gegeben, sich nach einigen Monaten freiwillig wieder zu stellen, die Vermittelung des Gesandten Gourville brachte es dahin, daß ihm sein Versprechen gegen Lösegeld erlassen wurde. In Hannover sang man bald ein fröhliches plattdeutsches Lied auf den unglücklichen Marschall:

Du Crequi, hör, wat wultu dohn?
 Wultu verwarffen dat grote lohn?
 En got Franzose bliesen?
 So mustu hen na Trier gahn,
 De Dütschen dar weg drisen.
 De Franzmann sprak en trozig wort:
 „De Dütschen will id jagen fort,
 Canali, id will dick faten!“
 Ach! setestu biem Grütte-Pott,
 Et mochte dick wol baten! u. s. w. 1)

Nach dem Falle von Trier hätte der Feldzug gegen Frankreich eine entscheidende Wendung nehmen können, wenn das siegreiche Heer an der Mosel in seiner vollen Stärke vereinigt geblieben und nach Lothringen vorgeedrungen wäre.

1) Bei Havemann aus Darings hannoverscher Kirchen- und Schulgeschichte.

Es war Montecuccolis und selbstverständlich auch des Kaisers Wunsch, daß durch diese Vorrückung die französische Armee im Elsaß genötigt würde, sich nach Burgund zurückzuziehen oder sich noch in Lothringen der Moselarmee entgegenzuerwerfen. Dann hätte Montecuccoli nichts weiter zu thun gehabt, als ohne Schwertstreich vom ganzen Elsaß Besitz zu nehmen. Die Herzöge von Braunschweig sahen die Dinge aber von einem anderen Gesichtspunkte an. Sie waren nicht gesonnen, dem Kaiser die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Ihre Pflicht hatten sie eifriger und erfolgreicher als irgend ein Reichsstand gethan, die Subsidien jedoch, die ihnen zugesichert waren, kamen sehr unregelmäßig zur Auszahlung. Was gab es für sie in Lothringen zu holen? Ganz anders aber standen die Dinge in nächster Nähe ihrer eigenen Besitzungen, wo man eben daran ging, dem Schweden seinen Raub an deutschem Lande abzunehmen, wo Johann Friedrich von Hannover noch immer das schwedische Interesse vertrat, Dänemark und Münster aber sich nicht genug beeilen konnten, ihre Truppen auf bremisches Gebiet zu bringen, um bei der schließlichen Aufteilung desselben ein gutes Stück für sich behalten zu können. Der Kurfürst von Brandenburg war im Begriffe, eine selbständige nationale Politik im Norden des Reiches durchzuführen. Sich derselben anzuschließen und ihre Früchte gemeinsam mit dem Brandenburger einzuheimsen, bot dem persönlichen Freunde des letzteren, dem Herzog Georg Wilhelm, bessere Aussichten, als die Nachgiebigkeit gegen den undankbaren Wiener Hof, zu dem ein evangelischer Fürst doch niemals ein Herz fassen konnte. Trotz aller Bitten und Mahnungen des Kaisers wurde daher die Moselarmee noch im September aufgelöst. Die Braunschweiger und Münsterer zogen Bremen zu, nur die Lüneburgsche Reiterei wurde dem Prinzen von Oranien zur Verfügung gestellt. Die Spanier gingen nach den Niederlanden zurück, ihnen sollten sich die Lothringer anschließen, deren Herzog bereits im Sterben lag. Die Schlacht an der Konzerbrücke war seine letzte Waffenthat gewesen; am 18. September beendete er zu Lebach sein abenteuerliches Kriegsleben, welches ihm wenige angenehme Ruhepunkte, aber vielfache Abwechslung und vor allem die Gelegenheit geboten hatte, seine Kassen zu füllen. Die Politik im Sattel, die er zu seinem Beruf erwählt hatte, war recht einträglich gewesen und mußte ihn für den Verlust an Land und Leuten entschädigen, den er durch alle diplomatischen Kunststücke nicht aufzuhalten vermocht hatte. Die Erwerbung seines Herzogtums durch die Krone Frankreich war eine notwendige Folge der steigenden Macht der letzteren in Mitteleuropa und zugleich eine Bedingung ihres militärischen Uebergewichts. Prinz Karl, der bis dahin im Heere des Kaisers gedient hatte, übernahm als Herzog Karl V. die Ansprüche und die Truppen seines dahingegangenen Oheims. Er verband seine Interessen noch inniger als dieser mit Oesterreich und Spanien. Noch in den letzten Lebenstagen Karls IV. war nämlich ein Vergleich mit Frankreich angebahnt worden, durch welchen der alte Herzog von seinen bisherigen Verbündeten hätte getrennt werden sollen. Ehrenrechte, Titel und Geld war Ludwig XIV. reichlich zu spenden bereit, wenn ihm die Hoheit über Lothringen in voller Ausdehnung zugestanden worden wäre. Auch jetzt noch machte der lothringische Geschäftsträger Risencourt Anstrengungen, den neuen Herrn für eine derartige Abfindung zu gewinnen. Dieser aber war

entschlossen, seine Sache auf keinen Fall von der des Kaisers zu trennen. Seine Truppen in die Niederlande zu führen war er nicht gewillt; er übernahm mit Montecuccolis Einverständnis die Beobachtung des kleinen Corps Rochefort, das bei Birkenfeld stand, und war bereit, wenn es die Gelegenheit erfordern würde, zum kaiserlichen Heere zu stoßen.

Condé hatte bei Restenholz (Chatenais) nahe an 25000 Mann zusammengebracht, mit welchen er, um Hagenau zu entsetzen, den Marsch nach Norden antrat. Montecuccoli mußte ihn von Straßburg fernhalten und zog ihm daher in die alten Gefechtsfelder an der Breusch entgegen, wo es am 24. und 25. August zu kleineren Scharmützeln kam. Der kaiserliche Feldherr traf Anstalten, welche einen offenen Angriff auf den rechten Flügel der französischen Stellung bei Lingolsheim vermuten ließen. Ob es ihm damit ernst war, läßt sich kaum entscheiden. Condé aber wollte sich den Gefahren einer Schlacht nicht aussetzen und ging, da ja die Belagerung von Hagenau mittlerweile aufgegeben war, nach Restenholz zurück, wo er sich weidlich verschanzte. Montecuccoli machte einige unbedeutende Verfolgungsversuche, wandte sich dann jedoch der Lauter zu, um der Moselarmee, die eben Trier belagerte, näher zu sein. Er war so ziemlich von Geld entblößt und konnte die Lage seiner Armee nicht schwarz genug schildern, um die Wiener Regierung zu Sendungen zu bewegen. Im Elsaß gab es bald weder Futter noch Proviant, da beide kriegsführenden Teile bei ihren Bewegungen alle Vorräte, die sie antrafen und nicht mitnehmen konnten, durch Feuer vernichteten. Die französischen Kommandanten von Zabern und Hagenau hatten von Condé den Auftrag, alle Lebensmittel, deren sie in ihrem Machtbereich habhaft werden konnten, zu zerstören. Straßburg, seit dem Rückzuge Condés von der Breusch wieder auf den Verkehr mit den Kaiserlichen angewiesen, that nicht mehr, als es gerade thun mußte. An ein Ueberwintern im Elsaß war daher für die Kaiserlichen nicht gut zu denken. Montecuccoli suchte den Herbst mit Märschen und Scheinmanövern auszufüllen, ging aber jeder größeren Unternehmung absichtlich aus dem Wege. Die Belagerung von Philippsburg wäre noch immer eine schöne Aufgabe gewesen, sie hätte den Erfolg von Trier ergänzt, insofern wenigstens das Reichsgebiet vom Feinde gänzlich gefäubert worden wäre. Montecuccoli gab sich auch den Anschein, als ob er damit umgehe; doch schon in der zweiten Hälfte Septembers fand er, daß die Jahreszeit zu einer geordneten Belagerung zu weit vorgeschritten sei. Er schrieb in seiner Schulmeistermanier an den Kaiser, „daß man nit per saltus dieses und das andere gleich erobern kann, sondern die gebührende Zeit und Mittel dazu erfordert werden. Worüber da man anders urtheilen wollte, forge ich wohl, man werde die Reitung (Rechnung) ohne den Wirt machen.“ Der Kaiser war nicht dieser Ansicht; er fand, daß es noch immer möglich sein müsse, sich die Winterquartiere in Feindesland oder wenigstens in Oberelsaß zu sichern. Während dieser Verhandlungen verging aber thatsächlich die zu militärischen Operationen noch günstige Zeit und am 22. Oktober mußte sich auch der Kaiser in den Willen seines Feldherrn schicken und den Rückzug der ganzen Armee an das rechte Rheinufer gestatten. Die Kaiserlichen, Lothringer und Reichstruppen verteilten sich über Schwaben und Franken. Die wichtigen Plätze im Breisgau

und in der Ortenau wurden stark besetzt, Philippsburg wurde vollständig eingeschlossen, in der Rheinpfalz Landau, Kaiserslautern und Rheinabern gehalten. Montecuccoli übertrug das Oberkommando an Hermann von Baden und begab sich nach Wien. Seine militärische Laufbahn war beendet. Es war nicht viel Ruhmliches, das er in diesem letzten Feldzuge geleistet hatte; man müßte es denn als einen Erfolg erklären, daß er eine Niederlage zu vermeiden verstand. Hätte nicht das Geschick seinen ihn weit überragenden Gegner Turenne aus dem Wege geräumt, so war es zweifelhaft, ob es ihm gelungen wäre, auch nur das rechte Rheinufer zu behaupten. Er hatte nichts aufzuweisen, was sich mit den wackeren Thaten der norddeutschen Truppen bei der Konzerbrücke, geschweige mit den Siegen des großen Kurfürsten vergleichen ließe.¹⁾ Wie sollte auch die Findigkeit und berufsmäßige Dienstleistung eines Mannes, dem die Ergiebigkeit seiner Bestallung Hauptsache war, dessen Gemüt jedoch von der Sache, für die es focht, ziemlich unberührt blieb, ähnliches hervorbringen, als die geistige Größe und Entschlossenheit eines Fürsten, der mit seiner eigenen Ehre und der seiner Familie die Wohlfahrt seines Staates, die Interessen seiner Unterthanen im Einklang wußte?

Wenn Oesterreich darauf ausgegangen wäre, seinen eigenen Vorteil mit dem des Reiches dauernd zu verbinden, wenn es seinen Einfluß im Reiche auf eine neue Grundlage hätte stellen wollen, dann wäre es seine Aufgabe gewesen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, das Elsaß zurückzuerobern. Wer hätte Habsburg daran hindern mögen, sich den größten Teil seines alten Besitzes daselbst und mehr als dieses zuzueignen und mit den schwäbischen Vorlanden zu verbinden, wenn gleichzeitig die schwedischen Provinzen im Norden an Brandenburg und Braunschweig überlassen worden wären, die ja ohnehin diese Erwerbungen auf die eigene Schulter genommen hatten? Die Rücksicht auf Ungarn, Spanien, Italien störte auch hier wieder das gleichmäßige und feste Fortschreiten auf den Wegen einer wahrhaft deutschen Politik, für welche auch die geistige Richtung der Nachfolger Karls V. nicht mehr geeignet war.

Im Norden gingen die Dinge unter dem Eindrucke der brandenburgischen Erfolge etwas anders; der große Kurfürst riß seine Verbündeten für den Anfang wenigstens aus der Bedächtigkeit und Lässigkeit heraus, welche das Zeitalter kennzeichnet.

Im Juli stand seine Armee in Mecklenburg und schnitt die Verbindung zwischen den schwedischen Truppen im Herzogtum Bremen und in Pommern ab. Die in Holland ausgerüsteten brandenburgischen Schiffe segelten nach der Wesermündung, um die Blockierung von Karlsburg (Bremerhafen) zu beginnen. Noch

¹⁾ Eine Flugschrift aus dem Jahre 1676: „Relation die Berrichtungen des Grafen Raimund Montecuccoli in seinen Feldzügen von Anno 1673 bis 1675 beschriben von einem burgundischen Cavalliere“ (Igl. Bibl. in München, Eur. 374, 59) versucht eine Rechtfertigung der Kriegführung des kaiserlichen Generals, deren Endergebnis jedoch dahin führt, man müßte zufrühen sein, daß die Pfalz von feindlichen Einfällen gerettet worden sei.

fehlte aber die staatliche Flotte und auch die dänische war nicht zum Auslaufen bereit. Das österreichische Hilfscorps mit dem Grafen Cop war in der Stärke von 6000 Mann bis Schwerin vorgedrückt. Der Kurfürst drängte zur gemeinschaftlichen Fortsetzung des Kriegs und wies im Haag und in Kopenhagen darauf hin, daß jeder Aufschub nur den Schweden günstig sei und daß man nicht warten dürfe, bis Oesterreich am Rhein mit den Franzosen fertig geworden sei, denn dies würde zur Folge haben, daß der Kaiser die Exekution gegen Schweden mit eigenen Kräften ausführen werde. Es war ihm besonders wichtig, daß Dänemark seine Streitkräfte auch in Pommern verwende, damit nicht der Zusammenfluß von münsterischen, braunschweigischen und dänischen Truppen im Bremischen zu Mißhelligkeiten führe. Dort wollten sich die Verbündeten, wie schon bemerkt, so schnell als möglich die „Entschädigung“ sichern, da der Kurfürst sich Pommern bereits vorbehalten hatte. Die Zusammenkunft mit Christian V. in Gadebusch brachte endlich eine Einigung über den Kriegsplan zustande und der Kurfürst ließ nun ungesäumt vorrücken. Am 13. September wurde die Insel Poel, die vor Wismar liegt, ohne Widerstand besetzt, anfangs Oktober erfolgte der Einmarsch in Pommern, die Dänen gingen über Dammgarten, die Kaiserlichen über Triebsees, der Kurfürst über die Peene. General Bogislaw von Schwerin, des Ministers jüngerer Bruder, bemächtigte sich am 13. Oktober nach einer kühnen Landung auf der Insel Wollin der gleichnamigen Hauptstadt durch Erstürmung und besetzte Swinemünde und Gollnow. Der Kurfürst wollte Stralsund durch einen Handstreich nehmen, konnte aber die Bedenkllichkeiten der dänischen Generale nicht überwinden, obwohl er in Kenntnis war, daß die Stralsunder Bürgerschaft für die Erhaltung der den Schweden gestatteten Besatzung von 1000 Mann keine Hand zu rühren gesinnt war. Französische Einflüsse machten sich am dänischen Hofe geltend und verhinderten ein rücksichtsloses Vorgehen gegen Schweden.¹⁾ Am 10. November eroberte der Kurfürst nach neuntägiger Belagerung das feste Schloß von Wolgast, 820 Mann Besatzung wurden nach Stralsund entlassen, welches nebst Stettin und Greifswald die einzige Stütze Schwedens in Pommern blieb. Der Feldzug des Jahres 1675 endete mit der Einnahme von Wismar durch die Dänen am 23. Dezember. Im Januar 1676 machte Graf Königsmarck einen Versuch, Wolgast wiederzugewinnen. Obrist Hallard verteidigte es jedoch mit 4 Compagnien so lange, bis Schwerin über das Eis des Hafens zum Entsatz herankam und die Belagerer, welche die Feste vergeblich aus 36 Geschützen beschossen hatten, zum Rückzuge nach Greifswald und Stralsund zwang.

Im Bremischen hielt sich Stade; Karlsburg, gegen welches die kleine hol-

¹⁾ Die „Dänische Schaubühne der Verrätherey“ (1676) führt die im April 1676 erfolgte Entsetzung des Kanzlers Grafen Greiffenfeld (Peter Schumacher) auf eine Verschwörung zurück, durch welche der französische Gesandte Terlon Dänemark auf Seite Schwedens bringen wollte. König Christian sollte lebend oder tot an Schweden ausgeliefert, Prinz Georg zum Könige ausgerufen, die Prinzessin Ulrike Eleonore mit dem Könige von Schweden vermählt werden, Kopenhagen schwedische Besatzung erhalten und an Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg der Krieg erklärt werden. Terlon habe vierzig Tonnen Goldes aufgewendet, um die Verschworenen zu gewinnen, ein ins Geheimnis gezogener Höfling sei der Verräter gewesen.

ländische Eskadre nichts auszurichten vermocht hatte, wurde erst im Januar von der Landseite genommen. Die vier brandenburgischen Schiffe unter Jakob Raule hatten einen Versuch gemacht, die Elbe bei Stade zu sperren, waren jedoch bald den Holländern nach Kopenhagen gefolgt, wo sie die dänische Flotte zu verstärken bestimmt waren.

König Karl XI. von Schweden, der am 28. September zu Upsala gekrönt worden war und sofort die Regierung mit Ernst und Eifer übernommen hatte, mußte die bittere Erfahrung machen, daß seine Vormünder den Staat durch Fahrlässigkeit und schlechte Geldwirtschaft in einen Zustand versetzt hatten, der sich der Auflösung näherte. Die gesamte Verwaltung war in den Händen von Günstlingen der Regenten gewesen, welche ihre eigene Bereicherung allen anderen Interessen vorzogen. Man hatte gehofft, das Unglück, von welchem das Landheer betroffen worden war, durch die Flotte wieder ausgleichen zu können; 50 Schiffe mit 7000 Mann Besatzung und 3200 Soldaten sollten in See gehen, die dänische Flotte, welche in der Ausrüstung sehr zurückgeblieben war, aufsuchen und schlagen, sich dann in den Sund oder vor Kopenhagen legen und das Einlaufen der Holländer in die Ostsee hindern. Ein zweites Geschwader war zur Blockierung der Elbe- und Wesermündung bestimmt. Der König drängte den ganzen September über auf Beschleunigung der Ausrüstung, am 9. Oktober lief die Flotte thatsächlich aus Dalarö aus. Schon am 20. d. M. kehrte sie dahin zurück, nachdem sie bis in Sicht von Gotland gelangt war. Dort war sie vom Sturm erfaßt worden, und so mangelhaft war die Ausstattung der Schiffe, daß sie nicht im Stande waren, dem Unwetter zu widerstehen. Anker, Boote und Segel wurden verloren, es fehlte an Proviant und Wasser, die Hälfte der Mannschaft wurde krank, so daß die Admirale im Kriegsrat einstimmig erklären mußten, es sei unmöglich, die Flotte in diesem Zustande vor den Feind zu führen. Der König kam zur Erkenntnis, daß er die gänzlich vernachlässigte Staatsmaschine von Grund aus umgestalten müsse, daß er niemandem Vertrauen schenken und selbst das Werk der inneren Reform in die Hand nehmen müsse. Mit erstaunlicher Arbeitskraft unterzog er sich dieser Aufgabe, aber er konnte mitten im Kriege, von vier und fünf Seiten angegriffen, nicht Heere und Flotten aus dem Boden stampfen.

Im Lande erhoben sich Klagen gegen die Verwelschung der alten guten Sitte, gegen den französischen Einfluß und die französische Bestechung. „Eines Schwedischen Reichsgenossen von dem gegenwärtigen Zustand seines Vaterlandes Urtheil“ (1675) bezeichnet die „Schwelgerei und den Geldgeiz“ als die Ursachen des Verfalls. „Dergestalt ist selbst die Gottesfurcht, die Gerechtigkeit, die Wohlfahrt des Vaterlandes feilgestanden, wo sich nur ein Käufer angegeben. So ward dann die Gottesfurcht vom Thron gestürzt und die Gerechtigkeit überwältiget. Louys hat überwunden: doch nein! Die Louysen (Louisdors) haben obgefiert, bannenhero Fried und Zierd bei den Schweden verschwunden; die Freundschaft mit den Benachbarten zerrissen und zergangen. Um diesen Wert, um dieses französische Geld nun ist die Wohlfahrt des Vaterlandes verkauft und dagegen aller aufrichtigen Menschen, sonderlich (welches meistens zu betrauern) unserer Bundesgenossen Haß eingekramt worden.“

Auch der König neigte schon der Idee zu, das Bündnis mit Frankreich aufzugeben und sich dadurch den Frieden zu erkaufen, doch sah er bald ein, daß es dazu bereits zu spät war. Die deutschen Fürsten, welche mit ihren, um teures Geld erhaltenen Truppen auf schwedischem Boden standen, würden denselben nicht ohne Entschädigung verlassen haben. Bei den zerrütteten Finanzen des Staates war es jedoch unmöglich, solche zu bieten, wenn man die französischen Subsidien preisgab. Er suchte daher zunächst eine Annäherung an Holland und dadurch eine Trennung seiner Gegner zu erreichen. Die Parteiungen im eigenen Lande bekümmerten ihn nicht, er und Lindsköld, der sich ausschließlich seines Vertrauens erfreute, während der Reichskanzler de la Gardie immer mehr an Ansehen verlor, waren entschlossen, die Macht des Königtums zu stärken, da in diesem allein die Kraft der Nation bewahrt werden konnte. Dazu gehörte jedoch, daß die äußere Gefahr überwunden und die Nation inne wurde, der König allein habe seine Schuldigkeit voll und ganz gethan. In diesem Geiste betrieb Karl XI. die nationale Verteidigung.

Unter den Verbündeten rief die Verteilung der Winterquartiere bedenkliche Mißstimmungen hervor. Der Kurfürst von Brandenburg sah sich vom kaiserlichen Hofe abermals zurückgesetzt. Er sollte seine 40 Regimenter, welche monatlich 200000 Thaler brauchten, aus eigener Tasche erhalten, da die staatlichen Beiträge höchst unregelmäßig eintrafen. Seine Güter waren bereits verpfändet, seine Länder mit Steuern überlastet und durch den Krieg hart mitgenommen; nun sollten sie auch noch die Last der Einquartierung tragen. Auch ihn überkam bisweilen der Gedanke, mit Schweden Frieden zu machen und sich nicht länger durch die Undankbarkeit des kaiserlichen Hofes in Gefahr bringen zu lassen; doch seine Entschlossenheit bezwang solche kleinmütige Regungen. Er wollte Pommern gewinnen. Vor Gott und der Welt hatte er ein Recht darauf erworben, seitdem ihm Schweden hinterlistig in den Rücken gefallen war; er mußte sich und seinem Lande die Genugthuung dafür erkämpfen.

Der Feldzug von 1676 wurde in Flandern eröffnet, wo im verfloßenen Jahre der Kampf vollständig ins Stocken geraten war. Die Franzosen hatten im Juni die festen Plätze Dinant und Huy an der Maas und Limburg genommen, waren jedoch nicht im Stande gewesen, weitere Vorteile zu erringen, weil sie ihre besten Truppen am Rhein und an der Mosel verwenden mußten, um das eigene Land zu verteidigen. Dranien fehlte es ebenfalls an Mitteln, zum Angriff überzugehen. Die Staaten waren erschöpft und kriegsmüde. Spanien so herabgekommen, daß es kaum 6000 Mann ins Feld zu stellen vermochte. Im April 1676 gingen die Franzosen an der oberen Schelde vor, eroberten Condé und Bouchain und wiesen unter den Marschällen Créqui und Schomberg die Versuche Draniens, wieder Boden zu gewinnen, ab. Der weisen Vorsicht Walbeds hatte es der Prinz-Statthalter zu verdanken, daß er sich nicht gegen die übermächtige französische Armee in eine offene Schlacht einließ, welche ohne Zweifel mit einer Niederlage hätte enden müssen. Im Sommer lagen die Verbündeten, zu welchen auch die Truppen Ernst Augusts von Osnabrück und vier brandenburgische Regimenter gestoßen waren, vor Maastricht. Ihre Belagerungskunst stand jedoch nicht auf der Höhe der Zeit und blieb daher ebenso unfrucht-

bar, als das Genie Vaubans und die Umsicht Louvois' in der Heeresadministration erfolgreich geworden war. Waldeck sollte mit ganz unzulänglichen Kräften den Entsatz Maastrichts durch Schomberg verhindern, er vermochte es nicht und mußte, um größeres Unheil zu verhüten, darauf bringen, daß die Belagerung wieder aufgegeben wurde.

Einen großartigen Sieg erfocht die französische Flotte in den Gewässern Siziliens, wo sich die Franzosen Messinas bemächtigt hatten und größere Eroberungen zu machen im Begriffe waren, gegen die vereinigte holländisch-spanische Seemacht unter de Ruyter, der dabei seinen Tod fand (29. April 1676). Das Mittelmeer wurde von Frankreichs Flagge beherrscht, die durch die Admirale Bivonne, Duquesne und Tourville zu ungeahntem Ruhme gelangt war.

Wieder war es der nördliche Kriegsschauplatz allein, auf welchem das Kriegsglück den Verbündeten treu blieb. Dänemark ging entschlossener vor, als im vergangenen Jahre. Der Sturz des Großkanzler Greiffenfeld, der einen großen Einfluß auf den König gehabt und denselben im Sinne Frankreichs durch möglichstes Zurückhalten von allen entscheidenden Schritten ausgenutzt hatte, legte die Thätigkeit des französischen Gesandten Terlon lahm. Ein Teil der dänischen Flotte wagte schon im April einen Versuch, Rügen zu nehmen, und als dieser nicht gelang, einen glücklicheren gegen Gotland, das sich nach der Eroberung von Wisby ergab. Am 11. Juni kämpften 49 holländische, dänische und brandenburgische Schiffe unter dem Befehle von Tromp und Nils Juel zwischen Bornholm und Mön gegen 55 schwedische Kriegsfahrzeuge. Schon bei Beginn der Schlacht flog das schwedische Admiralschiff mit 134 Kanonen in die Luft, in wenigen Stunden waren die Verbündeten die Herren des Tages, die schwedische Flotte wurde zerstreut, verlor 7 Schiffe mit 384 Kanonen, die in den Grund gehohrt wurden, während der größte Teil der übrigen als Wrack in die Schären flüchten mußte. Die Folge dieser Niederlage war der Einfall der dänischen Armee in Schweden und zwar durch eine Landung in Schonen und durch den Vormarsch von Norwegen aus nach Bahuslehen. Marschall Helmsfeldt, welcher die Verteidigung von Schonen leiten sollte, hatte nicht mehr als 7000 Mann zur Verfügung, mußte sich daher zurückziehen und einen haltbaren Punkt aufsuchen, bis Verstärkungen herangezogen werden konnten. Der König selbst war bei der Armee; die Unglücksfälle, welche er seit seinem Regierungsantritte zu erleiden gehabt hatte, drückten ihn nieder, er wurde schwermütig, mißtrauisch gegen alle Generale, jedem Räte unzugänglich, erst das glückliche Gefecht bei Halmstad (17. August), in welchem er mit kaltblütiger Tapferkeit stets in den ersten Reihen mitfocht, gab ihm wieder Lebensmut und löste ihn von dem Banne der Erstarrung, in welchen er verfallen war. Auch sein Volk begann an ihn zu glauben. Doch Schonen schien verloren, die Bevölkerung trat mit ihren ehemaligen dänischen Herren in freundlichen Verkehr und unterstützte die Befehlshaber durch Zufuhr und Nachrichtendienst. Es kam der Spätherbst heran, ehe das schwedische Heer so weit gesammelt und in den Stand gesetzt war, um den Kampf mit den Dänen ernstlich aufnehmen zu können.

Mittlerweile war auch der Krieg in Pommern für sie nicht glücklicher verlaufen. Königsmark hatte nach der Niederlage der Flotte die Absicht, Wolgast

wiederzugewinnen, aufgeben müssen. Anklam wurde vom Kurfürsten nach hartnäckigem Widerstande eingenommen (30. August), das feste Schloß Lützenitz kapitulierte (23. September), ebenso Demmin (20. Oktober), General Schwerin besetzte die Feste Damm gegenüber von Stettin. Stade war am 12. August gefallen, somit das ganze schwedische Gebiet jenseits der Elbe in den Händen der Verbündeten. Sie kamen überein, die Herzogtümer Bremen und Verden unter sich zu teilen, Brandenburg aber trat seinen Anteil an Dänemark ab, wofür dieses die Erwerbung von Pommern dem Kurfürsten überließ. Dänemark glaubte seit der Seeschlacht bei Bornholm die Alleinherrschaft in der Ostsee erworben zu haben und begann durch übermütiges Auftreten den Bundesgenossen unangenehm zu werden. Da änderte noch in den letzten Tagen des Jahres 1676 ein wichtiges Ereignis die Sachlage wesentlich. Karl XI., dessen Standhaftigkeit und Seelenstärke in dem ersten, erschütternden Jahre seiner Regierung nicht nur seiner Umgebung und seinem Volke, sondern selbst den Feinden Bewunderung abringen mußte, siegte in der mörderischen Schlacht bei Lund über die bei weitem stärkere dänische Armee (13. Dezember) und entriß damit den Dänen nahezu alle Vorteile, die sie den Sommer über auf schwedischem Boden erreicht hatten. Die Tapferkeit, der auf wahrer Frömmigkeit beruhende Ernst des jungen Königs, seine rastlose Thätigkeit richteten das gesunkene Reich wieder auf.

Am Rhein standen sich in diesem Jahre der Marschall Herzog von Luxemburg und Herzog Karl von Lothringen gegenüber, der an Stelle Montecuccolis den Befehl über die kaiserliche Armee erhalten hatte. Er führte ungefähr 32 000 Mann (18 000 Mann zu Fuß und 14 000 Reiter) aus den schwäbischen und fränkischen Winterquartieren auf den Kriegsschauplatz, vereinigte seine Hauptmacht bei Lauterburg und bestimmte die Reichsarmee zur Belagerung von Philippsburg, mit welcher endlich Ernst gemacht werden sollte. Die Feindseligkeiten hatten übrigens diesmal den Winter über nie vollständig geruht. Von französischer Seite heunruhigte man von Breisach und Philippsburg aus die benachbarten Gegenden und sahndete nach Proviantkolonnen und Beute in den kleineren Ortschaften. Die Kaiserlichen waren in diesem kleinen Kriege, an den man durch die Türken gewöhnt worden war, nicht unbewandert und vergalt den Franzosen ihre Raubzüge mit Hinterhalten und Ueberfällen. Ein gelungener Streich war die Gefangennahme des Generals Monclar und des durch seine Grausamkeit berühmten Obersten Labroche mit 2000 Reitern und 4 Kanonen durch den Generalfeldwachtmeister Grafen Schulz in Buchholz bei Waldkirchen. Karl von Lothringen entwickelte von vornherein mehr Thatkraft und Mut als sein Vorgänger, er wurde in Angelegenheit der Verpflegung und sonstigen Verwaltung vom Feldzeugmeister Grafen Kapliers, der als artilleristischer Fachmann gut berufen war, wirksam unterstützt. Es war schon ein Beweis größerer Negsamkeit im kaiserlichen Hauptquartier, daß man schon anfangs Mai ins Feld rückte und im Elsaß Aufstellung nehmen konnte, bevor die Franzosen ihre Vereinigung vollzogen hatten. Die Frucht dieser Raschheit war die Einnahme der Philippsburger Rheinschanze, eines befestigten Brückenkopfes, welcher die Verbindung Philippsburgs mit dem linken Rheinufer sicherte (19. Juni 1676). Marschall

Luxemburg war nicht in der Lage gewesen, dieselbe zu verhindern, er rückte erst am 20. Mai von Schlettstadt nach Zabern vor. Der Herzog von Lothringen ging seinerseits mit 23000 Mann bis an die Lauter, in der Erwartung, er würde dort in guter Stellung zwischen Weißenburg und Lauterburg den Angriff erwarten können. Als dieser nicht erfolgte, überschritt er die Lauter und es kam nun zu einem höchst merkwürdigen militärischen Spaziergange, in welchem die kaiserliche Armee einen vollständigen Kreis beschrieb. Sie nötigte durch ihr Vorgehen die Franzosen zur Aufgabe einer Reihe von Stellungen zwischen der Lauter und Zabern und drängte sie bis an den Fuß der Vogesen, wo die Straße von Pfalzburg nach Zabern austritt (9. Juni). Da Luxemburg bis dahin kein Gefecht angenommen hatte, nunmehr aber zu besorgen war, daß er namhafte Verstärkungen aus Lothringen an sich ziehen und mit denselben gegen das am Rohrbach nicht besonders günstig aufgestellte kaiserliche Heer hervorbrechen würde, entschied sich Lothringen für den Rückzug, aber nicht in der Richtung, in welcher er gekommen war, zwischen dem Hagenauer Wald und den Vogesen, sondern am rechten Rheinufer. Am 10. Juni ging die Armee über die Dreusch und den Ill bis in die Straßburger Auen, am 11. über den Rhein, am 12. bis Lichtenau und Stollhofen, am 13. nach Raftatt und wieder über den Rhein zurück nach Lauterburg und stand am 14. in ihren alten Stellungen bei Weißenburg. Hier hatte sie nun die Aufgabe, die Wiedereroberung der Rheinschanze zu verhindern und das Belagerungskorps vor Philippsburg zu decken.

Die Festung wurde vom General du Fay mit 3000 Mann recht wacker verteidigt, von den Reichstruppen unter Friedrich von Baden-Durlach und 2000 Kaiserlichen unter dem Feldmarschalllieutenant Werthmüller auf zwei Seiten, von Nordosten und Südwesten, angegriffen. Als am 20. Juni das schwäbische Kreiskontingent, geführt von dem Obersten Maximilian Grafen Fürstenberg, anlangte, erreichte die Belagerungsarmee die Stärke von 10000 Mann.¹⁾ Die Laufgräben wurden in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni eröffnet und nun die Belagerung regelrecht den ganzen Juni hindurch fortgeführt, wobei mehrere blutige Ausfallsgefechte vorfielen. Am 31. Juli bemächtigten sich die Kaiserlichen in einem Sturme, der 600 Tote kostete, eines Teiles des bedeckten Weges, hierauf trat jedoch ein Stillstand in der Belagerung ein, bis dann Luxemburg zum Entsatze herankam. Der Herzog von Lothringen gab die Lauterlinie auf, ließ sogar die Befestigungsarbeiten von Lauterburg schleifen und nahm unmittelbar gegenüber Philippsburg Stellung, um die Rheinschanze zu decken. Die beiden Markgrafen Hermann und Friedrich von Baden, welche vor Philippsburg kommandierten, bewachten die Rheinübergänge, ein neu angekommenes Korps hessen-kasselscher Truppen verteidigte die Laufgräben gegen die Ausfälle der Besatzung. Marschall Luxemburg wagte es nicht, die kaiserliche Armee anzugreifen, er ließ Brander und Fahrzeuge mit Höllemaschinen von Germersheim den Rhein hinabtreiben, um die Schiffbrücken zu zerstören, dieselben wurden jedoch von den aufgebauten Schiffleuten unschädlich gemacht; ebensowenig ge-

¹⁾ Marg, Der Feldzug 1676 in Deutschland. (Oesterr. militär. Zeitschrift, III. Bd., 7.—9. Heft, 1844.)

lang es, kleinere Partien bei Philippsburg landen zu lassen, damit sie von der Besatzung aufgenommen würden. Am 11. August war er bereits auf dem Rückzuge nach Landau. Nachdem er vom Könige neuerlich den Auftrag erhalten hatte, alles Mögliche zur Rettung Philippsburgs zu unternehmen, versuchte er gegen Ende des Monats August durch einen Vorstoß gegen Freiburg im Breisgau das kaiserliche Heer von der belagerten Feste abzulenken. Lothringen rückte ihm bei Offenburg entgegen und hielt ihn durch eine gut gewählte und rasch verschanzte Stellung sowohl von dem Vormarsche gegen Philippsburg, als von einer Wendung nach Straßburg ab. Der Marschall mußte sich damit begnügen, bei Weisweil zu lagern, den Gegner im Auge zu behalten und den ganzen Breisgau durch Streifpartien ausplündern zu lassen.

Die Belagerungsarmee vor Philippsburg blieb noch immer stark genug, um ihre Aufgabe ungestört fortzuführen; den ganzen August und die erste Septemberwoche wurde der Angriff fortgesetzt, wiederholt gestürmt und eifrig der Minenkrieg geführt. Viele hohe Befehlshaber waren bereits vor Philippsburg gefallen und noch immer standen schwere Opfer bevor, als du Fay sich am 9. September doch zur Kapitulation herbeiließ, wenn nicht binnen 8 Tagen der Herzog von Luxemburg zum Entsätze heranrückte. Da dies nicht eintraf, so zogen die Franzosen am 18. in voller Rüstung, mit klingendem Spiele und fliegenden Fahnen samt ihren Habseligkeiten ab. Sie durften auch 8 Kanonen, 1 Mörser und 4 kupferne Bontons mitnehmen, alles Kriegsmaterial, darunter 85 Geschütze mit Munition, 30000 Säcke Korn und 7000 Malter Mehl fielen den Siegern in die Hände. Die Festung wurde rasch wieder in Verteidigungsstand gesetzt und von den Kaiserlichen mit einer Besatzung belegt. Dem Antrage des Kurfürsten von der Pfalz, sie als überflüssig zu schleifen, wurde keine Folge gegeben.

Nach dem Falle von Philippsburg, mit dem Karl von Lothringen seine Laufbahn als selbständiger Feldherr glücklich eingeleitet hatte, ging weder am Rhein, noch an der Mosel irgend etwas Bedeutsames vor. Luxemburg verwehrt der deutschen Armee den Rheinübergang durch eine treffliche Aufstellung zwischen Basel und Breisach, ein Angriff auf dieses im Angesichte einer französischen Armee war unmöglich, auch die Absicht, Zweibrücken durch eine 18000 Mann starke Heeresabteilung unter Georg Wilhelm von Braunschweig-Celle zu nehmen, konnte nicht ausgeführt werden. Am 5. November wurde bereits der Bezug der Winterquartiere angeordnet.

Frankreich hatte die Erfahrung gemacht, daß derjenige, der sich während des Winters mit den Rüstungen beeile und im Frühjahr zuerst im Felde erscheine, sich Vorteile zu sichern im Stande sei, welche das Schicksal eines ganzen Feldzuges beherrschen. Es schlug daher 1677 schon im März los, und zwar zunächst mit voller Wucht gegen Spanien, das schwächste und unfähigste, dafür aber auch anmaßendste Mitglied der gegen Frankreich gerichteten Staatenverbindung. Am 20. März schon fiel Valenciennes, am 4. April Cambray, am 10. April wurde der Prinz von Oranien bei Mont-Cassel, wo er den Marsch der Franzosen gegen St. Omer aufhalten wollte, vom Marschall Luxemburg gänzlich geschlagen, worauf sich am 19. dieses Monats auch St. Omer ergab. Dagegen

hatte Ludwig XIV. gegen die kaiserliche und Reichsarmee nicht mehr als 25 000 Mann aufzustellen, mit denen es nicht möglich war, das Elsaß zu halten. Marschall Créqui, der hier an Luxemburgs Stelle getreten war, zog sich an die Saar zurück, nachdem er vorher Niederelsaß auf empörende Weise verheert und alle Lebensmittel, die er nicht mitschleppen konnte, vernichtet hatte. Der Herzog von Lothringen folgte ihm mit 22 500 Mann über die Vogesen und stand nun auf dem Boden seines Erblandes in der Hoffnung, sich dessen Besitz durch seine Siege verdienen zu können. Doch seine Freude war von kurzer Dauer. Die Unglücksfälle in den Niederlanden bestimmten den Kaiser, dem Herzoge das Zusammenwirken mit dem Dranier aufzutragen, der durch die Einnahme von Charleroi den Erfolgen der Franzosen ein Gegengewicht geben wollte. Louvois sah die Gefahr sofort klar vor Augen, die sich für die Stellung der Franzosen daraus ergeben würde, wenn Dranien und Lothringen sich vor Charleroi vereinigen und nach dessen kaum aufzuhaltendem Falle mit einem Heere von mindestens 50 bis 60 000 Mann in das Innere Frankreichs vordringen würden. Er eilte an die Nordgrenze, raffte an Garnisonen zusammen, was nur immer marschfähig war, und verstärkte mit denselben das Heer Luxemburgs, der sich nun mit 40 000 Mann zum Entsaße Charlerois aufmachen konnte. Dranien blieb nichts übrig, als die Belagerung aufzugeben (12. August). Die kaiserliche Armee war über die Mosel und bis Mousson an der Maas vorgegangen (2. August), wo sich ihm Créqui und Schomberg entgegenstellten. Der Prinz wagte es nicht, sich mit ihnen in einen ernstern Kampf einzulassen, da er doch von seiten Draniens keine Unterstützung erwarten konnte. Er konnte sich aber in den vollkommen ausgezogenen Landstrichen nicht halten, die Armee war dem Verhungern nahe. Sie mußte mit bedeutenden Verlusten an Kranken und Ausreißern in die Pfalz zurück gehen. Créqui erschien über Lützelstein wieder im Elsaß.

Die Reichsarmee unter dem Herzoge von Sachsen-Eisenach stand am Oberrhein einem französischen Korps unter Montelas gegenüber, versuchte sich am linken Rheinufer festzusetzen, geriet auch mehrmals in kleine Scharmügel mit dem Feinde, mußte sich aber endlich, um nicht abgeschnitten zu werden, wieder an das rechte Ufer zurückziehen und vereinigte sich daselbst im September mit dem Herzog von Lothringen. Dieser ging anfangs Oktober wieder über die Straßburger Brücke, Créqui wich ihm nach Zabern aus. Wochen hindurch wurde nun hin und her manövriert, ohne daß eine der beiden Parteien die erwünschte Gelegenheit fand, den Gegner unter für ihn ungünstigen Verhältnissen zur Schlacht zu zwingen, bis die Zeit zum Bezuge der Winterquartiere wieder herangekommen war. Créqui hatte sich bis Schlettstatt und Kastenholtz zurückgezogen, so daß man annehmen durfte, er werde sich im Oberelsaß und Lothringen festsetzen. Doch plötzlich, als die kaiserliche Armee schon auseinandergewandert war, fiel er von Breisach aus am 9. November über Freiburg her und brachte es am 16. zur Uebergabe. Da die Besatzung 2500 Mann stark war und mit Sicherheit auf baldigen Entsaß rechnen konnte, verbreitete sich vielleicht nicht mit Unrecht die Ansicht, daß Verrat dabei im Spiele gewesen sei. So endete der mit den besten Erwartungen und nicht ohne eine gewisse Kühnheit begonnene Feldzug von 1677 abermals mit einem Erfolge der französischen Waffen, die nicht nur

das ganze Elsaß wieder in ihre Gewalt gebracht, sondern sogar neue Fortschritte auf dem Boden des Reiches selbst gemacht hatten.

Und abermals war der Kurfürst von Brandenburg in Verbindung mit den Dänen der einzige von den deutschen Fürsten, der Erfolge aufzuweisen hatte. Die Schweden wurden zur See zweimal, zuletzt am 10. Juli, vom Admiral Nils Juel in der Rjöger Bucht fast bis zur Vernichtung ihrer ganzen Flotte geschlagen und dies war für die Fortsetzung des Krieges in Pommern von größerem Nachtheil, als ihnen der Landsieg bei Karlskrona Vorteil brachte. Die Belagerung von Stettin, das für sie wichtiger war, als alle pommerschen Plätze zusammen genommen, konnte jetzt mit allem Ernste betrieben werden. Der Kurfürst hatte während des Winters seine Kriegsmittel zu diesem Zwecke vorbereitet; mit 140 Geschützen, zum Teil nach neuen Systemen hergestellt, sollte die Beschießung ausgeführt werden; 11 Fregatten und 2 Galeeren sperrten die Zufahrt von der Dammschen See aus. Ein braunschweig-lüneburgisches Hülfskorps unter General von Ende nahm an der Belagerung Anteil. Die Verteidigung unter General von Wulfen war eine ungemein hartnäckige, so daß Sommer und Herbst vergingen, ohne daß die Uebergabe erzwungen werden konnte. Der Kurfürst konnte aber nicht mehr absehen, er mußte alles daran setzen, die Stadt zu gewinnen, bevor es zum Frieden kam.

Seitdem England die Bundeshülfe, die es Frankreich vertragsmäßig schuldete, eingestellt und die Generalstaaten unbehelligt zu lassen beschlossen hatte, beschäftigte es sich mit der Friedensvermittlung. Seit dem Frühjahr 1676 waren in Rymwegen bereits die Gesandten der kriegführenden Mächte versammelt; nachdem die üblichen Formstreitigkeiten, welche sich diesmal namentlich um das Recht des Brandenburgers drehten, als Reichsfürst neben dem Kaiser bei einem Kongresse vertreten zu sein, im Laufe eines Jahres zu Ende gebracht worden waren, begann man über die Bedingungen zu verhandeln. Dabei erwiesen sich die Holländer in ihrer bereits mehrfach erprobten Treulosigkeit. Die Niederlagen der Armee gaben der demokratischen Partei Veranlassung, die öffentliche Meinung neuerdings zu beeinflussen und die Stellung des Prinzen Statthalters zu schwächen. In ihrem Interesse war es gelegen, möglichst rasch den Frieden herbeizuführen; wenn dies auf Kosten des Kurfürsten von Brandenburg geschehen konnte, so erreichten sie einen doppelten Zweck, einerseits bessere Bedingungen für sich und andererseits die Demütigung desjenigen Fürsten, der für die oranisch gesinnte Partei am meisten gethan hatte. Daß dies zugleich der Retter ihres Staates war, der längst nicht mehr bestanden hätte, wenn der Kurfürst von Brandenburg sich mit Ludwig XIV. verbunden und an der Auftheilung der Staaten teilgenommen hätte, hinderte die Hochmögenden nicht, ihn ohne Bedenken preiszugeben. Schon war es ihnen gelungen, der Vermehrung der Macht des Draniers einen Niegel vorzuschieben, sie hatten es zu verhindern gewußt, daß die Staaten das Beispiel Gelderns nachahmten, das dem Prinzen die Souveränität angetragen hatte. Dranier hatte dem Frieden lange widerstrebt, er konnte es nicht mehr, seitdem Karl II. von England sein Schwiegervater und er, als Gemahl der Prinzessin Marie, bei der Kinderlosigkeit des Königs und seines Bruders York ein naher Anwärter der Krone von England geworden war. Er

hatte zwar vermeint, das Inselreich zum Beitritte zur Verbindung gegen Frankreich bewegen zu können, er vermochte es jedoch nicht durchzusetzen, das Parlament, das bereits im schroffsten Gegensatze gegen den König stand, bedurfte des Friedens. Spanien war so machtlos, daß seine Entschließungen überhaupt nicht mehr ins Gewicht fielen; von den 28 Millionen, welche die Silberflotte aus den südamerikanischen Besitzungen gebracht hatte, konnte die spanische Regierung kaum die dringendsten Gläubiger, die Pensionen und Gehalte der großen Würdenträger in Madrid und Wien bezahlen, für die Armee blieben ihr kaum 100 000 Thaler und dem Kurfürsten von Brandenburg blieb sie 14 Tonnen Goldes, genau 1365 106 Thaler, schuldig. Der kaiserliche Hof weigerte sich standhaft, Brandenburg den Besitz von Pommern zu garantieren, er fand es für wichtiger, daß Spanien die Franche-Comté behalte, und zeigte seine Geneigtheit, die Eroberungen, „die noch nicht vollständig seien“, aufzugeben.

Wenn es überhaupt noch möglich war, Brandenburgs Recht auf eine Entschädigung durch Pommern geltend zu machen, so mußte dieses Recht durch neuen Waffenruhm unterstützt werden. Die Hoffnung darauf war nicht unbegründet. Mitte September landeten die Dänen, von der Flotte unter Admiral Tromp geleitet, auf der Insel Rügen, Christian V. besetzte sie mit Ausnahme der „Neue Fähre“ genannten Schanze gegenüber Stralsund, wo sich Graf Königsmarck noch immer hielt. Ende September war Stettin gänzlich eingeschlossen, es begann die Minenarbeit. Aber es verging der Oktober, der November, Besatzung und Bürgerschaft wies mehrfache Aufforderungen zur Uebergabe zurück, sie hofften noch immer auf Entsatz durch Königsmarck. Ein Bollwerk nach dem anderen mußte einzeln genommen, um jede Palissade gekämpft werden. Es nahte die Weihnachtszeit, die lüneburgischen Truppen sollten in die Winterquartiere abziehen, der Kurfürst, trotz der Gicht immer im Lager und an den bedrohlichsten Punkten gegenwärtig, um seine Soldaten anzueifern, erklärte, „er wolle sich lieber vor der Stadt begraben lassen, als fortgehen“. Am 22. Dezember war man unmittelbar an der Stadtmauer, ein Stück derselben wurde niedergelegt, der Generalsturm in sicherer Aussicht. Endlich richtete General Wulffen an seinen ehemaligen Waffengenossen General von Ende ein Schreiben, worin er sich zur Uebergabe bereit erklärte. Er wolle „die Jungfer, die sich so lange bewährt und verteidigt, in die Arme des Durchlauchtigsten Anwerbers liefern“ und über die Bedingungen mit einem Kommissar verhandeln. Es wurde ihm geantwortet, letzteres widerspreche den Kriegsmaximen, er sollte so bald als möglich seine und der Stadt Bevollmächtigte ins Lager senden, „weil alle Praeparatoria schon fertig seien, dieser Jungfrau ohne langweiliges Behandeln beizukommen“. Der Kurfürst erwies sich gegen die Stadt, welche vorher auf das Heftigste gegen ihn geeifert und Schmähungen von den Kanzeln der lutherischen Prediger zugelassen hatte, überaus gnädig und trachtete durch Großmut, durch Förderung der Handelsinteressen, durch Wahrung der städtischen Freiheiten die Bürgerschaft von der Wohlthat brandenburgischer Regierung zu überzeugen. Es gelang ihm in der kürzesten Zeit.

Der Fall von Stettin hat allenthalben großes Aufsehen gemacht, die Belagerung gereichte beiden Theilen zur Ehre; sie wurde vielfach in Versen gefeiert. Joachim Ernst Freiherr von Kittlitz schrieb ein Gedicht „Unterthänigste

Auffwartung Bey gehaltenem Triumph und Einzug S. Churfürstlichen Durchlaucht zu Stettin, Friedrich Wilhelm, Churfürsten von Brandenburg etc., verlettert . . .“, ferner erschien „Untertänigste Freuden-Bezeugung bei Eroberung der Stadt Stettin, an den Tag gegeben von einem Kurfürstl. Neu-Märdischen Cüstrinischen Unterthan und Diener“ (15 sechszeilige Strophen), ferner „Der sämtlichen Studierenden zu Franckfurt Sieges-Palmen, S. Chur-Fürstl. Durchl. bey der von G. Löbl. Universität daselbst gehaltenen Glück-Wunsch-Rede Unter einer angestellten Musik unterthänigst vorgetragen Am 1. Januar Anno 1678“. Die Siegesfeier an genannter Universität wurde mit den Worten geschlossen:

„So kann des Adlers Donnerstrahl den stolzen Greif zur Demut bringen,
So kann der grosse Märcker Schuß der Mark zum Ruhm den Löwen zwingen,
Die starke Kronen können nicht vor eines Brennuß Szepter stehen
Drum preise deinen Sieges-Helb, du weit-belobtes Mark-Athen.“¹⁾

Der Krieg des Jahres 1678 zerstörte leider den guten Eindruck, welchen der Sieg des Kurfürsten hervorgerufen hatte. Noch im Januar landete Graf Königsmarck mit 3000 Mann bei der „Neuen Fähre“ in Rügen und schlug am 18. d. M. die stärkere dänische Armee unter General Rumohr, die fast gänzlich gefangen genommen wurde. Ludwig XIV. stellte sich in eigener Person an die Spitze seines Heeres in Flandern, nahm Gent (9. März) und Ypern, England, welches mit den Staaten einen Allianzvertrag zur Herstellung des Friedens geschlossen hatte, war aber trotzdem zum Bruche mit Frankreich nicht zu bewegen. Seit der Verbindung der Dranier mit den Stuarts war die Opposition im Parlament, welche früher zum Kriege gedrängt hatte, der französischen Diplomatie wieder näher getreten. In Nymwegen feierte das französische Wesen die glänzendsten Triumphe. Alles sprach französisch und überbot sich in Nachahmung der Moden von Versailles. Der König legte am 15. April die Grundzüge eines Friedens vor, der den Kurfürsten von Brandenburg — gänzlich unberücksichtigt ließ. Als Grundbedingung wurde an erster Stelle die Wiederherstellung Schwedens in seinen Besitz vor dem Kriege erklärt, die Ehre des Königs von Frankreich verlange es, daß sein Bundesgenosse vollständig schadlos gehalten werde. Dergleichen müssen der Herzog von Gottorp und der Bischof von Straßburg in ihre Besitzungen eingesetzt, Prinz Wilhelm von Fürstenberg aus der Haft entlassen werden. Vom Deutschen Reiche verlange der König gar nichts, er strebe nichts anderes als die Wiederherstellung des westfälischen Friedens an; statt Philippsburg aber werde er Freiburg behalten, wenn man es nicht vorziehe, den Rücktausch vorzunehmen. An Spanien wolle er acht Plätze, darunter Charleroi, Limburg, Dubenarde, Kortryk, Gent zurückgeben, alle übrigen eroberten Orte und die ganze Fianche Comté müßten jedoch bei Frankreich verbleiben, den Staaten sollte Maastricht zurückgestellt werden, der Herzog von Lothringen könne sein Herzogtum unter denselben Bedingungen, die im Pyrenäischen Frieden fest-

¹⁾ Der Schwedischen Inclination gute Gesundheit. Gedruckt im Jahr 1678. (Kgl. öffentl. Biblioth. in Dresden. H. Germ. 209, 10.)

gefeßt worden wären, erhalten oder man würde es ihm gegen Austausch von Nancy und Toul einräumen, dagegen Marsal und die Militärstraße von Paris nach Nancy und von da nach Metz, Breisach und Burgund behalten.

Die Generalstaaten kamen bei diesen Vorschlägen am besten weg, sie waren nahe daran gewesen, alles zu verlieren, nun blieb ihnen nahezu alles, was sie vordem besaßen. Während die übrigen Verbündeten in ein Entsetzen über die Frechheit und Anmaßung Frankreichs gerieten, Herr Baron Hoher in Wien erklärte, „es sei die größte Ungerechtigkeit der Welt, die erschrecklichste Sache, von der er sein Lebtag in den Historien gehört“, ließen die staatlichen Gesandten durchblicken, daß man ihrerseits jeden Frieden annehmen werde, den man überhaupt bekommen könne. Auch Oranien war verzagt, er hatte sich überzeugt, daß die Hilfe von England, die er gehofft, nicht zu erwarten sei, es gab kein Mittel für ihn, die Staaten von den besonderen Verhandlungen abzuhalten, die am 1. Juni thatsächlich im Hauptquartier des Königs begannen und zum Abschlusse eines Waffenstillstandes führten, der bis zum 12. August zu dauern hatte. Die Staaten erstrebten nichts weiter als das Versprechen Ludwigs XIV., daß er die acht flandrischen Städte sofort beim Friedensschlusse räumen werde. Bisher hatte er sich dahin geäußert, er werde die Räumung Pommerns von seiten Brandenburgs abwarten. Nun vermittelte Schweden, dem an dem Austritte Hollands aus der Koalition am meisten gelegen war. Es bewog Frankreich, sich mit der Erklärung der Staaten zufrieden zu geben, daß sie den Feinden Schwedens fernerhin keinen Beistand leisten wollen. Dies geschah in letzter Stunde. Oranien hatte gehofft, daß das Friedenswerk an der Weigerung König Ludwigs, die in Rede stehenden Festungen aufzugeben, scheitern werde. England war kriegslustig geworden, hatte Truppen gesendet, mit welchen Oranien Mons entsetzen zu können meinte, am 26. Juli noch war eine Verabredung zwischen England und Holland getroffen worden, welche auf einen gemeinsamen Feldzug gegen Frankreich gerichtet war — als endlich in der Nacht vom 10. auf den 11. August die Verständigung zwischen den französischen und staatlichen Bevollmächtigten in Nymwegen zustande kam. Der Friede wurde auf die Bedingungen hin geschlossen, welche der König im April als seine Willensmeinung bekannt gegeben hatte. Spanien wurde in denselben eingeschlossen, es unterzeichnete zu Nymwegen am 17. September, nachdem die sizilischen Empörer von Frankreich preisgegeben worden waren.

Der Prinz von Oranien hat noch drei Tage nach dem Friedensschlusse, vielleicht ohne von ihm unterrichtet zu sein, vielleicht in der Absicht, um die Staaten durch einen Erfolg im Felde wieder etwas mutiger zu machen, einen Ueberfall gegen das Lager des Marschalls Luxemburg bei St. Denis ausgeführt und dabei anfangs auch große Fortschritte gemacht. Das brandenburgische Hülfscorps unter General Spaen hatte dabei vortreffliche Dienste geleistet. Einen entscheidenden Sieg, der die Aufhebung der Belagerung von Mons hätte nach sich ziehen müssen, vermochte er jedoch nicht zu erzielen, und somit hat er am darauf folgenden Tage den Kampf nicht fortgesetzt, sondern den Friedensschluß anerkannt.

Am Rhein standen die Dinge für die Kaiserlichen auch nicht sehr günstig. Der Herzog von Lothringen brachte es mit seinen 40 000 Mann zu keinem nam-

haften Vorteil gegen Crequi, der den Krieg, solange es anging, auf dem rechten Rheinufer, in der Gegend der Waldstädte, von Säckingen bis an die Kinzig, führte. Später bemächtigte er sich Kehls und der Rheinbrücke bis zur Sternschanze. Lothringen ging bei Philippsburg über den Rhein und bis zur Lauterlinie in der Absicht, Straßburg zu decken, griff aber schließlich den Marschall, der sich ihm an der Lauter gegenüberstellte, nicht an, sondern bezog schon im Oktober, verdrießlich über die Erfolglosigkeit seiner Unternehmungen, die Winterquartiere.

Friedrich Wilhelm von Brandenburg dagegen schritt im Norden von Sieg zu Sieg. Er hatte sich zwar dem Kaiser erboten, nochmals mit 16—20 000 Mann an den Rhein zu ziehen, wenn es ihm ernstlich darum zu thun wäre, den Krieg bis zu einem „reputierlichen“ Frieden zu führen. Man machte aber in Wien allerlei Schwierigkeiten, verlangte, „daß die Alliierten ihre Völker unter Kommando der kaiserlichen Generale stellten, daß sie in betreff des Quartierwesens sich der kaiserlichen Disposition unterwürfen, daß sie wegen der Konquesten nichts Verbindliches vorausbestimmt zu sehen begehrten“. Daraufhin fand es der Kurfürst für angezeigt, sich mit ganzer Macht gegen die Schweden zu wenden, wo er die Angelegenheiten in der eigenen Hand behielt, und ließ den Kaiser seine Sache am Rhein allein ausfechten. Wie kläglich das ausfiel, haben wir gesehen. Die dänische Flotte hatte nicht die genügende Anzahl von Schlepsschiffen mitgebracht, als sie am 18. August vor Rügen ankam, um die Eroberung der Insel zu unterstützen. Der Kurfürst ließ durch seine Offiziere alle nur immer brauchbaren Fahrzeuge an der pommerschen Küste zusammensuchen und brachte binnen drei Wochen 210 Schiffe und 140 Boote auf, mit welchen er die Landung von 6000 Mann Fußvolk und 3000 Reitern unternahm. Admiral Tromp, der die dänischen Dienste wieder verlassen hatte, stellte sich freiwillig dem Kurfürsten zur Verfügung und leitete die Auffahrt der Schiffe am 19. und 20. September. Während die Dänen an der nördlichen Küste bei Wittow einen Teil der schwedischen Besatzung beschäftigten, ließ der Kurfürst am 23. südöstlich zwischen Palmerort und Putbus landen. Die großen Schiffe mußten ans Land bugiert werden und deckten mit ihrem Feuer die Ausschiffung, welche mit überraschender Schnelligkeit ausgeführt wurde. Königsmarck wagte es nicht, bis ans Ufer vorzugehen, in der Befürchtung, von seiner Rückzugslinie nach Stralsund abgeschnitten zu werden. Er begnügte sich damit, von einer weiter zurückgelegenen Höhe die brandenburgischen und lüneburgischen Truppen, die unter den Generalen Schöning, Golz und Hallard herankamen, zu beschießen. Der alte Derfflinger hatte kaum seine 200 Dragoner auf den Pferden, als er auch sofort acht Schwadronen Schweden attackierte und in die Flucht schlug. Königsmarck zog sich in die gegenüber von Stralsund gelegene Schanze „Alte Fähre“ zurück. Derfflinger griff dieselbe am 24. morgens von zwei Seiten an, hieb einen Teil der Besatzung nieder und nahm den anderen samt 2500 Pferden gefangen.

Am 25. September wurde auch die Schanze „Neue Fähre“ erobert. Rügen war vollständig in den Händen der Verbündeten, Königsmarck mit 4000 Mann nach Stralsund geflüchtet. Tags darauf bemächtigte sich der Kurfürst des Danholm, einer mit einer starken Schanze versehenen Insel, von welcher aus die Stadt beschossen werden konnte. Während hierauf die Vorbereitungen zum

Bombardement getroffen wurden, versuchte der Kurfürst Unterhandlungen mit der Bürgerschaft anzuknüpfen, welcher schon vorher die Reichsfreiheit angetragen worden war. Sie wies ihn jedoch zweimal zurück, worauf Königsmarck sich auch jede fernere Einmischung in seine Verfügungen über den Platz verbat. Er hoffte, denselben so lange halten zu können, bis die Fortschritte der schwedischen Armee unter General Horn, welche von Livland aus in Preußen einfallen sollte, den Kurfürsten zum Aufgeben der Belagerung nötigen würden. Die Wirkung dieses Einfalles hatte er jedoch überschätzt. Er diente nur dazu, den Kurfürsten zur äußersten Kräfteanstrengung anzuspornen. Am 20. Oktober begann die Beschießung aus 65 Kanonen, 20 Mörsern und Haubitzen, den nächsten Tag schon wehte die weiße Fahne auf den Wällen der Stadt. Graf Königsmarck erklärte zwar dem General Schöning, er weiche dem Feuer nicht, wenn auch die Stadt darüber verbrenne, es half ihm aber wenig, da die Brände infolge heftigen Windes derart überhandnahmen, daß die Soldaten auf den Wällen nicht mehr vor dem Feuer sicher waren. Am 25. Oktober wurde die Kapitulation vollzogen, durch welche den schwedischen Truppen ehrenvoller Abzug gewährt wurde, Stralsund aber sich freiwillig unter die Regierung des Kurfürsten begab, ohne die Reichsfreiheit weiter zu beanspruchen. Am 16. November ging auch Greifswald nach kurzer Beschießung über und nun wurden die schwedischen Truppen in der Stärke von 4500 Mann nach Usedom gebracht, wo sie sich nach den schweren Strapazen erholen und dann in ihre Heimat zurückgeführt werden sollten. Graf Nebenac, außerordentlicher französischer Gesandter, der sich während des ganzen Feldzuges im schwedischen Hauptquartier aufgehalten hatte, war sofort nach der Einnahme von Stralsund mit seinem Gefolge entlassen worden. Von den schwedischen Soldaten kamen nur wenige in ihrem Vaterlande an. Sie fuhren in 21 großen Schiffen, von einer brandenburgischen Fregatte geleitet, bei Bornholm vorüber, gerieten während eines Schneegestöbers auf Klippen, fünf Schiffe sanken sofort, die übrigen saßen fest. Die Einwohner von Bornholm retteten von der Mannschaft, soviel sie vermochten, aber auch von diesen gingen viele infolge der ausgestandenen Kälte und an Hunger zu Grunde.

Ganz Pommern war von den Schweden gesäubert, das für uneinnehmbar gehaltene Stralsund genommen, dabei das brandenburgische Heer noch immer in trefflicher Verfassung, so daß der Kurfürst in Wien zusagen konnte, er wolle im nächsten Frühjahr 10—12 000 Mann zur Verfügung des Kaisers stellen, wo er sie nur immer nötig habe, und nebenbei der Schweden, die im Herzogtum Preußen eingefallen waren, wohl auch noch Herr werden. Am Niederrhein, wo nach Hollands Rücktritt von der Allianz der erste Stoß von französischer Seite erwartet werden mußte, stand schon jetzt General Spaen mit 6000 Mann, hinter ihm die braven Lüneburger, die an der Seite des immer siegreichen Kurfürsten mit Freuden ausgehalten hätten, wenn man auf kaiserlicher Seite entschlossen war, Frankreich die Spitze zu bieten. In Wien war man jedoch bereits in ein höchst bedenkliches Schwanken gekommen. Der Rücktritt Spaniens hatte sehr verstimmt, wegen Ungarns war man in steter Sorge, noch mehr aber machte sich die „Jalousie“ gegen Brandenburg bemerkbar. Der alte Montecuccoli ärgerte sich über den General Spaen, der seine Quartiere nach Westfalen verlegt hatte,

während dieses Gebiet der kaiserlichen Besatzung in Bonn zugewiesen worden sei. Herr von Hoher wurde sehr hitzig, wenn die Alliierten auf die Verpflichtung des Kaisers zur Fortsetzung des Krieges zu sprechen kamen, er sagte dem dänischen Gesandten: Kaiserliche Majestät sei nicht schuldig, den Krieg zu kontinuierieren, um andere groß zu machen; Herr von Crodoſow erhielt mehr und mehr den Eindruck, daß man mit hinhaltenden Versprechungen Zeit gewinnen wolle, um die Unterhandlungen über den Frieden um so besser zu Ende zu führen. Auf das hin wollte der Kurfürst wenigstens seine eigene Sache zu Ende bringen und das leisten, was in seiner Macht lag. Trotz seiner körperlichen Gebrechen beschloß er, den Krieg mit Schweden mit einem Winterfeldzug in Preußen neuerdings aufzunehmen.

Feldmarschall Heinrich Horn war mit 16 000 Mann in Preußen eingerückt, war an Memel vorbeimarschirt, ohne eine Belagerung zu versuchen, hatte Tilsit besetzt, in Insterburg, Friedland und Bartenstein seine Truppen ins Quartier gelegt. Königsberg wurde durch ein Corps von 5000 Mann unter General Görzke gedeckt, das anfangs Dezember in Preußen angelangt war. Am 17. Dezember war Derfflinger mit 4000 Reitern, 1500 Dragonern und 3500 Mann Fußvolk von Pommern aufgebrochen, am 20. Januar 1679 war er in Marienwerder, der Kurfürst mit dem Kurprinzen mit ihm. Horn dachte nicht daran, sich einem Zusammentreffen mit dem brandenburgischen Heere auszusetzen, er brach bei der ersten Nachricht von der Ankunft des Kurfürsten von der Alle auf und wandte sich nordwärts. Görzke setzte ihm sofort nach und nun begann eine Jagd, die zu den merkwürdigsten Erscheinungen der Kriegsgeschichte gehört. Am 23. Januar setzte sich der Kurfürst von Marienwerder in Bewegung, nachdem er für sein Fußvolk Schlitten zusammengebracht hatte, damit es den Reitern folgen könne. Es war ein harter Winter, Flüsse und Seen waren weithin mit festem, tragbarem Eise bedeckt, es gab kein Hindernis für diejenigen, die der eisigen Kälte zu trotzen bereit waren. Von Heiligenbeil ging es über das gefrorne Haff nach Königsberg, wo man schon am 26. Januar anlangte. Dort vernahm der Kurfürst, daß die schwedische Armee in ihrem fluchtartigen Rückzuge bereits über Insterburg heraufgekommen sei. Görzke hatte eine große Zahl von Gefangenen nach Königsberg gesendet, darunter den natürlichen Bruder des Königs, Gustav Carlson; es sollten nur mehr 8000 Schweden geschlossen marschieren.

Der Kurfürst wollte sie nicht ohne Angriff entkommen lassen. Er nahm an, sie würden sich scheuen, ihren Weg durch das öde Samogitien zu nehmen, sondern bei Memel vorüber nach Kurland zu kommen trachten. Mit Eilmärschen konnte er vor ihnen die Straße Heidekrug-Memel erreichen und sich ihnen dann entgegenwerfen. Am 28. Januar waren die Brandenburger in Labiau, die Schweden in Tilsit. Görzke und Henning von Treffenfeld erhielten Befehl, sie zum Gefecht zu zwingen und festzuhalten. Der Kurfürst ging von Labiau, wo er seine Gemahlin zurückließ, mit seinem Heere quer über das Kurische Haff und betrat bei dem Ort Gilge wieder das feste Land. Am 30. um vier Uhr früh wurde bei grimmiger Kälte aufgebrochen und bis Rukerneze marschirt. Mittlerweile hatte Henning bereits in gewohnter Weise seine Schuldigkeit gethan, den rechten Flügel der Schweden bei Tilsit unversehens angegriffen und ihnen schwere Verluste beigebracht. Die Schweden konnten es nicht fassen, daß ihnen die

Brandenburger an die Fersen gekommen waren. „Die in Tilsit haben nachmalen ausgesagt, daß diese Aktion bei der ganzen schwedischen Armee, auch bei der Generalität, eine solche unglaubliche Konsternation verurrsacht, daß keiner gewußt, was er anfangen sollte; in solchem Schreck brach der Feind, sobald es nur finster wurde, von Tilsit auf, ließ alles Getreide und andere Vorräte zurück und marschierte die ganze Nacht über die Memel nach Coadjuten (Kudjuthen)“.¹⁾

Die hiermit eingeschlagene Richtung bewies, daß man die Straße nach Heidekrug nicht mehr für sicher hielt²⁾ und dem Kurfürsten ausweichen wollte, mit dem zu schlagen unmöglich gewesen wäre. Man konnte sich des nachdrängenden Görzke schon nicht mehr erwehren. Horn entschied sich, um der Waffenstreckung zu entgehen, nach rechts auszuweichen und über Wojnuta durch die straßenlosen Schneefelder Samogitiens nach Riga zurückzueilten. Der Kurfürst gab die Hoffnung noch nicht auf, ihn zu fassen, verfehlte jedoch in der Dunkelheit der Nacht auf den Schneewüsten den Weg und mußte sich begnügen, ihm noch 1000 Reiter und 500 Dragoner unter General Schöning nachzujagen. Dieser griff ihn bei Telcze an, wo es zu einem wilden Verzweigungskampf kam, in dem sich die vornehmsten schwedischen Offiziere opferten, um ihren Leuten Mut zu machen; dann verfolgte er die Abziehenden bis zwei Märsche vor Riga. Hinter die Mauern dieser Stadt retteten sich 3000 Schweden, darunter 1000, die noch die Waffen führen konnten.

So waren die stolzen Schweden abermals in schimpflichster Weise heimgejagt worden, ohne daß sie es gewagt hatten, dem brandenburgischen Heere auch nur einmal die Spitze zu bieten. „Die Livländische Armee,“ schreibt ein Zeitgenosse,³⁾ „ging über die Düne (Düna) mit vollem Trompeten- und Pauenschall, alles in Jauchzen und Frohlocken: ‚Nach Preußen, nach Preußen!‘, aber da sie nach Riga wieder zurück angelanget, ist weder Trompeten noch Pauken zu hören oder zu sehen, ein jeder läßt den Schnabel und die Courage herunterfallen, und kann man fast niemand, der dieser Heze entwischet, vor Angst und Schrecken erzählen, ob er in Preußen oder anderswo gewesen, die meisten schwächen nur, wie es in Samogitien so übel durchzukommen; sie sehen, wo nur ein Blättlein rauschet, sich überall um, ob die Brandenburger nicht hinter ihnen sind; daher in Riga solch eine Furcht entstanden, daß von dieser Zeit an man die kleinen Kinder, welche sich sonst wegen des Popelmanns schrecken lassen, mit den Worten: ‚Die Brandenburger kommen!‘ zum gehorsamen Stillschweigen bringen kann.“

Und doch war alles Heldentum des Kurfürsten und seiner Getreuen, war Sieg und Ruhm und Blutopfer vergeblich — vergeblich für die augenblickliche Machtstellung des hohenzollerschen Staates! Brandenburg wurde von seinen Verbündeten preisgegeben. Den Holländern, deren Sache der Kurfürst allein

¹⁾ Aus der offiziellen Relation.

²⁾ Dronsen behauptet, Horn habe den „Weg zur Küste“ eingeschlagen. Er übersieht dabei die Lage Kudjuthens, das weit näher an der samogitischen Grenze und bereits jenseits der Straße nach Heidekrug liegt.

³⁾ In der „Anderen Klasse der Schwäch-Gesichter“. Dritter Teil.

vertreten hatte, als sie wehrlos von der Hand des zürnenden Königs von Frankreich den Todesstreich erwarten mußten, war der Kaiser gefolgt, dem der Brandenburger die Wege gewiesen hatte, um sich aus dem unwürdigen und erniedrigenden Abhängigkeitsverhältnisse zu demselben Könige zu einer sein Ansehen rettenden Stellung im Reiche emporzurängen, als dessen Kriegsgenosse er den Anfall der ganzen schwedischen Macht auf sich genommen hatte.

Am 5. Februar 1679 schlossen die kaiserlichen Gesandten in Nymwegen den Frieden mit Frankreich für das Haus Oesterreich und das Reich gemäß den Forderungen Ludwigs XIV. ab. Darin wurde der westfälische Friede in allen Punkten neuerlich in Kraft gesetzt, „als wenn solches Friedensinstrument allhier von Wort zu Wort einverleibt wäre“. An Stelle der dem Könige von Frankreich in diesem Frieden eingeräumten Stadt und Festung Philippsburg, welche der Kaiser durch seine Waffen wiedergewonnen hatte, wurde das von Frankreich eroberte Freiburg mit drei dazu gehörigen Dörfern gesetzt, zur Verbindung dieses Ortes mit Breisach eine Straße mit freiem Durchzug für Kriegsvolk, Vorrat und „alles, so zur Besatzung Freiburgs nötig“, eingeräumt. Der Herzog von Lothringen erhielt „für sich, seine Erben und Nachkommen in freien und vollkommenen Besitz diejenigen Lande, Dörfer und Güter, welche dessen Oheim Herzog Karl IV. Anno 1670 (als sie durch des Allerchristlichsten Königs Waffen eingenommen worden) besessen“, mit Ausnahme von Nancy, das Frankreich einverleibt wurde. Als Ersatz wurde die Stadt Toul an Lothringen abgetreten. Frankreich behielt auch die vier Militärstraßen von St. Dizier nach Nancy, von Nancy ins Elsaß, von Nancy nach Burgund und Metz in der Breite einer halben lothringischen Meile, so daß die auf diesen Strecken liegenden Ortschaften und Gebiete unter französischer Botmäßigkeit standen. Die Brüder Franz und Wilhelm von Fürstenberg wurden in alle Würden und Ämter, die sie vor dem Kriege innegehabt, wiedereingesetzt, Wilhelm nach Ratifikation des Friedens aus der Haft entlassen.

Im Artikel XXVI verpflichteten sich die beiden Monarchen, den Frieden auch zwischen Frankreich und der Krone Schweden einerseits, Dänemark, Braunschweig-Celle-Donabrück-Wolfenbüttel und dem Bischof von Münster andererseits ehestens zuwege zu bringen. „Im Fall aber wider Verhoffen sothane Bemühungen den erwünschten Zweck nicht erlangen sollten, so versprechen Ihre Kaiserliche Majestät, wie auch Kurfürsten und Stände des Reichs, welche in diesem Frieden begriffen sind, daß sie nach verfloßenem Stillstande vorbesagten der Kronen Frankreichs und Schwedens Feinden auf keine Weise, unter was Schein es auch sein möge, weder direkte noch indirekte Hülfe leisten, noch bemeldeten Kronen Frankreichs und Schwedens in diesem Kriege einige Hindernisse zufügen noch gestatten wollen, daß mehrgedachter Kronen Frankreichs und Schwedens Feinde außerhalb ihrer Landen in dem Reich einige Winterquartier oder Lager haben sollen.“ Als Etappenstationen erhielt Frankreich für den Krieg gegen die genannten Staaten acht Orte, darunter Berviers, Aachen, Düren und Neuß mit vollem Besatzungsrecht zugesprochen. Die Abtretung aller Plätze, welche entgegen dem münsterischen Frieden in Besitz genommen worden seien, mußte binnen Monatsfrist nach der Ratifikation durchgeführt werden.

An demselben Tage, als der Kaiser in Nymwegen, schlossen die Braunschweiger Herren in Celle mit dem Grafen von Nebenac den Frieden auf Grundlage der Rückgabe des Herzogtums Bremen an Schweden. Dafür trat ihnen letzteres die Vogtei Dornern und das Amt Thedinghausen freiwillig ab und gewährte Frankreich noch außerdem eine Entschädigung von 300 000 Reichsthalern. Während des noch folgenden Krieges sollten die Braunschweiger neutral bleiben, jedoch in der Weise, daß sie Brandenburg unter allen Umständen den Aufenthalt und Durchzug durch ihre Lande versagen mußten, während es ihnen freistand, französische und schwedische Truppen aufzunehmen.

Der neue Bischof von Münster, Ferdinand von Fürstenberg, zugleich Bischof von Paderborn, schloß seinen Frieden mit Frankreich und Schweden am 29. März unter ähnlichen Bedingungen. Er ließ sich von jeder der beiden Kronen je 100 000 Thaler bezahlen und wirkte sich für den Kriegsfall Schonung seines Gebietes aus.

Brandenburg und Dänemark standen nunmehr allein gegenüber Frankreich und Schweden. Von ersterem verlangte man, daß es sämtliche Eroberungen der letzten vier Kriegsjahre, die es erst dann gemacht hatte, nachdem Schweden ohne Kriegserklärung in die Marken eingefallen war, bis auf das letzte Dorf herausgeben solle, widrigenfalls Kaiser und Reich und alle bisherigen Verbündeten ruhig zusehen wollten, wie Frankreich und Schweden ihm Pommern mit Gewalt der Waffen wieder abnehmen würden. Ja es war gar auch nicht ausgemacht, daß sich die beiden Kronen mit der Wiedergewinnung Pommerns begnügen mußten; wenn der Krieg fortging, so konnte Brandenburg auch andere Gebiete verlieren. Dann brauchte auch der münsterische Friede nicht mehr zu gelten, Minden, Halberstadt, Magdeburg konnten auch an andere Reichsstände vergeben werden.

In Wien stellte man sich anfangs sehr überrascht, sprach von Vollmächtsüberschreitungen der kaiserlichen Gesandten und schob die Schuld der Beschleunigung des unerwünschten Abschlusses auf den Kurfürsten, welcher seinen Rat Meinders behufs geheimer Abmachungen nach Paris gesendet habe. Die Schimpfpflicht des Verhaltens gegen Brandenburg, von dessen Siegen die Welt widerhallte, wurde allgemein empfunden. Der Kaiser schämte sich und nahm schweigend die Gratulationen der Gesandten entgegen. Sein Schwager Lothringen schrieb ihm, er wolle lieber auf seine Erbländer verzichten, als sie unter so schmachvollen Bedingungen annehmen, aber man fand keinen Ausweg mehr, ohne große Opfer und Gefahr seine Ehre zu retten. Was man von Brandenburg forderte, daß es die Braunschweiger beim Bündnis erhalte, daß es Bürgschaft für die Ruhe der Kurfürsten von Baiern und Sachsen übernehme und die Aufstellung eines Reichsheeres von 40 000 Mann am Rheine besorge, das war vor einigen Monaten durch festes Zusammengehen von Oesterreich und Brandenburg erreichbar gewesen — jetzt war es zu spät dazu, am wenigsten aber konnte der Kurfürst allein das leisten, was der Kaiser im Bunde mit ihm nicht durchsetzen zu können glaubte. Die ganze Situation hatte etwas Unerklärliches, Rätselhaftes an sich, weil man den wahren Grund der Unterwerfung unter das Gebot Frankreichs nicht angab: die Furcht vor Brandenburg.

Der Kurfürst hatte sich in seinen Siegen eine feste Stütze für den Anspruch

auf Entschädigung zu schaffen geglaubt, er hatte das Gegenteil erreicht. Alle Glieder des Reiches, von dem Träger der heiligen Krone bis zum letzten Rats Herrn irgend einer souveränen Gemeinde, waren von einem Gefühle der Beängstigung vor dem Mißstande durchdrungen, der nicht abließ, seine Feinde, wo er sie traf, aufs Haupt zu schlagen. Was in den letzten Jahrzehnten in den kurbrandenburgischen Landen vorgegangen war, das war mehr als vorübergehendes Glück, mehr als die gewohnte landesfürstliche Geschäftspolitik, das war die Aeußerung neuen Lebens, eines fremdartigen Geistes, so gar nicht nach Reiches Art. Dem durfte man nicht weiteren Vorschub leisten, wenn es bei der bewährten Libertät verbleiben sollte. Der Dolmetsch dieser Anschauungen am kaiserlichen Hofe war des Kaisers Schwiegervater Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg, der bei allfälligen Unglücksfällen, die über Brandenburg kommen konnten, die Erwerbung von Kleve in Aussicht hatte. Im Reichstage zu Regensburg frohlockte man über den Frieden und keine einzige Stimme wurde laut, die von einem Unrechte gesprochen hätte, das dem tapfersten aller Mißstände durch denselben angethan wurde. Wie sollte man von Habsburg mehr Treue und mehr Gerechtigkeitsinn erwarten, von jenem Hause, das ja längst nicht mehr gewohnt war, sich als ein deutsches zu fühlen, dessen Macht auch ohne die Kaiserkrone gegen alle Potentaten Europas bestehen konnte? Gerade seit den letzten Wahlstürmen war sein Einfluß im Reiche bedeutend gestiegen, Oesterreich hatte sich des Brandenburgers sehr gut zu bedienen gewußt, um die Bahn für eine etwas freiere Kaiserpolitik zu ebnen. Der Kurfürst hatte Leopold die Krone gesichert, er hatte den Rheinbund unschädlich gemacht und die Bestrebungen der von Frankreich geleiteten Stände durchkreuzt, durch ihn war Schwedens Unschädlichkeit gründlich dargethan worden. Es fehlte nichts, als daß er selbst wieder auf das Niveau einer bescheidenen Kurmacht zurückgesetzt und dem allzu kühn sich aufschwingenden Adler die Flügel gebührend beschnitten worden wären, um die kaiserliche Gewalt auf eine kaum mehr für erreichbar gehaltene Stufe zu erhöhen. Schon trug man sich in Wien mit Plänen, die an die Wallensteinschen Bestrebungen erinnerten, man glaubte ein Heer für immer auf Reichskosten im Reiche erhalten zu können, das war doch nur durchzusetzen, wenn der ständischen Opposition die Spitze abgebrochen wurde, indem man Brandenburg demütigen und durch Verzweiflungskriege schwächen ließ.

So war die Eifersucht Oesterreichs gegen Brandenburg bereits die Veranlassung zu einer entscheidenden Wendung in der Geschichte unseres Volkes geworden, ein Zustand hatte begonnen, der durch volle zwei Jahrhunderte andauern sollte und die Neugestaltung des deutschen Staates so lange aufhielt, bis sie von dem einen der beiden Rivalen gegen den Willen des anderen erzwungen werden konnte. Es war eine der merkwürdigsten politischen Ahnungen, die zwar noch dunkel und unbestimmt, aber doch ununterdrückbar auf die Politik Oesterreichs einwirkte, seit der große Kurfürst begonnen hatte, aus dem schwerfälligen Gefüge eines Reichsstandes heraus eine deutsche Macht zu schaffen, die fest auf ihren eigenen Füßen stand und die Wagschale der europäischen Verbindungen sinken machte, in welche es sein sieghaftes Schwert warf.

Für Friedrich Wilhelm war der Abfall seiner Verbündeten ein schwerer Schlag, der das stolze Herz des starkfühlenden Mannes mit Empörung und

heftigstem Unwillen erfüllen mußte. Wer sich die Anstrengungen vergegenwärtigt, unter welchen er die Züchtigung Schwedens durchgeführt hatte, die Sorgen erwägt, mit denen er Jahr um Jahr ins Feld gezogen war, die Errungenschaften eines Lebens aufs Spiel setzend, um dem ungetreuen Nachbar das Land wieder abzurufen, das ihm mit Verhöhnung alles Rechtes und jeder Billigkeit durch den Machtspruch Frankreichs entrispen worden war, wer da mitfühlen kann, wie ihm bei jedem neuen Siege die Hoffnung wuchs, durch die eigene Kraft und Leistung doch noch das ersehnte Ziel zu erreichen, wie sich mehr und mehr die Ueberzeugung in ihm befestigte, man könne ihm doch unmöglich alles wieder nehmen, was er mit seinem prächtigen, von Europa bewunderten Heere in seine Gewalt gebracht hatte, den kann es nicht befremden, daß von der grausamen Täufchung an, die ihm der Friedensschluß zu Nymwegen bereitete, das Gemüt dieses Mannes verbittert und die Anhänglichkeit an das Reich, das ihm so böse mitgespielt, fast ausgelöscht sein mußte.

Er harrte im Widerstande gegen Frankreichs Zumutungen aus, solange noch die leiseste Hoffnung zu einer günstigen Wendung vorhanden war, er überlegte wohl auch, ob er sein Heer nicht auch wie jener Friedländer so groß und stark machen sollte, daß es sich selbst zu erhalten vermöchte, aber er war ein Hohenzoller und kein böhmischer Emporkömmling, ein Fürst, dem Gott Land und Leute gegeben, damit er sie schütze und erhalte, nicht damit er aus ihnen die Bürger ihrer Brüder mache und ein neues Geschlecht von Bauernschindern und rohen Soldknechten heranziehe. Die harten Gedanken, welche die erste Aufwallung erzeugt, wichen bald jener ruhigen Ueberlegung, jener großen Auffassung aller Verhältnisse, in welcher diesem Fürsten noch kein anderer gleichgekommen ist. Sein treuer Meinders in Paris hatte peinliche Monate zu verleben, er sollte nur Schritt um Schritt nachgeben, zu retten versuchen, was nur immer zu retten war, vor allem Stettin. Man behandelte den brandenburgischen Geschäftsträger in Paris mit aller Achtung; für eine Heldenkraft, wie sie der Kurfürst erwiesen, war dem ritterlichen Frankreich das Verständnis noch nicht abhanden gekommen, die Kavaliere Ludwigs des Großen waren ja doch eine etwas anständigere Gesellschaft, als die Börsen- und Boulevardgrößen unserer Tage! Aber der König blieb hart und drängte mit Ungebuld auf Entscheidung. Ludwig schrieb dem Kurfürsten, der ihm damals schon Allianzträge mit der Aussicht auf die Kaiserwahl gemacht haben dürfte, am 5. März: „Ich habe mit Vergnügen in den Anträgen auf engere Verbindungen sichere Zeichen Ihrer Zuneigung für meine Angelegenheiten wahrgenommen, und ich glaube denselben am besten zu entsprechen, wenn ich Ihnen meine Bereitwilligkeit zu erkennen gebe, die durch die letzten Unruhen unterbrochene Freundschaft wiederherzustellen. Aber je größere Befriedigung mir der Ausdruck Ihres Wunsches gewährt, die Bande dieser Freundschaft zu erneuern und für die Zukunft zu verstärken, desto mehr muß ich bedauern, daß die Fortdauer Ihrer Handel mit Schweden dies verzögert. Ich will Ihnen meine Verpflichtungen gegen diese Krone nicht auseinandersetzen; ganz Europa kennt dieselben; ich will Ihnen nur sagen, daß es mir, der ich immer Herstellung des Friedens im ganzen Reiche gewünscht habe, zur größten Freude gereichen würde, denselben durch Ihre Ausöhnung mit der

gedachten Krone sichergestellt und mir freie Hand gelassen zu sehen, Ihnen, wie ich es wünsche, alle Beweise meiner Achtung und Zuneigung zu geben.“

Louvois kündigte den Gang des bevorstehenden Feldzuges an: „Man werde erst Lippstadt nehmen, Minden werde keine Mühe machen, dann komme Halberstadt, Magdeburg an die Reihe, man werde endlich nach Berlin gehen. Es fehle dem Könige nicht an Bundesgenossen; auf Lippstadt habe Köln ein altes Anrecht, für Minden, Halberstadt, Magdeburg sei mehr als ein Fürst bereit, sich dem Könige anzuschließen.“ Und so war es in der That. Schon war die Begehrlichkeit nach brandenburgischem Besitze an deutschen Fürstenhöfen rege geworden und brachte kühne Hoffnungen ans Tageslicht: bei Sachsen auf Kleve, das man noch nicht aufgegeben, bei den Braunschweigern auf die Fürstentümer, die an ihre Gebiete grenzten. Schweden rüstete zu einem Rachezuge in Preußen und Polen ließ erraten, daß es diesmal auch von der Partie sein wolle. Die militärischen Vorbereitungen Frankreichs aber waren von der Art, daß man noch mehr erwarten konnte, als einen Feldzug gegen Brandenburg. Noch hielten seine Heere alles fest, was von ihnen erworben worden war, und mit der Herstellung der Verhältnisse, die der westfälische Friede geschaffen, beeilte sich niemand. Der Breisgau, das Elsaß, Lüttich, Lothringen waren besetzt, 50000 Mann sollten für den Oberrhein bestimmt sein, in Dünkirchen sammelte sich eine Armee und eine Flotte — konnte sie nicht für England bestimmt sein, wo es den Katholizismus und die Neigung der Stuarts für denselben zu verteidigen galt? Man vermochte auch im Haag die schweren Sorgen nicht mehr zu verbergen, welche das rücksichtslose Vorgehen Frankreichs hervorrief. Sie steigerten sich, als man wahrnahm, daß der Kurfürst dem Könige Zugeständnisse machte, die den Nachbarn gefährlicher schienen, als ihm selbst. Am 3. Mai wurde ein Vertrag zu Xanten geschlossen, welcher den Waffenstillstand bis zum 18. d. M. verlängerte, dafür aber Wesel und Lippstadt den Franzosen einräumte. Dem Kurfürsten lag alles daran, Zeit zu gewinnen, bis seine Regimenter von Preußen herankamen und an der Weser Stellung nehmen konnten. Er hoffte von Woche zu Woche auf Aenderungen in der allgemeinen Lage, die er ausnützen könnte, um bessere Bedingungen zu erlangen. Vor allem durfte er nicht wehrlos erscheinen. Er war entschlossen, es auf den Angriff Frankreichs ankommen zu lassen.

Während Meinders zum zweitenmal mit den letzten Aufträgen des Kurfürsten nach Paris ging, erschien Marschall Créqui am Rheine. Der 18. Mai brachte das Ende des Waffenstillstandes und keinen Frieden; 30000 Franzosen fielen in die Grafschaften Mark und Ravensberg ein, es kam zu kleinen Kämpfen, da die durch Raub und Brand gereizten Bauern den Krieg auf eigene Faust begannen. Und sie führten ihn anders, als die Schnapphähne in den Auen des Oberrheines, sie gingen nicht auf Beute aus und nicht auf Lösegelder, sie schlugen in ihrem Grimme tot, wen sie trafen. Am 16. Juni erfolgte der erste Zusammenstoß mit den Truppen des Generals Spaen, der bei Minden seinen Stützpunkt hatte, am 21. wurden die Brandenburger nach einem fünfstündigen Gefechte bei Grobfeld gezwungen, sich hinter die Porta Westfalica zurückzuziehen. Créqui überlegte die Weser und schickte sich zur Belagerung von Minden an (3. Juli).

Meinders hatte indessen Vorschlag auf Vorschlag gemacht, ohne damit

Anklang zu finden, er hatte das ganze Kleve für Pommern angeboten, er hatte versucht, eine neue Teilung Pommerns durchzusetzen, König Ludwig blieb bei seiner Forderung, seinem Verbündeten alles wieder zuzuwenden, was ihm 1648 zugefallen war. Es konnte also nur jener Landstrich in Frage kommen, der Brandenburg noch nachträglich durch den Keßel von 1653 abgetrotzt worden war. Mit diesem mehr als kargen Gewinn mußte sich Meinders begnügen. Auf seinen Entschlüssen beruhte ja möglicherweise das Schicksal seines Fürsten. Eine ungeheure Verantwortung lastete auf ihm. Ließ er es zum Äußersten kommen, so konnte ein einziger Mißerfolg im Felde noch andere Provinzen als Pommern kosten, das gegen den Willen des Königs von Frankreich nicht zu behaupten war. Dänemark war schon in Unterhandlungen eingetreten. Schweden verlangte stürmisch die Fortsetzung des Krieges gegen das gänzlich vereinsamte Brandenburg, die Braunschweiger waren bereit, bei der Belagerung von Minden Hilfe zu leisten. Als Meinders am 27. Juni nach St. Germain kam, wo der König Hof hielt, um einen Tausch mit Stettin in Anregung zu bringen, wurde er damit abgewiesen. Pomponne, der die Unterhandlung führte, schilderte ihm den Unwillen und die Ungebuld des Königs und erklärte, daß er ihm nur noch einen Tag zur Ueberlegung zugestehen könne.

Am 29. Juni mittags war der Friede von St. Germain geschlossen, der Brandenburg um die Früchte von vier glorreichen Feldzügen brachte. Der Kurfürst blieb aber bei dieser Erledigung der schwebenden Angelegenheiten nicht stehen, er wollte seine Stellung für die Zukunft ins klare bringen. Was er that, geschah ganz. Hatte er Frankreichs Forderungen erfüllt, so sollte ihm dieses auch seinerseits wieder dienstlich sein, den ungetreuen Bundesgenossen und neidischen Nachbarn zu zeigen, mit wem sie es zu thun hatten. Den Welfen, die sich bereits als die Herren des niederländischen Kreises gebärdeten und Hamburg zum Widerstande gegen den Kurfürsten gereizt hatten, als er die ihm vom Kaiser auf Hamburg angewiesene Kriegskostenentschädigung von 150000 Thalern verlangte, sollte das Handwerk gelegt werden. Dies war nur möglich, wenn sich der Kurfürst aufs engste an Frankreich angeschlossen. Er war nicht doktrinär genug, um dagegen Bedenken zu haben. Er hatte dem Reiche mehr geleistet, als irgend ein anderer Stand, er hatte den alten Reichsfeind, der Deutschland für Jahrhunderte wirtschaftlich geschädigt hatte, vom Reichsboden vertrieben, trotzdem war das Reich nicht etwa nur ein müßiger Zuschauer der Vergewaltigung des Kurfürsten geblieben, es wollte ihn als Reichsfeind erklären, weil er auf der Behauptung dessen bestand, was ihm, als mit seinem guten Schwerte erkämpft, rechtmäßig zukam. Das Reich bedurfte seiner nicht, so mochte er zusehen, wie er ohne das Reich sein Fortkommen fand.

Der König von Frankreich hatte dem Kurfürsten 300000 Thaler angeboten zum Zeichen „seines besonderen Vergnügens, die alten freundschaftlichen Beziehungen mit ihm wiederhergestellt zu sehen“, der Kurfürst nahm sie dankbarst an und knüpfte die Bitte daran, dem Könige noch weitere Annäherungsvorschläge machen zu dürfen. Ludwig sandte den Grafen d'Estredes nach Berlin, dem der Kurfürst erklärte, „qu'il laisse la liberté au Roi de France de stipuler ce qu'il voudra“. Seinerseits verlangte er die Wahrung seines Rechtes auf Jägern-

dorf, die Sicherung der rückständigen spanischen und staatlichen Subsidien, Hülfe gegen Schweden, wenn es den Krieg allein fortsetzen wolle.

Am 20. Oktober wurde der geheime Allianzvertrag unterzeichnet, in welchem der König von Frankreich dem Kurfürsten von Brandenburg alle durch den westfälischen Frieden, den Bromberger Vertrag und den Frieden von St. Germain erworbenen Besitzungen und Rechte garantierte, ihm die moralische Unterstützung seiner rechtmäßigen Ansprüche zusicherte und eine Subsidienzahlung von 100 000 Livres durch zehn Jahre versprach, wogegen der Kurfürst den französischen Truppen, die im Reich marschieren sollten, den Durchzug, ja selbst die Einräumung seiner Festungen zusagte, und sich anheischig machte, bei der Wahl eines römischen Kaisers oder Königs dem Könige von Frankreich oder dem Dauphin seine Stimme zu geben.

Am 26. September war zwischen Schweden und Dänemark ebenfalls auf Grundlage des westfälischen und Kopenhagener Friedensschlusses der Friede von Lund geschlossen worden, der jedoch thatsächlich von Ludwig XIV. in Paris diktiert worden war und Schweden, das sich durch den nur im Interesse Frankreichs geführten Krieg doch wenigstens einige Vorteile zu erringen gehofft, aber keine erhalten hatte, gegen den Bundesgenossen sehr verstimmt. Darin lag für Brandenburg ein kleiner, aber nicht zu unterschätzender Gewinn.

Im Februar 1680 erst räumten die Franzosen die westfälischen Lande, nachdem sie daselbst in gewohnter Weise geschaltet und eine halbe Million Thaler erpreßt hatten.

Den Generalstaaten gab der Kurfürst seinen Unmut in harten Ausdrücken zu erkennen. „Es ist nicht leicht zu urteilen,“ schrieb er ihnen am 11. Juli 1679, „ob wir mehr Ursache haben, uns über diejenigen zu beklagen, die uns unter dem Vorwande des Krieges feindlich überziehen, oder vielmehr über diejenigen, um derenwillen uns dies alles widerfährt, und welche, anstatt der versprochenen und also schuldigen Hülfe, die so heilig aufgerichteten Bündnisse wider alles Völkerrecht aus den Augen gesetzt, indem sie zu eben der Zeit, da sie uns zur Fortsetzung des Kriegs am heftigsten vermahnt und dagegen alle Beständigkeit bis auf die letzte Stunde versichert, durch ganz unbilligen, einseitigen Frieden unerhörten Exempels uns und zugleich ihre eigene Sache gänzlich verlassen und dadurch uns alle Last des zu ihrer Errettung unternommenen Krieges aufgewälzt haben, als wenn es zu Euer Hochmögendem Troste gereichen könnte, daß der, welcher sie vom gänzlichen Untergange hat befreien helfen, zur Belohnung gänzlich ruiniert und unterdrückt werde.“ Er kündigte ihnen an, daß er seine Entschädigungsansprüche nicht aufgebe, sondern deren Anerkennung nötigenfalls erzwingen werde.

Prophetisch aber waren die Worte, die dem Kurfürsten bei der Ratifikation des Friedens von St. Germain in den Mund gelegt werden: ¹⁾ „Nicht der König von Frankreich sei es, der ihn zum Frieden zwingt, sondern der Kaiser, das Reich, seine Verwandten und Bundesgenossen; dereinst würden sie es bereuen, wozu sie ihn gezwungen, und ihr Verlust werde so groß sein, wie jetzt der seine.“ Und er soll dabei der Verse Virgils gedacht haben: „Einst ersteht aus meinen Gebeinen ein Rächer!“

¹⁾ Droyßen hält sie für beglaubigt.

Viertes Buch.

Erster Abschnitt.

Die Reunionen.

Der Friede von Nymwegen bezeichnete die Stellung der europäischen Hauptmächte mit aller Deutlichkeit; er war nur durch die Unterwerfung der Mehrzahl derselben unter das Gebot Frankreichs zustande gekommen. Die Herrschaft der französischen Nation über die anderen mit ihr in ähnlichen Verhältnissen sich bewegenden Völker war im großen und ganzen gesichert, die Geschichte hat sich für lange Zeit mit den wechselnden Formen dieser Herrschaft, wohl auch mit Stillständen und Unterbrechungen ihrer Entwicklung, vielleicht auch teilweisen Rückschritten, im wesentlichen aber doch mit einer stetigen Steigerung des französischen Einflusses zu beschäftigen, dessen Gipfelpunkt erst dann erreicht war, als die „große Nation“ ihre innere Kraft nahezu vergeudet und als Trägerin des Liberalismus ihre besten ursprünglichen nationalen Eigenschaften außer Wirksamkeit gesetzt hatte. Die Zeitgenossen bekamen kein richtiges Urteil über den durch den Frieden geschaffenen Zustand. In Deutschland ergingen sich die Patrioten zwar in heftigen Anklagen gegen die „Treubrichtigkeit und Gewaltthätigkeit der Krone Frankreich“, in zahlreichen Flugschriften machte sich der Unwille über die wachsenden Ansprüche und unerträglichen Anmaßungen Ludwigs XIV. Luft; die Einsicht aber, daß denselben bei den im Reiche herrschenden Zuständen und der politischen Auflösung, in welcher sich die Deutschen befanden, sobald kein Ende bereitet werden könne, fehlte allseitig. In welchen Täuschungen man lebte, darüber gibt die mehrfach besprochene Schrift „Kurzer Entwurff der des Hoch-Erz-Herzogischen Hauß Oesterreichs heutigen Reichs-Politic“¹⁾ überraschenden Aufschluß. Es mag sein, daß der Verfasser derselben die Anregung zu seinen Ausführungen aus den Kreisen der Wiener Regierung erhalten hat, obwohl ein innerer Grund, dies anzunehmen, nicht besteht. Aber selbst unter dieser Voraussetzung ist der Optimismus, der sich hier

¹⁾ Droysen beruft sich (Gesch. der preuß. Politik III, 3, 603) auf dieselbe, doch in einer von meiner wesentlich abweichenden Auffassung.

zu erkennen gibt, im Hinblick auf die thatsächlichen Verhältnisse und namentlich auf die nächsten Ereignisse, höchst bemerkenswert. Das „Haus Oesterreich“ begreift nach der Meinung dieses Politikus nicht nur die spanischen, deutschen, ungarischen Besitzungen der Habsburger, sondern auch das gesamte Deutsche Reich, und bildet einen „monarchischen, unabhängigen, majestätischen Staat“. „Die hochkurfürstlichen Reichsstände, als höchste, ordentliche Reichsräte, vornehmste Reichsglieder und Säulen, nächste Beisitzer des Oberhauptes, sonderlich das königliche kurfürstliche Reichsglied in Böhmen, die beiden hohen kurfürstlichen Statthalter (Sachsen, Bayern oder Pfalz?), nach diesen der große und vieler Reichsorten, Herzog- und Fürstentümer mächtige Kurfürst zu Brandenburg sind dem majestätischen Staate am nächsten.“ „Die heutige Reichspolitik des höchstgemeldeten Hauses ist ein wohlausgenommenes Stück der allervollkommensten Politik, die auf viel subtilere, klugere, vorsichtiger, bessere, den Reichsständen angenehmere Staatsursach gebaut, als diejenige in vorigen Zeiten.“ Vor Leopold war die Reichspolitik auf die Verbreitung des römischen Glaubens gerichtet, „mehr geistlich, oder, wie andere sagen, päpstlich“, während sie jetzt „cavalierisch und weltlich“ ist. „Vor allen Werken der reichsberühmten Politik leuchtet am herrlichsten hervor das hierdurch befestigte hohe Ansehen Ihrer Kaiserlichen Majestät nicht nur im Heil. Röm. Reich, sondern auch außer demselben bei den benachbarten Majestäten, deren Macht jezo nach seinem Willen und Vorteil bewegt oder gehehmt wird, dadurch folgender Weis das hochlöbliche Haus Oesterreich in einen solchen Stand gesetzt, daß es nie so hoch geehret, beobachtet und in allen zufälligen Begebenheiten angelanget worden als jezo, sogar daß fort Niemand im Reich etwas vornimmt oder laßt, ohne dessen Wissen und Willen. Durch diese Politik sind auch der Reichs-Ständ schädliche Mißbräuch ziemlich berramet (eingeschränkt) worden, als die Freiheit mit fremden Potentaten Bündnis zu machen, ihnen zu dienen, im Mittel- oder Neutralstand zu bleiben, fremde Waffen im Reich zu ziehen. Aus dieser ist auch entstanden die neu geschlossene sichere Verständnis mit Spanien und Holland zu merklichem Vorteil des Hauses Oesterreich und Nachteil Frankreichs.“

Wenn solche Aussprüche, die der Wahrheit Hohn sprachen, gedruckt wurden, mußte doch, wenn der Verfasser nicht selbst an ihre Richtigkeit glaubte, ein Leserkreis vorhanden sein, der sich davon überzeugen ließ. Nicht die staatsrechtlichen Ungereimtheiten, die in dieser Flugschrift verbreitet wurden, scheinen uns so sehr bemerkenswert, sondern die durch sie festgestellte Thatsache, daß die Deutschen von der Erbärmlichkeit ihrer Stellung gegenüber Frankreich noch nicht erfüllt waren, daß die Schmach der Niederlagen auf zwei Kriegsschauplätzen nicht allgemein empfunden wurde, daß man auf das geschlagene Oesterreich größeres Vertrauen setzte als auf das siegreiche Brandenburg. Aus derartigen Erscheinungen läßt sich der lehrreiche Rückschluß ziehen, wie unsicher es fast immer mit der Beurteilung näherer und nächstliegender Verhältnisse bestellt ist. Die Lobredner des „majestätischen Staates“ dürften wohl auch die kraftvolle Vertretung der deutschen Interessen zu Nymwegen bewundert haben. Die Ahnung von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller nationalen Kräfte in einer möglichst unbeschränkten Monarchie war vorhanden. Die Tradition wies auf den

Träger der Kaiserkrone als berufenen Vollstrecker des nationalen Willens, und alle Erfahrungen von dem Gegensatze, in welchem die Bestrebungen der Casa d'Austria mit den notwendigen Bedingungen einer Erstarfung des deutschen Volkes bei jedem ernstern Anlasse geraten mußten, reichten nicht hin, den Glauben an die Macht des habsburgischen Kaisertums zu erschüttern. Die aus partikularistischen Tendenzen entspringenden vorübergehenden Annäherungen einzelner deutscher Fürstentümer an die kaiserliche Politik erschienen als Vorboten dauernder Einigung, die aufgehende Sonne Brandenburgs machte den Eindruck eines Meteors, aber nicht den eines auf sicherer Bahn sich bewegenden Gestirnes.

Noch war das Jahr des Friedensschlusses nicht zur Reize gegangen, als es sich schon erwies, daß die Schwäche, welche das Reich dabei nicht hatte verbergen können, die Nachbarn anlocken mußte, sich auf Kosten des Reichs neue Rechte in demselben anzueignen. Da war zuerst Dänemark, das seine Truppen nicht auseinandergehen lassen wollte, ohne doch wenigstens einen kleinen Vorteil eingeheimst zu haben. Gegen das von Frankreich beschirmte Schweden war nichts weiter auszurichten gewesen, warum sollte nicht auf deutschem Boden ein Erfolg erzielt werden? Die in Holstein versammelte dänische Armee rückte in der Stärke von 17 000 Mann näher und näher an die Stadt Hamburg heran, begann Schanzen aufzuwerfen und Geschütze darin aufzustellen, so daß der Rat von Hamburg sich genötigt sah, durch eine Abordnung nach Pinneberg, wo Christian V. sich aufhielt, Aufklärungen über dieses Vorgehen zu verlangen. Da ward ihnen denn erklärt, der König sei entschlossen, die lange schwebende Frage von der Lehenshoheit der Herzöge von Holstein über Hamburg endlich zur Entscheidung zu bringen und die Huldbigung, wenn sich die Bürgerchaft nicht im guten dazu verstehen sollte, mit Gewalt zu erzwingen. Die Hamburger antworteten ihrerseits mit schleunigen Werbungen, setzten einen Teil ihres Gebietes unter Wasser und forderten den König von England auf, ihnen den im letzten Handelsvertrage zugesagten Schutz nunmehr angebeihen zu lassen. Die Zusage desselben geschah in so kühlem Tone, daß die Hamburger nicht allzuviel Vertrauen darauf fassen konnten; der Kaiser forderte sie zwar auf, Forderungen Dänemarks niemals nachzugeben, aber auch von dieser Seite würde die Belagerung kaum abgewendet worden sein, wenn sich nicht die nächsten Nachbarn, Brandenburg und Braunschweig-Celle ins Mittel gelegt hätten, ersteres, obwohl es selbst noch immer die Kriegskostenanweisung von Hamburg zu fordern hatte. Zu einer teilweisen Begleichung dieser Schuld mußte sich die Stadt daher auch bequemen, als Dänemark unter Anerkennung der guten Dienste, die Brandenburg und Celle bei den Verhandlungen geleistet, die „gehabte Ungnade gegen die Stadt“ fallen ließ und sich mit einer Entschädigung von 220 000 Reichsthalern und einer prinzipiellen Wahrung seiner Hoheitsrechte begnügte. In einer darüber am 30. Oktober ausgestellten Urkunde wurde auch der Friedensmahnung des Königs von Frankreich gedacht; von kaiserlicher Majestät geschieht darin aber keine Erwähnung.

Zu den unabwendbaren Folgen des Nymweger Friedens gehörte es, daß

Ludwig XIV. die Macht, welche er beim Abschlusse desselben bethätigt hatte, nun auch dazu verwendete, sich jener Besitzungen zu versichern, auf welche die Krone Frankreich bereits ein Recht erworben zu haben meinte, das auszuüben ihr jedoch bisher die Gelegenheit gefehlt hatte.¹⁾ Das Elsaß, welches noch lange nicht ganz und gar zur französischen Provinz geworden war, sollte es nun werden, der westfälische Frieden endlich in jenem Sinne zur Ausführung kommen, welchen die französischen Bevollmächtigten in Münster stets als den allein richtigen erklärt hatten. In den Paragraphen, welche von der französischen Satisfaction handeln, heißt es (§ 70): „Fürs erste soll die hohe Regierung, Jura superioritatis, auch alle andere Rechte, so bisher das Heil. Römische Reich an die Bistümer Metz, Toul und Verdun und derselben Städte und Gebiete, und benanntlich Moyenvic, gehabt, künftig auf eben solche Weise der Krone Frankreich zustehen und zu ewigen Tagen unwiderruflich incorporirt verbleiben, jedoch mit Vorbehalt des Juris Metropolitanani, so dem Erzstift Trier zukommt“, und weiter (§ 73) „thun die Kaiserl. Majestät für sich und dero Durchlauchtigstes Haus Oesterreich, wie auch das Römische Reich sich begeben aller Rechten, Eigentums, Herrschaft, Possession und Jurisdiction, welche sie bisher dem Röm. Reich und Haus Oesterreich zugestanden, an die Stadt Breisach, Landgraffschaft Ober- und Niederelsaß, Sundgau, die Land-Amtschafft der zeh'n im Elsaß gelegenen Reichsstädte, nämlich Sagenau, Colmar, Schlettstadt, Weißenburg, Landau, Obernheim, Rosheim, Münster im Thal zu S. Gregorii, Kaisersberg, Thürkheim, alle Dorfschaften und alle Rechte, welche zu besagtem Amt gehören, und übergeben solche alle und jedes besonder dem Allerchristlichen König und Kron Frankreich“ (§ 74) „und soll besagter Landgraffschaft beider Elsaß und Sundgau, wie auch das Landamt der bemeldten zeh'n Städte und dazu gehörigen Orte, wie auch alle Lehenleute, Landsassen, Unterthanen, Leute auch alle Rechte, Regalien und Zugehörungen, ohne einigen Vorbehalt mit aller Jurisdiction, Superiorität und supremo Dominio, von nun an zu immerwährenden Zeiten besagter Kron Frankreich zustehen und einverleibt sein, ohne der Kaiserlichen Majestät, des Römischen Reichs und des Hauses Oesterreich oder eines Anderen Widersprechung“ Dieser Text war in Münster beschloffen worden, trotz des Widerspruches der Reichsstände, welche sich dessen vollkommen bewußt waren, daß es sich dabei um eine wesentliche Aenderung in den staatsrechtlichen Verhältnissen handle. In wiederholten Beratungen war darauf hingewiesen worden, daß die Forderung Frankreichs hinsichtlich der Lehen der drei Bistümer und der Vogtei über die elsässischen Reichsstädte zurückgewiesen werden müsse. Das Konklusum des Fürstentages vom 17. August 1647 in Osnabrück spricht sich dahin aus: „man sehe nicht, wie von der Kron Frankreich eine Immediat- oder Mediat-Subjection obermeldeter Reichsstände behauptet werden könnte, sondern halte dafür, daß solche Beschaffenheit den Herren französischen Bevoll-

¹⁾ Eine sehr übersichtliche und genaue Darstellung des französischen Besitzstandes bieten Text und Karten des Werkes: Les acquisitions de la France par la paix Avecque Les Cartes Géographiques des Lieux mentionés dans les Articles de Traitez de Munster, des Pyrenées, de Lorraine, d'Aix-la-chapelle, de Nimmegue. Par P. Du Val Géographe Ordinaire du Roy. Paris, 1682.

mächtigten, sowohl durch die Herren Kaiserlichen Gesandten, als andere dienliche Wege, zu erkennen zu geben, der Zuversicht, die Herren Französischen, da sie von der eigentlichen Bewandnis und des Reiches Herkommen diesfalls Bericht empfangen, werden von dieser Präntension von selbst abstecken.“¹⁾ Die Reichsstädte hatten sich in einer Eingabe vom 24. Juli d. J. entschieden gegen die Einbeziehung in die französische Satisfaktion verwahrt und auf die Ungereimtheit aufmerksam gemacht, welche daraus entstehen müßte, wenn sie sowohl der Krone Frankreich, als auch dem Kaiser Eide schwören und alle Rechte, welche sie bisher Oesterreich eingeräumt hätten, dem Könige von Frankreich zugestehen sollten, „da doch Frankreich für keinen Stand des Reiches will gehalten werden und zumahl viel ein anderes Bedenken als mit einem Erzherzoge von Oesterreich auf sich hat“. Im April 1648 wurde von seiten Straßburgs der Antrag gestellt, die Reichsfreiheit der elsässischen Reichsstände solle im Friedensinstrumente besonders betont und deren Wahrung Frankreich aufgetragen werden, dagegen ließen die französischen Gesandten auf Anraten d'Alvauz jetzt die Ansicht vernehmen, Frankreich sei geneigt, Elfaß als Reichslehen zu übernehmen und dafür selbst die Standtschaft anzutreten. Es fanden sich katholische Reichsstände, welche damit sehr einverstanden waren und in der Aufnahme des Königs von Frankreich in das Corpus Catholicorum ein Gegengewicht gegen die Aufnahme Schwedens in das Corpus Evangelicorum erblickten. Die Sache wurde aber nicht weiter verfolgt, bis die Stände im September 1648, als man bereits von Tag zu Tag auf die Unterfertigung des Friedensinstrumentes wartete, eine Deklaration an den König von Frankreich erließen, worin sie versicherten, daß sie nur unter der Bedingung in die Abtretung der elsässischen Landgraffschaften willigten, daß das Verhältnis der im Elfaß befindlichen Reichsstände zum Reiche in keiner Weise gestört werde. Diese Deklaration wurde von Frankreich nicht beantwortet, der Friede aber auf Grund der bereits mitgetheilten Bestimmungen thatsächlich geschlossen. Noch vor der Ratifikation versuchten die Stände, eine Anerkennung ihrer Deklaration zu erreichen. Sie erhielten jedoch von Servien, welcher damals allein noch Frankreich vertrat, die Antwort: „Er könne der Stände Explication nicht approbiren, aber auch nicht improbiren, denn vielleicht es bei der Königlichen Majestät keinen anderen Verstand habe. Diemeil aber solcher Artikel hiebevorn, als er Collegen bei der Gesandtschaft gehabt, abgeredet, abgefaßt und geschlossen worden sei, so könne er ohne ausdrücklichen königlichen Befehl darin nichts ändern, aber auch den Ständen nicht wehren, wenn sie ihre Deklaration der Königlichen Majestät zuschicken wollten.“ Später verlangte er, die Stände sollten die Deklaration zurückziehen. Des weigerten sie sich. Aber auch Frankreich that nichts, was als eine Anerkennung derselben hätte schließen lassen. Serviens Ausspruch: „Die Worte des Friedensvertrages seien klar“ kennzeichnet den Standpunkt der französischen Regierung, sich ausschließlich auf den Wortlaut zu stützen.²⁾

Frankreich war in den Jahren, welche dem Friedensschlusse von Münster

¹⁾ Meiern, Acta pacis T. IV. 31. Buch § 10.

²⁾ Pufendorf, Rer. Brandenburgic. L. XVIII. § 13.

folgten, nicht in der Lage, sein Recht in dem Umfange geltend zu machen, in welchem es dasselbe immer aufgefaßt hatte. Zunächst verhinderten die inneren Unruhen ein entsprechendes Auftreten nach außen, dann waren die Beziehungen zu den Reichsständen in den Zeiten der rheinischen Allianz doch zu wichtig, als daß man sie durch ein hartes Vorgehen gegen die Elsäßer hätte stören wollen. Nichtsdestoweniger brachte Ludwig XIV. schon bei der Errichtung des Parlaments in Ensisheim (1658) die von Frankreich im westfälischen Frieden erworbenen Rechte neuerlich in Erinnerung und beauftragte die Räte dieses neuen Gerichtshofes, über die Wahrung derselben genau zu machen.¹⁾ Die zehn Reichsstädte protestierten sofort dagegen, daß ihnen durch die Anerkennung dieses Parlaments irgend eine Schmälerung ihrer Reichsunmittelbarkeit erwachse, es wurde auch in die Wahlkapitulation Leopolds I. eine Versicherung ihrer Reichsfreiheit aufgenommen. Infolge der Beschwerde der Städte wurde 1665 ein Schiedsgericht bestellt, zu welchem der König von Frankreich und das Reich je vier Reichsstände erwählten. Durch dasselbe wurde erhoben, daß sich die Landvogtei nicht über die zehn Städte, sondern nur auf 40 unter dieselben gehörige Dörfer beziehe. Dieser Kompromiß wurde jedoch von Frankreich niemals ausdrücklich anerkannt. Der Kriegszustand, in welchem sich das Elsaß später durch Jahre hindurch befunden hatte, war auch nicht geeignet, die Begriffe zu klären. Die Besitzergreifung der zehn Städte durch die französische Heeresmacht (1673), die Schleifung der alten Festungswerke und die Errichtung neuer Verteidigungsbauten konnten als vorübergehende, durch die Ereignisse gebotene militärische Maßregeln angesehen werden. Nun hatte jedoch der Nymweger Friede bestimmt, daß der Wortlaut des westfälischen Friedensinstrumentes die Grundlage der Territorialgliederung zu bieten habe. Der Vorschlag, das Recht auf die zehn Städte neuerlich durch ein Schiedsgericht untersuchen zu lassen, mußte fallen gelassen werden. Es war selbstverständlich, daß das siegreiche Frankreich, welches seinen Willen sämtlichen verbündeten Mächten aufgezwungen hatte, die gegen dasselbe in Waffen gestanden waren, jener Auslegung Anerkennung zu erringen entschlossen war, für die es vor dreißig Jahren eingetreten war.

Es war kein plötzlicher Einfall, kein unerwarteter Gewaltstreich, wenn Ludwig XIV. feststellen ließ, wie weit seine Rechte im Elsaß gingen, sondern ein rücksichtsloses, wenn man will, eigen sinniges und trotziges Beharren auf der Ausnützung auch des kleinsten Vorteils, den er nach seiner Ueberzeugung rechtmäßig begründen konnte. Ranke hat dies erkannt und es wird sich seine Ansicht kaum mit Erfolg bekämpfen lassen.²⁾ Wenn Proteste gegen unterschriebene und ratifizierte Friedensverträge Rechtswirkung haben sollten, dann würde es gänzlich überflüssig werden, die Diplomaten zu den schwierigen und aufregenden Friedens-

¹⁾ „Insuper et hoc animadvertant (Consilarii seu Senatores) ut nostra regalia Jura, sublimitates, praeeminentiae, Advocatiae, Jura protectionis ac defensionis recte conserventur, neque permittatur ulli, quicumque sit absque ulla exceptione, quicumquam nobis subtrahere, et si tale quid jam antehoc factum, ut in pristinum restituatur statum, serio procurabunt.“ (König, Reichsarchiv, P. spec. Cont. I. pars 2.)

²⁾ „Eben das war sein Ehrgeiz, alle seine Ansprüche, so zweifelhaft sie auch sein mochten, jedem andern zum Troß zur Geltung zu bringen.“ Ranke, französ. Gesch. III. 335.

verhandlungen in Anspruch zu nehmen. Waffenstillstände müßten genügen. Daß derjenige, dem gegen seinen Willen unbequeme Bedingungen vorgeschrieben werden, dieselben wieder abzuschütteln gesonnen ist, sobald er die Macht dazu hat, ist selbstverständlich, daher gibt es auch bekanntlich keinen ewigen Frieden, so freigebig man auch mit diesem Ausdrucke umgehen mag. Die Verhältnisse der Staaten zu einander sind immer ihrer Macht entsprechend, die Verträge nichts anderes als Umschreibungen dieser Macht für jenen Zeitraum, in welchem wesentliche Aenderungen in dem Ausmaße der Macht nicht stattfinden. In dem Falle der Reunionen hat Frankreich den Kreis der ihm zugeschriebenen Macht nicht einmal willkürlich ausgedehnt, sondern ihn nur an einer Stelle scharf ausgezogen, wo seine Gegner geglaubt hatten, eine Lücke lassen zu können.

In Rymwegen war es an der Zeit gewesen, die Interessen des Reiches wahrzunehmen. Dort mußte man darauf bestehen, daß Frankreich die Auffassung der deutschen Reichsstände über die Zugehörigkeit der zehn Städte zum Reiche und über die Reichsunmittelbarkeit der sogenannten bischöflichen Lehen, wie sie in Münster und Osnabrück ausgesprochen und schriftlich festgestellt worden war, anerkenne. Der Kurfürst von Brandenburg hat diesen Punkt sehr wohl im Auge gehabt. Er hat das Seine redlich gethan, den übereilten Friedensschluß zu verhindern. Man hat ihn nicht gehört, sondern Augen und Ohren geschlossen und sich den Anschein gegeben, als wenn man von den Absichten Frankreichs auf die elsässischen Städte nichts wüßte.¹⁾ Thörichter und nutzloser als die Klagen, welche über die Reunionen erhoben wurden, sind die Jeremiaden der französischen Revanchepolitiker von heute auch nicht. Denn gegen die Abtretung von Elsaß-Lothringen hat 1871 die ganze französische Nation protestiert und sie empfindet das Lächerliche ihrer kindischen Unwillensäußerungen ebensowenig, als die deutschen Stände von damals. Eine unglaubliche Ungerechtigkeit aber liegt darin, wenn man dem großen Kurfürsten einen Vorwurf daraus macht, daß er durch seine Annäherung an Frankreich die Reunionen ermöglicht hat. Gegen wen war der Wortlaut des westfälischen Friedens mit größerer Härte geltend gemacht worden, als gerade gegen ihn? Sein Herzogtum Pommern, das ihm so gut gehörte, als dem Bischof von Speyer die Stadt Lauterburg, oder dem Pfalzgrafen die Herrschaft Beldenz und dem Grafen von Nassau Saarbrücken, hatte er um des Reiches willen schon 1648 preisgeben müssen, und als er es einem treulosen Reichsgenossen, der ihm während der Abwesenheit seiner Truppen ins Land gefallen war, mit dem Schwerte in der Hand abgenommen, als er den letzten Schweden über die Ostsee in die Heimat befördert hatte, verlangte das Reich um des Friedens willen, daß er alles, bis auf das letzte Dorf, wieder herausgebe und den geschlagenen Feind in die Festungen wieder einführe, aus denen

¹⁾ Der Fehler, welcher durch den Abschluß des Rymweger Friedens gemacht worden war, blieb den Zeitgenossen nicht verborgen. „R. Wahrmond Teutschmanns Kurzes und einfältiges Gutachten über den am 5. Februar Anno 1679 . . . getroffenen Frieden“ (1681) bekämpft die Behauptung in Cyriaci Lentuli „Klugem und Scharfsinnigem Staatsbedenken“, daß der Friede ein gedeihlicher sei, klagt die Holländer als Urheber desselben an und macht auf die Folgen aufmerksam, die daraus entstehen müßten, daß Brandenburg sich selbst überlassen wurde.

derjelbe herausgejagt worden war. ¹⁾ Dafür jollte er dem Reiche beiftehen, die zehn Städte und einige Dörfer im Elfaß zu retten, nachdem die Feldherren Bournonville und Montecuccoli die Zeit hatten ruhig verftreichen laffen, da es möglich gewesen wäre, das ganze Elfaß zu erobern! Bon allen fürftlichen Häuptern, mit denen Friedrich Wilhelm zu verkehren gehabt hatte, war König Ludwig eigentlich der anftändigfte gewesen, treulos und hinterliftig hat er niemals an ihm gehandelt. Der Kaifer und die eblen Mitftände des heiligen römifchen Reiches hätten es fehr gerne gefehen, wenn der Friede von St. Germain nicht gefchloffen worden und Marfchall Créqui nach Berlin marfchirt wäre. Konnte in diefer Umgebung der Hohenzoller allein die nationale Fahne erheben? Und ftellten die Reunionen wirklich eine fo große Schädigung des Reiches dar? War Straßburg ohne einen neuen Krieg mit Frankreich überhaupt noch zu retten? Und follte derjenige unter allen deutichen Fürften, der allein die Fortführung des Krieges verlangt hatte, als er noch im Befize der Diffeefeftungen und einer leicht zu verteidigenden Küfte war, gerade dann dazu entjchloffen fein, neuerlich mit Frankreich zu brechen, nachdem er die pommerfchen Päfle feinem alten Widerfacher Schweden wieder neuerdings hatte öffnen müffen? Die Erhaltung der brandenburgifchen Macht auf der Höhe, zu welcher fie der Kurfürft emporgehoben hatte, war jedenfalls ein wichtigeres nationales Interesse, als irgend ein fchwächlicher Verſuch, die Reichsfreiheit einiger elfäffifcher Stände zu retten, die für das Reich ohnehin nichts mehr bedeuten konnten. Wir haben alle Urſache, dem Kurfürften dafür dankbar zu fein, daß er für feine Hausmacht beffer geforgt hat, als Kaifer und Stände für das Reich.

Die Reunionen wurden (1679) damit eingeleitet, daß Ludwig XIV. ſich von den Biſchöfen von Metz, Toul und Verdun Klagen überreichen ließ, ihre im Reiche fefthaften Lehensleute hätten ſeit langem verſäumt, von ihnen die Lehens in Empfang zu nehmen. Darauf errichtete er in Metz und Dreifaß Parlamente, welche den beſonderen Auftrag erhielten, die zugehörigen Lehens der genannten drei Biſtümer und der Landvogtei Elfaß feftzuftellen. Diefer Auftrag wurde mit der größten Unverſchämtheit ausgeführt; die entfernteften hiſtoriſchen

¹⁾ Der neueſte Ankläger des Kurfürften, Herr Dr. Legrelle („Louis XIV et Strasbourg“), findet es nicht für notwendig, auf die Geſchichte des Rymweger Friedens einzugehen, er ſetzt ſeinen Ausführungen den Satz an die Spitze: „La France achète l'appui de l'Électeur de Brandebourg“ und ergeht ſich dann in den höhnifcheften Bemerkungen gegen den Mann, der, als der Schöpfer des preußiſchen Staates, ſelbſtverſtändlich allen Haſſes eines echten Franzoſen wert iſt. „Ce prince cupide et dénué de tout ſens moral, dont, on ne ſait pourquoi, certains hiftoriens, tels que M. Droysen, ont voulu faire une ſorte de Fabius Cunctator, un modèle d'abnégation et de clairvoyance mélancolique, était en réalité fort loin de reſsembler à ce portrait composé après coup par des flatteurs posthumes.“ Nach einer Schilderung ſeiner Ländergier, durch welche auch die Ansprüche auf Jägerndorf erklärt werden ſollen, heißt es weiter: „Sous l'empire de ces ſentiments, que ne dominait pas aſſez son ‚âme allemande‘ le ‚Grand-Électeur‘ était d'avance pour Louis XIV un chargé d'affaires tout trouvé en Allemagne.“ Er ſei der Bediente des Königs geworden, ſeine Räte, vornehmlich Gottfried von Jena, waren beſtochen — eine äußerſt billige Beſchuldigung, da ſich im ſiebzehnten Jahrhundert kaum irgend ein Miniſter namhaft machen ließe, der nicht irgendetwas beſchenkt worden wäre.

Beziehungen, für welche sich irgend eine Urkunde ausfindig machen ließ, genügten, um Gebiete, welche nicht selten jahrhundertlang unabhängig gewesen waren, der französischen Souveränität zu unterstellen und die Inhaber derselben als Vasallen zu erklären. Ohne irgendwelche Gegenvorstellungen anzunehmen oder die Anwälte der Betroffenen zu Wort kommen zu lassen, schlug man das französische Wappen an Schlössern und Amtshäusern an und ließ die Unterthanen dem Könige von Frankreich den Huldigungseid schwören. Die elsässische Ritterschaft fand sich mit der neuen Ordnung der Dinge bald zurecht, sandte 1681 eine Abordnung unter dem Freiherrn von Wangen nach Paris, um einige ihrer Privilegien und Ehrenrechte zu retten, was ihr auch gnädig bewilligt wurde. Freiherr von Wangen ließ sich, nachdem er in die Heimat zurückgekehrt war, als Vertreter des Königs bei dem Huldigungsakt verwenden, zu welchem die Schultheißen und Berordneten der reunitierten Dorfschaften berufen wurden. Er wurde dann zum Präsidenten eines in Niedereheim monatlich zusammentretenden Gerichtshofes bestellt, der in Rechtsangelegenheiten bis zum Betrage von 500 Pfund Urteil zu fällen befugt war. Jene Stände, welche sich dem Könige nicht persönlich vorzustellen beliebten, mußten sich in Meß und Breisach einer demütigenden Amtshandlung unterziehen¹⁾ oder ihr Besitztum im Stich lassen.

Der Reichstag hat sich schon zu Anfang des Jahres 1680 mit den „französischen Friedens-Kontraventionen und Beschwernissen“ beschäftigt. Das Reichsgutachten vom 9. Februar legt das Schwergewicht seines Beweises von der Unrechtmäßigkeit der französischen Ansprüche auf die Beschlüsse des Schiedsgerichtes, gibt zwar zu, daß die Ausführung derselben durch die thatsächliche Besitzergreifung von seiten Frankreichs während der „Kriegs-Troublen“ verhindert wurde, vertritt jedoch die Ansicht, daß der Nymweger Friede die Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege verlange. Deshalb möge die Krone Frankreich verhalten werden, was sie gegen den Friedensschluß vorgenommen hat, wieder in den vorigen Stand zu setzen. Am 27. Juli wurde ein Schreiben an den König abgelassen, worin die Reichsstände dieser Erwartung Ausdruck geben. Sie erinnern daran, daß der König sich „bei den westfälischen Traktaten und an anderen Orten zum öfteren und öffentlich vernehmen lassen, es sei ihm nichts mehr angelegen, als daß die Stände des Reichs bei ihrer Freiheit und Immediätsrechten unbeeinträchtigt möchten erhalten und in dieselben wieder eingesetzt werden“. Durch die Ueberlassung der Landgrafschaft sei keineswegs das ganze Elsaß abgetreten worden, eine so übermäßige und unverantwortliche Uebergabe sei keinem

¹⁾ „Erstlich wurde dem Stand des Reichs, welcher schwören sollte, vorgeschrieben, daß er in höchster Demut schriftlich begehren müßte, in die königliche Guld und Gnade aufgenommen und derselben verpflichtet zu werden. Darauf wurde ihm eine gewisse Zeit bestimmt, da er vor der Kammer, ohne Sporen, Degen, Handschuhe und Hut, erscheinen und nochmals mündlich begehren mußte, was er schriftlich gesucht. Folgendes fragte ihn der Kammerpräsident, ob er alles dasjenige, was er schriftlich gesucht und angelobt hätte, treulich halten und demselben nachkommen wollte? Wann er nun solches mit Ja bekräftigte, mußte er seine Hände, als wann er betete, zusammenfalten und vor dem Präsidenten niederknieen: Da dann der Präsident seine Hände auf des Knieenden Hände legte und sagte: So nehme ich Euch in königliche Guld, Protection und Gnade an und auf, thut Eurer Pflicht gemäß, so wird Euch Heil widerfahren.“
Theatr. Eur. XII. 268.

von den Friedensschließenden in den Sinn gekommen. Der Erklärung der Stände vom 28. September 1648 sei von den königlichen Ministern niemals widersprochen worden, aus dem Vergleiche von 1665 gehe sogar deren Anerkennung hervor.

Ludwig XIV. berief sich mit vollem Rechte auf den Nymweger Frieden und behauptete, daß durch diesen seine Ansprüche, welche von seiten des Reiches angezweifelt wurden, neuerdings bekräftigt wurden. „Es haben,“ schrieb er am 10. Oktober an den Reichstag, „Eure Bevollmächtigten in der Versammlung zu Nymwegen zwei Begehren mündlich und schriftlich gethan, welche dahin zielten, die größten Vorteile zu vernichten, welche der Münstersche Friede Uns überlassen, und die Mittel, sie zu handhaben. In dem einen machten sie alle Städte und Plätze, die sie Unserer Souveränität und höchsten Gewalt zu entziehen trachteten, namhaft. In dem zweiten erneuerten sie die Vorschläge des Schiedsgerichtes, was aber höchst unnütz war, da man ja eben damit umging, durch den Frieden allen Mißhelligkeiten und Streitigkeiten, welche denselben hindern könnten, ein Ende zu machen.“ Sechs Wochen lang wurde darüber verhandelt, Zeit genug, damit von beiden Seiten genügende Gründe für ihre Anforderungen vorgebracht werden konnten, der Krieg hätte auch weitergeführt werden müssen, wenn nicht diejenigen Reichsstände, welche am meisten unter ihm gelitten hatten, ihre Minister beauftragt hätten, von dieser Streitsache abzustehen. So wie Frankreich nun in Befolgung der Nymweger Bestimmungen viele feste Plätze, die es erobert hatte, den Spaniern zurückgeben mußte, so erwartet es auch, in der Ausführung der ihm durch den Frieden eingeräumten Befugnisse nicht gestört zu werden. Es wolle übrigens nur das behalten, was ihm schon in Münster zugesprochen und seit der Zeit immer gefordert wurde; sollte sich ein Reichsstand finden, der beweisen könne, daß ihm mehr genommen worden sei, als er schon 1648 verloren habe, so solle das untersucht werden.

Der Reichstag hatte sich gleichzeitig mit dem Schreiben an den König von Frankreich auch an den König von England als Friedensvermittler gewendet und ihn zum Schiedsrichter in der Streitfrage über die Souveränität im Elsaß angerufen. Beide Schritte waren dem kaiserlichen Hofe nicht genehm gewesen, da dieser dem Reichstage das Recht absprach, ohne Vermittelung des Kaisers mit fremden Mächten zu verkehren. Der Kaiser traf auch keinerlei besondere Anstalten, um dem willkürlichen Vorgehen Frankreichs mit Ernst und Nachdruck entgegenzutreten, er begnügte sich, den Obersten Grafen von Mansfeld nach Paris zu senden, um Verhandlungen einzuleiten. Diese wurden nicht ohne Entgegenkommen, dafür aber auch ohne jede Uebereilung geführt und endeten damit, daß sich Frankreich im Januar 1681 herbeiließ, eine Konferenz zu beschicken, auf welcher die Beschwerden des Reiches und einzelner Stände gegen seine Ausführungen des Nymwegischen Friedens geprüft werden sollten. Colbert-Croissy, mit welchem Mansfeld verhandelte, gab sogar zu, daß während der Dauer der Konferenz die Reunionskammern von Metz und Breisach ihre Thätigkeit einstellen sollten.¹⁾ Ueber die Zusammensetzung der Konferenz mußte erst eine Verständigung zwischen dem Kaiser und dem Reichstage stattfinden, indem ersterer

¹⁾ Ueber die Unterhandlungen Mansfelds in Paris einige Briefe im Diar. Eur.

allein im Namen des Reiches verhandeln wollte, der Reichstag sich jedoch durchaus nicht ausschließen ließ. Endlich gestand der Kaiser zu, daß die reichsständischen Deputierten zur ersten und letzten Sitzung zugezogen würden. Bevor diese Sitzungen begannen, hatte Ludwig XIV. jedoch alles, was er wünschte, bereits in sein Reich einverleibt.

Brandenburg verhielt sich, wie es bei seiner Stellung zu den europäischen Großmächten nicht anders möglich war, sehr zurückhaltend bei den Beratungen des Reichstages. Das Schreiben an den König von Frankreich durfte der kurfürstliche Gesandte, Gottfried von Jena, nicht unterzeichnen, denn es berief sich auf den Nymweger Frieden, welchem sich Brandenburg niemals angeschlossen hatte, den anzuerkennen es sich nicht für bemüht hielt.¹⁾

Brandenburg hat gerade in den Tagen, in welchen das deutsche Reich eine der bittersten, selbstverschuldeten Demütigungen hinnehmen mußte, ein ganz unerwartetes Beispiel von Selbständigkeit und Kühnheit des Auftretens gegeben. Der Kurfürst war im höchsten Maße aufgebracht über die Weigerung Spaniens und der Generalstaaten, die ihm schuldigen Subsidien zu bezahlen. Spanien schuldete 1 800 000 Thaler und wies die Zahlung rundweg ab, in der Ueberzeugung, Brandenburg könne ihm nichts anhaben. Zu Lande werde ein kriegerischer Anfall von den Nachbarn nicht geduldet werden, zur See — kannte man Brandenburg nicht. Aber man sollte es kennen lernen. Im Sommer 1680 stach eine brandenburgische Kriegsflotte in See, um den Spaniern zu nehmen, was sie gutwillig nicht geben wollten. Zum erstenmal erschien der rote Adler auf weißem Felde in den Meeren, welche der Kriegsschauplatz der großen seefahrenden Nationen zu sein pflegte, eine deutsche Seemacht, von der seit dem Sinken der Hanza keine Spuren mehr zu finden gewesen waren, trat in Thätigkeit. Die Entstehung derselben war aus der Ueberzeugung des Kurfürsten hervorgegangen, daß ein emporstrebender Staat sich auf allen Gebieten des Verkehrs und der Wirtschaft auszubilden trachten müsse, daß die Stärke einer Nation auf ihrer militärischen Macht, aber auch auf ihrem Wohlstande, auf der Vielseitigkeit ihrer Geschäfte beruhe. Es war nicht umsonst von den deutschen Publizisten darauf hingewiesen worden, daß man Frankreich mit seinen eigenen Waffen schlagen, daß man den Handel, durch welchen es reich wurde, selbst in die Hand nehmen müsse, daß man nicht von dem Gelde der Holländer abhängig zu sein brauche, wenn man sich der „Commerciën“ bediene, denen sie ihren Reichtum zu danken hätten.

Friedrich Wilhelm hatte für solche Auseinandersetzungen stets die größte Aufmerksamkeit, er überfah alle Verhältnisse und schreckte vor keiner Aufgabe,

¹⁾ Was Regrelle aus den Akten der „Archives des Affaires étrangères“ über das Verhalten Jenas in Regensburg mitteilt, trägt so sehr den Stempel absichtlicher Verunglimpfung der brandenburgischen Politik und ihrer Träger an sich, daß es nicht angeht, auf diese einzeln aus dem Zusammenhange gerissenen Stellen aus Briefen und Berichten Rücksicht zu nehmen, solange nicht weiteres Material zur Beurteilung vorliegt. Wir werden diese Briefe in einiger Zeit gewiß ausführlich und unverstümmelt in den „Urkunden und Aktenstücken zur Geschichte des großen Kurfürsten“ lesen können und dann wahrscheinlich ein anderes Bild von Gottfried von Jenas Thätigkeit erlangen, als sie Regrelle seinen Lesern aufzubringen versucht.

wenn sie auch noch so neu und unvorbereitet war, zurück. Schon als der Krieg mit Schweden in Aussicht stand, hatte er sich umgesehen, einige Schiffe zur Verfügung zu erhalten. Benjamin Raule, ein Kaufmann und Reederei in Middelburg, Schöffe und Rat dieser Stadt und Mitglied der Regierung von Seeland, erbot sich, einige Kaperschiffe für ihn auszurüsten.¹⁾ Der Kurfürst nahm den Antrag mit Freuden an, ließ durch seine Residenten in den Generalstaaten „Kommissionspatente“ ausstellen und durch die ihm zur Verfügung gestellten Schiffe die aufgebrachten Preisen zuerst in holländischen, dann aber, als die Staaten Schwierigkeiten machten, in dänischen Häfen in Sicherheit stellen. Sofort wurden jedoch auch vier Kriegsschiffe, worunter zwei Fregatten mit 16—20 Kanonen, unter dem Obersten Simon de Bolsen zum offenen Kampfe gegen Schweden ausgesendet. Sie machten einen Versuch, die Feste Karlstadt bei Bremen wegzunehmen, als dieser jedoch mißlang, schlossen sie sich der dänischen Flotte an, machten die erste große Schlacht von 1676 mit und eroberten in derselben zwei schwedische Schiffe. Im Jahre 1677 wurden bereits sieben kurfürstliche und acht von Raule ausgerüstete Kriegsfahrzeuge mit 474 Matrosen, 189 Soldaten und 119 Kanonen gemustert, welche in den Kämpfen um Rügen, Stralsund, Greifswalde die besten Dienste leisteten. Deshalb hing der Kurfürst so sehr an Pommern und namentlich an Stettin, weil er letzteres zum Mittelpunkt seiner Unternehmungen zur See machen wollte, weil ihm der Besitz einer mit mehreren guten Kriegshäfen ausgestatteten Küste die Förderung des brandenburgischen Seewesens gestattete. Daß dies auch für ganz Deutschland von Wichtigkeit war, daß es dem Reiche Ehre brachte, wenn deutsche Schiffe von den seefahrenden Nationen wieder begrüßt und mit seemännischen Ehren behandelt wurden, das mochte man an den verschiedenen Höfen der Herren Mitstände wohl nicht begreifen. Am wenigsten war Holland geneigt, den neuen Rivalen aufkommen zu lassen, aber auch Schweden und England waren darüber einig, daß ihnen die deutsche Marine gefährlich werden könne, da sie es schon bei ihrem ersten Auftreten an Kühnheit nicht fehlen ließ. Zwar der Plan, der spanischen Silberflotte aufzulauern, wurde fallen gelassen, aber vor Ostende wurde ein spanisches Kriegsschiff von 50 Kanonen, „Karl II.“, genommen und nach Billau geschleppt,²⁾ Vizekommandeur Cornelis Rees lauerte im Kanal mit fünf Schiffen dem spanischen Gouverneur Herzog von Parma auf, zu dessen Schutz England Kriegsschiffe auslaufen ließ. Zwei Fregatten, das „Wappen von Kurbrandenburg“ und der „Morian“, fuhren an die Westküste von Afrika, um dort Niederlassungen zu begründen und Handelsverbindungen anzuknüpfen. Wir werden den Verlauf dieser Unternehmung, welche bis zum Tode des Kurfürsten in stetem Aufnehmen begriffen war, von seinem Nachfolger jedoch aufgegeben wurde, in die kulturgeschichtliche Darstellung aufzunehmen haben; hier genügt der Hinweis auf das Erscheinen einer brandenburgischen Seemacht auf offenem Meere, um die Stellung zu kennzeichnen, welche

¹⁾ Beheim-Schwarzbach, Die maritime und koloniale Thätigkeit Friedrich Wilhelms, des großen Kurfürsten. Zeitschr. für allgem. Geschichte II. 196.

²⁾ Ein darauf Bezug nehmendes Schreiben des Kurfürsten an den König von Spanien (vom 22. September 1680) im Diar. Eur. XI. II. App. 222.

sich der Kurfürst unter den europäischen Mächten schuf, und damit zugleich zu beweisen, daß ihn die Annäherung an Frankreich nicht gehindert hat, nationale Werke zu vollbringen. Er gehörte eben nicht zu jenen Naturen, die sich, nachdem der Kampf mit Frankreich abgebrochen und zu Gunsten des letzteren entschieden war, darin gefallen konnten, an einem diplomatischen Feldzuge teilzunehmen, der unmöglich irgend einen anderen Erfolg haben konnte, als die Ohnmacht Deutschlands neuerlich klarzustellen. Er war ein Politiker von Fall zu Fall, kein Doktrinär nach dem Geschmade der Vertreter jenes mit Gelehrsamkeit und patriotischer Ruhmredigkeit herausstapfierten Unverständes, der sich unter den Deutschen zu allen Zeiten breitgemacht und häufig genug die besten Ansätze zu einem klugen und zielbewußten Auftreten unter den Völkern zu Grunde gerichtet hat.

Die Machtverhältnisse Brandenburgs hatten 1680 durch den Tod des Herzogs August von Sachsen, Administrators von Magdeburg, eine wesentliche Kräftigung erfahren, da nunmehr das Gebiet des ehemaligen Erzstiftes, wie es aus den Verhandlungen des westfälischen Friedens hervorgegangen war, samt Halle und Mansfeld, dem Kurstaate vollkommen einverleibt werden konnte. Auf der weltlichen Fürstenbank des deutschen Reichstages nahm Gottfried von Jena, trotz des Widerspruches von Pfalz-Neuburg, nach Bayern den ersten Platz ein. Der älteste Sohn des verstorbenen Administrators, Herzog Johann Adolf, begründete die sächsische Nebenlinie von Sachsen-Weißenfels.

Das Recht auf eine Entschädigung für den Krieg gegen Schweden, welche dem Kurfürsten durch Reichstagschluß nach der Schlacht bei Fehrbellin zugesagt worden war, gab er nicht auf, wenngleich er an die Zuhaltung des Versprechens kaum glauben mochte. Als Oesterreich für den Verlust von Freiburg einen Ersatz durch einige schwäbische Reichsstädte ansprach, begehrte Brandenburg (Mai 1681) die Expektanz auf Ostfriesland und ebenfalls einige kleinere Reichsstädte: Dortmund, Nordhausen, Mühlhausen. Darin lag zugleich eine abschließende Antwort auf die verschiedenen Aufforderungen, welche im Lauf des Jahres 1680 in Berlin gemacht worden waren, Brandenburg möge sich an einer neuen gegen Frankreich gerichteten Allianz beteiligen, zu welcher England, Holland und der Kaiser geneigt waren. Wilhelm von Dranien war selbst in Potsdam gewesen, hatte aber nichts weiter erreicht, als eine schriftliche Erklärung des Kurfürsten, worin dieser die Vermittelung Hollands in seiner Streitfache mit Spanien annahm. Am richtigsten hat wohl der englische Gesandte Southwell die Haltung des Kurfürsten beurteilt, als er schrieb: „Er wird sich ruhig verhalten, bis wirklich Heere aufgestellt sind, welche, sobald er mit in die Wagtschale tritt, Frankreich besiegen können.“ Bevor von seiten Oesterreichs und des Reiches mit dem Auftreten gegen Frankreich nicht Ernst gemacht würde, hielt es der Kurfürst für geboten, sich dem König Ludwig nicht zu entfremden. Er schloß daher am 11. Januar 1681 eine neue Defensivallianz mit diesem. Er verpflichtete sich darin, auf Reichs- und Kreistagen dahin zu wirken, daß keine Beschlüsse gefaßt würden, welche den billigen Anforderungen des Königs entgegen seien. Dagegen versprach Frankreich den Kurfürsten zu unterstützen, wenn Spanien ihn wegen der Wegnahme der Schiffe bekriegte, oder wenn Polen, welches durch die

Vermählung der Prinzessin Luise Charlotte von Radziwill mit dem Markgrafen Ludwig gereizt war, Brandenburg angreifen wollte; außerdem zahlte es 100000 Thaler jährlicher Subsidien. Daß wertvolle Interessen des Kurfürsten durch diesen Vertrag geschützt und seinen großen maritimen und kolonifatorischen Plänen freier Spielraum geschaffen wurde, kann wohl nicht geleugnet werden. Da er dem Reiche nicht helfen konnte, wollte er doch sich selbst so viele Vorteile als möglich zuwenden. Möge man das immerhin politischen Egoismus nennen; wir halten denselben in den damals gegebenen Verhältnissen für vollkommen berechtigt, werden übrigens Gelegenheit haben, die Verteidigung der kurfürstlichen Politik aus dem Munde eines Vertreters derselben zu vernehmen. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß Friedrich Wilhelm die Absichten Ludwigs XIV. im Elsaß und die große Gefahr für Straßburg in ihrem vollen Umfange durchschaute, daß er von den Ereignissen, die sich im Herbst 1681 am Rhein abspielten, nichts weniger als überrascht war. Man konnte es aber auch in Regensburg und Wien nicht sein, da Ludwig XIV. schon bei den Vorbereitungen zu den Frankfurter Konferenzen hatte erklären lassen, daß er sich mit dem Besitzstande vom 1. August 1681 und der Stadt Straßburg begnügen wolle. Und worin bestanden die Gegenmaßregeln, welche die durch die Reunionen betroffenen Staaten trafen?

Einerseits war eine Anregung von Schweden ausgegangen. Karl XI. war der erberechtigte Nachfolger des am 1. April 1681 verstorbenen Pfalzgrafen Friedrich Ludwig von Zweibrücken aus der Linie Landsberg. Sein Stammland gehörte jedoch zu den reunierten Gebieten, und als ihm von Frankreich der Antrag gestellt wurde, dasselbe entweder von diesem zu Lehen zu nehmen oder es zu verkaufen, verweigerte er beides. Die Verstimmung über den Rymweger Frieden, zu welchem Schweden gezwungen worden war, bevor es gegen Brandenburg und Dänemark irgend welche Vorteile hatte erringen können, verband sich beim Könige mit der Besorgnis, durch die Annahme der französischen Lehenshoheit über Zweibrücken in noch größere Abhängigkeit von Ludwig XIV. zu geraten und sich dadurch die Stellung als deutscher Reichsfürst zu erschweren. Er knüpfte daher ohne Wissen seiner Reichsräte und des französischen Bevollmächtigten Feuquières Verbindungen mit Holland an, welche im Herbst 1681 zum Abschlusse eines Garantievertrages führten. Dieser wurde die Grundlage einer späteren weitergehenden Allianz der von Frankreich bedrohten europäischen Staaten, aber im Sommer des verhängnisvollen Jahres hatte man in Deutschland davon noch keine Kenntnis.

Einen Anlauf zur Hebung der deutschen Wehrkraft, auf welche doch schließlich in dem Verhältnisse zu Frankreich alles ankam, nahm der Kaiser. Er legte am 17. Januar 1681 durch seinen Prinzipalkommissarius, den Bischof Marquard von Eichstädt, den Reichsständen eine Reihe von Punkten, welche die Reichskriegsverfassung betrafen, zur Beratung vor. Es sollte die Zahl der Truppen festgestellt, d. h. erhöht, und eine Aufteilung derselben auf die Kreise vorgenommen werden. Damit war die Einteilung des Reichsheeres nach Kreisen, welche bisher schon versucht, aber nicht gesetzlich vorgeschrieben worden war, für die Zukunft angenommen. Weiters sei eine „gemeine Kasse“ zu errichten, in welche

die Kreise, nicht die einzelnen Stände, ihre Beiträge abführen sollten. Uebrigens wurde noch die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser sei, wenn die Kreisvölker unmittelbar von den Kreisen bezahlt würden. Endlich möge darüber beraten werden, ob man nicht die bereits mit Volk versehenen „armierten“ Stände bewegen könnte, an jene Stände, welche nicht gerüstet sind, gegen entsprechende Geldleistung Mannschaft abzugeben, damit die Kreise nicht wenig brauchbares, junges Volk werben müßten. Die Absicht des Kaisers ging dahin, jene Kreise militärisch zu beherrschen, in welchen sich keine großen weltlichen Territorien befanden, und dadurch die eigene Kraft möglichst zu vermehren. Es war vorauszu sehen, daß in den Kreisen, in welchen Kurbayern, Kurfachsen, Kurbrandenburg und die Braunschweig-Lüneburger das Uebergewicht hatten, die Einrichtung der Kreiskontingente nach deren Willen vor sich gehen würde. In Schwaben, Franken, Oberrhein, selbst am Niederrhein stand die Sache anders. Da konnten kaiserliche Truppen auf Kosten der Kreisverbände als Kreiskontingente erhalten werden.

Durch das Reichsgutachten vom 23. Mai 1681 wurde die Gesamtstärke der Kreiskontingente mit 40 000 Mann, 28 000 Mann zu Fuß, 12 000 zu Pferde, festgestellt, die Repartition auf die Kreise angenommen; durch das Reichsgutachten vom 15. September d. J. bestimmt, daß sowohl eine Reichskriegskasse als auch besondere Kreislassen zu errichten seien und daß es jedem einzelnen Stande überlassen bleibe, ob er sein Kontingent selbst effektiv beistellen oder sich durch einen armierten Mitstand vertreten lassen wolle. Wie weit waren diese Beschlüsse hinter dem Vorschlage des Grafen von Waldeck zurückgeblieben, der in einer Denkschrift über die Reichswehrverfassung die Aufstellung eines Heeres von 90 000 Mann verlangt hatte, welches in drei Armeen geteilt und durch die fortlaufende Zahlung von 130 Römernmonaten erhalten werden sollte? Die Aufstellung könnte durch die Kreise besorgt werden; beim Ausmarsche aber dürfe weder auf Stände, noch auf Kreise Rücksicht genommen werden, der Befehl habe ausschließlich bei den vom Reichstage zu ernennenden Reichsgeneralen zu verbleiben.¹⁾ Solche Einrichtungen waren wohl nicht möglich, solange die Sorge der bedeutenderen Fürstenhäuser vor den Bestrebungen Oesterreichs nach der Meinherrschaft im Reiche bestand. Von den 40 000 Mann, die im Prinzip beschlossen waren, durfte jedoch kaum etwas Erhebliches erwartet werden. Frankreich, welches im letzten Kriege 280 000 Mann auf die Weine gebracht hatte, brauchte vor diesem Reichsheere keinesfalls große Bedenken zu haben. Auch das neue Einigungswerk einiger kleinerer deutschen Fürsten, welches Waldeck zustande gebracht hatte, war noch nicht danach angethan, Ludwig XIV. in der Festigung seiner Macht am Rheine aufzuhalten.

Den Anlaß zu demselben hatte der Antrag des Bischofs von Münster, Ferdinand von Fürstenberg, an den Kaiser geboten, ein Heer von 25 000 Mann erhalten zu wollen, wenn ihm Westfalen und die Wetterau zur Einquartierung überlassen würden. Die Kurfürsten von Köln und Trier fühlten sich durch diesen Antrag, dessen Folgen gar nicht abzusehen waren, beängstigt und sahen die bösen Zeiten Bernhards von Galen in nächster Zukunft sich erneuern. Wilhelm von

¹⁾ Müller, S. 2., Wilhelm von Dranien und Georg Friedrich v. Waldeck.

Fürstenberg, der noch immer der Mentor von Kurköln war, und sein Bruder Franz Egon, Bischof von Straßburg, regten sofort die Bildung eines Bundes zum Schutze gegen Münstersche Befehdungen an, der natürlich unter Frankreichs Protektion gestellt zu werden bestimmt war. Da sich der Bischof aber auch an Waldeck, der damals in seinem Stammlande weilte, gewendet hatte, übernahm dieser die Führung der Verhandlungen und brachte sie in eine ganz andere Richtung. Im September 1679 traten die Fürsten und Grafen von Waldeck, Nassau, Hanau, Solms, Isenburg, Stollberg, Wittgenstein, Westerburg, Wied und Manderscheid zu einer Union zusammen, welche sich militärisch organisierte. Aus gemeinsamer Kasse wurden zwei Regimenter zu Fuß und ein Reiterregiment geworben, ein vom Direktorium gewählter Oberst an die Spitze gestellt und außerdem noch eine Landwehr von 2000 Mann vorbereitet. Waldeck war Direktor der Union. Die Wetterauschen Herren und die Mitglieder von der Eifel und aus anderen Gegenden bestellten je zwei Adjunkten. Waldecks Freund, der Bizkanzler Graf Königsack, brachte die kaiserliche Anerkennung der Union zustande und schon eine Woche nach der Gründungsversammlung schloß Hessen-Kassel mit ihr eine Allianz.¹⁾ Noch im Lauf des Jahres 1680 gewannen aber die Gegenbemühungen der französischen Partei am Rhein wieder Boden, so daß mehrere Bundesglieder austraten. Die Pfalz hätte sich zwar gerne der Union angeschlossen. Da jedoch gerade dieses Land von den Reunionen schwer betroffen worden war und sich in der nächsten Nähe des französischen Operationsfeldes befand, wagte die Union nicht, den Groll des großen Königs durch Unterstützung der Pfalz auf sich zu lenken.

Im Herbst 1681 war von den verschiedenen Unternehmungen im Reiche, deren Spitze gegen Frankreich gerichtet war, noch keine so weit entwickelt, um gegen die Anmaßungen Frankreichs mit Erfolg verwendet werden zu können. Ludwig XIV. durfte, ohne sich irgend einer Gefahr auszusetzen, den letzten Hauptschlag ausführen und zur Besitzergreifung von Straßburg schreiten. Seine Gesandten haben hinterher an allen Höfen erklärt, der König sei zu diesem Schritte genötigt gewesen, um dem Kaiser zuvorzukommen, der sich selbst in den Besitz der Stadt hätte setzen oder doch wenigstens eine starke Besatzung hätte hineinlegen wollen. Der Vorwand ist nicht ganz grundlos. Es ist vollkommen begreiflich, daß von kaiserlicher Seite derartige Versuche gemacht wurden; es hat nur den Anschein, als wenn man dabei nicht mit der nötigen Geschicklichkeit vorgegangen sei und im geeigneten Zeitpunkte nicht zu einem raschen Entschlusse kommen konnte. Sowohl Franz Egon von Fürstenberg, der seine Residenz in Saverne aufgeschlagen hatte, als auch der französische Bevollmächtigte Jean Konrad Frischmann (Sohn), der im Juni 1681 nach Straßburg gekommen war, glaubten an Bestrebungen dieser Art. Der Straßburger Advokat D. Binder

¹⁾ Für diese und die folgenden Vorgänge im Reiche sehr wertvoll: Fester, Die armierten Stände und die Reichskriegsverfassung (1681—1697), der auch Koppss „Gründliche Abhandlung von der Association derer vorderen Reichs-Crayse“ (Frankfurt 1739) erschöpfend ausbeutet.

war im Herbst 1680 in Wien gewesen, um für die Erhaltung der Neutralität der Reichsstadt Bürgschaften zu erwirken. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß man ihm vorgestellt hat, die Aufnahme einer Besatzung von Reichstruppen würde sie am besten versichern. Der Straßburger Magistrat hat diesen Antrag allerdings, als er im Frühjahr 1681 ernstlich gestellt wurde, abgelehnt und dies damit begründet, daß er daraus nur neue Gefahren für die Stadt entspringen sehe,¹⁾ die dann möglicherweise das erste Angriffsobjekt bei einem ausbrechenden Kriege werden könnte. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß man im Sommer auf diesen Punkt wieder zurückgekommen ist und etwa die Möglichkeit einer Ueberrumpelung der Stadt durch die Kaiserlichen erwog, wie sie dann von den Franzosen so geschickt in Szene gesetzt wurde. Der österreichische General Baron Mercy nahm im Mai einen längeren Aufenthalt in Straßburg. Wangen hatte darüber nach Paris berichtet und bei Louvois den Verdacht erregt, daß Mercy irgend eine diplomatische Bestimmung habe.²⁾ Frischmann wurde beauftragt, ihn genau zu beobachten. Er mußte am 26. Juni zu melden, daß Mercy mit den Häuptern des Magistrates in auffallender Familiarität verkehre. Die Aufklärungen, welche ihm der Staatssekretär Günzer über die Anwesenheit des kaiserlichen Generals gab, befriedigten ihn nicht. Bald kamen Nachrichten über Truppenansammlungen bei Frankenthal und im Schwarzwald nach Paris, vom Herzoge von Lothringen hieß es, daß er seine ganze Armee in Tirol versammle. Ludwig XIV. ließ am 25. Juli an Frischmann schreiben, er finde den Aufenthalt Mercys in Straßburg nicht wichtig genug, um deswegen offizielle Schritte beim Magistrat einzuleiten; Frischmann will jedoch gleichzeitig durch eine Mittelsperson unterrichtet worden sein, „qu'il était très vrai que M. le baron de Mercy avait fait devant son arrivée en ce pays la proposition à MM. de Strasbourg de recevoir de troupes de l'Empereur ou de quelque Cercle, mais qu'il était très vrai aussi que ces messieurs l'avaient constamment rejetée“. Der Eifer, mit welchem die von ihm befragten Ratsherren leugneten, schien ihm ein Mangel von Aufrichtigkeit zu sein, der Böses ahnen ließ. Er vermochte den Glauben nicht zu unterdrücken, daß Mercy sich noch immer der Hoffnung hingebte, etwas zu erreichen, und daß er aus diesem Grunde noch immer nicht abgereist sei.³⁾ Ähnliche Meldungen kamen auch von Sebbeville aus Wien und von Verjus aus Regensburg.

Wilhelm von Fürstenberg schrieb am 6. Juni an den König: „Je dois avertir Votre Majesté qu'il court un bruit sourd que l'on traite sous main de la part de l'Empereur avec le plus zélés pour ses intérêts dans la ville de Strasbourg, afin d'y introduire trois ou quatre mille hommes de ses troupes, avant que Votre Majesté en puisse être avertie.“

¹⁾ Pufendorff XVIII. 21.

²⁾ Regrelle a. a. D. Kap. V.

³⁾ Leider fehlen über die Zeit, die wir hier zu schildern haben, auf deutscher Seite archivalische Arbeiten gänzlich. Es gibt kaum ein so wenig gründlich durchforschtes Gebiet der neueren Geschichte, als die von 1660—1683. Wir sind daher nicht in der Lage, die jedenfalls neuen Mitteilungen Regrelles aus den französischen Archiven durch gleichzeitige Akten aus Wien zu ergänzen.

Die Zeitungen in Paris und Brüssel sprachen offen von dem Vorhaben des Kaisers, seine Rechte auf Straßburg geltend zu machen. Die „Gazette de France“ machte Louvois auf die Rüstungen Oesterreichs aufmerksam.

Im August entschloß sich der König, den Gewaltstreich auszuführen, und Louvois traf mit großer Umsicht und Geschicklichkeit die militärischen Vorbereitungen. Ein Einverständnis mit leitenden Persönlichkeiten in Straßburg selbst ist nicht nachweisbar. Es gab im Räte und unter den Amtspersonen einzelne Männer, die für Frankreich mehr Sympathie hatten als für das Reich, die durch die Liebenswürdigkeit, mit der man sie in Paris behandelte, gewonnen und bestrebt waren, ein gutes Verhältnis mit dem Könige zu erhalten. Ihr politisches System aber war die Neutralität, nicht die Unterwerfung unter Frankreich. Weder die elsässische Ritterschaft, noch die katholischen Prälaten, welche sich sehr selten in Straßburg aufhielten, hatten großen Einfluß in der Bürgerschaft. Bestechungsgelder sind durch die französischen Residenten, wie Legrelle versichert, nicht ausgezahlt worden, die 50 000 Livres, welche dem Baron d'Asfeld in Metz angewiesen worden, der aus schwedischen in französische Militärdienste getreten war, dürften kaum zu Geschenken für die Ratsherren bestimmt gewesen sein, die Ehrungen, welche einigen derselben nach der Unterwerfung zu teil wurden, können auch nicht als Anerkennung einer thatsächlich ausgeführten Verrätereie angesehen werden. Nehmen wir sogar an, Herr Günzer sei im Solde Frankreichs gestanden, so kann diese Thatsache allein den Entschluß der Bürgerschaft, eine Verteidigung ihrer Stadt nicht zu wagen, unmöglich hervorgerufen haben. Denn in Straßburg befand sich auch unter den Würdenträgern eine starke kaiserlich gesinnte Partei, das niedere Volk aber war durchweg den Franzosen feindlich gesinnt. Mit geringen Mitteln war eine Besetzung nicht durchzuführen. Wir können daher in diesem Punkte vollkommen einmütig mit Legrelle die Ansicht aussprechen, nicht durch Gold und nicht durch Ueberredung, sondern durch Gewalt ging Straßburg dem Reiche verloren. Und das ging folgendermaßen zu:

In aller Heimlichkeit waren Truppen in der Champagne, in Lothringen und um Breisach versammelt worden, die man Befestigungsarbeiten ausführen ließ, um ihre wahre Bestimmung zu bemänteln. Louvois ließ das zur Unterhaltung der Armee im Elsaß bestimmte Mehl in Kisten packen, welche die Aufschrift „Munition“ trugen, 30 000 Louisdor wurden in Flintenläufen versteckt, um ohne Aufsehen dahin gebracht zu werden, wo man sie brauchte. Der Marquis selbst verschwand aus Paris, ohne daß man wußte, wohin er sich gewendet habe, und der König hatte mit dem Dauphin und dem Herzog von Orleans eine Reise nach Chambord angetreten, deren Fortsetzung selbst den Hofbediensteten nicht bekannt war. An demselben Tage erst, an welchem die Feindseligkeiten gegen Straßburg begannen, erklärte er, dahin gehen zu wollen, um sich huldigen zu lassen. So sicher war er des Erfolges.

Louvois beorderte, sobald er im Elsaß angekommen war, drei Regimenter, die in Freiburg lagen, zum Abmarsche in die Dauphinee. Als sie jedoch in Breisach angelangt waren, wurden von jedem Regimente 300 Mann ausgeschieden und dem Baron von d'Asfeld unterstellt, der mit seinem Dragonerregimente bereits in der Nähe von Straßburg lag. In der Nacht vom 27. auf

den 28. September überrumpelte dieser die Zollschanze, in welcher sich eine Wache von 10—12 Mann befand, bemächtigte sich der Brücke und der gegenüber Rehl liegenden Befestigungen, so daß eine Unterstüzung der Stadt vom rechten Rheinufer her nicht leicht möglich war. Durch den darüber entstandenen Lärm wurde man in der Stadt aufmerksam, um vier Uhr morgens wurde die Besatzung, welche unter dem Befehle des Obersten von Janetz stand und etwa 500 Mann zählte, sowie ein Teil der Bürgerschaft auf die Wälle beordert.¹⁾ Der Senat gab für die Kanonen jedoch kein Pulver heraus, damit nicht durch ein voreiliges Losbrennen der Geschütze den Franzosen ein Anlaß zur Beschießung der Stadt gegeben werde. Daraus läßt sich immerhin absehen, daß ihm der Ernst der Lage sofort klar geworden war, aber nicht, daß er schon vorher von dem Unternehmen gewußt habe, durch welches sogar der französische Resident Frischmann überrascht wurde. Man sandte Günzer²⁾ an d'Asfeld, um Aufklärung zu verlangen. Dieser berief sich auf die Befehle des kommandierenden Generals im Elsaß, Montclar, der auch zum Verkehre mit der Stadtbehörde berufen sei. Dieser traf auch alsbald bei der Zollschanze ein und erklärte, das ganze Unterelsaß müsse sich zufolge der Friedensschlüsse von Münster und Nymwegen dem Könige unterwerfen. Straßburg habe keine Wahl, als sich einer harten Belagerung auszusetzen oder sich unter das „Protektorat“ des Königs zu begeben, in welchem Fall ihm seine Privilegien erhalten bleiben würden. Als Grund dieser Entscheidung gab er die Absicht des Kaisers an, die Stadt militärisch zu besetzen, „davon an dem kaiserlich badischen Hofe öffentlich geredet worden“. Während des ganzen Tages langten fortwährend neue Regimenter vor der Stadt an, die bis an die Wälle vorgingen.

Der Magistrat konnte noch Depeschen an den Kaiser und an den Reichstag absenden, worin er die Vorgänge der Nacht berichtete und um Hilfe bat. Er wußte, daß diese nicht erwartet werden konnte, und war auch sofort entschlossen, sich der Gewalt zu fügen und die Verteidigung nicht zu versuchen, da sie aussichtslos schien. Dies schrieb man dem Kaiser am 29., bevor Louvois selbst in Altkirch begrüßt wurde. Dieser konnte nichts anderes thun, als die Erklärungen Montclars zu wiederholen. Er gab den Herren von Straßburg bis zum Abende Zeit zur Ueberlegung. In der Stadt wurden öffentliche Gebete zur glücklichen Beendigung der Verhandlungen abgehalten und die Vertreter der zwanzig Zünfte berufen, da die verschiedenen Magistrate und Räte (die Dreizehner, die Fünfzehner, der kleine Rat) in dieser Sache nicht allein entscheiden konnten.

¹⁾ Der „Eigentliche Bericht Von Befestigung der so weit berühmten Stadt Straßburg . . . Nebst Ebenmäßiger Relation, wie und warum sich die Stadt den 20. 30. Sept. verwichenen 1681. Jahres an die Franzosen so bald ergeben . . . (Anno 1683 Mense Martio)“, welcher dem Syndikus Franz zugeschrieben wird, bemerkt, daß die Garnison der Stadt früher 800 Mann betragen habe, wovon jedoch die Hälfte ein Jahr vorher abgedankt worden war. Außer den 4 Compagnien Infanterie gab es noch 100 Mann „Constabel“, darunter 12 Feuerwerker und 4 Minierer.

²⁾ So behauptet Regelle im Gegensatze zu Franz, der ihn erst am 29. in die Verhandlung eintreten läßt, da er früher verreiselt war.

Sowohl in der Ratsstube als auf den Wällen wurde viel hin und her debattiert, der Magistrat mußte sich harte Neben und Vorwürfe gefallen lassen, aber es kam zu keiner Unruhe. Auch scheint niemand ernstlich an Widerstand gedacht zu haben, mit Ausnahme des Obersten Janetz, der sich trotz seiner geringen Streitkräfte als alter Soldat aus dem Dreißigjährigen Kriege gerne in eine kleine Kanonade eingelassen hätte. Es wird zwar behauptet, daß die Schneiderzunft auch für die Verteidigung gestimmt und besonders ein älteres Mitglied derselben die Waffenehre der Stadt habe aufrecht halten wollen. Die Nachricht ist jedoch nicht allseitig beglaubigt.

Um fünf Uhr nachmittags war der Beschluß, sich zu unterwerfen, gefaßt worden, um Mitternacht war es, wie Frischmann berichtet, ganz stille in den Straßen, man sah dem kommenden Tage mit Beruhigung entgegen. Am 30. September brachten die Straßburger selbst den Entwurf des Vertrages nach Illkirch, der noch an demselben Tage geschlossen und in seinem Hauptpunkte, der Besetzung Straßburgs durch die französischen Truppen, ausgeführt wurde. Die ersten beiden Artikel lauteten: „I. La ville de Strasbourg, à l'exemple de M. l'évêque de Strasbourg, le comte de Hanau, seigneur de Fleckenstein et de la noblesse de la basse Alsace, reconnatt Sa Majesté Très Chrétienne pour son souverain seigneur et protecteur. II. Sa Majesté confirmera tons les anciens privilèges, droits, statuts et coutumes de la ville de Strasbourg, tant ecclésiastiques que politiques, conformément en traité de paix de Westphalie confirmé par celui de Nimègue.“ Den Dom nahm Louvois von den Kirchen aus, über welche die Bürgerschaft zu verfügen haben sollte; er wurde den Katholiken zurückgegeben; ferner wurde dem Magistrate die oberste Gerichtsbarkeit genommen, der Conseil d'Alsace als Berufsbehörde eingesetzt und alles im Arsenal vorhandene Kriegsmaterial von der französischen Regierung in Besitz genommen.

Der bereits genannte Augenzeuge und Berichterstatter der Vorgänge in Straßburg, Syndikus Franz, hat über dieselben in seinem „Eigentlichen Bericht“ folgendes Urteil gefällt:

„Diejenigen, welche die Uebergabe der Stadt entschuldigen wollen, wenden vor, 1. daß die Garnison von Soldaten nicht mehr als 400 Mann und die Bürgerschaft nur 4000 stark gewesen, davon aber über 300 Köpfe der Vornehmsten wegen vermeinter Sicherheit sich abwesend und auf der Frankfurter Messe befunden, daher erfolgte, daß diese geringe Mannschaft keinen so weit umfangenen Ort defendieren, ja nicht einmal alle Wallposten und die vielen Außenwerke besetzen, weniger einen so mächtigen Feind mit Ausfällen, Abbruch oder Verhinderung thun mögen. 2. Weil auch die Stadt von Fremden, als Kaiserlichen, Kreisvölkern und Schweizern sich ganz hilflos gesehen, auf die man sich sonst vor etlichen Jahren verlassen, und kein Succurs wegen der so plötzlich angekommenen feindlichen numerösen Truppen, ihrer Meinung nach, durch und hineinkommen können, sei es um so viel mehr unmöglich gefallen, den Ort zu maintainieren. 3. So wäre auch bei den gemeinen Bürgern anstatt der sonst ehgabten guten Courage und Vigeur nichts als Zaghaftigkeit, Kleinmütigkeit und Verzweiflung verspürt worden, und jedermann mehr zum guten Accord als

tapferer Resistenz und Gegenwehr geneigt gewesen. 4. Es hätten ferner die Franzosen den Deputierten so stark zugesetzt, daß sie mit nichts als lauter Feuer und Schwert gebräuet und M. de Louvois sich hoch vermessen, wofern man den angebotenen rasonablen Accord anzunehmen sich länger weigere und nicht noch vor Untergang der Sonne signieren würde, wollten sie hinsüro von keinem Accord mehr wissen, die Stadt mit einer nie erhörten Schärfe angreifen und bei unfehlbarer Eroberung derselben das Kind im Mutterleibe nicht schonen. 5. Daffern aus der Stadt nur ein einziger Kanonenschuß geschehen würde, sollten sie die Glocken, bezgleichen alle Ladung und aufgeschlagenes Pulver lösen und mit einer großen Summa Goldes rantonieren. 6. Nun wären ihre Gräben dazumal aus sonderbarem Verhängnis Gottes ganz trocken gewesen, also daß der Feind nach gemachten Brechen mit Sturmlaufen nach Wunsch hätte reüssieren können.

„In Betrachtung oherzählter beweglichen Ursachen hätte man sich, um das vor Augen stehende Blutbad und unfehlbaren Ruin von der Bürgerchaft, ihren Kindern und deren Nachkommen, auch unterschiedlichen in der Stadt sich befindenden hohen Häuptern abzuwenden, mit Accord ergeben. Ob es aber verantwortlich, daß diese Stadt, als eine importierliche Vormauer Deutschlands, solchergestalt vom Reiche abgewichen, da noch keine Belagerung angefangen, keine Approach gemacht, noch an keine Batterien gedacht, vielweniger der Feind im Graben oder auf der Contrescarpe gewesen, ja noch nichts, was zu einer Belagerung gehört, herbeigebracht und man sich also der Extremitäten noch lange nicht zu befahren gehabt, lasse ich an seinen Ort gestellt sein, wünsche vielmehr von Herzen, daß sie dessen, was ihnen Gott in Ruhe und Sicherheit bescheret, unter einer gesegneten Protektion genießen mögen.“

Aus diesen Worten geht ziemlich deutlich hervor, daß auch diejenigen beherzten Männer, welche die Verteidigung für möglich hielten, die Verantwortung nicht auf sich nehmen wollten, durch einen kräftigen Entschluß ihre Vaterstadt in eine noch gefahrvollere Lage zu bringen, da sie der rechtzeitigen Hülfe nicht sicher waren. Die Uebergabe der Stadt hat das Reich höchst wahrscheinlich vor einer noch größeren Beschämung als der bewahrt, die daraus entstanden wäre, wenn die Straßburger Bürger die Waffen wirklich ergriffen und sich zur Wehre gesetzt hätten, wenn die Belagerung und Beschießung begonnen hätte, das Reich aber dennoch nicht imstande gewesen wäre, die Stadt zu entsetzen. Und dieser Fall lag sehr nahe, trat nahezu mit Gewißheit ein. Eine erst 1697 gedruckte „Unpartheyische Defension des h. Röm. Reichs Stadt Straßburg sammt einer Ausführlichen Relation, wie es mit Occupirung dieser Stadt hergegangen,“ setzt die Gründe der Uebergabe auseinander und hebt namentlich hervor, daß der kaiserliche Resident, als man ihn fragte, bis wann man die versprochenen 6000 Mann haben könne, mit Achselzucken geantwortet habe. „Ich versichere,“ sagt der Verfasser schließlich, „mit Wahrheit und aus eigener Experieng, daß bei besserer Verfassung, und da man einiger Gestalten den erfordernten Succurs erwarten oder hoffen können, demjenigen, der in dem Rat oder Bürgerchaft von einer Submission das erste Wort gesprochen hätte, der Hals gebrochen sein würde, so animiert war der Rat und Bürgerchaft für ihre Libertät und gegen Frankreich,

so man zwar pro ratione status venerierte, aber sonst zu groß und gefährlich hielt, als daß man sich in einige Gemeinschaft einlassen sollte.“

Der Kurier mit der Nachricht von dem Gelingen des Anschlages auf die alte Reichsstadt traf Ludwig XIV. am 3. Oktober in Vitry le Français, von wo der gesamte Hof nunmehr die Weiterreise ins Elsaß antrat. Tags darauf war er schon in Schlettstadt. Dort empfing der König eine Deputation der Straßburger. „Sie lagen auf ihren Knien,“ berichtet das Diarium Europaeum, „und versicherten Se. Majestät, daß sie Dero unterthänigste und gehorsamste Diener wären.“ Der König war sehr huldvoll, bestätigte die Zusagen, welche Louvois gemacht hatte, und gab der Stadt den Titel einer „freien königlichen Stadt“. Er hatte alle Ursache, gut gelaunt und gnädig zu sein, denn mit Straßburg, dem Punkte, der Frankreich eine gebietende Stellung über Mitteleuropa auf die Dauer sicherte, war gleichzeitig auch das für den Einfluß in Oberitalien so wichtige, einst vielumstrittene Casale in seinen Besitz gelangt. Der Herzog von Mantua hatte es den französischen Truppen eingeräumt.

Den 19. Oktober hielt Bischof Franz von Fürstenberg, am 23. der König mit der Königin, dem Dauphin, dem Herzog von Orleans und dessen Gemahlin seinen Einzug in Straßburg. Elisabeth Charlotte kam daselbst mit ihrer Mutter, der seit 31. August verwitweten Kurfürstin von der Pfalz, zusammen. Der König beschäftigte mit größtem Interesse den Platz zwischen der Stadt und dem Rheine, auf welchem Bauban bereits die Umrisse der neu zu erbauenden Citadelle ausgesteckt hatte.

Während durch diesen Befestigungsbau das linke Rheinufer als französischer Besitz gesichert wurde, gaben die Herren St. Romain und Harlay, welche zu den Konferenzen nach Frankfurt gereist waren, bei dem ersten Zusammentreten mit den Reichstagsvertretern die Erklärung ab, ihr König wolle seine außerordentliche Friedensliebe dadurch bethätigen, daß er die vielfachen Ansprüche, welche er auch auf dem rechten Ufer erheben könne, aufgebe und die Reunionen mit der Erwerbung von Straßburg als abgeschlossen betrachte. Er sei sogar geneigt, die Werke von Freiburg zu schleifen, wenn mit Philippsburg das Gleiche geschehe. Das Reich hätte somit seine volle Wehrlosigkeit gegenüber Frankreich auch für die Zukunft zum Gesetz erheben sollen. Zu einer Beantwortung dieses Anerbietens kam es in Frankfurt vorläufig nicht. Der Zweck, welchen die Konferenz hätte erreichen sollen, die Einstellung und den Rückgang der Reunionen, erschien nach der letzten Gewaltthat mit Straßburg als völlig beiseite geschoben. Es konnte sich nur mehr darum handeln, ob das Reich zur Wiedergewinnung des Verlorenen einen neuen Krieg führen wolle oder nicht. Darüber hat die Reichsversammlung in Regensburg im Frühlinge des kommenden Jahres ausführlich gesprochen.

Es hat auf deutscher Seite nicht an Versuchen gefehlt, Frankreichs Reunionsbestrebungen mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten, die freilich billiger herzustellen waren als die materiellen Waffen, deren man zu einer erfolgreichen Bekämpfung der „Gallier“ bedurft hätte. Politische Bedeutung haben die Streitschriften, welche über die Reunionen erschienen sind, nicht geübt, sie haben aber ohne Zweifel beigetragen, das Nationalgefühl lebendig zu erhalten,

und haben außerdem das Interesse an historischen Studien geweckt, durch welche die von den Reunionskammern aufgestellten falschen Behauptungen allein in ihrer Haltlosigkeit dargethan werden konnten. Man beschäftigte sich in allem Ernste mit Einrichtungen der Merowingischen Zeit, weil die französischen Staatsrechtsgelahrten thatsächlich auf die Chlodwig und Dagobert zurückgegangen waren, um einzelne der von den Kammern erhobenen Ansprüche zu rechtfertigen.¹⁾ Daß dadurch nur einem verletzten Rechtsgefühl eine ideelle Genugthuung verschafft werde, sahen die Verfasser selbst ein. Sie erkennen, daß sich das vom Westen kommende verderbliche Feuer „nicht durch bloßes Wort-Sprechen bestücken lasse“, es scheine sogar „das darüber verbrauchte Papier den Flammen nur mehr Nahrung gegeben zu haben“.

Daß der Rymweger Friede der Ausgangspunkt alles Unheils gewesen, wurde vielfach anerkannt. Daraus ergab sich folgerichtig auch eine scharfe Kritik der Regierungsweise des Kaisers. Wenn es richtig ist, daß der Kurfürst von Mainz, Anselm Franz von Ingelheim, beim Empfange der Nachricht von der Uebergabe Straßburgs ausgerufen hat, Oesterreich sei nicht mehr fähig, das Reich zu behaupten, man müsse sich einen anderen Kaiser suchen, so hat er dadurch der Meinung Vieler Ausdruck gegeben. Ausführlich spricht sich in diesem Sinne der Verfasser einer Flugschrift²⁾ aus, die noch im Jahre 1681 erschien und sich im Stil und Gedankengang über die Erzeugnisse der geschäftsmäßig betriebenen Publizistik erhebt. Er findet, daß der Kaiser wohl ein gottesfürchtiger, gütiger und gnädiger, auch den Kriegen und Streitigkeiten abgeneigter Herr sei, durch seine Hinneigung zur Ruhe habe er sich jedoch verleiten lassen, die wichtigsten Staatsgeschäfte aus der Hand zu geben und seinen Räten allein zuzuwenden. Es sei ihm von allen seinen Dignitäten und Hoheiten nichts übrig geblieben, als die Präzedenz, äußerliche Grandezza, Pracht und der bloße Name eines Kaisers. Von dem größten Teile seiner Räte werde er verraten, weil dieselben ebenso wie er selbst von den Jesuiten geleitet werden. Dem Kaiser sei es nicht möglich, etwas zu reden, zu berathschlagen, zu schreiben oder zu thun, ohne daß die Societät Jesu etwas davon wisse, und es sei niemand am kaiserlichen Hofe, der nicht wisse, daß man sich diesen Leuten, ohne in die höchste Ungnade zu kommen, nicht im geringsten widersetzen dürfe. Man braucht dem Verfasser nicht in allen Mutmaßungen zu folgen, welche er über die Absichten

¹⁾ Die drei Schriften H. G. D. C. Francopolitae „Wahres Frankreich oder Bericht von dem Königreich Germanien“, „Wahrer Bericht Von dem Alten Königreich Lothringen“ und „Wahrer Bericht Von dem Alten Königreich Aufrastien“ verdienen von ihrer historischen Seite jedenfalls Beachtung. Es wäre überhaupt an der Zeit, wenn die Geschichte der Reunionen gründlich untersucht und dabei auch darauf hingewiesen würde, wie sich aus den von beiden Seiten aufgestellten staatsrechtlichen Behauptungen auf den Stand der historischen Wissenschaft jener Zeit schließen läßt, was unseres Wissens noch nicht geschehen ist.

²⁾ „Von wem und durch wen Der Keyser und das Reich verrathen. Hamburg, Zum Schilde der Wahrheit, Durch Peter de Touche Buchhändlern. Im Jahr 1681.“ Die Vorrede schreibt diese Schrift dem Minister eines deutschen Fürsten zu, der im Auftrage des letzteren an den kaiserlichen Hof nach Prag gegangen sei, um die Ursachen zu erheben, auf welche das „seltsame und wunderliche Verhalten, so der Kaiserl. Hof- und Reichs-Rat von etlichen Jahren her männiglich sehen lassen“, zurückzuführen seien.

aufstellt, die für die Jesuiten in ihrer teilweisen Nachgiebigkeit gegen Frankreich maßgebend gewesen sein sollen, aber man kann die Folgerungen billigen, welche er aus der lahmen Kriegführung und dem voreiligen Friedensschlusse zieht. Der Kaiser habe, heißt es nach vielem anderen, durch Unterschreibung eines so schändlichen Friedens S. Christl. Majestät in Frankreich so sehr in ihrer Hoffnung gestärkt und ihr Herz mit einem solchen Hochmut erfüllt, daß dieser König das Reich und den Kaiser so gering achtet oder vielmehr verachtet, daß er sich ohne Scheu unerhörter Dinge unterfängt, wie die Reunionen und der neuerlich gestellte Antrag, ihn zum römischen König zu machen, beweisen.

Am 6. Oktober langten in Debenburg, wo sich Kaiser Leopold zur Jagd aufhielt, vier Kuriere an, welche bedeutame Ereignisse zu melden hatten: die Uebergabe von Straßburg, die Besetzung von Casale, die Einnahme der oberungarischen Feste Galo durch die ungarischen Rebellen und das Erscheinen der Türken an der Grenze von Steiermark. Das Zusammentreffen dieser Unglücksbotschaften hielt den Kaiser jedoch nicht ab, sich den Tag über mit den Damen des Hofes durch den Fang von Lerchen zu unterhalten, die reiche Ausbeute befriedigte ihn, er ließ sie durch Zimbel- und Trompetenschall feiern.¹⁾

Wenn demnach der erste Eindruck auf den Kaiser kein besonders aufregender war, so müssen doch nach und nach verschiedene Umstände zusammengewirkt haben, in ihm die Ueberzeugung zu befestigen, er dürfe die letzten Gewaltakte Frankreichs nicht ruhig hinnehmen, denn wir sehen, daß man in Wien für die Bewegung, welche sich in Deutschland zu Gunsten einer Versicherung gegen weitere Angriffe geltend machte, volle Sympathie zeigte. Der Freiherr von Strattmann, welcher in den auswärtigen Angelegenheiten immer größeren Einfluß gewann, näherte sich ganz plötzlich Waldeck und den unter seiner Führung vereinigten Ständen. Er erwartete, daß die Union die Verteidigung von Koblenz übernehmen werde, falls ein französischer Angriff auf diese Stadt erfolgen sollte. Waldeck fühlte sich dadurch angespornt, seine Bemühungen fortzusetzen und neue Mitglieder zu werben, seine Reisen nach Mainz und Hannover waren von keinem Erfolge begleitet, dagegen fand er an dem Bischofe von Würzburg und Bamberg, Peter Philipp von Dernbach, der den fränkischen Kreis zum größeren Teile vertrat, einen Mann von Verständnis für seine Pläne. Er sowohl, wie auch der Herzog von Sachsen-Gotha und der fränkische Kreis schlossen sich der Union an, so daß die Gesamtmacht derselben auf 1600 Reiter und 5900 Mann zu Fuß stieg, die abwechselnd unter dem Befehle von Würzburg und Hessen-Kassel stehen sollten. Waldeck war durch Strattmann, der Desterreich bei den Frankfurter Konferenzen vertrat, und Königseck in steter Verbindung mit Wien. Dort stellte man ihm den Oberbefehl über die Reichsarmee und die Ernennung zum kaiserlichen Feldmarschall in Aussicht, erwartete jedoch von seiner Dankbarkeit, daß er dafür das habsburgische Hausinteresse vor allem im Auge behalten werde. Dazu war nun Waldeck durchaus nicht geschaffen und deshalb erwachsen ihm aus dem

¹⁾ Brief Sebbevilles vom 9. Oktober 1681. Arch. des Affaires étrangères bei Segrelle.

Verkehre mit den Kaiserlichen vielfache Hemmungen. Er, der am eifrigsten daran war, das Deutsche Reich zu einem künftigen Kampfe mit Frankreich vorzubereiten, mußte sogar die im Winter 1681 auf 1682 in Wien ausgebrochene Kriegsluft zu mäßigen suchen. Es zeugt von dem Mangel an Urteilskraft bei den leitenden Persönlichkeiten in Wien, daß man dort auf einmal ohne viele Umstände mit Frankreich Krieg führen zu können glaubte, nachdem man vor zwei Jahren unter günstigeren Verhältnissen den schmachvollsten Frieden angenommen hatte, weil man sich zum Widerstande zu schwach fühlte. Seit Montecuccolis Tode (16. Oktober 1680 zu Linz) war kein Mann von Ansehen und Talent an der Spitze des kaiserlichen Heerwesens. Karl von Lothringen hatte mit dem Neide des Hofkriegsratspräsidenten Hermann von Baden zu kämpfen und wurde durch sein Statthalteramt in Tirol vom Hofe ferngehalten, wo die Kaiserin ihn nicht gerne sah. So kam es, daß der spanische Gesandte Marquis de Bourgomanoero auch in militärischen Fragen das große Wort führen konnte.

Mit Hannover, welches nach dem Tode des Herzogs Johann Friedrich (8. Dezember 1679) Ernst August in Besitz genommen hatte, vermochte Waldeck zu keinem Schlusse zu kommen, obwohl der Herzog durch das Anwachsen seiner Macht zur Rivalität mit Brandenburg gelangt und sehr geneigt war, die Vereinzelung, in welcher sich Kurfürst Friedrich Wilhelm befand, zur Stärkung seines eigenen Einflusses auszunützen. Aber er machte so große Schwierigkeiten und war augenscheinlich nur auf den eigenen Vorteil bedacht, als er über seinen Eintritt in die Association mit Waldeck unterhandelte, daß dieser keinen Fortschritt der von ihm vertretenen Sache darin erblickte und die Unterhandlungen wieder abbrach. Da auch von Brandenburg kein Abgehen von der einmal eingeschlagenen Politik erwartet werden konnte, hing die Zukunft seines Allianzplanes ganz von dem Verhalten des Kaisers ab. Als er über Strattmanns Anregung die Einladung erhielt, sich zur Förderung der Verständigung an den kaiserlichen Hof zu begeben, säumte er nicht, derselben zu folgen und traf am 30. April 1682 in Wien ein.

Der Kaiser hatte bereits seinen Aufenthalt im Lustschlosse Laxenburg genommen. Dort kam nach mehrwöchentlichen Beratungen, in welchen Waldeck auf Leopold bald einen entschieden günstigen Eindruck machte, ein höchst merkwürdiger Vertrag, der sogenannte Waldeck'sche Kezß oder die Laxenburger Allianz zu stande (10. Juni 1682), durch welchen die Mißachtung der Reichsverfassung und die geringe Bedeutung der Beratungen in Regensburg, wo doch die gesetzlichen Vertreter aller Reichsstände versammelt waren, in das hellste Licht gesetzt wurden.

Während nämlich am Reichstage über das Verhältnis zu Frankreich beraten und über die neue Wehrverfassung verhandelt wurde, während gleichzeitig Gesandte des Kaisers und des Reichstages mit den Franzosen in Frankfurt über die Reunionen ihre staatsrechtliche Weisheit austauschten, vereinigte sich der Kaiser mit zwei Reichskreisen, welche jedoch nicht einmal auf Kreistagen zu einem regelmäßigen Beschlusse gelangt waren, zur Verteidigung der Grenzen gegen Frankreich. Sie erklärten sich dazu veranlaßt, weil die in Regensburg angestrebte Defensionsordnung noch nicht vollendet, also eine Hülfe bei bringender Gefahr

vom Reiche nicht zu erwarten sei.¹⁾ Würde es sich dabei nur um eine Versicherung für den Fall der Not gehandelt haben, so wäre damit nur eine Allianz nach der herrschenden Gewohnheit geschlossen worden, durch welche niemand bedroht wurde. Es wurde jedoch festgesetzt, sofort an die Aufstellung von drei Armeen am Rheine in der Gesamtstärke von 70000 Mann zu schreiten, und zwar sollte der Oberrhein bis Philippsburg durch eine kaiserliche Armee von 30000 Mann besetzt werden, zwischen Philippsburg und Koblenz hatte der fränkische und oberrheinische Kreis „samt denen alliierten und unierten Ständen und Reichsritterschaften“ 17—18000 Mann aufzustellen, welche der Kaiser, wenn sich das Bedürfnis ergeben sollte, noch mit 3000 Mann verstärken wollte, für die Strecke von Koblenz bis an die holländische Grenze gedachte man den Herzog von Hannover und den Kurfürsten von Sachsen zu gewinnen, sowie der Kurfürst von Baiern zur Unterstützung der oberrheinischen Armee noch herangezogen werden sollte. Der Oberbefehl über die mittelhheinische Armee wurde ausdrücklich dem Grafen von Waldeck zuerkannt; sie mußte ihre Stellungen einnehmen und in Aktion treten, wenn bei anbrechender Gefahr auch die unterrheinische Armee allenfalls noch nicht vorhanden wäre.²⁾

Wenige Tage nach der Unterzeichnung dieses Vertrages setzte sich der Feldzeugmeister Graf Leslie mit 5000 Mann zu Fuß und 5000 Reitern nach dem Rheine in Bewegung, trotzdem man in Wien in Kenntnis war, daß die Türken ein großes Heer zu bilden im Begriffe waren und Waldeck selbst an die Möglichkeit eines Zusammengehens der Pforte mit Ludwig XIV. glaubte. Wilhelm von Dranien, der ja mit dem Plane Waldecks im allgemeinen völlig in Uebereinstimmung stand, übersah die Türkengefahr nicht, sondern sprach die Ueberzeugung aus, daß dieselbe alles ändern werde. Frankreich gewinne immer mehr Stimmen im Reiche. England sei entschlossen, sich von einem ausbrechenden Kriege fernzuhalten, es sei daher zu befürchten, daß die nächsten Friedensbedingungen noch ungünstiger sein würden, als die zu Nymwegen.

Dies war auch der Standpunkt des großen Kurfürsten. Er hatte jüngst Gelegenheit genommen, am Reichstage, wo über die Fortsetzung der Frankfurter

¹⁾ Die „Apologia des so genannten Waldeckischen Receß“ (als Flugschrift erschienen, dann auch in das Diar. Eur. aufgenommen) entwirft folgende Schilderung vom Zustande des Reiches: „Wer den gegenwärtigen Zustand des Römischen Reichs vernünftig betrachten will, kann sich denselben fürstellen als einen mit Schlaf befangenen Körper, über welchem das Haus mit seinem vielfältigen Krachen und Reissen einzugehen androhet; und ob sich gleich das Haupt darüber ermuntert, die Augen eröffnen, der Sinn den Gliedern sorgfältig zuspricht, sich aus der Gefahr eilend und kräftig zu erretten, so wollen sich doch die Schenkel nicht aufmachen, der faule Rücken will sich nicht heben, noch biegen. Die Arme wollen dem Leib nicht ausbelfen oder wenigst die Mühe belohnt haben; theils andere Glieder schämen sich nicht, dem Haupt seine treue Wachsamkeit und Warnungen als unnütze, schädliche Vorsorg, unnötigen Lärmen, vergebliche Strapazierung, mit Fleiß gesuchte und gefährliche Ruh-Störung und endlich als ein unmögliches Begehren zu verheben.“ Der Einwurf, daß der Lagenburger Vertrag gegen die Reichsverfassung verstoße, wird widerlegt. Es könne dem Kaiser nicht verargt werden, wenn er das, was er durch den Reichstag nicht erreichen kann, durch Verbindung der Kreise anstrebt, nämlich die Sicherung der Reichsgebiete.

²⁾ Der Vertrag bei Lünig, Reichsarchiv, I. Spec. Cont. I. 475. Ueber die Wiener Verhandlungen die Briefe Waldecks bei Müller, Wilhelm v. Dranien und G. F. v. Waldeck.

Konferenz verhandelt wurde, seiner Meinung in entschiedener Weise Ausdruck zu geben. Das Botum, welches er am 6. Mai im Fürstenrate für Magdeburg abgeben ließ, ist eine der freimütigsten und klarsten Darstellungen der brandenburgischen Politik jener Zeit, die uns gegenwärtig zugänglich ist. Der Kurfürst bezieht sich darin auf seine Bemühungen zur Konservierung des Reichs während seiner langjährigen Regierung. Er habe auch 1671 und 1672 seinen Privatnutzen beiseite gesetzt und durch den Krieg das Reich unverfehrt zu erhalten gesucht, und 1677 und 1679 gegen den Frieden geraten, der die Trennung der Alliierten zur Folge haben mußte. Da er ihn nicht verhindern können, wollte er wenigstens keinen Teil daran haben. Man müsse ihm zugestehen, daß er „veris rationibus“ und gesunder Vernunft immer Gehör gegeben habe und daß der Ausgang der Ereignisse seine Ratschläge und sein Urteil sehr häufig bekräftigt habe. Er erwarte daher, daß man seinen Rat auch unpassioniert und vernünftig erwägen werde. Er finde einen neuen Krieg für das Reich und die Stände schädlich und daher zu vermeiden, wolle mit demselben, wenn es dazu kommen sollte, auch so wenig als mit dem Nymwegischen Frieden zu thun haben. Auch er wünsche, daß das Reich wieder in den Flor komme, in dem es vor Jahrhunderten gestanden, er wolle nicht, daß man es verkleinere; aber man müsse die Umstände, Vermögen und Kraft in Betracht halten. Frankreich sei zum Kriege in überflüssiger Bereitschaft, im Reiche aber fehle es an geübten und disziplinierten Armeen, wogegen das Mißtrauen mehr zu= als abgenommen habe. Vom Kaiser könne man wegen der ungarischen Unruhen und türkischen Kriegsvorbereitungen keine genügende Unterstützung erwarten. Er beantrage daher, die französische, in Frankfurt gestellte Proposition so zu beantworten, daß daraus keine Ruptur hervorgehen könne. Man möge die Aufmerksamkeit namentlich auf folgende drei Punkte richten: „1. Ob man bei gegenwärtigen Konjunkturen vergewissert sei und sich Hoffnung machen könne, die verlornen und an die Krone Frankreich gelangten Orte und Lande aus deren Händen zu reißen und zu rekuperieren? 2. Ob solche Hoffnung gewisser und sicherer, als die Gefahr noch viel mehr zu verlieren und einzubüßen, welche dem Reiche bevorsteht? 3. Ob nicht vielmehr die Konservation des übrigen Reichs und dessen Status quo zu bedenken, als alles auf die Spitze des Degens zu stellen? Das Reich sei lange nicht in dem Stande, als damals, da man die Beschleunigung eines Talis-qualis-Friedens als das einzige Mittel zu des Reiches und der Stände Rettung schätzte, hergegen die Kontinuierung des Krieges unmöglich und des Reiches Untergang nach sich ziehend mit Worten und Werken behauptete.“

„Waren nicht damals,“ so fragt Herr von Jena im Namen seines Herrn weiter, „als mündlich und schriftlich nach dem Frieden geseufzt und geschrien wurde, tapfere, erfahrene Kriegshäupter vorhanden, war nicht unter andern eine exerzierte, disziplinierte und des Siegs gewohnte Armee im Anzuge, die unter eines gloriwürdigen Potentaten Kommando etliche Jahre lang eine Viktorie nach der anderen erhalten und nach menschlicher Vernunft unter demselben unüberwindlich schien? Waren nicht ganze Länder und die imprenable geachtete und vorhin umsonst belagerte große feste Städte mit dem Schwert bezwungen und in unserer Hand und Botmäßigkeit? Hatte man nicht der vornehmsten Ströme,

welche sich aus Deutschland in die See ergießen, bis an dieselbe sich bemächtigt, und die Ostia und Portus besetzt, die mit Gewalt aus unserer Gewalt nimmer zu reißen waren? Warum hat man dann solches alles umsonst und vergeblich hingegeben? Warum hat man dann hingegen nicht wenigstens die bewußten elsfässischen und dergleichen dubia mit eingebungen und ausgegriffen? Man sagt mit nichten, daß damals jalousie oder invidia mit untergelaufen, man darf doch wohl, wenn man es nur verschweigt, ohne Scheu denken, was man will, aber genug hiervon.“

Es wird dann aufgezählt, daß Straßburg besetzt war, daß man nach Lothringen und in die Franche Comté Diverfionen machen konnte, daß der Kaiser über eine starke Armee zu verfügen hatte, daß das Reich zu ihm stand, daß man auf Konföderierte zählen durfte. Jetzt seien die Bündnisse getrennt und einige der bravsten Konföderierten mit dem Könige von Frankreich verbunden, der seine Macht vergrößert, Festungen erworben habe und mit Geld in Ueberfluß ausgestattet sei. Karl V. habe Metz nicht wiedergewinnen können, obwohl Frankreich damals in schlechtem Stand, mit Kriegen und Unruhen geplagt war. Wie solle das Reich dem gegenwärtigen französischen Könige Länder und Festungen abnehmen? Einigkeit sei unter den Ständen ja doch nicht vorhanden. Wie es mit den Verbindungen der Stände gehe, habe man am Schmalkaldischen Bund und an der Union erfahren. „Wo viel Köpfe sind, ist viel Konfusion, wenn sie nicht einen Superioren haben, der mit seiner Autorität den Ausschlag gibt.“ Bei den gegenwärtigen „Läufsten und Circumstantien“ sei es am geratensten, die Anerbietungen des Königs von Frankreich anzunehmen, der sich mit dem bis zur Absendung der Bevollmächtigten nach Frankreich Erworbenen samt Straßburg begnügen wolle. Nicht an der Größe und Länge eines Reiches liege die Hauptsache, sondern an etwas ganz anderem, so ein jeder leicht begreife. Aus zwei Uebeln ist das kleinste zu erwählen.¹⁾

Auf diese Rede, deren Offenheit, Schärfe, logische Gliederung und oratorische Kraft eine seltene Zierde unter den Tausenden und Tausenden in Regensburg abgegebenen Voten bildet, folgte eine Deklaration, in welcher Kurbrandenburg gegen die Lagenburger Allianz protestiert und sich dagegen verwahrt, daß man durch unüberlegte Rüstungen und ohne auch nur einen Weg zum Frieden anzuzeigen, Frankreich zu Feindseligkeiten gegen Deutschland reize. Der Kurfürst hatte nach dem Falle von Straßburg dem französischen Gesandten seine Bestürzung, seinen Unwillen nicht verborgen, er hatte ihm die härtesten Vorwürfe über das Vorgehen des Königs gemacht, der seinen Verbündeten nicht einmal von so wichtigen Unternehmungen vorher in Kenntnis setze,²⁾ mehr konnte er nicht thun, da seine

¹⁾ Das Votum des Kurfürsten wurde durch den Druck verbreitet. (Das Diar. Eur. bringt es in der Aktensammlung „Teutscher Friedensrath“, samt einer österreichischen Entgegnung auf dieses und ein zweites in demselben Sinne gehaltenes Votum vom 8. August.)

²⁾ Regrelle, a. a. D. Bericht Nebenachs. In dem Umstande, daß der Kurfürst nach einer langen Entschuldigungsrede des französischen Gesandten mit einer gewissen Freudigkeit den Entschluß ausgesprochen hat, sich, wenn England, Holland und Schweden gegen Frankreich auftreten, Pommerns zu bemächtigen, findet Regrelle in gewohnter Perfidie „l'apre égoïsme des Hohenzollern dans toute sa nudité“.

Stellung in dem gegebenen Zeitpunkte auf der Verständigung mit Frankreich beruhte. Holland erschwerte ihm durch Unnachgiebigkeit in der Subsidienangelegenheit, durch die Feindseligkeit gegen seine afrikanische Unternehmung die Annäherung an die Association, wenn er selbst dazu entschlossen gewesen wäre. Auch in Ostfriesland, wo der Kurfürst die Stadt Emden gegen die Beschränkung ihres Handels durch die Staaten in Schutz genommen hatte, standen sich die Interessen beider Mächte feindlich gegenüber. Es war zwar kein ernstes Zerwürfniß zu befürchten, aber auch kein Wachsen des Vertrauens, das bei Brandenburg unbedingt hätte vorausgehen müssen, ehe es die Stütze, die es an Frankreich hatte, aufgeben durfte.

Der große Kurfürst hat, gedrängt durch seine eigene unsichere Lage beim Ausbruche eines Krieges und in der festen Ueberzeugung, daß an einen entscheidenden, folgenschweren Sieg über Frankreich doch nicht zu denken sei, alles aufgeboten, um den Krieg wegen der Reunionen zu verhindern, und hat sich dadurch, ohne daß er selbst die ganze Tragweite seiner Politik überschauen konnte, großes Verdienst um das Reich, das größte aber um Oesterreich erworben. Er wies auf die Türkengefahr hin, über welche man sich in Wien in unglaublicher Täuschung befand. Was aus Oesterreich geworden wäre, wenn es seine Truppen zum größten Teile am Rhein im Kampfe gegen französische Armeen gehabt hätte, während Kara Mustafa heranzog, wenn außerdem den deutschen Fürsten ihre Kontingente nicht mehr zur Verfügung standen, um sie zum Entsatz von Wien zu senden, das läßt sich unschwer ermessen. Wenn es dem Kurfürsten von Brandenburg nur darum zu thun gewesen wäre, das Haus Habsburg ins Unglück zu stürzen, es unfähig zu machen, Ungarn wieder zu erwerben und für die Dauer zu behaupten, dann hätte er nichts anderes thun dürfen, als Oesterreich in einen neuen Krieg mit Frankreich zu hezen. Seine Stimme im Kurfürstenkollegium war die ausschlaggebende, er hatte die Entscheidung über Krieg und Frieden in seiner Hand. Er brauchte nur sein Reichskontingent marschieren zu lassen, es blieben ihm dann immer noch Truppen genug, um im geeigneten Augenblicke mit Frankreich vereint den Frieden zu diktieren. Die leiseste Andeutung eines Einverständnisses mit Waldecks großem Allianzprojekte hätte genügt, den Bruch mit Frankreich herbeizuführen. Friedrich Wilhelm von Hohenzollern aber überblickte die europäischen Verhältnisse noch immer besser, als Georg Friedrich von Waldeck, obwohl dieser schon in allen Heeren Europas gebient, ja selbst diplomatische Feldzüge nicht ohne Geschick durchgeführt hatte. Auch der Kurfürst hatte ja seinerzeit von seinem Räte und seiner Arbeitskraft mancherlei Nutzen gezogen, aber nun war er ihm entwachsen, der kleine Reichsgraf vermochte trotz der ihm vom Kaiser verliehenen neuen Fürstenwürde mit dem großen Kurfürsten nicht Schritt zu halten.

Einstweilen gingen Waldecks Geschäfte zwar ganz gut. Der fränkische Kreistag zu Nürnberg und der oberrheinische zu Marburg ratifizierten den Layenburger Vertrag und beschloßen in die schwedisch-holländische Association zu treten, sogar die hohenzollernschen Markgrafen von Anspach und Bayreuth schlossen sich ihm an, die Frankfurter Konferenzen endeten völlig erfolglos, der von Frankreich gestellte Termin zur Annahme seiner Propositionen wurde nicht beachtet, auch

in Courtray, wo wegen der belgischen Reunionen unterhandelt worden war, hatte man diese Bemühungen aufgegeben. Von brandenburgischer Seite war der Versuch gemacht worden, den Kaiser durch eine besondere Sendung des in Wien mit allen Verhältnissen wohlvertrauten Crocow zur „Akkommodation“ mit Frankreich zu bewegen. Dieser fand jedoch die Ansicht vorherrschend, daß die Weltstellung des Hauses Habsburg aufs äußerste bedroht sei, nicht nur durch die Wegnahme von Straßburg und die Reunionen, sondern mehr noch durch die Besetzung von Casale, von dem aus Frankreich Oberitalien beherrschen wolle, und durch dessen Uebergewicht über die Schweiz. Es war, als wenn man von der Bedeutung der Franche Comté keine Ahnung gehabt hätte, als man sie in Nymwegen abtrat. Jetzt erst würdigte man den Verlust und glaubte den hochfahrenden Reden Bourgomañeros, der Hoffnungen auf Wiedererwerbung erweckte, und dadurch den Kaiser vollständig gewonnen hatte. „Man riskiere Glück und Reputation,“ versicherten die kaiserlichen Räte dem brandenburgischen Bevollmächtigten, „wenn man sich für den Frieden äußern wollte. Der Kaiser lebe in der Ueberzeugung, daß die Türken durch Geldopfer fernzuhalten sein würden, die ungarischen Rebellen hielt er ohne die Türken nicht für gefährlich, dagegen glaubte er um jeden Preis Italien retten zu müssen. Es verlautete sogar: „ob man in Ungarn einige Gespanschaften und Städte mehr oder weniger habe, sei nicht von großem Belang; gegen Frankreich handle es sich um alles!“

Der Kurfürst von Brandenburg gab trotzdem seine Thätigkeit für den Frieden noch nicht auf. Er wendete sich an den Erzkanzler des Reiches und forderte ihn auf, die in Frankfurt abgebrochenen Unterhandlungen in Regensburg wieder aufnehmen zu lassen. Das Kurfürstenkollegium, in welchem fünf Stimmen für die Akkommodation waren, mußte zu seiner Geltung gelangen. Der Erzbischof von Mainz ging darauf ein. Frankreich verlängerte den Termin für den Aufschub weiterer Reunionen bis 1. Februar 1683. Der Kurfürst ließ nochmals einen besonderen Gesandten nach Wien abgehen, der namentlich die Türkenhilfe an die Bedingung zu knüpfen hatte, daß der Kaiser die Akkommodation mit Frankreich annehme. Außerdem mußte Otto von Schwerin (der jüngere) die schlesische Entschädigungsfrage wieder zur Sprache bringen, die eine neue Wendung genommen hatte. Zu dem Ersatze für Jägerndorf, den Brandenburg schon so lange Zeit ansprach, gesellte sich jetzt die Forderung auf Anerkennung eines Erbrechtes auf den Besitz des 1675 verstorbenen letzten Herzogs von Liegnitz, Brieg und Wohlau. „Wir wollen zwar,“ ließ der Kurfürst in Wien erklären, „bei den gegenwärtigen gefährlichen Konjunkturen dieser unserer wohlbegründeten Präntension halber Kaiserl. Majestät nicht beschwerlich fallen, leben aber daneben der Zuversicht, daß man uns feinerzeit deshalb gerecht werde.“ Er erhält jedoch keine befriedigende Antwort. Schwerin verließ Wien im März ohne jeglichen Erfolg. Er hatte nur Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß die Türkengefahr ernster war, als man glauben machen wollte. Am Hofe begann man bedenklich zu werden, aber man wagte noch immer keine Aenderung des politischen Systems, noch immer glaubte man, wie einst Kaiser Ferdinand II., zuerst die Kaiserkrone und dann erst die Hauptstadt retten zu müssen. Daß das Ansehen des Hauses Oesterreich am meisten leiden

werde, wenn sich daselbe unfähig zeige, die Grenzwehr gegen die Türken zu besorgen, daß Ludwig XIV. den Augenblick vielleicht am meisten herbeisehnen mochte, in welchem er nach Oesterreichs Niederlage sich an die Spitze eines Heeres setzte, um die Christenheit vor dem Erbfeinde zu retten, durchblickte man nicht. Noch am 30. Juni 1683 ließ der Kaiser am Reichstage erklären, Frankreich könne nur dann auf den Frieden rechnen, wenn es alles herausgebe, was es seit dem Nymweger Frieden an sich gerissen habe.

Man kann sich heute schwer in die Thatsache hineindenken, daß im Frühsummer des Jahres 1683, welches als das letzte Türkenerschreckensjahr populär geworden ist, vom Türkenkriege in Deutschland wenig oder gar nicht die Rede war. An allen Orten aber wurde gerüstet, besonders in den Ländern der Association, in Braunschweig-Lüneburg, am Rhein, in Holland. Brandenburg fürchtete von den Schweden aus Livland angegriffen zu werden, 16000 Mann sollten zum Einfall in Preußen bereit stehen. Es ist einzusehen, daß sich der Kurfürst durch einen neuen Vertrag (Entwurf vom 30. April) mit Frankreich und Dänemark gegen Ueberraschungen dieser Art zu sichern suchte, daß von einem Feldzuge in Pommern die Rede war. Die öffentliche Meinung in Deutschland war vorwiegend für den Krieg mit Frankreich. Ein „aufrichtiger Patriot“ sagt in seinen „Einfältigen Gedanken über die Friedfertigkeit, so die Franzosen in ihrem bekannten Projekt und in der Deklaration vom 28. September 1682 jüngst zu Frankfurt am Main an den Tag gegeben“, daß der Glaube an die Friedfertigkeit der Franzosen ein alberner Wahn sei. Ein christlicher, von Herzen friedfertiger Potentat werde seinem Nachbar nicht gleich mit dem Messer an die Gurgel fahren und nicht über eine noch unentschiedene Streitsache selbst entscheiden, indem er zugreift und hernach sagt: Gib her und frage nicht viel warum, so bleiben wir gute Brüder. Eine solche Brüderschaft hole der, der hinter dem Job steht. Es könne freilich Friede bleiben, wenn ein Nachbar alles prätendiert und der andere alles fein gutwillig hergibt. Aber solcher sei ein Friede auf die Art, wie in einer holländischen Stadt das Wirtshaus den ewigen Frieden dem Verlaut nach in seinem Schild führe. Das Dichten und Trachten der Franzosen sei auf die Universalmonarchie gerichtet. Den königlichen Prinzen in der Wiege werden Märlein davon gesungen. Alle Franzosen trösteten sich und trugen uns damit, wie die Juden mit der Monarchie ihres talmudischen Messias. Dazu brauchen sie aber keinen Universalfrieden, sondern den Universalkrieg.

Mitten in die leidenschaftlich geführten diplomatisch und publizistisch ¹⁾ ausgefochtenen Kämpfe über die Frage, ob Deutschland die Reunionen unannehmbar erklären und das geraubte Reichsgebiet mit den Waffen in der Hand zurückbegehren solle, ertönte der Ruf von dem Marsche der Türken gegen Wien.

¹⁾ Hierher gehören außer der schon erwähnten „Apologia des so genannten Waldeckischen Receß“ u. a. noch: „Schreiben eines guten Freundes an einen andern vertrauten Freund. Den heutigen Zustand des Deutschlands, wegen des Königs in Frankreich betreffend 1682.“ „Gedanken eines Patrioten über die Friedfertigkeit so die Franzosen an den Tag legen“, 1682. „Politische Staats- und Raths-Klugheit. Discurs zwischen einem Schwaben und Franken“, 1683. „Fremd und verstummt durch Wahr und über das falsch entdeckte Wienerische Cabinet“, 1683.

Zweiter Abschnitt.

Der Türkenkrieg von 1683¹⁾ und seine Folgen.

Die österreichischen Staatsmänner haben die Regierungspolitik nirgends so ungeschickt und entgegen aller Klugheit und Einsicht geleitet, als in Ungarn. Der Einfluß der Jesuiten ist dem Hause Habsburg niemals so verderblich geworden, als in der Zeit, in welcher man Ruhe und geordnete Zustände in dem kaiserlichen Teile von Ungarn so sehnlich gewünscht hat, um im Kampfe gegen die steigende Macht Frankreichs bestehen zu können. Als die Verschwörung der Magnaten 1670 durch eine glückliche Fügung entdeckt und durch ein hartes, aber nicht unverdientes Urteil das königliche Ansehen beim Volke hergestellt war, hätte durch Milde und Nachgiebigkeit in allen Angelegenheiten, welche die Hoheitsrechte der Krone nicht berührten, der angestrebte Zweck vollständig erreicht werden können. Die Abschreckung war gewiß nicht erfolglos geblieben, viele der Verschworenen waren geneigt, sich von ähnlichen gefährlichen Umtrieben fern zu halten, wenn man die ungarische Verfassung in Kraft und

¹⁾ Die Feier der zweiten Säcularfeier der Belagerung von Wien war die Veranlassung, daß sich nicht nur einzelne hervorragende Historiker mit dieser Epoche beschäftigt haben, sondern auch von berufenen Korporationen besondere Studien in dieser Richtung angeregt und kostspielige Veröffentlichungen ermöglicht wurden. Die neueste Litteratur über das Jahr 1683 hat Karl Uhlirz in den Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (V. Bd., S. 325 u. ff.) zusammengestellt und beurteilt. Die ältere Litteratur findet sich in dem „Katalog der historischen Ausstellung der Stadt Wien 1883“ sehr vollständig, auszugsweise auch als Einleitung zu den zusammenhängenden Darstellungen verzeichnet. Von den letzteren wurden vorzugsweise benützt: Renner, Wien im Jahr 1683 (im Auftrage des Gemeinderates von Wien verfaßt). Das Kriegsjahr 1683, dargestellt in (!) der Abteilung für Kriegsgeschichte des k. k. Kriegsarchivs. Angeli, Der Feldzug gegen die Türken 1684, 1685, 1686 (Mitteilungen des k. k. Kriegsarchivs). Rewald, Beiträge zur Geschichte der Belagerung Wiens durch die Türken 1683. Dnno Klopp, Das Jahr 1683. Thürheim, Rud. v. Starhemberg. Arneß, Guido v. Starhemberg. Arneß, Prinz Eugen v. Savoyen. Feldzüge des Prinzen Eugen v. Savoyen, herausgegeben von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des k. k. Kriegsarchivs, I. Bd. Einleitung.

sie selbst im Genuß ihrer Unabhängigkeit und ihrer Güter ließ. Durch die Einziehung der Güter der Verurtheilten war man in den Besitz von großen Geldmitteln gelangt. Nabasdy's Vermögen allein hat nach Millionen gezählt. Die Briny, Frangepani, Tattenbach, Wesselény u. a. haben auch nicht geringe Reichtümer in Händen gehabt. Bei weiser Verwendung derselben hätte nicht nur die kaiserliche Armee einen schönen Aufschwung nehmen und aus der stets beklagten Bedrängnis gehoben werden können, man wäre auch in der Lage gewesen, durch Geld Einfluß zu gewinnen, wo man dessen am nötigsten bedurfte, in Siebenbürgen. Vor allem aber mußten religiöse Streitigkeiten um jeden Preis vermieden, durfte den Protestanten kein Anlaß geboten werden, hochverrätherische Gesinnungen hinter den gerechten Klagen über Gewissensbedrückungen zu verbergen. Gerade das Gegentheil aber geschah. Die schönen Konfiskationssummen wanderten, wie üblich, in die Taschen des Hofadels und der Jesuitenzöglinge. So wie Ferdinand II. das Vermögen des altböhmischen Adels an die Wallenstein, Eggenberg, Liechtenstein, Harrach und Genossen verschwendet hatte, so daß ihm von den vielen Millionen nichts im Säckel blieb, so ging es auch diesmal. Die Zinzendorff und Montecuccoli kamen dabei nicht zu Schaden. Die österreichischen Erbübél: Mangel an Genauigkeit und Festigkeit in allen Verwaltungszweigen, Nachsicht gegen die Unredlichkeit der Hochstehenden, Härte gegen die kleinen Leute, Verschwendung in allem Ueberflüssigen, Sparsamkeit, wenn es sich um große Zwecke handelt, haben auch damals ihre schädlichen Folgen nach sich gezogen. Am verderblichsten aber wirkte die katholische Gegenreformation in Ungarn. Die Jesuiten hatten dem Kaiser beigebracht, daß die Untreue und Verrätheri der Ungarn in dem Protestantismus ihren Grund finde, der sich zu großer Dulbung erfreue. Freiherr von Hoher, seit Lobkowitz' Entfernung der eigentliche Leiter der österreichischen Politik, ein gesezesgewandter, rücksichtsloser Emporkömmling aus den vorderösterreichischen Landen, die lange Zeit den Herd der ultramontanen Seuche in Oesterreich gebildet haben, war mit der Ansicht durchdrungen, daß eine strenge, absolute Regierung und die gänzliche Ausrottung evangelischer Freiheit die sichersten Mittel zur dauernden Unterwerfung Ungarns seien. Die ganze, mächtige Jesuitenbande, welche bereits in allen Gesellschaftsklassen ihre wohlersonnenen Geistesstricken aufzurichten begonnen hatte, ¹⁾ unterstützte ihn, während einsichtsvolle Priester, wie der Bischof von Wien, der einst beim Kaiser sehr einflußreiche Emerich Sinelli, die „Behemenz und Schärfe verwarf, mit welchen die Jesuiten das Reformationswerk in Ungarn betrieben“. Die Prediger und Schullehrer beider evangelischen Konfessionen wurden vor ein Tribunal geladen, welchem der Primas Szelepcsényi vorsah, und von demselben auf Grund zum Teil gefälschter Briefe als Hochverräther erklärt, in den Kerker geworfen, ja um 50 Gulden für den Kopf auf die Galeeren nach Neapel verkauft. Die zeitgenössischen Schriften, Flugblätter und Nachrichten sammlungen sind von grauenenerregenden Schilderungen der unmenshlichen Behandlung der

¹⁾ „Nè può à sufficienza comprendersi quanto oltre del limite della coscienza estendono il loro Dominio i Padri delle anime in quella Corte.“ Relation di Francesco Michieli dal Marzo 1678.

Protestanten im kaiserlichen Ungarn angefüllt.¹⁾ Es mag dabei manches an Uebertreibung geleistet worden sein, wenn aber auch nur dasjenige für erwiesen gehalten wird, womit sich die Jesuiten selbst als ihren Erfolgen brüsteten, so kann nicht daran gezweifelt werden, daß das türkische Regiment gegenüber dem kaiserlichen den unkatholischen Ungarn als Wohlthat erscheinen mußte. Es ist Thatsache, daß der holländische Admiral de Ruyter ungarische Prediger aus der Sklaverei in Neapel losgekauft hat, daß Sachsen, Brandenburg und die Generalstaaten sich im Amtswege der unglücklichen Opfer katholischer Grausamkeit annehmen mußten, daß sie die Flüchtlinge bei sich aufnahmen und von diesen belehrt wurden, wie man in den Donauländern gegen die Anhänger des Evangeliums wütete. Der venetianische Gesandte am Wiener Hofe, Juanne Morosini, der doch selbst zu den religiösen Gegnern der Unzufriedenen in Ungarn gehörte, hat über die Verfehrtheit der österreichischen Regierungsmaßregeln das schärfste Urtheil gefällt²⁾ und die Stimmung im Volke als die erbitterteste geschildert. Den Hochmeister des deutschen Ordens, Johann Kaspar von Ampringen, einen redlichen und entschlossenen Mann, hatte man zum Statthalter gemacht. Der Primas, Graf Adam Forgács, Johan Majthényi und Bischof Kollonitz waren ihm zur Regierung beigegeben. Die ganze Einrichtung war aber ungeseglich, die Hereinziehung von Deutschen in die ungarische Regierung wurde auch von den Katholiken als ein Eingriff in die altehrwürdigen nationalen Rechte empfunden. Szelepcsenyi eiferte gegen den Deutschmeister, da er selbst die erste Stelle einnehmen wollte, so daß die Preßburger Regierung ziemlich machtlos blieb. Neben derselben führte der ungarische Hofkanzler Thomas Palffy die Geschäfte ganz selbständig und ohne sich um die Fremden zu kümmern.³⁾

Unmittelbar nach dem Mißlingen der Verschwörung 1670 waren es meist nur Räuber und Scharen von beschäftigungslosem Volk, die den kleinen Krieg gegen die kaiserlichen Truppen in Oberungarn führten, bald aber wurde der Widerstand von Siebenbürgen aus organisiert. In dieses Land waren die Führer der Aufständischen, ein Boczkay, Petróczy, Paul Wesselényi, Kenhe, Szuhay u. a., geflohen und hatten an dem Schwager des Fürsten Apaffy, Michael Teleky, einen

¹⁾ An die Römische Kayserliche auch zu Hungarn und Böhmeib Königl. Majest. unserm Allergnädigsten Kayser, König und Herrn. Höchst-Rothbringendes Fuß-fälliges Schreiben, Bitten und Klagen, deren, in inwenbig benannten sechs Schöffern bei 73 fälschlich angegebenen, und in grausamer Arrestirung unter Schlangen, Krotten und Ungezieffer, nackend und bloß, ohne Lebens-Mittel, halb todt liegender armer, elendigst geplagter Prediger und Schul-Diener der Schweißischen und Augspurgischen Confession. Umb Allergnädigste Erbarm-völlige Loslass- und Ledigsprechung aller zumuthenden unchristlichen Wercken, auch freyen sichern Paß- und Restituirung unserer Armen mit Thränen verlassenden heulenden Wayßlein. Im Jahr 1675. Die Verfasser bezeichnen sich als „die wir in 6 Schöffern, als in Leopold 35, Sarvar 15, Berenz 5, Kapuwar 7, Romacon 5 und Iherhard 6 gefänglich gehalten werden.“ Sie beteuern in kraffen Ausdrücken, daß sie Mist führen müssen und Hunger und Schläge erleben.

²⁾ „L'Ungheria da suoi antichi mali agitata, hora priva de privilegi, cambiata per esemplare castigo nella forma del governo, considerata della Corte come hereditario Dominio, doppo la ribellione, peggiora per li rimedii troppo violenti applicati per risanarla.“ Relatione dal 26 Luglio 1674.

³⁾ Kroneß, Handbuch der österr. Gesch. III. 619.

Gefinnungsgeossen und Förderer gefunden. Kuruzzen (Kreuzföbner) nannten sich nun die bewaffneten Banden, die, oftmals geschlagen, doch niemals ausgerottet werden konnten und in kleineren Gefechten auch den kaiserlichen Truppen gefährlich werden konnten. Als Johann Sobieski König von Polen geworden war, unterstützte er den Aufstand; durch den Marquis de Bethune, Sobieskis Schwager und französischen Geschäftsträger in Warschau, kamen Subsidien nach Oberungarn, die schon in dem 1675 zu Fogarasch entworfenen Bündnisse zwischen Apaffy, den Kuruzzen und Ludwig XIV. mit monatlichen 15 000 Thalern festgesetzt wurden. Die teilweise Nachgiebigkeit der Wiener Regierung, welche endlich eingesehen hatte, daß ihre Gewaltmaßregeln keine günstigen Folgen hatten, kam viel zu spät und konnte es nicht hindern, daß 1677 zu Warschau ein neues Bündnis zwischen Siebenbürgen und Frankreich geschlossen wurde, in welchem sich die verbündeten Siebenbürger und Ungarn verpflichteten, 9000 Reiter und 6000 Mann zu Fuß gegen den Kaiser im Felde zu erhalten und ohne Zustimmung des Königs von Frankreich keinen Frieden zu schließen. Ludwig XIV. zahlte im Kriegsfall 100 000 Thaler jährlich. Teleky wurde Obergeneral; schon 1678 aber führte nicht er, sondern der jugendliche, kühne Emerich Tököly 20 000 Kuruzzen in die ungarischen Bergstädte, wo sie viel gemünztes und ungemünztes Gold und Silber erbeuteten. Tökölys Vater, ein Mann von jungem Adel, Besitzer großer Herrschaften in der Zips, durch seine Mutter Katharina Thurzó jedoch mit den hervorragendsten Magnatenfamilien verwandt, hatte schon in der Zriny'schen Verschwörung eine Rolle gespielt und war während der Belagerung von Arva gestorben. Emerich, noch nicht 14 Jahre alt, war nach Siebenbürgen gebracht worden, wo seine Mutter, eine geborene Bethlen, Güter besaß. Er verlobte sich, nachdem er eine treffliche Erziehung genossen, mit der Tochter Telekys, einer Witwe Apaffy. Als er jedoch nach einigen Niederlagen, die ihm Dünwald und Brbna beigebracht hatten, und in Folge des Friedens von Nymwegen Veranlassung hatte, sich dem Kaiser zu nähern, gab er diese Verlobung auf und verlangte vom Kaiser die Zustimmung zu seiner Heirat mit der Witwe des 1676 verstorbenen Franz Rákóczy, einer Tochter des hingerichteten Banus Peter Zriny. Ihre Abstammung, die Tradition, die sich in ihrer Person verkörperte, und das ungeheure Vermögen, das sie teils schon besaß, teils nach dem Tode ihrer Schwiegermutter, einer Bathory, zu erwarten hatte, ließen Tököly diese Verbindung als ein Mittel zur Erreichung der Fürstenwürde in Oberungarn, wie sie Georg Rákóczy und Bethlen vertreten hatten, erkennen. Der Kaiser zögerte mit seiner Einwilligung, um so rascher aber verständigte sich Tököly mit Helene Zriny selbst, die den Geist und den Ehrgeiz ihres Vaters geerbt hatte. Wieder war es die Unentschlossenheit, die Verschleppungssucht der kaiserlichen Regierung und die Rücksicht auf die katholischen Interessen, durch welche die mögliche günstige Wendung in Ungarn aufgehalten und die entgegengesetzte Entwicklung der Verhältnisse hervorgerufen wurde. Der Einfluß der streng katholischen Sophie Rákóczy-Bathory auf Helene Zriny war bis dahin der katholischen Reaktion günstig gewesen, der ganze Reichtum, über welchen die beiden Frauen verfügten, war derselben dienstbar geworden. Man hätte dieses Förderungsmittel der religiösen Knechtung Ungarns opfern müssen, um damit

die Beruhigung Oberungarns zu erkaufen. Tököly hätte aus den Händen des Kaisers die reiche Braut und die Fürstenwürde erhalten müssen, wenn man den Krieg im Ernste vermeiden wollte. Die Unglücksfälle im Felde, die Entzweiung mit Teleky, der durch die Auflösung der Verlobung mit seiner Tochter beleidigt war, hatten Tököly von 1679 bis Ende des Jahres 1681 in eine unangenehme Lage versetzt. Sie war sofort auszunützen. Es unterblieb aber, an Stelle rascher Zugeständnisse trat wie gewöhnlich unehrliches, zweideutiges Unterhandeln. Sophie Rákóczy war gestorben und hatte in ihrem Testamente ihre Schwiegertochter übergeben und deren Söhne Franz und Julia zu Erben eingesetzt. Der Kaiser sollte ihr Vormund sein. Tököly verlangte die Umstößung des Testaments zu Gunsten Helensens. In Wien war man entschlossen, darauf nicht einzugehen, aber man wollte Tököly mit leeren Versprechungen hinhalten, bis er ungefährlich geworden wäre. Dieser ließ sich aber nicht lange täuschen. Er stellte dem Oedenburger Landtage von 1681 eine Versammlung seiner Anhänger in Rapos gegenüber, welche die Beschlüsse des ersteren für ungültig erklärten und alle Verhandlungen und Beratungen zurückwiesen, so lange nicht die kirchliche Freiheit in Oberungarn wieder hergestellt sei. So fruchtete auch die Nachgiebigkeit, welche der Kaiser dem Landtage gegenüber bewies, nichts mehr. Die Resolution vom 9. November 1681, welche das evangelische Bekenntnis den Grundherren und ihren Unterthanen freigab, jedoch den katholischen Grundherren gestattete, über den Glauben ihrer Unterthanen zu entscheiden, wie die Stände des deutschen Reiches, befriedigte die Protestanten nicht und legte den Eifer der katholischen Partei lahm.

Tököly schloß (1682) die Ehe mit Helene Prinz auch ohne die Einwilligung des Kaisers und kündigte gleich darauf den Waffenstillstand. Der Sultan sandte ihm die Zeichen der Fürstenwürde, worauf Tököly den Titel: Herr und Regierer Ungarns annahm. Nachdem er Kaschau und Filek eingenommen und sich nahezu ganz Oberungarns bemächtigt hatte, trug er dem Kaiser neuerlich einen Waffenstillstand und seine Vermittelung mit den Türken an.

Die Pforte hatte am 27. Oktober 1676 mit Polen den Frieden von Zuravna geschlossen, nachdem Sobieski schon vor seiner Königswahl in heimlichem Einvernehmen mit dem Großwesir gestanden war. Das Geld zur Aufrechthaltung seiner Thronkandidatur war ihm in Konstantinopel vorgestreckt worden. Seit dieser Zeit war die Gefahr eines Türkenkrieges in Ungarn vorhanden. Drei Tage nach jenem Friedensschlusse war nämlich Ahmed Köprili gestorben und mit ihm ein eifriger Förderer friedlicher Beziehungen des Sultans mit dem Kaiser dahingegangen. Sein Schwager und Nachfolger Kara Mustafa war eitel und unwissend, daher ein sehr geeignetes Werkzeug für die französische Diplomatie, welche darauf ausging, Oesterreich in Ungarn Verlegenheiten zu bereiten, die Türkei zur Teilnahme an der Bewegung in Siebenbürgen und Ungarn zu bewegen, ohne doch selbst in ein Bündnis mit der Pforte zu treten. Bis zum Jahre 1681 verhinderte jedoch ein Krieg mit Rußland die Weiterführung dieser Pläne und erst nach dem Frieden von Razin, der ihn beendigte, konnte eine folgenschwere Aktion der Pforte in Ungarn erwartet werden. Der kaiserliche Resident Kuniz machte schon in dem genannten Jahre wiederholt darauf aufmert-

sam, daß trotz des Friedens mit den Russen in der Türkei noch immer gerüstet werde. Da aber gleichzeitig ein ernster Zwiespalt zwischen Frankreich und der Türkei ausgebrochen zu sein schien, legte man diesen Berichten keinen Wert bei. Es wurde sogar in Wien der Beschluß gefaßt, einen besonderen Gesandten in der Person des Grafen Albert Caprara nach Konstantinopel zu senden, um eine Annäherung an die Pforte zu stande zu bringen, zum mindesten die Wege aufzusuchen, auf welchen der Ausbruch eines Krieges verhindert werden könnte. Im Januar 1682 trat Caprara die Reise an und erhielt schon in Ofen den Eindruck, daß der Krieg gegen Oesterreich bei den Türken beschlossene Sache sei und daß nur mit Aufwendung großer Geldsummen ein Umschwung der Gesinnung in Konstantinopel erzielt werden könne. Diese standen jedoch nicht zur Verfügung. In Sophia begegneten die Kaiserlichen einer Gesandtschaft Tökölys, die bereits im Januar beim Sultan Audienz gehabt und die Bedingungen eines Bündnisses mit der Pforte verabredet hatte. Als sie, am Orte ihrer Bestimmung angelangt, die Stimmung am goldenen Horn persönlich kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hatten, befestigte sich bei ihnen die Ueberzeugung, daß der Krieg nicht mehr aufzuhalten sei. Kara Mustafas Stellung war eine äußerst unsichere, er glaubte dieselbe nur durch Erfolge nach außen befestigen zu können. Die Mittheilungen der ungarischen Rebellen ließen ihm die Verhältnisse äußerst günstig erscheinen, um Siege gegen den Kaiser zu ersechten. Die Gegner des Großwesirs aber erwarteten das Gegentheil und rechneten auf den Sturz des Günstlings, wenn seine Hoffnungen an der Donau nicht erfüllt würden. Die Irrungen mit Frankreich waren gänzlich beigelegt, und wenn auch Ludwig XIV. nicht durch seine eigenen Vertreter die Pforte zum Kriege gegen die Christenheit auffordern ließ, so hatte er doch das Seinige gethan, um die Entscheidung des Sultans wesentlich zu erleichtern.

Caprara schrieb nach Wien, nach seiner Anschauung müsse man sofort mit aller Kraft gegen die ungarischen Rebellen auftreten, ihre militärische Organisation durch Niederlagen zerstören; dies allein würde in Konstantinopel Eindruck machen und die Ratschläge des Großwesirs beim Sultan bedenklich machen.

Als diese Botschaft am kaiserlichen Hofe anlangte, wußte man, daß es mit den kaiserlichen Waffen in Oberungarn schlecht stand. Es hätte sich Capraras Rat nur dann ausführen lassen, wenn man den Krieg gegen Frankreich für die nächste Zeit aufgab. Der Kaiser berief, um über diese wichtige Frage zu beraten, eine eigene Konferenz von 18 Mitgliedern, einen verstärkten Hofkriegsrat. Dieser entschied sich in einer Sitzung vom 11. August für die Aufnahme des Kampfes im Westen. Denn dort sei auf einen dauernden Frieden nicht zu rechnen, der Erfahrung gemäß habe alles, was mit dem orientalischen Feinde geschlossen wird, mehr Bestand und Sicherheit, als was man mit Frankreich verhandelt. Was man im Osten verliere, lasse sich heute oder morgen wieder gewinnen, dagegen werde ein Zurückweichen vor Frankreichs Gewaltthätigkeit das Vertrauen in das habsburgische Kaisertum für immer untergraben. Der Mangel dieses Vertrauens könne bei anderen Mächten desperate und dem Erzhaufe fatale Entschlüsse hervorrufen. „Denn, wie ungern man auch dessen gedenkt, so muß doch gesagt werden, daß im Falle eines Sonderfriedens mit Frankreich, ohne

Einschluß Spaniens und der anderen Nachbarmächte des Reiches, der gänzliche Untergang des seit so vielen Jahrhunderten glorreich bestandenen Erzhauses daraus kommen, und Euer Majestät alle Hoheit, das Kaisertum, Ihre Königreiche in Gefahr stürzen und dann dasjenige, was man in Ungarn konservieren will, neben dem vielen anderen dennoch verlieren würden, nicht ohne unwiederbringlichen Schaden der katholischen Religion.“¹⁾

Diese Aeußerung von einer großen Zahl der einflussreichsten, durch Besitz und Amt höchstehenden Persönlichkeiten, denen man trotz der unzweifelhaften spanischen Agitation doch nicht absprechen wird, daß sie nach bestem Gewissen ihrer wahren Meinung Ausdruck gegeben haben, hat eine große Bedeutung. Sie beweist entscheidend, daß es ein österreichisches Staatsbewußtsein unter ihnen nicht gegeben hat. Die Verbindung mit Ungarn hat für sie geringen Wert, das Geseß von der Notwendigkeit der Vereinigung der Stefanskronen mit den Erblanden, welches für die Theorie des österreichischen Staates als Dogma gilt, ist ihnen unbekannt. Vor ihren Augen steht der Gedanke, daß die Weltstellung des Hauses Habsburg, das Uebergewicht desselben über die anderen Staaten Europas, gefährdet sei. Die Kaiserkrone — oder Ungarn scheint ihnen die Lösung zu sein und sie wählen die erstere. Nicht etwa aus Interesse für das deutsche Reich oder gar aus nationaler Sorge für das Schicksal des deutschen Volkes, sondern ausschließlich in der Erwägung, daß die Macht der Casa d' Austria zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes und der katholischen Religion notwendig sei.

Man kannte in Wien bereits den Vertrag zwischen Tököly und der Türkei, wie er von ersterem mit Ibrahim Pascha von Ofen in Ausführung der vom Sultan selbst gegebenen Zusagen festgesetzt worden war. Darin anerkannte die Türkei den Rebellen als König von Ungarn auf Lebenszeit und verpflichtete sich, auch nach dessen Tode keinen Katholiken auf dem Throne des heiligen Stefan zu dulden. Sie verbürgte den Ungarn ihre Verfassung und Religionsfreiheit, versprach, keinen den Ungarn nachteiligen Frieden mit dem Kaiser zu schließen und begnügte sich mit einem jährlichen Tribute von 40 000 Thalern. Trotzdem schloß man nach den Verlusten in Oberungarn noch einen Waffenstillstand mit Tököly, durch welchen dessen faktischer Besitz anerkannt wurde, und erwartete von seiner Vermittelung die Beruhigung der Türken. Tökölys Erfolge hatten aber die entgegengesetzte Wirkung hervorgerufen. Kara Mustafa konnte durch den Hinweis auf dieselben den Sultan überzeugen, daß der Krieg ein glücklicher sein werde. Der Sultan brach mit seiner ganzen Streitmacht nach Adrianopel auf, zu Beginn des Jahres 1683 war der kaiserliche Gesandte bei der Pforte bereits ein Gefangener, seine Verbindung mit dem Abendlande abgeschnitten.

Endlich hatte sich doch auch in Wien die Einsicht verbreitet, daß man gegen zwei Seiten gerüstet sein müsse. Der Abschluß neuer Allianzen wurde eifrig betrieben. Die wichtigsten derselben waren aber noch immer nur gegen

¹⁾ Aus dem Protokolle der Beratung vom 11. August 1682 bei Dnno Klopp.

Frankreich gerichtet, so der neue Vertrag zwischen Oesterreich, Spanien, Schweden und den Generalstaaten am 6. Februar, der Vertrag mit Ernst August von Hannover am 14. Januar. Nur Max Emanuel von Baiern, seit dem 26. Mai 1679 der Nachfolger seines Vaters Ferdinand Maria in der Kurwürde, versprach 5000 Mann zu Fuß und 3000 Reiter gegen jeden Feind des Kaisers. Eine persönliche Begegnung mit Leopold in Alt-Deetting (März 1681) hatte freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Fürsten begründet, welche bald darnach zu einer Familienverbindung führten, nachdem das Projekt einer Vermählung mit der Prinzessin Eleonore von Sachsen-Eisenach, für welche Max Emanuel leidenschaftlich eingenommen gewesen war, an konfessionellen Schwierigkeiten gescheitert war¹⁾. Erzherzogin Marie Antonie, die Tochter des Kaisers aus der Ehe mit Margarete Theresia von Spanien, war dem feurigen Kurfürsten als Gemahlin zugebracht, sie brachte ihm die Anwartschaft auf einen Teil des spanischen Erbes ins Haus, für den so naheliegenden Fall, daß auf eine männliche Fortsetzung der spanischen Linie des Hauses Habsburg nicht mehr gerechnet werden könne. Bei Johann Georg III. von Sachsen, der seit dem 22. August 1680 den Kurhut innehatte, konnte Graf Lamberg, der dort, wie in Berlin unterhandelte, noch keine bestimmten Zusicherungen erreichen. Die Verbindung Brandenburgs mit Dänemark einerseits und die noch immer verschleierte Absichten Ernst Augusts andererseits ließen Verwickelungen in Norddeutschland erwarten, in welchen Kur Sachsen möglicherweise Stellung nehmen mußte. Erst die Konferenz, welche die braunschweigischen Herzöge mit Dänemark und Brandenburg vom 10. bis 15. Juni in Hamburg abhielten, beseitigte diese Gefahr. Der Große Kurfürst hatte durch eine Sendung seines Rates Meinders nach Hannover dem Mißtrauen die Spitze abgebrochen und dadurch auch über den Rhein hinüber zu erkennen gegeben, daß er an der Beunruhigung des Reiches in den Tagen ernster Gefahr keinen Anteil nehmen werde. Der Anschluß an den Kaiser war ihm durch die Zurückhaltung, welche die Wiener Regierung noch immer allen seinen Forderungen entgegensetzte, vorläufig unmöglich.

Als der beste Helfer in der Not bewährte sich für Oesterreich der Papst. Innocenz XI., ein Descalchi, hat seine Sendung als Oberhaupt der katholischen Christen wohl erfaßt. Vor dem scharfen Blicke des welterfahrenen Mannes, der mit 66 Jahren (am 21. September 1676) den Stuhl Petri bestiegen hatte, schwand der falsche Schein, den sich der allerchristlichste König als Förderer des Katholizismus zu geben suchte, enthüllte sich das Streben nach einer rücksichtslosen Allein Herrschaft, gegen welche auch die Macht der Kurie zu schwinden drohte. Die französischen Hugenotten, denen Ludwig XIV. eben das Messer an die Kehle zu setzen im Begriffe stand, hatten der katholischen Sache längst keinen Schaden mehr zuzufügen vermocht; der Verlust des ganzen Königreiches Ungarn an die von den Türken unterstützten Calviner fiel dagegen schwer ins Gewicht. Die Schwächung des habsburgischen Einflusses in Europa, der Niedergang des Ansehens dieser Familie, welcher das Verdienst zutram, den Katholizismus in Deutsch-

¹⁾ „Ueber den Umschwung der bayerischen Politik in den Jahren 1679—1683“ handelt Karl Theodor Heigel in den Abhandlungen der baier. Akad. XIX. Bd. I. Abt.

v. Zwiabined-Süldenhorst, Deutsche Geschichte 1648—1740. I.

land gerettet zu haben, wären empfindliche Schläge für das Papsttum geworden, das von ihnen niemals ein ähnliches diktatorisches Auftreten zu befürchten hatte, wie von den Bourbonen. Der Papst bot daher alles auf, um den Widerstand des Kaisers gegen die Türken zu befördern, seine Bemühungen haben wesentlich zur Rettung von Wien beigetragen. Der Geldmangel am kaiserlichen Hofe war ja so groß gewesen, daß man Caprara nicht mit den Summen hatte ausstatten können, mit welchen allein die Möglichkeit eines Erfolges an der Pforte gegeben gewesen wäre; für die jetzt notwendigen Rüstungen konnte das Erforderliche nicht mehr aufgebracht werden. Hier griff Innocenz vor allem hilfreich ein. Schon im Februar war ein Kriegsbeitrag von 200000 Kronen in den Händen des Nuntius in Wien; bis zum Oktober sollen 1200000 Gulden durch den Papst beige-steuert worden sein. Außerdem beschloß eine zu diesem Zwecke berufene Kardinalkongregation, daß die geistlichen Güter in der gegenwärtigen Notlage besteuert werden dürfen, wodurch nicht geringe Summen flüssig wurden. In Baiern betrug die Türkensteuer der Geistlichkeit 300000 Gulden.¹⁾

Als seine nächste Aufgabe sah es der Papst an, auf Ludwig XIV. zu wirken, um einen französischen Angriff auf das Reich während des Türkenkrieges zu verhindern. Er forderte den König in einem Breve vom 20. Januar 1683 auf, die Waffen gegen den Erbfeind der Christenheit zu erheben. Sollte jedoch der Zustand des Königreiches, wider des Papstes Verhoffen, ihm dies nicht gestatten, so werde der König sich doch so verhalten, daß in einer solchen Zeit der Bedrängnis Deutschland und die anderen christlichen Länder sich frei fühlen von der Furcht vor seinen Waffen. Ludwig stellte in seiner Antwort seine Langmut in das glänzendste Licht, seit fünf Vierteljahren harre er auf die Anerkennung seiner Rechte durch Kaiser und Reich, die trotz der Türkengefahr noch immer nicht erfolge, weil man ihn mit Krieg überziehen wolle. Der heilige Vater möge selbst über die Absichten derjenigen urteilen, die darauf ausgehen, einen zweifelhaften Frieden mit den Ungläubigen zum Schaden der Kirche zu schließen, nur um mit allen ihren Mitteln den Krieg in der Christenheit zu erneuern. Der König ließ seinen Briefwechsel mit dem Papste veröffentlichen, sowie er schon im März 1682 feierlich verkündet hatte, daß er die Belagerung von Luxemburg aus Rücksicht auf die Gefahr eines Türkenkrieges aufhebe. Er hatte dies gethan, nachdem er unmittelbar vorher die zwischen Frankreich und der Pforte schwebenden Streitigkeiten durch einen offenen Rückzug von seiner Seite beendet und dadurch dem Großvezier die Wege zum Kriege in Ungarn geebnet hatte. Jetzt versetzte er den Papst durch seine Friedensheuchelei in die Notwendigkeit, auch beim Kaiser zur Nachgiebigkeit gegen Frankreich zu wirken, wofür dieser ihm wenig Dank wußte. Es war aber ein neuer Beweis der richtigen Auffassung seiner Stellung durch Innocenz XI., daß er sich eine Entscheidung in der

¹⁾ Menner, S. 72. Eine genaue ziffermäßige Zusammenstellung aller Gelbleistungen für den Türkenkrieg fehlt unseres Wissens auch in der umfangreichen Jubiläumslitteratur. Bei Newald finden sich erschöpfende Angaben über Niederösterreich, namentlich die Leistungen der Stände, jedoch nichts über die Einnahmen aus den geistlichen Gütern. Onno Klopp ging einer derartigen Arbeit, obwohl sie gerade ihm sehr wohl angestanden hätte, vorsichtig aus dem Wege.

Reunionenfrage nicht anmaßte, sondern nach beiden Seiten hin die Ansicht vertrat, es sei Christenpflicht, sich zu vertragen, wenn dem Glauben und der Kirche von deren Feinden Gefahr droht. Da der Papst in dieser Weise seine Kompetenz in keiner Weise überschritt, konnte der König von Frankreich doch nichts anderes thun, als sich ihm gehorsam und willfährig zeigen.

Auch bei dem Abschlusse der Allianz mit Polen leistete der Papst dem Kaiser die besten Dienste. König Sobieski, dessen Wahl einen Sieg Frankreichs bedeutet hatte, war durch die Haltung Ludwigs XIV. allmählich überzeugt worden, daß er von diesem nur als ein Werkzeug für seine großen politischen Pläne betrachtet und nicht als ein gleichberechtigter Monarch behandelt werde, dessen Wünsche und Interessen bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt werden müßten. Ludwig wurde karg gegen Polen, ließ selbst mäßige Geldforderungen des polnischen Hofes unbeachtet, versagte dem Vater der Königin, dem Marquis d'Arquien, die mehrmals erbetene Erhebung zum Duc und Pair von Frankreich. Dabei mußte Sobieski und dessen Gattin, Marie Casimire, wahrnehmen, daß beträchtliche Geldsendungen auf dem Wege der französischen Gesandtschaft in Polen an die ungarischen Rebellen abgingen, die als Bundesgenossen der Türken unmöglich Freunde der Polen sein konnten. Es war nur eine natürliche Folge der dadurch entstehenden Verstimmung, daß Sobieski das Interesse seines Staates in den Vordergrund stellte und die Unterstützung Tökölys und seiner Partei zu verhindern suchte. Als der kaiserliche Resident v. Zierowsky den aufgefangenen Briefwechsel zwischen dem französischen Agenten Duvernay mit Tököly vorlegte ¹⁾ und Duvernays Ausweisung verlangte, ging Sobieski darauf ein (Herbst 1682). Er war auch sehr bereitwillig, für den Frieden mit dem Kaiser bei Ludwig XIV. zu wirken, damit man in Wien besseren Mut gewinne, den Kampf mit den Türken aufzunehmen. Im Frühjahr 1683 bemühten sich dann der kaiserliche Sezialgesandte Graf Waldstein und der päpstliche Nuntius Kardinal Pallavicini gemeinschaftlich, eine Allianz zwischen dem Kaiser und dem Könige von Polen zustande zu bringen. Hier wirkte nun nicht nur die Autorität des Papstes, sondern auch sein Geld wohlthätig, denn es handelte sich darum, die österreichische Partei unter den polnischen Reichstagsmitgliedern derart zu vergrößern, daß der König, der ja doch nicht aus eigener Macht abschließen konnte, die nötige Unterstützung im Reichstage fand. Es begann daher nach polnischer Sitte ein Wettstreit der Bestechungen und Geschenke. Frankreichs Botschafter, Marquis de Vitry, that sein Möglichstes, er ließ sogar sein silbernes Tafelgeschirr vermünzen, da die polnischen Stimmführer nur noch bares Geld nehmen wollten, er konnte den Kaiserlichen aber doch nicht die Wage halten. ²⁾ Lange schwankte der Kampf zwischen den beiden Parteien, es bedurfte des persönlichen Eingreifens Sobieskis in die Beratungen, um in letzter Stunde die Entscheidung zu Gunsten des Kaisers hervorzurufen. Er konnte sich dabei auf einen Bericht Vitrys an seinen König stützen, dessen man neuerdings habhaft geworden war. Stanislaus Jablonowski,

¹⁾ Die Briefe finden sich im Theatr. Europ. XII. 437 u. ff.

²⁾ Die „Spezifikation“ der von der kaiserlichen Gesandtschaft in Polen verausgabten Bestechungsgelder im Gesamtbetrage von 66 419 Gulden hat Renner (S. 82) aufgenommen.

dem darin zugemutet war, daß er, der sich um die Wahl Sobieskis die größten Verdienste erworben hatte, jetzt selbst nach derselben strebe, suchte sich durch ein möglichst entschiedenes Auftreten für die Allianz in den Augen des Königs zu rechtfertigen. In der Nacht zum 31. März gab der Reichstag seine Zustimmung zu derselben. Sie war ausschließlich gegen die Türken gerichtet und wurde ausdrücklich auf die Mahnungen und zugesagten Subsidien des Papstes zurückgeführt. Dieser war auch zum Garanten des Bündnisses bestellt. Die Karbinale Pio und Barberini mußten, ersterer für den Kaiser, letzterer für den König von Polen, einen besonderen Eid auf Einhaltung der Vertragsbestimmungen in die Hände des Papstes ablegen. Ein Friede mit den Türken konnte nur im Einverständnisse beider Mächte abgeschlossen werden. Der Kaiser verpflichtete sich zur Aufstellung eines Heeres von 60 000 Mann, worunter 20 000 Mann Hilfstruppen der dem Kaiser befreundeten Fürsten gerechnet werden sollten, Polen versprach 40 000 Krieger. Für den Fall einer Belagerung von Wien oder Krakau war die Vereinigung aller Streitkräfte zum Entsatz ausbedungen. Für die Ausrüstung des polnischen Heeres hatte der Kaiser 1 200 000 Gulden polnischer Währung (gleich 200 000 Reichsthaler) ohne Anspruch auf Rückvergütung an Polen zu entrichten.¹⁾ Das Oberkommando war der im Lager anwesenden Majestät vorbehalten.

Ludwig XIV. berief den Marquis de Vitry von Warschau ab; bei der Abschiedsaudienz mußte er eine Rede halten, in welcher alle durch die aufgefangenen Briefe erwiesenen Umtriebe abgeleugnet wurden. Sobieski würdigte den Gesandten keiner Antwort. Der Kanzler erwiderte: Niemand werde leugnen können, daß das zwischen dem Kaiser und Polen geschlossene Bündnis der Christenheit zum Heile gereiche. Dieses Bündnis habe der Botschafter durch unerlaubte Kunstgriffe und Listen zu stören gesucht. Dennoch werde er aus Rücksicht auf den König von Frankreich in Gnaden entlassen. In Wien fühlte man sich durch das thätige Eingreifen des Papstes und den unerwartet günstigen Verlauf der Verhandlungen mit Polen sehr beruhigt, hatte auch noch lange nicht die Hoffnung aufgegeben, daß Tököly doch ernstlich die Erhaltung des Friedens betreibe. Der Hofkriegsratspräsident Hermann von Baden äußerte sich noch im Januar in einem Gutachten,²⁾ der Türkenfriede sei dem Frieden mit Frankreich vorzuziehen, wäre es auch mit den Bedingungen, welche die Rebellen verlangen. Er bezieht sich dabei auf die Instruktion, welche Tököly, der auf einem Landtage zu Kaschau seine Friedensvermittlung öffentlich angekündigt hatte, den Gesandten mitgab, die er zu diesem Zwecke an den Sultan sendete. Sie trafen ihn mit seinem Heere und seinem Harem, der auf hundert Wagen die Reise mitmachte, in Philippopol. Was sie dem Großwesir meldeten, daß die Rüstungen des Kaisers weit zurück seien, daß Wien überrascht werden könne, wenn das Heer zeitig genug in Aktion treten würde, war nicht geeignet, Kara Mustafa von seinem Vorhaben abzubringen. Tököly war kaum mehr in der Lage, den Kriegszug aufzuhalten, ohne mit den Türken vollständig zu brechen. Durfte er dies

¹⁾ „Aktenstücke zu den Verhandlungen mit Polen“ bei Rewald.

²⁾ Donno Klopp erwähnt desselben als im Bestande des k. Kriegesarchives befindlich.

wagen? War er des Kaisers so weit versichert, daß ihn dieser auch gegen die über seinen Abfall gereizten Nachbarn verteidigt hätte?

Das türkische Heer zog in der Stärke von beiläufig 100000 Mann von Adrianopel über Sofia nach Belgrad, wo es am 30. April anlangte. Dort mußte ein längerer Aufenthalt genommen werden, um den Nachzug der asiatischen Truppen abzuwarten. Der Sultan übertrug durch Ueberreichung einer kostbaren Fahne dem Großwesir die Leitung des Feldzuges, da er nicht gesonnen war, sich und seinen Harem noch weiter den Fährlichkeiten und Unbequemlichkeiten einer Reise auszusetzen. Am 11. Mai erst erhielt Caprara, dem es gelungen war, seit seiner Gefangenhaltung doch mehrere Briefe über Fiume und Polen nach Wien zu senden, die Nachricht von dem Abschlusse der Allianz mit Sobieski und säumte nicht, dieselbe dem Großwesir zu wissen zu thun. Er übermittelte demselben auch ein Schreiben des Markgrafen von Baden, in welchem angefihts der türkischen Rüstungen und Kriegsvorbereitungen die Entlassung des Internuntius verlangt, dabei aber nochmals der Wunsch ausgesprochen wird, die Fortdauer der guten Nachbarschaft zu erhalten. Caprara, mit welchem auch Kuniz reiste, erhielt seine Entlassung jedoch nicht, sondern den Auftrag, sich mit den türkischen Vortruppen nach Esseg zu begeben. Am 22. Mai brachen sie auf. Caprara wußte bereits, daß der Anschlag auf Wien gerichtet sei. Er machte davon an den kaiserlichen Hof mit dem Bemerkn Meldung, daß er lange daran gezweifelt habe, weil ihm die türkischen Mittel durchaus unzureichend zu einem solchen Unternehmen schienen, daß er jedoch von einer Persönlichkeit aus der Umgebung Kara Mustafas selbst von den Absichten des letzteren unterrichtet worden sei.

Caprara war noch am 7. Juni Zeuge des feierlichen Empfanges, welchen Kara Mustafa im Feldlager bei Esseg dem Tököly bereitete; erst am 16. Juni durfte er in Begleitung des Bei von Stuhlweissenburg und einer Schutzmannschaft nach Ofen aufbrechen, von wo er aber erst nach Monaten an den kaiserlichen Hof gelangte. Kuniz wurde zurückgehalten und dem Aga der Janitscharen zur Bewachung übergeben. Er war Zeuge der Belagerung Wiens im türkischen Hauptquartier und wurde gleichzeitig mit Wien befreit. Seine Berichte gehören zu den wichtigsten Quellen über die Vorgänge im Lager vor Wien.

Während das türkische Heer schon auf dem Marsche begriffen war, beriet man in Wien noch über die Aufbringung des Geldes für das Heer, das man dem Feinde entgegensenden mußte. So wohlthätig auch die italienischen Hülfsgelder gewirkt hatten, konnte man mit diesen doch nicht alles bestreiten; es mußten daher auch im Lande entsprechende Beiträge aufgebracht werden. Bare Rassenbestände gab es ja nicht, und die Aufnahme von Geldern bei Korporationen und Privaten wurde immer schwieriger, da man sich dieses Hausmittels österrreichischer Finanzwirtschaft schon in der größtmöglichen Ausdehnung bedient hatte.

Unter dem Hofkammerpräsidenten Grafen Georg Ludwig von Sinzendorf, dessen Entfernung vom Amte (1679) bereits erwähnt wurde, war die Unordnung aufs Aeußerste gestiegen. Die Summen, welche Sinzendorf wirklich unterschlagen hat, lassen sich nicht feststellen; man hat ihm bei seiner Verurteilung eine Geld-

strafe von 1970000 Gulden auferlegt, der Kaiser ließ davon jedoch nur die 70000 Gulden bestehen, der Rest von nahezu zwei Millionen wurde ihm oder vielmehr seiner Frau erlassen.¹⁾ Seine Wirtschaft aber war dadurch besonders schädlich geworden, daß er, um sich nicht Feinde und scharfe Beobachter seiner Gebarung zu schaffen, in der Eintreibung der von den Ländern zu leistenden Steuern äußerst nachsichtig zu Werke ging und Gewohnheiten einreißer ließ, die dem Staatschatze verderblich werden mußten: so z. B., daß die oberösterreichischen Landstände ihre jährlichen Quoten immer erst nachhinein bezahlten, so daß die Hofkammer auf die ausstehenden Summen Beträge aufnehmen und dieselben verzinsen mußte. Die Schulden wuchsen durch die rückständigen Interessen zu enormer Höhe an, obwohl doch jährlich große Posten an Zinsenzahlung hinausgingen. Die Stadt Wien hatte im Jahre 1682 an die Regierung eine Gesamtforderung von 1157847 Gulden zu stellen. Davon waren 172585 Gulden Kapital, 985262 Gulden aufgelaufene Zinsen. Es gab ungetilgte Schuldposten aus dem Jahre 1561. Zölle und Mauten waren auf ungezählte Jahre hinaus verpfändet, daher eine stetige Verminderung der Einnahmen trotz der Erhöhung des Verkehrs und der Steuerleistung der Einzelnen zur Regel geworden. Daß die Sitte, Bestechungsgelder anzunehmen, welche in den Kreisen der höchsten Staatsmänner und „Generalspersonen“ mit großer Sorge gepflegt wurde, auch in den unteren Beamtenreihen bereitwilligst Nachahmung fand, war unvermeidlich. Der Nachfolger Sinzendorfs, Christof Freiherr von Abele, hatte daher bei seinem ernstern Streben, den Staatshaushalt einigermaßen in Ordnung zu bringen und die Mittel für den in Aussicht stehenden Feldzug aufzubringen, mit unglaublichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bei den Landständen, die vor allem berufen waren, dieses Streben zu unterstützen, fand er nicht das geringste Entgegenkommen.

Durch Gewohnheit und Uebereinkommen, nicht auf verfassungsmäßigem, gesetzlichem Wege war ein Verteilungsmodus der von den Ländern zu leistenden Barzahlungen eingeführt worden, wonach Böhmen mit Mähren und Schlesien

¹⁾ Das Urteil wurde samt Angabe einiger Gründe veröffentlicht: „Ihr Röm. Kayf. Majestät ergangener Sentenz wider Herrn Georg Ludwig, Grafen von Sinzendorff“ . . . „vor dem Kayserl. Iudicio delegato in des Herrn Grafen von Kostitz Behausung zu Lnyk den 8. October 1680 publicirt.“ In dieser Schrift werden folgende Unterschleifs- und Betrugsfälle angeführt: „In specie aber hatte Er eine alte Hendlische Hoffschuld per 47 000 Gulden Kapital und 170 000 Gulden Interesse: Item eine händliche per 30 000 Gulden Kapital und 70 000 Gulden Interesse, weiters eine Jörgerische Schuld indebite an sich gebracht, Jhro R. Maj. die notwendigen Umstände nicht eröffnet, andere relata fingiret, Schriften ausgestrichen und appendices gemacht, eine Altheimische Schuld per 80 000 Gulden, Item eine Himmelbordische per 91 000 Gulden zwar von Jhro Maj. selbst eingelöset, und in die Rechnung gebracht, der Partei aber mehrers nicht als Jener 58 000 und dieser 85 000 Gulden davor bezahlt, das übrige aber Alles unter sich geschlagen. Weiters habe Er die Ober-Enserische Hopfenmaß, welche jährlich 15 000 Gulden erträgt, allezeit verschwiegen und Jhm selbst appropriiret, von seinen erhabelten Schulden anstatt der extraordinari von den ordinari Mitteln allein anno 1677 170 000 Gulden und sich selbst bezahlt gemacht. . .“ Später wird nochmals betont, daß er viele Millionen auf die Zahlung alter Hoffschulden aus den ordentlichen Einnahmen verwendet habe, während dazu nur die außerordentlichen Einnahmen bestimmt waren, offenbar, nachdem er vorher von Privatpersonen die Schuldbriefe, die jedenfalls ein bedeutendes Disagio hatten, aufgekauft hatte.

mit 65 %, Innerösterreich mit 17,5 %, Nieder- und Oberösterreich ebenfalls mit 17,5 % belastet waren,¹⁾ mit Tirol mußte stets besonders verhandelt werden. In den letzten Jahren hatten die Quoten für Niederösterreich 600 000 Gulden, für Oberösterreich 300 000 Gulden betragen. Niederösterreich mußte außerdem noch die Besatzung von Raab verpflegen und jedes Land dem einquartierten Militär den Servisgulden (für Bett, Holz, Licht und Salz) entrichten. Eine kaiserliche Resolution vom 27. April 1681 hatte bereits verkündigt, daß der Kaiser sich genötigt sehe, zu der schon vorhandenen Miliz noch 20 000 Mann zu werben und daß er für die Gesamtmacht 5 Millionen Gulden benötigen werde. Freiherr von Abele schlug zur Aufbringung dieser Summe die Einführung neuer Steuern auf Leder, ausländische Weine und andere fremde „vorab dem Luxus dienende Waren“, ferner die Erhöhung des Fleischpfennigs auf einen Kreuzer bei jedem Pfund, einen zwanzigprozentigen Besoldungsabzug bei allen Bediensteten mit Ausnahme des bauerlichen Gesindes, und einen Papieranschlag von zwei Groschen für jeden Bogen bei Gericht gebrauchten ungesiegelten Papiere vor. Die Stände lehnten diesen Vorschlag einfach ab. Bewilligungsmaschinen waren diese Landtage zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts, die man heutzutage so gern als recht- und machtlos darstellt, durchaus nicht; in Geldangelegenheiten und überhaupt in allem, was den Einzelnen im Genuße seiner Güter und seines Vermögens beschwerte, beschränkten sie die Fürsten mit zäher Ausdauer. Abele verlangte daher, der Kaiser solle die neuen Abgaben willkürlich einführen, da er im Falle der Not an die Stände nicht gebunden sei. Diese würden überhaupt in gar nichts willigen, sondern „beständig deprezieren“. Das ganze Jahr 1682 wurde zwischen Regierung und Ständen abermals um die Höhe der Landesbeiträge gefeilscht. Die Stände und namentlich auch die Stadt Wien suchten von ihren Bewilligungen unter den verschiedensten Titeln Abschreibungen zu machen, ja sie nahmen sogar das „jus retentionis“ in Anspruch, d. h. sie behielten einzelne Posten ihrer Quote zurück, um Ausgaben zu öffentlichen Zwecken dadurch im vorhinein sicher zu stellen. In Wien machte sich eine von dem Stadtsyndikus Dr. Nikolaus Hoče geleitete jüngere Bürgerpartei durch die scharfe Opposition gegen die Regierung bemerkbar. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Vermögensverhältnisse der Oesterreicher infolge der schweren Pestjahre, die man kaum überstanden hatte, gewiß keine glänzenden waren; daß die Landes- und Stadtvertretung jedoch unmittelbar vor der Belagerung von Wien mit ihren Leistungen für den Staat so eigensinnig zurückhielt, kann wohl als Beweis gelten, daß sie von der Größe der ihr drohenden Gefahr keine Ahnung hatte. Die kaiserliche Regierung hatte durch die leichtsinnige Ablehnung derselben unberechtigte Hoffnungen in der Bevölkerung erregt und den Einwänden gegen die hohen Rüstungsforderungen selbst Anhaltspunkte geliefert. Die Ansicht, daß die grausamen Maßregeln gegen die Evangelischen in Ungarn die Rebellion daselbst verursacht hätten, war sehr verbreitet,²⁾ die Uebergriffe der Jesuiten wurden der Regierung nicht mit Unrecht vorgeworfen und dadurch das Mißtrauen gegen die Vorkehrungen derselben

¹⁾ Kewald, Beiträge.

²⁾ v. Zahn, das Jahr 1683 in Steiermark (Mitteil. d. hist. Ver. f. Steiermark XXXI.)

begründet. Trotzdem aber kann die Haltung der Stände von Nieder- und Oberösterreich im Jahre 1683 gegenüber den an sie gestellten Anforderungen nicht entschuldigt werden, sie läßt vielmehr einen Grad von Gleichgültigkeit gegen das allgemeine Wohl, einen Mangel an Opferwilligkeit, ja eine eigensinnige Störrigkeit erkennen, die uns kaum faßbar wird. Werththätigen Patriotismus hat die jesuitische Erziehung, die sich in den österreichischen Ländern das ganze Jahrhundert hindurch unbeschränkt entfalten konnte, gewiß nicht zu Tage gefördert. Auch die Beschränkung ihrer Selbstverwaltung hat die Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder nicht erhöht. Im sechzehnten Jahrhundert hatten die Innerösterreicher sich nahezu mit eigenen Mitteln allein der Türken zu erwehren vermocht, 1683 wären sie kaum mit einigen Streifpartien fertig geworden. Die Völker Oesterreichs haben das Unglück dieses Jahres durch ihre Kraft nicht abgewendet. Von den Ungarn stand der größte Teil im Lager des Erbfeindes, die Erbländer aber waren darauf aus, sich verzweifelt gegen die — Steuern zu wehren.

Die Aufstellung einer Armee von 80 000 Mann, die beschlossen war, erforderte außerordentliche Beiträge der Länder im Betrage von 5 739 514 Gulden. Diese wurden nach dem üblichen Quotenausmaße verteilt. Danach entfiel auf Böhmen und dessen Nebenländer 3 746 627, Innerösterreich 996 443, Niederösterreich 664 295, Oberösterreich 332 147 Gulden. Die Niederösterreicher ließen sich auf die ihnen gestellte kaiserliche Proposition hin zu nichts Weiterem als zu einem Vorschusse von 220 000 Gulden auf ihre erst später zu leistende Steuer herbei, dieser mußte jedoch von der Regierung mit 6 % verzinst werden. Statt der im ganzen von ihnen geforderten 876 625 Gulden und 2000 Mut Getreide bewilligten sie nur 650 000 Gulden. Der nach Abzug des Vorschusses verbleibende Rest von 430 000 Gulden sollte jedoch erst zu Lichtmeß und Ostern 1684 entrichtet werden. Davon sollte aber noch alles in Abzug kommen, was sie durch Einbruch, Mißwachs und „Sterblauf“ verlieren würden. Denn für ihre Zahlungen — so ging die Meinung unter den Ständen des siebzehnten Jahrhunderts — verpflichtete sich der Landesherr, sie gegen äußere Gefahren zu schützen. Kam er dieser Verpflichtung nicht nach, so mußten sie ihren Verlust selbst decken, und verwendeten dafür die Steuergelder. Daher also die Vorsicht, dieselben nicht zu früh aus der Hand zu geben, damit der „freiwillige Eingriff“, den man sich vorbehielt, auch einen praktischen Wert erhielt.

Der Beschluß des niederösterreichischen Landtages wurde am 30. März gefaßt, also zu einer Zeit, da man den Sultan mit ganzer Macht bereits im Anzuge auf Belgrad mußte. Oberösterreich wollte sich mit einer Zahlung von 180 000 Gulden begnügen, dagegen jedoch die „Servisgulden“, welche bei den vielfachen Truppendurchzügen und Einguartierungen nicht unbedeutend waren, von diesem Betrage in Abrechnung bringen.¹⁾

Von Tirol beehrte der Kaiser Hülfsgelder von 300 000 Gulden. Der Landtag wurde am 26. Juni, wenige Wochen vor der Einschließung Wiens, eröffnet und scheute sich nicht, während des Kaisers Residenz von den Türken berannt wurde, gegen die Zumutung einer Hülfseistung zu protestieren. Das

¹⁾ Rewald, Beiträge.

Land müsse endlich genug befestigt sein, nachdem sie schon so viel dafür gezahlt hätten, sie wollten noch 100 000 Gulden bewilligen, davon aber 30—40 000 für die Landesverteidigung zurückbehalten. Sie verwahrten sich jedoch ausdrücklich dagegen, als ob sie den Vorlanden oder anderen Erblanden Hilfe zu leisten verpflichtet wären, dazu hätten sie sich niemals schuldig erkannt.¹⁾

Auch die hohen Kirchenfürsten in Oesterreich thaten ihr Möglichstes, um sich den ihnen aufgetragenen Leistungen zur Türkenhilfe zu entziehen, obwohl der Papst ihnen durch den Nuntius Kardinal Buonvisi die kräftigsten Mahnungen an ihre Pflicht zukommen ließ. Der Erzbischof von Salzburg weigerte sich, dem Kaiser 100 000 Thaler vorzustrecken oder dafür die Kirchenschätze²⁾ zu verwenden. Buonvisi drohte schließlich, er werde die Kirchenschätze durch kaiserliche Kommissäre einschätzen lassen, wenn der Erzbischof das Darlehen nicht aufbringe. Der Bischof von Olmütz, Karl Graf von Liechtenstein, wurde am 26. Juli aufgefordert, für seine Diözese auf Rechnung der vom Papste auferlegten 1% Steuer 30 000 Thaler sofort zu erlegen; er sendete erst am 28. Oktober 20 000 Gulden mit der Bitte, man möge seinen Klerus mit weiteren Beiträgen verschonen, hingegen die reichen innerösterreichischen Klöster besser ausnützen. Ganz ähnlich benahm sich der Erzbischof von Prag, Graf Joh. Friedrich von Waldstein, der vom Nuntius sogar eine Abschrift des päpstlichen Breves verlangte, weil die „Prälaten und andere Geistliche bei der Repartition der Steuer in dasselbe Einsicht verlangen werden“. Er brachte dadurch einige Wochen Verzögerung heraus und wies erst am 15. September auf die von ihm verlangten 50 000 Thaler eine Abschlagszahlung von 20 000 Gulden an.

Bei solchen Gesinnungen ist es nicht zu verwundern, daß die Hofkammer, deren Leitung nach dem Rücktritte des Freiherrn von Abele am 1. April Graf Wolf Andreas Drfini-Rosenberg übernommen hatte, am 20. Mai dem Kaiser traurige Eröffnungen über die Finanzlage machen mußte. Es fehlten infolge der ganz ungenügenden Bewilligungen der Landstände an der für die Kriegsbedürfnisse veranschlagten Summe noch 3370 000 Gulden.³⁾ Dabei waren die Auslagen für einzelne Befestigungen und die Beitragsleistungen für das polnische Hilfskorps nicht gerechnet. Es konnte nicht genügen, daß der Kaiser Kleinodien und Silbergeschirr verkaufte und verpfändete, die päpstlichen Subsidien mußten nach Warschau gesendet werden, die Aufstellung des eigenen Heeres mußte daher hinter den Kriegsratsbeschlüssen weit zurückbleiben. Im Januar begann die Errichtung neuer Regimenter, mit der man bis zum Mai vollauf beschäftigt war.

¹⁾ Egger, Gesch. Tirols, II. Bd.

²⁾ Unter denselben meint er auch die Kleinodien der Wallfahrtskirche Maria-Zell, die jedoch nicht dem Erzbistum Salzburg, sondern der Benediktinerabtei St. Lambrecht in Steiermark gehören.

³⁾ Es liegen zu wenig Mitteilungen vor, um die Leistungen der einzelnen Länder genau gegeneinander halten zu können. Auffallenderweise gibt Zahn auch über die Steuerzahlung in Steiermark keine Daten. Er erwähnt nur einer Forderung der Regierung vom Ende des Jahres 1682 mit 130 000 Gulden. In den kulturhistorisch wertvollen Regesten (Beiträge zur Kunde Steierm. Geschichtsquellen 19) sind die Landtagshandlungen nicht berücksichtigt. Daß sich einzelne Länder bei den Zahlungen besonders hervorgethan hätten, ist in Anbetracht der oben angegebenen Höhe des Abganges im Kriegsbudget kaum anzunehmen.

Sie erstreckte sich auf 14 Regimenter zu Fuß, 8 zu Pferd, 5 Dragoner- und 2 Kroatenregimenter. Außerdem wurden die alten Regimenter auf erhöhten Stand gebracht, zu welchem Zwecke ihnen, auch den in Ungarn liegenden, die kaiserlichen Erblande zur Rekrutierung angewiesen waren. Aus den dabei notwendigen Abgrenzungen entstanden die Verbbezirke späterer Zeit. In Ungarn erbot sich der Palatin, Graf Paul Esterházy, 5000 Mann aus eigenen Mitteln aufzubringen, für andere 5000 sollte der Kaiser 200 000 Gulden auswerfen. Der Ban von Kroatien, Graf Erdödy, und der General der kroatischen Grenzen, Graf Josef Herberstein, wurden angewiesen, die Grenztruppen mit 5000 Mann zu Pferd und 800 zu Fuß zu verstärken; der Generalamtsverwalter der windischen Grenze, Graf Trautmannsdorf, hatte sich selbst zur Aufrihtung von 1800 Mann erboten. Die ungarischen Prälaten und Magnaten erhielten von der Hofkanzlei die Aufforderung, mit ihren Mannschaften aufzuziehen und, was von diesen zur Verteidigung der Grenzen entbehrlich werden sollte, dem Palatin zuzuführen.¹⁾

Die Instandsetzung der Festungen war zwar schon lange Zeit beschlossene Sache, wurde aber erst im April ernstlich in Angriff genommen. Durchgreifende Aenderungen konnten da nicht mehr hergestellt werden. Man begnügte sich mit den allerdringendsten Ausbesserungen, mit Schanzarbeiten und der Herbeischaffung von Munition. Die kleinliche Verteidigungsmethode durch eine große Zahl von Blockhäusern, Schlössern und festen Plätzen, von welchen keiner für sich allein eine größere Heeresmacht aufzuhalten vermochte, rief an und für sich eine schädliche Zersplitterung der Kräfte hervor. Von Szathmar, Neutra und Trantschin bis Radkersburg und Karlstadt wurde an hundert Orten eine hastige Geschäftigkeit entwickelt, die doch eigentlich niemanden zu beruhigen vermochte und thatsächlich nur geringe Erfolge aufwies. Zum Oberbefehlshaber der Armee in Ungarn ernannte der Kaiser seinen Schwager Karl von Lothringen, der damals den Statthalterposten von Tirol bekleidete. Er langte, eben erst von einer schweren Krankheit genesen, am 8. April in Wien an. Er fand alsbald, daß die vorhandenen Verteidigungsmittel gegen ein so großes Heer, wie es die Türken heranzuführen beabsichtigten, nicht ausreichen würden, und faßte daher von vornherein eine Mitwirkung der Polen auf dem ungarischen Kriegsschauplatz ins Auge, während bis dahin die Meinung vorherrschend gewesen zu sein scheint, daß ein Vorgehen der Polen in der Ukraine die Türken zu einer Teilung ihrer Streitkräfte bestimmen werde. In einem Kriegsrath am 21. April wurde beschlossen, das Hauptheer in der Nähe von Preßburg zu vereinigen. Ein Corps von 5000 Reitern unter Feldmarschalllieutenant Graf Schulz blieb an der Waag, 1½ Regimenter zu Fuß und 2 Reiterregimenter unter General Aspremont hatten die Murinsel zu bewachen. Die Bergstädte und oberungarischen Festungen waren mit schwachen Besatzungen versehen. Man konnte ihnen im Falle des Bedürfnisses ungarische Truppen zur Verstärkung geben, auch etwa das Corps Schulz dahin entsenden.

Am 6. Mai hielt der Kaiser in Begleitung der Kaiserin und des Kurfürsten von Baiern Heerschau bei Rittsee (nächst Preßburg). Es standen da 14 Regi-

¹⁾ Das Kriegsjahr 1683. Dargest. in der Abteil. f. Kriegsgesch. des k. k. Kriegsarchivs.

menter zu Fuß in der Stärke von 21600 Mann (die einzelnen Regimenter zu 1000, 1400, 1800, 2000 Mann), 10 Regimenter zu Pferd und 3 Dragonerregimenter mit zusammen 10800 Mann, also im ganzen 32400 Mann. Die noch heranzuziehenden Verstärkungen (5 Fuß- und 5 Reiterregimenter) wurden mit 10600 Mann veranschlagt. Bei Kittsee führte der Palatin mit einer Anzahl prächtig ausgestatteter Magnaten dem Kaiser ein Corps von 7—8000 Reitern mit einigem Fußvolk und 20 Geschützen vor. Die kaiserliche Artillerie bestand aus 72 Geschützen und 15 Mörsern unter dem Befehl des Feldzeugmeisters Grafen Starhemberg, der seit 1680 Stadtkommandant von Wien und Oberst der Wiener Stadtguardia war.

Rüdiger Starhemberg, der Held der Belagerung von Wien, am 12. Januar 1638 zu Graz geboren, war der Sohn des Grafen Balthasar, der das seit dem dreizehnten Jahrhunderte in Niederösterreich blühende Geschlecht durch seine erfolgreichen Güterspekulationen zu einem der reichsten der Erbländer emporgehoben hatte. Er hatte in den Franzosenkriegen unter Montecuccoli, de Souches, Bournonville und Lothringen gekämpft, war bei Philippsburg, nachdem er die Rheinschanze genommen, schwer verwundet worden und zählte zu jenen Generalen, die beim Hofkriegsrat sowohl als auch bei der Mannschaft großes Vertrauen genossen. Er mußte nach der Heerschau bei Kittsee die Artillerie an den Feldzeugmeister Grafen Leslie abgeben, während er selbst mit dem Kommando der Infanterie betraut wurde. Die Generale der Kavallerie Herzog zu Sachsen-Lauenburg und Graf Caprara, der Bruder des Internuntius, hatten den rechten und linken Flügel des Hauptheeres zu befehligen.

Der Feldzugsplan ließ sich noch nicht feststellen, da über die Absichten der Türken noch nichts bekannt war. Man hatte wohl erfahren, daß Kara Mustafa an die Belagerung von Wien denke, man durfte jedoch mit Recht daran zweifeln, daß dieselbe ernstlich geplant sei, hielt sich auch für stark genug, sie zu hindern. Der gute Stand, in welchem sich die Armee befand, ließ sogar die Hoffnung zu, daß durch ein rasches Vorgehen an der Donau der Krieg in Feindesland gespielt werden könne. Der Kaiser genehmigte daher am 9. Mai den von einem Kriegsrat unter Vorsitz des Herzogs von Lothringen gestellten Antrag, gegen Komorn zu marschieren. Wenn es möglich sei, „dem Feind einigen Streich anzuhacken oder gegen denselben einige operationes vorzunehmen,“ so soll es geschehen, „aus vielen Ursachen, insonderheit damit meine Waffen in reputation verbleiben, der wohlgesinnten Soldatesca Valor gegeben, auch der König von Polen um so eher zur Beihülfe bestimmt werde.“ Gleichzeitig könne die Belagerung von Neubäufel eingeleitet und rasch zu Ende geführt werden, bevor die türkische Armee herangelangt sei. In Oberungarn wollte man sich auf die Verteidigung der festen Plätze beschränken, jedenfalls nicht den Schein auf sich laden, den Waffenstillstand mit Tököly gebrochen zu haben. Nach Beginn der Feindseligkeiten von seiten des letzteren war eine Diversion des Königs von Polen nach Oberungarn erwünscht. Graf Philipp Thun wurde nach Warschau entsandt, um die Uebereinstimmung in militärischen Angelegenheiten mit dem Könige herzustellen. Die vom Kaiser geworbenen 4000 Reiter unter dem Fürsten Lubomirski hatten sich unter den Befehl des General Schulz zu stellen. Ganz

unzulänglich war der Schutz von Innerösterreich, wenn Kara Mustafa sich dahin gewendet hätte. Dies war jedoch kaum anzunehmen, da dadurch das Zusammenwirken mit Tököly, der sein Gebiet doch nicht aus den Augen lassen durfte, sehr erschwert gewesen wäre. Wollten die Türken die Raab überschreiten, wie sie es 1664 versucht hatten, so glaubte man ihnen die Hauptarmee rechtzeitig entgegenwerfen zu können.

In Esseg hatte sich das türkische Heer gesammelt, dort wurde auch im Beisein Tökölys, der von Kara Mustafa im Namen des Sultans zum Könige von Ungarn erklärt worden war, großer Kriegsrat gehalten. Tököly hätte gern die Sicherung seines Königreiches zur Aufgabe des Feldzuges von 1683 gemacht, indem er ganz richtig auseinandersetzte, daß dann die Eroberung Wiens in der Folge um so leichter sein werde, wenn die Kaiserlichen durch den Krieg ermüdet, in ihren Mitteln herabgekommen und von den jetzt ihnen zueilenden Bundesgenossen wieder verlassen sein würden. Der Großwesir ging jedoch darauf aus, sich zunächst durch einen großen Erfolg, wie es die Einnahme von Wien gewesen wäre, Ansehen und Ruhm zu erwerben und seine Stellung zu befestigen. Er dachte vielleicht daran, sich ein eigenes Sultanat zu gründen, in welchem Tököly eine sehr untergeordnete Rolle zugefallen wäre. Die hervorragendsten türkischen Heerführer, darunter vor allem Ibrahim Pascha von Ofen und der Großschahmeister Achmed Pascha hielten den Plan Tökölys für den sicherern, wagten es aber nicht, der Absicht Kara Mustafas offen entgegenzutreten.

Nachdem auch der Tatarenchan Selim Gijraj zum türkischen Heere gestoßen war, setzte sich dieses am 15. Juni in der Richtung nach Stuhlweissenburg in Bewegung, wo die Hauptmacht am 25. Juni anlangte.

Inzwischen war das kaiserliche Heer über Raab nach Komorn gezogen. Man hatte noch keine genügenden Nachrichten über die Absichten der Türken und glaubte, durch ein rasches angriffsweises Vorgehen den Krieg in Feindesland spielen zu können. Ein kaiserlicher Befehl ordnete die Belagerung von Gran und Neuhäusel an. Sollte Innerösterreich das Ziel des türkischen Angriffes werden, so hoffte man denselben durch eine Flankenbewegung noch immer rechtzeitig zum Stehen bringen zu können. Die Unternehmung gegen Gran erkannte Karl von Lothringen bald als zu gefährlich, er ging daher gegen Neuhäusel vor. Die Türken wurden in die Festung zurückgetrieben. Starhemberg begann Laufgräben gegen dieselben errichten und armieren zu lassen, es zeigte sich jedoch, daß der Widerstand der Besatzung nicht so bald gebrochen sein würde. Am 6. Juli kam Nachricht von dem Anmarsche der Türken von Süden her und darauf hielt Lothringen es für geraten, die Belagerung aufzugeben und die Armee nach Komorn zurückzuführen. Dieser Entschluß war von großer Bedeutung; es hätte zur Vernichtung des kaiserlichen Heeres führen können, wenn dasselbe sich tiefer in die Aktion bei Neuhäusel eingelassen hätte und dabei von den anrückenden Türken überrascht worden wäre. Der Hofkriegsratspräsident Markgraf Hermann von Baden anerkannte dies und rechtfertigte vor dem Kaiser den Rückzug des Lothringers, der damals noch der Meinung war, er würde

in die Lage kommen, in einer selbstgewählten Stellung den Türken die Schlacht bieten zu können. Er glaubte dieselbe nach längerem Suchen bei Raab gefunden zu haben, indem er die Festung selbst in seine Aufstellung einbezog, dem rechten Flügel südlich derselben bis an die Sümpfe, dem linken auf der kleinen Schütt ihren Platz anwies. Einige Reiterregimenter ließ er dem Corps des General Schulz zukommen, damit dieser, noch bevor die polnische Hülfe anlangte, sich gegen die Tökölysche Armee halten könne. Die ungarischen Freischaren unter Batthyany hatten am linken Raabufer bis in die Gegend von Rörmend zu streifen.

An dem Tage, an welchem die Aufstellung durchgeführt war, am 25. Juni, erschien Kara Mustafa in Stuhlweißenburg und ließ die Janitscharen sofort gegen Raab vorgehen. Sie stürmten am 28. Juni das Kloster Martinsberg am nordwestlichen Abhange des Bakonyer Waldes und standen am 30. vor Raab. Es waren damals gewiß schon 200 000 Mann türkischer Truppen, welche im Angesicht des nur mehr 22 000 Mann starken kaiserlichen Heeres ihren Aufmarsch vor Raab vollzogen. Die gesamten Streitkräfte der Türken und Ungarn, welche dem Oberbefehl des Großwesirs unterstanden, kann man samt dem ganzen Tross, von welchem sie begleitet waren, auf 400 000 Mann schätzen. Karl von Lothringen erkannte bald, daß er sich gegen diese Uebermacht bei Raab nicht werde behaupten können, um so mehr als große Massen türkischer Reiterei nach Süden längs des Flusses abgescwenkt waren und an den ungarischen Scharen, welche denselben bewachen sollten, nicht nur keinen Widerstand, sondern häufig Unterstützung fanden. Er mußte befürchten, an beiden Flügeln umfaßt und von Wien abgedrängt zu werden. Während des 1. Juli sah er in seiner Flanke, bald auch schon im Rücken seiner Aufstellung Feuerfäulen emporsteigen, welche den Weg der sengenden und brennenden Tatarenhorden bezeichneten. Er warf noch 13 Compagnien in die Festung und zog mit der Reiterei am rechten Donauufer zurück, während die Infanterie unter Graf Leslie den Auftrag erhielt, von der Schütt aus das linke Ufer zu gewinnen und in gesicherter Stellung zu beobachten, ob das türkische Heer sich gegen Raab oder Wien wenden werde.

Das kaiserliche Heer wurde bei seinem Rückmarsche von Tatarenschwärmen begleitet, welche sich bis auf 200 Schritt den Reiterregimentern des Nachtrabes näherten, jedoch keinen Angriff wagten. Ihre Zahl wird auf 24 000 geschätzt; sie durchstreiften das ganze Gebiet an der Raab bis Rörmend und bis an den Neusiedlersee. Am 3. Juli waren sie schon bis Straß-Sommerein vorgeedrungen; Karl von Lothringen, der am 4. und 5. in Groß-Jahrendorf a. d. Leitha stand, sah Feuerfäule auf Feuerfäule zum Himmel emporlobern und kam immer mehr zur Ueberzeugung, daß die Hauptmacht des Feindes die Richtung nach Wien nehme. Dasselbe erkannte auch Graf Leslie, der schon am 6. Juli die kleine Schütt verließ und sich auf das linke Donauufer begab, ohne einen besonderen Befehl des Herzogs abzuwarten. Es schien ihm von der größten Wichtigkeit, die Infanterie ehestens nach Wien zu bringen, das nur 2000 Mann Besatzung hatte.¹⁾ Den Oberbefehl in Wien zu übernehmen wurde Rüdiger von Starhem-

¹⁾ Kewald, Beiträge zur Gesch. der Belagerung von Wien. II. Abteil.

berg angewiesen, der schon seit 1680 die Stelle eines Stadtkommandanten und Obersten der Stadtguardia daselbst innegehabt hatte. Lothringen wurde bei Petronell am 7. Juli in ein Rückzugsgefecht mit Spahis verwickelt, das zwar keine militärische Bedeutung gewann, jedoch die Bestürzung in Wien aufs Höchste zu steigern geeignet war. Weil zwei fürstliche Persönlichkeiten, ein Prinz von Aremberg und Prinz Julius von Savoyen, der ältere Bruder Eugens, dem dieser nach Oesterreich gefolgt war, dabei gefallen waren, verbreitete sich das Gerücht vom Tode des Herzogs von Lothringen und man meinte, noch an demselben Tage die Türken vor den Thoren von Wien erwarten zu müssen. Es war jedoch eine Täuschung, welcher sich selbst Karl von Lothringen hingegeben hatte, daß das türkische Hauptheer den Spahis auf dem Fuße folge.

Kara Mustafa hatte am 5. Juli die Beschließung von Raab begonnen und erst die ihm von Rundschaftern gebrachten Berichte von der bevorstehenden Flucht des Kaisers aus Wien und der großen Verwirrung, die daselbst herrsche, bestimmten ihn, sofort gegen Wien aufzubrechen. Tököly und einige Paschas haben sich nochmals dagegen erklärt, der Großwesir stützte sich jedoch auf den Hattischerif des Sultans, der ihm unbedingte Gewalt über das Heer einräumte, und blieb bei seinem Entschluß, da er an einen längeren Widerstand der nahezu überrumpelten Stadt nicht glauben mochte. Er ließ ihr jedoch sieben kostbare Tage, um sich auf die Belagerung vorzubereiten, da der Marsch des türkischen Heeres von Raab bis vor Wien vom 7. bis 14. Juli dauerte. Zwei Tage hielten sich die Janitscharen in Altenburg auf, um die dort erbeuteten Lebensmittel und Munition in Sicherheit zu bringen; am 12. waren sie in Petronell, am 13. in Regelsbrunn, am 14. überschritten sie die Schwemat.

Karl von Lothringen war mit der Reiterei schon am 8. Juli durch Wien gezogen, er lagerte mit derselben in der Taborau und bei Jedlersee jenseits der Donau. Dort langte am 11. General Schulz mit dem Corps an, das berufen gewesen war, die bergstädtische Grenze in Oberungarn zu verteidigen, sich dazu jedoch zu schwach befunden hatte und in Eilmärschen der gefährdeten Hauptstadt zugeeilt war. Ihm folgten 5000 Polen unter Lubomirski, die Ende Juni in Schlesien erschienen und durch den Freiherrn von Blumberg in kaiserliche Dienste übernommen worden waren.

Von den Ungarn, die noch bei der Rittfeer Heerschau gewaltig stolz und unternehmend gethan hatten, war wie gewöhnlich nichts mehr zu sehen, da es zum Ernst kam. Es ist von Wichtigkeit, den Anteil der Ungarn an diesem Türkenkriege festzustellen. Der größere Teil der Nation folgte den Fahnen Tökölys: er hat die asiatischen Scharen des Sultans nicht etwa bloß gezwungen begleitet, er hat sie herbeigeführt. Tökölys Gesandte hatten, wie wir gesehen haben, den größten Einfluß auf die Entschlüsse des Divans genommen, ihre Darstellung der Verhältnisse in Oesterreich und Polen hatte den Ausschlag gegeben, daß der Krieg überhaupt geführt wurde. 20000 Ungarn hatte Tököly jetzt gesammelt, mit ihnen beherrschte er ganz Oberungarn, wo dem Kaiser nur wenige und unbedeutende feste Plätze verblieben, und rückte an die Donau vor, um die Unternehmung der verbündeten Heiden gegen Wien, die Hauptstütze des Christentums, die Residenz des Nachfolgers ihres heiligen Stefan, kräftigt zu

unterstützen. Die ihrem Könige noch treu gebliebenen Ungarn hatten im ganzen drei Milizabteilungen aufgestellt. In der „*Insurrectio generalis*“, der Stellung bewaffneter Bänderien durch die Magnaten zur Verteidigung der eigenen Heimat gegen einen eindringenden Feind, bestand ja ausschließlich die militärische Verpflichtung Ungarns, von ständigen Zahlungen und Beiträgen zu Festungsbauten und Besatzungstruppen war bei ihnen ohnehin niemals die Rede. Die drei Scharen, welche im Anfang des Krieges zusammengebracht wurden, bedeuten somit die gesamte Leistung Ungarns im großen Kriegsjahre 1683, in welchem es sich um die Erhaltung eines selbständigen christlichen Königreiches unter seinem angestammten Könige gehandelt hat. Ihr Schicksal aber war in kurzem folgendes:

Der Palatin Graf Paul Esterhazy hatte bis zum 25. Mai 2000 Mann zu Pferd und 200 zu Fuß an der Waag zusammengebracht. Er fand diese Zahl selbst so gering, daß er sie in seiner Stellung als Palatin nicht kommandieren könne, und bat daher um Verstärkung durch deutsche Reiter.¹⁾ Ein Schreiben, das er am 30. Juni an den Kaiser richtete, schildert die Zustände in den wenigen Komitaten, die noch zum Kaiser hielten, als äußerst trostlose. „Nirgends erscheint ein nationales Banderium,“ berichtet er, „für Euer Majestät. Es ist kein Geld vorhanden, der Feind dagegen wächst täglich. Die geringe noch vorhandene Mannschaft sinnt auf Flucht. Euer Majestät haben hier an meiner Seite keine Menschenseele, die zum Dienste bereit wäre. Dagegen rückt Tököly an. Er fordert die Landesbewohner auf, ihm zu huldigen. Er verheißt ihnen Freiheit. Die Nichtwilligen bedroht er mit dem Aeußersten, insbesondere mich. Er findet keinen Widerstand.“ Der Palatin, der für seine Person dem Kaiser die Treue bewahrte, glaubte dennoch das Verhalten seiner Landsleute entschuldigen und aufklären zu müssen. Der Kaiser möge es ihnen nicht als bösen Willen auslegen, wenn sie der Zeit und der äußersten Not weichen. Der verderbliche Waffenstillstand, der im verfloffenen Jahre mit Tököly geschlossen worden, sei an allem Schuld.

Als die Türken an die Donau vorgerückt waren, hatte der Palatin überhaupt keine Leute mehr um sich, es war alles davongegangen. Die Krone des h. Stefan, welche der Kronhüter Graf Christof Anton Erdödy am 6. Juli von Preßburg nach Wien führte, mußte von 200 kaiserlichen Dragonern unter dem Grafen Kaplirsch eskortiert werden. —

Nicht besser gestalteten sich die Dinge im südwestlichen Ungarn. Hier war Graf Christof Batthyány, General der Kaniskaner Grenze, mit der Aufgabe bedacht, die Raablinie von Sárvar bis St. Gotthard zu verteidigen. Graf Nikolaus Draskowich hatte dafür ein Projekt vorgelegt, das zwar genehmigt, jedoch wegen Mangel an Zeit nicht mehr zur Ausführung gebracht wurde. 25 eiserne Pöller und 40 Doppelhafen aus dem Grazer Zeughaufe, mit sechs Zentnern Pulver und ebensoviel Blei konnten sowenig genügen, als etwa 6000 Mann schlecht bewaffneter und disziplinierter Grenztruppen und Milizen, die man den Türken hinter der Raab entgegenzustellen vermochte. Christof

¹⁾ Diese und die folgenden Angaben stützen sich auf die offizielle Darstellung des Krieges durch die Direktion des k. k. Kriegsarchives und auf die in letzterem vorliegenden Originalakten.

Batthyány gab das Kommando an seinen Sohn Adam ab, der, mehr zum Scheine als im Ernste, mit kleinen Mitteln die Verteidigung der Grenze vorbereitete, jedoch beim Herannahen der Türken sofort den Entschluß faßte, „sich in Schutz und Protektion des Tököly zu begeben“. Er kündigte dies seinen nächsten Nachbarn, den Bewohnern der Oststeiermark, namentlich der Stadt Fürstenfeld an, versicherte, daß er dadurch „Eigentum und Leben von Tausenden zu schützen“ hoffe und versprach gute Nachbarschaft zu halten, wenn anderseits auch gegen seine an der Grenze von Innerösterreich liegenden Güter und Unterthanen nicht mit Feindseligkeiten vorgegangen würde. Es läßt sich allerdings die Ansicht vertreten, daß die Doppelrolle, welche die ungarischen Magnaten in diesem, wie in so vielen früheren Feldzügen spielten, für sie und die Bewahrung ihrer Güter und Ländereien recht vorteilhaft war, besonders heldenhaft kann sie aber doch nicht genannt werden, und man kann aus diesem Verhalten der Ungarn nicht den Schluß ziehen, daß sie für ihre Selbständigkeit und Freiheit große Opfer gebracht haben.

Am ersprießlichsten von allen seinen Landsleuten hat Graf Johann Esterházy als „Bizgeneral“ von Raab gewirkt, dessen guter Verteidigungsstand einzig und allein seinen energischen Vorstellungen in Wien zu danken ist. Seine Mannschaften kamen zwar nicht freiwillig, sondern ließen sich bezahlen, er verstand es aber wenigstens, sie stramm bei ihrer Pflicht zu erhalten.

Als man in Wien am 5. Juli die Gewißheit erlangte, daß sich Kara Mustafa bei Raab nicht aufhalten, sondern seinen Marsch gegen die Residenz nehmen werde, war für diesen Fall noch gar nichts vorbereitet. Die Stadt hatte außer der ungefähr 1200 Mann zählenden Stadtguardia nur eine Besatzung von 5 Compagnien des Regiments Kaiserstein, die Festungswerke waren im Friedensstande, für die Verproviantierung war nichts geschehen, es fehlte sogar an einem genügenden Vorrat von Pulver und noch mehr an Geld, um die dringendsten Bedürfnisse zu decken. Eine Ministerkonferenz, welche am 6. Juli im Haus des Bischofs Emerich Sinelli abgehalten wurde, förderte zwar eine Reihe guter Ratschläge zu Tage, sie konnten jedoch im Gedränge der Ereignisse nicht mehr zur Ausführung gebracht werden.

Die Nachricht von dem Gefechte bei Petronell, die am 7. um 2 Uhr nachmittags durch die Grafen Aeneas Caprara und Philipp Montecuccoli nach Wien gebracht wurde, rief dort eine namenlose Bestürzung hervor. Es wurde allgemein geglaubt, daß die Tataren schon am nächsten Morgen vor der Stadt stehen und diese von ihnen eingeschlossen sein würde. Sofort begann eine allgemeine Flucht. Der ganze Hof machte sich zunächst reisefertig. Der Kaiser hatte ruhig ausgehalten, um den Mut der Bürgerschaft zu erhalten, bis ihm seine Räte erklärten, daß er nicht länger mit der Abreise säumen dürfe. Der hessen-darmstädtische Gesandte Jostus Eberhard Passer gibt eine lebendige Schilderung von der Bewegung, die an diesem Tage und in der darauffolgenden Nacht in Wien herrschte: „Alle Leute laufen in die Burg. Die Gatschiere müssen alle eilends zu Pferd. In einer halben Stunde waren alle kaiserlichen

Wägen, Pferde, Landkutscher, Gatschiere und Trabanten in der Burg. Da ward eingepackt über Hals und Kopf; nur in die Truhen hineingeworfen. Der verwitweten Kaiserin Leute mußten auch alle in Parad' stehen und einpacken, wer sich nur regen konnte. In den Vorstädten liefen die guten Leute, der eine hier, der andere dort aus dem Hause, hatten teils kleine Kinder im Arm, teils Betten, Tücher, Hausrat und damit zur Stadt zu; das Feuer und Schwefel roch man schon und sah den großen Dampf am Himmel vor dem Burgthor. Man hat's auch schon in der Stadt bei der Michaeler Kirch gerochen. Die einen meinten hier, die andern dort. Ach Gott! Ach Gott! Ich armer Mensch! Es kamen Soldaten von der Armee, die sagten, daß der Feind so nahe wäre, daß er morgen abend vor der Stadt sein könnte. Summa, es war das höchste Glend."

Der Kaiser erklärte einer Deputation des Stadtrates, an dessen Spitze der Bürgermeister Andreas von Liebenberg stand, er wolle die Stadt nicht verlassen, sondern schleunige Hilfe schicken. Gegen 8 Uhr abends fuhr er mit der Kaiserin und den Prinzen unter dem Jammer des Volkes aus der Stadt; 200 Mann der Stadtguardia gaben ihm bis Korneuburg das Geleite. Ihm folgten die verwitwete Kaiserin, der Adel, die Gesandtschaften der fremden Mächte und unabsehbare Züge von Bürgern, welche die ganze Nacht hindurch aus den geöffneten Thoren schwärmten. In Korneuburg, wo die Ansammlung von Flüchtlingen so groß war, daß die kaiserlichen Kinder nicht einmal zu Nacht essen und Betten erhalten konnten, kam eine neue Meldung Karls von Lothringen an den Hof, aus welcher hervorging, daß die Hauptmacht der Türken erst in sechs Tagen vor Wien sein dürfte. Dennoch hatte man vor den streifenden Tataren große Angst und eilte über Krems nach Linz und von da noch weiter nach Passau, wo sich der Kaiser erst sicher fühlte und seine Residenz nahm, während Wien belagert wurde. — Der kaiserliche Schatz und die ungarischen Kroninsignien wurden am darauffolgenden Tage in Sicherheit gebracht. Karl von Lothringen übernachtete am 7. Juli in Fischamend und ritt am Morgen des 8. mit der Reiterei durch die Vorstädte von Wien und über die Laborbrücke auf das linke Donauufer, wo er sein Lager schlug. Abends kam Graf Rüdiger von Starhemberg daselbst an und fuhr dann sofort mit dem Prinzen in die Stadt, um das Kommando über dieselbe zu übernehmen.

Die Stadt Wien zählte damals in 1100 Häusern etwa 100 000 Einwohner, nachdem die früher jedenfalls größere Volkszahl gerade in den letzten Jahren (namentlich 1679) durch die Pest gelichtet worden war.¹⁾ Die Häuser der inneren Stadt waren zum großen Teile schon drei und vier Stockwerke hoch, beinahe die Hälfte derselben gehörte Adelsfamilien und kirchlichen Körperschaften.

¹⁾ D. v. Renner hält die Angabe des Bischofs Grafen Breuner, daß sich 1646 in der inneren Stadt 125 000 Katholiken befunden hätten, für übertrieben, da gegenwärtig in demselben Raume samt der an Stelle der Festungswerke entstandenen Ringstraße nur 70 000 wohnen. Es ist aber kein Zweifel, daß damals das Raumbedürfnis ein weit geringeres war. So bequem man in den Schlössern und selbst in kleineren Landstädten wohnte, so gedrängt lebte man in den großen Städten, in Frankfurt, Nürnberg, Leipzig u. a.; also gewiß auch in Wien.

In den Vorstädten, die 200 Klafter vom Festungsgraben entfernt sein mußten, standen neben kleinen Dorfhäusern auch Paläste und prächtige Landhäuser mit schönen Gärten, Klöster und stattliche Pfarrkirchen. An den Festungswerken war seit der ersten Türkenbelagerung 1529 in drei Bauperioden (1545—1561, 1641—1647, 1656—1672) gearbeitet und so viel verbessert worden, daß Wien damals immerhin als eine Festung ersten Ranges angesehen werden konnte. Trotzdem hatte der Ingenieur Franz Freiherr von Wymes 1674 in einem ausführlichen Gutachten eine lange Reihe von Mängeln und Schäden aufgezählt, an deren Verbesserung erst im Herbst 1682 zu arbeiten begonnen wurde. Erst im März 1683 aber wurden die nötige Anzahl von Arbeitskräften durch Beistellung von „Landrobotern“ und die von Starhemberg verlangten Pallisaden herbeigeschafft, mit welchen die Contrescarpen (äußeren Böschungen) versehen, die bedeckten Gänge dazu hergestellt werden konnten. Das Holz dazu wurde von den ober- und niederösterreichischen Ständen, namentlich den großen, mit reichem Waldbesitz ausgestatteten Klöstern geliefert. Am 7. Juli war jedoch ein großer Teil der Pfähle noch nicht zugerichtet, geschweige denn eingerammt. Faschinen gab es nur in ungenügender Anzahl, die Geschütze waren noch nicht in ihre Stände gebracht. Da die etwa 2000 in der Stadt befindlichen Soldaten noch andere Bestimmungen als die Schanzarbeit hatten, so mußten alsogleich die Bewohner zu derselben herangezogen werden. Jeder Hausherr mußte von seinem Hause einen Mann zum Schanzstellen. Um die Bürgerschaft anzueifern, ergriff der Bürgermeister Andreas von Liebenberg, der sich als städtischer Beamter bis zur höchsten Stelle im Gemeinwesen emporgearbeitet hatte, selbst den Schiefkarren und führte Erde. Auch die Geistlichkeit, voran die Augustiner, griff rüstig zur Schaufel und Krampen. Vor allem aber wirkte das sichere, zielbewusste Eingreifen Starhembergs belebend auf jene Korporationen, in deren Hände nunmehr die Sicherung der Stadt gelegt war.

Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg, 1628 zu Graz geboren, bei der Uebernahme seines schwierigen und verantwortlichen Amtes also im kräftigsten Mannesalter und als Mitkämpfer an allen Feldzügen seit 1664 kriegserfahren und bei den Truppen in hohem Ansehen, war ohne Zweifel der geeignetste Stadtkommandant, den der Kaiser hatte erwählen können. Neben ihm wirkte der schon zweiundsiebzigjährige Kaspar Jenko Graf von Kaplirsch (Capliers) als Vorsitzender des geheimen Deputiertenkollegiums, ebenfalls sehr verdienstlich.¹⁾

¹⁾ Freiherr von Helfert hat sich Mühe gegeben, in seiner Schrift „Der Chef der Wiener Stadtverteidigung 1683“ den Nachweis zu führen, daß der eigentliche Leiter der Verteidigung Graf Kaplirsch gewesen, ja daß er Starhemberg übergeordnet gewesen sei. Er hat damit etwas ganz Unmögliches versucht. In einer belagerten Stadt ist unter allen Umständen der militärische Befehlshaber, d. h. derjenige, welchem die zur Verteidigung bestellten Streitkräfte unterstehen, die erste, die in allen Fragen schließlich entscheidende Persönlichkeit. Diese war in Wien Graf Starhemberg. Kaplirsch war der Vorsitzende der Regierungskommission, einer ihrem Charakter und ihren Mitgliedern nach nicht militärischen Behörde. Starhemberg hatte mit ihm, ebenso wie mit dem Haupte der Bürgerschaft, dem Bürgermeister, Hand in Hand zu gehen, an eine Unterordnung seinerseits war nicht zu denken. — Newald hat übrigens nachgewiesen, daß Kaplirsch Wien am 8. Juli verlassen hatte und gegen seine Absicht genötigt worden war, am 10. wieder nach Wien zurückzukehren, wo er sich dann in das Unvermeidliche fügte.

Seine Tüchtigkeit in allen administrativen Geschäften, welche er als Generalkommissarius im Heere Montecuccolis seinerzeit bewährt hatte, war gewiß ausschlaggebend bei seiner Wahl gewesen, und es ist anzuerkennen, daß der alte Mann sich mit einer Ausdauer und Umsicht sondergleichen um sein Amt angenommen und dadurch die Lösung der dem Stadtkommandanten übertragenen Aufgabe wesentlich erleichtert hat. Nicht nur den günstigsten moralischen Einfluß auf die Haltung der Bevölkerung, sondern auch vielfachen Anlaß, in die Proviant- und Sanitätsangelegenheiten einzugreifen, nahm auch der freiwillig nach Wien geeilte Bischof von Wiener-Neustadt, der frühere Malteserritter Leopold Graf Kollonitz, der schon während der Pest 1679 seine Unerlöschlichkeit und Hingebung an sein geistliches Führeramts bethätigt hatte.

Im Laufe der Tage vom 9. bis 13. Juli rückten die Infanterieregimenter über die Ladorbrücke in die Stadt, welche die Besatzung derselben zu bilden hatten und zwar die Regimenter Alt-Starhemberg unter Georg Moriz Freiherrn von Kottulinsky, De Souches unter Karl Ludwig Ratwig von Souches, Mannsfeld unter Alexander Graf von Leslie, Scherffenberg unter Friedrich Sigmund Graf von Scherffenberg, Beck unter Melchior Leopold Freiherrn von Beck, Kaiserstein unter Wolf Heinrich von Schend, Heister unter Sigbert Freiherrn von Heister, Württemberg unter dem Herzog Ferdinand Karl von Württemberg, Pfalz-Neuburg unter Baron Areyzaga. Es waren samt der Stadt-Guardi unter dem Marquis Obizzi 73 Compagnien mit zusammen 10 603 Mann. Dazu kam das Kürassierregiment Dupigny mit 600 Mann. Die übrige Kavallerie behielt der Herzog von Lothringen bei sich, sie hatte den Stamm des zu bildenden Entsatzheeres zu bilden. An Geschützen befanden sich 262 Stück in Wien, darunter 20 ganze und 23 halbe Karttaunen. Für den Pulvervorrat wurde durch 3 Transporte geforgt, welche noch in den letzten Tagen vor der gänzlichen Einschließung von Krems aus in die Stadt gebracht wurden. Die Gelder zur Bezahlung des Soldes an die Wiener Garnison waren zum größten Teile ungarischen Ursprungs. Der Erzbischof von Gran, Georg Szelepteny, hatte einen großen Schatz an Bargeld und Kostbarkeiten in sein Haus nach Wien bringen lassen. Das geheime Deputiertenkollegium beschloß, sich derselben angeichts der dringenden Not zu bedienen und ließ durch Kollonitz 499 780 Gulden aus derselben erheben.¹⁾ Der Erzbischof von Kalocsa, Graf Georg Szecheny, widmete freiwillig die im Bazmanium hinterlegten 61 000 Gulden nebst 100 000 Gulden, die er schon früher dargeliehen hatte, den Zwecken der Verteidigung. Außerdem gewährte Fürst Ferdinand Schwarzenberg ein Darlehen von 50 000 Gulden und spendete 1000 Eimer Wein für die Soldaten.

Die Türken, welche am 15. Juli in einem riesigen Halbkreise am rechten Donauufer die Stadt umspannten, betrug zum mindesten 160 000 Mann, un-

¹⁾ Dnno Klopps tendenziöse Behauptung, daß Szelepteny den Grafen Kollonitz zur Verwendung des Geldes autorisiert habe, ist durch Newalbs Angaben entkräftet, der in der II. Abtheilung seiner „Beiträge“ die Eingabe des Graners an den Kaiser vom 27. September 1683 veröffentlicht, in welchem sich derselbe in den gehässigsten Worten über den Raub, den Kollonitz an ihm begangen habe, beklagt.

gerechnet des riesigen Troffes, den sie mit sich führten. Das prachtvolle Zelt Kara Mustafas befand sich im Westen der Stadt, auf der sogenannten Schmelz. Schon am Abende des genannten Tages wurde gegen die Burgbastion der erste Schuß abgegeben. Die Richtung des Angriffes ging diesmal nicht wie 1529 gegen das Kärrntner Viertel, sondern gegen die Burg- und Löbelbastion, wozu die im Lager befindlichen Ungarn und der Ingenieur Achmet Bey, ein ehemaliger Kapuziner, den Ausschlag gegeben haben sollen. Die Laufgräben wurden nach einem äußerst künstlichen System mit großer Schnelligkeit ausgeführt, sie näherten sich schon am 15. Juli dem vorspringenden Winkel der Contrescarpe des Burg-ravelins auf 60—70 Schritte. Am Tage vorher war in der Stadt, und zwar in nächster Nähe der von den Türken gewählten Angriffsstelle, nämlich im Schottenhof Feuer ausgebrochen, das bereits den hölzernen Gang und die Fensterläden des kaiserlichen Zeughauses ergriffen hatte, in welchem sich 1800 Fässer Pulver befanden. Das heroische Eingreifen des Hauptmanns Grafen Guido Starhemberg, der mit größter Gefahr für sein Leben zu den Pulverfässern vordrang und sie mit Wasser begoß, sowie das Umspringen des Windes rettete die Stadt vor der Katastrophe, welche durch die Explosion hätte entstehen müssen. Am 16. Juli sah sich der Herzog von Lothringen, welcher bis dahin mit seiner ganzen Reiterei die Tabor-Au besetzt und die Verbindung mit Wien aufrecht erhalten hatte, genötigt, dieselbe zu verlassen und sich mit 10 Kürassier- und 5 Dragonerregimentern auf das linke Donauufer zurückzuziehen. Dabei hatte er noch ein Gefecht mit 5000 Türken zu bestehen, welche den Donauarm bereits überschritten hatten und ihm das bisher fest gehaltene Terrain streitig zu machen begannen.

Jetzt erst war Wien vollständig eingeschlossen und auf die Stärke seiner Mauern, die Wachsamkeit, Tapferkeit und Ausdauer seiner Verteidiger angewiesen. Außer den bereits in ihrer Gesamtzahl bezeichneten kaiserlichen Truppen bildeten sich in der Stadt Bürgerwehren und Freicorps, welche in den regelmäßigen Dienst einbezogen wurden: zunächst 8 Compagnien aus der Bürgerschaft im engeren Sinne mit zusammen 1815 Mann, ferner eine von Ambrosius Franck errichtete Compagnie der Gastwirte mit 225 Mann, die Fleischnhauer und Braufnechte unter Adam Schmidt von Ehrenhauf mit 294 Mann, die Bäcker und Schuhmacher unter Adam Loth und Johann von Rudolphi mit 288 Mann, zwei Compagnien „lebiger Bursche“ mit 137 und 134 Mann unter Johann Rauffmann und Hans von Uhl, eine von Kaufleuten und Großhändlern zusammengestellte Compagnie von 250 Mann unter Wilhelm Schiz, 4 Compagnien kaiserlicher Hofbediensteten mit zusammen 1000 Mann unter Graf Trautmannsdorf, Wolfgang von Reischel, Michael von Mühlberg, Markus Marcolin und Markus Martin, 700 Studenten, welche vom Rektor Magnificus Dr. theolog. Lorenz Grüner, dem Freiherrn von Wels und dem berühmten Arzte Dr. Paul Sorbait befehligt wurden, endlich 80—90 Jäger und Förster unter dem Freiherrn von Kielmannsegg, zusammen 4900 Mann. Zur Besetzung der Werke in ihrem ganzen Umfange waren in erster Linie 2170 Mann erforderlich, von welchen 1000 auf die Burg- und Löbelbastion kamen. Neben dem Kommandanten Grafen Rüdiger Starhemberg und dem Vorsitzenden des Deputiertenkollegiums Grafen

Kapitän nahmen die Generalfeldwachtmeister, die Grafen Daun und Serenyi, die Obersten Des Souches und Scherffenberg, der Herzog von Württemberg, Freiherr v. d. Beck, Graf Heister, Freiherr von Dupigny, Graf Thimb und Marquis von Obizzi, die Oberstlieutenants Graf Leslie, Freiherr von Arceyaga und Schenk hervorragende Stellen unter den Verteidigern ein. Der Oberst Christoph von Hörner, der Begründer des glänzenden Rufes der österreichischen Artillerie, leitete das gesamte Geschützwesen; ihm stand bis zum 2. September, da er schwer verwundet wurde, der Oberstlieutenant Gschwind von Böckstein zur Seite. Der kursächsische und kaiserliche Ingenieur und Kriegsbaumeister, Oberstlieutenant Georg Rimpler, wurde leider schon im Anfange der Belagerung schwer verwundet und starb am 2. August. Ganz besondere Verdienste erwarben sich die beiden Freiherren von Kielmannsegg durch die Leitung der Minierarbeiten, die Einrichtung von Pulverstampfen, die Erzeugung von Kartätschen und andere sehr praktische Vorkehrungen, und — wie schon erwähnt — der Bischof von Wiener-Neustadt, Leopold Graf Kollonitz, der in seiner Jugend als Malteser-ritter den Kampf gegen die Ungläubigen mit dem Schwerte geführt hatte und nun an Stelle des mit dem Kaiser abgereisten Bischofs von Wien trat und die geistlichen Angelegenheiten der belagerten Stadt übernahm. Er hob durch seine unermüdlige Thätigkeit für die Gesundheitspflege und die Humanitätsanstalten das Vertrauen zu den Behörden, er spendete Trost und Hülfe, wo es nur immer not that, und rief den Säumigen ihre Pflicht ins Gedächtnis. Seine Leistungen, wie die des Bürgermeisters Liebenberg, sind kaum geringer anzuschlagen, als die des Kommandanten.

Schon nach den ersten drei Tagen der Beschießung war es klar geworden, daß der Hauptangriff der Türken gegen den der kaiserlichen Burg am nächsten liegenden Teil der Festungswerke gerichtet werde. Man hielt dieselben für die stärksten. Trotzdem hatte sich der Großvezier für diese Angriffsrichtung entschieden, weil sein vorzüglichster Ingenieur Achmet Bey, ein gewesener Kapuziner, der im Jahre 1682 auf Tökölys Rat eine Aufnahme der Stadt gemacht hatte, dafür eintrat. Dort fand sich nämlich vor der Burgbastei, der Löbelbastei und dem zwischen beiden vorgeschobenen Burgravelin das ausgebreitetste und trockenste Terrain für die Errichtung von Laufgräben und die Anlage von Minen. In südlicher und südöstlicher Richtung von der Festung fließt die Wien, welche bei anhaltenden Regengüssen damals sehr häufig wie ein Wildbach anschwellt und die Umgebung weithin unter Wasser setzte. Dieser Gefahr, welche besonders für die Laufgräben hätte höchst verderblich werden müssen, wollte der Exkapuziner die Belagerungsarbeiten nicht aussetzen, um so mehr als er der Ueberzeugung war, man werde Zeit genug haben, noch vor dem Auftreten eines Entsatzheeres die Stadt durch eine ganz regelrechte Belagerung zu bezwingen, die jedenfalls weniger Menschenopfer erforderte, als ein Sturm ohne vorhergehende genügende Vorbereitung durch Erschütterung der Werke. Auf eine so hartnäckige Verteidigung, wie sie von Starhemberg durchgeführt wurde, war er so wenig gefaßt, als irgend ein anderer unter den türkischen Generalen. Es war aber nicht mehr möglich, nachdem man sich einmal mit der Burg- und Löbelbastei eingelassen hatte, von dieser Richtung abzugehen und einen neuen Angriffspunkt zu

suchen.¹⁾ Uebrigens wurde auch gegen die schwächere Wasserseite am Donaukanal ein Nebenangriff versucht, zu welchem Zwecke 4 Batterien in der Leopoldstadt errichtet wurden; dieselben konnten sich jedoch gegen das wirkungsvolle Feuer von der Siberafstei nicht behaupten.

Die Türken setzten jedoch ihre Hoffnung nicht nur auf die Beschiesung, sie eröffneten auch sehr bald den Minenkrieg gegen die Festungswerke, mit welchem sie vertrauter waren. Schon am 23. Juli, als man noch im Kampfe um die äußerste Befestigungslinie, den gedeckten Weg auf der Contrescarpe, begriffen war, gingen die ersten Minen in die Luft. Es wurden nun Posten in die der Angriffslinie naheliegenden Keller gelegt, welche jedes Geräusch zu beachten und darauf aufmerksam zu machen hatten. Die Furcht vor diesen unterirdisch drohenden Gefahren war im Anfange der Belagerung eine übertrieben große, man glaubte die Türken schon im Innern der Burg erwarten zu müssen, als sie noch nicht einmal im Besitze des Glacis waren. Für die Gegenarbeit, welche darauf ausgeht, einerseits die feindlichen Minen aufzusuchen und unschädlich zu machen, andererseits auch die Laufgräben und Geschützstände des Angreifers zu untergraben und durch Explosion zu zerstören, fehlte es in Wien leider an geübten Mineuren. Es mußte aus Freiwilligen ein Mineurcorps gebildet werden, welchem sogar Frauenzimmer Hülfe leisteten. An der Spitze desselben stand der Venezianer Bartholomäo Camucci, der im Vereine mit Anguisola später den besten Plan der Festung und der türkischen Angriffsarbeiten gezeichnet hat, und der Hauptmann der Stadtguardia Johann Hafner.

Zur Beobachtung der Vorgänge im türkischen Lager und in den Laufgräben wurde eine Station auf dem Stephansturm errichtet, welche von den Jesuiten, die sich der Fernröhre bedienten, versehen wurde. Ihre Wahrnehmungen schrieben sie auf Zettel, die vom Turme herabgelassen und immer sofort dem Oberkommandanten überbracht wurden.

Mit dem Auffliegen der Minen gingen die Stürme Hand in Hand: so am 23. Juli, am 27. Juli, an welchem Tage bereits 23 Janitscharen über die Pallisaden in den bedeckten Weg sprangen, jedoch sämtlich in den Ravelingraben geworfen und getötet wurden. Am 3. August wurde um zehn Uhr abends heftig gegen die Spitze des bedeckten Weges vor dem Burgravelin gestürmt, dessen sich die Türken notwendig bemächtigen mußten, ehe sie an die Hauptmauer vordringen konnten. Das Regiment Starhemberg verteidigte den Posten heldenmütig, sein Befehlshaber Freiherr von Kottulinsky fiel, ein Bruder desselben wurde

¹⁾ Onno Klopp bringt die Thatsache, daß Achmet Bey die stärkste Seite der Festung Wien zum Angriff gewählt hat, mit der auffällig geringen Wirkung der türkischen Sprenggeschosse und Minen in Verbindung und spricht, gestützt auf eine Bemerkung des venezianischen Gesandten Contarini, die Meinung aus, es könne in der Absicht des über seinen Abfall vom Gläubigen Erlapuziners gelegen gewesen sein, die Stadt zu schonen. Die Tendenz dieser Aufstellung ist ziemlich klar. Wir sind aber nicht imstande, die Gesamtheit der türkischen Befehlshaber für so unerfahren und kurzsichtig zu halten, daß sie sich so lange Zeit von einem Einzelnen hätten zum Narren halten lassen können. Die Unvollkommenheit der artilleristischen Erzeugnisse und der Mangel an tüchtigen Kenntnissen bei Offizieren und Mannschaft scheint uns ein näherliegender Grund für die mangelhaften Erfolge zu sein.

schwer verwundet. Trotzdem gelang es den Türken, sich an der äußersten Spitze festzusetzen. Am 6. August kamen die letzteren schon in den Graben vor dem Ravelin, nachdem der bedeckte Weg durch volle 16 Tage gehalten worden war, was zu den größten Seltenheiten in der Geschichte der Belagerungen gehört. Am 7. August erschien Ali-Aga, als Tschauch (Abgesandter) des Sultans im Lager vor Wien, um sich über den Fortgang der Belagerungsarbeiten zu unterrichten. In einem durch ihn veranlaßten Kriegsrathe wurde beschlossen, den weiteren Angriff hauptsächlich durch Minen zu führen, welche die Werke zwischen Burg- und Schottenthor niederzuwerfen hatten, um auf diese Weise einen Weg bis zur innersten Mauer (Courtine) und durch diese in die Stadt zu bahnen.

Zunächst wurde dem Burgravelin scharf zugefetzt und nach jeder Explosion ein Sturm versucht, der den Türken gewöhnlich sehr viel Mannschaft kostete, jedoch ohne nachhaltigen Erfolg blieb, da die Belagerten sich weder durch die Minen, noch durch das Geschrei und den Anlauf der Janitscharen einschüchtern ließen, sie mit Handgranaten bewarfen und aus Hakenbüchsen und kleinen Feldgeschützen beschossen. Auch unternahmen sie zahlreiche Ausfälle, um die Werke der Türken zu zerstören.

Von größter Wichtigkeit für die Belagerten war die Aufrechterhaltung der Verbindung mit dem Herzog von Lothringen, um einerseits diesen von dem Fortgange der Verteidigung zu unterrichten und zu den Entschlußvorbereitungen anzueisern, anderseits durch Nachrichten über die letzteren den Mut der Besatzung und der Bürgerschaft aufrecht zu erhalten. Am 8. August war der Lieutenant Michael Gregorowiz mit drei Briefen aus der Stadt geschieden und hatte dieselben glücklich zum General Caprara nach Tulln gebracht. Die erwartete Antwort aber blieb aus. Am 13. August machte sich daher Georg Franz Kolschitzky, ein Raize aus Polen, der viel im Orient verkehrt und sich dann als Kaufmann in der Leopoldstadt niedergelassen hatte, mit neuen Bottschaften auf den Weg. Am 17. kam er wieder zurück und berichtete, daß 70 000 Mann im Anmarsche seien und Tököly bei Preßburg geschlagen worden war. Sein Diener Michailowiz, der seinen Herrn begleitet hatte, wiederholte das Wagnis, durch das türkische Lager und zurück zu kommen, noch dreimal, vom 19. bis 23., vom 27. bis 31. August und am 1. September. Vom letzteren Tage ab blieb er verschollen.

In dem Berichte, welchen Michailowiz am 21. August dem Prinzen von Lothringen übergab, bemerkt Starhemberg: „Bis zu dieser Stunde haben wir dem Gegner den Boden Schritt für Schritt streitig gemacht und er hat keinen Zoll Terrain besetzt, ohne es teuer bezahlt zu haben. Jedesmal, wenn die Feinde es versuchten, sich mit dem Säbel in der Faust irgendwo einzunisten, wurden sie von den Unserigen mit großer Unerschrockenheit und so starken Verlusten zurückgetrieben, daß sie es nicht mehr wagen, die Köpfe aus ihren Laufgräben und Löchern zu stecken. Sie haben bereits die Contrescarpe rund um die angegriffene Front besetzt, von wo sie nun den Graben von allen Seiten bestreichen.“ Es folgt nun eine genaue Schilderung der beiderseitigen Unternehmungen am Ravelin und den beiden angegriffenen Bastionen, worauf der Oberkommandant mit ziemlich großer Zuversicht die weitere Haltung des Platzes in Aussicht stellt: „Unsere Leute haben übrigens keine Furcht vor den Türken;

dieselben sind leicht zu schlagen, wenn man sie herzhast angreift, und danke Gott, 30 oder 40 Mann unserer Mannschaft haben immer 100 Türken geworfen und vertrieben.“ In einer in Ziffern geschriebenen Nachschrift wurde jedoch manche der Versicherungen, welche für die Türken bestimmt waren, wenn ihnen der Bericht in die Hände fallen sollte, wieder zurückgenommen und die möglichste Beschleunigung der Hülfe verlangt. Besonders wird auf den Mangel an Munition und die in der Stadt herrschende Krankheit, die Ruhr, hingewiesen. Starhemberg selbst war 8 Tage davon befallen gewesen; am 19. August war er zum erstenmal wieder ausgegangen. In der ersten Hälfte des Monats fielen täglich 20—30, in der zweiten Hälfte täglich 50—60 Menschen in der Stadt der Krankheit zum Opfer. Am 20. August brachten die Türken eine Batterie von 3 Geschützen gegenüber der rechten Face der Löbelbastion fertig, durch welche auch die Viber- und die Molkenbastei beschossen wurden. Am 23. August fiel bereits ein Drittel des Burgravelins in die Hände der Türken, am 24. abends wurde wieder ein kräftiger Sturm unternommen. Als er abgeschlagen war, ließ Starhemberg einen Angriff auf die feindlichen Werke vor der Löbelbastei machen, der vom besten Erfolge begleitet war. Die Vermehrung der Ausfälle von Seite der Besatzung wirkte sehr verstimmend auf die Belagerer, bei welchen sich bereits Mißmut einzustellen begann. Die Janitscharen revoltierten und waren nur durch den Hinweis auf den unaufhaltbaren Fall der Stadt und die in derselben zu gewärtigende Beute zur Fortsetzung des beschwerlichen Dienstes in den Laufgräben zu bewegen.

Aber auch in Wien sah man die Steigerung der Gefahr täglich vor Augen. Am 27. August um zehn Uhr nachts stieg zum erstenmal eine Raketengarbe vom Stephansturne in die Luft, um weithin, vor allem aber den im Anmarsche befindlichen Freunden und Helfern die Not der Stadt zu verkünden. An demselben Tage sendeten Kaplirsch und Starhemberg neuerdings durch Michailowitsch Berichte an den Herzog von Lothringen, die nicht mehr sehr trostvoll lauteten. Der Verlust an Leuten, namentlich Offizieren, wird vor allem beklagt. Bei manchem Regimente seien nur mehr zwei Hauptleute, viele, die als Korporale in die Stadt gekommen waren, müßten nun Lieutenantsdienste thun. „Wenn der Feind,“ sagt Kaplirsch in seiner klaren und ruhigen Auseinandersetzung, „zugleich mit den beiden Bollwerken die Courtine angreifen wird, so wird zum genügenden Widerstande an allen Orten zugleich die Mannschaft, besonders aber die Offiziere, schwerlich ausreichen. An Granaten, in denen jetzt unsere beste Gegenwehr bestehen sollte, ist wenig noch übrig. Mit Bomben wird man kaum auf drei Tage noch auslangen. Die Kanonen sind auch schon meist ruiniert, theils durch den Feind, theils weil sie, aus schlechtem Material gegossen, kaum 50 Schüsse haben aushalten können. Im übrigen, weil alle Ueberläufer und Gefangenen von gewissen Minen reden, wir aber bei der Rekognoszierung der angegriffenen Stellen nichts derart entdecken, stehen wir in Sorge, ob nicht dergleichen sich an einem Orte befinden, wo wir es am wenigsten vermuten. Daß der Feind einen Hauptplan vorhaben muß, ist gewiß; denn er hat heute 30 Wagen mit großen langen Bäumen aus seinem Lager gegen die Stadt herführen lassen. Enfin; die Gefahr ist größer, als dem Papiere zu vertrauen.“

Die von den beiden Generalen ausgesprochenen Befürchtungen gingen nur zu bald in Erfüllung. Schon am 28. zerstörte eine gelungene Minenexplosion den Burgravelin, der ohnehin schon ganz durchwühlt war, vollends. Auf dem Schutthausen, der noch übrig geblieben war, hielten einzelne brave Compagnien noch bis zum 3. September auf, dann mußte der Ravelin gänzlich geräumt werden. Am 30. August waren die Türken schon im Besitze des ganzen Grabens von der Burg- bis zur Löbelbastei. Ihre Aufgabe bestand jetzt darin, auch diese Bollwerke noch niederzuwerfen, wie es ihnen mit dem Ravelin bereits gelungen war, dann in den Wall (die Courtine) Bresche zu schießen und einen Hauptsturm zu unternehmen. Starhemberg war darauf gefaßt, daß ihnen dies alles noch gelingen werde; er wollte aber auch dann die Stadt noch nicht aufgeben, sondern war entschlossen, die hinter der angegriffenen Linie liegenden Straßen und Häuser zu verteidigen. Bei der Nähe des Entsatzes konnte ja jede Stunde Ausdauer die Stadt retten. Er ließ daher die gegen den Wall gerichteten Straßenmündungen durch Verhaue und Ketten sperren, Barrikaden und Batterien errichten.

Am 4. September ging eine umfangreiche Mine an der Burgbastei auf, durch welche eine Bresche von 10 m Breite eröffnet wurde. Sofort stürmten 4000 Türken gegen dieselbe. Auf den Trümmern entstand ein furchtbarer Kampf, an dem schließlich Starhemberg selbst samt allen Generalen an der Spitze der Reserven teilnahm. Er wiederholte sich am 6. September auf der Löbelbastei, wo die 7 m starke Escarpemauer in der Breite von 12 m eingestürzt war. Schon wehten zwei türkische Fahnen auf der Bastion und es dauerte zwei volle Stunden, bis es den kaiserlichen Truppen gelang, die Türken zurückzutreiben. Der Verlust der letzteren betrug 1500 Mann.

Von demselben Tage stammt der Bericht des im türkischen Lager weilenden Gesandten Christoph Georg von Kuniz, von welchem in neuester Zeit viel Aufhebens gemacht wurde. In dem Diarium des Kuniz heißt es, am 5. sei der Diener des armenischen Doktors Schahin aus der Festung gekommen und vor den Großvezier gebracht worden. Er habe ausgesagt, der Kommandant habe nicht mehr als 5000 Soldaten in der Stadt, zwischen der Bürgerschaft und der Militia bestände große Zwietracht; wenn der Feind mit dem Sturme am 4. besser ausgehalten hätte, so würde sich die Bürgerschaft vielleicht zur Uebergabe entschlossen haben. Die Meldung aus Wien habe den Großvezier dergestalt „animiert“, daß er die ganze Nacht gegen die Stadt kanonieren ließ. Kuniz soll auch Starhemberg von diesem Berichte des Armeniers verständigt haben. Newald hat dagegen nachgewiesen, daß Kuniz nur zwei Briefe am 22. und 26. Juli aus dem türkischen Lager in die Stadt gebracht hat, und daß der Doktor Schahin Persianus ein von kaiserlicher Seite bezahlter Rundschafter war. Er vermutet in dem von Kuniz dem Armenier zugeschriebenen Boten einen gewissen Stephan Serably, der am 4. September aus Wien an den Herzog von Lothringen entsendet, jedoch im türkischen Lager aufgehalten und vom Großvezier examiniert wurde. Daß dieser, um sich zu retten, dem Vezier angenehme Mitteilungen gemacht hat, ist nicht unwahrscheinlich. Dnno Klopp hat die Bemerkung des Kuniz mit der Thatfache in Verbindung gebracht, daß Starhemberg vom 5. September

an immer zwei Wiener Stadträte an seiner Seite zu haben verlangte, sowie auch dem Grafen Kaplirsch ein Vertreter der Bürgerschaft beigeordnet wurde. Er nimmt ferner an, der Großvezier habe nur deshalb am 7. keinen Generals Sturm angeordnet, weil er immer auf den förmlichen Kapitulationsantrag wartete. Auch aus dem Umstande, daß Starhemberg bei dem Einritte Sobieskys in Wien keinen von den Würdenträgern der Stadt dem Polenkönig vorgestellt hat, was dieser in dem Briefe an die Königin besonders hervorhebt, glaubt der welfische Geschichtschreiber auf eine Verstimmung zwischen dem Stadtkommandanten und der Bürgerschaft schließen zu dürfen, deren Ursache er in der Unverläßlichkeit der letzteren findet.¹⁾ Er hat, ob mit einer tendenziösen Absicht oder auch ohne dieselbe, jedenfalls den Aeußerungen des Kuniz eine übergroße Bedeutung beigelegt und gänzlich übersehen, daß die Wiener Stadtvertretung, selbst wenn sie gewollt hätte, nicht in der Lage gewesen wäre, ihren Willen durchzusetzen. Es hätte eine Verschwörung der gesamten bürgerlichen Bevölkerung gegen das Militär vorausgehen, ja ein Kampf gegen diese stattfinden müssen, bevor es zu einer Kapitulation gekommen wäre. Damit würde man aber den Wienern in zweifacher Richtung unrecht thun: einerseits waren gewiß sehr viele ruhige und entschlossene Leute vorhanden, die sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht hatten, ihr Schicksal von dem der Offiziere des Kaisers nicht zu trennen, die deshalb niemals eine Bewegung gegen diese unterstützt hätten, anderseits setzt eine von den Stadtvertretern mit dem Großvezier selbständig eingeleitete Aktion eine Selbständigkeit des Denkens und Handelns voraus, die man den Stadtvätern von damals so wenig als den gegenwärtigen zumuten kann.

Zweifellos ist es, daß es vom Anfange der Belagerung an in Wien eine Menge unzufriedenen, faulen und rasonierenden Volkes gegeben hat, auf welches die Phrasen von der Heldenhastigkeit und dem unbeugbaren Mute der Wiener sehr schlecht angewendet werden. Starhemberg hat bei dem Heranziehen der Bürgerschaft zu militärischen Leistungen mit Widerstreben und Unwillen zu thun gehabt, er war wiederholt genötigt, durch scharfe Befehle die Säumigen zur Pflicht anzuhalten und denjenigen, welche sich derselben zu entziehen suchen würden, die Lebensstrafe anzudrohen. Noch am 7. September wurde Oberstlieutenant Heinrich Balfour beauftragt, eine allgemeine Hausdurchsuchung vorzunehmen, um sich jener Personen zu versichern, die bisher keinen persönlichen Dienst geleistet hätten und sich versteckt halten. Die auf den Sammelplätzen nicht Erscheinenden sollten, wenn sie in den Häusern ergriffen würden, „zum Exempel durch die Fenster hinaus und an Galgen gehängt werden“. Daß die Zahl der Flüchtlinge keine geringe war, geht daraus hervor, daß Balfour noch drei ganze Compagnien zu bilden vermochte. Es hat sich aber niemals darum gehandelt, die Bürgermilizen in den Kämpfen an bedrohten Punkten oder bei Ausfällen zu verwenden. Sie wurden immer nur zur Schanzarbeit und zu „Wachten“ angehalten. Auf diese Thätigkeit beziehen sich auch die Zeugnisse, welche einzelnen Bürgercompagnien von kaiserlichen Offizieren ausgestellt worden sind.

¹⁾ Vor ihm hat schon Camefina von einer „Partei“ in Wien gesprochen, welche an die Uebergabe der Stadt dachte.

Der Sturm am 4. September, der überhaupt den Augenblick der allergrößten Gefahr für Wien bedeutet, hat jedenfalls die höchste Aufregung in der Bevölkerung hervorgerufen. Es kam dabei zu Tumulten und ist nicht ausgeschlossen, daß bei dieser Gelegenheit Rufe nach Kapitulation laut wurden. Die große Menge konnte in ihrer Todesangst den Gleichmut der Berufssoldaten nicht bewahren, von ihr wurden ohne Zweifel in den letzten Tagen der Belagerung oft genug Vorwürfe und Drohungen gegen diejenigen ausgestoßen, von welchen man in gedankenloser Leidenschaftlichkeit eine Aenderung der traurigen Lage in der Stadt erwartete und verlangte, aber es ist nicht der geringste Anhaltspunkt für die Ansicht gegeben, daß die leitenden Persönlichkeiten der Bürgerschaft einen offiziellen Schritt zur Anbahnung von Verhandlungen gethan hätten. Die Wiener Bürger haben zur Rettung der Stadt nicht mehr gethan, als sie thun mußten, auf ihrer Seite sind Beispiele besonderer Aufopferung und Todesverachtung nicht häufig vorgekommen,¹⁾ man mußte denn den Polen Kolschitzky und den Rajzen Michailowiz als Vertreter der Wiener Bürgerschaft in Anrechnung bringen wollen; sie haben aber auch dem Stadtkommandanten nicht mehr Schwierigkeiten bereitet, als unter den gegebenen Verhältnissen zu erwarten war. Es ist nicht zu vergessen, daß viel zugelaufenes Gesindel in Wien war, das jeden Augenblick zu Revolten bereit war und nur in Tumult und Unordnung den Schutz vor strenger militärischer Behandlung suchte. Auch war die lange Dauer der Belagerung, welche täglich neue Schrecknisse mit sich brachte, das Ueberhandnehmen der Ruhr, die Furcht vor dem Gelingen eines Generalsturmes der Feinde, der das Leben aller gefährdete, wohl geeignet, auch den beherzten Mann bisweilen kleinmütig werden zu lassen. Von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde wurde auf den Entsatz gewartet, man hatte wohl Versprechungen erhalten, von der Hülfe war aber nichts zu merken. Die täglich wiederkehrende Enttäuschung wirkte abstumpfend und beförderte selbst in den besten Kreisen jene Ergebung in ein unabwendbares Schicksal, welche keine Anregung zur That gibt, sondern geradezu die Nutzlosigkeit jeder weiteren Anstrengung behauptet. Daß gleichzeitig in den niederen Klassen eine wilde Empörung die Gemüther ergriff, weil sie sich verlassen und der Wut des Feindes hilflos preisgegeben wähnten, muß als eine ganz natürliche Erscheinung aufgefaßt werden, die wohl auch bei keiner anderen Bevölkerung ausgeblieben wäre.²⁾

Um so fester mußte der Wille der Kommandanten und hohen Offiziere, um so bewundernswerter die Disziplin der Truppen sein, die angesichts der verzweifelnden und klagenden, nach Erlösung um jeden Preis verlangenden Volksmassen noch immer ruhig ihren Dienst verrichteten, dabei Opfer auf Opfer fallen sahen und sich willig in immer neue und fürchterliche Kämpfe führen ließen. Für die österreichische Armee ist die Verteidigung von Wien allerdings eine der glänzendsten Leistungen. Was sich ihr angeschlossen hat, vor allem der Adel und dessen Untergebene, nahm rühmlichen Anteil an dem Verdienste der Offi-

¹⁾ Am kühnsten haben sich jedenfalls die Studenten erwiesen, die häufig nächtliche Streifzüge jenseits der Befestigungen machten, um Ochsen und anderes Schlachtvieh zu gewinnen.

²⁾ Nichtig und unbefangen schildert Kewald die Zustände in Wien.

ziere und Mannschaften jener kaiserlichen Regimenter, welche die Besatzung der so schwer bedrängten Festung bildeten. Von dieser Seite wurden Beispiele von Heldennut geliefert, welche von der Nachwelt ebenso geehrt zu werden verdienen, wie die Thaten der Paladine Karls des Großen oder die Kämpfe der Nibelungen an Ezels Hof. Guido von Starhemberg, Herzog Georg von Württemberg, die beiden Rottulinsky, Oberst Dupigny, der mit 60 Kürassieren einen Ausfall in die türkischen Laufgräben machte, der allen den sicheren Tod bringen mußte, der sächsische Artilleriehauptmann Michael Wind, dem bei einer Schußprobe beide Hände weggerissen worden waren, der aber trotzdem bei seinen Kanonieren aushielt und die Geschütze richtete, oder jener Fourrier des Beck'schen Regiments, der beim Ausfall vom 22. August in eine Minenkammer sprang, die eben entzündet werden sollte, zwei Mann tötete, die anderen drei verjagte und dadurch sämtliche Ausfalltruppen rettete, solche und viele andere Tapfere, die Brust an Brust mit Kolben und Schwert auf den zerrissenen Steinblöcken der Bastionen mit den Janitscharen rangen, sollten dem Gedächtnis ihrer Landsleute für alle Zeiten eingeprägt werden. Vor allem aber Graf Rüdiger von Starhemberg selbst, dessen Feuereifer und Unererschütterlichkeit seine ganze Umgebung beseelte. Man braucht nicht an die Echtheit jener Reden an die Soldaten zu glauben, die ihm König und Malagonelli zuschreiben, um dennoch der Ueberzeugung zu sein, daß seinem persönlichen Eingreifen, seinen Ermahnungen und Versicherungen die staunenswerte Ausdauer der Mannschaften wesentlich zu verdanken ist. Uebrigens haben auch vereinzelt Glücksfälle dazu beigetragen, die Zuversicht der Belagerten, die nach den Ereignissen des 6. September gewiß schon tief gesunken war, wieder zu erheben. Zu diesen gehörte am Tage danach die Entdeckung einer feindlichen Mine hinter der Löbelbastei am Hauptwall selbst, die mit 13 Fässern Pulver gefüllt war. Wäre ihre Entladung gelungen, so konnte die Stadt mit einem Schläge offen liegen.

Wien war thatsächlich schon in den letzten Zügen, als in der Nacht vom 6. auf den 7. September zum erstenmal vom Rahlberge fünf Raketen aufstiegen und die Nähe des Entsatzheeres ankündigten. Sie wurden vom Stephans-turme aus sofort mit Feuersignalen erwidert, die ebensoviele der Freude als der Bitte um Beschleunigung der Hülfe Ausdruck geben sollten. Denn noch war die Gefahr nicht vorüber. Jede Stunde konnte die Katastrophe bringen. Die Türken steigerten ihre Anstrengungen aufs äußerste, um die Stadt zu nehmen, bevor das christliche Heer ihr zu Hülfe kommen konnte, indem sie ihre größte Hoffnung auf die Minen setzten, mit welchen die Mauern bereits ganz unterwühlt waren. Am 8. September wurden abermals zwei Kreuzminen mit 24 Fässern Pulver entdeckt, zwei andere aber flogen um 2 Uhr nachmittags an der Löbelbastei auf und bildeten eine neue, zum Glück schwer zu übersteigende Bresche. Zwei Stürme mußten an diesem Tage abgeschlagen werden, abends war die ganze Bürgerschaft in Bereitschaft, Raketen auf Raketen stiegen von St. Stephan auf. Während die türkische Artillerie am darauffolgenden Tage die Stadt in Atem erhielt, wurden die kleinen Lager im Prater und am Hundsturm aufgehoben und nach dem Wiener Berge verlegt. Kara Mustafa wußte bereits, daß er in wenigen Tagen mit den anrückenden christlichen Streitkräften

zu thun haben werde; er konnte sich aber nicht entschließen, die Belagerung zeitweise aufzuheben und in einer besetzten Stellung bei der Spinnerin am Kreuze den Angriff des Entsatzheeres abzuwarten. Er hing noch immer an der Hoffnung, daß Wien fallen werde, und glaubte sich genügend geschützt, wenn er seine Vorposten bis an den Fuß des Rahlenberges vorschob. An eine Besetzung desselben, an die Verteidigung der Pässe des Wienerwaldes dachte er nicht.

Am 9. September stürmten die Janitscharen nochmals über die Breschen der Löbelsbastei bis an die hinter derselben gelegene Courtine. Es war der letzte Sturm, den sie unternahmen. Sie setzten sich darauf im Graben vor der Courtine fest und trieben drei Galerien in den Hauptwall. Starhemberg ließ tags darauf beim Löbelsbastei Gräben ausheben und dieselben mit Pallisaden besetzen, die mit Geschützen armirt wurden. Um 11 Uhr nachts flog noch eine Mine an der Burgbastei auf und erweiterte die Bresche. Am 9. September war der Bürgermeister Liebenberg, der seit Wochen von der Ruhr befallen war, seinen Leiden erlegen. An seine Stelle trat als einstweiliger Amtsverwalter der Stadtkämmerer Daniel Fockhy. Auch in dem Kommando der Bürgermilizen trat noch in den letzten Augenblicken der Belagerung eine Aenderung ein, indem Graf Kaplirsch an Stelle des unfähigen Oberstwachtmasters Lorenz Nischi den Oberstwachtmaster des Schulzischen Dragonerregimentes Franz Siegmund Kofstauscher setzte. Man war darauf gefaßt und bereitete sich allen Ernstes darauf vor, auch noch nach dem Falle der Hauptmauer in Straßenkämpfen den Türken jeden Fuß breit streitig zu machen. Um so größer war die Ueberraschung, als am 11. die auf den Bastionen in Bereitschaft stehenden Verteidiger nicht mehr beunruhigt wurden, und die Türken sich darauf beschränkten, aus den fernen Batterien Bomben in die Stadt zu werfen. In ihrem Lager gab es große Bewegung, Marschkolonnen setzten sich in der Richtung gegen den Rahlenberg in Bewegung. Dorthin wandten sich auch die Blicke der Wiener, und um 2 Uhr nachmittags kündeten ihnen Rauchsäulen die Ankunft der Vorhut des verbündeten Heeres daselbst an. Bald konnte man einzelne Scharen zwischen den Gebüsch auf-tauchen sehen.

Die Entscheidung nahte, und so mächtig wirkte die Bedeutung des Augenblickes auf die am meisten von den Erfolgen der nächsten Tage abhängigen Wiener, daß selbst Starhemberg, der bis jetzt mit unerschütterter Ruhe ausgehalten hatte, seine Bewegung nicht mehr verbergen konnte. Er machte auch in der letzten Nacht der Belagerung die Runde, wie er es die ganzen neun Wochen immer zu thun gewohnt gewesen war, ermahnte die Wachen, nur dies eine Mal noch in ihrer Aufmerksamkeit nicht zu erlahmen, dann werde alle Not ein Ende haben. Alles war in der höchsten Spannung, aber doch voll der frohesten Hoffnung. „Auf eine so gute Zeitung,“ berichtet der Augen- und Ohrenzeuge dieser Szene, Huhn, der selbst in einer Compagnie der Hofbefreiten an der Verteidigung teilgenommen hatte, ¹⁾ „ohneachtet es schon spät in der Nacht, ließ der Herr von Raiz, königlich böhmischer Hofagent, ein paar Bouteillen von gutem St. Georget Ausbruch aus seinem Keller kommen, da wir uns als gute Kame-

¹⁾ v. Renner, S. 377.

raden und Rottgesellen, selbdritt in dem Zimmer der Hofburg, nachdem ich eben von der Schildwacht abgelöst worden, über einem kleinen Oaktischchen zusammensetzten und zum Baletе dieser namhaften Belagerung der kaiserlichen Residenzstadt Wien auf einen glücklichen Entsaß der alliierten Armee und dero kommandierenden hohen Generalität Gesundheit trinken wollten. Als ich aber das mir zugebrachte Glas über den Tisch zu mir nehmen wollte, schoß ein Janitschar aus seinem Rohr in eben dem Tempo die Zusammenfügung zwischen dem Kelch und Fuße dergestalt entzwei, daß mir und meiner Gesellschaft der Wein in die Augen spritzte; die Kugel aber prallte von der gegenüberstehenden Mauer bis an die Hälfte des großen Zimmers zurück. Wir urteilten daraus, des Feindes Batterien müßten von außen den Burgfenstern, wo wir Hofbefreite logiert waren, gleich hoch aufgeführt worden sein, daß sie alle unsere Aktionen so genau beobachteten und so schnurgerade das abgezweckte Ziel erreichen und sozusagen auf einen Nagel treffen könnten. Wurfen dannhero unseren Tisch augenblicks überten Haußen und setzten uns nach türkischer Mode auf die Erde, den Rücken an die zu unserer Defension und Schuß aufgerichteten Sandfäcke lehnend. Da wir unsern Wein mit mehr Sicherheit und weniger Gefahr austrunken, denen in den Approchen und auf den Batterien im türkischen Lager sich noch aufhaltenden Janitscharen und Seimenen aber zum Abschiede das Plaisir ließen, daß sie über unsere Köpfe wegschießen konnten. Im übrigen aber den anbrechenden 12. September mit unbefchreiblichem Verlangen, zwischen Furcht und Hoffnung erwarteten.“

Der Herzog von Lothringen hatte sich am 17. Juli bei Jedlersee festgesetzt, nachdem er am 15. den Feldmarschalllieutenant Dünemald mit vier Reiterregimentern nach Krems entsendet hatte, um das weitere Vordringen der Tataren, die schon bis St. Pölten gekommen waren, zu verhindern. Am 23. stieß der Feldmarschalllieutenant Herzog von Croÿ mit zwei Regimentern zu Fuß aus Raab zu ihm, während der Generalfeldzeugmeister Graf Leslie die Feldartillerie nach Krems führte, um diesen wichtigen Plaß gegen einen allfälligen Handstreich zu schützen. Dort sollte die Vereinigung der zu erwartenden Hülfsstruppen stattfinden. Die Besatzungen von Komorn und Raab, welche Festungen noch in den Händen der Kaiserlichen waren, sowie das in Wiener-Neustadt liegende Dragonerregiment waren angewiesen, die Verbindung der Türken auf der Linie Ofen-Wien nach Möglichkeit zu stören. Es geschah ihnen auch von dieser Seite, namentlich durch Wegnahme von großen Wagenzügen und Viehtransporten, mancher empfindliche Abbruch. Als Tököly mit 20 000 Ungarn und 8000 Türken unter dem Pascha von Großwardein gegen Ende des Monates Anstalten machte, sich Preßburgs zu bemächtigen, um mit der vor Wien liegenden türkischen Armee in Verbindung zu treten, rückte Lothringen an die March vor, stand am 28. eine Stunde vor Preßburg und schlug am darauffolgenden Tage das ungarisch-türkische Heer bis hinter die Waag zurück. Die Besatzung des Schlosses von Preßburg wurde durch einige Compagnien verstärkt und darauf der Rückzug ins Marchfeld angetreten, wo die Verbündeten erwartet werden sollten. Bis zu deren Eintreffen hatte man die Aufgabe, Mähren und Schlesien zu decken, nötigen-

falls auch Innerösterreich vor einem Einfall der Türken zu schützen. Der Herzog war der Ansicht, man müsse den Entsatz von Wien versuchen, sobald nur irgend genügende Mannschaft, namentlich Fußtruppen, beisammen wäre; er hoffte bis 25. August auf beiläufig 40 000 Mann rechnen zu können. Bis dahin leitete er von seinem Hauptquartier Angern aus die kleinen Streifpartien an der Donau und March, durch welche die ungarischen Rebellen in ihren Raubzügen nach Niederösterreich und Mähren aufgehalten und zurückgewiesen wurden. Die niederösterreichischen Stifter Klosterneuburg, Lilienfeld, Mölk und Herzogenbusch bildeten die festen Bollwerke gegen die türkischen und tatarischen Scharen, die im ganzen Lande verheerend umherzogen. In Klosterneuburg hielt der Sakristan Marcellin Orthner, in Lilienfeld der dreiundsechzigjährige Prälat Matthias Kollweis die stürmenden Feinde so lange auf, bis genügende kaiserliche Besatzung zur Verteidigung herangekommen war. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß die in offenen Orten wohnende Bevölkerung von Niederösterreich von den Feinden aufs härteste bedrängt wurde. Man rechnet, daß 30 000 Menschen bei dieser Gelegenheit erschlagen, 40 000 in Gefangenschaft geschleppt wurden. Von den Gefangenen wurden Tausende, die man wegen mangelnder Lebensmittel nicht mehr verpflegen konnte, hingeschlachtet.

Lothringen setzte von den Meldungen, welche er aus dem belagerten Wien erhielt, nicht nur den kaiserlichen Hof in Passau, sondern auch den im Anmarsche befindlichen König von Polen und den Kurfürsten von Sachsen in Kenntnis, um dieselben zur Beschleunigung ihres Zuges zu bewegen. Er selbst setzte sich am 23. August gegen Tulln in Bewegung, um im Notfalle sofort zu einer Entsatzaktion bereit zu sein, nachdem der Kaiser seine Ansicht, daß die Vorrückung gegen Wien über die Ausläufer des Wienerwaldes geschehen müsse, gebilligt worden war. Als Kara Mustafa von dieser Bewegung des Herzogs Kenntnis erhielt, beschloß er durch einen kombinierten Angriff türkischer Truppen, die von der Belagerungsarmee abkommandiert wurden, und der hinter der March stehenden Scharen Toköly's die kaiserliche Reiterei von dem Uebergange auf das linke Donauufer abzuhalten. Der Herzog von Lothringen nahm am 24. August den Kampf in der Nähe von Stockerau, am Bisamberge, auf. Es traten aber nur 14 000 Türken und Tataren ins Gefecht, die Ungarn blieben an der March stehen. Trotz des ersten tapferen Angriffes der Türken endete das Gefecht doch mit einer vollständigen Niederlage der letzteren, die an die Donau gedrängt wurden und schließlich in den Fluten derselben zum großen Teile ihren Untergang fanden. 25 Standarten und andere Kriegstrophäen blieben in den Händen der Sieger.

Da der Herzog unmittelbar nach dem Gefecht von der demnächst zu erwartenden Ankunft Sobiesky's unterrichtet wurde, bezog er am 26. August ein Lager bei Korneuburg, um daselbst die Polen zu erwarten. Der Fürst Lubomirsky, der mit 2000 vom Kaiser geworbenen Polen bereits seit einem Monat unter dem Befehle des Herzogs stand und sich bei der Verfolgung der ungarischen Streifscharen sehr nützlich erwiesen hatte, wurde zur Begrüßung seines Königs nach Nikolsburg entsandt.

Unterdessen waren, allen anderen deutschen Hilfstruppen voraus, die Baiern

bereits durch Oberösterreich donauabwärts gezogen. Es waren 4800 Mann zu Fuß und 3400 Mann zu Pferd unter dem Befehle des Generalfeldmarschalllieutenants Hannibal Freiherrn von Degenfeld, der, um Schwierigkeiten wegen des Oberkommandos zu vermeiden, an Stelle des Kurfürsten nur dem Namen nach das Kommando führte. Der Kurfürst Max Emanuel war aber entschlossen, in eigener Person an der Spitze der Seinen zu fechten. Am 16. August standen die Baiern, denen sich auch die Kreistruppen und ein pfalz-neuburgisches Bataillon anschlossen, bereits am rechten Donauufer bei Mautern. Ihnen folgten das salzburgische Regiment Steinsdorf mit 1000 Mann, die schwäbischen und fränkischen Kreisvölker, 6000 Mann zu Fuß und 2000 Mann zu Pferd, in guter Ausrüstung und Haltung unter dem Reichsfeldmarschall Fürsten Georg Friedrich von Waldeck. Auch der Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen hatte sein Kontingent, ohne die Beschlüsse des Regensburger Reichstages abzuwarten, auf Grund besonderer Abmachungen mit dem Kaiser auf den Kriegsschauplatz geführt. Es bestand aus 6 Fuß- und 6 Reiterregimentern samt den Leibcompagnien und einer Batterie mit zusammen 7073 Mann¹⁾, 3194 Pferden und 16 Geschützen. Der Kaiser war zwar außer stand gewesen, alle Bedingungen des Kurfürsten, der sogar den Oberbefehl über die ganze Armee beanspruchte, anzunehmen, es wurde noch während des Marsches durch Böhmen darüber hin und her verhandelt, wobei der Kurfürst, da er nicht in der Lage war, für den Unterhalt seines Heeres selbst zu sorgen, wiederholt nahe daran war, mit demselben wieder nach Hause zurückkehren zu müssen; endlich hatte sich aber der Kaiser doch herbeigelassen, die Lebensmittel für die Sachsen beizustellen und der Kurfürst darenin gewilligt, dem Könige von Polen das Oberkommando zu überlassen, doch durften bei Erteilung der Dispositionen für das sächsische Corps keine befehlenden Ausdrücke gebraucht werden. Die Sachsen standen am 1. September bei Waidhofen a. d. Thaya.

Norddeutschland war beim Entsätze von Wien nicht vertreten. Wir werden die Ursachen dieser Erscheinung noch auseinanderzusetzen haben. Es soll hier nur erwähnt werden, daß seit Mitte August 16 000 Mann brandenburgischer Truppen bei Crossen marschbereit standen. Der Herzog Ernst August von Hannover sandte den Erbprinzen Georg und Ludwig mit 600 Mann seines Leibregiments zu Pferd, welche der Freiherr von Pallandt befehligte. Ein Regiment der sächsisch-ernestinischen Herzöge hatte sich den Franken angeschlossen. Ganz unvertreten waren die Rheinlande: die geistlichen Kurfürsten, der mächtige Bischof von Münster, waren durch die französische Politik gebunden.

Der König von Polen hatte sofort, nachdem es bekannt geworden war, daß das ganze türkische Heer sich gegen Wien wende, den Bestimmungen des Vertrages vom 31. März gemäß seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, zur Rettung der kaiserlichen Residenz sein Heer an die Donau zu führen. Dasselbe rückte in 3 Staffeln von Krakau, wo sich die Kontingente zu sammeln hatten,

¹⁾ Die sächsische Infanterie war zum erstenmal vollständig mit Feuergewehren ausgestattet, sie hatte vor dem Ausmarsche die Piken in das Hauptzeughaus abgeliefert. Bixthum und Haffel, „Zur Geschichte des Türkenkrieges im Jahre 1683“.

über Tarnowitz, Troppau und Olmütz nach Nikolsburg. Die erste Staffel wurde von dem Woivoden von Polhynien, Sieniamski, befehligt; an der Spitze der zweiten Staffel stand der König, der auf die aneifernden Schreiben Lothringens hin mit der ihn begleitenden, 3—4000 Pferde zählenden Kavallerie einen Geschwindmarsch durch Mähren antrat, auf welchem er die Entfernung von Tarnowitz bis Hollabrunn, etwa 45 Meilen, in der Zeit vom 22. bis 31. August zurücklegte.¹⁾ Eine Beschleunigung des Entsatzes wurde durch diese Eile jedoch nicht herbeigeführt, da der König sich doch scheute, die Vereinigung mit dem Herzog von Lothringen vorzunehmen, bevor die dritte Staffel, der Hauptkörper seiner Armee, welche der Krongroßfeldherr und Woivode von Rotreußen, Fürst Jablonowski, befehligte, herangekommen war. Das polnische Heer bestand zum Teile aus der militia domestica, einer streng national gegliederten, aber verschiedenartig ausgerüsteten Reitertruppe, zum Teile aus der militia extranea, Garden, Dragoner, Infanterie, welche sich in ihrer Organisation einigermaßen den ähnlichen europäischen Truppengattungen angeschlossen, jedoch in Bekleidung und Bewaffnung meist sehr mangelhaft bestellt waren. In der Schlacht nahmen die Choragwien der Tomarzynsz, welche in Uszarzi (Hastati) und Panzernern (Loricati) zerfielen, die erste Stelle ein. Sie bestanden nur aus Edelknechten und deren Knappen. Die Uszarzi waren in eine Stahlrüstung gehüllt und trugen eine 19 Fuß lange Lanze als vorzüglichste Angriffswaffe. In ihren 19 Choragwien dienten vor Wien die reichsten und vornehmsten Magnaten: die beiden königlichen Prinzen, die Potocki, Jamoyaki, Wisniowiecki, Leszinski, Lubomirski. Die Panzernern trugen einen Draht- oder Schuppenpanzer, die Misurka (eine stählerne Sturmhaube mit Schulterschutz aus Drahtgeflecht), Säbel, Pistolen, kleine Musketen, wohl auch Bogen und Pfeil. Als Anführer der 20 Choragwien werden unter anderen Poniatowski, Linkiewicz, Roszwadowski, Sapieha, Dönhoff, Wilkonski, Kraszinski genannt. Die vom Könige bezahlten Quartaner bildeten leichte Reiterregimenter (Pulks) von 600 bis 1000 Pferden, die zum Aufklärungs- und Sicherheitsdienst verwendet wurden. Sie trugen keine Schusswaffen und waren in verschiedener Weise ausgerüstet. Die 5 (6) Eskadrons Dragoner, die beim Heere waren, kommandierte der Schwager des Königs, der Graf von Maligny; die 28 Geschütze standen unter Leitung der Obersten Herychowski und Rutkowski, ihre Bedeckung (Artilleriepulk) unter Oberst Buttler. Die Infanterie war elend, zum geringsten Teile mit Feuergewehren und Pitzen, in der Regel nur mit Beilen oder Sensen, ja sogar mit Prügeln bewaffnet, schlecht bekleidet, nicht bezahlt, daher auf Stehlen und Plündern angewiesen. Die Angaben über die Gesamtzahl der polnischen Streitkräfte, welche König Johann zur Entsatzschlacht von Wien führte, schwanken zwischen 18 000 und 25 000.²⁾ Man wird mit rund 20 000 kein großes Unrecht begehen, da selbst

¹⁾ „Der Entsatz von Wien. Aus einer kriegshistorischen Studie“. Berlin 1883.

²⁾ Das österreichische Generalstabswerk zählt 7000 Mann Husaren und Panzerreiter, 2000 königliche Gardereiter, 6 Dragonerregimenter zu 1000 Mann, also zusammen 6000 Mann, und 20 Regimenter Infanterie zu 500 Mann, zusammen 10 000 Mann. Es ist zu bedauern, daß für die letzteren Zahlen keine Quelle angegeben ist. Da die Infanterie durch Schlessien und Mähren auf Wagen geführt wurde, so erscheint die Zahl 10 000 etwas unwahrscheinlich. Auch

v. Zwiëdiner. Sündenhorst, Deutsche Geschichte 1648—1740. I.

der polnische Reichshistoriograph die Stärke der Armee, welche das Königreich aufgebracht hat, auf 24 000 Mann schätzt.

Die Teilnahme der Polen an der Rettung von Wien hat mehr Aufsehen erregt, als sie verdient. Der moralische Eindruck, den ihre Ankunft hervorrief, war jedenfalls größer als ihre militärische Bedeutung. Johann Sobieski hatte es schon vorher verstanden, sich und seine Thaten mit einer ganz besonders leuchtenden Ruhmesgloriole zu umgeben, er war auch von der festen Ueberzeugung erfüllt, daß er allein der Retter Wiens geworden sei und hat alle in diesem Sinne an ihn gehaltenen Ansprachen als den Ausdruck der reinsten Wahrheit entgegengenommen. Ganz begreiflicherweise hat sich dann allmählich auch in die Geschichtswerke die Anschauung eingenistet, Johann Sobieski habe Wien gerettet. Es muß dem gegenüber die Behauptung aufgestellt werden, daß der Kaiser auf die polnische Hilfe überhaupt nicht angewiesen war. Um geringeren Preis, als er an Sobieski und seine Umgebung gezahlt wurde, wäre Brandenburgs Hilfe zu haben gewesen. Die 18 000 Brandenburger, die marschbereit standen und gleichzeitig mit den Sachsen vor Wien anlangen konnten, dürften denn doch den 20 000 Polen die Wage gehalten haben. Es ist eben nur ein Beweis von dem gänzlichen Mangel einer nationalen Auffassung am Hofe des deutschen Kaisers, daß man lieber die slawischen Scharen herbeirief, statt einen Kurfürsten des Reiches an sich zu ziehen, von dessen Kriegsrühm die Welt widerhallte, und mit deutscher Kraft allein das Werk zu vollbringen. Nichts hätte dazu gehört, als die längst schon als berechtigt zugestandene Entschädigung für Jägerndorf neuerdings zu versichern und — einiges Vertrauen! Dann hätte Kaiser Leopold sogar die Genugthuung haben können, selbst in der Mitte des Heeres zu sein, das seine Residenz befreite, während er sich jetzt aus Schonung der königlichen Majestät von Polen, welche die höchste Stelle im Heere beanspruchte, im Hintergrunde halten und als er später doch daraus hervortrat, allerlei nicht sehr angenehme Begegnisse gefallen lassen mußte.

Am 31. August fand in der Nähe von Hollabrunn die erste Begegnung zwischen Sobieski und Karl von Lothringen statt, der von Korneuburg aufgebracht war, um den König feierlich zu begrüßen. Die im Lager zu Hollabrunn im Zelte des Königs veranstaltete gemeinsame Tafel bot Gelegenheit zur Besprechung der nächsten, dringend gebotenen Schritte zum Entsatz des hart bedrängten Wien. Sobieski war voll Bereitwilligkeit, die Vereinigung seines Heeres mit den kaiserlichen und Reichstruppen ehestens vorzunehmen und billigte alle bis dahin von Lothringen getroffenen Maßnahmen. Der Kaiser, der sich auf einem Schiffe bei Krems aufhielt, sandte seinerseits eine besondere Begrüßungsdeputation, bestehend aus dem Feldmarschall Markgraf Hermann von Baden und dem Feldmarschalllieutenant Graf Rabatta, an den König und ließ ihm einen prächtig gearbeiteten Kommandostab überreichen. Er war noch nicht

die Stärke eines Dragonerregimentes mit 1000 Mann ist jedenfalls sehr hoch gegriffen. Die „Kriegsgeschichtliche Studie“ berechnet: 3000 Huszaren, 3000 Panzernern, 6000 Quartaner, 1000 Gardereiter, 5 Dragonerkompagnien zu 150 Mann, 8 Pulks Infanterie zu etwa 400 Mann. Salvandy gibt 18 000 Mann, Wagner 12 000 equitum, 3000 peditum, Feigiuss, der in allen Zahlen auffallend übertreibt, 26 000 Mann an.

entschlossen, ob er beim Heere erscheinen solle oder nicht, und wandte sich in dieser Frage an seinen Vertrauten, den Kapuziner Marco d'Aviano, der auf des Kaisers Bitte von Padua herbeigeeilt war, um das christliche Heer zu segnen und durch seine feurigen Predigten zum Kampfe anzueifern. Der berühmte Bettelmönch ließ die Frage des Kaisers unbeantwortet und dieser Umstand sowohl, wie auch wahrscheinlich die Mittheilungen Lothringens über die Verstimmung Sobieskis, als er von der möglichen Ankunft des Kaisers hörte, bestimmten diesen, zurückzubleiben.

Bei dem allgemeinen Kriegsrate, der am 3. September in Stätteldorf, einem Schlosse des Grafen Hardegg, stattfand, bildete die Frage des Oberbefehles den Gegenstand einer lebhaften Debatte, in welcher der Kurfürst von Sachsen sich entschieden gegen die Unterordnung unter den König von Polen ausgesprochen haben soll. Es gelang jedoch der geschickten Vermittelung Lothringens, dessen eigene Bescheidenheit ein gutes Beispiel gab, die prinzipielle Anerkennung des Oberbefehles Sobieskis durchzusetzen. Dieser bestand in seiner maßlosen Eitelkeit so sehr darauf, daß er sogar die Drohung nicht unterließ, im Verweigerungsfalle als Feind des Kaisers und seiner anderen Verbündeten aufzutreten.¹⁾ Thatsächlich kommandierten die Reichsfürsten ihre Kontingente nahezu selbständig, die Vorschläge über den Vormarsch und die *Ordre de bataille*, welche Lothringen vorbereitet hatte, wurden im wesentlichen von allen angenommen. Es blieb bei dem Vormarsche am rechten Donauufer über die Ausläufer des Wienerwaldes, also auf dem nächsten Wege, den man überhaupt einschlagen konnte, um vor Wien zu kommen. Bei Krems gingen die Sachsen, Baiern und Reichsvölker über den Fluß, bei Tulln die Polen und Kaiserlichen. Am 7. September war die Vereinigung in der Ebene von Tulln vollzogen, nur drei Reiterregimenter und ein halbes Regiment Infanterie gingen unter General Lodron am linken Ufer zur Unterstützung des Generals Schulz an die March ab, um einen allfälligen Versuch Tökölys, dort vorzubrechen, zurückweisen zu können. Tökölys unentschiedenes Hin- und Herziehen war zum Teile durch die Mangelhaftigkeit seiner Truppen bedingt, zum Teile war es auch die Folge von Abmachungen, die zwischen dem Könige von Polen und ihm getroffen worden waren.

Am 8. September wurde in Tulln neuerlich Kriegsrat gehalten. Es scheint nochmals über den Oberbefehl verhandelt worden zu sein; doch wurde ein ernstlicher Widerspruch gegen die von Sobieski verlautbarte Marschordnung nicht erhoben. Dagegen ließ es auch der König ruhig geschehen, daß vor der Entscheidung noch Aenderungen der *Ordre de bataille* vorgenommen wurden, die offenbar Lothringen mit Waldeck und den beiden Reichsfürsten im stillen vereinbart hat. Am Abend wurde Generalwachtmeister Baron Mercy mit 2000 Reitern in den Wienerwald vorausgesendet, namentlich um die Wege für die Marschkolonnen des äußersten rechten Flügels, den die Polen zu bilden hatten, auszukundschaften. Den folgenden Tag trat das gesamte Heer den Vormarsch an und gelangte bis an den Fuß des Gebirges. Die fast gänzlich ausgebrannten Dörfer standen leer und verödet, von der einheimischen Bevölkerung

¹⁾ v. Renner, S. 414.

war niemand zu sehen; aber auch die Türken ließen sich nicht blicken. Man gelangte am 10. unbehelligt bis in den Einschnitt des Hafel- und Kirlingbaches, nachdem der Marsch wegen Mangels brauchbarer Straßen in sehr langgestreckten Kolonnen hatte stattfinden müssen, zwischen welchen die Verbindung schwierig herzustellen war. Nur 28 Geschütze, wahrscheinlich die für schlechte Wege eingerichteten polnischen, waren mitgenommen worden. Baron Mercys Vortrag stieß mehrmals auf Tatarenschwärme, ohne jedoch von ihnen aufgehalten zu werden. Auf dem Rahlenberge hatte sich Oberst Heißler mit einigen Abteilungen eingenistet. Türkische Scharen, welche eben erst im Begriffe waren, sich auf dem Ramme des Gebirges festzusetzen und die Ruinen auf dem Leopoldsberge und das Kamalbulenfertkloster in Verteidigungszustand zu setzen, traten den Rückzug an, so daß am Vormittage des 11. September sämtliche Höhen vom Rostkopf (Sophienalpe) bis zum Leopoldsberg die christlichen Streiter aufnehmen konnten.

Kara Mustafa hatte seit dem mißlungenen Angriffe auf das kaiserliche Heer am Bisamberge keine weiteren Versuche gemacht, die Vereinigung der christlichen Streitkräfte zu hindern, auch eine am 24. und 25. August begonnene Unternehmung gegen Klosterneuburg wurde infolge des Widerstandes, den man dort gefunden, nicht ernstlich fortgesetzt, obwohl der Besitz von Klosterneuburg zur Sicherung des türkischen Heeres vor Wien wesentlich beigetragen hätte. Der Großvezier zeigte sich beim Herannahen der Gefahr in seiner ganzen Unfähigkeit. Noch immer überwog bei ihm der blinde Glaube an seine Unüberwindlichkeit und Macht. Der osmanische Hochmut, der in ihm verkörpert schien, trübte seinen Blick, so daß er die Verhältnisse nicht richtig zu beurteilen verstand, obwohl ihn die Kämpfe vor Wien bereits belehrt haben konnten, mit wem er es zu thun habe. Nur seine eigenen Leute beurteilte er richtig; er wußte, daß er, wenn die Belagerung aufgehoben und selbst ein glückliches Gefecht mit dem Entsatzheere geliefert wurde, seine Truppen nicht mehr dazu bringen würde, die Belagerung von neuem zu beginnen. Wenn er aber von den Mauern Wiens abziehen müsse, ohne die Stadt gewonnen zu haben, war er verloren. Der Sultan würde ihm niemals verzeihen, daß er so außerordentliche Streitkräfte und Geldsummen verbraucht hatte, ohne einen diesem Aufwande entsprechenden Erfolg zu erringen. Deshalb hielt er bis zum letzten Augenblick an der Hoffnung fest, Wien würde sich doch noch ergeben, er klammerte sich an die Wälle der heißbegehrten Stadt, weil sein Schicksal an ihnen hing.

In einem am 10. September abgehaltenen Kriegsrate trat Ibrahim Pascha von Ofen mit dem Antrage hervor, die Belagerung sei einzustellen, das Heer in eine befestigte Stellung zurückzuziehen, um den herannahenden Feind zu empfangen, der Wienerwald mit Verhauen vor dem plötzlichen Hereinbrechen der Christen zu sichern. Wir wissen, daß es damals zu einer nachhaltigen Verteidigung des Rahlenberges und seiner Umgebung schon zu spät war; es hätten dem christlichen Heere wohl Schwierigkeiten bereitet werden, doch nimmermehr in wenigen Stunden genügende Befestigungen jener Höhen vorgenommen werden können. Aber die Schlacht von Wien konnte für die Osmanen doch glücklicher enden, wenn sie sich aus der Enge zwischen der Donau, den Festungswerken und dem Gebirge herauszogen und auf dem Wiener und Laaer Berge

hinter Verschanzungen den Angriff abwarteten. Der Großvezier ging nicht darauf ein; er setzte den Paschas auseinander, daß nichts so sehr die Feinde in Furcht und Schrecken setzen werde, als wenn sie sehen, daß sie (die Türken) in ihrem Lager zum Treffen bereit sind und zugleich auch die Belagerung mit ebenso großem Eifer als bisher fortsetzen. Es wurde beschloffen, 31 000 Mann, darunter die besten Truppen, die Janitscharen des Beziers und die Syrer, in den Laufgräben zu belassen, sämtliche Abordnungen, die noch am linken Donauufer lagen, an das rechte zurückzuberufen und mit ihnen zwischen Ottakring und Döbling ein Lager zu beziehen. Wenn man die türkischen Musterrollen vom 7. September, die den Siegern in die Hände fielen, zu Grunde legt, läßt sich berechnen, daß Kara Mustafa zur Entfaßschlacht noch immer über 100 000 Mann zur Verfügung hatte; 48 544 Mann hatte er während der Belagerung verloren.

Das christliche Heer stand am Morgen des 12. September in folgender Schlachordnung. Am rechten Flügel, der das von vielen Gräben durchschnitene und stark bewaldete Terrain zwischen Neuwaldbegg und Neustift a. B. vor sich hatte, die Polen, unterstützt durch einige Bataillone kaiserlicher und bairischer Infanterie, welche zur Verstärkung des schwachen polnischen Fußvolkes in die Mitte der Aufstellung genommen wurde. Sie hatten auch ihre Geschütze auf den höchst mangelhaften Straßen durch den Wienerwald mitgeschleppt, waren daher einigermaßen zurückgeblieben: die Entfernung ihres ersten Treffens von den türkischen Linien war mindestens doppelt so groß wie die des linken Flügels der christlichen Aufstellung. An die Polen schloß sich österreichische Reiterei, 6 Kürassier- und 2 Dragonerregimenter nebst einem Regimente Kroaten mit den Generalen Graf Rudolf Rabatta, Graf Dünewald und Graf Palffy, ebenfalls in drei Treffen 5 bairische Kürassierregimenter, dann das bairische und fränkische Fußvolk. Diese Kavallerie- und Infanteriemassen als Zentrum, unter Kommando des Reichsfeldmarschalls Fürst von Waldeck, hatten die Höhen des Herrmannssegels und Bogelsangberges inne. Auf dem Kahlenberge und Leopoldsberge stand der linke Flügel, den der Herzog von Lothringen selbst befehligte. Unmittelbar an der Donau 3 Kürassier- und 2 Dragonerregimenter unter dem Markgrafen Ludwig von Baden in erster Linie, die Lubomirskischen, in kaiserlichen Diensten stehenden Regimenter in zweiter Linie, Franz Graf Taaffe mit 2 Kürassierregimentern in Reserve, dann — in der Einfattelung zwischen Leopolds- und Kahlenberg die sächsischen Reiter unter dem Herzog Christian von Weisensels, dem Grafen Joachim von Trautmannsdorff und dem Generalwachtmeister von Neidschütz, gegen das Zentrum zu die kaiserliche Infanterie unter dem Herzog Karl Eugen von Croy, dem Grafen Leslie und dem Fürsten von Salm, die sächsische Infanterie unter dem Feldmarschall v. d. Goltz, dem Freiherrn von Flemming und dem Grafen Heinrich von Neuß. Auf dem Kahlenberge wurden im Verlaufe der Schlacht 2 kaiserliche und 2 sächsische leichte Geschütze in Position gebracht.

Das osmanische Heer lehnte sich mit der rechten Flanke an die Donau, an welcher sich dieselbe eine Strecke mit der Front gegen Westen ausdehnte, und bildete eine über eine Meile lange Linie, welche den Rußberg,

Grünzing, Sivering und das Thal des Krottenbaches berührte und bis Pöckleinsdorf und Gersthof reichte. Die Reiterei hat sich am linken Flügel bis über Dornbach ausgedehnt. Auf der Schmelz standen 20 000 Tataren in einer Nachhutstellung, die ihnen gestattete, sobald der linke Flügel des Vordertreffens gegen die aus dem Dornbacher Walde hervorbrechenden Christen sich angriffsweise entwickelte, noch weiter nach links auszuholen, die Christen zu umgehen und womöglich im Rücken anzugreifen. Die Gefechtsweise der Tataren wäre zu diesem Manöver besonders geeignet gewesen und es ist nicht zu bezweifeln, daß dasselbe die Aufgabe der Polen sehr erschwerte, es ihnen wahrscheinlich unmöglich gemacht hätte, als die ersten in das Lager der Türken einzudringen. Der Tatarenchan Murad Ghirai hat sich jedoch während der Entsatzschlacht vollkommen unthätig verhalten; vielleicht gerade deshalb, weil er den Polen gegenüberstand, gegen welche er Verpflichtungen eingegangen hatte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Sobieski noch vor der Schlacht durch geheime Unterhandlungen mit dem Chan sich nach dieser Seite gesichert hat. Die Stärke der Osmanen lag in ihrem rechten Flügel, an welchem diesmal ausnahmsweise die asiatischen Truppen standen, während nach der türkischen Kriegsordnung regelmäßig die Truppen von Rum Eli, die europäischen, diese Stelle einzunehmen hatten. Die Frontverfehlung war die Folge des im Rücken der Türken erfolgenden Angriffes durch das Entsatzheer.¹⁾ An der Spitze der Truppen von Diarbekir, Damascus, Haleh, Anatolien u. s. w. stand Kara Mohamed, der Pascha von Diarbekir, der im Frühlinge von der persischen Grenze aufgebrochen und mit 5000 Kurden zum Heere des Großherrn gestoßen war, ein kühner Held, in welchem sich der Fanatismus und die ungestüme Tapferkeit der orientalischen Heroenzeit verkörperte. Den linken Flügel kommandierte Ibrahim Pascha von Dfen, ein Schwager des Sultans und Gegner des Großveziers, dessen Kriegsführung er schon mehrfach im Krate bekämpft hatte. Wenn er auch die Vorwürfe nicht verdient, die Kara Mustafa nach der Schlacht gegen ihn erhoben hat, so kann doch auch nicht behauptet werden, daß er den Kampf mit besonderer Begeisterung geführt oder daß er das Aeußerste in Pflichterfüllung geleistet habe. Mit Geschütz waren die Türken selbstverständlich viel reichlicher versehen als die Christen; sie haben auch an verschiedenen wichtigen Punkten Schanzen errichtet und mit schweren Stücken besetzt, die aus den Trancheen genommen wurden.

Da der 12. September auf einen Sonntag fiel, so begann man auf christlicher Seite den Tag mit einem Gottesdienste. Marco d'Aviano las am frühen Morgen in der Kapelle des Leopoldsberges auf einem aus Trommeln errichteten Altare die Messe, bei welcher ihm König Sobieski, der eine zu seinen sonstigen Eigenschaften wenig stimmende Religiosität affektierte, Ministrantendienste geleistet haben soll.²⁾ Nach Beendigung derselben erteilte d'Aviano dem ganzen christlichen Heere den päpstlichen Segen, der König von Polen seinem Sohne Jakob zur

¹⁾ „Der Entsatz von Wien“.

²⁾ Kewald bestreitet dies. Einem Schreiben aus München vom 17. September zufolge habe d'Aviano die Messe um 3 Uhr morgens gelesen, zu einer Zeit, da Sobieski mit der Abfassung des ausführlichen Briefes an seine Frau beschäftigt war.

Erinnerung an den größten Tag, den er erleben könne, den Ritterschlag. Als der König aus der Kapelle trat und das Zeichen zum Beginne des Kampfes geben wollte, hatte derselbe schon begonnen. Sobieski war nämlich gar nicht der Ansicht, daß am 12. schon die Entscheidung herbeigeführt werden könne. Er meinte, dieselbe könne nur von seinen Polen ausgehen, diese aber seien noch zu weit zurück und könnten in dem vielfach durchschnittenen Hügel land nicht schnell genug vorwärts kommen. Er hatte am Morgen der Schlacht selbst, bevor er zur Kirche ging, in einem Briefe an die Königin die Situation folgendermaßen geschildert: „Wir können vor Ablauf von zwei Tagen kaum zum Gefechte kommen. Wir sind nunmehr genötigt, unsere Schachordnung zu verändern und den Krieg nach der Weise Moriz Spinolas und anderer zu führen, welche à la sicura vorrückten, gagnant peu à peu le terrain. Im übrigen humainement parlant und unser Vertrauen in Gott setzend, so ist zu glauben, daß einem Heerführer, der weder daran gedacht hat, sich zu verschanzen, noch seine Truppen zusammenzuziehen, sondern der da gelagert ist, als wären wir hundert Meilen von ihm entfernt, voraus bestimmt sein muß, geschlagen zu werden.“ Der König hat, wie aus diesen Worten hervorgeht, auch über die Haltung der Türken keine richtige Vorstellung gehabt, denn er hat sich getäuscht, wenn er das türkische Heer noch in dem weit ausgedehnten Lager zerstreut und nicht zur Schlacht zusammengezogen hielt. Er war in dem Wahne befangen, er leite das christliche Heer, weil die christlichen Heerführer, ja die Kurfürsten selbst das Losungswort von ihm nahmen, durch Fragen nach seinen Befehlen absichtlich seiner Eitelkeit entgegenkamen, ihn dadurch gefügig machten und bewogen, allen wichtigen Anordnungen, die von dem thatsächlichen Oberkommandanten Karl von Lothringen ausgingen, keinen Widerstand entgegenzusetzen. Von dem Verlaufe der Schlacht und dem Siege am 12. ist nebst den Türken niemand so überrascht worden, als der König von Polen. Dies hat ihn aber nicht gehindert, das Verdienst des Sieges für sich allein in Anspruch zu nehmen.¹⁾

Die Schlacht wurde von den Türken eröffnet, welche an ihrem rechten Flügel eine Vorrückung gegen die vordersten Linien der am Leopoldsberge aufgestellten christlichen Streitkräfte begannen. Als der Herzog von Lothringen dieselbe wahrnahm, ließ er österreichische und sächsische Infanterie, flankiert von Dragonern, den Türken entgegengehen. Sobald er sich davon überzeugt hatte, daß die Osmanen den vor der christlichen Aufstellung liegenden Rußberg sehr stark besetzt hatten und denselben zu verteidigen beabsichtigten, zog er Verstärkungen unter dem Prinzen von Croy heran, der jedoch beim Vorrücken in der Schulter verwundet wurde und sich aus dem Gefechte zurückziehen mußte. General Graf Fontaine trat an seine Stelle und führte den beabsichtigten Vorstoß mit Erfolg aus. Der Widerstand des Feindes mehrte sich jedoch derart,

¹⁾ Einem Beispiele folgt, wie zu erwarten, auch die polnische Geschichtschreibung, u. a. die „kritische Abhandlung“ Chelmecki's (Wien, Braumüller, 1893), der aus der Thatfache des formellen Rechtes Sobieski's auf den Oberbefehl auch noch weiter abzuleiten versucht, Sobieski gebühre unter den Befreier Wiens die erste Stelle, der größte Dank. Ueber den Anteil des Königs an der militärischen Disposition und an der Durchführung der Schlacht weiß er nichts zu berichten.

daß bald der ganze linke Flügel des christlichen Heeres in Bewegung kam. Die Sachsen unter Feldmarschall v. d. Golz traten in die vorderste Gefechtslinie ein, um die am Rußberge kämpfenden kaiserlichen Bataillone vor einer Umgehung durch die in stürmischem Vordringen befindlichen Osmanen zu schützen. Zu ihrer Sicherung wollte man auch das erste Treffen des Zentrums vorziehen. Der Kommandant der fränkischen Regimenter, Freiherr Crafft v. d. Leyen, erklärte jedoch, er dürfe sich ohne ausdrücklichen Befehl des Reichsfeldmarschalls nicht von der Stelle rühren und da dieser nicht anwesend war, mußte die ganze sächsische Infanterie des zweiten und dritten Treffens in die Angriffslinie berufen werden. Der Herzog von Croÿ lehrte, nachdem er sich hatte einen Verband anlegen lassen, sofort wieder auf das Schlachtfeld zurück und leitete die allgemeine Vorrückung gegen die von den Kerntrouppen Kara Mohameds gehaltenen Höhen des Rußberges ein, welche nach mehr als zweistündigem blutigen Gefechte zur Besitzergreifung derselben führte. Da ein weiteres Vorgehen nicht statthaft war, bevor nicht auch der rechte Flügel ins Gefecht eingreifen konnte, so wurde auf dem Rußberge eine Batterie errichtet, mit sächsischen und kaiserlichen Geschützen besetzt und die in Unordnung geratenen Verbände des linken Flügels nach den einzelnen Treffen wieder hergestellt. Die Kolonnen des Zentrums befanden sich um diese Zeit auch schon in einer stetigen Vorwärtsbewegung, bei welcher hauptsächlich darauf gesehen wurde, daß die einzelnen Staffeln nicht aus dem Zusammenhange kamen, während sie durch die Schluchten und Einsenkungen zwischen Krapfenwald und Himmel herabstiegen, um in der Niederung sogleich geschlossen angreifen zu können. Der Anblick der sich so von den Höhen herabwälzenden breiten Massen des christlichen Heeres hat die Siegeshoffnung der auf den Wällen von Wien in Spannung harrenden Beobachter gesteigert, auf die Türken jedoch sehr entmutigend gewirkt. Nachdem allmählich das ganze Zentrum, die fränkischen und bairischen Truppen, sowie die vom Herzog von Sachsen-Lauenburg geführten kaiserlichen Reiterfähren Rabattas und Dünewalbs in dieselbe Linie wie der linke Flügel gekommen waren, begann man am äußersten Ende desselben, an der Donau, noch um eine Stufe vorwärts zu kommen. Feldzeugmeister Graf Leslie hatte neuerdings eine Anzahl Geschütze zur Verwendung gebracht und beschoß damit die vor Rußdorf errichteten türkischen Schanzen, worauf die sächsischen und kaiserlichen Dragoner zu Fuß gegen dieselben vorgingen, sie nahmen und so lange verteidigten, bis die Infanterie unter Hermann von Baden nachgekommen war und ihnen diese Aufgabe abnahm.

Es war 1 Uhr mittags geworden, der Herzog von Lothringen hatte bereits Rußdorf in Händen und war nur mehr einige Büchsenchußweiten vom türkischen Lager hinter Heiligenstadt entfernt, als die Spitzen der Polen am rechten Flügel in Dornbach anlangten. Ihr König hatte nach der Messe in einer Waldmulde zwischen Leopolds- und Kahlenberg mit einigen seiner Großen ein Frühmahl eingenommen und war dann noch längere Zeit auf der Spitze des Leopoldsberges geblieben, um die Unternehmungen des linken Flügels zu beobachten, bis er es an der Zeit fand, sich zu den Seinen zu begeben. Bergauf zu Pferde, bergab zu Fuß, von zwei Trabanten geführt, um sein Schlachtroß nicht vorzeitig zu

ermüden, durchquerte er die Abhänge des Rahlengebirges, bis er zum Gränberg gelangte, wo die polnische Artillerie unter großen Schwierigkeiten ihre erste Aufstellung genommen hatte. Sie genügte jedoch nicht, da die türkischen Heeresmassen zwischen Gersthof und Döbling von dort aus nicht zu erreichen waren. Der König, der die großen Fortschritte der deutschen Truppen mit eigenen Augen gesehen und jetzt offenbar die Möglichkeit erkannt hatte, durch das Eingreifen seines Heeres noch an diesem Tage die Entscheidung herbeizuführen, trieb nun mit Ungeduld den Artilleriepulk, sowie die allmählich nachkommende Infanterie an, wenigstens einigen Geschützen auf dem weiter vorne liegenden Schaaferberge eine neue Stellung zu schaffen, weil nach polnischem Kriegsgebrauche der Kampf mit einigen Kanonenschüssen eingeleitet sein mußte, ehe sich die schwere Reiterei gegen den Feind in Bewegung setzte. Mit dem Aufgebote aller vorhandenen Kräfte gelang dies endlich, nachdem die vier deutschen Infanteriebataillone, welche dem Könige zugeteilt waren, an den Abhängen des Schaaferberges nördlich von Dornbach Stellung genommen und durch kräftiges Feuer die türkische Vorhut in der nötigen Entfernung gehalten hatten.

Kara Mustafa hatte bis dahin mit echt orientalischer Gelassenheit in einem tragbaren roten Zelte¹⁾ den Verlauf der Schlacht abgewartet. Er wollte seine Kräfte nicht in Einzelgefechten mit den polnischen Reitern in Engpässen und Waldschluchten zersplittern, sondern die Polen in dem Augenblicke mit überlegener Macht angreifen, in welchem sie auf das offene Terrain herankommen würden. Es war 2 Uhr nachmittags, als dies geschah. Die Choragwien des Andreas und Felix Potocki stürmten zuerst aus dem Michaeler Wald hervor, ihnen nach die gesamte Kavallerie des linken polnischen Flügels. Jetzt ließ der Großvezier die Fahne des Propheten entfalten, worauf sich ein ungeheurer Heerhaufe von türkischem Fußvolk und Reiterei gegen die Polen stürzte. Es kam zu einem wütenden Nahgefecht.

„Die zersplitterte Kopya (Lanze) ward bald ebenso nutzlos, wie das lange Feuerrohr des Janitscharen im Kampfe Mann gegen Mann; es klangen die Waffen zusammen wie in Zeiten homerischer Helden. Heraus aus der Scheide fliegt das blizende Schwert des Huzaren und Panzernen, unheimlich funfelt die graue Klinge von Khorassan, Palasz und Kylvy, Streithammer und Pufikan, Pistole und Pala handhabt der Christ und der Moslem in rastloser Blutarbeit, bis Tod oder Flucht des Gegners den ermatteten Arm sinken läßt. Hier kämpft die Blüte des polnischen Adels mit den vornehmsten Sklaven der hohen Pforte, die Silihbaren des Großherrn mit den Schildträgern der polnischen Krone. Mit diabolischem Geschick durchschneidet der Khangar eines Alajbeg Helm und Schädel des jungen Potocki, lautlos gleitet der polnische Achilles, eine halbgeköpft Leiche, vom Pferde, nicht weit davon mit durchbohrter Brust der Krongroßschatzmeister Andreas Modrzewski.“

¹⁾ Dasselbe kann nicht, wie der Verfasser des „Entsatz von Wien“ meint, auf dem Schaaferberge gestanden sein; seine eigene Darstellung des Vorgehens der polnischen Artillerie zu dieser Höhe spricht dagegen; wir dürfen dasselbe allenfalls auf dem kleinen Plateau bei Weinhaus vermuten. Zweifel verlegt es zwischen Hernals und Währing.

Die Uebermacht brachte die Polen trotz ihrer Tapferkeit zum Weichen und nur das treffliche Feuer der deutschen Bataillone¹⁾ brachte die nachstürmenden türkischen Spahi dreimal zum Stehen. Auch die zwei kaiserlichen Reiterregimenter Schulz und Styrum, welche die Verbindung zwischen dem Centrum und den Polen aufrechtzuerhalten hatten, griffen unter ihren Obersten, den Grafen Trautmansdorff und Salburg, rettend in den für die Polen sehr ungünstigen Kampf ein und hielten die Türken so lange auf, bis Sobieski seine Hauptmacht von 7000 Reitern gesammelt hatte und einen neuen Vorstoß machen konnte. Vor diesem wichen die Türken gegen Weinhaus und Ottakring zurück.

Jetzt erst wurde es möglich, die gesamte noch kampffähige polnische Macht mit der kaiserlichen Reiterei des Centrum in eine zusammenhängende Schlachordnung zu bringen. Es waren 12—15 000 Reiter, welche in abwechselnden Attaquen den linken Flügel der Türken immer mehr gegen das Lager zubrängten. Sobieski erkannte an der Haltung der ihm gegenüberstehenden Spahis, daß dieselben, nachdem ihr erster feuriger und siegesversprechender Angriff doch erfolglos geblieben war, nicht mehr viel Widerstandskraft besaßen, und ließ daher von der Fortsetzung des Kampfes nicht ab. Gleichzeitig beschloß auch der Herzog von Lothringen in voller Uebereinstimmung mit den Kurfürsten von Sachsen und Baiern, gegen den rechten Flügel der türkischen Aufstellung noch weiter vorzugehen. Feldmarschall v. d. Goltz soll im Namen der sächsischen Generalität die Erklärung abgegeben haben: „Der Feind ist epouvantiert; ich halte vor gut, daß man ihn verfolge und die Viktoria weiter prosequire; auch bin ich ein alter, kontrakter Mann und wünsche noch heute Abend ein gutes Quartier in Wien zu haben.“ Herzog Karl rief sein „Marchons donc!“ und „die ganze Bataille begunte zu avanciren“. Kara Mohamed hatte schon einen Teil seiner Truppen an den linken Flügel abgegeben und versuchte mit dem Reste seiner getreuen Syrer die neuerdings mit Begeisterung vordringenden Deutschen aufzuhalten. Sein Bemühen war vergeblich, die Kraft seiner Leute gebrochen. Sie stoben vor den einherrasselnden Kürassierschwadronen, an deren Spitze sich jetzt der Kurfürst von Sachsen selbst gesetzt hatte, in wilder Flucht auseinander und dem Lager zu: Döbling wurde rasch besetzt, der Krottenbach überschritten. Die Sachsen nehmen die Schanze bei Döbling, kehren die Geschütze um und feuern frisch ins Lager der Osmanen hinein. Und nun erfolgte auch jener berühmte Anritt der polnischen Fußzaren, der allen Augenzeugen den lebhaftesten Eindruck gemacht hat. Die Kesselpauken erdröhnten, die kupfernen Hörner schmetterten und unter dem Schlachtruf „Jesus Maria ratuj!“ setzten sich die dicht geschlossenen Reitermassen, deren blanke Rüstungen und goldene Helme in der Abendsonne erglänzten, gegen die Osmanen in Bewegung. „Welches über alle Maßen schön anzuschauen war,“ berichtet Fürst Johann Georg von Anhalt an den Kurfürsten von Brandenburg, indem er hinzufügt, daß darauf „die Türken in großer Confusion fortgiengen“. Auch Ibrahim Pascha gab die Hoffnung auf die Rettung der Schlacht auf und trat mit der ganzen Reiterei des linken Flügels den Rück-

¹⁾ Daß dieselben, wie das österreichische Generalstabswerk annimmt, auf dem Gallizinerberge gestanden sein sollen, scheint uns höchst unwahrscheinlich.

zug an. Der Khan der Tataren, den Kara Mustafa mit Thränen im Auge um Hülfe angerufen haben soll, wollte nichts davon wissen, sondern stob mit seinen wilden Horden in der Richtung gegen die Raab davon. Wenn Ibrahim und Murad Ghirai ihre Pflicht gethan hätten, so würden sie zwar nicht imstande gewesen sein, den Sieg der Christen zu hemmen, es hätte ihnen aber doch gelingen können, den Abmarsch aus dem Lager und die Zurückführung des Heeres in geordneter Weise zu decken. Das Verhalten der Orientalen bietet uns hier nichts Ueberraschendes, standhaftes Aushalten mitten in einer Panique, Opfern für eine verlorene Sache ist nicht ihre Gewohnheit. Uebrigens sind die Türken in großen, offenen Feldschlachten vor den Christen seit dem Tode des großen Suleiman fast immer geflohen und auch diesem ist niemals ein Heer in so vorzüglicher Zusammensetzung, wie sie am 12. September 1683 gegeben war, gegenübergestanden.

Das Centrum des osmanischen Heeres, das noch nicht ins Feuer gekommen war, hielt sich noch kurze Zeit. Es bekam jetzt aber die ebenfalls noch ungeschwächten Reichstruppen und Baiern zu spüren, die in ihrem systematischen, ruhigen Vorschreiten bis vor das türkische Lager herangekommen waren. Vor ihnen gab es kein Halten, umfoweniger da die Janitscharen bald gewahr wurden, daß an ihrer Linken die polnische und deutsche Reiterei zur Verfolgung der fliehenden Spahi vorübersaupte. Auch das Centrum wandte sich also nach kurzem Gefechte dem Lager zu und durch dasselbe in rasendem Laufe gegen Osten. Der Großvezier hatte sich in die Laufgräben begeben, um das Geschütz zu retten; man ließ ihm nicht mehr Zeit dazu; er hatte sehr bald bringende Veranlassung, sich selbst in Sicherheit zu bringen, indem er, von seinen Getreuesten begleitet, sich nach Petronell auf den Weg machte, wo er die Nacht zubrachte.

Die Janitscharen, welche den ganzen Tag über durch ununterbrochenes Feuern und Minensprengen die Wiener Besatzung beschäftigt hatten, richteten, als sie die Annäherung der Christen gegen Abend vernahmen, einige Geschütze gegen dieselben, brannten sie ohne sonderlichen Erfolg los und verließen dann ebenfalls die Laufgräben. Zwischen 6 und 7 Uhr kam Markgraf Ludwig von Baden, in dessen Begleitung der damals neunzehnjährige Prinz Eugen von Savoyen den ganzen Feldzug als Freiwilliger mitgemacht hat, mit sächsischen und kaiserlichen Regimentern des äußersten linken Flügels an das Stubenthor und forderte Starhemberg auf, sich ihm mit einem Teile der Besatzung anzuschließen, um die Laufgräben von Türken zu säubern. Es war nicht mehr notwendig, die bösen Dränger, welche der Stadt so lange mit größter Ausdauer zugesetzt hatten, waren vor dem Racheschwert der zu Hülfe gekommenen christlichen Brüder bis auf 8—900, die gefangen wurden, entwichen. Sehr erstaunt müssen jene Minister gewesen sein, die, wie die Frankischen Relationen erzählen, „gegen die Nacht, ohnwissend des vorgegangenen Treffens und Verlust der ihrigen, aus ihren Löchern hervorgekommen, in der Meinung, von ihrer gemachten Arbeit Bericht zu erstatten, theils gefangen, theils niedergehauen wurden“.

Der Herzog von Lothringen war gesonnen, noch am Abend eine Verfolgung der Türken durch die gesamte Reiterei vornehmen zu lassen; Sobieski wollte

aber nicht von der Partie sein. Das Glück hatte seine Polen, die gewiß nicht den meisten Anspruch auf Belohnung machen konnten, gerade in jenen Teil des türkischen Lagers geführt, in welchem die Zeltreihen des Großveziers und seines Hofstaates standen. Der König selbst erklärte sich sofort für den Erben Kara Mustafas und ließ seine Leute nach Herzenslust plündern, während die Kommandanten der übrigen Korps, welche in das türkische Lager gelangt waren, denselben jeden Aufenthalt bei den Zelten verwehrten und das Plündern bei Leib- und Lebensstrafe untersagten. Sobieski befahl auch unter dem Vorwande, die Flucht des Feindes könne eine List sein, und man müsse sich daher auf einen Ueberfall während der Nacht gefaßt machen, den kaiserlichen und deutschen Truppen in Schlachtdordnung zu bleiben. Währenddessen hatten die Polen Zeit und Muße, sich alles Geldes und aller leicht tragbaren Kostbarkeiten zu bemächtigen, die im türkischen Lager zu finden waren. Bei Fackelbeleuchtung wurde die ganze Nacht hindurch von den polnischen Offizieren und Kavaliern geplündert, während ihr König in den kostbaren Gemächern des Großveziers, wo an Schmuck und Kostbarkeiten Millionen aufgehäuft waren, der Ruhe pflog. Es ist möglich, daß schon bei dieser ersten Streifung auch der große Schatz Kara Mustafas polnischen Plünderern in die Hände fiel und verteilt wurde, man hat ihn später vergeblich gesucht. Wie ungeheuer die Beute war, geht daraus hervor, daß am 13. September nach den Polen auch die übrigen Truppen zur Plünderung zugelassen wurden und daß trotzdem den zuletzt kommenden Wienern, die nach dem Abzuge der Truppen von dem ganzen Lager Besitz ergreifen konnten, großartige Vorräte an Lebensmitteln und viele kostbare Geräte zufielen. „Am Tage nach dem Entsatze,“ schreibt Boethius in seinem „Kriegshelm“,¹⁾ „machten sich die Inwohner wieder aus der Stadt, darinnen sie der Feind gleichsam verkerrert hielte, gleich mit anbrechendem Morgen; Viele kletterten durch die vom Erbfeind an der Burgbastei niedergesprenghen Mauern in den Stadtgraben und von dannen über die Contrescarpe durch die ruinirte Abschnitte und Pallisaden nach des Feindes Lager, andere, bei denen die Begierde, etwas neues zu sehen, ein wenig geduldiger war, nahmen ihren Weg durch das Stubenthor, wobei gleichwohl einer den andern wegen des großen Gedrängs ziemlich drückte; denn die übrigen Thore waren noch alle zugemauert, und dies konnte dem schaulüsteren Volk nicht weit genug sein. Ein jeder wollte fast der Erste bei des Feindes Werken sein und dessen Approchen sehen, die doch nicht anders als ungeschickte und einem Irrgarten gleiche Höhlen und Löcher waren, in deren absonderlichen Wohnungen ein wenig mehr als hundert Menschen Platz hatten. Hier durchwanderten sie nun die Gezelte und Hütten, deren viel tausend (Sobieski rechnet in dem Berichte an seine Frau 300 000) da stunden, mit fröhlichen Augen und Füßen, weil sie keinen grausamen und betrübenden Feind mehr beherbergen konnten. Und weil noch ein überaus großer Vorrat von unter-

¹⁾ „Ruhm-Belorreiter, Triumph-leuchtender, und Glanz-erhöhter Kriegshelm dero Röm. Kayserl. . . Majestät und deren samtlischen Höhen Bunds-Berwandten, Wider den Blut-beisprenghen Türckischen Zulband. D. i. Warhafftiger historischer Grund-Bericht . . . aller Kriegs-Actionen . . . vor und nach dem denkwürdigsten Entsatze der Kayserl. Residenz-Stadt Wien . . .“ Nürnberg, Lehner, 1688.

schieblichen Waaren, als Zinn, Kupfer, Blei, Gewehr, Kleider, allerlei Hausrat, Speisen, Reis, Schmalz, Mehl, wie auch allerhand Vieh, dessen die Soldaten ohnedem genug hatten, vorhanden war, so trug ein jeglicher mit heim, was ihm am besten anstand.“ Man fand 15 000 Ochsen, Büffel und Maultiere, 5000 meist schon bepackte Kameele, 10 000 Schafe, 100 000 Malter Korn, Hafer, Gerste, 20 000 Säcke Reis und so große Mengen von Kaffee, Zucker, Honig, Del, Leinwand, Baumwolle, Leder, Pelzwerk, Wohlgerüchen und Räucherwerk, daß diese Gegenstände, die vorher als Kostbarkeiten galten, nachgerade allen Wert verloren. Für das Pfund Rindfleisch hätte man am 11. September in Wien gerne einen Gulden gezahlt, wenn es zu bekommen gewesen wäre, nun wurde es in den Vorstädten um 6 Pfennige verkauft. Viele Bürger, welche ihre Häuser in den Vorstädten aufsuchten, erschrafen anfangs über die Verwüstung, die sie erblickten, schauderten vor den Leichen, die überall umherlagen, wurden aber später wohlhabende Leute, als sie die Keller ausgeräumt und sich in den Besitz dessen gesetzt hatten, was die vertriebenen Einwohner der letzten Wochen daselbst aufgespeichert hatten. Sogar die unglaubliche Menge Dünger, welche in den verwüsteten Gärten um Wien liegen geblieben war, zeigte sich in den kommenden Jahren nutzbringend und machte die ganze Umgebung besonders fruchtbar. Aus den Inventaren der in das kaiserliche Zeughaus abgelieferten Waffen und Kriegsbedürfnisse, mit welchen sich schon vorher jeder, der da wollte, hatte versehen können, heben wir nur einige besonders auffallende Zahlen hervor. Es gab da 2000 Zentner Pulver, 18 000 metallene Granaten, 10 000 Schaufeln, 20 000 Brandkugeln, 20 000 hanfene Säcke, 4000 Stück Schaffelle, 100 000 leberne Pulverfäcke, 8000 Munitionskarren u. s. w.

Von allen Berichterstattern wird mit dem höchsten Lobe desjenigen gedacht, der sich nichts anderes aus der Beute wählte, als die 500 im türkischen Lager zurückgebliebenen Kinder, welche dem Gemetzel, das man in den letzten Tagen daselbst angestellt, entronnen waren. Bischof Rollonits brachte diese, sowie die Kranken und Verwundeten, die man zurückgelassen, in die Stadt und sorgte für ihre Verpflegung und ärztliche Behandlung. Den Kindern, die er gerettet, blieb er bis zu seinem Tode ein helfender Vater.

Der König von Polen ließ es sich nicht nehmen, obwohl er wußte, daß der Kaiser schon auf der Reise nach Wien begriffen war und in wenigen Stunden vor der Stadt anlangen mußte, noch vor dem Kaiser in Wien einzuziehen. Es begleitete ihn aber nur der Kurfürst von Baiern. Johann Georg von Sachsen, der Herzog von Lothringen und die gesamte deutsche Generalität kehrte vor dem Thore um und begab sich ins Lager zurück. Auch in Wien fand kein offizieller Empfang statt, nur Starhemberg begrüßte und geleitete den König, der es recht gut fühlte, daß man ihm auf deutscher Seite diesen voreiligen Einzug in Wien sehr übel nahm. Um so taktloser benahm sich die Bevölkerung der Stadt, die den König mit wahnsinnigem Jubel umdrängte, seine Kleider und Stiefel küßte und ihn tausendmal ihren Retter nannte. Zur Entschuldigung dieses Geberdens kann nur angeführt werden, daß es die erste Gelegenheit war, bei welcher die armen Leute nach tausendfach ausgestandener Todesangst ihren Dankgefühlen gegenüber einem der Befreier Ausdruck geben konnten, und daß den Wienern

von jeher das Herz auf der Zunge saß. Den Vertretern der Stadt gab Starhemberg keinen Anlaß, in Dankbezeugungen zu viel des Guten zu thun, da er dem Könige niemanden vom Räte vorstellte. Der König rächte sich dadurch, daß er in seinen Briefen den Verdacht aussprach, es seien zwischen Starhemberg und der Bürgerſchaft Mißhelligkeiten ausgebrochen.

Am 14. September kam Kaiſer Leopold zu Schiff die Donau herab, landete in Rußdorf und hielt, umgeben von allen Fürſten und Edlen des Reiches, die für ſeine Reſidenz, für Wien, als das Bollwerk Deutschlands gekämpft hatten, ſeinen Einzug in die treue, ſchwer geprüfte Stadt. Sein Weg führte ihn zu allererſt in den Dom zu St. Stefan, wo Kolonits das Hochamt und Ledeum ſang. Wer mochte in dieſer Stunde nicht aus tieffter Seele dem Herrn danken? Den Kindern des 19. Jahrhunderts erſcheint es wohl als etwas ganz ſelbſtverſtändliches, daß die Türken vor Wien geſchlagen wurden, es fällt ihnen ſehr ſchwer, daran zu glauben, daß man ſich vor zweihundert Jahren im Herzen Europas vor den Moslems ernſtlich fürchten konnte, die heute nur deshalb noch an den Geſtaden des Marmarameeres und Archipels wie in einem Ausgebirge gebuldet werden, weil die chriſtlichen Nachbarn über die Verteilung ihres Beſizes nicht einig zu werden vermögen. Darin liegt eben die große Bedeutung der Belagerung von Wien, daß mit ihr eine neue Weltanſchauung in Europa beginnt, daß von ihr die Befreiung von einem Drucke ausgeht, der dem Oſten Europas lange Zeit unabwendbar ſchien. Dem fürchtſamſten Philifter im kleinſten deutſchen Landſtädtchen mußten die Augen darüber aufgehen, daß man ſich vor einem Spuk gefürchtet hatte, dem man nur ernſtlich zu Leibe gehen durfte, um ihn unſchädlich zu machen. Wer mit dabei geweſen war, wie man die grimmen Teufel auf den lachenden Höhen um Wien vor ſich hergetrieben hatte, der wußte recht gut, daß die Deutſchen wohl noch allein mit ihnen fertig werden würden und daß die Zeit nicht fern ſein könne, in der unter der Deutſchen Schuß und Schirm auch das alte Bollwerk, das Reich des heiligen Stefan, in der ihm gebührenden Ausdehnung feſt und ſtark erſtehen würde.

Der Kaiſer ſtattete am Tage nach ſeinem Einzuge dem Könige von Polen den Dankbeſuch ab, den er ihm ſchuldete. Man war, um die Stifetteschwierigkeiten zu umgehen, welche ſich bei einer Begegnung in geſchloſſenem Raume hiſtoriſch des Entgegenkommens ergeben hätten, darüber einig geworden, daß die Begrüßung im Angeſichte der Heere zu geſchehen habe. Sie fiel aber für Sobieski trotzdem nicht nach Wunſch aus. Mit Ausnahme der Sachſen, die ſich ſchon am 14. nach Grinzing zurückgezogen hatten, waren ſämtliche Entſatztruppen in die Umgebung von Schwechat gerückt, um den üblen Ausdünſtungen des Schlachtfeldes fern zu ſein. Der Kaiſer ritt dahin, nahm zuerſt die Bewillkommnung der Baiern entgegen, an deren Spitze ſich der Kurfürſt ſelbſt geſetzt hatte, und kam dann zu den Polen. Der König ſprengte ihm entgegen und beide taufchten Höflichkeitsreden in lateiniſcher Sprache aus. Als aber Sobieski ſeinen Sohn vorſtellte, küßte der Kaiſer den Hut nicht, ſondern grüßte nur mit Nicken des Kopfes. Dies verletzte den eitlen König derart, daß er ſofort mit leichtem Gruße von dannen ritt und ſich in ſein Lager zurückzog, ohne den Kaiſer noch einmal zu ſehen. Die Beſichtigung der polniſchen Aufſtellung ge-

schah unter Führung Jablonowskis, der jedoch ebenfalls von der Behandlung durch den Kaiser nicht befriedigt wurde. Es hatte zwar Mißhelligkeiten aller Art mit den Polen gegeben, man kann nicht behaupten, daß Sobieski in seinen Anforderungen mäßig gewesen wäre, verlangte er doch zu all der Beute, die er und die Seinen für sich vorweg genommen hatten, sogar noch einen Anteil an dem Kriegsmaterial; dennoch lag es dem Kaiser vollkommen fern, den König oder seine Paladine beleidigen zu wollen. Er hielt einmal die Etikette sehr hoch und war von der Notwendigkeit erfüllt, dem Könige von Polen keine Auszeichnung zu gewähren, die er den Kurfürsten des Reiches versagen mußte, außerdem war sein Wesen an und für sich steif und gemessen; Herzlichkeit konnte er nicht an den Tag legen, wenn sie ihm innerlich auch nicht ganz gefehlt haben sollte. Leopold hatte auch keine Ahnung davon, daß er den Polen Ursache zur Kränkung gegeben habe und war, da er von der unbeabsichtigten Wirkung der Begegnung erfuhr, gerne bereit, das Mißverständnis aufzuklären zu lassen.

Der Kurfürst von Sachsen trat an demselben Tage, als der Kaiser in Schwachat gewesen war, mit seinen Truppen den Heimweg an. Der Kaiser hatte ihm keine Versicherung wegen der Winterquartiere gegeben, auch die Bezahlung des Soldes und der Verpflegung für die Sachsen abgelehnt, ja es ist überhaupt fraglich, ob von seiner Seite ein Wunsch wegen weiterer Beteiligung derselben an dem Kriege in Ungarn ausgesprochen ist, da Leopolds Entschluß darüber noch nicht feststand. Auch machten die Verwickelungen im Norden Deutschlands dem Kurfürsten die Wahrung seiner Interessen im Reiche zur Pflicht. Es war daher ganz gerechtfertigt, daß er seine Armee, nachdem sie an dem zugesagten Entsatze Wiens redlich Anteil genommen, in seine eigenen Lande zurückführte und dann den Bedürfnissen und seinen Mitteln entsprechend verringerte.

Kaiser Leopold blieb bis zum 19. September in Wien, mußte dann aber nach Linz zurückkehren, da seine Burg, die vollständig zerstört war, erst wieder bewohnbar gemacht werden mußte. Noch vor seiner Abreise hatte er dem Drängen Karls von Lothringen, der damals allein unter allen anwesenden Heerführern die militärischen und politischen Folgen der Schlacht bei Wien in ihrer vollen Ausdehnung erfaßte, nachgegeben und den Befehl zum Vorrücken des Heeres nach Ungarn erteilt. Auch Sobieski war bereit, seine Polen auf dem Marsche in die Winterquartiere, die er in den wohlhabenden Gegenden der Tisza aufzuschlagen gedachte, noch zu einigen Unternehmungen gegen die Türken gebrauchen zu lassen, während er zugleich für einen Ausgleich des Kaisers mit Tököly und den ungarischen Rebellen eintrat. Das Vertrauen in die Uneigennützigkeit seiner Hülfeleistung war jedoch beim Kaiser sehr tief gesunken, seitdem man sichere Anhaltspunkte für das Vorhandensein von Bestrebungen des Königs zu haben glaubte, seinen Sohn Jakob mit Hilfe der ungarischen Rebellen zum Wahlkönige von Ungarn zu machen. Von den Baiern zog das Fußvolk mit, die Reiterei in die Heimat; die fränkischen Hülfsvölker rückten an den Rhein, die Schwaben, welche der Fürst von Waldeck auch ferner befehligte, schloßen sich den Kaiserlichen an. Diese standen samt den Polen am 21. September in einem Lager bei Preßburg, überschritten am 24. und 25. die Donau auf der Brücke,

welche früher bei Tulln in Verwendung gekommen war, durchschritten in sechs Tagen die Schütt und erreichten am 2. Oktober Komorn. Man ließ nun das stark besetzte Neuhäusel links liegen und schlug den geraden Weg längs der Donau nach Parkány ein. Zur Sicherung von Mähren und Schlefien gegen die Scharen Tököly's, welche die Gespanschaften Neutra und Trenčsin brandschatzten, wurde der Generalfeldwachtmeister Graf Caraffa mit drei Regimentern ins Waagthal beordert.

Sobieski ließ sich in Ueberschätzung der Leistungsfähigkeit seiner Truppen am 7. Oktober voreilig in ein Gefecht bei Parkány ein, vor welchem Bläze 8000 Türken gefechtsbereit standen. Er mißachtete den Rat Lothringens, die Vereinigung mit den kaiserlichen, hinter ihm marschierenden Regimentern abzuwarten, und erlitt infolgedessen eine empfindliche Niederlage, die zu einer vollständigen Vernichtung seiner stolzesten Huszaren-Choragwien geführt hätte, wenn nicht der Herzog, durch Feldmarschall-Lieutenant Graf Dünewald von dem Unglücke benachrichtigt, schleunigst herbeigeeilt wäre und die fliehenden Polen aufgenommen hätte. Vor den auf dem Kampfplatze erscheinenden geschlossenen Reihen der Kaiserlichen machten nun ihrerseits die in der Verfolgung begriffenen Türken kehrt. Der Herzog von Lothringen bewog den König, der selbst nicht gerne seinen ruhmvollen Feldzug mit einer Niederlage abgeschlossen hätte, ohne Schwierigkeit zu einem Angriffe auf Parkány am 9. Oktober, nachdem tags vorher Graf Starhemberg, der für seine in Wien geleisteten Dienste zum Feldmarschall ernannt worden war, mit der deutschen und polnischen Infanterie und Artillerie nachgekommen war. Die Verteidigung des wichtigen Brückenkopfes von Gran hatte Kara Mohamed selbst auf sich genommen. Kara Mustafa hatte ihn zum Pascha von Ofen ernannt, welche Stelle durch die Hinrichtung des greisen Ibrahim frei geworden war. Diesem hatte der Großvezier nebst den Tataren, Walachen und Moldauern die Schuld an dem Unglücke bei Wien beigemessen und er glaubte sich selbst zu sichern, wenn er die Verräter, nebst Ibrahim noch die Paschas von Esseg und Pozege und 50 Offiziere, aus dem Wege räumen ließ. Kara Mohamed stellte sich mit 18000 der tapfersten osmanischen Soldaten vor Parkány auf und warf sich auf Jablonowski, der mit einem Teile der polnischen Armee den linken Flügel der in Schlachtordnung anrückenden Christen kommandierte. Ein geschickter und entschlossener Flankenangriff Dünewalds brachte die Türken jedoch in Verwirrung und rettete die Polen, wie Jablonowski selbst eingestand, aus harter Bedrängnis. Die Janitscharen waren durch das Mißlingen ihres Anschlages entmutigt und gingen ziemlich ordnungslos nach Parkány zurück. Dieses wurde von Lothringen sofort angegriffen. Die Türken setzten sich nur schwach zur Wehre; der verwundete Pascha von Ofen zog sich mit etwa 7000 Mann über die Donaubrücke nach Gran zurück, als aber der Herzog die Brücke unter Kanonenfeuer nehmen ließ und dadurch zum Einsturz brachte, kamen die in Parkány zurückgebliebenen Türken in eine entsefliche Lage. Was nicht niedergehauen wurde, warf sich in die Fluten der Donau, in welcher die zwischen dem Gebälke der eingestürzten Brücke aufgetürmten Leichen von Menschen und Pferden eine neue Brücke bildeten, über welche sich noch einzelne Flüchtlinge nach Gran retteten. 1200 Türken, darunter die Paschas von Aleppo und Silistria, ge-

rieten in Gefangenschaft, 9000 kamen um. Die Folgen des Sieges waren überaus groß: Kara Mustafa verließ mit dem Reste seines Heeres Ofen und begab sich über Temesvar nach Belgrad, wo er am 25. Dezember auf Befehl des Sultans erbrochelt wurde.¹⁾ Tököly räumte Oberungarn, ein großer Teil der ungarischen Magnaten, die bis dahin keine Hand geführt hatten, um die gegen den Erbfeind Ungarns kämpfenden Kaiserlichen zu unterstützen, gab die Sache Tökölys verloren und suchte wieder Fühlung mit Oesterreich zu gewinnen. Die Belagerung von Gran konnte, nachdem rasch eine neue Brücke über die Donau hergestellt worden war, in Angriff genommen werden. Trotzdem noch 3000 Brandenburger (statt der vertragsmäßigen 1200) unter den Generalen Truchseß und Barfuß zum Heere Sobieskis gestoßen waren, ließ sich Sobieski nicht bewegen, die Polen nochmals einer größeren Gefahr auszusetzen; er willigte zwar ein, während der Belagerung beim kaiserlichen Heere zu bleiben, die Polen durften jedoch nicht über die Brücke gezogen werden; sie nahmen am linken Donauufer bei Partány Stellung. Der Sturm auf die Wasserstadt am 25. Oktober wurde von den deutschen Truppen, unter welchen sich die Baiern besonders auszeichneten, allein durchgeführt, am 26. wurde das Schloß bombardiert und Bresche geschossen, worauf am 27. die Kapitulation erfolgte, durch welche die 4000 Mann starke Besatzung freien Abzug, jedoch mit Rücklassung der Artillerie, erhielt. Kaiserliche Kürassiere mußten die abziehenden Türken vor den Polen schützen, die sie zu plündern herbeieilten.

Mit dieser glänzenden Aktion endete der Feldzug von 1683; alles zog in die Winterquartiere: Sobieski durch Oberungarn, wo er wiederholt in Kämpfe mit den Tökölianern verwickelt wurde, welche sich die freundschaftliche Verabreichung durch die polnischen und litauischen²⁾ Soldaten nicht gefallen lassen wollten, nach Krafau; die bairische Infanterie nach Mähren; 4000 Mann zu Fuß und 1000 Reiter des schwäbischen Kontingentes, welche unter dem Markgrafen von Baden-Durlach noch am 27. Oktober beim kaiserlichen Heere eingetroffen waren, in ihre Heimat zurück. Ob und in welcher Weise der Krieg in Ungarn im folgenden Jahre fortgesetzt werden würde, hing von der Gestaltung der allgemeinen europäischen Verhältnisse ab, die im Laufe des Winters manche nicht unwichtige Veränderung erfahren sollten. —

Das Interesse, welches die gesamte christliche Welt an dem Entsatze von Wien und den Niederlagen der Türken genommen hat, gibt sich in der zeitgenössischen Litteratur reichlich zu erkennen. Die Publizistik bemächtigte sich des dankbaren Stoffes mit Eifer und schickte wahre und unwahre Relationen, Berichte, Diarien, Sendschreiben, Dankreden, Lob- und Spottgedichte in allen Sprachen in die Welt. In den deutschen Schulen wurden Dramen aufgeführt, in welchen die „befreite Bindobona“ in möglichst ungelentken Alexandrinern

¹⁾ Nach der Eroberung von Belgrad wurde sein Schädel von zwei Jesuiten dem Bischof Rollonitz nach Wien gebracht, wo er noch heute ein Schaustück des Zeughauses bildet.

²⁾ Die sogenannte litauische Armee, welche dem Könige zum Entsatze von Wien hätte folgen sollen, war zwei Monate in Mähren und Oberungarn plündernd und brennend herumgezogen und hatte es dabei zustande gebracht, niemals einem Feinde zu begegnen.

besungen wurde, in Hamburg erschien eine Oper, deren Held Kara Mustafa war, Abbildungen der kaiserlichen Residenzstadt, des türkischen Lagers, der Schlachtordnung vom 12. September, Porträte des Königs von Polen, der christlichen Heerführer, Zeichnungen der erbeuteten und dem Papste zugesandten türkischen Fahne u. dergl. wurden allerorten gern gekauft. Der Katalog der zur zweiten Säcularfeier 1883 veranstalteten historischen Ausstellung in Wien zählt 390 Druckschriften und mehrere Hunderte von bildlichen Darstellungen auf, welche zum überwiegenden Theile noch aus dem siebzehnten Jahrhunderte herühren. Nicht nur in langatmigen, schwülstigen Triumphgesängen hat die ziemlich schwerfällig gebaute Muse jener Zeit die Erfolge der christlichen Waffen besungen, auch Spott und Hohn gegen die ruhmredigen und schließlich mit Schmach bedeckten Feinde hat nach poetischem Ausdruck verlangt und denselben in sehr berber Weise gefunden.

Recht frisch erklingt das Lied von den „Triumphirenden Sieges-Palmen nach der Singweise: Was sind das für große Schlösser,“¹⁾ welches mit folgenden Strophen schließt:

„Fast die meisten Janitscharen
 Bey neun tausend ins gemein
 Auch viel von der Spahi Schaaren
 Alle caputiret seyn;
 Gott sey Preis!
 Raben-Speiß,
 Daß diß deine letzte Reiß.

Hundert Sechzig ein Geschütze
 Sehr viel Bomben groß und klein
 Feuer-Mörzel, derer Blitze
 Wien wird ohnvergesen seyn,
 Kraut und Loth
 Pulver, Schrot
 Häuffig hat bescheret Gott.

Viel Baraquen und Gezelten
 Deren funffzig tausend seyn,
 Alle wie man thut vermelden

¹⁾ Triumphirende Sieges-Palmen. Ober Sieg-Palmender Triumph: Wegen, Gott-Lob! glücklich entsetzter, Und wieder in Ruh und Sicherheit gesetzter Kayserl. Residenz-Stadt WZK. Nach 8 Wöchiger sehr grausam-entsetzlicher Belägerung So geschehen, Sonntags (oder an des Herren Tag) den 2. u. 12. September dieses 1683 Wunder-Jahrs. Da nemlich die ganze Sultanische Großmacht nach 12 Stündigem harten Treffen und sehr scharffen Gefecht, geschlagen, ruiniret und zerstreuet, des Grand-Beziers oder Türckischen Feld-Herrn sehr kostbare Leib-Fahne . . . erobert worden. Über das auch, bereits von denen Christl. Armeen, die uralte königliche Ungarische Haupt- und Residenz-Stadt Ofen, und die berühmte Gränz-Bestung Neuhäusel würcklich belägert seyn, zu derer Recuperirung Gott Glück, Segen und Gedeyen gnädiglich verleyhen, Ihr Kayserl. Majest. gerechte Schutz-Waffen Siegreich benedeyen, und die ganze werthe Christenheit noch ferner erfreuen wolle! (Der letzte Satz scheint darauf hinzudeuten, daß über die Bewegungen und Unternehmungen des christlichen Heeres nach der Entschlüsschlacht in Deutschland übertriebene Nachrichten verbreitet waren.)

Sammt dem Läger insgemein
Sind auf heut
Raub und Beuth
Freue dich o Christenheit!

Sehr viel Rüst- und Silber-Wägen,
Proviant, Munition,
Auch an Gold ein reicher Seegen,
Bier ein halbe Million,
Ließ im Stich
Hinter sich
Grand-Bezier der Wüterich.

Des Groß-Bezier Leib-Standarten
Seiner Päpstlich Heiligkeit
Künftig haben zu erwarten;
Dessen Sattel und Geschmeid
Reich geziert
Aestimirt
Auf zwey Donnen Goldes wird.

Bey Sechs-hundert Christen-Knaben
Sind auch wieder worden frey,
Die die wilben Türcken-Knaben
Schlepten nach der Barbarey,
Frommer Gott!
Schau die Noth
Stör die gottlos Rauber-Rott.

Gott Lob! daß die tapfern Teutschen
Einsten wieder worden seyn,
Der verbohten Türcken Peitschen,
Ohnverzagt gesetzt darein;
Türcken-Blut
Frischt den Muth.
Mannheit bringet Ehr und Gut.

Nimmer soll die Macht der Türcken
Teutschland in den Gränzen dein
So du wahre Buß wirst würden,
Ferner dir beschwerlich seyn!
Friedens-Taub
Zweige klaub
Und der Prinzen Haupt belaub!

In dem Gedichte „Vienna agonizans et triumphans“¹⁾ wird der Fortsetzung des Krieges mit minderm Selbstvertrauen gedacht und Wien zur Wahrung des Sieges ermahnt:

¹⁾ Vienna agonizans et triumphans: Das ist kurzes, doch viel in sich begreifendes Dank- und Lob-Gedicht, Worinnen das In den letzten Zügen liegende, Von mehr als 150 000

Man hat zwar vormals schon gehabt sehr viel Progressen,
 Doch weil der Dankbarkeit bald wieder ist vergessen,
 Hat uns das Glück auch hinwieder zukehrt
 Den Rücken, wodurch nur der Türk sein Reich vermehrt.

Dann weil der Türk selbst zum Krieg hat Anlaß geben,
 So laffet uns doch nun mit besserer Klugheit streben,
 Falsch wir nächst diesem noch was wieder occupiren,
 Daß wirs durch eigne Schuld nicht wieder bald verliehren.

Darzu bedörffen wir allein des Höchsten Seegen,
 An welchem alles ist, auch in dem Krieg, gelegen.
 Der stehe ferner bey dem ganzen Teutschen Reiche,
 Daß ihm an Sieg und Glück ja keiner weiter gleiche.

Nun liebstes Wien, leb wohl, in Seel-vergnügten Freuden,
 Nach diesem Trauer-Stand, nach diesem schweren Leyden,
 Und bring fortan in Buß und Glauben zu die Jahre,
 Damit dir künfttig nicht was ärgers widerfahre.

„Die von Ihrer Kayserl. Majestät, König in Pohlen, Chur-Fürsten aus Bayern und Sachsen, neben anderen Reichsständen vor Wien wohl zubereitete Bad-Stube“ gibt eine Probe des deutschen Humors, der durch den Sieg bei Wien entfesselt worden war. Sie beginnt mit folgenden Reden und Gegenreden:

König in Pohlen.

Ich habe nächster Tag mit schneller Post vernommen,
 Daß für das edle Wienn ein Türkischer Gast ist kommen,
 Ich muß selbst auf den Weg, daß ich ihm gratulir
 Und mit gesambter Hand erst hin zum Bade führ.

Türkischer Kayser.

Du heist mich zwar allhier, doch nur zum Schein willkommen,
 Ich aber hab indem von sicherer Hand vernommen,
 Da du nur kommen seyest, mehr Holz zerwerffen zu,
 Und mir zu stören hie die sanffte Bade-Ruh.

Chur-Bayern.

Deß eyfrigen Geblüts ist viel in diesem Leibe,
 Die Hitze muß gar heiß seyn, daß mans von ihm treibe.

Groß-Bezier.

Es wird fast gar zu warm, mir bricht der Angstschweiß auß,
 Man schröpffet hier zu scharff, wer nur in seinem Haus

Türken, bey sechs Wochen belagerte, und grausamlich bestürmte, nun aber wegen der glücklich und bloß von Gott kommender, mit Bewunderungs-würdiger Ruinirung der ganzen und sehr großen Türkischen Armee, geschēhener Entsetzung Sieg-Prangende Wien vorgestellt wird. Diese Belager- und Entsetzung obgedachter Kayserlichen Residenz-Stadt Wien und fast Total-Vertilgung der Türkischen Armee Ist passiret Im notablen Christl. Jahr 1683 die groffe Verejnigung 3083 und satvrs war.

Daheim geblieben wär, ich fürcht daß für das Siegen
 Ich leichtlich einen Strang zur Beute möchte kriegen.

In dieser Weise unterhalten sich die verschiedenen christlichen Heerführer mit ihren Opfern, den Reigen der Sprechenden beschließt

Graff Emerich Tököly.

Ich bin sehr schlecht daran, mein Volk weiß fast kein Lager,
 Es hat gelogen sehr der Englische Wahrsager,
 Daß ich sollt König seyn, der Drucker und Prophet,
 Der dieses ausgesprengt, mit Schimpff und Schand besteht.

Der Sieg vor Wien und die Eroberung von Gran haben eine Wendung in der kaiserlichen Politik zur Folge gehabt, welcher die allergrößte Bedeutung zugeschrieben werden muß. Die kräftig angeregte Hoffnung auf die Wiedererlangung des Königreiches Ungarn hat die Idee von dem Verufe Oesterreichs, seine Macht in der Richtung des Donaustroms zu erweitern und im Osten Europas der christlichen Kultur zum Siege zu verhelfen, in den Vordergrund gedrängt. Es konnte nicht mehr davon die Rede sein, den Kampf gegen Frankreich auf Kosten der ungarischen Pläne in erste Linie zu stellen. Nicht mit einem Schläge hat sich die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Stellung Oesterreichs im unteren Donauebiete Bahn gebrochen, es bedurfte des Zusammentreffens verschiedenartiger Verhältnisse, um dieselbe allmählich reifen zu lassen, ihr Ausgangspunkt ist aber gewiß in den Ereignissen des Jahres 1683 zu suchen. Niemand anders als der Kurfürst von Brandenburg hat sie zuerst vertreten, als er den Waffenstillstand mit Frankreich verlangte, damit der Krieg gegen die Pforte mit Nachdruck geführt werden könne. Die Weisungen, mit welchen der Fürst von Anhalt Ende Juli an das kaiserliche Hoflager entsendet wurde, um die Bedingungen für die Teilnahme Brandenburgs am Türkenkriege bekannt zu geben, bezeugen dies. Vor allem anderen empfahl er die Annahme des Waffenstillstandes. Denn er befürchtete, daß Frankreich und Dänemark, das mit diesem aufs engste verbunden war, den Krieg an der Elbe und am Rhein beginnen würden, daß er und die Braunschweiger dann ihre Macht ausschließlich auf die Verteidigung Norddeutschlands verwenden müßten und für den Entsatz von Wien nichts thun könnten. Ihm war es aber ernstlich darum zu thun, den Kaiser in dem Kampfe gegen den Erbfeind zu unterstützen. Er stellte als zweite Forderung den Entsatz für Jägerndorf auf, wie er es seit Jahrzehnten bei jeder ernstern Verhandlung gethan hatte, er verlangte Gewissensfreiheit für die in den kaiserlichen Landen lebenden Protestanten. Am kaiserlichen Hofe galt dies für „exorbitant“ und außerdem machte sich selbst in dem Augenblicke der größten Gefahr unverhohlenen Mißtrauen gegen den Kurfürsten geltend. Daß er mit 18000 Mann vor Wien erscheinen wollte, schien den Räten des Kaisers äußerst bedenklich. Man war der Meinung, er biete nur deshalb eine so große Truppenzahl an, weil er damit Schlesien besetzt zu halten gedente. Man nahm die Erbietungen Brandenburgs

nicht an, sondern verlangte dessen Eintritt in die Association, die entschieden gegen Frankreich gerichtet war. Der spanische Einfluß hatte gesiegt, indem er die Rettung der italienischen Besitzungen vor der Begehrlichkeit Ludwigs XIV. höher als die Befreiung Ungarns darzustellen verstand.

Dem großen Kurfürsten blieb nun die Aufgabe allein überlassen, Frankreich von einem Angriffe auf das Reich abzuhalten, während der Kaiser und seine Bundesgenossen an der Donau kämpften. Er hatte die Mehrheit im Kurfürstentage für sich und bot, gestützt auf diese, eine Versicherung im Namen des Reiches, er näherte sich Hannover, eröffnete Verhandlungen wegen der Vermählung seines Sohnes, des Kurprinzen, mit der Prinzessin Charlotte und versuchte den Herzog von dem Eintritte in den Krieg zu Gunsten Spaniens abzuhalten, um dadurch Frankreich zu verpflichten. Ludwig XIV. ließ im September ein Heer in den spanischen Niederlanden einmarschieren, gleichzeitig wollte Dänemark gegen Braunschweig vordringen. Der Kurfürst erklärte, daß er sich an diesem Angriffe nicht beteiligen wolle, daß er jedoch bereit sei, sofort gegen Hannover aufzutreten, wenn dieses gegen Dänemark feindlich vorgehen würde. Dafür sollte Ludwig XIV. dem Reiche die Beantwortung des Waffenstillstandsantrages noch ein Jahr offen halten. Durch die Unterhandlungen über einen darüber abzuschließenden Vertrag wurde kostbare Zeit gewonnen. Nur durch die Festigkeit, mit welcher Friedrich Wilhelm allen Anträgen des Wiener Hofes widerstand, einer Allianz gegen Frankreich beizutreten, hat er die Macht behalten, Ludwig XIV. von den äußersten Schritten abzuhalten. Der Kurfürst hat seine Anschauung klar und bestimmt in seiner Antwort vom 1. Dezember an das Wiener Kabinett ausgesprochen: „Er würde mit Freuden (auf dessen Vorschläge) eingehen, wenn er nicht in seinem Gewissen überzeugt wäre, daß bei dem jetzigen Zustande in und außer dem Reiche eine solche Allianz sowohl dem Kaiser und dem Reiche, wie seinen eigenen Landen höchst schädlich sein und eine allgemeine Konvulsion und Verderben hervorbringen würde; er sei bereit, wenn mit Frankreich ein fester Zustand gewonnen sei, sich mit Kaiserlicher Majestät so genau und fest, als R. M. nur immer verlangen würde, zu verbinden.“

Die Verhältnisse gestalteten sich schwieriger, als die französische Armee in den Niederlanden Fortschritte machte und zur Belagerung von Luxemburg schritt, als Spanien mit einer prahlerischen Kriegserklärung antwortete. Nicht nur die welfischen Herzöge, welche in einem glücklichen Kriege gegen Frankreich, Köln und Münster schöne Erwerbungen zu machen und die populäre Vormacht Norddeutschlands zu werden hofften, wenn Brandenburg auf Seite des Reichsfeindes blieb, nicht nur die spanisch gesinnten Minister des Kaisers drängten zum Bruche mit Frankreich, auch die öffentliche Meinung im Reiche sprach sich sehr kriegslustig und zuversichtlich aus. Man schrieb sich in einen erstaunlichen patriotischen Eifer hinein und erweckte im Volke von der militärischen Macht des Reiches übertriebene Vorstellungen. In dem „Europäischen Staats-Perspectiv, Worinnen diejenigen Conjunctionen Der Potentaten in Europa . . . unpartheyisch dargestellt werden,“ setzt der Deutsche dem Franzosen auseinander, daß er es ganz gut mit ihm und dem Türken zugleich aufnehmen könne.

„Wir haben noch mehr Völker übrig,“ versichert er, „welche denen feind-

lichen Franzosen keinen Tanz versagen, sondern scharf genug mit ihnen umspringen werden. Denn oben ist gemeldet, daß jetziger Zeit das Römische Reich bereits in die 150 000 gerüsteter Mannschaft hin und wieder auf den Weinen habe, oder doch gar füglich aufbringen könne, wenn man nämlich des Kaisers, etlicher mächtiger Kur- und Fürsten à part, und sodann die sämtlichen Kreisvölker, welche jetzt gedoppelt stark seien, dazu rechnet. Denn Kurbaiern, Sachsen, Brandenburg, Lüneburg, Hessen-Kassel bringen allein in die 80—90 000 Mann zusammen, die anderen ungerechnet; wenn nun gleich von obiger ganzen Summa 70 000 Mann wider den Türken in Ungarn gehen, so bleiben noch in die 80 000 übrig in denen deutschen Kreisen und Landen stehen, davon dürfen wir nur eine oder zwei Armeen nach dem Rheinstrom schicken, deren jede ungefähr von 26 000 Mann besteht, welche euch Franzosen diese unnötige Kriegslust schon sauer genug machen, und den Weg wieder zurückweisen werden, so daß eurer genug die Köpfe in Deutschland lassen dürften, wie ihr solches auch in lezt verwichenem Kriege, sonderlich bei Saßbach, allda ihr euren großen Turenne mußtet daniedergeworfen sehen, ingleichen bei Straßburg und an dem Dönsfelde genugsam empfunden habt.“ Ein österreichisch gesinnter „Wahrmond“ hielt in einer gegen einen franzosenfreundlichen „Freymund“ geführten Polemik¹⁾ den Franzosen den großen Nachteil vor, welchen sie durch den Rücktritt Schwedens von der Allianz erlitten, wies auf den tödlichen Haß zwischen Colbert und Louvois hin, auf den Geldmangel und die Interrumpierung der Kommerzien in Frankreich. In einem „Discurs Eines Schwaben und Frankens, Ob es recht gethan sei, wann man sich zu einer Gegen-Defension wider die besorgende und bereits angebrohte Französische Waffen ausrüste, oder ob man nicht lieber still sitzen und neutral verbleiben solle?“²⁾ wurde dem schwäbischen Kreise die Notwendigkeit energischer Rüstungen vorgestellt, Stanislaus Lysimachus, ein polnischer Edelmann, wendet sich in einem Sendschreiben an Claudium Lentulum, einen von Adel aus der Mark, enthüllt ihm die Umtriebe des französischen Gesandten Witry in Polen und die Unterstützung der ungarischen Rebellen durch denselben, warnt vor dem Verkehr mit Frankreich und fordert zur Einigkeit auf. „Seid zu Heil eures Vaterlandes keine Curiatii, sondern Horatii, seid keine Metti Fuffettii in Zuhilffommung dem Römischen und Teutschen Staat und verschwöret alle Parteilichkeit!“

Das „Getröstete Europa“³⁾ nimmt Brandenburg augenscheinlich gegen landläufige Vorwürfe und Anklagen in Schutz und betont dessen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens im Reiche, setzt aber dann hinzu: Obwohl Brandenburg darauf bringe, daß man mit Frankreich Frieden mache, so werde es doch durch das grausame Vorgehen der Franzosen in den Niederlanden von Abscheu gegen diese erfüllt. „Ja man hat große Hoffnung, Ihre Kurfürstliche Durch-

¹⁾ Der Verdrossene und unerschämte Freymund, Verstummt durch Wahrmond, Aber das falsch entdeckte Wienerische Cabinet. Gedruckt im Jahr 1683. München, Staatsbibliothek.

²⁾ Politische Staats- und Raths-Klugheit, Von dem heutigen Zustand der verwirrten Kriegs-Troublen . . . durch den unpartheyischen Poliphilum Wolraht, aus Beritanien. 1683.

³⁾ Das Getröstete Europa Oder Die Bündnissen und Kriegs-Geschäfte geschehen bei Ausgang des 1683. und Anfang des 1684. Jahrs.

laucht werden mit allem Ernst dahin kooperieren helfen, damit durch die Krone Frankreich und Dänemark das Römische Reich nicht troublirt werde. Es hatte zuvor die französische Faktion vermeint, die Sache dahin zu spielen, daß Ihre Kurfürstliche Durchlaucht durch eine heftige Eiferucht wider Polen eingenommen werden und sich überreden lassen, in Preußen mit einem konfiderablen Heer eine Diverfion zu machen. Aber dieser hochvernünftige und hocherfahrne Heer kennt allzumohl das Interesse seines eigenen Kurfürstentums und des ganzen Reichs und steht auch mit der Kron Polen in allzugutem Verständnis; als daß man von diesem Reichspatrioten keine Ruptur zu fürchten hat.“

Noch schwerer, als ihn die vielfach falsche Beurteilung seiner Haltung durch die deutschen Patrioten berührte, dürfte es den Kurfürsten getroffen haben, daß er fogar gegen den ihm so nahe stehenden Oranier auftreten und mit den alten Feinden des oranischen Hauses, den gebietenden Herren von Amsterdam gemeinsame Sachen machen mußte. Prinz Wilhelm beklagte sich bitter bei dem Gesandten Fuchs über diese Wendung der brandenburgischen Politik. „Er sehe wohl, daß der Staat und dessen Alliierte nichts als Unglück zu erwarten hätten. Sollte denn alles drunter und drüber gehn, so sei es besser, daß es mit dem Degen in der Faust geschehe, als durch Reunionen und Dependenz, und daß man mit Ehren stirbe, als daß man mit Schaden lebe . . . Eins betrübe ihn tief, daß Seine Kurfürstliche Durchlaucht, der ihn von Kindesbeinen an als einen Sohn gehalten und den er als Vater veneriert, nun der Stadt Amsterdam mehr als ihm zugethan scheine.“ Der Kurfürst hatte im Verlaufe seines vielbewegten Lebens, unter Gefahren und Prüfungen sondergleichen den Hauptgrundsatz aller praktischen Politik erlernen müssen, daß man zu der Erreichung eines Zieles sich immer nur auf die Mittel verlassen dürfe, die man zur Verfügung habe, daß man die aber auch ungescheut ausnützen müsse, ohne Rücksicht auf persönliche Neigung, Gewohnheit oder prinzipielle Gegensätze. Und er war sich gerade in diesem Augenblicke bewußt, daß von seiner Festigkeit alles abhängt, daß er allein die Dinge ins rechte Geleise bringen könne.

Die Ereignisse des Frühsummers 1684 kamen ihm dabei am besten zu Hülfe. Es wurde nämlich thatsächlich der Krieg nach zwei Seiten geführt: in Ungarn setzte der Kaiser mit Unterstützung Baierns den Türkenkrieg fort, in den Niederlanden begann der Kampf gegen Frankreich von seiten Spaniens und Hollands. Selbst ein Teil der Associationskontingente kam schon in Bewegung. Wie kläglich aber fiel das alles aus! Der neue Bündnisvertrag, der am 4. März zu Linz zwischen dem Kaiser, der Krone Polen und der Republik Venedig unter Vermittelung des päpstlichen Nuntius Kardinal Bonvisio abgeschlossen wurde, versprach zwar ein kräftiges Zusammenwirken; die Mittel aber, mit welchen es erreicht werden sollte, blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Zu Beginn des Feldzuges, der von dem kaiserlichen Hauptheere an der Donau und von dem Corps von Innerösterreich unter Feldzeugmeister Graf Leslie gegen Eslegg geführt werden sollte, wurden zwar einige Erfolge erzielt. Der Herzog von Lothringen schlug mit seinen 38000 Mann ¹⁾ eine kleinere türkische Abteilung bei Gran

¹⁾ v. Angeli, Der Feldzug gegen die Türken 1684. Mitteil. d. I. I. Kriegsarchives, 1884.

am 17. Juni, nahm die Feste Bischofsgrad am 18. Juni und lieferte gegen den Pascha von Ofen Kara Mohammed, der sich ihm mit 15000 Spahis und 3000 Janitscharen entgegenwarf, ein siegreiches Treffen bei Waizen, in welchem die Türken 3000 Mann verloren, während das kaiserliche Heer nur 20 Tote zählte. Am 30. Juni wurde Pest, ein damals kleiner, schwach befestigter Ort, erobert und man stand damit vor der Frage, ob man noch zur Belagerung von Ofen schreiten oder wieder zurückziehen und die Einnahme von Neuhausel versuchen wolle. Lothringen und Rüdiger Starhemberg waren für das letztere; denn Ofen war damals eine Festung ersten Ranges, mit 200 Geschützen und einer Besatzung von 10000 Mann, von welchen unter Kara Mohammeds und Ibrahim Schaitan Paschas Leitung ein energischer Widerstand zu erwarten war. Außerdem mußte man auf Entsatzversuche des Seraskiers Suleiman Pascha rechnen, der südlich von Ofen bei Hamszabég mit der Reiterei stand und in kürzester Zeit Verstärkungen an sich ziehen konnte. Nach Starhembergs Ueberzeugung „dürfte die Eroberung nicht anders als mit Aufopferung des größten Theiles des Belagerungsheeres erkauft werden“. An Nachschüben zu dem letzteren konnte man nur auf das salzburgische Contingent und die Baiern rechnen, die aber im Juli noch durch die Besorgnis vor einem Angriffe Frankreichs auf das Reich in ihrem Lande zurückgehalten werden. Sobiesky, welcher ursprünglich seine Mitwirkung bei einem Feldzuge in Oberungarn zugesagt hatte, der jedenfalls entlastend auf die Aktion an der Donau hätte wirken müssen, hatte sich wieder eines anderen besonnen und beschränkte sich auf wenig bedeutungsvolle Unternehmungen in der Ukraine. Im Kriegsrathe der kaiserlichen Armee trat jedoch der Feldmarschall Markgraf Ludwig von Baden mit großem Eifer für die Belagerung ein und da es bekannt war, daß der Kaiser selbst mit aller Bestimmtheit darauf rechnete, so gaben Lothringen und Starhemberg nach. Nach Zurücklassung einer Besatzung von 1500 Mann und 300 Pferden in Pest wurde der Uebergang auf das rechte Donauufer am 10. Juli bei St. Andrá ins Werk gesetzt und der Versuch der Türken, den Aufmarsch der kaiserlichen Armee an diesem Ort zu hindern, ohne Schwierigkeit vereitelt. Nicht besser erging es den Truppen des Seraskiers, der in Verbindung mit einem Ausfalle der Besatzung aus der am Fuße des Ofener Festungsberges gelegenen Wasserstadt am 18. Juli die Kaiserlichen angriff. Sie wurden geworfen und für einige Zeit von der Zusammenwirkung mit Kara Mohammed fern gehalten. Durch 8000 Mann ungarischer Nationaltruppen, welche der Palatin endlich herbeiführte, verstärkt, gingen die Kaiserlichen ihrerseits am 19. Juli zum Angriffe auf die Wasserstadt über und führten sie mit Glück und ohne erhebliche Verluste durch. Durch einen weiteren Angriff auf das Lager Suleimans bei Hamszabég am 22. Juli, welcher mit einer wilden Flucht der Türken endete, sicherte Lothringen die Belagerungsarbeiten, die nun erst systematisch begonnen werden mußten, vor plötzlicher Störung. Alle diese ungemein leicht erfochtenen Siege hatten die Zuversicht der kaiserlichen Generale, selbst derjenigen, welche ursprünglich der Unternehmung gegen Ofen abgeneigt gewesen waren, so weit gesteigert, daß sie nun mit einer gewissen Leichtfertigkeit bei der Belagerung selbst vorgingen, die ihren Truppen wiederholt großen Nachtheil brachte, während die Belagerten auch nach dem Tode des tapferen

Rara Mohammed, dem durch Bombensplitter der Unterleib zerrissen wurde, unter Ibrahim Scheitan mit großer Hartnäckigkeit die Verteidigung fortsetzten. Es stellte sich sehr bald heraus, daß mit dem Brescheschießen allein den starken Werken der Festung nicht beizukommen sei, und daß die wenigen zum Teil französischen Minierer, mit welchen man den Minenkrieg beginnen wollte, ihrer Aufgabe durchaus nicht gewachsen waren.

Als um die Mitte des August noch keine Aussicht auf den Fall von Ofen vorhanden war, das kaiserliche Heer jedoch bereits einen Verlust von 13 000 Mann aufwies, so daß nur mehr 21 000 Mann kampffähig waren, trat bei Rüdiger Starhemberg, der an Stelle des fieberkranken Herzogs von Lothringen die Leitung der Belagerung übernommen hatte, die Ueberzeugung auf, es sei am besten, dieselbe wieder aufzugeben. Im Hofkriegsrathe zu Wien wollte man jedoch davon nichts wissen, der Kaiser sandte den Grafen Rabatta zu persönlicher Berichterstattung ins Lager, ehe er einen Entschluß fassen wollte. Rabatta fand am 6. September nur mehr 12 500 dienstfähige Soldaten vor Ofen, da der Rest von bössartigen Krankheiten befallen worden war. Die Reiterei litt Mangel an Futter, das oft zwölf Stunden weit hergeführt werden mußte. Die Generalität war jetzt darüber einig, daß man die Belagerung nur dann fortsetzen und sich einem neuen Entsatzversuche des Seraskiers aussetzen dürfe, wenn das bairische Hülfscorps anrücke. Dieses kam denn auch. Seit dem 15. August gab es keine Kriegsgefahr mehr in Deutschland und sofort setzte sich Kurfürst Max Emanuel mit 9000 Mann gegen Ofen in Bewegung. Ihm folgten 4000 Mann schwäbischer Kreistruppen und eine Anzahl kaiserlicher Regimenter aus Böhmen und Vorderösterreich, die zwischen dem 11. und 22. September im Lager eintrafen. Sie kamen eben zu rechter Zeit, um die Angriffe Suleimans abzuwehren, der von Stuhlweißenburg mit 20 000 Mann gegen Ofen vorging und die Belagerer von außen angriff, während die Ofener Besatzung unermülich in Ausfällen und Schädigungen der Belagerungsarbeiten blieb und die Annäherung der Infanterie an die Ringmauern durch Zerstörung der Laufgräben verhinderte. Suleiman wurde zum Rückzuge genötigt, ließ sich jedoch auf die Schlacht, die ihm der Kurfürst von Baiern und der Herzog von Lothringen anboten, nicht ein, sondern verlegte sich darauf, den Feind zu beunruhigen, ihm jede Zufuhr abzuschneiden, ihn womöglich von der Festung abzulenken, einem ernstlichen Angriffe jedoch geschickt auszuweichen. Die Baiern versuchten noch einen neuen Angriff auf Ofen von der Seite des Bloßberges aus am 4. Oktober. Nach zweistündigem heldenmütigem Kampfe mußten sie den Sturm, der 400 Mann gekostet hatte, einstellen.

Rüdiger Starhemberg, der am Podagra litt und durch das anhaltende Regenwetter immer kränker wurde, erbat sich vom Kaiser die Erlaubnis, sich vom Heere zurückziehen zu dürfen. Er war bitter gekränkt, da man ihm die Schuld an dem Mißlingen der Belagerungsarbeiten beimaß. „Weil ich nun,“ schreibt er von Raab aus über die neuen Dispositionen Max Emanuels, „nicht an dem rechten Ort attackieret habe, und diese die rechte Attaque ist, also werden sie zweifelsohne anjeko, da sie wieder mit 6000 Schwaben verstärkt sind“ (diese kamen erst am 12. Oktober vor Ofen an) „den Platz bald

empportieren, absonderlich weil ich, der ich allein verhindert habe, daß es nicht eher geschehen, nicht mehr bei ihnen bin.“¹⁾

Aber weder der Kurfürst von Baiern noch Herzog Karl hatten Lust, die Verantwortung, die man bisher auf Starhembergs Schultern geschoben hatte, nunmehr auf die ihren zu nehmen. Lothringen erklärte dem Kaiser, wenn er überhaupt darauf bestehe, daß die Belagerung fortgesetzt werde, könne niemand anderem als dem Markgrafen Hermann von Baden, dem Hofkriegsratspräsidenten, der mit seiner Kritik immer so rasch bereit war, die Leitung derselben übertragen werden. Leopold ging, offenbar in voller Unkenntnis über die Lage von Ofen, die er bei seinem gänzlichen Mangel militärischer Erfahrungen nicht zu beurteilen imstande war, auf das Ansuchen des Herzogs ein, wahrscheinlich nicht ahnend, daß die vor Ofen liegenden Generale es nur darauf abgesehen hatten, dem höchst unbeliebten Präsidenten die unvermeidlich gewordene Abführung der Truppen von Ofen aufzuhalten. Denn als Markgraf Hermann vor Ofen erschien, war es bereits unmöglich geworden, die Feste den Winter über eingeschlossen zu halten, sondern es handelte sich darum, die Truppen vor den immer kühner werdenden Angriffen der Türken in Sicherheit zu bringen. Am 26. Oktober zogen die ungarischen Milizen ab, weil sich die Magnaten durch die in Aussicht stehenden Winterquartiere beschwert fühlten, vielleicht auch, weil sie vernahmen, daß 10 000 Tataren und der Pascha von Erlau im Anzuge seien. Vor den Augen der Christen landeten die Proviant- und Munitionsschiffe des Paschas bei der Raizenstadt; die ganze Ladung, sowie Artilleristen und mehrere Hundert Mann Infanterie zogen mit fliegenden Fahnen in die belagerte Festung ein. Die Einwürfe, welche im Kriegsrate der Christen noch gegen die Aufhebung der Belagerung erhoben wurden, waren nur mehr theoretischer Natur, von ihrer Unhaltbarkeit waren selbst diejenigen überzeugt, die sie vorbrachten. Am 3. November zogen die christlichen Streitkräfte in der Richtung nach Wischegrad ab. In Pest, auf der Margareten- und St. Andräinsel wurden Hunderte von zurückgelassenen kaiserlichen Soldaten von den nachdrängenden Türken überfallen und niedergemetzelt; auch Waizen fiel wieder in die Hände der Osmanen.

In Kroatien und Slavonien hatten Graf Leslie und Graf Joseph Herberstein den kleinen Krieg mit Vorteil geführt und einzelne türkische Heerhaufen geschlagen und zersprengt, gegen Esseg aber konnten sie, namentlich wegen der Unverläßlichkeit der ungarischen und kroatischen Milizen, welche den größeren Teil ihres Corps ausmachten, nicht vorgehen. In Oberungarn hatte Feldmarschalllieutenant Graf Schulz die Armee Tökölys am 17. September bei Speries geschlagen und mehrere feste Plätze in seine Gewalt gebracht; die Nachricht von dem Abzuge des Hauptheeres von Ofen zwang ihn jedoch ebenfalls, sich wieder in die Stellungen, die er zu Beginn des Feldzuges inne gehabt, zurückzuziehen. Mit der Aufopferung von 23 000 Mann, die das Kriegsjahr 1684 in Ungarn gekostet hatte, war in demselben gar nichts erreicht worden, dagegen war der moralische Zustand des kaiserlichen Heeres ein weit schlechterer geworden, als er zu Ende 1683 gewesen war.

¹⁾ Thürheim, Rüdiger Starhemberg.

Für den Krieg in den Niederlanden hatten Wilhelm von Oranien und Waldeck die verschiedensten Pläne ausgearbeitet; die Truppen, auf welche sie dabei rechneten, 8000 Kaiserliche, 10 000 Hannoveraner, 6000 Schweden, Spanier, Reichstruppen u. s. w. waren jedoch nicht aufzubringen. Spanien, das mit seiner übereilten Kriegserklärung die Lage so sehr erschwert hatte, war durch eine seit Jahrzehnten währende finanzielle Mißwirtschaft so geschwächt, daß es weder selbst Truppen werben, noch an einen Militärstaat Subsidien zahlen konnte. Nun rechnete man aber sowohl in Wien als in Stockholm, Hannover, Kassel u. s. w. nur auf spanisches oder holländisches Geld, um damit den Krieg gegen Frankreich zu führen, und da dieses nicht zu haben war, so blieben die schön erfundenen Feldzugspläne, zu welchen man notwendig Truppen brauchte, nur auf dem Papiere. Waldeck reiste noch im Reiche von Hof zu Hof, um die Notwendigkeit des Krieges zu beweisen und die Associierten zur Leistung ihrer vertragmäßigen Truppenanzahl zu bewegen, als Marschall Créqui bereits die Festung Luxemburg einschloß und Vauban die Angriffswerke einzurichten begann. Verhandelt wurde auf einem Kongreß im Haag, auf einem Deputationstag der oberrheinischen Alliierten in Marburg, endlich von den fränkischen und sonstigen alliierten Fürsten zu Dinkelsbühl, es setzten sich auch allgemach einige Contingente gegen den Rhein in Bewegung, am 3. Juni aber erfolgte bereits die Kapitulation der spanischen Besatzung von Luxemburg, am 7. der Einmarsch der Franzosen. Dies wirkte auf die Generalstaaten, welche bis dahin durch Wilhelm von Oranien im Schwanken erhalten worden waren, bestimmend im Sinne des Friedens. Amsterdam und Holland gewannen die Oberhand und setzten am 29. Juni den Abschluß eines Vertrages mit Frankreich durch, demzufolge die Generalstaaten sich verpflichteten, Spanien binnen sechs Wochen zur Annahme eines zwanzigjährigen Waffenstillstandes zu bewegen, während dessen Luxemburg in den Händen Frankreichs zu verbleiben habe. Sollte Spanien nicht darauf eingehen, so erklärten die Generalstaaten, sich an der Fortsetzung des Krieges nicht beteiligen zu wollen. Dagegen versprach Frankreich, den Krieg nicht in den spanischen Niederlanden führen zu wollen.

Somit war eingetreten, was der große Kurfürst vorausgesehen hatte: es waren die Mittel nicht vorhanden, den Krieg gegen Frankreich und die Türken zu gleicher Zeit zu führen. Der Kaiser kam in Ungarn nicht vorwärts, von den 80—90 000 Mann kaiserlicher Truppen, auf welche man gerechnet hatte, war kaum die Hälfte aufzubringen gewesen. Um Ofen zu nehmen, mußten auch Reichsvölker herangezogen werden. Daß es mit einer geringen Beteiligung derselben auch dort noch nicht zu entscheidenden Erfolgen kam, wurde, wie wir gesehen haben, durch den Ausgang des ungarischen Feldzuges von 1684 klar genug erwiesen. Auf keinen Fall aber war daran zu denken, daß der Kaiser auch an einem Feldzuge am Rhein mitwirken könne. Spaniens Macht war dahin, die polnische Allianz bedeutete so wenig, als die Versprechungen der Schweden, Holland war des Krieges müde — wer sollte also gegen die 100 000 Mann, welche Frankreich mit Leichtigkeit ins Feld stellen konnte, aufkommen?

Als der Fall von Luxemburg und bald darauf der Vertrag der Generalstaaten mit Frankreich in Regensburg bekannt wurden, konnte Herr von Jena

im Namen des Kurfürsten die Annahme des Waffenstillstandes mit Nachdruck neuerdings beantragen und mit Berechtigung darauf hinweisen, es wäre viel Unheil vermieden worden, wenn man sich schon früher dazu entschlossen hätte. „Man trete ja nicht, wie in einem Frieden, definitiv ab, was man verloren habe; wenn jeder Stand des Reiches sich anspanne, wie Brandenburg, das das Fünffache seiner Matrikel in jedem Augenblick zu stellen gerüstet sei, so könne man hoffen, nach Ablauf des Waffenstillstandes das Recht des Reiches wieder geltend zu machen.“ Frankreich drängte seinerseits mit Ungefüg: der Graf von Berjus bezeichnete den 15. August als die letzte Frist, bis zu welcher sein König auf die Entschließung des Reichstages zu warten gesonnen sei, 60 000 Mann wurden unter Marschall Schomberg bereitgestellt, aus dem Elsaß ins Reich einzubrechen. Créqui setzte sich gegen Trier in Bewegung und verlangte, gestützt auf ein angebliches Schutzrecht Luxemburgs über diese Stadt, die Schleifung ihrer Festungswerke. Waldeck hatte aber mit aller Mühe nicht mehr als zwei fränkische Kreisregimenter zum Schutze Triers aufbringen können. Die Baiern, das einzige Corps von größerem Werte, standen noch bei Donauwörth.

Kurz vor Mitternacht des 15. August wurde der zwanzigjährige Waffenstillstand zwischen dem deutschen Reiche und der Krone Frankreichs endlich zum Abschluß gebracht. „Soll demnach,“ lautet der IV. Artikel desselben, „Seine Allerschristlichste Majestät Zeit des wählenden Stillstandes die Stadt Straßburg samt der Kehler Schanz und anderen zwischen der Stadt und besagtem Kehl am Rhein gelegenen Dertern, wie auch allen und jeden Herrschaften und Landen, welche bis den 1. August 1681 vermöge des zu Metz und Breisach ergangenen Ausspruchs occupiert worden, in freier und ruhiger Possession behalten.“ VI. „Es soll aber Seine Allerschristlichste Majestät dem Römischen Reich alle diejenigen Derter, welche Sie nach dem 1. August 1681 an Sich gebracht, ohne einige Reservation wieder einräumen, dergestalt, daß Sie nicht das Geringste an solchen restituerten Dertern haben oder auf einigerlei Weise präten- dieren können oder dürfen, ausgenommen die Stadt Straßburg und die im Artikel IV. bezeichneten Orte.“ Der König von Frankreich gestand den evangelischen und reformierten Bewohnern der ihm überlassenen Gebiete die freie Religions- übung zu.

Spanien mußte sich wohl oder übel den Abmachungen des Reiches anschließen. Es trat „Luxemburg mit den von demselben dependierenden 14 oder 15 Dörfern, wie auch Beaumont mit 3 oder 4 Dorfschaften, item Bovines ohne Dependention, Chimay aber samt 12 oder 15 Dorfschaften friedlich und ohne einige Hinderung“ an Frankreich ab. Im übrigen wurde der westfälische und Nimweger Friede neuerlich zu Recht bestehend anerkannt und in einem beson- deren Artikel auch den italienischen Staaten und Republikern der Beitritt zu diesem Waffenstillstandsstratate offen gehalten. Nur hinsichtlich Genuas, welches Ludwig XIV. als Verbündeten Spaniens vom 23.—28. Mai durch seine Flotte hatte beschießen und nahezu einäschern lassen, wurde ihm zugestanden, die von dieser Republik verlangte und noch nicht zugestandene Satisfaktion noch nach- träglich einzufordern. Dieser zwanzigjährige Waffenstillstand, in welchem Deutsch- land Straßburg, das Elsaß und Luxemburg preisgab, war eine der empfind-

lichsten Demütigungen, welche das deutsche Volk jemals erlitten hat, er war aber im wesentlichen nach der ganz richtigen Auffassung des großen Kurfürsten nichts anderes als eine notwendige Folge des ebenso schmählischen Friedens von Nimwegen. Man hätte denselben ohne Zweifel brechen und die von Ludwig XIV. durch die Reunionen gebotene Herausforderung annehmen, in einem neuen allgemeinen Kriege gegen Frankreich die Integrität des Reiches zu behaupten suchen können. Ob dann Schweden auch noch bei der Allianz geblieben wäre, ist zweifelhaft, kann aber auch nicht als ausschlaggebend betrachtet werden. Oesterreich aber hätte seine ganze Kraft zur Verteidigung der Westgrenze des Reiches einsetzen müssen, der Friede mit der Pforte mußte um jeden Preis erhalten bleiben. Dieser Preis war selbstverständlich nur in Ungarn zu suchen. Wenn das Haus Habsburg sich entschlossen hätte, Siebenbürgen und Oberungarn sich selbst zu überlassen, allenfalls die Bildung eines nordungarischen Reiches, das sich bis an die March erstreckt haben würde, unter türkischer Hoheit zuzulassen, dann würde es kaum zur Belagerung von Wien gekommen sein, dann hätte die gesamte kaiserliche Armee sich den Paladinen des großen Ludwig entgegenwerfen können. Die Weltstellung der Casa d'Autria hätte dadurch ohne Zweifel eine wesentliche Veränderung erfahren, ihr Schwerpunkt mußte sich nach Westen, ins Reich und nach Italien verschieben. Daß dies mit den Interessen der deutschen protestantischen Mächte vereinbar gewesen wäre, läßt sich kaum behaupten, ob es aber überhaupt den deutsch-patriotischen Bestrebungen entsprochen hätte, um Straßburgs willen für immer auf Ungarn zu verzichten, mag manchem noch zweifelhafter erscheinen. Dem Brandenburger war die Frage vollkommen klar. Er wußte, daß Kaiser Leopold einer so radikalen Politik niemals fähig war, er wußte, daß die habsburgische Tradition darauf hinwies, die bestehenden Besitzverhältnisse zu erhalten, wenn auch mit kleinen Mitteln, aber doch überall zugleich am Platze zu sein und um großer Pläne willen die kleinen Vorteile, die sich dabei erreichen ließen, nicht außer acht zu lassen. Er konnte ferner von einer Steigerung der habsburgischen Macht im Reiche unmöglich eine Stärkung der deutschen Freiheit erwarten. Die Zeiten Wallensteins und der welschen Militärdiktatur im Reiche waren noch unvergessen. Die katholische Vormacht nach Osten zu lenken, ihr in der Zurückdrängung des Islams in den Donauländern ein großes Ziel vorzustrecken und sie dadurch einerseits von dem Eingreifen in die inneren Verhältnisse des Reiches abzuhalten, andererseits aber für die Sicherung der Ostgrenze und die Erweiterung des deutschen Einflusses nutzbar zu machen, das war der leitende Gedanke, der den großen Kurfürsten beherrschte, als er seine ganze Kraft einsetzte, um den Waffenstillstand mit Frankreich durchzusetzen. Es war der lebenskräftige Keim der preußischen Politik, die schließlich zu der Aufrichtung des neuen Reiches unter Preußens Führung und zu der Idee des Doppelkaiserthums in Mitteleuropa geführt hat. Die Eroberung von Ungarn, welche mit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts abgeschlossen erscheint, hat die Grundlage zur Entwicklung einer österreichisch-ungarischen Monarchie gelegt. Wir werden im Verlaufe unserer Erzählung noch wiederholt den großen Anteil hervorzuheben haben, welchen Brandenburg daran genommen hat.

Dritter Abschnitt.

Das brandenburgisch-österreichische Bündnis.

Niemand konnte sich der Hoffnung hingeben, daß von den zwanzig Jahren, welche der zu Regensburg geschlossene Waffenstillstand dauern sollte, auch nur eines ein wirklich ungetrübtes Friedensjahr sein werde. Man mußte nicht nur auf eine längere Dauer des Türkenkrieges gefaßt sein, sondern auch neue Uebergriffe und auf Landerwerb abzielende Unternehmungen Frankreichs erwarten. Eine 1685 erschienene Flugschrift¹⁾ gibt dieser gewiß allgemein verbreiteten Meinung in deutlichster Weise Ausdruck. Sie weist darauf hin, daß man sich sehr getäuscht habe, als man hoffte, Ludwigs Begehrlichkeit durch die Ueberlassung Straßburgs zu stillen. „Wer wollte wohl so einfältig sein und glauben, daß ein Geiziger sich an dem Schlüssel, wenn ich ihm denselben zum Geldsack geben, sollte begnügen lassen? Ich meine vielmehr, er wird bei Gelegenheit sich über den Kasten selbst machen und das Beste herausfischen; oder sollte wohl ein raubgieriger Wolf damit allein vergnügt sein, daß er die Thüre zum Schaffstall in seinen Klauen hat?“ Diejenigen, welche mit den französischen Staatsstreichen so vertraut sind, daß sie ihnen nicht trauen, „bauen ebenfowenig auf den zwanzigjährigen Stillstand, als auf den ewigen Frieden zu Nimwegen. Spanien verfielt sich wenig Gutes, wenn es die große Seearmatur Frankreichs und dessen neue Präension auf Hennegau betrachte, aus Besorge, es dürfte Mons in kurzem gleichwie Luxemburg das Abieu nehmen. Holland läßt sich gleichfalls wenig Gutes träumen, wegen der genauen Verständnis und Alliance zwischen dem neuen König von England und dem Allerkristlichen, deren beider Flotten groß Nachdenken und Alteration bisher verursacht . . . Dem Papsst und anderen italienischen Staaten ist auch nicht am besten zu Mute, ob

¹⁾ „Das Kriegs- und Staats-Bekümmerte Europa, Worinnen der Europäischen Potentaten und Republikuen gegenwärtige Coniuncturenhero bei instehendem Feld-Zug vermurthliches Absehen und große Kriegs-Operationes, . . . nebst vielen zeitläufigen Curiositäten vorgestellt. Gedruckt im Jahr 1685. Zu finden in der Laudischen Handlung.“

man gleich die Sache mit Genua zum gütlichen Vertrag gebracht hat, weiß Frankreich doch neue Difficultäten zu machen; Deutschland, welches fast seine meisten Völker nach Ungarn geschickt, hat noch viel weniger einen Bürgen, daß Frankreich nicht etwa, unter dem ausgelegten Dependenzkram ein neues Conquest, ehe man sich verzieht, erhasche. Denn die Zurüstung und Musterung der französischen Völker in Elsaß und am Rheinstrom, die erbauten 150 Pontons bei Straßburg, die verschiedener Orten abgestochenen Läger, des Monfieurs Louvois, ja selbst des Königs Herankunft dürften gar viel Gutes schwerlich mitbringen. Maßen es allen französischen Maximen nach nicht wohl zu vermuten steht, daß dero Waffen bei so guter Gelegenheit sonder einig Mouvemement müßig sein und nichts zu Erweiterung der hochsteigenden Lilien unterfangen sollten; denn Frankreich nicht gewohnt ist, lange zu schlafen und seinen Armeen den Sold und Brot umsonst zu reichen; sondern es soll vor so viel Geld auch was gethan werden. Wohin aber Frankreichs Absehen eigentlich gerichtet sei und an welchem Ort die Operation seiner Waffen von neuem ausbrechen möchte, kann so leicht niemand penetrieren.“

„Indem der Bogen ruht, kann man desto besser Bolzen drehen und auf diejenigen, welche sich nicht davor hüten, loschießen,“ sagt Trenophilus Treugororius in seiner Schrift: „Deber und schönöder Stillstands-Klang, Betrübler Friedens-Gefang und kraftloser Krieges-Zwang“ „unter der laulichten Aschen des hinterlistigen Friedens liegen noch größere Flammen verborgen, welche nachgehends mit desto größerer Festigkeit hervorbrechen.“ Aus der Weigerung des Königs von England, den Waffenstillstand, wie er vorher zugesagt hatte, zu garantieren, könne man entnehmen, was Frankreich von demselben halte. Auch auf die Gefahr, welche der Religionsfreiheit durch Frankreich droht, wird aufmerksam gemacht. Die Versprechungen und Accordspunkte werden gerade so viel gelten, wie der deutschen Fürsten Münze, wenn Frankreich die Herrschaft über Deutschland erlangen würde. „Denn man hat es bereits gesehen, wie andern Orten, welche anfänglich auch der Lilien Geruch allzu neugierig und unbesonnen sich einnehmen lassen, ihre Religionsfreiheit, ungeachtet man dieselbe ihnen hochbeteuerlich versprochen, in der Zeit gelassen, indem man dieselben auf allerhand Weise teils darum gebracht oder zu bringen sucht . . . Pacta und Juramenta werden nicht länger gehalten, als etwa die Regiersucht und das Interesse erfordert.“¹⁾

Die wichtigen Veränderungen in den kirchlichen Verhältnissen Frankreichs, welche mit der Aufhebung des Ediktes von Nantes ihren Abschluß fanden, wurden nicht mit Unrecht mit politischen Plänen und weitergehenden Absichten in Verbindung gebracht, welche durch mögliche Unruhen, welche die Religionsverschiedenheit im eigenen Lande hervorrufen konnte, nicht gestört werden sollten. Ludwigs XIV. Stellung zu dem katholischen Klerus seines Landes war die allerbeste geworden, er hatte den jansenistischen Irrungen, die kurze Zeit nicht ganz ungefährlich waren, ein rasches, befriedigendes Ende bereitet, er hatte mit dem

¹⁾ „Das von Frankreich verführte Deutschland.“ Frankfurt u. Leipzig, zu finden bey Christian Weidmann Anno 1686.

besten Erfolge die Opferwilligkeit der reichen Prälaten in Anspruch genommen, große Summen aus dem Kirchenvermögen für seine militärischen Bedürfnisse bezogen, in dem Streite, der wegen der Ausdehnung des königlichen Regalienrechtes auf vier südfranzösische Provinzen zwischen ihm und einigen streng kirchlich denkenden Bischöfen und dem Papste ausgebrochen war, hatte er mit Hilfe der Mehrheit des Klerus und namentlich der Jesuiten einen vollständigen Sieg erfochten, die Beschlüsse der französischen Priesterschaft, welche mit dem Gepräge eines Nationalkonzils 1681—1682 versammelt gewesen war, befestigten in den bekannten vier Artikeln der gallikanischen Kirche die große Macht des Königtums gegen mäßige Zugeständnisse in der Frage der Vergebung von Pfründen bei Erledigung derselben. Es war eine vollständige und von beiden Seiten aufrichtig gemeinte Einigung, ein vollendeter Ausgleich der weltlichen und geistlichen Interessen zum Zwecke nationaler Kräftigung. Der Unwillen des Papstes Innocenz XI. darüber hat daran nichts zu ändern vermocht. Frankreich hat die schwierige Frage vom Verhältnisse des Staates zur Kirche nach seinem Bedürfnisse entschieden und dadurch einen neuen Vorsprung vor den übrigen katholischen Staaten Europas gewonnen. „Dieses französische Gemeinwesen war durch die Geschichte und das Gefühl der Macht eine Welt für sich; es vermaß sich, für die Entscheidung aller großen und allgemeinen Fragen zu genügen“ (Hanke). Von diesem Bewußtsein getragen, meinte der König auch noch einen anderen Schritt zur Vereinfachung der Religionsangelegenheiten in seinem Staate wagen zu können, indem er die Einheit des Glaubensbekenntnisses, soweit es äußerlich zur Erscheinung trat, verlangte. Seine Unabhängigkeit von der römischen Kurie hatte er bewiesen, dies sollte die Anhänger der evangelischen Lehren befriedigen, ihre Rückkehr zur alten Kirche konnte nach seiner Ansicht jetzt zur That werden. Als die erwarteten freiwilligen Bekerungen nicht in erwartetem Maße eintraten, wurden sie erzwungen, indem man in den Hugenottenlandschaften, in Béarn, in Ober- und Niederlanguedoc, Vivarais, Dauphiné, Guyenne die evangelischen Kirchen sperrte, öffentliche Versammlungen der Glaubensgenossen untersagte, den Hugenotten die höchste Steuerlast aufbürdete und ihnen schließlich Dragoner ins Haus legte, bis sie mürbe wurden. Unter der Leitung des Intendanten Foucault, des Erzbischofs Harley von Paris und des Jesuiten La Chaise, des Beichtvaters des Königs, ging diese Art der Bekerung trefflich von statten, so daß die Regierung endlich die Behauptung aufstellen konnte, das Edikt von Nantes habe seine Bestimmung verloren, da die Calviner selbst ihre gesonderte Religionsstellung aufgegeben hätten. Am 22. Oktober 1685 registrierte das Parlament von Paris das Edikt, mit welchem der Freibrief der Evangelischen, für den sie ein halbes Jahrhundert gekämpft hatten, wieder außer Kraft gesetzt wurde. Ihre Prediger mußten das Königreich verlassen, ihnen selbst wurde sogar die Auswanderung untersagt. Nur unter den größten Gefahren, mit der Gewißheit, im Betretungsfalle auf die Galeeren geschickt zu werden, gelang es einem kleinen Teile der Befenner des Evangeliums, deren Zahl vor wenigen Jahren auf 1800000 geschätzt worden war, über die Grenzen des Landes zu fliehen. Von den großen Familien, die einst mit ihrem Glauben zugleich ihre politische Stellung verteidigt und in wahrhaft christlicher Gemeinschaft alle Freuden und Leiden

des Volkes geteilt hatten, gab es nur sehr wenige mehr, die von der Unduldsamkeit des Königs betroffen wurden. Sie hatten ihren Frieden mit der herrschenden Kirche längst geschlossen; es waren meist Gewerbetreibende, Handelsleute, Künstler und Gelehrte, die um ihrer Ueberzeugung willen die Heimat verließen. Sie zogen nach Holland, England, Schweden, Dänemark und in das Deutsche Reich.

So ward das paritätische Frankreich, das zu den Garanten der evangelischen Freiheit gehörte, welche durch den Dreißigjährigen Krieg erstritten worden war, ein ausschließlich katholischer Staat. Der Klerus genoß zwar gerade nur so viel Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht, als ihm der König zu gestatten für gut fand; aber er bedeutete in der Hand eines uneingeschränkten Herrschers ein nicht zu unterschätzendes Machtmittel. Es war nicht gleichgültig, daß zu derselben Zeit auch in England eine erhebliche Verschiebung der Religionsverhältnisse zu Gunsten des Katholizismus stattfand. Karl II., der bis zu seinen letzten Stunden die Voraussetzung nicht außer acht gelassen hatte, unter welcher man ihm und seinem Hause die englische Krone wieder übertragen hatte, nachdem sie seinem Vater zugleich mit dem Leben abgesprochen worden war, hatte am 25. Februar seine Seele ausgehaucht. Sein Bruder Jakob hatte es zu veranstalten gewußt, daß sich ihm kurz vor dem Tode ein katholischer Priester nahen konnte, der ihm die Generalbeichte abnahm und das Abendmahl nach katholischem Ritus reichte. Schon am 25. Februar wurde in Whitehall öffentlich die Messe gelesen. Jedermann konnte sich davon überzeugen, daß England in König Jakob II. einen Katholiken zum Oberhaupte erhalten hatte.¹⁾ Für die protestantischen Mächte lag in diesen Ereignissen die Anregung, sich aneinander zu schließen und den Gefahren für ihre Religion mit größter Vorsicht auf einer Seite zu begegnen, von welcher sie bisher nur geschützt worden war.

Dem scharfen Blicke Friedrich Wilhelms von Brandenburg konnte die Aenderung der europäischen Lage durch die Wendung der französischen Politik nicht verborgen bleiben. Er hatte im Geiste mit dem französischen Bündnisse bereits gebrochen, als er es äußerlich um seiner eigenen Sicherheit willen noch festhalten mußte. Denn zuvor galt es die neuen Verbindungen erst zu festigen. Mit Hannover gelang dies am schnellsten und sichersten durch die Vermählung des vor kurzem verwitweten Kurprinzen Friedrich mit Sophie Charlotte von Hannover, der Tochter des regierenden Herzogs Ernst August (28. September 1684). Am wichtigsten aber war es, das alte, gute Verhältnis zu den Generalstaaten wieder herzustellen. Der Kurfürst säumte nicht, den ersten Schritt dafür zu thun und ließ sich durch die Erfolglosigkeit desselben von weiteren Bemühungen nicht abhalten. Die größte Schwierigkeit bot der Ausgleich der zwischen beiden Mächten aus dem früheren Allianzverhältnisse her schwebenden Geldangelegenheiten. Die Sendung des brandenburgischen Rates Paul Fuchs

¹⁾ „Dannenhero machen sich gar viele von denen Römischen Geistlichen starke Einbildung, zu denen reichen Bistümern und anderen Kirchengütern in Engeland, ja sie glauben beständig, König Jakobus werde ehestens einen Gesandten nach Rom schicken und sein Königreich des Papstes geistlicher Jurisdiction unterwerfen“. Aus „Engelland Beweinst du deinen König nicht? Oder das durch den königlichen Todesfall beunruhigte Engelland“. Gedruckt im 1685ten Jahr.

an die Staaten im Mai 1685 sollte denselben zustandebringen. Von der Geneigtheit des Prinzen von Oranien, die Ideen des Kurfürsten hinsichtlich eines Bundes zum Schutze der protestantischen Religion zu unterstützen, war man in Berlin bereits durch einen der vertriebenen französischen Prediger, François de Gaultier de Saint-Blancard verständigt worden. Fuchs fand die Stimmung in Amsterdam besser als er nach dem Vorausgegangenen erwartet hatte. Der Gegensatz gegen den Prinzen war im Schwinden begriffen. Die grausame Behandlung der Glaubensgenossen in Frankreich, das Aufstreben des Katholizismus in England unter der Führung eines katholischen Königs hatten den holländischen Politikern doch endlich die Augen geöffnet und ihnen klar gemacht, daß sie mit der Bekämpfung des Hauses Oranien nur im Interesse Ludwigs XIV. thätig seien. Die Staaten nahmen daher die Sendung des brandenburgischen Diplomaten nicht nur im allgemeinen sehr günstig auf, sie gingen auch sofort auf dessen Vorschlag ein, von einer eigenen Kommission die Geldansprüche seines Herrn prüfen zu lassen. Man einigte sich auf eine Zahlung von 440 000 Reichsthalern an den Kurfürsten, worauf am 23. August 1685 die Erneuerung der Allianz von 1678 mit einer Wirksamkeit bis zum Jahre 1700 erfolgte. Dagegen ließ sich die westindische Compagnie durchaus nicht dazu herbei, die Anfiedelungen der Brandenburger in Guinea anzuerkennen, sie nahm das Recht auf den Handel in jenem Theile von Afrika für sich allein in Anspruch und verlangte die Herausgabe der brandenburgischen Festen Großfriedrichsburg und Taccarari. Der Kurfürst erklärte darauf, er werde seine in Guinea erworbenen Rechte an eine andere Macht abtreten, die besser als er in der Lage sei, dieselben zu verteidigen; ließ sich aber im übrigen durch diese Frage in seiner Verbindung mit den Staaten nicht stören.¹⁾

Es ist begreiflich, daß Frankreich die Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen der bedeutendsten See- und Geldmacht, die es zu fürchten hatte, und der leistungsfähigsten Militärmacht des Deutschen Reiches nicht gleichgültig aufnahm. Graf Nebenac verlangte in Berlin, der Kurfürst solle den Vertrag mit den Staaten nicht ratifizieren oder eine Erklärung ausstellen, „daß er trotz des Vertrages alle seine Verpflichtungen gegen Frankreich nach wie vor für bindend halte, und daß er künftig keine neuen Verpflichtungen eingehen wolle ohne Wissen und Theilnahme Frankreichs.“ Der Kurfürst weigerte sich die Erklärung abzugeben, durch welche seine Souveränität beeinträchtigt werden würde, richtete aber ein beruhigendes Schreiben an den König persönlich.

Eine neue und weit tiefer gehende Störung der französisch-brandenburgischen Beziehungen rief jedoch die Aufhebung des Edikts von Nantes hervor. Der Kurfürst wurde durch dasselbe aufs höchste erregt, nicht nur weil er von tiefem Mitleide mit den unglücklichen Opfern einer barbarischen Handhabung der Staatsraison erfüllt war, sondern weil er darin zugleich eine offene Herausforderung jener evangelischen Mächte erblickte, die es bis dahin mit ihrem Glauben vereinbar gefunden hatten, Frankreichs Politik zu unterstützen. Er durfte nicht zögern, vor aller Welt zu zeigen, daß er diese Handlungsweise ver-

¹⁾ Peter, Einleitung zu den Berichten von Jakob Hop (Urk. u. Aktenst. III. Bd.).

werflich finde, ja daß er seinerseits alles, was in seinen Kräften stand, thun wolle, um deren Wirkungen abzuschwächen. Schon am 8. November, also kaum nachdem er von dem Erlasse Kenntniss erlangt haben konnte, beantwortete er denselben durch das Edikt von Potsdam, dessen erster und wichtigster Satz also lautet: „Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, Markgraf zu Brandenburg . . . geben hiermit jedermänniglich zu vernehmen, daß nachdem durch dasjenige allzustrenge Verfahren, womit man die reformirten Religions-Verwandten in Frankreich eine Zeit her verfolgt, viele französische Familien zu wandern und anderwärts ihren Aufenthalt zu suchen genötigt werden, Wir aus gerechtem Mitleiden, welches wir denen schuldig, so um des Evangelii und reines Glaubens, den Wir mit ihnen bekennen, Unglück leiden, bewogen, beschloffen, durch gegenwärtiges eigenhändig unterschriebenes Edikt vermeldeten Franzosen einen sicheren und freien An- und Einzug in alle unserer Botmäßigkeit unterworfenen Lande anzubieten und zugleich zu vermelden, was für Berechtigung, Freiheiten und Vorteile Wir sie wollen genießen lassen, damit sie errettet und ihnen in demjenigen Notstande, worin der allmächtigen Vorsorge Gottes sie zu setzen gefallen, einigermaßen möge beigeprungen werden.“ Seine Geschäftsträger in Amsterdam, Hamburg und Frankfurt a. M. wurden angewiesen, allen flüchtigen Hugenotten, welche von den Wohlthaten des Potsdamer Ediktes Gebrauch machen wollten, die Mittel zu bieten, um in die brandenburgischen Staaten gelangen zu können, wo die Flüchtlinge in den Stand gesetzt werden sollten, nicht nur in neuen Wohnsitzen ihren Lebensunterhalt zu suchen, sondern auch Ehren und Würden zu erlangen, Lehengüter und Ritteritze und mit ihnen alle Rechte und Freiheiten zu erwerben, deren sich der einheimische Adel erfreute.

Wir werden von dem Einflusse dieser großartigen Entschliessung Friedrich Wilhelms auf die Kulturentwicklung seines Staates nicht nur, sondern Deutschlands überhaupt noch zu sprechen haben, hier handelt es sich darum, ihre politische Bedeutung festzustellen. Mehr noch als in der holländischen Allianz war darin der Scheidebrief an den König von Frankreich ausgestellt. Darüber war man auch in Paris durchaus nicht im Unklaren. Es fehlte dort nicht an Aeußerungen der Entrüstung und Drohung. Der brandenburgische Rat Meinders, der den Frieden von St. Germain zustande gebracht hatte, erörtert die neuen Verhältnisse in einem Gutachten (16. Dezember 1685), in welchem er auf Grund seiner diplomatischen Beobachtungen die Haltung Brandenburgs glänzend rechtfertigt. „Man verliere,“ sagt er, „die Subsidien, aber man gewinne an Reputation. Gerade weil die Verbindung mit Frankreich so viele üble Nachrede nach sich gezogen habe, werde der Kurfürst eine allgemeine Befriedigung erwecken, wenn er nun in dieser Sache gegen Frankreich Stand halte.“ Meinders tritt auch mit voller Offenheit für die Annäherung Brandenburgs an den Wiener Hof ein, weil sich jetzt eine Interessengemeinschaft beider deutschen Mächte ergeben habe. Er empfiehlt Nachgiebigkeit in den brandenburgischen Präntensionen, um diese Annäherung ehestens wirksam zu machen. Des Kurfürsten Stellung als Haupt und Schützer der gesamten evangelischen Welt werde dadurch nicht geschädigt werden.¹⁾

¹⁾ Ranke, Preuß. Geschichte.

Als Meinders dies schrieb, waren die Vorbereitungen für diese dem Reiche so förderliche Verbindung schon weiter gediehen, als er ahnen konnte. Die kaiserliche Regierung hatte dazu selbst die Hand geboten, indem sie den Freiherrn Franz Heinrich von Fridag, der an Stelle des Grafen Lamberg Gesandter in Berlin geworden war, beauftragte, in geschickter Weise eine Allianz des Kurfürsten mit dem Kaiser anzubahnen.¹⁾ Er hatte die Aufgabe, „Hülfe für den Kaiser im Kampfe gegen die Osmanen zu suchen und den Kurfürsten in die Bahnen der kaiserlichen Politik zu leiten, dem Kurfürsten eindringlich vorzustellen, wie sehr die Erbländer und nicht minder die ganze deutsche Nation durch die verschiedenartigen Kämpfe gelitten hätten. Nachdem die Belagerung von Ofen durch göttliches Verhängnis mißglückt sei, seien die kaiserlichen Armeen samt den Hülfsvölkern in die größte Not geraten. Das Land, von Feind und Freund geplündert, liege wüst; das durch die langen Kriege erschöpfte Volk sei zu einer weiteren Contribution untüchtig; ohne Gottes und des Reiches ausgiebige Hülfe könne man eine glückliche Beendigung des Kampfes gegen die Osmanen nicht erwarten. Brandenburg habe oft versprochen, sobald der Friede mit Frankreich geschlossen sei, den Kaiser nachdrücklich gegen seine Feinde zu unterstützen; jetzt könne der Kurfürst zeigen, ob er auch geneigt sei, sein Wort zu halten.“ Die ganze Aktion sollte jedoch vor Frankreich möglichst geheim gehalten werden, eine Forderung, die für Brandenburg noch wichtiger war, als für Oesterreich, trotzdem aber nur schwer erfüllt werden konnte, da das französische Geld, mit welchem bei den auswärtigen Bottschaften am allerwenigsten gespart wurde, alle möglichen Wege zu finden verstand, um Nachrichten selbst aus den innersten Gemächern der Fürstenschlösser zur Kenntniss des französischen Gesandten zu bringen. Fridag beklagt in seinen Berichten die Verletzung des Briefgeheimnisses und versichert, Graf Rebénac wisse von einer Sache, die der Kaiser ihm mittheilen ließ, oft früher als er. Der Kurfürst hatte von seinen alten Räten nur wenige mehr an seiner Seite, er bekannte dem österreichischen Gesandten, „daß er nur auf Fuchs und seinen Sekretär Stoffius vertrauen könne, die übrigen hielten es alle mehr oder weniger mit der französischen Partei.“ Dieser gehörte auch die Kurfürstin Dorothea, Herzogin von Holstein-Glücksburg, Witwe Christian Ludwigs von Celle, an. Sie hatte den sehnlichen Wunsch, ihre vier Söhne mit reichsunmittelbaren Gebieten ausgestattet zu sehen und meinte, dies am leichtesten bewirken zu können, wenn dem Kurfürsten die schlesischen Fürstentümer zugesprochen würden. Da der Kaiser davon nichts wissen wollte, grollte sie ihm. Um so besser kaiserlich war der Kronprinz Friedrich gesinnt, der in heftigste Feindschaft mit seiner Stiefmutter geraten war. Das unglückliche Verhältnis der beiden ihm am nächsten stehenden Familienglieder lastete schwer auf dem alternden und immer mehr von Gichtschmerzen heimgesuchten Kurfürsten. Er hatte an seiner zweiten Frau eine hingebende, liebevolle Ge-

¹⁾ Wir folgen nun in unserer Darstellung der trefflichen Arbeit Alfred Pribrams „Oesterreich und Brandenburg 1685–1686“, welche den mehrfach beklagten Mangel an Quellenpublikationen für diese Zeit weniger fühlbar erscheinen läßt. Die weitere Ausführung seines Abrisses wird Pribram in dem ihm übertragenen Bande der „Urf. u. Altentst.“ bieten.

fährtin gefunden und es fiel ihm daher schwer, ihren Wünschen die Erfüllung gänzlich zu versagen. Der Kurprinz, der in dem Wahne stand, daß er und seine Nachkommenschaft von der Kurfürstin sogar am Leben bedroht werde, wendete sich vom Elternhause immer mehr und mehr ab, so daß er auch dem Vater völlig entfremdet wurde, und dieser ihn als einen Gegner seiner Bestrebungen ansah. — Außer dem Kurprinzen waren es noch zwei Persönlichkeiten von großem Einflusse, auf deren Beistand der österreichische Gesandte mit Bestimmtheit rechnen konnte; dies waren des Kurfürsten Schwager Fürst Johann Georg von Anhalt und der alte Derfflinger. Letzterer konnte an dem französischen Wesen durchaus keinen Geschmack finden. Als sich ihm Graf Rébénac zu nähern suchte, ließ er ihm sagen, „daß er des von Rébénac Visite, auch seine oder seines Königs Freundschaft niemals verlangt hatte, er ließ es bei dem Alten bewenden.“

Für Fridags Thätigkeit war es anfangs sehr hinderlich, daß gleichzeitig der jüngere Otto von Schwerin in Wien weilte, um Magdeburg zu Leben zu nehmen und die schlesische Erbschaftsfrage wieder in Anregung zu bringen. Seine Nachrichten über die Aufnahme, welche die letzteren bei den kaiserlichen Räten fand, waren nicht geeignet, den Kurfürsten besonders freudig zu stimmen. Fridags Bestreben mußte daher vor allem dahin gehen, die Türkenhilfe ganz unabhängig von den zwischen Brandenburg und Oesterreich schwebenden Streitfachen zu betreiben. Es gelang ihm, nachdem er dafür die Kurfürstin gewonnen hatte, die sich wahrscheinlich beim Kaiser Verdienste erwerben wollte, um ihn für die Dotierung ihrer Kinder mit selbständigen Fürstentümern geneigt zu machen. Es währte aber doch bis zum September 1685, ehe der Kurfürst die Angelegenheit ernstlich in Erwägung zog. Zuerst bot er nur ein Hilfscorps von 4000 Mann. Als Fridag ihm vorstellte, daß es einer Macht wie Brandenburgs unwürdig sei, wenn sie nicht einen so bedeutenden Heeresteil ins Feld stelle, der zu einer selbständigen Unternehmung geeignet sei, ging er bis 5000 und 6000 Mann. Noch immer aber vermeinte er, dafür Subsidien erlangen zu können. Darum war es dem Wiener Hofe aber um so weniger zu thun, als seine Geldmittel ohnehin schon aufs äußerste beschränkt waren. Rébénac that alles mögliche, um dem Kurfürsten begreiflich zu machen, wie schlecht das Geschäft sei, das er abzuschließen im Begriffe stehe, hegte fleißig wegen der schlesischen Prätenfionen, deren Preisgebung Brandenburg wenig Ehre einbringe und verschmähte es nicht, sich sogar des kurfürstlichen Kammerdieners Kornmesser, den er mit 3000 Gulden bestochen hatte, zu bedienen, um den Kurfürsten gegen Oesterreich zu reizen. Es half ihm nichts. Friedrich Wilhelm hatte ein zu starkes und sicheres Gefühl für das deutsche und hohenzollernsche Interesse, um auf dem Wege, den er jetzt einmal eingeschlagen, irre werden zu können. Als Oesterreich sich endlich dazu verstand, gegen Abtretung von 300 000 Thalern, die Brandenburg seit dem zweiten Raubkriege von Spanien zu fordern hatte, 150 000 Reichsthaler Subsidien zu zahlen, verpflichtete sich der Kurfürst zur Stellung eines Corps von 7500 Mann, 5200 zu Fuß, 1450 zu Pferde, 700 Dragoner und 150 Artilleriebedienten. Der Vertrag wurde am 1. Februar vom Kaiser, am 13. vom Kurfürsten unterzeichnet. Er war entscheidend für die

Haltung des Wiener Kabinetts, das bereits den Gedanken eines Friedensschlusses mit den Türken und Ungarn erwog, Brandenburgs Hilfezusage bestimmte den Kaiser, trotz der gegenseitigen Agitation Spaniens, den Krieg fortzusetzen, es war vielleicht der wichtigste und für das Haus Habsburg glücklichste Entschluß, den Leopold jemals gefaßt hat.

Der Kurfürst blieb bei der Türkenhilfe nicht stehen. Seitdem die Erneuerung der Allianz mit Holland zustande gekommen und das Einverständnis mit Frankreich unterbrochen worden war, hatte er sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, seiner Politik eine neue Wendung zu geben. Er strebte das Bündnis mit dem Kaiser an und machte dasselbe nur davon abhängig, daß man ihm einen ehrenvollen Ausgleich wegen Schlesiens gewährte. Was man da von Wien aus angeboten hatte, war erbärmlich genug. Zu den Herrschaften Gimborn und Neustadt wollte man noch Wiedenthal (an der holländischen Grenze) legen und darin sollte der Kurfürst schon ein Zeichen besonderer Zuneigung sehen. Dieser berechnete aber, daß die Erträgnisse aller drei Landgüter, von welchen Neustadt ohnehin schon von den brandenburgischen Ständen beansprucht war, nicht mehr als 900 Reichsthaler ausmachen würden. Für Jägerndorf allein war jedoch vom Kaiser schon eine Entschädigung im Werte von 200000 Thalern zugestanden worden, was würde man für die anderen drei schlesischen Fürstentümer bieten. Durch den Tod des letzten schlesischen Piasten, des Herzogs Georg Wilhelm von Liegnitz, Brieg und Wohlau, trat nach brandenburgischer Auffassung der 1537 zwischen Kurfürst Joachim II. und Herzog Friedrich II. von Liegnitz geschlossene Erbvertrag in Kraft, zufolge welchem nach dem Aussterben der Piasten die Hohenzollern in den Besitz ihrer Erblande gelangen sollten. Die kaiserliche Regierung behauptete dagegen, die drei Fürstentümer seien als Teile der Krone Böhmen überhaupt nicht vererbbar gewesen, nicht einmal die Zustimmung des Königs von Böhmen würde genügt haben, um die Uebertragung dieser Lehen auf ein anderes Fürstenhaus rechtskräftig zu machen, es wäre die Genehmigung der böhmischen Stände dazu erforderlich gewesen. Deshalb habe König Ferdinand I. dem Erbvertrage im Jahre 1546 widersprochen. Brandenburg berief sich auf die Privilegien Wladislaws (1511), Ludwigs (1524) und Ferdinands I. (1529), wonach die Piasten ihre Lehen auf dem Totenbette „verkaufen, versetzen und vergeben möchten“, und auf die Thatsache, daß der Erbvertrag neun Jahre hindurch unangefochten bestanden habe. In Wien hat man trotzdem ein Recht Brandenburgs auf Liegnitz, Brieg und Wohlau niemals zugestanden; man kam jedoch jetzt zur Erkenntnis, daß mit der bloßen Verneinung aller brandenburgischen Ansprüche der Anschluß des Kurfürsten an die kaiserliche Politik wohl kaum gefördert werden dürfte und erklärte sich bereit, die Ausgleichsanträge Brandenburgs entgegenzunehmen. Den wichtigsten Punkt derselben bildete die Abtretung eines Gebietes als Ersatz für die Verzichtleistung auf die schlesischen Fürstentümer. Dazu war der Kreis Schwiebus (auch Schwiebussen) des Fürstentums Glogau ausersehen, der an die Mark Brandenburg und das ebenfalls den Markgrafen gehörende Fürstentum Krossen grenzte, ein ziemlich fruchtbarer Landstrich von vierundzwanzig Quadratmeilen mit einer kleinen, von Sümpfen und Gräben umgebenen Hauptstadt, die lange Zeit durch ihr vorzügliches Weizenbier

in gutem Rufe stand. Von dem Ertrage desselben hat der Kaiser gewiß niemals etwas Namhaftes gesehen, die Verwalter von Glogau, meistens einheimische Edelleute, hatten es gegen geringes Entgelt in Pacht, auch konnte man ihm keine militärische Bedeutung beimessen. Außer dem Schmiebuser Kreise verlangte der Kurfürst die Zession und Garantie der Liechtensteinschen Schuldforderung in Ostfriesland, zur Erhaltung von 8000 Mann, die dem Kaiser zur Verfügung stehen sollten, 100 000 Gulden im Frieden, 100 000 Reichsthaler im Kriege, Unterstützung im Falle eines gegen Brandenburg gerichteten Angriffes mit 12 000 Mann, endlich Intervention bei Spanien wegen eines Ersatzes für die noch schuldigen Subsidien. Da von Spanien kein Geld zu erwarten war, rechnete man auf ein Stück Gelberland. Dagegen wollte der Kurfürst den schlesischen Ansprüchen für alle Zeit entsagen, ein aufrichtiges und beständiges Verteidigungsbündnis auf Grund des westfälischen Friedens und des zwanzigjährigen Waffenstillstandes mit dem Kaiser schließen, mit keinem anderen Staate ohne Mitwissen des Kaisers neue Verbindungen eingehen, die Pfalz gegen Frankreich verteidigen, für die Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen Könige und Kaiser wirken, für die Erhaltung der spanischen Niederlande eintreten und nach dem Aussterben der spanischen Habsburger mit aller Macht für die Ansprüche der Deutschen einstehen.

Man wird nicht behaupten können, daß die Vorteile, welche Oesterreich aus einem auf dieser Grundlage abzuschließenden Vertrage erwachsen, geringere waren, als die sich Brandenburg dabei erwarb. Dennoch waren die maßgebenden Räte Leopolds I. nicht für eine offene und ehrliche Annahme dieser Anträge eingenommen. Die auswärtige Politik wurde damals in der geheimen Konferenz gemacht, welcher fünf Mitglieder angehörten: Graf Leopold Wilhelm Königsed, Graf Theodor Strattmann, Fürst Ferdinand Joseph Dietrichstein, Markgraf Hermann von Baden und Graf Franz Ulrich Kinsky. Der hervorragendste Staatsmann unter ihnen war Strattmann, der Nachfolger Hohers. Er stammte aus einer bürgerlichen Familie in Kleve, war in die Dienste Pfalz-Neuburgs getreten und als diplomatischer Agent Philipp Wilhelms in Polen und am Kaiserhofe verwendet worden. Er hat die dritte Ehe Leopolds mit Eleonore Magdalene von Pfalz-Neuburg zu stande gebracht und sich dadurch bei Leopold, der sich mit dieser frommen Prinzessin sehr glücklich fühlte und in ihrer Fruchtbarkeit die Rettung seines Hauses vor ganzlichem Aussterben erblickte, das größte Vertrauen erworben. Er war schon 1680 Prinzipalgesandter in Regensburg gewesen und seit kurzem oberster Hofkanzler mit dem ersten Range unter allen Ministern. Strattmann und Königsed waren für die Annahme der brandenburgischen Anträge, während Kinsky, der an Gelehrsamkeit mit Strattmann wetteiferte, und schon deshalb dessen eifrigster Gegner war, die Opposition der übrigen Konferenzmitglieder führte. Fridag wußte, daß eine Herabminderung der Ansprüche des Kurfürsten nicht mehr erreicht werden konnte, er kannte jedoch auch die sonderbare Auffassung der Verhältnisse am Wiener Hofe, die Kleinlichkeit der Bedenken bei Entschlüssen, von denen die Zukunft des Reiches abhing und hatte einen Weg gefunden, auf welchem er trotz der Abneigung des Kaisers gegen Gebietsabtretungen das Bündnis durchzusetzen hoffte. Er war entschlossen, Friedrich

Wilhelm einen Betrug zu spielen, und hatte dessen Sohn und Erben dazu anzuersuchen, ihm dabei dienlich zu sein. Schon im Juli 1685 war er mit dem Gedanken aufgetreten, man solle dem Kurfürsten einen mäßigen Landstrich (damals war der Schweidnitzer Kreis gemeint) überlassen, sich jedoch von dem Kurprinzen einen Revers ausstellen lassen, daß er nach dem Tode des Vaters, sobald er selbst zur Regierung gelangt sei, denselben wieder an Oesterreich zurückzustellen bereit sei. Er meinte, mit einem Geschenke von 4—5000 Dukaten die Zustimmung des Kurprinzen zu diesem Plane erlangen zu können. Nun kam er neuerdings darauf zurück und die drei Räte, mit welchen der Kaiser diesen Vorschlag besprach, Königssee, Strattmann und Kinsky, gingen sofort auf denselben ein. Es ist nicht bekannt, daß die Unredlichkeit dieses Verfahrens auf österreichischer Seite aufgefallen ist oder irgendwelche Gewissensbisse erregt hat. Nur „wegen der üblen Nachrede vor der Welt“ heuchelte man einen Tausch, indem nach der Rückgabe von Schwiebus die vielbesprochenen Güter Gimborn und Neustadt endlich doch brandenburgisch werden oder dafür 100 000 Reichsthaler in Barem gezahlt werden sollten.

Anfang Februar 1686 eröffnete Fridag dem Kurprinzen seinen Plan und legte ihm den Entwurf des Reverses, welchen man in Wien verlangte, vor. Friedrich zögerte nicht mit seiner Zusage. Er war der festen Ueberzeugung, daß es keinen anderen Weg gebe, seinen Vater zu beruhigen und diesen von der ihm so verhassten Verbindung mit Frankreich zu lösen, daß er sich zu diesem äußersten Schritte herbeiließ. Er ließ sich, wenn wir dem Berichte Fridags vom 22. März 1686 Glauben schenken dürfen, über die Wesenlosigkeit der brandenburgischen Ansprüche auf Liegnitz, Brieg und Wohlau belehren und gab dieselbe zu. Der Fürst von Anhalt hat durch seine Billigung des Vorganges und durch den fortgesetzten Zuspruch den größten Antheil an dem Zustandekommen des Vertrages gehabt, der am 28. Februar unter Beobachtung der größten Vorsicht im Zimmer Anhalts zu Potsdam unterzeichnet wurde. Der Kurprinz erhielt 10 000 Dukaten; da es leicht kenntliche „neue Salzburger“ waren, so hat der sorgsame Fridag darauf gedrungen, daß bei deren Verausgabung ein besonderes Verfahren eingeschlagen werde, damit man nicht entnehmen könne, woher sie kämen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese für einen brandenburgischen Prinzen sehr hohe Geldsumme auf Friedrich, der sich in wenig glänzenden Verhältnissen befand, sehr bestechend gewirkt hat.

Jetzt erst konnte Fridag mit dem Kurfürsten selbst abschließen. Nach mühevollen Verhandlungen, bei welchen von beiden Seiten ein nicht geringer Grad von Mißtrauen besiegt werden mußte, wurde endlich am 22. März der neue Allianzvertrag unterzeichnet, als dessen Zweck erklärt wurde, den Kaiser und den Kurfürsten, auch deren Erben und Nachkommen durch das Band einer unauflöselichen Freundschaft und Zusammensetzung dergestalt aneinander zu knüpfen, daß sie gleichsam für einen Mann stehen und Wohl und Wehe miteinander teilen sollen. Außer dem Schwiebuser Kreise, den der Kurfürst ebenso wie die Mark und andere Länder vom Kaiser zu Lehen haben sollte, zedirte ihm der Kaiser auch die Diecksteinische Schuldforderung auf Ostfriesland und versprach, „ihm zum vollkommenen Genuß derselben zu verhelfen und dabei zu schützen;“ da-

gegen gab der Kurfürst seine Ansprüche auf Jägerndorf, Liegnitz, Brieg und Wohlau nebst Beuthen auf und gab alle jene Zusagen, die er dem Kaiser, wie oben erwähnt wurde, selbst angeboten hatte. Die Ratifikation dieses Vertrages verursachte noch mancherlei Schwierigkeiten wegen der Reihenfolge der Namensnennung und der Unterschriften. Der Kurfürst setzte es durch, daß ihm der Kaiser für diesen einen Fall die Unterzeichnung in *pari linea* gestattete. Erst am 18. Mai wurde das Aktenstück in Wien, am 28. Juni in Berlin rechtskräftig gemacht. Zwei für die Veröffentlichung bestimmte Auszüge aus dem Hauptvertrage tragen das Datum des 7. Mai.

Das neue brandenburgisch-österreichische Bündnis ist die letzte nationale That des großen Kurfürsten, ein wichtiges politisches Vermächtnis an seine Nachkommen, die dasselbe seiner tiefen Bedeutung nach verstanden und ausgenützt haben, solange das Lebensinteresse Brandenburgs damit vereinbar war. Sein Grundgedanke hat, nachdem er durch mehr als ein Jahrhundert vor den zwischen beiden Staaten sich ergebenden Gegensätzen zurückgetreten war, in unseren Tagen eine überraschende Auferstehung gefeiert. In verschiedenen Gestalten aber doch ohne wesentlichen Umschlag ist das von Friedrich Wilhelm geschaffene Verhältnis von Sohn und Enkel beibehalten worden. Dem Urenkel hat das diplomatische Kunststück, das Baron Fridag mit dem kurprinzlichen Reverse geliefert zu haben glaubte, die Frontveränderung gegen Oesterreich sehr erleichtert; ohne die Rückgabe des Schmiebuser Kreises wäre es ihm entschieden sehr schwer gefallen, die Ansprüche auf Schlessien zu erneuern.

Die erste Folge des Bündnisses war der Abmarsch des brandenburgischen Corps nach Ungarn. Es waren 7000 Mann zu Fuß und 1200 Reiter mit zwölf Stücken, zwei Mörsern und zwei Haubitzen unter dem Befehle des Generalleutenants Hans Adam von Schönning, welche am 27. April in Krossen vom Kurfürsten persönlich gemustert wurden. In einer herzlichen Ansprache nahm dieser von den schönen Truppen, die er bisher fast immer selbst ins Feld geführt hatte, Abschied. Sie wußten, daß die brandenburgischen Waffen Namen und Reputation in der Welt erlangt hätten, er setzte das Vertrauen in sie, daß sie nichts thun würden, was dieselben einigermaßen beflecken könnte. Er empfahl ihnen Einigkeit und sprach die Erwartung aus, daß keine Zwietracht und Jalousie, welche insgemein mehr Schaden als die feindlichen Waffen verursachen, unter ihnen aufkäme; für ihren Sold und ihre Verpflegung habe er gesorgt, „er rekommandiere ihnen daneben gute und scharfe Ordre zu halten und des Landmannes, auch des Getreides auf dem Felde zu schonen, wie auch alle Vorsicht zu gebrauchen, daß durch ihre Schuld keine Feuersbrünste entständen, sondern möglichstermaßen verhütet würden.“ Ein echt Hohenzollerischer Zug!

Das Jahr 1685 hatte auf dem ungarischen Kriegsschauplatz keine großen Unternehmungen hervorgebracht.¹⁾ Als Herzog Karl von Lothringen, der wie-

¹⁾ Der Feldzug gegen die Türken im Jahre 1685. Mitth. d. k. k. Kriegsarchives. Jahrgang 1885.

der die Hauptarmee an der Donau führte, am 17. Juni erst 12000 Mann kaiserlicher Truppen im Lager bei Komorn vorfand und sich von der mangelhaften Beschaffenheit ihrer Ausrüstung überzeugte, war es ihm sofort klar, daß man sich auf gewagte Operationen nicht werde einlassen können, daß insbesondere an eine Wiederaufnahme der Belagerung von Ofen in diesem Jahre nicht gedacht werden dürfe. Er schlug daher dem Kaiser vor, man möge sich vorläufig auf die Belagerung von Neuhäusel beschränken, das im Winter von Oberst Heußler vergeblich blockiert worden war. Dieser hatte zwar mehrere Entsatzversuche, die von türkischer Seite gemacht wurden, vereitelt, die Verproviantierung der Festung aus den nahegelegenen Ortschaften aber nicht hintanhaltend können. Von Hülfsvölkern waren zunächst 7000 Baiern unter dem Feldzeugmeister Graf Sereny am Platze, die in Oberungarn unter mancherlei Schwierigkeiten überwintert hatten; zum Beginne der Operation kam auch der Erbprinz Georg Ludwig von Hannover mit 10000 Mann Braunschweig-Lüneburgern, durch deren musterhaftes Auftreten dem Herzoge von Lothringen die schlechte Verfassung seines eigenen Regiments noch unangenehmer auffiel. Fränkische und kölnische Mannschaften wurden noch erwartet. Am 7. Juli begann die Belagerung von Neuhäusel, welche durch die Besatzungen von Komorn, Gran und Wischegrad, sowie durch die Streifkolonne des Grafen Czobor vor plötzlichen Unterbrechungen von seiten der etwa über Waizen oder von Oberungarn vordringenden Türken gesichert werden sollte. Der Angriff wurde vom Nordosten her eingeleitet und hauptsächlich gegen zwei nebeneinander liegende Bastionen gerichtet. Die türkische Besatzung, welche man durch heftiges Feuer aus den rasch errichteten Batterien zur Kapitulation zu bewegen geglaubt hatte, lehnte dieselbe ab und ließ es aufs äußerste ankommen. Am 23. Juli traf Waldeck mit dem fränkischen Fußvolk, am 27. May Emanuel von Baiern im Lager ein. Der bairische Kurfürst war am 5. Juli, als am Geburtstage des Kronprinzen Erzherzogs Joseph, mit dessen Stieffchwester Maria Antonia, der Tochter Kaiser Leopolds und seiner ersten Gemahlin Margarete Theresia von Spanien, in Wien vermählt worden. „Nachdem nun solches Belagerer“ schreibt das *Theatrum Europaeum*, „mit Balletten, Komödien und anderen Lustbarkeiten seine Endschaft erreicht, ließen Ihre kurfürstliche Durchlaucht sich gnädigst gefallen, der ganzen Welt zu zeigen, daß Dero tapferer Heldennut durch keinerlei Liebesreizung von seinem Eifer für Ihro kaiserl. Majestät Interesse und des Römischen Reiches Wohlfahrt sorgfältigst zu wachen sich verhindern lasse“. — Die Erfolge der Belagerer waren jedoch bis gegen Ende Juli ziemlich geringfügig; die Versuche, über den entwässerten Wassergraben Fashinenbrücken zu legen, mißlangen, der Brand einer solchen hatte sich bis in eine Batterie fortgesetzt, so daß nur das energische Einschreiten Lothringens eine allgemeine Panik verhinderte. Zugleich kam die Nachricht, daß ein türkisches Heer von 40000 Mann vor Gran erschienen sei und die Einschließung dieses Platzes beginne, der von dem Oberstlieutenant Straßer mit 2000 Mann verteidigt werden mußte. Lothringen und der Kurfürst einigten sich, die Belagerung von Neuhäusel fortzuführen, mit dem dazu jedoch nicht unbedingt notwendigen Reste des Heeres die Türken vor Gran anzugreifen. Feldmarschall Graf Aeneas Caprara blieb mit 11100 Mann zu Fuß, 4900 Reitern und dem

gesamten schweren Geschütze vor Neuhäusel und brachte es in zwei Wochen durch sehr geschicktes Vorgehen der Mineure und Artilleristen dahin, daß er schon am 19. August einen Generalsturm wagen konnte. Die Generale Scharffenberg von den Kaiserlichen und Rommel von den Baiern führten die beiden Sturmkolonnen an die Breschen, durch welche man nach Capraras Aeußerung schon ganze Schwadronen reiten lassen konnte, und bemächtigten sich nach zweistündigem harten Kampfe der Festung. Da die Kapitulation von der Besatzung nicht angenommen worden war, wurde die Stadt den Stürmenden preisgegeben; nicht nur die 1000 Mann starke Besatzung, sondern auch die übrigen Einwohner wurden niedergemacht, oder gingen auf der Flucht zu Grunde.

Der Herzog von Lothringen war indessen am 7. August mit 90 Eskadronen und 35 Bataillonen, sowie dem größten Teile der ungarischen Nationaltruppen über die Waag gegangen und hatte bei Komorn ein Lager bezogen. Am 8. ging er auf zwei Schiffsbrücken über die Donau, stellte am 9. die Ordnung der Marschkolonnen her, aus welcher sofort in die Gefechtsaufstellung übergegangen werden konnte und rückte in dieser Weise am 10. und 11. gegen Gran vor. Als Ibrahim Scheitan von der Annäherung des christlichen Entsatzes Kenntnis erhielt, hob er die Belagerung von Gran auf und zog den Christen entgegen. An dem Moraste bei Tata trafen sie aufeinander, erst am 16. August aber wurde die Schlacht geschlagen, welche mit einer Niederlage der Türken endete. Ibrahim wurde verwundet und mußte die Reste seiner Armee, soweit sie nicht schon die Flucht nach Eslegg genommen hatten, bis Ofen zurückführen. Trotzdem die Christen sehr geringe Verluste erlitten hatten, wagten es Lothringen und Max Emanuel, welche den Befehl gemeinsam führten, doch nicht, eine dem Erfolge des Kampfes entsprechende Verfolgung einzuleiten. Erst als Aeneas Caprara mit dem Belagerungscorps von Neuhäusel herangekommen war (24. August), brach die gesamte Armee in einer Stärke von 55000 Mann von Komorn auf und marschirte über die Gran und Eipel bis Groß-Maros. Dort empfing der Herzog von Lothringen ein Schreiben des Seraskiers mit Friedensanträgen, welche jedoch nicht beachtet wurden. Zu einer großen Unternehmung des Hauptheeres glaubte er jedoch nicht genügend Zeit mehr vor sich zu haben, zur Belagerung von Ofen oder selbst von Erlau hielt er sich noch immer zu schwach. Im Einverständnisse mit dem Hofkriegsrate wurde daher nach einigen zwecklosen Hin- und Hermärschen und nachdem man erfahren hatte, daß auch der Seraskier seine ganze Reiterei schon nach Belgrad zurückgesendet hatte, die Auflösung der Hauptarmee eingeleitet, dagegen die Corps in Oberungarn und an der Drau durch größere Abordnungen verstärkt, so daß sie nun selbständig vorgehen konnten. Anfang Oktober reiste der Kurfürst von Baiern nach Hause, traten auch die Braunschweig-Lüneburger den Rückmarsch in die Heimat an. Der Fürst von Waldeck, dessen Anwesenheit bei der Armee kaum bemerkt worden war — den Antrag, die Belagerung von Neuhäusel zu leiten, hatte er abgelehnt —, entfernte sich ebenfalls; von den Truppen, die er gebracht hatte, gingen zwei Regimenter ganz in kaiserliche Dienste über, ein Teil erhielt die Winterquartiere in Schlessien angewiesen, die meisten Regimenter aber blieben auf ungarischem Boden.

Feldmarschall Graf Jakob Leslie hatte mittlerweile in Kroatien den kleinen Krieg geführt, wie er dort üblich war, nach dem Abmarsche des türkischen Hauptheeres von Esseg nach Gran aber die mit dem Herzoge von Lothringen vereinbarte Vorbewegung gegen Esseg unternommen und die große Brücke, welche dort den Verkehr der türkischen Streitkräfte und Proviantkolonnen über die Drau vermittelte, in Brand gesteckt. Der Banus von Kroatien, Graf Nikolaus Erdöby und der Kommandant von Karlstadt, Graf Herberstein, beschäftigten ihre kleinen Corps mit Streifzügen und Verennungen kleiner Festen und Blockhäuser, letzterer verwüstete die Bika, verbrannte Novi; zu ernstern Schädigungen der Türken kam es aber auch in diesen Gegenden nicht. In Oberungarn hatte General Graf Schulz das Vordringen der Tököly'schen Scharen nach Mähren und Schlesien verhindert und vom 21. Juli an die Stadt Eperies belagert, welche von dem Kommandanten Feldmayer tapfer verteidigt wurde. Erst im September, als es in Eperies bekannt wurde, daß die Türken die Unterstützung Tököly's ablehnten und daß der Seraskier selbst bei Gran geschlagen worden war, begannen die Bürger von Eperies Unterhandlungen mit den Kaiserlichen und öffneten ihnen bald darauf (10. Sept.) die Thore. Feldmayer trat in kaiserliche Dienste. Graf Schulz rückte zur Sicherung der Weinernte in die Tokayer Gegend vor, nahm Tokay, begann die Belagerung von Caros-Patak. Inzwischen war Caprara mit 10000 Mann von Lothringen nach Oberungarn abkommandiert worden, legte sich vor Kaschau und zog auch das Corps Schulz zur Belagerung dieses Hauptstützpunktes der Macht Tököly's heran. Nur wenige Tage dauerte die Beschiesung und der anfangs sehr kräftige Widerstand der Besatzung und Bürgerschaft, als die Gefangennahme Tököly's durch den Pascha von Großwardein und dessen Abführung nach Esseg unter seinen Getreuen bekannt wurde und deren kriegerische Unternehmungslust lähmte. Der Seraskier Ibrahim Scheitan hoffte, sich durch die Auslieferung Tököly's entweder einen günstigen Frieden beim Kaiser erwirken oder durch seine Hinrichtung die Hofpartei in Konstantinopel von seinen eigenen Mißerfolgen ablenken zu können. Diese Treulosigkeit der Türken verleidete den ungarischen Insurgenten die Lust an weiterer Kriegführung, sie übergaben Kaschau und eine große Reihe von festen Plätzen an Caprara und den an der Theiß operirenden Mercy und nahmen selbst in so großer Anzahl kaiserliche Dienste, daß der Hofkriegsrat wegen ihrer Befoldung in Verlegenheit geriet. Nur Munkacz, wo sich Helene Tököly eingeschlossen hatte, konnte nicht genommen werden, man mußte sich damit begnügen, die heldenmütig verteidigte Felsenfeste während des Winters zu blokieren.

Diese Erfolge des Herbstfeldzuges in Oberungarn waren zwar nicht von entscheidender Bedeutung, aber doch ganz geeignet, die Hoffnung zu beleben, daß es mit Einsetzung aller verfügbaren Kräfte in den nächsten Jahren gelingen könne, der türkischen Herrschaft in Ungarn ein Ende zu machen. Die Partei derjenigen, welche in der Verfolgung dieses Zieles die wichtigste Aufgabe des Hauses Oesterreich erblickten, gewann in Wien die Oberhand und fand in dem Bündnisse des Kaisers mit dem Kurfürsten von Brandenburg den festesten Halt. Aber auch in Konstantinopel rief der Eindruck der Mißerfolge in Ungarn Veränderungen hervor, durch welche die Widerstandskraft der Osmanen erhöht

werden sollte. Der Seraskier Ibrahim Scheitan und mehrere andere Paschas wurden hingerichtet, der Großvezier Kara Ibrahim nach Rhodos verwiesen und dort erwürgt, seine Stelle an Suleiman Pascha („den Spiegler“) verliehen. Dieser ernannte den Pascha von Ofen, Abdurrahman zum Seraskier in Ungarn und gab Tököly sofort die Freiheit wieder, indem er ihn zugleich der kräftigsten Unterstützung durch die Pforte versichern ließ. Die Sammlung von neuen Insurgentenscharen ging aber nicht mehr so günstig von statten wie ehemals, die tüchtigsten Parteigänger waren zum Kaiser übergegangen, was sich jetzt noch um Tökölys Fahnen scharte, hatte nur geringe militärische Schulung. Die beabsichtigte Beunruhigung der in Siebenbürgen und Nordostungarn verteilten kleineren Abteilungen kaiserlicher Truppen gelang ihnen nicht, sie vermochten auch nicht zu hindern, daß Feldmarschall-Lieutenant Caraffa die Feste Szent-Jos einnahm (12. Februar 1686). Nur Munkács widerstand auch einer wiederholten Verrennung, so daß weitere Unternehmungen gegen diese Burg eingestellt wurden. Die Erfolge des Generals Scharffenberg in Siebenbürgen bereiteten die Unterwerfung des Fürsten Apaffy unter eine militärische Vereinbarung mit dem Kaiser vor, General Mercy brachte den vereinigten Türken und Insurgenten bei Szegedin (24. April) eine Niederlage bei, welche für die letzteren große Verluste zur Folge hatte.

Für den Feldzug von 1686¹⁾ wurde nach vielfachen Beratungen und Begutachtungen durch einzelne Generale, welchen sich sogar der greise Kaplirsch anschloß, die Eroberung von Ofen als Hauptziel bestimmt. Ueber dringendes Verlangen des Kurfürsten von Baiern wurde diesem eine besondere Armee untergeordnet, welche aus fünf kaiserlichen Regimentern zu Fuß, zwei kaiserlichen Reiterregimentern, 800 Grenzern unter Adam Batthyány, 5000 Mann Baiern zu Fuß, 3000 Sachsen zu Fuß, 3000 hairischen und 1700 sächsischen Reitern, zusammen 21000 Mann und dem erforderlichen Geschütz bestehen sollte. Die Armee Lothringens wurde auf 13350 Mann Kaiserliche zu Fuß, 10880 kaiserliche Reiter, 8200 Mann Brandenburger, 1300 Schweden, 4000 Schwaben, 1500 Franken und 3000 Ungarn, zusammen 42230 Mann zu Fuß und Ross veranschlagt. An der Drau sollte General Graf Schulz mit 3000 Mann zu Fuß, 1600 Reitern und „einigen Tausend“ kroatischen und windischen Grenzern Wache halten. Die alliierten deutschen Truppen erwiesen sich bei der Heerzau in Parkány als vollzählig und trefflich ausgerüstet, während Stand und Haltung der kaiserlichen Regimenter hinter den Erwartungen und Voranschlägen zurückgeblieben war. Max Emanuel von Baiern wollte mit seiner Armee Stuhlweissenburg belagern, um durch eine selbständige Waffenthat Ruhm zu erwerben; man hatte ihn auch so lange als möglich in dem Glauben gelassen, daß man ihn gegen Stuhlweissenburg werde abrücken lassen. Erst am 9. Juni eröffnete ihm der Hofkanzler Strattmann, der zur Armee gekommen war, in Ueberein-

¹⁾ Mitteilungen des k. k. Kriegsarchives. 1886. — Das Werk Arpad Karolyis' „Buda és Pest vissza-vivása 1686 — Jan.“ („Ofen und Pest, ihre Wiedereroberung im Jahre 1686“) bebauern wir nicht benutzen zu können, da es in einer Sprache geschrieben ist, zu deren Erlernung wir bis jetzt keine Zeit gefunden haben. Auffallenderweise hat die Ungar. Revue über dasselbe weder eine ausführliche Besprechung, noch Auszüge daraus gebracht.

stimmung mit dem Herzoge von Lothringen, daß der Kaiser zuerst den gemeinsamen Angriff auf Ofen verlange. Der Kurfürst ließ sich lange bitten und gab erst nach, als ihm zugesagt wurde, daß er sein selbständiges Kommando behalten und sich einen besonderen Angriffspunkt auswählen dürfe. So rückten denn Lothringen und Max Emanuel am 12. Juni am linken Donauufer stromabwärts, der Kurfürst überrumpelte Pest und machte daselbst reiche Beute an Vorräten und Munition, der Herzog ließ am 18., nachdem er bei Altosen über den Fluß gegangen war, die Stellungen besetzen, welche die kaiserlichen Truppen einzunehmen hatten. Die beiden Heerführer hatten sich geeinigt, zwei Hauptangriffe zu machen, im Süden gegen das Schloß, im Norden gegen die Wasserstadt und die obere Stadt. Den ersteren übernahm Max Emanuel mit seinem Corps, den anderen Lothringen mit den kaiserlichen und den brandenburgischen Truppen, die in den ersten Tagen des Juli vor Ofen eintrafen. Die zahlreiche Reiterei, welche gegen die Festung nicht zu verwenden war, wurde gegen Stuhlweissenburg entsendet, um diese Festung zu beobachten, vor allem aber, um sich dort ihr Futter auf feindlichem Boden zu suchen. Bei den Schanzarbeiten konnten vielfach noch die 1684 aufgeworfenen Erdwerke benutzt werden, welche die Türken in unbegreiflicher Sorglosigkeit zu zerstören unterlassen hatten.

Am 23. Juni wurde auf kaiserlicher Seite mit dem Brescheschießen begonnen. Tags darauf fand der erste Sturm statt, durch welchen sich die Belagerer in Besitz der Bresche und bald danach der unteren Stadt setzten. Am 29. versuchten die Türken durch einen Ausfall die Arbeiten der Baiern, welche auf dem Spießberge Batterien anlegten, zu zerstören und von rückwärts in die bereits eröffneten Laufgräben einzudringen, sie wurden jedoch durch eine kühne Attaque des Prinzen Eugen von Savoyen, der die Reiterei im Corps Max Emanuels befehligte, zurückgetrieben. Bis zum 10. Juli wurde an beiden Angriffsfronten mit großem Eifer gearbeitet, auch aus den Batterien am Schwaben- und Spießberge die Festung beschossen, ohne daß sich eine Erschütterung des Mutes der Besatzung wahrnehmen ließ. Auch der Minenkrieg war im Gange. Von den Brandenburgern, welche sehr geschickte Ingenieure besaßen und in der Anlage der Laufgräben die Kaiserlichen bald eingeholt hatten, war am 5. Juli der Sohn des Feldmarschalls Derfflinger gefallen, sowohl sie als auch die Baiern erlitten namhafte Verluste, leider war auch das bairische Geschütz nicht weittragend genug, um vom Spießberge aus zu wirken. Es mußte durch österreichisches ersetzt werden. Ein Sturm, zu welchem sich die Kaiserlichen schon am 13. Juli durch einige glückliche Treffer ihres Geschützes verleiten ließen, brachte keinen Erfolg, aber große Verluste. Bei dem Versuche, die Bresche zu halten, thaten sich namentlich die fremden Kavaliere, welche sich als Freiwillige dem christlichen Heere angeschlossen hatten, glänzend hervor. Spanier, Franzosen, Engländer wetteiferten mit den Deutschen an Tapferkeit, ja Tollkühnheit. Der Herzog von Bejar, Grande von Spanien und Ritter des goldenen Vlieses, der junge Fürst Piccolomini, die Chevaliers von Duplessis und Courmaillon, dann die englischen Offiziere Rupert, Talbot, Wisemann und Moore haben damals ihren Tod gefunden, auch der Brandenburger Oberst Karl Graf von Dohna

fiel an jenem Tage. Der Kampfeifer der Volontäre war die Ursache gewesen, daß der erste Sturm eine Ausdehnung und Festigkeit erlangt hatte, die nicht in der Absicht Lothringens gelegen war. Viel erfolgreicher gestaltete sich ein nächstlicher Angriff auf den Graben an der Südseite, welcher vom Kurfürsten von Baiern angeordnet, von bairischen, sächsischen und kaiserlichen Truppen durchgeführt wurde, und die Beschießung aus bairischen Mörsern am 23. Juli morgens, durch welche ein türkisches Pulvermagazin im Schlosse mit 8000 Zentnern Pulver in die Luft gesprengt wurde. Es sollen dabei 1500 Menschen den Tod gefunden haben.

Die vielen Mißerfolge der christlichen Mineure, deren unterirdische Anlagen beim Auffliegen gewöhnlich unter den eigenen Truppen größere Verheerungen anrichteten als unter den Feinden, bestimmten den Herzog von Lothringen, das Schwergewicht des Angriffes auf die Beschießung und auf die Stürme zu verlegen. Der Generalsturm vom 27. Juli war von erheblichen Fortschritten der Belagerer begleitet, so daß Lothringen und Max Emanuel die Verteidiger zur Kapitulation auffordern ließen. Abdurrahman lehnte in einem höflich gehaltenen Schreiben ab, schickte aber seinerseits einen Abgesandten an den Kurfürsten und ließ ihm die Uebergabe des Schloßes antragen, wenn er sich dagegen verpflichten wolle, zwischen dem Kaiser und dem Sultan den Frieden zu vermitteln. Da der Kurfürst auf dieses Ansuchen weder eingehen wollte noch konnte, so wurden die Feindseligkeiten nach kurzer Waffenruhe wieder aufgenommen und zunächst alle jene Festungswerke, welche bei dem ersten Sturme in Besitz der Verbündeten gelangt waren, in Angriffswerke umgestaltet und mit Geschützen versehen, von welchen die weiter zurückliegenden Mauern und Abschnitte der Festung in ein wirksames Feuer genommen werden konnten. Schon war übrigens der Großvezier Suleiman mit einem Entsatzheere von 40000 Mann von Stuhlweissenburg her im Anmarsche begriffen und es mußten Vorkehrungen getroffen werden, um das Belagerungsheer gegen einen Angriff von außen zu schützen. Der Herzog von Lothringen, dessen Truppen in eine lange Linie vom Josephberge bis zum großen Schwabenberge auseinander gezogen waren, faßte dieselben enger zusammen, so daß die Brandenburger, welche bisher nahe der Donau gegenüber der Margareteninsel ihre Stellung gehabt hatten, jenseits des St. Pauls-Thales hinter dem kleinen Schwabenberge ihr Lager bezogen, während das Hauptquartier des Herzogs an den großen Schwabenberg herangezogen wurde. Dadurch war die Hauptmasse der kaiserlichen und brandenburgischen Armee gerade gegenüber der nordwestlichen Ecke der Festung gelagert, gegen welche auch der Hauptangriff gerichtet war. Mit Aufgebot aller verfügbaren Kräfte wurde nun das ganze Lager der Christen mit einem Erdwalle umgeben, der gerade noch fertiggestellt werden konnte, ehe das türkische Entsatzheer ganz herangekommen war. Bevor der Kampf mit diesem aufgenommen wurde, wollten die beiden Heerführer noch einen Sturm versuchen. Auf bairischer wie auf kaiserlicher Seite gingen am 3. August mehrere Kolonnen gegen die noch in türkischen Händen befindlichen Werke vor, es gelang jedoch nicht, ein genaues Zusammenwirken derselben herzustellen und wurde daher mit diesem Sturme um so weniger ein namhafter Vorteil erreicht, als die Besatzung von

Ofen von der Annäherung des Großveziers bereits verständigt war und sich daher mit neu belebtem Mute gegen die Angreifer stürzte.

Suleimans Entsatzversuch nahm jedoch ein sehr klägliches Ende. Er erschien am 13. August mit seinem Heere südlich von Ofen auf den Höhen von Promontor, wagte es aber nicht, die Baiern, welche hinter ihren Schanzen blieben, noch die Truppen Lothringens, die am Adlerberge Stellung genommen hatten, anzugreifen. Am 14. versuchte er es mit einer Ueberflügelung von Westen aus und sandte ein Corps von 8000 Reitern über Budakeszi gegen das St. Pauls-Thal,¹⁾ um hier durchzubrechen und Verstärkungen in die Festung zu werfen. Dünwald, der bei der Annäherung des Großveziers mit seiner Kavallerie ins Lager vor Ofen zurückgekehrt war, sammelte acht Reiterregimenter um sich, trieb die Türken den Weg, den sie gekommen waren, zurück und brachte sie derart in Verwirrung, so daß sie sich fluchtartig auf ihr eigenes Hauptcorps stürzten. In der darauffolgenden Nacht gab der Großvezier seine Stellung bei Promontor wieder auf. Zweimal, am 20. und 29. August, versuchten berittene Janitscharen in der Stärke von 2000 Mann durch das Lager der Kaiserlichen zu brechen und in die Festung zu gelangen. Das erste Mal jagten sie ganz unerwartet durch das St. Pauls-Thal herab, wurden zwar von den Brandenburgern kräftig beschossen, konnten aber nicht aufgehalten werden, da man zu wenig Reiterei zur augenblicklichen Verfügung hatte. Etwa 300, zumeist verwundete Janitscharen erreichten das Stuhlweißenburger Thor und wurden in die Festung eingelassen. Das zweite Mal kamen sie längs der Donau von Alt-ofen her, wurden jedoch sehr bald wieder in die Berge zurückgejagt, ein Teil, der das St. Pauls-Thal erreicht hatte, wurde in das Hauptquartier geheßt und dort von den Troßknechten niedergehauen. Der Großvezier begnügte sich während dieser Ueberfälle gegen die Schanzenlinien zu demonstrieren, unternahm jedoch nichts Ernstliches. Die Besorgnisse vor ihm schwanden daher immer mehr, ein am 31. August abgehaltener Kriegsrat war einverstanden, die Belagerung fortzusetzen, ohne sich mit dem Entsatzheere mehr zu beschäftigen, als unumgänglich zum Schutze der Belagerer notwendig war. Da sich mittlerweile auch die Baiern an der Südseite mehr und mehr im Schlosse eingenistet hatten, ordnete Lothringen einen Generals Sturm für den 2. September an. Um 3 Uhr nachmittags brachen drei Kolonnen zu je 1000 Mann gegen die Nordfront auf, weitere 3000 Mann folgten zur Unterstützung nach. Auf kaiserlicher Seite befehligten Feldmarschall-Lieutenant Graf de Souches, Generalfeldwachtmeister Diependael, Oberst Graf Dettingen, Oberst Marchese Spinola; die brandenburgische Kolonne, welcher auch die eben erst im Lager erschienenen Schweden angeschlossen wurden, führte General von Barfus. Etwas später gingen die

¹⁾ Juvignys Plan der Belagerung von Ofen, welchen der österr. Generalstab für seine kriegsgeschichtliche Darstellung erneuert hat, verlegt das St. Paulsthal an die Stelle, an welcher die Spezialkarte der Umgebung von Budapest (von 1884) den Namen Teufelsgraben eingesetzt hat, während das St. Paulsthal zwischen Josephsberg und Mathiasberg angegeben ist. Der Einbruch der Türken mußte jedenfalls zwischen Schwaben- und Rochusberge geplant sein.

Baiern mit 1500 Mann in erster und 1500 Mann in zweiter Linie gegen das Schloß vor. Sie wurden von den Obersten Sartori und Fürstenberg kommandiert. De Souches und Barfus hatten zuerst die innersten Mauern überstiegen, sie machten durch Flankenangriffe dem hart bedrängten Spinola Luft und stürmten dann in das Innere der Stadt. Den Baiern war es nicht gelungen, des Schloßes Herr zu werden, bis die von der entgegengesetzten Seite nachdrückenden Kaiserlichen und Brandenburger das Thor auf dem Georgiplatz öffneten und der bairischen Reiterwache Eingang verschafften. Die Besatzung setzte sich auch in den Straßen und Häusern noch zur Wehre, der greise Abdurahman Pascha fiel fechtend an der Spitze der Janitscharen. Die christlichen Streiter gerieten, wie es nach so langer Belagerung und wiederholten Stürmen nicht anders sein kann, in eine wahre Berserkerwut, sie schossen und hieben nieder, was ihnen in den Weg kam. Im Schlosse war eine große Menge von Türken in einen Zwinger geraten, aus welchem sie, da die Christen von allen Seiten heranliefen, keinen Ausweg hatten. In diese zusammengedrückte Masse warfen die Soldaten ihre Handgranaten und schossen ihre Musketen auf die Wehrlosen ab, die sich nun beeilten, mit weißen Tüchern zu winken und um Pardon zu bitten. Der durch den Prinzen von Croÿ herbeigerufene Kurfürst ließ ihnen nach qualvollem Harren das Leben sichern.

Während des Sturmes hatte der Großvezier einige zaghafte Angriffe auf die christliche Reiterei gemacht, die ihm bei seiner Annäherung entgegengesendet wurde; einen ernstlichen Versuch, die Stadt durch ein allgemeines Vorgehen gegen das christliche Lager zu retten, machte er nicht. Als er sah, daß die Festung gestürmt war, rückte er in Eile gegen Stuhlweißenburg und dann weiter gegen Essek ab. Um 5 Uhr nachmittags des 2. September 1686 wehte die kaiserliche Fahne über den rauchenden Trümmern von Ofen, welches volle 145 Jahre der Mittelpunkt des türkischen Theiles von Ungarn gewesen war. Der Feldherr des deutschen Kaisers, unterstützt von einem deutschen Kurfürsten und von Truppen, in denen nahezu alle deutschen Stämme vertreten waren, hat die Hauptstadt der Länder der Stephanskronen und dann auch den Rest dieser Länder selbst den Ungläubigen entrisen. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Magyaren ist nicht die Errungenschaft der Tapferkeit und Ausdauer dieser Nation. Es würde der Wahrheit widersprechen, der letzteren auch nur irgend ein Verdienst an der Befreiung ihres Landes von der türkischen Herrschaft zuzuschreiben. Die 3800 ungarischen Grenzer und Nationaltruppen, welche in der Ordre de bataille von Ofen aufgezählt werden, hätten ruhig zu Hause bleiben können — die stolze Festung wäre doch gefallen. Wenn ungarische Historiker sich nachzuweisen bemühen, daß David Petneházy als erster die Mauern von Ofen erstiegen habe, so kann man ihnen diese bescheidene Freude gönnen, wenn es auch wahrscheinlich ist, daß mehrere Personen gleichzeitig an verschiedenen Stellen dasselbe gethan haben. Wenn sie durch dergleichen Exkurse jedoch die Aufmerksamkeit auf ihre Waffenthaten lenken und der Welt vorspiegeln wollen, die Ungarn hätten etwas Rennenswerthes zur Gewinnung von Ofen beigetragen, so müssen wir dem entgegen auf das Entschiedenste dafür einsehen, daß die Kaiserlichen und Reichstruppen die ausschlaggebende Arbeit allein

vollbracht haben und Ofen daher als eine vom deutschen Reiche eroberte Stadt angesehen werden muß.¹⁾

Die Freude über die Eroberung von Ofen äußerte sich in der ganzen Christenheit, mit Ausnahme Frankreichs, durch Dankgottesdienste, die allenthalben abgehalten wurden, durch öffentliche Festlichkeiten, Feuerwerke u. dgl. In den verschiedenen deutschen Landen wurden Schaupennige geprägt, deren dem Geschmacke der Zeit entsprechende, meist sehr geschraubte Inschriften das glückliche Ereignis auch vor der Nachwelt zu preisen bestimmt waren. Boethius berichtet in seinem Werke „Ruhm-Verlorbeerter, Triumph-leuchtender und Glanz-erhöhter Kriegs-Helm Dero Röm. kaysrl. auch zu Hungarn und Böhmen königl. Majestät und Dero samtlischen Hohen, Bunds-Verwandten wider den Blut-besprenkten Türckischen Tulband“ von Freudenfesten zu Nürnberg, Lübeck, Brüssel, Rom, Neapel, Mailand, Berlin, England und anderen Orten; er meldet, daß die Siegesnachricht Kranke gesund gemacht habe, ja daß arme Leute ihre letzte Habe geopfert haben, um ihrer Begeisterung durch einen kräftigen Trunk Ausdruck geben zu können. Man war allerorten sehr begierig, von den überstandenen Kämpfen möglichst viele Einzelheiten zu erfahren. Unter den mannigfachen Berichten, die in Umlauf gesetzt wurden, scheint der Bericht eines Juden, der nach der Eroberung von Ofen nach Bamberg gekommen war, besonders große Verbreitung erlangt zu haben.²⁾ Es wurden demselben, wie in einem Verhöre, Fragen vorgelegt, die er beantwortete. Man erkundigte sich nach der Bewohnerzahl, den Handelsverhältnissen, den militärischen Einrichtungen Ofens, nach den Steuern, dem Vermögen der Bürger und deren Verlusten. Der Jude meinte, es sei großer Reichtum an Gold, Silber und Kleinodien in Ofen vorhanden gewesen, so daß er zweifle, ob Konstantinopel — das Serail ausgenommen — so viel Kostbarkeiten hege. Das meiste davon hätte jedoch der Brand vernichtet, welchen die Eroberer entzündet hatten, um den Widerstand der Türken in den einzelnen Häusern zu brechen. Die Juden von Ofen hätten 70 000 Gulden Lösegeld bezahlen sollen, davon eine Hälfte dem kurbrandenburgischen General von Schönning, die andere dem Herzoge von Lothringen und anderen Generalspersonen bestimmt war. Da die Ofener Juden jedoch über so viel Bargeld nicht verfügten, hätten die Prager, Dremwitzer (Trebischer?) und Michelsberger Juden für sie gut gesprochen, bis die gesamte Judenschaft in der Türkei und hiesigen Landen den Betrag aufbringe. Auf die Frage: „Welcher Teil von denen Stadt-Obstiegnern den meisten Abbruch mit Feuer und Schwert gethan, ob es nicht Kurbairern gewesen, und wie es mit des Schlosses Eroberung und Behauptung zugegangen,“ antwortete er: „Obwohl die kurbairischen Völker samt derselben

¹⁾ Wir stimmen mit David Angyal („Leopolds Regierung in Ungarn“, Ungar. Revue 1886) in der Meinung überein, daß die Ungarn gerade keine Ursache haben, der Regierung des Kaisers besonderen Dank zu zollen. Wir haben ja selbst nachzuweisen gehabt, daß Leopold zu seiner Politik in Ungarn gedrängt werden mußte. Aber eben diese Dränger und diejenigen, welche die Befreiung des Landes thatsächlich durchgeführt haben, verdienen Ungarns Anerkennung, ja mehr als dies: sie haben für ihre Nachkommen ein Recht darauf erworben, daß Ungarn ihnen ein treuer Bundesgenosse, ein Wahrer gemeinsamer Interessen bleibe.

²⁾ Boethius und das Theatrum Europ. bringen den Wortlaut.

konjungierten Truppen sich unvergleichlich gehalten und bei der späten Nachwelt diesen Ehrenturm haben werden, so hätten jedoch nach der Türken Urteilen die Brandenburgischen der Stadt am allerfeindlichsten zugelegt, die sie daher insgesamt die Feuermänner genannt; so wäre die Stadt an dem Ort auch lezlich gestürmt eingenommen worden, wo die Kurbrandenburgischen ihre Attacke gehabt; zwar hätten die Kurbairischen eines oberen Teils und Schloßturmes sich bemestert, wären aber wieder daraus getrieben und alsdann erst das Schloß völlig eingenommen worden, da man sich schon der Stadt bemächtigt.“

Mit dieser Aussage stimmt wohl auch das Schreiben überein, welches der Herzog von Lothringen an den Kurfürsten von Brandenburg am 7. September gerichtet hat und in welchem es heißt: „Ich habe nicht unterlassen wollen, E. kurf. Durchlaucht von der Ehre und dem Ruhme des Herrn General-Leutenants von Schönning, durch die Standhaftigkeit und unverdroffene Mühe der Offiziere und Soldaten bei dieser Occasion erworben, diese Notifikation zu thun. Es haben diese Truppen tausenderlei Kennzeichen und Proben, daß sie die Ehre und Gnade haben, E. kurf. Durchlaucht anzugehören, zeit während der Belagerung gegeben, und endlich in dem lezten Sturm solche Ehre völlig gekrönt. Ich hätte gewünscht, daß E. kurf. Durchlaucht selbst dessen ein hoher Zeug gewesen sein möchten, wiewohl durch Dero Gegenwart sie nicht mutiger noch hitziger gemacht werden konnten, als sie sich bewiesen. Der General-Leutenant von Schönning hat zur Anordnung des Sturmes mir sehr viel geholfen und habe ich mich seines Rates sehr nützlich bedienet. Auch ist er bei der Aktion von den ersten in der Stadt gewesen und hat alle nötigen Anstalten und Dispositiones gemacht. E. kurf. Durchlaucht bin ich für mich absonderlich tausendfältigen Dank zu erstatten schuldig, daß sie so brave und wackere Leute, wie diese ihre Truppen sind, mir anvertrauen wollen.“¹⁾

Am 6. September brach das verbündete Heer unter Lothringens Befehl in der Richtung gegen Essek auf, in der Hoffnung, die Türken noch zu einer Schlacht nötigen zu können. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß der Großvezier an eine Unterbrechung seines fluchtartigen Rückzuges gar nicht dachte, es daher zwecklos wäre, die ganze Armee beisammen zu behalten. In Tolna am rechten Ufer der Donau wurde daher am 20. September Halt gemacht und der Rückmarsch vorbereitet, nachdem vorher zwei selbständige kaiserliche Korps gebildet worden waren, welche an der Drau und an der Theiß die Operationen weiterzuführen hatten. In den lezten Tagen des Monates traten die deutschen Hülfsstruppen den Marsch in die Heimat an. Am 1. Oktober zog Lothringen mit dem geringen Reste der kaiserlichen Armee am linken Donauufer über Kalocsa und Duna Becse nach Pest zurück, legte die ihm noch gebliebenen Infanterieregimenter als Besatzung nach Ofen und sandte die 7 Reiterregimenter, die er bei sich hatte, in die Winterquartiere. Der Herzog selbst kehrte am 24. Oktober nach Wien zurück, wohin ihm Max Emanuel von Baiern bereits vor einem Monate vorausgeeilt war, um sich als Bezwinger Ofens von Hof

¹⁾ Das französische Original ist abgedruckt in dem Werke „Des Generalfeldmarschalls Schönning Leben und Kriegsthaten“.

und Bevölkerung feiern und von seinen kaiserlichen Schwiegereltern mit kostbaren Ehrengeschenken überraschen zu lassen. Im Winter entschädigten sich beide Heerführer für die ausgestandenen Kriegsstrapazen durch den Besuch von Venedig, wo der Karneval inolge der freudigen Stimmung, welche die Siege Morosinis in Morea hervorgerufen hatten, sich zu besonderem Glanze und hoher Luftbarkeit entfaltete. Aus Rom kamen die vornehmsten Familien in die leichtlebige Lagunenstadt, um die deutschen Helden zu sehen, die dem Erbfeinde der Christenheit einen Schlag versetzt hatten, von welchem er sich nicht mehr zu erholen vermochte. Markgraf Ludwig von Baden war am 23. September nächst Simonytorna an der Sarviz auf eine türkische Abteilung gestoßen, hatte dieselbe geschlagen und den Ort genommen. Unangefochten rückte er hierauf an die Drau und erwartete bei Barcs die Vereinigung mit den innerösterreichisch-kroatischen Truppen, welche nach des Grafen Schulz am 16. Juli erfolgtem Tode vom Feldmarschalllieutenant Graf Sigmund Friedrich von Scherffenberg befehligt wurden. Das vereinigte Corps erschien am 16. Oktober vor Fünfkirchen und nahm die Stadt und das Schloß, nachdem alle Vorbereitungen zum Sturme getroffen waren, am 21. d. M. Noch vor dem Rückmarsche in die Winterquartiere wurden Sziklos und Kaposvar ohne große Schwierigkeiten überwältigt. Der Markgraf wurde in Anerkennung seiner wertvollen Erfolge zum Feldmarschall ernannt.

Das Korps La-Berne langte am 5. Oktober vor Szegedin an, sein Führer fiel jedoch schon am 7. bei einem unvorsichtig eingeleiteten Rekognoszierungsgefechte, worauf Generalfeldwachtmeister Wallis an die Spitze desselben trat. Dieser begann die Beschießung der gut verteidigten Stadt, welche auf Entsatz durch eine Heeresabteilung von 7000 Türken und Tataren rechnete, welche der Großvezier von Belgrad abgesandt hatte. Ihr wurde General Veterani mit 10 Reiterregimentern entgegengeschickt, dem es wirklich gelang, die in zwei Kolonnen anrückenden Feinde am 20. Oktober bei Szenta zweimal zu schlagen und zurückzuwerfen. Der Fall Szegedins (23. Oktober) war die Frucht dieses Sieges, zu welchem die Umsicht und Tapferkeit des Obersten Graf Castell wesentlich beigetragen hatte.

Leider stand die Einsicht der kaiserlichen Regierung nicht auf gleicher Höhe mit dem Geschicke und dem Glücke der kaiserlichen Feldherren. Sie begriffen nicht, daß es jetzt darauf ankam, das Verhältnis Ungarns zum Hause Habsburg gründlich umzugestalten und daß dies am besten dann geschehen könne, wenn die Bevölkerung die neue Herrschaft als eine Erlösung von mehrhundertjähriger Bebrückung zu begrüßen vermöchte. Die nationale Unabhängigkeitspartei war gänzlich zerrüttet, die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen hatte selbst treue Anhänger wankend gemacht, das Volk in den Städten war der adeligen Klopfsechter überdrüssig, die es ins Unglück gestürzt hatten. Man durfte nur einigermaßen vernünftige Grundsätze hinsichtlich der Religionsübung in Anwendung bringen und es wäre möglich gewesen, der Dynastie einen festen Rückhalt gegen die Anmaßungen des unbotmäßigen Adels in der Anhänglichkeit der Städte, namentlich der oberungarischen zu schaffen. Gerade dort aber geschah das Gegenteil. Der Kaiser ließ sich in seiner beklagenswerten Unkenntnis der Verhältnisse und in jener blinden Abhängigkeit von der katholischen Aktionspartei,

die seinem Hause schon so großen Schaden zugefügt hat, dazu verleiten, die Evangelischen in Oberungarn, deren Sympathien man hätte zu gewinnen suchen sollen, grausam zu verfolgen. Einer jener welschen Schmarotzer, die den ehrlichen deutschen Sinn am Wiener Hofe im Verlaufe eines Jahrhunderts fast gänzlich auszurotten verstanden hatten, der General von Oberungarn Graf Caraffa, ein Verwandter des gleichnamigen Kardinallegaten in Wien, setzte es durch, daß die Evangelischen aus dem Besitze ihrer Kirchen und Schulen, in den sie Tököly eingesezt hatte, wieder verdrängt wurden, daß ein in Esperins eingeseztes königliches Tribunal die angesehensten und reichsten Bürger der Zipser Städte auf haltlose Anklagen hin des Hochverrates beschuldigte und Massenhinrichtungen veranstaltete. Erst als dieser fanatische Wüterich soweit ging, selbst den Palatin Eszterhazy, den Ban Erdödy und den Oberflandesrichter Draskovich vor sein Gericht zu ziehen und ihnen unerlaubte Verbindung mit den Aufständischen vorzuwerfen, wurde man in Wien stuzig und that dem wahnwitzigen Vorgehen Caraffas Einhalt. Statt Frieden und Versöhnung anzubahnen, hatte man aber in Oberungarn bereits Haß und Rachedurst in den Gemüthern wachgerufen und auf diese Weise selbst den Boden für die folgenden Aufstände vorbereitet. Das Mißtrauen gegen die kaiserliche Gewalt war im ganzen neugewonnenen Lande aufs höchste erregt, die Befestigung der monarchischen Ordnung fand Hindernisse, welche nur auf die moralische Wirkung des Esperier Blutbades vom Frühjahr 1687 zurückzuführen sind.

Noch einmal aber half das Kriegsglück nach, wo der Mangel an Regierungskunst den größten Schaden zu thun drohte. Der Feldzug des Jahres 1687 verließ dem Kaiser ein so erdrückendes Uebergewicht in Ungarn, daß die Besitzergreifung des Landes nicht mehr aufgehalten war. Der Neid des Kurfürsten von Baiern und das Ränkespiel der beiden Markgrafen von Baden hatten es zwar dahingebracht, daß der Oberbefehl des Gesamtheeres nicht mehr den bewährten Händen des Herzogs von Lothringen anvertraut, sondern mit der Aufstellung zweier Armeen begonnen wurde. Die eine unter Lothringen erhielt die Aufgabe, gegen Eßel vorzugehen, Max Emanuel und Ludwig von Baden sollten in der Richtung gegen Peterwardein operieren. Die letzteren fanden in der unteren Theißgegend jedoch kein günstiges Terrain für die Verpflegung ihrer Truppen und zogen sich daher an die Donau, und als der Herzog von Lothringen sie zur Hülfe aufrief gegen den Großvezier, der seine ganze Kraft zum Schutze Eßels zu verwenden beschloßen hatte, entschied sich Max Emanuel doch für gemeinsames Vorgehen und vereinigte sich am 12. Juli bei Balpo mit dem Herzoge. Trotzdem gelang es nicht, die Verschanzungen, hinter welche Soliman bei Eßel seine Truppen gelegt hatte, zu erstürmen, erst als der Großvezier sich verleiten ließ, dieselben zu verlassen und sich in eine offene Feldschlacht einzulassen, waren die Christen im Vorteil. Zwischen Mohacs und Sziklos, an derselben Stelle, wo am 29. August 1526 der letzte selbständige König von Ungarn, der Jagellone Ludwig II., nach einer entseßlichen Niederlage sein Leben in einem Sumpfe verloren hatte, wurde am 12. August 1687 die Schlacht geschlagen, durch welche das Haus Habsburg das Königreich Ungarn für die Dauer erwarb. Soliman glaubte die Trennung der beiden Flügel des christlichen Heeres, welche durch das Terrain notwendig geworden war, benützen zu sollen,

und griff den linken Flügel unter Max Emanuel mit Ungestüm an. Der Kurfürst hielt jedoch stand, bis Lothringen in das Gefecht eingreifen konnte, wodurch die Türken sofort in die größte Unordnung gebracht und in kürzester Zeit völlig in die Flucht geschlagen wurden. 8000 Moslims wurden getötet, 2000 gefangen, 78 Kanonen und große Beute fielen den Siegern in die Hände. Es wäre vielleicht möglich gewesen, die in voller Auflösung begriffene türkische Armee bis nach Bosnien zu verfolgen und ganz Südungarn und Slawonien mit einem Schläge zu erwerben, die Eifersucht Max Emanuels jedoch, die vom Markgrafen Ludwig noch eifrigst geschürt wurde, verhinderte ein weiteres Zusammenwirken. Der Kurfürst wollte sich mit seinem Korps billige Lorbeeren durch die Einnahme von Erlau holen, konnte jedoch den Herzog nicht bestimmen, hiezu seine Zustimmung zu geben. Er sowohl als auch Ludwig von Baden, der vergeblich die Führung des nach Slawonien bestimmten Corps verlangt hatte, verließen daher die Armee. Karl von Lothringen führte nunmehr den vom Wiener Hofe gebilligten Plan aus, Siebenbürgen zu besetzen und der Herrschaft des Kaisers zu unterwerfen. Trotz aller Gegenvorstellungen und Anerbietungen des Fürsten Apaffy marschierte er mit seiner Hauptmacht, nachdem er sich ohne Schwertstreich der Festung Peterwardein bemächtigt hatte, in das Fürstentum ein und erzwang durch sein Erscheinen den Vertrag von Blasendorf (27. Oktober), durch welchen der kaiserlichen Armee fast sämtliche Städte und Festungen von Bedeutung eingeräumt wurden. Außerdem mußte die Verpflegung der Truppen übernommen und ein Betrag von 700000 Gulden in sieben monatlichen Raten entrichtet werden. Dagegen durfte sich der Fürst mit seinem Sohne, der bereits zum Nachfolger gewählt war, außerhalb der den Kaiserlichen überlassenen Orte eine Residenz suchen, und wurde die Unabhängigkeit der Landesverwaltung durch den Landtag und freie Religionsübung für alle vier Religionsparteien zugestanden. Lothringen ließ sogar das Versprechen, daß die kaiserliche Armee das Land wieder verlassen werde, wenn der Feldzug des nächsten Sommers ihr Verbleiben nicht notwendig machen sollte, in den Vertrag aufnehmen. Daß daselbe nicht gehalten werden würde, war ziemlich einleuchtend, da ja die Siebenbürger keine Macht besaßen, die Ausführung dieser Bestimmung zu erzwingen. Thatsächlich war das ganze Land in der Gewalt der kaiserlichen Generale. Gleichzeitig war auch Slawonien mit Essek, Karlowitz, Posega und anderen kleinen Festen von dem unter Dünewald dahin abgesendeten Corps, welches mit den Truppen des Banus in Verbindung getreten war, besetzt worden.

Kaiser Leopold beeilte sich, alle politischen Folgerungen zu ziehen, welche die militärischen Ereignisse in Ungarn zuließen. Er berief im Oktober 1687 den Reichstag nach Preßburg, wohin er sich mit seinen Söhnen Joseph und Karl persönlich begab, um die Krönung des ersteren vornehmen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit sollte die Anerkennung der Erbfolge seiner Familie im Königreiche Ungarn im Landtage durchgesetzt und der berüchtigte Artikel 31 der Bulle Andreas II. aufgehoben werden, der den Ständen das Recht einräumte, sich einem gesetzwidrigen Verfahren des Königs auch mit gewaffneter Hand zu widersetzen. In der königlichen Proposition wurde mit aller Bestimmtheit hervorgehoben, daß Ungarn thatsächlich im Verhältnisse eines eroberten Landes zu der

Dynastie stehe, denn es heißt darin: „Seine Majestät, der Kaiser und König, hätte zwar das Recht, dem Reiche, welches er teils aus der Rebellen, teils aus der Türken Hände mit so viel Mühe, Gefahr, Kosten und Blute der Seinigen wieder gewonnen hat, neue Gesetze zu geben und das, was er mit den Waffen erobert, dem Kriege gemäß abgefondert für sich und seine glorreichen Nachkommen zu behalten, auch abgefondert nach milden und geeigneten Gesetzen zu regieren: aber ungeachtet dessen will er aus angeborener Huld die alten Gesetze auch fernerhin in Kraft bestehen lassen; die Freiheiten, Privilegien, Rechte und Gesetze der Stände unverkürzt erhalten und durch den zu krönenden neuen König jener Eidesformel gemäß, welche Ferdinand I. bei seiner Krönung beschwor, . . . bestätigen lassen.“¹⁾ Der Widerstand gegen die Erblichkeit und gegen das verfassungsmäßige rebellionsrecht war kein sehr nachhaltiger, wo er laut wurde, begnügte man sich, ihn mit barschen Worten abzuthun. Leopold selbst fuhr den Oberflandesrichter Draskovich, der sich gegen die Erblichkeit erklärt hatte, so heftig an, daß Draskovich aus Schrecken darüber wenige Tage darnach starb. Sogar die Ausdehnung des Erbrechtes auf die männlichen Nachkommen der spanisch-habsburgischen Linie wurde durchgesetzt und am 9. Dezember die Krönung des neunjährigen Königs vorgenommen. Der Adel hat dagegen seine Vorrechte, die mit Ausnahme des Artikels 31 der Bulle des Königs Andreas im Krönungsdiplom anerkannt wurden, gerettet. Die kaiserliche Regierung dachte nicht daran, durch einschneidende Aenderungen und Verbesserungen in der Verwaltung das Volk für die neue Regierung einzunehmen, die Einnahmen des Staates zu heben und zu sichern, wie es der große Kurfürst in Preußen gethan hatte, dessen Verfassung der Reform gewiß nicht weniger Schwierigkeiten entgegensetzte, als die ungarische. Die Annäherung der Länder der Stephanstrone an die Kulturzustände der deutschen Erbländer war kein Ziel, das die österreichischen Politiker anstrebten, ihr Blick reichte nicht so weit, die notwendigen Bedingungen für ein in der Entwicklung begriffenes Staatswesen zu erkennen und die unerläßliche Rechtsgleichheit in demselben vorzubereiten. Ihnen schien die Alleinherrschaft des Katholizismus weit erstrebenswerter und sie verscherzten durch ihre Härte gegen die Andersgläubigen die Mitwirkung jener Elemente, welche am geeignetsten gewesen wären, der königlichen Gewalt ein bleibendes Uebergewicht über den Adel zu sichern. Dennoch setzten sie die Glaubenseinheit nicht durch. Das Verlangen des ungarischen Klerus nach Aufhebung der freien Religionsübung der Evangelischen blieb unberücksichtigt. Die Beschwerden gegen das Sperieser Blutgericht wurden mit so großem Nachdruck erhoben, daß sich Leopold zur Aufhebung desselben genötigt sah, und im Artikel 21 der Reichs-

¹⁾ Daß dieser Standpunkt im Jahre 1687 eingenommen wurde, hat eine viel größere politische Bedeutung als der Nachweis, daß schon vor dem Preßburger Reichstage unbestreitbare Erbrechte des Hauses Habsburg in Ungarn bestanden haben, was Lustkandl gegen Deak festzuhalten versucht hat. Sindelys Abhandlung „Ueber die Erbrechte des Hauses Habsburg auf die Krone von Ungarn in der Zeit von 1526—1687“ (Arch. f. ö. Gesch. 51. Bd.) hat übrigens dargethan, daß das 1526 erworbene Erbrecht sich nur auf die Dynastie im allgemeinen erstreckt hat, daß der ungarische Reichstag sich dagegen das Wahlrecht unter den einzelnen successionsfähigen Prinzen des Hauses gewahrt hat.

tagsakten von 1687 wurden die Bestimmungen des Debenburger Reichstages neuerlich bekräftigt, durch welche einzelnen Städten und den Grundherren der evangelische Gottesdienst gestattet worden war. Eines war klar: das Haupt des Hauses Oesterreich war nicht nur dem Titel, sondern auch der That nach König von Ungarn, die Kronen Karls des Großen und des heiligen Stephan waren in einer Familie vereint und dadurch das Interesse gewahrt, welches das deutsche Reich hatte, Ungarn in seinem Machtkreise zu halten. Zugleich war aber auch dem Hause Habsburg ein neuer hoffnungsvoller Wirkungskreis erschlossen. Seine Aufmerksamkeit war vom Reiche abgelenkt, neue Erwerbungen im Osten konnten leichter in Aussicht genommen werden, als solche im Westen, die große Macht, welche der Besitz von Ungarn gewährte, konnte den Verlust an Macht verschmerzen lassen, den das Kaisertum erlitten hatte und der Drang nach Wiederherstellung der alten Kaisergröße konnte gemildert sein.¹⁾ Zur Erhaltung und Vermehrung des Besitzstandes an der mittleren und unteren Donau war die Bundesgenossenschaft wohlgerüsteter deutscher Reichsfürsten sehr erwünscht und jedenfalls wirkungsvoller, als die stets zweifelhaften und spärlichen Reichshülfen. Die Gegenleistung für diese Bundesgenossenschaft bestand aber darin, daß Oesterreich der kräftigen Entfaltung neuer Staaten im Reiche kein Hindernis in den Weg legte, daß es also die allmähliche Auflösung der alten Form des Reiches geschehen ließ.

Es wird nicht bezweifelt werden können, daß jener deutsche Staat, der genug Kraft in sich besaß, sich über die anderen zu erheben und in langsamem, aber sicherem Fortschreiten eine neue fest begründete Vorherrschaft über sie zu erlangen, das größte Interesse an dieser Veränderung der Stellung des Hauses Oesterreich hatte, daß er den wichtigsten Vorteil damit errang, indem er die nach dem Osten gerichteten Bestrebungen der Habsburger unterstützte und ihm die Grundlage einer künftigen Selbständigkeit schaffen half. Es soll nicht gesagt werden, daß Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg in seiner Voraussicht so weit gegangen sei, den ganzen Abgliederungsprozeß der österreichisch-ungarischen Staatengruppe und die Nachfolge der Hohenzollern im deutschen Reiche zu erkennen, aber es muß gestattet sein, darauf hinzuweisen, daß der große Kurfürst für die künftige Stellung seines Hauses und des von ihm begründeten Staatswesens den glücklichsten Schritt gethan hat, als er Oesterreich die Wiedereroberung von Ungarn ermöglichte. Und er hat sie ermöglicht; nicht etwa nur durch das

¹⁾ Wie klüß die Erwartungen gewesen, welche die öffentliche Meinung an die Siege Oesterreichs und die gleichzeitigen Erfolge der Venetianer in Morea geknüpft hat, erfahren wir aus einer Schrift von 1687: „Triumphirender Reichs-Adler, Welcher So wol gegen Orient als Occident seine Flügel auß glücklichste ausbreitet, Insonderheit nunmehr gegen Constantinopel, Wie und welcher Gestalt solcher importanten Ort Mittelst vorhergehender Eroberung der unüberwindlichsten Darbanellen möchte occupiret, Und Sodann mit dem Erb-Feind ein ewiger Friede gestiftet werden.“ Darin heißt es nach einer Charakteristik der verwirrten Zustände am goldenen Horn: „Rebus sic stantibus, wollen ihrer viel raisonniren, daß die Türken ohne Ungarn, Siebenbürgen und Morea, noch Moldau, Wallachey, Bosnien, Servien, Candien und die Ukraine verlieren dürften, weil ihre Consternation so groß, und die Gegen-Verfassung so gar gering ist. Ob man nachgehends den Eiß von Constantinopel weg gen Akkair oder Damascus, oder Aleppo verlegen wird, stehet dahin und geschiehet, so wird das Türkische Chaos in Kurzen zerfallen, und der unüberwindliche Römische Adler mit Recht nach Orient und Occident schauen.“

Kriegsvolk, das sein Blut vor Ofen vergossen hat, sondern durch das Bündnis mit dem Kaiser, dessen Bestand durch drei Jahre hindurch Frankreich abgehalten hat, den neuen Angriff gegen Deutschland ins Werk zu setzen.

Das Jahr 1688 begann für die ungarischen Angelegenheiten so glücklich, als das vorangegangene geschlossen hatte. Während die meuterischen Janitscharen, welche durch die Hinrichtung des Großveziers nicht befriedigt werden konnten, nach Konstantinopel gezogen waren und die Entthronung des Sultans Mohammed IV. erzwungen hatten, war Erlau, das lange hartnäckig verteidigte, in die Hände Caraffas gefallen, hatte Helene Tököly Munkacs übergeben und sich der Gnade des Kaisers ausliefern müssen. Er ließ die Kinder aus ihrer Ehe mit Franz Rakocz, Julia und Franz, im Besitze ihrer väterlichen Güter und gab ihnen den Cardinal Kolonicz zum Vormund. Julia wurde in einem Kloster in Wien erzogen, aus dem sie später der Graf von Aspremont entführte und heiratete; Franz wurde zuerst in Wien, später in Neuhaus in Böhmen erzogen. Seine spätere Laufbahn ist mit der Geschichte des spanischen Erbfolgekrieges innig verknüpft. Die ungarischen Unzufriedenen mußten sich nach diesen schweren Schlägen zunächst damit begnügen, den Federkrieg an die Stelle der offenen Rebellion gegen das Haus Habsburg treten zu lassen. In Flugschriften wurde die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse des Preßburger Landtages, sowie die Erblichkeit der Stephanskronen bekämpft. Dieselben müssen doch die Aufmerksamkeit vieler Kreise auf sich gezogen haben, namentlich im Reiche vielfach gelesen worden sein, sonst würde es die österreichische Regierung kaum für notwendig befunden haben, eine Entgegnung erscheinen zu lassen.¹⁾

Die größten Erfolge errang Caraffas Schlaueit und Rücksichtslosigkeit in Siebenbürgen. Dort erklärte er im Namen des Kaisers den Ständen, daß der Blasendorfer Vertrag außer Kraft trete und brachte den Landtag von Fogaras dazu, am 11. Mai 1688 eine Huldigungsurkunde zu genehmigen, in welcher Siebenbürgen seiner Selbständigkeit und dem türkischen Schutze entsagte und sich dem Kaiser und Könige von Ungarn freiwillig unterwarf. Der Kaiser gestattete dagegen in dem Reskript vom 17. Juni den vier im Lande anerkannten Religionsgenossenschaften die freie Religionsübung. Nicht minder glücklich liefen die militärischen Unternehmungen von 1688 ab. Max Emanuel von Baiern erhielt den lange gewünschten Oberbefehl über die kaiserlichen Truppen in Ungarn, Ludwig von Baden die Führung des zur Eroberung von Bosnien bestimmten Corps, Karl von Lothringen zog sich unter dem Vorwande einer Erkrankung von der Armee zurück und hatte nur die eine Genugthuung, daß sein erbittertster Gegner Hermann von Baden vom Präsidium des Hofkriegsrates enthoben und Rüdiger Starhemberg an seine Stelle gesetzt wurde. Markgraf Hermann erhielt die Aufgabe, dem Reichstage in Regensburg als Prinzipalkommissär vorzustehen. Das erste hervorragende Kriegseignis war die Einnahme Stuhlweißenburgs durch Caprara, darauf erfolgte die Einnahme von Lippa am Maros, dessen Besiz die Verbindung mit Siebenbürgen sicherte, dann die Eroberung von

¹⁾ „Der in Böhmishe Hofen ausgekleidete Ungarische Libertiner. Oder des Glorwürdigsten Erz-Hauses Oesterreich festgesetztes Souverain- und Erbrecht im Königreich Ungarn . . . Durch der Röm. Kai. Maj. hievor gewesnen Hauptmann, nachmals General-Auditor Lieutenanten Johann Nicol. Flämtyer.“ Würzburg. Rob. Herz u. Johann Zieger. 1688.

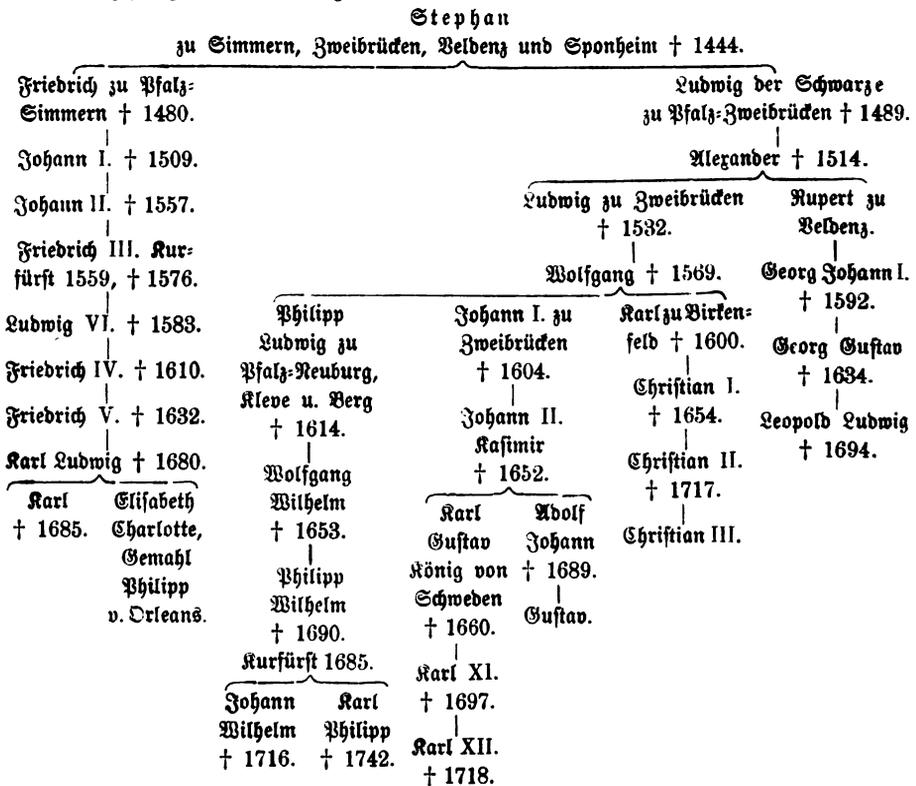
Belgrad durch Max Emanuel (6. September). Die Tapferkeit des Kurfürsten, der selbst durch einen Pfeil in der Wange verwundet wurde, der Grafen Scherffenberg und Fürstenberg, die bei dem Hauptsturme ihr Leben ließen, der Grafen Guido und Franz Starhemberg und die Ausdauer der deutschen Soldaten brachten das stolze Bollwerk zu Fall. Der Markgraf von Baden säuberte in Verbindung mit dem Banus das kroatische Grenzgebiet und ging dann bei Brod über die Save. Mit 3000 Reitern griff er ein 15000 Mann starkes türkisches Heer bei Derbend an und schlug es in die Flucht. Banjaluka und Zmornik waren der Preis des Sieges. Selbst über die Grenzen von Siebenbürgen hinaus, in die Walachei, wurden die kaiserlichen Waffen getragen. Der Woiwode Sorban huldigte dem Kaiser und erbot sich, kaiserliche Regimente in seinem Lande überwintern zu lassen. Veterani, der den Feldzug in der Walachei geleitet hatte, zog es aber vor, in Siebenbürgen in Sicherheit zu bleiben und sich auf keine abenteuerlichen Züge einzulassen, sowie auch Caprara und Ludwig von Baden der Zumutung des Wiener Hofes, bis an den Balkan vorzudringen, nicht nachkamen, indem sie mit Recht darauf hinwiesen, daß ihre Truppen kaum hinreichten, das Erworbene zu erhalten. Der Winter 1688—89 brachte Friedensanträge, über deren Aufnahme wir jedoch später zu berichten haben werden.

Die Verhältnisse in Deutschland hatten indessen seit dem Abschlusse des zwanzigjährigen Waffenstillstandes mancherlei Aenderungen erfahren, welche auf die Beziehungen zu Frankreich Einfluß nahmen, so daß die Gefahr eines neuen Krieges immer drohender wurde. Zunächst hatte die pfälzische Erbfolge den Anlaß gegeben. Der stiehe und geisteschwache Kurfürst Karl, der seinem Vater Karl Ludwig im Oktober 1680 in der pfalzgräflichen Würde gefolgt war, starb am 26. Mai 1685, und mit ihm erlosch die Simmernsche Linie der Wittelsbacher. Er hatte vor seiner Gemahlin, der dänischen Prinzessin Wilhelmine Ernestine, die er für krank hielt, einen so großen Abscheu empfunden, daß die Kinderlosigkeit dieser Ehe schon lange vorauszusehen gewesen war. Das Verhältnis der beiden Gatten artete nicht in solcher Weise aus, wie das zwischen seinem Vater und seiner Mutter, welche er wieder nach Heidelberg zurückberufen hatte. Die Liebe Karls zu dem Fräulein Rüdft von Kollenberg, wenn dieselbe wirklich angenommen werden darf, hat keine Folgen gehabt, über welche sich die Kurfürstin hätte beklagen dürfen, aber das Zusammenleben mit der schwerfälligen und interesselosen Frau lastete doch drückend auf dem unglücklich veranlagten Fürsten, der in nutzloser Soldatenspielerei das Geld vergeudete, mit welchem er sein Land für die bevorstehenden Kriegsstürme hätte wehrhaft machen können. „Während Karls Halbbrüder, die Raugrafen,“ erzählt Häußer, „den ernstesten Kriegsdienst suchten und als brave Soldaten einen frühen Tod starben, ließ er große Zubereitungen zu militärischen Scheinkämpfen machen und nahm sich ihrer Leitung mit einem Eifer an, der ihm für ernste Dinge nie abzugewinnen war. So wurde das Schloß Fridelsheim, das Dorf Ivesheim wochenlang belagert, und derselbe Fürst, der sein Land Günstlingen und habgierigen Hößlingen überließ, leitete hier alle Arbeiten mit unausgesetzter Thätigkeit, wie

wenn es sich um die wichtigste Angelegenheit des Landes handelte. In dem heißen Sommer des Jahres 1684 wurde sogar das alte Schloß Sichelshelm am Rhein zu einer Schanze umgewandelt und Negroponte getauft, und der Kurfürst lag mit seinem Hofe und dem Heer vier Wochen vor der eingebil deten Festung. Soldaten, Hofleute und Studenten waren da als Türken und Kaiserliche verummmt, litten durch die ungewöhnliche Hitze und starben wie in einem wirklichen Feldlager in großer Zahl an tödlichen Fiebern. Auch der Kurfürst holte sich hier den Keim zu der Auszehrung, die ihn schließlich in dem besten Lebensalter dahintraste. Die treffliche Haus- und Staatsordnung, die sein Vater begründet hatte, durch die er das im langen Kriege nahezu verödete Land wieder zu Blüte und Wohlhabenheit gebracht hatte, wurde unter seiner Regierung, welche der Hofprediger und Kirchenrat Langhanns fast unumschränkt leitete, von Grund auf zerstört, „der pfälzische Hof wurde das Eldorado für alle Hoffschranzen, Müßiggänger und Schlemmer. Das Wohlleben, das Zeichen war die Beschäftigung der Hofleute; wie ein Zeitgenosse sagt, brachten sie die Zeit außer den Eßstunden damit zu, die jedesmal heingebrachten Käufche auszuschlafen.“

Kurz vor dem Tode Karls wurde mit Pfalz-Neuburg wegen der Nachfolge im Kurfürstentum ein Einvernehmen gesucht. Von den Linien Zweibrücken des pfälzischen Hauses, welche damals noch in fünf Zweigen blühten,¹⁾ war die

¹⁾ Die alte Kurlinie zu Pfalz, die ältere des Wittelsbachischen Hauses, erlosch mit Otto Heinrich 1559; von ihr hatte sich 1410 unter Herzog Stephan die Linie Simmern-Zweibrücken-Belbenz abgezweigt, die abermals geteilt wurde.



katholisch gewordene pfalz-neuburgische die nächstberufene, zugleich auch durch den Besitz eines stattlichen Teiles der jülich-kleveischen Erbschaft die mächtigste. Es war nicht daran zu denken, sie der Religionsverschiedenheit wegen zu übergehen, um so mehr, als Philipp Wilhelm auch der Schwiegervater des Kaisers war. Er zeigte sich gegenüber den Forderungen der Pfälzer übrigens auch so zuvorkommend, als es ihm als Katholiken überhaupt möglich war, indem er in dem am 22. Mai zu Schwäbisch-Hall abgeschlossenen Vertrage sowohl den Reformierten als auch den Lutheranern Religionsfreiheit gewährte, ihren Pfarrern und Lehrern die von ihnen besorgten Stellen sicherte, die reformierte Kirchenverfassung bestehen ließ und im allgemeinen alle Zusagen machte, welche zum Zwecke der Gleichstellung aller drei Bekenntnisse in den Kurlanden gewünscht wurden. Bei Besetzung der Beamtenstellen sollte es dergestalt gehalten werden, „daß kein Teil der in dem Instrumento pacis zugelassenen Religionen davon exkludiert sei, sondern ebenfalls mit dazu gezogen werden solle;“ der Pfalzgraf gelobte sogar, seine katholischen Glaubensgenossen „dergestalt vermittelt ihrer Bestellungen einschränken und verbinden zu lassen, daß die Reformierten und Lutheraner der Religion halber von ihnen das geringste Widrige nicht zu besorgen haben“. Die theologische Fakultät der Universität Heidelberg blieb den Reformierten, an den drei anderen Fakultäten sollten bei Besetzungen die drei Bekenntnisse abwechseln. Obwohl Kurfürst Karl den Vertrag nicht mehr unterzeichnet hat, er also nicht vollkommen rechtskräftig wurde, hat Philipp Wilhelm denselben doch ehrlich gehalten. Sein Regierungsantritt wurde übrigens von Leopold Ludwig von Welden, der mit dem verstorbenen Kurfürsten um einen Grad näher verwandt war, bestritten. Da jedoch der Kaiser und die übrigen Kurfürsten für den Neuburger entschieden, so war der Pfalzgraf von Welden nicht in der Lage, sein jedenfalls zweifelhaftes Recht, welches er in mehreren von Schilter in Straßburg verfaßten Staatschriften verteidigen ließ, wirksam geltend zu machen. Eine ganz andere Gefahr drohte dem neuerworbenen Besitze des Pfalz-Neuburgers jedoch von Frankreich. Dem großen Ludwig, dem die durch das Bündnis zwischen Brandenburg und dem Kaiser geschaffene politische Lage unerträglich zu werden begann, der nicht länger zusehen mochte, wie die Macht Habsburgs an der Donau von Jahr zu Jahr zunahm, kam die Erledigung des Kurfitzes von Heidelberg eben recht, um neuerdings einen scharfen Gegensatz zum deutschen Reiche hervorzurufen und dasselbe durch hochgespannte Forderungen zum Widerstande zu reizen.

Elisabeth Charlotte, die Gattin seines Bruders Philipp von Orleans, war die Schwester des Kurfürsten Karl. Dieselbe hatte bei ihrer Verheiratung zwar „allen Rechten auf souveräne und Lehensgüter von Vater und Mutter her, die in Deutschland lägen,“ entsagt und sich nur ihre Rechte auf außerhalb Deutschlands gelegene Güter und auf den Allodialbesitz nach dem Herkommen des pfälzischen Kurhauses vorbehalten. Dies hinderte den König jedoch nicht, ohne seine Schwägerin zu fragen, die gesamten Simmernschen Lande für sie in Anspruch zu nehmen, durch deren Besitz Philipp von Orleans deutscher Reichsfürst geworden wäre. Im Juli 1685 ließ er beim Reichstage eine darauf ausgehende Erklärung abgeben, im August sandte er den Parlamentsrat Morel nach Heidelberg, um

mit den pfälzischen Räten zu verhandeln. Derselbe stellte die ungereimtesten Rechtsgrundsätze auf, verlangte, daß man ihm die Rechtmäßigkeit des Erb-antrittes durch Pfalz-Neuburg bei jedem einzelnen Lehen beweise und stelle endlich dem im pfälzischen Hause geltenden Gewohnheitsrechte das natürliche Erbrecht Elisabeth Charlottes entgegen.

Während die Verhandlungen über den Landbesitz in den Jahren 1686 und 1687 ohne Entscheidung hingezogen wurden, kam die fahrende Habe, welche den Fürsten des Simmernschen Hauses gehört hatte, sofort in die Hände der französischen Kommissäre, welche Ludwig XIV. nach Heidelberg entsandt hatte. Die Geräte aus den kurfürstlichen Schlössern, Schmuckgegenstände, Gemälde u. dergl. wurden versteigert, wobei über 300,000 Gulden gelöst worden sein sollen, die Ansprüche an Geld, Borräten, Früchten, Vieh wurden mit 47,298 Gulden abgelöst. Erst in Verbindung mit einer Reihe anderer Fragen trat im Herbst 1688 die pfälzische wieder in den Vordergrund.

Sehr erwünscht kamen Frankreich auch die Hamburger Unruhen. Dort hatte sich seit 1685 ein starker Widerwillen gegen Lüneburg-Celle bemerkbar gemacht, welches durch den ihm anhänglichen Bürgermeister Meurer großen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte nahm. Als der Hamburger Rat jedoch anfing, verschiedene Reichsrekursionsaufträge, welche dem Herzog von Celle erteilt worden waren, nicht zu beachten, wurden von cellescher Seite Hamburger Waren angehalten, was einer dänisch gesinnten Partei der Stadt, an deren Spitze die Kaufleute Schnittger und Jastram standen, Gelegenheit bot, die Stimmung gegen Celle noch zu verschärfen und heimlich Anhänger für Dänemark zu werden. Das Verhältnis wurde nicht besser, als einige cellesche Offiziere bei dem Versuche, den Kaufmann Schnittger außerhalb der Thore von Hamburg gefangen zu nehmen, von hamburgischen Truppen eingeholt, wehrlos gemacht, in die Stadt gebracht und als Friedensbrecher hingerichtet wurden, als andererseits der cellesche Resident am Kaiserhofe, Herr von Mahrenholz, die hamburgischen Deputierten in einer Vorstadt von Wien durchprügeln ließ, als es endlich zu Kämpfen zwischen celleschen und hamburgischen Truppen in den Vierlanden kam, welche sich nachgerade zu blutigen Gefechten gestalteten. Erst die Dazwischenkunft eines Dritten brachte die Gegner, die sich ohne zureichenden Grund erhitzen, zur Besinnung. Dieser Dritte war König Christian V. von Dänemark, der seine Ansprüche auf die Landeshoheit über Hamburg niemals aufgegeben hatte, des Abwartens auf die Austragung der Angelegenheit durch das Kammergericht müde geworden war und nun die Zwistigkeiten zwischen der Stadt und Braunschweig-Celle zu benützen gedachte, um den Hamburgern die Unterthänigkeit abzutragen. Er versammelte unter dem Vorwande einer Musterung 15 000 Mann samt zahlreichem Geschütz vor der Stadt und forderte unter Aufzählung verschiedener Beschwerden, zu welchen dieselbe Anlaß gegeben habe, am 19. August 1686 den Rat auf, eine dänische Besatzung von 2000 Mann aufzunehmen. Dieser Gefahr gegenüber zeigte sich die Mehrzahl der Hamburger Bürgerschaft zur gemeinsamen Abwehr und zur Verteidigung ihrer Reichsfreiheit einig und entschlossen. Es sollen zwar die Anhänger Schnittgers und Jastrams in der Nacht auf den 23. August zwei Thore offengehalten haben, um einem Handstreich der

Dänen entgegenzukommen; die günstige Gelegenheit wurde jedoch von den Dänen nicht ausgenützt, dagegen die Verschwörung in Hamburg entdeckt. Schnitger und Jastram wurden nebst einigen anderen Bürgern gefänglich eingezogen. Mit der ihnen zu Gebote stehenden bewaffneten Macht, welche aus 2000 geworbenen Soldaten und vier Regimentern Bürgerwehr bestand, hielten die Hamburger die ersten Angriffe der dänischen Armee aus, ja sie beunruhigten von der Sternschanze aus die Belagerungsarbeiten des Feindes in sehr wirksamer Weise und trieben die Abteilungen, welche die zwischen Hamburg und Altona gelegenen Häuser zu plündern und zu zerstören suchten, zurück.

Die nachbarliche Hilfe war auch sofort bereit. Braunschweig-Celle stellte nicht nur sofort die Feindseligkeiten ein, sondern stellte den Hamburgern 2000 Mann zur Verfügung. Diese wurden am 21. August ihres Dienstes gegen den Herzog entlassen und beim Einmarsche auf hamburgisches Gebiet vom Rat in Eid und Pflicht genommen. Desgleichen trat der Kurfürst von Brandenburg, der eben von einer Zusammenkunft mit Wilhelm von Oranien in Kleve zurückgekehrt war, kräftig für die Freiheit Hamburgs ein. Der König von Dänemark hatte ihm zwar am 15. August in einem Schreiben sein Vorhaben gegen die Stadt angezeigt¹⁾ und ihm darin nahe gelegt, er folge nur dem Beispiele der deutschen Fürsten, die der Reichsfreiheit von Köln, Münster, Erfurt, Braunschweig und Magdeburg ein Ende bereitet hatten. Der Kurfürst erkannte jedoch in der Besetzung der wichtigsten Handelsstadt Deutschlands und in der Sperrung der Elbemündung durch einen fremden Fürsten, wenn er auch nebenbei Herzog von Holstein war, eine Bedrohung Brandenburgs nicht nur, sondern auch des ganzen Reiches, und sendete nicht nur sofort einen Gesandten in der Person des geheimen Rates Thomas von dem Rnesebeck ins dänische Lager, um den König von seinem Vorhaben abzumahnern, sondern ließ auch die ihm nach dem Abmarsche des in Ungarn kämpfenden Hilfscorps noch verbliebenen Truppen in der Stärke von 2000 Mann nach Lenzen an die Elbe rücken, um der Stadt Hamburg bei ihrer Verteidigung zu Diensten zu stehen.

Aus den Berichten Rnesebecks, seines Nachfolgers Wolfgang von Schmettau und des brandenburgischen Gesandten am celleschen Hofe, Otto von Schwerin des Jüngeren, geht hervor, daß der König von Dänemark bei seinem Unternehmen wohl auf die Unterstützung Frankreichs gerechnet, jedoch keine bestimmte Zusage erhalten habe.²⁾ Graf Nebenac, der beim Ausbruche der Feindseligkeiten von Berlin in das dänische Hauptquartier geeilt war, scheint den Eindruck empfangen zu haben, daß die militärische Lage für Dänemark ungünstig war

¹⁾ Lieboldt, „Auszüge aus Aktenstücken des kgl. Geh. Staatsarchivs zu Berlin, betreffend die kriegerischen und politischen Vorgänge in und um Hamburg vom 19. August bis Ausgang Oktober 1686.“ (Zeitschr. des Vereins für hamburgische Geschichte, N. F. V. Bd. 2.) Fleischkresser, Berichte über die Belagerung Hamburgs 1686. (Ebendasselbst, V. Bd. 1.)

²⁾ Daß man in Deutschland einen Zusammenhang zwischen den pfälzischen Präentionsen und den Hamburger Unruhen vermutet hat, beweisen einige Bemerkungen in der Schrift „Hamburger Groß-Müdigkeit Vereut Ihre Unbandbarkeit“ (Gedruckt in dieser Stadt 1686), welche noch vor dem Anmarsche der Dänen verfaßt wurde. Ihre ausführliche Darstellung der Wegführung Schnitgers durch die Lüneburger ist in das Theatr. Europ. übergegangen.

und ein Erfolg gegen die genügend armierte Stadt kaum erwartet werden durfte. Er hat sich daher bemüht, dem Könige einen anständigen Rückzug zu ermöglichen. Christian V. hatte gehofft, die Stadt überrumpeln und dann auf Grundlage des Besitzes mit den Nachbarn unterhandeln zu können. Ein offener, langwieriger Krieg mit den braunschweigischen Herzögen und Kurbrandenburg, mit dem er ja im Bündnis stand, war nicht seine Absicht, um so weniger, als auch Schweden ohne Zweifel in Thätigkeit getreten wäre. Die Wehrhaftigkeit der Hamburger, welche sich nicht abhalten ließen, selbst während des von Kneesebeck zu stande gebrachten kurzen Waffenstillstandes die fortschreitenden Arbeiten der Dänen in den Laufgräben durch einen kräftigen Ausfall zu zerstören, sowie der Anmarsch der brandenburgischen Truppen wirkte lähmend auf die Kriegslust der dänischen Armee. Der Generalissimus Graf von Guldenlöwe äußerte sich, „daß es bei diesem Feldzuge wenig Ehre zu erlangen gäbe“ und meinte, daß der König die Armee abführen werde, wenn sich die Hamburger zu einigen „höflichen Ausdrücken“ verständen. Noch ehe aber die Erklärung, welche der Rat dem Könige zu geben hatte, endgültig festgestellt und vom Könige angenommen war, wurde die dänische Armee nach einer stattlichen Parade, die vor der Stadt abgenommen wurde, am 14. September aufgelöst und entlassen. Das kaiserliche Achtmandat gegen Dänemark, durch welches die Reichsregulation an Georg Wilhelm von Celle und den Kurfürsten von Brandenburg als kreis-ausschreibende Fürsten des niederländischen Kreises aufgetragen wurde, kam noch zur Veröffentlichung, hat aber jedenfalls weniger zur Beilegung des für das Reich so gefährlichen Zwischenfalles beigetragen, als die energische und unermüdlche Bemühung des großen Kurfürsten um die Herstellung der Ruhe. Schmettau leitete die Verhandlungen wegen zwischen Dänemark und der Stadt auszuwechselnden Deklarationen, welche größtenteils in Gottorp stattfanden, und erreichte die Rückkehr zum Pinneberger Rezeß von 1679, durch welchen die Entscheidung über die Frage, ob Hamburg der Lehenshoheit der Herzöge von Holstein unterstehe, dem Kammergerichte vorbehalten blieb. Die von Dänemark verlangte Amnestie für die Führer der dänisch gesinnten Partei wurde von der Stadt nicht gewährt. Schnittgers und Jastrams Häupter fielen unter dem Beile des Henkers. Der Abzug der Hülfsstruppen aus Hamburg erfolgte im Laufe des Oktober, endlich auch die Wiedereinsetzung des Bürgermeisters Meurer, der, obwohl ein Werkzeug der Lüneburger, sich doch auch durch Schmettau der Gnade des Kurfürsten empfehlen ließ.

Die wachsende Unsicherheit der Verhältnisse, zu welcher die fortgesetzten Rüstungen und Befestigungsarbeiten Frankreichs am meisten beitrugen, führte notwendigerweise zu neuen Anstrengungen hinsichtlich der Wehrhaftmachung des Reiches. Die an der Westgrenze desselben gelegenen Stände mußten einen hohen Grad von Beunruhigung fühlen, wenn sie wahrnahmen, daß Jahr für Jahr das gesamte kaiserliche Kriegsvolk durch den Krieg in Ungarn gebunden war, daß außerdem Baiern, Brandenburger, Sachsen, fränkische und schwäbische Kreistruppen dahin marschierten, so daß das Reich von schlagfertigen Truppen nahezu entblößt war und einem plötzlichen Ueberfalle des Nachbarn jenseits des Rheines wehrlos gegenüber stand. Es wurde daher schon Ende 1685 auf dem

fränkischen Kreistage die Ansicht ausgesprochen, man müsse durch neue Verabredungen und Bündnisse für die Verteidigung der westlichen Grenzländer Sorge tragen. Graf Ludwig Gustav von Hohenlohe, kaiserlicher Geschäftsträger beim fränkischen Kreise, berichtete darüber nach Wien und legte am 13. Februar 1686 der kaiserlichen Regierung ein Allianzprojekt vor, welches auf einem nach Nürnberg zu berufenden Ständetage beraten werden sollte¹⁾. Die für die auswärtigen Angelegenheiten eingesetzte Deputation der geheimen Räte, in welcher die Grafen Königsseeck und Strattmann den größten Einfluß hatten, nahm die von Hohenlohe gegebene Anregung sehr günstig auf und betraute denselben mit der Aufgabe, bei einer Reihe von Ständen für den Abschluß einer neuen, der Lagenburger ähnlichen Allianz einzutreten und diese für die Beschickung eines Kongresses zu gewinnen, auf welchem das Bundesstatut beraten werden mußte. Für Kurpfalz, Bamberg, Würzburg, Baireuth, Anspach, Kassel, Darmstadt, Fulda, Eichstädt, den Deutschmeister und die geistlichen Kurfürsten am Rheine erhielt Hohenlohe besondere Beglaubigungsschreiben; bezüglich der letztgenannten wurde ihm jedoch bedeutet, daß er bei diesen mit besonderer Vorsicht zu Werke gehen müsse, um nicht bei Frankreich Argwohn zu erregen. Mit Baiern behielt sich der Kaiser die unmittelbare Verhandlung vor, an die Herzoge von Sachsen-Eis nach und Sachsen-Gotha wurden Einladungsschreiben gerichtet, bei Sachsen und Schweden durch die kaiserlichen Gesandten in Dresden und Stockholm einleitende Schritte zur Heranziehung dieser Mächte zu dem beabsichtigten Bunde unternommen.

Als Hohenlohe seine diplomatische Thätigkeit bei den Ständen des fränkischen Kreises begann, fand er dort mit seinen Vorschlägen die beste Aufnahme. Die beabsichtigte Versammlung wurde jedoch nicht so schnell in Szene gesetzt, als man ursprünglich gehofft hatte, sondern durch besondere kaiserliche Einladungsschreiben über Wunsch Baierns nach Augsburg, und zwar für den Monat Juni einberufen. Auch der Kurfürst von der Pfalz, bei welchem Hohenlohe Ende März vorsprach, zeigte sich der Sache geneigt. Es war ihm zwar vom französischen Gesandten die Versicherung gegeben worden, er hätte von seiten seines Königs keine „Thätlichkeiten“ zu befürchten, trotzdem sah er die Notwendigkeit ein, seine festen Plätze dies- und jenseits des Rheines mit ausreichenden Besatzungen zu versehen, und wünschte zu diesem Zwecke Unterstützungen von den Bineburgischen Häusern, Kurbaiern und den fränkischen Kreisständen. In Mainz und Köln war der Einfluß Frankreichs so vorherrschend, daß dort von einer Beteiligung an dem Bunde nicht die Rede sein konnte. Trier jedoch nahm die Eröffnungen Hohenlohes mit Befriedigung auf.

Die französischen Diplomaten erhielten sehr bald Kenntnis von dem Unternehmen, das ja unverkennbar gegen den Ausdehnungsdrang ihres Staates gerichtet war, und bemühten sich, die vom Wiener Hofe eingeleitete Aktion als Friedensstörung und Bedrohung Frankreichs hinzustellen. Man war in Wien

¹⁾ Die hier folgende Darstellung der Entstehung des Augsburger Bundes beruht auf Forschungen im Wiener Staatsarchiv, über deren Ergebnisse ich in ausführlicherer Weise an anderer Stelle in einer besonderen Abhandlung berichte.

sehr ungehalten darüber, daß das Allianzprojekt nicht geheimgehalten worden war, und beschuldigte Hohenlohe des Mangels an Vorsicht in seinem Verkehre mit den Vertretern fremder Mächte, namentlich brandenburgischen Staatsmännern. Zur Zeit der Vorbereitung der Augsburger Allianz waren, wie wir gezeigt haben, die Verhandlungen mit Brandenburg noch nicht zum Abschluß geblieben, man wußte daher auch noch nicht, wie sich der Kurfürst zu denselben stellen werde. Hohenlohe stellte dem Tadel, der ihm von Wien aus nicht erspart wurde, die Ansicht gegenüber, daß die allzugroße Behutsamkeit in dergleichen öffentlichen Angelegenheiten, welche durch die Kreise gehen müssen und daher nicht verborgen bleiben können, mehr Schaden als Nutzen anrichte, da man hinter dem Geheimnisse immer größere Gefahren vermuten kann, während offene Erklärungen beruhigend wirken. Es wurde ihm aber doch zur Leitung der Beratungen in Nürnberg in der Person des Johann Friedrich von Seilern ein zweiter kaiserlicher Kommissär an die Seite gestellt, der mit den Verhältnissen der westdeutschen Reichsstände sehr genau bekannt war. Seilern war bis 1675 Rat an pfälzischen Hofe gewesen, dann jedoch infolge eines Zerwürfnisses mit dem Kurfürsten Karl Ludwig, der ihn sogar gefangen setzen ließ, von Heidelberg nach Wien gezogen und hatte als Konvertit ¹⁾ in den dortigen Regierungskreisen gute Aufnahme gefunden. Er hat nachmals hohe Vertrauensposten innegehabt, wurde Konferenzrat und oberster Hofkanzler, 1693 Reichsfreiherr, 1713 Reichsgraf.

Am 24. April ergingen neue kaiserliche Ausschreiben zur Beschickung des Augsburger Tages, in welchen die Notwendigkeit betont wurde, noch vor Nichtstellung des punctus securitatis Vorkehrungen zu treffen, um in diesen verwirrten Zeiten von den Ständen Widerwärtigkeiten abzuhalten. Die Stände hätten zu ihrer Sicherstellung selbst gemeinschaftlich gutes Einverständnis gepflogen. Der Kaiser wolle dieselbe erneuern, „und zur Manutention des weiten deutschen Vaterlandes, keineswegs aber zu jemandes Offension befördern“. In der Instruktion für Hohenlohe und Seilern vom 21. Mai wird die Errichtung eines neuen Bündnisses mit dem Ablauf des Laxenburger Vertrages begründet und als Zweck desselben der Schutz der Reichsstände gegen unverhofften Ueberfall und Vergewaltigung bezeichnet. Am 21. Juni begannen die Konferenzen in Augsburg, an welchen sich die Vertreter des fränkischen Kreises, der sächsischen Herzogtümer, Baierns und des bairischen Kreises, Spaniens (für Burgund) und Schwedens beteiligten. Die schwäbischen Gesandten waren zwar anwesend, wollten jedoch an der Beratung neuer Bundesfazungen nicht mitwirken, sondern sich nur auf die Erneuerung schon bestehender Bündnisse einlassen. Schweden machte im Prinzip keine Schwierigkeiten; der Gesandte Snoilsky, der vor seiner Ankunft in Augsburg durch den französischen Geschäftsträger in Regensburg, Ludwig Verjus Graf von Crecy, scharf bearbeitet worden war, ließ sich aber zu keiner Zusage in betreff der Leistungen zur Allianz herbei.

¹⁾ Sein Uebertritt von der reformierten zur katholischen Kirche wird in den kurzen Biographien, die wir von Seilern besitzen, mit seiner Abneigung gegen Weingenuß in Zusammenhang gebracht, die es ihm unmöglich gemacht haben soll, das Abendmahl in beiden Gestalten zu empfangen.

Der Allianztraktat, welcher am 9. Juli abgeschlossen wurde, führte in den ersten Punkten die Gesichtspunkte aus, die schon von kaiserlicher Seite als maßgebend für das Bündnis aufgestellt worden waren. Die Verteidigung des Reichsgebietes ist Pflicht der einzelnen Reichsstände, solange das Reich nicht die erforderlichen Einrichtungen dafür getroffen hat. Eine Vereinbarung zu diesem Zwecke könne daher zu niemand's Beleidigung, sondern nur zur Aufrechthaltung des durch die Friedensschlüsse und den Waffenstillstand geschaffenen Zustandes dienen. Die Reichskonstitution verlange, daß ein Stand dem anderen beispringe, wenn er in Gefahr kommt. Deshalb übernehme es der Kaiser, die in diesem Traktate genannten Stände vor Gefahren und „bedrohender Gewalt“ zu warnen, die „zur Beleidigung sich anschickenden Potentaten abzumahnern“ und die Bundesverwandten zur Hilfeleistung aufzufordern. Die Besetzung der Grenzfestungen ist Bundesangelegenheit. Bei den Beratungen über den punctus securitatis, die Generalgarantie und die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes mit Frankreich wollen die Verbündeten bei Reichs- und Kreisversammlungen einmütig vorgehen. Zur Bundesarmee stellt der Kaiser 16000 Mann, der König von Spanien 6000 Mann in Geld oder Volk, der Kurfürst von Baiern für sich 8000¹⁾, für den Kreis 2000 Mann, der fränkische Kreis 4000 Mann, das fürstliche Haus Sachsen 1000 Mann, die oberrheinischen und westerrwäldischen Stände 4000 Mann. Schweden ging nicht über seine Matrikularbeiträge hinaus. Um die Schlagfertigkeit der Bundesarmee zu prüfen, sollten jährliche Uebungslager und Musterungen abgehalten werden. Für das Oberkommando „reflektierte“ man auf den Kurfürsten von Baiern, als Generalfeldmarschall wurde der Fürst von Waldeck, als General der Kavallerie Markgraf Christian Ernst von Brandenburg-Baireuth, als General-Wachtmeister zu Fuß Herr Hans Karl von Thüngen „benennet“. Die schwere Artillerie sollte repartiert, die Regimentsstücke aber mußten mit den Regimentern ausgerüstet werden. Die Notwendigkeit einer Bundeskasse wurde anerkannt, mit der Führung derselben Herr Peter Neufville in Frankfurt a. M. gegen entsprechendes Salarium betraut. Aus der Kasse mußten Generalstab, Artillerie und „andere gemeinsame Spesen“ bestritten werden. Der Kaiser war, da er die zu seinen 16000 Mann gehörende Generalität und Artillerie selbst bestellen und bezahlen wollte und außerdem noch die Kosten der Legationen auf sich lasten hatte, von der Beitragsleistung in die Kasse ausgeschlossen. Die übrigen Stände sollten vorläufig „etwas Erkleckliches“ nach Maßgabe ihres Truppenkontingentes beisteuern, ihre Leistungen jedoch noch vor der Ratifikation in Regensburg genau feststellen. Auch auf die Errichtung von Magazinen nahm man Bedacht. Jedes Bundesmitglied sollte sofort nach der Ratifikation das Bedürfnis seiner Truppen für sechs Monate durch Zufuhr in das ihm zugewiesene Magazin decken. Ueber den Anmarsch, Verpflegung und Bezahlung der Truppen, über den Rang der Kommandanten, innere Streitigkeiten und Justizsachen wurden entsprechende Verordnungen getroffen, die Dauer des Bundes war auf drei Jahre bestimmt, wenn nicht der punctus securitatis schon

¹⁾ Die Angabe des Theatr. Europ., daß Baiern nur 4000 Mann zu stellen hatte, ist zufolge dem authentischen Texte (bei Lünig) unrichtig.

früher durch den Reichstag erlebigt würde; Partikularvergleiche einzelner Mitglieder mit dem Feinde waren ausgeschlossen.

In einer Nachtragserklärung von demselben Tage verlangte Pfalz 1000 Mann Besatzungstruppen für seine Festungen und erklärte sich geneigt, der gegenwärtigen Bundeseinigung demnächst beizutreten. Die Beistellung dieser 1000 Mann wurde dem bairischen, fränkischen, oberrheinischen Kreise und dem Hause Sachsen übertragen.

Der Beitritt des oberrheinischen Kreises wurde am 17. Juli ausgesprochen; am 6. August erklärte sich Pfalz in zustimmender Weise und verpflichtete sich, 1000 Mann zu Fuß und 400 Reiter zu stellen. Auch der Herzog von Holstein-Gottorp bewarb sich um Aufnahme in die Allianz, von welcher er die Wahrung seiner Rechte gegenüber Dänemark erwartete. Sie erfolgte über Befürwortung der kaiserlichen Regierung, die ohnehin schon durch die Allianz mit Schweden zur Unterstützung der Holsteinischen Ansprüche verpflichtet war. Soweit es sich um Unterhandlungen und Abmachungen auf dem Papiere handelte, war also in dieser Allianzangelegenheit alles ziemlich glatt abgelaufen; die deutschen Stände hatten sich daran gewöhnt, mit Versprechungen nicht zu kargen. Die Franzosen thaten auch anfangs dergleichen, als wenn ihnen die neue Verbindung wichtig und gefährlich erschiene; es wurden Flugschriften von ihrer Seite in die Welt gesendet, welche die Augsburger Beschlüsse als eine Bedrohung Frankreichs, ja als eine Verletzung des Waffenstillstandes bezeichneten.¹⁾ Wenn ihre Staatsmänner jedoch vertraulich mit ihren Kollegen verkehrten, so war ihr Ausdruck nicht frei von Hohn über die fruchtlosen Bemühungen derjenigen, die ihrem mächtigen Könige durch Traktate zu imponieren meinten, von deren geringem Erfolge man sich doch schon hatte überzeugen können. In der That blieben auch diesmal die Thaten hinter den Worten weit zurück. Die Ratifikationen der Bundesakte wurden zwar ausgetauscht, aber an die Bestellung der Kasse und der Magazine mochte niemand gehen. Die Feststellung der dazu notwendigen Leistungen blieb völlig aus. Kurfürst Max Emanuel von Baiern erklärte dem Kaiser, er könne die zugesagte Truppenzahl nur dann ins Feld stellen, wenn der Kaiser ihm die Subsidien, welche er ihm für die Türkenhilfe leistete, auch noch ferner bewillige. Dazu verlangte er das Oberkommando über die Bundesarmee mit Inbegriff der kaiserlichen Völker, welche den wichtigsten Teil derselben auszumachen hatten. Die kaiserliche Regierung war zu keinem dieser Zugeständnisse bereit; ihre Versuche, den Kurfürsten seinerseits zur Nachgiebigkeit zu bewegen, blieben jedoch erfolglos. So kam es, daß schon im Beginne des Jahres 1687 das Vertrauen in die neue Allianz am Wiener Hofe zu schwinden begann. Man setzte größere Hoffnungen in die Vermittelung des Papstes, der verschiedene Schritte unternahm, um den Frieden in Deutschland aufrecht zu erhalten.

Die römische Kurie war durch die Erfolge der kaiserlichen und deutschen

¹⁾ Eine deutsche Gegenschrift „Capo-Zaum, Wider die esraenirte französische Kriegs-Frechheiten“ . . . „von Einem aufrecht Teutsch-gesinnten“ 1687 erörtert das Recht des Reiches, Gegenvorkehrungen gegen die Bedrohungen Frankreichs zu treffen. Der Verfasser glaubt, daß in der Allianz sämtliche Reichsstände mit Ausnahme von Dänemark begriffen seien.

Waffen in Ungarn zu kühneren Plänen angeregt worden. Sie sah die gänzliche Vernichtung der türkischen Macht, ja vielleicht die Eroberung Konstantinopels in naher Aussicht und konnte es nicht wünschen, daß durch einen Krieg mit Frankreich die Verfolgung dieser großen Ziele in die Ferne gerückt würde. Sie hatte dazu noch die Freude, einen katholischen Fürsten auf dem Throne von England zu sehen, und hoffte die Wiedergewinnung des Königreiches, wenn Jakob II. an dem Könige von Frankreich die nötige Unterstützung fände. Sie mußte in einer Annäherung der katholischen Hauptmächte Frankreich und Oesterreich eine Stärkung ihrer Macht erblicken, wie sie seit langer Zeit kaum zu hoffen gewesen war. Als daher Ludwig XIV. sich durch den Kardinal d'Estree beim Papste wegen des Augsburger Bundes beklagen ließ, wies man zwar eine Einflußnahme auf die Politik des Kaisers in der von Frankreich gewünschten Form zurück, veranlaßte aber doch durch entsprechende Mitteilungen des Nuntius Bonvisi in Wien Erklärungen des Kaisers, durch welche eine vorläufige Befriedigung Frankreichs erzielt werden sollte. Es ist nicht klar, wie weit sich der Kaiser mit Frankreich in dieser Sache eingelassen hat; ¹⁾ er suchte zwar seine nichtkatholischen Bundesgenossen über seine Absichten zu beruhigen, man konnte jedoch schon in den ersten Monaten des Jahres 1687 in Regensburg die Bemerkung machen, daß die katholischen Kurfürsten das Reichsinteresse vollkommen gewahrt glaubten, wenn Frankreich vom Kaiser die Versicherung erhielt, daß er keinen Angriff gegen letzteres im Sinne habe und dadurch auch Frankreich von kriegerischen Unternehmungen gegen das Reich abgehalten werde. Die große Gefahr, welche in einer Annäherung der katholischen Mächte liegen mußte, erkannte niemand so schnell und scharf als der Kurfürst von Brandenburg. Er hatte allerdings den Waffenstillstand befürwortet, er hatte die Fortschritte Oesterreichs in Ungarn befördert, er konnte es aber nicht geschehen lassen, daß sich der Kaiser und der König von Frankreich unter der Protektion des Papstes dahin verständigten, die Protestanten zu unterdrücken. Was jenseits des Rheines gegen die Hugenotten unternommen worden war, hatte in dem Vorgehen der kaiserlichen Generale gegen die Calviner in Ungarn ein höchst bedenkliches Seitenstück gefunden. Wenn nun gar die katholische Reaktion in England zum Siege kam, so war der evangelische Glaube überall gefährdet und die Gewissensfreiheit im Reiche in Frage gestellt. Es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß in jener Zeit die mannigfachen Vorteile, welche das römische Bekenntnis für die deutschen fürstlichen Familien mit sich brachte, schon manches Mitglied derselben zum Glaubenswechsel veranlaßt hatten, daß außerdem eine starke Agitation für die Vereinigung aller christlichen Konfessionen ihre Thätigkeit in Norddeutschland begonnen hatte, so daß ernstliche Besorgnisse für die Erhaltung der in einem dreißigjährigen Kriege mühsam erkämpften Parität sehr wohl begründet waren. Obwohl der große Kurfürst damals schon sehr leidend

¹⁾ Onno Klopp's Mitteilungen über die päpstliche Vermittelung (Fall des Hauses Stuart, III. Bd. S. 292 u. ff.) sind unvollständig. In den „Friedensakten“ des Wiener Staatsarchives (Fasc. 180) finden sich Dokumente, welche Aufklärungen geben werden. Hier ist nicht der Ort, um auf berartige Spezialuntersuchungen einzugehen.

war und sowohl von körperlichen Schmerzen gequält, als auch durch peinliche Verhältnisse in seiner Familie aufgeregt wurde, so hat er doch keinen Augenblick gezögert, durch einen unzweideutigen Schritt zu erkennen zu geben, daß er von einer weiteren Nachgiebigkeit gegen Frankreich nichts wissen und nicht ruhig zusehen wolle, wie sich zum Schaden des Reichs und der evangelischen Freiheit eine Intimität der katholischen Mächte herabzubilden. Die Bundesgenossenschaft mit Oesterreich konnte der Brandenburger unmöglich in eine bedingungslose Gefolgschaft übergehen lassen; sie mußte vor allem dem Reichsinteresse dienen, und von diesem untrennbar war die Forderung, daß die Religionsfreiheit nicht durch äußere Einflüsse gestört werden dürfe, daß sich die Macht der beiden Religionsparteien die Wage halte. Da die Dinge in Ungarn bereits eine günstige Wendung genommen hatten und die Eroberung des Königreiches dem Hause Habsburg nahezu gesichert war, durfte er von diesem verlangen, daß es in den Zugeständnissen an Frankreich nicht weiter gehe, als man im Waffenstillstande gegangen war. Mit Entschiedenheit widersetzte sich der Kurfürst dem Verlangen Frankreichs, daß für das Zustandekommen des Friedens ein Termin und dazu ein sehr kurzer, bis Ende März, gesetzt werde. Dies heiße nicht verhandeln, sondern sich zum Gebieter machen wollen, ließ er in Regensburg erklären; seinen Gesandten trug er auf, sich Maßregeln zu widersetzen, die einen Abschluß ohne Zustimmung und Mitwirkung des Reiches besorgen ließen. Als Herr v. Jena mit dem französischen und mainzischen Gesandten einen „Modus traktierte“, wonach das Reich sich verpflichten sollte, die Friedensverhandlungen mit Frankreich sofort in Angriff zu nehmen, während der Kaiser die Versicherung zu geben hätte, daß er bis zum Abschlusse des Friedens keine Feindseligkeiten gegen Frankreich unternehmen wolle, erblickte er darin eine Ueberschreitung der seinem Gesandten erteilten Vollmacht und enthob ihn seines Postens. Dem Kaiser bezeichnete er als Grund dieser Abberufung die Nichtübereinstimmung der von Jena mit Frankreich gepflogenen Auseinandersetzungen mit den Grundzügen der kaiserlichen Politik.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß Brandenburg durch die scharfe Betonung des Reichsinteresses die Wiener Regierung von einer unbedingten Gewährung aller französischen Forderungen abgehalten hat. Es kam zu keinem Friedensschlusse, sondern nur zum Austausch von Deklarationen, in welchen die beiden katholischen Großmächte sich die Aufrechthaltung des Waffenstillstandes neuerlich versicherten. Die Stellung des Kurfürsten war aber dennoch eine entschieden ungünstigere geworden. Man glaubte ihn in Wien so ganz an die Interessen des Kaisers gefesselt, daß man seinen Abmahnungen wegen der grausamen Behandlung der Protestanten in Ungarn so wenig Aufmerksamkeit schenken zu müssen meinte, wie den Ansprüchen auf Beachtung seiner Rechte in Ostfriesland, die aus der Abtretung der Diechtensteinschen Schuld hervorgingen. Es blieb dem Kurfürsten nichts anderes übrig, als seinerseits gegenüber Frankreich wieder vorsichtiger aufzutreten und sich vor gänzlicher Vereinzelung zu sichern. Die Abberufung Jenas aus Regensburg wurde daher verschoben und diesem gestattet, sich gegen Verjus versöhnlich zu äußern. Frankreich suchte nämlich in Hannover und Celle einen Ersatz für den Einfluß zu gewinnen, den es bisher in Berlin

gehabt, nunmehr aber gänzlich eingebüßt hatte. Die Wirkung dessen war in einer schroffen Haltung zu verspüren, welche der Herzog von Celle gegenüber Brandenburg in der Besitzfrage wegen der Herrschaft Gartow einnahm. Der Anschluß der Braunschweiger war aber um so bedenklicher, da der Gegensatz zwischen den Generalstaaten und England immer auffälliger wurde und in nicht zu ferner Zeit der Ausbruch der Feindseligkeiten erwartet werden mußte. König Jakob von England war seit seiner Thronbesteigung ohne Bedenken darauf ausgegangen, die katholische Religion von allen Beschränkungen zu befreien, welchen sie durch die Gesetzgebung des vereinigten Königreiches ausgesetzt war. Er stellte sich auf den Standpunkt der Toleranz in der Erwartung, daß es dem Einflusse des katholischen Königtumes gelingen werde, für den Katholizismus immer mehr Anhänger zu gewinnen und demselben endlich auch die Mehrheit im Parlamente zu verschaffen. Er verlangte von seiner Tochter und seinem Schwiegersohne Wilhelm von Oranien, deren Nachfolgerecht auf dem englischen Throne er in Ermangelung männlicher Nachkommen anerkennen mußte, daß sie sich den gegen die Verfassung gerichteten Schritten anschließen und ihre Zustimmung zur Aufhebung der Testakte, sowie zu den Dispensen aussprechen, welche er als König einer großen Zahl von Katholiken behufs Eintritt in das Heer und die öffentlichen Ämter erteilt hatte. Während die niederen Volksklassen, namentlich die nicht der Hochkirche angehörigen, an der scheinbar liberalen Gesinnung des Königs Gefallen fanden und sich seiner Leutseligkeit erfreuten, trat der hohe Adel und die Gentry immer mehr von ihm zurück, verweigerte der englische Episkopat die Verkündigung der Indulgenzen, welche der König kraft des Supremates von ihnen verlangt hatte. Derselbe Botschafter, der dem Prinzen von Oranien den Wunsch seines Schwiegervaters auszusprechen hatte, er möge sich offen für dessen kirchliche Politik erklären, war der Ueberbringer von Brieffschaften englischer Lords, welche in den Prinzen die Erwartung setzten, er werde auf diesen Wunsch nicht eingehen, er werde die feste Stütze der evangelischen Lehre in dem Lande bleiben, das er dereinst zu regieren berufen sein werde. Der Prinz war schon im Sommer 1687 mit sich im klaren, daß er die Dinge in England nicht auf dem Wege sich weiterentwickeln lassen dürfe, auf welche sie König Jakob gebracht hatte. Es waren nicht nur religiöse, es waren noch mehr politische Pflichten, die ihm den Gedanken der Intervention aufnötigten.

König Jakob konnte nicht daran denken, den Kampf mit jenen Elementen seines Staates aufzunehmen, in deren Händen bis jetzt die größte Gewalt gelegen war, deren Zustimmung er seine ruhige, unangefochtene Thronbesteigung zu danken hatte, wenn er nicht in Ludwig XIV. einen durchaus verlässlichen Bundesgenossen erblicken durfte. Er mußte sich schließlich auch auf die bewaffnete Unterstützung desselben verlassen können. Es war klar, daß zur Entschädigung dafür sich England dem Könige von Frankreich zur Verfügung stellen mußte, wenn er einen dritten Angriff auf die Unabhängigkeit der ihm so widerwärtigen Generalstaaten versuchen wollte. Die allgemeine europäische Lage sah ungünstig genug aus, sie konnte in kürzester Zeit derartige Verschiebungen erleiden, daß die holländische Republik sich in größerer Vereinsamung befand als 1672. Des Kaisers Kräfte waren in Ungarn gebunden, außerdem war es zweifelhaft, ob er überhaupt noch

zur Aufrechthaltung eines protestantischen Gemeinwesens die Hand bieten wollte. Brandenburg und Schweden konnten durch Dänemark, ja selbst durch Polen, auf welches Ludwig XIV. neuerlich sein Auge geworfen hatte, hinreichend beschäftigt werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Wilhelm von Oranien und der große Kurfürst schon bei ihrer Zusammenkunft in Kleve über die in England der evangelischen Sache drohende Gefahr ihre Meinung ausgetauscht haben; es ist aber als gewiß anzunehmen, daß Marschall Schomberg, der im Frühjahr 1687 nach Berlin kam, in die Pläne des Prinzen eingeweiht war und die Aufgabe erhalten hatte, den Kurfürsten für dieselben zu gewinnen. Friedrich von Schomberg hatte infolge des Edikts von Nantes Frankreich verlassen und sich wieder nach Portugal begeben, dessen Kriegswesen er durch acht Jahre hindurch geleitet hatte. Da er auch dort von der Inquisition nicht mehr geduldet wurde, lud der Kurfürst von Brandenburg den nahezu achtzigjährigen bewährten Kriegsmann zu sich und ernannte ihn zum General en chef seiner Armee und zum Statthalter von Preußen. Auf der Reise nach Berlin hatte er sich längere Zeit im Haag aufgehalten und war vom Prinzen nicht nur als militärischer Berater, sondern auch als Vermittler mit seinem Oheim, dessen er bei Durchführung seiner Absichten nicht entbehren konnte, ins Vertrauen gezogen worden. Der Kurfürst mußte mit jeder Unternehmung einverstanden sein, die darauf ausging, die protestantischen Staaten vor der Uebermacht einer katholischen Koalition zu schützen und Frankreichs Einfluß in England zu beseitigen; er mußte in Oraniens Entschluß, persönlich in die Ordnung der englischen Angelegenheiten einzugreifen, eine rettende That sehen, durch welche auch Brandenburg aus seiner damaligen höchst unerquicklichen Lage befreit wurde. Man darf vermuten, daß er schon damals Zusicherungen entsprechender Hülfe gegeben hat. Seine Teilnahme an Oraniens großem Plane aber steigerte sich, je mehr es erkennbar wurde, daß Ludwig XIV. bereits Vorbereitungen traf, um dieselben im gegebenen Augenblicke wirksam zu durchkreuzen.

Im Reiche war es nebst den dänisch-holsteinischen Streitigkeiten auch die Besetzung des Kurstuhles von Köln, welche Frankreich zu einer Vermehrung seiner Macht und zur Verwirrung der deutschen Verhältnisse ausnützen wollte, damit die Kräfte der schlagfertigsten Reichsstände anderwärts verwendet werden mußten, wenn es seinerzeit zu einem neuen Unternehmen gegen die Generalstaaten ausholte. Maximilian Heinrich war kränklich, er konnte die Wahl eines Roadjutors rechtfertigen. Wer sollte geeigneter sein, die Interessen Ludwigs XIV. in dem rheinischen Erzstifte zu vertreten, als dessen Günstling und Pensionär Wilhelm von Fürstenberg, der seit 1682 der Nachfolger seines Bruders Franz Egon auf dem Bischofstuhle von Straßburg war? Der Kurfürst ging so weit, den Absichten seiner eigenen Familie entgegen, welche Max Emanuels jüngeren Bruder Josef Clemens als seinen Nachfolger betrachtete, den Bischof von Straßburg zur Wahl vorzuschlagen, indem er seines Wetters Jugend, — er stand erst im siebenzehnten Jahre — als kanonisches Hindernis der Wahl zum Vorwande nahm. Für die Erhebung Fürstenbergs konnte aber auch der Kaiser nicht gewonnen werden. Die Erfüllung dieser dreifachen Zumutung des französischen Königs mußte in Wien um so mehr auf Widerstand stoßen, als ja durch dieselbe das damals noch engverbündete

Baiern höchlichst gekränkt und geschädigt worden wäre. Ähnliche Rücksichten machten es auch dem Papste ganz unmöglich, die Entscheidung, welche schließlich ihm zufallen mußte, auf die Seite Fürstenbergs zu lenken. Ludwig XIV. aber hatte nur die großen Vorteile im Auge, welche ihm die unbedingte Verfügung über einen militärisch so wichtigen Punkt wie Köln brachte, und übersah es, daß er durch die rücksichtslose Kandidatur des Bischofs von Straßburg selbst einen Keil in die kaum angebahnte Verbindung der katholischen Mächte trieb.

Im Herbst 1687 war das Verhältnis zwischen Jakob II. und Wilhelm von Oranien schon ein äußerst gespanntes. Die Prinzessin Marie, die Trägerin der Rechte auf den englischen Thron, wenn ihr Vater ohne männliche Nachkommen starb, unterordnete sich ihrem Gemahle in jeder Hinsicht. Sie lehnte mit diesem die Zustimmung zu der kirchlichen Politik Jakobs ab, sie blieb den Ueberredungskünsten des Quäkers William Penn gegenüber, der sie für die Toleranzidee einzunehmen suchte, vollkommen ablehnend. Oranien konnte seine Ziele im festen Vertrauen auf die Zustimmung seiner Gattin verfolgen. Der Kurfürst von Brandenburg wußte, worin diese Ziele bestanden, und war bereit, zu ihrer Erreichung die Hand zu bieten. General Spaen wurde nach dem Haag entsendet, um die militärischen Vorbereitungen mit Oranien zu vereinbaren; 9000 Mann brandenburgischer Truppen wurden in Kleve versammelt, um den Staaten den Rücken zu decken, wenn sie ihr Gebiet von Truppen entblößen mußten. Und somit war Friedrich Wilhelm am Abende seines Lebens trotz der vielfachen Wandelungen, die seine Politik in fünf Jahrzehnten durchgemacht hatte, doch bei jenem Hauptpunkte derselben angelangt, von dem sie ihren Ausgang genommen hatte — bei dem einmütigen Zusammenwirken mit der Republik der vereinigten Niederlande für die Sicherung der evangelischen Freiheit. Sein Staat mußte eine Säule der protestantischen Welt bleiben. Darin lag dessen nationale Bedeutung und die Wurzel seiner Kraft. Viel zu wichtig erschien der Menschheit damals noch die Frage des Bekenntnisses und zu lebhaft war die Erinnerung an die einstige Alleinherrschaft in der römischen Hierarchie gegenwärtig, als daß man ein Gemeinwesen auf die Idee völliger Gleichberechtigung aller Religionen hätte stützen und den Kampf gegen die Propaganda hätte gänzlich aufgeben können. Die Wehrkraft der evangelischen Deutschen hatte ihr Zentrum in Brandenburg gefunden. Hohenzollern mußte für sie wachsam bleiben und jeder ernstern Gefahr sofort die Spitze bieten. Friedrich Wilhelm blieb dieser Pflicht getreu bis zu seinem letzten Atemzuge, indem er mithalf, die Katholisierung Englands und die Unterdrückung der holländischen Republik zu verhindern.

Der Winter von 1687 auf 1688 brach die körperliche Kraft des Begründers des preussischen Staates. Er hatte noch traurige Erlebnisse in seiner Familie gehabt. Sein Liebling, Markgraf Ludwig, der letzte Sohn aus seiner ersten Ehe, wurde im Alter von 21 Jahren von einer den Ärzten nicht ganz verständlichen Krankheit hinweggerafft (28. März 1687). Eine häßliche Verleumdung sprach von Vergiftung und wies auf die Kurfürstin als die Urheberin derselben hin. Der Kurprinz erkrankte ebenfalls und gab in der Angst vor dem Tode den Flüsterungen und Verdächtigungen Gehör, entfernte sich aus der

Heimat, ging zuerst nach Karlsbad, dann nach Hannover zu den Verwandten seiner Frau, welche damals gerade sehr gehässig gegen Brandenburg aufgetreten waren. Der Kurfürst empfand den Schritt seines Sohnes als eine Verletzung der Ehre seines Hauses und verlangte unverzügerte Rückkehr. Die Ausflüchte des Sohnes, der die Bestrafung „der Mörder seines Bruders“ verlangte, reizte ihn aufs höchste; er gebot die Heimreise in strengster Form nicht nur als Vater, sondern als Souverän. Als das kurprinzliche Paar Ende Oktober nun doch wieder am Hofe erschien, war der Vater rasch wieder besänftigt und es gelang seiner Milde, was die Strenge nicht vermochte, er gewann das Vertrauen und die Anhänglichkeit desjenigen, in dessen Händen er halb sein kostbares Vermächtnis, den bestgefügten deutschen Staat, zurücklassen mußte. Mit dem Beginne des neuen Jahres trat die Wassersucht zu dem Sickleiden des Kurfürsten, der durch die wachsende Atemnot an das bevorstehende Ende gemahnt wurde. Er erwartete es als sorgsamer Hausvater und glaubensstarker Christ mit Ruhe und Ergebung. Die Hingebung und Liebe zu seiner Familie, sowie frommes, inbrünstiges Gebet hielten ihn in den schweren Stunden der Beängstigung, welche sein Zustand mit sich brachte, aufrecht. Drei Tage vor seinem Tode rief er seine geheimen Räte zu sich nach Potsdam, wo sie sich um acht Uhr morgens um das Sterbebett versammelten. Da sprach er die schönen Worte zum Kurprinzen, die von der inneren Befriedigung Zeugnis geben, mit welcher ihn der Rückblick auf sein Leben erfüllte: „Durch Gottes Gnade habe ich eine lange und glückliche, aber auch sehr mühsame, von Unruhen und Kriegen begleitete Regierung geführt. Welche Beschwerden, welche Sorgen dies mir, welche Trübsal dadurch meinem Lande verursacht, ist bekannt. Durch Kriege verwüstet, im armseligsten Zustande fand ich die Länder nach meines Vaters Tode; durch Gottes Hilfe hinterlasse ich das Land in einem weit blühenderen Zustande, im Frieden, von meinen Feinden gefürchtet, von meinen Freunden geliebt und geehrt. Ich zweifle nicht, daß auch du, mein Sohn, mein Nachfolger, in denselben Maximen fortfahren wirst, es zu beherrschen; vor allen Dingen Gott vor Augen haben! Verschäume nie die bei einer solchen Verwaltung nötige Vorsicht; mit den Waffen in der Hand sei jederzeit bereit, aber nur um des Landes Sicherheit und das erlangte Ansehen deines Hauses zu bewahren.“ Von den Räten nahm er in herzlichster Weise Abschied, den Kurprinzen und dessen Gemahlin segnete er wiederholt mit rührenden Worten; seiner verwitweten Schwiegertochter, Louise von Radzivil, nahm er das Versprechen ab, dem reformierten Glauben treu zu bleiben. Auch der französischen Einwanderer gedachte er noch in seinen letzten Stunden und empfahl sie der Fürsorge seines Nachfolgers. Am 29. April ¹⁾ um neun Uhr des Morgens verschied er.

Wir glauben nicht, daß es an dieser Stelle noch besonderer Worte bedarf, um die Bedeutung Friedrich Wilhelms I. in der Geschichte Deutschlands festzustellen. Wer der Darstellung seiner politischen Thätigkeit gefolgt ist, muß sich darüber klar geworden sein, daß die Wiedergeburt der staatlichen Existenz unseres

¹⁾ Der Irrtum Droysens, welcher den 9. Mai als Sterbetag ansetzt, ist wohl dadurch entstanden, daß Droysen das richtige Datum des 29. April nach altem Stile auffaßte.

Volkes nach dem Niedergange, welchen es während des unheilvollen Religionskrieges erfahren hatte, in ihm verkörpert ist. Von seinen Ideen, von seinen Erfolgen geht alles aus, was wir als notwendige Vorbedingungen für die Schaffung des neuen Reiches erkennen, wenn es auch erst nach zwei Jahrhunderten zur That geworden ist. Was uns groß und heldenhaft an einem Fürsten erscheint, was unser Gefühl an eine Persönlichkeit zu fesseln vermag, was für alle Zeiten wahrhaft deutsch und volkstümlich sein und bleiben muß, das vereinigt die Gestalt des großen Kurfürsten. Nicht der große Brandenburger, nicht der glückliche Begründer hohenzollernscher Macht steht er vor uns, sondern als ein deutscher Fürst und deutscher König nach unserem Herzen. Ein König in seinem Wesen, auch ohne den Titel, ein König, wie ihn jeder Deutsche lieben muß, voll Kraft und Hoheit, voll Milde und Leutseligkeit, voll Weisheit und doch wieder voll gewaltiger Leidenschaft, ohne die es keine Größe gibt. Weil er sich selbst bezwingen mußte, wenn seine stürmische Natur ihr Recht geltend machte, hat er die Menschen zu bezwingen erlernt. „Wenn er des ersten Moments nicht Herr war,“ hat Friedrich der Große von ihm gesagt, „den zweiten bemeisterte er.“ Seine äußere Erscheinung, wie seine Lebensführung stimmt in allen Punkten zu dem Bilde, das wir uns von seinem Seelenleben machen können. Pufendorf, der glücklich zu preisende Geschichtschreiber, der dem herrlichen Manne persönlich nahetreten durfte, schildert ihn: „Es leuchtete aus seinem Antlitz gleich beim ersten Anblick ein gewisses Etwas, das sofort den Helden erkennen ließ, eine Majestät, welche Ehrfurcht weckte, aber durch den unerkennbaren Ausdruck so gemildert wurde, daß man ihn in demselben Grade lieb gewann. Und so geschah es, daß er oft genug das Gewand der Größe gleichsam abstreifte und sich im Verkehr mit den Seinen auf das ungezwungenste gehen ließ, und daß diese doch nie aus den Schranken der Zurückhaltung herausgetreten wären und seine Leutseligkeit gemißbraucht hätten. Wer ihm in den Weg kam, den redete er in seiner zugänglichen Art an und just auf das hin, worauf ein jeder sich verstand.“

Nicht ohne Wehmut nehmen wir vom großen Kurfürsten Abschied, dessen Werden und Wachsen das Erfreulichste war, das wir von den vierzig Jahren deutscher Geschichte berichten konnten, welche wir in diesem Bande zu schildern die Aufgabe hatten. Wir werden in den fünf Jahrzehnten, die zwischen seinem Tode und dem Regierungsantritte Friedrichs des Großen liegen, in keinem deutschen Lande einer Gestalt begegnen, die unser Interesse und unsere Verehrung in ähnlichem Maße in Anspruch nehmen könnte. Und darum schließen wir diesen Band mit der freudigen, dankbaren Erinnerung an den Heimgegangenen. Es möge uns deshalb niemand der Ueberschätzung einer Persönlichkeit zeihen, der man bisher nur vom Standpunkte der Landesgeschichte eine hervorragende Stellung einzuräumen gewohnt war. Wir wissen wohl, daß die Beziehungen der europäischen Großmächte durch den Regierungswechsel in Brandenburg keine plötzliche Aenderung erfahren haben, daß der Krieg mit Frankreich durch denselben nicht aufgehalten und nicht beschleunigt wurde, daß der Tod des letzten habsburgischen Königs von Spanien die Welt in größere Aufregung versetzt hat als der des hohenzollernschen Markgrafen. Es kann nicht

geleugnet werden, daß die allgemeine Geschichte Veranlassung hat, mit dem Ausbruche des spanischen Erbfolgekrieges einen neuen Abschnitt zu beginnen. Die deutsche Geschichte nimmt keinen so nachhaltigen Anteil an diesem Ereignisse. Das Gesamtleben der Nation wurde dadurch nicht wesentlich betroffen. Für uns Deutsche ziemt es sich, dem Walten einer der größten Herrscherseelen, die unserem Volke erstanden sind, in wehevoller Bewunderung nachzuspüren. Wir können dabei des herrlichen und getreuen Bildes nicht vergessen, das Heinrich von Kleist von dem Sieger bei Fehrbellin geschaffen hat, dem er durch den Mund einer deutschen Fürstin die Worte zurufen läßt:

Das Vaterland, das du uns gründetest,
Ist eine feste Burg, mein edler Dhm:
Das wird ganz andre Stürme noch ertragen —
Fürwahr als diesen underufnen Sieg;
Das wird sich ausbaun herrlich, in der Zukunft
Erweitern unter Entels Hand, verschönern
Mit Zinnen, üppig, feenhaft, zur Wonne
Der Freunde und zum Schrecken aller Feinde.

UNIVERSITY OF MICHIGAN

3 9015 06988 2259

